

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2021

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex	3
1.1. Informationen aus erster Hand	3
1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit.....	4
1.3. Definition von Verfolgung.....	4
1.4. Überkonfessionell	5
1.5. Differenzierte Analyse	5
1.6. Betroffene Lebensbereiche	6
2. Rangliste – Weltverfolgungsindex	8
3. Wesentliche Trends und Schwerpunkte	9
3.1. Covid-19-Pandemie verstärkt Verfolgungsdruck	9
3.2. Islamistische Gewalt macht Subsahara-Afrika zur tödlichsten Region für Christen	9
3.3. Mehr Kirchenschließungen, ideologischer Druck und digitale Überwachung in China	11
3.4. Religiöser Nationalismus durch Regierungen und Mehrheitsreligionen nimmt weiter zu ...	13
4. Informationen zu den einzelnen Ländern	15
5. Die Methodik hinter dem Index	667
5.1. Grundannahmen hinter dem WVI.....	667
5.2. Definition von Verfolgung	669
5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex.....	669
Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1-6	672
Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel	676
Anhang 3: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen	682
Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung	683
Anhang 5: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung.....	687
6. Open Doors in Kürze	691

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 29 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex (WVI) die Situation verfolgter und diskriminierter Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er wird mit dem Ziel erstellt, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der Weltverfolgungsindex wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt, die stetig weiterentwickelt wird. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von einheimischen Christen sowie Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: für die jeweilige Region zuständige Forscher von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern), Analysten des WVI-Teams sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes auf dem Weltverfolgungsindex zu ermitteln. Der Entstehungsprozess wird zusätzlich durch externe Wissenschaftler überprüft.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in rund 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich, gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch eigene Mitarbeiter oder Partner vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese direkten Beziehungen zu betroffenen Christen bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation „überholt“ wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktwertung.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 5,1 Milliarden Menschen, darunter über 760 Millionen Christen. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Die Pandemie hat wie ein Katalysator bestehende Haltungen und Strukturen der Unterdrückung sowie diskriminierende Handlungen und Äußerungen vielerorts zum Vorschein kommen lassen. In vielen Ländern waren Christen aufgrund der Einschränkungen wie Reise- und Ausgehverbote in noch stärkerem Maße der Verfolgung durch Familienmitglieder ausgesetzt, die mit ihnen unter einem Dach leben. Die Benachteiligung bei Nothilfemaßnahmen wegen ihres Glaubens brachte Christen in vielen Situationen in existenzielle Not. In einigen Ländern Subsahara-Afrikas nahm die Gewalt gegen Christen während der Lockdowns sogar zu, so dass allein in Nigeria zwischen April und August 2020 mehr als 2.200 Christen getötet wurden.
- die islamistische Bewegung, die in vielen Ländern weiterhin für die härteste Verfolgung der Christen verantwortlich ist. Dazu zählen sowohl gewaltbereite Gruppen wie der IS, Boko Haram, Al Shabaab u. a. als auch nicht-gewaltbereite Islamisten. Mit Mosambik und der Demokratischen Republik Kongo werden zwei Länder erstmals auf dem Weltverfolgungsindex geführt, in denen islamische Extremisten für die stärkste Verschärfung der Verfolgung aller WVI-Länder (nach Indexpunkten) gesorgt haben. Im Norden Syriens haben durch den Einmarsch der Türkei Islamisten erneut den Druck auf die dorthin geflohenen Christen erhöht und viele von ihnen abermals vertrieben.
- eine voranschreitende Extremisierung in vom Islam bestimmten Regionen sowohl Afrikas als auch Asiens. Hier geraten auch moderate Muslime immer stärker unter Druck, was häufig maßgeblich auf ausländische Einflüsse – beispielsweise aus Saudi-Arabien – zurückzuführen ist. Eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen wird dadurch immer schwieriger.
- eine deutliche Zunahme nationalistischer Tendenzen, die in hinduistischen und buddhistischen Ländern Asiens zusätzlich religiös aufgeladen sind. Besonders deutlich wird das an den Beispielen Indien und Türkei, wo die derzeitigen Machthaber immer offener eine religiös-extremistische Agenda vorantreiben. Eine ähnliche besorgniserregende Entwicklung vollzieht sich seit Jahren in China, wo das Ausmaß der Überwachung und die offene Feindseligkeit gegen Christen erneut deutlich zugenommen haben. Zahlreiche Schließungen oder Zerstörungen von Kirchen waren die Folge.

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition.

Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“

Weitere Informationen hierzu unter: www.opendoors.de/was-ist-verfolgung

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen einschließlich der Situation christlicher Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.opendoors.de/wvi eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. In Ägypten verüben beispielsweise Mitglieder des IS oder anderer islamistischer Gruppen immer wieder Bombenanschläge auf Kirchen und ermorden gezielt Christen, um das fast 2.000 Jahre alte christliche Erbe des Landes auszulöschen. Doch der stärkste Druck auf die Christen geht von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit aus. Christen gelten als Bürger zweiter Klasse und sind von Kindesbeinen an mit einem Stigma behaftet, das sie in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Diesem Druck standzuhalten, ist die größte Herausforderung der Kirche in Ägypten.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versucht Open Doors das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.



1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom „forum internum“. Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?



2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.



3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm, einem Clan oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z. B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?



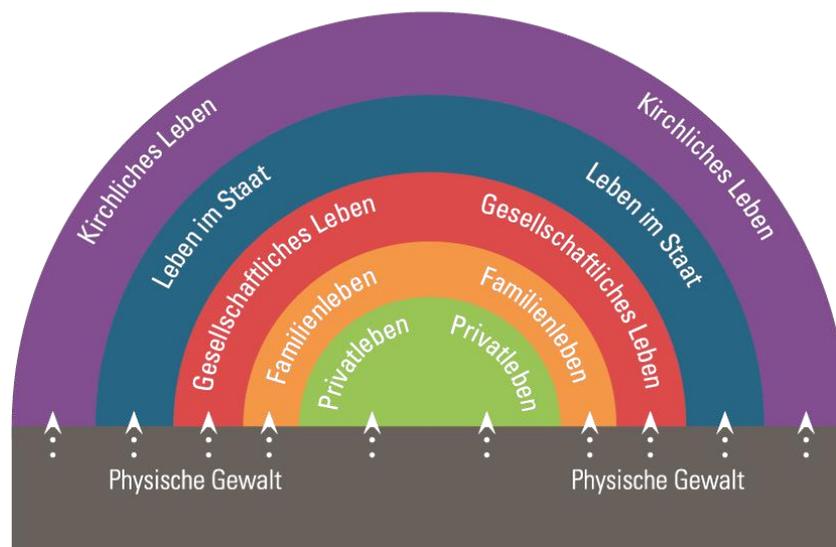
4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?



5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.



Ein weiterer und bedeutender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema „**physische Gewalt**“. Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches und die gleiche Gewichtung wie die einzelnen Lebensbereiche (die höchstmögliche Wertung entspricht 1/6 der Maximalpunktzahl) wird vermieden, dass einzelne, mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2019 – 30. September 2020

Platz	Land	2021						2020		
		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	PUNKTE	Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	11,1	94	1	94
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,2	94	2	93
3	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,3	9,8	92	3	92
4	Libyen	15,6	15,4	15,9	16,3	16,3	12,4	92	4	90
5	Pakistan	13,9	14,2	15,1	14,9	13,5	16,7	88	5	88
6	Eritrea	14,6	14,9	15,9	15,9	15,4	11,1	88	6	87
7	Jemen	16,6	16,6	16,5	16,7	16,7	3,9	87	8	85
8	Iran	14,5	14,5	13,9	15,7	16,5	10,6	86	9	85
9	Nigeria	13,3	13,2	13,9	14,1	14,1	16,7	85	12	80
10	Indien	13,0	12,9	13,5	14,9	13,7	15,4	83	10	83
11	Irak	13,6	14,6	14,2	14,8	13,8	11,5	82	15	76
12	Syrien	13,3	13,9	13,5	14,5	14,0	12,0	81	11	82
13	Sudan	13,4	13,4	13,7	13,6	15,7	9,1	79	7	85
14	Saudi-Arabien	15,1	14,1	14,4	15,8	16,6	2,2	78	13	79
15	Malediven	15,4	15,5	13,9	15,8	16,6	0,4	77	14	78
16	Ägypten	12,5	13,2	11,5	12,7	11,0	14,1	75	16	76
17	China	12,6	9,7	12,0	13,2	15,4	11,1	74	23	70
18	Myanmar	11,9	12,0	13,1	12,9	12,3	11,9	74	19	73
19	Vietnam	12,1	8,8	12,7	14,0	14,5	10,0	72	21	72
20	Mauretanien	14,3	14,0	13,5	14,1	13,6	1,9	71	24	68
21	Usbekistan	15,1	12,9	14,1	12,2	15,7	1,3	71	18	73
22	Laos	12,1	10,2	13,6	13,5	14,3	6,9	71	20	72
23	Turkmenistan	14,5	11,3	13,8	13,3	15,7	1,5	70	22	70
24	Algerien	13,9	13,9	11,5	13,1	13,4	3,9	70	17	73
25	Türkei	12,5	11,5	10,8	13,3	11,6	9,3	69	36	63
26	Tunesien	12,0	13,1	10,4	11,5	13,2	7,4	67	34	64
27	Marokko	12,6	13,5	11,2	12,4	14,1	3,7	67	26	66
28	Mali	9,4	8,2	12,7	10,3	11,5	15,4	67	29	66
29	Katar	14,0	13,9	10,8	13,1	14,1	1,5	67	27	66
30	Kolumbien	11,4	8,8	12,4	11,0	9,7	13,9	67	41	62
31	Bangladesch	11,5	10,3	13,0	11,3	10,1	10,6	67	38	63
32	Burkina Faso	9,4	9,7	12,0	9,4	11,8	14,3	67	28	66
33	Tadschikistan	14,0	12,3	11,9	12,5	13,2	2,2	66	31	65
34	Nepal	12,4	9,7	9,9	13,0	12,3	8,5	66	32	64
35	Zentralafrikanische Republik	9,0	8,6	13,1	9,6	9,9	15,6	66	25	68
36	Äthiopien	9,9	8,5	10,7	10,3	10,8	14,4	65	39	63
37	Mexiko	10,3	8,1	12,4	10,7	10,3	12,6	64	52	60
38	Jordanien	13,1	13,9	11,4	11,6	12,4	2,0	64	33	64
39	Brunei	13,9	14,6	10,7	10,9	13,5	0,7	64	37	63
40	Demokratische Republik Kongo	8,0	7,9	11,2	9,4	11,6	16,1	64	57	56
41	Kasachstan	13,2	11,5	11,0	12,5	13,4	2,4	64	35	64
42	Kamerun	8,8	7,6	12,6	7,0	12,3	15,7	64	48	60
43	Bhutan	13,1	12,1	11,9	12,7	13,8	0,0	64	45	61
44	Oman	13,2	13,5	10,3	12,5	13,0	0,9	63	42	62
45	Mosambik	9,3	7,6	11,3	7,9	11,1	16,1	63	66	43
46	Malaysia	12,1	14,3	12,9	11,5	10,0	2,4	63	40	62
47	Indonesien	11,5	11,4	12,4	10,7	9,3	7,8	63	49	60
48	Kuwait	13,2	13,5	9,9	12,2	13,2	1,1	63	43	62
49	Kenia	11,7	9,2	10,5	8,0	10,3	12,8	62	44	61
50	Komoren	12,5	11,1	11,4	11,3	14,2	1,9	62	54	57

Erläuterung zum Punktesystem:

In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE“ aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

3. Wesentliche Trends und Schwerpunkte

Die Intensität der Christenverfolgung hat auch im letzten Jahr weltweit zugenommen. Das zeigt der Weltverfolgungsindex (WVI), der die 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung auflistet. Die Position eines Landes ergibt sich aus einer Indexpunktzahl, die die Länder den Rubriken „extreme Verfolgung“ (81-100 Punkte), „sehr hohe Verfolgung“ (61-80 P.) und „hohe Verfolgung“ (41-60 P.) zuordnet. Der Weltverfolgungsindex 2021 führt erstmals nur noch Länder mit extremer und sehr hoher Verfolgung auf. Davon sind aktuell rund 309 Millionen Christen betroffen. In 24 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen (41-60 P.) Maß an Verfolgung und Diskriminierung. Weltweit sind demnach mehr als 340 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. In den meisten Ländern des Weltverfolgungsindex sind sie nur eine kleine Minderheit.

Christen in mehr als 74 Ländern wird durch ihre Regierungen, extremistische religiöse und politische Gruppierungen und/oder religiöse Führer ihr Recht auf die freie Ausübung ihres Glaubens – privat wie auch öffentlich und in Gemeinschaft – verweigert. Sie werden diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben, ermordet und unter Druck gesetzt, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Im Berichtszeitraum 1. Oktober 2019 bis 30. September 2020 des neuen Weltverfolgungsindex stieg die Gesamtzahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen auf 4.761. Im Vorjahr wurden 2.983 Fälle von Christen, die um ihres Glaubens willen getötet wurden, registriert. Dies ist ein Anstieg von 60%. Von den 4.761 dokumentierten Fällen ermordeter Christen sind 91% Afrika zuzurechnen.

3.1. Covid-19-Pandemie verstärkt Verfolgungsdruck

Christen – und darunter überwiegend Konvertiten – aus Gebieten von Subsahara-Afrika bis Indien berichteten, dass sie aufgrund der Einschränkungen wie Reise- und Ausgehverbote während der Pandemie gezwungen waren, mit denen im Haus zu leben, die ihnen gegenüber ablehnend und sogar extrem feindlich gesinnt sind. Diese Verwundbarkeit im häuslichen Bereich betraf vor allem Frauen und Kinder. Sie hatten nicht mehr die Möglichkeit, am Arbeitsplatz oder in der Bildungseinrichtung den Befragungen und Misshandlungen durch ihre Angehörigen zu entkommen. Der persönliche Kontakt zu ihren Glaubensgeschwistern nahm in dieser Zeit ab und damit auch die materielle, emotionale und geistliche Unterstützung durch die christlichen Gemeinden.

Die Covid-19-Pandemie hat wie ein Katalysator bestehende Haltungen und Strukturen der Unterdrückung sowie diskriminierende Handlungen und Äußerungen vielerorts zum Vorschein kommen lassen. Damit wurde die soziale und wirtschaftliche Verwundbarkeit von Millionen von Christen – insbesondere Konvertiten – weltweit deutlich aufgezeigt. Zudem hat sich unter Ausnutzung der Notlage der Christen ihre Verfolgung verschärft.

3.2. Islamistische Gewalt macht Subsahara-Afrika zur tödlichsten Region für Christen

Die Kirchen in vielen Ländern von Subsahara-Afrika waren gegenüber dem Vorjahr mit bis zu 30% mehr Gewalttaten konfrontiert – dazu zählen etwa Ermordungen von Christen sowie Angriffe auf und die Zerstörung von Kirchen und kirchlichen Gebäuden.

Afrika verzeichnete die höchste Zahl ermordeter Christen. Dabei hatte Nigeria (Weltverfolgungsindex 2021: Rang 9 / 2020: Rang 12) mit 3.530 die meisten Getöteten zu beklagen. Im Vorjahr waren es dort 1.350. Im April bis August 2020, als das Land wegen der Covid-19-Pandemie abgeriegelt war, wurden die meisten Christen getötet, mehr als 2.200. Nationale wie internationale Medien berichten immer häufiger von Überfällen durch unidentifizierte Bewaffnete bzw. durch Banditen und verschleiern damit – bewusst oder unbewusst – die in vielen Fällen religiös motivierte Agenda der Angreifer.

In Nigeria wurden mehrere hundert, meist christliche Dörfer von Fulani-Hirten entweder besetzt oder geplündert, Christen wurden ermordet, Kirchen zerstört und oft auch die Felder und Ernten. Boko Haram baut die Zusammenarbeit zwischen eigenen Fraktionen, extremistischen Fulani-Kämpfern und kriminellen Banden weiter aus. Nigerias Regierung unter Präsident Buhari schafft nicht nur keinen Schutz für die Bevölkerung – besonders Christen – im Norden, die Gewalt breitet sich vielmehr im ganzen Land und über die Grenzen hinweg aus. Mehr als 270 Kirchen wurden attackiert und/oder zerstört. Boko Haram und sein Ableger Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) waren für rund 400 gewaltsame Zwischenfälle im Norden Kameruns verantwortlich – ein Anstieg um 90% gegenüber den vorangegangenen 12 Monaten.

In der Sahelzone nutzen Dschihadisten das Versagen von Regierungen aus, die unfähig oder unwillig sind, Christen und andere Minderheiten zu schützen. So wurde Burkina Faso, das für ein friedliches Zusammenleben der Religionen bekannt war, 2019 von tödlichen Angriffen auf Kirchen erschüttert, die sich 2020 fortsetzten. Dazu kommen im Zeitraum Januar bis Juli 2020 mehr als 85 Angriffe auf Bildungseinrichtungen in Mali, Burkina Faso und Niger. Aussagen einheimischer Christen zufolge würden Sicherheitskräfte häufig mit den Plünderern kollaborieren. In einem Umfeld von Ungerechtigkeit, Armut und Straflosigkeit können islamistische Milizen ihre Propaganda verbreiten, Anhänger rekrutieren und Angriffe gegen Christen führen.

Die Länder, die am stärksten von dschihadistischer Gewalt in Subsahara-Afrika betroffen sind, sind Burkina Faso (32/28), Mali (28/29), Niger (54/50) und Nigeria in Westafrika, Kamerun (42/48) und die Demokratische Republik Kongo (40/57) in Zentralafrika und Mosambik (45/66) in Ostafrika. Die Gesamtzahl der getöteten Christen in diesen Ländern stieg von 1.584 auf mindestens 4.216 – die Dunkelziffer ist wesentlich höher, die extreme Gefahrenlage hat die Dokumentation stellenweise erschwert.

Oft sind dieselben Menschen oder Gemeinschaften von verschiedenen Kategorien von Gewalt betroffen. Wenn ein (hauptsächlich) von Christen bewohntes Dorf angegriffen wird, werden oft Männer und Jungen getötet, so wachsen Kinder vielfach vaterlos auf und den Gemeinden werden Leiter geraubt. Frauen und Mädchen werden häufig entführt, wieder andere sind traumatisiert. Können Entführte fliehen und kehren in ihr Dorf zurück, so gilt es nicht selten als Schande, wenn sie vergewaltigt wurden und sogar schwanger sind oder deshalb ein Kind mitbringen; genauso auch, wenn sie einer Zwangsbekehrung nicht widerstanden haben. Viele Dorfbewohner müssen bei Angriffen fliehen und ihre Häuser preisgeben. Ihr Eigentum wird geraubt, ihre Ernten zerstört oder ihre Felder in Besitz genommen.

Aus einigen Dörfern sind die Christen dauerhaft geflüchtet. Selbst wenn Christen in ihre Dörfer zurückkehren, ist dies immer mit Angst vor einem Angriff verbunden und davor, was mit ihnen selbst und der Familie passieren könnte.

Die Ermordung von Christen wirkt sich über die Jahre auf die Glaubensgemeinschaft aus. In Burkina Faso wurden im Vorjahr mehr als 50 Christen ermordet, oft bei Überfällen auf Kirchen. Im aktuellen Berichtszeitraum sind es 38. Die Situation ist jedoch nicht besser geworden, vielmehr hat sich die Verfolgung verfestigt. Angriffe im Vorjahr trieben tausende Christen zur Flucht in sicherere Landesteile. Die fortgesetzten Morde weisen auf fortgesetzte Vertreibung sowie Zerstörung von Kirchen und Häusern der Christen hin.

Ost- und Zentralafrika

Im ostafrikanischen Mosambik wollen Islamisten des IS Zentralafrikanische Provinz (ISCAP) die Scharia durchsetzen, mehrere Kirchen und tausende Häuser von Christen wurden zerstört, besonders in der Provinz Cabo Delgado an der Grenze zu Tansania. Dort und in Tansania hat auch die Gruppe Anwar al Sunna, bekannt durch die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar-as-Salaam, Dörfer von Christen attackiert. Zu Tansania gehört die Insel Sansibar, die während der tansanischen Präsidentschaftswahlen von islamistischer Gewalt erschüttert wurde. Die christlichen Gemeinden in Ostafrika sehen sich einer zunehmenden Bedrohung ausgesetzt.

In der Demokratischen Republik Kongo greifen die islamistischen Allied Democratic Forces (ADF) seit Jahren christlich geführte Schulen und Kliniken an, brennen Kirchen nieder und ermorden Gemeindeleiter. Die in der Provinz Nord-Kivu ansässige Gruppe kontrolliert weite Teile besonders ländlicher Regionen im Land.

Äthiopien (36/39) mit etwa 60% Christen und 34% Muslimen erlebt seit Mitte 2020 gewaltsame Übergriffe durch ethnisch-politische Gruppen, die sich auch religiös motiviert und für den politischen Islam offen zeigen. Länder wie Türkei, Saudi-Arabien und Iran versuchen dort Einfluss zu nehmen.

3.3. Mehr Kirchenschließungen, ideologischer Druck und digitale Überwachung in China

China (17/23) hat geschätzt 570 Millionen Überwachungskameras im Einsatz, Millionen verfügen über eine fortschrittliche Gesichtserkennungssoftware, die mit dem „Sozialkreditsystem“, dem Punktesystem zur ideologischen Bewertung aller Menschen im Land, verbunden ist. So werden im öffentlichen Raum die Loyalität gegenüber der Regierung sowie jede Abweichung vom Programm der Sinisierung in allen Lebensbereiche erfasst und sanktioniert oder belohnt. Religionszugehörigkeit führt im Sozialkreditsystem zu Minuspunkten. Das Regime setzt verstärkt die Überwachung der Online- und Offline-Aktivitäten christlicher Gemeinden durch, mit Hinweis auf die notwendige Eindämmung von COVID-19. Die etwa 97 Millionen Christen erleben Kontrolle bis hinein in ihren Privatbereich. China hat sich auf dem Weltverfolgungsindex kontinuierlich verschlechtert. 2018: Rang 43 / 58 Punkte, 2019: Rang 27 / 65 Punkte, 2020: Rang 23 / 70 Punkte und 2021: Rang 17 / 74 Punkte.

Der Druck auf staatlich registrierte sowie nicht-registrierte Kirchen hat beständig zugenommen. Kameras in Gemeinderäumlichkeiten zur Überwachung der Gottesdienste sind Standard. Die Teilnahme an christlichen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ist verboten. Die hohe Anzahl geschlossener oder zerstörter Kirchen ist ein weiterer Beleg. Für den aktuellen Weltverfolgungsindex betrifft dies 3.088 Kirchen und kirchliche Einrichtungen gegenüber 5.576 im Vorjahr. Dies bedeutet keineswegs eine Verbesserung der Situation, vielmehr müssen die Zahlen über die Jahre addiert werden – denn geschlossene oder zerstörte Kirchen bleiben in der Regel geschlossen oder zerstört.

2013 begann die staatlich organisierte, zunächst dreijährige Kampagne „Drei Verbesserungen, ein Abriss“ in der Provinz Zhejiang. Berichten zufolge fuhr ein hochrangiger Parteifunktionär nach Wenzhou, der Hauptstadt von Zhejiang, und war über die vielen Kreuze in der Stadt verärgert. Danach begann die Kampagne, in der – wegen angeblicher Verstöße gegen Bauvorschriften – zur Verbesserung des Stadtbildes hunderte von Kreuzen allein in Wenzhou von Kirchen abgerissen und mehrere Kirchen völlig zerstört wurden. Nach Einschätzung von Open Doors wurden seit 2013 etwa 18.000 Kirchen und kirchliche Einrichtungen geschlossen, beschädigt oder zerstört.

Die Christen suchen nach Kirchenschließungen oder -abrissen stets nach Wegen, ihren Glauben auch in Gemeinschaft zu leben. „Die Regierung überwacht die Menschen im ganzen Land“, sagte der Direktor einer von der Regierung anerkannten Kirche in der östlichen Provinz Shandong. Als in seiner Stadt eine Frau ihr Kind in den Gottesdienst einer Drei-Selbst-Kirche mitnahm, die per Video überwacht wird, rügten Beamte die Kirche sofort. Christen sehen sich vermehrt gezwungen, ihre Versammlungen „im Untergrund“ und in kleinen Gruppen abzuhalten. Dies gestaltet sich jedoch aufgrund der digitalen Überwachung immer schwieriger.

In mehreren Provinzen droht die Kommunistische Partei den Christen Sozialleistungen wie Renten zu streichen, wenn sie christliche Bilder und Kreuze in ihren Wohnungen nicht durch Bilder von Präsident Xi Jinping ersetzen. Das wird von Behördenmitarbeitern kontrolliert. Bei Razzien wurden von Christen aus staatlich registrierten sowie nicht registrierten Kirchen (Hauskirchen) Bibeln und weiteres Eigentum beschlagnahmt und Kirchenleiter verhaftet. Kirchen, die Online-Dienste anbieten, sind anfällig für Überwachung; auch Kirchen der staatlich registrierten Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung und des Chinesischen Christenrats wurden angewiesen, Online-Dienste einzustellen.

Im Rahmen der sogenannten „Berichtigung“ der Religionen wurden Kirchen angewiesen, von der Regierung vorbereitete Plakate mit Bibelversen auszuhängen, welche die 12 Prinzipien der Partei propagieren. Das Regime hat außerdem eine Neuauflage der Bibel gemäß sozialistischer Kernwerte veranlasst.

Dies hat beispielsweise zu einer verdrehten Nacherzählung eines im Neuen Testament überlieferten Vorfalls geführt, bei dem religiöse Leiter eine Frau vor Jesus zerren. Sie solle wegen Ehebruchs gesteinigt werden, forderten sie. Jesus sprach den berühmten Satz „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein“. Die Ankläger der Frau gingen daraufhin fort und Jesus entließ die Frau in die Vergebung und Freiheit. In einem von der Partei veröffentlichten Ethiklehrbuch wartet Jesus jedoch ab, bis die Ankläger gehen. Dann steinigt er die Frau selbst mit den Worten: „Auch ich bin ein Sünder. Aber wenn das Gesetz nur von Männern ohne Makel ausgeführt werden könnte, wäre das Gesetz tot“.

China weitet seinen Einfluss weltweit aus und exportiert dabei seine allgegenwärtigen Systeme für „Schutz“ und „Sicherheit“. Chinesische Unternehmen liefern KI-Überwachungstechnologie in 63 Länder; einige sind für Menschenrechtsverletzungen und die gezielte Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten bekannt, darunter Myanmar, Laos, Iran, Saudi-Arabien und Venezuela.

Der ideologische Druck auf Christen setzt als religiöser Nationalismus auch die Christen in Indien und der Türkei zunehmend unter Druck.

3.4. Religiöser Nationalismus durch Regierungen und Mehrheitsreligionen nimmt weiter zu

In Indien (10) bleibt das Ausmaß der Gewalt gegen Christen extrem hoch, sie sind in allen Lebensbereichen einem sehr hohen bis extremen Druck ausgesetzt. Der hat, seit Premierminister Modi im Mai 2014 an die Macht kam (und im Mai 2019 wiedergewählt wurde), dramatisch zugenommen. Regierungsbeamte und Behörden haben maßgeblich Anteil an der wachsenden Diskriminierung von Christen. Hindu-Extremisten setzen – oft in Form gewalttätiger Mobs – ihre Angriffe auf Christen und Kirchen unvermindert fort, meist ohne Strafverfolgung. Dies dient der Durchsetzung der von der hindu-nationalistischen Regierung verbreiteten Maxime „Jeder Inder muss ein Hindu sein“. Christen werden außerdem durch scharfe Propaganda täglich unter Druck gesetzt.

Tausende von Christen geführte Krankenhäuser, Schulen und kirchliche Organisationen in Indien sind als Nichtregierungsorganisationen (NGO) registriert. Sehr viele sind auf Spenden aus dem Ausland angewiesen. Durch eine Gesetzesnovelle vom September 2020 wurde die Finanzierung von NGOs durch ausländische Geldgeber – und damit auch ihre Tätigkeit – deutlich weiter eingeschränkt. Seit 2016 war bereits etwa 20.000 NGOs die Betriebserlaubnis entzogen worden. Nun sind die gesamten Tätigkeiten von NGOs direkt der Kontrolle der Regierung unterstellt. Insbesondere christliche Werke, die seit langem mit internationalen Kirchen und Organisationen zusammenarbeiten, sind betroffen. Sie würden – so die Regierung – die Geldmittel angeblich dazu verwenden, Menschen durch Zwang, materielle Anreize oder unwahre Versprechungen zur Annahme des christlichen Glaubens zu verleiten.

Mit Verweis auf Maßnahmen gegen die Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie zur Eindämmung der Pandemie hebt die Regierung den Datenschutz aus. Anhänger nicht-hinduistischer Religionen befürchten, dass Apps zur Kontaktverfolgung eine „schleichende Funktions- bzw. Datennutzungserweiterung“ haben werden. Eine andere App, die bereits im Einsatz ist, kann Alter, Geschlecht und „Rasse“ vorhersagen.

Islamistische Agenda schränkt Christen in der Türkei weiter ein

In der Türkei (25/36) werden Christen in ihrem Recht auf Religionsfreiheit massiv eingeschränkt. Der sehr starke religiöse Nationalismus in der Gesellschaft sorgt für hohen Druck auf die Christen. Den Anspruch des islamischen Nationalismus hat Präsident Erdogan auch damit verdeutlicht, dass er die Hagia Sophia wieder in eine Moschee umwandeln ließ. Nur einen Monat später geschah dies auch mit der byzantinischen Chora-Kirche in Istanbul, die ebenfalls zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.

Durch die scharfe Rhetorik der Regierung haben Misstrauen sowie Widerstand der Gesellschaft gegen die Christen zugenommen. Die Atmosphäre des zunehmenden Nationalismus lässt wenig Raum für eine andere Botschaft. Christen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie ihren Glauben mit anderen teilen. Da eigene Ausbildungsstätten für Geistliche nicht erlaubt sind, haben in der Vergangenheit oft ausländische Mitarbeiter Leitungsaufgaben in Gemeinden übernommen. Mehr als 50 dieser Christen verweigerten die Behörden in den beiden letzten Jahren die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen oder Visa. Als Begründung wurde auf Nachfrage angegeben, sie stellten eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung und/oder die nationale Sicherheit des Landes dar. Für die rund 170 Gemeinden und Gemeinschaften der Vereinigung Protestantischer Kirchen bleibt es schwierig, Räume für Gottesdienste und Versammlungen zu finden, auch weil sie rechtlich nicht anerkannt sind.

In der Nähe der südöstlichen Grenze der Türkei wurde im Januar 2020 ein chaldäisches christliches Ehepaar aus ihrem Dorf entführt, das eine Jahrhunderte alte christliche Historie hat. Sie waren die letzten Christen im Dorf und hatten sich gegen die wiederholten Einschüchterungen der Behörden gewehrt. Der Leichnam der Frau wurde im März gefunden; der Ehemann wird vermisst.

Viele Christen aus der Ninive-Ebene und Mossul hatten in der Region von Dohuk im Nordirak vor dem IS Zuflucht gesucht. Als Folge der Militärintervention der Türkei in der Region mussten seit Anfang 2020 Christen aus mindestens 25 Dörfern fliehen; dort gibt es keine Christen mehr. Durch die erneute Vertreibung sind ihre Sicherheit und ihr Lebensunterhalt in Gefahr.

Die Ansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei im Nordosten von Syrien gefährdet christliche Konvertiten unter den Kurden der Region, aber auch alteingesessene christliche Gemeinden. Die von der türkischen Armee eingesetzten islamistischen Söldnertruppen aus Syrien zwangen hunderte Christen in die Flucht. Dazu erklärte 2020 die UN-Untersuchungskommission zu Syrien: „Die von der Türkei unterstützte syrische Nationalarmee hat möglicherweise Kriegsverbrechen wie Geiselnahme, grausame Behandlung, Folter und Vergewaltigung begangen“ und forderte die Türkei auf, die von bewaffneten Gruppen unter ihrer Kontrolle begangenen Verstöße, wie Tötungen, Entführungen, unrechtmäßige Transfers, Beschlagnahmungen von Eigentum und Zwangsräumungen, zu stoppen. Eigentum von Christen wurde mit einem „N“ (für Nasrani = Christen) gekennzeichnet, so wie dies der IS 2014 bei der Vertreibung der Christen in der Ninive Ebene im Irak tat.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



- | | | | |
|----|-------------------------------|----|--|
| 1 | Nordkorea | 26 | Tunesien |
| 2 | Afghanistan | 27 | Marokko |
| 3 | Somalia | 28 | Mali |
| 4 | Libyen | 29 | Katar |
| 5 | Pakistan | 30 | Kolumbien |
| 6 | Eritrea | 31 | Bangladesch |
| 7 | Jemen | 32 | Burkina Faso |
| 8 | Iran | 33 | Tadschikistan |
| 9 | Nigeria | 34 | Nepal |
| 10 | Indien | 35 | Zentralafrikanische Republik |
| 11 | Irak | 36 | Äthiopien |
| 12 | Syrien | 37 | Mexiko |
| 13 | Sudan | 38 | Jordanien |
| 14 | Saudi-Arabien | 39 | Brunei |
| 15 | Malediven | 40 | Demokratische Republik Kongo |
| 16 | Ägypten | 41 | Kasachstan |
| 17 | China | 42 | Kamerun |
| 18 | Myanmar | 43 | Bhutan |
| 19 | Vietnam | 44 | Oman |
| 20 | Mauretanien | 45 | Mosambik |
| 21 | Usbekistan | 46 | Malaysia |
| 22 | Laos | 47 | Indonesien |
| 23 | Turkmenistan | 48 | Kuwait |
| 24 | Algerien | 49 | Kenia |
| 25 | Türkei | 50 | Komoren |

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Nordkorea: Platz 1

Kurze Zusammenfassung

Wenn Christen entdeckt werden, ist es unerheblich, ob sie Nachkommen der christlichen Gemeinschaften aus der Zeit vor dem Koreakrieg sind oder auf andere Weise zum christlichen Glauben gefunden haben (beispielsweise während der großen Hungersnot in den 1990er-Jahren, die zehntausende Nordkoreaner dazu veranlasste, in China nach Hilfe zu suchen, die sie oft bei chinesischen Christen fanden). Werden Christen entdeckt, werden sie in Arbeitslager verschleppt und wie politische Gefangene behandelt oder sogar auf der Stelle getötet. Ihre Familien erwartet dasselbe Schicksal. Christen haben keinerlei Raum in der Gesellschaft; andere Christen zum Gottesdienst zu treffen ist nahezu unmöglich und wenn es jemand wagt, muss dies in äußerster Geheimhaltung geschehen. Die Kirchengebäude, die den Besuchern in der Hauptstadt Pjöngjang gezeigt werden, dienen lediglich Propaganda-Zwecken.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	94	1
2020	94	1
2019	94	1
2018	94	1
2017	92	1

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Nordkorea befindet sich seit dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2002 auf dem 1. Platz. Seit 2018 folgt Afghanistan knapp dahinter auf Platz 2. Die Situation für Christen in den beiden Ländern ist zwar sehr unterschiedlich, doch die Punktzahl ist vergleichbar. Wie in den vergangenen Jahren sind Christen in Nordkorea extrem hohem Druck in allen im Weltverfolgungsindex aufgeführten Lebensbereichen ausgesetzt und erleben ein sehr hohes Maß an Gewalt, die sich direkt gegen sie richtet. Die plötzliche Zunahme diplomatischer Aktivität (beginnend mit den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang im Februar 2018) kam und ging, ohne eine merkliche Verbesserung für die Menschen in Nordkorea herbeizuführen. Erkennbare Änderungen in Kim Jong Uns Kommunikationsstil haben ebenfalls nichts an der Situation der Christen im Land geändert. Polizeirazzien mit dem Ziel, Bürger mit abweichender Meinung – auch Christen – zu identifizieren und festzunehmen, haben sich fortgesetzt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Das Überleben des Regimes steht über allen anderen Überlegungen

Wenn es darum geht, seine Ideologie zu schützen, nimmt Nordkorea weder auf seine internationale Reputation noch auf irgendwelche diplomatischen oder wirtschaftlichen Verwerfungen Rücksicht – wie im Falle Malaysias (nach der anscheinend gezielten Ermordung von Kim Jong Uns Halbbruder in Kuala Lumpur im Februar 2017), welches eine der wenigen Nationen war, die relativ gute Beziehungen zum Land hatte. Anfeindungen, wie der Überfall auf die nordkoreanische Botschaft in Spanien im Februar 2019, kommen ebenfalls vor und können dem Regime als Gründe dienen, gegen vermeintliche Gegner vorzugehen. Die Tatsache, dass das Regime entschieden jegliche Covid-19-Erkrankungen bestreitet, zeigt, dass die Ideologie wichtiger als alles andere ist. Christen müssen sich auf noch härtere Zeiten vorbereiten, da die Stärkung der Ideologie jedes Mal Hand in Hand geht mit einem harten Durchgreifen gegen wirkliche oder auch nur vermutete abweichende Meinungen oder Gefahren.

2) Die Diplomatie wurde zu den Akten gelegt

Die Serie von diplomatischen Überraschungen in den Jahren 2018 und 2019 kam zu einem plötzlichen Halt, als Folgetreffen in Hanoi und Wladiwostok ohne eine gemeinsame Erklärung endeten. Nordkorea setzte ein Ultimatum für Verhandlungen und die Aufhebung von Sanktionen bis Ende 2019. Als dieses Datum verstrich, ohne dass die Sanktionen gelockert wurden, kehrte Nordkoreas Führung zur altbewährten Methode von Zwang und Drohungen zurück. Dies war bei den Drohungen durch Kim Yo Jong, die Schwester von Kim Jong Un, und der Zerstörung des Verbindungsbüros zu Südkorea in Kaesong im Juni 2020 gut zu sehen. Und selbst wenn eine überraschende Einigung im Geheimen erreicht werden sollte, würde diese keinen Effekt auf die Situation der Christen im Land haben, da der Fokus auf der Denuklearisierung und der Aufhebung von Sanktionen liegt und nicht auf der Menschenrechtssituation. Christen bleiben deshalb im Verborgenen und versuchen zu überleben, so wie sie es schon in den letzten Jahrzehnten getan haben.

3) Wachsendes Selbstvertrauen und wachsende Beziehungen zu China

China mag mit dem Verhalten des Regimes nicht besonders zufrieden sein, aber es hat viele Gründe, am Überleben Nordkoreas interessiert zu sein, und so zeigte China seine starke Position, als es Kim Jong Un dazu brachte, China vier Mal innerhalb kurzer Zeit zu besuchen und ihn mit einem fünften Besuch durch Präsident Xi im Juni 2019 zu ehren. Chinas Gründe dafür sind: 1.) die Unvorhersehbarkeit jeglicher Szenarien, falls das Kim-Regime stürzen sollte; 2.) die Stabilität der gesamten Region und die Frage, ob Nordkoreas Nuklearwaffen eine potentielle Gefahr für China selbst darstellen könnten; 3.) die Tatsache, dass es nach jedweder Form von Wiedervereinigung sehr wahrscheinlich wäre, dass US-Truppen direkt an Chinas Grenze stationiert würden; 4.) der Besuch im Juni 2019 könnte deutlich mehr mit der Zuspitzung des amerikanisch-chinesischen Handelskrieges zu tun haben, in dem Präsident Xis Präsenz in Pjöngjang als eine Warnung an die USA gedacht war. Auf jeden Fall sind die sich erwärmenden Beziehungen zu China eine schlechte Nachricht für Christen, wie die anhaltenden Razzien gegen ethnisch koreanische Kirchen in China und die Ausweisung südkoreanischer Missionare durch China belegen. Zudem erschweren technisch ausgereifere Grenzkontrollen Christen den inoffiziellen Kontakt mit China erheblich.

4) Spekulationen zum Führer

Die lang andauernde Abwesenheit von Kim Jong Un im zweiten Quartal 2020 führte zu vielen Spekulationen über die Gesundheit des Führers (und zu einem möglichen Nachfolger), obwohl er noch nicht einmal 40 Jahre alt ist. Die Tatsache, dass er die Feier zum wichtigsten Tag in Nordkorea, dem Tag der Sonne am 15. April, verpasste, zeigte den Ernst der Lage. Im April 2020 wurde Kims Schwester, Kim Yo Jong, als Mitglied des Politbüros wiedereingesetzt und wurde im Juni durch ihre offenen Drohungen gegen Südkorea zu einer internationalen Figur. Dies brachte einige zu der Frage, ob sie bereits den „inneren Zirkel der Partei“ erreicht habe. All diese Spekulationen sollten aber mit großer Vorsicht betrachtet werden. Eine Erinnerung an das Risiko einer schnellen Fehlinterpretation wurde im Februar 2020 deutlich, als Kim Jong Uns Tante, Kim Kyong Hui, zum ersten Mal seit sechs Jahren in der Öffentlichkeit auftauchte. Es war bis dahin von vielen angenommen worden, dass sie mit ihrem Ehemann, Jang Son Taek, beseitigt worden wäre, als er 2013 in Ungnade fiel. Soweit es die Führung des Landes angeht, ist Nordkorea oft ein Mysterium. Aber eines scheint klar zu sein: Das Regime wird alles Nötige tun, um die Kontrolle zu behalten und Spekulationen über die Zukunft – auch im Land, nicht nur im Ausland – werden als Gefahr für die Sicherheit und Stabilität des Landes angesehen. Der Druck auf Menschen mit abweichender Meinung, ob vermutet oder real, wird sich eher erhöhen und dies wird auch für die Christen zu spüren sein. Daher werden Treffen von Christen – und selbst private Gottesdienste – in den nächsten Monaten und Jahren wahrscheinlich noch gefährlicher werden.

3. Religiöse Situation im Land

Es stehen keine verlässlichen Daten für eine religiöse Statistik zur Verfügung. Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land auf 400.000, aber es könnten auch 500.000 sein. Daten der World Christian Database (WCD) von Februar 2020 geben die Zahl der Buddhisten mit 390.000 an. Die Kategorien „ethnisch-religiös“ und „andere“ (welche Anhänger des chinesischen Volksglaubens, Neu-Religiöse, Sikhs, Spiritisten, Taoisten, Konfuzianer, Jainisten, Schintoisten und Anhänger des Zoroastrismus umfasst) werden mit jeweils über drei Millionen angegeben.

Praktisch gesehen, bedeutet Religion in Nordkorea den Personenkult rund um die Familie des Führers. Jeder muss wöchentlichen Informationstreffen und Selbstkritiksitzen beiwohnen. Mehr als 100 Seiten ideologisches Material, darunter Dokumente, Gedichte und Lieder, müssen auswendig gelernt werden, von denen alle die hohe Moral und die Majestät der Kims preisen. Angeblich gibt es im Land 100.000 Juche – „Forschungszentren“ – die meisten von ihnen bestehen aus einem einzigen Raum. Selbst Vorschulkinder werden schon früh indoktriniert. Änderungen an dem Unterricht nordkoreanischer Vorschulkinder wurden im August 2020 angekündigt und Lektionen über die Großartigkeit der Führer, insbesondere Kim Jong Uns, wurden nun auf täglich 90 Minuten ausgeweitet.

Es gibt immer noch Anhänger des Buddhismus und Konfuzianismus im Land, obwohl die Verehrung der Führer theoretisch keinen Platz für irgendeine andere Religion lässt. Aber diese Religionen haben Kultur und Mentalität des Landes geprägt und ihre Anhänger sind in der Lage, ihren Glauben unbemerkt zu leben. Daher werden diese Religionen toleriert. Der christliche Glaube wiederum wird als eine gefährliche, fremde Religion angesehen, die aggressiv bekämpft werden muss. Dies lässt in der Folge keinen Raum für Christen in Nordkorea und sie müssen ihren Glauben in höchster Geheimhaltung leben. Wenn es hin und wieder Berichte gibt, dass südkoreanische Kirchenleiter sich mit ihren nordkoreanischen Ansprechpartnern getroffen hätten, sollten diese kritisch hinterfragt werden. Die offizielle nordkoreanische Kirche – falls eine solche überhaupt existiert – kann kaum

stellvertretend für alle Christen in Nordkorea angesehen werden. Einige Beobachter halten solche Delegationen für reinen Schwindel. Sich in größeren Gruppen zu versammeln ist absolut unmöglich für Christen und es ist sogar lebensgefährlich, einfach nur als Christ erkannt zu werden. Im März 2019 kündigte der Moskauer orthodoxe Patriarch Kirill seine Pläne an, Pjöngjangs orthodoxe Kirche zu besuchen, aber bis zur Fertigstellung dieses Berichts im November 2020 hat dieser Besuch nicht stattgefunden.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Theoretisch ist Nordkorea ein kommunistisches Land, doch praktisch dominiert der Personenkult. Da das Land jedoch weiterhin nach kommunistischer Verwaltungspraxis geführt wird, ist die Haupttriebkraft der Verfolgung weiterhin kommunistische Unterdrückung. Zudem hat Nordkoreas Machthaber sein Augenmerk weg von der Armee in Richtung der Koreanischen Arbeiterpartei verlagert, was sich zur Parade anlässlich des 75. Jahrestages der Partei im Oktober 2020 zeigte. Sie wurde als die „Armee der Partei“ gezeigt. Hier wird erneut deutlich, wie groß der Einfluss des (Post-)Kommunismus noch immer ist. Die Ergebnisse des siebten Parteikongresses der Koreanischen Arbeiterpartei – der erste seit 36 Jahren – im Mai 2016 brachten weder wirtschaftlich noch ideologisch Änderungen mit sich. Christen werden weiterhin als gefährlich und ihr Glaube als „Opium für das Volk“ eingestuft – wie im klassischen Kommunismus. Gemäß dem nordkoreanischen Gesellschaftssystem „Songbun“ sind sie zudem Teil der feindlichen Gesellschaftsklasse.

Diktatorische Paranoia

Seit 1948 wird Nordkorea von derselben Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt, ist die ursprüngliche Ideologie des Kommunismus in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil der Gesellschaftskontrolle fortbesteht. Nordkorea ist mittlerweile ein klares Beispiel für ein Land geworden, das von diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Jeder muss den Herrscher verehren, und Kim Jong Un ist aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes in der Gesellschaft unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft kontrolliert.

Im Oktober 2017 beförderte Kim Jong Un seine Schwester, Kim Yo Jong, in das Politbüro und machte sie damit zum Teil der politischen Elite, die das Land regiert. Sie besuchte die Olympischen Winterspiele in Südkorea und nahm an zahlreichen Gipfeltreffen teil. Dies verdeutlicht die Lebenswirklichkeit Nordkoreas, in der die Führung des Landes und der Partei ein Familiengeschäft ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass sie aus eigener Kraft Einfluss nehmen oder Macht ausüben kann.

Im Jahr 2018 wurden die ersten Anzeichen eines Personenkultes um Kim Jong Un sichtbar. Beim Besuch des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel im November 2018 wurde in Pjöngjang das erste offizielle Gemälde Kim Jong Uns enthüllt. Das Gemälde zeigt Kim Jong Un in schwarzem Anzug und Krawatte, nicht in kommunistischer Uniform. Der volle Titel von Kim Jong Un klingt beeindruckend: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee.“ Kim Jong Un veränderte den National-Eid, indem er Erwähnungen der Errungenschaften seines Vaters und Großvaters kürzte und so größeres Gewicht auf seine eigenen Erfolge legte. Hierin zeigt sich die Festigung seiner Macht.

Zu mehreren Anlässen im Jahr 2020 war es bemerkenswert, wie Kim Jong Un es unterließ, die segensreiche Arbeit seines Vaters oder Großvaters für Nordkorea zu erwähnen und es sogar ausließ, ihre „Schreine“ an wichtigen Tagen wie dem Tag der Sonne zu besuchen, dem höchsten Feiertag im Kalender des Landes. Dies zeigt, wie sehr Kim Jong Un seine Macht gefestigt hat und dass niemand seine Autorität anfechten kann. Sein Gefühl für diese Macht wurde öffentlich während einer Militärparade im Oktober 2020 gestärkt, als Nordkorea seine neuen Raketensysteme für Nuklearwaffen präsentierte, was den Status des Landes als de facto Atommacht unterstrich.

Die gottgleiche Verehrung der Herrscher erlaubt keinerlei Raum für eine andere Religion. Wer es wagt, jemand oder etwas anderes als die Kim-Dynastie und Kim Jong Un im Besonderen zu verehren, wird als Gefahr für den Staat angesehen. Christen gelten daher als Teil der feindlichen Klasse in Nordkoreas Gesellschaftssystem.

5. Verfolger

Die Triebkräfte der kommunistischen Unterdrückung und diktatorischen Paranoia wirken so eng zusammen, dass sie nahezu eine gemeinsame Triebkraft ergeben. Da es so schwierig ist, beide voneinander zu trennen, werden die Verfolger in diesem Falle zusammen vorgestellt:

Ausgehend von kommunistischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Der Hauptverfolger in Nordkorea ist der Staat, in Form der Regierung und der Arbeiterpartei Koreas (WPK). Die Regierung wird auf Grundlage der kommunistischen Lehre geführt, daher ist auch die Regierung der stärkste Akteur der Verfolgung. Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren. Dies hat sich mit der Machtübernahme von Kim Jong Un im Dezember 2011 fortgesetzt. Das höchste Ziel aller Behörden ist das Überleben des Landes und seiner Anführer.
- **Politische Parteien:** Die Arbeiterpartei Koreas ist das Instrument, mit dem Kim Jong Un seine Macht über Nordkorea gefestigt hat. Seitdem er entschieden hat die „Militär zuerst“-Politik zu ändern, hat die WPK an Bedeutung gewonnen, was die kommunistischen Wurzeln des Staatsapparats unterstreicht. Ihre Regeln und Entscheidungen werden umgesetzt und Christen werden in der Parteiideologie als Feinde angesehen. Sie werden zudem als trojanisches Pferd für terroristische Aktivitäten dargestellt.
- **Normale Bürger:** Christen werden als feindlicher Teil in der Gesellschaft angesehen, der beseitigt werden muss – egal wie. Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam. Es wird von ihnen erwartet, jegliche verdächtige Aktivität den Behörden zu melden, nicht zuletzt durch das Netzwerk von „Nachbarschaftsinformanten“ („inminban“).
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Selbst die eigenen Familienmitglieder können Christen bei den Behörden melden. Insbesondere Kinder können durch die Indoktrinierung aus der Schule oder anderswo so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern, in dem Glauben, etwas Gutes und Richtiges zu tun, melden. Aus diesem Grund erzählen viele Eltern ihren Kindern nichts von ihrem christlichen Glauben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Nordkorea gibt es keine Brennpunkte für Verletzungen der Religionsfreiheit im klassischen Sinne. Ein Aufstand ist undenkbar und das Regime behält die Bevölkerung streng im Blick. Über mehrere Jahre mag die Grenzregion zu China ein Brennpunkt gewesen sein, da ein konstanter Strom von Flüchtlingen (mit Südkorea als finalem Ziel) diese Region auf ihrem Weg nach China passierte. Aber die erhöhten Anstrengungen beider Seiten, Chinas und Nordkoreas, haben diesen Strom zu einem Rinnsal verringert. Die Grenze wird nun streng überwacht und selbst mit der Hilfe von Schleusern ist es schwierig geworden, einen illegalen Übertritt zu wagen. Die strikte Abschottung der Grenze aufgrund der Befürchtungen wegen Covid-19 hat die (legalen und illegalen) Grenzübergänge zum Erliegen gebracht.

Die verschiedenen Formen von Gefangenenlagern und Kontrollzonen können als Gebiete angesehen werden, in denen Christen am meisten Schwierigkeiten erfahren. Doch es ist nicht einfach, Informationen aus diesen Lagern zu erhalten und aktuelle Informationen sind so gut wie unmöglich zu finden. Berichten zufolge hat Kim Jong Un das System der Gefangenenlager erheblich erweitert.

7. Betroffene Christen

Da es in Nordkorea weder Gemeinschaften von ausländischen und eingewanderten Christen noch protestantische Freikirchen gibt, gehören Christen zu einer der beiden nachfolgenden Gruppen. Sie alle sind den stärksten Verletzungen von Religionsfreiheit und der stärksten vorstellbaren Verfolgung ausgesetzt:

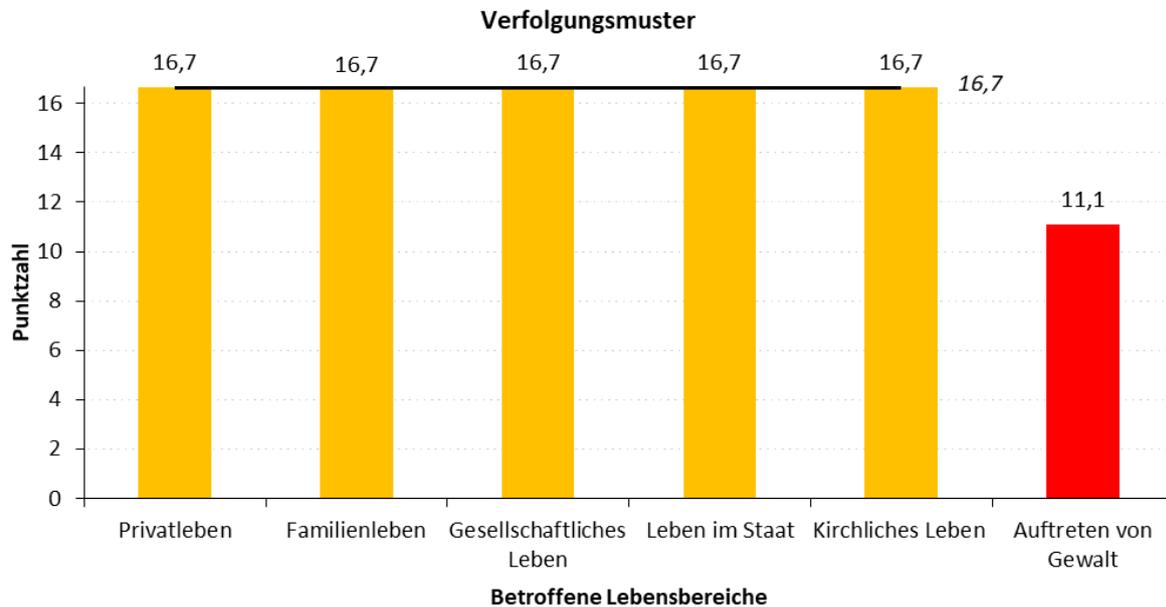
Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Christen stammen noch aus der Zeit vor dem Koreakrieg (1950-1953). Viele Christen sind entweder im Krieg umgekommen oder in den Süden geflohen, doch andere sind geblieben. Sie und ihre Nachkommen (mittlerweile in der dritten oder vierten Generation) bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger wird in ein Klassensystem eingeordnet, das Songbun genannt wird. Nach dieser Einstufung gehören Christen zur feindlichen Klasse und werden nochmals in zwei Unterklassen unterteilt: Die 37 für protestantische Christen und die 39 für katholische Christen. Diesen Klassen gehören vor allem Christen an, von denen bekannt ist, dass ihre Eltern oder Großeltern Christen waren. Als Strafe dafür, das falsche Songbun zu haben, wurden die meisten von ihnen in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben zu verbergen und Untergrundkirchen zu bilden. Wegen des Prinzips der Sippenhaftung sind die Nachkommen dieser Christen mit unüberwindbaren gesellschaftlichen und anderen Hindernissen konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Christen haben einen kommunistischen Hintergrund oder stammen aus dem „Kimilsungismus“ (nach Staatsgründer Kim Il Sung benannte Staatsdoktrin). Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot unzählige Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und in chinesischen Kirchen Hilfe fanden. (Auch in den 2000er-Jahren überquerten viele Nordkoreaner die Grenze, ihre Zahl ist jedoch deutlich geringer.) Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu und teilten diesen mit vertrauenswürdigen Familienmitgliedern und Freunden.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nordkorea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Nordkorea ist in allen Lebensbereichen unverändert maximal. Trotz des geänderten Kommunikationsstils des Regimes während des Berichtszeitraums wurde in jedem einzelnen Lebensbereich die maximale Punktzahl von 16,7 erreicht. Weder die diplomatische Offensive der letzten Jahre noch irgendein multilateraler Druck brachten den Christen im Land irgendeinen Vorteil oder eine Erleichterung.
- Das Muster der maximalen Punktzahl in allen Lebensbereichen reflektiert die Realität eines Staates, der in allen Bereichen der Gesellschaft von diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, für das der Begriff Paranoia zutreffender wäre – in Nordkorea ist alles davon betroffen und konzentriert sich zunehmend auf Kim Jong Un.
- Die Punktzahl für Gewalt bleibt sehr hoch und beträgt 11,1 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 (wie im Weltverfolgungsindex 2020). Wenn jemand als Christ entdeckt wird, wird er oder sie verhaftet, verhört und in ein Gefängnis bzw. Arbeitslager gebracht. Es wurde von mehreren Razzien und anschließenden Tötungen berichtet.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Der bloße Besitz einer Bibel wird als Verbrechen gegen die Nation und die Führung betrachtet. Die nordkoreanische Polizei und die Geheimdienste durchsuchen Häuser ohne Vorwarnung. Diese Durchsuchungen erfolgen systematisch, normalerweise ein- bis zweimal im Jahr. Wenn sie christliche Materialien finden, können Verdächtige sowie ihre Familien verbannt, in ein Arbeitslager eingewiesen oder eventuell sogar hingerichtet werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Jegliche christliche Aktivität – und selbst der Verdacht beziehungsweise die Verbindung zu einer solchen Aktivität (wie das Tragen eines Kreuzes) – ist in der Demokratischen Volksrepublik Korea komplett verboten. Christliche Bilder oder Symbole zur Schau zu stellen, wird als ein selbstmörderischer Akt angesehen, da es etwas (oder eher jemanden) anderes ehrt als die Kim-Familie. Von Zeit zu Zeit gibt es sogar Berichte, dass Handelsmarken, die einem Kreuz oder einem Pluszeichen ähneln, zensiert werden.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

Nordkorea tut alles, um sämtliche Sender und Medien zu kontrollieren. Menschen, die nicht genehmigte Medien oder Sendungen konsumieren, können bestraft werden. Das Regime sieht Radioempfänger als etwas sehr Gefährliches an, ganz zu schweigen von einem Smartphone oder dem Internet. Personen, die einen nicht registrierten Radioempfänger oder ein Smartphone besitzen, werden bestraft. Daher ist es sehr gefährlich, christliche Radiosendungen zu hören. Wenn Christen es wagen, es trotzdem zu tun, werden sie nur nachts einschalten, versteckt unter Decken, ständig auf der Hut vor Überprüfungen durch die Behörden.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Nordkoreaner sind vom Kindergarten an mit dem Kimilsungismus in verpflichtenden Schulungskursen umgeben. Die Menschen sind dazu erzogen, jeden zu melden, der sich gegen den Großen Führer und das Regime stellt, da diese als anti-revolutionär und gefährlich angesehen werden. Familienangehörige sind keine Ausnahme und sie haben einen starken Anreiz Meldung zu erstatten, da sie auf diese Weise das „Schuld durch Assoziation“-Prinzip umgehen können. Besonders Kinder können durch Lehrer dazu beeinflusst werden, ihre Eltern zu denunzieren, wenn sie bei ihnen ein Verhalten sehen, das dem widerspricht, was sie in der Schule gelernt haben. Daher ist es sehr gefährlich mit Familienmitgliedern über den christlichen Glauben zu sprechen, und viele Christen warten jahrelang auf den richtigen Moment, dies zu tun. Bei Kindern warten die Eltern oft bis ins Teenageralter, bis sie mit ihnen über den Glauben sprechen.

Familienleben

Wurden christliche Taufen behindert?

Taufen sind das klarste und sichtbarste Zeichen des christlichen Glaubens. Es ist unmöglich, in Nordkorea offen Taufen durchzuführen. Wenn eine Taufe entdeckt wird, werden die Personen, die getauft wurden und diejenigen, die die Taufe durchgeführt haben, verhaftet und schwer bestraft,

indem sie in ein Arbeitslager geschickt oder hingerichtet werden. Folglich werden Taufen nur selten durchgeführt.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Es ist für Eltern höchst gefährlich, ihren christlichen Glauben an ihre Kinder weiterzugeben. Tatsächlich gehören die eigenen Kinder zu den gefährlichsten Personen für Christen. Öffentliche christliche Erziehung ist unmöglich, da die Kinder schon von einem sehr jungen Alter, quasi von der Wiege an, vom Staat indoktriniert werden. Trotz dieser Einschränkungen versuchen Christen, die biblischen Geschichten als Märchen getarnt zu erzählen, und so christliche Normen und Werte weiterzugeben.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Der wichtigste Inhalt der nordkoreanischen Bildung bis zur weiterführenden Schule ist der Kimismus. Auf allen Ebenen der Bildung (vom Kindergarten bis zur Universität) gibt es speziellen Unterricht über die Kim-Dynastie. Selbst in anderen Fächern wie Koreanisch, Englisch oder Geschichte werden glorreiche Episoden über die Kims als Unterrichtstexte genutzt. Den Unterrichtsmaterialien zufolge ist der christliche Glaube eine subversive Ideologie der amerikanischen Imperialisten, und alle Christen sind Verräter an der Nation und Spione des Feindes. Das Regime benutzt nicht nur den normalen Lehrplan für die Verbreitung solcher Propaganda, sondern auch eine Reihe von Medien (Lehrbücher, Animationen, Musicals usw.), um das Bild von Christen und ihrem Glauben zu verzerren. Selbst im Curriculum des Doktorstudiums in Fächern wie der Nuklearphysik beinhalten 30 Prozent der Kursmaterialien Themen der Juche-Ideologie, unter dem Namen „Ethikunterweisung“.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Wenn ein Christ entdeckt wird, gibt es normalerweise keine Forderungen nach einer Scheidung, die ganze Familie wird verhört und in ein Arbeitslager gebracht. Berichten nordkoreanischer Flüchtlinge zufolge scheint es in einigen Fällen möglich zu sein, dass die Eltern des nicht gläubigen Partners ihren Sohn oder ihre Tochter dadurch zu retten versuchen, in dem sie eine Zwangsscheidung herbeiführen und jegliche Aufzeichnungen über eine Verbindung zu dem verhafteten Christen beseitigen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn diese Eltern hochrangige Beamte sind oder anderweitig genügend Macht haben, und dieses Vorgehen hat keine Erfolgsgarantie. Eine Scheidung kann auch in Fällen erfolgen, in denen der Ehepartner versucht, das „Schuld durch Assoziation“-Prinzip zu vermeiden, bevor das Christsein offenbart wird.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Alle Christen, die entdeckt und nicht hingerichtet wurden, stehen in Gefängnislagern oder in den abgelegenen Gebirgsregionen unter strengster Überwachung. Der nationale Geheimdienst (Ministerium für Staatssicherheit/Abteilung für Staatssicherheit) geht oft ganz ohne Urteil oder Erklärung hart gegen verdächtige Personen vor. Sogar Personen, die selbst keine Christen sind, aber christliche Verwandte haben, leiden unter strenger Überwachung und einem niedrigen Songbun. Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea des alten kommunistischen

Systems der Nachbarschaftswache, „Inminban“ genannt, bedient. Deren lokale Leiter haben seit 2018 mehr Einfluss bekommen. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, sodass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Alle Bewohner Nordkoreas müssen an den allgegenwärtigen Ritualen der Juche-Ideologie teilnehmen, einschließlich des Verbeugens vor Statuen auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule und des Lobpreises der Kim-Dynastie. Christen müssen an diesen (und den anderen nationalen Zeremonien) teilnehmen, um zu überleben. Auch die wöchentlichen Selbstkritik- und Studiensitzungen können unter diesem Aspekt gesehen werden.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung) aus religiösen Gründen Nachteile erlitten?

Jeder, der mit einem Christen verwandt ist, hat eine Songbun-Einstufung, die ihn daran hindert, Zugang zu guten Schulen, der Armee oder der regierenden Arbeiterpartei zu bekommen. Enttarnte Christen haben keinen Zugang zu Ausbildungskursen jeglicher Art, da sie zwangsweise durch die Regierung von der Gesellschaft isoliert werden, z. B. in Arbeitslagern oder Kontrollzonen. Selbst Menschen, die nur christliche Vorfahren oder Verwandte haben, erfahren Benachteiligungen und Einschränkungen in ihrer Ausbildung, selbst wenn sie es auf die universitäre Ebene schaffen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Willkürliche Verhöre durch die Polizei oder den Geheimdienst sind in Nordkorea an der Tagesordnung. Jeder Nordkoreaner kann davon betroffen sein. Der Schwerpunkt sind „revolutionäre Handlungen“, doch da einer der Zwecke des Verhörs darin besteht, „christliche Spione“ aufzuspüren, die als Paradebeispiel für eine revolutionäre Handlung angesehen werden, sind Christen sehr anfällig für eine Enttarnung. Zudem überwachen Bürger ihre Nachbarn und melden diese bei den Behörden, wenn sie etwas Verdächtiges entdecken.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein? Bitte beachten Sie, dass es durchaus Widersprüche in den Gesetzen geben kann.

Artikel 68 der Verfassung von 1972 (überarbeitet im Jahr 1998) besagt, dass Bürger Nordkoreas „Religionsfreiheit“ haben. Weiter heißt es: „Dieses Recht wird dadurch gewährt, dass die Errichtung von religiösen Gebäuden genehmigt und das Abhalten von religiösen Zeremonien erlaubt wird.“ Aber „niemand darf die Religion als Vorwand nehmen, fremde Mächte herbeizuziehen oder dem Staat und der sozialen Ordnung zu schaden.“ Artikel 3 besagt: „Die Demokratische Volksrepublik Korea ist in ihren Aktivitäten von der Juche-Idee geleitet, eine auf die Menschen zentrierte Weltansicht, eine revolutionäre Ideologie zur Erreichung der Unabhängigkeit der Masse.“ Juche ist eine „unsterbliche“ Idee, begründet durch den Staatsgründer Kim Il Sung. Die Präambel der Verfassung verankert Kim Il Sungs Position in der Nation, in dem sie besagt: „Der große Führer, Kamerad Kim Il Sung, ist die Sonne der Nation und der Leitstern der Wiedervereinigung des Vaterlandes. Kamerad Kim Il Sung hat die

Wiedervereinigung des Landes als das oberste Ziel der Nation gesetzt und hat all seine Arbeit und seine Bemühungen im Dienst der Umsetzung dieses Ziels gewidmet. Die Demokratische Volksrepublik Korea und die gesamte koreanische Bevölkerung werden den großen Führer Kim Il Sung als den ewigen Präsidenten der Republik bewahren, seine Ideen und Taten verteidigen und fortführen, und die Juche-Revolution unter der Leitung der Koreanischen Arbeiterpartei vollenden.“

Obwohl sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 der Schwerpunkt der Verehrung stärker auf Kim Jong Un verlagerte, ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Zusicherung der Religions- und Glaubensfreiheit in der nordkoreanischen Verfassung bedeutungslos ist.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Die nordkoreanischen Staatsmedien strahlen viele anti-christliche Programme aus, in denen Christen oder Missionare als böse Spione, Terroristen und Verräter der Nation dargestellt werden. Missionarische Aktivitäten in der Volksrepublik werden fortwährend als „terroristische Akte“ bezeichnet. Zudem werden Christen als Verbündete der USA und Südkoreas dargestellt. Nicht nur die Massenmedien, sondern auch von der Regierung herausgegebene Lehrbücher beschreiben Christen auf solch negative Weise.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Christliche Symbole oder christliche Literatur zu zeigen, selbst zu Hause, ist in Nordkorea eine gefährliche Angelegenheit. Wenn dies entdeckt wird, werden Christen verhaftet, eingesperrt und/oder hingerichtet. Ein christliches Symbol in der Öffentlichkeit zu zeigen, kann als ein Versuch des Umsturzes gesehen werden und zieht so die schwersten Strafen nach sich. Selbst die offiziellen Kirchen in Pjöngjang tragen keine Kreuze.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

Die meisten Christen werden niemals in einem Gerichtsprozess auftreten, da sie schlicht willkürlich verhaftet und ohne Gerichtsverfahren bestraft werden. Aber selbst, wenn es hin und wieder Prozesse gibt, wird es keine faire Behandlung geben, da die Gerichte zu dem Zweck bestehen, den Willen der Partei – oder genauer des Führers – durchzusetzen und zu rechtfertigen. Selbst ausländische Christen, die vor Gericht standen, wurde die Gleichbehandlung verweigert und sie wurden übermäßig lang in willkürlicher Haft gehalten.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Alle kirchlichen Aktivitäten sind in Nordkorea illegal, außer die Gottesdienste der „Korean Christian Fellowship“ in den offiziellen Kirchen in Pjöngjang, die als „Beweis“ für die Religionsfreiheit des Landes dienen. Es gab viele Fälle in Nordkorea, bei denen Untergrundkirchen entdeckt wurden und in der Folge mehrere Christen in Arbeitslager gebracht oder hingerichtet wurden. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Natürlich gibt es in Nordkorea keine offiziellen Pastoren. Das Regime ist jedoch besonders daran interessiert, die Leiter der Untergrundkirchen aufzuspüren. Wenn ein christlicher Leiter gefasst wird,

kann in den meisten Fällen ein ganzes Netzwerk von Christen aufgespürt und diese Kirche zerstört werden. Selbst wenn die Leiter Sicherheitsvorkehrungen treffen (wie beispielsweise die Namen und Adressen nicht zu notieren), sind die Behörden sehr geschickt darin, diese Informationen zu erlangen. Dies wurde im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 beobachtet.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Touristen aus dem Ausland werden kontrolliert, um sicherzustellen, dass sie nur eine Bibel für den persönlichen Gebrauch mitbringen und diese auch nicht in Nordkorea zurücklassen. Daneben sind Bibeln und christliche Materialien verbotene Gegenstände und ihre Einfuhr sowie die bloße Existenz (außerhalb der offiziellen Kirchen in Pjöngjang) ist verboten. Da es unmöglich ist, christliche Materialien in Nordkorea herzustellen, schätzen Christen Bibeln, Gesangsbücher und andere christliche Materialien immens, die vor der Gründung Nordkoreas veröffentlicht wurden.

Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?

Nordkoreanern ist es nicht erlaubt, das Land ohne die Erlaubnis der Regierung zu verlassen und eine solche Erlaubnis zu bekommen, ist für normale Bürger sehr schwierig. Um eine solche Genehmigung zu erhalten, müssen strikte Überprüfungen des Reisegrundes, des Familienhintergrundes, des persönlichen Songbun usw. erfolgen. Das bedeutet, dass Christen nicht einmal davon träumen können, andere Christen im Ausland zu treffen oder an Konferenzen teilzunehmen. Ausländische Christen, die nach Nordkorea reisen, können sich ebenfalls nicht mit einheimischen Christen treffen, da Touristen streng überwacht werden. Berichte über südkoreanische Kirchenleiter, die sich mit ihren nordkoreanischen Kollegen getroffen haben sollen, sind ein Beweis dafür, dass man nicht allen Details, die aus Nordkorea kommen, vertrauen kann. Die offizielle nordkoreanische Kirche – falls eine solche überhaupt existiert – kann kaum stellvertretend für alle Christen in Nordkorea angesehen werden. Viele Beobachter halten diesen Auftritt für reinen Schwindel.

Berichte, wonach der orthodoxe Patriarch von Moskau plant, Nordkorea und die orthodoxe Kathedrale der heiligen Dreifaltigkeit in Pjöngjang zu besuchen, müssen ebenfalls mit Vorsicht gesehen werden: Falls der Besuch stattfinden wird, wird er in einem hohen Maße inszeniert sein, und jedes Treffen mit orthodoxen oder anderen Christen – wenn überhaupt – wird sorgfältig vom Regime arrangiert sein. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Länderprofils, mehr als 18 Monate später, hat der angekündigte Besuch noch nicht stattgefunden.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz gegen Christen in Nordkorea bleibt gewalttätig. Es gibt gegen Christen gerichtete Razzien und Tötungen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Es muss zudem bedacht werden, wie schwierig es ist, Berichte aus den Arbeitslagern zu erhalten, die seit der Machtergreifung Kim Jong Uns Ende 2011 deutlich erweitert wurden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut „International Religious Freedom Report 2019“ des US-Außenministeriums:

- Während Schamanismus im Land schon immer bis zu einem gewissen Grad praktiziert wurde, stellten Nichtregierungsorganisationen eine anscheinend kontinuierliche Zunahme schamanistischer Praktiken fest, auch in Pjöngjang. Eine Quelle berichtete Radio Free Asia (RFA), dass es üblich sei, vor der Planung von Hochzeiten, Geschäftsabschlüssen oder anderen wichtigen Entscheidungen, Wahrsager zu konsultieren. Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass die Behörden weiterhin Maßnahmen gegen die Praxis des Schamanismus ergriffen. RFA zitierte eine Quelle, dass die Behörden im März in Chongjin, in der Provinz Nord Hamgyong, drei Frauen in einem öffentlichen Prozess der Wahrsagerei für schuldig befunden haben. Zwei der Frauen wurden öffentlich erschossen, die dritte wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Quelle zufolge hatten die Frauen eine Gruppe mit dem Namen Chilsungyo (Sieben-Sterne-Gruppe) gegründet und behauptet, zwei Kinder in der Gruppe seien von einem Orakelgeist besessen. Die Frauen erhielten Geld für die Wahrsagerei. Die Quelle sagte, dass Tausende von Personen aus Fabriken, Hochschulen und Wohneinheiten gezwungen wurden, dem Prozess und den Hinrichtungen beizuwohnen, die darauf abzielten, Beamte dazu zu zwingen, den Schutz von Wahrsagern aufzugeben und andere „abergläubische“ Verhaltensweisen zu beenden.
- Nach Angaben von RFA gingen die Behörden im Laufe des Jahres hart gegen Anhänger von Falun Gong vor. Quellen sagten, die Falun-Gong-Praxis sei über Händler ins Land gekommen und habe sich rasch verbreitet, sogar unter hochrangigen Regierungsbeamten und ihren Familien. Im April gab die Polizei eine Ankündigung heraus, in der die Bürger aufgefordert wurden, ihren Status als Falun-Gong-Praktizierende zu melden – die erste derartige Maßnahme der Regierung überhaupt. Nach Angaben von RFA wurde in der Ankündigung mit harten Strafen für diejenigen gedroht, die sich weigerten, sich zu stellen. Nach Herausgabe der Ankündigung verhaftete die Polizei 100 Personen in Pjöngjangs Songyo-Bezirk wegen Falun-Gong-Praktiken. Quellen zufolge haben die Razzien und die negative Darstellung in der Öffentlichkeit die Popularität von Falun Gong nur noch erhöht.

Weitergehende Informationen

Auch wenn die Huldigung der nordkoreanischen Herrscher theoretisch keinen Raum für andere Religionen zulässt, soll es Anhänger des Buddhismus und Konfuzianismus im Land geben. Doch diese Religionen haben Kultur und Mentalität des Landes geprägt und werden grundsätzlich privat ausgelebt, sodass sie keine Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen.

„Abergläubische Aktivitäten“ (was letztlich „Wahrsagerei“ bedeutet) sind offiziell verboten. Doch selbst Mitglieder der Partei frönen dieser Praxis, um in diesen hoch unsicheren Zeiten zum Beispiel ihre Karriere voranzutreiben.

Die Berichte über Verletzungen der Rechte der Falun-Gong-Bewegung in Nordkorea passen nicht nur zur antireligiösen Ideologie des Regimes, sondern haben auch den Nebeneffekt, China zu gefallen, welches ebenfalls hart gegen diese Bewegung vorgeht.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Afghanistan: Platz 2

Kurze Zusammenfassung

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten aus dem Islam und haben somit einen muslimischen Hintergrund. Sie können ihren Glauben nicht offen leben. Sich vom Islam abzuwenden, wird als Schande angesehen und nach geltendem islamischem Recht mit dem Tode bestraft. Die meisten Christen muslimischer Herkunft müssen mit fatalen Konsequenzen rechnen, wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird. Entweder müssen sie aus dem Land fliehen oder sie werden getötet. Die Familie, der Clan oder der Stamm müssen ihre „Ehre“ wiederherstellen, indem sie sich der Christen entledigen. Weder islamisch-extremistische Gruppen noch die eigene (Groß-)Familie zeigen in dieser Hinsicht Gnade. Da Konvertiten als geisteskrank betrachtet werden, da sie den Islam verlassen haben, können sie jedoch auch in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen werden.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	94	2
2020	93	2
2019	94	2
2018	93	2
2017	89	3

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Christen in Afghanistan erleiden ein ebenso extremes Maß an Verfolgung wie in Nordkorea, wenngleich die Verfolgung jeweils auf andere Art und Weise und durch andere Akteure ausgeübt wird. In der Wertung unterscheiden sich die beiden Länder lediglich durch eine etwas niedrigere Punktzahl Afghanistans in Bezug auf das Auftreten von Gewalt. Das führt dazu, dass Afghanistan nur 0,9 Punkte weniger hat als Nordkorea. Nichtsdestotrotz spiegelt die sehr hohe Punktzahl für das Auftreten von Gewalt eine Zunahme der Aktivitäten aufständischer Gruppen wider: Die Taliban kontrollieren einen zunehmenden Teil des Staatsgebiets des Landes, und obwohl der „Islamische Staat“ (IS) trotz anhaltender Selbstmordanschläge an Boden verloren hat, ist er immer noch ein Akteur, der Gewalt in Afghanistan ausübt. Ein zweiter Grund für die hohe Punktzahl liegt darin, dass die Vorbereitungen auf die innerafghanischen Friedensgespräche reichlich Grund boten, um territoriale Gewinne zu festigen und Stärke zu zeigen. Gleichzeitig verdeutlicht der leichte Rückgang der Punktzahl für Gewalt im Vergleich zum Vorjahr, dass es schwieriger wird, detaillierte Berichte aus aufständischen Gebieten zu erhalten – es bedeutet nicht unbedingt, dass weniger Gewalt gegen Christen ausgeübt wurde.

2. Trends und Entwicklungen

1) Trotz Friedensgesprächen scheint die Gewalt auch in absehbarer Zeit anzuhalten

Ein besonders gewalttätiger Angriff im Mai 2020 richtete sich gegen ein Krankenhaus in Kabul, wo eine Entbindungsstation von bewaffneten, Berichten zufolge als Polizeibeamte gekleideten Männern gestürmt wurde. 24 Menschen wurden getötet, darunter zwei Neugeborene. Auch wenn sich niemand zu dem Angriff bekannte, so zeigt er doch, was Afghanistan in Zukunft erwartet. Unterstrichen wird dies auch durch die Zunahme von Anschlägen, die trotz der innerafghanischen Friedensgespräche verübt wurden. Nicht offiziell bestätigten Berichten zufolge ist der neue Anführer des IS in Afghanistan arabischer und nicht afghanischer Herkunft. Dies würde es Kämpfern der Taliban erleichtern, die Seiten zu wechseln, wenn sie mit den Friedensgesprächen insgesamt oder deren Entwicklung nicht einverstanden sind. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Sicherheitslage verbessern wird. Während internationale Truppen abgezogen und lokale Milizen demobilisiert werden, leiden die offiziellen afghanischen Streitkräfte unter einer hohen Fluktuation. Eine Reihe von Anschlägen in Kabul legt zudem den Verdacht nahe, dass es möglicherweise Risse zwischen den Taliban und dem Haqqani-Netzwerk gibt. Eine Aussicht auf Frieden wird damit noch unwahrscheinlicher. Dies alles trägt zur Destabilisierung bei. In einer solchen Situation werden sich die Familien und Clans und die Gesellschaft im Allgemeinen vermehrt nach innerer Stabilität sehnen; Christen muslimischer Herkunft werden dadurch wahrscheinlich noch stärker unter Druck geraten, religiöse Pflichten zu erfüllen und ihren christlichen Glauben verborgen und von anderen unbemerkt zu halten.

2) Der Gesellschaft im Allgemeinen fehlen Zukunftsperspektiven

Das Leben ist für die meisten Afghanen ein Drahtseilakt, bestimmt durch geringe Aussicht auf Verbesserung und zunehmende Verunsicherung. Auch wenn Kabul als stabilste Zone im Land gilt, so machen auch dort Anschläge das Leben unberechenbar. Der IS bekannte sich zu einem Anschlag auf die Universität in Kabul, bei dem am 2. November 2020 mindestens 22 Menschen getötet wurden – ein weiteres Beispiel für das Ausmaß der Gewalt, das die Menschen in Afghanistan erleiden müssen. Neben der Sicherheitslage sind auch die sozioökonomischen Aussichten besorgniserregend. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung ist jünger als 20 Jahre, und das hohe Bevölkerungswachstum in Verbindung mit der Rückkehr von Flüchtlingen und Wanderarbeitern verschärft dieses Problem nur noch. Die Arbeitslosen-, Armuts- und Inflationsraten sind nach wie vor sehr hoch. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat diese Probleme betont und verstärkt. Aufgrund mangelnder Zukunftsperspektiven lassen sich viele junge Menschen auf den Drogenhandel ein oder schließen sich Milizen an. Ins Ausland zu gehen, ist vorerst keine Option mehr. Von diesen Problemen sind auch Christen betroffen.

3) Der Mangel an staatlicher Legitimation bleibt ein ernstes Problem

Die Gespräche mit den Taliban befinden sich in einem frühen Stadium, und die Regierung kämpft aufgrund der geringen Wahlbeteiligung mit einem Mangel an Legitimation. Gleichzeitig sind die Verhandlungen mit den Taliban die einzige Chance, langfristig Frieden im Land zu schaffen. Die Regierung wird jedoch Mühe haben, ihre Legitimität durch gute Regierungsarbeit oder hohe Ausgaben zu untermauern. Solange das Problem der grassierenden Korruption nicht gelöst ist, wird auch ausländische Hilfe keine nachhaltige Verbesserung bewirken. Sie wird möglicherweise sogar alsbald austrocknen, wenn das internationale militärische Engagement und die internationalen Wiederaufbaum Bemühungen gänzlich zum Erliegen kommen. Auslandsüberweisungen von

Arbeitsmigranten sind versiegt und die Covid-19-Krise stellt eine Belastung für den Staatshaushalt und die Regierung dar. Ein Großteil der Bevölkerung sehnt sich nach Frieden und hat genug von der Gewalt, die von aufständischen Gruppen wie den Taliban oder dem IS ausgeht. Viele misstrauen den Aufständischen. Dennoch dürften Zugeständnisse ihnen gegenüber die einzige verfügbare Option sein. Für Minderheiten, erst recht für religiöse Minderheiten, stellt das nur noch mehr Jahre in Aussicht, in denen sie sich so unauffällig wie möglich verhalten und im Verborgenen bleiben müssen.

3. Religiöse Situation im Land

Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land auf „einige Tausend“. Laut der World Christian Database sind mehr als 99 Prozent der Bevölkerung Muslime. Es gibt aber unter anderem auch kleine Gruppen von Hindus, Bahai, Buddhisten und Christen. Aus Sicherheitsgründen können diese Zahlen hier nicht weiter aufgeschlüsselt werden.

Offiziell gibt es keine Christen, abgesehen von einigen Christen unter internationalen Militärangehörigen, Diplomaten und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen. Einheimische Christen, die fast ausschließlich einen muslimischen Hintergrund haben, bleiben soweit wie möglich im Verborgenen. 90 Prozent der Muslime in Afghanistan folgen dem sunnitischen Islam, während etwa 9,7 Prozent dem schiitischen Islam angehören. Der Stamm der Hazara ist überwiegend schiitisch, während die wichtigste ethnische Gruppe, die Paschtunen, Sunniten sind. Sie dominieren die politische Landschaft, brauchen aber Minderheiten wie die Usbeken und Tadschiken, um politische Macht ausüben zu können.

Die wenigen Sikhs, Hindus und Bahai im Land erfahren kaum mehr Freiheit als Christen. Ihr Vorteil ist, dass sie nicht als westlich und fremd wahrgenommen werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht zum Ziel von Angriffen würden. Im Juli 2018 wurde der einzige Sikh, der für die Parlamentswahlen kandidierte, in einem Bombenanschlag getötet. Auch Angriffe auf die schiitischen Hazara sind seit 2018 häufiger geworden. Ein weiterer blutiger Angriff gegen die Minderheit der Sikh erfolgte am 25. März 2020.

Vor diesem Hintergrund der religiösen Situation im Land ist das tägliche Leben von Christen eine Herausforderung. Viele leben ihren christlichen Glauben im Geheimen. Ein Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben gilt nach islamischem Recht als inakzeptabel. Christliche Konvertitinnen werden unter Umständen mit einem muslimischen Mann zwangsverheiratet oder unter Hausarrest gestellt; sie können in Sklaverei oder Prostitution verkauft werden; man kann ihnen Nahrung und Wasser oder den Zugang zur Gesundheitsversorgung verweigern, sie können eingesperrt, schwer geschlagen, verbrannt, sexuell missbraucht oder sogar mit dem Tode bedroht werden. Männliche Konvertiten müssen mit Spott, Haft, Folter, sexuellem Missbrauch und sogar Todesdrohungen rechnen. Auch die Familienmitglieder derer, die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden, erleiden Verfolgung, weil man sie der Mittäterschaft verdächtigt.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom

Glauben betrachtet, der Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Aus diesem Grund verbergen Konvertiten ihren neugefundenen Glauben so weit wie möglich. Die Taliban haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet. Gemäß eines Berichts vom Juni 2018 des Sonder-Generalinspektors der US-Behörde für den Wiederaufbau Afghanistans wurden von den damals 407 Bezirken des Landes 178 Bezirke entweder von den Taliban beherrscht (59 Bezirke) oder beeinflusst (119). Diese Zahlen schwanken tendenziell im Laufe der Zeit, doch der Trend zeigt eine klare Zunahme des Einflusses der Taliban. Dies zeigt sich auch an der hohen Zahl von Anschlägen und Gefechten mit Regierungstruppen im Kampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Provinzen.

Die Führung der Taliban, die zu noch extremistischeren religiösen Ansichten neigt, hat ihre Anstrengungen erhöht, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch die extreme Gewalt, die durch mit dem IS verbundene Gruppen (z. B. „Islamischer Staat in der Provinz Khorasan“, kurz ISKP) verübt wurde, hat dazu geführt, dass die Zahl der vertriebenen oder bei Anschlägen getöteten Menschen sich sogar noch erhöht hat.

Nahezu alle afghanischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Wenn sie entdeckt werden, drohen ihnen seitens ihrer Familie, Freunde und der Gesellschaft Diskriminierung und Feindseligkeit bis hin zur Ermordung. Typischerweise sind die Anstifter dafür islamische Führungspersonlichkeiten wie Imame; auch die lokalen Behörden können darin verwickelt sein. Laut einer Umfrage, die im November 2019 veröffentlicht wurde, haben die Bürger Afghanistans das stärkste Vertrauen in ihre religiösen Leiter und in die Medien – weit mehr als sie ihren Politikern vertrauen. Mehr als 57 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass religiöse Leiter eine größere Rolle in der Politik spielen sollten, in einigen Provinzen waren es sogar bis zu 98,5 Prozent.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit verbunden mit Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Ein Experte für das Land beschreibt es so: „Ethnisch-religiöse Normen und traditionelle Glaubenssysteme sind vorherrschend. Die Gesellschaft ist sehr traditionell geprägt und verändert sich nur langsam. Besonders Paschtunen haben einen strengen Kodex von Verhaltensnormen, aber auch andere Stämme halten an ihren Traditionen fest.“ Der Begriff „Nation“ ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan und dann der Stamm – und all diese sind viel wichtiger als das Land. Die Sorge um ihre Familien, Dörfer und Stämme ist tief in den Menschen verwurzelt. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Ausländisches anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren. Weigert sie sich, wird die Person als Verräter der Gemeinschaft betrachtet und folglich ausgeschlossen. Das trifft auf alle „Abweichungen“ zu, doch ganz besonders, wenn jemand den christlichen Glauben annimmt. Die christliche Religion wird in Afghanistan als westlich betrachtet, sowie als feindlich gegenüber der einheimischen Kultur und Gesellschaft und dem Islam. Den Islam zu verlassen gilt als Verrat. Wie der Länderbericht für 2019 der US-Kommission zur internationalen Religionsfreiheit (USCIRF) festhält, „blieben die muslimischen Einwohner Entwicklungshilfeprojekten gegenüber argwöhnisch und betrachteten sie oft als versteckte Bemühungen, den christlichen Glauben auszubreiten oder zu missionieren“.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Mangel an Exportgütern hat zu einer großen Schieflage in der Handelsbilanz geführt, was das Land in andauernde finanzielle Not gebracht hat. Erstaunliche 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Davon sind auch Christen betroffen, da sie der einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheit angehören. Eines der

großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans besteht darin, dass der Anbau von Mohn zur Herstellung illegaler Drogen wie Opium viel lukrativer ist als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Näheres dazu findet sich in dem im November 2018 veröffentlichten Bericht „A Drop from Peak Opium Cultivation“ der Vereinten Nationen. Die Taliban sind stark in die Drogenproduktion verwickelt; Schätzungen zufolge landen 70-80 Prozent aller Gewinne aus dem Drogenhandel in ihren Taschen. Die Einkünfte aus dem Mohnanbau finanzieren nicht nur bewaffnete Milizen, sondern heizen auch die Korruption an. Die 2018 durchgeführte Opium-Studie des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die im Juli 2019 veröffentlicht wurde, zeigt folgendes auf: 1. Opium wird neben legalen Nutzpflanzen zunehmend auf dem freien Markt angeboten. 2. Opium wird zu viel höheren Preisen verkauft als jede andere Kulturpflanze und Alternativen sind schwer aufzufinden. Jeder, der den Drogenbossen im Weg steht, wird einfach aus dem Weg geräumt – eine Praxis, die sich verstärkt hat. Es mag bezeichnend sein, dass das UNODC beschlossen hat, die Veröffentlichung eines speziell diesem Thema gewidmeten Berichts einzustellen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen und folgerichtig stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber. Der Rückzug internationaler Truppen bedeutet auch einen Rückgang externer Beobachtung.
- **Anführer ethnischer Gruppen, islamische Anführer, gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Ethnische und religiöse Leiter haben mehr Einfluss und Vollmachten als Regierungsbeamte. Der sich fortsetzende Aufstand der Taliban zusammen mit dem kleineren, aber immer noch sehr gewalttätigen Einfluss des IS verstärken den Druck auf die Christen, die sich ohnehin verstecken müssen. Werden sie entdeckt, müssen sie fast immer mit dem Tod rechnen.
- **Die eigene Familie:** Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar, auch wenn dies von der Lebenseinstellung der jeweiligen Familie beeinflusst wird. Die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Was für Familien gilt, kann auch über das erweiterte Umfeld (Nachbarn und Freunde) gesagt werden. Die soziale Kontrolle spielt in der Gesellschaft eine sehr gewichtige Rolle. Das Verlassen des Islam wird als Ablehnung der afghanischen Kultur und Gesellschaft angesehen, die aufgehalten werden muss.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Da Afghanistan in erster Linie nach ethnischen Grundsätzen strukturiert ist, hat die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe und einem Stamm oberste Priorität und muss bewahrt und verteidigt werden – nicht nur auf nationaler Ebene, sondern noch viel mehr auf der Provinz- und Bezirksebene.

- **Anführer ethnischer Gruppen, islamische Anführer und gewalttätige religiöse Gruppen:** Ein afghanischer Bürger wird durch die Zugehörigkeit zu seinem Volk und damit einhergehend häufig von religiöser Zugehörigkeit definiert. Dementsprechend haben Anführer ethnischer Gruppen einen starken Einfluss auf das Volk. Dieselben Kräfte, die zu islamischer Unterdrückung führen, sind auch hier aktiv.
- **Gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie:** Wenn jemand sein soziales Umfeld verlässt, beispielsweise indem er seine Religion wechselt und den christlichen Glauben annimmt, gilt er als Abtrünniger, der zurückgebracht werden muss. Gerade diejenigen Verfolger, die bereits in Bezug auf islamische Unterdrückung genannt wurden, sind auch durch diese Triebkraft motiviert – denn in der afghanischen Kultur werden ethnische und religiöse Identität als ein und dasselbe betrachtet.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung ist geschwächt, und die Beamten, insbesondere auf lokaler Ebene, werden alles tun, um die (begrenzte) Macht und Autorität, die sie besitzen, auszubauen. Wenn Christen enttarnt werden oder wenn sie sich bloß illegalen Praktiken entgegenstellen, befinden sie sich in einer unsicheren Position, in der sie nicht geschützt werden. Sie können sogar zu einer wertvollen Geisel werden, um als Verhandlungsobjekt benutzt zu werden oder Geschäfte abzuschließen. Viele Regierungsbeamte profitieren davon, Schmiergeld dafür zu erhalten, dass sie wegsehen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Es ist eine bekannte Tatsache, dass der Opiumanbau und -handel in der südlichen Provinz Kandahar, einer Hochburg der Taliban, besonders intensiv ist. Die Einnahmen aus dem Drogenhandel sind eine wichtige Quelle zur Finanzierung der Aufstände und jeder, der als Gefahr für dieses Geschäft angesehen wird (oder auch nur im Weg ist), wird mit allen notwendigen Mitteln verdrängt.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Drogenbosse – egal welcher Zugehörigkeit – werden ihre Geschäfts- und Transportwege um jeden Preis schützen. Christen, die in der Gesellschaft ohnehin verborgen leben, werden vor ihnen nicht geschützt, wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Brennpunkte für islamische Unterdrückung

Es ist kein klares Muster zu erkennen, betrachtet man eine Bezirkskarte von Afghanistan mit den von der Regierung oder den Taliban kontrollierten beziehungsweise den umkämpften Gebieten. Gleichwohl kann man mit Sicherheit sagen, dass der Süden sowie der Osten und Nordwesten eher unter der Kontrolle von islamisch-extremistischen Gruppen stehen oder dort von ihnen gekämpft wird. Gleichzeitig sollte man sich vor Augen führen, dass das ganze Land streng islamisch ist, sodass Christen ohnehin mit Schwierigkeiten konfrontiert sind. In der Regel stehen sie in ländlichen Gebieten unter stärkerer sozialer Kontrolle und strengerer Überwachung als das in den meisten Städten der Fall ist.

Brennpunkte für Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Familien- und Clan-Zugehörigkeit ist landesweit stark ausgeprägt. Sie reicht sogar bis in die Städte hinein, etwa wenn (überwiegend) junge Männer dorthin abwandern. Auch in diesen Fällen wird Respekt gegenüber den Eltern und Loyalität zum Clan erwartet und erwiesen.

Brennpunkte für organisiertes Verbrechen und Korruption

Während kriminelle Aktivitäten und Korruption landesweit auftreten, sind die Produktion und der Vertrieb von Drogen besonders im Süden vorherrschend.

Einer im „Long War Journal“ veröffentlichten Schätzung der amerikanischen „Foundation for Defense of Democracies“ zufolge werden von 398 Bezirken des Landes nur 133 von Regierungstruppen kontrolliert. Bezogen auf die Bevölkerung bedeutet das, dass mehr Menschen in umkämpften oder von Taliban kontrollierten Gebieten leben als außerhalb (17,7 beziehungsweise 15,1 Millionen). Angesichts der gegenwärtigen Tendenz zu einem raschen Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan besteht kaum Hoffnung, dass sich dieses Verhältnis in naher Zukunft (aus Sicht einheimischer Christen) verbessern wird.

7. Betroffene Christen

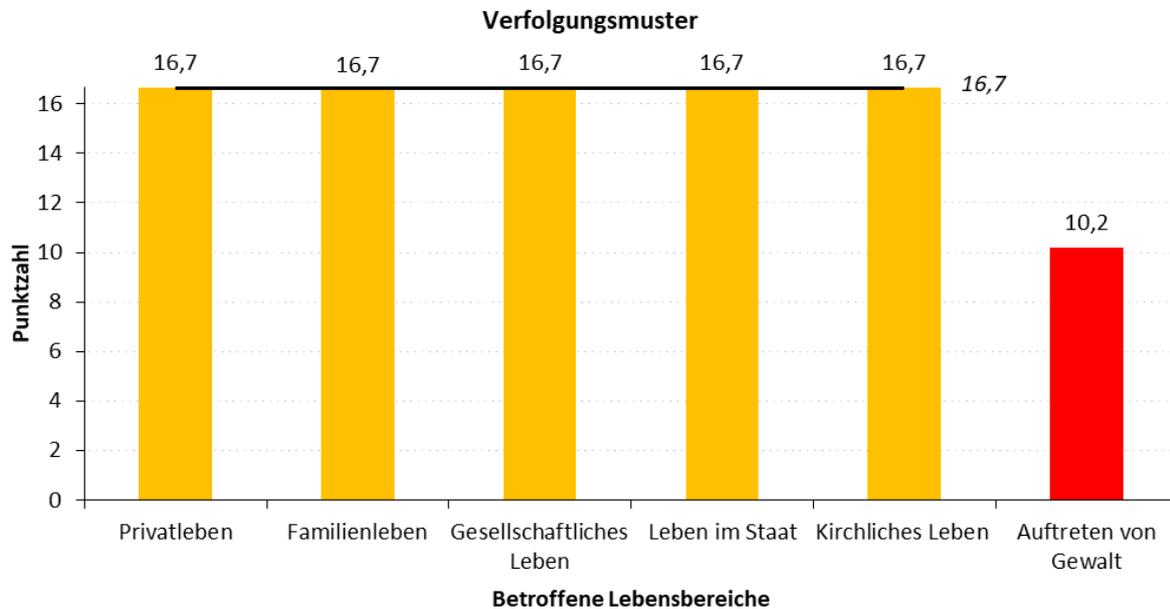
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Christen werden für den Weltverfolgungsindex nicht berücksichtigt, da es so wenige von ihnen in Afghanistan gibt und sie so geschützt und isoliert leben, dass sie von der Situation im Land kaum beeinflusst werden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Sie versuchen ihr Äußerstes, um nicht von Familie, Freunden, Nachbarn oder der Gesellschaft erkannt zu werden. Je nach Familie müssen sie sogar um ihr Leben fürchten. Es ist für sie schlicht unmöglich, offen als Christen zu leben. Bereits der bloße Verdacht, jemand könnte Christ sein, führt zu ernsthafter Verfolgung.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Afghanistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Die Wertung für den Druck auf Christen in Afghanistan beträgt weiterhin die Maximalpunktzahl von 16,7 in allen Lebensbereichen. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass es dort unmöglich ist, offen als Christ zu leben. Das Land wird immer mehr von islamischen Extremisten herausgefordert, wobei die Taliban immer mehr Gebiete kontrollieren oder um deren Kontrolle kämpfen, und der (vermeintlich geschwächte) IS Minderheiten ins Visier nimmt.
- Während Druck in den Bereichen Privatleben, Familienleben und im gesellschaftlichen Leben typisch für ein streng islamisches Land ist, weist der Druck in den Bereichen Leben im Staat und im kirchlichen Leben auf eine Regierung hin, die islamische Gesetze streng interpretiert (trotz aller Versprechungen gegenüber internationalen Gremien, Menschenrechte zu schützen) und darauf, dass in Afghanistan weiterhin eine Stammesgesellschaft besteht.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist mit 10,2 Punkten im Vergleich zu den letzten Jahren weitgehend unverändert. Es ist jedoch aufgrund der instabilen Sicherheitslage noch schwieriger geworden, Vorfälle zu melden; hinzu kommt die Tatsache, dass große Teile des Landes nicht zugänglich waren. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen bleibt auf einem sehr hohen Niveau, doch die Maßnahmen, die gegen Konvertiten zum christlichen Glauben ergriffen werden, hängen von der betreffenden Familie ab.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Afghanistan ist eine islamische Nation. Jegliche Abweichung vom Islam ist durch Gesetz und Tradition verboten und jeder Glaubenswechsel strafbar. Sowohl die Regierung als auch gewöhnliche Bürger meinen, kein Afghane könne Christ sein und es sei ungesetzlich, einen anderen als den muslimischen Glauben zu haben. Die Regierung hat jedoch festgestellt, dass die offene Bestrafung von Christen muslimischer Herkunft zu unerwünschter internationaler Aufmerksamkeit und diplomatischen Problemen führt. Aus diesem Grund werden die Fälle von solchen christlichen Konvertiten „rasch, aber geräuschlos“ behandelt, wie ein Experte für das Land berichtet. Aufgrund des engen Gesellschaftsverbandes, der hohen sozialen Kontrolle und der nur eingeschränkt möglichen Privatsphäre laufen Christen mit muslimischem Hintergrund je nach Umständen große Gefahr, entdeckt zu werden.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Jegliches christliches Material erregt Aufmerksamkeit, da es ein Zeichen für Interesse am christlichen Glauben aufseiten des Besitzers ist, und wird daher sorgfältig vermieden. Christen bemühen sich darum, so wenig christliches Material wie möglich in ihren Häusern oder in ihrem Privatbesitz aufzubewahren, da immer die Gefahr von Durchsuchungen besteht, insbesondere in den von den Taliban regierten Regionen. Selbst Materialien auf mobilen Endgeräten oder im Internet (das nicht in allen Regionen verfügbar ist) werden nur unter größter Vorsicht genutzt. Einer kürzlich auf dem Nachrichten-Kanal „Gandhara“ erschienen Reportage zufolge setzen die Taliban auch durch, dass in den von ihnen kontrollierten Gebieten Mobiltelefone überprüft werden, um die Menschen dazu zu bringen, ihren strikten Regeln zu folgen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Niemand in Afghanistan würde Symbole oder andere Zeichen des christlichen Glaubens offen zeigen, da dies einen öffentlichen Aufschrei und schwerwiegende Konsequenzen nach sich zöge. Selbst in Kabul lebende Ausländer (die für die Analyse des Weltverfolgungsindex nicht berücksichtigt werden) vermeiden es, einen Hinweis auf ihren christlichen Glauben zu geben. Dies verdeutlicht das Niveau des Drucks im Land. Und selbst jemand, der bloß Interesse an einem anderen Glauben oder einer anderen Identität zeigt, läuft Gefahr, vehement abgelehnt zu werden.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein, denn schon der Verdacht, jemand könnte sich einem anderen Glauben zugewandt haben, kann ernste Folgen wie Verhaftung und Zerstörung der Wohnung haben. Oft verheimlichen Eltern ihren Glauben vor ihren eigenen Kindern. Weil Christen muslimischer Herkunft nie wissen können, welche Mitglieder ihres Clans von den Taliban rekrutiert wurden, sind sie äußerst vorsichtig, wem sie in Bezug auf ihren Glauben vertrauen. Selbst wenn ihre Namen nicht an die Taliban verraten werden, müssen sie Konsequenzen befürchten, wird ihr

Glaubenswechsel offenbart. Die soziale Kontrolle ist hoch, sodass es sehr schwierig ist, den neuen Glauben langfristig zu verheimlichen. Das gilt besonders für Familien mit Kindern. Zudem befinden sich Christen muslimischer Herkunft in einer Zwickmühle, weil sie ihre Kinder nicht auf eine Medresse (Koranschule) schicken wollen, ihnen aber auch nichts von ihrem neuen Glauben erzählen können, da sie dies in Gefahr bringen würde.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Man kann sich als Bürger Afghanistans nur mit islamischer Religionszugehörigkeit registrieren lassen. Jeder Afghane ist folglich als Muslim registriert. Alles andere wäre inakzeptabel und undenkbar.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Eltern, die ihre Kinder im christlichen Glauben erziehen, riskieren Entlarvung. Wird festgestellt, dass Kinder christlicher Eltern eine andere Meinung als die Mehrheit haben oder leichtsinnig und offen über den christlichen Glauben sprechen, wird die Familie die Heimat zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen müssen. Es stellt sich für die Eltern damit die Frage, ob sie dies riskieren wollen. In jedem Fall werden diese möglichen Konsequenzen im Auge behalten, weshalb das Gespräch mit und die Unterweisung von Kindern im christlichen Glauben, wenn überhaupt, nur in einer sehr vorsichtigen Art und Weise erfolgt.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Es wird Druck auf die Ehepartner ausgeübt, sich scheiden zu lassen, beziehungsweise wird darauf gedrängt, die Ehe mit einem christlichen Ehepartner annullieren zu lassen, weil Ehescheidung unüblich ist. Dem stärksten Druck sind Frauen ausgesetzt, deren Ehemänner den christlichen Glauben angenommen haben. Ihre Eltern werden versuchen, eine Scheidung durchzusetzen und auch sonst große Unruhe in der Familie zu stiften. Manchmal werden ehemalige Muslime in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, weil die Familien davon überzeugt sind, dass niemand mit gesundem Verstand jemals den Islam verlassen würde. Diese Argumentation macht es zudem leichter, eine Ehe zu annullieren.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Christliche Ehepartner stehen nicht nur vor dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder, da die afghanische Kultur verlangt, dass sie als Muslime aufgezogen werden; sie verlieren auch das Erbrecht.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Wenn eine Christin sich entscheidet, keine Kopfbedeckung zu tragen, erregt sie unerwünschte Aufmerksamkeit – die Gesellschaft wird sie zum Tragen einer solchen drängen. Ein solcher Druck ist nicht nur auf Kleidungs Vorschriften begrenzt; Druck wird auch beim Versäumnis ausgeübt, die Moschee zu besuchen. Es wird (in einigen von Taliban kontrollierten Gebieten) sogar Druck ausgeübt sich einen Bart wachsen zu lassen.

In einigen Städten mögen die Menschen mit einem von der Norm abweichenden Verhalten davonkommen; doch für Konvertiten zum christlichen Glauben ist auch hier der Druck äußerst hoch, nicht als Christ erkannt und entdeckt zu werden.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Die Teilnahme an islamischen Ritualen wie dem täglichen Gebet, Moscheebesuchen, Fasten und weiteren wird vorausgesetzt – egal, ob ein Afghane als Christ (beispielsweise in einer toleranten Familie) bekannt ist oder nicht. Christen muslimischer Herkunft werden zu Moscheegebeten gedrängt, besonders an Freitagen. Während die Menschen in Kabul in begrenztem Umfang mehr Freiheiten haben und einen weniger konservativen Lebensstil führen können, ist dies in Gebieten außerhalb der großen Städte unmöglich.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Christliche Eltern haben Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie sie vor islamischer Indoktrinierung schützen wollen und befürchten, sie könnten versehentlich ihren christlichen Glauben verraten. Werden sie entdeckt, werden sie unter Druck gesetzt, die Schule zu verlassen, ohne die notwendigen Dokumente zu erhalten, um ihre Bildung an anderer Stelle fortzusetzen. Natürlich müssen auch Schüler, die Christen sind, dem allgemeinen Lehrplan folgen, in dem ein großer Schwerpunkt auf den Islam gelegt wird. In den von den Taliban kontrollierten Bezirken ist der Schulbetrieb nicht immer möglich, aber wenn dieser stattfindet, müssen christliche Schüler dort besondere Vorsicht walten lassen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Im Fall einer Entdeckung werden Christen auf jeden Fall zur weiteren Untersuchung und Befragung abgeführt. Diese Verhöre sind hart, ungeachtet dessen, ob die Christen es mit der Regierung, den Taliban oder dem IS zu tun haben. Die Polizei ist auch an Schmiergeld oder Geständnissen interessiert. Um dieses Ziel zu erreichen, inhaftieren sie verdächtige Christen muslimischer Herkunft.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung garantiert, dass Angehörige anderer Religionen ihren Glauben frei ausüben können. Jedoch legt Artikel 3 der Verfassung auch fest, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen des Islam widersprechen darf. Dies führt zu Einschränkungen in vielen Lebensbereichen. Obwohl die Wortwahl einen großen Spielraum lässt und oft unklar bleibt, was als unangemessen oder gegen den Islam verstanden werden kann, kommt in der Praxis die Abwendung vom Islam der Lästerung des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten haben Religionsfreiheit.

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Alle Reisen von Personen, die im Verdacht stehen, Christ zu sein (oder Interesse am „christlichen Westen“ zu haben), werden überwacht und verhindert, wenn der Verdacht besteht, dass sie aus religiösen Gründen reisen (beispielsweise zur Teilnahme an einer Konferenz).

Wegen der berüchtigt strengen und häufigen Durchsuchungen an Checkpoints der Taliban trauen sich Christen nicht, christliches Material bei sich zu tragen; selbst Handys können stundenlang überprüft werden, manchmal mit modernen Softwareprogrammen.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Christen sind selten das Thema der Medienberichterstattung; wenn aber doch, ist die Berichterstattung immer verzerrt und schürt eine antichristliche Stimmung. Aktuelle Konflikte (insbesondere die Einsätze der von den USA angeführten Militärallianz) werden oft als christlich motiviert oder in Verbindung mit dem christlichen Glauben dargestellt. Ob sich dieses Narrativ mit dem Rückzug internationaler Truppen ändern wird, bleibt abzuwarten.

Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen?

Die Strafe für Blasphemie folgt nicht so sehr dem Rechtsinteresse, als dem Interesse der Gesellschaft an Sanktionen, welche von den lokalen religiösen Behörden oder islamisch-extremistischen Gruppen zügig vollstreckt werden. Berichten zufolge werden Blasphemie-Anklagen in vielen Fällen aus Gründen der persönlichen Feindschaft oder des Neides vor Gericht gebracht. Selbst ein bloßer Verdacht oder eine Anschuldigung kann mit dem sofortigen Tod des Einzelnen enden oder zu dessen Flucht führen.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In Afghanistan gibt es keine öffentlich zugängliche Kirche. Die einzige genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Zahl ausländischer Christen in Kabul vorgesehen – überwiegend diplomatisches und militärisches Personal – die noch in der Stadt arbeiten. Jede Form einer organisierten Versammlung, von der die Taliban oder staatliche Überwachungsorgane erfahren, erhält große Beachtung. Gruppen von Christen (wie klein sie auch sein mögen) müssen bei der Wahl ihrer Treffpunkte extrem vorsichtig sein. Sie werden häufig eine Zeit lang beschattet, bis man sie ertappt, wie sie sich mit einer größeren Gruppe treffen oder anderen religiösen Aktivitäten nachgehen. Selbst ausländische Christen müssen Vorsicht walten lassen und sich bei Treffen in kleine Gruppen teilen.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft treffen sich nur mit größter Vorsicht und nur, wenn die Mitglieder einander kennen und sich vertrauen. Vorsichtsmaßnahmen wie Ortswechsel und andere machen es sehr kompliziert, sich als Gemeinde zu versammeln. Bibellehre und Singen geistlicher Lieder können nur in privaten Räumen und nur unter äußerster Vorsicht vonstattengehen.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Leiter von christlichen Gruppen sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Ein Experte für Afghanistan berichtet: Wenn unter extremistischen Gruppen oder in der muslimischen Gesellschaft im Allgemeinen bekannt wäre, wer ein christlicher Leiter ist, würde er umgebracht werden, um die Christen in seinem Umfeld einzuschüchtern und diese Gemeinschaft zu zerstören.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Es gibt keine Möglichkeit, Bibeln und andere christliche Materialien zu verteilen oder zu verkaufen; selbst die elektronische Weitergabe kann lebensbedrohliche Konsequenzen nach sich ziehen, wenn sie zurückverfolgt wird. Aufgrund des Mangels an christlichen Materialien suchen Christen in Afghanistan ständig den Zugang zu diesen; doch sie müssen größte Vorsicht walten lassen, da viele, die dabei entdeckt werden, mit fatalen Konsequenzen rechnen müssen.

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden. Das Ausmaß der Gewalt ist sehr hoch. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Berichte von afghanischen Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, von Afghanen, die allein aufgrund des Verdachts ermordet wurden, sie könnten Christen sein, und von Familienmitgliedern, die getötet wurden, um christliche Konvertiten dazu zu bringen, ihren Glaubenswechsel zu widerrufen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „International Religious Freedom Report 2019“ des US-Außenministeriums verlautet: „Die andauernden Operationen terroristischer Gruppen wie des Islamischen Staates in der Provinz Khorasan (ISKP) bedrohen die allgemeine Sicherheit des Landes; sie gefährden aber insbesondere die schiitisch-muslimische Bevölkerung des Landes, die in den letzten Jahren vermehrt Angriffen ausgesetzt war. (...) Während des Berichtszeitraums blieben nichtmuslimische Gruppen wie Hindus, Christen und Sikhs weiterhin gefährdete Minderheiten. Viele flohen aus dem Land, und viele ihrer noch verbliebenen Leiter wurden bei einem groß angelegten Anschlag im Juli 2018 getötet. Im Allgemeinen haben religiöse Minderheiten in Afghanistan seit den 1990er-Jahren unter der Herrschaft der Taliban schwere Menschenrechtsverletzungen erlitten und in der Folgezeit unter anhaltenden Angriffen extremistischer Gruppen gelitten. Sikhs und Hindus wurden in den Untergrund getrieben, ohne die Möglichkeit, ihre religiösen Traditionen öffentlich auszuüben, aus Furcht vor Repressalien durch terroristische Gruppen oder die Gesellschaft im Allgemeinen.“

Weitergehende Informationen

Die Associated Press berichtete am 25. März 2020: „Ein bewaffneter Einzeltäter des IS wütete am Mittwoch in einem Sikh-Tempel im Herzen der afghanischen Hauptstadt. Dem Innenministerium zufolge wurden 25 Gläubige getötet und acht verwundet. Der Bewaffnete hielt viele Gläubige mehrere Stunden lang als Geiseln, bis afghanische Spezialeinheiten mit Hilfe internationaler Truppen versuchten, das Gebäude zu räumen. Gemäß der Nichtregierungsorganisation SITE, die Onlineaktivitäten von Milizen überwacht, bekannte sich der IS auf seinem Nachrichtenkanal ‚Amaq‘ zu dem Anschlag. Die Verlautbarung identifizierte den Bewaffneten als Abu Khalid al-Hindi. Der

indische Staatsbürger habe den Anschlag verübt, um Rache an der Lage der Muslime in Kaschmir zu nehmen, weil sie im einzigen muslimisch dominierten Bundesstaat Indiens unter der indischen Regierung strenge Einschränkungen zu erleiden hätten.“

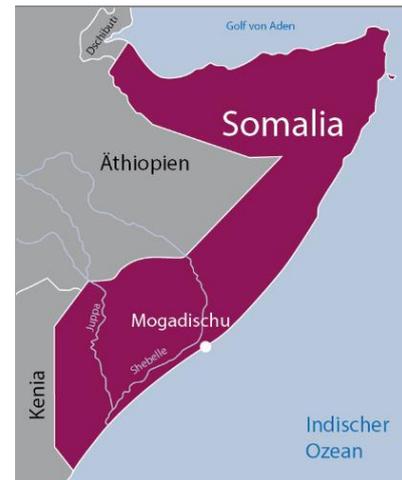
Bei dem Angriff wurden mindestens 26 Menschen getötet. Die Sikh-Minderheit wurde dabei bewusst ins Fadenkreuz genommen, weil der IS die Strategie verfolgt, religiöse Spannungen zu schüren. Es überrascht nicht, dass viele Sikhs und Hindus Afghanistan verlassen – nicht allein wegen der Anschläge, sondern auch aufgrund der institutionalisierten Diskriminierung und Ausgrenzung.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Somalia: Platz 3

Kurze Zusammenfassung

Die einzige Gruppe von Christen im Land, die für den Weltverfolgungsindex in Betracht gezogen wird, sind ehemalige Muslime. Sie werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen, und wenn sie entlarvt werden, tötet man sie oft auf der Stelle. Die islamisch-extremistische Miliz Al Shabaab hat sich der Lehre des Wahhabismus verschrieben und befürwortet die Scharia als Grundlage zur Regelung aller Lebensbereiche in Somalia. Diese Gruppierung äußert immer wieder ihr Ziel, alle Christen des Landes auszulöschen. Ausländische Dschihadisten sind ebenfalls im Land präsent, doch Verfolgung durch islamische Unterdrückung ist nicht auf militante Gruppen beschränkt.



Christen sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Jeder Übertritt zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Familie und dem Stamm betrachtet. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Anführern des Stammes schikaniert, bedroht oder sogar getötet. In allen Bereichen des persönlichen, familiären, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens ist es lebensgefährlich als Christ muslimischer Herkunft erkannt zu werden – es führt oftmals auf der Stelle zur Hinrichtung. Kirchliches Leben ist unmöglich. Dieses Verfolgungsmuster ist außergewöhnlich und setzt Somalia somit ganz nach oben in den Bereich der extremen Verfolgung.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Situation eher verschlechtert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen, vor allem auf christliche Leiter, verstärkt. Ein Versuch der Wiedereröffnung einer Kirche in Hargeisa, Somaliland, im August 2017 scheiterte, als die Regierung durch Druck der lokalen muslimischen Bevölkerung gezwungen war, die Kirche wieder zu schließen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	92	3
2020	92	3
2019	91	3
2018	91	3
2017	91	2

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl ist mehr oder weniger stabil geblieben, obwohl es einen Anstieg im Bereich Gewalt gegen Christen von 9,4 Punkten im Vorjahr auf 9,8 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 gibt. Der Druck auf die Christen ist unvermindert extrem hoch geblieben. Sie stehen in Gefahr von islamischen Kämpfern und Stammesführern getötet zu werden. Älteste und Familienmitglieder überwachen jeden, der verdächtigt wird, Christ zu sein. Das Land ist in einem endlosen Bürgerkrieg, in sozialen

Fragmentierungen, Stammeskonflikten und islamischem Extremismus verstrickt. Al Shabaab demonstrierte ihre Macht in mehreren Anschlägen in Mogadischu und in der Ermordung des Bürgermeisters. Die Coronakrise hat die ohnehin schon fragile Situation weiter verschärft.

2. Trends und Entwicklungen

1) Somalia ist dafür bekannt christenfeindlich zu sein

Das Land ist seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex vertreten und wird zweifellos auch weiterhin ganz oben auf der Liste stehen. Verstöße gegen die Religionsfreiheit sind besonders schwerwiegend für Christen mit muslimischem Hintergrund, denen im Falle einer Entdeckung häufig die Enthauptung droht. In ihrer jetzigen Form wird Al Shabaab weiterhin gezielt gegen Konvertiten vorgehen, und keines der schwer beschädigten Kirchengebäude wird in den nächsten Jahren wiedereröffnet werden.

2) Somalia ist ein gescheiterter Staat

Somalia ist ein gescheiterter Staat. Die internationale Gemeinschaft und die „Afrikanische Union“ (AU) haben bei mehr als zwei Gelegenheiten versucht, verschiedene Regierungen einzusetzen. Die derzeitige Bundesregierung wird von AU-Truppen und dem UN-Sicherheitsrat unterstützt. Trotzdem bleibt Al Shabaab mächtig genug, um selbst in Mogadischu – dem Sitz der Bundesregierung – tödliche Angriffe zu verüben. Die USA haben Luftangriffe gegen Al Shabaab durchgeführt, die jedoch nicht die erwünschte Wirkung gezeigt haben, wie aus Berichten hervorgeht. Dennoch scheint es, dass die somalische Bundesregierung auf dem Weg zu einer funktionierenden Regierung ist. Was die Situation dabei verschlimmert, ist, dass die Zentralregierung begonnen hat, mit den Regierungen einiger Provinzen zu kämpfen. Dies hat zwei Auswirkungen: Einerseits zeigt es, dass die Regierung Somalias – mit ihren von der Türkei ausgebildeten Soldaten – die Kontrolle über Mogadischu hinaus ausweiten will. Andererseits ist es ein Hinweis darauf, dass es den Kräften, die im Kampf gegen Al Shabaab und ihre Verbündeten vereint sein sollen, eindeutig an Einigkeit mangelt. Wenn dieses Problem nicht gründlich und schnell gelöst wird, wird es die meisten Errungenschaften auf dem Weg zur Errichtung einer effizienten Zentralregierung zunichtemachen. Die Coronakrise wird diese Situation nur erschweren.

3) Die Regierung Somalias bleibt weiterhin schwach.

Die Wahl des neuen Präsidenten im Februar 2017 war, trotz des fragwürdigen Wahlverfahrens, für viele Somalier und die internationale Gemeinschaft ein Zeichen der Hoffnung. Die Regierung ist jedoch schwach und hat die Jahre 2018–2020 nur mit Hilfe von Truppen der AU, unterstützt von der UNO, überlebt. Die UNO hat die Mandate von UNSOM und AMISOM bis 2021 verlängert.

3. Religiöse Situation im Land

Die Bevölkerung Somalias ist überwiegend muslimisch, 99 % sind sunnitische Muslime. Die kleine christliche Gemeinschaft ist ständig von Angriffen bedroht, da die Christen als ein fremdes Element angesehen werden, das im Land ist, um sowohl der Kultur als auch dem Islam zu schaden. Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land auf mehrere Hundert. Dabei war das Land in der Vergangenheit Sitz der größten katholischen Kathedrale in der Region und die christliche Gemeinschaft war viel größer.

Die chaotischen Jahre nach dem Sturz des Militärregimes von Präsident Siad Barre im Jahr 1991 haben zum Aufstieg von Scharia-Gerichten und radikal-islamischen Gruppen wie Al Shabaab geführt. Sie alle verfolgen eine klare islamische Identität vor dem Hintergrund einer starken Stammesidentität. Ein Religionswechsel, z. B. zum christlichen Glauben, bedeutet nicht nur einen Verrat am Islam und der muslimischen Gemeinschaft, sondern auch einen Bruch mit den Normen und Werten des Stammes. In Stammesgesellschaften ist dies ein sehr schwerwiegendes Vergehen. Nach Ansicht vieler Somalier, wird ein „Somalier als Muslim geboren und stirbt als Muslim“. Selbst wenn sich Al Shabaab derzeit im Rückzug befindet, bedeutet dies nicht, dass die Bedrohung für die Christen abnimmt. Ein Beispiel dafür ist Somaliland, das 1991 seine Unabhängigkeit erklärte, welche immer noch nicht anerkannt ist: Die Region scheint frei von militanten islamischen Aktivitäten zu sein, jedoch werden Christen dort genauso verfolgt, weil die antichristliche Stimmung in der Religion und Kultur des Landes verwurzelt ist.

In diesem Zusammenhang werden zum christlichen Glauben konvertierte Männer schlimmer behandelt, da sie als Leiter angesehen werden, die den islamischen Glauben vertreten sollen. So sind sie zum Beispiel für den Glauben der Familie verantwortlich und deshalb wird von ihnen mehr erwartet. Sie können für den Glaubenswechsel der Ehefrau oder Schwester sogar mit dem Tod zur Verantwortung gezogen werden.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Somalia ist eine muslimisch dominierte Nation, und die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Anführer erklären öffentlich, dass es keinen Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen in Somalia gebe. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Die Miliz Al Shabaab als gewalttätiger nichtstaatlicher Akteur tötet gezielt Somalier, die verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben. Ausländische Dschihadisten sind ebenfalls im Land präsent. Allerdings geht islamische Unterdrückung nicht allein von militanten Gruppen aus. Christen muslimischer Herkunft sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Christ zu sein, insbesondere als ehemaliger Muslim, ist eine enorme Herausforderung und kann dazu führen, von Extremisten brutal ermordet zu werden.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

In der somalischen Gesellschaft hat der Stamm einen großen Stellenwert; er regelt die Belange des täglichen Lebens und die Beziehungen der Gemeinschaften untereinander. Außerdem hat die Stammesstruktur einen tiefgreifenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung und die Durchführung der Wahlen. Dies zeigte sich in den somalischen Wahlen 2017: Der Präsident wurde von einem Parlament gewählt, das wiederum von 14.025 Delegierten gewählt worden war, die von den Stammesältesten bestimmt wurden. Die Miliz Al Shabaab stützt sich auch auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheiche und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod. Nach Ansicht vieler Somalier und Stammesführer muss jeder Somalier Muslim sein, weshalb die Hinwendung zum christlichen Glauben als Verrat an Familie und Stamm gilt. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben

angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Anführern des Stammes schikaniert, bedroht oder sogar getötet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In der derzeit fragilen und gesetzlosen Situation in Somalia greifen Kriminalität und Korruption ungehindert um sich. Die Regierung kontrolliert nur einige Städte und überlässt Al Shabaab den Großteil der ländlichen Gebiete. Die Miliz erhebt Steuern und finanziert ihre Aktivitäten durch illegalen Handel. Diese Situation hat das Leben für Christen sehr schwierig gemacht, da sie keinerlei Schutz erfahren. Die Art und Weise, in der die Militanten organisiert sind, bedeutet, dass sie bisweilen auch Netzwerke in Regierungen haben. Im Weltverfolgungsindex 2021 wird diese Triebkraft (in Kombination mit der islamischen Unterdrückung durch gewalttätige religiöse Gruppen) als Folge der Coronakrise immer stärker. Der Grund dafür ist, dass die Regierung beschlossen hat, ihre Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung von Heuschrecken und dem Coronavirus zu konzentrieren, was es Al Shabaab und ihren Verbündeten ermöglicht, stärker zu werden.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamische Extremisten wirken ungehindert in vielen Regionen. Al Shabaab tötet Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Diese Miliz ist so stark und gefährlich, dass sie sogar jenseits der Grenze Somalias Gewalt und Verletzung von Religionsfreiheit betreibt, besonders in Kenia, wo die Gruppe für den Tod Hunderter Christen verantwortlich ist. Al Shabaab wird als Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der ganzen Region angesehen und weltweit als eine terroristische Organisation bezeichnet.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische religiöse Leiter erklären öffentlich, dass es keinen Raum für den christlichen Glauben gibt.
- **Familie und gewöhnliche Bürger:** Die Gesellschaft im Allgemeinen und auch Familienangehörige lehnen jeglichen Gedanken einer Hinwendung zum christlichen Glauben ab und behandeln Christen muslimischer Herkunft hart.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Drogenkartelle und kriminelle Netzwerke sind sehr stark mit gewalttätigen religiösen Gruppen verbunden. Sie helfen den Dschihadisten ihre Unterdrückung zu finanzieren.
- **Regierungsbeamte:** Auch Regierungsbeamte zeigen bei vielen Gelegenheiten ihre antichristliche Haltung. So wurde zum Beispiel das Feiern von Weihnachten von der Regierung verboten.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Politische Parteien:** Die politischen Parteien basieren auf der ethnischen Identität. Sie haben sich zudem der Vorstellung verschrieben, dass Somalia für Somalis ist – und als Somali ist man Muslim.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer erlauben keine Bekehrungen zu Jesus Christus. Sie dulden im Land keine christlichen Symbole.

- **Familie und gewöhnliche Bürger:** Familienangehörige und Normalbürger sind ebenfalls Verfolger ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen, da Familien und Bürger sich über die Stammeszugehörigkeit definieren.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gruppen wie Al Shabaab nutzen das StamMESSystem auch zur Rekrutierung. So sehen diese islamischen Kämpfer jede Person, die den Islam verlässt, als Bedrohung an.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kriminelle Kartelle:** Kriminelle Netzwerke profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia und haben ein Netz illegaler Handelswege etabliert. Diese Kartelle sind stark mit Al Shabaab verbunden oder werden sogar von ihnen selbst geführt. Von dem erwirtschafteten Geld der Kartelle werden Waffen gekauft, mit denen Christen oder anderen Zivilpersonen ermordet werden.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Al Shabaab beteiligt sich am illegalen Handel und erhebt unerlaubt Steuern als Einnahmequelle auch für Einsätze gegen Christen im eigenen Land sowie in Nachbarländern.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt keine sichere Region für Christen in diesem Land. Allerdings sind die von Al Shabaab kontrollierten Teile des Landes am gefährlichsten. Diese befinden sich insbesondere in der südlichen und südwestlichen Region und umfassen Gebiete um Kismayo, Jamaamee, Marka, El Hur und viele andere Orte. Christen sind selbst an relativ friedlichen und stabilen Orten wie Puntland und Somaliland nicht sicher.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sich diese Gruppe auf Militärseelsorger (beispielsweise unter Angehörigen der Militärmission der AU, AMISOM), ausländische Arbeiter in Mogadischu und einige Flüchtlinge in Hargeisa (Somaliland) beschränkt, wird sie nicht als separate Kategorie behandelt.

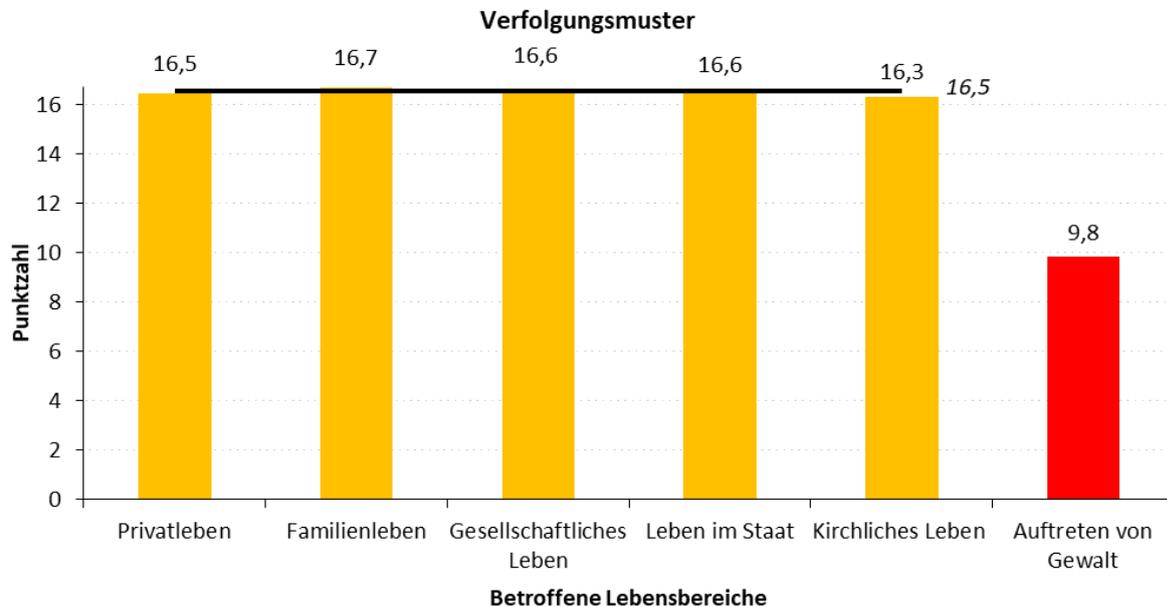
Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie existiert in Somalia nicht. Eine der größten römisch-katholischen Kathedralen Afrikas wurde 1928 in Mogadischu erbaut. Doch seit 2008 ist dieses Gebäude nur noch eine Ruine.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund werden mit der schwersten Verfolgung konfrontiert und von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen. In der jüngsten Geschichte des Landes wurden Christen muslimischen Hintergrunds – oder Menschen, die nur im Verdacht standen, den christlichen Glauben angenommen zu haben – nach ihrer Entdeckung oft auf der Stelle getötet.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Somalia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen in Somalia (16,5 Punkte) ist im Vergleich zum Vorjahr (16,6 Punkte) um 0,1 Punkte gesunken. Doch der insgesamt Druck auf Christen bleibt extrem hoch.
- Der Druck in allen Lebensbereichen hat ein extremes Ausmaß und erreicht im Bereich Familienleben die höchste Wertung (16,7), gefolgt vom gesellschaftlichen und staatlichen Leben (16,6). Dadurch wird deutlich, wie immens stark der Druck ist, der von Familie und Nachbarschaft auf christliche Konvertiten und die nationale Situation der Kirche ausgeht.
- Die Punktzahl für Gewalt ist sehr hoch und von 9,4 Punkten im Vorjahr auf 9,8 Punkte gestiegen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde die Hinwendung zum christlichen Glauben, darunter auch ein Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums, abgelehnt, verboten oder bestraft?

Der Glaubenswechsel hat schwerwiegende Konsequenzen in Somalia. Ihre Hinwendung zum christlichen Glauben müssen ehemalige Muslime nicht nur vor ihrer erweiterten Familie und den

Mitgliedern ihres Stammes verstecken, sondern auch vor ihren engsten Angehörigen. Die Familienmitglieder würden nicht nur verständnislos auf den christlichen Glauben reagieren, sondern auch Angst haben, selbst der Hinwendung zum christlichen Glauben verdächtigt zu werden.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Christen in Somalia stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie versuchen, ihrem Glauben entsprechend zu leben. Sie können nur heimlich beten und müssen ihren Andachtsort immer wieder wechseln, um nicht entdeckt zu werden.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Christliche Symbole oder Schriften zu besitzen oder mit sich zu führen, würde als Beweis gegen eine Person verwendet werden, sollte sie gefasst werden. Der bloße Verdacht, Christ zu sein, ist in der Regel ein Todesurteil. Lediglich in sehr seltenen Fällen, wenn digitale Kopien von christlichem Material auf dem Handy Verdächtiger entdeckt wird, werden sie „nur“ verprügelt und gewarnt, in Zukunft kein Interesse an christlichen Materialien oder an Freundschaften zu Christen zu zeigen. Sollte die Person jedoch im Besitz einer Bibel oder von christlichen Schriften gefunden werden, wird sie mit Zustimmung ihrer Familienmitglieder, Verwandten, Nachbarn und sogar Freunde hingerichtet. Einem Experten für Somalia zufolge trauen sich Christen kaum, ihren Glauben in irgendeiner Form auszudrücken: „Es gibt ein weltweites Social-Media-Netzwerk somalischer Christen, die alle im Ausland leben, und allein einen Post dort zu ‚ liken‘, bringt einen Somalier ernsthaft in Gefahr.“ In diesem Land reicht allein ein Verdacht, um in Gefahr zu geraten.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Mit einem gewöhnlichen Bürger in Somalia über eine Hinwendung zu einem anderen Glauben oder das Verlassen des Islam zu sprechen, kann tödlich sein. Infolgedessen vermeiden Christen muslimischer Herkunft und auch andere Personen, über nichtmuslimische Glaubensinhalte zu reden. Ein Experte des Landes fügt hinzu: „Die Gesetze und Praktiken im Land würden es den Christen nicht erlauben sich zu entfalten. Sie sind darauf ausgelegt, Muslime auf Kosten anderer zu bevorzugen. Militante Gruppen im Land würden alles dafür tun, um sicherzustellen, dass Christen getötet werden. Somit sind überhaupt keine Gottesdienste oder Versammlungen möglich.“

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Der Staat und die Gesellschaft erwarten, dass alle Somalier Muslime sind. Es gibt keinen Raum für irgendeinen anderen Glauben. Demzufolge wird ein Baby, geboren von somalischen Eltern, immer als Muslim angesehen. Jeglicher Versuch, dies in Frage zu stellen, hätte tödliche Konsequenzen.

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Christliche Hochzeiten oder christliche Feiertage in einer Familie zu feiern, ist nahezu unmöglich. Dies ist eine weitere Einschränkung in einem Land, das als Parole „keinen Raum für Christen“ hat. Mitglieder der Familie oder einer Bürgerwehr suchen immer nach Christen im Land. Somit könnte jede christliche Feier zu einer tödlichen Situation werden.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Christen können ihre Kinder, insbesondere jüngere Kinder, nicht christlich erziehen, da immer die Gefahr besteht, dass die Kinder christliche Lieder singen, Bibelverse zitieren oder im Namen Jesus Christus beten und somit sich und ihre ganze Familie verraten würden. Eltern sind daher in ihrem Handeln eingeschränkt. Ein Länderexperte schreibt: „Sie können ihren Kindern nicht von ihrem christlichen Glauben erzählen. Verwandte und das Umfeld würden dann sicherstellen, dass Kinder im islamischen Glauben erzogen würden.“

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In den von Al Shabaab kontrollierten Gebieten, welche einen großen Teil des Landes ausmachen, müssen alle Kinder, Frauen und sogar Männer am Islamunterricht und anderen islamischen Lehrstunden teilnehmen. In den vom Staat kontrollierten Gebieten ist der Islamunterricht ein vorgeschriebenes Schulfach. Das bedeutet, dass christliche Kinder keine andere Wahl haben, als daran teilzunehmen. Somalische Kinder müssen am islamischen Pflichtunterricht teilnehmen und christliche Eltern finden es oft zu gefährlich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu unterweisen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an die durch die Mehrheitsreligion vorgegebenen Vorschriften für Kleidung und Bärte usw. halten)?

Die somalische Gesellschaft ist sehr traditionsverbunden und hält sich an eine strenge Kleiderordnung. Auch Christen müssen sich daran halten. Ein Länderexperte erklärt: „Christen können in keiner Weise ihren Glauben sichtbar praktizieren, da dies im wahrsten Sinne des Wortes Todesgefahr oder zumindest gewaltsame Verfolgung mit sich bringt.“ Religiöse Familienfeiern, Veranstaltungen oder Gespräche sind für Christen immer gefährlich. Jeder, der in der Gesellschaft als ein nicht guter Muslim gilt, wird verdächtigt und trifft auf ernsthaften Widerstand.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen muslimischer Herkunft werden von Angehörigen ihres sozialen Umfeldes auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt, insbesondere durch Überwachung. Ein Experte für das Land berichtet: „Dank der Überwachung können örtliche Anführer und Älteste sagen: ‚Diese Person handelt nicht unserem Glauben entsprechend.‘ Daraufhin erhalten mutmaßliche Konvertiten einschüchternde Anrufe von ‚besorgten‘ Mitgliedern der Gemeinschaft oder sogar von Al-Shabaab-Mitgliedern, die sagen, sie hätten Gerüchte über ihren Glaubenswechsel gehört oder ‚abweichendes‘ (dem Koran widersprechendes) Verhalten beobachtet. Sie werden vorgewarnt, sich zu ändern, oder sie würden ihr Leben aufs Spiel setzen.“ Um solche Bedrohungen und ähnliche Probleme zu überleben, müssen somalische Christen ihren Glauben verstecken, auch um Zugang zu sozialen Grundleistungen oder Bildung zu erhalten.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Einige somalische Christen mussten ihre Häuser verlassen und aufgrund von Morddrohungen untertauchen. Ein Länderexperte erklärt: „Zwangsheirat ist die beste Option, andernfalls könnten sie

getötet werden.“ Ein anderer Experte sagt: „Dies scheint die ‚einfachste Lösung‘ für Eltern zu sein, die bemerken, dass ihre Töchter sich auf nichtmuslimische Weise verhalten.“ Entführungen erleben nicht nur somalische Christen, sondern auch Christen in den Nachbarländern.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Druck durch das soziale Umfeld ist einer der Hauptwege für Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung für diejenigen, die verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben. Die somalische Gesellschaft ist geprägt durch eine Verbindung von sehr engem sozialem Austausch und Misstrauen. Alles, was vom akzeptablen muslimischen Verhalten abweicht, wird mit deutlichem Anpassungsdruck erwidert. Jeder Somalier sieht sich in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass seine „Brüder“ „gute Muslime“ bleiben.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Dieser Lebensbereich ist entscheidend, wenn es darum geht, die Verletzung von Religionsfreiheit in einem Land zu untersuchen, da Politik und Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene richtungsweisend dafür sind, wie Dinge auf lokaler Ebene umgesetzt werden. In der Verfassung Somalias ist klar und deutlich dargelegt, dass der Islam die Staatsreligion und dass die Scharia Grundlage aller Gesetze ist. Es gibt keine Bestimmungen, nach denen Nichtmuslime von der Anwendung der Scharia ausgenommen wären. Beamte auf staatlicher und lokaler Ebene setzen Gesetze durch, welche die Freiheit von Christen stark einschränken. Deshalb haben Christen keine andere Wahl, als ihren Glauben im Geheimen zu leben. Wichtig ist auch, dass die somalische Regierung überzeugt davon ist, dass es keine somalischen Christen gebe.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Der zweite Artikel der somalischen Verfassung verbietet jeglichen Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion. Artikel 2 besagt: „Staat und Religion: (1) Die Staatsreligion ist der Islam. (2) Keine andere Religion als der Islam darf im Land verbreitet werden.“ Das bedeutet, dass kein somalischer Staatsangehöriger den Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion erklären kann.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Die Meinungsfreiheit ist generell eingeschränkt. Scheiche und andere muslimische religiöse Leiter im Land haben wiederholt gesagt, dass es keinen Raum für Christen in Somalia gebe. Für Christen ist es gefährlich, ihre Ansichten und Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern. Dies wird auch von der Regierung des Landes unterstützt – sie erlaubt Christen nicht einmal, Weihnachten in der Öffentlichkeit zu feiern.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Es gibt keinen Raum für Christen in diesem Land, geschweige denn christliche Regierungsparteien. Auch christliche ausländische Nichtregierungsorganisationen haben es schwer, im Land tätig zu sein, da sie ein begehrtes Ziel für Al Shabaab sind.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Es gibt keine Verfahrensweise zur Antragstellung einer Kirchenregistrierung und auch keine Bereitschaft, Genehmigungen für nichtmuslimische Vorhaben zu vergeben. Sollte die Regierung eine Registrierung doch erlauben, wäre zu befürchten, dass Al Shabaab dies zu Propagandazwecken für die Rekrutierung neuer Kämpfer nutzt und größere Unterstützung des somalischen Volkes gewinnen würde.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Christen können den Wiederaufbau von Kirchen nicht einmal in Betracht ziehen. Ein Versuch, die katholische Kirche in Mogadischu wieder zu eröffnen, war nicht erfolgreich. Ein weiterer Versuch zur Wiedereröffnung einer katholischen Kirche in Hargeisa verursachte einen öffentlichen Aufschrei und Feindseligkeit.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Ganz zu schweigen von Tätigkeiten im Freien, ist es Christen nicht einmal möglich, sich gefahrlos in einem Haus zu treffen. Es gibt für Christen keine Möglichkeit, einen Ort der Anbetung einzurichten und zu erhalten. Militante Gruppen, wie Al Shabaab oder andere Salafisten, haben öffentlich erklärt, dass es in Somalia keinen Platz für Christen gebe.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Es gibt keine erkennbaren Kirchengebäude im Land. Viele Kirchen wurden in den letzten Jahrzehnten zerstört, wie beispielsweise die römisch-katholische Kathedrale in Mogadischu, die als eine der schönsten und größten Kathedralen Afrikas galt. Es gibt eine ständige Überwachung, um zu sehen, ob es inoffizielle Gemeinden (Hauskirchen) im Land gibt.

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Mindestens neun Christen wurden im Berichtszeitraum wegen ihres Glaubens getötet.
- **Verhaftungen von Christen:** Zwei Christen wurden aufgrund ihres Glaubens festgehalten.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens drei (Haus-)Kirchen wurden angegriffen.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Vier.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Somalia haben religiösen Gruppen außerhalb des sunnitischen Islam keine bedeutungsvollen Rechte. In den von Al Shabaab kontrollierten Gebieten ist die Situation so extrem geworden, dass sich selbst schiitische Muslime sehr zurückhalten. Auf gemäßigte sunnitische Muslime hat man es ebenfalls abgesehen. Wie oben erwähnt, verbieten die Gesetze in Somalia die Verbreitung einer anderen Religion als des Islam und untersagen Muslimen den Glaubenswechsel. Die Verfassung besagt auch, dass alle Gesetze mit den allgemeinen Prinzipien der Scharia übereinstimmen müssen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jede religiöse Gruppe außer sunnitischen Muslimen vor außerordentlichen Herausforderungen steht, ihren Glauben zu leben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Libyen: Platz 4

Kurze Zusammenfassung

Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und der gesamten Gemeinschaft gewaltsamer und intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ausländer aus anderen Teilen des afrikanischen Kontinents werden ebenfalls von verschiedenen militanten islamischen Gruppierungen und organisierten kriminellen Gruppen angegriffen. Diese entführen Christen, und es gab auch Fälle, in denen Christen auf brutale Weise getötet wurden. Doch selbst wenn ihnen ein solches Schicksal erspart bleibt, werden Christen aus Subsahara-Afrika schikaniert und von extremistischen Muslimen bedroht. Christen, die in der Öffentlichkeit ihren Glauben bekennen und versuchen, diesen mit anderen zu teilen, laufen ebenfalls Gefahr, verhaftet zu werden und gewaltsamen Widerstand zu erfahren. Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat die Lage für Christen prekär gemacht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzuordnen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	92	4
2020	90	4
2019	87	4
2018	86	7
2017	78	11

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um zwei Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 liegt größtenteils in einem Anstieg der Berichte über Gewalt begründet, die nun ein extremes Maß erreicht hat. Auch die Wertung in allen anderen Lebensbereichen ist extrem hoch. Die anhaltende Anarchie hat dazu beigetragen, dass Christen im Land allgemein gefährdet sind.

2. Trends und Entwicklungen

1) Libyen ist in einen östlichen und einen westlichen Block geteilt

Während der Aufstände des „Arabischen Frühlings“ im Jahr 2011, wurde Präsident al-Gaddafi aus dem Amt gejagt, ohne einen klaren Plan, wie die Zukunft aussehen soll. Seitdem befindet sich Libyen in einem alptraumhaften Szenario mit einem Flickenteppich von militanten Gruppen: Diese haben verschiedene Teile des Landes unter ihrer Kontrolle und kämpfen um die Vorherrschaft. Derzeit ist das Land mehr oder weniger in einen östlichen und einen westlichen Block geteilt. Auf geopolitischer und ideologischer Ebene hat sich das Land zu einem internationalen Schlachtfeld entwickelt, auf dem

verschiedene militärische Supermächte versuchen, Einfluss zu gewinnen (d.h. islamistische Achse Türkei-Katar versus emiratisch-saudisch-ägyptische Diktaturachse, wobei Russland eine wichtige Rolle für letztere spielt).

2) Machtspiele im Land drängen die Demokratie beiseite

Es ist wahrscheinlich, dass offizielle Wahlen weiter in die Zukunft verschoben werden, da Wahlen bedeuten würden, dass die Parteien, die jetzt Teile Libyens kontrollieren, die Kontrolle an eine Zentralregierung abgeben müssten. Viele dieser Gruppen profitieren von der gegenwärtigen Situation und haben kein wirkliches Interesse an demokratischen Wahlen. Sollten in naher Zukunft Wahlen abgehalten werden, ist es wahrscheinlich, dass einige Parteien das Ergebnis nicht akzeptieren würden und der Bürgerkrieg daher weitergehen würde.

3) Christen können keine Garantien der Religionsfreiheit erwarten

Jede Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation der Christen in Libyen hängt von einer Verbesserung der politischen und sicherheitspolitischen Lage im Land ab. Wenn die „Regierung der nationalen Einheit“ in der Lage ist, mehr Autorität zu erlangen und Recht und Ordnung im Land wiederherzustellen, würden die Christen Schutz vor den schlimmsten Formen der Verfolgung erhalten, auch wenn es nicht unbedingt eine Garantie für die Religions- und Glaubensfreiheit gäbe. Langfristig wird jedoch die Art der dauerhaften politischen und verfassungsmäßigen Ordnung, die aus dem gegenwärtigen Friedens- und Übergangsprozess hervorgehen würde, der entscheidende Faktor für die Religionsfreiheit der Christen in Libyen sein. Angesichts der sehr konservativen islamischen Kultur Libyens ist es unwahrscheinlich, dass Christen, und insbesondere libysche Christen muslimischer Herkunft, langfristig Religions- und Glaubensfreiheit genießen werden.

3. Religiöse Situation im Land

Der „World Christian Database“ (WCD) zufolge sind 98,9 % der Libyer Muslime, nahezu alle gehören zum sunnitischen Islam. Zur ethnischen Minderheit der Amazigh (Berber) gehören einige Ibaditen (Sondergemeinschaft des Islam), und es gibt kleine christliche Gemeinschaften aus Afrika südlich der Sahara und ägyptischen Migranten. Fast alle Nichtmuslime sind Ausländer; die Zahl der libyschen Christen muslimischer Herkunft ist nach wie vor sehr gering.

Die Dominanz des Islam wird in der Verfassung ausdrücklich anerkannt (Art. 5, Verfassung von 1951), während die alten Wurzeln des Christentums in Libyen fast vollständig ausgelöscht worden sind. Sowohl die übergangsweise Verfassungserklärung (2011) als auch der Verfassungsentwurf von 2017 machen deutlich, dass sich in dieser Hinsicht nichts geändert hat: Beide erklären, dass der Islam die Religion des Landes und die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung sein sollen. Es gibt zwar eine Klausel, die besagt: „Der Staat garantiert Nicht-Muslimen die Freiheit, ihre religiösen Rituale auszuüben.“ Allerdings sind Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge. Die Religions- und Glaubensfreiheit von Christen muslimischer Herkunft ist nicht durch die Verfassung geschützt.

Die Scharia wird im ganzen Land angewandt. Der militärische Konflikt in Libyen hat dazu beigetragen, den Einfluss radikal-islamischen Gedankenguts zu verstärken. Islamisch-militante Gruppen haben in der durch den Bürgerkrieg geschaffenen Anarchie an Boden gewonnen, und in mehreren Gebieten leben nun extremistische Muslime, von denen viele mit dem „Islamischen Staat“ (IS) und Al Kaida sympathisieren. In anderen Gebieten setzen lokale (Stammes-)Gemeinschaften ihre eigenen

Versionen der Scharia durch. So ist der Grad des islamischen Extremismus von Region zu Region unterschiedlich, wobei einige Gruppen strenger und/oder gewalttätiger sind als andere.

Trotz dieser Zunahme des Extremismus stellte ein von der BBC in Auftrag gegebener Bericht aus dem Jahr 2019 fest, dass insbesondere in Libyen die Zahl der Menschen, die sich als nichtreligiös identifizieren (was wahrscheinlich als „nicht praktizierend“ zu verstehen ist), in den letzten sechs Jahren von 12 % auf 27 % gestiegen ist. Der Bericht wurde jedoch kritisiert, eine verwirrende Terminologie bei den Fragen verwendet zu haben, was zu irreführenden Ergebnissen geführt habe.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft äußert sich auf vielfältige Weise. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur. Deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Dazu kommt, dass nach dem Sturz al-Gaddafis verschiedenste islamisch-extremistische Gruppen mehr Einfluss gewonnen und Kontrolle über die Gesellschaft erlangt haben.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an Familie und Stamm gesehen. Aus ethnischen und rassistischen Gründen werden Migranten aus Ländern südlich der Sahara besonders heftig diskriminiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist so weit verbreitet, dass sie wesentlich zum anhaltenden Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zur mangelnden Strafverfolgung beiträgt. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit islamischer Unterdrückung, da einige der militanten islamischen Gruppierungen als organisierte kriminelle Gruppen im Menschenhandel und anderen kriminellen Aktivitäten arbeiten.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Starke islamische Überzeugungen sind ein wichtiger Grund für Familien, Mitglieder mit anderem Glauben ins Visier zu nehmen, obwohl dies eindeutig mit Fragen der Familienehre vermischt ist (siehe unter Unterdrückung durch den Clan/Stamm).
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Das bekannteste Beispiel für gewaltsame Handlungen religiöser Gruppen war die Enthauptung von 21 koptischen Christen im Februar 2015 durch den IS, gefolgt von der Hinrichtung einer Gruppe äthiopischer Christen im April desselben Jahres. Mittlerweile hat der IS zwar die Stadt Sirte als seine Hochburg verloren, er bleibt jedoch in der umliegenden Gegend präsent. Andere islamisch-extremistische Gruppen unterhalten zumeist Verbindungen zur international anerkannten Regierung im Westen des Landes, aber es gibt auch extremistische Elemente innerhalb der politischen Parteien im Osten. Diese Gruppen sind für die gewaltsamsten Formen der Verfolgung verantwortlich und agieren völlig ungestraft, da es keine Zentralregierung gibt, die auch nur den Anschein von Recht und Ordnung im Land sicherzustellen vermag.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Auf lokaler Ebene sind Imame und Scheichs dafür bekannt, dass sie zum Hass gegen Christen aufwiegeln, besonders gegen Migranten und Christen muslimischer Herkunft. Auf nationaler Ebene üben wahhabitische Gelehrte über Satellitenfernsehen und Internet ihren Einfluss aus. Im April 2019 warnte die Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ vor dem zunehmenden Einfluss der Madchalisten, einer ultrakonservativen salafistischen Gruppe mit Wurzeln in Saudi-Arabien und Anhängern in Ost- und West-Libyen. Auch wenn Madchalisten sich gegen politische Aktivitäten, wie sie etwa die Muslimbruderschaft verfolgt, und gegen dschihadistische Operationen, wie sie beispielsweise der IS durchführt, wenden, sind sie doch Vertreter einer strikten Auslegung der Scharia. Berichten zufolge wächst ihr Einfluss, was dazu führt, dass strikte islamische Regeln in immer mehr Gegenden des Landes durchgesetzt werden.
- **Regierungsbeamte:** Libyen hat derzeit keine Zentralregierung und die Behandlung der Christen variiert von Region zu Region. Allerdings wird an der Scharia als Gesetz im ganzen Land festgehalten. Christen muslimischer Herkunft und Christen, die anderen von ihrem Glauben erzählen, können durch lokal herrschende Gruppen verhaftet werden. Inhaftierte christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sehen sich oft schlimmerer Behandlung ausgesetzt als Migranten anderen Glaubens.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger, die sich extremistischen Auslegungen des Islam verschrieben haben, die keinen anderen Glauben akzeptieren, tragen zur Verfolgung von Christen insbesondere im Privat- und Familienleben und im gesellschaftlichen Leben bei. Diese Art der Verfolgung überschneidet sich mit jener ausgehend von den (Groß-)Familien, da Familien und Sippen eng verbunden sind und oft gemeinsam leben – auch, wenngleich in geringerem Maß, in städtischen Gebieten.
- **Politische Parteien:** Die meisten politischen Fraktionen unterstützen eine Anwendung der Scharia und streben an, dass Libyen ein muslimisches Land bleibt.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Für Christen muslimischer Herkunft geht die größte Gefahr oft von der eigenen Familie aus. Um die Schande auszulöschen, die durch den Glaubenswechsel über die Familie gebracht wurde, versucht diese, das christliche Familienmitglied zu zwingen, seinen oder ihren neuen Glauben zu widerrufen. Dies geschieht häufig durch sozialen Druck (etwa in Form von Familienausschluss, Zwangsheirat oder Verlust des Sorgerechts für die Kinder), aber Christen muslimischer Herkunft erleben auch schwere Gewalt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Bevölkerung Libyens verteilt sich auf mehr als dreißig Stämme. Jeder Stamm besteht aus verschiedenen Clans und Familien, die eine hierarchische Struktur haben, in der der Vater das Oberhaupt der Kernfamilie darstellt. Die Stammesführer, zumeist die ältesten Söhne ihrer Familie, haben die Pflicht, die (Groß-)Familie zu schützen, für deren Wohlergehen zu sorgen und die Familienehre zu erhalten. Sie üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, damit sie ihren neuen christlichen Glauben widerrufen, oder spornen Familien an, gegen vom Islam abgefallene Familienmitglieder vorzugehen.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Auch wenn Verfolgung eng mit den Machenschaften korrupter Regierungsbeamter verflochten ist, sind vor allem kriminelle Gruppen an der Verfolgung von Christen beteiligt. Besonders Gruppen, die Menschenhandel und Entführungen mit Lösegeldforderung betreiben, sind dafür bekannt, Christen herauszugreifen und sie härter zu behandeln als ihre Opfer anderen Hintergrundes. Diese Gruppen machen Jagd auf Immigranten, die auf ihrem Weg nach Europa durch Libyen kommen. Viele werden nicht nur unter Lösegeldforderung als Geiseln genommen, sondern in die Sklaverei verkauft, und viele Frauen werden Opfer von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen sind überall im Land gefährdet, besonders aber in den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten. Vor allem die Region um Sirte ist berüchtigt für die Präsenz islamisch-extremistischer Gruppen (einschließlich Teilen des IS). Ausländische Christen vermeiden Reisen im Allgemeinen und insbesondere in Gebiete, in denen militante Islamisten Kontrollpunkte eingerichtet haben könnten. Andere Gruppen, wie etwa die „Islamic Dawn Coalition“ kontrollieren das Gebiet um Tripolis und einzelne Stadtgebiete von Tripolis selbst. Im Osten halten sich extremistische Gruppen zumindest in Bengasi auf.

Christliche Migranten, die auf ihrem Weg nach Europa gefangen genommen und inhaftiert wurden, enden meist in einem der überfüllten Gefangenenlager im Umkreis von Tripolis. Andere kommen nicht einmal so weit, sondern werden von Menschenhändlern direkt in die Hände krimineller Beamter oder anderer Gruppen übergeben. In weiterer Folge müssen sie in der Landwirtschaft schwerste Zwangsarbeit leisten oder werden zur Prostitution gezwungen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christliche Gastarbeiter (die meisten davon aus Subsahara-Afrika und einige aus Ägypten) dürfen ihre eigenen Kirchen haben. Libysche Bürger dürfen an diesen Gottesdiensten jedoch nicht teilnehmen. Ausländische Christen genießen eine gewisse Freiheit, sind aber ständig der Gefahr von Entführung und anderen Formen des Missbrauchs ausgesetzt. Christen aus Afrika südlich der Sahara erleiden in doppelter Hinsicht Verfolgung und Diskriminierung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.

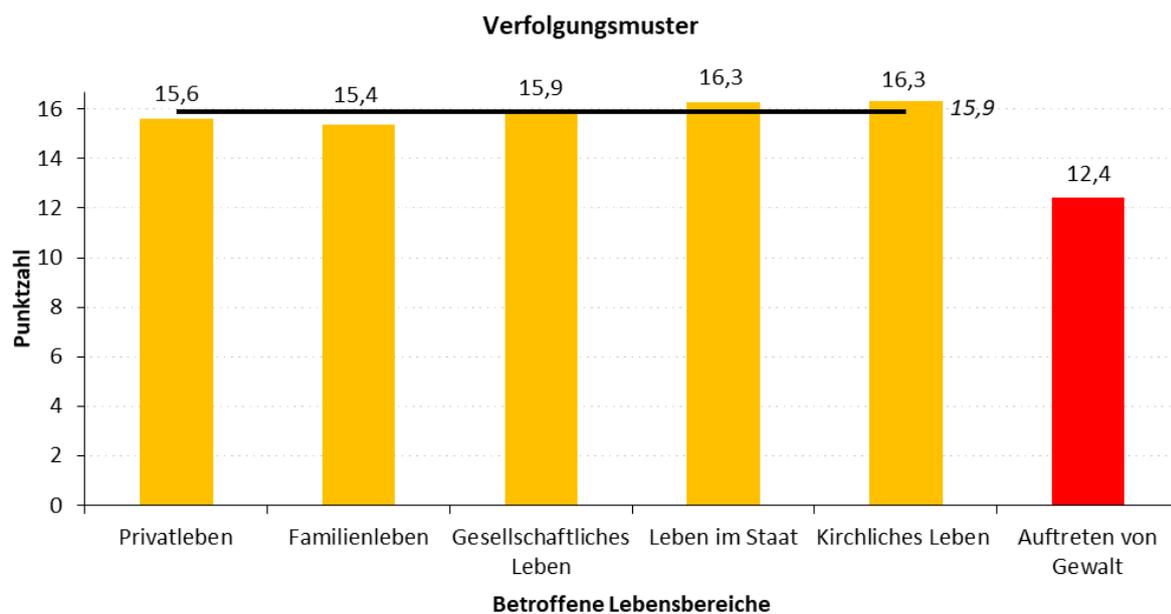
Christliche Migranten, die durch Libyen kommen, beschreiben ihre Reise als Hölle auf Erden. Sowohl christliche als auch muslimische Migranten sind Formen schweren Missbrauchs ausgesetzt. Aufgrund der internen Spaltungen werden die Migranten auf ihrem Weg zur Küste von einer Gruppe von Menschenhändlern an die nächste übergeben. Jede Gruppe von Menschenhändlern versucht, so viel Geld wie möglich von den Migranten zu erpressen. Die Gruppen sind bekannt dafür, der Familie eines Migranten im Heimatland sogar Videos von Folterungen zu schicken, um Lösegeld zu erpressen. Die meisten Migrantinnen werden von Menschenhändlern sexuell missbraucht; sie können sich nicht verweigern, da die Menschenhändler sonst drohen, sie zurückzulassen. Während sie darauf warten, weitertransportiert und einer anderen Gruppe von Menschenhändlern übergeben zu werden, werden Migranten häufig in Übergangslagern festgehalten. Die allgemeinen Bedingungen in diesen Lagern sind

oft entsetzlich, und viele Migranten überleben ihre Reise nicht. Ein christlicher Migrant erinnert sich an den völligen Mangel an Sicherheit: „Man kann niemals mit geschlossenen Augen schlafen.“ Wenn die Migranten schließlich das Küstengebiet erreichen, müssen sie oft Wege finden, um zusätzliches Geld für die Überquerung des Mittelmeers auf dem Weg nach Europa aufzubringen. Menschenhändler setzen so viele Migranten wie möglich auf oft nicht seetüchtige Boote, wodurch sie das Leben der Migranten gefährden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Die sehr kleine Gruppe libyscher Christen hält ihren Glauben geheim. Sie können keine Gottesdienste in offiziellen Kirchen besuchen. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem sozialem Druck verbunden. Als Christ muslimischer Herkunft in seiner Familie zu leben, ist risikobehaftet. Die meisten libyschen Christen wagen es nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen islamische – sind für Libyer verboten.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Libyen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist extrem hoch (15,9 Punkte), gestiegen von 15,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020. Der Grund für diesen Anstieg ist die Anarchie, die weiterhin und aufgrund des Fehlens einer Zentralregierung besteht. Islamisch-extremistische Gruppen, aber auch (in)offizielle Regierungsmitarbeiter, können Christen, die aus Ländern südlich der Sahara kommen oder Christen muslimischer Herkunft sind, ungestraft schaden.

- Auch wenn der Druck in allen Lebensbereichen ein extremes Ausmaß hat, erreicht er die höchste Stufe im kirchlichen Leben und im Leben im Staat. Darin zeigt sich das Fehlen einer Zentralregierung. Wo Anarchie und islamischer Extremismus Hand in Hand gehen, gibt es keine Meinungsfreiheit, keine Gleichbehandlung von Christen und keine Erlaubnis, Kirchengebäude zu errichten.
- Das Ausmaß von Gewalt erreicht nun die extreme Stufe, nachdem der Wert von 11,3 im Weltverfolgungsindex 2020 auf 12,4 im Weltverfolgungsindex 2021 gestiegen ist. Der Grund für diesen Anstieg liegt in der erhöhten Anzahl verifizierter Übergriffe. Gleichwohl bleibt der Mangel an verlässlichen inländischen Informationsquellen ein Problem.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Aufgrund der Unterdrückung (bedingt durch die Ablehnung von Familienangehörigen, der Gesellschaft und islamisch-extremistischen Gruppen) wagen es Christen in Libyen kaum, andere über ihren Glauben zu informieren, nicht einmal in schriftlicher Form. Dies könnte unerwünschte Aufmerksamkeit auf sie ziehen – von kriminellen Gruppen, die Wege suchen, um Menschen zu erpressen und zu entführen, oder von islamisch-extremistischen Gruppen, die die Anwesenheit von Christen nicht dulden. Es könnte auch dazu führen, dass sie der Blasphemie beschuldigt werden, wenn sie beispielsweise Jesus Christus als „Sohn Gottes“ bezeichnen. Besonders gefährlich ist eine öffentliche Äußerung des Glaubens für Konvertiten, da sie durch ihren Glaubenswechsel Schande über ihre (Groß-)Familie gebracht haben.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Als Christ erkennbar zu sein, bringt Risiken mit sich. Es kann gefährlich sein, ein Kreuz zu tragen oder, wie im Falle der ägyptischen koptischen Christen, am Arm oder Handgelenk eintätowiert zu haben. Milizen und lokal herrschende Gruppen unterhalten Kontrollstützpunkte, um zu überwachen, wer ihr Territorium betritt. Im alltäglichen Leben als Christ erkannt zu werden, kann zu Diskriminierung oder Belästigung führen. Besonders christliche Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, müssen ihre christliche Identität verstecken. Wenn sie das nicht tun, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie von ihren Schleusern oder auch von Regierungsbeamten diskriminiert oder sexuell misshandelt werden. Es gab Berichte darüber, dass Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara ermordet wurden, nachdem ihr christlicher Glaube entdeckt wurde.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Die libysche Gesellschaft ist konservativ und islamisch-extremistisches Denken übt einen wachsenden Einfluss im Land aus. Mit einem Muslim über den christlichen Glauben zu sprechen, kann als Akt der Evangelisation interpretiert werden. Zwar ist nicht Missionierung, wohl aber „Anstiftung zur Spaltung“ und „Beleidigung des Islam“ ausdrücklich verboten.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Insbesondere libysche Christen muslimischer Herkunft können sich nicht offen mit anderen Christen treffen. Würden sie bei solchen Treffen entdeckt, würde dies unerwünschte Aufmerksamkeit zur Folge haben, insbesondere durch nahe Verwandte.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Libysche Christen muslimischer Herkunft werden von der Regierung weiterhin als Muslime betrachtet und dürfen keine christliche Hochzeit feiern. Sie werden geächtet und müssen im Verborgenen bleiben. In einigen Landesteilen können ausländische Christen in ihren eigenen Kirchen heiraten. Doch insgesamt stellt das Feiern einer Hochzeit ein Risiko dar, weil so islamisch-extremistische Gruppen oder, im Falle von Christen muslimischer Herkunft, die Familienangehörigen aufmerksam werden.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Christen muslimischer Herkunft werden meist nach islamischem Ritus beerdigt. Berichten zufolge wurden Beerdigungen von christlichen Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara verhindert. Viele eingewanderte Christen sind in nicht gekennzeichneten Gräbern entlang der Straße begraben.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Libyen ist ein islamisches Land und die islamische Lehre beeinflusst alle Lehrpläne. Im August 2018 überprüfte das Bildungsministerium die Lehrpläne der Medressen, um sicherzustellen, dass dort nicht zum Hass gegen nichtislamische Minderheiten aufgerufen wird. Fast alle ausländischen Christen haben das Land verlassen. Die Hauptgruppen der verbleibenden Christen sind christliche Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und einige ägyptisch-koptische Christen. Ihre Kinder müssen, wenn sie zur Schule gehen, den Islamunterricht besuchen und sind gefährdet, Opfer von Belästigungen zu werden.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Einige Christen muslimischer Herkunft halten ihren Glauben sogar vor den eigenen Kindern geheim – aus Furcht, diese könnten sie aus Versehen verraten. Würde der christliche Glaube ihrer Eltern bekannt, würden Kinder von Christen muslimischer Herkunft sehr wahrscheinlich von ihren Altersgenossen schikaniert. Kinder von christlichen Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara stehen in der Gefahr, aufgrund ihres Glaubens und wegen ihrer Herkunft schikaniert zu werden.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen sehen sich regelmäßig Schikanen und Diskriminierung ausgesetzt und werden im Allgemeinen mit Argwohn betrachtet. Vor allem protestantischen Christen wirft man Verbindungen zum Westen und den westlichen Geheimdiensten vor, wie etwa zur amerikanischen CIA. Frauen müssen sich sittsam

kleiden, und die meisten libyschen Frauen bedecken entsprechend islamischer Tradition ihr Haar. Solche islamischen Normen müssen besonders christliche Frauen muslimischer Herkunft einhalten, um keine Aufmerksamkeit auf ihren Glaubenswechsel zu ziehen. Während des Fastenmonats Ramadan bekommen alle Christen den sozialen Druck zu spüren, keine Nahrung oder Flüssigkeit während des Tages zu sich zu nehmen; dies gilt im Besonderen für Christen muslimischen Hintergrunds, da sonst ihr Glaubenswechsel entdeckt werden könnte.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen stehen unter ständigem Verdacht, was sich durch den Bürgerkrieg noch verstärkt hat. Alle Christen müssen äußerst vorsichtig sein; Christen muslimischer Herkunft meiden einige Landesteile und tendieren dazu, sich eher in Stadtgebieten aufzuhalten, wo ein Leben in Anonymität und Geheimhaltung eher möglich ist.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Nicht nur Konvertiten erleben den Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Viele Christen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden gezwungen, zum Islam zu konvertieren, oder sie tun das, um sich selbst zu schützen. Jene, die bei ihrem christlichen Glauben bleiben, leiden zumeist besonders unter Verfolgung und einige wurden in solchen Situationen sogar an Ort und Stelle getötet.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Wessen Glaubenswechsel bekannt wird, verliert häufig seine Anstellung und erfährt bei erneuter Arbeitssuche Ablehnung. Grundsätzlich stellt die Regierung keine Christen ein, besonders nicht in höheren Positionen. Christen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara erleiden doppelte Diskriminierung, aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Glaubens. Viele stehen in der Gefahr, ausgebeutet zu werden, und müssen unter härtesten Bedingungen arbeiten, einige werden sogar als Sklaven verkauft.

Leben im Staat

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Aufgrund des Flickenteppichs verschiedener Gruppierungen, die alle ihre eigenen Straßenkontrollen unterhalten, ist das Reisen für Christen sehr gefährlich. Bestenfalls laufen sie Gefahr, ein Bestechungsgeld zahlen zu müssen, schlimmstenfalls, entführt oder getötet zu werden.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Der Sturz des al-Gaddafi-Regimes hat Libyern allgemein mehr Freiheiten ermöglicht, ihre Meinung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Es bleibt jedoch risikobehaftet, Regierungsbeamte oder lokal herrschende Gruppen zu kritisieren – das zeigt das Verschwinden kritisch eingestellter Journalisten und Internet-Blogger in den vergangenen Jahren. Da die meisten Christen ausländischer Herkunft sind, verwenden sie besondere Vorsicht darauf, nicht provokativ zu erscheinen; Christen muslimischer Herkunft im Speziellen sehen sich von öffentlichen Debatten ausgeschlossen, weil sie als Geächtete gelten.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Selbst die wenigen registrierten Kirchen achten darauf, dass am Gebäudeäußeren keine religiösen Symbole angebracht sind. Eine öffentliche Zurschaustellung solcher Symbole würde als indirekte Form der Missionierung verstanden und könnte schwerwiegende Strafen durch die Behörden nach sich ziehen – oder sogar öffentliche Lynchjustiz.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Christen muslimischer Herkunft können verletzt oder sogar getötet werden, ohne dass ihre Angreifer eine Strafe befürchten müssen. Besonders wenn dies durch Familienmitglieder geschieht, wird die Angelegenheit als eine Sache der Familienehre betrachtet. Auch andere Christen können sowohl durch islamisch-extremistische Gruppen als auch Regierungsbeamte getötet werden, ohne dass ihre Angreifer eine Strafe erhalten; Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sind in dieser Hinsicht besonders gefährdet.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Christen muslimischer Herkunft können sich in keiner Kirche gefahrenfrei versammeln. Ausländische Kirchen müssen äußerst vorsichtig vorgehen. Die meisten Kirchen versuchen, gute Beziehungen zu ihren muslimischen Nachbarn zu unterhalten, aber eine insgesamt feindliche Einstellung gegenüber Christen erschwert es ihnen, einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Christen muslimischer Herkunft wagen es nicht, sich als Christen zu erkennen zu geben, geschweige denn eine offizielle Anerkennung ihrer kirchlichen Aktivitäten bei behördlichen Stellen zu beantragen. Traditionelle Kirchen von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten, wie etwa die Koptisch-Orthodoxe Kirche oder die Römisch-Katholische Kirche, sind offiziell anerkannt. Doch auch für sie sind Kirchenneubauten oder Renovierungen kompliziert. Neuere protestantische Kirchen konnten bisher keine gesetzliche Anerkennung erlangen und müssen ihre Aktivitäten in Privathäusern durchführen.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Unabhängig davon, wer in einem Landesteil herrscht, ob es die von der UN anerkannte Regierung der nationalen Einheit oder eine lokale salafistische Miliz ist, können die Kirchen in keiner Region Christen muslimischer Herkunft aufnehmen. Evangelisation ist zwar nicht offiziell verboten, aber das Strafgesetz stellt es unter Todesstrafe, den Islam oder den Propheten Mohammed zu beleidigen. De facto bedeutet das, dass Kirchen äußerst zurückhaltend agieren müssen und Muslime weder einladen noch als Gäste empfangen dürfen.

Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?

Generell ist es sehr gefährlich für Ausländer, Christen in Libyen zu besuchen. Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie ins Ausland reisen, um keinen Verdacht zu erregen.

Wenngleich es in den vergangenen Monaten als Ausländer immer noch möglich war, einige Stadtteile von Tripolis zu besuchen, haben die intensivierten Kämpfe um Tripolis alle Besuche faktisch unmöglich gemacht. Das macht es außerordentlich schwer, Christen im Land zu ermutigen oder zu unterstützen.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzustufen. Aufgrund der politischen Instabilität und des Fehlens von Recht und Ordnung im Land sind Christen einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung ausgesetzt.

Einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen, gibt ein Bericht von Amnesty International, der bereits 2016 veröffentlicht wurde: Ein 26-jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: ‚Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden ...‘ Wenn sie ein Kreuz oder eine (religiöse) Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker.“ Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt hätten und die Christen dann ausgepeitschten. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg ... Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein Elektrokabel und peitschen dich aus.“

Ein Bericht von Amnesty International, der im März 2019 veröffentlicht wurde, zeigt, dass die Situation sich verschlechtert hat, da viele Migranten nach Libyen zurückgeschickt werden, wenn ihr Boot auf dem Weg nach Europa abgefangen wird. Viele von ihnen werden anschließend inhaftiert, während andere aus Geldmangel nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können.

- **Getötete Christen:** Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist extrem hoch, bedingt durch die anhaltende Anarchie, islamisch-extremistische Gruppen und eine Gesellschaft, die vom Stammesystem geprägt ist. Es gibt nicht bestätigte Berichte, denen zufolge mindestens 20 Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara aufgrund der scharfen Behandlung in den Hafteinrichtungen starben oder getötet wurden. Romany Adly Ayoub, ein koptischer Christ, wurde entführt, gefoltert und getötet, angeblich von der islamistisch-militanten Gruppe Ansar al-Scharia. Das Schicksal von sieben weiteren koptischen Männern, die unter verdächtigen Umständen verschwunden sind, ist unbekannt, aber sie könnten ebenfalls getötet worden sein. Für den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 kann keine belastbare Zahl getöteter Christen angegeben werden.
- **Angriffe auf Christen:** Besonders christliche Migranten werden Opfer von Entführung und Vergewaltigung. Von vielen Christinnen wird berichtet, sie seien zur Prostitution gezwungen worden.
- **Verhaftungen von Christen:** Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch christliche Migranten werden wegen ihres Glaubens verhaftet, wofür Stammesgruppen und Regierungsbeamte verantwortlich sind.
- **Angriffe auf Kirchen:** Die wenigen Kirchengebäude, die es im Land gibt, sind eine Zielscheibe für gewaltsame Angriffe, vor allem durch islamisch-extremistische Gruppen.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Privathäuser, in denen Christen leben, stehen in der Gefahr, ins Fadenkreuz krimineller und islamisch-extremistischer Gruppen oder sogar von Regierungsbeamten zu geraten.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Besonders Ibaditen und Sufis, die beide nicht zur sunnitischen Richtung des Islam gehören, werden von Gruppen wie dem IS und anderen militanten sunnitischen Gruppierungen mit Gewalt verfolgt. Auch werden sie allgemein von der Gesellschaft diskriminiert. So erwähnt der im Auftrag des US-Außenministeriums erstellte Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 2017 für Libyen, dass zwei geschichtsträchtige Sufi-Moscheen in Tripolis am 20. Oktober und 28. November 2017 von unbekanntem Angreifern attackiert und schwer beschädigt wurden. Auch Atheisten sind in Libyen äußerst gefährdet sowie jeder, der die sunnitisch islamischen Lehren öffentlich in Frage stellt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Pakistan: Platz 5

Kurze Zusammenfassung

Im Jahr 1947, dem Jahr der Unabhängigkeit des Landes, wurde die Situation für die christliche Minderheit komplizierter, da Pakistan offiziell ein muslimischer Staat wurde. Traditionelle Kirchen besitzen relativ große Freiheit, Gottesdienste zu feiern. Sie werden jedoch stark überwacht und regelmäßig Ziel von Bombenanschlägen. Der letzte große Anschlag ereignete sich am 17. Dezember 2017 in Quetta. Kirchengemeinden, die sich aktiver nach außen und in der Jugendarbeit engagieren, sind stärkerer Verfolgung vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt. Alle Christen leiden unter einer tief in der Gesellschaft verankerten Diskriminierung. Dies wird dadurch sichtbar, dass häufig Berufe, die als niedrig, schmutzig und abwertend betrachtet werden, durch die Behörden für Christen „reserviert werden“, wie etwa durch die Stellenanzeigen deutlich wird. Viele Christen sind ohnehin arm und etliche von ihnen sind in Schuldknechtschaft gefangen. Auf der anderen Seite gibt es auch Christen, die der Mittelschicht angehören – dies schützt sie jedoch nicht davor, marginalisiert oder verfolgt zu werden. Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten (auch muslimische Minderheiten) ab; am stärksten wirken sie sich jedoch auf die christliche Minderheit aus. Davon sind nicht nur Christen der ärmeren Schichten betroffen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	88	5
2020	88	5
2019	87	5
2018	86	5
2017	88	4

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Pakistan ist weiterhin eines der Länder, in denen es Christen am schwersten haben. Dies wird durch die unverändert sehr hohen und extrem hohen Werte für den Druck auf Christen in den einzelnen Lebensbereichen bestätigt. Der Wert für Auftreten von Gewalt ist wie seit vielen Jahren auf dem maximalen Level geblieben. (Nur wenige Länder haben jemals diesen Maximalwert für Gewalt auf dem Weltverfolgungsindex erreicht.) Obwohl es seit dem Anschlag von Quetta im Dezember 2017 keinen so großen Angriff gegen Kirchen oder Versammlungen von Christen mehr gegeben hat, erreicht Pakistan den Maximalwert aufgrund von Tötungen und Angriffen gegen Kirchengebäude weiterhin.

Ein besonders schlimmer Angriff eines Mobs gegen Christen ereignete sich im Juni 2020 in Mozang Nawabad in Punjab. Die berüchtigten Blasphemiegesetze fordern ebenfalls weiterhin ihre Opfer und wer nur mit dem Gedanken spielt, sie zu ändern, riskiert sein Leben.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Regierung wagt es nicht, extremistische Gruppen herauszufordern.

Die Regierung unter der Partei „Pakistan Tehreek-e-Insaf“ (PTI) ging zwar aktiv gegen extremistische und gewalttätige Gruppen vor, die gegen den Freispruch der zuvor wegen angeblicher Blasphemie zum Tod verurteilten Christin Asia Bibi demonstriert hatten und sie daran hindern wollten, das Land zu verlassen. Die Covid-19-Pandemie hat jedoch erneut verdeutlicht, dass dies eine hochgradig außergewöhnliche Tat war und dass das Standardvorgehen im Umgang mit gewalttätigen religiösen Gruppen, die die Macht haben, Millionen Bürger auf die Straßen zu bringen, eine Beschwichtigungspolitik bleibt. Während die Provinzen bereits eigene Lockdowns angekündigt hatten, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, folgte die Zentralregierung erst verspätet und widerstrebend. Und während auf der ganzen Welt religiöse Versammlungen zeitweise gestoppt und online abgehalten wurden, gab die pakistanische Regierung dem Druck der muslimischen Anführer nach und tat nichts, um religiöse Versammlungen zu unterbinden. So wurden die Maßnahmen gegen die Pandemie fast wirkungslos, insbesondere dadurch, dass selbst Großveranstaltungen mit Teilnehmern im bis zu fünfstelligen Bereich nicht verboten wurden. Religiöse Minderheiten sehen zudem eine Kluft zwischen den Worten von Premierminister Khan und seinen Taten, da er weiterhin extremistische muslimische Geistliche in seiner Privatresidenz empfängt.

2017 kündigte die damalige Regierung an, einen stärkeren Fokus auf die Bekämpfung von Blasphemie in sozialen Medien zu legen. So ist es zu einer größeren Zahl an Verhaftungen von Menschen gekommen, denen vorgeworfen wird, etwa auf Facebook Blasphemie begangen zu haben. Dies scheint den Bemühungen der Regierung entgegenzustehen, die den verheerenden Einfluss der Blasphemiegesetze auf religiöse Minderheiten begrenzen wollte. Imran Khan hat die Blasphemiegesetze jedoch öffentlich verteidigt und damit gezeigt, wohin sich das Land in den kommenden Jahren entwickeln könnte. Obwohl er Bestimmtheit im Kampf gegen eine spezielle extremistische Gruppe gezeigt hat, gibt es unzählige andere, und selbst ein Verbot würde nur dazu führen, dass sie sich neu organisieren, umbenennen und weitermachen würden.

2) Politische Stabilität bleibt ein Wunschtraum.

Das Land erlebte politische Unruhen, als Premierminister Sharif 2017 abgesetzt wurde, noch stärker aber, als islamisch-extremistische Gruppen und Parteien wie „Tehreek-e-Labbaik Pakistan“ (TLP) Blockaden in den Städten errichteten. Obwohl sie nicht gewählt sind, haben sie einen unverhältnismäßig großen Einfluss in Gesellschaft und Politik. Das zeigte sich erneut besonders im November 2020, als die TLP allein durch die Androhung von Straßenblockaden erreichte, dass die Regierung französische Produkte boykottierte und das Parlament dazu veranlasste, binnen drei Monaten über die Ausweisung des französischen Botschafters zu diskutieren.

Die bereits vorher schwierige Situation für die Regierung von Premierminister Khan wurde durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie nur instabiler.

Einige Dinge scheinen sich jedoch nicht zu ändern: Wie der neueste Etatentwurf zeigte, wird die Armee eine Vergrößerung des Budgets um mehr als 11 % erhalten, was den Gesundheitsetat des Landes weiter schrumpfen lässt, selbst wenn die Beiträge der Provinzen mit eingerechnet werden. Damit wird deutlich, dass die Armee in Pakistan das Sagen hat und die wirkliche Macht im Land nicht bei der Regierung liegt. Die Bezeichnung von Osama bin Laden als „Märtyrer“ durch Premierminister Khan in

einer im Fernsehen übertragenen Parlamentssitzung im Juni 2020 kann als weiterer Versuch gewertet werden, islamisch-extremistische Gruppen zu beschwichtigen – zu politischer Stabilität führt es jedoch nicht. Ein Beobachter des Landes beschreibt es so: Auch wenn die ‚Minus-Eins‘-Erzählung (die PTI-Regierung ohne Khan) an Zugkraft gewinnt, sieht die Armee momentan keine Alternativen ohne Khan, und die PTI würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zerbrechen. Gleichzeitig fühlt sich Pakistan durch die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von China gebunden und versucht, alle negativen Berichte zu unterdrücken, selbst wenn sie Menschenhandel mit den Bürgern des eigenen Landes betreffen. Es bleibt abzuwarten, ob die offenen Anschuldigungen der Opposition gegen die Armee, die sie für die gegenwärtige Krise des Landes verantwortlich gemacht hat, für eine Veränderung sorgen oder ob sie nur ein Versuch bleiben, ein scheinbar unantastbares System herauszufordern. Die Chancen scheinen gegen sie zu stehen, da die Regierung weiterhin von den Sicherheitskräften unterstützt wird.

3) Minderheiten kämpfen um angemessene Vertretung

Neben allen Herausforderungen, die mit der fatalen Sicherheitssituation und der politischen Instabilität zusammenhängen, ringen Christen und andere Minderheiten damit, in Politik und Gesellschaft angemessen vertreten zu sein. Die Tatsache, dass die Statistiken zur Religionszugehörigkeit auch drei Jahre nach der letzten Volkszählung noch nicht veröffentlicht wurden, zeigt, wie sensibel diese Zahlen sind. Sie könnten die religiösen Minderheiten in ihrem Kampf für politische Repräsentation stärken. Diese Zahlen sind sehr politisch und selbst die bisher veröffentlichten wurden aus verschiedenen Gründen von Politikern auf nationaler und provinzieller Ebene, der Opposition und religiösen Gruppen stark angezweifelt. Die Neueinrichtung der Nationalen Kommission für Minderheiten sieht zwar auf den ersten Blick nach einem guten Schritt aus – obwohl es sechs Jahre gedauert hat, bis die Regierung dem Urteil des Obersten Gerichts nachgekommen ist – doch Menschenrechtsorganisationen nennen sie einen „Schwindel“. Was das Parlamentarische Komitee zum Schutz von Minderheiten vor erzwungenen Konversionen, das im November 2019 eingerichtet wurde, gegen dieses allgegenwärtige Problem ausrichten kann, bleibt abzuwarten. Der Vorsitzende dieses Komitees erklärte im Oktober 2020, dass er keine Beweise für erzwungene Konversionen von hinduistischen und christlichen Mädchen finden konnte. Das spiegelt die vorherrschende Einstellung wider, die nicht nur in der Politik, sondern auch in der breiteren Gesellschaft zu finden ist.

Eine weitere Entwicklung muss mit einbezogen werden: Der Anteil von Wählern aus religiösen Minderheiten wächst stärker als der Anteil an muslimischen Wählern. Hindus machen die größte Minderheit aus, am stärksten wächst jedoch der Anteil an Wählern aus der christlichen Gemeinschaft.

Diese Gruppe, die die zweitgrößte Minderheit des Landes darstellt, wuchs im Rahmen der Wahlen 2013 um fast ein Drittel auf 1,64 Millionen an. Auch wenn diese Zahlen nur registrierte Wähler umfassen und in keiner Form zu einer wachsenden politischen Repräsentation führen, sind sie dennoch erstaunlich. Der Weg zu einer angemessenen politischen Repräsentation ist noch immer sehr weit.

3. Religiöse Situation im Land

Muslime machen mehr als 96 % der Bevölkerung Pakistans aus. Der allergrößte Teil von ihnen folgt der sunnitischen Tradition des Islam. Weniger als 10 % sind Schiiten, etwa 0,2 % gehören der Ahmadiyya-Gemeinschaft an. Wie sich diese Prozentzahlen zusammensetzen, wird stark debattiert.

2017 wurde eine Volkszählung durchgeführt, die erste seit 19 Jahren. Auch die Religionszugehörigkeit wurde hier erfasst; die detaillierten Ergebnisse wurden jedoch bislang nicht veröffentlicht. Die Regierung hat lediglich eine allgemeine Zahl von 1,59 % Christen im Land veröffentlicht. Die Frage nach der Religionszugehörigkeit ist sehr sensibel und hochpolitisch. Eine Entscheidung, die direkt mit dem Zensus zusammenhängt, ist, ob und wie stark die politische Repräsentation der religiösen Minderheiten auf nationaler und provinzieller Ebene verstärkt werden sollte. Islamisch-extremistische Gruppen stellen sich gegen jede Änderung der gegenwärtigen Situation, so wie sie sich bisher allen Versuchen gewaltsam entgegengestellt haben, eine offene Diskussion über die berüchtigten Blasphemiegesetze des Landes zu starten.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung, vermischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Die Gesellschaft Pakistans islamisiert sich zunehmend, und das Land ist Heimat einer Vielzahl islamisch-extremistischer Gruppen. Es ist schwierig, den Überblick über all die verschiedenen islamistischen Gruppen zu behalten, die sich in Größe und Einfluss unterscheiden und sich aufteilen, verbinden und neu auftauchen, wie sie es für erforderlich halten. Tehreek-e-Labbaik (TLP) ist die neueste dieser Gruppen, die in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten ist. Die christliche Gemeinschaft fühlt sich immer stärker gefangen zwischen diesen extremistischen Gruppierungen, der islamischen Kultur der pakistanischen Gesellschaft und einer Regierung, die extremistische Gruppen zu beschwichtigen versucht. Es gibt Politiker, Richter und religiöse Leiter, die eine Änderung der berüchtigten Blasphemiegesetze in Erwägung ziehen oder sich sogar politisch dafür einsetzen. Doch jeder, der solche Versuche startet, wird öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende Ausrichtung haben. Diese identifizieren sich stark mit den Unterstützern des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) und den Taliban und wollen ein Kalifat errichten, in dem „Ungläubige“ gemäß ihrer Ideologie behandelt werden.

Trotz einer stärkeren Bekämpfung einiger Gruppen durch das Militär blühen extremistische Gruppierungen auf und werden von verschiedenen politischen Lagern zu Verbündeten gemacht. Ihre Fähigkeit, Hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, ist ein politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen. Selbst Versuche, minderjährige Mädchen aus religiösen Minderheiten davor zu beschützen, entführt, zwangskonvertiert und verheiratet zu werden, werden behindert; und oftmals glauben insbesondere die unteren Gerichte einfach den Behauptungen der Entführer über das Alter des Opfers und seinen freien Willen.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich nicht einfach in Luft auf. In den meisten Fällen benennen sie sich um, gründen Wohltätigkeitsorganisationen oder beschränken sich auf Onlineaktivitäten. Eine andere Taktik ist, sich für anstehende Wahlen anderen extremistischen Parteien anzuschließen. Diese Gruppierungen umwerben die Bevölkerung mit sozialen Leistungen und versuchen, jungen Menschen die Perspektive zu geben, an der es in Pakistan so sehr fehlt. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre, fast ein Drittel ist noch nicht 14 Jahre alt. Der Staat sieht sich hier der großen Aufgabe gegenüber, dieser jungen Generation eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen. Dies gilt umso mehr in der Covid-19-Pandemie, die der Wirtschaft stark zugesetzt hat.

Während die Lebenserwartung mit 67,1 Jahren nicht sehr hoch ist, liegt die Geburtenrate bei 2,62. Auch wenn sich diese Zahlen langsam verändern, zeigen sie riesige soziale Herausforderungen auf.

Wenn die Geburtenrate weiterhin so hoch bleibt, wird Pakistan bis etwa 2030 Indonesien als das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt ablösen. Diese gesellschaftlichen Strukturen führen dazu, dass jedes Jahr eine große Anzahl junger Menschen die Schule voller Träume für die Zukunft verlässt. Da das Land jedoch nicht einmal allen gut ausgebildeten jungen Menschen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz bieten kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

Pakistan leidet unter der ethnischen Zersplitterung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Verwaltung des Landes. So werden beispielsweise die Provinz Belutschistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer unterhalten in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichte und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Überall im Land werden Christen und andere religiöse Minderheiten als unrein angesehen – vor allem aus religiösen Gründen, aber auch, weil sie nicht zu der herrschenden ethnischen Gruppe gehören. Deshalb ist diese Triebkraft eng verbunden mit der islamischen Unterdrückung.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten und tritt in vielen Wirtschaftsbereichen als starker Wettbewerber auf. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“ Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von etwa zehn Milliarden US-Dollar. Dazu gehören etwa fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Die Absetzung von Präsident Nawaz Sharif und seine Verurteilung zu zehn Jahren Haft durch eine Entscheidung des Obersten Gerichts aufgrund von Korruption, die durch die Panama-Papiere aufgedeckt wurde, zeigt, dass die Korruption jedoch keinesfalls auf das Militär beschränkt ist. Er ist nun einer der Anführer der Opposition und operiert aus London.

Unter dem organisierten Verbrechen leiden insbesondere auch Christen, da viele von ihnen arm und schutzlos sind. Dies kommt besonders bei Fällen von Blasphemie zum Tragen. Schuldknechtschaft ist eine alte Form der Sklaverei und in einigen Teilen Pakistans weitverbreitet, insbesondere in ländlichen Gegenden. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nicht zurückzahlen können, gibt es für sie keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich gegen die Situation vorgehen und bleiben so ohne Schutz oder Hoffnung auf Veränderung. Eine andere Form der organisierten Kriminalität sind Fälle von Landraub, bei denen entweder Kirchen oder (vor allem arme) Christen einfach enteignet und von ihrem Land verjagt werden.

Diktatorische Paranoia

Die Politik in Pakistan hat schon immer aus einer Mischung aus islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia bestanden. Jede Regierung musste mit einer Opposition, extremistischen Gruppierungen, einer starken, unabhängigen Armee und Korruptionsvorwürfen kämpfen. In der Folge tut sie alles, was ihr möglich ist, um an der Macht zu bleiben, besonders, da Politik in Pakistan auch Familienpolitik bedeutet: Die Partei PML-N wird von der Familie Sharif geführt (das N im Namen der Partei steht für den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif), die PPP wird von der Familie Bhutto

geführt. Als Premierminister Nawaz Sharif im Juli 2018 aufgrund der Korruptionsvorwürfe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hatte sein Bruder bereits seinen Platz eingenommen und sich als Kandidat zur Verfügung gestellt. Imran Khan, der Vorsitzende der Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), der mit keiner der großen Familien verbunden ist, hatte eine Klage gegen den damaligen Premierminister Sharif eingereicht, da durch die zugespielten Panama-Papiere Unregelmäßigkeiten in den privaten finanziellen Angelegenheiten des Premierministers öffentlich wurden. Im Juli 2018 wurde Khan so selbst Premierminister. Er hat immer wieder die Notlagen (religiöser) Minderheiten ignoriert und bestimmte extremistische Gruppen umgarnt.

Ein weiterer wichtiger Verfolger ist die Armee, die alles tun wird, um ihre Macht über die Politik und ihren wirtschaftlichen Einfluss zu bewahren. Auch sie hat sich über die Jahre islamisiert, auch wenn nicht klar ist, wie viel davon Teil einer wohlkalkulierten Strategie ist. In jedem Fall können Christen als Minderheit in Pakistan keinen Schutz erwarten – im Gegenteil: Hilft es dabei, politische Ziele zu erreichen, werden Angriffe auf sie gerechtfertigt und straffrei bleiben.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung, vermischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Regierungsbeamte:** In Pakistan ist die Situation von Recht und Gesetz auf der lokalen wie nationalen Ebene schlecht, besonders was Christen betrifft. Oft werden leere und falsche Versprechungen gemacht, und gerade Christen fühlen sich verwundbar. Der Freispruch von Asia Bibi durch den Obersten Gerichtshof trotz Drucks vonseiten islamisch-extremistischer Gruppen wurde als Hoffnungsschimmer gesehen. Doch bedauerlicherweise hat sich die Anzahl von Blasphemie-Fällen nicht verringert. Gerichte erster Instanz erlauben zudem regelmäßig erzwungene Konversionen und Zwangsverheiratungen von minderjährigen Mädchen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** In Pakistan gewinnen mehrere islamisch-extremistische Gruppierungen unter verschiedenen, teilweise immer wieder neuen Namen an Einfluss und wachsen, da sie von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Einige gründen sogar ihre eigenen Parteien. Die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Diese Strategie wurde von der Regierung übernommen. Solange sich dies nicht ändert, werden islamisch-extremistische Gruppen ihren Einfluss ausweiten, nicht zuletzt indem sie Tausende von Islamschulen betreiben (bei denen der Staat nicht genau weiß, was sie lehren und wie sie finanziert werden). Zunehmend werden quasi-behördliche „Beratungsgremien“ für den Staat komplett mit religiösen (islamischen) Gelehrten besetzt, die so die Regierung und die Gesetzgebung beeinflussen und lenken können.
- **Politische Parteien und ideologische Interessengruppen:** Ideologische Interessengruppen, die häufig Verbindungen zu politischen Parteien und islamischen Gruppen besitzen, üben enormen Druck aus und genießen einen weiterhin wachsenden Einfluss. Viele Interessengruppen wurden organisiert und entwickelt, um die Ehre des Islam zu schützen und zu unterstützen. Sie sehen sich selbst als „Beschützer des Glaubens“ – wie auch viele politische Parteien – und sind deswegen bereit, all ihre Energie aufzubringen, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sie als Bedrohung ansehen. Dazu gehören auch die Kirche, säkulare Kräfte und alle Personen oder Organisationen, die Veränderung in der Gesellschaft bewirken wollen oder besseren Schutz für Minderheiten fordern.

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen mit muslimischem Hintergrund sind von vielen Seiten Feindseligkeiten ausgesetzt; die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Umfeld angesehen wird. Manchmal ist selbst die Flucht in ein anderes Land nicht Schutz genug für sie.
- **Gewöhnliche Bürger:** Islamisch-extremistische Gruppen sind in der Lage, Bürger überall im Land zu mobilisieren, insbesondere die Jugend. Sie ermutigen sie, gegen die Entscheidungen der Regierung zu demonstrieren, und stacheln sie dazu an, gegen religiöse Minderheiten, Christen einbezogen, aktiv zu werden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz sind normalerweise mit der religiösen Identität verknüpft, doch Ethnizität kann auch eine Rolle spielen. Obwohl die meisten Christen und Muslime in Pakistan aus den gleichen Ethnien stammen, sehen viele islamische, ethnische Anführer und ihre Unterstützer Christen als „unrein“ und „fremd“ an.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Als kleine und schwache Gruppe in der Gesellschaft leiden Christen doppelt unter organisiertem Verbrechen und Korruption. Tausende Christen leben weiterhin in Schuldknechtschaft und sind Ausbeutung ausgesetzt. Sie haben keine Perspektive, dass dies jemals ein Ende finden könnte. Viele Christen sind anfällig für Ausbeutung, da sie arm sind, und Schuldknechtschaft ist ein Schicksal, das ihren Dienstherrn großen Gewinn beschert. Reiche Großgrundbesitzer arbeiten mit Politikern und lokalen Würdenträgern zusammen, sowohl aus religiösen als auch aus politischen Kreisen. Diese profitieren so stark von diesem System. Regierungsbeamte werden außerdem zu Verfolgern im Rahmen dieser Triebkraft, indem sie Landraub unterstützen und vorbehaltlos genehmigen.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Organisierte Kriminalität ist häufig direkt mit militanten islamischen Gruppen verbunden und beeinflusst Wahlen sowie politische Prozesse in Pakistan und hat auch Auswirkungen auf das Leben von Christen. Das Haqqani-Netzwerk, der IS, Tehrik-i-Taliban Pakistan, Jamaatul Ahrar (TTP-JA), Lashkar-e-Jhangvi, Lashkar-e-Taiba (LeT), Jaish-e-Mohammed (JeM) und Al Kaida sind (neben anderen) in diesem Kontext zu erwähnen. Das örtliche organisierte Verbrechen stellt ein großes Problem in den urbanen und Stammesgebieten Pakistans dar. In Karachi sind Gangs, Erpresser und die Mafia aktiv. Diese Organisationen haben zudem ihre politischen Verbindungen und damit auch politische Unterstützung. Massive Korruption, besonders im Rahmen von Patron-Klient-Beziehungen, ist in Pakistan weitverbreitet und durchdringt nahezu jedes Segment der Gesellschaft, inklusive der Polizei, den Gerichten und der Politik.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Pakistan hat eine lange Geschichte der Korruption; sie wird teilweise durch die Armee befeuert, hat aber auch mehrere andere Akteure. Kirchen werden nicht nur für politischen Nutzen angegriffen und unter Druck gesetzt, sondern auch aus finanziellen Motiven. Besonders historische Kirchen besitzen Eigentum in strategischen Gebieten wie Stadtzentren, was sie anfällig für Angriffe macht, die Immobilienentwickler mit Hilfe von kriminellen Banden durchführen. Zudem hat die fortgesetzte Zerstörung von Kirchengrundbesitz den Effekt, dass Kirchen gezwungen sind, Eigentum zu verkaufen, um Reparaturausgaben zu bezahlen. Kriminelle Kartelle zählen auch aufgrund von Menschenhandel zu Verfolgern, beispielsweise, wenn sie christliche Mädchen und junge Frauen nach China verkaufen.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter, politische Parteien und normale Bürger:** Wie bereits geschildert, leidet Pakistan an einem eng geknüpften Netz der Korruption, in denen sich die Profiteure gegenseitig helfen, während die Schwachen den Preis dafür zahlen. Die Schwächsten sind normale Bürger, besonders Christen, weil sie doppelt verwundbar sind.
- **Internationale Organisationen und Botschaften:** Im Jahr 2017 berief der damalige Innenminister Chaudhry Nisar Ali Khan ein Treffen der Botschafter islamischer Staaten in Islamabad ein, um das Thema von Blasphemie in sozialen Medien als vereinigte Umma (Gemeinschaft der Muslime) zu diskutieren und anzugehen. Außerdem ist Pakistan das einzige islamische Land, das Atomenergie besitzt. Deswegen sind andere islamische Nationen bemüht, gute Beziehungen zu den Anführern des Landes aufrechtzuerhalten. Die Islamisierung Pakistans geschah tatsächlich genauso durch externen Einfluss wie durch internen Wunsch. Das erklärt auch, warum die Regierung versucht, sich mit Saudi-Arabien und der Türkei zu verbünden, die miteinander im Widerstreit stehen, aber gerne mit Pakistan zusammenarbeiten wollen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Wie bereits zuvor erwähnt, war die Politik in Pakistan lange eine Familienangelegenheit, ein Trend, der erst vor Kurzem gebrochen wurde. Dennoch gilt: Wer in Pakistan an der Macht ist, versucht, an ihr festzuhalten und tut alles Nötige, um genügend Unterstützung dafür zu bekommen. Ein politischer Akteur in dieser Angelegenheit, der jedoch selten offen agiert, ist die Armee. Die Art, mit der die Armee bestimmte islamisch-extremistische Gruppen umwirbt, um sie als Werkzeug zu benutzen, führt dazu, dass auch Christen zu Zielen dieser Gruppen werden. Obwohl Angriffe auf Christen nicht Teil der Politik der Armee sind, wird dies als notwendiger Kollateralschaden gesehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Solange religiöse Leiter und Gruppen durch die Regierung, politische Parteien und die Armee hofiert werden, unterstützen sie sie in ihrem Kampf, an der Macht zu bleiben. Wenn sie es als notwendig erachten, gegen die christliche Minderheit vorzugehen – oder sie weiterhin zu diskriminieren – dann werden sie es tun. Christen werden schnell zu Sündenböcken gemacht oder einfach als Druckmittel im politischen System genutzt.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Während es in Pakistan viele politische Brennpunkte gibt, sind die besonderen Brennpunkte der Verfolgung von Christen nicht ganz so offensichtlich. Da die mit Abstand meisten Christen in der Provinz Punjab leben, geschehen viele Vorfälle von Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz dort. Daneben ist aber auch die Provinz Sindh berüchtigt dafür, ein Brennpunkt der Schuldknechtschaft zu sein, die ebenfalls viele Christen betrifft.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in Isolation gezwungen, aber sie können nicht im ganzen Land Kirchen besuchen, sondern nur in Städten. Sie sind hohem Druck ausgesetzt, aber es gibt nur sehr wenige ausländische Christen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele dieser Kategorie sind die römisch-katholische und die anglikanische Kirche. Als die am stärksten sichtbaren Kirchen, erleben sie zunehmend Anfeindungen. Es wird schwieriger für sie, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Sie müssen sich mit einer starken Kontrolle und Überwachung auseinandersetzen.

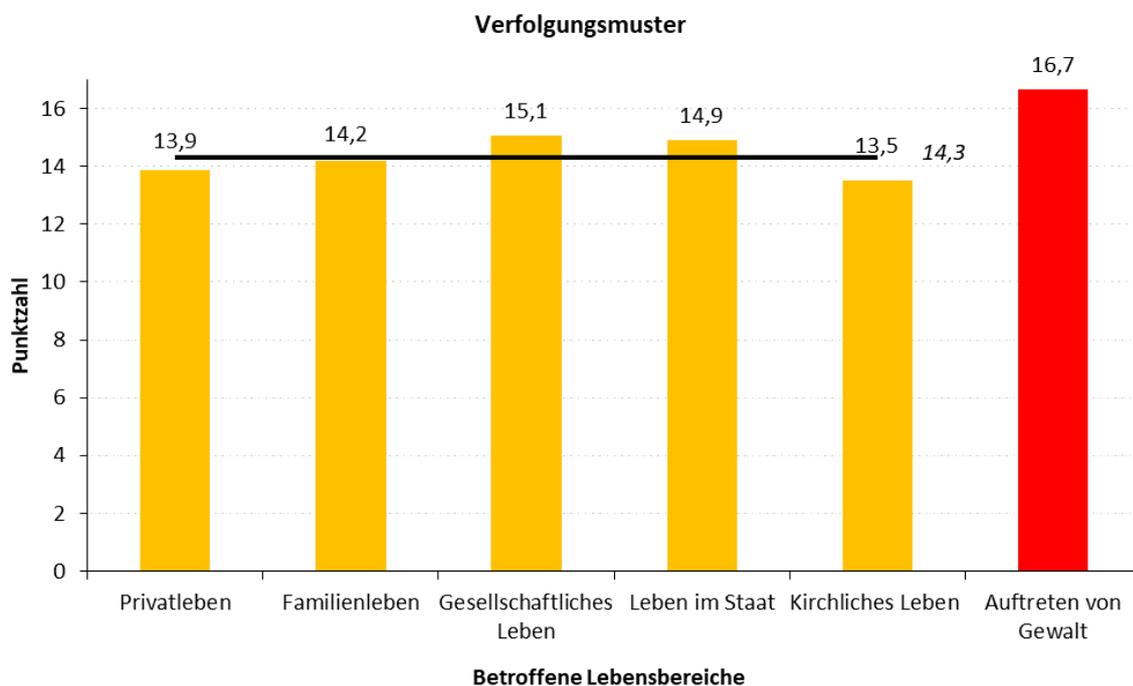
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von extremistischen islamischen Gruppierungen aus (von denen diese Christen als Verräter angesehen werden) als auch von Familien, Freunden und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande für die Familie und das Umfeld betrachten. Es gibt auch eine kleine Gemeinschaft von Christen mit hinduistischem Hintergrund.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden werden stärker überwacht und oft drangsaliert und angegriffen, insbesondere, wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen. Der Großteil ihres Wachstums kommt jedoch von Christen, die aus einer traditionellen Kirche in ihre Gemeinden wechseln.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Pakistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen in Pakistan auf einem extrem hohen Niveau. Der durchschnittliche Wert ist mit 14,3 Punkten gleich wie im Vorjahr geblieben.
- Im Bereich Leben im Staat ist der Druck gleich geblieben (auf extrem hohem Niveau), im Bereich des kirchlichen Lebens hat er sich sehr schwach verringert und ist auf sehr hohem Niveau. Dies spiegelt unter anderem wider, dass Christen weiterhin stark unter den Blasphemiegesetzen und der stärker werdenden Kontrolle von Kirchen und Versammlungen leiden. Der Druck bleibt in den Bereichen Privatleben, Familienleben und im gesellschaftlichen Leben auf einem extrem hohen Wert. Den stärksten Druck erfahren Christen muslimischer Herkunft. Christen werden jedoch generell als Bürger zweiter Klasse und als „unrein“ betrachtet. Sie sind Angriffen ausgesetzt und ihre Rechte werden regelmäßig ignoriert. Die Blasphemiegesetze und die islamistischen Gruppen, die sie „verteidigen“, bleiben eine große Bedrohung für alle Christen. Das wird durch die Covid-19-Pandemie verschärft, die die Anstrengungen der Regierung verstärkt, die Kontrolle zu behalten.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen erreichte erneut das Maximum von 16,7. Dies ist seit dem Weltverfolgungsindex 2016 nun durchgehend der Fall gewesen. Obwohl keine größeren Angriffe Schlagzeilen gemacht haben, gab es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 Morde an Christen, einen größeren Angriff auf eine christliche Gemeinschaft in Punjab und die anhaltenden Entführungen von Frauen und Mädchen, Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen, Zwangsräumungen und Vertreibungen im In- und ins Ausland.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Viele Christen vermeiden es, mit Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da es gefährliche Konsequenzen haben kann. Während dies besonders für Konvertiten gilt, ist es durchaus auch für andere Christen relevant, besonders im Angesicht der Blasphemiegesetze. Jegliche solcher Diskussionen können religiös motivierte Angriffe gegen sie, ihre Gemeinschaften und ihre Kirchen nach sich ziehen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Es wird dann gefährlich, wenn das Geschriebene als Angriff auf oder Infragestellung der etablierten Lehren und Werte des Islam gesehen wird. Alle persönlichen Statements – zum Beispiel auf Facebook – können in Fällen der Anklage der Blasphemie benutzt (oder missbraucht) werden. Internet und soziale Medien werden sowohl von staatlichen als auch nichtstaatlichen Beobachtern überwacht. Deshalb erlegen sich viele Christen eine Art Selbstzensur auf und vermeiden es, ihren Glauben zu bekunden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Ein christliches Symbol zu zeigen, ist ein visueller Auslöser und kann ein Ausgangspunkt für alltägliche Diskriminierung sein, die Christen erfahren. Diese kann wiederum zu Gewalt führen. Selbst einen christlichen Namen zu haben, kann dafür ausreichen. Er kann verhindern, dass ein Christ in eine mehrheitlich muslimische Nachbarschaft ziehen oder ein Geschäft eröffnen kann. Zudem erfahren Christen oft die Beschädigung ihres persönlichen Eigentums, wenn sie christliche Symbole, beispielsweise auf ihren Autos, zeigen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv beleidigt wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Während ausländische Christen nahezu jedes Material besitzen können, das sie wollen, ist es für pakistanische Christen gefährlich, Material zu besitzen, das über ihren persönlichen Gebrauch hinausgeht, da dieses als Werkzeug angesehen werden kann, den christlichen Glauben gegenüber Muslimen zu bewerben und sie mit dem Evangelium erreichen zu wollen. Bücher, besonders mit apologetischem Inhalt, können als staats- und islamfeindlich deklariert werden, und der Besitz dieser Literatur kann bestraft werden. Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, den Besitz christlichen Materials offen zu zeigen.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In kleinen Dörfern und abgelegenen Orten werden christliche Familien dazu gezwungen, ihre Kinder zum islamischen Unterricht in eine lokale Medresse zu schicken. Der christliche Unterricht dagegen ist auf den Sonntagsgottesdienst ein Mal pro Woche beschränkt. Die meisten Kinder werden bereits früh dazu gedrängt, zum Islam „zurückzukehren“, weswegen die meisten Eltern ihre Kinder dazu erziehen, mit nichtchristlichen Kindern nicht über ihren Glauben zu reden. Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an islamischen Riten und Festen gezwungen. Zudem werden sie beständig dazu aufgefordert, Muslime zu werden. Die Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wird unter dem Vorwand vorgeschlagen, dass sich dadurch ihre Noten bessern würden. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr einer „unfreiwilligen“ Konversion. Ein detaillierter Bericht darüber, was Kinder und Jugendliche religiöser Minderheiten erleben, wurde durch die pakistanische Menschenrechtskommission im März 2019 veröffentlicht. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 hat die Regierung es zur Pflicht für Schulen gemacht, mehr Scharia-Unterricht in den Lehrplan einzuarbeiten.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, dieselben Wasserspender wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden. Mobbing ist an der Tagesordnung. Viele christliche Kinder müssen die Toiletten säubern oder die Böden wischen, da Christen weithin als Straßenkehrer wahrgenommen werden. Einige Schulbücher verstärken den Hass auf Christen. Selbst in einigen christlichen Einrichtungen wollen manche nichtchristliche Schüler keine Gemeinschaft mit Christen haben oder mit ihnen essen. Diese Einstellung ist nicht immer rein religiös begründet, sondern hat oft mit einem Kastendenken zu tun, da die Mehrheit der Christen aus einer niedrigen Kaste oder

sogar den ehemals „Unberührbaren“ stammen. Wie der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 festhält:

„Angehörige der religiösen Minderheiten gaben an, dass öffentliche Schulen muslimischen Schülern Bonuspunkte für das Auswendiglernen des Koran gaben, es aber keine analoge Möglichkeit zur Erlangung von Bonuspunkten für Schüler der religiösen Minderheiten gegeben habe.“

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Generell gibt es in Pakistan keine formelle Adoption. Es gibt kein Gesetz, das die Adoption regelt, die einzig legale Form ist, jemandes Vormund zu werden, was nicht im eigentlichen Sinne einer Adoption entspricht. Wenn ein Paar ein Kind inoffiziell adoptiert, wird erwartet, dass das Kind der Religion seiner eigentlichen Eltern folgt. Wenn diese unbekannt ist, gilt der Islam als Standard. Christen können Vormund werden, indem sie eine christliche Adoptionseinrichtung nutzen. Diese Einrichtungen werden überwacht, um sicherzustellen, dass sie keine Kinder nichtchristlichen Hintergrunds vermitteln. Die Adoption von christlichen Kindern durch Nichtchristen ist immer noch die Ausnahme, aber sie kommt vor.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Nicht zuletzt wegen des anhaltenden Drucks durch die Gesellschaft und der Situation, in der sich christliche Kinder selbst in der Schule wiederfinden, ist es schwer, Kinder gemäß dem christlichen Glauben zu erziehen und dem ausgeübten Druck zu widerstehen. Aus Angst vor Blasphemieanklagen gehen Eltern sogar so weit, ihren Kindern beizubringen, komplett über ihren Glauben zu schweigen. Trotz dieses Drucks finden viele christliche Eltern mit Hilfe der Kirche und in einem bestimmten Rahmen Wege, ihre Kinder gemäß ihrem Glauben zu erziehen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen werden durch die Regierung und zunehmend auch durch nichtstaatliche Akteure überwacht. Da die Überwachung allgegenwärtig und institutionalisiert ist, informieren Christen die staatlichen Behörden (beispielsweise die Polizei) regelmäßig über ihre Versammlungen, um so Angriffen vorzubeugen. Dies ist ein zweischneidiges Schwert: Es sorgt für Schutz, erhöht aber auch die Überwachung. Es kann Christen zudem anfällig dafür machen, Bestechungsgeld zahlen zu müssen, da davon ausgegangen wird, dass sie Verbindungen in den Westen haben.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Islamistische Gruppierungen haben die Notverpflegung mit Lebensmitteln in der Covid-19-Pandemie dazu genutzt, Christen dazu zu bringen, zum Islam zu konvertieren. Christen, die das islamische Glaubensbekenntnis rezitierten, bekamen Lebensmittel ausgehändigt. Viele junge Christen taten dies. Andere weigerten sich und verhungerten oder begingen Suizid. Videos dieser Konversionen wurden benutzt, um andere Christen zu überzeugen, sich anzuschließen. Vor der Pandemie berichteten selbst Ausländer, dass sie vom lokalen „panchayat“ (Dorfrat) einbestellt wurden, um zu erklären, warum sie an Jesus Christus glauben, und unter Druck gesetzt wurden, den Islam anzunehmen. Dies gilt umso mehr für pakistanische Christen und Christen muslimischer Herkunft.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen werden als unrein betrachtet und deshalb wird die gemeinsame Nutzung etwa von Wasserstellen als Verunreinigung der Muslime gewertet. Dies ist ein Erbe des Kastensystems, das viele Christen in Pakistan weiterhin heimsucht. Christen werden zudem auf viele andere Arten und Weisen diskriminiert. Ein extremes Beispiel ist der Mord an einem Christen durch seinen (zukünftigen) Nachbarn, weil er ein Haus in einer muslimisch geprägten Gegend gekauft hatte. Die Einstellung, die dahintersteht, ist jedoch viel häufiger zu finden und drückt sich in unzähligen diskriminierenden Taten im Alltag aus.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

An Arbeitsplätzen ist der Druck auf die christliche Minderheit oftmals so groß, dass viele Christen sich immer wieder dazu gezwungen sehen, ihre Arbeit zu wechseln, um sich einer erzwungenen Konversion zum Islam zu entziehen. Christen werden regelmäßig dazu gezwungen, Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen zu verrichten. Aber selbst der Zugang zu diesen Jobs wird laut neuer Berichte für Christen immer schwieriger, da Reinigungsfirmen zunehmend nur Muslime einstellen. Die Mehrheit der Christen in Pakistan arbeitet als Tagelöhner und verdient weniger als einen Dollar am Tag. In einer Wirtschaft, die von der Pandemie geprägt ist, stehen sie fast unüberwindbaren Schwierigkeiten gegenüber, finanziell zurechtzukommen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Islamische Republik Pakistan nahm 1973 eine islamische Verfassung und die Scharia, das islamische Recht, als bürgerliches Gesetz an – obwohl Artikel 20 Religions- und Glaubensfreiheit garantiert. Der aktuelle Premierminister, Imran Khan, sagte, dass die Regierungsform zu Zeiten Mohammeds als das perfekte Regierungssystem für Pakistan gesehen werden sollte. Ein anderes Beispiel, wie die Menschenrechte eingeschränkt werden, findet sich in Artikel 19 zur Redefreiheit. Dieses Recht kann im „Interesse des Ruhmes des Islam“ eingeschränkt werden, was Raum für subjektive Interpretation lässt.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Diskriminierungen und Herausforderungen für Christen existieren auf jeder Ebene der Regierung und selbst in säkularen Umgebungen. Dies gilt ebenso für die Armee, das Rechtssystem und Verwaltungsdienstleistungen, obwohl Christen hier weiterhin ebenfalls dienen.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Christen legen sich ein hohes Maß an Selbstzensur auf oder ziehen sich aus dem öffentlichen Raum zurück. Christliche Ansichten werden gemeinhin ignoriert, da sie als der islamischen Lehre und als den islamischen Werten widersprechend oder zumindest hinterfragend und somit als inakzeptabel gesehen werden. Zwar gibt es immer noch Menschen, die die Stimme erheben, aber das Beispiel der Nationalen Kommission zu Minderheiten und die Unterrepräsentation von Minderheiten in der Politik

sind klare Zeichen, wie wenig ihre Meinung geachtet wird. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2019 hält fest: „Laut mehreren Menschenrechtsaktivisten zeigt sich die Tatenlosigkeit besonders darin, dass noch immer keine bevollmächtigte Nationale Kommission für Minderheiten etabliert wurde. Beamte des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten und interreligiöse Harmonie und des Ministeriums für Menschenrechte hatten sich dazu bekannt, eine solche Kommission einzurichten, wie vom Obersten Gericht angeordnet. Einige bürgerrechtliche Gruppen schreiben den fehlenden Fortschritt einem Glauben im Ministerium für religiöse Angelegenheiten und interreligiöse Harmonie zu, dass eine solche Kommission nicht nötig sei, da es eine eigene Kommission für interreligiöse Harmonie besitzt.“ Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurde die Kommission nach einer Verzögerung von sechs Jahren im Mai 2020 endlich eingesetzt. Ihr gehören auch drei Mitglieder der christlichen Minderheit an. Ihre Aufgaben und ihr Einfluss sind jedoch unklar und ihr vielleicht wichtigstes Feld – junge Mädchen aus religiösen Minderheiten vor Entführungen und Zwangsverheiratungen und Zwangskonversionen zu schützen – wird von vielen Politikern als nicht notwendig angesehen (etwa ein Senator). Allgemein betrachtet wurden Christen daran gehindert, ihre Meinung zu äußern, und wenn sie sie äußern, wird sie zumeist ignoriert.

Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen?

Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann in den 1980er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Schnell wurden diese Gesetze zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren zu diesem Zeitpunkt 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen (70,4 %), 15 Sikhs (6,5 %), 28 Buddhisten (12,2 %) und 25 Anhänger anderer Religionen. Somit waren 15,7 % der wegen Blasphemie inhaftierten Personen Christen, obwohl Christen nur etwa 2 % der Bevölkerung ausmachen. Die Blasphemiegesetze sind dafür bekannt, missbraucht zu werden, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Die Fälle von Asif Pervaiz und David Masih im Jahr 2020 zeigen, dass die Anschuldigungen und Verurteilungen für angebliche Blasphemie weitergehen. Laut einem Anwalt im Land sind derzeit 25 Christen in 22 Blasphemiefällen beschuldigt, die sich an verschiedenen Punkten im gerichtlichen Prozess befinden. Mitunter gibt es auch Freisprüche, wie im Fall von Sawan Masih. Dieser ereignete sich jedoch erst nach Ende des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2021.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen muslimischer Herkunft zu integrieren?

Da der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben so stark abgelehnt und von Familie, Gesellschaft, Regierung und extremistischen Gruppen bekämpft wird, wäre es höchst gefährlich für eine Kirchengemeinde, Christen muslimischer Herkunft auch nur auf ihrem Gelände zu dulden. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft an einem Gottesdienst teilnehmen will, muss dies geschehen, ohne dass jemand weiß, dass er oder sie ein Konvertit ist – selbst in der Kirche. Eine weitere Veranschaulichung dieser strengen Sicht ist die Tatsache, dass die „National database registration authority“ (NADRA) keine Möglichkeit bietet, seine religiöse Zugehörigkeit von „Muslim“ zu einer anderen Religion oder keiner Religion zu ändern.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Sowohl die Regierung als auch islamisch-extremistische Gruppen überwachen die Lehren der Kirchen auf Inhalte, die als gegen die Regierung oder gegen den Islam wahrgenommen werden. Ein Mittel der Überwachung ist die Bereitstellung von Wachpersonal für Kirchengebäude. Während sie tatsächlich als Wachpersonal arbeiten, sind sie parallel damit beschäftigt, zu lauschen, zu überwachen und zu berichten. Kirchen überprüfen alle Materialien auf Inhalte, die als gotteslästerlich wahrgenommen werden könnten. Viele Kirchen sind dazu gezwungen, Bücher und andere Literatur nur intern weiterzugeben. Bibeln werden von Kirchen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben. Die Regierung von Punjab verabschiedete im Juli 2020 ein Gesetz, das festlegt, dass alle lokalen, nationalen und internationalen Publikationen überwacht werden und religiöse Bücher und Literatur einfacher verboten werden können.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Kirchenleiter sind die ersten Ziele für Schikane, da sie die sichtbarsten Vertreter der verhassten christlichen Minderheit sind. Dies bedeutet nicht, dass alle angegriffen werden, aber es meint, dass die Verfolger sehr wohl wahrnehmen, dass es der Kirche schadet, wenn einem Leiter Schaden zugefügt wird. Viele Pastoren und Jugendmitarbeiter wurden gewarnt, dass ihre Aktivitäten von Behörden und Gruppen aus der Nachbarschaft überwacht werden. Sie werden außerdem deshalb zum Ziel, weil sie für Christen die Hoffnung auf Veränderung repräsentieren und oft darin involviert sind, Konflikte mit nichtchristlichen religiösen Leitern zu schlichten, finanzielle Auseinandersetzungen zu beenden, Nothilfe zu leisten und durch pastorale und Gesundheitsfürsorge zu dienen.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Sich für die unterdrückten Minderheiten einzusetzen, ist sehr gefährlich, da es dem Narrativ der Regierung entgegensteht, nach dem sie allen Bürgern Sicherheit und Gerechtigkeit bringt. Es fordert zudem die offene Ungerechtigkeit, Korruption und Angriffe auf wehrlose Christen heraus, die straffrei vonstattengehen können. Ein solches Einsetzen für Christen irritiert nicht nur die Regierung, es verärgert auch Verfolger in der Gesellschaft. Viele christliche Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten wurden zum Schweigen gebracht, andere mussten aus dem Land fliehen und einige sind einfach verschwunden.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Die meisten Kirchen wagen es nicht, Aktivitäten außerhalb ihres sicheren Geländes zu organisieren. Diese werden fast immer als Evangelisation wahrgenommen. Eine Genehmigung für irgendeine Veranstaltung außerhalb des Kirchengebäudes zu erhalten, ist sehr schwierig und mit einem langwierigen Prozess verbunden. Aktivitäten von Kirchen werden regelmäßig überwacht. Die Behörden stellen zwar Sicherheitsleute für viele Kirchen ab, diese jedoch beobachten auch genau, was in den Gemeinden geschieht und berichten den Behörden regelmäßig. Es besteht der Verdacht, dass solche Aufklärungsberichte an islamisch-extremistische Organisationen und Kämpfer weitergegeben werden. Es gab in der Vergangenheit Berichte, dass das Sicherheitspersonal gewalttätig wurde und lokale Kirchenleiter angriff.

Christliche Kirchen gleichen inzwischen Festungen mit hohen Mauern und schmalen Toren. Obwohl die Regierung den Schutz von Kirchen versprochen hat, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe auf Kirchen mit Dutzenden von Opfern. Der letzte größere Selbstmordanschlag war nun jedoch bereits 2017.

Auftreten von Gewalt

Seit dem Weltverfolgungsindex 2016 hat Pakistan jedes Jahr die Maximalpunktzahl für das Auftreten von Gewalt gegen Christen erreicht. Das mag überraschend wirken, da es seit 2017 keine größeren Anschläge auf Kirchen gab, doch in jedem Berichtszeitraum seitdem gab es sogar mehr Vorfälle als für die Maximalpunktzahl gereicht hätten.

- **Getötete Christen:** Über den Mord an Nadeem Joseph, der getötet wurde, weil er ein Haus in einer muslimisch dominierten Nachbarschaft gekauft hatte, wurde weithin berichtet. Es gab jedoch noch mehrere weitere Christen, die getötet wurden. Die Covid-19-Pandemie hat ein viel breiteres Muster mit sich gebracht. Ein Experte für das Land beschreibt es so: Dieses Jahr war es sehr schwer, die Zahlen zu erhalten. Darin sind noch nicht die acht Familien enthalten, die laut Berichten Suizid begangen haben, weil sie bei den Lebensmittelverteilungen auf dem Gipfel der Covid-19-Pandemie, als viele Menschen hungerten, ausgeschlossen wurden. Diese Familien kündigten an, dass ihr Suizid den Grund hatte, dass sie von den Verteilungen ausgeschlossen wurden. Auch die schätzungsweise 120 Vorfälle, bei denen Christen auf dem Weg zu Quarantäne-Zentren getötet wurden, weil die Zentren unzureichend ausgestattet waren und Christen als „entbehrlich“ und „Last“ angesehen wurden, sind noch nicht eingeschlossen. In den Zahlen sind auch die mehr als 200 Vorfälle nicht enthalten, bei denen laut den Berichten christliche Krankenschwestern Covid-19-Patienten zugewiesen wurden, sich bei ihnen ansteckten und an den Folgen starben. Eine Krankenschwester berichtet: „Christliche Schwestern werden den ‚Todesstationen‘ zugeteilt, wie wir sie nennen. Wir sind entbehrlich.“
- **Angriffe auf Christen:** Offenkundiges Auftreten von Gewalt überdeckt die alltägliche Gewalt gegen christliche Frauen und Mädchen, die häufig entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet und zur Konversion gezwungen werden. Beispielhaft sollen die Namen von Huma Younus und Maira Shahbaz genannt werden. Nach dem Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 kam Arzoo Raja dazu.
- **Verhaftungen von Christen:** Christen werden häufiger verhaftet und verurteilt als freigesprochen. Nicht immer geht es dabei um Blasphemievorwürfe, aber die Beispiele im Bereich Leben im Staat zeichnen ein klares Bild.
- **Angriffe auf Kirchen:** Angriffe auf Kirchen finden mit erschreckender Häufigkeit statt, auch wenn die Gebäude dabei nicht immer zerstört werden oder geschlossen werden müssen. Dennoch berichten viele Pastoren von häufiger Brandstiftung, zerbrochenen Fenstern, zerstörter Einrichtung und kleineren Schikanen wie der Abschaltung von Strom oder Wasser für Kirchen. Obwohl es keine großen (Bomben-)Anschläge gegen Kirchengebäude gegeben hat, kommt es regelmäßig zu kleineren „Alltagsangriffen“ gegen Kirchen und Friedhöfe.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Wird ein Christ der Blasphemie angeklagt, wird häufig sein Zuhause attackiert, sodass die Familie sich verstecken muss. Am 7. Juni 2020 gab es einen Angriff auf das christliche Dorf Mozang Nawabad, bei dem das gesamte Dorf zerstört wurde und mehr als 100 Christen obdachlos wurden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 verlautet:

- „Die Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest und verlangt, dass alle rechtlichen Bestimmungen mit dem Islam übereinstimmen müssen. Die Verfassung bestimmt: ‚Vorbehaltlich des Gesetzes, der öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit hat jeder Bürger das Recht, seine Religion zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten.‘ Sie besagt auch: ‚Wer den Qadiani oder den Lahori angehört (die sich selbst Ahmadiyya nennen), ist kein Muslim.‘ Anführer der Ahmadiyya-Muslime gaben weiterhin an, dass sie von diskriminierenden und mehrdeutigen Gesetzen und Gerichtsurteilen betroffen seien, die ihnen grundlegende Rechte verweigerten, darunter ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von Islamabad aus dem Jahr 2018, das einige Regierungsbehörden nutzten, um Ahmadiyya-Muslimen nationale Ausweise zu verweigern. Über das Jahr benutzten einige Regierungsbeamte und Politiker gegen Ahmadiyya gerichtete Rhetorik und besuchten Veranstaltungen, die laut Ahmadiyya-Muslimen Gewalt gegen ihre Gemeinschaft entfachten.“
- „Bewaffnete sektenartige Gruppen, die mit Organisationen in Verbindung stehen, die von der Regierung als extremistisch verboten sind, und die Religion zu ihren eigenen Zwecken nutzen, sowie Gruppen, die von den Vereinigten Staaten und anderen Regierungen als terroristische Organisationen bezeichnet werden, führten weiterhin Angriffe gegen schiitische Muslime durch, darunter auch gegen die überwiegend schiitische Hazara-Gemeinschaft. Laut dem South Asia Terrorism Portal (SATP) ging jedoch die Zahl der religiös motivierten Angriffe und Tötungen durch bewaffnete Gruppen im Vergleich zu den Vorjahren zurück, was mit einem anhaltenden allgemeinen Rückgang der Terroranschläge korrespondiert. Am 12. April starben bei einem Bombenanschlag in Quetta, Belutschistan, bei dem schiitische Hazaras ins Visier genommen wurden, 21 Menschen, darunter acht Hazaras. Sowohl Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), Lashkar-e-Jhangvi (LeJ) als auch der IS beanspruchten den Anschlag für sich. Am 7. Mai griffen Terroristen, die der Hizbul Ahrar, einer Splittergruppe der TTP, angehören, die vor dem Data-Darbar-Schrein in Lahore, dem größten Sufi-Schrein Südasiens, stationierte Polizei an, wobei neun Menschen getötet und 24 verwundet wurden.“
- „Das ganze Jahr über nahmen bei Angriffen, von denen angenommen wird, dass sie religiös motiviert waren, nicht identifizierte Personen schiitische Muslime ins Visier und töteten sie, darunter ethnische Hazaras, die größtenteils schiitisch sind, und Ahmadiyya-Muslime. Das Verhältnis der Angreifer zu organisierten terroristischen Gruppen war oft unklar.“
- „Nichtregierungsorganisationen zeigten sich besorgt über die nach ihren Angaben zunehmende Häufigkeit von Versuchen, junge Frauen aus religiösen Minderheitengemeinschaften, insbesondere junge hinduistische und christliche Frauen, zu entführen, zur Heirat und Konversion zu zwingen. Es gab auch weiterhin Berichte über Angriffe auf heilige Stätten, Friedhöfe und religiöse Symbole der hinduistischen, christlichen und Ahmadiyya-Minderheiten.“

Weitergehende Informationen

Die Situation für andere religiöse Minderheiten hat sich nicht verbessert, seit Imran Khan 2018 Premierminister geworden ist. Angriffe, Morde und Blasphemieanschuldigungen gehen unverändert weiter. Human Rights Watch berichtet sogar von einem Anstieg an gezielten Tötungen von Ahmadiyya-

Muslimen seit Juli 2020. Im Oktober und November 2020, außerhalb des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2021, wurden außerdem drei Hindu-Tempel angegriffen.

Ahmadiyya-Muslime sind für eine Vielzahl von islamisch-extremistischen Gruppen ebenso ein Ziel wie die christlichen und hinduistischen Minderheiten. Doch ist die große Herausforderung für die Ahmadiyya, dass sie sich nicht „Muslime“ nennen dürfen, was sie aber ihrem Verständnis nach sind. In den meisten Kontakten mit der Regierung, vom Schulbesuch bis zur Einstellung durch den Staat, müssen Ahmadiyya-Muslime Dokumente unterschreiben, welche die Endgültigkeit des Propheten Mohammed erklären, was ihrem Glauben widerspricht. Angriffe gegen diese Minderheiten geschehen mit einer erschreckenden Häufigkeit. Ein prominentes Beispiel der Diskriminierung der Ahmadiyya-Minderheit fand im Bereich der Regierung statt.

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2019 hält fest: „Die Verfassung verbietet eine diskriminierende Zulassung zu staatlichen Bildungseinrichtungen aufgrund von religiöser Zugehörigkeit. Gemäß den Vorschriften sind die einzigen Faktoren, die eine Zulassung für staatliche Schulen beeinflussen, die Noten des Schülers und seine Heimatprovinz; dennoch müssen Schüler ihre religiöse Zugehörigkeit auf Anmeldeformularen angeben. Diese Angabe ist auch für private Bildungseinrichtungen nötig, Universitäten eingeschlossen. Schüler, die sich selbst als Muslime identifizieren, müssen schriftlich ihren Glauben bekunden, dass der Prophet Mohammed der letzte Prophet sei. Von Nichtmuslimen wird verlangt, dass der Leiter ihrer lokalen religiösen Gemeinschaft ihre religiöse Zugehörigkeit bestätigt. In dem Gesetz sind keine Vorschriften für Atheisten vorgesehen.“

Nachdem die Behörden und Gerichte kein Interesse gezeigt hatten, hob ein im Juni 2019 von der Menschenrechtskommission (HRC) veröffentlichter Bericht erneut hervor, dass nicht nur christliche Mädchen und Frauen, sondern auch hinduistische Mädchen und Frauen unter Entführungen und Zwangskonvertierungen leiden. Und während vieles über diese Entführungen, Zwangskonvertierungen und Zwangsehen noch im Dunkeln liegt und aufgedeckt werden muss, wobei die Tatsache, dass pakistanische Gerichte in diesen Fällen oft mitschuldig sind, nicht gerade hilfreich ist, wird immer deutlicher, dass es sich dabei nicht nur um Einzelfälle handelt.

Positiv zu bewerten ist dagegen, dass Pakistan den „Kartarpur-Korridor“ geöffnet hat, und damit den Weg frei macht für Pilger aus Indien zu einer der heiligsten Stätten für die Minderheit der Sikh. Außerdem wurden Bauarbeiter, die im Juli 2020 mutwillig eine historische buddhistische Statue zerstörten, die sie bei Bauarbeiten in Khyber Pakhtunkhwa entdeckten, dafür strafrechtlich verfolgt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Eritrea: Platz 6

Kurze Zusammenfassung

Junge Christen werden durch die Gesetze des Landes gezwungen, sich auf unbestimmte Zeit dem Militär anzuschließen, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu haben. Insbesondere protestantische Christen haben große Probleme, gemeinschaftlich genutzte Ressourcen zu erhalten, vor allem Sozialleistungen vom Staat. Christen, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, sind den stärksten Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt, sowohl durch die Regierung als auch durch die Eritreisch-Orthodoxe Kirche (EOK). Die Regierung weigert sich, religiöse Gruppen außer dem Islam sowie den eritreisch-orthodoxen, katholischen und lutherischen Kirchen zu registrieren oder anzuerkennen. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die EOK verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, erfahren von ihren Familien und ihrem Umfeld starke Misshandlung. Sicherheitskräfte der Regierung führten im Berichtszeitraum viele Durchsuchungen von Häusern durch und verhafteten hunderte Christen. Der extreme Druck und das sehr hohe Ausmaß an staatlich sanktionierter Gewalt bringt manche Christen dazu, aus dem Land zu fliehen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	88	6
2020	87	6
2019	86	7
2018	86	6
2017	82	10

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der durchschnittliche Druck blieb gegenüber dem Vorjahreswert konstant. Allerdings gab es einen leichten Anstieg im Wert zum Auftreten der Gewalt, was zur Erhöhung des Gesamtwerts um einen Punkt führte. Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Druck nicht extrem ist. Am stärksten ist der Druck in den Bereichen des Lebens im Staat und im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (je 15,9 Punkte). Damit zeigt sich, dass das Vorgehen der Regierung hauptverantwortlich für den Druck auf Christen im Land ist. Obwohl es große Hoffnungen gab, dass das Friedensabkommen mit Äthiopien und die Wiederöffnung der Grenzen die Menschenrechtssituation im Land verbessern und insbesondere auch Religionsfreiheit gewährleisten würde, bleibt die Situation für viele Christen in Eritrea auch weiterhin unerträglich. Wie in den vorhergehenden Berichtszeiträumen führten Regierungstruppen zahlreiche Razzien gegen Christen durch. Hunderte Christen wurden in Gefangenenlager gebracht. Es ist außerdem wichtig zu betonen, dass die Regierung die Überwachung durch das soziale Umfeld und die Gemeinschaft dadurch befeuert, dass sie insbesondere Christen protestantischer Freikirchen beschuldigt, Vaterlandsverräter zu sein.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Regierung verhängt weiterhin autoritäre Restriktionen

Seit über einem Vierteljahrhundert wird Eritrea von einem Einparteiensystem regiert. Unter dieser Herrschaft wurden die Freiheiten und Grundrechte der Bürger beschnitten. Immer noch ist das Regime stark genug, um autoritäre Einschränkungen durchzusetzen. Von der internationalen Gemeinschaft isoliert und verurteilt, war Eritrea unter UN-Sanktionen gestellt worden, worunter das Land sehr litt. Diese Sanktionen wurden schließlich aufgehoben, nachdem das Land einen Friedensvertrag mit Äthiopien unterzeichnet hatte. Die Wirtschaft des Landes ist zusammengebrochen und die Lebensqualität hat sich verschlechtert. Diese schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, gepaart mit einem Zwang zum Wehrdienst und der Verfolgung im Land, haben Tausende von Eritreern zur Flucht gezwungen. Manche von ihnen sind in den Händen von Menschenhändlern gelandet, etwa in Libyen.

2) Die Regierung versucht, die internationalen Beziehungen wiederherzustellen

Sowohl internationale Menschenrechtsgruppen als auch die UN-Menschenrechtskommission haben gegen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit protestiert, die von der eritreischen Regierung in den vergangenen Jahren begangen wurden. Doch allen Protesten und Berichten zum Trotz hatte die erschreckende Menschenrechtsbilanz bisher keine ernsthaften Konsequenzen für das Regime. Vielmehr versucht das Land, Wege zu finden, um wieder eine starke Beziehung zu westlichen Ländern aufzubauen. Der Besuch eines hochrangigen US-Diplomaten in der Hauptstadt Asmara im April 2018 war ein Beweis für diese Bemühungen. Noch wichtiger ist, dass das Land wieder friedliche Beziehungen zu Äthiopien aufgenommen hat. Der eritreische Präsident hat das Land schon einige Male besucht. Gleichwohl blieben die Grenzen zwischen den beiden Ländern auch im Jahr 2020 weiter geschlossen.

3) Viele Eritreer sind mit dem derzeitigen Regime zutiefst unzufrieden

Eritrea ist mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Armut und Sicherheit gehören zu den Hauptproblemen. Die Zahl der eritreischen Flüchtlinge in Äthiopien, dem Sudan, Kenia und anderen Ländern zeigt deutlich, dass viele Eritreer mit dem derzeitigen Regime und den Lebensbedingungen im Land zutiefst unzufrieden sind. Was die Außenpolitik und die Entwicklungshilfe betrifft, so wird das eritreische Regime aller Voraussicht nach seine Zusammenarbeit mit China, Iran und den Golfstaaten fortsetzen – und damit versuchen, dem Druck des Westens zu widerstehen, seine Türen für westliche Nichtregierungsorganisationen zu öffnen, einschließlich christlicher Organisationen. Es ist zu vermuten, dass das Regime weiterhin die Menschenrechte der Bürger verletzen und dabei jene Formen des Christentums und des Islam unterdrücken wird, die nicht als einheimisch wahrgenommen werden. Dies geschieht in dem Versuch, inneren Frieden zu fördern, es könnte jedoch muslimischen Gruppen in die Hände spielen, die eine islamisch-extremistische Agenda vorantreiben wollen. Gleichzeitig könnte dies aber ebenso gut sowohl die EOK als auch die protestantischen Freikirchen schwächen und deren Möglichkeiten einschränken, die eritreischen Muslime zu erreichen. Der Bericht der UN-Untersuchungskommission aus dem Jahr 2015 bestätigte, dass das Land „von Angst regiert wird, nicht vom Gesetz“.

Christen, insbesondere diejenigen, die die Regierung als „Agenten des Westens“ betrachtet, werden vermutlich auch in Zukunft leiden. Die hunderte Christen, die immer noch im Gefängnis sitzen, werden vermutlich auf kurze Sicht nicht entlassen werden. Die Freilassung hängt weiterhin davon ab, dass christliche Gefangene Erklärungen unterschreiben, mit denen sie ihrem Glauben widersprechen. Sowohl die Regierung als auch die EOK und extremistische Muslime werden wohl nicht aufhören,

Konvertiten zu verfolgen, die den Islam verlassen und sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, genauso wie evangelikale und pfingstlerische Christen. Kurz gesagt:

- Unterdrückte und verfolgte Eritreer werden aller Voraussicht nach auch weiterhin aus dem Land fliehen, wobei Äthiopien für nicht mehr sehr lange Zeit der Fluchtweg sein wird, da Eritrea einen Friedensvertrag mit Äthiopien unterzeichnet hat.
- Die eritreische Regierung wird wahrscheinlich ihren autoritären Kurs fortsetzen und Christen aus protestantischen Freikirchen als Agenten des Westens betrachten, trotz der positiven Entwicklung, die sich zwischen Eritrea und westlichen Nationen abzeichnet.
- Die eritreische Regierung wird vermutlich auch zukünftig alle Eritreer dazu zwingen, sich der nationalen Armee anzuschließen und über längere Zeit Wehrdienst zu leisten, ohne die Rechte der Kriegsdienstverweigerer zu wahren. Einige Beobachter hoffen, dass die Wehrpflicht reduziert werden könnte, nachdem Eritrea den Friedensvertrag mit Äthiopien unterzeichnet hat.

3. Religiöse Situation im Land

Um die heutige religiöse Situation Eritreas zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte notwendig. Der christliche Glaube prägte das Leben der Eritreer über viele Jahrhunderte. Der Islam wurde von den Arabern ab dem 7. Jahrhundert in den Küstengebieten des Roten Meeres eingeführt. Die Errichtung einer Garnison um Massawa durch die Türken im Jahr 1557 machte Eritrea faktisch zu einer Kolonie des Osmanischen Reiches. In den 1860er-Jahren kauften die ägyptischen Herrscher den Türken den Hafen von Massawa ab und machten ihn zum Sitz ihrer Lokalregierung. Im Jahr 1890 beanspruchte Italien Eritrea als Kolonie für sich. Die Anwesenheit von Türken und Ägyptern ließ die Muslime im Küstengebiet sehr mächtig werden. Die Bewohner der Hochebenen (die Christen) gewannen jedoch etwas an Boden, als Eritrea eine italienische Kolonie wurde. Italien wurde im Zweiten Weltkrieg besiegt und Großbritannien übernahm 1941 die Kontrolle über Eritrea.

1952 beschlossen die Vereinten Nationen, eine Föderation von Eritrea mit Äthiopien herzustellen. Die föderale Struktur wurde später vom äthiopischen Kaiser abgeschafft, um Eritrea faktisch zu einem Teil Äthiopiens zu machen (zentralistische Regierungsform) und um Eritrea zu einer seiner Provinzen statt zu einem Bundesstaat zu erklären. Dies führte zur Bildung der eritreischen Befreiungsbewegung. Sie wurde überwiegend von Muslimen aus den Tiefebene angeführt und erklärte ihre Absicht, eine Republik zu gründen. Da die meisten eritreisch-orthodoxen Christen eine starke Beziehung zur Äthiopisch-Orthodoxen Kirche hatten, betrachteten sie den Schritt der Muslime als gefährlich. Einige der islamisch-extremistischen Gruppen betrachteten umgekehrt die orthodoxen Christen als eine große Bedrohung für die Sache der Unabhängigkeit. Seit dieser Zeit stehen sich die beiden mit Misstrauen gegenüber. Dennoch waren die politischen Anführer der ersten Stunde, die Eritrea zu einer unabhängigen Nation verhalfen, orthodoxe Christen. Diese Anführer wurden später zunehmend feindselig gegenüber Christen anderer Konfessionen und Kirchen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Konfessioneller Protektionismus

Die EOK hat eine lange Tradition in Eritrea. Sie setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck und betrachtet sie abschätzig als „Neuankömmlinge“. Besonders pfingstkirchliche Gemeinschaften werden als nicht legitim angesehen. Ein Beobachter des Landes sagt dazu: „Es gibt große Vorbehalte unter orthodoxen Christen, Mitchristen, die einer anderen Denomination angehören, als Christen zu akzeptieren. Diese Vorbehalte manifestieren sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen Teilen des Landes. Während der Grund hierfür zum großen Teil in theologischen Differenzen besteht, spielt auch die Angst eine Rolle, der prägende Einfluss, welchen die orthodoxe Kirche seit Jahrhunderten auf das Leben der Bürger des Landes hat, könnte verloren gehen.“ Christen, die der EOK angehören, sind jedoch ebenfalls Verfolgung ausgesetzt – von der Regierung und durch islamische Unterdrückung.

Diktatorische Paranoia

Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation. Seither übt die „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PFDJ) unter der Führung von Präsident Isayas Afewerki uneingeschränkte Macht aus. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen werden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als „Agenten des Westens“ und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden.

Quellen im Land zufolge bereitet der Präsident seinen Sohn darauf vor, seine Nachfolge anzutreten. Ein Länderexperte meint: „Nach Jahrzehnten des blutigen Krieges um die Unabhängigkeit, der für zehntausende Tote sowie für tausende Verletzte verantwortlich ist, war das Letzte, was die Bevölkerung erwartet hätte, dass die machthabende Partei ein weiteres unterdrückerisches Regime darstellen würde. Dennoch formte die PFDJ entgegen ihrer Versprechungen während des bewaffneten Kampfes ein absolut autoritäres Regime, in dem keine abweichende Meinung geduldet wird. Das wichtigste Ziel der Partei ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben.“ In diesem Kontext verfolgt die Regierung Christen.

Einige Beobachter glauben, dass sich die eritreische Regierung dafür öffnet, Menschenrechte zu gewähren und eine Demokratie einzuführen, doch diese Ansicht missversteht die Natur der eritreischen Regierung: Sie hat trotz der jüngsten Versuche, die Beziehungen mit angrenzenden Ländern und westlichen Ländern zu verbessern, nicht die geringste Bereitschaft gezeigt, sich im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten zu verändern.

Islamische Unterdrückung

Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen größtenteils in den Tiefebene n entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan. Viele von ihnen zeigen eine Tendenz zum Extremismus, zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben. Ein Beobachter des Landes erklärt: „Diese Triebkraft ist in den Hochebenen nicht so stark wie in den abgelegenen Teilen des Landes, in denen der Großteil der Bevölkerung muslimisch ist. Obwohl extremistische Gruppen einen islamischen

Staat formen wollen, wurde die Verbreitung solcher Vorstellungen durch die Regierung verhindert, welche extremistische Gruppierungen nicht duldet, da sie in ihnen eine Gefährdung ihrer Macht sieht. Trotzdem bedrohen einige solcher Gruppen das christliche Leben, insbesondere jener Christen, die in den Tiefebenen des Landes leben. Christen können ihren Glauben dort nicht frei ausüben und sie haben es nicht einfach, für ihre Kinder Schulen zu finden, die frei von den extremistischen Lehren dieser Gruppen sind.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Laut dem im Februar 2019 veröffentlichten Jahresbericht von „Transparency International“ belegt Eritrea Rang 160 von 180 Ländern. Dies betrifft insbesondere das Militär, das viele Lebensbereiche im Land kontrolliert. Ein Experte für das Land berichtet: „Die Armee ist der stärkste Zweig der Regierung, und Korruption und Machtmissbrauch greifen auf verschiedenen Ebenen um sich. Ein Beispiel ist, dass von Christen Bestechungsgelder verlangt werden, wenn man sie bei einem Fluchtversuch ertappt. Können sie diese Gelder nicht bezahlen, droht ihnen willkürliche Gefangenschaft oder sogar der Tod.“

5. Verfolger

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen:** Die EOK ist die älteste christliche Gemeinschaft im Land und die meisten Christen des Landes gehören ihr an. Ihre Leiter üben einen großen Einfluss auf viele Bereiche des Lebens aus. Das Problem dabei ist, dass die Kirche neue christliche Gemeinden im Land nicht willkommen heißt, insbesondere Pfingstgemeinden. Leiter der EOK sind dafür bekannt, aktiv zu versuchen, die Ausbreitung anderer christlicher Glaubensgemeinschaften zu verhindern.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Verlässt jemand die EOK, um sich einer anderen Denomination anzuschließen, machen Familienangehörige ihm das Leben schwer. Eine solche Hinwendung zu einer anderen Denomination wird von ihnen als Verrat an den Familienwerten und am Glauben der Vorfäter angesehen. Deswegen ist es keine Überraschung, wenn ein Verwandter einen Regierungskontakt informiert, dass ein Angehöriger sich einer anderen Denomination zugewandt hat.
- **Regierungsbeamte:** Einige Regierungsbeamte versuchen, ihren eigenen orthodoxen Glauben zu verteidigen, und verfolgen aus diesem Grund Christen anderer Denominationen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Eritrea ist keine Demokratie. Die Regierung des Landes ist dafür bekannt, die Freiheit ihrer Bürger zu unterdrücken. Regierungsbeamte belästigen und verhaften Christen, insbesondere Christen, deren Denomination nicht von der Regierung anerkannt ist. Ein Experte für das Land erklärt: „Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass Eritrea praktisch nur von einem Mann regiert wird. Wegen verschiedener Begebenheiten während der Jahre des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes haben der Präsident und die meisten seiner engen Mitarbeiter eine negative Einstellung bezüglich der Rolle der Kirche im Alltag der Eritreer.“

Es besteht ein starkes Gefühl unter den Anführern des Landes, einschließlich des Präsidenten, dass Kirchen (orthodoxe wie protestantische) ein Hindernis für die neue nationale Identität sind, die die herrschende Gruppe im Land schaffen will. Es muss auch festgehalten werden, dass die Nähe der derzeitigen Anführer des Landes zum Kommunismus ein wichtiger Grund ist, warum sie organisierte religiöse Institutionen ablehnen. Das Ausmaß der Beteiligung von Regierungsbeamten auf verschiedenen Ebenen variiert von Region zu Region; aber es muss darauf hingewiesen werden, dass jede Handlung bestraft wird, mit der Kirchen oder ihre Mitglieder die derzeit bestehende absolute Regierungskontrolle scheinbar bedrohen. Die Inhaftierung von Christen, die sich weigern, an der nationalen Militärausbildung an der berühmten ‚Sawa Military Academy‘ teilzunehmen, ist ein gutes Beispiel für die Verfolgung von Christen durch Regierungsbeamte auf lokaler und nationaler Ebene.“

- **Politische Parteien:** Die herrschende Partei PFDJ ist verantwortlich für viele der Schwierigkeiten, denen sich Christen in Eritrea gegenübersehen. Ein Forscher erklärt: „Die PFDJ ist die einzige legale politische Partei in Eritrea. Der Verfassungsentwurf von 1997 wurde noch immer nicht bestätigt – was die Partei entscheidet, tritt in Abwesenheit von jedweder politischen Opposition oder etwaigen demokratischen Prozessen einfach gesetzlich in Kraft. Als herrschende Partei des Landes sollte es die Aufgabe der PFDJ sein, die Rechte von Christen im Land zu respektieren und zu schützen. Doch in der Realität ist die Partei, die religiösen Gruppen Schutz gewähren sollte, auch genau diejenige, die für Verletzung der Rechte von Christen verantwortlich ist. Die PFDJ setzt Nötigung, Verhaftungen, Folter, Einschüchterungen und Morde ein, um Gehorsam sicherzustellen, während sie gleichzeitig versucht, verschiedene Gruppen im Land (einschließlich religiöser Gruppen) gegeneinander auszuspielen.“
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Zumeist geht Verfolgung von islamischen Anführern als Teil der Triebkraft islamischer Unterdrückung aus. Ihr Einfluss auf die Verletzung der Rechte von Christen geht oft jedoch Hand in Hand mit den Behörden.

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In den Tiefebenen des Landes (in östlichen und westlichen Regionen) schüren Imame in Moscheen und Medressen (Koranschulen) manchmal christenfeindliche Stimmungen. Sie spielen eine wichtige Rolle in der Verbreitung einer gegen Christen gerichteten Haltung unter ihren Anhängern, was wiederum zu Diskriminierung, Intoleranz und Gewalt gegen Christen geführt hat.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen muslimischer Herkunft sind oft in ihrem eigenen Zuhause schwerem Druck und Gewalt ausgesetzt. Deshalb verheimlichen sie ihren Glauben häufig und können keine religiösen Materialien besitzen. Da das gesellschaftliche Leben normalerweise kaum Privatsphäre bietet, hat die erweiterte Familie weitgehende Macht über die Angehörigen.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte, insbesondere Sicherheitskräfte, werden für Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und untergraben die Autorität des Gesetzes in Eritrea. Es ist bekannt, dass sie Christen Geld abpressen.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Existenz von kriminellen und korrupten Netzwerken im Militär und in der Partei macht das Leben für viele Eritreer und insbesondere für Christen sehr schwer. Sie haben niemanden, der für ihre Rechte eintreten würde.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia ist im gesamten Land vorhanden. Islamische Unterdrückung jedoch findet sich vor allem in den Tiefebene, sowohl im Westen als auch im Osten des Landes. Brennpunkte des konfessionellen Protektionismus sind die Hochebenen im Zentrum von Eritrea.

7. Betroffene Christen

Alle vier im Weltverfolgungsindex erfassten Gruppen von Christen sind in Eritrea vertreten. Die verschiedenen Gruppen sind in unterschiedlichen Ausmaßen und Formen von Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung betroffen.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und sich mit anderen Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst Christen der EOK, der Anglikanischen Kirche, der Evangelisch-Lutherischen Kirche sowie der Römisch-Katholischen Kirche. Die Christen aus traditionellen Kirchen leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süderitrea. Sie sind von islamischer Unterdrückung und auch von staatlichen Maßnahmen betroffen.

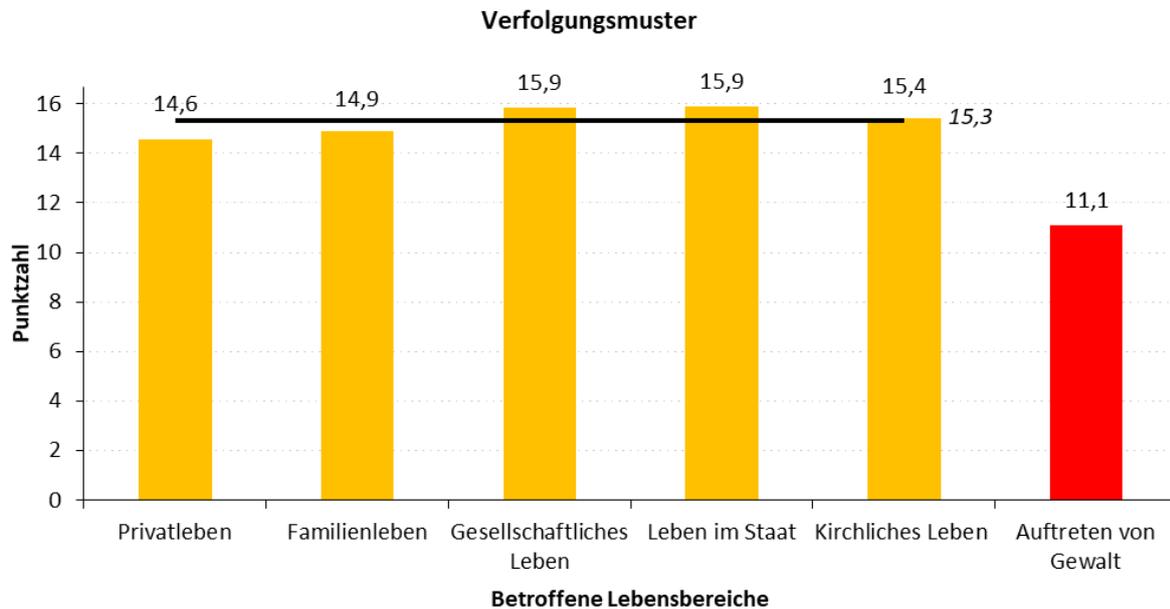
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe schließt sowohl Christen, die traditionelle Kirchen (insbesondere die EOK) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund ein. Ersteren widerfährt starke Verfolgung durch die EOK, zweiteren durch ihre muslimischen Familien und die muslimische Gesellschaft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe erfährt die stärkste Verfolgung im Land. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden werden von der Regierung als „Agenten des Westens“ angesehen. Insbesondere die Pfingstgemeinden sind ernsthaftem Druck und Gewalt ausgesetzt; ihre Rechte werden regelmäßig von Vertretern der Regierung und der EOK verletzt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Eritrea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Eritrea ist mit 15,3 Punkten extrem.
- Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Druck nicht auf extrem hohem Niveau ist. Am stärksten ist der Druck im Leben im Staat und im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (jeweils bei 15,9 Punkten). Darin spiegelt sich wider, dass das Vorgehen der Regierung hauptverantwortlich für den Druck auf Christen im Land ist. Es zeigt auch, dass Christen starke Intoleranz und Diskriminierung durch das soziale Umfeld erleiden, insbesondere durch den konfessionellen Protektionismus.
- Die Punktzahl für Gewalt ist sehr hoch und von 10,9 Punkten auf 11,1 Punkte gestiegen. Im Weltverfolgungsindex 2019 lag sie bei 9,4 Punkten. Noch immer müssen viele Christen aufgrund ihres Glaubens im Gefängnis ausharren. Von einigen ist nicht bekannt, wo sie sich befinden und ob sie überhaupt noch am Leben sind. Einige Christen wurden im September 2020 freigelassen, aber Hunderte sind immer noch inhaftiert; andere werden Opfer von Menschenhandel oder sind auf dem Meer verschollen, als sie versuchten, nach Europa zu gelangen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Allgemein gesprochen ist die Meinungsfreiheit in Eritrea in allen Formen eingeschränkt. Dem persönlichen Glauben in sozialen Medien Ausdruck zu verleihen, ist riskant und kann zur Verhaftung führen. Auch eine verstärkte Überwachung kann die Folge solcher Posts sein. Die Behörden versuchen so, das Umfeld der betroffenen Person aufzudecken, um eine Gruppen- oder Massenverhaftung vornehmen zu können. Dies trifft auf alle Christen zu, selbst auf diejenigen aus registrierten Kirchen. Ein Experte für das Land erklärt: „Die Regierung schränkt die Meinungsfreiheit stark ein – allgemein und bei Christen ganz besonders. Eine Bezeugung des Glaubens wird als Zeichen des Widerstands gewertet.“

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

Die Regierung greift stark in das Privatleben einzelner Menschen ein. Viele Häuser von Christen wurden im Berichtszeitraum Ziel von Durchsuchungen, die zu Verhaftungen und der Beschlagnahmung von christlichem Material führten. Das bedeutet, dass es immer riskant ist, christliches Radio oder Fernsehen zu empfangen, da Beamte der Regierung jederzeit an der Tür klopfen oder eine Person überwachen und abhören könnten.

Ein Forscher für das Land erklärt: „Selbst ohne die sensible Angelegenheit von Religion werden Medien zensiert; und alles, was als Bedrohung der herrschenden Partei angesehen wird, wird beseitigt. Die Regierung hat die absolute Kontrolle darüber, auf welche Medien und Inhalte die Bürger Zugriff haben. Wenn herausgefunden wird, dass ein Christ einen Medienkanal nutzt, der von der Regierung verboten ist, wird diese Person sehr wahrscheinlich verhaftet.“

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Die Einschränkung der Religionsfreiheit gegen Christen geht soweit, dass Beamte Häuser nur aufgrund des Verdachts durchsuchen lassen, der Bewohner gehöre einer der sogenannten „neuen Formen des Christentums“ an. Die regierende Partei strebt danach, den Alltag von Angehörigen der christlichen Minderheiten zu überwachen. Parteikader und Sicherheitskräfte des Landes können Privathäuser ohne richterliche Genehmigung durchsuchen. Das Ziel sind dabei vor allem Christen, die sich im Geheimen treffen, und ihre Gebetsgruppen. Daher ist es für Christen schwierig und gefährlich, sich zum Gebet und Bibelstudium zu treffen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Der private Besitz von christlichen Materialien wie der Bibel, Bibelkommentaren, CDs mit Predigten oder Kleidung mit christlichen Aufdrucken wird von der Partei als Verrat angesehen und führt zu willkürlicher Inhaftierung für unbestimmte Zeit, ohne dass ein Gericht darüber entscheiden muss.

Familienleben

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Es ist sehr schwer für Christen, ihre Kinder gemäß ihres Glaubens aufzuziehen. Ein Forscher für das Land erklärt: „Das Land ist unter absoluter Kontrolle der herrschenden Partei. Eines der Probleme

dieser absoluten Kontrolle ist, dass das Recht von Eltern (insbesondere von Eltern, die nicht den traditionellen Kirchen angehören) beschnitten wird, ihre Kinder so zu erziehen, wie es ihrem Glauben entspricht. Ausgehend von der Verweigerung des Rechts auf rechtlichen Schutz, über eine militärische Zwangsausbildung, die dem eigenen Glauben widerspricht, bis hin zu Verhaftung und Folter aus keinem anderen Grund als dem, Christ zu sein – das sind nur einige der Erscheinungsformen, mit denen sich die Brutalität der herrschenden Gruppe zeigt. Sie illustrieren, wie schwer es für Familien ist, Kinder frei über ihren Glauben zu unterrichten.“

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Durch die Propaganda der Regierung in Schulen werden Schulkinder indoktriniert. Bei der militärischen Ausbildung von Jugendlichen gibt es vieles, was christlichen Werten direkt widerspricht. Auch während der Grundschul- und Sekundarschulbildung werden Kinder indoktriniert. Dies betrifft jedoch nicht ausländische Christen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Dieses Problem hat viele Ebenen. Kinder von Eltern, die als „Pentes“ bekannt sind (ein abwertender Name für Christen aus Pfingstgemeinden), sind häufig beträchtlichem Druck von ihren Lehrern und Mitschülern ausgesetzt. Einige Kinder werden stigmatisiert, besonders wenn ihre Eltern im Gefängnis sind oder waren. Im Berichtszeitraum wurden auch einige Fälle gemeldet, in denen Kinder evangelikaler Eltern schlecht behandelt wurden.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Manche Familienmitglieder sind gezwungen, aus dem Land zu fliehen und lassen schutzbedürftige Verwandte zurück. Ein Experte erklärt: „Verschiedene Berichte legen nahe, dass tausende Christen in verschiedenen Gefängnissen und Lagern eingesperrt sind, nur weil sie Christen sind. Und die, die eingesperrt sind oder aus dem Land fliehen müssen, um ihr Leben zu retten, sind nicht die einzigen Opfer: Die Familien und Kinder dieser Häftlinge und Flüchtenden sind ebenfalls Opfer, denn sie können keinen Kontakt mit ihren Angehörigen haben.“

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dies betrifft vor allem Christen aus nichtregistrierten evangelikalen Gruppen. Sie werden diesbezüglich mit enormen Herausforderungen konfrontiert, vor allem seitens der EOK und der Regierung. Ein Forscher betont, dass dieser Druck auftritt, wenn alle Triebkräfte der Verfolgung gemeinsam wirken: „Hierfür sind alle Verfolger verantwortlich. Sowohl die Regierung als auch muslimische und orthodoxe Leiter stellen Christen vor Herausforderungen.“

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Es gibt in Eritrea ein Netzwerk von Bürgern (insbesondere Frauen, die früher Freiheitskämpferinnen waren und nun der herrschenden Partei angehören), das damit beauftragt ist, die Aktivitäten von Nachbarn zu überwachen. Diese Informantinnen und Informanten berichten dem zuständigen Beamten von jeder Person oder jedem Haushalt, die oder der verdächtigt wird, geheime Treffen oder Gottesdienste auszurichten. Der Großteil der Verhaftungen im Berichtszeitraum waren Ergebnis dieser Berichte. Die Regierung überwacht die Nutzung des Internets und hört Telefonate ab, sodass Christen im Untergrund sehr vorsichtig sein müssen, wenn sie per Telefon oder E-Mail kommunizieren.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Für protestantische Christen kommt dieser Druck von verschiedenen Seiten. Für nichtregistrierte Kirchen kommt er außerdem von der Regierung. Wenn verhaftete Christen freigelassen werden, werden sie gezwungen, ein Formular zu unterschreiben, das ihre Abkehr vom Glauben bestätigt. Konvertiten mit orthodoxem Hintergrund oder Christen muslimischer Herkunft sind außerdem hohem Druck vonseiten ihres sozialen Umfelds ausgesetzt, ihren Glauben zu widerrufen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Die Polizei ist dafür bekannt, Christen – besonders evangelikale – dazu zu verpflichten, sich bei ihr zu melden. Die Netzwerke von Informanten, die nach Hauskirchen im Land Ausschau halten, sind sehr effizient. Wenn eine Hauskirche ausgemacht wurde, wird eine Razzia durchgeführt, und die Mitglieder der Kirche werden ohne Prozess für Tage, Wochen, Monate oder sogar Jahre in Gewahrsam gehalten.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur die vier offiziell anerkannten Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen: der Islam, die EOK, die Lutherische Kirche und die Römisch-Katholische Kirche. Der Patriarch der EOK wird von der Regierung ernannt, und jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Andere Kirchen, die sich 1997 zur Registrierung gemeldet hatten, als die Regierung diese anordnete, erhielten einen sogenannten „Übereinstimmungsstatus“. Der brachte ihnen zunächst einige Vorteile – diese wurden mit der Zeit allerdings immer weniger. Eine solche Verweigerung der Anerkennung von staatlicher Seite wird von lokalen Leitern und der Polizei als Rechtsgrund genutzt, um Christen, die zu nichtregistrierten Gemeinschaften gehören, zu belästigen und einzuschüchtern. Es geschieht sehr häufig, dass Parteikader und Polizei Bürger verhaften und verhören, die sie verdächtigen, einer nichtregistrierten religiösen Gruppe anzugehören. Bestätigt sich der Verdacht, wird er oder sie in den meisten Fällen in eines der Gefangenenlager gebracht, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Bei der Entlassung aus einem solchen Gefängnis wird der Person befohlen, ihren Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei zu melden. Bei Verstoß gegen diese Meldeauflagen droht erneute Haft.

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Sowohl Reisen innerhalb als auch außerhalb des Landes ist für Christen sehr schwierig. Einige Christen müssen sich jeden Tag oder jeden zweiten Tag melden, um zu beweisen, dass sie das Land nicht verlassen haben. Ein Forscher berichtet, dass kein Eritreer unter 40 Jahren sein Dorf oder seine Stadt verlassen darf, wenn er nicht ein Dokument besitzt, das beweist, dass er Militärdienst geleistet hat: „Es gibt Straßensperren, bei denen jeder aussteigen und sein Dokument vorzeigen muss. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch für private Autos. Hat jemand kein solches Dokument, wird die Person auf der Stelle ins Militärgefängnis gebracht und muss im Anschluss seinen Militärdienst beginnen. Nur wer älter als 40 Jahre ist, benötigt kein Dokument.“ Dies beeinträchtigt vor allem Christen, die in anderen Städten oder Dörfern an christlichen Aktivitäten beteiligt sind.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Eritrea ist eines der wenigen Länder auf der Welt, die eine Zivilgesellschaft und politische Parteien als Staatsfeinde ansehen. Von außen betrachtet gibt es in Eritrea positive Veränderungen, seit der neue äthiopische Premierminister gewählt wurde: Die Beziehung zum Nachbarland hat sich verbessert und ein Friedensabkommen wurde unterzeichnet. Für Christen hat sich jedoch nichts verändert. Es gibt keine Umstände, die eine bessere Bewertung auf dem Weltverfolgungsindex nach sich ziehen würden.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Die Regierung ist dafür bekannt, dass sie Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 aus dem Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, sich zum Wehrdienst zu melden. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen sehen sich daher einem hohen Maß an Druck ausgesetzt, wenn sie den Dienst verweigern.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Alle Kirchen im Land erleben irgendeine Form der Überwachung. Am stärksten werden jedoch die nichtregistrierten Kirchen überwacht und in ihren Tätigkeiten behindert. Die Regierung versucht, diese Gruppen zu schwächen, indem sie ihre Leiter inhaftiert. Der Fokus liegt dabei besonders auf vollzeitlichen Gemeindeleitern und Bibellehrern. Sie stehen in Gefahr, verhaftet zu werden, worauf Folter, der mögliche Hungertod und harte Zwangsarbeit für unbestimmte Zeit folgen können. Nichtregistrierte Kirchen können keine öffentlichen Aktivitäten durchführen. Dazu zählen etwa Taufen, Hochzeiten, Beerdigungen, Bibellehre, Gottesdienste, evangelistische Veranstaltungen, Wahlen von Gemeindeleitern, Sonntagsschulen, Jugendgruppen, Unterstützung bedürftiger Menschen oder andere soziale Projekte.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Sicherheitsbeamte kontrollieren Predigten und Lehre, ob sich jemand gegen die Regierung äußert. Christliches Material kann ausschließlich von der Bibelgesellschaft gekauft werden und ist streng zensiert. Die Geheimpolizei kommt regelmäßig zu Gottesdiensten der registrierten Kirchen und nimmt Predigten auf, um sicherzustellen, dass sie regierungskonform bleiben. Das betrifft auch Seminare, die

auf Grundstücken von registrierten Kirchen selbst durchgeführt oder unter deren Schirmherrschaft ausgerichtet werden. Bevor christliches Material veröffentlicht werden kann, wird es geprüft, um sicherzustellen, dass es nicht dem widerspricht, was die Regierung als akzeptabel betrachtet.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Alle Kirchengemeinden müssen sicherstellen, dass sie nicht die öffentliche Ordnung stören. Während der Feiertage können orthodoxe Kirchen Veranstaltungen im Freien organisieren, stehen aber weiter unter Druck, nichts zu predigen, was gegen die Regierung geht. Für nichtregistrierte Gemeinden sind solche Veranstaltungen undenkbar.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen, ist jedoch nahezu unmöglich. Seit 2002 haben die Behörden keiner weiteren Gruppe neben den vier bisher anerkannten religiösen Gruppen (EOK, Lutherische Kirche, Römisch-Katholische Kirche, Islam) die Registrierung zugestanden. Häufig kommt es zu Razzien bei den Treffen nichtregistrierter Gemeinden, da die Regierung über einen ausgedehnten Geheimdienstapparat verfügt. Christen aus diesen Gemeinden müssen ständig sichergehen, dass sie nicht beschattet werden. Seit der Unabhängigkeit Eritreas konnten Christen aus protestantischen Freikirchen noch nie in Freiheit Gottesdienst feiern, ohne zu riskieren, verhaftet und eingesperrt oder sogar getötet zu werden. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter der registrierten Kirchen ein. Der eritreisch-orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, steht seit Mai 2007 unter Hausarrest. Darüber hinaus können religiöse Gruppen keine Materialien drucken oder verteilen, ohne vorher die Erlaubnis der Religionsbehörde erhalten zu haben.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Es gab Gerüchte, dass einige Christen, die in Schiffscontainern festgehalten wurden, bei der Zwangsarbeit starben. Versuche, die Gerüchte zu bestätigen, waren jedoch nicht erfolgreich.
- **Verhaftungen von Christen:** Etwa 930 Christen wurden verhaftet. So wurden Berichten zufolge zwischen April und Juni 2020 in der Hauptstadt Asmara 45 Teilnehmer von christlichen Versammlungen verhaftet. Von den 45 festgenommenen Personen wurden 30 Personen verhaftet, als sie in der letzten Juniwoche an einer Hochzeit eines christlichen Paares in Asmara teilnahmen. Die obige Zahl bezieht sich nur auf Christen, die während des Berichtszeitraums inhaftiert wurden. Hunderte von Eritreern werden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in verschiedenen Haftanstalten im ganzen Land festgehalten, oft unter entsetzlichen Bedingungen und schon seit Jahren. Viele der Inhaftierten werden aufgrund ihrer politischen Ansichten oder religiösen Überzeugungen festgehalten. Unter den Inhaftierten sind auch Reverend Haile Naizge, Vorsitzender der Full Gospel Church, und Kuflu Gebremeskel, Vorsitzender der Eritreischen Evangelischen Allianz und Mitglied des Exekutivkomitees der Full Gospel Church of Eritrea.

- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens 27 Kirchen wurden entweder angegriffen, beschlagnahmt oder geschlossen. So wurden beispielsweise Ende 2019 und Anfang 2020 Krankenhäuser und Schulen, die der Eritreisch-Katholischen Kirche gehören, beschlagnahmt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mindestens 20 christliche Geschäfte/Häuser in Eritrea wurden angegriffen. Die Umstände sind unterschiedlich. In einigen Fällen waren es Regierungsbeamte, die bei Razzien Häuser evangelikaler Christen plünderten und verwüsteten; in anderen Fällen hatten es ultrakonservative Anhänger der EOK auf das Eigentum von Mitgliedern nicht anerkannter Kirchen abgesehen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“ des US-Außenministeriums für 2019 meldet, dass auch Muslime und Zeugen Jehovas von der Regierung ins Visier genommen wurden; ihre internationale Reisetätigkeit und Kommunikation wurde kontrolliert. Der Bericht stellte fest, dass „die Regierung erheblichen direkten und indirekten Einfluss auf die Ernennung von Leitern der anerkannten Religionsgemeinschaften ausübte.“ Die Regierung inhaftiert zudem weiterhin 52 Zeugen Jehovas, von denen mehr als die Hälfte bereits seit über 20 Jahren im Gefängnis ist.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Jemen: Platz 7

Kurze Zusammenfassung

Die christliche Gemeinde im Jemen besteht überwiegend aus jemenitischen Christen mit muslimischem Hintergrund und ihren Kindern. Sie müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Sie erleben Verfolgung durch die Behörden (einschließlich Verhaftungen und Verhören), die Familie und islamisch-extremistische Gruppen, die „Abtrünnigen“ mit dem Tod drohen, wenn diese nicht zum Islam zurückkehren. Niemand darf seinen Stamm verlassen – man gehört von Geburt an zu einem Stamm und hat seinen internen Normen zu folgen. Die Abkehr vom Islam kann vom Stamm mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Sowohl männliche als auch weibliche Christen muslimischer Herkunft, die mit Muslimen verheiratet sind, riskieren die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Die Christen leiden unter der allgemeinen humanitären Krise im Land. Jemenitische Christen sind jedoch zusätzlich gefährdet, da die Nothilfe hauptsächlich über lokale Muslime und Moscheen verteilt wird, die dem Vernehmen nach alle diskriminieren, die nicht als gläubige Muslime gelten.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	87	7
2020	85	8
2019	86	8
2018	85	9
2017	85	9

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl des Jemen ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 um 2 Punkte gestiegen. Dies ist zum Teil auf eine etwas höhere Zahl gemeldeter Gewalttaten gegen Christen zurückzuführen und zum Teil auf die Tatsache, dass aufgrund neuer Informationen einige Bewertungsanpassungen vorgenommen wurden.

Die meisten ausländischen und eingewanderten Christen haben das Land verlassen und eine christliche Gemeinde zurückgelassen, die heute hauptsächlich aus einheimischen Christen muslimischer Herkunft besteht. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft ist in allen Lebensbereichen extrem. Christen im Jemen erleben körperliche und psychische Misshandlung, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sowie Zwangsheirat und werden gezwungen, das Land aus Glaubensgründen zu verlassen. Wie andere Zivilisten leiden Christen stark unter dem Krieg und dem großen Einfluss islamistischer Kämpfer, was die ohnehin schon schwache Position der einheimischen Christen noch verstärkt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Friedensverhandlungen sind in einem ständigen Wechsel von Stocken und Neustart gefangen

Im fünften Jahr des Bürgerkriegs ist der Jemen ein Land, das am Rande des Zusammenbruchs steht. Der Ende 2018 gestartete Stockholmer Friedensprozess weckte die Hoffnung, dass der Krieg durch internationale Vermittlungen beendet werden könnte. Eine politische Lösung blieb jedoch unerreichbar. Die Tatsache, dass der Prozess im August 2019 mit dem Zusammenbruch der Anti-Huthi-Koalition zum Stillstand gekommen ist, hat die Situation noch komplizierter gemacht. Die ehemaligen Verbündeten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, gehen getrennte Wege – ebenso die verschiedenen Milizen, die von ihnen unterstützt wurden. Ein positiver Schritt zur Beendigung des Konflikts – wenn auch erfolglos – war die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen dem Southern Transitional Council (STC) und der von der UNO anerkannten Regierung im November 2019.

2) Der Krieg im Jemen hat zu einem hohen Maß an Gewalt und Gesetzlosigkeit geführt

Ein hohes Maß an Gesetzlosigkeit erhöht die Wahrscheinlichkeit für die Unterdrückung von Minderheiten, einschließlich Christen. In ihrem Länderprofil für den Jemen betont die Economist Intelligence Unit (EIU) die Tatsache, dass selbst wenn ein Friedensabkommen zustande kommt, „die anhaltende Präsenz von Al Kaida und die zunehmenden Forderungen nach Sezession des Süd-Jemen dazu führen werden, dass der Konflikt weitergeht“.

3) Der Jemen ist in einer großen humanitären Krise

Das ärmste Land des Nahen Ostens befindet sich mitten in einer verheerenden humanitären Katastrophe. Die humanitäre und wirtschaftliche Lage des Landes ist so ernst, dass es Jahre dauern wird, bis sich das Land erholt. Laut dem Länderrisikobericht für Jemen der BMI Research Group, ist der Jemen in hohem Maße abhängig von ausländischer Hilfe und daher sehr anfällig für externe Wirtschaftsfaktoren wie einen Rückgang der Ölpreise, der die finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau durch die Golfverbündeten beeinträchtigen würde.

4) Es ist zu erwarten, dass militante islamische Gruppen in den nächsten Jahren eine Bedrohung bleiben werden

Islamisch-extremistische Gruppen sind ein bedeutender Verfolger unter der größten Triebkraft der Verfolgung, der islamischen Unterdrückung. Das verheißt nichts Gutes für die Religionsfreiheit der religiösen Minderheiten im Jemen, insbesondere der Christen. Die Situation ist besonders heikel, da der Großteil der christlichen Gemeinde aus einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund besteht. Auf der anderen Seite wird berichtet, dass inmitten der Unsicherheit des Krieges die Zahl derjenigen, die sich zum christlichen Glauben hinwenden, langsam steigt.

3. Religiöse Situation im Land

Aus Sicherheitsgründen kann keine Verteilung der Religionszugehörigkeiten veröffentlicht werden. Open Doors schätzt, dass die Zahl der Christen im Jemen bei „einigen Tausend“ liegt. Die Zahl der Christen war viel höher, als es noch eine beträchtliche Anzahl christlicher Migranten gab. Nachdem die meisten von ihnen das Land infolge des Krieges verlassen hatten, hat die Toleranz gegenüber Andersdenkenden weiter abgenommen. Laut der Statistik der World Christian Database sind über 99 % der Bevölkerung Muslime. Es gibt auch eine bedeutende hinduistische Minderheit mit über

200.000 Anhängern. Gegenwärtig stellen Christen eine sehr kleine Minderheit dar, von denen die meisten einen muslimischen Hintergrund haben. Das Evangelium an Muslime weiterzugeben oder seinen Glauben zu wechseln, gilt offiziell als illegal. Wenn jemand, der den christlichen Glauben angenommen hat, entdeckt wird, wird er von seinem lokalen muslimischen Umfeld gezwungen, seinen Glaubenswechsel den Behörden zu melden, damit diese diese bestrafen können. Dies hält diejenigen, die zum Glauben an Jesus Christus gekommen sind, natürlich davon ab, ihren Glauben in irgendeiner Weise öffentlich bekannt zu machen.

Muslimische Bürger haben mehr Rechte als die Anhänger anderer Religionen. Das Land hält sich an die strengsten Auslegungen des Islam. Es ist sowohl nach islamischem als auch nach staatlichem Recht verboten, den Islam zu verlassen, um zu einer anderen Religion überzutreten. Wer dies tut, kann die Todesstrafe erhalten, wenn sein neuer Glaube entdeckt wird. Dies geschieht üblicherweise nicht durch die Regierung, sondern durch extremistische Muslime, wovon die Regierung die Augen verschließt. Obwohl Regierungsbeamte den größten Teil ihrer Aufmerksamkeit auf politische Ereignisse richten, schüchtern sie Christen selbst inmitten der chaotischen Kriegssituation weiterhin ein. Am stärksten geht die Unterdrückung jedoch vonseiten der islamisch-extremistischen Kämpfer aus, die über eine beträchtliche Handlungsfreiheit verfügen.

Die Nachrichtenagentur Middle East Concern berichtet: „Der anhaltende Konflikt, die politische Instabilität und die humanitäre Krise haben tiefgreifende Auswirkungen auf alle Menschen im Jemen. Zusätzlicher Druck auf Christen geht angesichts der schwachen Durchsetzung des Rechtsstaats in vielen Teil des Landes hauptsächlich von nichtstaatlichen Akteuren aus. Diejenigen, die sich vom Islam abwenden, sind meist starkem familiären und gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, der in extremen Fällen gewalttätige Reaktionen von Familienmitgliedern beinhalten kann. Obwohl Abtrünnigen vom Islam nach dem Strafgesetzbuch die Todesstrafe droht, gab es in den letzten Jahren keine bekannten Fälle von durch Gerichte angeordneten Hinrichtungen aufgrund von Apostasie. Gelegentlich gibt es jedoch verifizierte Berichte über außergerichtliche Morde durch gesellschaftliche oder extremistische Gruppen infolge von Apostasie. Die Bedrohung von gewalttätigen islamistischen Kämpfern ist in den Teilen des Jemen, in denen Gruppen wie ‚Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel‘ (AQAP) und der ‚Islamische Staat‘ (IS) stark sind, erheblich, insbesondere für Staatsangehörige, die den Islam verlassen haben.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Quelle jeder Gesetzgebung. Die Weitergabe ihres Glaubens durch andere Glaubensrichtungen als den Islam ist verboten und Muslime dürfen nicht zu einer anderen Religion übertreten. Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Der anhaltende Konflikt, die politische Instabilität und die mangelhafte Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien in vielen Teilen des Landes bedeuten, dass der Druck auf Christen im Jemen hauptsächlich von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht – einschließlich vonseiten der Familie oder des Stammes, aber auch von islamisch-extremistischen Gruppen. In beiden Fällen ist die Durchsetzung islamischer Werte ein Hauptmotiv – der Islam ist ein zentraler Bestandteil der Identität jemenitischer Stämme, während militante Organisationen wie AQAP und der IS versuchen, eine puritanische Form des Islam durchzusetzen. Ausgehend von islamischer Unterdrückung sind Letztere die Hauptverfolger, die gezielt Christen angreifen und töten.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die jemenitische Gesellschaft ist stark stammesbezogen und die Regierungsgewalt ist oft zweitrangig gegenüber der traditionellen Stammesführung. Der Islam ist mit der ethnischen Identität verflochten. Es gibt viele Gebiete im Jemen, in denen Stammesälteste Recht und Gerechtigkeit gemäß ihren auf dem Islam basierenden Traditionen durchsetzen, unabhängig davon, was die nationale Verfassung oder die Regierung sagen. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass die Regierung in Konflikte zwischen den Stämmen eingreift, selbst wenn Menschen dabei körperlich angegriffen oder inhaftiert werden.

Da die Regierung derzeit die Kontrolle über weite Teile des Landes verloren hat, hat ihr Einfluss auf die Stämme weiter abgenommen. Stammesgesetze und -bräuche verbieten es Mitgliedern des Stammes, diesen zu verlassen; Frauen dürfen keine Männer heiraten, die nicht zum Stamm gehören, vor allem keine Christen. Ungehorsam kann mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Einige Stammesführer haben ihre eigene Armee, deren Kämpfer extremistisch und antichristlich eingestellt sind. Ein politischer Analyst fasst die Situation wie folgt zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen, und es ist der Stamm, der oft vergeltende ‚Gerechtigkeit‘ an denen vollzieht, die versuchen, den Islam zu verlassen.“

Diktatorische Paranoia

Seit dem Machtantritt von Präsident Salih, der den Nordjemen bis zur Vereinigung mit dem Südjemen 1990 und danach den vereinten Jemen bis 2012 beherrscht hatte, wird das Land diktatorisch regiert. Obwohl der Jemen nicht so viele Gräueltaten durch die Hand von Diktatoren erlebt hat wie andere Länder, herrscht sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich viel Gewalt, um die Macht zu behaupten. Im Kontext des Krieges ist der Überlebenstrieb der kriegsführenden Parteien unweigerlich stark. Berichte aus dem Jahr 2018 weisen darauf hin, dass die Huthi-Regierung in von Huthi kontrollierten Gebieten immer härtere Maßnahmen gegen Einzelpersonen oder Vereinigungen ergriffen hat, die von der herrschenden Autorität als Bedrohung angesehen werden. Dies hat sich fortgesetzt und betrifft auch Mitglieder religiöser Minderheiten, einschließlich Christen muslimischer Herkunft.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die Rechtsstaatlichkeit war im Jemen zwar noch nie besonders hoch, doch Christen sind angesichts des Kontextes des Konflikts und der damit einhergehenden Gesetzlosigkeit in weiten Teilen des Landes besonders gefährdet, Opfer von Verbrechen zu werden. Ein wichtiger Faktor hierbei ist, dass Christen häufig mit dem Westen assoziiert werden und viele daher glauben, dass sie Zugang zu Finanzquellen hätten. Sie sind verletzlicher, da das Fehlen eines Rechtsstaates für diejenigen, die Verbrechen gegen sie begehen, eine große Straffreiheit mit sich bringt. Diese Triebkraft der Verfolgung hat in letzter Zeit zugenommen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame und Scheichs, die Dorfgemeinschaften leiten, nutzen oft die Tatsache, dass ein hoher Prozentsatz der Dorfbewohner Analphabeten sind und leicht beeinflusst werden können, um gegen ein Mitglied der Dorfgemeinschaft vorzugehen. Wenn sich herausstellt, dass ein Dorfbewohner Christ ist, kann dies dazu führen, dass die ganze Gemeinschaft sich gegen ihn stellt und dies zur Verbannung oder zumindest zum Druck führt, die Gemeinschaft zu verlassen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** In einigen Gebieten des Jemen operieren militante Gruppen wie AQAP und der IS ungestraft oder sogar in stillschweigender Zusammenarbeit mit den Behörden, insbesondere in Gebieten, die von der Hadi-Regierung beherrscht werden. Einheimische Christen sind besonders gefährdet durch islamisch-extremistische Gruppen, ebenso wie alle anderen, die von diesen Gruppen als „Abtrünnige“ wahrgenommen werden.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Feindseligkeit durch soziales Umfeld und Familie (oder die Angst davor) ist ein Hauptfaktor des Drucks auf jemenitische Christen. Unter den weithin geltenden Werten von Gemeinschaft und Familie muss hart gegen jedes Mitglied, das der Gemeinschaft oder Familie Schande bereitet (etwa durch Verlassen des Islam), vorgegangen werden, um die Ehre der Gemeinschaft/Familie wiederherzustellen.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbehörden inhaftieren jemenitische Christen wegen ihres Glaubens und geben dabei öffentlich oft andere Gründe an (da sie behaupten, gegenüber anderen Religionen tolerant zu sein).
- **Revolutionäre:** Huthi-Rebellengruppen (und andere) haben Christen und Bahai festgenommen, um sie wegen ihrer Abkehr vom Islam zu verhören. Allerdings sind diese Gruppen derzeit vor allem damit beschäftigt, ihre Macht zu sichern.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen und islamische Leiter:** Stammesgesetze und -bräuche sind gegen den christlichen Glauben und Ungehorsam kann mit Tod oder Verbannung bestraft werden. Das Gleiche gilt für jedes Stammesmitglied, das den Islam verlässt, da religiöse und ethnische Identität miteinander verflochten sind. Einige Stammesführer haben ihre eigenen Kampftruppen.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Hier gelten die gleichen Mechanismen wie bei der islamischen Unterdrückung: Gemeinschafts- und Familienehre werden höher als alles andere bewertet. Es gab Vorfälle, in denen Bürger ihre Töchter, die den christlichen Glauben angenommen hatten, zur Heirat mit Muslimen gezwungen haben. In einer solchen Ehe sind Frauen oft Missbrauch ausgesetzt und haben nur wenig Freiheit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Außerdem gibt es im Jemen ein Kastensystem, in dem diejenigen, die tiefer in einem Stamm verwurzelt sind, auf jene herabblicken und sie ausgrenzen, die überwiegend ostafrikanische Wurzeln und eine dunklere Hautfarbe haben (zum Beispiel die Muhammaschun, auch Achdam genannt). Wenn ein Mitglied dieser Randgruppe zudem Christ ist, wird er/sie geächtet und völlig aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies beinhaltet den Ausschluss von Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und Revolutionäre:** Im Kontext des Bürgerkriegs tun Huthi-Rebellen, Al-Kaida- und IS-Mitglieder alles, um ihre territoriale Macht zu stärken. In den von Huthi kontrollierten Gebieten werden von der Huthi-Regierung harte Maßnahmen gegen jede Person oder Vereinigung ergriffen, die von der herrschenden Autorität als Bedrohung angesehen wird. Dazu gehört auch die Verhaftung von Angehörigen religiöser Minderheiten, darunter Christen muslimischer Herkunft und Bahai sowie bestimmte schiitische Splittergruppen, die sie als ihrer Ideologie gegenüber feindlich gesinnt ansehen.
- **Regierungsbeamte:** Die jemenitischen Behörden wenden zur Machterhaltung starke Gewalt an. Obwohl die staatlichen Institutionen schwach sind, gibt es immer noch Berichte über von staatlicher Stelle verübtes Unrecht gegen Christen. Zudem hat der Staat Gewalt gegen Christen zugelassen, was zu einer Situation der Straflosigkeit geführt hat.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Christen werden gewöhnlich mit dem Westen assoziiert und es wird daher erwartet, dass sie Zugang zu Geldmitteln haben. Aus diesem Grund haben Gefängniswärter Christen in manchen Fällen länger festgehalten, um sie dann im Austausch gegen Geld freizulassen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen und Revolutionäre:** Aus dem oben genannten Grund haben gewalttätige religiöse und revolutionäre Gruppen Christen entführt und Geldforderungen gestellt.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Situation ist für Christen im Jemen allgemein gefährlich. Einige Gebiete sind besonders schwierig, wie beispielsweise der Süden, in dem Al Kaida stark aufgestellt ist. Christen muslimischer Herkunft haben ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in den von schiitischen Huthi kontrollierten Gebieten im Westen mehr Druck gebe als in Gebieten unter der Kontrolle der sunnitischen Hadi-Regierung. Die von den Huthi kontrollierten Gebiete – die etwa ein Drittel des jemenitischen Territoriums ausmachen – sind stark überwacht. Jede abweichende Meinung wird rigoros unterdrückt und führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu Verhaftung, Folter und möglicherweise Schlimmerem.

Der offiziell anerkannte Staat hat wenig Einfluss auf die von ihm kontrollierten Gebiete und beherrscht weniger als ein Viertel der Bevölkerung. Aufgrund der fehlenden Staatsgewalt im Süden gibt es dort auch weniger Schutz durch die Polizei. Laut Quellen aus der Region haben eingewanderte Christen, die zu traditionellen christlichen Gemeinden gehören, in den von den Huthi kontrollierten Gebieten keine Probleme und werden sogar geschützt. Der Fokus des Fragenkatalogs des Weltverfolgungsindex und dieses Länderprofils liegt daher auf Christen muslimischer Herkunft.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2015 waren die meisten Christen im Jemen ausländische oder eingewanderte Arbeiter (aus Nordafrika, dem Westen, Süd- und Ostasien sowie aus arabischen Ländern) und Flüchtlinge (hauptsächlich aus Äthiopien). Die Mehrheit war römisch-katholisch oder

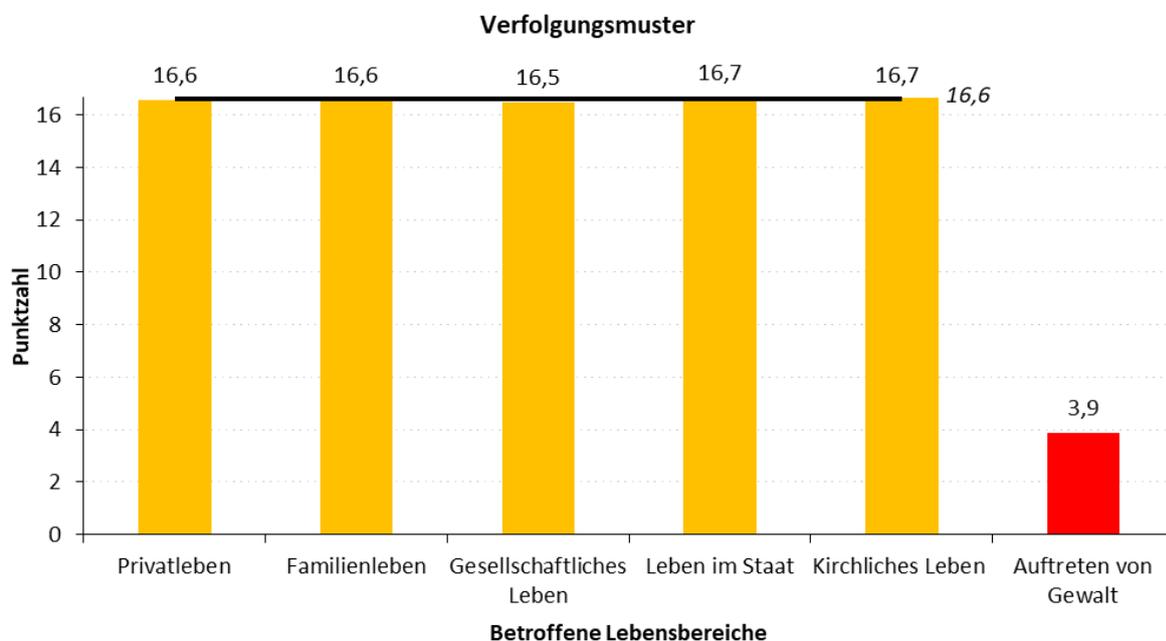
anglikanisch (dazu kamen einige Orthodoxe im Falle äthiopischer Flüchtlinge). Praktisch alle westlichen Arbeitskräfte haben das Land infolge des verheerenden Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen.

Einige christliche Migranten, vor allem aus Afrika und auch aus Asien, bleiben im Land, aber ihre Zahl ist sehr gering; die meisten von ihnen haben den Jemen ebenfalls verlassen. Christliche Migranten werden – höchstwahrscheinlich in einer Mischung von Rassendiskriminierung und Verletzungen der Religionsfreiheit – von der Gesellschaft auf kommunaler und nationaler Ebene schikaniert und diskriminiert, bis hin zu direkter Gewalt durch islamisch-extremistische Bewegungen. Da die Zahl der christlichen Migranten jedoch stark zurückgegangen ist und die Kirche nun hauptsächlich aus einheimischen Christen besteht, wird die Kategorie der ausländischen Christen in der Analyse des Weltverfolgungsindex derzeit nicht bewertet.

Christen anderer religiöser Herkunft

Mindestens 95 % der jemenitischen Kirche bestehen aus Christen muslimischer Herkunft. Obwohl es nur ein paar Tausend jemenitische Christen gibt, ist die Zahl der Christen gestiegen, was bedeutet, dass für neue Christen vor Ort mehr Beratung und Unterstützung zur Verfügung stehen als früher. Christen muslimischer Herkunft sind im ganzen Land nach wie vor stark gefährdet. Dies ist zurückzuführen auf eine Kombination aus traditionellen Familien-, Gemeinschafts- und Stammeseinstellungen, der Straffreiheit, mit der islamisch-extremistische Gruppen operieren können, und der Weigerung staatlicher (oder de-facto-staatlicher) Behörden, jegliche Form von Abweichung zu tolerieren, aus Angst, dass dies zu einer größeren Destabilisierung führen könnte.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jemen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Jemen ist nach wie vor extrem hoch (16,6 Punkte). Der extreme Druck erklärt sich durch den Krieg und den Druck auf die einheimische Kirche, die größtenteils aus Christen muslimischer Herkunft besteht.
- Das Ausmaß des Drucks ist in allen Lebensbereichen extrem. Sowohl im Bereich Leben im Staat als auch im Bereich des kirchlichen Lebens wurde die höchstmögliche Punktzahl (16,7) erreicht, direkt gefolgt von der Wertung in den Bereichen Privatleben und Familienleben mit je 16,6 Punkten. Dies ist typisch für eine Situation, in der die meisten Christen einen muslimischen Hintergrund haben und islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung ist, die keinen Raum für offene kirchliche Aktivitäten oder die private Ausübung des Glaubens lässt.
- Die Wertung für Gewalt gegen Christen stieg von 2,6 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2020 auf 3,9 Punkte beim Weltverfolgungsindex 2021. Das Ausmaß der Gewalt zu erforschen, ist sehr schwer, da infolge des Krieges der Zugang zu genauen und verifizierten Informationen fehlt. Es ist wahrscheinlich, dass die Zahlen tatsächlich höher sind.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Alle Jemeniten gelten als Muslime. Es bringt Schande über eine muslimische Familie, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, körperlicher Gewalt oder sogar einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht offen ausüben. Wenn Menschen in ihrem Umfeld den Eindruck bekommen, dass sie Christen sein könnten, kann dies schwerwiegende Folgen haben. Die private Ausübung ihres Glaubens ist für Christen in Gebieten, die von extremistischen Muslimen kontrolliert werden, oder in Gebieten, die von sunnitischen Streitkräften „befreit“ wurden, besonders riskant geworden. AQAP und der IS kontrollieren große Teile des Landes.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Die Entdeckung von christlichen Materialien durch Familienmitglieder kann zu Ehrenmorden führen. Familien können ihre Söhne und Töchter ohne jegliche rechtlichen Folgen töten, da die Tötung als Wiederherstellung der Familienehre angesehen wird.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Für einheimische Christen ist es sehr riskant, sich zu treffen, und es ist große Sorgfalt geboten, um keinen Verdacht zu erregen, keine feindseligen Reaktionen hervorzurufen und nicht möglicherweise die Sicherheit anderer Christen muslimischer Herkunft zu gefährden.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Christen muslimischer Herkunft können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Alle christlichen Aktivitäten oder Feiern müssen geheim gehalten werden. Weil die Taufe jedoch als endgültige Besiegelung der Hinwendung zum christlichen Glauben gilt, wird sie von der Familie und dem Umfeld als besonders schwerwiegend angesehen. Aus diesem Grund wird gegen Taufen noch härter vorgegangen als gegen andere christliche Feiern; eine Taufe kann schlimme Konsequenzen haben.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Jemenitische Christen muslimischer Herkunft, die Kinder haben, stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Verwandtschaft und der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass die Kinder nach islamischen Normen erzogen werden. Falls der neue Glaube der Eltern entdeckt wird, besteht ein großes Risiko, dass ihnen die Kinder weggenommen werden.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Kinder jemenitischer Christen muslimischer Herkunft haben keinen Zugang zu christlicher Bildung innerhalb des staatlichen Schulsystems, sondern müssen am Islamunterricht teilnehmen. Es gab Fälle, in denen muslimische kommunale Leiter christliche Kinder gezwungen haben, zum Islamunterricht in die Moschee zu kommen. Dies ist eher in Dörfern der Fall, in denen die Häuser nahe beieinander liegen und die religiösen Leiter einen stärkeren Einfluss in den Familien ausüben.

Gesellschaftliches Leben

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Eine gängige Art, mit der missbilligende Familien versuchen, die religiösen Ansichten eines jungen Christen muslimischer Herkunft zu „korrigieren“, ist eine arrangierte Ehe mit einem konservativen muslimischen Ehepartner. Dies betrifft vor allem Christinnen, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Ein Christ, dessen Glaube Familienmitgliedern oder seinem sozialen Umfeld bekannt geworden ist, wird sehr wahrscheinlich unter Druck gesetzt, den christlichen Glauben zu widerrufen. Eine Weigerung kann zur Tötung oder im besten Fall zu Gefangenschaft führen.

Hatten Christen aufgrund ihres Glaubens schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung?

Der fehlende Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung ist für viele Jemeniten ein großes Problem. In der gegenwärtigen humanitären Krise sind Christen muslimischer Herkunft in ihren Gemeinschaften zusätzlich gefährdet, da die Nothilfe hauptsächlich über muslimische Mitarbeiter säkularer Organisationen und lokale Moscheen verteilt wird, die dem Vernehmen nach alle diskriminieren, die nicht als gläubige Muslime gelten. Außerdem ist die Vetternwirtschaft stark ausgeprägt. Dies ist eine ernsthafte Bedrohung für das Überleben von Christen und anderen Nichtmuslimen.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Der fehlende Zugang zu einer adäquaten Schulbildung ist für viele Jemeniten eine große Herausforderung. Christen muslimischer Herkunft sind zusätzlich gefährdet, wenn ihr Glaube bekannt ist. Unterricht im Islam und in der islamischen Kultur ist Teil der Lehrpläne in der Grund- und Sekundarstufe sowie an Hochschulen. Diese Kurse verringern automatisch die Wahrscheinlichkeit, dass Christen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Leben im Staat

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Nach dem jemenitischen Strafgesetzbuch ist der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion ein Glaubensabfall, der ein Kapitalverbrechen darstellt. Wenn jemenitische Christen versuchen würden, ihre Religion in offiziellen Dokumenten ändern zu lassen, würde sie dies den Behörden preisgeben und wäre daher äußerst gefährlich.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Laut Verfassung ist es Nichtmuslimen offiziell verboten, Präsident zu werden. Allerdings müssen einheimische Christen ihren Glauben ohnehin im Verborgenen leben und würden nicht versuchen, einen solchen Posten zu erreichen. Eine Beförderung ist für Christen sehr schwierig, da in der jemenitischen Gesellschaft zählt, welche Beziehungen man hat. Wenn Führungskräfte den Verdacht haben, dass ein Mitarbeiter Christ ist, dann ist es für ihn praktisch unmöglich, befördert zu werden.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Bei Verbrechen gegen Christen, einschließlich sogenannter „Ehrenverbrechen“, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter angesichts des schwachen Rechtsstaats in weiten Teilen des Jemen ungestraft davonkommen. Die weitverbreitete Stammesrechtssprechung geht davon aus, dass das Familienoberhaupt die Bestrafung ausführt. In offiziellerem Kontext ist es sehr wahrscheinlich, dass islamische Prinzipien angewendet werden, die Christen muslimischer Herkunft stark benachteiligen. Selbst gegen diejenigen, die 2016 in Aden vier Nonnen und zwölf Mitarbeiter eines christlichen Altersheimes ermordet hatten, wurde nicht ermittelt.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

In den von AQAP und dem IS kontrollierten Gebieten ist die Zeugenaussage von Christen weniger wert als die von Muslimen. In den Huthi-Gebieten gibt es keine freien und fairen Gerichtsverhandlungen; dies ist allerdings nicht unbedingt auf Christen beschränkt, sondern trifft jeden, der als Bedrohung für das Regime wahrgenommen wird.

Kirchliches Leben

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Die drei offiziellen Kirchengebäude (alle in Aden), die ausländischen Christen oder Flüchtlingen (hauptsächlich Äthiopiern) dienten, wurden durch den Krieg (und durch gezielte Angriffe) beschädigt und sind geschlossen. Der Bau von Kirchen (oder anderen Gebäuden) im Jemen bedarf der Genehmigung durch die offizielle Regierung. Da Kirchen keinen Rechtsstatus erhalten, ist es nicht möglich, die Genehmigung zum Bau eines Gotteshauses zu bekommen. Die offizielle Regierung hat nur wenig Kontrolle über das ganze Land, in der Vergangenheit wurden aber selbst persönliche Gesuche des Papstes um Kirchengenehmigungen von der Regierung ignoriert. Christen muslimischer Herkunft können aufgrund ihrer prekären Rechtssituation keinerlei Genehmigungen einholen.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Es gibt keine Kirchengebäude mehr, die noch in Betrieb sind. Der gesellschaftliche und „staatliche“ Druck hindert Christen daran, Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren. Da Christen muslimischer Herkunft keine eigenen Versammlungen haben dürfen, treffen sie sich nur an geheimen Orten. Wenn sie sich offen treffen würden, würden sie sich einer erheblichen Gefahr aussetzen.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

In Anbetracht der Tatsache, dass die Verteilung nichtislamischer religiöser Materialien gesetzlich verboten ist und hart bestraft wird, ist es für Christen praktisch unmöglich, christliche Materialien einzuführen – sowohl aus logistischen Gründen als auch aufgrund des Drucks durch Islamisten und die Behörden, welche die Regionen kontrollieren, in denen Christen leben. Importierte Waren werden strengen Kontrollen unterzogen und christliches Material (insbesondere in größeren Mengen) würde blockiert, beschlagnahmt und vernichtet werden.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Obwohl jemenitische und ausländische Christen in einer Reihe von humanitären, Bildungs-, Entwicklungs- und anderen Wohltätigkeitsprojekten tätig sind, kann dies normalerweise nicht offen unter christlichem Banner geschehen, da es höchstwahrscheinlich als versuchte Missionierung angesehen würde. Wenn Kirchen gemeinnützige Organisationen gründen und gemeinnützige Arbeit anbieten, laufen sie Gefahr, angegriffen zu werden, wie es das Altenpflegeheim in Aden 2016 erlebte.

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine spezifischen Details veröffentlicht werden. Es wurde jedoch berichtet, dass mehrere Christen während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2021 inhaftiert wurden. Den Quellen zufolge haben solche Fälle oft sowohl religiöse als auch nicht-religiöse Gründe. Es kann als sicher gelten, dass Dutzende Christen muslimischer Herkunft körperliche Gewalt, seelische Misshandlung oder sexuelle Belästigung, Zwangsverheiratung oder Entführung erlitten haben, während Dutzende anderer Christen an andere Orte im Land ziehen mussten – manchmal kehrten sie später zurück – und einige Christen das Land verlassen haben. Die Motivation für die Flucht

kann von Angst vor Ermordung (wegen ihres Glaubens) bis zu kriegsbedingten Gründen variieren und ist oft eine Kombination verschiedener Gründe. Die meisten Familien sind so wütend und beschämt, wenn sie entdecken, dass ein Familienmitglied den Islam verlassen hat, dass sie bereit sind zu töten, möglicherweise durch einen radikalisierten Verwandten oder eine lokale militante Gruppe.

Die Situation im Jemen ist aufgrund des Bürgerkriegs sehr chaotisch, so dass über gewalttätige Vorfälle gegen Christen nur sehr wenig berichtet wird und diese schwer zu erfassen sind. Das derzeitige Ausmaß der Kämpfe im Land (und das allgemeine Misstrauen gegenüber Personen, die Informationen sammeln) hat die Sammlung und Überprüfung von Daten stark beeinträchtigt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Jemen ist im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums nicht enthalten.

Andere religiöse Minderheiten, die im Jemen mit Rechtsverletzungen konfrontiert sind, sind Bahai und Juden. Auch ismailitische Muslime klagen über Verfolgung. Extremistische Muslime betrachten Bahai als Ungläubige, andere diskriminieren sie, weil man ihnen unterstellt, dass sie Verbindungen zu Iran haben, wo die Religion im 19. Jahrhundert entstand. Anhänger der Bahai im Jemen werden gelegentlich inhaftiert, misshandelt und gefoltert, meist von Huthi-Behörden. Sie werden auch unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Am 30. Juli 2020 wurden sechs Bahai nach vier Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen. Einer von ihnen war wegen Apostasie und angeblicher Verbindungen zu Israel, wo sich das Bahai World Center befindet, zum Tode verurteilt worden. Nach ihrer Freilassung wurden sie sofort aus dem Jemen ins Exil ausgeflogen.

Die winzige jüdische Gemeinde ist eine weitere einheimische nichtmuslimische religiöse Minderheit. Die meisten von ihnen leben in der Hauptstadt Sanaa, die von den Huthi-Rebellen beherrscht wird. Gemäß dem jemenitischen Informationsminister Moammer al-Iryani betrachten die Huthi-Rebellen die kleine verbliebene jüdische Gemeinde als einen Feind und „betreiben eine ethnische Säuberung mit dem Ziel, dass im Jemen keine Juden mehr leben“. Der Minister sagte, dass die jemenitische Regierung keine Kenntnis vom Ergehen der verbliebenen Juden des Landes hat. Sektiererische Botschaften und antisemitische Aussagen werden weiterhin gedruckt, auch in Schulbüchern, die von den Huthi-Behörden herausgegeben werden (in denen auch extremistisch-islamische Lehren verbreitet wurden). In einem Koran-Kulturbuch für Drittklässler sind die Wörter „Amerika“ und „Israel“ von den Worten umgeben: „unser Feind, das Oberhaupt des Bösen und der größte Satan“. Schließlich enthält der Slogan auf der Huthi-Flagge einen Fluch auf Juden. Im August 2020 wurde berichtet, dass die verbleibenden ca. 100 Juden in die Vereinigten Arabischen Emirate überführt werden, nachdem dieser Golfstaat ein Friedensabkommen mit Israel unterzeichnet hat.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Iran: Platz 8

Kurze Zusammenfassung

Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, tragen die Hauptlast der Verstöße gegen die Religionsfreiheit, die durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre Familien und die Gesellschaft begangen werden. In diesen Christen muslimischer Herkunft sieht die Regierung einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden aber als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ihnen ist der Kontakt mit (farsisprachigen) Christen muslimischer Herkunft verboten, ihre Gottesdienste dürfen diese Konvertiten nicht besuchen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	86	8
2020	85	9
2019	85	9
2018	85	10
2017	85	8

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der leichte Anstieg der Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2021 ist vor allem in einem Anstieg des Drucks in den Bereichen des Privatlebens und Familienlebens begründet. Die staatliche Überwachung nimmt zu, da Iran sich immer mehr zu einem totalitären Staat entwickelt – das führt dazu, dass die Behörden das tägliche Leben immer strenger kontrollieren. Die Wertung in allen Lebensbereichen ist extrem hoch.

2. Trends und Entwicklungen

1) Interner Kampf um das Atomabkommen

Das Atomabkommen, das Mitte 2015 mit sechs Weltmächten abgeschlossen wurde, ist für Iran nach wie vor bedeutsam, auch wenn sich die USA daraus zurückgezogen haben. Welche langfristigen Konsequenzen dieses Abkommen haben wird, hängt im hohen Maße von den verschiedenen Akteuren innerhalb des iranischen politischen Spektrums ab. Konservative Kräfte (wie etwa die Revolutionsgarde, eine einflussreiche Militär- und Sicherheitsorganisation, die mit dem Schutz des Regimes betraut ist), auch „Prinzipalisten“ genannt, unterstützen das Abkommen nicht. Die Führung Irans fürchtet um ihre Stellung, und dass die Werte der Islamischen Revolution von 1979 verletzt

werden könnten. Es ist wahrscheinlich, dass sie versuchen wird, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie alle Versuche zu sozialen und politischen Reformen blockiert. Der Rückzug der USA aus dem Abkommen hilft ihr dabei, die gemäßigten Kräfte des Landes und Präsident Rohani zu rügen, das Abkommen mit dem Erzfeind überhaupt abgeschlossen zu haben. In gewisser Weise kann man sagen, dass das Atomabkommen den innenpolitischen Machtkampf weiter eskalieren ließ. Dabei hat der Rückzug der USA die gemäßigten Kräfte in eine Zwickmühle gebracht.

2) Sanktionen und der neue Präsident der USA

Die (wirtschaftliche) Zukunft Irans hängt in hohem Maße von der Politik der USA ab. Die erneute Verhängung von US-Sanktionen hat die iranische Wirtschaft schwer getroffen. Es ist unwahrscheinlich, dass die bisherige Politik einer maximalen Druckausübung unter dem neu gewählten Präsidenten Joe Biden fortgesetzt wird. Wahrscheinlich werden sich die Beziehungen zwischen den USA und Iran eher entspannen, und es könnte sein, dass die USA sogar wieder dem Atomabkommen beitrifft. Dies könnte Irans Isolation beenden und das Wirtschaftswachstum fördern. Nichtsdestotrotz wird das Verhältnis zwischen den USA und Iran mehr oder weniger feindselig geprägt sein, da die mit den USA verbündeten Golfstaaten weiterhin erbitterte Feinde des iranischen Regimes sind, und es ist anzunehmen, dass die USA den Einfluss Irans in der Region einzudämmen versuchen.

3) Unterdrückung aller Andersdenkenden, einschließlich Christen

Das harte Vorgehen gegen Medien sowie Menschenrechts- und politische Aktivisten ist eine weitere Art und Weise, um klarzustellen, dass das Atomabkommen nicht dem Ende der Werte der Revolution gleichkommt. Die Unterdrückung von Iranern mit doppelter Staatsangehörigkeit und Dissidenten (einschließlich religiöser Minderheiten) hat bereits zugenommen. Diese Personengruppen werden als Bedrohung der islamischen Identität der Republik betrachtet – wer eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, weil er Verbindungen zu ausländischen Kreisen und Unternehmen hat, und wer zu einer religiösen Minderheit gehört oder Andersdenkender ist, wegen seiner politischen oder religiösen Überzeugungen. Diese Unterdrückung zeigt sich in der gestiegenen Zahl der Verhaftungen, aber auch in den Verleumdungskampagnen gegen religiöse Minderheiten, insbesondere gegen Christen mit muslimischem Hintergrund und Bahais. Je mehr es der breiten Öffentlichkeit durch den technologischen Fortschritt möglich wird, mit dem Rest der Welt zu interagieren, desto mehr werden religiöse Minderheiten wie Bahais oder Christen staatlich überwacht; dabei achten die Behörden besonders darauf, ob sie Kontakt zu Glaubensgeschwistern im Westen aufnehmen. Berichten zufolge stehen christliche farsisprachige Medien bereits unter strenger Beobachtung.

3. Religiöse Situation im Land

Iran ist die Heimat einer reichen Vielfalt religiöser und ethnischer Gruppen mit einer langen Geschichte in der Region. Die meisten Iraner folgen dem schiitischen Islam dschafaritischer Prägung (die Dschafariya ist eine schiitische Rechtsschule). Dies ist die offizielle Staatsreligion. Eine bedeutsame Minderheit von zehn Prozent folgt jedoch dem sunnitischen Islam.

Das Interesse am christlichen Glauben und anderen nichtislamischen Religionen ist in Iran ungebrochen. Die Gesellschaft ist überwiegend vom Islam enttäuscht – so berichten iranische Christen von einer Zunahme des Agnostizismus und davon, dass immer mehr Menschen vor allem in urbanen Gebieten dem Islam nur noch nominell angehören. Ein Nichtmuslim in Iran zu sein, bringt eine Vielzahl von Einschränkungen und Diskriminierungen im privaten und öffentlichen Leben mit sich. Religiöse

und politische Anführer in Iran sprechen sich weiterhin gegen den christlichen Glauben aus. Die konservativen Kräfte und Hardliner behalten in inneren Angelegenheiten ihre fast absolute Macht. Das wirkt sich auf die Menschenrechte aus. Es sollte daher nicht überraschen, dass Christen in Iran auf verschiedene Weise unterdrückt werden.

Der iranische Geheimdienst überwacht zusammen mit der Revolutionsgarde sehr genau alle Aktivitäten von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Sie sind es, die Razzien durchführen, wenn in Privathäusern christliche Treffen stattfinden, die dabei Teilnehmer festnehmen und persönliches Eigentum beschlagnahmen. Die Verhafteten werden strengen und oft gewaltsamen Verhören ausgesetzt.

Der christliche Glaube gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Dies gilt umso mehr, als die Zahl der Christen in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat – vor allem die Zahl der Christen mit muslimischem Hintergrund. Angeblich haben sogar Kinder politischer und geistlicher Leiter den Islam verlassen, um sich dem christlichen Glauben zuzuwenden. Da praktisch alle Gottesdienste in der Landessprache Farsi (Persisch) verboten sind, treffen sich die meisten Christen muslimischer Herkunft in informellen Hauskirchenversammlungen, oder sie informieren sich über Satellitenfernsehen und Internetseiten über den christlichen Glauben.

Konvertiten bilden die größte Gruppe von Christen im Land. Zudem gibt es auch im Ausland viele Iraner, die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden. Die zweitgrößte Gruppe sind die armenischen und assyrischen Christen. Ihre Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Neben Christen werden auch die Rechte anderer religiöser Minderheiten wie Juden, Bahais, Zoroastrier, Sufis (Derwische) und sunnitische Muslime verletzt. Christentum, Judentum und Zoroastrismus sind in der Verfassung anerkannt; gleichzeitig sind Religionen, die in der Verfassung nicht anerkannt sind, wie zum Beispiel die Bahais, besonders von Rechtsverletzungen betroffen. Jüngsten Berichten zufolge werden Konvertiten, die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, schlechter behandelt als nichtanerkannte religiöse Minderheiten.

Das islamische Recht schreibt vor, eine Frau habe in der Öffentlichkeit die islamischen Kleidervorschriften einzuhalten: Sie muss ein Kopftuch („Hidschab“) und einen langen Mantel („Manteau“) tragen oder sich mit einem großen Tuch um Kopf und Körper verhüllen („Tschador“, wie es für Regierungsfunktionen vorgeschrieben ist). Verstöße gegen diese Vorschriften werden mit Prügeln und Geldstrafen geahndet. Im islamischen Umfeld sehen sich Christen muslimischer Herkunft mit extremer Feindseligkeit konfrontiert. Christliche Konvertitinnen werden als „fehlgeleitet“ angesehen. Dagegen werden Männer als Führungspersonen betrachtet, die eigentlich den islamischen Glauben vertreten sollten – und die mit ihrem Glaubenswechsel absichtlich die falsche Wahl getroffen haben. Ihre Strafe ist folglich härter. Viele von ihnen sehen sich gezwungen, aus dem Land zu fliehen und in westliche Länder auszuwandern. Dies destabilisiert die Kirche und beraubt sie reifer männlicher Leiterpersönlichkeiten und Vorbilder.

Berichte anderer Quellen:

- Zum Stand der Religionsfreiheit stellt der „Bericht zur Gedankenfreiheit“ („Freedom of Thought Report“) fest: „In der Verfassung ist der Islam (dschafaritischer Prägung) als Staatsreligion festgeschrieben. Artikel 12 und 13 unterteilen die Bürger der Islamischen Republik Iran in vier religiöse Kategorien: Muslime, Zoroastrier, Juden und Christen. Nichtgläubige werden faktisch außen vorgelassen. Sie sind von bestimmten gesetzlichen Rechten oder Schutzmaßnahmen ausgeschlossen. Iraner müssen sich zu einer dieser vier offiziell anerkannten Religionen bekennen, um eine Reihe von gesetzlichen Rechten geltend machen zu können, zum Beispiel, um sich für die allgemeine Prüfung zum Eintritt in eine Universität im Iran bewerben zu können. Dabei klassifizieren die Behörden die Yaresan als schiitische Muslime, die den Sufismus praktizieren, obwohl die Yaresan ihren Glauben als eigenständig bezeichnen. Ebenso sehen sich die Sabäer-Mandäer nicht als Christen, doch die Regierung ordnet sie der christlichen Kategorie zu.“
- Interessanterweise ergab eine im Jahr 2020 durchgeführte Umfrage mit dem Titel „Die Einstellung der Iraner zur Religion“, dass nur 32,2 Prozent der Iraner sich als schiitische Muslime sehen, während 22,2 Prozent sich mit keiner Religion oder Weltanschauung identifizieren. Laut dieser Umfrage gaben 1,5 Prozent der Befragten an, Christ zu sein.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion. Alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Verfassung verbietet dem Parlament, Gesetze zu verabschieden, die dem Islam widersprechen. Weiterhin heißt es in der Verfassung, dass ihre Vorschriften bezüglich der „islamischen Natur“ des politischen Systems und des Rechtswesens, sowie bezüglich der Festlegung des schiitischen Islam dschafaritischer Prägung als Staatsreligion nicht geändert werden dürfen. Um die islamischen Bestimmungen zu schützen und die Vereinbarkeit der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit dem Islam zu gewährleisten, muss ein Wächterrat, der aus schiitischen Rechtsgelehrten und Geistlichen besteht, alle Gesetzesentwürfe prüfen und genehmigen. Der Wächterrat prüft auch alle Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter wie die Präsidentschaft und das Parlament. Dies erklärt, warum selbst die Reformer innerhalb der Regierung konservativ sind, und warum Christen und andere religiöse Minderheiten von hohen Ämtern und anderen einflussreichen Positionen im System ausgeschlossen werden.

Nach Ansicht der Regierung, und in geringerem Maße auch der allgemeinen Gesellschaft, sind ethnische Perser per Definition Muslime. Daher gelten persische Christen als Abtrünnige. Das macht fast alle christlichen Aktivitäten illegal, vor allem, wenn sie in Farsi stattfinden: Evangelisation, biblischer Unterricht, die Herausgabe christlicher Bücher oder Verkündigung in Farsi. Allerdings ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigteren und mystischen Sufismus zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Diktatorische Paranoia

Der unbedingte Wille zum Machterhalt geht mit islamischer Unterdrückung einher. Das islamische Regime ist vor allem bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu bewahren. Der

christliche Glaube gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Nur die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen werden vom Regime als christlich angesehen, obwohl auch ihre Mitglieder als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Jede andere Form des christlichen Glaubens wird als gefährlicher westlicher Einfluss behandelt, was erklärt, warum viele Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, wird manchmal eine Entlassung gegen Kautions angeboten. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen für diese Beträge ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Kommt die Person auf Kautions frei, ist oftmals unklar, wie lange ihr Besitz einbehalten wird – eine Unsicherheit, die Christen zum Schweigen bringen kann, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt Christen, die in ihrer Hauskirche aktiv sind und für ihr Engagement dort oder bei evangelistischen Aktivitäten verhaftet wurden, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions aufzugeben. Teilweise geht dies auch mit Drohungen einher.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Iran hat eine Schamkultur, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dazu kommt, dass Iran eine multikulturelle Bevölkerung hat, wobei einige ethnische Gruppen starke Gruppenidentitäten wahren. Das iranische Regime übt Druck auf alle nichtschiiitischen Gruppen und sogar auf einige (schiiitische) Sufi-Gruppen aus. Das kann zu einem erhöhten Druck auch auf Christen muslimischer Herkunft führen.

Konfessioneller Protektionismus

Auch wenn der Einfluss dieser Triebkraft der Verfolgung als gering eingestuft wird, bedürfen die zugrundeliegenden Probleme weiterer Ausführung. In den Medien und auf internationaler Ebene unterstreichen die iranischen Behörden gerne die Präsenz von Vertretern der armenischen und assyrischen Kirche, um einen Eindruck religiöser Toleranz im Land zu vermitteln. Kirchenvertreter äußern sich öffentlich zu „der Freiheit, die alle Christen genießen“, auch wenn in Wirklichkeit nur ein kleiner Teil der Christen ein sehr begrenztes Maß an Freiheit besitzt. Derartige Aussagen werden oft benutzt, um anderen christlichen Konfessionen die Legitimität abzusprechen – vor allem protestantischen Christen muslimischer Herkunft, die sich den staatlichen Einschränkungen nicht beugen und ihre Religionsfreiheit in stärkerem Maße ausüben wollen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Sie sind für die vielen Verhaftungen und Verurteilungen von Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verantwortlich. Alle christlichen Gruppen werden durch die Geheimdienste streng überwacht, selbst die offiziell anerkannten traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen. Durch diese enge Überwachung und die Verhaftungen derer, die das Evangelium weitergeben, übt die Regierung Druck aus, um sicherzustellen, dass Christen nicht unter Muslimen missionieren.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen Minderheiten auf.
- **Politische Parteien:** Die islamischen Rechten (die Prinzipalisten) dominieren das Parlament und den Wächterrat, der sein Veto gegen jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz einlegen kann. Solange der rechte Flügel Iran als islamisches Land für schiitische Muslime betrachtet, das von westlichen (christlichen) Ländern und deren Kultur bedroht ist, werden Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verfolgt werden.
- **Paramilitärische Gruppen:** Die Prinzipalisten stärken ihre Unterstützerbasis durch die Freiwilligen-Miliz der Revolutionsgarde, genannt „Basidsch“. Dies ist eine fanatische paramilitärische Gruppierung der Rechten, die für ihre Loyalität zum Obersten Religionsführer bekannt ist. Die Miliz verfügt über Büros und Stützpunkte im ganzen Land. Sie sichert die Unterstützung für die Prinzipalisten. Wenn sie dazu aufgefordert wird, übt sie Gewalt gegen alle Feinde des Staates aus, Christen inbegriffen.
- **Die Gesellschaft / die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl die iranische Gesellschaft viel gemäßiger ist als ihre Führung, üben religiöse Familien oft Druck auf Angehörige aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Diktatorische Paranoia und islamische Unterdrückung lassen sich in Iran nicht klar trennen. Andere Ideologien und Religionen zu verdrängen, hilft den führenden iranischen Geistlichen, ihre Macht zu erhalten. Ihr Ziel ist es, ein nach den Regeln des schiitischen Islam regiertes Land zu schaffen. Laut dem Länderbericht zu Iran im „Bertelsmann Transformation Index 2018“ wird Iran de facto von „einigen einflussreichen Geistlichen und ihren Familienangehörigen gesteuert, die Monopole auf lukrative Wirtschaftsbereiche, insbesondere den Import bestimmter Waren, halten“. In diesem Bericht heißt es auch, dass „der Privatsektor nur etwa 20 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmacht“, womit die große Rolle des Staates und die enormen wirtschaftlichen Interessen der Machthaber aufgezeigt werden.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung nutzt Kautionszahlungen, um verurteilte Christen verarmen zu lassen, und drängt sie so dazu, das Land zu verlassen. Berichten zufolge nutzen einige Beamte das System aus, um sich selbst zu bereichern.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Je nach Ethnie können Anführer ethnischer Gruppen eine wichtige Rolle dabei spielen, die Feindseligkeit gegenüber Christen muslimischer Herkunft zu fördern.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Familienmitglieder fühlen sich manchmal dazu veranlasst, die Ehre ihrer Familie, ihres Clans oder Stammes zu schützen, wenn ein anderes Familienmitglied den christlichen Glauben annimmt. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn weibliche Familienmitglieder einen Glaubenswechsel vollziehen.

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen / Anführer ethnischer Gruppen:** Die armenischen und assyrischen Christen verfügen über drei Repräsentanten im iranischen Parlament. Sie tendieren dazu, Iran als ein freies Land darzustellen, in dem Minderheiten die gleichen Rechte haben wie alle anderen Bürger. Sie gehen sogar so weit, die iranische Regierung und die Sicherheitsbehörden zu loben, sie würden andere ethnisch-christliche Minderheiten im Ausland schützen, obwohl Christen im eigenen Land zu langen Haftstrafen verurteilt werden. Jedoch ist dies wahrscheinlich der einzige Weg, um als ethnisch-christliche Minderheit inmitten des Drucks der Regierung zu überleben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität der Städte haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren als in ländlichen Gebieten, in denen die soziale Kontrolle stärker ist.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (zum Beispiel von den Philippinen oder Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige der katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige der wenigen ausländischen Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit ebenfalls abgesagt, weil der Druck vonseiten des iranischen Sicherheitsapparates zu hoch war.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volkgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen; sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens und dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (farsisprachige) Menschen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen oder sie an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl sie offiziell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt. Zudem riskieren sie Freiheitsentzug, körperliche Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, wenn sie sich an Muslime wenden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

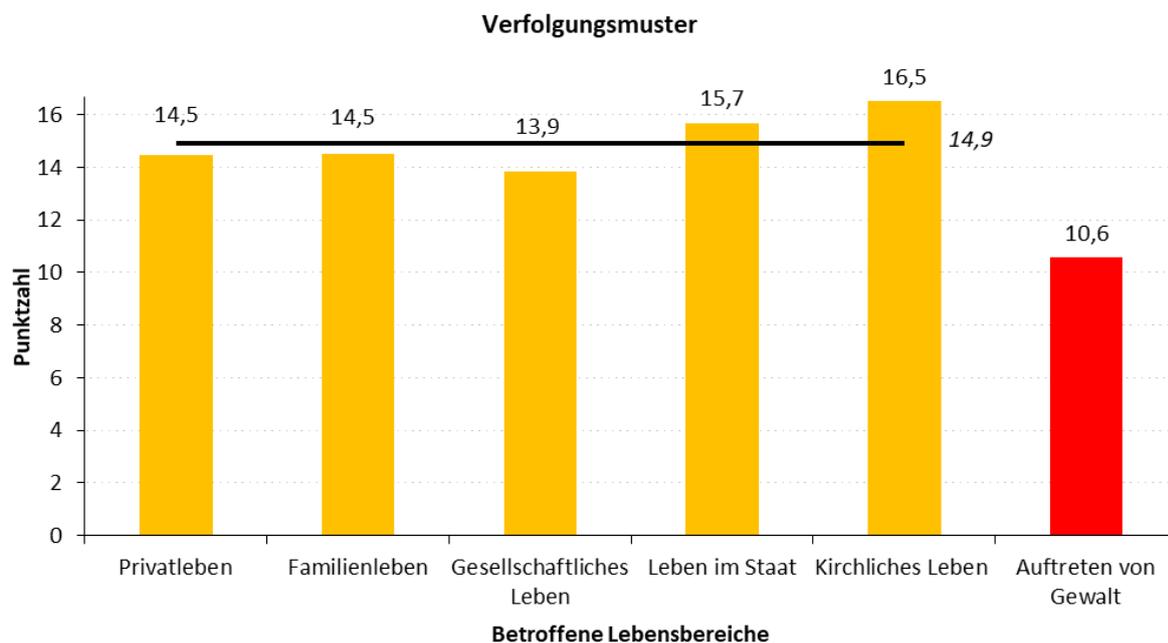
Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, machen die größte Gruppe von Christen in Iran aus. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, die von der Regierung ausgeht und in einem geringeren Ausmaß von ihren (Groß-)Familien und der Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen Kirchen betrachtet die Regierung sie als einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen der Abwendung vom Islam gesehen. Sie ist deshalb verboten. Außerdem werden die meisten Kinder von Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Besonders die Leiter von Gruppen von

Christen muslimischer Herkunft werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Ähnliche Strafanzeigen erhielten seit 2014 jedoch vermehrt auch einfache Mitglieder von Hauskirchen, die keine Leitungsfunktion innerhalb der Gruppen ausüben. Aufgrund dieses hohen Drucks müssen Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein. Viele von ihnen leben ihren Glauben isoliert, ohne Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Es gibt jedoch auch eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen muslimischer Herkunft weltweit, da viele von ihnen im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland ebenfalls Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Zwar ist es schwierig, klar zwischen ihnen und den Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft zu trennen, doch haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich bei evangelistischen Aktivitäten oder in Hauskirchen engagieren.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Iran

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen hat weiterhin das gleiche extrem hohe Ausmaß wie im Weltverfolgungsindex 2020 (15,0 Punkte). Die iranische Regierung übt in großem Umfang Druck auf Christen aus.
- Auch wenn der Druck in allen Lebensbereichen ein extremes Ausmaß hat — die höchste Stufe erreicht er im kirchlichen Leben und im Leben im Staat. Darin spiegelt sich, dass der Druck hauptsächlich von der Regierung ausgeht. Das gesamte kirchliche Leben ist stark eingeschränkt. Das betrifft auch das kirchliche Leben der offiziell anerkannten armenischen und assyrischen Christen, die das Evangelium nicht weitersagen und in ihren Gottesdiensten kein Farsi sprechen dürfen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist von 10,4 Punkten im Vorjahr auf 10,6 Punkte gestiegen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Der iranische Geheimdienst sucht in den sozialen Netzwerken nach Äußerungen, die mit dem christlichen Glauben zu tun haben, und sammelt diese als belastende Beweise für Inhaftierungen. Einige Kirchenleiter wurden bei Verhören mit ihren privaten Nachrichten und Posts im Internet konfrontiert. Dies betrifft zwar vor allem Christen muslimischer Herkunft, doch auch für Christen aus traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen ist es riskant, sich im Internet über ihren christlichen Glauben zu äußern, da dies als Missionierungsversuch interpretiert werden könnte – insbesondere, wenn diese Äußerungen auf Farsi geschrieben sind.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Für alle Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur in Farsi zu besitzen – besonders in größerer Anzahl, da dies darauf hindeutet, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Christen aus traditionellen Kirchen dürfen christliche Literatur in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

Der Zugriff auf christliche Inhalte im Internet ist gefährlich, da alle Medien sehr stark überwacht werden. Die Behörden kontrollieren christliche Programme und Internetseiten, um Christen muslimischer Herkunft aufzuspüren.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Besonders Christen muslimischer Herkunft riskieren entdeckt zu werden, wenn sie sich mit anderen Christen treffen. Doch auch für ausländische Christen ist es riskant, sich mit iranischen Christen zu treffen – besonders mit Christen muslimischer Herkunft – da der Geheimdienst jede Bewegung von

Ausländern im Land genau beobachtet. Iranische Christen, die Kontakt zu ausländischen Christen haben, werden als Sicherheitsbedrohung angesehen.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Für Christen ist es unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren. Armenische und assyrische Paare dürfen nur Kinder aus ihrer eigenen Volksgruppe adoptieren und das auch nur, wenn sie den Adoptionsantrag bei einem armenischen oder assyrischen Waisenhaus stellen. Wollen sie jedoch ein Kind aus einem staatlichen Waisenhaus adoptieren, wird ihr Antrag abgelehnt.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden automatisch als Muslime registriert. Sie müssen das iranische Bildungssystem absolvieren, welches auf dem Islam basiert und nach der Revolution 1979 noch einmal stärker islamisiert wurde. Einige Christen muslimischer Herkunft haben bereits versucht, dagegen Einspruch zu erheben, was aber nur dazu geführt hat, dass sie vor Gericht gestellt und ihre Kinder bedroht wurden. Aus Angst vor noch mehr Verfolgung versuchen viele Christen deshalb erst gar nicht, rechtlich gegen diese Regelung vorzugehen.

Darüber hinaus werden die Kinder von armenischen oder assyrischen Christen gezwungen, in der Grundschule am Koran- und Islamunterricht teilzunehmen. Fächer wie „Geschichte des Islam“ oder „Lehren des Korans“ sowie Arabisch sind Pflichtkurse für alle Oberstufenschüler, unabhängig von ihrer jeweiligen Religionszugehörigkeit. Bei der Bewerbung an einer Universität muss die Religionszugehörigkeit angegeben werden. Gibt eine Person muslimischer Herkunft an, dass sie Christ ist, wird sie nicht an der Universität aufgenommen. Somit ist es praktisch unmöglich für Christen muslimischer Herkunft zu studieren – es sei denn, sie sagen bei der Bewerbung die Unwahrheit bezüglich ihres Glaubens.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Kirchenleiter und zunehmend auch immer mehr Gemeindemitglieder werden oft zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, was ihre Familie häufig negativ belastet. Kinder sind durch die Abwesenheit eines Elternteils manchmal stark traumatisiert. In einigen Fällen führten Gefängnisstrafen auch dazu, dass ein nichtchristlicher Ehepartner die Scheidung einreichte, weil der Druck auf ihn zu groß wurde. Solche Umstände verursachen großes emotionales Leid für die Familien.

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Das iranische Zivilrecht enthält einige diskriminierende Gesetze – zum Beispiel das Erbschaftsrecht. Laut Artikel 881 des Zivilgesetzbuchs kann jemand, der kein Muslim ist, beispielsweise nicht von einem Muslim erben. Auch wenn ein Nichtmuslim stirbt und nur ein einziger seiner Erben Muslim ist, fällt diesem der gesamte Nachlass zu – zuungunsten der anderen nichtmuslimischen Erben. Diese Regelung gilt unabhängig von Verwandtschaftsgrad oder Beziehung des muslimischen Erben mit dem Verstorbenen. Dieses Gesetz benachteiligt so nicht nur religiöse Minderheiten, sondern führt auch dazu, dass Menschen aus materiellen Gründen zum Islam konvertieren.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Alle der oben genannten Gruppen von iranischen Christen werden überwacht. Der iranische Geheimdienst nutzt hochentwickelte Überwachungstechnologien. Wenn eine Person verdächtigt wird, eine Hauskirche zu leiten oder an evangelistischen Aktivitäten teilzunehmen, wird diese Person beschattet und häufig auf vielfältige Art und Weise belästigt. Diese Überwachung reicht weit über die Grenzen Irans hinaus. Es gibt zuverlässige Berichte über iranische Spitzel in westlichen Ländern, die dem iranischen Geheimdienst Informationen über christliche Aktivitäten zukommen lassen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Christen, besonders wenn sie verdächtigt werden, das Evangelium weiterzugeben, werden häufig zu Verhören vorgeladen – einige wurden unzählige Male verhört. Das Ziel dieser Verhöre ist es, Christen einzuschüchtern, ohne sie vor Gericht zu stellen oder inhaftieren zu müssen. Je nach Schwere der Anschuldigungen und den vorhandenen „Beweisen“ kann es jedoch auch dazu kommen, dass Christen nach diesen Verhören eingesperrt und strafrechtlich angeklagt werden.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In Iran ist es für Frauen Pflicht, den Kopf zu bedecken und den Hidschab zu tragen. Christen müssen feingefühlig ausloten, wie sie sich verhalten, damit sie von ihrem sozialen Umfeld keine Probleme bekommen. Der Druck auf Christen ist während islamischer Feiertage, im Ramadan oder dann, wenn christliche Feste mit schiitischen Trauertagen zusammenfallen, besonders intensiv. Vor allem Christen muslimischer Herkunft werden, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt ist, dann teilweise täglich schikaniert, beispielsweise von ihren Nachbarn, Vorgesetzten oder Kollegen.

Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z.B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträgen, Kundenboykotte)?

Mehr als 60 Prozent des Wirtschaftssektors werden direkt von der iranischen Regierung kontrolliert. Klientelpolitik und Vetternwirtschaft sind sehr weit verbreitet. Christen aus traditionellen Kirchen, wie armenische und assyrische Christen, werden im Geschäftsleben diskriminiert. Den anderen Christen in Iran ist es gar nicht möglich, Handel zu treiben.

Leben im Staat

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Hohe Positionen in der Gesellschaft oder Regierung werden nur an schiitische Muslime vergeben; Minderheiten werden in Iran stark benachteiligt. Alle Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der armenischen und assyrischen ethnischen Minderheit reserviert sind.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Es gibt keine Meinungsfreiheit in Iran, und Kritik an der Regierung kann schwerwiegende Folgen haben. Armenische und assyrische Christen müssen sehr vorsichtig sein, dass sie nicht die Regierung kritisieren oder Dinge äußern, die als Versuch der Missionierung interpretiert werden könnten. Wo sich iranische Christen schon im Privaten sehr vorsichtig verhalten müssen, gilt dies umso mehr für die öffentliche Meinungsäußerung, insbesondere für Christen muslimischer Herkunft.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Die staatlichen iranischen Medien werden strikt überwacht und dürfen keine abweichenden Meinungen oder Ansichten veröffentlichen. Immer wieder sprechen sich Regierungsbeamte gegen Christen aus, wobei sie typischerweise „Zionismus“ und Hauskirchen anführen. Diese Äußerungen rufen Wellen von Hassreden gegen Christen hervor. Christenfeindliche Rhetorik von Imamen und von der Regierung multimedial verbreitete Hetze und Hassreden gegen iranische Christen, vor allem gegen Protestanten, erreichten während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2021 weiterhin ein hohes Ausmaß.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Regierungsbeamte setzen bei Verhaftungen und Verhören von Christen oft Gewalt ein. (Sexuelle) Belästigung ist weit verbreitet und auch wenn solche Handlungen nach iranischem Recht unter Strafe stehen, wird nicht dagegen vorgegangen. Dazu kommt, dass Verbrechen straffrei bleiben, die an Christen muslimischer Herkunft von ihrer eigenen Familie begangen werden.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Viele, wenn nicht alle, öffentlichen Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht. Armenische und assyrische Christen werden zwar überwacht, jedoch nicht davon abgehalten, ihre Gottesdienste zu besuchen, solange sie sie in ihrer eigenen Muttersprache abhalten und keine Christen muslimischer Herkunft teilnehmen lassen. Die Regierung hat ihre Anstrengungen weiter verstärkt, farsisprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten Jahren wurden viele Kirchen geschlossen, enteignet oder dazu gezwungen, Gottesdienste in Farsi aufzugeben. Auch wurden die Kirchenleiter oft verhaftet. Offiziell gibt es nahezu keine farsisprachigen Kirchen mehr im Land. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei deren Mitgliedern zunehmend Furcht aus.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Allen Kirchen ist es verboten, ethnische Perser regelmäßig an ihren Aktivitäten teilnehmen zu lassen. Diese Maßnahme war Teil eines von 2008 bis 2010 eingeführten Sicherheitsprogramms. Kirchen wurden vom Geheimdienst besucht und Kirchenleiter von Regierungsbeamten vorgeladen. Sie mussten eine Liste der Gottesdienstbesucher vorlegen und ihnen wurde verboten, ethnische Perser an ihren Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Außerdem wurden Gottesdienste auf Farsi verboten. Kirchenleiter, die sich weigerten, diese Regelungen zu befolgen, wurden unter großen Druck gesetzt und dazu gezwungen, das Land zu verlassen. Die Regelungen gelten noch immer. Inzwischen halten sich alle der übriggebliebenen Kirchen an diese Regelungen und wissen, dass sie keine Christen muslimischer Herkunft aufnehmen dürfen.

Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?

Den armenischen, assyrischen, katholischen und anglikanischen Kirchen in Iran ist es möglich, Geistliche einzusetzen, die im Ausland ausgebildet wurden. Protestantische Freikirchen und Hauskirchen müssen ihre Leiter jedoch selbst ausbilden. Nachdem Kirchenleiter zum Ziel von Gefängnisstrafen oder erzwungener Emigration wurden, entstand ein Mangel an erfahrenen christlichen Lehrern im Land. Diese Unterdrückung und Einmischung vonseiten des Staats behindert das Wachstum und die geistliche Reife der christlichen Gemeinschaft in Iran, auch wenn christliche Medien und Internetseiten versuchen, auf diese Not zu reagieren.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Ausländische Kirchen, die Schulen, Krankenhäuser und andere soziale oder humanitäre Einrichtungen gegründet hatten, wurden nach der Islamischen Revolution 1979 dazu gezwungen, diese der islamischen Regierung zu überlassen. Seitdem ist es ihnen verboten, Einrichtungen dieser Art zu gründen oder zu führen. Diese Regelung gilt seit den 1990er-Jahren auch für protestantische Freikirchen. Die einzigen verbliebenen kirchlichen Einrichtungen und Vereine dieser Art gehören zu den armenischen und assyrischen Kirchen. Sie werden sogar von der Regierung subventioniert. Die Leiter von armenischen und assyrischen Schulen sind jedoch in den meisten Fällen Muslime.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Die physische Eliminierung von Christen will und kann sich die pragmatische Regierung Irans politisch nicht leisten. Deshalb setzt sie auf langsame, schleichende und leise Beseitigung von Christen.
- **Verhaftungen von Christen:** Die Zahl der verhafteten Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 ist im Gegensatz zum Vorjahr gesunken. Es gab keine breit angelegte Verhaftungswelle, auch wenn es im Juni 2020 eine Razzia gab. Der Rückgang der Zahl der Verhaftungen ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die iranischen Sicherheitsdienste Ende 2019 alle Hände voll zu tun hatten, die Proteste im Land zum Schweigen zu bringen. Darauf folgte die Coronakrise, welche die Regierung auf andere Weise beschäftigte. Allerdings wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 mehr Christen zu Gefängnisstrafen verurteilt als im Vorjahr.
- **Angriffe auf Christen:** Viele Christen werden bei Verhören geschlagen, (sexuell) belästigt oder massiv unter Druck gesetzt – beispielsweise durch Einzelhaft, Schlafentzug, Verhöre über lange Zeiträume hinweg, Androhung von Gewalt gegen Familienmitglieder (unter anderem Vergewaltigung) oder Morddrohungen gegen sie selbst oder gegen ihre Familie.
- **Angriffe auf Kirchen:** Hauskirchen wurden vom Geheimdienst durchsucht und christliche Grabstätten wurden aus Glaubensgründen vorsätzlich beschädigt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Zahlreiche inhaftierte Christen müssen Hypotheken aufnehmen, um die hohen Kautionszahlungen für ihre Entlassung aufbringen zu können. Weil sie befürchten, dass ein Gerichtsurteil zu einer langen Gefängnisstrafe führt, fliehen viele iranische Christen nach ihrer vorläufigen Entlassung aus dem Land, wobei sie ihre Kautionszahlung – und somit häufig auch ihren Grundbesitz – verlieren. Bei Hausdurchsuchungen wurden Häuser von Christen beschädigt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch Bahais, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden in Iran verfolgt. Seit vielen Jahren wurde kein Christ mehr vom Regime getötet, wahrscheinlich aus Angst vor den daraus resultierenden Folgen auf internationaler Ebene. Jedoch wurden viele Regimekritiker aus anderen Gruppen hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von „Apostasie“). Auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber werden von der Regierung verdächtigt und diskriminiert.

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019“ des US-Außenministeriums stellt fest:

- „Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen, berichten weiterhin über die unverhältnismäßig hohe Zahl von Hinrichtungen sunnitischer Gefangener, insbesondere von Kurden, Belutschen und Arabern.“
- „Die Regierung schließt Bahais von einer Anstellung im öffentlichen Dienst und von der Teilnahme am staatlichen Rentensystem aus. Bahais erhalten möglicherweise keine Entschädigung für Verletzungen oder Verbrechen, die gegen sie oder ihr Eigentum begangen wurden. Sie dürfen kein Eigentum erben. Eine religiöse Fatwa (verbindliche Rechtsauskunft) des Obersten Religionsführers bestärkt die Bürger darin, jeden Umgang mit den Bahais zu vermeiden.“
- „Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen berichten, dass Aktivisten und Gemeinschaftsleiter der Yaresan weiterhin Verhaftungen und Verschleppungen ausgesetzt sind, weil sie ein Bewusstsein für die Praktiken der Regierung beziehungsweise für die Diskriminierung der Yaresan gefördert haben.“

Andere Beispiele:

- Im September 2020 wurden acht Bahais zu insgesamt elf Jahren Gefängnis verurteilt. Sie wurden unter Anklage gestellt wegen „der Mitgliedschaft in einer illegalen Bahai-Organisation, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt“.
- Im Juli 2020 wurde vom „Nationalen Widerstandsrat des Iran“ berichtet, dass es allein im Juni 2020 mindestens 141 Verletzungen der Rechte religiöser Minderheiten gegeben hat.
- Im Juli 2020 wurden zwei Kurden wegen „Feindschaft gegen Gott“ hingerichtet, nachdem sie unter Folter gestanden hatten.

Und im Oktober 2019 wurden drei junge Bahais unter dem Vorwurf, gegen die nationale Sicherheit zu handeln, zu insgesamt zwanzig Jahren Haft verurteilt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Nigeria: Platz 9

Kurze Zusammenfassung

Für die Christen in Nigeria ergeben die Triebkräfte der Verfolgung eine erdrückende Kombination aus islamischer Unterdrückung, ethnisch begründeten Anfeindungen, diktatorischer Paranoia und organisiertem Verbrechen und Korruption.

Nigeria hat eine Geschichte erzwungener Islamisierung. Bevor sich die britische Kolonialregierung in Nigeria einrichtete, begann Usman Dan Fodio, ein islamisch-extremistischer Gelehrter aus dem Volk der Fulani, im Jahr 1804 einen islamischen Dschihad in Gobir und gründete 1808 das Kalifat von Sokoto. Er hatte geschworen, den Islam von der Sahara im Norden bis hin zum Atlantik im Süden mit der Gewalt des Schwertes durchzusetzen. Diese erzwungene Islamisierung gewann 1999 mit der Einführung der Scharia in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias an Dynamik. Seitdem hat sie sich allmählich durch gewaltsame, aber auch gewaltfreie, Mittel entfaltet.

Seit Beginn der Präsidentschaft von Muhammadu Buhari ab 2015 nimmt islamistisch-militante Gewalt zu. Zusätzlich zu dem bis dahin Geschehenen, hat die Regierung zugelassen, dass brutale Gewalttaten ungestraft weitergehen. Der Gewalt sind viele Nigerianer zum Opfer gefallen, vor allem aber Christen. Die meisten Taten werden im Norden des Landes begangen. Urheber sind Boko Haram, die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP), die sich von Boko Haram abgespalten hat, Fulani-Kämpfer und bewaffnete Banditen. Allerdings breiten sich die Angriffe auch in den Süden aus. Menschen werden ermordet, körperlich verletzt und ihres Eigentums beraubt. Diese Gewalt bedeutet für Christen oft auch den Verlust von Grundbesitz und folglich ihrer Erwerbsquellen.

Im nördlichen Nigeria, besonders in den Scharia-Staaten, werden Christen diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen mit muslimischem Hintergrund werden zudem durch ihre eigenen Familien zurückgewiesen und unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Darüber hinaus hat die Regierung unter Präsident Buhari seit 2015 überwiegend Muslime aus dem Norden in bestimmte, entscheidende Ämter berufen, darunter Sicherheitsorgane wie Militär, Luftwaffe, Polizei, Einwanderungsbehörde, Diplomatischer Sicherheitsdienst (DSS), Zoll, Zivilschutz, Strafvollzug usw. Das Gleiche gilt zunehmend auch für die Justiz in Nigeria. Die Herausforderung bei all dem ist die offizielle Politik der Leugnung von Verletzungen der Religionsfreiheit gegen Christen durch die Regierung.

Dieser Prozess der Islamisierung geschieht vor dem Hintergrund des Klimawandels, der Umweltzerstörung und des Bevölkerungswachstums. Das alles treibt die Fulani-Hirten mit ihrem Vieh Richtung Süden in den Mittelgürtel und die südlichen Regionen des Landes. Die so entstehenden Spannungen zwischen Hirten und Farmern sind ein altbekanntes Thema in der Geschichte der Menschheit, werden jedoch von politischen und religiösen Leitern instrumentalisiert, um die Islamisierung des Landes voranzutreiben. Insbesondere jetzt, da junge Christen beginnen, sich gegen die zunehmend gewalttätigeren Übergriffe von Boko Haram, ISWAP, Fulani-Kämpfern und bewaffneten Banden zu wehren, werden die Darstellungen unübersichtlich. Die Gefahr der Verschleierung von Verfolgung wird größer. Das wird durch die Einstufung der Vorgänge im Land als „Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppierungen“, „soziale Konflikte“ oder „zivile Unruhen“ weiter verschärft.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	85	9
2020	80	12
2019	80	12
2018	77	14
2017	78	12

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Wertung Nigerias ist im Vergleich zum Vorjahr um 5 Punkte gestiegen, da sich der durchschnittliche Druck in allen Lebensbereichen um 1 Punkt erhöht hat. Der Wert für Gewalt ist mit 16,7 Punkten auf dem maximal möglichen Niveau geblieben. Die Gewalt gegen Christen, die von Boko Haram, ISWAP und Fulani-Kämpfern sowie von bewaffneten Banditen verübt wurde, verursacht weiterhin großes Leid unter den Christen in den nördlichen und zentralen Teilen des Landes. Die höhere Punktzahl für den durchschnittlichen Druck wurde durch die Auswirkungen der zunehmenden Gewalt verursacht, die auf den südlichen Teil des Landes überschwappt, was zu einem Anstieg des Drucks in verschiedenen Lebensbereichen der Christen im Süden beigetragen hat. Der Sicherheitsapparat, der weitgehend unter föderaler Kontrolle steht und während Buharis Präsidentschaft stark islamisiert wurde, handelt oft nicht zum Schutz der Christen. Die Situation nähert sich in dieser zweiten Amtszeit von Präsident Buhari einem kritischen Punkt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Nigeria wird durch eine komplexe Kombination von tief verwurzelten Problemen geschwächt

Als eine der komplexesten und korruptesten Nationen in Westafrika hat Nigeria mit tiefgreifenden Problemen zu kämpfen. Aufgrund seiner Größe und seiner menschlichen und natürlichen Ressourcen hat es das Potenzial, eine starke Kraft auf dem Kontinent zu sein. Die politische Instabilität, die Unsicherheit und die grassierende Korruption, die das Land seit Jahrzehnten prägen und immer noch andauern, haben es jedoch erheblich geschwächt. Regionale, ethnische und religiöse Spannungen und die Konkurrenz unter Politikern verschärfen das Problem. Das Ausmaß, in dem diese Probleme angegangen werden, wird darüber entscheiden, ob Nigeria in der Lage sein wird, sein Potenzial zu verwirklichen und ein wohlhabendes und stabiles Land zu werden oder nicht. Die aktuellen Trends im Land scheinen jedoch darauf hinzudeuten, dass Nigeria auch weiterhin ein Land sein wird, das darum kämpft, sich über Wasser zu halten.

2) Die Regierung hat keine funktionierenden Lösungen für die Sicherheitskrise vorgelegt

Der Aufstieg von Boko Haram im letzten Jahrzehnt hat die Situation noch komplexer gemacht. Seit Präsident Buhari an der Macht ist, haben Militäroffensiven zur zahlenmäßigen Dezimierung von Boko Haram geführt. Aber die Kämpfer von Boko Haram haben ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen, indem sie in schwache Nachbarländer ausgewichen sind und auch in Nigeria ihre Kräfte wieder aufgebaut haben. ISWAP ergänzte das Spektrum der gewalttätigen islamistischen Gruppen. Außerdem gibt es zahlreiche Angriffe von militanten Fulani und bewaffneten Banditen im Norden, die sich sogar auf den Süden ausweiten. Die Regierung hat keinen funktionierenden Plan zur Lösung der Krise vorgelegt.

Infolgedessen gibt es sowohl im mittleren Gürtel als auch in Norden Nigerias eine große Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen zahlreiche Christen. Viele von ihnen werden nicht von nationalen oder internationalen Hilfsorganisationen versorgt. Sie sind ein sichtbares Zeugnis für die Übermacht der Täter und die hohe Verletzlichkeit der Opfer von Übergriffen in dieser Region. Dies wiederum fördert weitere, unbestrafte Gewalt und gipfelt in ständiger Angst unter der christlichen Bevölkerung, wo Angriffe an der Tagesordnung sind.

Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn die internationale Gemeinschaft mit humanitärer (und anderer) Hilfe eingreift und Druck auf die nigerianische Regierung ausübt, damit diese eine umfassende Politik zur Bewältigung dieser komplexen und tödlichen Situation entwickelt.

3) Christen haben angeblich begonnen, ihre eigene Verteidigung zu organisieren

Angeblich organisieren Christen zunehmend ihre eigene Verteidigung, obwohl sie kaum mit den Arten und Mengen von Waffen mithalten können, die ihre Gegner einsetzen. Ein Großteil der Christen in Nigeria ist jedoch immer noch nicht bereit, mit Gewalt zu reagieren. Einzelne christliche junge Männer, die sehen, wie ihre Mütter und Schwestern vergewaltigt und ihre Väter und Brüder getötet werden, neigen jedoch zunehmend dazu, sich zu bewaffnen und ihre Familien und Dörfer zu verteidigen. Dies ist eine sehr riskante Situation, denn ungeachtet des Konzepts des „gerechten Krieges“ (Selbstverteidigung) kann es leicht zu unverhältnismäßigen Vergeltungsmaßnahmen an Fulani-Dorfbewohnern und anderen Muslimen führen, sowie zu offenem Banditentum, wenn „gerechter Krieg“ und „persönliche Gewinnsucht“ verwechselt werden. Boko Haram, ISWAP, militante Fulani und bewaffnete Banditen verfügen über Waffentypen und -mengen, die Fragen nach ihrer Herkunft aufwerfen. Eine der Quellen könnte die Türkei sein, wie CBN News 2019 berichtete. Das Chaos, das durch eine solche Situation unter dem passiv beobachtenden Auge einer untätigen Regierung entsteht, verstärkt den Verdacht, dass bewusst ein Klima der Straflosigkeit, Anarchie und Korruption geschaffen wird, um die Agenda der Islamisierung voranzutreiben.

4) Nigeria könnte zu einer destabilisierenden Macht für die gesamte Region und darüber hinaus werden

Insbesondere durch die Taten von Boko Haram und ISWAP ist Nigeria zu einer destabilisierenden Macht für die umliegenden Länder geworden. Wenn Nigeria in naher oder ferner Zukunft aus dem derzeitigen Chaos als islamisierte Nation hervorgeht, die sich auf den Einfluss gewalttätiger islamischer Militanz stützt, wird Nigeria zu einer noch stärker destabilisierenden Macht für die gesamte Region, wenn nicht sogar für den gesamten afrikanischen Kontinent und vielleicht sogar darüber hinaus werden. Mit einer ähnlichen Situation sah sich die internationale Gemeinschaft konfrontiert, als der IS Teile Syriens und des Iraks eroberte. Die Situation in Nigeria wird jedoch vernachlässigt.

3. Religiöse Situation im Land

Nigeria ist eine religiös und ethnisch vielfältige Nation mit einer religiösen Bruchlinie: Der südliche Teil Nigerias ist überwiegend christlich, während der Norden Nigerias überwiegend muslimisch geprägt ist. Dies geht auf die Beschränkungen zurück, die während der Kolonialzeit für die Missionstätigkeit im Norden Nigerias galten, sowie auf die Dominanz der muslimischen Händler, die vor und während der Kolonialzeit in den nördlichen Teilen des Landes tätig waren. Diese regionale religiöse Kluft deckt sich teilweise auch mit der ethnischen Kluft in Nigeria. Von den drei großen ethnischen Gruppen in Nigeria sind die Hausa-Fulani im Norden Nigerias überwiegend muslimisch und die Igbo im Südosten Nigerias

hauptsächlich christlich, während es unter den Yoruba im Südwesten Nigerias sowohl eine bedeutende muslimische als auch eine bedeutende christliche Gruppe gibt.

Religion spielt eine zentrale Rolle in der nigerianischen Gesellschaft. Nach Schätzungen der World Christian Database (WCD) von 2020 sind 46,2 % der Bevölkerung muslimisch und 46,3 % christlich. Obwohl Nigeria verfassungsmäßig ein säkularer Staat ist und die Religionsfreiheit in der Verfassung verankert ist, hat die herrschende Elite des Nordens seit fast 40 Jahren Muslime bevorzugt und Christen diskriminiert. Seit 1999 wurde die Scharia in zwölf nördlichen Bundesstaaten eingeführt, sehr zum Unmut und der Besorgnis der Christen. In der Region des mittleren Gürtels in Nigeria, einschließlich des südlichen Bundesstaates Kaduna, töten und vertreiben militante Fulani-Kämpfer Christen und übernehmen ihr Ackerland. Es wurde wenig getan, um die Übergriffe gegen Christen in diesen Gebieten zu stoppen.

Obwohl es eine religiöse Bruchlinie zwischen Nord- und Südnigeria gibt, ist die Situation nicht so eindeutig, wie sie zunächst scheint. Es gibt viele Christen im Norden und im mittleren Gürtel und viele Muslime, die im Süden leben. Zusammen machen Christen und Muslime 92,5 % der Bevölkerung aus. Die 7,2 % Anhänger traditioneller Religionen verteilen sich auf 32 der 37 politischen Bezirke des Landes. Der muslimische Bevölkerungsanteil kann direkt vom christlichen Bevölkerungsanteil abgeleitet werden, wie unten beschrieben:

- In den zwölf nördlichen Scharia-Staaten (Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe, Zamfara) leben 11.750.000 Christen (15 %) bei einer Bevölkerung von 78.364.000 Menschen. Muslime machen also 85 % der Bevölkerung aus, oder etwas weniger.
- In den sieben Staaten im mittleren Gürtel (Adamawa, Benue, Kogi, Kwara, Nassarawa, Plateau, Taraba) leben 15.150.000 Christen (50 %) bei einer Bevölkerung von 30.067.000 Menschen. Muslime machen hier demnach 50 % der Bevölkerung aus, oder etwas weniger.
- In den 17 südlichen Staaten (Abia, Akwa Ibom, Anambra, Bayelsa, Cross River, Delta, Ebonyi, Edo, Ekiti, Enugu, Imo, Lagos, Ogun, Ondo, Osun, Oyo, Rivers) leben 67.632.000 Christen (71 %) bei einer Bevölkerung von 95.658.000 Menschen. Muslime machen hier demnach 29 % der Bevölkerung aus, oder etwas weniger.
- Die Region um die Hauptstadt Abuja weist eine christliche Bevölkerung von 40 % auf: 826.000 Menschen der hier lebenden 2.064.000 Menschen sind Christen. Muslime machen hier demnach 60 % der Bevölkerung aus, oder etwas weniger.

Diese Daten, die auf Recherchen von WCD basieren, implizieren, dass religiöse und ethnisch-religiöse Spannungen leicht zu einem landesweiten Problem werden können, wie es derzeit der Fall ist.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Die Verfolgung in Nigeria ist eine Mischung aus vier sehr starken Triebkräften:

- **Islamische Unterdrückung**
- **Ethnisch-religiöse Feindseligkeit**
- **Diktatorische Paranoia**
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption**

Eine Reihe von Indizien deutet darauf hin, dass einflussreiche Akteure die Islamisierung Nigerias um jeden Preis vorantreiben wollen. Das Leitmotiv hinter dieser potenziell explosiven Mischung aus Triebkräften der Verfolgung scheint Islamisierung um jeden Preis zu sein. Es ist schwer zu sagen, ob es so etwas wie eine politische Leitlinie (oder mehrere Leitlinien) gibt, die darauf ausgerichtet ist, oder ob man eher bewusst den Dingen ihren Lauf lässt. Ein früheres Zitat des amtierenden Präsidenten wäre ein Hinweis darauf, dass Chaos und Straflosigkeit Teil einer gezielte Eskalationsstrategie sind, um den Einfluss des Islam auszuweiten. So zitiert der nigerianische Autor Funom Makamas Buhari aus einer früheren Rede vor islamischem Studenten in Kaduna im Jahr 2001 mit folgenden Worten: „So Gott will, werden wir die Agitation für die vollkommene Implementierung der Scharia nicht aufhalten.“

In den nördlichen Staaten zwingen die Scharia-Gesetze Christen zunehmend in die Position von Bürgern zweiter Klasse. Sollte die Scharia zur Norm für das ganze Land werden, könnte dies die Zukunft für alle Christen in Nigeria sein, ebenso wie für Anhänger traditioneller Religionen.

Der Islamisierungsprozess in Nigeria wird von den drei ethnischen Gruppen der Fulani, Hausa und Kanuri in einer Art Koalition intensiv vorangetrieben. Bis auf einige ihrer Mitglieder, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, folgen sie einer stark islamisch geprägten politischen Agenda. Die politisch derzeit einflussreichsten Akteure in Nigeria gehören diesen drei ethnischen Gruppen an. Dadurch entsteht die Gefahr eines ethnischen Konflikts. Ein nigerianischer Analyst glaubt, dass andere ethnische Gruppen außerhalb dieser Koalition nur eine Zuschauerrolle einnehmen. Wenn die Fulani, Hausa und Kanuri zu weit gehen, könnte es sogar zu einem Krieg kommen. Aus Sicht des Analysten stellt dieses Szenario eine zunehmend realistisch Bedrohung dar, wenn sich das Land weiter in die derzeitige Richtung entwickelt, weil viele Menschen sich dadurch ausgeschlossen fühlen.

Im Norden Nigerias (einschließlich des Mittelgürtels) grassiert die im Namen des Islam von Boko Haram und ISWAP begangene Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Christen. Dasselbe gilt für die Gewalt, die von Fulani-Kämpfern und bewaffneten Banditen verübt wird. Die Einflusskreise dieser verschiedenen Gruppen überschneiden sich zunehmend, ähnlich wie ihre Agenden. Dies stellt nicht nur für die nördlichen Staaten, einschließlich der Staaten des Mittelgürtels, eine Bedrohung dar, sondern auch für die südlichen Staaten. Deutliche Beispiele für Landraub und damit verbundene Gewalt durch militante Fulani sind bereits im Südwesten und Südosten zu sehen.

Während der Prozess der Islamisierung bis vor kurzem nur in einzelnen Staaten stattfand, scheint er unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari zunehmend auf nationaler (bundesstaatlicher) Ebene vorangetrieben zu werden. Dies zeigt sich insbesondere in der Strategie der Regierung bei der Nominierung von Kandidaten für Schlüsselpositionen und in der Art und Weise, wie eine Umgebung der Straffreiheit zugelassen wird, die hauptsächlich gewalttätige islamische Gruppen sowie Gruppen von Kriminellen begünstigt.

Wenn sich die aktuellen Entwicklungen im Land so fortsetzen, könnten die Lage eskalieren. Die Folge wäre ein Chaos, in dem die „guten“ kaum von den „bösen“ Akteuren zu unterscheiden wären. Letztendlich würde eine solche Unordnung ein neues Nigeria hervorbringen, das von der Scharia beherrscht wird und auf Gewalt, Diskriminierung und Intoleranz gegen Christen und andere Minderheiten gegründet ist, die nicht der islamistischen Agenda folgen.

5. Verfolger

Ausgehend von der Mischung aus islamischer Unterdrückung, ethnisch-religiöser Feindseligkeit, diktatorischer Paranoia sowie organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari hat sich die Islamisierung Nigerias verstärkt. Es scheint, als nutze er seine Machtposition, um Muslime in Schlüsselpositionen der Regierung einzusetzen und eine Kultur der Straffreiheit zuzulassen (wenn nicht sogar zu fördern). Diese ermöglicht, dass die Verfolgung von Christen weitgehend unbemerkt bleibt („Verdunkelung der Verfolgung“). Die Regierungen und nichtstaatliche Akteure der zwölf Scharia-Staaten haben diesen Weg bereits eingeschlagen, doch mit dem Präsidenten als Vorbild könnten sie sich ermutigt fühlen, ihre Staaten weiter zu islamisieren, statt die Grundrechte ihrer christlichen Bürger zu garantieren (wie Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit). Regierungen und nichtstaatliche Akteure in anderen Staaten könnten sich ebenfalls ermutigt oder teilweise gezwungen fühlen, ihre Staaten ebenfalls (weiter) zu islamisieren, selbst im Süden. Einige Landesregierungen versuchen, stark zu bleiben und ihre gesamte Bürgerschaft zu schützen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Von Anführern ethnischer Gruppen gehen Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz auf zwei Arten aus: Zum einen entscheiden sie, ob und wie sie Mitglieder ihrer Gruppe verfolgen, die sich von ihrer eigenen Religion (dem Islam oder einer traditionellen afrikanischen Religion) ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben. Zum anderen entscheiden sie, ob und wie sie Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz zwischen ethnischen Gruppen unterschiedlicher Religionen vorantreiben. In der Vergangenheit, als traditionelle afrikanische Religionen dominierten, war es üblich, dass deren Anhänger christliche Konvertiten verfolgten. Diese Verfolgung hat jedoch allmählich nachgelassen und geht heute hauptsächlich von den muslimischen Hausa-Fulani (zusammen mit den Kanuris) aus. Anders als im Süden Nigerias, wo es ethnische Stammesführer gibt, haben die meisten nördlichen Stämme religiöse Leiter oder Emire. Viele von ihnen unterstützen eine Agenda der weiteren Islamisierung ihrer ethnischen Gruppen und darüber hinaus.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Viele nichtchristliche religiöse Leiter, insbesondere muslimische religiöse Leiter, sind Auslöser von Christenverfolgung in den Bereichen von religiöser Ideologie, Anstiftung zu Intoleranz und Hetze.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt verschiedene gewalttätige Gruppen, doch im Rahmen des Weltverfolgungsindex sind die bedeutendsten Boko Haram, ISWAP, Fulani-Kämpfer und bewaffnete Banditen.
- **Ideologische Interessengruppen:** Die „Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria“ (MACBAN) muss hier besonders erwähnt werden: Nicht alle Fulani-Hirten sind gewalttätig. Einige fühlen sich sogar als Opfer, weil sie zwar Fulani sind, sich aber nicht an gewalttätigen Angriffen beteiligen. Die Aktivitäten von MACBAN haben jedoch durch Verbindungen zu mächtigen Förderern wie dem Präsidenten von Nigeria und dem Sultan von Sokoto in letzter Zeit stark an politischem Gewicht gewonnen. MACBAN bietet den Fulani-Kämpfern Schutz und Rechtfertigung für ihre Gewalttaten. Der Präsident von Nigeria und der Sultan von Sokoto unterstützen die expansive Agenda der Fulani-Kämpfer anhaltend und stillschweigend. MACBAN nimmt für sich in Anspruch, eine sozio-kulturelle Gruppe zu sein, die die Interessen aller Viehzüchter in ganz Nigeria vertritt. In ihrer Zusammensetzung und Ausrichtung ist sie

jedoch eindeutig ethnisch geleitet. Es ist wichtig zu beachten, dass viele der Fulani-Hirten nur als Fassade für einflussreiche Leute dienen, denen das Vieh tatsächlich gehört. Es gibt heutzutage auch zahlreiche christliche Fulani und Nicht-Fulani, die in Nigeria große Herden besitzen, von MACBAN jedoch nicht als vertrauenswürdige Mitglieder behandelt werden. MACBAN tritt für muslimische Fulani ein, und rechtfertigt dabei auch deren Gewalt gegen Bauern. Die Bauern unter den Fulani sind unterschiedlich ausgerichtet. Über die gemeinsame ethnische und religiöse Identität hinaus haben nicht alle Verbindungen zu den Fulani-Hirten. Die Hirten sind eher Anhänger von Naturreligionen oder damit vermischten Formen des Islam und von traditioneller Religion. Fulani-Siedler sind meist Muslime, obwohl es auch christliche Fulani gibt. Viele muslimische Fulani-Siedler arbeiten mit muslimischen Hausa zusammen, um Christen in ihrem Umfeld politisch, sozial und wirtschaftlich zu unterdrücken.

- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Neben der Feindseligkeit vonseiten staatlicher und organisierter nichtstaatlicher Akteure ist die „Straßengewalt“ eine weitere Quelle der Verfolgung und Intoleranz. Dabei kommt es im Norden Nigerias zu Ausschreitungen durch Muslime in den lokalen Gemeinschaften, die Christen wegen falscher Blasphemie-Anschuldigungen angreifen. Dies geschieht meistens im Zusammenhang mit islamischer Unterdrückung. Eine Muslima aus dem Süden, die im Norden aufgewachsen ist, berichtete kürzlich, Muslime aus dem Norden hätten sich bei ihr Geld geliehen und ihr versprochen, es bei den „nächsten Unruhen“ zurückzuzahlen. Diese Anekdote belegt, dass die Angriffe nicht immer nur spontan geschehen, sondern manchmal vorsätzlich angezettelt werden, um „Ungläubige“ auszuplündern. Seit Jahrzehnten verlieren Christen durch die wiederkehrende Gewalt Eigentum, Kirchengebäude und ihr Leben.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** In Bezug auf den Glaubenswechsel vom Islam hin zum christlichen Glauben ist die eigene (Groß-)Familie die größte Bedrohung. Sie erfährt oft als erste davon, und wird (je nach Stellung im sozialen Umfeld) häufig als erste die Familienehre verteidigen. Dies trifft insbesondere in den nördlichen Staaten zu, aber auch im Zentralgürtel in Regionen mit muslimischer Mehrheit, wo der Islam ein allumfassendes Identitätsmerkmal geworden ist, oder wo die islamische religiöse Identität politisch aufgeladen ist (nicht nur aufgrund der Ereignisse in jenen Staaten, sondern auch zunehmend durch die Entwicklungen auf nationaler Ebene unter der Präsidentschaft von Muhammadu Buhari).
- **Politische Parteien:** Die Trennlinie zwischen den beiden wichtigsten politischen Parteien in Nigeria verläuft entlang der religiösen Unterschiede. Dabei ist nicht die Ideologie, sondern die religiöse Gesinnung ausschlaggebend. Die Partei „People’s Democratic Party“ (PDP) wird von der nigerianischen Öffentlichkeit als pro-christlich, die „All Progressive Congress“-Partei (APC) als pro-islamisch angesehen. Derzeit regiert die APC Nigeria – die tatsächlich ein Bündnis zwischen Muslimen aus dem Norden und dem Süden des Landes darstellt. Dies spiegelt sich in ihrer Handhabung von Regierungsführung und Programmen wider, die an sich pro-islamisch und christenfeindlich ausgerichtet sind.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Verfolger der Triebkraft organisiertes Verbrechen und Korruption können Regierungsbeamte auf verschiedenen Ebenen sein, zusammen mit anderen führenden Personen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.

Weitere Verfolger sind kriminelle Gruppen. Im nigerianischen Kontext sind diese häufig zugleich religiös-extremistische Gruppen wie Boko Haram, ISWAP, militante Fulani und einige bewaffnete Banden. Sie sind nicht immer direkt für die Verfolgung von Christen verantwortlich. Manchmal sind sie nur indirekt beteiligt – indem sie etwa zur Eskalation von

Chaos beitragen. Dadurch wird die Verfolgung verschleiert und die Islamisierung weiter vorangetrieben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Nigeria hat sechs geopolitische Zonen: Nord-Zentral (auch bekannt als der Mittelhügel), Nord-Ost, Nord-West, Süd-Ost, Süd-West, Süd-Süd (auch bekannt als Niger-Delta-Region).

Jede dieser Zonen hat ihr eigenes Profil der Diskriminierung von Christen und anderen. In Nord-Ost geht Gewalt vor allem von Boko Haram und ISWAP aus. In Nord-West sind es bewaffnete Banditen. Im mittleren Hügel, einschließlich des Staates Kaduna agieren militante Fulani. Die Einflusskreise dieser verschiedenen Gruppen überschneiden sich zunehmend, ähnlich wie ihre Agenden. Das liegt zum großen Teil an der Führung von Boko Haram, die versucht, Bündnisse mit verschiedenen Gruppen im Norden zu schaffen, und so auch den Süden zu erreichen.

In den zwölf im Norden gelegenen Scharia-Staaten und im Mittelhügel sind Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz am stärksten. Diese 19 Staaten entsprechen den geopolitischen Zonen Nord-West, Nord-Ost und Nord-Zentral, einschließlich der Hauptstadt Abuja.

Die Verfolgungssituation in den zwölf Scharia-Staaten lässt sich mit „Unterwerfung unter das Dhimmi-Sein“ beschreiben (Dhimmi = „Schutzbefohlener“, der den Herrschenden eine Schutzsteuer entrichtet), dem klassischen islamischen Konzept der Bürgerschaft zweiter Klasse. Es gibt jedoch einige Unterschiede zwischen den Staaten. Die zwölf Scharia-Staaten im Norden des Landes sind: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara. Der Anteil der christlichen Bevölkerung dort liegt bei 15 %: Von 78.364.000 Einwohnern sind 11.750.000 Christen. Zusätzlich zu Gewalt erleben Christen Druck in allen Lebensbereichen. Mehr Informationen dazu gibt es im Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche“.

In den sieben Staaten des mittleren Hügel (Adamawa, Benue, Kogi, Kwara, Nassarawa, Plateau und Taraba) ist die Situation vergleichbar mit der in den zwölf Scharia-Staaten. Der Anteil der christlichen Bevölkerung macht hier 50 % aus: 15.150.000 von 30.067.000 Menschen sind Christen. Die Christen in diesen Staaten sind zudem mit einer Mischung aus Gewalt und „Dhimmi-Sein“ in den mehrheitlich muslimischen Gebieten konfrontiert. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Gewalt, die vor allem von militanten Fulani und bewaffneten Banditen ausgeübt wird, obwohl auch Boko Haram zunehmend seinen Anteil daran hat. Es ist auch wichtig zu erkennen, dass sowohl Boko Haram als auch Fulani-Militante häufig von Kämpfern aus den Nachbarländern unterstützt werden.

Eine sehr spezifische Form der Gewalt gegen Christen sind die Überfälle auf (oft) kleine christliche Gemeinschaften oder Dörfer in den ländlichen Gebieten verschiedener Bundesstaaten. Wenn eine (hauptsächlich) christliche Gemeinschaft angegriffen wird, werden einige der Bewohner getötet, andere werden (schwer) verwundet, wieder andere werden entführt. Oft werden Männer und Jungen getötet und Frauen und Mädchen entführt. Vielen müssen aus ihren Häusern und von ihren Feldern fliehen. Angst ist allgegenwärtig. Die Menschen haben Angst vor der Nacht und einem nächtlichen Angriff und davor, was ihnen selbst und ihren Familien passieren könnte. Wird ein Ehemann oder Sohn getötet, lässt das die Mutter und die jüngeren Kinder völlig schutzlos zurück. Wenn eine Ehefrau oder Tochter entführt wird, kann sich der Mann nur noch vorstellen, was mit ihnen geschehen könnte – solche Gedanken quälen den Geist unaufhörlich.

Die Überfälle auf christliche Gemeinschaften und andere Formen der Gewalt führen dazu, dass eine große Zahl von Christen (und auch anderer Nigerianer) gezwungen ist, in formellen oder informellen Flüchtlingslagern zu leben. Sie führen für die Betroffenen zum Verlust von Ackerland und Eigentum und damit den Verlust des zukünftigen Wohlergehens. Frauen und Kinder sind in diesen Umständen besonders gefährdet: Kinder sind anfällig für gesundheitliche Probleme und Frauen und Mädchen für Missbrauch und Menschenhandel. Verschärft wird diese Situation dadurch, dass die nigerianische Regierung kaum etwas unternimmt, um diesen Binnenflüchtlingen zu helfen und die krisenhafte Situation unvermindert fortbestehen lässt.

Gewalt und Landraub sind nicht nur auf den Norden beschränkt. Am 15. September 2019 forderte die „Afenifere Renewal Group“ (eine gesellschaftspolitische Pan-Yoruba-Organisation) alle Gouverneure im Südwesten auf, der zunehmenden Flut von Angriffen durch militante Fulani in der Region ein Ende zu setzen, und wies darauf hin, dass ihr unangemessenes Schweigen Frieden und Sicherheit nicht fördern würde. Am 3. März 2020 verabschiedeten fünf südwestliche Parlamente Gesetzesentwürfe für die Einrichtung von „Amotekun“, einer Sicherheitseinheit, die sich mit den Sicherheitsproblemen in der Region befassen soll und die Staaten Lagos, Osun, Ondo, Oyo und Ogun umfasst.

Bis vor kurzem war der südöstliche Teil des Landes noch relativ friedlich. Dies ändert sich nun. Laut einem Bericht des „Global Sentinel“ vom 28. Mai 2020 behauptete die nigerianische Gruppe „Intersociety“ in einem Sonderbericht über Probleme, die das Volk der Igbo im Südosten und Süden Nigerias betreffen, dass „nicht weniger als 350 Igbo-Gemeinden, Dörfer und andere Orte jetzt von den dschihadistischen Fulani-Hirten und ‚importierten‘ Shuwa-Arabern, die auf Arabisch auch ‚Kuhhirten‘ genannt werden, überfallen wurden und dauerhaft besetzt sind“. Die Zahl lag im August 2019 bei 139 und stieg im Mai 2020 auf 350. Intersociety stellt fest, dass die mutmaßliche Besetzung „indirekt von der nigerianischen Regierung und ihren Sicherheitsorganen, insbesondere der Armee und der Polizei, unterstützt wird“. Weitere Recherchen ergaben, dass die Invasion und permanente Besetzung von Gemeinden, Dörfern und Orten hier anders verstanden werden muss als im nördlichen Kontext. Es scheint, dass die Bevölkerung nicht direkt aus ihren Dörfern vertrieben wurde, sondern in vielen Fällen feststellen musste, dass ihre weiter entfernten Wälder und Ackerflächen von militanten Fulani (und Shuwa-Arabern) übernommen worden waren.

In gewisser Weise wird so das ganze Land zunehmend zu einem Krisenherd der Verfolgung, wie in verschiedenen Abschnitten dieses Länderprofils deutlich wird. Die Islamisierung unter Präsident Buhari bekommt einen solchen Auftrieb, dass sich die Frage stellt, wie lange es noch dauern wird, bis sich die Verhältnisse in den nördlichen Scharia-Staaten und den zentralen Staaten auf die südlichen Bundesstaaten Nigerias übertragen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie sind nicht gezwungen, ihren Glauben isoliert zu leben. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören in Nigeria die Römisch-Katholische Kirche und protestantische Kirchen wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner. Diese Kirchen sind vor allem in den nördlichen Staaten (und auch im Mittelgürtel) gewalttätigen Angriffen auf ihr Leben und ihren Besitz durch militante Gruppen und Diskriminierung durch die lokalen Behörden ausgesetzt.

Christen anderer religiöser Herkunft

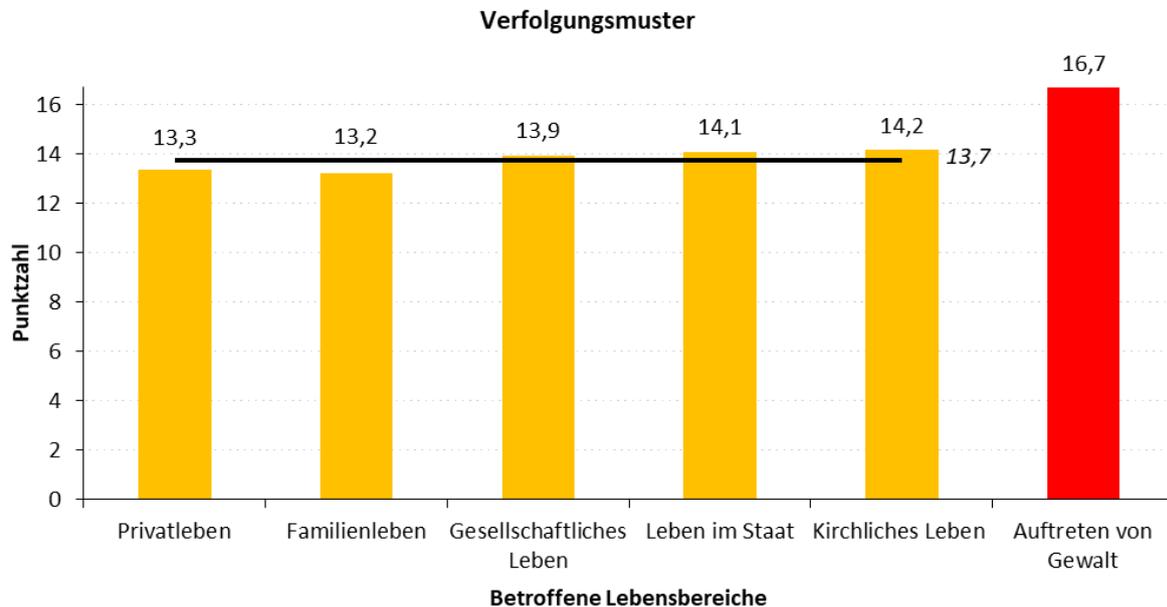
Die meisten dieser Christen sind muslimischer Herkunft. Wegen der Gefahr schwerer Verfolgung und möglicher Ermordung sind sie oft gezwungen, in Zufluchtshäusern Schutz zu suchen. Christen muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich der mehrheitlich muslimischen Gebiete des Mittelgürtels) müssen oft aus ihren Häusern und Staaten fliehen, um nicht getötet oder schikaniert zu werden. Im Süden ist dies weniger wahrscheinlich, obwohl es in südwestlichen Gebieten in begrenztem Umfang ebenfalls geschieht. Auch in anderen Teilen des Landes wird manchmal Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt, aber dies geschieht seltener und mit (viel) weniger Intensität als andernorts.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die evangelikalen und Pfingstgemeinden machen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der nigerianischen Gemeinde aus. Wie im Fall der Christen aus traditionellen Kirchen, haben die evangelikalen und Pfingstgemeinden in den nördlichen und zentralen Staaten mit Diskriminierung vonseiten der lokalen Behörden zu kämpfen, sowie mit gewaltsamen Angriffen von militanten Gruppen auf ihr Leben und ihren Besitz. Ihre Situation und die der Christen aus traditionellen Kirchen sind miteinander vergleichbar. Einige von ihnen verbreiten das Evangelium sehr aktiv und gehen auch an gefährliche Orte. Das kann die Gefahr, angegriffen zu werden, erhöhen.

Obwohl keine genauen Daten über das Wachstum der Kirche verfügbar sind, ergibt sich der Eindruck, dass das Wachstum der nigerianischen Kirche im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 durch die kombinierten Auswirkungen der Gewalt und des Covid-19-Lockdowns ernsthaft behindert wurde. Während gewalttätige militante Gruppen die Gelegenheit nutzten, den monatelangen Lockdown zu Intensivierung ihrer Gewalt gegen Christen (und andere) zu nutzen, machte der Lockdown traditionelle Formen der Evangelisation praktisch unmöglich.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nigeria

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Nigeria hat ein sehr hohes Ausmaß und liegt mit 13,7 Punkten einen vollen Punkt über der Wertung im Weltverfolgungsindex 2020.
- Alle Lebensbereiche erreichten eine Wertung von 13 oder mehr von 16,7 möglichen Punkten. Die Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens weisen alle ein extremes Maß an Druck auf. Der Unterschied zwischen der niedrigsten Wertung (Familienleben) und den höchsten (Leben im Staat und kirchliches Leben) beträgt dabei nur 0,9 Punkte. Im Vorjahr waren es 1,6 Punkte.
- Im Bereich Auftreten von Gewalt erhielt Nigeria wie im Vorjahr die Maximalwertung von 16,7 Punkten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Christen muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (und Teilen des Mittelgürtels Nigerias) müssen oft aus ihren Häusern und Staaten fliehen, um nicht getötet oder schikaniert zu werden. Sie

finden in der Regel Hilfe in sogenannten Zufluchtshäusern. Im Süden ist dies weniger wahrscheinlich, obwohl es in südwestlichen Gebieten in begrenztem Umfang ebenfalls auftritt. Auch in anderen Teilen des Landes wird manchmal Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt, aber dies geschieht seltener und mit (viel) weniger Intensität.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Jegliche öffentliche Identifikation mit dem christlichen Glauben ist für Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes (einschließlich des Mittelgürtels) gefährlich. Für andere Christen kann dies bei Angriffen und manchmal auch in Flüchtlingssituationen ebenfalls gefährlich sein. Christen werden häufig an ihrem christlichen Namen erkannt. Der Pass kann dabei häufig über Leben und Tod entscheiden, wie beispielsweise an Straßensperren, die von gewalttätigen islamischen Gruppen (einschließlich bewaffneten Banditen) errichtet werden. Das kann sogar in einigen Teilen des Südens passieren; hier ist es aber (viel) weniger wahrscheinlich.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Im Norden des Landes (einschließlich des Mittelgürtels) ist es für Christen muslimischer Herkunft sehr riskant, ihren Glauben ihrer muslimischen Familie mitzuteilen. Dies ist im Süden weniger riskant, obwohl es auch dort in begrenztem Maße zutrifft. Außerdem kann das Bekanntwerden ihres Glaubens ein Risiko auch für andere Christen bei Angriffen und manchmal in Flüchtlingssituationen darstellen.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Dies ist vergleichbar mit der vorangegangenen Frage. Die Wertung ist hier jedoch ein wenig niedriger. Für Christen muslimischer Herkunft ist es vielleicht sogar noch gefährlicher, wenn die Familie muslimisch ist. Für andere Christen ist es jedoch meistens einfacher.

Christen muslimischer Herkunft leben privat unter großem Stress. Oft müssen sie ihren Glaubenswechsel aus Angst vor Entdeckung verbergen, oder fliehen, damit ihr neuer Glaube nicht entdeckt wird. Die zunehmende Islamisierung im Land hat diese Situation im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 nicht verbessert. Aber es gibt noch mehr zu beachten: Auch andere Christen können allein dadurch in Gefahr geraten, dass sie als Christen erkannt werden; zum Beispiel an Straßensperren, in der Schule oder in ihren Dörfern. Viele Christen im Norden leben als Binnenvertriebene in Situationen, wo sie sich manchmal auch zurückhalten müssen. Dies gilt besonders für christliche Mädchen und Frauen. Sogar im ruhigeren Südosten, in einer der LGAs (Verwaltungseinheiten) des Bundesstaates Anambra, berichtete eine Persönlichkeit von internationalem Ruf kürzlich Intersociety, dass Fulani-Hirten in die Gegend kamen und sich auf der Spitze eines Hügels niederließen, um von dort aus einheimische Mädchen und junge verheiratete Frauen zu beobachten, die auf den Farmen arbeiteten; dahinter sah er mögliche Entführungen und sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und erzwungener Schwangerschaften. All das macht das Leben für Christen sehr schwer.

Familienleben

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. In öffentlichen Schulen, Ämtern, Krankenhäusern usw. ist die Diskriminierung von Christen allgegenwärtig, schon allein wenn sie biblische oder englische Namen haben. Die Kinder von Christen sind oft anfälliger für

solche Diskriminierungen als Erwachsene. Das trifft auch für verschiedene Formen von Gewalt zu: Manchmal werden Kinder wegen des christlichen Glaubens ihrer Eltern getötet oder verstümmelt, entführt oder sexuell missbraucht.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. Die Gewalt, die von gewalttätigen islamischen Milizen ausgeht, hat zur Folge, dass viele Christen von ihren Angehörigen getrennt werden. Viele waren gezwungen, ihre Familien entweder in einem Lager für Binnenvertriebene oder an einem anderen sicheren Ort zurückzulassen und dann an andere Orte zu gehen, um Arbeit zu finden und ihre Familien zu unterstützen. Oder sie bleiben aus demselben Grund in den gefährlicheren Regionen. Kinder werden auch durch Entführungen von ihren Eltern getrennt. Ein Beispiel dafür ist Leah Sharibu, die stellvertretend für viele andere steht. Doch nicht nur durch islamistische Milizen werden im Norden christliche Mädchen entführt, zwangsbekehrt und zwangsverheiratet. Es gibt sogar Fälle von christlichen Mädchen, die aus dem Süden entführt wurden, um im Norden verheiratet zu werden.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. Für Christen muslimischer Herkunft ist es aufgrund der Angst vor Entdeckung in ihren Familien und darüber hinaus sehr schwierig. Wenn die Hinwendung vom Islam zum christlichen Glauben eines Elternteils entdeckt wird, werden oft die Kinder weggenommen, oder diese Person muss fliehen und verliert den Kontakt zu ihren Kindern. Wenn eine christliche Frau Witwe wird, nehmen manchmal muslimische Verwandte die Kinder zu sich und erziehen sie im muslimischen Glauben. Dies kann sogar passieren, nachdem verwitwete Mütter die Kinder seit Jahren im christlichen Glauben großgezogen haben. Manche christlichen Eltern müssen ihre christliche Identität vor ihren Kindern verstecken, um Verfolgung zu entgehen. Viele Eltern müssen ihre Kinder als Flüchtlinge aufziehen. Das macht es für christliche Eltern schwer, ihre Kinder im christlichen Glauben und seinen Werten zu unterrichten.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In fast allen Scharia-Staaten wurde christlicher Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannt. Kinder von Christen werden gezwungen, Islamunterricht zu besuchen. Manchmal werden Kinder von Christen sogar dazu gezwungen, während der Schulzeit an muslimischen Gebeten teilzunehmen. An den meisten Universitäten des Nordens werden diejenigen, die Jura studieren, gezwungen, Scharia-Recht als Pflichtfach zu studieren. Christliche Schüler sind gezwungen, das Rezitieren muslimischer Gebete zu lernen. Für Kinder von Christen muslimischer Herkunft ist die Situation noch schwieriger, weil sie keine unnötige Aufmerksamkeit auf den Glaubenswechsel ihrer Eltern lenken wollen.

Gesellschaftliches Leben

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Entführung und/oder Zwangsverheiratung kommt vor allem im Norden, zunehmend aber auch im Süden vor. Christliche Mädchen und Frauen sind davon am stärksten betroffen. Christinnen

muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Christliche Männer werden oft entführt, um Lösegeld zu erpressen.

Besonders Gemeindeleiter werden immer mehr zum Ziel. Auch die Kinder von Pastoren werden ins Visier genommen, um ihre Väter zu treffen und die christliche Gemeinschaft zu provozieren. Eine zusätzliche Motivation für die Entführung christlicher Mädchen und ihre Zwangsverheiratung könnte der Wunsch sein, dass es immer weniger Christen und immer mehr Muslime gibt. Selbst verheiratete christliche Frauen werden manchmal zum Ziel. Entführungen zum Zwecke der Zwangsverheiratung geschehen teilweise sogar mit der aktiven Duldung der Emire.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. Das hat zwei Dimensionen: Einerseits geht es darum, dass Christen, die im selben Ort wie Muslime leben, keinen Zugang zum Brunnen oder zur örtlichen Apotheke haben, weil sie als „unrein“ gelten. Die andere hat mit den lokalen oder nationalen Behörden zu tun. Teile der staatlichen Sozialversorgung erreichen die christlichen Gemeinschaften nicht so, wie sie sollten. Oft erhalten sie nur einen symbolischen Betrag. Im Bereich der Infrastrukturentwicklung wird in Bundesstaaten, in denen Christen und Muslime fast zu gleichen Teilen repräsentiert sind, mehr in muslimisch dominierte Gebiete investiert als in christlich geprägte Gebiete. Einige christliche Gemeinschaften in ländlichen Gebieten wurden komplett vom Wasser abgeschnitten (oder blieben ohne eigenen Zugang) und müssen stundenlang wandern, um Wasser zu holen. Sogar in Städten werden den christlichen Vierteln manchmal Elemente der Grundversorgung wie etwa sanitäre Einrichtungen verweigert. Zudem gibt es im Norden (inklusive des Mittelgürtels) viele christliche Binnenflüchtlinge. Die nigerianische Notfallbehörde ist jedoch voreingenommen, wenn es um die Verteilung von Hilfsgütern geht, und Christen werden oft übergangen. Die Organisation ist auch dafür bekannt, dass sie nicht schnell reagiert, wenn Christen von Notfällen betroffen sind. Selbst wenn sie reagiert, sind die erbrachten Hilfsgüter oder -maßnahmen oft bei weitem nicht ausreichend.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Dies passiert zumeist im Norden des Landes. Christen werden in ihrem Bildungsweg oft diskriminiert. Trägt jemand einen christlichen Namen oder einen Stammesnamen, kann es deutlich schwieriger werden, Zugang zu Bildung zu erhalten. Christlichen oder ethnischen Minderheiten in überwiegend muslimischen Gebieten wird häufig der Zugang zu Schulen verweigert. Wo sie zugelassen werden, dürfen sie oft nicht die gewünschten Kurse belegen. An Universitäten und Hochschulen werden Menschen mit christlichen Namen häufig automatisch von der Zulassung zu Studiengängen, beispielsweise in der Medizin, ausgeschlossen. Christen mussten ihre Namen in muslimische Namen ändern, um zugelassen zu werden. Ergebnisse und Zertifikate können jahrelang zurückgehalten werden, um Christen zu frustrieren. Einige junge Christen, die keine Zulassung zu den Universitäten erhalten und keine Arbeit finden, sehen sich gezwungen, das Land auf der Suche nach besseren Möglichkeiten zu verlassen.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. In überwiegend von Muslimen bewohnten Gebieten und Gemeinschaften werden Christen wegen ihrer Kleidung, Sprache und ihrer Art Gottesdienst zu feiern, belästigt. Einige sehen Christen als Ungläubige und Bürger zweiter Klasse. Christinnen können sich nicht auf bestimmte Art und Weise kleiden, wenn sie in ein Büro, eine Schule, ein Krankenhaus etc. gehen, wenn der Staat oder die Dorfgemeinschaft überwiegend aus (strenggläubigen) Muslimen besteht. Es kann passieren, dass Kinder Steine auf Frauen oder Mädchen werfen. Sie können sogar durch die Hisbah (Religionspolizei) verhaftet werden. Selbst Männer können dafür festgenommen werden, einen „unmoralischen Haarschnitt“ zu haben.

Leben im Staat

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Das Problem der Straflosigkeit ist in Nigeria von größter Bedeutung. Nach Angriffen auf Christen werden die Täter fast nie verhaftet. Ein Länderexperte bestätigt, dass dies einer der Gründe ist, warum die Angriffe auf Christen und ihren Besitz ständig zunehmen. Wenn Angreifer verhaftet werden, werden sie oft schnell wieder freigelassen. Das ist üblich, wenn die Gewalt von Fulani-Kämpfern oder bewaffneten Banditen im Kontext der islamischen Militanz ausgeübt wird.

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die nigerianische Verfassung sieht Religionsfreiheit vor. Abschnitt 10 der Verfassung von 1999 verbietet die Annahme einer Staatsreligion. Nach Abschnitt 15 ist die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion, sozialem Stand, ethnischer oder sprachlicher Zugehörigkeit verboten. Mit der Übernahme des Scharia-Rechtssystems in den nördlichen Bundesstaaten wird die Scharia jedoch über die Verfassung gestellt. Die Anwendung der Scharia wirkt sich negativ auf Christen aus. Diese Frage wird nur für die Scharia-Staaten gewertet, obwohl die bloße Existenz der Problematik Rückschlüsse auf die Art und Weise zulässt, wie die ganze Nation regiert wird.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

Dies passiert zumeist im Norden, wo die lokalen Gerichte zur Unterdrückung von Christen beitragen. In der Rechtsprechung herrscht eine große Ungleichheit, da die Mehrheit der Richter Muslime sind, die in einem zunehmend radikalisierten islamischen Umfeld leben. Sollte es ein Problem zwischen einem Christen und einem Muslim geben, kann der Muslim in aller Regel davon ausgehen, dass er bevorzugt wird. Christen haben Gefängnisstrafen für Verbrechen verbüßt, wegen derer ein Muslim rasch freigesprochen oder nicht einmal angeklagt wird. Manchmal werden Christen sogar vor Scharia-Gerichten angeklagt, die gar keine Zuständigkeit für Christen haben. Ihre Beweise sind nur halb so viel wert wie die eines Muslims.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Dies ist ein großes Problem in den nördlichen Staaten (einschließlich Teilen des Mittelgürtels), erstreckt sich aber über das ganze Land. Angriffe auf christliche Gemeinschaften werden oft als „kommunale Zusammenstöße“ gemeldet. Bei Vergeltungsangriffen werden oft Christen als die

Initiatoren dargestellt. Die Medienberichterstattung seitens der Regierung und muslimischer Medien verzerrt und verschweigt oft bewusst die Verfolgung und Angriffe auf Christen durch Muslime. Manchmal werden Berichte zunächst von der Regierung gefälscht und dann in den Medien präsentiert. Auch internationale Medien berichten oft verzerrt über die Verfolgung von Christen. Die nigerianische Regierung investiert massiv in Kampagnen zur Beeinflussung der internationalen Medien.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Dies geschieht hauptsächlich im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. Die Aktivitäten von Kirchen werden durch ständige Angriffe und durch die Zerstörung von Kirchengebäuden sowie durch Ermordungen oder Entführungen von Pastoren und Christen gestört. Die Aktivitäten von Kirchen werden außerdem von Zeit zu Zeit überwacht, blockiert oder behindert. Kirchliche Aktivitäten können aufgrund der großen Unsicherheit oft nicht stattfinden. Manchmal kann man den von den Behörden zum Schutz der Christen eingesetzten Sicherheitskräften nicht trauen: Sie agieren eventuell selbst als Informanten oder bieten keinen Schutz. In mehreren der nördlichen Bundesstaaten wird Christen der Erwerb von Land für den Bau einer Kirche verwehrt. Kürzlich wurde davon sogar aus östlichen Teilen Nigerias berichtet.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Dies passiert zumeist im Norden des Landes. Die offene Integration von Christen muslimischer Herkunft in eine Gemeinde könnte Gewalt gegen die Kirche und ihr Eigentum provozieren. Viele der Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben müssen wegen der Gefahr eines Angriffs an sichere Orte in anderen Teilen Nigerias gebracht werden.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Dies passiert zumeist im Norden, inzwischen jedoch auch immer mehr im Süden. Pastoren und ihre Familienangehörigen werden zunehmend zur Zielscheibe von Angriffen (beispielsweise Entführung oder Ermordung). Im Jahr 2019 erstellte die Leitung der Christian Association of Nigeria (CAN) Statistiken über Kirchenleiter, die entweder entführt, getötet oder angegriffen wurden (insbesondere über diejenigen, die sich zur Verfolgungssituation äußerten). Dieser Trend hat sich im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 fortgesetzt.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

In einer Atmosphäre der „bewussten Eskalation“, von Chaos, Straflosigkeit und der zunehmenden Islamisierung ist es sehr riskant, sich öffentlich gegen die Verfolgung von Christen auszusprechen – vor allem in den Gebieten, in denen offene Gewalt herrscht. Wie stark sich der Einzelne für Gerechtigkeit einsetzen kann, hängt vom jeweiligen Bekanntheitsgrad der Person in ihrem Umfeld ab. In den am stärksten von Gewalt betroffenen Gebieten haben Menschen mit hohem Bekanntheitsgrad mehr Möglichkeiten als Menschen mit niedrigem Bekanntheitsgrad. Doch selbst für sie ist es nicht ungefährlich, sich für verfolgte Christen einzusetzen.

Auftreten von Gewalt

Die Berechnung der Zahl der getöteten Christen ist das Ergebnis einer ausführlichen Datenerhebung der Forschungsabteilung World Watch Research von Open Doors in Zusammenarbeit mit dem „Kukah-Zentrum“ und der „Para-Mallam Peace Foundation“. Das Projekt hat sich nicht nur mit getöteten Christen beschäftigt, sondern auch mit getöteten Muslimen (und anderen). Es erfasst auch die Anzahl der getöteten Christen pro Monat für den Zeitraum von Oktober 2019 bis September 2020. Es ist anzumerken, dass der Großteil der Angriffe auf Christen und christliche Gemeinschaften während der Zeit des Covid-19-Lockdowns stattfand.

Die Zahl der getöteten Christen ist von 1.350 im Weltverfolgungsindex 2020 auf 3.530 im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 angestiegen. Dieser Anstieg ist nicht nur auf eine bessere Datenerfassung zurückzuführen; er spiegelt auch die Realität vor Ort wider. Es scheint, dass die Lockdowns aufgrund der Covid-19-Pandemie gewöhnliche Bürger zum Verbleib in ihren Häusern bewegt haben, die Angreifer aber auf die Straßen und in den Busch. Dies war eine extrem belastende Erfahrung für Nigerianer im Allgemeinen und Christen im Besonderen.

Hinter den nackten Zahlen für die verschiedenen Kategorien von Gewalt verbirgt sich vieles, was sich dem Auge entzieht. Wird ein Ehemann oder Sohn getötet, lässt das die Mutter und die jüngeren Kinder in einem Zustand großer Schutzlosigkeit zurück. Wenn eine Ehefrau oder Tochter entführt wird, kann sich der Mann nur noch vorstellen, was mit ihnen geschehen könnte – solche Gedanken quälen den Geist unaufhörlich.

Wenn eine (hauptsächlich) christliche Gemeinschaft angegriffen wird, werden einige getötet, andere werden (schwer) verwundet, wieder andere werden entführt. Oft werden Männer und Jungen getötet und Frauen und Mädchen entführt. Viele müssen aus ihren Häusern und von ihren Feldern fliehen. Ihr Eigentum wird geraubt, ihre Ernten werden zerstört oder ihr Ackerland wird in Besitz genommen. Wenn die Christen es wagen, zurückzukommen, ist immer die Angst vor einem erneuten Angriff da. Einige Gemeinschaften wurden von ihren christlichen Bewohnern dauerhaft verlassen und von militanten Fulani besetzt. Die Überschneidungen zwischen militanten Fulani und sogenannten „bewaffneten Banditen“ sind beträchtlich. Boko Haram und ISWAP operieren etwas anders – aber die Konsequenzen für Christen ähneln sich.

Angst regiert: Wenn die Nacht hereinbricht, ist immer die Angst vor einem weiteren Angriff da – verbunden mit Gedanken darüber, was mit einem selbst und seiner Familie passieren könnte.

Gewalt zeigt sich auf unterschiedliche Weisen. Sie bedeutet nicht immer, dass (größtenteils) von Christen bewohnte Dörfer angegriffen werden. Aber wenn das geschieht, ist es unwahrscheinlich, dass die Angreifer darauf abzielen so viele Mitglieder der Dörfer wie möglich zu töten. In diesem Fall würden sie die Angriffe anders ausführen. Es scheint vielmehr, dass sie eine Atmosphäre des Terrors schaffen wollen. Dazu kommt die Gelegenheit, den Besitz anderer Menschen zu rauben. Das Ziel könnte auch einfach darin bestehen, alles Eigentum dieser Leute für einen bestimmten Zeitraum, wenn nicht sogar auf unbestimmte Zeit, zu übernehmen.

Auch die Entführungen nehmen zu. Einige werden entführt, um als Sexsklavinnen zu dienen oder zwangsverheiratet zu werden. Dazu werden hauptsächlich Frauen und Mädchen entführt. Andere werden entführt, um Lösegeld zu fordern – oft Männer. Gemeindeführer sind ein beliebtes Ziel, wahrscheinlich weil man sich dadurch erhofft, schnell große Geldsummen von ihren Gemeinden oder

Institutionen erpressen zu können. So sind Entführungen zu einem erfolgreichen „Geschäftsmodell“ geworden.

Viele Christen leben als Binnenflüchtlinge. Einige können überleben und weitermachen, während andere lange Zeit ohne alles dastehen. Frauen und Kinder sind in diesen Umständen besonders gefährdet: Kinder sind anfällig für gesundheitliche Probleme und Frauen und Mädchen für Missbrauch und Menschenhandel.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es mehrere Berichte über Anhänger traditioneller Religionen, die Anfeindungen ausgesetzt waren. Im Bundesstaat Kebbi beispielsweise wurden die als Anuhula bekannten Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen von der Regierung des Bundesstaates mithilfe militanter Fulani schwer angegriffen. Viele von ihnen wurden daran gehindert, auf die Märkte zu kommen, und ihre Häuser wurden zerstört.

Muslimen, die nicht zu einer militanten Gruppe gehören, die Gemeinschaften angreift, sind ebenfalls gefährdet, Opfer von Angriffen zu werden. Vor allem in den nordwestlichen Bundesstaaten wurden viele Muslime von denselben Gruppen getötet, die auch Christen getötet haben, und mussten ebenfalls aus ihren Dörfern fliehen. Die Daten zu den in Nigeria getöteten Menschen zeigen, dass 3.530 Christen von Boko Haram, ISWAP, Fulani-Kämpfern und bewaffneten Banditen getötet wurden, aber auch 1.020 Muslime – die meisten von ihnen von denselben Gruppen. Einige wurden auch bei Fällen von Selbstjustiz durch Christen getötet: Viele Fulani, vor allem diejenigen, die seit vielen Jahren mit ihren christlichen Nachbarn zusammenleben, wollen einfach nur ihr tägliches Leben leben. Einige von ihnen sind zunehmend mit Gewalt in Form von Vergeltungsangriffen durch junge Christen konfrontiert.

Laut der Zusammenfassung des im Auftrag des US-Außenministeriums erstellten Berichts zur internationalen Religionsfreiheit 2019 führten schiitische Muslime unter der Schirmherrschaft der „Islamischen Bewegung von Nigeria“ (IMN) im Jahr 2019 eine Reihe von Demonstrationen durch, die im Juli 2019 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften führten. Dabei starben bis zu 30 Menschen, darunter Demonstranten und Polizisten. Im September 2019 schossen Sicherheitskräfte auf religiöse Prozessionen der Schiiten zu Aschura und töteten nach Angaben der IMN 12 Menschen. Nach den Gewalttaten im Juli verbot die Regierung die IMN und erklärte die Gruppe zu einer terroristischen Organisation.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Indien: Platz 10

Kurze Zusammenfassung

Die Rechte aller Christen in Indien werden verletzt, da extremistische Hindus Christen als unerwünschte Fremde betrachten. Sie wollen ihr Land vom Islam und Christentum „reinigen“ und schrecken auch nicht davor zurück, erhebliche Gewalt anzuwenden, um dieses Ziel zu erreichen. Christen, die einen hinduistischen Hintergrund haben, tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden beständig unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch die Rückbekehrungs-Kampagnen, die unter dem Namen „Ghar Wapsi“ („Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“) bekannt sind. Oft werden diese Christen auch körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	83	10
2020	83	10
2019	83	10
2018	81	11
2017	73	15

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mit einer Wertung von 83 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2021 hat sich die Punktzahl gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. In einigen Kategorien, in denen Gewalt gegenüber Christen gemessen wird, ist die Punktzahl im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies ist jedoch kein Beleg dafür, dass sich die Situation für Christen verbessert hat. Die Gewalt gegenüber Christen ist weiterhin auf einem extremen Niveau und der Druck auf Christen hat weiterhin in allen Lebensbereichen ein sehr hohes bis extremes Ausmaß. Seitdem die Regierung unter Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 an die Macht kam und im Mai 2019 sogar mit absoluter Mehrheit wiedergewählt wurde, hat sich der Druck auf Christen in Indien dramatisch verstärkt. Extremistische Hindus konnten ihre Angriffe gegen Nichthindus weiterhin ungehindert und ungestraft durchführen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Feindseligkeit gegenüber Christen in der Gesellschaft hat sich verstärkt

Seitdem Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 an die Macht kam, ist das Ausmaß der Verletzungen der Religionsfreiheit gegenüber Christen dramatisch angestiegen. Über den christlichen Glauben mit anderen außerhalb der eigenen Familie zu sprechen, wird allgemein als eine Form der Evangelisation angesehen. Die Intoleranz dagegen ist in den letzten fünf Jahren gewachsen. Sich zum christlichen Glauben zu bekennen, kommt in den Augen von extremistischen Hindus der Evangelisation

gleich. Die wachsende Feindseligkeit der Gesellschaft gegenüber Christen drückt sich zunehmend (wenn auch nicht nur) in den sozialen Medien aus, die weitverbreitet genutzt werden.

2) Die BJP festigt ihre Machtposition

Bei den Wahlen im April und Mai 2019 erlangte die Regierungspartei „Bharatiya Janata Party“ (BJP) die absolute Mehrheit im Parlament. Damit wird Premierminister Modi die nächsten fünf Jahre an der Macht bleiben. Extremistische Hindus werden weiterhin ungestraft gegen Muslime und Christen vorgehen können. Das Ausmaß der Gewalt wird daher wahrscheinlich auf einem extremen Niveau bleiben.

Im August 2019 entzog die Regierung unter Modi der Region Jammu und Kaschmir, in der Muslime die Mehrheit bilden, die Souveränität und erklärte die Region zu zwei getrennten Unionsterritorien (Jammu und Kaschmir sowie Ladakh). Somit kann die Zentralregierung dort mehr Macht ausüben. Sowohl Pakistan als auch China reagierten entrüstet und die Spannungen nehmen zu.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der „World Christian Database“ vom Februar 2020 gibt es rund eine Milliarde Hindus in Indien (72,5 % der Bevölkerung), 200 Millionen Muslime (14,5 % der Bevölkerung), 67,4 Millionen Christen (4,9 % der Bevölkerung), 50 Millionen Anhänger ethnischer Religionen (3,6 % der Bevölkerung), 25,5 Millionen Sikhs (1,8 % der Bevölkerung) und 10,5 Millionen Buddhisten (0,8 % der Bevölkerung).

Der Hinduismus dominiert Indien seit Jahrhunderten (er begann, sich zwischen 500 und 300 v. Chr. zu entwickeln). Die zweitgrößte Religion in Indien ist der Islam. Prozentual gesehen scheint dies eine unbedeutende Minderheit zu sein, bis man bedenkt, dass Indien damit das Land mit der drittgrößten muslimischen Bevölkerung der Erde ist. Nur in Indonesien und Pakistan gibt es mehr Muslime.

Der christliche Glaube ist die drittgrößte Religion in Indien. Christen aus protestantischen Freikirchen (einschließlich Christen anderer religiöser Herkunft) sind die am schnellsten wachsende Gruppe von Christen in Indien.

Bürokratie und Korruption sind ein Problem, das in ganz Indien bekannt ist: Wenn Christen versuchen, eine neue Kirche zu bauen oder eine bestehende zu renovieren, werden sie auf viel Bürokratie und Widerstand stoßen. Die einzige Möglichkeit, das Hindernis der Bürokratie zu umgehen, ist die Zahlung von Bestechungsgeldern. Viele Mitarbeiter in den unteren Verwaltungsämtern haben ein geringes Einkommen und versuchen, sich durch Korruption zusätzliche Einkünfte zu sichern, um zu überleben. Christen in Indien sehen sich in fast jedem ihrer Lebensbereiche mit diesen Hindernissen konfrontiert.

Die viertgrößte religiöse Gruppe sind Anhänger der sogenannten ethnischen Religionen. Dabei handelt es sich um die traditionellen Stammesreligionen, die vor der Ankunft des Hinduismus und Buddhismus im Land existierten.

Sikhs bilden die nächstgrößte Gruppe. Sie leben hauptsächlich im Bundesstaat Punjab im Nordwesten Indiens. Buddhisten machen nur 0,8 % der Bevölkerung des Landes aus.

Der Buddhismus hat seinen Ursprung zwischen im Indien des 4. bis 6. Jahrhundert v. Chr., von wo aus er sich über weite Teile Asiens ausbreitete.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Entschlossenheit und Gewaltbereitschaft hinduistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie treten mit dem Anspruch an, Indien gehöre dem Hinduismus, und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, meinungsstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, dem Neobuddhismus in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs in Punjab. Seit 2014 beeinflusst religiös motivierter Nationalismus auch Stammesgruppen und führt dazu, dass sie ihre Religionen als zum Hinduismus zugehörig betrachten.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit verbunden mit religiös motiviertem Nationalismus

In den Staaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, im südlichen Madhya Pradesh, im südlichen Gujarat, Arunachal Pradesh, Assam, Tripura, Nagaland und Manipur gibt es Gebiete mit Stammesgesellschaften. Die extremistische Hindu-Bewegung „Rashtriya Swayamsevak Sangh“ (RSS) hat diese Stammesgesellschaften erfolgreich infiltriert und sie gegen die Christen in diesen Gebieten aufgebracht. In diesen Stammesgebieten sind Menschen zum christlichen Glauben gekommen und tun es noch immer. Das ist nichts Neues; in den Stammesgebieten gibt es seit mindestens 100 bis 150 Jahren Kirchen und Christen erlebten nur wenig gewalttätigen Widerstand. Seit Ende der 1990er-Jahre arbeiten der RSS, die hindunationalistische Organisation „Vishva Hindu Parishad“ (VHP) und ihre Mitgliedsorganisationen jedoch systematisch daran, die Stammesgesellschaften zu spalten und Widerstand gegen Christen zu wecken. Immer häufiger werden Christen, die sich den ethnischen Religionen abgewandt haben, bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen und vertrieben; ihnen wird das Trinkwasser verweigert, sie werden vergewaltigt und sogar ermordet. In einer Reihe von Fällen wurde der Bau von Kirchengebäuden von den Dorfbewohnern gewaltsam gestoppt. Ethnisch-religiöse Feindseligkeit wird so schnell zu einer ernsthaften Bedrohung für die Christen in Indien.

Diktatorische Paranoia verbunden mit religiös motiviertem Nationalismus

Nach dem Sieg bei den Wahlen im Mai 2019 bildete die BJP eine neue Regierung unter Premierminister Narendra Modi, der als der starke Mann gefeiert wird, der Indien anführen soll. Infolgedessen sind diktatorische Tendenzen zu erkennen. Kontrolle der sozialen Medien, hetzerische Reden und das Sperren solcher Medien, welche die von der Regierung vertretenen Grundsätze und Statistiken in Frage stellen, sind nur einige der Anzeichen für eine wachsende diktatorische Bewegung innerhalb der Regierungskreise. Angriffe (einschließlich Falschmeldungen) gegen Journalisten, Oppositionsführer, Menschenrechtsaktivisten und Medienchefs werden durch den Staatsapparat ausgelöst. Auch die Propaganda gegen „fremde“ Religionen wie den Islam und den christlichen Glauben nimmt zu.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm ist einigen Teilen im Norden Indiens stark verbreitet. Im sogenannten Jat-Gürtel (d. h. in den Regionen Punjab, Haryana und Teilen von Rajasthan und Uttar Pradesh) herrschen die sogenannten „Khap-Panchayats“ (Clan-Gerichte). Sie können über Leben und Tod entscheiden und handeln unabhängig vom Rechtssystem des Landes. Die Polizei verschließt davor die Augen und zeigt sich sogar kooperativ. Ihre Mitglieder stammen größtenteils aus denselben sozialen Umfeldern, die von Khaps angeführt werden. Die Khaps scheinen sich gegen alles Moderne zu

stellen; sie sind gegen eine Heirat, die den Regeln der Gemeinschaft hinsichtlich Verwandtschaft sowie erwünschter Religion und Status widerspricht. Aus diesem Grund wird das Annehmen des christlichen Glaubens als schwerwiegende Straftat betrachtet. Unterdrückung durch den Clan oder Stamm wird zu einer ernsthaften Bedrohung für die Christen in Indien. In den Stammesdörfern Indiens, in denen es nur wenige Christen gibt, wurden viele Christen hinduistischer Herkunft gezwungen, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch die „Ghar Wapsi“ genannten Rückbekehrungs-Kampagnen. Unter dem Einfluss extremistischer Hindus verhängen die Stammesführer der Dörfer hohe Geldstrafen gegen Christen und zerstören ihre Häuser. Diese Christen werden geächtet und ausgeschlossen, wenn sie den Forderungen der Stammesführer nicht folgen.

5. Verfolger

Ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Leiter sind im Wesentlichen dafür verantwortlich, Vorurteile gegen Christen unter der hinduistischen Mehrheit zu verbreiten. Beispiele dafür sind: Yogi Adityanath, der Gründer der „Hindu Yuva Vahini“, einer Miliz, die für die meisten Angriffe in Uttar Pradesh verantwortlich ist; Sakshi Mahraj, der Teil einer gesetzgebenden Versammlung ist; Sadhvi Pragya, Sadhvi Prachi, Rajrajeshwaracharya und Narendra Maharaj. Diese Personen sind für ihre offenen Hassreden gegen Christen bekannt. Sie fungieren als Vermittler zwischen religiös-nationalistischen Ideologien und deren Umsetzung vor Ort; sie verbreiten Fehlinformationen über und planen gewalttätige Taten gegen Christen und andere Minderheiten und führen diese aus.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Verschiedene extremistische Hindu-Gruppen wie VHP, RSS oder „Sangh Parivar“ sind in Indien aktiv. Es sind fast immer solche Gruppen, die hinduistisch motivierten Druck auf Christen ausüben. Andere gewalttätige Gruppen sind maoistische Naxaliten und islamistische Gruppen, wie etwa der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), obwohl letzterer in Indien noch keine Christen angegriffen hat.
- **Gewöhnliche Bürger:** Auf dörflicher Ebene spielen Mitglieder der Dorfgemeinschaft eine große Rolle bei der Verfolgung von Christen, sowohl von christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft als auch von anderen Christen. Meistens sind es gewöhnliche Dorfbewohner, die Christen anfeinden, beispielsweise indem sie sie verprügeln, Kirchen niederbrennen oder Friedhöfe schänden.
- **Politische Parteien:** Die BJP hat die Mehrheit in der Zentralregierung Indiens. Die Partei ist der politische Arm der RSS. Der RSS ist die Mutterorganisation aller Spielarten des indischen Hindu-Extremismus. Alle führenden Politiker der regierenden BJP haben eine Verbindung zum RSS. Normalerweise sind BJP-Mitglieder auch Mitglieder des RSS oder einer seiner 35 Ableger. Die BJP leistet im ganzen Land direkte politische Unterstützung der militanten Flügel des Hindu-Nationalismus, auch „Hindutva“ genannt. Der „Chief Minister“ (vergleichbar mit einem deutschen Ministerpräsidenten) des Bundesstaats Jharkhand, Raghubar Das, Adityanath als Chief Minister von Uttar Pradesh, Manohar Lal Khattar als Chief Minister von Haryana, Rajnath Singh als Verteidigungsminister von Indien und andere Minister der BJP haben sich öffentlich gegen Christen und andere Minderheiten ausgesprochen. Mit der BJP an der politischen Macht fühlen sich extremistische Hindus ermächtigt, Christen zu verfolgen und genießen dabei praktisch Straffreiheit.

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung unter Premierminister Modi, voreingenommene Regierungsbeamte und hinduistische Extremisten (wie Familienmitglieder oder Organisationen des RSS) sind in der Verfolgung von Christen die Hauptakteure. Nach dem Machtantritt Modis und der BJP im Mai 2014 entwickelte sich eine Verknüpfung verschiedener Kräfte: der RSS-Extremisten, der Medien und der von der Regierung kontrollierten Beamten, die zusammen gegen den christlichen Glauben kämpfen. Diese Machtverbindung ist vornehmlich für die zunehmende Feindseligkeit gegenüber Christen verantwortlich.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diese Anführer üben für gewöhnlich Druck auf Christen aus, weil sie die Kultur der Vorfahren verlassen und die Religion der Familie und des sozialen Umfelds, also den Hinduismus, beleidigen.
- **Familienmitglieder:** Nahe Verwandte christlicher Konvertiten werden eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Schande für die Familie betrachten und dementsprechend handeln.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit wird stark durch religiös motivierten Nationalismus beeinflusst. Beide Triebkräfte der Verfolgung sind somit eng miteinander verwoben.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die meisten ethnischen Gruppen in Indien sind traditionellerweise Hindus. Sie werden sich jeder christlichen Präsenz in ihrer Mitte entschieden entgegenstellen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Anführer stehen im Allgemeinen allem Christlichen in ihren Gemeinschaften feindselig gegenüber.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante hinduistische Gruppen auf lokaler Ebene lehnen jede christliche Anwesenheit in ihren Einflussgebieten vehement ab.
- **Gewöhnliche Bürger:** Einheimische Stammesangehörige sind traditionell Hindus. Nicht selten bilden sie Mobs, um die Christen in ihren Dörfern anzugreifen. Sie sind der Ansicht, dass niemand den Glauben der Vorfahren verlassen sollte.
- **Familienmitglieder:** Lokale indigene Familien lehnen die Hinwendung zum christlichen Glauben scharf ab. Sie sind der Ansicht, dass niemand den Glauben der Vorfahren verlassen sollte.
- **Regierungsbeamte:** Regionale Regierungsbeamte stellen sich gegen Christen. Sie erachten sie nicht als ihrer ethnischen Gruppe zugehörig, deren Kultur traditionsgemäß hinduistisch ist. Es gibt eine enge Verbindung zum religiös motivierten Nationalismus.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

Diktatorische Paranoia wird besonders durch religiös motivierten Nationalismus beeinflusst. Beide Triebkräfte der Verfolgung sind eng miteinander verwoben.

- **Politische Parteien:** Die BJP ist hervorragend im Einsatz moderner Technologie und sozialer Medien, um ihre Ziele zu erreichen. Sie verstehen sich auch darauf, Nachrichten zu fälschen, um ihre Gegner zu bekämpfen. Laut den Äußerungen eines extremistischen Hindu-Anführers im Dezember 2014, hofft man, den Islam und das Christentum bis 2021 aus Indien verdrängt zu haben.
- **Regierungsbeamte:** In Bundesstaaten und Regionen, die von extremistischen Hindus kontrolliert werden, stellen sich die regionalen Regierungsbeamten gegen Christen.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** In den meisten Bundesstaaten und Regionen bestimmen Hindus die Behörden und stellen sich gegen Christen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Einheimische hinduistische Anführer unterstützen die antichristlichen Maßnahmen der Regierung mit Nachdruck.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Extremistische Hindu-Gruppen wie der RSS und „Virat Hindustan Sangam“ stehen Christen feindselig gegenüber.
- **Gewöhnliche Bürger:** Hinduistische Mobs unterstützen die BJP-Regierung. Sie wurden darin ermutigt, ihre Angriffe gegen Christen zu verstärken, da sie mehr oder weniger straffrei bleiben.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Regierungsbeamte:** Regionale Ratsversammlungen und Polizeibeamte stellen sich auf die Seite der Stammesgruppe. Das bedeutet, dass Christen häufig auf Widerstand stoßen können.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Einige Stammesführer lehnen die Hauptreligionen in Indien entschieden ab. Dies betrifft nicht nur den christlichen Glauben und den Islam, sondern mitunter auch den Hinduismus – insbesondere dort, wo extremistische Hindus Druck auf die Stammesangehörigen ausgeübt haben, den Hinduismus zu akzeptieren. Dies führt zu Konflikten.
- **Gewöhnliche Bürger:** Stammesmitglieder setzen alles daran, ihre eigene Kultur zu schützen und wollen nicht den christlichen Glauben annehmen. Dies führt zu Gewalt.
- **Familienmitglieder:** Indigene Familien tolerieren keinen Glaubenswechsel eines Angehörigen ihrer traditionellen Religion. Dies kann zu Hausarrest und Gewalt gegenüber christlichen Konvertiten führen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es kann sein, dass Stämme ihren eigenen angestammten Glauben haben oder den Hinduismus angenommen haben (insbesondere unter dem Druck von hinduistischen Extremisten). Militante Volksgruppen stehen Christen feindselig gegenüber.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Extremisten setzen Stammesgruppen unter Druck, den Hinduismus als vorgegebene Religion anzunehmen und Mitglieder anderer Religionen anzugreifen. (Der Druck der ethnischen Gruppen auf Christen ist häufig viel geringer.)

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Indien gibt es keine speziellen Krisenherde für Verletzungen der Religionsfreiheit. Die am schlimmsten betroffenen Gebiete sind die Bundesstaaten, in denen die BJP die Regierung formt. Dies kann sich jedoch aufgrund der Wahlen alle fünf Jahre ändern. Aktuelle Beispiele für solche Staaten sind Bihar, Chhattisgarh, Gujarat, Jharkhand, Maharashtra, Odisha und Uttar Pradesh.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es existieren mehrere Gruppen ausländischer Christen in Indien. Zu ihnen gehören nicht nur Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge. Ein Beispiel ist eine afghanische Gemeinschaft, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Arten von Gemeinschaften ziehen nur selten den Zorn extremistischer Hindus auf sich. Dafür gibt es

zwei Gründe: Zum einen weisen sie eine sehr homogene ethnische Zusammensetzung auf, andererseits sind diese Gemeinschaften zumeist nicht sehr aktiv darin, das Evangelium an Inder weiterzugeben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele hierfür sind Christen aus römisch-katholischen, orthodoxen und anglikanischen Kirchen. Diese Gemeinschaften zeugen davon, dass Christen schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten sind. Die orthodoxe Mar-Thoma-Kirche etwa stammt aus dem 3. Jahrhundert. Diese Kirchen wachsen nur langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaften tätig sind. Trotzdem wird auch diese Gruppe von Christen manchmal von extremistischen Hindus angegriffen, indem Kirchen verwüstet sowie religiöse Statuen und Kreuze zerstört werden. Die traditionellen Kirchen in Indien besitzen häufig bedeutende Vermögenswerte und Eigentum. Zudem gehören ihnen einige der besten Bildungs- und medizinischen Institute und große Grundstücke. Die indische Verfassung stellt Christen besondere Mittel zur Verfügung, um eigene Bildungszentren zu gründen und zu verwalten. Die Regierung unter Premierminister Modi hat Versuche unternommen, ihnen das Recht auf die Verwaltung ihrer Institute zu entziehen. Diese Institute sind für das Bildungswachstum der christlichen Minderheiten und anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen von entscheidender Bedeutung. In vielen Städten haben Regierungsbehörden diese bereits für sich beansprucht.

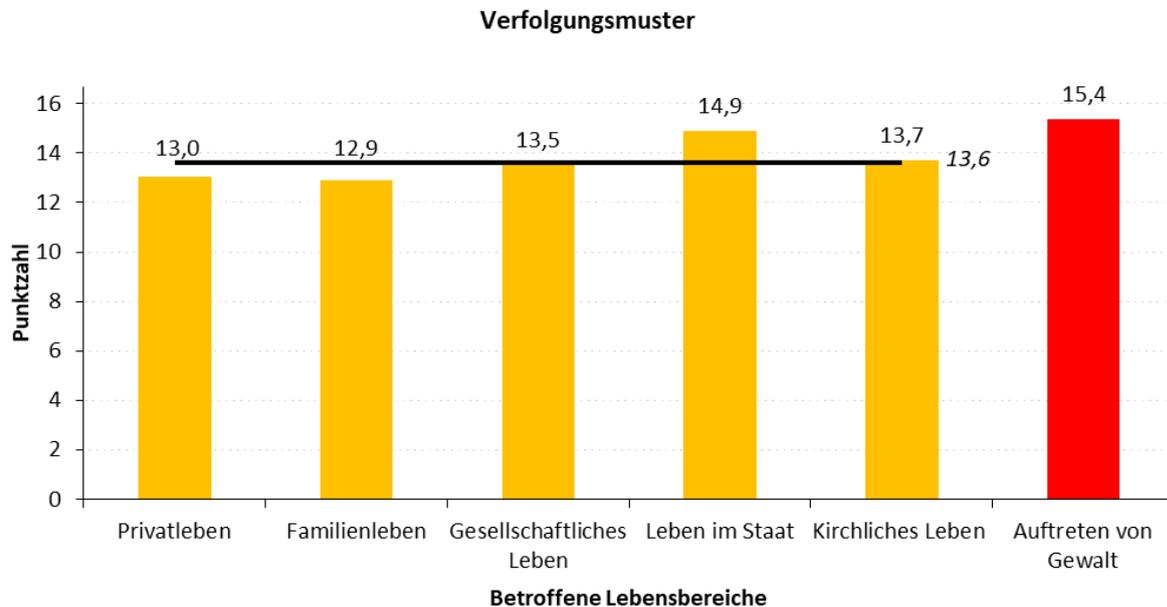
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft massiv tätlich angegriffen, sodass sie ins Krankenhaus müssen, und manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihrem Umfeld, von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind. Christen anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld; ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich nur dort Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach Christen hinduistischer Herkunft gelten Christen aus Freikirchen (etwa Baptisten-, evangelikale oder Pfingstgemeinden) als zweitwichtigstes Ziel der Hindu-Extremisten, da sie aktiv das Evangelium weitergeben. Sie sind regelmäßig Angriffen ausgesetzt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (13,6 Punkte) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Die Unterdrückung von Christen (insbesondere hinduistischer Herkunft) durch Hindus ist auf allen Ebenen der Gesellschaft zu spüren, von der persönlichen bis hin zur staatlichen und kirchlichen Ebene. Christen erfahren ständigen Widerstand gegen Glaubenswechsel und Taufen. In mindestens neun Staaten wurden Anti-Bekehrungs-Gesetze eingeführt. Gottesdienstbesucher werden bedroht und ihre Treffen sehr häufig gestört.
- Obwohl alle Lebensbereiche mindestens einen sehr hohen Grad an Druck aufweisen, findet sich der höchste Druck im Bereich Leben im Staat. Christen erleben in diesem Bereich zunehmende Einschränkungen: Immer mehr Staaten erwägen die Einführung von Anti-Bekehrungs-Gesetzen, um die Hinwendung zu einem anderen Glauben durch angebliche Gewalt beziehungsweise Köder zu unterbinden; Medien berichten zunehmend negativ über Christen und die Straffreiheit für militante Hindus hat noch weiter zugenommen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist von 14,8 Punkten auf 15,4 Punkte gestiegen. Von den zwölf Kategorien, nach denen das Auftreten von Gewalt analysiert wird, erreichen die meisten die maximale Punktzahl. Körperliche Gewalt und Angriffe auf Zusammenkünfte von Christen sind zwei der häufigsten Formen der Verfolgung in Indien.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Über den christlichen Glauben mit anderen außerhalb der eigenen Familie zu sprechen, wird allgemein als eine Form der Evangelisation angesehen. Dies führt zu Problemen für Christen hinduistischer Herkunft und Protestanten. Die Intoleranz dagegen ist in den letzten fünf Jahren gewachsen. Diese Feindseligkeit gegen Christen, die von ihrem Glauben erzählen, hat sich aufgrund von hinduistischem Extremismus verstärkt.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Bisher erfuhren Christen Probleme während ihrer eigenen Gebetszeiten nur in ihrem sozialen Umfeld. Besonders Christen hinduistischer Herkunft mussten sorgfältig darauf achten, wie sie in ihrem Elternhaus beteten. In den letzten fünf Jahren verstärkte sich jedoch die Stimmung gegen offensichtlich christliches Verhalten in Indien. Auch protestantische Christen werden wegen des Verdachts der Evangelisation überwacht. Kontrolle ist nicht mehr nur auf ländliche Gebiete beschränkt. Mit Ausnahme von zwei oder drei Bundesstaaten im Nordosten des Landes ist es überall in Indien riskant, beim Gebet gesehen zu werden.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Sich zum christlichen Glauben zu bekennen, kommt in den Augen von hinduistischen Extremisten Evangelisation gleich. Sie reagieren außerdem aggressiv auf jegliche Beiträge mit christlichem Inhalt in den sozialen Medien. Zunächst waren nur Christen hinduistischer Herkunft Ziel der Angriffe, doch nun müssen alle Christen damit rechnen.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Glaubenswechsel ist in Indien derzeit einer der größten Angriffspunkte, den extremistische Hindus gegen Christen verwenden. Unter dem Vorwurf der „Zwangsbekehrung“ greifen sie Pastoren, Kirchenleiter und ihre Gemeinden an. Vorwürfe des Glaubenswechsels führen in der Regel zu körperlicher Gewalt. Christen werden daraufhin zur örtlichen Polizeistation gebracht und dort festgehalten. In neun von 28 Bundesstaaten gibt es Anti-Bekehrungs-Gesetze: in Arunachal Pradesh, Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Rajasthan, Gujarat, Himachal Pradesh, Jharkhand und Uttarakhand.

Es gibt Gerüchte, dass hinduistische Extremisten ähnliche Anti-Bekehrungs-Gesetze auf Bundesebene einführen wollen. Bisher führten diese Bemühungen jedoch zu keinen handfesten Ergebnissen. Weitere Anzeichen für die Bedeutung der Bekämpfung vom Glaubenswechsel sind einerseits die groß angelegten Rückbekehrungs-Kampagnen „Ghar Wapsi“, die extremistische Hindus in ganz Indien organisieren, andererseits ist es auch die Unmöglichkeit für ausländische Christen, ein Missionarsvisum zu erhalten.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Obwohl der Oberste Gerichtshof Indiens im Jahr 2015 das Jugendschutzgesetz (Juvenile Justice Act) bestärkt hat, das die Adoption hinduistischer Kinder durch nichthinduistische Eltern erlaubt, ist es für Christen immer noch extrem schwierig (wenn nicht gar unmöglich), Kinder zu adoptieren. Die Verfahren sind manchmal absichtlich sehr kompliziert, um Adoptionen durch Christen zu verhindern. Mitglieder der Ausschüsse, die über die Adoptionen entscheiden, sind Christen gegenüber manchmal sehr voreingenommen. Obwohl das Jugendschutzgesetz eine Verbesserung für Christen zu versprechen schien, hat es diese bisher nicht erreicht.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Christliche Kinder werden gezwungen, an hinduistischen Bestandteilen des Unterrichts teilzunehmen – selbst in christlichen Schulen. Beispiele dafür sind Unterricht in hinduistischer Mythologie, Yoga-Unterricht und hinduistische Literatur. Staatliche Schulen gehen wesentlich weiter und fordern, dass christliche Kinder an hinduistischen Festlichkeiten und Kulthandlungen teilnehmen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Aufgrund des hohen Drucks durch extremistische Hindus versuchen Christen in Indien, Taufen so unauffällig wie möglich abzuhalten. Die Taufe gilt als das endgültige Zeichen dafür, den Hinduismus zugunsten des christlichen Glaubens aufzugeben zu haben. Dies betrifft auch Pastoren. Taufen von Konvertiten durchzuführen, ist für sie aufgrund der möglichen Konsequenzen mit vielen Sorgen verbunden. Selbst traditionelle Kirchen fürchten die Reaktionen von Regierungsbeamten und Polizisten auf Taufen. Aus diesem Grund werden Taufen unter freiem Himmel als zu riskant eingestuft.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen werden in ihrem sozialen Umfeld zunehmend benachteiligt und (körperlich) belästigt. Dies ist auf einen wachsenden Einfluss des hinduistischen Extremismus zurückzuführen. Dieser veranlasst gewöhnliche Bürger daran zu glauben, dass Christen nicht zur Gemeinschaft gehören würden. Kinder von Christen hinduistischer Herkunft sind besonders betroffen, die Kinder von Christen anderer Kategorien jedoch ebenfalls.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihrem sozialen Umfeld oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

In den vergangenen fünf Jahren hat die Überwachung von Christen und ihrer Aktivitäten zugenommen. Dies geschieht durch die Behörden, aber auch durch eine Vielzahl von hindu-extremistischen Organisationen (Bajrang Dal, Hindu Yuva Vahini, Shiv Sena, Vishva Hindu Parishad und weitere). Ziel ist es, jede Form der Evangelisation zu unterbinden.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der Vorfälle von Belästigung, Bedrohung und Beeinträchtigungen auf lokaler Ebene auf Rekordniveau. Die Feindseligkeit gegenüber Christen ist in Indien ein ernsthaftes Problem geworden.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Das soziale Umfeld setzt Christen unter Druck, (wieder) den hinduistischen Glauben anzunehmen. Es werden Rückbekehrungs-Kampagnen von extremistischen Hindus veranstaltet.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Es wird von zahlreichen Vorfällen gesellschaftlicher Diskriminierung berichtet. Dabei wurden Christen beispielsweise Wasser und andere gemeinschaftlich genutzte Ressourcen wie Weideland verweigert. Sie sind vom gesellschaftlichen Leben der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen und werden bisweilen dazu gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

In neun von 28 Bundesstaaten gibt es Anti-Bekehrungs-Gesetze: in Arunachal Pradesh, Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Rajasthan, Gujarat, Himachal Pradesh, Jharkhand und Uttarakhand. In Tamil Nadu wurde ein solches Gesetz verabschiedet, später aber aufgehoben. Diese Gesetze regulieren und schränken die Religionsfreiheit ein. Artikel 25 der indischen Verfassung, der die Religionsfreiheit gewährt, unterliegt der öffentlichen Ordnung, die jedoch nicht näher definiert wurde. Die Klausel zu Artikel 25 gibt dem Staat die Erlaubnis, Gesetze zu verabschieden, die die Religionsfreiheit einschränken.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Hinduistische Extremisten haben in den vergangenen fünf Jahren die Möglichkeiten für Christen zunehmend eingeschränkt, in solchen Organisationen oder politischen Parteien mitzuwirken. Christliche politische Parteien sind nach wie vor ein kurzfristiges, einflussloses Phänomen. Christliche Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, wurden schon immer durch das Gesetz zur Devisenregulierung eingeschränkt, weil bei ihnen davon ausgegangen wird, dass sie an Missionierung beteiligt sind oder sich anderweitig für den christlichen Glauben einsetzen. Viele christliche Gruppen und Organisationen erhielten von den Behörden die Aufforderung, Einzelheiten über ihre Aktivitäten anzugeben, einschließlich der Namen aller Mitarbeiter sowie derer, die mit ihnen zusammengearbeitet haben. Einige Schulen, die von religiösen Minderheiten betrieben werden, wurden aufgefordert, die Namen der christlichen Schülerinnen und Schüler anzugeben.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Die indischen Medien (besonders die, die in indischen Dialekten publizieren), sind in der Regel sehr voreingenommen gegenüber Christen. In ländlichen Gebieten sind sie feindselig; Hassreden und Propaganda von hinduistischen Extremisten erhalten viel Raum.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Hinduistische Extremisten wenden sich seit den 1990er-Jahren gegen Muslime und Christen. Wie oben erwähnt, war es schon 2014 erklärtes Ziel einiger führender Hindu-Extremisten, den Islam und das Christentum bis 2021 aus Indien verdrängt zu haben. Das würde bedeuten, rund 250 Millionen Menschen aus Indien zu vertreiben. Das ist eine extreme Sichtweise und unrealistisch; dennoch ist es eine Tatsache, dass die meisten Hindu-Anführer dazu neigen, weitreichende Aussagen gegen Muslime und Christen zu treffen. Weitere Beispiele für Hassreden finden sich regelmäßig in Stellungnahmen von extremistischen Hindu-Anführern wie Yogi Adityanath, Mohan Bhagwat, Praveen Togadia, Vinay Katiyar, Sadhvi Prachi, Sakshi Maharaj, Indresh Kumar, Suresh Chahvan; einige wichtige Politiker der Regierung wie Rajnath Singh (Verteidigungsminister Indiens), Giriraj Singh, Mukhtar Abbas Naqvi (Minister für Minderheiten) sind ebenfalls offen beteiligt. Sie geben Christen regelmäßig Schuld daran, Hindus zum christlichen Glauben zu bekehren.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Der Staat überwacht christliche Aktivitäten kontinuierlich und hat viele Einschränkungen vorgenommen (z. B. bei der Finanzierung aus dem Ausland, Einladungen von ausländischen Missionaren, durch Schwierigkeiten bei der Registrierung, Anti-Bekehrungs-Gesetze, Blasphemie-Gesetze und Ähnliches). Extremistische Hindus gehen verstärkt gegen Christen vor – es gab viele Vorfälle, bei denen Hindu-Mobs Überfälle durchführten, Christen verprügelten, Verhaftungen veranlassten und Christen befahlen, ihr Zuhause zu verlassen. Da extremistische Hindus diese Straftaten meist ungestraft verüben können, steigt die Angst unter Christen.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Extremistische Hindus und die örtlichen Behörden kontrollieren jegliche christlichen Materialien (einschließlich digitaler Medien im Internet) sehr genau. Auch Evangelisten und christliche Mitarbeiter werden permanent überwacht.

Wurden Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?

Die Zentralregierung in Neu-Delhi hat sehr strenge Vorschriften erlassen, um ausländische Missionare effektiv an der Einreise nach Indien zu hindern: Sie benötigen ein Sondervisum, das fast unmöglich zu beschaffen ist. Ausländische Besucher, darunter auch Touristen, sind stark eingeschränkt und müssen eine Erklärung unterschreiben, dass sie keine Predigten halten oder andere zum Glaubenswechsel ermutigen werden. Viele Christen, die aus dem Ausland kommen und sich mit einem Arbeitsvisum in Indien aufhalten, werden des Landes verwiesen, weil sie Mitglied von Kirchen oder christlichen Gruppen in Indien sind. Im aktuellen Berichtszeitraum könnten es mehr als 100 gewesen sein. Auch Ausländer indischer Abstammung betrifft diese Problematik.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Die Gefahren für Christen, wenn sie sich offen gegen ihre Verfolger äußern, haben in den letzten fünf Jahren enorm zugenommen. Hinduistische Extremisten werden durch die Untätigkeit der Regierung ermutigt und sind überzeugt, Verbrechen ungestraft begehen zu können. So kommt es in sozialen Medien vermehrt zu Morddrohungen, der Verbreitung von persönlichen Daten und Angriffen auf die Familien von Christen. Wenn ein Christ versucht, sich gegen extremistische Hindus oder parteiische Gerichte zu wehren, bietet das den hinduistischen Angreifern nur umso mehr Grund, ihre Übergriffe zu verstärken.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Zwölf Christen wurden im Berichtszeitraum umgebracht.
- **Angriffe auf Kirchen und religiöse Besitztümer:** Die Zahl der beschädigten, beschlagnahmten oder zerstörten Kirchen und Besitztümer hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt, und liegt nun bei 76.
- **Festgenommene Christen:** Es wurden mindestens 72 Fälle gemeldet, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens festgenommen wurden. Im Vorjahr waren es noch dreimal so viele Fälle.
- **Verurteilte Christen:** Im November 2019 beschloss der Oberste Gerichtshof Indiens, die letzten fünf der sieben Christen, die nach dem Mord an dem Hindu Swami Laxamananda Saraswati im Jahr 2008 fälschlicherweise zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren, gegen Kautions freizulassen.
- **Entführte Christen:** Mindestens zwei Christen wurden entführt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl erheblich gesunken.
- **Sexuell belästigte Christen:** Mindestens 15 Christinnen wurden Opfer von Vergewaltigung, versuchter Vergewaltigung oder erhielten gezielte Schläge auf ihre Geschlechtsorgane. Ein Opfer wurde vergewaltigt und ermordet. Weil die Zahl solcher Fälle im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, ist die Punktzahl in dieser Kategorie im aktuellen Berichtszeitraum ebenfalls leicht gesunken.
- **Zwangsverheiratung:** Mindestens zwei Christinnen wurden von ihren Familien gezwungen, einen Hindu zu heiraten. Diese Familien lehnten die Hinwendung ihrer Töchter zum christlichen Glauben ab.
- **Angriffe auf Christen:** 366 Fälle von körperlicher Misshandlung (einschließlich Todesdrohungen) wurden gemeldet, rund 1.500 Christen waren direkt betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Fälle im aktuellen Berichtszeitraum an.
- **Beschädigung von Häusern und/oder Eigentum von Christen:** 45 Häuser beziehungsweise Besitztümer von Christen wurden beschädigt. Dies entspricht in etwa der Anzahl des Vorjahres.
- **Beschädigung von Geschäften/Betrieben:** Vier Geschäfte wurden beschädigt. Die Zahl solcher Angriffe ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Es wurden mehr als 59 Vorfälle registriert, bei denen Menschen gezwungen wurden, ihre Häuser oder Dörfer zu verlassen. Mehr als 422 Menschen sind aus Sicherheitsgründen ausgewandert.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“ des US-Außenministeriums für 2019 verlautet:

- Es gibt Berichte über religiös motivierte Morde, Übergriffe, Unruhen, Diskriminierung, Vandalismus und Aktivitäten, die das Recht des Einzelnen einschränken, seine religiösen Überzeugungen auszuüben und über sie zu sprechen. Zwischen 2008 und 2017 fanden nach Angaben des indischen Innenministeriums 7.484 Vorfälle gemeinschaftlicher Gewalt statt, bei denen mehr als 1.100 Menschen getötet wurden. Die Daten des Innenministeriums für die Jahre 2018 und 2019 sind nicht verfügbar, doch Vorfälle gemeinschaftlicher Gewalt werden das ganze Jahr über gemeldet. Am 18. Juni tötete ein Mob in Jharkhand den Muslim Tabrez Ansari, nachdem sie ihn zwangen, sich zu hinduistischen Gottheiten zu bekennen. Die Nichtregierungsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) stellte fest, dass bis 2019 als extremistisch charakterisierte Hindu-Gruppen, von denen einige laut HRW Verbindungen zu BJP-Anhängern hatten, weiterhin die Gewalt von Mobs gegen Minderheiten, insbesondere Muslime, fortsetzten. Sie nutzten unter anderem Gerüchte, dass diese Menschen mit Rindern gehandelt oder sie zum Essen getötet hätten.
- Zwischen 2010 und der ersten Hälfte des Jahres 2019 fanden laut der Nichtregierungsorganisation „Hate Crime Watch“ 123 Vorfälle von Gewalt wegen Kühen statt, bei denen Muslime die Hälfte der Opfer ausmachten. Auch Hindus aus den unteren Kasten waren Opfer von Selbstjustiz aufgrund solcher Beschuldigungen. Hate Crime Watch meldete zehn Angriffe von Selbstjustiz, bei denen zwischen Januar und Juni eine Person getötet wurde. Am 10. April wurde Prakash Lakda aus dem Dorf Jurmu in Jharkhand von einem Mob getötet und drei weitere Menschen schwer verletzt. Angeblich habe er einen toten Ochsen zerlegt. Alle vier Opfer waren Christen und ehemalige Stammesmitglieder.
- Medienberichten zufolge wurden am 22. September drei indigene Christen von Personen aus dem Suari-Dorf im Khunti-Distrikt in Jharkhand geschlagen. Sie verdächtigten sie, auf dem Dorfmarkt Rindfleisch verkauft zu haben. Einer starb im Krankenhaus, während die beiden anderen schwere Verletzungen erlitten. Medien berichteten, dass die örtliche Polizei nach dem Angriff mehrere Personen festnahm. „Amnesty International“ verzeichnete im Oktober 72 Vorfälle von Gewalt durch Mobs in der ersten Jahreshälfte, von denen 37 gegen Muslime gerichtet waren. In der ersten Jahreshälfte verzeichnete Amnesty International insgesamt 181 mutmaßliche Hassverbrechen. Im gleichen Zeitraum im Jahr 2018 waren es 100.

Weitergehende Informationen

Extremistische Hindus haben sowohl den Islam als auch das Christentum als „fremde“ Religionen bezeichnet, die möglichst aus dem Land vertrieben werden sollten. Daher wird die muslimische Minderheit in einer ähnlichen Weise verfolgt wie die christliche. Buddhisten und Sikhs sind für Hindu-Extremisten akzeptabler, da diese Religionen auf indischem Territorium entstanden sind.

Beispiele von Verletzungen der Religionsfreiheit:

- Am Montag, dem 9. Dezember 2019, verabschiedete Indiens Lok Sabha (das Unterhaus) den „Citizenship Amendment Bill“ 2019 (CAB). Dieses Gesetz gewährt religiösen Minderheiten aus den Nachbarländern die Staatsbürgerschaft. Muslime werden aber kontroverserweise ausgeschlossen. Cedric Prakash, ein jesuitischer Priester und Menschenrechtsaktivist in Indien, sagte dazu: „Dieser Schritt der Regierung ist ein weiterer Nagel im Sarg der indischen Verfassung und unseres demokratischen Gerüsts. Indem dieses Gesetz allen Menschen ohne Papiere, mit Ausnahme derer muslimischen Glaubens, die Staatsbürgerschaft zusichert, riskiert es, das Land auseinanderzureißen, nicht verheilte Wunden der Trennung wieder zu öffnen und letztlich die säkularen und demokratischen Grundsätze unserer verehrten Verfassung zu zerstören. Schon jetzt protestieren Millionen von Menschen im ganzen Land dagegen. Das Gesetz muss sofort widerrufen werden. Es sollte im Oberhaus nicht verabschiedet werden.“
- Eine unabhängige Untersuchung der Angriffe auf Muslime durch Hindu-Mobs in Delhi im Februar 2020 ergab, dass die Polizei an der Gewalt mitschuldig war und sogar Beihilfe leistete. Die Angriffe erfolgten nach wochenlangen friedlichen Protesten gegen die diskriminierende Staatsbürgerschaftspolitik der indischen Regierung. Zeugenaussagen zufolge verweigerten Polizisten die Hilfe mit den Worten, „sie hätten keinen Befehl zum Handeln“.

Im nordindischen Bundesstaat Haryana gibt es Gesetze zum Schutz von Kühen. Am 31. Juli 2020, am Vorabend des islamischen Opferfestes, griffen Hindutva-Kuhwachen einen Muslim an, der verdächtigt wurde, Rindfleisch transportiert zu haben. Polizeibeamte und Zuschauer griffen nicht ein.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Irak: Platz 11

Kurze Zusammenfassung

Seit der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) zurückgedrängt wurde, geht insbesondere von schiitischen Milizen, die von Iran unterstützt werden, Druck auf die irakischen Christen aus. In der ersten Jahreshälfte 2020 verstärkte der IS jedoch seine Angriffe auf Zivilisten, Infrastruktur und Sicherheitskräfte. In verschiedenen Gebieten der Autonomen Region Kurdistan (IKR) setzte die Türkei ihre Luftangriffe und militärischen Operationen am Boden fort, wobei sie Berichten zufolge gezielt gegen Mitglieder der „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK) vorging. Im Juni 2020 wurden bei der größten militärischen Operation der Türkei in der Region seit 2015 mehrere christliche Dörfer bombardiert, was viele Christen zur Flucht zwang. Von der Lokalregierung erfuhren die Christen keinen Schutz. Das Hauptziel der türkischen Angriffe ist die PKK; die türkischen Streitkräfte greifen jedoch an, was immer diesem Ziel im Weg steht – in dieser Hinsicht sind Christen ein leichtes und schwaches Ziel, das man angreifen kann, ohne Schwierigkeiten zu bekommen.



Die Assyrische Kirche des Ostens, die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Syrisch-Katholische Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche und die Armenisch-Orthodoxe Kirche sind alle stark von Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz betroffen, besonders durch extremistisch-islamische Bewegungen und nichtchristliche religiöse Leiter. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie beispielsweise ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann.

Bereits vor einigen Jahren konnte das katholische Seminar in Bagdad aufgrund von Androhungen von Entführungen und Angriffen durch islamische Extremisten nicht mehr weiterarbeiten; es war gezwungen, in die Kurdengebiete umzuziehen. Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls erheblich von Gewalt durch islamisch-extremistische Bewegungen und nichtchristliche religiöse Leiter betroffen und erleben regelmäßig Diskriminierungen durch die Behörden. Freimütig auftretende Christen werden häufig zu Zielen im Zentral- und Südirak. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, das Evangelium an Muslime weiterzugeben.

Christen muslimischer Herkunft erfahren den größten Druck durch die eigene (Groß-)Familie. Sie halten ihren Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von Familienmitgliedern, Clanführern und ihrem sozialen Umfeld bedroht zu werden. Als Konvertiten zum christlichen Glauben riskieren sie es, Erbrechte zu verlieren, sowie das Recht und die Möglichkeit zu heiraten. Den Islam offiziell zu verlassen, führt im ganzen Land zu schwierigen Situationen und kann selbst in den eher moderaten Kurdengebieten riskant sein. Die Kirchenzugehörigkeit zu wechseln (etwa aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die evangelikale Kirchen besuchen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	82	11
2020	76	15
2019	79	13
2018	86	8
2017	86	7

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl für den Irak ist von 76 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 82 Punkte gestiegen. Die durchschnittliche Punktzahl des Drucks in den fünf Lebensbereichen stieg leicht um 0,1 Punkte auf 14,2 Punkte; damit wird klar, dass Christen im Irak weiterhin einem extremen Maß an Druck ausgesetzt sind. Die Punktzahl für Gewalt ist indes beträchtlich angestiegen: Eine große Zahl von Kirchenschließungen sowie eine höhere Zahl entführter Christen führte zu einem Anstieg von 5,6 auf 11,5 Punkte. Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2021 gab es auch Berichte über mehrere Christen, die ermordet wurden, die psychischen und physischen Schaden erlitten oder die bedroht und sexuell belästigt wurden.

Auch wenn einige christliche Familien in ihre Häuser zurückgekehrt sind, geht die Auswanderung von Christen weiter, weil sie keine Sicherheit und keine Hoffnung auf eine gute Zukunft in ihrer Heimat haben. Es wurde auch eine höhere Zahl von Christen gemeldet, die gezwungen wurden, innerhalb des Landes umzuziehen. Viele Vorfälle, wenn auch nicht alle, standen im Zusammenhang mit den türkischen Bombenangriffen und dem Einmarsch von Bodentruppen im Nordirak im Juni 2020.

2. Trends und Entwicklungen

1) Religiös motivierte Gewalt sowie Korruption behindern Fortschritt und Demokratie

Die Staatsgründung des Irak erfolgte erst Anfang des 20. Jahrhunderts, knüpfte aber an die mächtigen altorientalischen Königreiche Babylonien und Assyrien an. Das Land mit seiner großen ethnischen und religiösen Vielfalt leidet unter religiös motivierter Gewalt sowie an Korruption. Dies sind die Hauptfaktoren, welche den Fortschritt und die Demokratisierung behindern. Damit verbunden ist zum einen das Problem der Straflosigkeit, welche die Stellung der Christen im Irak stark beeinträchtigt, zum anderen auch das Aufkommen islamisch-extremistischer Gruppen, welche keine andere Religion als eine strenge und gewalttätige Form des Islam tolerieren.

Obwohl die allgemeine Lage im Irak noch lange nicht stabil ist, gibt es hoffnungsvolle Entwicklungen: Da der IS im Dezember 2017 militärisch besiegt wurde und die Kontrolle über sein Territorium verlor, hatten viele Christen die Möglichkeit, in einige Dörfer zurückzukehren. 2020 verstärkten der IS und schiitische Milizen jedoch ihre Angriffe auf die Bevölkerung, die Sicherheitskräfte und die Infrastruktur, was dazu führt, dass Christen sich im Irak nicht mehr zu Hause und sicher fühlen.

2) Die Zentralregierung ist immer noch nicht in der Lage, die sichere Rückkehr der christlichen Binnenvertriebenen zu garantieren

Viele kirchliche Leiter sagen, dass das Leben unter dem Terror des IS und die Vertreibung der Christen aus ihren Häusern die schwersten Verletzungen ihrer Rechte verursacht hat, welche die Kirche im Irak in letzter Zeit erlebt hat. Selbst während früherer Verfolgungswellen war die Ninive-Ebene nie vollständig von Christen verlassen gewesen, wie es seit 2014 der Fall war. Die Niederlage des IS sollte eine Verbesserung der Situation der Christen im Irak bringen. Doch nur, wenn die christlichen Binnenvertriebenen in ihre früheren Heimatorte zurückkehren können, wird eine Verbesserung ihrer Lage möglich sein. Landstreitigkeiten machen es für die meisten Christen sehr schwierig, in ihre Heimat in der Ninive-Ebene zurückzukehren. In einem Wettstreit um die Kontrolle über das einst multiethnische Gebiet setzen von Iran unterstützte Milizen, Kurden, Araber und andere ihre Praxis fort, sich Ländereien in der Ninive-Ebene anzueignen, die zuvor Angehörigen von Minderheiten gehörten. Christen befinden sich aufgrund ihrer kleinen Anzahl und der fehlenden Unterstützung von außen dabei in der schwächsten Position.

Die Zentralregierung tut wenig, um die Situation zu verbessern, und ignoriert Bitten von Gemeindevertretern. Sollte die Zentralregierung weiterhin nicht in der Lage sein, die sichere Rückkehr christlicher Binnenvertriebener zu garantieren, könnten diese auch zukünftig mit schweren Verletzungen ihrer grundlegenden Rechte konfrontiert sein und den Irak verlassen. Vor allem unter den jungen Christen sind aufgrund der fehlenden Sicherheit, der mangelnden Zukunftsperspektive und der geringen finanziellen Stabilität viele zu gehen bereit, wenn sich die Möglichkeit ergibt. Hinzu kommen die Angriffe der türkischen Streitkräfte im Nordirak, um die PKK von der Grenze zwischen Türkei und Autonomer Region Kurdistan zu vertreiben. Das betrifft die Christen ebenso wie die Kurden, die von der türkischen Armee ins Visier genommen werden. Aber auch wenn diese Angriffe sich nicht gezielt gegen Christen richten, so stellen sie eine weitere zerstörerische Ebene des Drucks auf die christliche Gemeinschaft dar.

3) Es besteht die Gefahr, dass die Situation der Christen zur „Nebensache“ wird

Es ist wichtig, dass diese neue Phase der Staatsbildung im Irak weiterhin genau beobachtet wird. Nun, da der IS als besiegt gilt, besteht die Gefahr, dass das Ausmaß an Druck und Gewalt gegen die christliche Gemeinschaft ignoriert oder als zweitrangiges Problem abgetan wird. Wie dieses Länderprofil zeigt, haben Verletzungen der Religionsfreiheit gegen Christen viele Ursachen und sind nicht nur auf Angriffe islamischer Extremisten zurückzuführen. Ferner könnten die demografischen Veränderungen, die in der Ninive-Ebene stattfinden, ein Anzeichen für noch mehr Unterdrückung in der Zukunft sein, besonders, wenn die Regierung schwach und Straflosigkeit weit verbreitet bleibt.

3. Religiöse Situation im Land

Der Irak ist ein Vielvölkerstaat, wobei im Jahr 2020 nach Schätzungen von „World Christian Database“ (WCD) 97,6 Prozent der Bevölkerung Muslime sind. Die Bevölkerung besteht gemäß dem vom CIA herausgegebenen „World Factbook“ (Stand April 2020) aus über 40,5 Millionen Muslimen, von denen 64-69 Prozent Schiiten und 29-34 Prozent Sunniten sind. Christen machen lediglich etwa 0,4 Prozent der Bevölkerung aus.

Obwohl der IS geografisch besiegt wurde, ist der Einfluss des IS und seiner Ideologie immer noch stark. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Religionsgruppen nehmen zu. Einige Muslime sind

jedoch enttäuscht vom Islam und zeigen sich offener dafür, sich mit dem christlichen Glauben zu beschäftigen.

Unter der arabischen Bevölkerung des Irak bilden schiitische Muslime die Mehrheit. Die Kurden im Norden sind mehrheitlich Sunniten. Erst nach dem Völkerbundsbeschluss von 1920 wurden die verschiedenen Volksgruppen erstmals in einem modernen Staat vereinigt. Die verschiedenen Machthaber, die seither das Land regiert haben, förderten gemäß dem Prinzip „Teile und herrsche“ gegenseitiges Misstrauen und Konflikte.

Die religiös motivierte Gewalt im heutigen Irak wurzelt hauptsächlich in dem Wettstreit um Macht nach dem Sturz Saddam Husseins.

Symbolische politische Schritte, wie die Einführung von Weihnachten als Nationalfeiertag im Dezember 2018, wurden von islamischen Autoritätspersonen abgelehnt; so sagte etwa der Großmufti von Bagdad in einer Predigt, dass christliche Feiertage wie Weihnachten für Muslime verboten seien und dass diejenigen, die sie feiern, der christlichen Lehre glaubten.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Christen im Irak sind vonseiten sunnitischer und schiitischer Muslime islamischer Unterdrückung ausgesetzt, unabhängig von deren Volkszugehörigkeit (kurdisch, iranisch oder arabisch). Dabei verschwimmt die Grenze, wer ein Extremist ist und wer nicht, immer mehr. Gründe für diese Trennschärfe sind die stark konservative Prägung und der enge Schulterschluss von Sunniten mit islamistischen Rebellen.

Das islamische Bewusstsein ist unter dem Einfluss islamischer Milizen zu einer neuen Größe im Land geworden, auch in den Kurdengebiete im Norden. Bedingt durch regionale Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Islam in den irakischen und kurdischen Regierungen zu. Mehrere schiitische Parteien haben enge Beziehungen zur Islamischen Republik Iran; und besonders Christen mit muslimischem Hintergrund berichten bereits seit einiger Zeit, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Im Allgemeinen wird die irakische Gesellschaft immer islamischer: Die islamische Lehre und Rhetorik beherrschen das tägliche Leben; islamische Anführer (vor allem Schiiten) beeinflussen weiterhin das soziale, religiöse und politische Leben durch ihre Lehrtätigkeit, ihre politischen Einstellungen und ihre Autorität innerhalb ihrer ethnischen Gruppe. Dies schlägt sich wiederum in gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen nieder, welche alle Bewohner des Irak beeinflussen und an deren Maßstab auch Nichtmuslime gemessen werden.

Die gesellschaftliche Kontrolle der Frauen nimmt zu. Selbst christliche Frauen in Bagdad und Basra sind gezwungen, sich zu verschleiern, um sich außerhalb ihrer Häuser sicher bewegen zu können.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die irakische Gesellschaft ist immer noch sehr durch Stammesdenken geprägt. Dies gilt vor allem in Gegenden, die durch religiöse Spannungen und Gewalt zerrissen sind, hauptsächlich in den früher vom IS kontrollierten Gebieten. Stämme haben im Irak einen sehr großen Einfluss und prägen der Gesellschaft ihre uralten Bräuche und Traditionen auf. Deren Beachtung ist oft wichtiger als die Einhaltung von staatlichen Gesetzen, da Stämme für die Iraker normalerweise über dem Gesetz

stehen. Wo sich Stammesdenken mit dem Islam vermischt, sind insbesondere Christen muslimischer Herkunft betroffen. Wenn ein Konvertit zum christlichen Glauben einen Stammeshintergrund hat, und besonders wenn er aus einem bedeutenden Stamm kommt, kann dies andere Christen in Schwierigkeiten bringen und sie davor zurückschrecken lassen, den Konvertiten zu unterstützen. In manchen Gebieten haben Stammesgruppen Einfluss innerhalb der Regierung.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist tief in der irakischen Gesellschaft verwurzelt, bis in die höchsten Schichten hinein. Sie spielt bei der Verfolgung von Christen im Irak eine wichtige Rolle, sowohl in den Gebieten, die von der irakischen Regierung kontrolliert werden, als auch in den Kurdengebieten. Verfolger, die von dieser Triebkraft motiviert sind, benachteiligen insbesondere Christen bei der Arbeitssuche und behindern christliche Unternehmen bei deren Registrierung, sie eignen sich aber auch Besitz von Christen an. In vielen mehrheitlich islamischen Gebieten können Christen ihre Häuser oftmals nur zu 60 Prozent des Preises verkaufen. Zwei weitere Beispiele: 1. Die Beschlagnahme von Grundstücken, die Christen gehören: In den von der irakischen Regierung kontrollierten Gebieten wurden mindestens 70 Prozent der Grundstücke von Christen, die aus dem Land geflohen waren, illegal beschlagnahmt. Dies erfolgte durch organisierte, kriminelle Gruppen, zu denen aber auch sehr einflussreiche Politiker und religiöse Leiter gehören. Ähnliche Phänomene können auch in den Kurdengebieten beobachtet werden, wobei dort die Täter einflussreiche Stammesführer sind, die dem herrschenden Clan nahestehen. Die Verwundbarkeit religiöser Minderheiten wie der Christen wird ausgenutzt. 2. Die Tötung und Entführung von Christen: Seit 2003 ist dies immer wieder in Wellen geschehen und hat dazu geführt, dass sich Christen sehr unsicher fühlen. Diese beiden Gründe sind die Hauptursachen für die Auswanderung irakischer Christen und für den Schwund der christlichen Bevölkerung im Irak. Die Coronakrise hat diese Situation von Chaos und Korruption noch verschlimmert.

Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft der Verfolgung ist eng verbunden mit der islamischen Unterdrückung. Um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist ein wesentliches Ziel der irakischen Zentralregierung. Bedient wird es von Klientelwesen, Korruption und Vetternwirtschaft. Es verhindert, dass eine pluralistische Gesellschaft gefördert wird, in der sich Christen (und andere religiöse Minderheiten) wirklich willkommen fühlen könnten. Im Juni 2018 gab es Berichte darüber, dass im Norden kurdische Behörden „assyrisches“ Land beschlagnahmt hätten. Christen in der Region berichten zudem, dass es Kräfte in der Zentralregierung in Bagdad gibt, die versuchen, eine langfristige, systematische Kampagne zum demografischen Wandel in Minderheitsregionen durchzuführen; dazu fördere man Grundbesitz und Häuser, sodass schiitische und sunnitische Muslime in traditionell christlich geprägte Regionen ziehen könnten. Christliche Leiter in Kirche und Politik stellen indes die betrügerische oder erzwungene Besitzergreifung von Grundstücken, die Christen gehören, in Abrede. Des Weiteren beklagten Christen in der Autonomen Region Kurdistan, dass das Wahlsystem bei den Parlamentswahlen 2018 missbraucht worden sei. Damals hatten sich kurdische und arabisch-schiitische Parteien die fünf Sitze verschafft, die eigentlich für Christen reserviert sind, indem sie selbst christliche Kandidaten nominierten – so wurden die fünf Mitglieder des irakischen Nationalparlaments nicht von christlichen Parteien gewählt, sondern von Parteien, die den für die christlichen Gemeinschaften wichtigen Themen keine Priorität einräumten und ihnen gegenüber politisch nicht loyal waren. Dies war auch 2020 weiter ein Thema für christliche Leiter.

Konfessioneller Protektionismus

Konfessioneller Protektionismus war schwächer, als der IS noch Gebiete im Irak kontrollierte. Damals waren Kirchen vieler verschiedenen Konfessionen noch eher dazu bereit, sich gegenseitig zu helfen. Vierzehn christliche Konfessionen sind im Irak vom Staat anerkannt, zwei davon sind protestantisch. Wenn sich eine neue Konfession um die Registrierung beziehungsweise um eine Anerkennung bewirbt, werden die offiziell anerkannten Kirchen ersucht, hierzu Stellung zu nehmen. Oft lehnen sie die Registrierung protestantischer Freikirchen entschieden ab. Traditionelle Kirchen versuchen oft, ihre Mitglieder davon abzuhalten, neuere Kirchengemeinden zu besuchen. Manche traditionelle katholische Kirchen verbieten es protestantischen Christen, ihre Toten auf katholischen Friedhöfen zu beerdigen. Im Zentralirak und im Süden kommt es vor, dass Christen, die von einer traditionellen Kirche zu einer Freikirche wechseln, Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und ihrem sozialen Umfeld erleben. Dazu gehört die Drohung, den Arbeitsplatz, die Erbrechte oder die Ersparnisse für die Hochzeit zu verlieren. Angehörigen traditioneller christlicher Gemeinschaften, die freikirchliche Gemeinden besuchten, wurde es von ihrem Bischof verweigert, von ihm getraut zu werden. Es kommt vor, dass Familien und Gemeinschaften sich von solchen Christen distanzieren, die ihre Konfession gewechselt haben.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gewalttätige religiöse Gruppen wie der IS und schiitische Milizen sind dafür bekannt, Christen zu entführen und zu ermorden. Wenngleich der IS immer noch in den Regionen Khanaqin, Kirkus und Mossul aktiv ist und dort andere Minderheiten verfolgt, gehören heute schiitische Milizen zu den wichtigsten Akteuren der Christenverfolgung. Seit Jahren sind Milizen dafür bekannt, sich Land von Christen anzueignen. In Bezug auf schwere Verletzungen der Religionsfreiheit geht von einigen Milizen eine besondere Bedrohung für Christen muslimischer Herkunft aus. Die meisten schiitischen Milizen stehen eng mit Iran in Verbindung und sind mit irakischen politischen Parteien verbunden. Beispiele dafür sind: Das Badr-Corps, Asaib Ahl al-Haq, die irakischen Hisbollah-Brigaden, die Mahdi-Armee, die Armee des Mukhtar, die Brigade von Abi Fadl al-Abbas, die Badr-Gruppe Irans (von den USA als Terrorgruppe eingestuft) und Muqtada al-Sadr's Mahdi-Armee.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Verwandte sind dafür bekannt, Christen muslimischer Herkunft stark unter Druck zu setzen, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Das schließt manchmal auch Mordversuche ein. Christen muslimischer Herkunft droht außerdem körperliche Gewalt und Folter, Hausarrest, Enterbung und Vertreibung aus ihren Familien, Verbannung aus ihren Stämmen, Familien und ihrem Umfeld, erzwungene Scheidung (vor allem für Frauen), erzwungene Eheschließung mit einem streng konservativen Muslim (vor allem für Frauen) und Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder.

- **Regierungsbeamte:** Einige Regierungsbeamte sollen versucht haben, einen demografischen Wandel voranzutreiben, indem sie schiitischen und sunnitischen Muslimen Land und Wohnraum in den traditionell christlichen Gebieten der Ninive-Ebene anboten, wie beispielsweise in dem Bezirk Bartella, oder in sunnitischen Gebieten in der Provinz Diyala und Babil, einschließlich des Bezirks Jurf al-Sakhar. Vertretern religiöser Minderheiten zufolge begegneten die lokalen Behörden in einigen Regionen religiösen Aktivitäten weiterhin mit Beschimpfungen und Einschränkungen, so der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019“ des US-Außenministeriums. Regierungsbeamte waren für christenfeindliche Plakataktionen verantwortlich, bei denen Muslimen beispielsweise gesagt wurde, sie sollten christliche Feste boykottieren, Christen keine guten Wünsche an Weihnachten übermitteln und keine Weihnachtsdekorationen verwenden. Außerdem ließen sie in den von der Regierung kontrollierten Gebieten an Kirchen Plakate anbringen, mit denen sie christliche Frauen aufforderten, einen Hidschab zu tragen. Regierungsbeamte, die extremistischen islamischen Gruppen angehören, machen es für Christen unter Umständen sehr schwer, notwendigen Schriftverkehr zu erledigen. Angesichts der stark konservativen Prägung der Gesellschaft und der engen Zusammenarbeit mancher Sunniten mit islamistischen Aufständischen verschwimmt die Grenze, wer extremistisch ist und wer nicht. Es ist bekannt, dass Regierungsbeamte Christen muslimischer Herkunft verhaftet haben und sie auch in gewaltsame Übergriffe auf Christen verwickelt waren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Wird der Glaubenswechsel eines Christen muslimischer Herkunft bekannt, üben Anführer ethnischer Gruppen sehr wahrscheinlich starken Druck aus, den Glauben wieder aufzugeben. Einige Stammesführer haben dem Mord an christlichen Konvertiten zugestimmt. Schließlich gab es auch Berichte über ernsthaften Druck jesidischer Führer gegen Konvertiten zum christlichen Glauben.
- **Politische Parteien:** In den Parlamentswahlen im Mai 2018 haben eine schiitische politische Gruppe und kurdische Parteien das Wahlsystem missbraucht, um Christen den ihnen zustehenden Anteil von fünf Sitzen im Parlament vorzuenthalten. In der Vergangenheit haben einige schiitische politische Parteien Gesetze eingebracht, die Christen diskriminieren, zum Beispiel das neue nationale Identifikationsgesetz. Dieses Gesetz legt fest, dass die Kinder eines Ehepartners, der zum Islam konvertiert, automatisch als Muslime gezählt werden. Abgesehen von islamischen politischen Parteien haben immer wieder auch ethnische und paramilitärische Gruppen sowie Stammesgruppen Parteien gegründet, die den Islam als einzig wahre Religion betrachten. Die meisten der oben erwähnten schiitischen Milizen stehen mit politischen Parteien oder noch genauer mit politischen Führungspersonen wie Muqtada al-Sadr in Verbindung. Berichten zufolge ist Nouri al-Maliki, von 2016 bis 2018 der Vizepräsident des Irak und Generalsekretär der Islamischen Dawa-Partei, ein großer Unterstützer bewaffneter schiitischer Gruppen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Von extremistischen islamischen Leitern, sowohl schiitischen als auch sunnitischen, die direkt die Politik und andere Aspekte des Lebens im Irak beeinflussen, geht ebenfalls Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz aus. Ihr Einfluss zeigt sich zum einen in diskriminierenden Richtlinien, Gesetzen und administrativen Vorgängen gegen Christen, zum anderen zeigt er sich in den sehr häufig auftretenden Hassreden von muslimischen Leitern, die Christen ausgrenzen.

- **Gewöhnliche Bürger:** In der äußerst konservativen irakischen Gesellschaft betrachten viele Muslime Christen als Ungläubige und manchmal als Kreuzfahrer oder Teil eines „westlichen Plans“. In diesem Kontext werden evangelikale Christen manchmal als die betrachtet, die ein zionistisches Programm verwirklichen wollen. Christen muslimischer Herkunft werden oftmals als Ungläubige betrachtet, die für ihren Abfall vom Islam den Tod verdienen. In den irakischen Kurdengebieten führten Ansprachen islamischer Extremisten bisweilen zu Protesten oder gewaltsamen Übergriffen durch Mobs, welche Kirchen zerstörten sowie Läden, die Alkohol verkauften. Auch in Bagdad wird manchmal gegen solche Geschäfte vorgegangen. Da es Muslimen durch ihre religiösen Vorschriften verwehrt ist, Alkohol zu trinken, sind die Eigentümer solcher Läden oftmals Christen oder Jesiden. In den zurückliegenden Jahren haben gewöhnliche Bürger mit dem IS zusammengearbeitet oder sind Teil einer Miliz geworden, die Christen verfolgt, zum Beispiel in Mossul. Dies hat das Vertrauen von Christen in ihre Nachbarn und andere Menschen in ihrem sozialen Umfeld schwer beschädigt. Auch setzen gewöhnliche Bürger überall im Irak Christen muslimischer Herkunft unter Druck, zum Islam zurückzukehren.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Abgesehen von politischen Parteien und einigen militanten Gruppen waren auch kriminelle Netzwerke an der Beschlagnahmung von mehr als 30.000 Grundstücken von Christen in Bagdad und anderen Gegenden beteiligt, wie im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2018 vermeldet wird. Diese Beschlagnahmungen hatten keine strafrechtlichen Konsequenzen, obwohl die Kanzlei des Premierministers zugesagt hatte, Ermittlungen dazu einzuleiten. Mafiös organisierte Gruppen tun sich mit Immobilienbüros zusammen und konfiszieren die Grundstücke von Christen, indem sie Dokumente fälschen – und bleiben dabei meist ungestraft. In einigen Fällen wurden die christlichen Besitzer oder Mieter sogar direkt bedroht, woraufhin sie aus ihren Häusern flohen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Christen werden durch den Clan oder Stamm in Bezug auf die Auferlegung jahrhundertealter Normen und Werte unterdrückt, die im Stammeskontext entstanden sind. Diese Triebkraft vermischt sich häufig mit islamischer Unterdrückung. Die Zugehörigkeit zu einem Stamm und die Befolgung dessen Regeln wird als wichtiger angesehen, als den Gesetzen der Regierung zu gehorchen. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger sind insbesondere Familien von Christen muslimischer Herkunft, Stammesführer beziehungsweise Anführer ethnischer Gruppen oder islamische Leiter.
- **Politische Parteien:** Die irakischen politischen Parteien im Allgemeinen haben auf verschiedene Weise zur Wiederbelebung und Stärkung des Stammesdenkens beigetragen. In einigen Gebieten gibt es Clans, deren Einfluss den einer Partei übersteigt. Wenn jemand die Rechte eines anderen verletzt, aber zu diesem Clan gehört, gibt es keine Mittel und Wege, um Gerechtigkeit durchzusetzen. In diesen Fällen, in denen der Täter zur herrschenden Gruppe gehört, sind Christen ein leichtes Ziel. Ethnische Gruppen sowie Stammesgruppen haben bisweilen Parteien gegründet, die den Islam als einzig wahre Religion betrachten. Der Druck von Stämmen trifft unter Umständen besonders Konvertiten zum christlichen Glauben: Ist bekannt, dass ein solcher Christ muslimischer Herkunft einen Stammeshintergrund hat, kann es passieren, dass andere Christen ihm oder ihr aus Angst nicht helfen, da die Stammesgruppen auch auf behördlicher Ebene großen Einfluss haben.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Politische Parteien, Regierungsbeamte und gewöhnliche Bürger:** Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen Berichten zufolge Christen und „ermutigen“ sie, auszuwandern. Auch haben gewöhnliche Bürger Berichten zufolge im Norden in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, warum immer noch Christen im Irak sind. Indem sie es versäumen, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zu Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen bei. Christen in den kurdischen Gebieten beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems in den Parlamentswahlen von 2018, als kurdische und schiitische Parteien für die fünf Sitze, die für Christen reserviert sind, ihre eigenen christlichen Kandidaten aufstellten. Ethnische, religiöse und paramilitärische Gruppen sowie Stammesgruppen haben bisweilen Parteien gegründet, die den Islam als einzig wahre Religion betrachten. Das Gleiche gilt für die Volksmobilmachungskräfte, eine vom Staat finanzierte irakische Dachorganisation, die etwa 40 Milizen umfasst, hauptsächlich schiitische muslimische Gruppen, aber auch sunnitische muslimische, christliche und jesidische Gruppen. Einige von ihnen bauen politische Arme ihrer militärischen Gruppen auf. Schiitische und sunnitische politische Parteien sind die größte Bedrohung für Christen, während der Druck, der von nationalistischen (beispielsweise kurdischen) Parteien ausgeht, geringer ist. Kontaktpersonen von Open Doors zufolge versuchten einige Regierungsbeamte, einen demographischen Wandel herbeizuführen, indem sie Land und Wohnraum für schiitische und sunnitische Muslime bereitstellten, damit diese in traditionell christliche Gebiete in der Ninive-Ebene, in sunnitische Gebiete in der Provinz Diyala sowie in sunnitische Gebiete in der Provinz Babil umsiedeln. Laut einer lokalen Kontaktperson sind prominente Mitglieder kurdischer Parteien oder ihnen loyale Personen für den Diebstahl von Geld, Eigentum, Land und Fabriken verantwortlich, die Christen in der Autonomen Region Kurdistan gehören. Das Verhältnis zwischen Kurden und Assyrern ist ambivalent. In manchen Fällen sagen assyrische Nationalisten, dass kurdische Parteien versuchen, ihre Dörfer und ihre Region zu dominieren. Aber gleichzeitig haben Kurden Christen unterstützt, indem sie zum Beispiel die Gründung neuer Kirchen erlaubten.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen, Anführer ethnischer Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Andere Verfolger, die alles dafür tun werden, um ihre Macht auszubauen, sind Anführer ethnischer Gruppen (etwa kurdische Leiter), ethnische Milizen (beispielsweise die Schabak) und gewalttätige religiöse Gruppen (wie der IS, Al Kaida und Chorasani). So haben die Schabak und andere Minderheitengruppen Christen an der Rückkehr in ihre Dörfer gehindert und sie vielerorts de facto enteignet.

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen:** Mit vergleichsweise geringerem Druck haben Leiter traditioneller Kirchen manchmal die offizielle Anerkennung neuer christlicher Konfessionen verhindert. In einem Fall hat ein katholischer Leiter seinen Einfluss genutzt, um die Polizei dazu zu motivieren, einen protestantischen Pastor, der in einem traditionell katholischen Dorf tätig war, zu belästigen. Der Pastor und sein Team wurden aufgrund falscher Anschuldigungen festgenommen und der Pastor wurde gezwungen, das Dorf zu verlassen. Einige katholische Kirchen in der Autonomen Region Kurdistan hindern evangelische Christen daran, ihre Toten auf christlichen Friedhöfen zu bestatten.

In Bagdad müssen protestantische Denominationen, die (noch) nicht von der Zentralregierung anerkannt sind, Geld zahlen, um ihre Toten beerdigen zu können; das Land dazu wird vom Staat gestellt und der Friedhof wird von der einzigen anerkannten protestantischen Denomination in Bagdad verwaltet. In der Regierung der Kurdengebiete wird die Abteilung für christliche Angelegenheiten von der Chaldäisch-Katholischen Kirche dominiert, die manche administrativen Vorgänge beeinflusst oder behindert.

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen, die ihre Konfession wechseln (oft von einer traditionellen Kirche zu einer neueren, protestantischen Kirche), werden häufig von Familienangehörigen missbilligend angesehen. Sehr wahrscheinlich wird Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, zu der traditionellen Kirche zurückzukehren.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen, politische Parteien, Regierungsbeamte, Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Gewalttätige religiöse Gruppen, Regierungsbeamte und kriminelle Gruppen sind in Korruption und Verbrechen involviert, durch die Christen ausgebeutet werden. Regierungsbeamte, die Verbindungen zu kriminellen Gruppen haben, missbrauchen ihre Macht und fälschen Dokumente; kriminelle Gruppen verbünden sich mit Immobilienbüros, um sich auf betrügerische Weise Grundstücke von Christen anzueignen – meistens von Christen, die geflohen sind. Das passierte jahrelang und setzt sich in Bagdad immer noch fort. Es ist zudem bekannt, dass Mitglieder der Streitkräfte sich Fabriken aneigneten, die Christen im Süden der Provinz Kirkuk gehört haben.

Selbst im Norden des Irak bleiben die meisten Fälle von Diebstahl christlichen Eigentums ungelöst und die Rechte der Eigentümer werden nicht gewahrt. Im Zentral- und Südirak sind Christen der Bedrohung durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt, die sie zwingen, ihr Land zu verlassen und um ihr Leben zu fliehen. Weitere Beispiele sind Tel Kepe und Bartella in der Ninive-Ebene: In ersterer Stadt leben heute keine Christen mehr, obwohl der Ort bis 2014 eine ausschließlich christliche Bevölkerung hatte; und letztere Stadt ist jetzt mehrheitlich schabakisch (schiitisch) besiedelt, obwohl sie vor dem Eintreffen des IS eine überwiegend christliche Stadt war. In beiden Fällen schufen die Milizen vor Ort vollendete Tatsachen und hielten diese durch ihr Gewaltmonopol aufrecht.

Minderheiten beschwerten sich regelmäßig über diese Situation und die Straflosigkeit der „Besatzer“. Jesiden, Christen sowie lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass Mitglieder der Volksmobilmachungskräfte in der Ninive-Ebene weiterhin Menschen verbal belästigten und körperlich misshandelten, sowohl an Kontrollpunkten als auch in den Städten und deren umliegenden Gebieten, die von den Volksmobilmachungskräften kontrolliert werden. Wie Christen aus der Region im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums angaben, beherrschten die Volksmobilmachungskräfte die Handelswege der Ninive-Ebene, zwangen Händler zur Zahlung von Bestechungsgeldern und kontrollierten Grundbesitz in christlichen Gebieten. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger sind hauptsächlich Menschen, die politische Macht haben beziehungsweise ihr nahestehen, oder schiitische Milizen, die von Iran unterstützt werden. Entführungen von Christen – die in der Ninive-Ebene weniger geworden sind – geschehen auch durch organisierte kriminelle Netzwerke, sowohl aus finanziellen als auch aus religiösen Motiven.

- **Politische Parteien:** Abgesehen von kriminellen Netzwerken und einigen militanten Gruppen waren es auch politische Parteien, die an der Konfiszierung von mehr als 30.000 Grundstücken von Christen in Bagdad und anderen Gegenden beteiligt waren. Das geschah unter Missachtung der Versprechen der Staatskanzlei, die Aneignungen zu untersuchen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Einige Bürger machen sich an dem Prozess der Enteignung christlicher Grundstücke mitschuldig, indem sie diese kaufen und dorthin ziehen. Einzelne Bürger haben zudem Land von christlichen Dörfern beschlagnahmt und begonnen, darauf zu bauen, obwohl Christen offizielle Papiere haben, die beweisen, dass sie die eigentlichen Eigentümer sind. Dies geschieht in verschiedenen Städten in der Autonomen Region Kurdistan, einschließlich der Ninive-Ebene, sowie in Bagdad und Mossul. Schließlich haben Christen und andere nichtmuslimische Minderheiten von Korruption, Vetternwirtschaft und ungleicher Anwendung des Rechts in der Arbeitswelt berichtet, was sich negativ auf die wirtschaftliche Situation von nichtmuslimischen Gemeinschaften auswirkte und einer der Gründe für deren Auswanderung war.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Kurdische Grundbesitzer haben sich in den letzten Jahren ebenfalls in illegaler Weise Land, Bauernhöfe und andere Besitztümer vieler christlicher Familien in der Autonomen Region Kurdistan angeeignet. Diese illegalen Enteignungen wurden von kurdischen Bauern durchgeführt, die einzeln oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedern des Stammes agierten. Dazu gehört insbesondere ein Clan, der dafür bekannt ist, Land von Christen mit Gewalt an sich zu bringen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die meisten Christen im Irak leben im Norden des Landes, in Kurdistan, insbesondere in den folgenden Provinzen: Ninive-Ebene, Erbil, Sulaimaniyya, Dohuk und Kirkuk. In Bagdad und Basra gibt es nur noch wenige Christen. Besonders schwierig ist die Situation für Christen im Süden und im Zentrum des Landes. Die meisten der dortigen Provinzen sind von Christen verlassen worden, mit Ausnahme kleiner Gruppen von Christen muslimischer Herkunft.

Die Verletzungen der Rechte solcher Konvertiten zum christlichen Glauben, besonders in Form von islamischer Unterdrückung und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, sind in arabischen Gebieten tendenziell stärker als in kurdischen. Im Allgemeinen ist die Atmosphäre in den kurdischen Gebieten toleranter gegenüber Andersdenkenden.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden gemäß der Methodik des Weltverfolgungsindex nicht als eigenständige Kategorie betrachtet, da sie im Irak üblicherweise keine unfreiwillig isolierte Gruppe darstellen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen wie die Assyrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche, die Syrisch-Katholische Kirche und die Armenische Kirche sind alle erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit betroffen, sei es durch extremistisch-islamische Gruppierungen oder nichtchristliche religiöse Leiter. Sie werden außerdem von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie etwa ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an

Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Die meisten Christen in der Autonomen Region Kurdistan können christliche Symbole in der Regel problemlos tragen, obwohl Berichten zufolge in seltenen Fällen einige die Kreuze aus ihren Autos entfernt haben, um keine unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen.

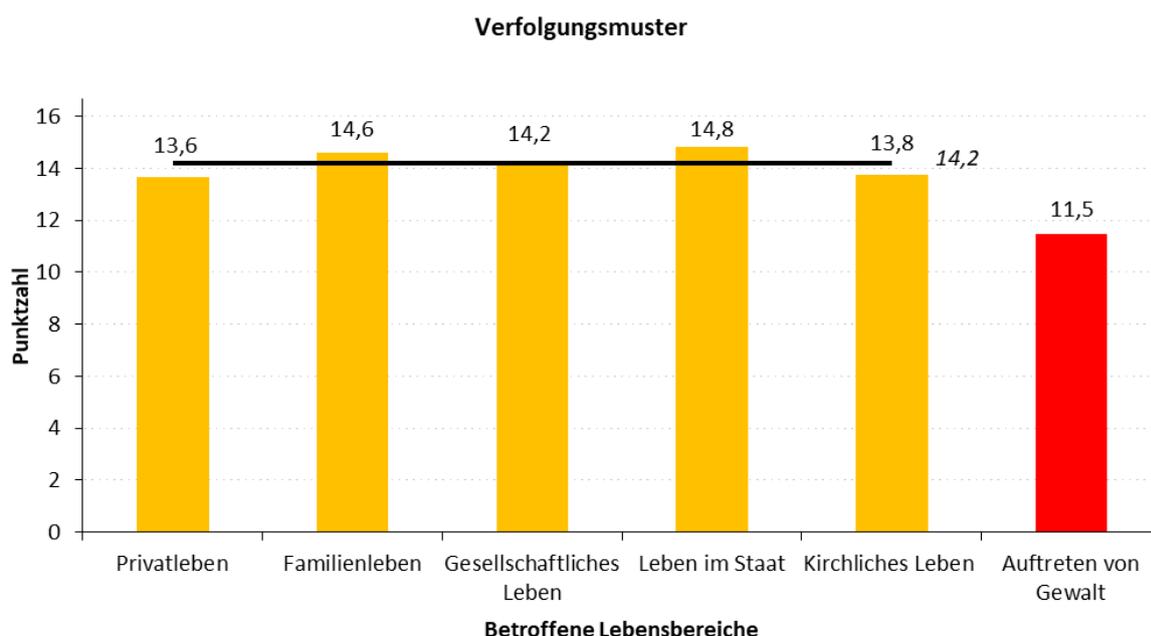
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Dazu gehören Christen mit muslimischem Hintergrund sowie Christen, die aus einer traditionellen Kirche stammen, nun aber zusammen mit protestantisch-freikirchlichen Christen Gottesdienst feiern. Christen muslimischer Herkunft erleben den meisten Druck durch die eigene (Groß-)Familie; sie halten ihren neuen Glauben häufig geheim, da sie riskieren, von ihren Familienangehörigen, Stammesführern und den Menschen in ihrem Umfeld bedroht zu werden. Die Gemeinde zu wechseln (beispielsweise als Christ mit orthodoxem Hintergrund in eine freikirchlich-protestantische Gemeinde zu gehen), wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Ein Bischof weigerte sich, Trauungen von Mitgliedern seiner Kirche durchzuführen, die freikirchlich-protestantische Gemeinden besucht hatten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit durch islamisch-extremistische Gruppierungen und nichtchristliche religiöse Leiter betroffen und erleben Diskriminierungen durch die Behörden. In gewissem Maße sind auch freikirchliche Christen von Widerstand durch die eigene (Groß-)Familie betroffen. Freimütig auftretende Christen werden häufig zu Zielen im Zentral- und Südirak. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten. Für evangelikale Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen einzurichten oder um ausländische Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Irak

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Irak hat weiterhin ein extremes Ausmaß und erreicht mit 14,2 Punkten etwa die gleiche Punktzahl wie im vorherigen Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 (14,1). Der Druck ist in jedem Lebensbereich als „extrem“ einzuordnen, außer im Privatleben, wo er mit einer Wertung von 13,6 Punkten als nur „sehr hoch“ kategorisiert wird. Dies ist typisch für eine Situation, in der viele verschiedene Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken.
- Der Druck durch die islamische Unterdrückung betrifft alle fünf Lebensbereiche, besonders für Christen muslimischer Herkunft. Unterdrückung durch den Clan oder Stamm (verbunden mit islamischer Unterdrückung) betrifft besonders die Lebensbereiche Familienleben und Privatleben. Organisiertes Verbrechen und Korruption wird besonders im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Lebens im Staat sichtbar. Konfessioneller Protektionismus betrifft vor allem das kirchliche Leben, Familien- und Privatleben.
- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen stieg um 5,9 Punkte – und damit von „sehr hoch“ im Weltverfolgungsindex 2020 auf „extrem“ im Weltverfolgungsindex 2021 (11,5 Punkte). Der Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass viel mehr Kirchen geschlossen wurden und auch die Zahl der entführten Christen gestiegen ist.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr gefährlich, mit Angehörigen und anderen Menschen über ihren christlichen Glauben zu sprechen. Die traditionellen Kirchen haben im Lauf der Jahrhunderte erfahren müssen, dass sie außerhalb ihrer Gemeinschaften nicht über den Glauben diskutieren können und keinerlei Aktivitäten durchführen können, die als Evangelisation verstanden werden könnten. Auch wenn Mitglieder anderer christlicher Gemeinschaften mit Nichtchristen über ihren Glauben sprechen, stehen sie immer in der Gefahr, der Evangelisation beschuldigt und deswegen belästigt oder sogar gewalttätig angegriffen zu werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

In einem Land, das stark von religiös motivierter Gewalt geprägt ist (und das in der Vergangenheit sogar von Völkermord betroffen war), besteht immer das Risiko, wegen religiöser Symbole belästigt oder entführt zu werden oder Gewalt zu erfahren. Dies gilt besonders für die zentralen und südlichen Regionen des Landes, aber auch für einige Teile der Ninive-Ebene wie Mossul. Einheimische Christen tragen und zeigen christliche Symbole und Bilder in ihrem privaten und öffentlichen Leben, sofern sie keine Konvertiten sind und auch nicht in einer streng konservativen islamischen Umgebung leben. Für

Konvertiten dagegen würde das bedeuten, ihren Glaubenswechsel zu offenbaren – und wäre deshalb im gesamten Land äußerst riskant, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Das irakische Recht erlaubt es einem Muslim nicht, zu einem anderen Glauben zu konvertieren. Daher ist es für einen ehemaligen Muslim, der dem Islam den Rücken gekehrt hat, nicht möglich, die im Personalausweis eingetragene Religionszugehörigkeit zu ändern. Folglich ist auch ein Christ muslimischer Herkunft weiterhin offiziell als Muslim registriert (und ebenso alle seine Kinder). Abgesehen vom beträchtlichen gesellschaftlichen Druck kommt die stärkste Verfolgung von der Familie des Konvertiten: Sie werden ihn möglicherweise unter Hausarrest stellen und mit Schlägen traktieren sowie ihm andere Gewalt antun und mit Ermordung drohen. Viele Christen muslimischer Herkunft mussten daher fliehen. Das ist auch der Grund, warum viele von ihnen ihren Glauben geheim halten.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Sich mit anderen Christen zu treffen, ist besonders für Christen muslimischer Herkunft gefährlich. Dadurch könnte ihr Glaubenswechsel offenbart werden. Diese Gefahr besteht im gesamten Land, jedoch unterschiedlich stark, je nachdem, in welcher Region die Christen muslimischer Herkunft leben. In den etwas toleranteren kurdischen Gebieten und den christlich geprägten Dörfern der Ninive-Ebene wäre dies weniger riskant als in streng konservativ islamisch geprägten Gebieten.

Familienleben

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Nach dem irakischen Familienrecht, das auf der Scharia basiert, geht das Sorgerecht für Kinder im Allgemeinen an den muslimischen Elternteil. Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden als Muslime betrachtet, und gemäß der Scharia kann ein nichtmuslimischer Elternteil kein muslimisches Kind großziehen. Wenn der Ehemann Christ ist, wird er aufgefordert, das Sorgerecht an die Mutter abzugeben, damit die Kinder nach islamischem Recht erzogen werden können. Wenn die Mutter Christin ist, kann sie das Sorgerecht unter Umständen bis zu einem bestimmten Alter des Kindes auch behalten, doch wahrscheinlicher ist es, dass sie das Sorgerecht für die Kinder an den muslimischen Vater abgeben muss, da die meisten Richter Muslime sind.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Laut Artikel 26 des Gesetzes von 2015 zum Personalausweis werden Kinder unter 18 Jahren mit einem muslimischen Elternteil als Muslime registriert. Das trifft selbst dann zu, wenn die nichtmuslimische Mutter von einem Muslim vergewaltigt wurde und so das Kind gezeugt wurde. Wird ein Kind einmal als Muslim registriert, kann die Religionszugehörigkeit nicht mehr zum Christentum geändert werden. In einigen Fällen hat das dazu geführt, dass Christen ausgewandert sind. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich der gleichen Herausforderung gegenüber, da sie ihre Religionszugehörigkeit nicht offiziell ändern können und ihre Kinder daher automatisch als Muslime registriert werden.

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

All dies ist für Christen muslimischer Herkunft unmöglich, da die Behörden sie weiterhin als Muslime betrachten. Eine Ehe von einem Christen muslimischer Herkunft mit einem Nichtmuslim wird daher nicht anerkannt. Kinder eines solchen Paares würden in allen Aspekten ihres rechtlichen und sozialen Lebens als Muslime behandelt. Dieses Problem wurde noch durch die vom IS praktizierten Zwangskonvertierungen verschärft. Die so zum Islam konvertierten Christen werden nun als Muslime angesehen, weil sie vor Gericht ihre Konversion erklären mussten. Außerdem haben nichtregistrierte Freikirchen keine Möglichkeit, Hochzeiten oder Todesfälle ihrer Mitglieder offiziell beurkunden zu lassen.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Dies gilt besonders für christliche Kinder, deren Eltern einen muslimischen Hintergrund haben. Sie werden als Muslime angesehen und müssen am verpflichtenden Islamunterricht auf allen Bildungsebenen teilnehmen. In einem geringeren Ausmaß kann dies auch einheimische Christen betreffen, besonders in mehrheitlich islamisch geprägten Gegenden unter der irakischen Zentralregierung und in streng konservativen Gegenden wie Mossul. Druck von Lehrern oder anderen Schulkindern kann hierbei eine starke Rolle spielen. Im gesamten Land müssen alle Schulen (auch christliche Schulen) regelmäßigen Islamunterricht anbieten und die Schüler in diesem Fach prüfen. Wer diese Prüfungen nicht besteht, kann nicht in die nächste Klasse versetzt werden. Der nationale Lehrplan ist zudem auf den Islam ausgerichtet – das betrifft nicht nur den Religionsunterricht, sondern beispielsweise auch das Fach Geschichte.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Diskriminierung von Christen ist im Irak weitverbreitet. Die fehlende Rechenschaftspflicht infolge des Krieges und die zahlreichen Milizen, die nicht von der Zentralregierung kontrolliert werden, lassen Verfolger ungestraft. Diskriminierung ist etwas Alltägliches, selbst in den kurdischen Gebieten. Auch die Diskriminierung aufgrund von Kleidungsvorschriften, Kreuzen in Autos und Ähnlichem ist weitverbreitet. In Bagdad und Basra wird auf christliche Frauen aller im Weltverfolgungsindex erfassten christlichen Gemeinschaften Druck ausgeübt, ein Kopftuch zu tragen. Selbst im Norden des Landes (in Dohuk, Zaxo und einigen Gebiete Erbils) wächst der soziale Druck auf Frauen, sich zu verschleiern. Außerdem enthält der Lehrplan für Grundschulen beleidigende Aussagen zu diesem Themenbereich, die Hass und Spaltung fördern, etwa, dass unverschleierte Frauen „krank“ seien. Christliche Frauen trifft dies besonders.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Christinnen muslimischer Herkunft riskieren ihr Leben, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Es kann auch vorkommen, dass sie mit einem Muslim zwangsverheiratet werden. Unter den Frauen aus allen christlichen Gemeinschaften ist die Angst vor Vergewaltigung und anderen Formen von Gewalt weit verbreitet. Solche Gewaltverbrechen können nach sich ziehen, dass die Opfer mit dem Vergewaltiger verheiratet werden, eine Situation, die vom Gesetz unterstützt wird: Vergewaltigung

wird im Irak nicht strafrechtlich verfolgt, wenn der Täter die Frau, der er Gewalt angetan hat, heiratet, um die Familienehre wiederherzustellen. So können Frauen, auch Christinnen, gezwungen werden, den Mann zu heiraten, der sie vergewaltigt hat.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Die Hauptbenachteiligung, die Christen im Bildungsbereich erfahren, ist der Fokus auf den Islam im Bereich der religiösen Bildung und die Nichtbeachtung der anderen religiösen Gemeinschaften und ihres Beitrags zur Geschichte des Irak. Dadurch wird eine Denkweise erzeugt, wonach Christen als Muslimen untergeordnet zu betrachten sind. Christen und andere nichtmuslimische Gemeinschaften werden nicht als eingewurzelter, einheimischer Teil der Geschichte und Kultur des Irak angesehen. Einige der offiziellen Lehrmaterialien an öffentlichen Schulen und Universitäten definieren Christen sogar als Ungläubige und Feinde und rufen zum Dschihad gegen sie auf. Berichten zufolge gibt es zudem nur wenige Christen, die Stipendien oder höhere Positionen innerhalb des Bildungssystems und an Universitäten erhalten. Christliche Studenten beklagen sich, dass einige muslimische Professoren an Universitäten Prüfungen (absichtlich) auf christliche Feste wie Weihnachten und Ostern legen. Assyrische Schulen weisen darauf hin, dass sie benachteiligt werden, indem sie nicht die Fördermittel erhalten, auf die sie Anspruch haben, oder die Schulbücher, die sie benötigen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es im Bereich des öffentlichen Sektors sehr einfach, Christen zu diskriminieren. Selbst hochqualifizierte Christen haben nicht die gleichen Chancen auf Arbeitsplätze oder hochgestellte Positionen. Auch wenn einige Christen wichtige Positionen im Parlament und der Regierung innehaben, fühlen Christen sich generell bei der Vergabe von Regierungsposten und der Besetzung gewählter Positionen unterrepräsentiert, vor allem im öffentlichen Sektor (besonders auf Provinz- und lokaler Ebene). Das schränkt den Zugang ein, den Minderheiten zu den von der Regierung angebotenen wirtschaftlichen Möglichkeiten haben. Für Christen mit muslimischem Hintergrund ist dies noch schlimmer: Sie verlieren im Regelfall ihren Arbeitsplatz, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird (beispielsweise durch Nichtfasten während des Ramadan). In einem solchen Fall erhalten sie keinerlei Arbeitszeugnis oder amtliche Unterlagen, weshalb sie es sehr schwer haben, eine neue Stelle zu finden, besonders bei größeren Unternehmen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Auch wenn die Verfassung grundlegende Menschenrechte und die Religionsfreiheit anerkennt und der Irak alle Abkommen und Vereinbarungen zu Menschenrechten unterschrieben hat, gibt es mehrere Gesetze, die gegen die Prinzipien verstoßen, die Christen Religionsfreiheit gewähren sollen. Beispielsweise legt die Verfassung fest, dass der Irak ein islamisches Land ist und kein Gesetz erlassen werden darf, das dem Islam oder islamischen Grundsätzen entgegensteht. Das Gesetz erlaubt die Konversion von einem anderen Glauben zum Islam, aber erlaubt nicht die Konversion vom Islam zu einem anderen Glauben beziehungsweise erkennt diese nicht an. Das Gesetz zu Personalausweisen legt fest, dass alle Kinder einer Person als Muslime gelten, wenn sie zum Islam konvertiert, selbst alle Kinder aus einer früheren Ehe. Nach dem Personenstandsgesetz geht in einer Ehe, in der einer der

Ehegatten Muslim ist, das Recht auf Scheidung, Sorgerecht und Erbschaft fast automatisch auf die muslimische Partei über.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Repräsentanten christlicher Gemeinschaften beklagen immer wieder, dass sie im öffentlichen Sektor unterrepräsentiert sind, besonders auf Provinz- und lokaler Ebene. Christen in den kurdischen Gebieten beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems in den Parlamentswahlen von 2018, als kurdische und schiitische Parteien für die fünf Sitze, die für Christen reserviert sind, ihre eigenen christlichen Kandidaten aufstellten. Allgemein gesprochen verhält es sich wie im Großteil des Nahen Ostens: Christen wird nicht erlaubt, die höchsten Ämter in bestimmten Institutionen, wie dem Militär, zu bekleiden. Manchmal wurden Christen aufgefordert, Muslime zu werden, um eine Beförderung zu erhalten.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Die meisten Verfolger von Christen werden nicht für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Dadurch werden Christen mit muslimischem Hintergrund sogar noch angreifbarer, besonders in Bezug auf „Ehrenverbrechen“ innerhalb der Familie. Die Regierung übt keine Kontrolle über die Milizen aus, die im Land aktiv sind, besonders in der Ninive-Ebene. Enteignungen, Zerstörungen, Entführungen und Morde in der IS-Zeit und auch in der Zeit danach wurden nicht strafrechtlich verfolgt. Trotz der großen Anzahl christlicher Häuser und Grundstücke, die beschlagnahmt wurden (offizielle Zahlen schätzen, dass dies 78 Prozent aller Grundstücke von Christen betrifft, die das Land verlassen haben), wird kaum jemand dafür bestraft.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

In Gerichten erleben Christen die gleiche Diskriminierung wie im öffentlichen Leben und in der Politik. Sie werden als Bürger zweiter Klasse behandelt, sofern sie nicht persönliche Beziehungen zu höheren Regierungsebenen haben.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Laut Kontaktpersonen von Open Doors im Irak hetzen nichtchristliche religiöse Führer regelmäßig gegen Christen, etwa in Predigten in Moscheen. Dies kann unmittelbar zu Gewalt gegen Christen führen. Christen sind außerdem regelmäßig Gegenstand von Hassreden und Hetzkampagnen im nationalen Fernsehen und online durch extremistische Gruppierungen.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Es ist nicht möglich, Christen muslimischer Herkunft in eine Kirche in dem Ort zu integrieren, aus dem sie stammen. Meist müssen christliche Konvertiten ihren Heimatort aus Sicherheitsgründen verlassen und andere Christen in der Anonymität einer Großstadt kennenlernen – oder das Land ganz verlassen. Wird bekannt, dass eine Kirche Konvertiten aufnimmt, gerät sie ins Visier der Behörden oder extremistischer Gruppen und wird möglicherweise geschlossen. Eine Ausnahme stellen hierbei die Kurdengebiete dar, wo es einigen kurdischen Kirchen möglich war, Kurden aufzunehmen. Doch trotz

der etwas größeren Freiheit werden sie auch hier genau überwacht und sind einer gewissen Gefahr ausgesetzt.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Es ist generell schwierig für Kirchen oder christliche Organisationen, die Stimme gegen ihre Verfolger zu erheben. Nur wenn es um die Verbrechen geht, die vom IS begangen wurden, ist dies möglich. Im Irak sind die Anstifter größerer Verfolgungshandlungen üblicherweise hochrangige religiöse und politische Führer mit beachtlichem Einfluss und militärischer Macht. Christliche Leiter sind sehr vorsichtig darin, wie sie Kritik und Anschuldigungen formulieren. Leiter, die sich in der Vergangenheit diesbezüglich klarer geäußert haben, versuchte man mit Drohungen mundtot zu machen. Einige, die die Regierung, ihre Milizen oder ihre politischen Parteien kritisiert haben, wurden getötet.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Ist eine Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft bekannt, wird sie mit großer Sicherheit überwacht und gestört oder es wird versucht, sie zu zerschlagen. Hierbei gibt es einige wenige Ausnahmen in den kurdischen Gebieten, doch trotz der etwas größeren Freiheiten werden auch hier Christen muslimischer Herkunft genau überwacht. Das christliche Leben in Teilen der Ninive-Ebene ist mehr oder weniger ausgestorben: Mossul, Tel Keppe und andere Orte waren einst die Heimat lebendiger christlicher Gemeinden, aber das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die allermeisten Kirchen sind noch immer Ruinen, eine Unterstützung der Regierung zum Wiederaufbau der christlichen Gemeinschaften in der Ninive-Ebene gibt es nicht. Berichten zufolge werden etliche Kirchen überwacht, insbesondere diejenigen, die zu den neueren, protestantischen Freikirchen gehören.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Jugendarbeit ist nur innerhalb von Kirchengebäuden erlaubt. Auch Jugendcamps oder ähnliche Events können nur innerhalb der Mauern eines kirchlichen Gebäudes stattfinden und sind außerhalb davon nicht gestattet. Die Arbeit mit Jugendlichen darf nur auf christliche Jugendliche ausgerichtet sein, Arbeit unter der mehrheitlich muslimischen Jugend ist nicht möglich. Nichtregistrierte christliche Gemeinschaften, die sich in Häusern oder Läden treffen, können Probleme mit der lokalen Polizei bekommen, wenn muslimische Nachbarn solche Treffen in ihrer Nähe nicht haben wollen.

Auftreten von Gewalt

Einschränkende Vorbemerkung: In den chaotischen Umständen des Krieges ist oft nicht klar ersichtlich, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Vorfälle, die als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden könnten, werden hier nicht aufgeführt. Dazu gehören Vorfälle, bei denen bei Kämpfen zwischen Regierungs- und Rebellenstruppen entweder Christen verletzt wurden oder das Eigentum von Christen beschädigt wurde. Oft vermischen sich verschiedene Motive für Angriffe und schließen Machtmechanismen ein, doch eine christenfeindliche Motivation kann umgekehrt auch nicht ausgeschlossen werden. Für die Auswertung im Rahmen des Weltverfolgungsindex wurden nur Vorfälle herangezogen, 1.) bei denen es den Tätern im Voraus klar war, dass christliche Zivilisten betroffen sein werden (zum Beispiel, wenn ein mehrheitlich christliches Dorf angegriffen wurde), und 2.) bei denen die örtliche christliche Gemeinschaft annimmt, dass christenfeindliche Motive vorlagen, weil die Angreifer wie beispielsweise der IS oder andere gewalttätige islamistische Gruppen einer christenfeindlichen Ideologie folgen.

Im Falle der türkischen Militäroffensive im Nordirak gelten die folgenden Überlegungen: Es war im Voraus bekannt, dass überwiegend christliche Dörfer angegriffen werden sollten. Die Türkei behauptete, sie habe PKK-Kämpfer angegriffen, aber den Christen in der Region zufolge befinden sich diese nicht in ihrem Gebiet. Außerdem spielt eine islamistische Ideologie eine Rolle: In Bezug auf die militärische Operation der Türkei in der Region erklärte Erdogan in einer Rede im August 2020, dass die „türkische Armee des Islam“ nicht Gebiete besetze, sondern „Allahs Gerechtigkeit bringe“ und sich das nehme, was ihr in dem Gebiet zustehe, denn ihre Zivilisation sei „eine der Eroberung“. Schließlich sind unter der betroffenen christlichen Bevölkerung in der Region viele Nachkommen derer, die dem türkischen Völkermord von 1915 entkommen sind; sie haben den starken Eindruck, wieder einmal das Ziel eines groß angelegten Angriffs auf ihre Gemeinschaft geworden zu sein.

- **Getötete Christen:** Es gab Berichte, dass zwei Christen mit muslimischem Hintergrund getötet wurden. Aus Sicherheitsgründen können hierzu keine weiteren Details genannt werden. Ein dritter Christ wurde in einem Juweliergeschäft in Bagdad ermordet.
- **Angegriffene oder geschlossene Kirchen und christliche Gebäude:** Mindestens zehn Kirchen wurden geschlossen, nachdem überwiegend christliche Dörfer als Folge der türkischen Angriffe im Norden geräumt wurden. In Wirklichkeit dürfte die Gesamtzahl der aus diesem Grund geschlossenen Kirchen aber höher sein.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens sechs Christen wurden ohne Anklage festgenommen und später wieder freigelassen. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Details genannt werden.
- **Angegriffene oder beschlagnahmte Häuser und Besitztümer von Christen:** Dies betrifft vor allem Landraub durch schiitische Milizen sowie die Bombardierung christlicher Dörfer durch türkische Streitkräfte. Im Nahla-Tal, einer nordirakischen Region, in der ethnische Assyrer leben, ebnete im Juli 2020 ein Gerichtsbeschluss den Weg für die Enteignung von Land und Gebäuden von 117 christlichen Familien. Die chaldäischen, syrischen und assyrischen christlichen Familien wurden in den letzten Jahren von kurdischen Landbesitzern illegal enteignet. Eine frühere Gerichtsentscheidung, welche ihre Rechte an dem Eigentum bestätigt hatte, wurde gekippt.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Mehr als 200 Christen wurden aufgrund der türkischen Militäroperation in der Region aus ihren Dörfern und Häusern in Zaxo vertrieben. Schließlich gab es auch mehrere Christen mit muslimischem Hintergrund, die wegen ihres Glaubens ihre Häuser verlassen mussten und untergetaucht sind.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak unter Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz leiden, sind Jesiden, Kakai, Mandäer, Bahai, Zoroastrier und Juden. Es ist bekannt, dass insbesondere Jesiden durch den IS Gräueltaten erlitten haben. Es wurden mehr jesidische Frauen und Mädchen vom IS als Sexsklavinnen gefangen genommen als christliche. Auch wurden durch den IS mehr Jesiden als Christen ermordet. Die Organisation der nicht repräsentierten Nationen und Völker (UNPO für „Unrepresented Nations and People's Organization“) berichtete am 7. Juni 2018, dass im „August 2014 etwa 3.100 Jesiden im Sindschar-Gebirge getötet wurden, während 6.800 entführt wurden, um entweder Sexsklavinnen oder Kämpfer zu werden“. Nach dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019 werden immer noch fast 3.000 jesidische Frauen und Mädchen vermisst. Wenig bis gar nichts wurde unternommen, um die Täter des Völkermords an

den Jesiden vor Gericht zu stellen oder die Minderheit dabei zu unterstützen, sich in Sindschar und ihren anderen ehemaligen Wohngebieten im Irak wiederanzusiedeln, trotz der Forderungen jesidischer Führer. Derzeit sind sie durch türkische Luftangriffe in der Sindschar-Region bedroht und werden darüber hinaus durch verschiedene Milizen bedrängt; dadurch wird es für sie unmöglich, sich nach dem IS wieder ein neues Leben aufzubauen. Die Türkei hat die Sindschar-Region seit 2017 ins Visier genommen, auch durch eine Reihe von Luftangriffen im Jahr 2020. Zwei Drittel der jesidischen Binnenflüchtlinge sind immer noch nicht zurückgekehrt und „erdulden weiterhin in mehr als 15 Lagern in der Region Kurdistan im Nordirak ein herausforderndes Leben“, wie die „Commission on International Religious Freedom“ der Vereinigten Staaten (USCIRF) 2019 erklärte.

Obwohl die Verfassung die Religionsfreiheit für Christen, Jesiden und Mandäer garantiert, beschützt sie nicht ausdrücklich Anhänger anderer Religionen und Atheisten. Die Bahai-Religion und der wahhabitisch-sunnitische Islam sind per Gesetz verboten. Bahai werden als Abtrünnige vom Islam gesehen und erfahren noch stärkeren Druck als die meisten Christen, mit Ausnahme von Christen muslimischer Herkunft. Das Praktizieren der Bahai-Religion kann mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren bestraft werden. Dieses Verbot wird in der Autonomen Region Kurdistan jedoch nicht durchgesetzt, wo die Bahai-Religion als Religion anerkannt ist. Auch in anderen Teilen des Landes wird dieses Gesetz im Allgemeinen nicht angewandt.

Juden dürfen gemäß dem Strafgesetzbuch keine Arbeitsstellen im Dienst der Regierung haben (etwa in staatlichen Unternehmen) oder der Armee beitreten. Die weitverbreitete Diskriminierung der wenigen im Irak verbliebenen Juden führt dazu, dass sie sich aus Angst vor Gewalt nicht öffentlich als solche bekennen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Syrien: Platz 12

Kurze Zusammenfassung

Da sie in der Öffentlichkeit leicht als kirchliche Amtsträger erkennbar sind, sind die Leiter traditioneller Kirchen besonders gefährdet. Gerade in Gebieten, in denen islamistische Milizen aktiv sind, ist das Risiko von Entführungen oder Angriffen sehr hoch. Auch Baptisten, evangelikale und Pfingstgemeinden sind in dieser Hinsicht verwundbar. Dazu trägt ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit bei: Sie sind bekannt dafür, westlich ausgerichtet zu sein, das Evangelium weiterzugeben und in verschiedene Richtungen aufgesplittet zu sein, keine starke Leiterschaft zu besitzen und keine prominenten Fürsprecher im Ausland zu haben, wie etwa den Papst oder einen Bischof, der öffentlich für sie eintreten könnte.



In den von islamisch-extremistischen Gruppen beherrschten Gebieten sind die meisten Gebäude traditioneller Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich gezeigt werden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder einen absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es wegen des Krieges weniger Kontrolle über Christen. Doch mit der Zurückgewinnung der Macht der Behörden geht auch eine zunehmende Kontrolle von potenziellen Regimekritikern und anderen einher, die die gesellschaftliche Stabilität gefährden könnten (wie Christen muslimischer Herkunft). Wofür Denominationen, Kirchengemeinden und lokale Gemeindeleiter jeweils politisch stehen, hat signifikanten Einfluss auf das Maß an Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident al-Assad kämpfen.

Die Haltung der syrischen Regierung gegenüber Kirchen hängt davon ab, zu welcher christlichen Gemeinschaft sie gehören. Hier zeigt sich klar, dass bei der Behandlung von traditionellen Kirchen im Vergleich zu evangelikalen Gemeinden mit zweierlei Maß gemessen wird. Das bedeutet nicht, dass traditionelle Gemeinschaften nicht von Zeit zu Zeit unter Druck vonseiten der Behörden stehen. Sie haben jedoch bessere Möglichkeiten, sich zu verteidigen und für ihre Rechte zu kämpfen. Gelegentlich kommt es auch vor, dass sie diese Möglichkeiten nutzen, um das Wachstum protestantischer Freikirchen zu behindern.

Christen muslimischer Herkunft werden besonders von ihren Familien unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam eine große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in den meisten von Sunniten bewohnten Regionen, wo ihnen die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. In den Kurdengebieten der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (auch als „Rojava“ bekannt) ist der von der Familie ausgehende Druck weniger stark, da kurdische Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind.

Im Norden des Verwaltungsbezirks Aleppo gibt es sogar anerkannte kurdische christliche Gemeinschaften, ebenso in anderen großen Städten im Nordosten Syriens. Christen muslimischer Herkunft können in kurdischen Gebieten ihre Religion legal wechseln. Diese günstigen Bedingungen sind seit dem Einmarsch der türkischen Streitkräfte im Oktober 2019 ausgehöhlt worden; inzwischen wurden praktisch alle von der Autonomieverwaltung vorgenommenen Verbesserungen der

Religionsfreiheit in den nun unter türkischer Kontrolle stehenden Gebieten wieder rückgängig gemacht.

Laut einer Anhörung der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) vom Juni 2020 mit dem Titel „Sicherung der Religionsfreiheit im Nordosten Syriens“ haben türkische Streitkräfte Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten, darunter Christen und Jesiden, angegriffen, ermordet, entführt, vergewaltigt, inhaftiert und ihre religiösen Stätten zerstört. Zudem bringen sie syrische Binnenflüchtlinge, die vorwiegend sunnitische Araber sind, aus anderen Teilen Syriens in diese Gebiete, damit sie in den Häusern der Flüchtlinge aus Minderheiten leben können. Dies bewirkt eine erhebliche Veränderung der Demografie, die Christen und andere Minderheiten davon abhalten soll, in ihre Dörfer zurückzukehren. Aus Afrin gibt es Berichte, dass von der Türkei unterstützte Truppen nun kurdische Christen ins Visier nehmen, insbesondere Christen muslimischer Herkunft.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	81	12
2020	82	11
2019	82	11
2018	76	15
2017	86	6

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mit einer Wertung von 81 Punkten belegt Syrien Rang 12 auf dem Weltverfolgungsindex 2021. Das bedeutet einen Punkt weniger im Vergleich zum Vorjahr. Der Druck auf Christen hat jedoch das gleiche Ausmaß wie im Weltverfolgungsindex 2020 – der Rückgang der Punktzahl ist auf eine leicht gesunkene Zahl gewalttätiger Vorfälle zurückzuführen. Dennoch liegt der Wert für Gewalt weiterhin im extremen Bereich. Während des aktuellen Berichtszeitraums wurden beispielsweise neun Christen aufgrund ihres Glaubens getötet – gegenüber zehn im Vorjahr. Es gab zudem weniger Fälle von Entführungen; und eine Zwangsehe weniger wurde gemeldet.

2. Trends und Entwicklungen

1) Syrische Christen sind gefangen im Kreuzfeuer von Kriegsparteien

Das politische Klima im Land ist nach wie vor fragil. Sowohl Interventionen von Drittländern als auch Menschenrechtsverletzungen sind in extremem Ausmaß zu beobachten. Die Kämpfe gehen vor allem im Nordwesten des Landes weiter, wo von der Regierung kontrolliertes Gebiet an Regionen grenzt, die von Rebellenmilizen beherrscht werden, sowie im Nordosten zwischen den von der Türkei unterstützten Kräften und dem Bündnis „Syrian Democratic Forces“ (SDF).

2) Die wirtschaftliche Situation bleibt sehr anfällig

Die wirtschaftliche Zerstörung des Landes, die durch die Jahre des Bürgerkriegs verursacht wurde, hat staatliche Institutionen und ihre Fähigkeit, Dienstleistungen zu erbringen, erheblich beeinträchtigt. Das syrische Pfund (SYP) hat Ende 2019 eine starke Abwertung erfahren, die sich negativ auf die

wirtschaftliche Situation der Mehrheit der Syrer auswirkt. Darüber hinaus werden die sozioökonomischen Auswirkungen der Coronakrise die Situation wahrscheinlich noch verschlimmern.

3) Zunehmende Sicherheit in von der Regierung kontrollierten Gebieten bedeutet zunehmende Kontrolle

Da die Position des Regimes stabiler wird, verbessert sich die Sicherheit in den von der Regierung kontrollierten Gebieten. Doch dies hat auch einen Nachteil: Die Kontrolle über alle Zivilisten hat sich verstärkt. Das betrifft auch die Christen – insbesondere Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Freikirchen. In den kurdischen Gebieten im Norden Syriens, wo Christen (selbst Christen muslimischer Herkunft) zuvor relativ große Freiheit hatten, hat der Druck auf Christen im Berichtszeitraum zugenommen. Das rührt von einer verstärkten islamischen Atmosphäre unter den Beamten der kurdischen Behörden her.

4) Auswanderung in großem Stil hat weitreichende Folgen

Besonders die Ausreise junger Männer aus dem Land hat schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Folgen. Syrische Christen berichten, dass das Verhältnis von Männern zu Frauen im Land bei 1:7 liegt – und in christlichen Gemeinschaften ist das Verhältnis sogar noch drastischer. Angesichts der herrschenden Armut und des Mangels an (jungen) Männern als Arbeitskräften, stehen christliche Frauen unter hohem Druck, Arbeit zu finden. Dabei sind sie der Gefahr ausgesetzt, ausgebeutet und missbraucht zu werden. In konservativeren, sunnitisch geprägten Gebieten wird Frauen üblicherweise nicht die Möglichkeit gegeben, diese Lücke in der Arbeitswelt zu füllen.

5) Die Zukunft für syrische Christen bleibt unsicher

Obwohl der „Islamische Staat“ (IS) viele Gebiete verloren hat, bleibt die Zukunft für die Christen in Syrien unsicher. Abgesehen davon, dass IS-Zellen weiter aktiv und präsent sind, hat der gesellschaftliche Zusammenhalt zwischen den religiösen Gruppen abgenommen und es ist Misstrauen entstanden. Um Heilung zu schaffen, ist mehr als ein militärischer Sieg vonnöten.

3. Religiöse Situation im Land

Aufgrund des Krieges und der Vertreibung ist es nicht möglich, ein genaues Bild der aktuellen religiösen Demografie Syriens zu zeichnen. Syrien ist mehrheitlich muslimisch geprägt. Laut der World Christian Database (WCD) sind 94,3 % der Bevölkerung Muslime. Der Anteil der Christen liegt bei 3,6 % der Gesamtbevölkerung. Laut dem CIA World Factbook sind 74 % der Muslime in Syrien Sunniten und 13 % Alawiten, Ismailiten oder Schiiten.

Eines der Hauptmerkmale der Christen Syriens ist ihre komplizierte ethnische und religiöse Identität. Die geografische Konzentration von Christen in strategischen Gebieten des Landes war auch ein wichtiger Faktor für ihre Verwundbarkeit: Die Gebiete um Aleppo und Damaskus sowie die südlichen Gebiete des Verwaltungsbezirks Homs nahe der libanesischen Grenze waren für die Kriegsanstrengungen sowohl der Regierung als auch der Opposition von entscheidender Bedeutung.

Middle East Concern (MEC) schreibt:

- „Die christlichen Gemeinden Syriens stehen im Kontext des aktuellen Konflikts vor vielfältigen Herausforderungen. Im größten Teil des Landes, der unter staatlicher Kontrolle steht, genießen Christen einen einigermaßen guten Stand in der Gesellschaft, obwohl für anerkannte christliche Gemeinschaften einige Einschränkungen gelten. Das betrifft insbesondere Aktivitäten, die als Evangelisation ausgelegt werden könnten. Die Ausstattung des Ministeriums für religiöse Stiftungen mit erweiterten Befugnissen im Oktober 2018, angeblich um Extremismus zu verhindern und Mäßigung zu fördern, sorgte für Unruhe bei einigen christlichen Leitern. Sie brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der gestiegene Einfluss der islamischen Behörden andere Glaubensgruppen bedrohen könnte.“
- „Viele derjenigen, die aus von der Regierung kontrollierten Gebieten geflohen sind, wollten so der Einberufung zum Militärdienst entgehen; darunter waren auch Christen. Christen in Syrien gelten weithin als regierungsfreundlich – oft zu Recht, nicht zuletzt aus Angst vor den Nachteilen, die die regierungsfeindlichen Alternativen mit sich bringen könnten. Diese Wahrnehmung trägt zu einem allgemeinen Klima der Toleranz gegenüber Christen in Regierungsgebieten bei, erhöht aber ihre Verwundbarkeit in Gebieten, die von Oppositionsgruppen kontrolliert werden. In diesen Gebieten gab es immer wieder Angriffe auf Christen, ihr Eigentum und Kirchengebäude, so dass hier nur noch wenige von ihnen übriggeblieben sind. Die Massenvertreibung von Christen wurde nach der militärischen Niederlage des IS in seinen Hochburgen ar-Raqqa und Deir ez-Zor Ende 2017 nicht rückgängig gemacht, und fünf christliche Leiter, die 2013 von islamisch-extremistischen Gruppen entführt wurden, sind nach wie vor unauffindbar.“
- „In den mehrheitlich kurdischen Gebieten haben die einheimischen christlichen Gemeinden vernünftige Lebensbedingungen. Einige Kirchenleiter haben sich jedoch besorgt darüber geäußert, dass die aggressiven Bemühungen um die Wahrung der kurdischen Identität die christlichen Gemeinden zeitweise an den Rand gedrängt oder ihnen Zwänge auferlegt haben. Dies hat jedoch nicht mit dem Glauben zu tun, sondern liegt an dem ethnischen Hintergrund der traditionellen Kirchen, wie etwa der syrischen Identität der Orthodoxen Kirche im Nordosten.“
- „In allen Regionen gibt es starken Druck von Familie und Gesellschaft auf diejenigen, die sich entscheiden den Islam zu verlassen. In extremen Fällen kann die Reaktion darauf gewalttätig sein. Wer als ‚Abgefallener‘ eingestuft wird, dem drohen vor Personenstandsgerichten der Scharia Strafen wie Zwangsscheidung und Entzug des Sorgerechts. Die höchste Gefahr droht diesen Konvertiten in den Gebieten, die von der Opposition kontrolliert werden.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Syrien ist islamische Unterdrückung. Sie liegt den meisten Gräueltaten gegen Christen zugrunde. Militante Anhänger islamisch-extremistischer Gruppen wie von der Al Kaida verbundenen Gruppe „Hayat Tahrir al-Scham“ (HTS) oder von „Dschaisch al-Islam“ sowie Mitglieder der von der Türkei unterstützten oppositionellen Gruppen sind derzeit die stärksten Verfolger im Bereich dieser Triebkraft in Syrien. Im Nordwesten Syriens und über den nördlichen Teil des Landes bis al-Hasaka und Kamischli operieren sie offen.

Vor dem Bürgerkrieg hatten Christen relativ viel Freiheit, ihren Glauben zu leben. Das änderte sich mit dem Auftreten islamisch-extremistischer Gruppierungen. Das Kalifat des IS schloss Ende 2014 große Teile Syriens und des Irak ein, und eine strenge Version der Scharia-Gesetze wurde eingeführt. Im März 2019 wurde das IS-Kalifat endgültig zerstört. Die Gefahr von Vergeltungsschlägen durch den IS existiert jedoch weiterhin; die Gruppe führt immer wieder ausgeklügelte Angriffe in großen Teilen Syriens durch. Im Jahr 2020 konnten sich die Kämpfer des IS in den Wüsten von Syrien und des Irak neu organisieren.

Die türkischen Militäroperationen, die 2016 begannen, führten zur Besetzung von Gebieten im nördlichen Teil des Verwaltungsbezirks Aleppo, in Idlib und – seit Oktober 2019 – in der sogenannten „sicheren Zone“ in Nordsyrien entlang der syrisch-türkischen Grenze. Rebellen, zu denen auch streng islamistische Gruppen gehören, wurden in die Nähe der türkischen Grenze im Norden getrieben. Die Türkei benutzt arabische islamistische Kämpfer, um die kurdischen Gebiete zu kontrollieren. Militante Islamisten kontrollieren derzeit ungefähr 15 % der Einwohner Syriens.

Islamische Unterdrückung ist jedoch auch in Gebieten präsent, die von der Regierung kontrolliert werden, und betrifft insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Sie erfahren Verfolgung vonseiten ihrer Familie und ihres sozialen Umfelds. Ein gewisser Druck wird auch auf gebürtige Christen ausgeübt. In christlichen Vierteln Aleppos erschienen während des Ramadan 2019 beispielsweise Poster, die christliche Frauen dazu aufforderten, sich zu verschleiern. Dazu kommt, dass eine der Hauptquellen für die syrische Rechtsprechung die Scharia-Gesetzgebung ist, was es Muslimen unmöglich macht, eine andere Religion anzunehmen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die in Syrien herrschende Stammeskultur ist von der Loyalität gegenüber dem eigenen Stamm oder der Familie sowie den alten Normen und Werten bestimmt. Wie in vielen Ländern des Nahen Ostens ist die Stammeskultur stark vom Islam beeinflusst. Dies wirkt sich besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus. Die Stärke dieser Verfolgungstriebkraft variiert je nach Größe einer Stadt und nach Region. Die kurdischen Gebiete im Norden sowie die Wüstenregionen in der Landesmitte sind besonders stark betroffen, ebenso der Süden des Landes.

In südlichen Regionen wie Daraa, as-Suwaida und der umliegenden Landschaft gibt es viele drusische Gemeinschaften. Entscheidet ein Druse sich, Jesus nachzufolgen, stellt sich die Familie üblicherweise gegen diese Entscheidung, da sie ihre Sicherheit als ethnische und religiöse Minderheit dadurch bedroht sieht. Für vielen Drusen sind die Kontrolle der Familie, die Werte und das Erbe von größerer Bedeutung als die Gesetze des Staates. Die Regeln der Familie zu befolgen, ist daher sehr wichtig.

Diktatorische Paranoia

Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile Syriens kontrollieren und entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Dazu gehören auch die von der Türkei unterstützten Truppen, mit denen der türkische Präsident Erdogan das Ziel verfolgt, die glorreichen Tage des Osmanischen Reichs wiederherzustellen. Seit Oktober 2019 haben die Türkei und von der Türkei unterstützte Gruppen Angehörigen der kurdischen und der christlichen Minderheiten in al-Hasaka mehrfach das Wasser abgestellt; davon betroffen waren auch die umliegenden ländlichen Gebiete, in denen mehr als eine Million Menschen wohnen. Damit sollen sie zur Unterwerfung gezwungen werden. Wasser ist lebensnotwendig – ganz besonders während der Covid-19-Pandemie.

Vonseiten der syrischen Regierung zeigt sich diktatorische Paranoia vor allem in dem Verhalten der Regierungsbeamten, die Kirchen überwachen, beispielsweise, in dem sie Predigten auf politische Inhalte hin überprüfen. Auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs war dies weniger verbreitet, aber jetzt, da Präsident al-Assad seinen Zugriff auf die von der Regierung kontrollierten Gebiete verschärft hat, wird wieder mehr Überwachung gemeldet. Die Behörden versuchen auch, den Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen oder einem anderen Glauben zu verhindern, da ein Glaubenswechsel als Bedrohung für die innere Stabilität und als Quelle für gesellschaftliche Konflikte gesehen wird. Das wichtigste Ziel der Regierung ist es, die gesellschaftliche Stabilität zu sichern; dem Schutz religiöser Minderheiten wie den Christen wird erheblich weniger Bedeutung beigemessen. Die Regierung geht vor allem dann gegen religiöse Gruppen wie Christen vor, wenn sie oder eine andere lokale Institution sie als Bedrohung für den Status Quo wahrnimmt. Dazu können die Weitergabe des Evangeliums oder kirchliche Angebote für Muslime zählen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist stark in der syrischen Gesellschaft verbreitet und ist zum Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden. Auf dem Anti-Korruptionsindex von Transparency International für 2019 wird Syrien als das drittkorrupteste Land weltweit aufgeführt. Diese Triebkraft ist in Syrien im Kontext des Bürgerkrieges zu sehen, durch den Anarchie und Straffreiheit Einzug gehalten haben. Sogar der Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe wird durch Korruption beeinträchtigt. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise durch Entführungen mit Lösegeldforderungen. Davon sind Syrer verschiedener religiöser Hintergründe betroffen. Für die Entführung von Christen gibt es finanzielle, aber auch politische und ideologische Motive. Christen stehen in dem Ruf, wohlhabend und regimetreu zu sein. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren nichtmuslimischen Minderheit sind. Christen haben keine politische Macht oder Beziehungen zu Personen in hohen Ämtern, weshalb sie ein „leichtes Ziel“ sind.

Organisiertes Verbrechen und Korruption sind vor allem in den vom türkischen Militär und von islamischen militanten Gruppen besetzten Gebieten sowie in den drusisch dominierten Gebieten im Süden verbreitet, wo Banden und bewaffnete Gruppen aktiv sind; betroffen sind auch Gebiete mit einem hohen Anteil an Alawiten. In den beiden erstgenannten Regionen hat die Regierung keinen oder nahezu keinen Einfluss. Ein eindeutiges Beispiel für diese Triebkraft war die Beschlagnahmung Hunderter Häuser und Geschäfte von Christen durch islamistische Kämpfer im Nordwesten und Nordosten Syriens zwischen Oktober 2019 und Januar 2020. Latakia zählt zu den mehrheitlich von Alawiten bewohnten Gebieten. Doch auch dort ist die Entführung junger Christen zu einer der größten Sorgen für christliche Familien geworden. Dabei wird Latakia oft als eine der ruhigen Gegenden des Landes betrachtet, die nicht viel vom bewaffneten Konflikt in anderen Teilen Syriens mitbekommt. Einige Christen beschuldigen Sicherheitskräfte, sich an diesen Verbrechen zu beteiligen, um so Geld zu verdienen.

Im Allgemeinen haben die zunehmende Armut und die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, die aus den Covid-19-Maßnahmen resultieren, zu einem dramatischen Anstieg der Kriminalität (einschließlich Raubüberfällen) geführt. Während der Zeit des Lockdowns und dem daraus resultierenden Fehlen von staatlicher Kontrolle hat Korruption in Form inflationärer Preisanstiege ebenfalls zugenommen.

Konfessioneller Protektionismus

Während des Krieges sind viele Beziehungen zwischen traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen entstanden. Meist wurden diese Beziehungen durch persönliche Kontakte zwischen Priestern und Pastoren geknüpft. Einige Leiter traditioneller Kirchen lehnen Beziehungen zu protestantischen Freikirchen jedoch ab. Sie beschuldigen einzelne Mitglieder protestantischer Freikirchen, ihr Heimatland zu verraten und westliche politische Ziele zu verfolgen. Dadurch lenken sie den Verdacht der Behörden auf diese Christen.

In den vergangenen Jahren hat die Orthodoxe Kirche aufgrund ihrer Verbindungen nach Russland verstärkt Unterstützung durch die Regierung erfahren. Dies hat ihren Einfluss auf staatliche Entscheidungen, die evangelikale Gemeinden betreffen, erhöht (beispielsweise im Bereich der behördlichen Genehmigung für die Durchführung von Konferenzen oder für den Bau von Kirchengebäuden). Als Konsequenz haben protestantische Freikirchen keine Sicherheitsfreigabe für Aktivitäten außerhalb ihrer Grundstücke erhalten. Außerdem gibt es Berichte, wonach viele Leiter traditioneller Kirchen Christen muslimischer Herkunft weder offiziell noch inoffiziell als Christen anerkennen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Manche der Oppositionsgruppen sind islamistischer eingestellt als andere. Die Gruppen mit einer radikaleren islamistischen Zielsetzung stellen unter den verschiedenen revolutionären und paramilitärischen Gruppierungen die größte Bedrohung für Christen und andere Minderheiten (etwa Muslime, die sie für ketzerisch halten) dar. Diese meist salafistischen Gruppen haben alle zu gewalttätiger Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten beigetragen – insbesondere (aber nicht nur) der IS, die Freie Syrische Armee (FSA) und die mit Al Kaida verbundene Gruppe HTS. Es gibt Dutzende von Überbleibseln dschihadistischer Organisationen, die als türkische Armee zusammengefasst werden und unter der Kontrolle der türkischen Regierung stehen. Sie stellen weiterhin eine extreme Bedrohung für christliches Leben besonders in Nordsyrien dar.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In den Gebieten, die von oppositionellen islamistischen Gruppierungen kontrolliert werden, verfolgen islamische Leiter typischerweise eine Politik der Marginalisierung von Christen und anderen Minderheiten. Häufig werden diese auch dazu gezwungen, in andere Regionen zu fliehen. Es ist jedoch häufig schwer, zwischen religiösen Leitern und Anführern gewalttätiger religiöser Gruppen zu unterscheiden. In den sozialen Medien kursierten Videos, die zeigten, wie türkische Scheichs dafür beteten, dass türkische Soldaten die kurdischen Gebiete erobern und zurück zum Islam bringen – koste es, was es wolle. Hassreden gegen Christen durch islamische Leiter kommen auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten vor, doch sind sie eigentlich verboten und haben auch bereits zur Entziehung der Lizenz zum Predigen in Moscheen geführt. Muslimische geistliche Leiter üben direkt oder indirekt (durch die Familien oder Sicherheitskräfte) Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus.

- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und gewöhnliche Bürger:** Wie in anderen Ländern des Nahen Ostens führt eine Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben in Syrien zu massivem Druck von der Familie, dem Stamm und der Gesellschaft. Feindseligkeit vonseiten der eigenen Familie sind für Christen muslimischer Herkunft in dieser Hinsicht der Hauptfaktor. Die Angst vor einer gewalttätigen Reaktion der (Groß-)Familie macht den Großteil des Druckes aus. Bei Anführern ethnischer Gruppen, die vor dem Hintergrund islamischer Unterdrückung als Verfolger auftreten, handelt es sich in der Regel um Stammesführer.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **(Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Familie, der Stamm, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter setzen Christen muslimischer Herkunft unter Druck. Ein Scheich kann beispielsweise die Hinrichtung eines christlichen Konvertiten oder eines anderen Nichtmuslims erlauben. Er kann auch Muslimen erlauben, die Grundstücke und das Eigentum von christlichen Konvertiten und anderen Nichtmuslimen in Besitz zu nehmen und sogar ihre Frauen zu „übernehmen“. Die kurdischen Gebiete im Norden sowie die Wüstenregionen in der Landesmitte sind davon besonders stark betroffen. Zudem berichten assyrische Gemeinschaften davon, durch bevormundend auftretende kurdische Behörden marginalisiert zu werden.
- **Gewöhnliche Bürger:** Ein Glaubenswechsel gilt als Verrat an den Werten der Gesellschaft und führt, wenn er entdeckt wird, zu starkem Widerstand. Ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit sind eng verwoben. Deshalb sind hier dieselben Dynamiken am Werk wie unter islamischer Unterdrückung beschrieben.

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter anderer Kirchen:** 2020 brachten die Patriarchen der Griechisch-Orthodoxen, Syrisch-Orthodoxen und Griechisch-Katholischen Kirche die Regierung dazu, alle Aktivitäten von freikirchlichen Gemeinden (einschließlich jenen von Christen muslimischer Herkunft) außerhalb ihrer Kirchengelände zu verbieten. Ein weiteres Beispiel ist der Versuch eines syrisch-orthodoxen Kirchenleiters, den Bau einer evangelikalen Kirche im Nordosten des Landes zu verhindern. Solche Kirchenleiter lehren in ihren Gemeinden, dass Protestanten keine Christen und ihre Kirchen keine echten Kirchen seien und dass sie als Ketzer behandelt werden müssten.
- **Politische Parteien:** Dies betrifft vor allem nominelle Christen, die der Baath-Partei oder der Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei (SSNP) angehören. Sie setzen sich für atheistische Werte ein und verleugnen die Existenz Gottes und den Wert biblischer Geschichten, besonders der aus dem Alten Testament. Sie haben einen starken Einfluss auf die jüngere Generation, weil die Kirche es verpasst hat, ihre Fragen über den christlichen Glauben zu beantworten. Diese Personen sehen protestantische Christen als Teil einer größeren Verschwörung und Ideologie, die mit dem Westen verbunden ist. Sie nutzen ihren starken Einfluss auf die Gesellschaft, um protestantische Christen zu isolieren.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Diktatorische Paranoia als Triebkraft der Verfolgung ist gegenwärtig in Syrien hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile des Landes kontrollieren und entschlossen sind, ihre Macht mit allen Mitteln zu erhalten. Dazu gehören auch die von der Türkei unterstützten Milizen. Militante islamische Gruppen haben viele Grundstücke von Christen in ihren Besitz gebracht. Ältere Christen, die ihre Häuser nicht verlassen haben, müssen mit der beständigen Angst leben, von Kämpfern dieser Gruppen getötet oder entführt zu werden, damit diese ihre Häuser ebenfalls in Besitz nehmen können. Im Nordosten des Landes haben zudem die kurdischen Behörden in vielen Fällen versucht, sich die Häuser von geflohenen Christen anzueignen. Auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es Versuche von bewaffneten Gruppen, den Besitz von Kirchen zu übernehmen, wie etwa das Kloster von Aleppo.
- **Regierungsbeamte:** Präsident Baschar al-Assad betont die Verpflichtung seines Regimes zu Pluralismus und interreligiöser Toleranz. Er steht insbesondere traditionellen christlichen Kirchen positiv gegenüber. Wie in Konflikten üblich, bedienen sich jedoch in Syrien die Machthabenden Kontrollstrategien, um ihren Einfluss zu erhalten. Sunnitische Beamte der Lokalbehörden überwachen alle anderen religiösen Gruppen besonders genau und sind dafür bekannt, die Aktivitäten evangelikaler Christen und Christen muslimischer Herkunft einzuschränken, um gesellschaftliche Unruhen zu unterbinden. Dabei kommt es auch zu Verhören und Überwachung. Die Initiative dazu geht manchmal von der Familie des Christen muslimischer Herkunft oder sogar von Leitern traditioneller Kirchen aus. Auch gibt es Berichte, wonach christlichen Soldaten in der syrischen Armee gefährlichere Aufgaben übertragen werden und christliche Beamte schlechter behandelt werden als ihre Kollegen.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen, Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens und Regierungsbeamte:** Christen wurden Ziel von Entführungen durch Netzwerke des organisierten Verbrechens, einschließlich des IS. Dies kommt inzwischen jedoch nur noch sporadisch vor. Auch wenn hierbei religiöse Aspekte eine Rolle spielen, ist das Hauptmotiv für die Kriminellen zumeist Geld – und Christen gelten als reich. Korruption ist im Land weitverbreitet, und Bestechungsgelder sind Teil des alltäglichen Lebens, wann immer ein Syrer mit den Behörden zu tun hat. Will man etwa einen militärischen Kontrollpunkt passieren, muss man häufig Bestechungsgelder zahlen oder wird massiv bedroht. Regierungsbeamte üben laut Berichten Druck auf Bischöfe aus, um Teile der Nothilfe für ihre eigenen Familien zu erhalten. Dies ist nur eine Form der Korruption, die die Kirche betrifft. Christen drusischer Herkunft stehen außerdem in der Gefahr, von militanten drusischen Gruppierungen entführt zu werden. Hier spielen wieder sowohl finanzielle als auch religiöse Motive eine Rolle. Diese Christen drusischer Herkunft sind besonders verletzlich, da sie nicht von Milizen oder lokalen Behörden geschützt werden. Auch in den vom Regime kontrollierten Gebieten ist die fehlende Sicherheit eine der größten Sorgen für Christen.

Viele Syrer machen dafür die Regierung verantwortlich, die 2011 viele Kriminelle aus Gefängnissen entlassen und begnadigt hat, um sie für Milizen zu rekrutieren. Selbst in Latakia, das als vergleichsweise sicheres Gebiet gilt, sind die Entführungen junger Christen zu einer der größten Sorgen für christliche Familien geworden. Zudem haben bewaffnete alawitische Gruppen im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 Versuche unternommen, mehrere Klöster für sich zu beanspruchen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Besonders in den letzten Stützpunkten islamisch-extremistischer Gruppen in den Provinzen Idlib im Nordwesten und al-Hasaka im Nordosten sind Christen Druck ausgesetzt. Dort greift der IS weiterhin Zivilisten und Kirchen an. Die türkische Armee und von der Türkei unterstützte Milizen operieren offen im Nordwesten Syriens und über den nördlichen Teil des Landes bis al-Hasaka und Kamischli. Im Oktober 2019 fiel die Türkei im Norden Syriens ein und errichtete eine sogenannte „sichere Zone“ an der syrisch-türkischen Grenze. Dort benutzt sie arabische islamische Kämpfer, um die mehrheitlich von Kurden und Christen bewohnten Gebiete in ihre Kontrolle zu bringen. Zwar stehen Christen muslimischer Herkunft im ganzen Land unter Druck, im Nordwesten und Nordosten ist es für sie jedoch besonders gefährlich.

7. Betroffene Christen

In Syrien leben Christen aus drei der vier im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien und sind von Verfolgung betroffen, die in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg steht.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in die Isolation gedrängt. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierbei handelt es sich zumeist um griechisch-orthodoxe und römisch-katholische Christen. Als größte christliche Gruppe im Land werden Mitglieder traditioneller Kirchen gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Kampfgebieten. In der Provinz Idlib etwa, die von international agierenden dschihadistischen Gruppen kontrolliert wird, leben mehrere Hundert christliche Familien. Sie werden mit dem Tod, Folter oder Angriffen bedroht und verstecken ihren Glauben daher. Die Angriffe der Türkei und Truppen, die von der Türkei unterstützt werden, haben viele Christen im Nordwesten, Norden und Nordosten aus ihrem Zuhause vertrieben.

Aus dieser Gruppe sind aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter betroffen. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie manchmal zu einem einfachen Angriffsziel macht. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien. Hinzu kommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Die politische Verortung von Denominationen, Kirchengemeinden und lokalen Gemeindeleitern hat großen Einfluss auf das Maß an Unterdrückung, das sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident al-Assad kämpfen. Es ist daher entscheidend, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in

politischer Hinsicht positioniert hat: Wurde Präsident al-Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?

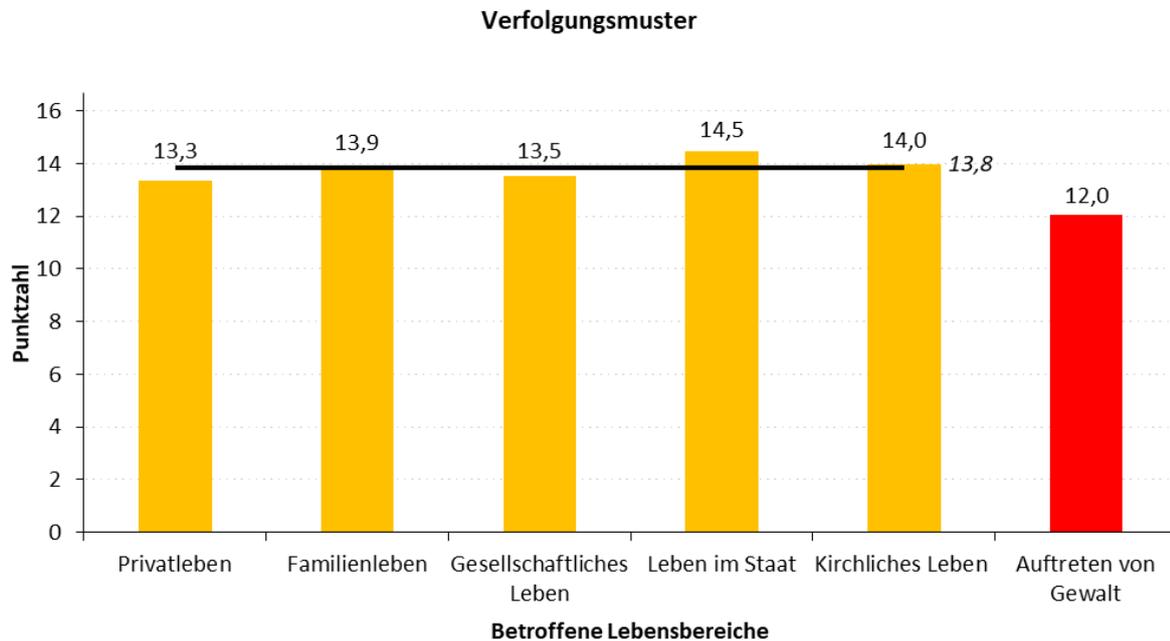
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer oder drusischer Herkunft werden besonders von ihren Familien unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo ihnen die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch die eigene Familie und die Gesellschaft besonders in den von Rebellen kontrollierten Gebieten gestiegen. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck etwas weniger stark, da kurdische Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Eine Ausnahme stellen dabei die Wüstenregionen dar, in denen das Stammesdenken einen größeren Einfluss hat und der praktizierte Islam konservativer ausgerichtet ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind und oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft verfügen. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen könnte. Die meisten dieser Gemeinschaften verfügen über keine vollständige offizielle Anerkennung oder legalen Status. Protestantische Freikirchen gibt es in verschiedenen Regionen des Landes, vor allem in von der Regierung kontrollierten Gebieten und den Kurdengebieten. Diejenigen, die sich in von islamistischen Gruppierungen besetzten Gebieten befinden, sind am stärksten von Gewalt betroffen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es auch gewissen Druck durch die traditionellen Kirchen. Protestantische Freikirchen sind dafür bekannt, das Evangelium weiterzugeben und haben daher keine Erlaubnis, Aktivitäten außerhalb ihrer Kirchengebäude durchzuführen. Weil sie sich evangelistisch betätigen, werden sie verstärkt zum Ziel militanter islamistischer Gruppen, doch auch die Regierung will die Stabilität um jeden Preis bewahren.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Syrien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7). Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen hat ein extremes Ausmaß und liegt wie im Vorjahr bei 13,8 Punkten.
- In drei Lebensbereichen hat der Druck ein extremes Ausmaß: am stärksten im Leben im Staat (14,5 Punkte), gefolgt vom Bereich des kirchlichen Lebens (14) und dem Familienleben (13,9). Im gesellschaftlichen Leben (13,5) und Privatleben (13,3) hat der Druck ein sehr hohes Ausmaß. Dies ist typisch für eine Situation, in der islamische Unterdrückung und diktatorische Paranoia die stärksten Triebkräfte der Verfolgung darstellen.
- Druck durch islamische Unterdrückung entsteht hauptsächlich durch das soziale Umfeld in den Bereichen Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben und kirchliches Leben.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt verringerte sich leicht von 12,6 Punkten im Vorjahr auf 12 Punkte. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass ein Christ weniger gezielt ermordet wurde, weniger Christen entführt wurden und eine Zwangsehe weniger gemeldet wurde.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist es für alle Christen gefährlich, mit Nichtchristen über ihren Glauben zu sprechen. Im Rest des Landes ist dies besonders für Christen muslimischer Herkunft riskant. Doch auch andere Christen müssen vorsichtig sein, da ein Gespräch über den Glauben als versuchte Evangelisation interpretiert werden könnte, was gesetzlich verboten ist. Der brüchige Frieden zwischen den unterschiedlichen Religionen wurde in der Vergangenheit dadurch gesichert, dass alles, was als Angriff auf den Glauben oder als Evangelisationsversuch verstanden werden könnte, vermieden wurde.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Gemäß den staatlichen Gesetzen ist es Muslimen verboten, einen anderen Glauben anzunehmen, da dies islamischem Recht widerspricht. Deshalb unterbinden die Regierung und religiöse Gruppen einen Glaubenswechsel massiv, auch wenn dieser nicht strafbar ist. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen besetzt werden (zum Beispiel die Provinz Idlib, die momentan von HTS-Kämpfern kontrolliert wird), kann die Abkehr vom Islam im Allgemeinen mit dem Tod bestraft werden. In kurdisch-kontrollierten Gebieten sind christliche Konvertiten dem Druck der Gesellschaft und Öffentlichkeit ausgesetzt, aber nicht so stark wie im Rest von Syrien. Der meiste Druck auf sie geht von ihren Familien aus.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Dies trifft vor allem für Christen muslimischer Herkunft zu. Wenn ein Mitglied ihrer Familie oder ihres sozialen Umfelds entdeckt, dass sie eine Bibel oder andere christliche Materialien besitzen, kann dies zu ernststen Konsequenzen führen. In Gebieten, die von islamistischen Gruppen kontrolliert werden, kann es sehr gefährlich für Christen muslimischer Herkunft werden, wenn bei ihnen christliche Materialien entdeckt werden, da so ihr Glaubenswechsel ans Licht kommen könnte.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

In den Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist dies für alle Christen riskant. Im Rest des Landes lösen solche Äußerungen vor allem bei der Familie und dem sozialen Umfeld von Christen muslimischer Herkunft feindselige Reaktionen aus. In kurdischen Gebieten können diese Reaktionen weniger heftig ausfallen, da dort bis auf die Zone, die momentan von der Türkei kontrolliert wird, mehr Toleranz herrscht. In von der Regierung kontrollierten Gebieten ist es für Christen (mit Ausnahme ehemaliger Muslime) nicht gefährlich, ihrem Glauben in schriftlicher Form Ausdruck zu geben – solange es sich um reine Glaubensaussagen und nicht um kontroverse Äußerungen handelt; solange politische Themen, andere Religionen oder die Weitergabe des Evangeliums nicht erwähnt werden.

Familienleben

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Reicht der muslimische Ehepartner eines Christen mit muslimischem Hintergrund oder – was seltener vorkommt – eines gebürtigen Christen die Scheidung ein, bekommt normalerweise der Muslim das Sorgerecht zugesprochen. Christliche Mütter treten deshalb manchmal zum Islam über, damit sie ihre Kinder behalten können.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Interreligiöse Ehen sind mit einem massiven gesellschaftlichen Stigma behaftet, das zu Entfremdung, Diskriminierung und Verfolgung durch Familienmitglieder führen kann – bis hin zum Mord. Die Ehre eines muslimischen Mannes wird in den Augen der Gesellschaft beschmutzt, wenn seine Frau oder Tochter den christlichen Glauben annimmt. Sowohl Kultur als auch Religion sehen es als richtig an, sie zu töten. Die häufiger gewählte Lösung ist jedoch Scheidung. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass eine christliche Konvertitin von ihrem Ehemann und seiner Familie ausgestoßen wird, wenn ihr Glaube an Jesus entdeckt wird. Sie wird vermutlich verjagt, ihrer Kinder beraubt und die Ehe wird aufgelöst. Kommt ein Ehemann zum christlichen Glauben, wird die Familie seiner Frau wahrscheinlich Druck auf sie ausüben, ihren Mann zu verlassen und das Sorgerecht für ihre Kinder zu beantragen. In einigen Fällen sind aber auch beide Ehepartner Christen geworden.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Da ihre Eltern ihre Glaubenszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen können, werden Kinder von syrischen Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Die Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien stellt hier eine seltene Ausnahme dar: Dies ist der einzige Ort der Region, an dem Muslime legal ihre Religion ändern können.

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

In Syrien gibt es keinen rechtlichen Rahmen für Hochzeiten zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem gebürtigen Christen. Ihre christliche Hochzeit wäre illegal. Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten von Geburt an als Muslime. Stirbt ein Christ muslimischer Herkunft, ist es normal für seine muslimische Familie, ihn nach islamischem Ritus zu beerdigen. Ist sein Glaubenswechsel jedoch den Menschen in seinem Umfeld bekannt, werden sie nicht erlauben, dass er auf einem muslimischen Friedhof begraben wird, da er den Islam verlassen hat.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In den von der Regierung kontrollierten Gebieten haben islamische Inhalte im Bildungsbereich zugenommen. Kinder von Christen stehen deshalb stärker unter Druck. Kinder, die ursprünglich aus von Islamisten kontrollierten Gebieten stammen, sind dementsprechend vorgeprägt und bringen Vorbehalte gegenüber sogenannten „Ungläubigen“ mit: gegenüber Alawiten, Christen und Kurden. Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten als Muslime und werden häufig schikaniert und diskriminiert, wenn der christliche Glaube ihrer Eltern bekannt ist. In den Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, sind Christen aller Kategorien von Diskriminierung betroffen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die Beobachtung und Überwachung von Christen erstreckt sich auf ganz Syrien. Besonders sind Christen aus protestantischen Freikirchen betroffen und solche, bei denen bekannt ist, dass sie sich vom Islam abgekehrt haben. Zudem wird jede Predigt überwacht und kontrolliert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass von den Behörden und ihren Informanten im gesamten Land regelmäßig informelle Routine-Überwachungen aller christlichen Gemeinschaften durchgeführt werden. Die Situation ist jedoch besonders ernst in den Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Dies gilt in ganz Syrien für die Familien von Christen muslimischer Herkunft – insbesondere in Bezug auf ihren Zugang zu christlicher Bildung. Im staatlichen Bildungssystem hängt der jeweilige Religionsunterricht von der Konfessionszugehörigkeit ab; und Christen muslimischer Herkunft gelten als Muslime. In Idlib werden Christen auf allen Bildungsebenen stark diskriminiert. Darüber hinaus werden an allen Universitäten, die von HTS kontrolliert werden, islamische Inhalte gelehrt, um die nächste Generation an Muslimen zu indoktrinieren. Christen werden automatisch ausgeschlossen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Dies betrifft Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt wird, kann aber – besonders in Gebieten, die von der Opposition kontrolliert werden – alle Christen betreffen. In Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, ist Diskriminierung aufgrund des Glaubens jedoch offiziell verboten. Christen können hier hohe Ämter im Militär und Staatsapparat besetzen. Alawiten, Mitglieder der in Syrien regierenden Denomination, bekleiden dennoch unverhältnismäßig viele hohe Positionen im Militär und im Sicherheitsdienst. Manche Christen sind auch in kurdischen Gebieten repräsentiert. Im Großteil des Landes herrscht eine allgemeinere Art des wirtschaftlichen Drucks in Form von Arbeitslosigkeit. In Aleppo beherrschen sunnitische Muslime das Wirtschaftsleben und stellen oft keine Christen ein. Außerdem werden Christen drusischer Herkunft in den Gebieten im Süden Syriens, die eine drusische Mehrheit haben, diskriminiert.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Von Befragungen durch lokale Behörden sind hauptsächlich Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Freikirchen betroffen. Im Nordwesten des Landes wurden beispielsweise Konvertiten durch die von der Türkei unterstützten Milizen ausgefragt. Wollen protestantische Christen Lehrveranstaltungen, eine Konferenz oder eine Veranstaltung mit einem ausländischen Sprecher organisieren, müssen sie über alles Bericht erstatten und können davon ausgehen, befragt zu werden. Ausländische Gäste werden ebenfalls beobachtet, da die Behörden der Beziehung zwischen Christen und der westlichen Welt nicht trauen. So wollen sie jede Bedrohung für das Regime im Keim ersticken. Christen, die mit christlichen Konvertiten arbeiten, werden sehr wahrscheinlich ebenfalls regelmäßig befragt.

Leben im Staat

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Dieser Aspekt ist mit der Äußerung religiöser Ansichten und Überzeugungen verknüpft. Sowohl gebürtige Christen, die in von oppositionellen (insbesondere islamistischen) Kräften besetzten Gebieten leben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund im ganzen Land stehen in dieser Hinsicht unter Druck. Alle Christen wissen, wie wichtig es ist, provokative Aussagen zu vermeiden. Dazu gehören besonders Aussagen, die die Regierung oder den Islam kritisieren oder als Weitergabe des Evangeliums verstanden werden könnten. Christen sind sich bewusst, dass sie sich in einer sehr verwundbaren Position befinden und niemanden haben, der sie beschützt oder sich für sie einsetzt. Deshalb wählen sie ihre Worte mit Bedacht.

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die syrische Verfassung von 2012 gibt ausdrücklich an, dass der Präsident ein Muslim sein muss. Außerdem wird das islamische Recht als eine Hauptquelle der Gesetzgebung festgelegt. Dadurch ist ein Fundament für die Diskriminierung von Nichtmuslimen gelegt. Die Verfassung lehnt zwar Diskriminierung ab (einschließlich der Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit) und verpflichtet den Staat, alle Religionen zu respektieren und die freie Religionsausübung zu gewährleisten; all dies gilt jedoch nur unter der Bedingung, dass diese Religionen „nicht die öffentliche Ordnung stören“. Der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion wird nicht anerkannt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen besetzt werden, gilt die Scharia, was die Freiheiten aller nicht-sunnitischen religiösen Gruppen massiv einschränkt.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Wegen der Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung ist der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen, nichtislamischen Religion oder Denomination in Syrien illegal. Kein Christ muslimischer Herkunft würde die offizielle Anerkennung seines Glaubenswechsels beantragen, weil er weiß, dass dies sowieso nicht erlaubt und ihn nur unnötig in Gefahr bringen würde. In Idlib ist dieses Problem momentan besonders schlimm. Eine positive Ausnahme in dieser Hinsicht stellt die Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien dar, wo Muslime ihre Religion legal ändern können.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

In von der Regierung kontrollierten Gebieten müssen alle Männer zwischen 18 und 42 Jahren im Militär dienen. Andernfalls drohen ihnen Gefängnisstrafe oder Zwangseinberufung. Dies ist einer der Hauptgründe, warum christliche syrische Flüchtlinge zögern, nach Syrien zurückzukehren. Das Problem der Wehrpflicht betrifft nicht nur Christen, doch manche behaupten, dass Christen und andere Minderheiten im Militär besonders gefährdet seien. In von der Opposition kontrollierten Gebieten kann eine Person außerdem zusätzlich unter Druck geraten, sich Milizen und Verteidigungstrupps anzuschließen. Der Weltrat der Aramäer („World Council of Arameans“) äußerte im Januar 2018 beispielsweise Besorgnis, dass Christen in kurdischen Gebieten in Nordsyrien von der kurdischen YPG ausgenutzt werden würden.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Traditionelle Kirchen sind hiervon vor allem in den Gebieten betroffen, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. Viele Kirchen wurden entweiht, vor allem durch die Entfernung der Kreuze. Viele der in diesen Gebieten verbliebenen Christen scheuen sich, öffentlich christliche Symbole zu zeigen, da dies als provokant aufgefasst werden könnte. Christen muslimischer Herkunft sind in ganz Syrien vorsichtig damit, christliche Symbole zu zeigen, um nicht als provokativ gesehen zu werden.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Dies gilt hauptsächlich für die Gebiete, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. Dort stellten im Laufe des immer noch anhaltenden Konflikts die meisten, wenn nicht sogar alle Kirchen ihren Betrieb ein oder wurden geschändet. In Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, werden kirchliche Aktivitäten regelmäßig überwacht, vorgeblich um die Kirchen zu schützen. Diese Überwachungsmaßnahmen könnten jedoch gegen Kirchen verwendet werden, wenn provokante Predigten oder Aktivitäten festgestellt würden. Der stärkste Druck liegt auf kirchlichen Gruppen und Versammlungen von Christen muslimischer Herkunft. In kurdischen Gebieten ist dieser Druck deutlich schwächer, mit Ausnahme des Gebiets, das momentan von türkischen Truppen besetzt wird.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Zu den registrierten Kirchen gehören die griechisch-orthodoxen Kirchen, die syrisch-orthodoxen Kirchen, die armenisch-apostolischen Kirchen, die griechischen, armenischen, chaldäischen, römischen, maronitischen und syrisch-katholischen Kirchen, die Assyrische Kirche des Ostens und die presbyterianischen und baptistischen Gemeinden sowie die Allianzkirchen (Kirchen der Christian & Missionary Alliance) und die Kirche des Nazareners. Andere Kirchen, zu denen auch Pfingstgemeinden gehören, haben keine offizielle Anerkennung. Trotzdem können sich viele von ihnen ohne große Störungen treffen. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen gehalten werden, sowie in von der Regierung kontrollierten Gebieten können Christen mit muslimischem Hintergrund ebenfalls keine formell anerkannte Kirche haben – obwohl viele Mitglieder anderer anerkannter Gruppen sind oder von protestantischen Freikirchen, die sich informell treffen. Innerhalb der von der Opposition kontrollierten Gebiete ergibt sich ein gemischtes Bild – im Allgemeinen können die anerkannten Kirchen in den von den Kurden kontrollierten Gebieten frei agieren, während es für alle christlichen Gemeinschaften in den von islamistischen Gruppen kontrollierten Gebieten starke Einschränkungen gibt.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Seit jeher ist in Syrien die Aufnahme von Christen muslimischer Herkunft in offiziell anerkannten Kirchen nicht gern gesehen. Dies wird damit begründet, dass dies zu Sektierertum führen oder Konflikte zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften heraufbeschwören könnte. Außerdem kann es potenziell ein Grund für strafrechtliche Verfolgung sein. Protestantische Freikirchen sind im Allgemeinen offener gegenüber Christen muslimischer Herkunft eingestellt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, ist die öffentliche Aufnahme von Christen

muslimischer Herkunft jedoch undenkbar und sehr gefährlich. Auch in dieser Hinsicht stellen die kurdischen Autonomiegebiete im Nordosten eine positive Ausnahme dar.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wurden Versammlungen jeglicher Art, darunter auch Gottesdienste, überwacht. Von Kirchenleitern wird erwartet, dass sie ihre Gemeindemitglieder dazu aufrufen, die Regierung al-Assads zu unterstützen. Die meisten Kirchenleiter akzeptieren die Tatsache, dass kirchliche Aktivitäten wie Predigten und Lehren regelmäßig überwacht werden. Sie zensieren sich selbst in der Praxis, indem sie provokative und hetzerische Aussagen (etwa Aussagen über die Weitergabe des Evangeliums an Muslime oder negative Äußerungen über den Islam) vermeiden. Dazu kommt, dass dem Ministerium für religiöse Stiftungen die Befugnis verliehen wurde, christliche Bücher vor ihrem Verkauf freizugeben. Das Ministerium überwacht außerdem zusammen mit dem Ministerium für Bildung die Lehrpläne der syrischen Schulen – auch der christlichen Schulen. In islamistisch kontrollierten Gebieten hat öffentliche christliche Lehre keinen Platz.

Auftreten von Gewalt

In den chaotischen Umständen des Krieges ist oft nicht klar ersichtlich, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Vorfälle, die als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden könnten, werden hier nicht aufgeführt. Dazu gehören Vorfälle, bei denen bei Kämpfen zwischen Regierungs- und Rebellentruppen entweder Christen verletzt wurden oder das Eigentum von Christen beschädigt wurde. Es gibt oft mehrere, verschiedene Motive, darunter Machtkämpfe. Dies schließt jedoch nicht zwangsläufig eine christenfeindliche Motivation aus. Für die Auswertung für den Weltverfolgungsindex wurden nur Vorfälle herangezogen, bei denen es den Tätern im Voraus klar war, dass christliche Zivilisten getroffen werden würden (zum Beispiel, wenn ein mehrheitlich christliches Dorf angegriffen wurde), oder bei denen die örtliche christliche Gemeinschaft annimmt, dass christenfeindliche Motive vorlagen, weil die Angreifer wie beispielsweise HTS, der IS oder andere gewalttätige islamistische Gruppen einer christenfeindlichen Ideologie folgen.

Zudem muss festgehalten werden, dass der Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 einen Monat Überschneidung mit dem vorangegangenen Berichtszeitraum hatte und in diesem Monat (Oktober 2019) mehrere Vorfälle stattfanden, da zu dieser Zeit die türkische Offensive im Nordosten Syriens erfolgte, die viele Christen dazu brachte, aus der Region zu fliehen.

- **Getötete Christen:** Neun Christen wurden im Berichtszeitraum wegen ihres Glaubens getötet.
- **Angriffe auf Kirchen:** Fünf Kirchen oder christliche Gebäude wurden angegriffen, beschädigt, entweiht oder geschlossen. Dies geschah insbesondere durch den IS, türkische Truppen, von der Türkei unterstützte Gruppen oder alawitische Gangs.
- **Angriffe auf Christen:** Bei einem Angriff auf eine chaldäische Kirche in Kamischli wurden mindestens 70 Christen verletzt. Ein weiteres Beispiel ist der Diakon, der bei dem Angriff auf einen Priester und seinen Vater in der Nähe von Deir ez-Zor verletzt wurde. Es gibt zudem Berichte von mindestens zwölf Christen muslimischer Herkunft, die körperlich oder psychisch missbraucht wurden.

- **Verhaftungen von Christen:** Drei Christen wurden verhaftet, zwei von ihnen waren muslimischer Herkunft. Sie wurden Ende Juli 2020 in Afrin aufgrund ihres Glaubens von einer durch die Türkei unterstützten Miliz festgenommen und sehen sich nun Blasphemievorwürfen ausgesetzt. Zwei der drei Christen konnten auf Kaution freikommen, einer der beiden Konvertiten wird jedoch noch immer festgehalten.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Von der Türkei unterstützte Gruppen konfiszierten und plünderten 205 Häuser und 120 Geschäfte von 75 christlichen Familien, die aufgrund der türkischen Offensive im Oktober 2019 aus Ras al-Ain fliehen mussten. In Idlib beschlagnahmte HTS bis zu 550 Häuser und Geschäfte, die Christen gehörten, die die Stadt aufgrund der heftigen Kämpfe zwischen Oktober 2019 und Januar 2020 verlassen mussten.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Hunderte Christen flohen aufgrund der türkischen Angriffe. 863 Fälle wurden gemeldet, die tatsächliche Zahl könnte jedoch in den Tausenden liegen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit, erstellt im Auftrag vom US-Außenministerium, heißt es für 2020 für Syrien:

- „Als er noch aktiv Gebiete kontrollierte, stellten die völkermörderische Ideologie und die Taten von ISIS die größte Bedrohung für die Religionsfreiheit der unzähligen religiösen Minderheiten des Landes sowie der sunnitischen muslimischen Mehrheit dar. (...) Trotz der US-Entscheidung zu Beginn des Jahres, die eigenen Truppen anders als geplant nicht aus dem Nordosten abzuziehen, fanden dieser Abzug und eine lange angedrohte türkische Invasion im Oktober statt. Dies führte zur Vertreibung einiger ethnischer und religiöser Gemeinschaften aus einer sogenannten ‚sicheren Zone‘, die die Türkei mit ihren Verbündeten der Freien Syrischen Armee (FSA) eingerichtet hat. Diese Ereignisse weckten auch Befürchtungen, die türkische Regierung könnte begonnen haben, große Zahlen von syrischen Flüchtlingen – viele ursprünglich aus anderen Teilen Syriens – in diese Besatzungszone zu bringen und damit eine Art von erzwungenem religiösem, ethnischem und kulturellem Austausch herbeiführen, ähnlich ihrem Vorgehen im Jahr 2018 in Afrin.“
- „Während es 2019 weniger Hinweise auf explizite Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Gebieten unter der Kontrolle des Regimes gab, verübte die Regierung weiterhin massive Verstöße gegen die Menschenrechte. Dazu gehörten auch schwerwiegende Maßnahmen gegen Rückkehrer und Gemeinschaften, die verdächtigt wurden, sich an regimfeindlichen Aktivitäten oder Kämpfen beteiligt zu haben. Die Bedingungen für religiöse und ethnische Minderheiten – wie auch für die gesamte Zivilbevölkerung – blieben in der Provinz Idlib katastrophal, wo Regimekräfte und iranische, libanesische Hisbollah- und russische Verbündete seit April bewaffnete Gruppen und zivile Infrastrukturen angriffen, um die von den Rebellen gehaltenen Gebiete zurückzuerobern.“

Traditionell besteht die syrische Gesellschaft aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Viele andere religiöse Minderheiten sind ebenfalls Verfolgung ausgesetzt, etwa Schiiten, Alawiten, Drusen, Juden, Jesiden und Zoroastrier. Schiitische, alawitische und drusische Gemeinschaften werden von sunnitischen Dschihadisten nicht nur deswegen verfolgt, weil ihr Glaube

als ketzerisch angesehen wird, sondern im Fall der Alawiten auch, weil ihnen Verbindungen zu Präsident al-Assad vorgeworfen werden.

Insbesondere die drusische Gemeinschaft ist Opfer von Entführungen, Bombenangriffen und Morden durch den IS geworden. Schiiten und Alawiten sind jedoch auch betroffen. Als Teil von Syriens antizionistischem Narrativ wurden Juden während des Großteils der Geschichte des modernen Syriens benachteiligt. Jesiden und Zoroastrier sind zwei von Syriens Regierung nicht anerkannte kurdische Religionsgemeinschaften. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert; in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen. Ihre Lage war vor dem Bürgerkrieg wahrscheinlich schwieriger, da ihre Regionen inzwischen mehr und mehr durch die kurdischen Streitkräfte kontrolliert werden, was ihnen mehr Freiheiten gibt.

Beispiele:

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2019 beschreibt die folgenden Verstöße gegen die Religionsfreiheit von Jesiden, die seit 2014 verübt wurden: „Die Untersuchungskommission [für Kriegsverbrechen] schätzt, dass ISIS-Kämpfer mehr als 9.000 Jesiden erschossen, enthauptet, lebendig verbrannt oder entführt haben, in einer Kampagne, die die Vereinten Nationen als Völkermord bezeichnete. Nach Angaben von Anführern der Gemeinschaft wurden bis zum Jahresende mehr als 3.000 Jesiden vermisst. Seit 2014 entführte ISIS bei Angriffen im Nordirak schätzungsweise 6.000 Frauen und Kinder, vor allem Jesiden, aber auch zahlreiche christliche und turkmenische Frauen. Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten wie Yazda und die Free Yezidi Foundation berichteten, dass mehr als 2.000 jesidische Frauen und Kinder geflohen sind, bei militärischen Operationen der SDF befreit wurden oder aus der Gefangenschaft entlassen wurden.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Sudan: Platz 13

Kurze Zusammenfassung

Wie im vorangegangenen Berichtszeitraum erlebten Christen auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 viele Schwierigkeiten:

1) Christen werden ihrer Kirchen beraubt, die sie seit Jahren für Gottesdienste genutzt haben. 2) Die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert. 3) Aufgrund des derzeitigen politischen Chaos im Land sind Christen in großer Unsicherheit. Auch wenn die Armee und die pro-demokratischen Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleibt vieles unklar.



1) Christen werden ihrer Kirchen beraubt, die sie seit Jahren für Gottesdienste genutzt haben. 2) Die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert. 3) Aufgrund des derzeitigen politischen Chaos im Land sind Christen in großer Unsicherheit. Auch wenn die Armee und die pro-demokratischen Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleibt vieles unklar.

Hinzu kommt die komplizierte ethnisch-religiöse Landschaft des Landes. Araber stehen ethnischen Afrikanern, und Muslime stehen Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt besonders für ethnische Afrikaner, denn viele von ihnen sind Christen und leben weiterhin im Sudan. Alle christlichen Gemeinschaften im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als „Ermutigung zum Glaubensabfall vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert sind, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere stehen auf einer offiziellen Liste von Kirchen, die abgerissen werden sollen; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo es einen andauernden Konflikt zwischen Streitkräften der Regierung und Rebellengruppen gibt.

Christliche Konvertiten geben ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an ihre eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (Kinder könnten versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren). Diese Sorge reicht sogar bis hin zu Beerdigungen, wo Christen muslimischer Herkunft nach islamischen Riten auf Friedhöfen für Muslime beerdigt werden, obwohl es eigene Friedhöfe für Christen gibt.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	79	13
2020	85	7
2019	87	6
2018	87	4
2017	87	5

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Einer der Hauptgründe dafür, dass die Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2021 gegenüber dem Vorjahr um sechs Punkte gefallen ist, besteht darin, dass sich die Situation im Land positiv verändert hat. Die Zentralregierung des Sudan hat eine enorme Bereitschaft gezeigt, das politische System zu

ändern – ein System, das darauf ausgelegt war, sicherzustellen, dass der Sudan ein islamisches Land bleibt. Das Apostasiegesetz wurde abgeschafft, und andere Gesetze, die die Religionsfreiheit einschränkten, wurden ebenfalls aufgehoben. Daraufhin wurde der Sudan sowohl von der von den Vereinigten Staaten geführten Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, als auch von der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder“ der USCIRF gestrichen. Nichtsdestoweniger sollten die Gründe offensichtlich sein, warum das Land noch immer 79 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex erreicht: Der durchschnittliche Druck auf Christen und Kirchen erreicht immer noch ein extremes Ausmaß; die Kirchen, die zur Schließung gezwungen worden waren, sind trotz positiver Veränderungen nicht wieder geöffnet worden, Christen werden immer noch in vielerlei Hinsicht ihrer Rechte beraubt, und die Regierung ist weiterhin gerichtlich gegen bestimmte Kirchenleiter vorgegangen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Trotz der Reformen wird die islamische Unterdrückung wahrscheinlich ein vorherrschendes Thema bleiben

Im Jahr 2019 begann für den Sudan eine neue Ära: Erstmals seit drei Jahrzehnten wird das Land ohne Ex-Präsident Omar al-Bashir an der Spitze regiert. Jedoch gibt es immer noch viele Herausforderungen zu bewältigen. Die Länder des Nahen Ostens gebrauchen Hilfsleistungen und Kredite als Verhandlungsinstrumente, um Druck auf das Land auszuüben. Zugleich bemüht sich der Sudan auch darum, sich den westlichen Nationen anzupassen, indem er zeigt, dass er nicht mehr mit Terrorismus und ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden sollte. Das Land hat bereits Änderungen an repressiven Gesetzen vorgeschlagen. Die Wirtschaft leidet immer noch und auch Inflation bleibt ein ernstes Problem.

In diesem Zusammenhang sind in den kommenden Monaten folgende Entwicklungen am wahrscheinlichsten:

- Die Gesellschaft wird weiterhin von einem konservativen Islam dominiert.
- Der Abriss von Kirchen könnte beendet werden.
- Christen werden es weiterhin schwer haben, Baugenehmigungen für neue Kirchen zu bekommen, da die Regierung zumindest im Moment die örtlichen konservativen Muslime nicht verärgern will.

2) Darfur und die (nach der Unabhängigkeit des Südsudan aus der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee hervorgegangene Miliz) SPLA-North werden eine der härtesten Prüfungen für die Übergangsregierung darstellen

Der Sudan ist eines der komplexesten Länder in Afrika. Nach einem mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg entschied sich der Südsudan im Jahr 2011, seinen eigenen Weg zu gehen und zur unabhängigen Nation zu werden. Damit waren die Probleme aber noch nicht beendet. In den Regionen Darfur, Blauer Nil und Kordofan gilt es noch, große Probleme zu lösen und wichtige Fragen zu beantworten. Durch das Aufnehmen von Verhandlungen hat die Regierung gezeigt, dass ihr viel an einer Lösung gelegen ist, nachdem bereits der Verfassungsentwurf vom August 2019 die Beantwortung der Probleme in Darfur und anderen Teilen des Landes für wesentlich erklärt hatte. Es folgten Vereinbarungen im Oktober 2019 und Januar 2020. Bisher scheint es, dass die Diskussionen reibungslos verlaufen, allerdings gibt es noch offene Fragen, die ganze Aufmerksamkeit erfordern.

3. Religiöse Situation im Land

Die religiöse Konstellation im Sudan ist ein umstrittenes Thema. Die World Christian Database (WCD) schätzt die christliche Bevölkerung auf 4,5 Prozent und die muslimische Mehrheit auf 91,8 Prozent. Nach Angaben der Regierung sind etwa 97 Prozent der Bevölkerung Muslime, womit der christliche Anteil weniger als 3 Prozent betragen würde. Verschiedene Interessengruppen bestreiten diese niedrigen Zahlen (und die der WCD) und behaupten, dass der Anteil der Nichtmuslime im Land 15-20 Prozent betrage. Koptisch-orthodoxe, römisch-katholische und verschiedene protestantische Denominationen sind im Land vertreten. Diese Gruppen sind hauptsächlich in Khartum, Port Sudan, Kassala, Gedaref, El-Obeid, El-Fasher und vielen Teilen der Nuba-Berge vertreten.

Fast alle Muslime sind Sunniten, aber es gibt erhebliche Unterschiede, besonders unter den Sufi-Orden. Darüber hinaus gibt es kleine muslimische Minderheiten, darunter Schiiten und die Republikanischen Brüder, die vor allem in Khartum ansässig sind. Es gibt auch einen wachsenden (aber immer noch kleinen) Anteil von Salafisten. Die wichtigste traditionelle salafistische Gruppe, Jama'at Ansar al-Sunna al-Mohammediya, befürwortet friedliche Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Jedoch sind die neueren islamistischen Gruppen tendenziell militanter und konfrontativer und verübten 2011 und 2012 Anschläge auf sufistische, schiitische und christliche Ziele.

Mehr als ein Jahrzehnt lang wurde der Sudan aufgrund schwerer und systematischer Verletzungen der Religionsfreiheit von der USCIRF als „besonders Besorgnis erregendes Land“ eingestuft. Die Religionsfreiheit wurde zwar in der Interimsverfassung von 2005 garantiert, wird aber in der Praxis nicht gewahrt. Darüber hinaus wurde das auf islamischem Recht basierende Strafrecht des Sudan (welches Strafen wie Amputationen und Auspeitschungen für Verbrechen und Handlungen der „Unanständigkeit“ und „Unmoral“ zulässt) wahllos vor allem gegen einheimische afrikanische Christen angewandt. Im Jahr 2020 versprach die Übergangsregierung, alle Gesetze abzuschaffen, welche grundlegende Menschenrechte verletzen – darunter auch das Apostasiegesetz.

Christen muslimischer Herkunft gerieten unter besonderen Druck. Ein Beispiel dafür ist eine Frau, die 2014 zum Tode verurteilt wurde, weil sie einen christlichen Mann geheiratet hatte. Im Juli 2020, nach dem Sturz von al-Bashir, wurde jedoch angekündigt, dass der Sudan das Apostasiegesetz abschaffen werde, welches jedem verbot, vom Islam zu einer anderen Religion zu konvertieren. Darüber hinaus würden Frauen künftig nicht mehr die Erlaubnis eines männlichen Verwandten benötigen, um zu reisen, und Genitalverstümmelung würde verboten. Im September 2020 wurde bekanntgegeben, dass die sudanesische Übergangsregierung die Trennung von Religion und Staat beschloss: Damit wurden 30 Jahre islamischer Herrschaft im Land beendet.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung ist in der Ideologie der Muslimbruderschaft verwurzelt, die Hassan al-Turabi, der Gründer der bis April 2019 regierenden Partei, vertrat. Er half dem ehemaligen sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir, durch einen unblutigen Staatsstreich 1989 seine Macht zu festigen. Die sudanesische Regierung bemühte sich daraufhin um die Bildung eines islamischen Staats auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land. Sie stand auch im Verdacht, in den vergangenen drei Jahrzehnten islamische Extremisten unterstützt zu haben. Die USA stufen den Sudan erstmals am 12.

August 1993 als einen „den Terrorismus unterstützenden Staat“ („State Sponsor of Terrorism“) ein, weil er wissentlich lokalen und internationalen Terroristen Unterschlupf gewährte und zuließ, dass das Land als Transitland für Terroristen und Waffen diene. Beispielsweise hielt sich Osama bin Laden dort auf, bevor er nach Afghanistan ging.

Historisch gesehen ist der Islam – einschließlich seiner radikalen Tendenzen wie der mahdistischen Bewegung im 19. Jahrhundert – fest in der sudanesischen Gesellschaft verwurzelt. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes sunnitische Muslime sind, hatte die sudanesische Regierung unter al-Bashir auch starke Verbindungen zum schiitischen Iran. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudan hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land zu etablieren. Unter al-Bashir wurde Apostasie (der Abfall vom Islam) kriminalisiert und mit der Todesstrafe geahndet. Landesweit wurden Blasphemiegesetze angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen. Auch wenn sich dies nun verändert, ist das islamische Recht weiterhin noch sehr präsent. Diese Triebkraft hat auch ein nationalistisches Element. Es gibt auch immer noch gewaltbereite islamische Kämpfer, die früher der Dschandschawid-Miliz des ehemaligen sudanesischen Präsidenten angehörten.

Diktatorische Paranoia

Bis zum April 2019 wurde der Sudan von einem autoritären Regime beherrscht, seit al-Bashir 1989 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Der Einfluss der Regierung sowohl auf das Privatleben als auch auf das öffentliche Leben war enorm. Das Land hat seine eigenen, tief verwurzelten Herausforderungen: Die Darfur-Krise dauert an, und im Konflikt mit der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N) gibt es keine Anzeichen für eine dauerhafte Lösung, obwohl Waffenstillstandsvereinbarungen getroffen wurden. Manche vermuten, dass die Abkommen aufgrund der Sanktionen seitens der US-Regierung vereinbart worden waren und die sudanesische Regierung in der Hoffnung nachgegeben hatte, dass die Sanktionen gelockert werden könnten. Jedes Mal, wenn sich die Regierung von Ex-Präsident al-Bashir größeren sozioökonomischen und politischen Problemen gegenüber sah, wurde die Unterstützung in der breiten Bevölkerung durch Hetzreden gegen den Westen wiederbelebt. Dies wiederum hatte negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Agenten des Westens“ angesehen werden.

Es scheint eine symbiotische Beziehung zwischen islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia zu geben, da die Führer des Regimes unter al-Bashir hauptsächlich Personen waren, die einer islamisch-extremistischen Ideologie anhängen; tatsächlich diente die Nationale Kongresspartei (NCP) als Mittel zur Stärkung einer islamistischen Agenda. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von einer islamistischen Gesinnung angetrieben wurde. In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde die Bereitschaft des ehemaligen Präsidenten, Überzeugungen und Versprechen in opportunistischer Weise aufzugeben, um an der Macht zu bleiben, immer deutlicher. Beinahe alle seiner Entscheidungen – ob es darum ging, Milizen zu unterstützen oder gegen jegliche Formen von Widerspruch vorzugehen – waren hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, von dem Bestreben motiviert, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dazu war er in der Lage – obwohl der Internationale Strafgerichtshof ihn für das, was im Sudan unter seiner Führung geschehen war, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord anklagte und 2009 einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

In der gegenwärtigen Übergangszeit gibt es erste Anzeichen dafür, dass der neue Premierminister versucht, die Situation im Land zu verbessern. Es wird für die internationale Gemeinschaft wichtig sein, diesen Prozess zu fördern, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Minderheiten im Land.

Im Bericht „Freiheit in der Welt 2019“ der Organisation Freedom House wurde das Land als „nicht frei“ bewertet (mit der niedrigen Wertung von 7 von 100 Punkten). Dies wird sich jedoch wahrscheinlich ändern, nachdem al-Bashir von der Macht verdrängt wurde.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die sudanesishe Regierung unter Ex-Präsident al-Bashir setzte alle Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Es gab Vorwürfe von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen die nichtarabischen Bürger. Christen gehören zu den Minderheiten, die Opfer dieser Art von organisiertem Verbrechen werden.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Die sudanesishe Bevölkerung setzt sich aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen zusammen. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft, Araber leben überwiegend in den nördlichen Landesteilen. Religion hat für die sudanesishe Bevölkerung große Bedeutung. Die meisten Einwohner bekennen sich zu einer Religion – hauptsächlich dem Islam oder dem christlichen Glauben, doch auch Stammesreligionen bestehen fort. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudan verantwortlich. Doch auch heute geschieht das noch im ganzen Land. Was sie zu einem besonderen Ziel macht, ist, dass die Mehrheit dieser ethnischen Afrikaner Christen sind.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Imame schüren in Moscheen und Medressen (Koranschulen) eine christenfeindliche Stimmung. Verantwortlich dafür sind vor allem extremistische muslimische Geistliche, die den Sudan zu einem islamischen Staat machen wollen. Es gibt auch einen schiitischen Einfluss durch Iran.
- **Gewöhnliche Bürger:** Wahhabiten und Befürworter der Scharia als Grundlage aller Lebensbereiche im Sudan engen den Spielraum für ein christliches Leben immer mehr ein. Der Islam ist tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert, und jeder wird ermutigt, der Regierungspolitik von einer Religion, einer Kultur und einer Sprache zu folgen. Dies führt schnell zur Verfolgung von Christen.
- **Regierungsbeamte:** Gegen Ende des Berichtszeitraums beschloss die Übergangsregierung, das Apostasiegesetz abzuschaffen. Es braucht jedoch Zeit, die Einstellung einer solch konservativen Gesellschaft und staatlicher Institutionen zu ändern, die auf dem Ausschluss von Christen aufgebaut sind. So wurde beobachtet, dass die staatlichen Sicherheitskräfte immer noch Christen verhafteten, schikanierten und einschüchterten und Kirchen zerstörten. Christen muslimischer Herkunft sehen sich ernsthafter Verfolgung durch ihre Familien ausgesetzt. Bis zur Abschaffung des Apostasiegesetzes konnten sie zum Tod verurteilt werden,

wenn man sie bei der Regierung meldete (da auf Apostasie während des größten Teils des Berichtszeitraums noch die Todesstrafe stand).

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Von der Regierung organisierte Milizen sind für die Tötung von Christen und für die Zerstörung von Eigentum von Christen im ganzen Land verantwortlich.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Sowohl Einzelpersonen als auch ganze Familien haben sich an der Verfolgung von Christen im Land beteiligt. Ein Experte für das Land erklärt: „Familienmitglieder befürchten, dass der Glaubenswechsel eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben dazu führen könnte, dass die ganze Familie von der Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen wird, ohne dass sie etwas dafür kann. Daher werden die Familien keine Gelegenheit auslassen, um die Konvertiten dazu zu drängen, ihrem neuen Glauben abzuschwören.“

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Von der Regierung unterstützte Gruppen (und alle, die sich einer islamistischen Ideologie anschließen) weigern sich, Glaubenswechsel oder einen Platz für Christen im Land zuzulassen. Was in dieser Hinsicht noch beunruhigender ist, ist die mutmaßliche Verbindung zwischen der ehemaligen Regierung und diesen gewalttätigen religiösen Gruppen. Regierungsbeamte zwingen Christen sogar, sonntags zur Schule zu gehen. Vor zehn Jahren erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen al-Bashir wegen verschiedener Verbrechen, viele davon gegen die christliche Minderheit. Während al-Bashir in seiner Position als Staatschef angeklagt wurde, zeigte sich, dass zahlreiche Beamte auf verschiedenen Ebenen der Regierung beteiligt waren.
- **Politische Parteien:** Die lange Zeit regierende Nationale Kongresspartei (die 1996 gegründet wurde und von Omar al-Bashir bis zu seiner Absetzung im April 2019 geführt wurde) ist islamistisch und hat sich auch an der Verfolgung von Christen beteiligt und diese befeuert.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Obwohl offiziell illegal, toleriert der Staat viele Gruppen, die wie Verbrecherbanden gegen Christen agieren.
- **Regierungsbeamte:** Der Sudan ist eines der korruptesten Länder in Afrika. Politiker und Netzwerke der Korruption haben sich gegen Christen verschworen und untergraben die Rechtsstaatlichkeit. Sie arbeiten zudem Hand in Hand, sodass Christen vor Gericht ihre Kirchengebäude oder ihren Besitz verlieren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Auch Anführer ethnischer Gruppen gehen innerhalb der bestehenden Netzwerke von Vetternwirtschaft und Korruption gegen Christen vor.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Einige Anführer ethnischer Gruppen haben Rückendeckung von der Regierung erhalten, insbesondere dort, wo ihre ethnischen Gruppen den Islam als unabdingbaren Teil ihrer ethnischen Identität betrachten. Wenn sie also sehen, dass eines ihrer Mitglieder zum christlichen Glauben konvertiert, werden sie diesen Konvertiten verfolgen. Diese von der Regierung unterstützten Gruppen mit arabischem ethnischen Hintergrund versuchen auch, Druck auf Nichtaraber auszuüben, insbesondere auf ethnisch afrikanische Christen.

Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft und Christen (oder Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen), im Norden leben überwiegend Araber. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies spielte eine große Rolle in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, in dem Millionen von Menschen starben. Millionen weiterer wurden verletzt und aus ihren Häusern vertrieben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Druck und Gewalt, die sich gegen Christen richten, sind außerhalb der Hauptstadt intensiver.

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen den Geschehnissen in den Nuba-Bergen sowie der Region Blauer Nil und den Geschehnissen in anderen Landesteilen, insbesondere in den Städten, zu unterscheiden. Seit Juni 2011 führt die sudanesisische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch, doch die meisten Kenner der Region wissen, dass die Pläne der sudanesischen Regierung und die Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein einziges Ziel haben, nämlich die ethnische Säuberung des Gebietes von ethnischen Minderheiten und vor allem von Christen. Samuel Totten, ein US-amerikanischer Wissenschaftler zu Fragen des Völkermordes, nennt dies „Genozid durch Zermürbung“. Über einen Zeitraum von acht Jahren wurden Tausende Christen bei Angriffen durch von der Regierung unterstützte Gruppen getötet und viele Tausende wurden aus ihren Dörfern vertrieben – nur weil sie einer anderen Religion angehörten als die Anführer des Landes.

7. Betroffene Christen

Im Sudan erfahren alle im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien von Christen in gewisser Weise Verfolgung. Jedoch ist das Ausmaß der Gewalt gegen und des Drucks auf Christen, die ethnische Afrikaner oder ehemalige Muslime sind, besonders hoch. Viele von ihnen wurden unter der Anklage von Verbrechen wie Spionage inhaftiert; viele Kirchengebäude wurden zerstört; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo Streitkräfte der Regierung gegen Rebellengruppen kämpfen. Viele Kirchen werden zur Schließung gedrängt.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wurde die Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Manche dieser ausländischen Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen aus traditionellen Kirchen wie der Koptisch-Orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von islamischer Unterdrückung als auch von diktatorischer Paranoia. Dem Programm zum Abriss von Kirchengebäuden nach zu urteilen, kann man sagen, dass die ehemalige Regierung vorhatte, die meisten, wenn nicht alle Kirchengebäude im Land zu schließen, einschließlich derjenigen der traditionellen Kirchen.

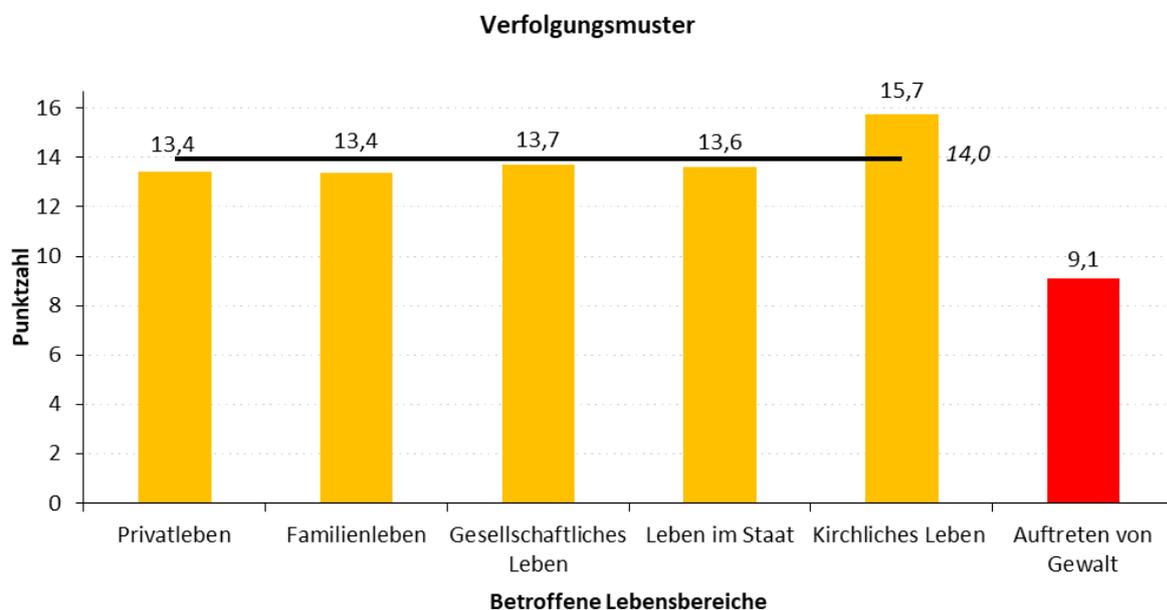
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen, die einen anderen religiösen Hintergrund haben – hauptsächlich ehemalige Muslime – erleben die stärkste Verfolgung. Sie erfahren nicht nur Verfolgung in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Lebens im Staat, sondern sind auch starker Verfolgung durch Familie und Nachbarn in den Bereichen gesellschaftliches Leben, Familienleben und Privatleben ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesische Christen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstlerischen Denominationen angehören, sind ebenfalls mit Verfolgung in Form von islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia konfrontiert. Diese Gruppe von Christen muss am ehesten damit rechnen, dass ihre Kirchen geschlossen werden.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Sudan ist mit einer Wertung von 14,0 Punkten sehr hoch.
- Am stärksten ist der Druck im kirchlichen Bereich, was die Tatsache widerspiegelt, dass die Kirchen im Land vor enormen Herausforderungen stehen. An zweiter Stelle folgt der Bereich des gesellschaftlichen Lebens, ein Hinweis darauf, dass Christen in ihrem sozialen Umfeld nicht gleichberechtigt sind.
- Die Wertung für Gewalt beträgt 9,1 Punkte und ist damit gegenüber 10,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 gesunken.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden die jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Das Land bleibt weiterhin ein gefährlicher Ort, um seinen christlichen Glauben offen zu zeigen. Wenn Christen in schriftlicher Form Details über ihren Glauben erwähnen, werden sie wahrscheinlich aufgespürt und angegriffen. Deshalb ziehen es Christen oft vor, sich nicht öffentlich, sondern privat zu treffen und zu beten. Dies betrifft alle Kategorien von Christen im Land.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Christen vermeiden aus Sicherheitsgründen eher, mit Gästen oder anderen Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaft über ihren Glauben zu sprechen: Dies könnte zu einer Verhaftung oder zum Angriff eines Mobs führen. Es könnte als Evangelisierung angesehen werden und ist ein Problem, das alle Christen umgehen müssen.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Treffen mit anderen Christen bergen (besonders für Christen muslimischer Herkunft) immer die Gefahr der Entführung oder der Verhaftung durch den Geheimdienst. Dies ist eine der Herausforderungen, mit denen alle christlichen Gemeinschaften im Land konfrontiert sind: Es herrscht eine ständige Überwachung und Nachverfolgung durch das soziale Umfeld und die Polizei. Auch wenn sich die Situation verbessert, gibt es dahingehend immer noch Probleme.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Sudan war dafür bekannt, Christen muslimischer Herkunft der Apostasie anzuklagen. Ein Experte für das Land erklärt: „Wegen des Risikos, entdeckt zu werden, und weil dies als Beweismaterial von Familien, Gesellschaft und Behörden gegen sie verwendet werden könnte, besitzen christliche Konvertiten grundsätzlich keine christlichen Materialien und meiden christliche Fernsehsender oder Internetseiten.“ Es hat Fälle gegeben, in denen Konvertiten nur aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben von ihrer Familie unter Hausarrest gestellt wurden. Auch wenn die Regierung eine Überarbeitung des Rechtssystems plant, einschließlich der Aufhebung von Artikel 126 des Strafgesetzbuches, der eindeutig eine Bestrafung für Konvertiten mit muslimischem Hintergrund vorsieht, herrscht weiterhin Angst. Darüber hinaus führen alle Kategorien von Christen nur behutsam Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen, da diese als „Handlungen, die zum Abfall vom Islam ermutigen“ ausgelegt werden könnten.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Insbesondere christliche Konvertiten, die bei ihrer muslimischen Familie leben, können es nicht riskieren, eine Bibel oder andere christliche Gegenstände zu Hause aufzubewahren. Diese könnten entdeckt werden und zu heftigem Widerstand von Mitgliedern der (Groß-)Familie führen mit dem Ziel,

den Christen zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Das kann zum Verlust von Eigentum, zum Ausschluss aus der Gemeinschaft und zu weiteren Gewalttaten führen. Bis die Regierung vor Kurzem die Aufhebung des Apostasiegesetzes ankündigte, konnte der Besitz von christlichen Materialien auch dazu führen, dass ein Konvertit wegen Apostasie angeklagt wurde.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Eine Heirat ist für Christen im Sudan nicht leicht. Bei einer Ehe zwischen einem muslimischen und einem christlichen Partner wird erwartet, dass der Christ zum Islam konvertiert. Während das Gesetz bis zu einem gewissen Grad zulässt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Gesetzes unterworfen werden, wird in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos ablaufen wie eine Hochzeit zwischen Muslimen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder aus christlichen Familien werden wegen des Glaubens ihrer Eltern oft in der Schule oder auf Spielplätzen belästigt. Infolgedessen sind Christen (besonders Konvertiten) oft vorsichtig oder vermeiden es, mit ihren Kindern über ihren Glauben zu sprechen. Die Art und Weise, wie Christen sich kleiden, oder auch das Tragen von Symbolen, die auf ihren Glauben hinweisen, wird unter islamischen Gruppen im Land weithin als Kennzeichen ihrer Minderwertigkeit angesehen und kann zu Handlungen der Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung führen.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Christen muslimischer Herkunft verzichten oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil die Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern anderen verraten könnten. Ein Experte für das Land bringt diese Herausforderung mit dem Schulsystem in Verbindung und erklärt: „Es ist sehr schwer, Kinder im Sinne des christlichen Glaubens zu erziehen. Das Schulsystem, das Sozialsystem und die Gesellschaft im Allgemeinen legen Christen viele Steine in den Weg. In den öffentlichen Schulen, die sich in den mehrheitlich muslimisch geprägten Gebieten des Landes befinden, ist Islamunterricht verpflichtend. In staatlichen Schulen in Gegenden, in denen Muslime nicht die Mehrheit bilden, haben die Schüler die Wahl, über den Islam oder den christlichen Glauben zu lernen. An den meisten staatlichen Schulen wird jedoch kein christlicher Unterricht angeboten. Als Grund dafür gibt die Regierung einen Mangel an Lehrern oder christlichen Schülern an. Unabhängig davon bedeutet dies in der Praxis, dass viele christliche Schüler den islamischen Unterricht besuchen.“

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Diese Frage muss im Zusammenhang damit gesehen werden, dass der Sudan ein Scharia-Staat ist. Eine solche Ausgrenzung soll sicherstellen, dass die nächste Generation mehrheitlich muslimisch bleibt. Sie ist für gewöhnlich die erste Reaktion, wenn ein Elternteil sich dem christlichen Glauben zuwendet. Daher wird im Falle einer Scheidung zwischen einem Christen muslimischer Herkunft und einem muslimischen Ehepartner die Familie muslimischen Glaubens das Kind gewaltsam in ihre Obhut nehmen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung und gelten im Bundesstaat Khartum. Sie verbieten das Tragen „unpassender“ Kleidung und andere „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral“. Die islamische Sittenpolizei belästigt und verhaftet Christen, die sich nicht entsprechend der offiziellen Vorschriften kleiden. Dieses Thema hat in der Vergangenheit zur Verhaftung vieler Christen geführt.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen, insbesondere muslimischer Herkunft, werden von muslimischen religiösen Leitern, Politikern und Bürgerwehren überwacht. Der Sudan ist ein Polizeistaat. Seit April 2019 besteht die Hoffnung, dass die Absetzung des ehemaligen Präsidenten dies ändern wird.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Alle christlichen Gemeinschaften im Land kämpfen darum, ihren Anteil an den öffentlichen Ressourcen zu erhalten. Dies gilt insbesondere außerhalb der städtischen Gebiete, wo das Leben extrem schwierig ist, wenn die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. In den Städten bedeutet dies, dass Christen zusätzliche Kosten aufwenden müssen, um das zu bekommen, was sie für das tägliche Leben brauchen.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Die allgemeine Einstellung in der Gesellschaft und der Regierung ist, dass sudanesischer Bürger Muslime sein sollten. Die ehemalige Regierung nutzte alle verfügbaren Möglichkeiten, um Christen zu benachteiligen und zu bestrafen, indem sie sie daran hinderte, die öffentlichen Ressourcen zu nutzen. Die Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes sind Luftangriffen der Regierungstruppen ausgesetzt; es ist auch bekannt, dass staatlich geförderte Milizen von Haus zu Haus gehen, um Christen aufzuspüren. Für Christen, die in diesen Gebieten leben, ist es kaum möglich, ein normales Leben zu führen und ohne Angst Zugang zu den öffentlichen Ressourcen zu haben.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Auf nationaler Ebene ist das allgemeine Umfeld für Christen nicht günstig, da sie als Bürger zweiter Klasse angesehen werden. Obwohl Artikel 38 der Übergangsverfassung Religionsfreiheit garantiert, ist die regierende Partei der Meinung, dass das Land Muslimen gehört. Ob die neue Regierung des Sudan diese Sicht verändern will, bleibt abzuwarten. Demzufolge sind praktisch alle Gesetze von der Scharia abgeleitet und bieten keinen Raum für die Ausübung der Religionsfreiheit. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch zusätzliche Rückbezugsklauseln ein. Christen – besonders aus dem

Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Es besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie von der Übergangsregierung bekannt gegeben wurde.

Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z. B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?

Es wurde berichtet, dass es – im Vergleich zu muslimischen Geschäftsinhabern – für Nichtmuslime sehr schwierig ist, eine Lizenz für die Gründung eines Unternehmens zu erhalten. Die meisten christlichen Geschäftsinhaber werden von Kunden aufgrund ihrer Religion diskriminiert. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, Aufträge zu bekommen, die von der Regierung ausgeschlossen werden, da die Regierungsbeamten, die für die entsprechenden Regierungsstellen zuständig sind, eine diskriminierende Einstellung haben. Mit der Initiative der neuen Regierung, den Sudan zu einem säkularen Staat zu machen, könnte sich diese Situation in naher Zukunft verbessern.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in dem Land stark eingeschränkt. Die Kirche wird daran gehindert, mit ihrem Glauben, ihren Praktiken und ihren Ansichten öffentlich in Erscheinung zu treten. Die Behörden befürchten, dass Christen sonst die Gelegenheit nutzen könnten, um andere zu beeinflussen, Christen zu werden. Die Zensur betrifft jeden. Für Christen ist das Risiko, sich zu äußern, jedoch höher, da der Staat wahrscheinlich (ganz oder teilweise) Straffreiheit für alle gewährt, die gegen diejenigen vorgehen, deren Äußerungen als Kritik an der Regierung oder den lokalen Beamten verstanden werden könnten. Auch hier besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie es die Übergangsregierung öffentlich angekündigt hat.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Behinderungen und Verbote treten auf, wenn Organisationen als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen wahrgenommen werden oder die evangelistische Wirkung ihrer Arbeit offen zur Schau stellen. Viele internationale Nichtregierungsorganisationen werden aus dem Land verbannt, wenn sie als christlich bekannt sind. Trotz der Herausforderungen sind immer noch einige christliche Organisationen im Land tätig. Es gibt zahlreiche politische Parteien im Land, aber keine ist christlich geprägt.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Dies ist ein weiterer Bereich, in dem Kirchen einem besonderen Druck ausgesetzt sind. Welche Aktivitäten sie auch durchführen wollen, die örtlichen Behörden verlangen, dass diese ausschließlich innerhalb von Kirchengebäuden stattfinden. Die Durchführung jeglicher kirchenbezogener Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden ohne ausdrückliche Genehmigung der örtlichen Behörden führt zur Verhaftung der teilnehmenden Personen.

Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?

Unter al-Bashir war dies ein verbreitetes Problem. Die Schwierigkeiten, die unter seinem Regime begannen, beschäftigen viele Kirchen immer noch.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von staatlicher Seite überwacht und behindert werden, sind die Kirchen in den abgelegenen Teilen des Landes, insbesondere in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, stärkerer Behinderung und Überwachung sowohl durch staatliche als auch durch nichtstaatliche Gruppen ausgesetzt.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Der Bau neuer Kirchengebäude ist schwierig, vor allem, weil dazu eine Baugenehmigung der Regierungsbehörden benötigt wird. Selbst wenn diese ausgestellt wird, bekommen Christen von lokalen islamischen Leitern und muslimischen Extremisten täglich Steine in den Weg gelegt.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Ein Christ wurde im Juni 2020 bei einem Mob-Angriff in Omdurman getötet. Berichten zufolge wurden dabei vier weitere Personen schwer verletzt.
- **Angriffe auf Kirchen:** Vier Kirchen in Blue Nile, zwei Kirchen in Abyei und drei Kirchen in Mairam wurden angegriffen.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Über 525 christliche Häuser wurden niedergebrannt oder anderweitig angegriffen. Zum Beispiel wurden 205 Häuser in Abyei und 110 Häuser in Mairam niedergebrannt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinschaft sind im Sudan ebenfalls ernsthaften Herausforderungen ausgesetzt.

- Die Website „Everyday Antisemitism“ berichtete am 28. November 2017, dass Fußballfans gesehen wurden, die Adolf Hitler und den Holocaust priesen.
- Im Februar 2019 erklärte ein islamischer Geistlicher in einer Fernsehsendung, dass „Juden der Inbegriff allen Betrugs“ seien.

Die Gemeinschaft der Bahai ist im Sudan nicht anerkannt und kann nur im Geheimen arbeiten. Auch die Zeugen Jehovas sind Schikanen ausgesetzt. Schiitischen Muslimen ist es nicht erlaubt, Gottesdienste abzuhalten. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jede religiöse Gruppe außer sunnitischen Muslimen vor außerordentlichen Herausforderungen steht, ihren Glauben zu leben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Saudi-Arabien: Platz 14

Kurze Zusammenfassung

Die meisten Christen in Saudi-Arabien leben und arbeiten nur vorübergehend im Land. Der Großteil der ausländischen Christen stammt aus Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen wie Indien, den Philippinen und afrikanischen Ländern – wobei manche jedoch auch aus der westlichen Welt kommen. Die asiatischen und afrikanischen Arbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, sondern aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt, wobei auch ihr christlicher Glaube eine Rolle spielen kann. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da ihnen Verhaftung und Ausweisung drohen.



Die wenigen saudischen Christen muslimischer Herkunft stehen jedoch unter noch stärkerem Druck, besonders durch ihre Familien. Auch ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, sehen sich einer starken Verfolgung ausgesetzt, die wahrscheinlich ähnlich hoch ist wie in ihrem Heimatland. Aufgrund des extrem hohen Drucks schweigen ausländische Christen über ihren Glauben, und die meisten ausländischen und saudischen Christen muslimischer Herkunft sind gezwungen, ihren Glauben im Geheimen zu leben. Dennoch wächst die kleine Zahl der saudiarabischen Christen. Außerdem werden sie immer mutiger darin, ihren Glauben weiterzugeben, etwa im Internet oder in christlichen Satelliten-Fernsehprogrammen. Ein solches öffentliches Zeugnis hat aber häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten ihrer Familien oder der Behörden geführt.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	78	14
2020	79	13
2019	77	15
2018	79	12
2017	76	14

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Saudi-Arabien fällt im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 um einen Punkt (und damit um einen Platz). Dies ist zum Teil auf eine etwas geringere Zahl gemeldeter Gewalttaten gegen Christen zurückzuführen und zum Teil auf die Tatsache, dass aufgrund neuer Informationen einige Bewertungsanpassungen vorgenommen wurden. In Saudi-Arabien (15,2 Punkte), einem der wenigen Länder der Welt, in dem Kirchenbauten noch immer verboten sind, blieb der Durchschnittswert für Druck auf einem extremen Niveau. Die Punktzahl für Gewalt ist mit nur 2,2 Punkten niedrig.

2. Trends und Entwicklungen

1) Saudi-Arabien versucht, seine Wirtschaft zu diversifizieren

In nur wenigen Jahrzehnten entwickelte sich Saudi-Arabien zu einem der größten Erdölexporteure weltweit. Das saudische Königreich ist sehr stark von der Erdölindustrie abhängig und versucht, seine Wirtschaft zu diversifizieren und mehr Arbeitsplätze für Saudis zu schaffen, wie in seinem ehrgeizigen Plan für sozioökonomische Reformen mit dem Titel „Saudi Vision 2030“ dargelegt. Dieses Strategiedokument unterstreicht auch deutlich die stolze islamische Identität des saudischen Königreichs und seinen Anspruch auf eine führende Rolle in der muslimischen Welt. Generell versucht das Land, sein globales Image neu zu gestalten und will den Tourismus ankurbeln.

2) Der Islam wird öffentlich weniger durchgesetzt

Im Einklang mit dem oben erwähnten Trend hat Kronprinz Mohammed Bin Salman seinen Wunsch geäußert, das Königreich zu einer „gemäßigeren“ Form des Islam zurückzuführen, indem er Reformen einführte, wie z. B. Frauen das Autofahren zu erlauben und bestimmte Formen der Unterhaltung zuzulassen. Mit der Beschneidung der Befugnisse der Religionspolizei gibt es im Vergleich zu früheren Jahren weniger öffentliche Durchsetzung des Islam, was zu relativ mehr Freiheit sowohl für Ausländer als auch für saudische Bürger geführt hat. Beobachtern in Saudi-Arabien zufolge haben diese Freiheiten dazu geführt, dass sich die Menschen freier fühlen, andere Ideen, Ideologien und Glaubensrichtungen zu erkunden. Allerdings stehen sie immer noch sehr stark unter dem Einfluss der Werte und Überzeugungen ihres Stammes und ihrer Gemeinschaft.

3) Saudi-Arabien durchläuft einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel.

Das Internet spielt eine wichtige Rolle bei dem rasanten gesellschaftlichen Wandel, der derzeit stattfindet. Dies führt auch zu erweiterten Möglichkeiten christlicher Online-Dienste. Die Internetgeschwindigkeit hat zugenommen, was zu einer hohen Nutzung der sozialen Medien führt. Aus diesem Grund suchen mehr Saudis online nach glaubensbezogenem Material. Diese größeren Freiheiten können jedoch auch einen anderen Kontext für Druck bieten, da einzelne „Eiferer“ in den sozialen Medien darauf reagieren können und auch die Regierung sie überwachen kann.

Das Land will sowohl den Tourismus ankurbeln als auch seinen Einfluss auf den weltweiten Islam aufrechterhalten. Obwohl es einige positive Schritte gegeben hat, ist es zu früh, um anzunehmen, dass dies zu einer breiteren Akzeptanz verschiedener Religionen führen wird. Die sozialen Veränderungen könnten sehr wohl auf ernsthaften Widerstand aus konservativen Kreisen stoßen.

3. Religiöse Situation im Land

Das Wüstenkönigreich kontrolliert die islamischen heiligen Städte Mekka und Medina (der traditionelle Geburts- und Begräbnisort von Mohammed, dem Hauptpropheten des Islam) und ist geprägt vom Wahhabismus, einer puristischen und strengen Auslegung des Islam. Andere Religionen dürfen nicht offen praktiziert werden. Es existiert eine schiitische Minderheit von acht Prozent, sie leidet unter Diskriminierung. In Saudi-Arabien gibt es mehr als 1,2 Millionen Christen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um saudi-arabische Staatsbürger, sondern meist um Asiaten, die vorübergehend im Land arbeiten. Es gibt auch Christen aus anderen Teilen der Welt. In Saudi-Arabien sind keine offiziellen Kirchen irgendeiner christlichen Konfession erlaubt. Die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen trifft sich im Verborgenen, aber eine größere Zahl hat keine christliche Gemeinschaft, an der sie teilnehmen

kann. Bei einigen ist dies auf Angst zurückzuführen, aber bei anderen liegt es daran, dass sie nicht wissen, dass es neben den Ausländern noch andere Christen gibt (mit denen es aus Sicherheitsgründen nicht klug wäre, sich zu vermischen).

Saudi-Arabien finanziert über die islamische Missionsorganisation „Muslimische Weltliga“ mit Sitz in Mekka missionarische Bemühungen über die eigenen Grenzen hinaus. Islamische Bekehrungsliteratur und Missionare werden ins Ausland geschickt, und der Bau von wahhabitischen Moscheen in den verschiedensten Ländern wird mit Öldollars finanziert. Außerdem fördert das Land akademische Einrichtungen unter der Bedingung, dass auch Zentren für islamische Studien gebaut werden. Neben zahlreichen Koranexemplaren werden jedes Jahr auch große Mengen an Literatur, die den Hass gegen Nichtmuslime propagiert, ins Ausland verschickt, zum Beispiel in Länder in Afrika, Südostasien und Westeuropa.

Religiöser Hass gegen Anhänger anderer Religionen als dem sunnitischen Islam findet sich trotz versprochener Reformen immer noch in saudischen Schulbüchern. Eine umfassende Überprüfung der saudischen Schulbücher seit 2016 durch das „Institute for Monitoring Peace and Cultural Education in School Textbooks“, zeigt jedoch, dass einige Fortschritte gemacht wurden: „Die Feindseligkeit gegenüber Christen hat sich in mancher Hinsicht abgeschwächt. Verweise auf das Christentum als koloniale Macht und als „eine ungültige und pervertierte Religion“ wurden aus dem neuesten saudischen Lehrplan entfernt. Im Gegensatz zu früheren Lehrplänen wird der von Muslimen verübte Terrorismus ausdrücklich und scharf kritisiert.“ Doch nicht alles ist gut: In den neuesten Schulbüchern werden Nichtmuslime (einschließlich Christen und Juden) „immer noch dämonisiert, als Ungläubige und Feinde des Islam und aller Muslime bezeichnet“, und schiitische Muslime werden in ähnlicher Weise verurteilt.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Das Wüstenkönigreich ist vom Wahhabismus geprägt und kontrolliert die für Muslime heiligen Städte Mekka und Medina. Der Koran und die Sunna (wörtlich: „Traditionen“) sind in Saudi-Arabien zur Verfassung erklärt worden und werden von religiösen Leitern nach der strengen Lehrrichtung der Hanbaliten interpretiert. Saudi-Arabiens Rechtssystem gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Auf dieser Rechtsgrundlage darf nur der offiziell anerkannte wahhabitische Islam öffentlich praktiziert werden; andere Religionen offen auszuüben, ist verboten. Alle saudischen Bürger gelten als Muslime; ausländische Anhänger anderer Religionen dürfen ihren Glauben nur im privaten Rahmen ausüben. Auf Apostasie, dem Abfall vom Islam, steht weiterhin die Todesstrafe, auch wenn für die letzten Jahre keine Beispiele von gerichtlich angeordneten Hinrichtungen aus diesem Grund bekannt sind.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm, vermischt mit islamischer Unterdrückung

Obwohl Saudi-Arabien behauptet, eine moderne Nation zu sein, gibt es im ganzen Land immer noch eine sehr starke Unterdrückung durch Clans. Die jahrhundertealten Normen und Werte aus ihrem traditionellen Glaubenssystem haben nach wie vor einen großen Einfluss auf die Menschen, die in diesem Land leben. Es gibt starke Stammes- und Clan-Vorurteile, die sich auf Eheschließungen, Beschäftigung, die Frage, wo man ein Haus mieten oder kaufen kann, und verschiedene andere soziale Situationen auswirken. Clans können anhand des letzten Nachnamens identifiziert werden. Wenn also

der Nachname einer Person einen niedrigeren Stamm oder Clan widerspiegelt, könnte ihr eine Anstellung verweigert oder eine weniger begehrte Position gegeben werden. Diejenigen Saudis, die keine Stammeszugehörigkeit haben, werden von denen, die eine traditionelle Stammesmentalität aufrechterhalten, verachtet. Die Unterdrückung durch Clans ist eindeutig mit dem Islam vermischt und betrifft besonders Christen muslimischer Herkunft. Diejenigen in eher traditionellen Stämmen haben es schwerer, aus diesen Normen auszubrechen. Saudische Christen, die von ihrer Familie verleugnet werden, werden auch von ihrem Stamm und ihrer Gemeinschaft ausgestoßen.

Diktatorische Paranoia

Die saudische Monarchie hat die absolute Macht und Autorität im Land. So kann der Monarch jedes von ihm gewünschte Gesetz implementieren, solange es mit der Scharia und dem Koran übereinstimmt. In einem unerwarteten Schritt beförderte König Salman seinen Sohn im Juni 2017 zum Kronprinzen. Nach Ansicht von Beobachtern unternahm er diesen Schritt, um die monarchische Vorherrschaft der Familie zu bewahren und nicht aufgrund einer genauer definierten Vision für das Land. Ein Hauptziel der Herrscher, vor allem des Königs und des Kronprinzen, ist es, den Status quo zu erhalten, indem sie ihre eigene Macht behaupten und sorgfältig jegliche Strömungen kontrollieren, die als regimekritisch angesehen werden können oder religiöse und soziale Spannungen entfachen könnten. Die beiden obersten Autoritäten des Landes haben viele Veränderungen vorgenommen, von denen in Saudi-Arabien lebende Ausländer im Allgemeinen betroffen sind. Darunter sind zwar auch Christen, doch die Änderungen zielten nicht speziell auf sie ab. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Visagebühren für alle Angehörigen von in Saudi-Arabien lebenden Ausländern, die dazu führt, dass mehr ausländische Christen das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, was die christliche Präsenz und die Möglichkeiten, ein Zeugnis für den christlichen Glauben zu sein, verkleinert.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Saudi-Arabien möchte als Verteidiger des Islam gesehen werden, als Land mit einer hundertprozentig muslimischen Bürgerschaft. Verfolgung gilt jedem, der dieses Bild schädigt. Wichtige Quellen der Verfolgung sind hochgradig repressive Gesetze, die die Religionsfreiheit einschränken und von staatlichen Behörden aufrechterhalten und umgesetzt werden. Allerdings bleibt der Staat oft verhältnismäßig passiv und verlässt sich auf den noch stärkeren gesellschaftlichen Druck, um sicherzustellen, dass Christen und andere religiöse Minderheiten in Schach gehalten werden. Dies betrifft:
 - a) Ausländische Christen (für die vielen Gruppen, die sich regelmäßig zu privaten Gottesdiensten versammeln, geht die Hauptbedrohung von Nachbarn und weiteren Gemeinschaften aus – staatliche Stellen würden typischerweise nur als Reaktion auf Forderungen der Gemeinschaft eingreifen); und
 - b) Konvertiten zum christlichen Glauben (insbesondere saudische Staatsangehörige). Bei ihnen können die Behörden strenge Maßnahmen ergreifen und tun dies auch, aber in der Praxis geschieht dies oft nur auf Veranlassung von Familienmitgliedern oder des sozialen Umfelds hin.

Die Religionspolizei war früher dafür zuständig, die Einhaltung religiöser Regeln durchzusetzen. Sie bestrafte jeden, der sich nicht an die Kleiderordnungen hielt (etwa

Männer in Shorts oder Frauen mit nicht ausreichend bedecktem Haar), und übte Druck auf diejenigen aus, die sich während der Gebetszeiten außerhalb der Moschee aufhielten. In den letzten Jahren hat sich die Macht der Religionspolizei jedoch deutlich verringert.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Oft sind dies prominente Führungspersonlichkeiten oder Personen mit hohem Ansehen in ihrem sozialen Umfeld wie Imame, Universitätsprofessoren oder Ärzte, die es als ihre Aufgabe betrachten, die Gesellschaft von schlechten Einflüssen freizuhalten. In gewisser Weise funktioniert dies wie ein Stammsystem in einer Gemeinschaft, in der der tatsächliche Stammeseinfluss gering ist (z.B. in den Städten). Die Angst vor feindlichen Äußerungen oder Handlungen islamischer Leiter trägt dazu bei, dass sich Christen muslimischer Herkunft zu großer Vorsicht gezwungen sehen. Obwohl nicht viele Fälle bekannt sind, in denen religiöse Leiter im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 spezifische Verfolgung angezettelt haben, tragen sie aufgrund des hohen Grades an Feindseligkeit (insbesondere gegenüber Konvertiten) und ihres erheblichen Maßes an Autorität und Einfluss erheblich zum Druck auf die Christen bei. Zum Beispiel beeinflussen diese Leiter ihre Zuhörerschaft immer wieder mit einem Aufruf zur radikalen Einhaltung der wahhabitischen Regeln, einschließlich des Aufrufs, Druck auf jeden auszuüben, der die Lehren dieser strengen Form des Islam missachtet.
- **Gewöhnliche Bürger:** Generell gibt es in der Gesellschaft eine ausgeprägte antichristliche (und gegen alles nichtislamische gerichtete) Haltung. Obwohl die Gesellschaft im weiteren Sinne keine große direkte Bedrohung darstellt, kann sie oft ein Auslöser für staatliche oder familiäre Interventionen sein. Wenn sich Nachbarn beispielsweise darüber beschwerten, dass ausländische Christen bei ihren Treffen übermäßigen Lärm verursachen oder rücksichtslos parken, könnten sich die Behörden gezwungen sehen, Maßnahmen zu ergreifen. Desgleichen ist es wahrscheinlich, dass wenn Arbeitskollegen oder Nachbarn auf Grund eines möglichen Glaubensübertritts zum christlichen Glauben Verdacht schöpfen, sie die Familie des Konvertiten informieren, die dann schwerwiegende Maßnahmen ergreifen könnte. Diese Bedrohung durch die Gesellschaft gilt gleichermaßen im Kontext des Internets und der sozialen Medien.
- **Die eigene Familie:** Es ist eine große Schande, wenn ein Familienmitglied Christ wird, und diese Schande muss aus der Familie ausgemerzt werden. Ehrenmorde sind in Saudi-Arabien immer noch erlaubt und ein Familienmitglied kann getötet werden, um die Ehre der Familie zu schützen oder wiederherzustellen. Feindseligkeit vonseiten der Familie und Gesellschaft (beziehungsweise die Angst davor) ist eine der bedeutendsten Arten, wie saudische Christen bedrängt werden. (Dies betrifft vor allem saudische Christen muslimischer Herkunft, da die meisten ausländischen Konvertiten ihre Familien nicht bei sich haben werden. Das Ausmaß der Verfolgung, dem letztere von der Gesellschaft im Allgemeinen ausgesetzt sind, ist jedoch vergleichbar mit dem, welches saudische Christen erfahren). Die Geschichte der dokumentierten Verfolgung saudischer Christen durch Familienmitglieder umfasst (ist aber nicht beschränkt auf) Tod, versuchte Hinrichtung durch Stromschlag, Inhaftierung, Schläge, Verhaftungen, Hausarrest, Einsperren in ihr Zimmer, verbale Beschimpfungen, Einfrieren von Bankkonten, Beschlagnahmung von Pässen, Zwangsscheidung, Zwangsverheiratung, Verlust der elterlichen Rechte, Verbrennen von Autos und gegen Familienmitglieder gerichtete Drohungen.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer setzen den Islam als Teil ihrer jahrhundertealten Werte des Stammes durch. Stammes- und Familienoberhäupter sind eine Quelle der Verfolgung für Christen, da diese Oberhäupter jedes Mittel einsetzen, um die Ehre ihres Stammes zu erhalten. Jeder Stamm geht auf eigene Art mit Abweichungen um. Wenn die Konversion eines ihrer Mitglieder öffentlich wird, sind sie in der Regel bereit, große Anstrengungen zu unternehmen, um ihn oder sie zum angestammten Glauben des Stammes (Islam) zurückzubringen. Dazu gehört die erzwungene Entlassung eines Konvertiten aus dem Arbeitsleben, Scheidung, Rückkehr aus einem Auslandsstudium, Zwangsheirat etc. Bestimmte Stämme tragen zur Bildung des „Komitees für die Förderung der Tugend und die Verhinderung des Lasters“ (CPVPV – oder einfach „islamische Religionspolizei“) bei. Diese Stämme sind stolz darauf, die obersten CPVPV-Beamten oder die örtlichen Imame über Personen zu informieren, die von den islamischen Praktiken abweichen, und insbesondere jeden zu melden, der im Verdacht steht, zum christlichen Glauben zu konvertieren. Obwohl die CPVPV einen Teil ihrer Regierungsautorität verloren hat, fürchten sich die Saudis generell vor einer solchen Anzeige.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Hier handelt es sich um unabhängige Gruppen, die keinen Respekt vor Stämmen oder der Regierung haben und versuchen, die Gesellschaft zu radikalieren, wie z.B. die Gruppe des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS). Al Kaida ist im Jemen aktiv und es wird angenommen, dass sie auch in Saudi-Arabien eine Bedrohung darstellen. Diese zumeist sunnitischen Gruppen charakterisieren sich durch eine starke Gruppenkultur; sie versuchen, schiitische Muslime und Ausländer zu bekehren und beeinflussen die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Wenn lokale Gruppen von christlichen Konvertiten hören, werden sie alles Erdenkliche tun, um diese Christen zu verfolgen. Vor allem saudische Christen wissen, dass diese Gruppen, wenn sie gegen einen „Abtrünnigen“ vorgehen, dies wahrscheinlich ungestraft tun könnten. Im Allgemeinen ist die Regierung recht erfolgreich darin, terroristische und gewalttätige religiöse Gruppen in Schach zu halten, die eine Gefahr für die Herrscher und die nationale Stabilität darstellen. Es gibt also keine ständige Bedrohung durch gewalttätige religiöse Gruppen. Allerdings gibt es Unsicherheiten und Unklarheiten in den saudischen Beziehungen zu einigen religiösen Gruppen, die Gewalttaten in der Region verübt haben. Obwohl die Aktivitäten solcher Gruppen höchstwahrscheinlich eingeschränkt sind, bedeutet das hohe Maß an Feindseligkeit solcher Gruppen (insbesondere) gegenüber Konvertiten und ausländischen Christen, dass sie immer noch eine Bedrohung für das christliche Leben darstellen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm, vermischt mit islamischer Unterdrückung

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Jeder Stamm geht auf eigene Art mit Abweichungen um. Wenn der christliche Glaube eines Stammesangehörigen öffentlich wird, greifen Stammesmitglieder auf alle erdenklichen Mittel zurück, um eine Rückkehr zum Islam zu erzwingen.
- **Die eigene Familie:** Das Verlassen des Islam ist eine große Verletzung der Familien- und Stammesehre und wird ziemlich sicher zu gewalttätigen Reaktionen der direkten oder erweiterten Familie eines Konvertiten führen.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierungsbehörden ziehen es normalerweise vor, sich nicht in Glaubensfragen einzumischen, aber sie werden es tun, wenn die Stammesführer dem zustimmen. Außerdem werden sie wahrscheinlich nicht eingreifen, wenn Stammesführer gewalttätig gegen eines ihrer Mitglieder agieren, das zum christlichen Glauben übergetreten ist.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Religiöse oder örtliche Anführer sehen es als ihre Verantwortung, ihre Gemeinschaft von christlichen und anderen unerwünschten Einflüssen frei zu halten. Dies ist ähnlich wie in einem Stammesystem und funktioniert vor allem dort, wo der Stamm nicht so einflussreich ist, zum Beispiel in Städten.
- **Gewöhnliche Bürger:** In der Stammesgesellschaft ist es gefährlich, gegen traditionelle Meinungen und Lebensweisen zu verstoßen. Es gibt die ständige Bedrohung durch das erweiterte Umfeld, dass sie die Familie eines „Abtrünnigen“ informieren werden, sollten sie von seiner Hinwendung zum christlichen Glauben erfahren.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die saudischen Herrscher, insbesondere der König und der Kronprinz, setzen ihr Möglichstes daran, den Status quo zu erhalten, indem sie ihre eigene Macht behaupten und sorgfältig jegliche Strömungen kontrollieren, die als regimekritisch angesehen werden oder soziale Spannungen entfachen könnten. Besonders saudische Christen muslimischer Herkunft entehren den stolzen Ruf des Landes als Hüter der beiden heiligen Moscheen, daher wird die Existenz dieser Christen geleugnet. Staatsbeamte handeln oft gegen Christen als Reaktion auf die Bitte von Familienmitgliedern oder Menschen aus dem sozialen Umfeld.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Verfolgungsniveau in Saudi-Arabien ist im Allgemeinen landesweit gleich, obwohl die soziale Kontrolle in ländlichen Gebieten wahrscheinlich höher ist. Eine mögliche Ausnahme sind Wohnkomplexe westlicher Ausländer, bei denen es weniger Kontrolle und Druck gibt, sich an strenge islamische Normen zu halten.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

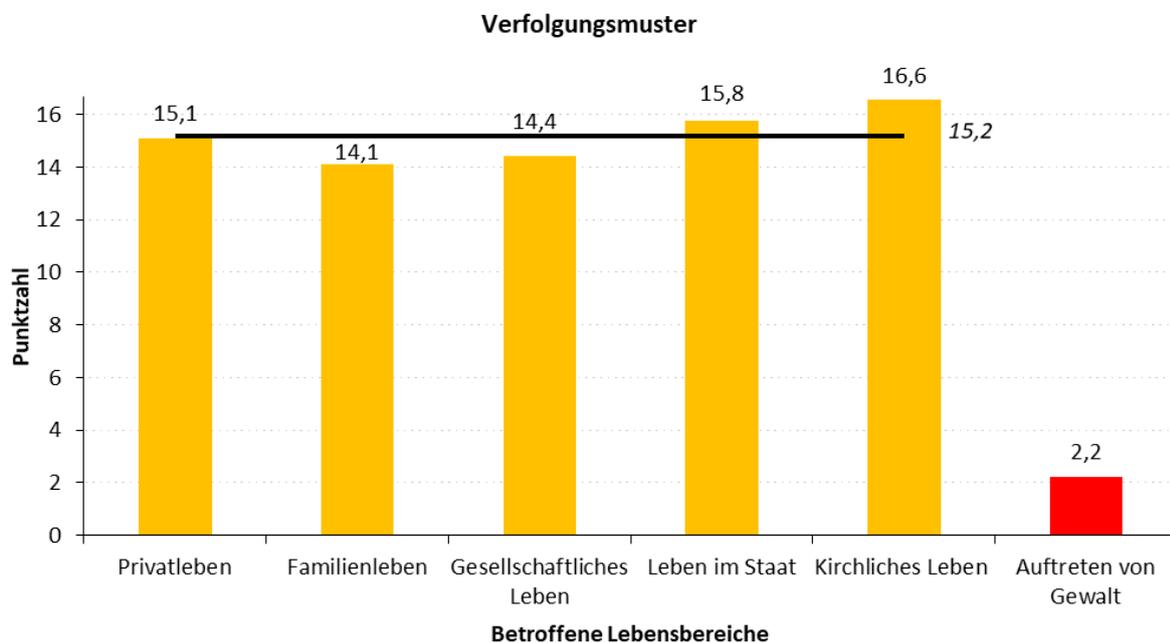
Die meisten Christen, die in Saudi-Arabien leben, sind Ausländer, die nur zeitweise im Land leben und arbeiten. Dabei handelt es sich um Christen sowohl aus Ländern der westlichen Welt als auch aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wie Indien, den Philippinen oder aus afrikanischen Ländern. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt und stehen unter ständigem Druck, zum Islam zu konvertieren. Die meisten ausländischen Christen sind römisch-katholisch. Die Reisemöglichkeiten für katholische und orthodoxe Priester sind begrenzt, was für katholische und orthodoxe Christen problematisch ist, da ihre religiösen Traditionen den regelmäßigen Empfang der Sakramente durch einen Priester erfordern. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da Verhaftung und Ausweisung drohen. Kirchengebäude sind gesetzlich nicht erlaubt, aber größere christliche Gottesdienste werden Berichten zufolge regelmäßig ohne wesentliche Einmischung von Regierungsbeamten oder der Religionspolizei abgehalten.

Christen anderer religiöser Herkunft

Konvertiten haben hauptsächlich einen muslimischen Hintergrund und sind vor allem unter arabischen Migranten zu finden. Häufig sind sie enttäuscht über die Radikalisierung der islamischen Gesellschaft. Wenn diese im Ausland lebenden Konvertiten früher als Muslime bekannt waren und Teil von Kleinstgemeinschaften ihres Heimatlandes sind, sind sie in der Regel der gleichen Verfolgung ausgesetzt, wie in ihrem Heimatland. Deshalb leben die meisten als geheime Christen, um den Verlust des Arbeitsplatzes und körperlichen oder geistigen Missbrauch zu vermeiden.

Es gibt nur wenige saudische Christen muslimischer Herkunft im Land, und im Allgemeinen müssen sie ihren Glauben strengstens geheim halten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder nachdem Jesus Christus sich ihnen in Träumen und Visionen offenbart hat, manchmal während sie sich auf der islamischen Pilgerreise nach Mekka, der sogenannten Hadsch, befanden. Außerdem trägt das Internet dazu bei, dass Einheimische einen Zugang zu christlichem Material erhalten – auch wenn dieser Zugang stark eingeschränkt ist, da die Nutzung des Internets in Saudi-Arabien von den Behörden streng kontrolliert wird. Dennoch ist die kleine Zahl der saudiarabischen Christen gewachsen, und sie sind mutiger geworden, und einige teilen ihren Glauben mit anderen über das Internet oder christliche (Satelliten-)Fernsehprogramme. Ein solches öffentliches Zeugnis hat aber häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten ihrer Familien oder der Behörden geführt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Saudi-Arabien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt auf einem extremen Niveau (15,2 Punkte) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert,
- Die Wertung in allen Lebensbereichen ist extrem hoch. Der höchste Druck wird in den Bereichen kirchliches Leben, Leben im Staat und Privatleben ausgeübt, was typisch für eine Situation ist, bei der islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt und mit diktatorischer Paranoia verknüpft ist.
- Die Verfolgung, die von islamischer Unterdrückung, vermischt mit ethnisch begründeten Anfeindungen, ausgeht, ist vor allem in den Bereichen Privatleben, Familienleben und gesellschaftliches Leben präsent. Besonders Christen muslimischer Herkunft sind davon betroffen, die Verfolgung durch ihr soziales Umfeld erfahren.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 auf nun 2,2 Punkte gesunken.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Es kann für alle Christen riskant sein, über ihren Glauben in sozialen Medien zu schreiben, da dies als Evangelisieren von Staatsangehörigen wahrgenommen werden kann, was für nichtsunnitische islamische Glaubensrichtungen verboten ist. Für ausländische Christen könnte dies Konsequenzen für ihre Arbeitssituation haben. Die Auswirkungen dürften für Christen muslimischer Herkunft besonders schwerwiegend sein, da dies ein Beweis für ihren Abfall vom Islam wäre.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Es kommt einer Provokation gleich, christliche Bilder und Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen. Westliche Christen aus dem Ausland vermeiden dies, da es zu Ärger bei den Einheimischen und/oder Ausweisung führen kann. Für saudische oder andere Christen muslimischer Herkunft käme die Zurschaustellung christlicher Symbole einem Eingeständnis von Apostasie gleich und könnte so heftige Reaktionen von Staat, Gemeinde und Familie auslösen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Da die Hauptquelle des Drucks auf Christen muslimischer Herkunft von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld ausgeht, üben die meisten von ihnen extreme Vorsicht, wenn sie Glaubensthemen mit anderen besprechen, inklusive mit der erweiterten Familie oder Mitgliedern des sozialen Umfeldes. Es ist der Druck aus der erweiterten Familie, der zu Gewalttaten durch jemanden aus der Familie führt. Die einzige Ausnahme ist, wenn Freunde Christen sind, aber auch dann würden sie solche Gespräche an einem geheimen Ort führen. Ausländer müssen sich davor hüten, so wahrgenommen zu werden, als sei es ihr Ziel, Muslime zu evangelisieren.

Wurden Christen von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest?)

Für saudische Konvertiten ist dies eine erhebliche Bedrohung, wenn ihr Glaube bekannt wird. Ächtung oder Isolation von Familienmitgliedern ist Routine (und stellt angesichts der Akzeptanz von mehr Gewalt eine vergleichsweise milde Reaktion dar). Die Isolierung von anderen Christen ist oft effektiv selbst auferlegt, weil man zögert, ob sie vertrauenswürdig sind, und wegen der Angst vor den Konsequenzen, wenn breitere Kreise vom neuen Glauben eines Konvertiten erfahren. Auch christliche Hausmädchen und ausländische Arbeiter in – lokal so genannten – „Arbeitslagern“ sind aufgrund der Arbeitsbedingungen oft von der Gemeinschaft mit anderen Christen isoliert.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Es gibt keinen Spielraum für die Formalisierung einer nichtislamischen Ehe in Saudi-Arabien, und es ist keine öffentliche nichtislamische Religionsausübung erlaubt. Jede christliche Hochzeitszeremonie innerhalb Saudi-Arabiens müsste daher privat durchgeführt werden, und die Ehe könnte nicht offiziell bei den saudischen Behörden registriert werden. Christen muslimischer Herkunft müssen nach islamischen Riten heiraten und Christen, die Muslime heiraten wollen, müssen zum Islam konvertieren.

Wurden christliche Taufen behindert?

Saudische Christen oder andere Christen muslimischer Herkunft können nicht offen getauft werden. Wenn eine Taufe den Behörden oder innerhalb des sozialen Umfeldes bekannt wird, sind die Auswirkungen schwerwiegend, da die Taufe ein klarer Beweis für den Abfall vom Islam ist. Die öffentliche Taufe eines ausländischen Christen würde gegen das Verbot der öffentlichen Ausübung der nichtislamischen Religion verstoßen und würde voraussichtlich zur raschen Abschiebung der betroffenen Ausländer führen.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Generell gibt es keinen Spielraum für nichtislamische Bestattungen, da dies eine nichtislamische Religionsausübung beinhalten würde, die im wahhabitischen Königreich verboten ist. Jeder saudische oder andere Christ muslimischer Herkunft würde beim Tod als Muslim betrachtet und nach islamischen Riten bestattet werden. Bei ausländischen Christen werden die Leichen nach dem Tod in der Regel in ihr Heimatland zurückgeführt. Für Ausnahmefälle und Notfälle gibt es eine inoffizielle nichtmuslimische Bestattungseinrichtung, die der Öffentlichkeit verborgen bleibt.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

In Saudi-Arabien gehört das Sorgerecht für die Kinder nicht den Eltern, sondern der Großfamilie und dem Stamm. Ein saudischer Christ (wenn er in der Familie oder im Stamm als Christ bekannt ist) würde aus dem Leben der Kinder ausgeschlossen werden. Im Falle einer Scheidung würde einem saudischen Christen das Sorgerecht für die Kinder nicht zugesprochen werden. Eingewanderte Christinnen, die Saudis heiraten (christliche Männer dürfen keine saudischen Frauen heiraten), haben nach saudischem Recht keinen Anspruch auf das Sorgerecht für die Kinder mit der Begründung, dass die Kinder eine muslimische Erziehung erhalten sollen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen muslimischer Herkunft sind bedroht, sobald ihr Glaube bekannt wird. Der Islam ist im täglichen Leben sehr präsent und dies führt zu verschiedenen Einschränkungen. Frauen müssen eine Abaya (traditionelles islamisches Kleidungsstück, eine Art Überkleid) und eine Kopfbedeckung tragen. Christen und alle anderen Ausländer folgen dieser Kleiderordnung, wie sie der Islam verlangt, um Belästigungen oder Einschränkungen zu vermeiden. Dies ist zwar nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben, aber immer noch die übliche Praxis. Frauen können nun eine Vielzahl von Farben für ihr Abaya wählen. Die saudische Kleiderordnung für Männer wird auch an saudischen Schulen und Gebetsstätten durchgesetzt.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die Überwachung von Konvertiten, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist, ist sehr verbreitet und wird vor allem von der örtlichen Gemeinschaft durchgeführt. Auswanderer werden von der Gesellschaft vor allem in Bezug auf die Einhaltung sozialer Normen überwacht. Arbeitgeber und andere Personen, die derselben ethnischen/nationalen Gruppe angehören, überwachen Migranten, was die Harmonie in der Gemeinschaft und die gegenseitige Unterstützung für das Leben in der saudischen Kultur sicherstellen soll. Telefongespräche, E-Mails und soziale Medien werden überwacht.

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

Es gibt absolut keinen Raum für eine offen christliche (oder andere nichtmuslimische) Form der Repräsentation. Es gibt keine nichtislamischen kommunalen Einrichtungen in Saudi-Arabien. Im Prinzip könnte dieser Druck auch auf einen Christen muslimischer Herkunft ausgeübt werden, obwohl es in der Praxis sehr unwahrscheinlich wäre, dass ein Konvertit versuchen würde, sich aktiv in kommunalen Einrichtungen zu engagieren, wenn sein Glaube bekannt wäre, da dies Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Wenn der neue Glaube eines christlichen Konvertiten aus dem Islam bekannt ist, wird er oder sie sehr wahrscheinlich seinen oder ihren Job verlieren. Bei Ausländern muss ihr Glaube als Teil des Bewerbungsverfahrens erfasst werden, und jede Erwähnung des christlichen Glaubens kann dazu führen, dass sie nicht eingestellt werden. Christen, die ihren Glauben aktiv in einer Weise leben, die andere Menschen betrifft, können ihren Arbeitsplatz verlieren.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Religionsfreiheit ist im saudischen Recht weder geschützt noch vorgesehen. Das Grundsystem des Konsultativrates verankert den Islam als Staatsreligion und die Scharia als Grundlage für die Gesetzgebung. Der Koran und die Sunna (Traditionen) gelten als Verfassung Saudi-Arabiens. Nur der wahhabitische Islam darf öffentlich praktiziert werden. Schiitische Moscheen sind zwar erlaubt, aber in der Praxis stark eingeschränkt. Alle saudischen Staatsbürger werden vom Staat zu Muslimen erklärt.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Blasphemie, Verleumdung von Religionen und nichtislamische Mission sind verboten, ebenso wie jede öffentliche Form nichtislamischer Anbetung. Öffentlich kritische Meinungen zu äußern, ist kaum möglich, und ausländische Christen laufen dabei Gefahr, ihren Arbeitsvertrag zu verlieren oder ausgewiesen zu werden. Die meisten Christen (sowohl saudische als auch ausländische) achten sehr darauf, Provokationen zu vermeiden. Sie üben eine vorsorgliche „Selbstzensur“ aus und vermeiden insbesondere jede direkte Predigt oder Kritik am Islam.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

In Saudi-Arabien gibt es keine politischen Parteien. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich Christen (und insbesondere diejenigen mit muslimischem Hintergrund) um die Gründung einer Nichtregierungsorganisation oder Partei mit einer offen christlichen Identität bewerben, da sie wissen, dass eine solche Organisation zwangsläufig behindert werden würde.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Saudi-Arabien erlaubt keine öffentliche Zurschaustellung nichtislamischer Religionen, wie z.B. christliche Symbole. Zum Beispiel erlauben die Unternehmen keine Weihnachtsfeiern, und Weihnachtsschmuck wird an der Grenze beschlagnahmt. Logos von Unternehmen werden auch auf nichtmuslimische religiöse Bilder geprüft.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Das Verbot jeglicher öffentlicher Form nichtislamischer Gottesdienste stellt für die Kirchen eine ständige Behinderung dar. Von den Tausenden von informellen Zusammenkünften für Ausländer, die sich an privaten Orten treffen, gibt es Hinweise auf eine routinemäßige Überwachung durch die Behörden, auch wenn die meisten diskret handeln, um nicht auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen. Die Möglichkeiten zum Abhalten christlicher Gottesdienste sind durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt, die es Männern und Frauen aus verschiedenen Familien verbietet, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Der rechtliche Status privater Religionsausübung bleibt unklar, da es hierzu kein formell festgeschriebenes Recht gibt; er wird hauptsächlich aus offiziellen Verlautbarungen in den Medien abgeleitet. Regelmäßige Zusammenkünfte von saudischen Christen sind aus Angst vor Überwachung nicht möglich.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Christliche Gemeinschaften wurden daran gehindert, Kirchengebäude zu bauen oder zu renovieren oder historisch-religiöse Stätten zu beanspruchen, die ihnen früher genommen wurden.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Die Einfuhr von nichtislamischen religiösen Materialien in arabischer Sprache nach Saudi-Arabien ist verboten.

Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?

Die öffentliche Äußerung einer anderen Religion als des Islam ist verboten. Christliche Organisationen sind nicht erlaubt. Die Medien, einschließlich des Internets, werden routinemäßig auf politisches, pornographisches und religiöses Material hin untersucht, das als anstößig oder gegen den Islam gerichtet angesehen wird.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 waren die Meldungen über antichristliche Gewalt mit denen des Weltverfolgungsindex 2020 vergleichbar, was zu der gleichen Gesamtpunktzahl für Gewalt führte. Grundsätzlich verhalten sich Christen äußerst vorsichtig, um ernsthafte Folgen zu vermeiden. Dadurch bleibt der Wert für das Auftreten von Gewalt relativ niedrig.

- **Angriffe auf Christen:** In Saudi-Arabien leben mehr als 1,2 Millionen ausländische Christen, von denen eine große Zahl als Hausangestellte beschäftigt sind. Wie in den vergangenen Jahren bleiben Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen ein enormes Problem in Saudi-Arabien. Asiatische und afrikanische Christen, vor allem Hausmädchen, die in saudischen Häusern arbeiten, sind sehr verletzlich und werden oft schlecht behandelt, u.a. aus negativen Motiven gegenüber Ethnie und Glauben. Überprüfbare Statistiken sind aufgrund des gesellschaftlichen Tabus und des Mangels an Rechtsschutz/Gerechtigkeit kaum vorhanden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 besagt auf den Seiten 90-96:

Eine größere religiöse Minderheit, die in Saudi-Arabien mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert ist, sind schiitische Muslime, die vor allem in der östlichen Provinz ansässig sind. Von saudischen Herrschern während des größten Teils der Landesgeschichte bis heute als Ketzer angesehen, erleben Schiiten Diskriminierung im Justizsystem, im Bildungswesen, hinsichtlich Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und bei Regierungsämtern sowie bei religiösen Aktivitäten. Schiiten streben nach mehr politischer Partizipation und mehr religiöser Toleranz. Doch nach den konfessionellen Spannungen in der Region, einschließlich des Krieges gegen die vom Iran unterstützten Rebellen im Jemen, schwindet die Hoffnung der Schiiten auf Toleranz und Pluralismus.

Schiitische Geistliche und Aktivisten, die sich für die Gleichbehandlung schiitischer Muslime einsetzen, riskieren Verhaftung und sogar Hinrichtung unter dem Vorwurf, sich der Regierung widersetzt zu haben. Beispiele:

- „Im April 2019 exekutierte Saudi-Arabien 37 Menschen, davon 32 schiitische Muslime, unter anderem wegen ‚Provokation konfessioneller Unruhen‘, ‚Verbreitung von Chaos‘ und ‚Störung der Sicherheit‘. Zu den Enthaupteten gehörten der prominente schiitische Geistliche Scheich Mohammed al-Atiya, der angeklagt wurde, „das schiitische Bekenntnis zu verbreiten“, und Abdulkareem al-Hawaj, ein schiitischer Muslim, der festgenommen wurde, nachdem er im Alter von 16 Jahren an einem Protest teilgenommen hatte“.
- „Am 13. November 2019 gaben Menschenrechtsgruppen bekannt, dass Hussein al-Ribh, ein 38-jähriger schiitischer Aktivist, der seit 2017 in Haft war, im Gefängnis von Dammam gestorben ist. Einige schiitische Aktivisten außerhalb des Landes gaben an, dass die Behörden al-Ribh gefoltert hatten, während er inhaftiert war.“
- „Im April 2019 hat die Regierung 37 Bürger wegen ‚Terrorismusverbrechen‘ hingerichtet; die größte Massenhinrichtung seit 2016. Nach Angaben von Human Rights Watch (HRW) gehörten mindestens 33 der 37 Personen der schiitischen Minderheit des Landes an und wurden nach angeblich unfairen Verfahren wegen verschiedener angeblicher Verbrechen, darunter auch protestbezogener Vergehen, verurteilt.“
- „Im August starb Scheich Saleh Abdulaziz al-Dhamiri aufgrund eines Herzleidens, während er in Einzelhaft im Tarafia-Gefängnis festgehalten wurde.“

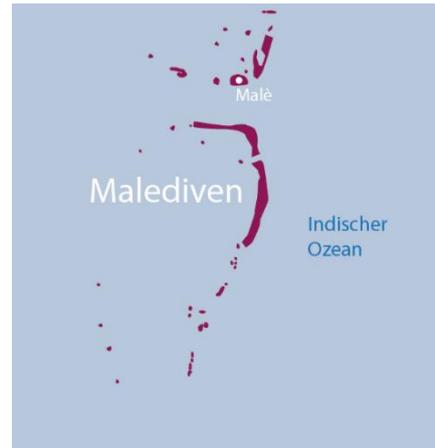
„Die Behörden nahmen Thumar al-Marzouqi, Mohammed al-Sadiq und Bader al-Ibrahim, drei schiitische Muslime, die in der Vergangenheit über die Diskriminierung von schiitischen Muslimen geschrieben haben, im April 2019 ohne offizielle Anklage in Haft; sie blieben am Jahresende in Haft.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Malediven: Platz 15

Kurze Zusammenfassung

Die Malediven haben eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt, besonders auf der Hauptinsel Malé. Die eng miteinander verwobenen, homogenen Gemeinschaften dienen als natürliche Wächter über jede auffällige Veränderung ihrer Mitglieder. Das gilt natürlich auch für religiöse Entscheidungen. Eine Hinwendung zu Jesus Christus kann daher leicht dazu führen, dass man den muslimischen Anführern oder Behörden gemeldet wird. Auch ausländische Christen, die meist im Tourismussektor arbeiten und aus Indien und Sri Lanka kommen, stehen unter genauer Beobachtung, was eine Zusammenkunft unter Christen deutlich erschwert.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	77	15
2020	78	14
2019	78	14
2018	78	13
2017	76	13

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 hatte der Druck auf die Christen weiterhin ein sehr hohes Ausmaß, mit einem nur leicht zurückgegangenen Wert. Die ohnehin schon sehr niedrige Punktzahl für Auftreten von Gewalt ging ebenfalls zurück. Christen muslimischer Herkunft haben keine Möglichkeit, ihren Glauben zu leben. Ausländischen Christen (häufig Arbeitsmigranten) können kaum einen gemeinsamen Gottesdienst feiern, ohne befürchten zu müssen, abgeschoben oder verhaftet zu werden. Deshalb sind die Malediven eines der wenigen Länder, das im Bereich des kirchlichen Lebens fast die maximal erreichbare Punktzahl aufweist. Die neue Regierung, die Mitte November 2018 an die Macht kam, hat bisher keine spürbaren Verbesserungen in Bezug auf die Religionsfreiheit vorgenommen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind viele ausländische Christen in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Aufhebung der selbst auferlegten Isolation, jedoch keine Änderung der Ideologie

Die neue Regierung startete vielversprechend, beginnend direkt nach der Wahl, als das neue Parlament der Malediven im November 2018 einstimmig beschloss, dem Commonwealth of Nations wieder beizutreten. Dies ist bisher eines der stärksten sichtbaren Zeichen für einen Rückgang des Einflusses der Treibkraft diktatorische Paranoia. Allerdings hat sich weder die rechtliche noch die

gesellschaftliche Situation geändert. Weder die ausländischen noch die wenigen einheimischen Christen können somit kurzfristig mit einer Erleichterung rechnen, auch wenn neue Beschränkungen für Hassreden eine gewisse Erleichterung für jeden bedeuten, der als anders oder gar abweichend angesehen wird (siehe islamische Unterdrückung). Die Beschlagnahmung von christlichen Büchern auf einer Buchmesse im August 2019 und der Entzug der rechtlichen Existenz der einheimischen Menschenrechtsorganisation „Maldivian Democracy Network“ (MDN), trotz deren Entschuldigung für „unsensible Sprache“, lassen daran ernsthafte Zweifel aufkommen. Was den Schutz des Islam angeht, so kann man sagen, dass auch die neue Regierung keine Veränderungen vornehmen wird. Folglich warnte ein Mitglied von MDN in einem Interview im Juni 2020, dass die Behauptung, ein „liberaler“ Politiker zu sein, nicht bedeutet, dass man sich für Menschenrechte oder gegen extremistische islamische Ansichten einsetzt. Die Malediven werden zu 100 Prozent islamisch bleiben. Das bedeutet, dass christliche Aktivitäten weiterhin im Geheimen stattfinden müssen.

2) Den extremistischen Islam inmitten einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation bekämpfen

Im Jahr 2020 gab es auf den Malediven zwei islamistische Anschläge; einer richtete sich gegen Touristen, der andere gegen die Regierung und wurde vom „Islamischen Staat“ (IS) beansprucht. Das wäre schon besorgniserregend genug, vor allem wenn man bedenkt, wie viele erfahrene islamistische Kämpfer auf die Malediven zurückkehren. Die Nachrichtenagentur „Maldives Independent“ berichtete im Dezember 2019 von einer Schätzung der maledivischen Polizei, dass momentan etwa 1.400 Personen auf den Malediven extremistischer Ideologie folgen würden. Wenn diese Zahl korrekt ist, könnte sich herausstellen, dass es angesichts der geringen Größe des Landes zu viele sind, als dass die Behörden allein damit fertigwerden können. Dies gilt umso mehr, da die Coronakrise der Gesellschaft einen weiteren harten Schlag versetzt hat, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Statt der erwarteten zwei Millionen Besucher im Jahr 2020 mussten die Malediven einen Rückgang der Besucherzahlen von ca. 70–75 Prozent verkraften. Folglich haben die Malediven nach internationaler Hilfe gesucht; die Unterstützung wurde zu einer Art Wettbewerb zwischen Indien und China. Ob die Malediven wirklich in den indischen Schoß zurückkehren, bleibt abzuwarten. Es ist sehr gut möglich, dass der Inselstaat versuchen wird, verschiedene Interessen auszugleichen.

Sollte sich die wirtschaftliche Erholung verzögern, werden viele in der Bevölkerung – vor allem die Jugend – anfangen, sich nach anderen Perspektiven umzusehen, und der extremistische Islam könnte eine attraktive Option werden. Aber selbst, wenn dies nicht der Fall ist, ist die Aussicht für eine kleine religiöse Minderheit wie die Christen beunruhigend genug, mit einer Welle von heimkehrenden extremistischen Muslimen konfrontiert zu werden.

3. Religiöse Situation im Land

Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land auf einige Tausend. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Informationen hierzu veröffentlicht werden. Das Land ist offiziell zu 100 Prozent sunnitisch-muslimisch und jeder maledivische Bürger, der sich vom Islam abwendet, verliert seine Staatsbürgerschaft. Unter den vielen Gastarbeitern gibt es Christen sowie Hindus. Sollten sie es überhaupt wagen, sich zu treffen, müssen sie sehr vorsichtig sein und sich unauffällig verhalten.

Die Landessprache auf den Malediven ist Dhivehi: Die komplette Bibel ist in dieser Sprache noch nicht verfügbar.

Im 12. Jahrhundert brachten sunnitisch-muslimische Händler den Islam auf die Malediven, die jahrhundertlang ein buddhistisches Land gewesen waren. Die einstmalige starke Sufi-Tradition ist im Niedergang begriffen, da der Einfluss des saudischen Wahhabismus wächst, trotz einer Abkühlung der Beziehungen zu Saudi-Arabien im Jahr 2017, als die Regierung eine massive saudische Investition auf den Malediven verfrüht ankündigte und damit den saudischen König verärgerte. Die Investition kam nie zustande, aber Einflüsse des Wahhabismus und auch des Salafismus sind dennoch ins Land geströmt, nicht zuletzt durch das Internet.

Die Coronakrise hat die religiöse Landschaft zumindest vorübergehend insofern verändert, als dass viele ausländische Christen, die im Tourismussektor arbeiten, ihre Arbeit verloren haben und in ihre Heimatländer, vorwiegend in andere südasiatische Länder, zurückgekehrt sind.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die islamische Regierung versteht sich unvermindert als Beschützerin des Islam und Hüterin einer Reihe von Gesetzen, die es Maledivern grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und einer anderen Religion nachzuzufolgen. Malediver zu sein, bedeutet, Muslim zu sein – Abweichungen sind undenkbar. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben hat weitreichende Folgen, unter anderem den Verlust des Bürgerrechts. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Unter der alten Regierung hatte das Ministerium für islamische Angelegenheiten im April 2018 ein Grundsatz- und Strategiepapier veröffentlicht, das sich unter anderem mit der Frage der (vom Islam) Abtrünnigen beschäftigte. Erwartungsgemäß erklärte die Regierung in diesem Papier, dass sie Apostasie niemals tolerieren könne. Im gleichen Zeitraum bekräftigte der Verteidigungsminister unmissverständlich, dass er unter keinen Umständen Religionsfreiheit zulassen würde, da die Malediven ein „Land mit moderaten islamischen Werten“ seien. Die neue Regierung setzte ein deutliches Zeichen, indem sie die Polizei dazu veranlasste, sich mit denjenigen zu treffen, die andere Nutzer in sozialen Netzwerken als „abtrünnig“ brandmarkten. Sie riet ihnen, solche Aussagen nicht zu wiederholen. Allerdings hat sich die Haltung nicht geändert, und die Regierung kämpft mit Vorwürfen der Opposition und Teilen der Gesellschaft, sie sei zu weltlich.

Diktatorische Paranoia

Während der Kampagne für die Wiederwahl 2018 behauptete der damalige Präsident Yameen, dass internationaler Druck und oppositionelle Kräfte versuchten, die zu 100 Prozent islamische Prägung der Malediven zu gefährden. Seine Niederlage und Verhaftung aufgrund von Korruptionsvorwürfen lassen seine Rückkehr in die Politik eher unwahrscheinlich erscheinen. Es scheint, dass Präsident Solih einen anderen Ansatz verfolgt und vielleicht sogar den aufrichtigen Wunsch hat, mehr Demokratie und Freiheiten durchzusetzen. Dies sind Anzeichen für einen Rückgang der diktatorischen Paranoia. Die Religionsfreiheit wird jedoch weiterhin eingeschränkt, da unter „Schutz der Religion“ lediglich der Schutz des Islam verstanden wird. Auch das „Gesetz zum Schutz vor dem Angriff auf die religiöse Einheit“ ist besorgniserregend, da dessen Wortlaut erkennen lässt, dass die Behörden sich gegen jede wahrgenommene Abweichung von ihrem Verständnis des Islam stellen werden. Diese Gesetze und die Rhetorik zeigen nicht nur, dass der Islam um jeden Preis geschützt wird, sondern dass islamische Unterdrückung mit diktatorischer Paranoia verknüpft ist. Der Islam wird benutzt, um politische Freiheiten einzuschränken. Ein Länderexperte fasst es folgendermaßen zusammen: „Vielleicht ist

hässliche politische Parteinahme nicht dasselbe wie diktatorische Paranoia, aber manchmal riecht es genauso.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist auf den Malediven auf allen Regierungsebenen stark verbreitet. Es gibt fast nichts, das nicht mit einem angemessenen Bestechungsgeld, Gefälligkeiten und/oder Androhungen ermöglicht werden könnte. Verträge und andere Abmachungen können willkürlich gebrochen werden. Regierungsbeamte heuern junge Männer aus Straßengangs an, um ihre Ziele mit allen Mitteln zu erreichen (u. a. mit dem Zusammenschlagen von Menschen, gezielten Eigentumsdelikten, Handel mit Schmuggelware). Regierungsbeamte aller Ebenen nutzen zahlreiche kriminelle Banden und sehen es besonders auf Kritiker der Regierung oder der strengen Auslegung des Islam ab. Die derzeitige Regierung ist davon nicht völlig frei, versucht aber, solche Verbrechen zu untersuchen und zu verfolgen, wie die Verurteilung des ehemaligen Vizepräsidenten Ahmed Adeen im Jahr 2020 zeigt. Eine präsidentiale Kommission, die die Kette von Entführungen, Morden und Einschüchterungen von liberalen Bloggern und Intellektuellen untersucht, erklärte im März 2019 in einer seltenen Enthüllung, dass die „Angriffe von einer Gruppe angezettelt wurden und von religiösen, militanten Elementen mit Bandenbeteiligung motiviert waren“. Während die Veröffentlichung des vollständigen Berichts noch aussteht, erklärte der Kommissionsvorsitzende, Husnu Suood, in einem Interview, dass es eine „Bandenbeteiligung“ gebe. Es ist allgemein bekannt, dass bestimmte Banden mit Politikern, Parteien und Sicherheitskräften verbündet sind und zur gewaltsamen Einschüchterung von Abweichlern eingesetzt werden. Jedoch scheinen sich die Banden vorerst bedeckt zu halten. Auch extremistische Muslime, die Christen und Atheisten aufspüren wollen, haben Kontakte und Einfluss bei Gangs und korrupten Netzwerken der Polizei. Hinzu kommen die Aktivitäten krimineller Einzelpersonen oder ganzer Banden, die lediglich den eigenen Vorteil suchen, ohne dabei religiöse oder sonstige übergeordnete Ziele zu verfolgen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung der Malediven besteht darauf, das Land nach konservativen islamischen Prinzipien zu führen. Alle Staatsbürger müssen zu 100 Prozent Muslime sein. Das ist ein grundlegendes Thema, das die neue Regierung nicht ändern wird. Es gab sogar Forderungen, „Säkularisten“ aus der Regierung zu entfernen. Daher gibt es keine Religionsfreiheit, außer in sehr begrenzter Weise für Gastarbeiter. Sie werden jedoch streng überwacht und so stark eingeschüchtert, dass sie es kaum wagen, sich auch hinter verschlossenen Türen zu treffen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische Islamprediger und Geistliche, sowohl einheimische als auch aus dem Nahen Osten, üben eine starke gesellschaftlich-religiöse Kontrolle über ihre Anhänger aus und beeinflussen auch andere mit ihren extremen Ansichten über den Islam, so dass es für Christen, insbesondere ehemalige Muslime, unmöglich ist, ihren christlichen Glauben zu zeigen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, die Schließung der Nichtregierungsorganisation Maldivian Democracy Network zu fordern.

- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Werden christliche Konvertiten entdeckt, geht Verfolgung auch von der (Groß-)Familie und dem sozialen Umfeld aus. Die eng verflochtene Gesellschaft und die Tatsache, dass Malé eine der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte der Welt ist, verstärkt den Einfluss dieser Verfolger spürbar, genauso wie die Tatsache, dass man die weniger besiedelten Atolle nicht leicht verlassen kann und somit die soziale Kontrolle ebenfalls hoch ist.
- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie die „Jumhoree“-Partei versuchen, politische Unterstützung zu gewinnen, indem sie Behauptungen über die drohende Christianisierung und die Gefahren, die andere Religionen auf die Malediven bringen, aufstellen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es ist nicht klar, ob Dschihadisten, die aus den Kämpfen aufseiten des IS im Ausland zurückkehren, sich bereits organisiert und Gruppen gebildet haben. Doch die Präsenz der Dschihadisten stellt eine wachsende Bedrohung dar, die sich in den Terroranschlägen (nicht gegen Christen gerichtet) im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 widerspiegelt.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Während die meisten Banden nicht besonders an religiösen Fragen interessiert sind und viel mehr davon getrieben sind, Geld zu verdienen und Macht durch Brutalität auszuüben, sind manche Banden durchaus religiös motiviert.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Politik auf den Malediven wird seit langer Zeit von Regierungen dominiert, die sich mit aller Kraft an die Macht klammern. Mit dieser Tradition hat der neu gewählte Präsident bisher nicht gebrochen. Beamte und Behörden bewegen sich weiterhin in gewohnten Bahnen. Die Opposition nutzt jede Gelegenheit, die neue Regierung als „unislamisch“ darzustellen und als eine Gefahr für die Identität des Landes anzuprangern. Einige Anzeichen deuten sogar auf eine Zunahme diktatorischer Paranoia hin; dies würde zu Lasten der Minderheiten sowie aller derer gehen, die als Abweichler wahrgenommen werden.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die islamischen Anführer sind vielleicht nicht unbedingt daran interessiert, dass eine politische Partei oder ein bestimmter Politiker an der Macht bleiben, aber sie sind definitiv daran interessiert, den Status quo zu erhalten. Wenn dies bedeutet, die autoritären Maßnahmen eines Anführers oder einer Partei zu unterstützen, werden sie es tun.
- **Politische Parteien:** Die Anführer der politischen Parteien auf den Malediven haben eine lange Geschichte des geradezu verzweiferten Klammerns an die Macht. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Solih und seine Partei, die Maledivische Demokratische Partei (MDP), mit dieser Tradition brechen werden. Aufgrund ihrer derzeitigen Stärke bestand hierzu bisher kein Bedarf.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Wie bereits oben erwähnt, unterstützen Banden zum Schutz ihrer illegalen Aktivitäten die dafür benötigten politischen Akteure. Die Malediven weisen eine lange Geschichte von Verbindungen zwischen Gangs, Politik und Religion auf.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Angeblich haben Beamte der ehemaligen Regierung (d. h. vor November 2018) und verschiedene politische Parteien Banden eingesetzt, da sie es für notwendig hielten und darüber hinaus alle Seiten von dieser Verbindung profitierten.

- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Es ist bekannt, dass extremistische Muslime sich mit Banden verbünden und sie dazu benutzen, Christen und Atheisten oder jeden, der nichtmuslimischer Aktivitäten verdächtigt wird, aufzuspüren. Banden können ihre Operationen geschickt anpassen und halten sich derzeit bedeckt.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung findet außerhalb der den internationalen Touristen vorbehaltenen Inseln statt.

7. Betroffene Christen

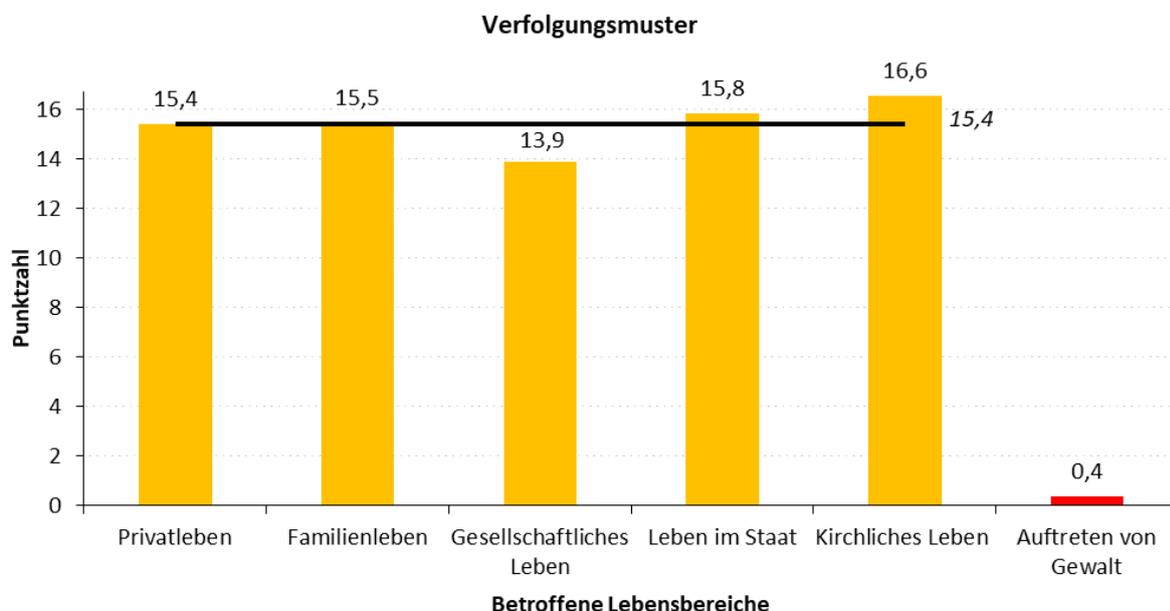
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Sie werden streng überwacht. Doch solange sie strikt unter sich bleiben, dürfen sich die meisten von ihnen zu Gottesdiensten versammeln, beispielsweise in Botschaften. Ausländische Christen haben keinen Kontakt zu maledivischen Christen muslimischer Herkunft.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft erleben mit Abstand die stärkste Verfolgung, da sie offiziell gar nicht existieren. Nach allgemeinem Verständnis ist jeder Malediver ein Muslim. Wer den Islam verlässt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malediven

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen auf den Malediven blieb in allen Lebensbereichen extrem hoch. Der durchschnittliche Druck auf Christen hat damit ebenfalls extremes Ausmaß. Der Durchschnittswert sank um 0,1 Punkt auf einen Wert von 15,4 Punkten; derselbe Wert wie im Weltverfolgungsindex 2019.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich kirchliches Leben, wo er fast die Höchstpunktzahl erreicht hat. Das zeigt, dass in der Praxis keine christlichen Zusammenkünfte möglich sind und selbst die meisten ausländischen christlichen Gastarbeiter aus Angst vor den Folgen keine Treffen organisieren. Auch in den Bereichen Leben im Staat, Familienleben und Privatleben ist die Wertung extrem hoch. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft ist besonders im Privatleben und Familienleben sehr intensiv. Jeder Politiker betont gebetsmühlenartig, dass die Malediven zu 100 Prozent muslimisch bleiben sollen. So bleibt kein Raum für Abweichungen. Die neue Regierung, die 2018 eingeschworen wurde, verfolgt dieses Ziel ebenfalls; allerdings gewährt sie in manchen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mehr Freiheiten als ihre Vorgänger.
- Die Wertung für Auftreten von Gewalt gegen Christen ist im Vergleich zum Vorjahr um fast die Hälfte gesunken – auf 0,4 Punkte. Hierin bestätigt sich erneut, dass die Verfolgung auf den Malediven nie sehr gewalttätig war. Es zeigt aber auch, dass es schwierig ist, Berichte über gewalttätige Vorfälle zu erhalten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Jeder Malediver, dessen Lebensstil nicht den von der Regierung festgelegten islamischen Vorgaben entspricht, wird bestraft. Ehemalige Muslime müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben möglichst gut zu verbergen. Bibeln und andere christliche Schriften müssen sorgfältig versteckt werden und können nur heimlich gelesen werden. Die Familien würden den Glauben an Jesus Christus niemals akzeptieren, und der Besitz christlicher Literatur kann mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Selbst für christliche Ausländer ist es gefährlich, christliche Schriften zu besitzen, vor allem in der Landessprache Dhivehi oder in größeren Mengen, da dies den Verdacht der Behörden weckt, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet. Tatsächlich werden beim Betreten des Landes alle Einreisenden dazu verpflichtet, alle mitgeführten nichtmuslimischen Schriften zu deklarieren.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Angesichts der Tatsache, dass alle Malediver Muslime sein müssen und angesichts der Leichtigkeit, mit der Blogger und andere Social-Media-Nutzer beschuldigt werden, „Abtrünnige“ zu sein, ist es für Christen muslimischer Herkunft sehr riskant, ihren Glauben in irgendeiner Form zu offenbaren. Selbst die Christen unter den Gastarbeitern können ihren Glauben in keiner Weise sicher offenlegen,

geschweige denn anderen davon erzählen. Auch wäre es höchst riskant, ihren Glauben in ihrer eigenen Sprache einem Einheimischen mitzuteilen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Die Behörden und das soziale Umfeld sind ständig auf der Suche nach Bildern und Symbolen, die als anti-islamisch empfunden werden. Zum Beispiel mussten im September 2018 die Skulpturen einer neu gebauten Unterwasserkunstgalerie, die von einem Resort in Auftrag gegeben wurde, zerstört werden, da sie als „Götzen“ und damit als anti-islamisch angesehen wurden. In einzelnen Fällen können auch zufällig kreuzförmige Objekte wie Äste eines Baumes oder die Achse einer Windrose missbilligt werden. Christen muslimischer Herkunft oder Christen allgemein, die anti-islamische Symbole zeigen, geraten schnell in Schwierigkeiten.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Da der christliche Glaube verboten ist, wird kein Christ das Risiko eingehen, mit einem anderen Malediver über seinen Glauben zu sprechen. Diese Bedingung ist sogar in den Arbeitsverträgen ausländischer Christen festgelegt. Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums steht (Seite 4): „Das Gesetz besagt: ‚Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihren religiösen Überzeugungen offen Ausdruck zu verleihen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen oder Malediver in solche Aktivitäten einzubeziehen.‘ Laut Gesetz drohen denjenigen, die andere religiöse Überzeugungen als den Islam zum Ausdruck bringen, Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren oder Hausarrest, Geldstrafen zwischen 5.000 und 20.000 Rufiyaa (320 bis 1.300 US-Dollar) sowie die Abschiebung.“

Familienleben

Wurden christliche Taufen behindert?

Da das Christentum im Land verboten ist, können Taufen nicht stattfinden und müssten außerhalb der Malediven durchgeführt werden, und auch dann noch im Geheimen, damit der Glaubenswechsel nicht bekannt wird.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Ausländische Christen lassen sich normalerweise in ihrem Herkunftsland beerdigen. Doch wenn sie sich dafür entscheiden, auf den Malediven begraben zu werden, kann das nicht nach christlichen Bräuchen geschehen. Für Christen muslimischer Herkunft ist eine christliche Bestattung ausgeschlossen; sie werden nach muslimischen Bräuchen beerdigt.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In Artikel 36(c) der Verfassung wird beschrieben: „Das Bildungssystem ist darauf angelegt, Gehorsam und Liebe zum Islam zu vermitteln [...]“. Kinder von ehemaligen Muslimen sind gezwungen am Islamunterricht teilzunehmen. Obwohl Kinder von ausländischen Christen vom Besuch des islamischen Unterrichts ausgenommen sind, durchdringt der Islam das gesamte Schulleben und den Unterricht, so dass Kinder ausländischer Christen lieber internationale Schulen besuchen, wenn die Eltern sich das leisten können.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Die einheimische Menschenrechtsorganisation Maldivian Democracy Network beschrieb 2015 in einem Bericht (der schlussendlich dazu führte, dass sie verboten wurde), dass islamische Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten und den „Dschihad“ bzw. den Krieg gegen alle, die angeblich den Islam „behindern“, verherrlichten. Das vorherrschende soziale Klima zeigte sich im Januar 2018, als Eltern ihre Bedenken über „blasphemische“ Inhalte in Schulbüchern weiterführender Schulen äußerten. Kurz darauf wurden in den sozialen Medien Bilder mit Erklärungen über römische Götter im Zusammenhang mit den Planetennamen aus Schulbüchern der achten Klasse geteilt, was zu einer prompten Reaktion der Regierung führte. Beide Beispiele zeigen, wie viel Druck Kinder von Christen jeden Tag empfinden, erst recht Kinder von Christen muslimischer Herkunft.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark, da die Bevölkerungsdichte zu den höchsten der Welt zählt, besonders in der Hauptstadt Malé. Die maledivische Gesellschaft ist im Laufe der Jahre strenger muslimisch geworden. Es gab eine Veränderung in der Art, wie sich maledivische Frauen kleiden: In früheren Jahren war es unüblich, Frauen mit einer schwarzen Burka zu sehen, aber jetzt ist das Tragen der Burka durch den arabischen Einfluss durchaus üblich geworden. Dies betrifft auch die Christen. In einem überaus häufig geteilten Video aus dem Jahr 2018 beschwerte sich eine muslimische Frau in sozialen Netzwerken, dass sie keinen Schleier tragen wolle. Nachdem man sie identifiziert hatte, musste sie ihre Insel verlassen und untertauchen, weil sie zahllose Drohungen, darunter auch Morddrohungen, erhielt. Während des Ramadan ist es selbst Gasterbeitern nicht erlaubt, tagsüber zu essen oder zu trinken; die Zeitungen zeugen davon, wie viele Menschen während des Ramadan für Verstöße in Gewahrsam genommen oder mit einer Geldstrafe belegt werden.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Wie schon erwähnt, ist die soziale Kontrolle auf den Malediven extrem stark ausgeprägt. Malediver, die verdächtigt wurden, Christen zu sein, wurden bei der Polizei angezeigt. Christlichen Arbeitsmigranten ist es nicht erlaubt, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren, und ausländische Christen oder Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Privatsphäre. Wie im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 auf Seite 10 steht: „Nichtregierungsorganisationen berichten von zunehmenden Fällen, in denen Personen, die als ‚Säkularisten‘ oder ‚Abtrünnige‘ angesehen werden, Morddrohungen erhalten, im Internet gemobbt werden und auf der Straße von Personen verfolgt werden, die als kriminelle Bandenmitglieder bekannt sind.“

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Alle Staatsbürger gelten als Muslime und es wird von ihnen erwartet, dass sie an islamischen Ritualen und gemeinschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen. Dies betrifft auch die Besuche in der örtlichen Moschee. Wenn sie versuchen diese auszulassen, erregt dies Verdacht. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird zur Rede gestellt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es

gibt Zeiten, in denen sie sich ebenfalls anpassen müssen. So dürfen sie zum Beispiel während des Ramadan in der Öffentlichkeit weder essen noch trinken.

Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z. B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?

Wenn ein Christ muslimischer Herkunft ein Geschäft besitzt und sein christlicher Glaube bekannt wird, wird es geschlossen, und er muss die Konsequenzen tragen. Aber selbst bei ausländischen Christen besteht der Verdacht, dass sie ihre Geschäfte für andere Zwecke nutzen, und so kann schon allein der Versuch, ein Geschäft zu eröffnen, ein harter Kampf sein. Ein Länderexperte erklärt: „Verträge können ohne Vorankündigung oder vernünftige Erklärung gekündigt werden.“

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Die Verfassung erklärt den sunnitischen Islam zur offiziellen Staatsreligion, mit Verweis darauf, dass das Land zu 100 Prozent muslimisch sei. Die Regierungsvorschriften basieren auf dem islamischen Recht. Darauf sind die Malediver sehr stolz. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, eine andere Religion als den Islam zu verbreiten.“ Strafen für Verstöße bewegen sich von Hausarrest bis hin zu fünf Jahren Gefängnis, abhängig von der Schwere des Vergehens. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben. Wie im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums auf Seite 5 steht: „Das Land ist Vertragspartei des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) mit einem Vorbehalt, der besagt, dass die Anwendung der in ICCPR-Artikel 18 festgelegten Prinzipien, die sich auf die Religionsfreiheit beziehen, durch die Regierung ‚unbeschadet der Verfassung der Republik Malediven‘ erfolgen soll.“

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Jegliche Meinungen, die der gängigen Auffassung vom Islam widersprechen (sogar moderate islamische Stimmen), erfahren harsche Kritik und sogar Gewalt. Besonders durch das „Diffamierungsgesetz“, das eine eigene Klausel gegen anti-islamische Äußerungen beinhaltet, ist die Redefreiheit von Christen noch stärker eingeschränkt. Verstöße dagegen können sechs Monate Gefängnis nach sich ziehen. Das schnelle Verbot der Nichtregierungsorganisation Maldivian Democracy Network für Aussagen in einem Bericht aus dem Jahr 2015 ist ein gutes Beispiel dafür.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Es sind keine christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land erlaubt, geschweige denn politische Parteien. Ausländischen Christen ist es verboten, sich politisch zu betätigen, und sie dürfen keine christlichen Nichtregierungsorganisationen leiten.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Alles, was über Christen berichtet wird, ist fast ausnahmslos negativ und kritisch. Negative Beschreibungen zielen im Allgemeinen auf im Ausland lebende Christen und nicht auf christliche Einzelpersonen in der maledivischen Gesellschaft ab, da man bei allen Staatsbürgern davon ausgeht, dass sie Muslime sind. Ausländische Christen werden zur Zielscheibe von Hetzkampagnen oder

Hassreden, wenn sie als Verbreiter ihres Glaubens wahrgenommen werden. Jemanden wegen seines christlichen Glaubens zu denunzieren, selbst wenn nur ein Verdacht besteht, oder beispielsweise das Haus oder Geschäft eines Christen zu sabotieren, zieht nicht nur keine Strafe nach sich, es gilt sogar als patriotische Pflicht.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In der Zeit von 1950 bis 1976 gab es auf den Malediven eine voll funktionierende christliche Kirche, die hauptsächlich dem britischen Militärpersonal, aber auch anderen diente. Jedoch verbietet das Gesetz heute die Einrichtung von Kultstätten für nichtislamische religiöse Gruppen. Das Gesetz besagt: „Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen auszudrücken, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen oder Malediver in solche Aktivitäten einzubeziehen. Laut Gesetz drohen denjenigen, die andere religiöse Überzeugungen als den Islam zum Ausdruck bringen, eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren oder Hausarrest, Geldstrafen bis 1.300 US-Dollar und die Abschiebung.“ Für Christen muslimischer Herkunft kommt ein offizieller Versammlungsort nicht in Frage.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Es ist überhaupt keine christliche Arbeit unter Jugendlichen erlaubt. Ausländische Christen halten sich selbst in der christlichen Erziehung ihrer Kinder zurück.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Ausländische Christen werden überwacht, ebenso wie ihre Treffen, ihre Predigten und ihr Unterricht. Vor allem in Malé, der Hauptstadt, gibt es überall Überwachungskameras, auch dort, wo sich Christen bekanntermaßen versammeln. Die Malediven bestehen aus kleinen Atollen, so dass alles bekannt und überwacht ist.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Das Einführen christlicher Literatur ist gesetzeswidrig. Jeder Einheimische, der bei der Einfuhr von christlichem Material auf die Malediven ertappt wird, wird verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Ausländische Christen dürfen im Allgemeinen nur sehr begrenzte Mengen an christlicher Literatur für ihren persönlichen Gebrauch nutzen. Bringen sie mehr als erlaubt ins Land, wird die Literatur beschlagnahmt, und sie können festgenommen oder abgeschoben werden. Sollten die Behörden sich dafür entscheiden, das Gesetz genau zu befolgen, kann sogar eine einzelne Bibel, die von einem Ausländer mitgebracht wird, beschlagnahmt werden. Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 heißt es (Seite 9): „Im August beschlagnahmte der Zoll 247 Bücher von einer öffentlichen Buchmesse in Malé, die von einer privaten Buchhandlung organisiert worden war, weil der Inhalt ‚gegen die Prinzipien des Islam‘ verstoßen habe, erstattete aber keine Anzeige. Zollbeamte meldeten 18 Fälle, in denen es um die Einfuhr von religiösen Ikonen, Statuen und christlichen Kreuzen im Laufe des Jahres ging. Die Behörden beschlagnahmten diese Gegenstände, erstatteten aber keine Anzeige.“

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details über gewalttätige Vorfälle gegen Christen veröffentlicht werden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt keine anerkannten religiösen Minderheiten irgendeiner Art auf den Malediven. Alle Staatsbürger gelten gesetzlich als Muslime. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (z. B. Hinduismus, Buddhismus, Atheismus), wird genauso verfolgt wie Christen. So ziehen es die meisten vor, im Ausland zu leben, um keine Gefängnisstrafe oder gar den Tod zu riskieren.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Ägypten: Platz 16

Kurze Zusammenfassung

Laut Berichten von ägyptischen Christen gehen Verletzungen der Religionsfreiheit hauptsächlich von ihrem sozialen Umfeld aus. Vorfälle reichen von der Belästigung christlicher Frauen auf offener Straße bis dahin, dass eine ganze christliche Kommune von einem wütenden Mob aus ihren Häusern verjagt wurde; ihr Besitz wurde geraubt. Diese Vorfälle ereignen sich vor allem in den ländlichen Gebieten Oberägyptens, wo salafistische Gruppen aktiv sind. Die islamisch-salafistische Partei al-Nour ist weiterhin politisch aktiv, obwohl die Verfassung in Artikel 74 religiöse Parteien verbietet. Ihr Einfluss ist besonders in ländlichen Gegenden groß, wo es viel Armut und Analphabetentum gibt.



Die al-Azhar-Universität, eine der einflussreichsten islamischen Universitäten der Welt, nimmt eine prominente Stellung in der ägyptischen Gesellschaft und sogar in der Verfassung ein. Laut dem Groß-Imam der Universität, Ahmad al-Tayyib, erlaubt der Islam es Muslimen nicht, den christlichen Glauben anzunehmen.

Auch wenn sich die ägyptische Regierung immer wieder positiv zu Christen äußert, werden Christen vor allem in Oberägypten immer wieder Opfer von Angriffen. Die lokalen Behörden schützen sie oft nicht und wenden die entsprechenden Gesetze nicht an. Doch aufgrund des diktatorischen Charakters der Regierung dürfen sich weder Kirchenleiter noch Christen öffentlich zu diesem Missstand äußern.

Außerdem werden Kirchen und christlichen Nichtregierungsorganisationen Einschränkungen auferlegt, was den Bau von neuen Kirchen oder sozialen Einrichtungen angeht. Dies steht in starkem Kontrast dazu, wie Moscheen und islamische Organisationen behandelt werden. Christen aller konfessionellen Prägungen haben Schwierigkeiten bei der Suche nach (neuen) Orten für gemeinsame Gottesdienste. Die Schwierigkeiten resultieren sowohl aus staatlichen Restriktionen als auch aus der Feindseligkeit vonseiten des sozialen Umfeldes und Gewalt durch Mobs.

Christen mit muslimischem Hintergrund haben große Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben, da sie enormem Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind, zum Islam zurückzukehren. Der Staat macht es ihnen zudem unmöglich, ihren Glaubenswechsel offiziell anzuerkennen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	75	16
2020	76	16
2019	76	16
2018	70	17
2017	65	21

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Rückgang um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2021 liegt größtenteils darin begründet, dass es weniger Berichte über Morde gab. Die niedrigere Anzahl von Vorfällen könnte das Resultat der Covid-19-Pandemie sein, da die Ägypter angewiesen wurden, so viel wie möglich zu Hause zu bleiben. Dennoch verbleibt die Gewalt gegen Christen auf einem extremen Niveau; neben anderen Berichten von Vorfällen, wurden mindestens acht Christen getötet, 82 wurden angegriffen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Ägypten bleibt empfänglich für den Einfluss des extremistischen Islam

Bedingt durch seine strategische Position, seine territoriale Größe und seine Bevölkerungszahl sowie seinen historischen und diplomatischen Einfluss ist Ägypten ein wichtiges Land in der Region. Die Kirche spielt ebenfalls eine bedeutsame Rolle, da der christliche Bevölkerungsanteil in Ägypten die größte überlebende christliche Population in der Region darstellt. Während des gesamten 20. Jahrhunderts und darüber hinaus scheint ein Wettstreit gegensätzlicher Visionen zu herrschen, wie der ägyptische Staat aussehen soll. Eine Vision (die durch die Armee und das politische Establishment vorangetrieben wird) setzt den Schwerpunkt auf den Nationalismus gegenüber der Religion, während auf der anderen Seite Islamisten (inklusive der Muslimbruderschaft) die Religion zum Fundament und dem zentralen Element der ägyptischen Identität machen wollen. Beide Konzepte haben den ägyptischen Christen in Sachen Rechte und Sicherheit wenig geboten. Und während sich der Wettstreit dieser beiden Lager weiter entfaltet, sehen sich die ägyptischen Christen oft im politischen Kreuzfeuer gefangen und müssen dabei schwierige Entscheidungen treffen. Die hohe Analphabetenrate, die wirtschaftliche Stagnation und der demographische Druck bedeuten auch, dass – unabhängig von der politischen Situation im Land – die ägyptische Gesellschaft weiterhin für den Einfluss der extremistischen und intolerantesten Versionen des Islam anfällig ist, die besonders für die Jugend und die Armen attraktiv sind.

2) Christen sind weiterhin verwundbar und gefährdet

Trotz der Bemühungen der Regierung zur Bekämpfung der gewalttätigen Angriffe auf Christen, wird das Gefühl der Verwundbarkeit und Unsicherheit, das sich unter den Christen in Ägypten verbreitet hat, auf absehbare Zeit anhalten. Das Ausmaß, in dem solche Angriffe weitergehen oder zunehmen, wird den Verlauf der Verfolgungsdynamik in Ägypten bestimmen. Die gewaltfreien Formen der Verfolgung, die in verschiedenen Lebensbereichen vorherrschen, werden wahrscheinlich ohne große positive Veränderungen fortbestehen.

3. Religiöse Situation im Land

Der Islam ist die vorherrschende Religion in Ägypten. Open Doors schätzt die Zahl der Christen auf 16.250.000. Die Gesamtzahl und der prozentuale Anteil der Christen sind jedoch umstritten, wobei die ägyptischen Christen ihren Bevölkerungsanteil mit über 15% angeben. Obwohl das Christentum tiefe Wurzeln in Ägypten hat, die Jahrhunderte vor dem Aufkommen des Islam in Nordafrika zurückreichen, werden Christen im modernen Ägypten oft benachteiligt und als Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen sind im ganzen Land zu finden, aber „sie sind besonders in Oberägypten (dem südlichen Teil Ägyptens) und in Großstädten wie Kairo und Alexandria konzentriert. Vorstädte in Kairo, in anderen Städten und in einigen Dörfern werden manchmal als ‚christliche Gebiete‘ betrachtet oder

beschrieben, aber nur wenige sind ausschließlich christlich (oder muslimisch).“ (Australisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel, Mai 2017)

Humanist International schreibt in seinem Bericht zur Gedankenfreiheit („Freedom of Thought Report“, abgerufen am 9. September 2020): „Der ägyptische Personalausweis beinhaltet eine Rubrik zur Religionszugehörigkeit. Nur Mitglieder der drei ‚offenbarten Religionen‘ werden anerkannt.“ ... Personen, die in eine muslimische Familie hineingeboren werden, sich aber später vom Islam abwenden, dürfen ihre Religionszugehörigkeit auf ihrem Personalausweis nicht ändern. Seit dem „Arabischen Frühling“ ist die Angelegenheit um den Personalausweis ein wichtiges Wahlkampfthema für die koptischen Christen geworden, da religiöse Spannungen zugenommen haben.“

Innerhalb des religiösen Kontexts sind Männer und Frauen erheblichem Druck ausgesetzt, besonders Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben. Das ägyptische Recht erlaubt Christen, zum Islam zu konvertieren. Trotz mehrerer Kampagnen gegen die Ungleichbehandlung, ist das Gegenteil allerdings nicht vorgesehen. So darf eine Christin einen Muslim heiraten, aber ein Christ darf keine Muslima heiraten.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Triebkraft islamische Unterdrückung hat in Ägypten viele Gesichter. Die islamische Kultur fördert eine Sichtweise in der ägyptischen Gesellschaft, wonach Christen als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Dies führt zur Diskriminierung von Christen im politischen Bereich und im Umgang mit staatlichen Behörden. Sie schafft zudem ein Umfeld, in dem der Staat zurückhaltend ist, die Grundrechte der Christen anzuerkennen und durchzusetzen. Im Familienleben stehen Christen muslimischer Herkunft unter großem Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Auch vonseiten ihrer Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz leiden Christen im Alltag unter islamischer Unterdrückung. Es gab zudem mehrere gewalttätige Angriffe extremistischer islamischer Gruppen, die auf Christen abzielten. Diese Gruppen sind jedoch hauptsächlich im Sinai im Nordosten Ägyptens aktiv.

Diktatorische Paranoia

Der traditionell autoritäre Führungsstil ist vielleicht die einzige Konstante in Ägyptens politischem System, das zwischen 2011 und 2014, in nur drei Jahren, drei Regimewechsel erlebte. Die jeweiligen Machthaber glichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde die langjährige Diktatur Husni Mubaraks durch massive Proteste der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte. Die von Mohammed Mursi geführte Regierung agierte nicht demokratisch und wurde 2013 durch einen nationalen Aufstand mit Unterstützung des Militärs abgesetzt. Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi regiert, der bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam und im März 2018 wiedergewählt wurde. Seine Regierung betrachtet die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und demokratischen Pluralismus offenbar als nachrangig gegenüber den schwerwiegenden Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sicherheit. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Obwohl nur wenige Beobachter einen ethnischen Unterschied zwischen (christlichen) Kopten und (muslimischen) Arabern sehen, treten Christen und Muslime als zwei verschiedene Gruppen in der ägyptischen Gesellschaft auf. Wie in vielen anderen arabischen Ländern beeinflusst das Stammesdenken stark die Wahrnehmung von Gruppen, was schnell zu verbaler oder körperlicher Gewalt gegen Menschen außerhalb der eigenen Gruppe führen kann. In Oberägypten kommt es zum Beispiel häufig zu Übergriffen durch Mobs, wenn Christen versuchen, die offizielle Anerkennung eines Kirchengebäudes zu erreichen. Islamische Unterdrückung und ethnisch begründete Anfeindungen vermischen sich in solchen Fällen, was dazu führt, dass sich die christliche Minderheit stets vorsichtig verhalten muss. Zudem sind Christen muslimischer Herkunft Druck durch ihre (Groß-) Familie ausgesetzt, da ihnen vorgeworfen wird, Werte wie die Ehre der Familie verletzt zu haben.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Hinwendung einer Person vom Islam zum christlichen Glauben wird von ihrer Familie als Verrat am Islam verstanden, da der Islam als allumfassende Grundlage der Gesellschaft gilt, die nicht verlassen werden darf. Diese tiefen islamischen Überzeugungen sind ein wichtiger Grund dafür, warum sich Verwandte gegen Familienmitglieder wenden, die den christlichen Glauben annehmen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische islamische Hassprediger spielen eine entscheidende Rolle dabei, die Atmosphäre der Intoleranz aufrechtzuerhalten und Feindseligkeit gegenüber Christen zu schüren.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante islamische Gruppen wie der „Islamische Staat“ (IS) sind für viele der gewalttätigsten und grausamsten Taten gegen Christen verantwortlich.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Gewöhnliche Bürger, deren Ansichten von intoleranten und extremistischen Imamen geprägt sind, treiben die Verfolgung von Christen maßgeblich voran und sind für den größten Teil des Drucks verantwortlich, dem Christen in ihrem täglichen Leben in ihrer Nachbarschaft und bei der Arbeit ausgesetzt sind. Dabei sind die gesellschaftliche Feindseligkeit und die Vorurteile gegenüber Christen in den ärmeren und ländlichen Teilen Ägyptens stärker ausgeprägt.
- **Regierungsbeamte:** Auch Regierungsbeamte wirken als Verfolger, weil sie es versäumen, die Rechte der Christen zu verteidigen. Häufig schützen sie Christen zum Beispiel nicht vor Angriffen durch Mobs. Darüber hinaus tragen sie durch diskriminierende Handlungen zur Verfolgung von Christen bei. Durch ihre Weigerung, die Hinwendung vom Islam zum christlichen Glauben anzuerkennen, verletzen sie die Grundrechte von Christen maßgeblich.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte, unter ihnen Justizbeamte, lokale Verwaltungsbeamte sowie Angehörige verschiedener Zweige des Sicherheitsapparates in Ägypten gehören in diesem Zusammenhang zu den Hauptverfolgern. Die Regierung von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi versucht, sich die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit zu sichern und an der Macht zu bleiben. So hat die Regierung trotz gegenteiliger Versprechen die bestehenden Einschränkungen der Religionsfreiheit ägyptischer Christen beibehalten. Kirchenleiter in Ägypten werden vom Staat dauerhaft überwacht. Außerdem wird die Meinungsfreiheit aller ägyptischen Bürger durch die Regierung al-Sisis extrem eingeschränkt. Deshalb können sich Christen nicht öffentlich gegen die Ungerechtigkeit und Verfolgung aussprechen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Ausgehend von einem auf dem Islam basierenden Stammesdenken betrachten Großfamilien die Hinwendung eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben als Verrat und als Schande für die Familie, die es wiedergutzumachen gilt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Extremistische und intolerante Imame und Anführer ethnischer Gruppen bestärken häufig die Tendenz, den Übertritt vom Islam zum Christentum als Verrat sowohl des Islam als auch der Familie zu betrachten. Dies geschieht durch Aufrufe an die örtliche muslimische Bevölkerung, ihren Glauben vor der anderen Gruppe, den Christen, zu schützen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Die Gesellschaft fungiert als eine Art Wächter; sie sorgt dafür, dass die Ehre und Macht eines Clans erhalten bleiben. Das gilt besonders für ländliche Gegenden. So können schon Behauptungen, dass Christen mehr öffentlicher Raum zugestanden wird (beispielsweise dadurch, dass ihre Kirche anerkannt wurde), zu Angriffen von Mobs führen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Oberägypten, der südliche Teil des Landes, ist dafür bekannt, konservativer und extremistischer zu sein als der Norden. Die meisten Vorfälle und Angriffe von Mobs gegen Christen ereignen sich in dieser Region, insbesondere in der berüchtigten Provinz al-Minya, wo die meisten Angriffe auf Christen geschehen. Doch auch Christen in den wirtschaftlich benachteiligten ländlichen Gebieten im Norden erleben ein ähnliches Maß an Unterdrückung durch extremistische Muslime, insbesondere in den Dörfern und Städten des Nildeltas.

Während islamisch-extremistische Gruppen wie die Muslimbruderschaft im ganzen Land Unterstützer haben, sind gewalttätige islamisch-militante Gruppen nur im Nordosten des Landes auf der Sinai-Halbinsel offen aktiv.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Ägypten werden nicht in die Isolation gedrängt. Diese Kategorie ist daher nicht in der Bewertung und Analyse des Weltverfolgungsindex enthalten.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte Kirche dieser Kategorie ist die Koptisch-Orthodoxe Kirche. Es gibt auch etablierte protestantische Gemeinschaften im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke koptische Minderheit genießt trotz erheblicher Schwierigkeiten (wie Diskriminierung bei der Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Gesetzgebung, die das Gemeindeleben erheblich einschränkt) ein gewisses Maß an Toleranz seitens des Staates und der muslimischen Mehrheitsbevölkerung. Dies liegt an ihrer historischen Präsenz und ihrer beträchtlichen Größe von mehreren Millionen Mitgliedern. In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verschlechtert, da auch Christen traditioneller Kirchen von ihren Nachbarn sowie islamisch-extremistischen Gruppierungen angegriffen wurden.

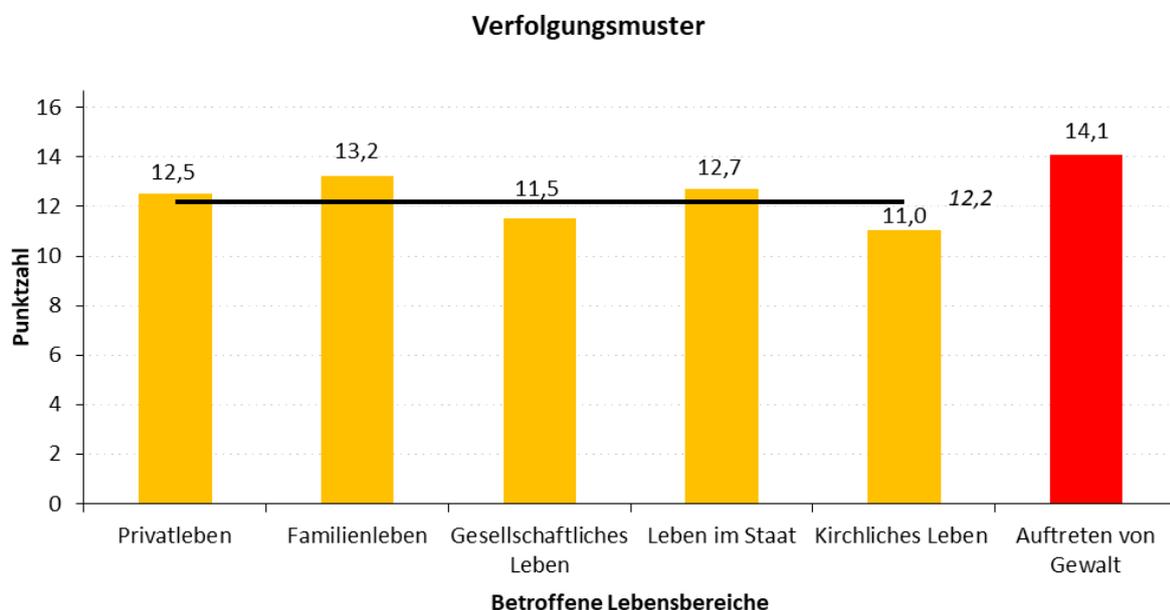
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine kleine, aber wachsende Zahl von Christen muslimischer Herkunft, die die Hauptlast der Verfolgung tragen, zumeist vonseiten der eigenen Familie. Diese bestraft sie dafür, dass sie den Islam verlassen haben, oft durch Schläge oder Vertreibung aus dem Haus.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt mehrere evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen im Land, manche von ihnen Christen muslimischer Herkunft in der zweiten, dritten oder noch weiter zurückführenden Generation. Andere stammen aus einem orthodoxen Hintergrund. Sie erleben Druck sowohl durch die muslimische Gesellschaft als auch – in einem geringeren Maße – durch die Koptisch-Orthodoxe Kirche.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Ägypten

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (12,2 Punkte), gestiegen von 11,9 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020.
- Alle Lebensbereiche weisen einen sehr hohen Druck auf, allerdings ist der Druck in den Bereichen Privatleben und Leben im Staat am größten. Die mit 13,2 Punkten sehr hohe Wertung des Bereichs Familienleben resultiert insbesondere aus den Schwierigkeiten, mit denen Christen muslimischer Herkunft in Bezug auf christliche Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen konfrontiert sind. Die sehr hohe Punktzahl für das Leben im Staat spiegelt das Ausmaß der Diskriminierung wider, mit der alle Christen – insbesondere diejenigen muslimischer Herkunft – im Umgang mit den Behörden konfrontiert sind. Es besteht immer die Gefahr, der Blasphemie beschuldigt zu werden, gefolgt von Gewalt durch Mobs, wobei die Polizei und andere Behörden sich oft auf die Seite der Ankläger und Angreifer stellen, um die öffentliche Ordnung zu bewahren.
- Der Wert für Auftreten von Gewalt liegt auf einem extremen Niveau, sinkt aber leicht von 16,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 14,1 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben („Apostasie“) ist offiziell nicht gesetzlich verboten. Ein Beschluss des Kairoer Verwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2008 besagt jedoch, dass die freie Religionsausübung gewissen Einschränkungen unterliege und dass der Glaubenswechsel vom Islam zu einem anderen Glauben eine Verletzung der Prinzipien des Islam und deshalb verboten sei. Auch laut den Blasphemiegesetzen ist ein Glaubenswechsel strafbar. Die Feindseligkeit der Gesellschaft gegenüber Christen muslimischer Herkunft ist sehr hoch. Bloße Gerüchte über einen Glaubenswechsel können zu Gewalt durch Mobs führen, insbesondere in ländlichen Gegenden. Der Glaubenswechsel wird als sehr große Schande für die Familienehre gesehen. Häufig verstoßen Familien Personen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Sie versuchen, die betreffenden Familienmitglieder zur Widerrufung ihres neuen Glaubens zu bewegen oder sogar, sie zu töten.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Die Verwendung von christlichen Symbolen und Bildern, zum Beispiel in Autos, ging aufgrund von Angst vor Gewalt gegen Christen zurück. Die meisten, wenn nicht gar alle koptischen Christen tragen ein tätowiertes Kreuz auf ihrem Handgelenk oder Arm. Es dient als Erkennungszeichen beim Betreten einer Kirche. Das macht sie jedoch auch für Angreifer leichter erkennbar. Christen muslimischer Herkunft müssen besonders vorsichtig sein, denn das Tragen christlicher Symbole kann dazu führen, dass ihr neuer Glaube entdeckt wird oder dass ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihnen unangenehme Fragen stellen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Um Blasphemievorwürfe zu vermeiden, sprechen die meisten Christen nur mit Personen über ihren Glauben, die sie gut kennen oder denen sie vertrauen. Ein Gespräch über den Glauben könnte leicht als Missionierungsversuch verstanden werden, was von der ägyptischen Gesellschaft stark abgelehnt wird. Für Christen muslimischer Herkunft ist es besonders riskant, Gespräche über den Glauben zu führen, da hierdurch ihr neuer Glaube entdeckt werden könnte.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

In jüngster Vergangenheit wurden mehrere Christen muslimischer Herkunft verhaftet, die ihren christlichen Glauben in den sozialen Medien öffentlich gemacht hatten. Aus Angst vor den Reaktionen ihrer Familie und ihres sozialen Umfeldes äußern sich die meisten Christen muslimischer Herkunft nicht öffentlich im Internet zu ihrem christlichen Glauben. Darüber hinaus kommen auch die Blasphemiegesetze häufig zum Einsatz, um gegen diejenigen vorzugehen, die den Islam kritisieren. Mehrere Christen wurden bereits verhaftet oder fielen Angriffen durch Mobs zum Opfer, weil sie angeblich in den sozialen Medien den Islam beleidigt hatten. Trotzdem teilen viele Christen eine große Anzahl an Bibelversen, christlichen Bildern oder andere christliche Inhalte im Internet.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Für Christen muslimischer Herkunft ist es schwierig bis unmöglich, die Religionszugehörigkeit auf ihrem Personalausweis ändern zu lassen. Kinder haben automatisch dieselbe Religionszugehörigkeit wie ihr Vater. Deshalb werden Kinder eines christlichen Vaters muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Wenn beide Elternteile den christlichen Glauben annehmen, ist ihre Ehe nach ägyptischem Recht nicht mehr gültig. Ihre Kinder werden als unehelich angesehen.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Kinder christlicher Eltern muslimischer Herkunft müssen am Islamunterricht teilnehmen, da der Glaubenswechsel ihrer Eltern nicht anerkannt wird. Aber auch andere christliche Kinder sehen sich in der Schule mit Schwierigkeiten konfrontiert, da der gesamte ägyptische Lehrplan sehr stark von islamischen Lehren und Inhalten beeinflusst ist. Zwar dürfen christliche Kinder ihren eigenen Religionsunterricht besuchen, doch müssen sie ebenso wie ihre muslimischen Mitschüler Teile des Koran und anderer islamischer Literatur auswendig lernen. Teilweise enthält das Unterrichtsmaterial der ägyptischen Schulen auch Lehren, die sich gegen den christlichen Glauben wenden. Kindern aus privilegierten christlichen Familien bleibt dies alles manchmal erspart, da ihre Eltern es sich leisten können, sie auf christliche Privatschulen zu schicken. Doch das ist nur wenigen christlichen Familien finanziell möglich.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Dieses Problem betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Der Druck vonseiten der Familie oder des sozialen Umfelds auf Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft ist aufgrund der

rechtlichen Auswirkungen einer Scheidung hoch. Doch selbst wenn es nicht zu einer Scheidung kommt, verliert der Ehepartner christlichen Glaubens gemäß der Scharia sein Erb- und Vormundschaftsrecht.

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

Christen muslimischer Herkunft sehen sich hier mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert. Wenn sie kirchlich heiraten wollen, bleibt ihnen oft nur, dies heimlich oder im Ausland zu tun, da ihr Glaubenswechsel weder von den Behörden noch von der Gesellschaft anerkannt wird.

Nach der Scharia sind Ehen zwischen christlichen Männern und muslimischen Frauen unmöglich. Da ihr Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht anerkannt wird, gelten christliche Frauen muslimischer Herkunft weiterhin als muslimisch. Wenn sie mit einem christlichen Mann Kinder haben, gelten diese Kinder folglich als unehelich. Christen muslimischer Herkunft müssen ihre Kinder als Muslime registrieren lassen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Diskriminierung von und Feindschaft gegen Christen ist weit verbreitet und in allen Lebensbereichen zu spüren. Christen werden von Beamten aller Ebenen und von großen Teilen der Gesellschaft nicht als gleichberechtigte Mitmenschen mit demselben Anspruch auf Schutz und Sicherheit akzeptiert. Auch wenn jede ägyptische Frau gewisse Formen von (sexueller) Belästigung erfahren kann, sind christliche Frauen doch besonders gefährdet, da sie sich nicht verschleiern. Das Ausmaß des Drucks und der Diskriminierung ist unterschiedlich; oft ist der Druck auf Christen in Städten geringer als in ländlichen Gegenden.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Diese Diskriminierung geschieht auf mehreren Ebenen. Christen bekommen keine Anstellungen im Geheimdienst oder hohe Positionen in der Armee oder Polizei. Auch in hohen Regierungsämtern sind Christen unterrepräsentiert. Im privaten Sektor hängt die Diskriminierung davon ab, wie tolerant der Arbeitgeber ist, doch werden Christen auch hier regelmäßig diskriminiert. Dies führt dazu, dass Kopten und andere Christen häufig selbst unternehmerisch tätig sind, da sie sich nicht darauf verlassen können, im öffentlichen Bereich oder bei privaten (nichtchristlichen) Arbeitgebern eine Anstellung zu finden. Zudem gab es in den letzten zehn Jahren keinen einzigen christlichen Spieler in der ägyptischen Nationalmannschaft, obwohl Christen mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Christen werden diskriminiert und ihnen werden Möglichkeiten vorenthalten, in den besten Fußballvereinen des Landes zu spielen.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die Überwachung von Christen geschieht auf mehreren Ebenen. Örtliche Behörden oder islamistische Gruppen wissen, in welcher Nachbarschaft oder wo im Dorf Christen wohnen. Sie beobachten die Christen, um sicherzugehen, dass sie den Islam nicht dadurch beleidigen, dass sie das Evangelium

weitergeben oder auf andere Art und Weise Anstoß erregen. Dieses Problem existiert vor allem in armen Stadtvierteln und ländlichen Gebieten – insbesondere in Oberägypten – und weniger häufig in urbanen Gegenden. In den letzten Jahren wurden immer wieder Christen angegriffen, da sie angeblich den Islam beleidigt oder eine Beziehung mit einer muslimischen Frau gehabt hatten. Da in ärmeren Stadtvierteln und / oder ländlichen Gebieten weniger Polizeikräfte im Einsatz sind und diese Orte von der Regierung nicht so stark überwacht werden, bleiben Angriffe auf Christen durch Mobs häufig unbestraft. Auch auf staatlicher Ebene werden Christen überwacht. Der Sicherheitsdienst bespitzelt Christen muslimischer Herkunft – und versucht, sie dazu zu zwingen, Informationen über Gruppen für Christen muslimischer Herkunft preiszugeben.

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z.B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

In Ägypten existiert der Brauch des sogenannten „Versöhnungsrats“. Kommt es zu Angriffen auf Christen oder Kirchen, zwingen die (örtlichen) Behörden die betroffenen Christen oft dazu, vor einem solchen Versöhnungsrat zu erscheinen und von einer Strafanzeige gegen ihre Angreifer abzusehen. Sie müssen den Beschlüssen des Rates zustimmen, die meistens den Tätern zugutekommen und auf Kosten der christlichen Opfer gehen. Manchmal werden die Christen sogar gezwungen, ihre Häuser zu verkaufen und ihr Dorf zu verlassen. Obwohl das Anliegen dieses Rates eigentlich die friedliche Aussöhnung aller beteiligten Parteien ist, schafft dieser Brauch in der Realität doch vielmehr ein Klima der Straffreiheit, was weitere Angriffe unterstützt.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Scharia ist gemäß der ägyptischen Verfassung die „Hauptquelle der Rechtsprechung“. Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, sind folglich nicht von der Verfassung geschützt, obwohl es in Artikel 64 heißt, dass „die Glaubensfreiheit vollkommen“ sei. Offiziell anerkannte Christen dürfen ihre Angelegenheiten des Personenstandsgesetzes und ihre religiösen Angelegenheiten selbst handhaben, doch in Fällen zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gilt die Scharia.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Obwohl ein Glaubenswechsel nicht gesetzlich verboten ist, wird in der Praxis stark dagegen vorgegangen. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft seine Religionszugehörigkeit offiziell ändern lassen will, stellen ihn die Behörden mit großer Wahrscheinlichkeit unter Beobachtung und berufen sich auf die Blasphemiegesetze, um strafrechtlich gegen ihn vorzugehen.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Christen müssen hier vor allem zwei Dinge beachten: Zum einen dürfen sie den Islam in keiner Weise beleidigen oder kritisieren. Jeder Vorwurf der Blasphemie – ob begründet oder nicht – kann zu strafrechtlicher Verfolgung und gewaltsamen Angriffen durch Mobs führen. Zum anderen hat sich die Regierung von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi zu einer strikten Diktatur entwickelt. Sich gegen die Regierung zu äußern, kann zu Verhaftung, Folter und Gefängnisstrafen führen.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

In vielen Teilen des Landes ist es üblich, dass diejenigen, die Christen schikanieren oder ihre Häuser plündern, ungestraft bleiben – entweder weil die Behörden bewusst „ein Auge zudrücken“ oder weil der Fall vor einem sogenannten „Versöhnungsrat“ verhandelt wird. Außerdem gilt es als Privat- und Familienangelegenheit, wenn ein Christ muslimischer Herkunft von seiner eigenen Familie schlecht behandelt wird. Konvertiten werden von der Regierung nicht geschützt. Ihre Familie kann sie sogar töten – und kommt immer noch so gut wie straffrei davon.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Je nachdem, in welchem Teil Ägyptens sie sich befinden, ist es Kirchen manchmal möglich, Aktivitäten im Freien (beispielsweise Aktivitäten für Kinder) durchzuführen, wenn sie kein großes Aufsehen damit erregen. Prozessionen werden von Kirchen häufig jedoch nicht veranstaltet. Sie befürchten Angriffe von islamisch-extremistischen Gruppen oder Mobs, die solche Umzüge als Zurschaustellung einer Bedrohung für den Islam verstehen könnten.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die Verkündigung des Evangeliums und ein Wechsel des Glaubens werden in Ägypten stark abgelehnt. Kirchen nehmen nur sehr selten Christen muslimischer Herkunft auf, um Schwierigkeiten mit der ägyptischen Regierung und Gesellschaft zu vermeiden – bezichtigen diese die Kirchen doch schnell der Missionierung. Vorwürfe dieser Art können zu Angriffen auf Kirchen und Kirchenschließungen aus „Sicherheitsgründen“ führen.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Die Polizei und der Geheimdienst verlangen üblicherweise einen Plan mit allen Veranstaltungen einer Gemeinde. Darüber hinaus können sie – mit der Begründung, die nationale Sicherheit zu schützen – jede beliebige dieser Gemeindeveranstaltungen verbieten. Außerdem mischen sich manchmal Polizisten in Zivil unter die Gottesdienstbesucher, um zu überwachen, was in den Kirchen gepredigt wird. Auch sind viele Gemeinden mit Widerstand oder sogar Gewalt vonseiten der ägyptischen Gesellschaft konfrontiert, insbesondere wenn sie ihr Kirchengebäude nach dem 2016 erlassenen Gesetz zum Bau von Kirchen registrieren lassen wollen.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Die Regierung erkennt zwar seit dem 2016 erlassenen Gesetz zum Bau von Kirchen immer wieder Kirchen an; tausende von Gemeinden warten jedoch immer noch darauf, offiziell anerkannt zu werden. In vielen anderen Dörfern, in denen Christen leben, gibt es nicht einmal eine Kirche. Wollen Christen eine Kirche bauen, müssen sie immer noch sehr viele administrative Hindernisse (wie Sicherheitsüberprüfungen) überwinden. In vielen Fällen geht auch von der Gesellschaft großer Widerstand gegen den Kirchenbau aus.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2021 ereignete sich kein größerer Terroranschlag, wie in den vergangenen Jahren. Doch wurden Berichten zufolge bei anderen Vorfällen insgesamt mindestens acht weitere Christen getötet – der Großteil davon in Oberägypten. In einigen Fällen war ihr christlicher Glaube eindeutig der Grund für ihre Tötung. In den anderen Fällen scheint es ebenfalls sehr plausibel, dass die Christen aufgrund ihres Glaubens getötet wurden, da Christen in Ägypten als Bürger zweiter Klasse gelten und – insbesondere in Oberägypten – der Mord an einem Christen häufig nicht bestraft wird.
- **Angriffe auf Christen:** Viele Christen wurden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus angegriffen und einige dabei sehr schwer verletzt. Viele christliche Mädchen wurden entführt und sexuell missbraucht, andere dazu gezwungen, einen muslimischen Mann zu heiraten. Außerdem wurden hunderte christliche Mädchen Opfer von sexueller Belästigung. Berichten zufolge werden christliche Mädchen systematisch angegriffen; ihre Entführer bekommen ein Kopfgeld für jedes entführte Mädchen.
- **Verhaftungen von Christen:** Mehrere Christen wurden verhaftet. In den meisten Fällen waren sie von einem Mob angegriffen worden. Ihre Festnahme erfolgte, um die Situation zu deeskalieren und ihre Angreifer zufrieden zu stellen. Mindestens ein Christ wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem er der Blasphemie beschuldigt worden war.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mehrere Kirchen wurden angegriffen oder von der Polizei geschlossen, häufig nachdem ein Mob die Kirche angegriffen hatte oder nachdem ihre Registrierung abgelehnt worden war. Mindestens drei Kirchen wurden niedergebrannt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mehrere Häuser und Geschäfte von Christen wurden von Mobs angegriffen und beschädigt. In anderen Fällen wurden einzelne Geschäfte und Häuser gezielt angegriffen.
- **Straffreiheit für Angreifer:** Nicht selten bleiben Angriffe gegen Christen ungestraft.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Verfolgung erleben, sind die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Sufis, des Weiteren Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von sunnitischen Kämpfern angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu leben. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, Gottesdienstgebäude zu errichten. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten solcher Gruppen gelten als illegal, und so sind die Anhänger sowohl vonseiten der Staatsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert.

Da in Ägypten offiziell nur die drei ‚göttlichen Religionen‘ anerkannt werden, besitzen viele ältere Ägypter, die den Bahai oder anderen religiösen Minderheiten angehören, weder einen Ausweis, noch eine Geburts- oder Heiratsurkunde. „Eine kleine – jedoch bei Weitem nicht ausreichende – Verbesserung der Situation trat 2009 ein. Zwei Bahai wurde erlaubt, eine vierte Option bei der Religionszugehörigkeit auf ihrem Ausweis zu wählen: ‚-‘. [...] Personen, die in eine muslimische Familie

hineingeboren werden, sich aber später vom Islam abwenden, dürfen ihre Religionszugehörigkeit auf ihrem Personalausweis nicht ändern.“ („Freedom of Thought Report“, s.o.).

Ein Beispiel für Gewalt gegen andere religiöse Gruppen trug sich im November 2017 zu, als sunnitische Kämpfer eine volle Sufi-Moschee auf der Sinai-Halbinsel angriffen, wobei mehr als 300 Menschen getötet wurden (New York Times, 24. November 2017).

Auch Atheisten werden sehr häufig Opfer von Verfolgung, besonders wenn sie in den sozialen Medien aktiv sind. So wurde beispielsweise der Blogger und Atheist Sherif Gaber von den ägyptischen Behörden mehrfach verhaftet und gefoltert (Inside Arabia, 2. November 2019).

Berichte anderer Quellen:

Laut Berichts zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2019 (IRF 2019, Seiten 6, 11 und 13):

- „Das Gesetz erkennt den Bahai-Glauben oder seine religiösen Gesetze nicht an und verbietet Institutionen und Gemeindeaktivitäten der Bahai. Obwohl die Regierung „christlich“ in den Personalausweisen der Zeugen Jehovas auflistet, verbietet ein Erlass des Präsidenten alle Aktivitäten der Zeugen Jehovas“
- „Bemühungen zur Bekämpfung des Atheismus erhielten manchmal offizielle Unterstützung, auch von mehreren Parlamentsmitgliedern, obwohl Präsident al-Sisi Ende 2018 erklärte, dass Einzelpersonen das „Recht haben, Gott anzubeten“, wie sie es für richtig halten, oder „sogar nichts anzubeten“

„Nach Angaben der Minority Rights Group International (MRGI), einer internationalen Nichtregierungsorganisation, gab es weiterhin keine Husseiniyahs im Land, und schiitische Muslime waren nach wie vor nicht in der Lage, öffentliche Gotteshäuser zu errichten. Laut MRGI „hat der Staat es versäumt, das Recht der Schiiten auf die Ausübung ihrer religiösen Rituale zu respektieren“, und MRGI gibt an, dass die Sicherheitsdienste schiitische Bürger, die auf religiösen Pilgerreisen sind, häufig Verhören unterworfen haben, darunter manchmal mit Folter. Die Schiiten riskierten den Vorwurf der Blasphemie, wenn sie ihre religiösen Ansichten öffentlich äußerten, öffentlich beteten oder Bücher besaßen, die das schiitische Denken unterstützen. Schiitische Muslime gaben an, sie seien vom Dienst in den Streitkräften sowie in den Sicherheits- und Nachrichtendiensten ausgeschlossen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

China: Platz 17

Kurze Zusammenfassung

In Bezug auf die Kirchen wird die „Sinisierung“ (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) landesweit durchgesetzt. Die Kommunistische Partei Chinas baut stark auf die kulturelle Identität Chinas, um an der Macht zu bleiben beziehungsweise um alles zu begrenzen, was ihren Machterhalt gefährden könnte. Die neuen Begrenzungen in Bezug auf das Internet, Social Media und Nichtregierungsorganisationen sowie die Religionsvorschriften von 2018 werden streng umgesetzt und bedeuten eine ernstzunehmende Beschränkung der Freiheit. Früher galt, Kirchen werden nur angegangen, wenn sie als zu groß oder als zu politisch wahrgenommen werden oder wenn sie ausländische Gäste einladen. Dies gilt heute so nicht mehr. Auch andere Kirchen werden überwacht oder geschlossen, unabhängig davon, ob sie eigenständig sind oder zu der offiziell anerkannten Drei-Selbst-Bewegung gehören. Es werden jedoch nicht nur neue Gesetze verabschiedet, auch die Umsetzung bereits bestehender Gesetze wird strenger. Ein Beispiel dafür ist das Verbot des Online-Handels von Bibeln im Internet, das im März 2018 Schlagzeilen machte.



Wenn in muslimisch oder buddhistisch geprägten Teilen Chinas bekannt wird, dass sich jemand von der Mehrheitsreligion abgewandt und den christlichen Glauben angenommen hat, wird dieser Christ in der Regel bedroht oder körperlich angegriffen. All dies soll dazu führen, dass er zu seinem ursprünglichen Glauben zurückkehrt. Es kommt vor, dass Ehepartner zur Scheidung gezwungen werden oder dass Nachbarn und das soziale Umfeld christliche Aktivitäten bei den lokalen Behörden oder den Dorfvorstehern melden, die Maßnahmen ergreifen, um solche Aktivitäten zu unterbinden.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	74	17
2020	70	23
2019	65	27
2018	57	43
2017	57	39

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um mehr als vier Punkte, nach einem Anstieg um fünf Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 und acht Punkte im Weltverfolgungsindex 2019, zeigt eine weitere erhebliche Verschlechterung der Situation. Und dieser Anstieg spiegelt wider, dass der starke Druck auf die Kirchen, unabhängig davon, ob sie regierungsnah sind oder nicht, landesweit zu spüren ist. Die Kirche in China zeigt sich weiterhin dem Druck der Kommunistischen Partei gewachsen, beispielsweise beim Unterrichten von Kindern und Jugendlichen. Es wird jedoch immer schwieriger zu vermeiden, sich der offiziellen kommunistischen Ideologie zu fügen. Das Maß der Gewalt ist gestiegen, wobei China bereits den

Höchstwert bei zerstörten oder beschlagnahmten beziehungsweise geschlossenen Kirchengebäuden erreicht. Dieses Vorgehen hat sich in nahezu jede Region des Landes verbreitet. Viele Kirchen, die durchsucht und/oder geschlossen wurden, konnten sich neu organisieren und haben sich bewusst in kleinere Gruppen aufgeteilt. Die Punktzahl für den Druck auf Christen stieg in allen fünf Lebensbereichen, was eine immer stärkere Betonung der kommunistischen Ideologie widerspiegelt; es zeigt sich darin aber auch die Tatsache, dass Bürger für die Weitergabe von Informationen über Christen und andere Minderheiten, insbesondere über kultische Aktivitäten und als kriminell angesehene Aktivitäten, benutzt (und bezahlt) werden.

Die Betonung der kommunistischen Ideologie und das übergreifende Ziel, die Herrschaft der Kommunistischen Partei zu erhalten, spiegelt sich in einem kontinuierlichen Anstieg der Punktzahlen im Leben im Staat und kirchlichem Leben wider. Dies zeigt die sehr strikte Umsetzung der Religionsvorschriften, die ursprünglich am 1. Februar 2018 eingeführt worden waren. Am 1. Februar 2020 wurde eine Reihe zusätzlicher Regeln eingeführt und in immer mehr Provinzen angewandt. Diese verschärfen die Vorschriften von 2018 zusätzlich. Der Punktwert für den Druck im Bereich Familienleben wies den größten Zuwachs an Punkten auf, was (neben anderen Entwicklungen) auf stärkere Einschränkungen bei der Durchführung von Beerdigungen mit religiösen Riten zurückzuführen ist.

2. Trends und Entwicklungen

1) China wird jede innere Bedrohung bekämpfen

Die Worte von Xi Jinping, die er 2019 aussprach, wurden prophetischer, als er es selbst wahrscheinlich erwartet hatte: „Wir müssen bei ‚Schwarzer Schwan‘-Vorfällen (d. h. unvorhergesehenen Vorfällen) in höchster Alarmbereitschaft bleiben und Maßnahmen ergreifen, um ‚Graues Nashorn‘-Vorfälle (d. h. bekannte Risiken, die ignoriert werden) zu verhindern.“ Die Covid-19-Pandemie kann als ein typisches Beispiel für einen Vorfall der Kategorie „schwarzer Schwan“ angesehen werden (obwohl es seit Jahren allgemeine Warnungen vor einer globalen Pandemie gibt). Niemand hätte erwartet, dass dies das schwächelnde, aber immer noch beeindruckende Wirtschaftswachstum, das China in den letzten Jahrzehnten genossen hat, entgleisen lassen könnte. Auch wenn sich die Wirtschaft schnell erholen dürfte, werden die Auswirkungen noch jahrelang zu spüren sein. Dies gilt auch auf sozialer Ebene, da Millionen von Menschen von Arbeitslosigkeit bedroht sind und Gefahr laufen, in die Armut zurückzufallen. Und selbst wenn es gut ist, dass die Beseitigung der „absoluten Armut“ bis zum Jahr 2020 als Ziel erklärt wurde, werden Hunderte von Millionen jedoch weiterhin darum kämpfen, über die Runden zu kommen. Um die brodelnde Unzufriedenheit unter Kontrolle zu halten, werden zweifellos zunehmend Überwachungsinstrumente und ähnliche IT-Anwendungen eingesetzt – vor allem, da das Jahr 2021 näher rückt, das Jahr, in dem die Kommunistische Partei ihr 100-jähriges Bestehen feiert.

Die Macht von Präsident Xi ist gefestigt und unangefochten, und alle Elemente innerhalb der Partei, die ihm gegenüber als nicht (ausreichend) loyal empfunden wurden, wurden entfernt oder ins Abseits gedrängt. Der Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas erstreckt sich auf alle Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft, der Medien und der Nichtregierungsorganisationen. Einem kürzlich erschienenen Bericht zufolge hat es seit Xi Jinpings Übernahme des Postens des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei 260 Selbstmorde und Unfälle von Politikern und Führungspersonen in der Wirtschaft gegeben. Seine Herrschaft hat zu einer (in jüngster Zeit

beispiellosen) Einschränkung der Freiheit in allen Bereichen der Gesellschaft geführt. Die bevorzugte Denkrichtung wurde dadurch unterstrichen, dass Präsident Xi Jinpings eigener politischer Denkansatz auf dem neunzehnten Parteikongress Eingang in die Parteistatuten fand. Einem noch lebenden Präsidenten ist dies nunmehr, seit Mao Zedong, das erste Mal gelungen. Dieser Schwerpunkt wurde auch dadurch verdeutlicht, dass Präsident Xi Jinping einen neuen Titel erhielt, der ihn als „Kern der Parteiführung“ bezeichnet – ein Titel, den man in den vergangenen 15 Jahren nicht mehr gehört hat. Die Grundbotschaft ist, dass jeder, der die kommunistische Ideologie nicht annimmt und verinnerlicht (wie es bei den meisten Kirchen der Fall ist), mit Repressionen auf verschiedenen Ebenen zu rechnen hat. Das Vierte Plenum der 19. Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, welche Ende Oktober 2019 stattfand, bestätigte die Rolle des „Kerns“ und verlieh ihm sogar noch mehr Befugnisse. Die nächste (d. h. die 20.) Runde von Treffen mit neuen Ernennungen in das Politbüro – und möglicherweise eine beispiellose dritte Amtszeit von Präsident Xi – ist für 2022 geplant und wirft bereits ihre Schatten voraus.

Die religiöse Sphäre ist ein Segment der Gesellschaft, das gemäß der Sichtweise der Kommunistischen Partei Chinas einer strengen Kontrolle bedarf. Aus diesem Grund wurde das „Staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten“ der Regierung entzogen und zu einer Untereinheit der „Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront“ (United Front Work Department – UFWD) der Kommunistischen Partei gemacht. Diese Neustrukturierung der Verantwortlichkeiten wird von der Führung als sehr wichtig erachtet. Internationale Beobachter haben ihre Aufmerksamkeit in der Regel auf Regierungsstellen gerichtet und neigten in der Vergangenheit dazu, die Bedeutung der Einheiten der Kommunistischen Partei zu unterschätzen. Allerdings wurde der UFWD ein größeres Budget zugeteilt als vielen Regierungsministerien.

In der Fülle der Herausforderungen, der die Regierung gegenübersteht, versucht Chinas Führung, alles unter Kontrolle zu halten. Die Partei hat die Revolutionen, die kommunistische Regierungen beseitigt und arabischen Nationen herausgefordert haben, sorgfältig studiert. Es scheint, dass Christen nur dann als eine positive und förderliche Kraft für die Errichtung einer „harmonischen Gesellschaft“ angesehen werden, wenn sie sich sinisieren und voll und ganz dem kommunistischen und sozialistischen Denken unterwerfen. In dieser Hinsicht geraten selbst regierungsnahen Kirchen zunehmend unter Druck. Die Kirchen werden anscheinend von der Regierung als eine erhebliche Bedrohung angesehen, wenn man nach der fortgesetzten Umsetzung der neuen Religionsvorschriften geht, die durch die ab dem 1. Februar 2020 eingeführten zusätzlichen Vorschriften noch verschärft werden. Was derzeit geschieht, kann nur als eiserner Griff der Kommunistischen Partei bezeichnet werden. Ein Beobachter drückte es so aus: „Die Ausrottung des Virus der Religion ist zu einer der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Chinas geworden.“

2) China ist bereit, sich externen Bedrohungen zu stellen

Nach allem, was im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 geschehen ist, ist es schwer zu bestimmen, was die derzeit größte externe Bedrohung für die Kommunistische Partei ist. Ein gemeinsamer Nenner der Vielzahl von Herausforderungen ist jedoch der eskalierende Streit mit den USA und die zunehmend gewalttätigen und konfrontativen Aktionen und Reaktionen Chinas, für die Beobachter den Begriff „Wolfskrieger-Diplomatie“ geprägt haben. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass die amerikanisch-chinesischen Beziehungen auf einem historischen Tiefstand sind, seit die Länder 1979 volle diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Was als ein – aus heutiger Sicht – eher begrenzter Handelskrieg begann, ist im Juli 2020 mit der Schließung der diplomatischen Vertretungen in Houston und Chengdu und einem Prozess der (wirtschaftlichen) „Entkoppelung“ eskaliert.

In einer zunehmend unsicheren Welt hat die Kommunistische Partei nicht nur ihren ideologischen Antrieb verstärkt, sondern auch viele Nachbarländer herausgefordert. Chinas Ideologie wird immer konservativer und verfolgt – trotz des Anspruchs auf Freihandel – einen entschieden nationalistischen Weg. Viele chinesische Bürger betrachten den Handelskrieg mit den USA als einen Versuch, Chinas wachsende Wirtschaftskraft einzudämmen. Dieser Weg ist jedoch mit vielen Herausforderungen verbunden, da nationalistische Gefühle zwar leicht beschworen, aber nur schwer im Zaum gehalten werden können. Die Kommunistische Partei scheint sich dieses Problems sehr wohl bewusst zu sein, wie ihre Schließung des US-Konsulats in Chengdu als Reaktion auf die Schließung ihrer diplomatischen Vertretung in Houston durch die USA zeigt. Sie hätte leicht nationalistischen Forderungen nach einer scharfen Reaktion nachgeben können, sei es durch Einschränkungen der Funktionsfähigkeit der US-Botschaft oder durch die Schließung eines größeren und wohl wichtigeren Konsulats, z. B. des Konsulats in Shanghai oder sogar in Hongkong. Die Kommunistische Partei verzichtete jedoch darauf, indem sie ein mit dem geschlossenen Konsulat in Houston in Größe und Bedeutung vergleichbares Konsulat wählte.

Der Knackpunkt liegt jedoch wohl in Hongkong. Der Gegner ist hier nicht nur die USA. In einem beispiellosen Schritt haben fast 50 unabhängige UN-Rechtsexperten und Mandatsträger gemeinsam gefordert, dass China seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen muss, bevor das „Nationale Sicherheitsgesetz“ in Kraft trat. Die gesamte Einrichtung des Nationalen Sicherheitsgesetzes mit neuen Institutionen und Führungskräften zeigt, dass die Behörden es mit der Umsetzung ernst meinen. Beispielsweise wurde Xia Baolong zum Leiter des Büros für Hongkong-Angelegenheiten ernannt. Er verfügt über frühere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Präsident Xi und war Chef der Kommunistischen Partei in Zhejiang, als die Behörden tausende Kreuze auf Kirchen in dieser Provinz zerstörten. Daher befinden sich, wie es ein Beobachter formulierte, die Menschen in Hong Kong wie in China in einem eisenharten Griff. Die Entwicklungen sind wechselhaft und weitreichend – auch über Hongkong hinaus. Und Taiwan ist ein wahrscheinlicher zweiter Brennpunkt und könnte sogar zum Auslöser eines größeren Konflikts werden.

3) Was dies für Christen bedeutet

Da Christen oft als Unterstützer ausländischer Kräfte und als für China fremd angesehen werden, empfindet man sie und ihre Kirchen natürlich als Bedrohung. Deshalb wird sich der Druck auf sie wahrscheinlich noch verstärken, auch auf die Kirchen in Hongkong, die oft hin- und hergerissen sind zwischen der Unterstützung der Behörden Hongkongs und der Unterstützung der Protestbewegung.

Christen sind und werden auch weiterhin am stärksten von der Triebkraft der kommunistischen Unterdrückung betroffen sein; die Kommunistische Partei hinter der Regierung in Peking hat ein negatives Klima für alle Formen der Religion geschaffen und übt Druck auf sie aus. Was ein chinesischer Blogger vor einigen Jahren sagte, klingt wahrer denn je: „Egal, an welche Religion Sie glauben, es gibt nur eine Regel: Sie müssen den Befehlen der Partei folgen und anerkennen, dass die Kommunistische Partei über alle Kirchen gestellt ist. Wenn Sie Christ sind, ist die Kommunistische Partei der Gott Ihres Gottes; wenn Sie Buddhist sind, ist die Kommunistische Partei der Buddha Ihres Buddhas; für Muslime ist die Kommunistische Partei der Allah Ihres Allahs. Was den lebenden Buddha angeht, so kann nur die Kommunistische Partei bestimmen, wer der nächste Buddha sein wird. Die Partei will, dass Sie sagen, was die Partei von Ihnen hören möchte; die Partei will, dass Sie tun, was die Partei wünscht. Gläubige verschiedener Religionen müssen ihren Glauben so ausüben, dass der Wille der Partei erfüllt wird. Wenn Sie dies nicht tun, werden Sie durch die Diktatur unterdrückt.“ Mit der Einführung des Sozialkredit-Systems (selbst wenn es flächendeckend erst später eingeführt wird als geplant), werden

die Behörden Wege finden und die nötigen technischen Mittel haben, ihre Pläne zu verwirklichen. In absehbarer Zukunft stehen Christen und Gemeinden in China schwere Zeiten bevor.

Ein Beobachter fasste die Vorschriften zur Religion, einschließlich derer, die im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 am 1. Februar 2020 in Kraft traten, wie folgt zusammen: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der politische Kontext, in dem die neuen Regelungen und Gesetze zustande gekommen sind, das Wiederaufleben des militanten Atheismus als zentraler Bestandteil der marxistisch-leninistisch-maoistischen Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas ist. Angetrieben von dieser Ideologie hat der Parteistaat versucht, religiöse Organisationen durch die politische Kampagne ‚Zhongguohua‘ zu unterwerfen, eine Kampagne, die eine Form der kulturellen Anpassung an ethnische Han-Mehrheitstraditionen und der politischen Unterwerfung unter die Kommunistische Partei Chinas darstellt. Die jüngsten Verordnungen und Gesetze dienen der Umsetzung dieser Religionspolitik. Die institutionelle Religionsfreiheit in der Volksrepublik China hat unter der Herrschaft von Xi Jinping einen neuen Tiefpunkt erreicht.“

Allgemeiner ausgedrückt: Die Einsicht, dass der Kommunismus ein Glaube ist und deshalb Konkurrenten entgegentritt, ist nicht neu, aber sie dürfte weitreichende Folgen für die Zukunft haben. Derselbe Gedanke wurde aus christlicher Sicht ausgedrückt, als ein katholischer Berichterstatter sagte, die Kommunistische Partei verlange, dass „was Gott übergeben werden muss, auch Cäsar übergeben werden sollte“. All dies veranschaulicht die ideologische Herausforderung, der Christen und andere Religionen im heutigen China gegenüberstehen und die in einem offenen Brief an China anlässlich seines 70. Jahrestages am 1. Oktober 2019 dargestellt wurde.

3. Religiöse Situation im Land

Als kommunistisches Land ist China – zumindest in der Theorie – gegen alle Religionen, da die marxistische Lehre besagt, dass „Religion das Opium des Volkes ist“. Gemäß seiner Verfassung ist China atheistisch. Aber wie in allen kommunistischen Ländern stellt die Regierung fest, dass die Menschen dazu neigen, religiös zu sein, und so versucht sie, traditionelle Religionen und Ethik als Mittel zur Kontrolle und Steuerung der Gesellschaft einzusetzen. Daher wird die traditionelle chinesische Kultur im Allgemeinen und der Konfuzianismus im Besonderen als wahrhaft chinesisch gepriesen. Die Botschaft ist folgende: „Wenn jemand einen Glauben braucht, dann sollte er konfuzianisch sein“, ein Schritt, der rund 40 Prozent der Bevölkerung auf die Seite der Regierung bringt. Und da der Konfuzianismus mehr eine Philosophie als eine Religion ist, ist er recht flexibel und kann sich mit allen Arten von Herrschern abfinden, auch mit kommunistischen. Der Konfuzianismus kann somit sowohl als ethische Grundlage für die Staatsverfassung als auch als Quelle für die soziale Ordnung dienen. Wie ein Länderbeobachter es ausdrückte: Das Ziel der Partei ist die Vereinnahmung der Religion für die kommunistische Gesellschaft.

Gleichzeitig führt die chinesische Regierung in ausgewählten Regionen ein Pilotprojekt durch, um die Bürger durch Belohnungen zur Meldung von Verbrechen (einschließlich illegaler christlicher Aktivitäten) zu mobilisieren. Die starken Warnungen vor religiösen Gruppen tragen Früchte: Die Bürger beginnen, religiöse Gruppen als gefährlich zu betrachten und wollen sie nicht mehr in ihrer Nachbarschaft haben. Wie immer in China ist diese Stimmung nicht im ganzen Land zu spüren. Während Premierminister Li Keqiang betonte, dass die Sinisierung der Religion in China aufrechterhalten werden müsse, behauptete Xu Xiaohong, Leiter des Nationalkomitees der Drei-Selbst-Bewegung der protestantischen Kirchen in China, im März 2019, der Westen benutze das

Christentum, um die chinesische Gesellschaft zu beeinflussen und die Macht zu untergraben. Die oberste Priorität der Kommunistischen Partei ist die Aufrechterhaltung der Stabilität; Religion, einschließlich des Christentums, wird als eine Destabilisierung des Systems angesehen. Es mag jedoch zutreffender sein, den Begriff „Chinaifizierung“ anstelle von „Sinifizierung“ zu verwenden, da das eigentliche Ziel nicht darin besteht, kulturelle Einheitlichkeit zu erlangen, sondern politische Konformität und Gehorsam gegenüber der chinesischen Regierung zu gewährleisten.

Der tibetische Buddhismus und der Islam (insbesondere in der Provinz Xinjiang) sehen sich besonders harten Einschränkungen ausgesetzt, da ihre Aktivitäten weithin als politische Aktivitäten angesehen werden, weil es in beiden Regionen Unabhängigkeitsbewegungen gab oder noch gibt, die teilweise gewaltsam gegen die Behörden vorgehen. Viele Beobachter bezeichnen Xinjiang als Polizeistaat: Als die Existenz von Umerziehungslagern für hunderttausende Bürger nicht länger verheimlicht werden konnte, erklärten die Behörden einfach, dass diese Lager beruflichen und anderen Ausbildungszwecken dienten, und versuchten, die internationale Meinung durch sorgfältig organisierte Lagerführungen zu ihren Gunsten zu prägen. Einheimischen Quellen zufolge haben auch Christen anderer religiöser Herkunft diese Programme durchlaufen. Die kleine Zahl der christlichen Konvertiten innerhalb der Minderheitsreligionen kämpft ums Überleben, da sie sowohl von der Regierung als auch von der sie umgebenden Kultur unter Druck gesetzt werden; aber selbst Han-Christen haben unter diesen Umständen Mühe, ihren Glauben zu praktizieren und ihre christlichen Versammlungen verborgen zu halten. Es gibt noch andere ethnische Minderheitenreligionen, aber sie stehen nicht im Mittelpunkt der staatlichen Unterdrückung.

Die „Sinisierung“ (oder „Chinaifizierung“) der Kirchen geht weiter. Seit dem 1. Februar 2020 gelten neue Regeln für die Organisation der Religion, ihre Riten, die Auswahl ihrer Leiter und die Einstellung von Personal. Aufgrund der neuen Religionsvorschriften und ihrer verschärften Umsetzung (sowohl in der Tiefe als auch in der Breite) tauchen zahlreiche Berichte über Razzien und Schließungen von Kirchen auf – sowohl bei Drei-Selbst-Kirchen als auch bei Hauskirchen im ganzen Land. Dabei werden Eigentum und christliche Materialien (einschließlich Bibeln) beschlagnahmt, Razzien durchgeführt, Geldstrafen verhängt und Kirchenleiter verhaftet.

Alle Aspekte des kirchlichen Lebens stehen nun unter der Aufsicht des Amtes für religiöse Angelegenheiten und der Kommunistischen Partei. Die kommunistischen Bildungsbehörden verändern Werke der internationalen Literatur, in denen es Hinweise auf den christlichen Glauben oder Gott gibt. Die Entscheidung, diese berühmten Geschichten für ältere und jüngere Kinder zu verändern und sie für die kommunistische Weltanschauung akzeptabler zu machen, schließt Klassiker von Hans Christian Andersen und Daniel Defoe ein, und zeigt, wie weit die Behörden bereit sind zu gehen, um die Bürger zu beeinflussen. In einer Rede, die ein hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei im November 2019 hielt, wurde das „Komitee für ethnische Gruppen und Religion der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes“ gebeten, heilige Schriften (wie die Bibel), gemäß den sozialistischen Grundwerten neu zu interpretieren und zu übersetzen. Das Ziel scheint die Förderung und Ausbildung von Bibelforschern zu sein, die an einem Bibel- Kommentar beziehungsweise einer Exegese auf der Grundlage der sozialistischen Grundwerte arbeiten.

Ein weiteres Beispiel für die Auferlegung dieser „Aufsicht“ des Amtes für religiöse Angelegenheiten kann man in der Provinz Shandong (und zunehmend auch anderswo) sehen. Dort werden die Kirchen gezwungen, von der Regierung erstellte Plakate mit Bibelversen auszuhängen, die die zwölf Grundprinzipien des Sozialismus illustrieren, nämlich: Wohlstand, Demokratie, Höflichkeit, Harmonie,

Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Patriotismus, Hingabe, Integrität und Freundschaft. Dieselben Prinzipien werden in Ausbildungskurse für Kirchenleiter und Prediger aufgenommen. Ein weiteres Beispiel aus dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 ist ein Ethiklehrbuch, das für berufsbildende Sekundarschulen veröffentlicht wurde. Dort wurde das Ende des biblischen Berichts über Jesus und die Frau, die beim Ehebruch erlappt wurde (zu finden im Neuen Testament, Johannes-Evangelium in Kapitel 8), abgeändert. In der kommunistischen Version der Geschichte beschützt Jesus die Ehebrecherin nicht und vergibt ihr nicht, sondern er wartet, bis die Pharisäer gehen, und steinigt sie dann selbst. Dabei sagt er: „Auch ich bin ein Sünder. Aber wenn das Gesetz nur von Männern ohne Makel ausgeführt werden könnte, wäre das Gesetz tot.“ Da Schulbücher vor ihrer Veröffentlichung einen strengen Prüfungsprozess durchlaufen müssen (und da der Verlag die staatlich geführte „University of Electronic Science and Technology Press“ ist), müssen die chinesischen Behörden diese Version gesehen und genehmigt haben.

In China gibt es viele unterschiedliche Arten von Sekten, von denen einige zwar christliche Wurzeln haben mögen, aber deutlich von der christlichen Lehre abweichen. Eine der bekanntesten ist die „Eastern Lightning“ oder „Church of the Almighty God“ (CAG), die glaubt, dass Jesus Christus in der Gestalt einer chinesischen Frau wiedergeboren wurde. Der starke missionarische Eifer der CAG hat die Behörden veranlasst, hart gegen solche Gruppen vorzugehen, die als „xie jiao“ bezeichnet werden (wörtlich übersetzt heißt das „heterodoxe Kulte“, ein Begriff, der bereits im alten, feudalen China verwendet wurde). Die Behörden auf lokaler Ebene sind jedoch oft nicht in der Lage, zwischen einer Sekte und einer echten christlichen Gruppe zu unterscheiden, sodass echte christliche (Haus-)Kirchen manchmal auch unter die Sektenkategorie der Behörden fallen.

Aufgrund der raschen Urbanisierung entwickelt sich die chinesische Kirche von einer im Grunde ländlichen Kirche zu einer Stadtkirche mit vielen Mitgliedern und allen damit verbundenen Chancen und Problemen. Abgesehen von den langen Arbeitszeiten, die in der modernen Industrie erwartet werden (was die traditionellen Formen der Zusammenkunft in Frage stellt), bereiten auch steigende Preise Schwierigkeiten. Da die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, müssen Kirchen Pastoren und ihre Familien finanziell unterstützen. Laut der Studie „China Religion Survey 2015“ liegt das Durchschnittseinkommen eines Geistlichen bei umgerechnet 70 US-Dollar, wobei 41 Prozent keine Rente haben. Trotz aller Herausforderungen gibt es unter Chinas Kirchen eine wachsende Bewegung, die sich auf die Mission in Übersee konzentriert.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Das übergeordnete Ziel der Kommunistischen Partei ist der Machterhalt, den sie durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse zu sichern versucht. Die Regierenden tun alles aus ihrer Sicht Nötige, um in diesem Bestreben Erfolg zu haben. In den vergangenen Jahren berief sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln und betonte die kommunistische Herrschaft. Präsident Xi Jinping ist wohl der stärkste kommunistische Führer seit Mao Zedong und der „Kern der Partei“. Der neunzehnte Parteikongress zeigte, wie sehr sich die Partei wieder auf die kommunistische Ideologie fokussiert. Dabei wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Partei diese Fokussierung auch von sämtlichen Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Beteiligten erwartet. Gemäß den aktualisierten Regeln der Kommunistischen Partei werden alle Mitglieder, die sich selbst nach „verstärkter Ausbildung der Gedanken“ weiterhin an religiöse Überzeugungen

klammern, „aufgefordert, die Partei zu verlassen“. Interessanterweise hält sich der Parteikongress zurück, einen „mutmaßlichen Nachfolger“ für die Regierungsführung zu nominieren, hat aber die Limitierung der Amtszeit des Präsidenten beseitigt. Präsident Xi schrieb sich selbst in die „Vorschriften über die Arbeit des Zentralkomitees“ ein und machte seine Machtposition unangreifbar.

Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, da diese einen großen Einfluss in der Gesellschaft haben. Von der Kontrolle betroffen ist auch die wachsende christliche Minderheit, doch gilt dies umso mehr für die instabilen Regionen, das buddhistische Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Gruppen zu spüren bekommen, die um die Unabhängigkeit kämpfen, sondern auch die jeweiligen Gruppen von christlichen Konvertiten und stärker noch die Han-Christen. Die Region Innere Mongolei ist zu einer weiteren ethnischen Minderheitsregion geworden, die unter zunehmendem Druck zur Sinisierung steht. In vielen Regionen Chinas werden christliche Aktivitäten immer stärker behindert. Auch wenn Hauskirchen in der Ausübung ihrer Aktivitäten am stärksten eingeschränkt sind, besonders im Bereich der Arbeit unter Kindern und Jugendlichen, erfahren auch die der Regierung nahestehenden Kirchen restriktive Kontrolle. Ein ähnliches Muster lässt sich auch für die katholische Kirche erkennen.

Diktatorische Paranoia

Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie man es seit Mao Zedong nicht mehr erlebt hat. Unter seiner Führung wirkt die kommunistische Partei schon fast militant hinsichtlich ihrer Bemühungen, jegliche Bedrohung, die die Autorität der Partei in Frage zu stellen scheint, anzugreifen. Das Hauptziel der Kommunistischen Partei Chinas ist der Machterhalt; zunehmend scheint dies zu bedeuten, Präsident Xi an der Macht zu halten. Mit den jüngsten Entscheidungen bei den Sitzungen des Zentralkomitees im Oktober 2020 ebnete Präsident Xi sich den Weg, um bis 2035 an der Macht bleiben zu können. Dann wäre er 82 Jahre alt. In gewisser Hinsicht stellt Ideologie ein Werkzeug dar, um dieses Ziel des Machterhalts zu erreichen – eher ein Mittel zum Zweck und nicht das eigentliche Ziel. So wird zum Beispiel der christliche Glaube nicht unbedingt aufgrund seiner theologischen Inhalte als mögliche Bedrohung gesehen, sondern weil sich Menschen im Namen einer Sache versammeln und organisieren, die außerhalb der Kontrolle der Partei liegt.

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus – Buddhismus

Vorbemerkung: Auch wenn im Folgenden die Intensität der Triebkraft der islamischen Unterdrückung und die des religiös motivierten Nationalismus als schwach beschrieben wird (im Gegensatz zu einer mittleren Intensität dieser Triebkräfte auf dem Weltverfolgungsindex in den vergangenen Jahren), so bedeutet dies nicht, dass sich die Situation vor Ort verbessert hätte. Vielmehr ist diese Neueinordnung ausschließlich der Analysemethodik des Weltverfolgungsindex geschuldet, bei der nicht nur Landesteile, sondern Länder als Ganzes bewertet werden. Eine Anpassung war nötig, weil die Provinzen Xinjiang und Tibet äußerst spärlich besiedelt sind und zusammen nur etwa zwei Prozent der chinesischen Bevölkerung ausmachen. Tatsächlich verschlechterte sich die Situation für alle Bürger dieser Regionen, einschließlich Christen, da die Behörden den Druck erhöhten.

Der nordwestliche Staat Xinjiang, in dem die muslimische Minderheit der Uiguren lebt, ist im Berichtszeitraum noch stärker kontrolliert worden. Beobachter sprechen bereits von einem Polizeistaat, vor allem, seitdem dort Umerziehungslager geschaffen wurden. Das Leben der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich einige Tausend – ist extrem schwierig. Sie erleben den bereits beschriebenen allgemein erhöhten Druck vonseiten der Regierung und müssen

zusätzlich mit Problemen durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen. Jedes Abweichen von der islamischen Glaubenstradition wird als Schande und sogar Verrat angesehen, da nach gängigem Verständnis jeder Uigure Muslim sein sollte. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu erhalten, so weisen doch alle vorliegenden Informationen auf eine Verschlechterung hin. Gelegentlich kommt es sogar zu physischer Gewalt durch Familienangehörige. Andererseits hängt die Schwierigkeit, Berichte zu erhalten, auch mit dem starken Druck zusammen, den die Behörden auf die islamische Gemeinschaft ausübt, sodass Familien und Gemeinschaften oft auseinandergerissen werden und Konvertiten nicht unter Druck setzen können.

Ähnliche Entwicklungen betreffen auch die noch kleinere Gruppe von Christen buddhistischer Herkunft in der chinesischen Region Tibet (Westchina). Druck und Gewalt nehmen zu und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Am 1. Mai 2020 trat ein sogenanntes „Gesetz zur ethnischen Einheit“ in Kraft, das die tibetische Identität noch weiter untergräbt. Tibetische Christen sind starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunde und ihres Umfelds ausgesetzt. In dieser Region einen „abweichenden“ Glauben zu haben, kann einen hohen Preis kosten, da ein christlicher Konvertit von der Gemeinschaft quasi ausgeschlossen wird.

5. Verfolger

Ausgehend von kommunistischer Unterdrückung

- **Politische Parteien:** In ihrem Bestreben, religiöse Einrichtungen zu kontrollieren, sind die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden die stärksten Verfolger von Christen in China. Die Kommunistische Partei schränkt Christen immer stärker ein, indem sie sie kontrolliert und gegen sie vorgeht. Das liegt vor allem daran, dass Christen die größte gesellschaftliche Körperschaft in China bilden, die nicht vom Staat kontrolliert wird. In stark kommunistisch geprägten Familien können auch Familienmitglieder zu Verfolgern werden, da niemand, der Mitglied der Partei werden möchte oder eine Karriere im öffentlichen Dienst anstrebt, religiös sein darf. Muslimische und tibetische Leiter können von der Kommunistischen Partei vereinnahmt werden, um sie auf die offizielle Parteilinie zu bringen. Sofern sie als Parteifunktionäre agieren, werden sie oft ebenfalls zu Verfolgern.
- **Regierungsbeamte:** Wer Regierungsbeamter höheren Rangs werden will, muss zwingend der Kommunistischen Partei angehören und ihrer Ideologie und ihren Direktiven folgen. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, dem bleibt eine Karriere als Regierungsbeamter verwehrt. Ob Beamte auf allen Ebenen von der Überlegenheit des Kommunismus völlig überzeugt sind, ist eine andere Frage. Doch um sich als ideologisch vertrauenswürdig zu erweisen, müssen auch sie die Religionsvorschriften durchsetzen, vor allem jetzt, da die Kommunistische Partei über deren Einhaltung wacht. Der Grad der Umsetzung von Vorschriften variiert je nach Region, Stadt und sogar Dorf, aber insgesamt ist das Ausmaß sehr hoch.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Politische Parteien:** In ihrem Bestreben, an der Macht zu bleiben, haben die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden genau untersucht, was in anderen Ländern zum Niedergang des Kommunismus geführt hat. Ein Faktor dabei ist die Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen wie Christen, die immer noch als fremder Einfluss gesehen werden, der mit ausländischen (vorwiegend westlichen) Kräften in Kontakt steht und das Potential hat, einen signifikanten Anteil der Bevölkerung unabhängig von der kommunistischen Partei zu organisieren.
- **Regierungsbeamte:** Die Position und Stellung eines Beamten beruht auf dem Machterhalt der Kommunistischen Partei und darauf, wie sehr seine Vorgesetzten mit seiner Arbeit zufrieden sind. Daher werden die meisten Regierungsbeamten alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihre Stellung zu sichern oder um Karriere zu machen – unabhängig davon, ob sie persönlich von der kommunistischen Ideologie überzeugt sind oder nicht. Die Durchsetzung des nationalen politischen Kurses ist allein schon aufgrund der Größe des Landes herausfordernd. Doch die Kommunistische Partei übt hohen Druck auf ihre Beamte aus, die Vorschriften umzusetzen; auch zusätzliche Anreize werden gegeben, besonders, da es zu den höchsten Prioritäten der Partei zählt, religiöse Gruppierungen im Zaum zu halten.

Ausgehend von islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen:** Die kleine Gruppe von Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft steht vor großen Problemen, ausgelöst durch muslimische oder buddhistische religiöse Leiter. Diese sind nach wie vor in Xinjiang und Tibet äußerst einflussreich und haben dort in vielen Fällen auch offizielle Ämter inne oder gehören der Kommunistischen Partei an. Manche von ihnen üben ihren Einfluss aus, indem sie Riten wie Hochzeiten oder Beerdigungen für die Einheimischen durchführen. Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft stoßen in all diesen Fällen auf Schwierigkeiten, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Während auf Landesebene der Einfluss dieser Leiter auf den Druck auf Christen schwach ist (und damit hier auch als „schwach“ benannt ist), ist ihr Einfluss auf regionaler und lokaler Ebene sehr stark.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft erfahren durch ihr soziales Umfeld und ihre eigenen Eltern oder ihre Familie zusätzlich hohen Druck, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Ein Glaubenswechsel ist mehr als nur ein Wechsel der Religion; er wird als Verrat an der Familie und dem näheren sozialen Umfeld angesehen. Während auf Landesebene deren Einfluss auf den Druck auf Christen schwach ist (und damit hier auch als „schwach“ benannt ist), ist ihr Einfluss auf regionaler und lokaler Ebene sehr stark.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, erfahren in China wohl die stärkste Verfolgung, da diese auch vonseiten ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgeht. Regionale Brennpunkte der Verfolgung sind daher Xinjiang, Tibet und Südwestchina mit den Provinzen Guizhou, Sichuan und Yunnan. Viele Tibeter leben im Westen von Sichuan, und auch in Guizhou und Yunnan gibt es viele ethnische Minderheiten. In Yunnan zum Beispiel lebt auch die Minderheit der Hui-Muslime.

Auch die Provinzen Henan, Zhejiang, Anhui und Jiangxi können als regionale Brennpunkte der Verfolgung gelten, da dort viele protestantische Christen leben, genauso Hebei, wo es eine große Anzahl katholischer Christen gibt. Gleichwohl sehen sich Christen und christliche Kirchen überall im Land mit Restriktionen und Überwachung konfrontiert. Aus allen Provinzen wird davon berichtet. So wurde beispielsweise im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 darüber berichtet, dass hunderte Kreuze von Kirchen und kircheneigenen Gebäuden in den Provinzen Anhui, Fujian, Jiangsu und Jiangxi demontiert wurden.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Im Vergleich zu den unten genannten Kategorien von Verfolgung betroffener Christen genießt diese Gruppe der ausländischen Christen mehr Freiheiten. Allerdings werden sie überwacht und unterliegen Einschränkungen bei ihren Kontakten zu lokalen chinesischen Kirchen. Chinesische Behörden versuchen jedoch, ausländische christliche Missionare ausfindig zu machen, insbesondere jene aus Südkorea, aber auch aus den USA, Taiwan und Christen aus Hongkong. Bis Dezember 2018 war eine beachtliche Anzahl ausländischer Missionare gezwungen worden, das Land aufgrund von nachgewiesener oder mutmaßlicher missionarischer Aktivität zu verlassen. Anderen wurden einfach ohne Erklärung eine Erneuerung ihres Visums verweigert. Dieses Vorgehen setzte sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 fort, jedoch natürlich in geringerem Maß, da viele ausländische Christen bereits abgereist waren und die Angst vor dem Coronavirus den Exodus noch verstärkt hatte.

Christen aus traditionellen Kirchen und von der Regierung kontrollierten Kirchen

Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der christlichen Gesamtgemeinde in China. Es gibt einerseits registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und andererseits nichtregistrierte, unabhängige Kirchen, wovon auf katholischer Seite es sich um vatikantreue Gemeinden handelt. Kirchen der protestantischen Drei-Selbst-Bewegung und der Katholisch-Patriotischen Vereinigung werden von der Regierung kontrolliert. Obwohl es keine unmittelbare Zensur gibt, sind sie mit ihren Äußerungen sehr vorsichtig. Die Wahl der Kirchenleitung wird vom Staat beeinflusst.

Die Kirchen haben jeweils einen 5-Jahres-Plan zur „Sinisierung“ veröffentlicht, also dazu, wie sie sich der Kultur Chinas anpassen. Dazu verfassen sie Diskussionspapiere, etwa zur Sinisierung im katholischen Kontext.

Seit September 2018 ist der Heilige Stuhl in Rom (der kleinste souveräne Staat der Welt und die Zentralverwaltung der Römisch-Katholischen Kirche) Vertragspartei eines „Provisorischen Abkommens“ mit China über die Ernennung Römisch-Katholischer Bischöfe. Das Abkommen wurde 2020 um zwei Jahre verlängert. Details wurden jedoch nicht veröffentlicht. Dies hat zu keiner spürbaren Entspannung für katholische Christen geführt; es wird sogar behauptet, dass es zu zusätzlichem Druck geführt hat. Vor der Verlängerung des Abkommens im Oktober 2020 wurde berichtet, dass Computer des Vatikans und der römisch-katholischen Diözese Hongkong gehackt worden seien, höchstwahrscheinlich von den chinesischen Behörden. Dass der Papst das Leiden der

Uiguren in Xinjiang in einem am 1. Dezember 2020 veröffentlichten Buch zum ersten Mal öffentlich erwähnte, führte zu einer scharfen Replik des chinesischen Außenministeriums.

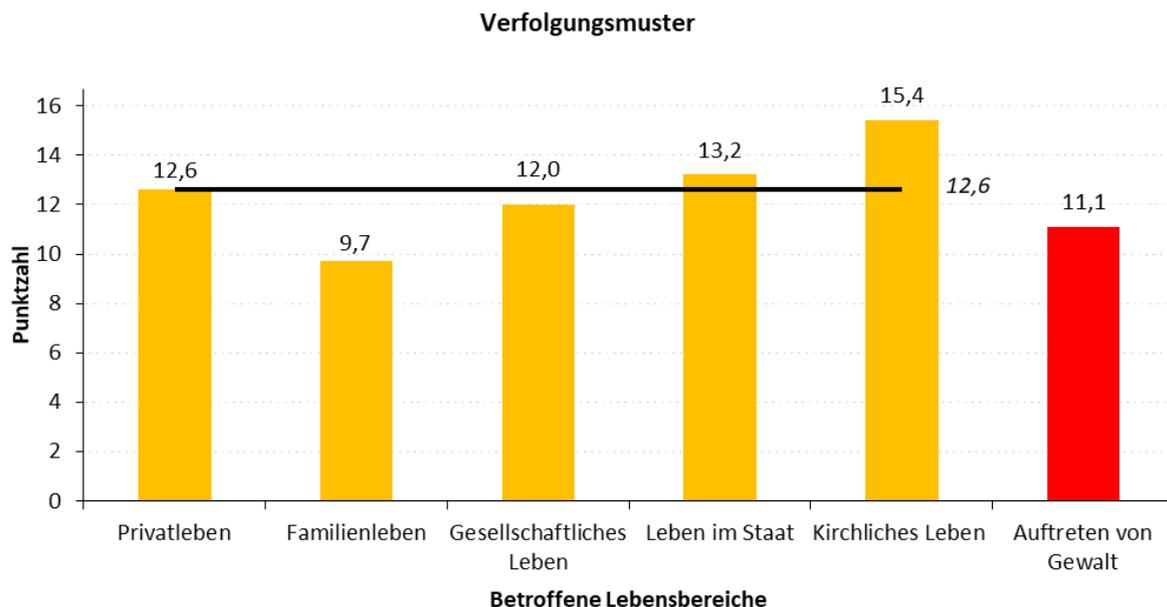
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten haben entweder eine muslimische oder buddhistische (tibetische) Herkunft. Da sie in Regionen ethnischer Minderheiten leben, die aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen immer instabiler werden, erleben christliche Konvertiten Druck aus zwei Richtungen: aus der Richtung der Regierung und aus der der Familie bzw. des sozialen Umfelds. Während die Regierung alle vermeintlich politischen oder ihr gefährlich werdenden Aktivitäten oder Versammlungen unterbindet, setzen Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn diese Christen unter Druck, zum „wahren Glauben“ zurückzukehren; denn bei den fraglichen ethnischen Gruppen stellt die Religion einen wichtigen vereinenden Faktor dar – insbesondere, da die kommunistischen Behörden das Gesetz zur ethnischen Einheit durchsetzen wollen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe von Christen zählen evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden sowie eine Vielzahl anderer Gemeinden. Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten „Hauskirchen“ zu nennen. Dieser Begriff ist jedoch missverständlich, denn einige dieser Gemeinden haben mehrere tausend Mitglieder und in manchen Provinzen treffen sie sich nicht heimlich, sondern offen in Geschäftsgebäuden. Diese Christen sind stark von der intensivierten Kontrolle und der „Sinisierung“ betroffen, zudem leiden sie unter der verzögerten oder verweigerten Wiedereröffnung von Kirchen nach der Krise im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster China

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Wert für Druck auf Christen in China ist im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 von 11,9 Punkten auf 12,6 Punkte gestiegen. Die Werte für den Druck stiegen in allen Lebensbereichen, was zeigt, dass die Umsetzung der neuen Religionsvorschriften von 2018 und 2020 auf alle Provinzen ausgeweitet und nach dem Willen der Kommunistischen Partei umgesetzt wurde. Wie oben bereits erwähnt, erfolgte die Umsetzung direkt durch die UFWD der Kommunistischen Partei, nicht durch die Regierung. Die gesetzlichen und behördlichen Bedingungen für Christen wurden schwieriger, nicht nur für die sogenannten Hauskirchen, sondern auch für Kirchen, die zu der Drei-Selbst-Bewegung gehören. Der Druck sich der vorherrschenden Ideologie des Lobs der Errungenschaften der Kommunistischen Partei anzuschließen, ist deutlich gestiegen und stellt langfristig die größte Gefahr für Christen dar.
- Am stärksten ist der Druck im kirchlichen Leben und Leben im Staat (mit Werten von 15,3 beziehungsweise 13,2 Punkten). Während der Druck in diesen Bereichen typisch für Länder ist, in denen es kommunistische Unterdrückung gibt, weist der Druck im Privatleben (12,3) auf die Probleme hin, mit denen Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft konfrontiert sind. Dies vermischt sich aber zunehmend mit dem Druck auf einzelne Gläubige und nicht nur auf ganze Gemeinden, an kommunistischen Überzeugungen festzuhalten. Letzteres gilt auch für den Bereich des Familienlebens, der mit 1,2 Punkten den höchsten Anstieg verzeichnete, was unter anderem eine strengere Handhabung von Beerdigungen in mehreren Regionen Chinas widerspiegelt.
- Druck durch islamische Unterdrückung und religiös motivierten Nationalismus ist nicht nur im Privatleben, sondern auch in den Bereichen Familienleben und gesellschaftliches Leben zu beobachten. Aber auch der Druck, der von der kommunistischen Unterdrückung ausgeht, ist in diesen Lebensbereichen spürbar, etwa wenn es um Bildung oder Arbeitsplätze geht – wenn Christen zum Beispiel als Lehrer oder medizinisches Personal arbeiten beziehungsweise wenn sie Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Der Anstieg im Bereich Leben im Staat (auf 13,2 Punkte) beruht auf steigendem Druck, hervorgerufen dadurch, dass die Ideologie der Kommunistischen Partei gelehrt wird und man ihr folgen muss.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen stieg an (von 10,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 11,1 im Weltverfolgungsindex 2021). Tausende Kirchen wurden im ganzen Land geschlossen, darunter einige sehr bekannte Kirchen. China hat damit erneut die Schwelle zur Höchstpunktzahl für Kirchenschließungen überschritten. Dies ist schon seit vielen Jahren der Fall. Es gab zwar keine Berichte über Morde an Christen, aber eine steigende Anzahl von Christen wurde verhaftet, zum Teil, um „umerzogen“ zu werden. Die Behörden – und insbesondere die Kommunistische Partei – scheinen sich nicht viel aus schlechten internationalen Schlagzeilen zu machen; das kann man deutlich an ihrem Umgang mit der Situation in Xinjiang sehen, selbst nachdem mehrere Dokumente durchgesickert und von internationalen Medien veröffentlicht worden waren. Im Gegenteil: Die Kommunistische Partei Chinas versucht, ihr eigenes Narrativ über „Berufsausbildungslager“ zu fördern, wobei Präsident Xi behauptet, seine Xinjiang-Politik sei „völlig richtig“ gewesen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Dies gilt für drei Gruppen von Christen, die Widerstand auf verschiedene Weise erfahren: 1.) Angehörige ethnischer Minderheiten, vor allem der muslimischen und tibetischen, erfahren den stärksten Druck gegen einen Glaubenswechsel. 2.) Partei- und Militärangehörige und Bewerber um diese Positionen (mehr als 110 Millionen Menschen) sind ebenfalls Druck ausgesetzt und müssen ihren Glaubenswechsel geheim halten. Je nach Familie können sie jedoch zumindest zu Hause ihren Glaubenswechsel offenlegen. 3.) Junge Menschen (unter 18 Jahren) stoßen auf Widerstand, denn sie dürfen keinerlei religiösen Versammlung beiwohnen. Mit dieser Regelung wird versucht, junge Menschen davon abzubringen, sich einer Religion zuzuwenden, einschließlich dem christlichen Glauben.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

Auch wenn es grundsätzlich möglich ist, christliche Inhalte im Internet abzurufen und über Social Media zu kommunizieren, geschieht dies unter genauester Beobachtung der Regierung. Die Regierung blockiert zunehmend Website-Inhalte, vor allem dann, wenn sie als gegen die Regierung gerichtet angesehen werden (zum Beispiel, wenn sich jemand dafür einsetzt, dass geschlossene Kirchen wiedereröffnet werden). Christliches Radio und Fernsehen sind verboten. Für chinesische Christen ist es zwar üblich, virtuelle private Netzwerke (VPNs) zu nutzen, um Informationen aus dem Internet zu erhalten. Doch häufige Nutzer von VPNs ziehen die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich. Die größte christliche Video-Website in China wurde im Berichtszeitraum 2021 blockiert und musste unter einem anderen Namen neu online gehen. Andere Inhalte wurden ebenfalls blockiert. Die Behörden gehen auch schnell gegen das vor, was sie als „illegale Aktivitäten“ im Internet betrachten, einschließlich religiöser Aktivitäten. Mehrere Personen, die mit christlichen Websites in Kontakt stehen, wurden besucht und verhört. Für die einige tausend Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft in Xinjiang und Tibet ist es mit besonderen Risiken behaftet, auf christliche Inhalte im Internet zuzugreifen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Für Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die einer ethnischen Minderheit angehören, ist es unmöglich, durch christliche Symbole wie etwa einem Kreuz oder zu Hause aufgehängten Bibelversen ihren Glauben zu zeigen. Auch Jugendliche unter 18 Jahren dürfen keine christlichen Symbole tragen. Darüber hinaus gibt es Berichte anderer Christen (in den Gebieten Anhui, Chongqing, Fujian, Heilongjiang, Henan, Hunan, Jiangxi, Shaanxi, Shandong, Shanxi, Sichuan, Tianjin, Yunnan und Zhejiang), deren Häuser von den Behörden betreten, christliche Gemälde zerstört und Bibelverse heruntergerissen wurden. Auch für Christen, die Mitglieder der Partei oder des Militärs sind, würden solche Symbole ein Risiko darstellen, da sie keiner Religion angehören, geschweige denn eine Zugehörigkeit zu einem Glauben offen zeigen dürfen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Für Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, ist es praktisch unmöglich, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen. Falls ein Konvertit es dennoch wagt und den Behörden gemeldet wird, so wird er oder sie verwarnt und – je nach Fall – eventuell sogar für einige Tage in Haft genommen. Christen unter den Parteimitgliedern und dem Militärpersonal, selbst Christen unter den Regierungsbeamten oder Lehrern, die nicht der Kommunistischen Partei angehören, betreiben Selbstzensur, da es mit Risiken behaftet ist, als religiös angesehen zu werden. Aber auch im Allgemeinen führt der zunehmende generelle Druck auf Christen und Kirchen zu mehr Selbstzensur.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Alle Kinder von Christen werden gezwungen, der Bibel widersprechende Inhalte zu lernen. Das atheistische Bildungssystem richtet sich gegen Glaubensinhalte, und die Anstrengungen in diese Richtung wurden erst 2018 erneuert und verstärkt. Kinder von Christen werden unter Druck gesetzt, die Religion ihrer Eltern zu offenbaren, was nicht unbedingt etwas über die eigenen Einstellungen der Lehrer aussagt, sondern vielmehr über den Druck Aufschluss gibt, den die Vorgesetzten der Lehrer und die Kommunistische Partei ausüben. Ein aufschlussreiches Beispiel aus dem Berichtszeitraum 2021 ist ein Ethiklehrbuch für berufsbildende Sekundarschulen. Darin wurde das Ende des biblischen Berichts über Jesus und die Frau, die beim Ehebruch ertappt wurde (zu finden im Neuen Testament, Johannes-Evangelium in Kapitel 8), geändert. In der kommunistischen Version der Geschichte beschützt Jesus die Ehebrecherin nicht und vergibt ihr nicht, sondern er wartet, bis die Pharisäer gehen, und steinigt sie dann selbst. Dabei sagt er: „Auch ich bin ein Sünder. Aber wenn das Gesetz nur von Männern ohne Makel ausgeführt werden könnte, wäre das Gesetz tot.“ Da Schulbücher vor ihrer Veröffentlichung einen strengen Prüfungsprozess durchlaufen müssen (und da der Verlag die staatlich geführte „University of Electronic Science and Technology Press“ ist), müssen die chinesischen Behörden diese Version gesehen und genehmigt haben. Obwohl dieser Einzelfall nicht überbewertet werden sollte, dient das Beispiel zur Veranschaulichung der Art von Zielen, auf die das Bildungssystem hinarbeitet.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Wie oben erwähnt, wurden Kinder in einigen Teilen Chinas unter Druck gesetzt, den Lehrern (die wiederum von ihren Vorgesetzten unter Druck gesetzt werden) und den örtlichen Behörden mitzuteilen, ob ihre Eltern religiös sind. Die Kommunistische Partei unternimmt größte Anstrengungen, um eine religionsfeindliche Denkweise bei Kindern zu fördern. Sie warnt, religiöse Aktivitäten seien als kriminelles Verhalten zu betrachten. Das führt dazu, dass viele Kinder angesichts des christlichen Glaubens ihrer Eltern verwirrt oder sogar wütend sind. Und Eltern kommen so in die schwierige Lage, sich fast ständig rechtfertigen zu müssen. Dies bleibt nicht auf schulbezogene Vorfälle beschränkt. Doch zeigt die Tatsache, dass die Behörden Schulbücher aus dem Ausland verboten und eine Überprüfung der Lehrpläne angeordnet haben, um sie mit der nationalen kommunistischen Ideologie in Einklang zu bringen, dass die Kommunistische Partei versucht, Kinder von klein auf in hohem Maße zu beeinflussen. Familien von Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft versuchen, in die Erziehung und Bildung der Kinder der Christen einzugreifen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Falls Kinder an ihrem Glauben festhalten, obgleich ihnen ständig das Gegenteil beigebracht wird, versuchen Lehrer (um dem Druck ihrer Vorgesetzten zu entgehen) und gleichaltrige Schüler, sie daran zu hindern, an christlichen Aktivitäten teilzunehmen. Laut Gesetz sind alle Kinder verpflichtet, eine staatliche Schule nach dem neunjährigen kostenlosen Bildungsprogramm zu besuchen. Diese Vorschrift wird von den Behörden sehr streng umgesetzt. In einigen Gebieten wurde jungen Menschen damit gedroht, keinen Abschluss machen zu dürfen oder von keiner Universität angenommen zu werden. Das gilt in besonderem Maße für Kinder von Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist.

Wurden christliche Taufen behindert?

Taufen von Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft können nicht in der Öffentlichkeit abgehalten werden. Selbst die Taufe „unauffällig“ durchzuführen, um nicht entdeckt zu werden, birgt ein Risiko. Zwar würde ein Pastor, der Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft aus ethnischen Minderheitengruppen tauft, von den Behörden eingesperrt, diese würden ihn jedoch in den meisten Fällen nach einigen Monaten mit einer strengen Verwarnung wieder freilassen. Es ist nicht erlaubt, Christen unter 18 Jahren zu taufen, eine Einschränkung, die die Drei-Selbst-Kirchen in besonderem Maße betrifft, da sie bei den Behörden sichtbarer und viel besser bekannt sind als Hauskirchen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft, die einer ethnischen Minderheit angehören, werden durch ihre Familie, Freunde und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und sind mit Vorurteilen von muslimischen oder buddhistischen Lehrern und Mitschülern konfrontiert. Überwachungsmaßnahmen (z. B. durch Schulbehörden und Nachbarschaftskomitees) sind im ganzen Land verbreitet. Christen sind davon ebenso betroffen wie alle anderen Bürger. Dennoch stehen bekanntere Christen häufig unter besonderer Beobachtung. Die Kommunistische Partei unterhält ein Belohnungssystem, um das Sicherheitspersonal einer Kommune zu ermutigen, Unregelmäßigkeiten zu melden. Dieses „städtische Netzmanagement“ wird für verschiedene Zwecke eingesetzt.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Sitzungen, die regelmäßig von Gruppen der Kommunistischen Partei organisiert werden (am häufigsten am Arbeitsplatz), können als quasi-religiös betrachtet werden. Dabei wird der kommunistische Geist beschworen und jeder Gesellschaftsteil auf die kommunistische Ideologie ausgerichtet. Beamte und Mitarbeiter anderer öffentlicher Einrichtungen und der meisten Berufe sind verpflichtet, an Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen, die von den örtlichen kommunistischen Behörden organisiert werden. In vielen Fällen beinhalten diese Veranstaltungen das Singen kommunistischer Hymnen und das Rufen von Parolen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Im öffentlichen Sektor ist Diskriminierung von Christen eher an der Tagesordnung als im privaten Sektor. Gleichwohl gab es Fälle, in denen die Regierung auch hier in die Beschäftigungsverhältnisse eingriff und private Arbeitgeber dazu drängte, Verträge mit religiösen Beschäftigten zu beenden. Private Arbeitgeber sind dazu verpflichtet, eine aktive Parteizelle zu haben, während religiöse Beschäftigte von allen Positionen ausgeschlossen sind, die eine Parteimitgliedschaft voraussetzen. Ein Beispiel dafür, auch wenn es nicht direkt mit dieser Art von Diskriminierung verbunden ist, ist der jüngste Vorstoß für eine stärkere Präsenz der Partei, indem der UFWD die Aufsicht über Privatunternehmen übertragen wurde.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Zwar sind Verhöre in Xinjiang und Tibet an der Tagesordnung, doch Christen geraten diesbezüglich besonders in den Fokus, da sie als mögliche „Störenfriede“ betrachtet werden. Dies gilt ebenfalls für Han-Chinesen, die in diesen Regionen eine Gemeinde leiten. Aber auch in ganz China werden (wichtige) Kirchenleiter und -mitglieder zunehmend zu Verhören in Polizeistationen und Büros der Religionsbehörde vorgeladen. Gelegentliche Einladungen von den Behörden, „gemeinsam eine Tasse Tee zu trinken“, wie es früher der Fall war, wurden durch unverschleierte Überwachung und direkte Verhöre abgelöst. Ein in der Öffentlichkeit weit bekannter Fall ist die „Early Rain Covenant Church“ in Chengdu, bei der es zu Ostern 2020 erneut eine Razzia gab und deren Gemeindemitglieder verhört wurden. Es gibt zahlreiche Berichte über Fälle, die auch weniger bekannte Kirchen betreffen (z. B. aus den Provinzen Fujian, Guangdong, Heilongjiang, Hebei, Henan, Jiangsu, Jiangxi, Liaoning, Shandong, Sichuan und Zhejiang), und es ist ohnehin mehr als wahrscheinlich, dass die meisten Fälle nicht gemeldet werden.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Während China Religionsfreiheit in seiner Verfassung pro forma anerkennt, gibt es bei der Umsetzung dieser Freiheit so große Defizite, dass dieser Anerkennung von Religionsfreiheit keine wirkliche Bedeutung beizumessen ist. Die Verfassung macht Religionsfreiheit von den Prioritäten des Staates abhängig, und der Staat hat die Befugnis, zu definieren, was eine „normale“ religiöse Aktivität darstellt. Das Recht auf Religionsfreiheit wird durch fünf in Artikel 36 der Verfassung beschriebene Einschränkungen relativiert: 1.) Der Atheismus ist die offizielle Staatsideologie; 2.) die Religionsfreiheit ist nur ein gesetzliches Recht, kein Grundrecht; 3.) die Verfassung enthält Bürgerpflichten, die die Religionsfreiheit einschränken; 4.) Artikel 36 schützt nur die innere Freiheit, eine Religion zu haben, aber nicht die, danach zu leben; und 5.) Artikel 36 spricht von „normaler“ religiöser Aktivität.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Die Gesetze für einheimische oder ausländische Nichtregierungsorganisationen verbieten es diesen, in religiösen Aktivitäten involviert zu sein. Der Spielraum, den christliche Nichtregierungsorganisationen haben, schrumpft damit. China erlaubt keine von der Kommunistischen Partei unabhängigen politischen Parteien. Christen, die sich politisch organisieren, werden rasch abgefertigt.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

Die Gerichte in China sind nicht unparteiisch und haben keine Geschworenen. Dies hat zur Folge, dass in den vor Gericht verhandelten Fällen, in denen der Angeklagte ein Christ und der Kläger der Staat ist, das Urteil bereits von der Partei gefällt wurde und die Staatsanwälte und Gerichte entsprechend entscheiden werden. Die vielleicht beste Illustration dafür im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 war die Verurteilung von Pastor Wang Yi von der Early Rain Covenant Church in Chengdu, Sichuan. Dieser erhielt neun Jahre Gefängnis, natürlich nicht offiziell wegen seines christlichen Glaubens oder weil er Pastor ist, sondern wegen „religiöser Aktivitäten gegen die Regierung oder im Zusammenhang mit politischen Fragen“.

Wurde internationalen Prozessbeobachtern der Zugang zu Verhandlungen gegen Christen erschwert oder verweigert?

Eine internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen wird als Beispiel einer „Einmischung von außen“ erachtet und deshalb untersagt. Die starke Reaktion auf die Veröffentlichung der „China-Leaks“ (die an die Öffentlichkeit gelangten Dokumente) und das, was sie über die Situation in Xinjiang enthüllten, zeigt beispielhaft, wie sehr sich die Kommunistische Partei einer internationalen Prüfung und Überwachung entziehen will. Jeder Versuch einer internationalen Überwachung würde als „politisch“ empfunden, was die Chancen dafür in Zukunft nur noch weiter mindern würde.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Die üblichen Versuche der Behörden, christliche Aktivitäten einzuschränken, sind etwa die Verweigerung von Genehmigungen, die unangemessene administrative Belastung von Organisationen und Einzelpersonen (insbesondere christlicher Leiter), die Durchführung von Untersuchungen von Privat- oder Firmenfinanzen (mit dem Ziel, ausländische Verbindungen, insbesondere bei der Fremdfinanzierung kirchlicher Aktivitäten, aufzudecken) und die Schließung von Kirchen wegen angeblicher Verstöße gegen das Bau- oder Brandschutzgesetz. Doch dazu ist in den letzten Jahren eine weitere Methode der Diskriminierung gekommen: Seit neuestem werden Christen, die auf staatliche Subventionen und Unterstützung angewiesen sind – vor allem ältere und isolierte Menschen – von örtlichen Parteifunktionären unter Druck gesetzt und manchmal sogar vor die Wahl gestellt, zwischen ihrem Glauben an Jesus Christus und den von der Partei bereitgestellten Subventionen zu wählen. Dies wurde aus verschiedenen Provinzen berichtet.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Wie bereits erwähnt, liegt das Interesse der Regierung darin, eine „harmonische Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten und nur „normale religiöse Aktivitäten“ zu schützen. In Bezug auf Religion bedeutet dies nicht mehr nur, Kirchen zu „verwalten“, sondern sie aktiv zu „leiten“. Die nie veröffentlichten und dennoch allseits wohlbekannten Regeln für christliche Kirchen sind: 1.) Regelmäßige Berichterstattung an die Behörden über jüngste Aktivitäten; 2.) keine Mitwirkung von oder Unterstützung durch ausländische Christen, auch nicht in Form von Geldmitteln; 3.) keine hochgradig öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten; 4.) nur „reguläre“ christliche Aktivitäten während sensibler Zeiten. Die Einhaltung dieser Regeln gibt jedoch keine Garantie dafür, dass Kirchen von den Behörden in Frieden gelassen werden. Kirchen, die offiziell für immer geschlossen werden, verlieren alles, auch kirchliches Eigentum und Vermögen; dies ist vor allem in ländlichen Gebieten zu beobachten. Während

einige Hauskirchen auf den Druck reagierten, indem sie sich in kleinere Gruppen aufteilten beziehungsweise ihre Treffen an andere Orte verlegten, war dies während der aktuellen Covid-19-Pandemie keine Option. Kirchen mussten für Gottesdienste geschlossen werden, aber viele Hauskirchen wechselten zu (begrenzten) Online-Treffen. (Dies war den Drei-Selbst-Kirchen offiziell nicht erlaubt, wurde aber in vielen Fällen nicht behindert.) Im Allgemeinen werden viele kirchliche Aktivitäten nicht nur durch Spitzel überwacht, sondern auch durch Überwachungskameras, die die Kanzel, die Gemeinde und das umliegende Kirchengelände beobachten.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Die Religionsvorschriften (Februar 2018 und Februar 2020) werden sehr streng umgesetzt, was zu einer stärkeren Kontrolle der Kirchen und einer verstärkten Überwachung geführt hat. Nichtregistrierte Kirchen werden noch immer von den örtlichen Behörden dazu gedrängt, sich staatlich registrierten Kirchen anzuschließen. Eine wachsende Anzahl von Hauskirchen hat zudem Schwierigkeiten, ihre Mietverträge zu verlängern, weil die Vermieter den Druck der Behörden zu spüren bekommen, besonders nach der Veröffentlichung der Neufassung der religiösen Verordnungen. Nichtregistrierte Kirchen, aber auch immer mehr Drei-Selbst-Kirchen, die schikaniert wurden und schließen mussten, finden sich in den Provinzen Anhui, Peking, Fujian, Gansu, Guangdong, Guangxi, Guizhou, Hainan, Hebei, Henan, Hubei, Hunan, Heilongjiang, Jiangxi, Jilin, Liaoning, Innere Mongolei, Shaanxi, Shandong, Shanghai, Shanxi, Sichuan, Yunnan und Zhejiang. Die Behörden haben ihr besonderes Augenmerk auf die Provinz Henan gelegt, da es dort eine relativ hohe Anzahl von Christen gibt und dort drei große Hauskirchennetzwerke ihren Ursprung haben. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt waren die Provinzen Anhui, Fujian und Jiangsu.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Christliche Aktivitäten sind außerhalb spezieller, für religiöse Zwecke bestimmter Zonen nicht erlaubt. Auch religiöse Prozessionen, die bei katholischen Christen eine lange Tradition haben, werden genau beobachtet und räumlich, zeitlich und in Bezug auf die Anzahl der Teilnehmer beschränkt. Aufgrund der Covid-19-Maßnahmen war die Zahl der Gruppenaktivitäten im Freien im Allgemeinen sehr begrenzt.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Der Kirchenbesuch ist für Kinder unter 18 Jahren verboten, und dieses Verbot wurde landesweit umgesetzt, besonders streng in den Provinzen Henan und Gansu. Am Eingang der meisten Drei-Selbst-Kirchen verweigert ein Beamter Kindern unter 18 Jahren den Zutritt zum Gebäude. Ein Beispiel aus dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 ist die chinesische Diözese Zhending in der Provinz Hebei, wo der katholische Bischof gebeten wurde, ein Dokument zu unterzeichnen, das Kindern unter 18 Jahren den Gottesdienstbesuch verbietet. Dies geschah, als die Behörden nach der Covid-19-Pandemie über eine Wiedereröffnung der Kirchen verhandelten.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Unter den stark kontrollierten politischen Bedingungen, die China unter der Kommunistischen Partei prägen, werden ausländische Organisationen oder Einzelpersonen, die die Regierungspolitik kritisieren, meist zensiert beziehungsweise ausgewiesen. Christliche Bürger, die sich öffentlich äußern,

werden in der Regel verhaftet und der Störung der sozialen Ordnung, der Verbreitung von Gerüchten oder der Gefährdung der nationalen Sicherheit beschuldigt. Seit der Verurteilung von Pastor Wang Yi von der Early Rain Covenant Church in Chengdu, Sichuan, im Dezember 2019 haben viele Pastoren beschlossen, es zu vermeiden, sich gegen die Behörden auszusprechen, da sie sagen, dass es das Risiko nicht wert sei.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Die Verhaftung und das Verprügeln von christlichen Leitern gingen meist einher mit Angriffen auf Kirchen. Solche Vorfälle gab es in mehreren Provinzen, besonders jedoch in Henan, einer bevölkerungsreichen Provinz mit beachtlicher christlicher Minderheit, und beispielsweise in Jiangsu und Anhui. Bei den Tätern handelte es sich häufig um Angehörige der Sicherheitskräfte oder der UFWD, meist aus Lokalbüros. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher als unsere Schätzungen liegen.
- **Verhaftungen von Christen:** Wie bereits erwähnt, werden Kirchenleiter oft im Kontext weiterer Maßnahmen gegen Kirchen verhaftet. Manchmal wird ein Pastor nur für ein paar Stunden festgehalten, manchmal für Monate und manchmal kommt er Jahre hinter Gitter. Der prominenteste Fall im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 war der Fall von Pastor Wang Yi von der Early Rain Covenant Church in Chengdu, Sichuan, der im Dezember 2019 verhaftet und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
- **Angriffe auf Kirchen:** Alle Vorfälle zu verifizieren erweist sich als unmöglich, da die Behörden große Anstrengungen unternehmen, Berichte darüber zu unterbinden. Das bedeutet, dass viele Vorfälle erst Monate später und die meisten vielleicht überhaupt nicht festgehalten werden. Eine Quelle schätzt, dass 15.000 Kirchen im Berichtszeitraum 2021 Ziel von Angriffen irgendeiner Art waren, aber solche Zahlen sind unmöglich zu überprüfen. Basierend auf den Berichten, die für den Weltverfolgungsindex 2021 gesammelt wurden, kann die Zahl bei zurückhaltender Berechnung auf 3.088 festgelegt werden. 44 Prozent dieser Berichte verwiesen zudem auf weitere Fälle, entweder in anderen Regionen oder in Bezug auf andere betroffene Kirchen, nannten jedoch oftmals keine genauen Zahlen, sondern sprachen von „mehreren“ oder „Dutzenden“ oder „Hunderten“ Vorfällen. Solche Verweise wurden bei der Berechnung nicht berücksichtigt. Dennoch sind in vielen Fällen (fast eine Wiederholung dessen, was in Zhejiang von 2014 bis 2016 beobachtet wurde) Kreuze von Kirchen zerstört worden, sowohl von Drei-Selbst-Kirchen als auch von Hausgemeinden, insbesondere in den Provinzen Anhui und Jiangsu, aber auch anderswo.

Während alle Orte, die für religiöse Versammlungen genutzt wurden, als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie geschlossen werden mussten, scheinen die kommunistischen Behörden diese Gelegenheit genutzt zu haben, um viele von ihnen für immer zu schließen oder unüberwindbare Hürden für eine Wiedereröffnung zu errichten. Solche Fälle sind schwer nachzuerfolgen, da viele Gemeinden einfach verschwinden, weil sich deren Mitglieder aufgeteilt haben und sich nun in kleineren Gruppen und an anderen Orten treffen. Dieses Phänomen ist ein weiterer Grund dafür, dass die Zahlen sicherlich viel höher sind als unsere vorsichtige Berechnung. Es kam zudem häufig vor, dass Vermieter von den Behörden dazu gedrängt wurden, Mietverträge mit Kirchen aufzulösen.

- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Vor allem wo Razzien in Hauskirchen durchgeführt wurden, waren auch Wohnungen von Christen von den Durchsuchungen mitbetroffen, da diese als Versammlungsort der Gemeinde genutzt wurden. In einigen Fällen wurden die Häuser von Christen durchsucht, christliche Bilder zerstört, die Elektrizität abgestellt und Mobiliar beschädigt.
- **Andere:** Südkoreanische Missionare, die in der Grenzregion nahe Nordkorea, insbesondere in der Provinz Jilin, gelebt hatten, wurden des Landes verwiesen. Ihre Zahl ist geschrumpft, da diese Landesverweise bereits seit einigen Jahren durchgeführt werden. Kirchen mit Auslandsbeziehungen wurden einer besonderen Prüfung unterzogen oder geschlossen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“ des US-Außenministeriums für 2019 stellt die Situation in China folgendermaßen dar:

Beamte im ganzen Land schlossen religiöse Einrichtungen, darunter auch einige, die den autorisierten patriotischen religiösen Vereinigungen angehörten. Außerdem stellten sie Überwachungskameras in Gotteshäusern auf, als Voraussetzung dafür, dass diese Einrichtungen weiter betrieben werden können. Es gab zahlreiche Berichte darüber, dass die Behörden islamische, christliche, buddhistische, taoistische, jüdische und andere Gotteshäuser schlossen oder zerstörten und öffentliche Zurschaustellungen religiöser Symbole im ganzen Land zerstörten, darunter die letzten verbliebenen Kreuze im Bezirk Xiayi in der Provinz Henan und alle jüdischen Symbole, die den Standort der ehemaligen Kaifeng-Synagoge, ebenfalls in der Provinz Henan, kennzeichneten.

Christen, Muslime, tibetische Buddhisten und Anhänger von Falun Gong berichteten von schwerer gesellschaftlicher Diskriminierung bei Beschäftigung, Wohnungsvergabe und Geschäftsmöglichkeiten. In Xinjiang setzten sich die Spannungen zwischen uigurischen Muslimen und Han-Chinesen fort – parallel zur Unterdrückung der uigurischen Sprache, Kultur und Religion durch die Behörden und die Förderung der Han-Mehrheit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Islamfeindliche Äußerungen auf Social Media bleiben weit verbreitet. Neben Christen sind Muslime in Xinjiang und tibetische Buddhisten einem starken Druck der Regierung ausgesetzt, ebenso wie Anhänger von Falun Gong. Einzelheiten finden sich im immer noch aktuellen Sonderbericht „Der Kampf um den Geist Chinas“ (englischer Titel: „The Battle for China’s Spirit“), den die Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ im Februar 2017 veröffentlicht hat.

In der Zwischenzeit sind mehrere interne Dokumente über die Behandlung der muslimischen Minderheit der Uiguren in Xinjiang an die Öffentlichkeit gelangt. Diese offenbaren nicht nur die strikt politischen und ideologischen Motive der Politik der Kommunistischen Partei Chinas, sondern auch das industrielle Ausmaß der Inhaftierung und „Umerziehung“. Unter diesen Berichten waren die sogenannten „China Leaks“ besonders aufschlussreich, Dokumente, die von einem internationalen Konsortium mit der „New York Times“ am 16. November 2019 veröffentlicht worden waren. Weitere Berichte von Adrian Zenz und dem „Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten“

haben unser Wissen über die Geschehnisse in Xinjiang erweitert. Eine weitere Serie von Berichten von „Buzzfeednews“ vom August 2020 nutzte Satellitenbilder, um einen Überblick über das Ausmaß der Inhaftierung zu geben. China verteidigt öffentlich seine Politik der Inhaftierung von bis zu einer Million muslimischer Uiguren und ethnischer Kasachen in Gefangenenlagern in Xinjiang mit dem Vorwand, der

Kampf gegen den extremistischen Islam mache diese Maßnahmen nötig. Typischerweise sind die Vereinten Nationen das Hauptforum für Auseinandersetzungen zu diesem Thema: Im Oktober 2020 forderte eine Koalition von 39 Mitgliedsstaaten eine internationale Untersuchung; China gelang es jedoch, eine Koalition von 45 Ländern zusammenzubringen, die sich einem solchen Schritt widersetzte und China für seine Minderheitenpolitik lobte.

Es gibt Berichte, wonach Mitglieder religiöser Minderheiten wie etwa Uiguren oder Mitglieder der „Church of the Almighty God“ in Arbeitslagern gefangen gehalten und getötet wurden und denen schließlich ihre Organe entnommen wurden. Um diese Behauptungen zu untersuchen, wurde ein privater internationaler Untersuchungsausschuss einberufen. In seinem im Juni 2019 veröffentlichten Bericht befand dieser Ausschuss (unter dem Vorsitz von Sir Geoffrey Nice QC) diese Behauptungen in einem gewissen Maß für glaubwürdig und erwähnt die Möglichkeit, dass in früheren Jahren auch Organe von Christen, die Hauskirchen besuchten, entnommen worden sein könnten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Myanmar: Platz 18

Kurze Zusammenfassung

In überwiegend von Christen bewohnten Staaten wie Kachin, Karen (bzw. Kayin) oder im Norden des Shan-Staats werden selbst etablierte, traditionelle Kirchen angegriffen. Mehr als 100.000 Christen leben in Lagern für Binnenflüchtlinge im Land und haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Die Kämpfe weiteten sich 2018 noch aus, sodass weitere Tausende Menschen in die Lager kamen; sie waren bis jetzt nicht in der Lage nach Hause zurückzukehren. Im Jahr 2020 eskalierten die Kämpfe mit der buddhistischen Aufstandsbewegung „Arakan Army“. Tausende von überwiegend christlichen Bürgern in den Staaten Rakhine und im Süden von Chin waren betroffen. In einigen Fällen drangen buddhistische Mönche in Grundstücke von Kirchen ein und bauten buddhistische Schreine auf dem Anwesen der Kirche. Christliche Konvertiten erfahren Verfolgung von ihrer buddhistischen, muslimischen oder in traditionellen Stammesreligionen verwurzelten Familie, weil sie ihren Glauben verlassen und sich damit vermeintlich selbst aus dem gemeinschaftlichen Leben ausgeschlossen haben. Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen, machen das Leben für christliche Familien unmöglich, indem sie ihnen nicht erlauben, die gemeinschaftlichen Wasserquellen zu nutzen. Protestantische Freikirchen erleben ebenfalls Gegenwind, besonders, wenn sie sich in ländlichen Gebieten befinden und/oder dafür bekannt sind, das Evangelium aktiv zu verbreiten. Die Regierung versucht, gegen extremistische buddhistische Mönche vorzugehen, sendet aber gemischte Signale, da im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 noch deutlicher wurde, dass radikale Mönche die Unterstützung der Armee genießen. Sie beeinflussten weiterhin die lokalen Behörden und verbreiteten ihre Ideologie, dass man nur Burmese sein kann, wenn man auch Buddhist ist.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	74	18
2020	73	19
2019	71	18
2018	65	24
2017	62	28

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg von 1,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2021 hängt fast ausschließlich mit einem Anstieg der Gewalt zusammen. Der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen hat entweder weiter langsam zugenommen (wie im Privatleben, Familienleben und Leben im Staat) oder er hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Und Christen mit buddhistischer oder muslimischer Herkunft oder Hintergrund in einer traditionellen Stammesreligion erleben weiterhin starken Druck vonseiten ihrer Familie und ihres Umfelds. Die Situation im Wa-Staat ist weiterhin angespannt und viele Kirchen sind noch immer geschlossen (trotz der Tatsache, dass die myanmarischen Behörden keinen Einfluss in diesem Teil des Landes haben).

Es muss zudem bedacht werden, dass es schwierig ist, Berichte aus den vom Krieg zerrissenen Gebieten der christlichen Minderheit zu erhalten. Dies wird auch von anderen internationalen Organisationen bestätigt und zeigt sich in der Verhaftung und Verurteilung von Reportern.

2. Trends und Entwicklungen

1) Das internationale Interesse ist auf die Rohingya-Krise fixiert

Das internationale Interesse hat sich ganz auf die Situation der Rohingya konzentriert, insbesondere auf die Flüchtlinge im benachbarten Bangladesch. Das Ansehen des Land ist ins Negative gedreht, insbesondere nachdem der damalige Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte im September 2017 von einem „Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberung“ in Bezug auf die Rohingya sprach. Laut Myanmars nationalem Sicherheitsberater ist sein Land bereit, alle 700.000 Rohingya-Flüchtlinge aufzunehmen, sofern sie freiwillig zurückkehren. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, solange es keine Sicherheitsgarantien gibt. Bisher wurde kein Flüchtling zurückgeführt und Myanmar scheint nicht gewillt zu sein, die notwendigen Bedingungen für eine Rückkehr zu schaffen. Die Priorität Myanmars besteht zunächst darin, die Innenpolitik nach den Parlamentswahlen zu regeln. Die Regierung nutzt die Covid-19-Krise auch, um Gespräche mit dem benachbarten Bangladesch hinauszuzögern.

Die Notlage der Rohingya wurde zusätzlich ins Rampenlicht gerückt, nachdem der Staat Gambia in Westafrika Myanmar vor den Internationalen Gerichtshof (IGH) brachte, der am 23. Januar 2020 überraschend anordnete, Myanmar solle vorläufige Sofortmaßnahmen zum Schutz der Rohingya-Minderheit ergreifen und alle sechs Monate regelmäßige Updates über die ergriffenen Maßnahmen liefern. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass dies zu Veränderungen vor Ort führen wird, wurde die Situation in Myanmar offenkundig. Aung San Suu Kyis internationalem Image als Trägerin des Friedensnobelpreises wurde ein weiterer Schlag versetzt. Obwohl daraufhin eine Welle nationalistischer Leidenschaft über Myanmar schwappte (was auch zu ihrer überraschend deutlichen Wiederwahl beigetragen haben mag), beschloss das Land, zu kooperieren, und legte dem Internationalen Gerichtshof pünktlich im Mai 2020 seinen ersten Bericht über vorläufige Schutzmaßnahmen vor.

Es ist höchste Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihren Blick über die verheerende Situation der Rohingya hinaus weitet und Wege findet, mit der Regierung und anderen politischen Akteuren, die in der Hauptstadt Naypyidaw Einfluss ausüben, zu sprechen. Die Tatsache, dass sich die Regierung mehr in Richtung China wendet, verheißt nichts Gutes für Myanmars christliche Minderheit, die ebenfalls stark von dem sich ausweitenden Bürgerkrieg betroffen ist, denn China kümmert sich selten um Menschenrechtsfragen.

2) Die Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten, die nicht zu den Rohingya gehören (einschließlich der Christen), wird weiterhin ignoriert

Es gibt kaum positive Nachrichten über Myanmar im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021. Obwohl das Coronavirus die internationalen Schlagzeilen dominiert, sind die muslimischen Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch ein deutliches Zeugnis dessen, was in Myanmar geschieht. In der Zwischenzeit werden die intensiven und sogar zunehmenden Kämpfe in überwiegend christlichen Gebieten wie im Kachin-Staat und dem nördlichen Shan-Staat, sowie neuerdings auch im Chin-Staat übergangen, da diese Gebiete schwerer zugänglich sind (ein Grund dafür ist das von der Regierung

über den nördlichen Teil vom Rakhine-Staat und über einige Gemeinden im Chin-Staat verhängte Internet-Blackout). Christen werden getötet, verhaftet und gezwungen zu fliehen, sodass sie mit Zehntausenden anderen Binnenflüchtlingen in Lagern unter katastrophalen Umständen leben müssen. Die Hilfe der internationalen Gemeinschaft erreicht oft nur wenige Menschen, da Regierung und Armee den Zugang dazu streng kontrollieren. Im Mai 2019 wurden von einem Beobachter vier mögliche Zukunftsszenarien für Myanmar aufgestellt: Sezession, Konföderation, Föderalismus und Dezentralisierung. Nationalisten und der Armee gefällt keines dieser Szenarien. Dies wurde einmal mehr deutlich, als das Militär gegen politisch wichtige Änderungen der Verfassung stimmte, die dazu dienen sollen, die Verfassung in Einklang mit demokratischen Prinzipien zu bringen. Im Mai 2020 lehnte das von der Partei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) geführte Parlament zum ersten Mal einen Antrag des Militärs auf zusätzliche Mittel ab. Außerdem scheint es eine wachsende politische Einheit zwischen den ethnischen Minderheiten zu geben, obwohl sie nicht regieren können.

Ein detaillierter Bericht der Nichtregierungsorganisation International Crisis Group zeigt die schwache Basis, auf der Ethnien im Laufe der Geschichte bestimmt und unterschieden wurden, und dass der gesamte Friedensprozess falsche Anreize setzt. So müssen etwa ethnische Gruppen über mächtige bewaffnete Gruppen verfügen, bevor sie mit am Verhandlungstisch sitzen. Vor diesem Hintergrund kann es nur als kleiner Schritt angesehen werden, dass die Armee Myanmars zum Ende der jüngsten Runde der „Panglong“-Friedensgespräche zum ersten Mal das Prinzip des Föderalismus akzeptierte. Der jüngste überwältigende Sieg der von Aung San Suu Kyi geführten Partei NLD mit mehr als 80 % der Wählerstimmen schwächt die Hoffnungen auf eine mitbestimmbare Demokratie und hat das Potenzial, das Land zu zerreißen. Daher können und sollten Christen keine Hoffnung auf die Politik setzen.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der World Christian Database 2020 machen Christen 8 % der Bevölkerung aus, Buddhisten 76,2 % und Muslime 3,6 %. Die staatliche Volkszählung, die im Jahr 2014 durchgeführt und im August 2016 veröffentlicht wurde, gibt den Anteil der Christen mit 6,2 % an. Christen in Myanmar halten diese Zahl für zu niedrig, da die Zählung nicht im vom Krieg betroffenen, mehrheitlich christlichen Kachin-Staat durchgeführt wurde. Die meisten Christen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes und nicht zu der Mehrheit der Bamar (auch „Birmanen“ genannt). Laut der umstrittenen Volkszählung der Regierung machen Buddhisten 87,9 % und Muslime 4,3 % der Bevölkerung Myanmars aus (etwa eine Million Rohingya wurden nicht gezählt. Schätzungen zufolge leben noch rund 400.000 Rohingya im Rakhine-Staat).

Die Einführung der „Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion“ im August 2015 wurden von buddhistisch-extremistischen Gruppierungen wie der „Ma Ba Tha“ landesweit gefeiert. Während sich diese Gesetze vor allem gegen die muslimische Minderheit im Rakhine-Staat richten, sind auch Christen von diesen Gesetzen betroffen: Glaubenswechsel müssen einem administrativen Prozess folgen, der eine Meldung bei verschiedenen Behörden beinhaltet. Mischehen erfordern einen Übertritt zum Buddhismus, um buddhistische Frauen vor muslimischen Männern zu schützen. Allerdings gibt es nur wenige solcher Fälle.

Myanmar ist überwiegend buddhistisch. Buddhisten spielten eine Rolle im Widerstand gegen das Militärregime im Jahr 2007. Davor waren radikale buddhistische Gruppen nicht politisch, doch als sich die sogenannte „969-Bewegung“ (später Ma Ba Tha genannt) bildete, änderte sich das. Diese Gruppe

hat eine nationalistische Agenda und ruft Mitglieder der eigenen Religion dazu auf, das Land gegen jede Bedrohung zu verteidigen. Im August 2015, kurz vor den ersten freien und fairen Wahlen, gelang es Ma Ba Tha, die Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion einzuführen. Diese richten sich in erster Linie gegen die muslimische Minderheit, insbesondere gegen die Rohingya im Rakhine-Staat, die im Grenzgebiet zu Bangladesch leben. Die Gruppierung Ma Ba Tha wurde verboten, bildete sich unter anderem Namen neu und wurde 2018 erneut verboten. Sie ist jedoch noch immer aktiv. Einige örtliche Untergruppen ignorieren nicht nur das Verbot, sondern verwenden auch noch den alten Namen.

Die meisten Angehörigen der muslimischen Minderheit haben keine Staatsbürgerschaft und der größte Teil von ihnen hat Myanmar aufgrund der anhaltenden Verfolgung verlassen. Ein tödlicher Angriff auf einen Grenzposten im Oktober 2016, bei dem neun Wachleute starben und zu dem sich eine islamisch-extremistische Gruppe bekannte, führte dazu, dass die Behörden noch aktiver gegen Muslime vorgingen und im August 2017 schätzungsweise 700.000 Muslime über die Grenze nach Bangladesch vertrieben, wo sie nun in Flüchtlingslagern leben.

Extremistische Buddhisten haben es mehr auf Muslime als auf Christen abgesehen, doch Berichten zufolge versuchen buddhistische Mönche weiterhin Kinder der christlichen Minderheiten zum Buddhismus zu bekehren, indem sie sie in Tempel locken. Stärkerer Druck und sogar Gewalt kommen jedoch von der Armee – es wird von Morden an Christen berichtet. Bisher hat die Verfolgung durch Mönche und extremistische buddhistische Gruppen nicht zugenommen – aber seitdem die meisten Muslime das Land verlassen haben oder ausreichend eingeschüchert sind, könnten extremistische Buddhisten beginnen, andere Minderheiten intensiver ins Visier zu nehmen.

Die burmesische Armee hatte ein Gerichtsverfahren gegen den Präsidenten der Kachin Baptist Convention, Dr. Hkalam Samson, eingeleitet, da er bei einem Treffen mit US-Präsident Trump über den Mangel an Religionsfreiheit in Myanmar gesprochen hatte. Die gerichtliche Vorladung wurde im September 2019 zurückgezogen; Dr. Samson traf sich mit dem Leiter des Militärs und erinnerte in einem Interview daran, dass echter Frieden immer Opfer bedeute. Solange alle Konfliktparteien von den Kämpfen profitierten, würden Lösungen, die Opfer erfordern, allerdings schwer zu finden sein. In einem eher pessimistischen Kommentar sagte ein Beobachter des Landes, dass unter dem wachsenden chinesischen Einfluss in Myanmar der Friedensprozess ins Leere laufen werde.

Die anhaltenden Kämpfe mit der Arakan-Army in den Staaten Rakhine und Chin erinnern daran, dass der Nationalismus des Landes nicht rein religiös motiviert ist, sondern auch starke ethnische Untertöne hat. Die Kämpfer der Arakan-Army sind Buddhisten, wehren sich aber gegen das, was sie als die Dominanz der Bamar ansehen. Auch die Christen im Chin-Staat sind von diesem Konflikt stark betroffen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus – Buddhismus, vermischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Der Buddhismus ist eng mit der nationalen Identität Myanmars verknüpft. Diese Haltung wird üblicherweise von extremistischen Buddhisten betont und von der Regierung und der Armee toleriert – und in gewissem Maß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60 %) gehört der Ethnie der Bamar an. Bamar zu sein, heißt buddhistisch zu sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als Außenseiter der Gemeinschaft und potenziell gefährlich eingestuft. Es gibt buddhistische Ortschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen. Druck auf Christen kommt von zwei

Seiten: Zum einen von der Gesellschaft, einschließlich der als Ma Ba Tha bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche. Das Verbot der Bewegung im Jahr 2017 und ein zweites im Jahr 2018 hatte keine wirklichen Konsequenzen. Im Juli 2019 kündigte das Ministerium für religiöse Angelegenheiten an, dass es die Regulierung buddhistisch-extremistischer Gruppen von der buddhistischen Führung („Sangha“) übernehmen werde. Obwohl es um Ma Ba Tha im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 ruhiger geworden ist, scheint die Kontrolle der Regierung nicht besonders streng zu sein. Zum anderen kommt der Druck auf Christen von der Regierung, die versucht, ein Friedensabkommen mit einer Vielzahl von ethnischen Gruppen abzuschließen, von denen viele Christen sind. Die Einführung der Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion sind ein Zeichen für den weiterhin starken Einfluss buddhistisch-extremistischer Gruppierungen.

Diktatorische Paranoia

Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Während die 2015 gewählte Regierungen nicht als paranoid bezeichnet werden konnte (ebenso wenig die aktuelle Regierung), ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht die Regierung diktatorisch ist, sondern das Militär fast diktatorische Macht hat. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der burmesischen Armee 2008 geschrieben wurde, werden ein Viertel der Sitze im Parlament von Armeemembern besetzt. Zudem besetzt die Armee die wichtigsten Regierungsstellen, einschließlich des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Grenzangelegenheiten. Trotz aller Hoffnungen auf Demokratie hat die Armee ihren Kampf gegen aufständische Gruppen und ethnische Minderheiten, zu denen auch Christen gehören, intensiviert. Die Tatsache, dass der Krieg trotz aller Tagungen der Panglong-Friedensgespräche nicht nur weitergegangen ist, sondern sich 2018 sogar verschlimmert hat, zeigt, wo die wahre Macht in Myanmar liegt.

Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, und sich dabei – falls notwendig – auch auf den buddhistischen Nationalismus oder das ethnische Erbe berufen. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte „Na-Ta-La“-Schulen (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da es Internate sind, die keine Gebühren erheben. Diese Schulen werden genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem Jugendliche aus diesen Minderheiten drogenabhängig gemacht werden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Teile des Landes sind weitgehend in der Hand der Armee Myanmars. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen. Daher wird die diktatorische Paranoia nicht zurückgehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In einigen der Staaten, in denen die meisten Christen leben, wie Kachin oder dem Shan-Staat, gibt es auch die wertvollsten Rohstoffe Myanmars, wie etwa Jade und Edelhölzer. Laut einem im August 2019 veröffentlichten UN-Bericht bringen dieses und andere Geschäfte, an denen die Armee beteiligt ist, enorme Summen ein – ein Einkommen, das manchmal mit ethnischen Aufstandsgruppen im Austausch gegen Waffenstillstände oder andere Vereinbarungen geteilt wird. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugelände für Opium in Asien (zusammen mit Regionen in Vietnam, Laos und Thailand), dem bekannten „Goldenen Dreieck“. Regierungsbeamte, die Armee und Rebellengruppen werden beschuldigt, von Drogenproduktion und -handel zu profitieren. Jeder, der dagegen vorgeht oder den Händlern, Ausbeutern und Dealern im Weg steht, ist in ernsthafter Gefahr.

Dies gilt auch für die Christen in diesen Regionen. Da viele Rohstoffe wie Erz, Jade und Edelhölz in den hauptsächlich von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort großen Druck vonseiten des Militärs – nicht nur aus ökonomischen Interessen. Sie werden schikaniert, attackiert und als Lastenträger oder Guides missbraucht.

Kommunistische Unterdrückung

Seit Ende des Jahres 2018 wurde die größte Rebellenarmee, die kommunistische „United Wa State Army“ (UWSA), gewaltsam gegen Christen aktiv. Hunderte von Kirchen wurden geschlossen, Hunderte Christen wurden entführt oder vertrieben. Vermutlich von China unterstützt, richtete die Gruppe sich gegen christliche Gruppen, die als „Missionare“ wahrgenommen wurden – meist baptistische Gruppen wie die Lahu Baptist Convention oder die Kachin Baptist Convention. Obwohl der Druck gegen Christen anhält und Berichten zufolge nur etwa die Hälfte der geschlossenen Kirchengebäude wieder geöffnet werden durften, wird diese Triebkraft der Verfolgung hier dennoch erwähnt, da es hilft, die komplexe Situation zu verstehen, in der sich Christen vor Ort befinden. Diese Bekämpfung durch eine kommunistische Gruppe ähnelt dem harten Durchgreifen der chinesischen Behörden, die seit Jahren gegen den christlichen Glauben in China vorgehen. Da die Behörden Myanmars im de facto semi-autonomen Wa-Staat mit etwa 450.000 Einwohnern keine Macht ausüben, fällt diese Art der Verfolgung nicht unter den religiös motivierten Nationalismus.

5. Verfolger

Ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische Mönche wiegeln die Dorfgemeinschaften in mehrheitlich buddhistischen Gemeinschaften auf, gegen Christen vorzugehen. Die buddhistisch-extremistische Bewegung Ma Ba Tha versucht weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen“. Dieses Ziel ist zudem mit dem Schutz der ethnischen „Rasse der Bamar“ verknüpft. Die beiden Verbote der Ma Ba Tha ändern nichts, da die Gruppe andere Wege findet, ihren Einfluss geltend zu machen.
- **Regierungsbeamte:** Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Die Armee kämpft weiterhin gegen christliche Aufständische und Minderheiten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen können Dorfgemeinschaften aufhetzen, um Christen daran zu hindern, Ressourcen und Hilfsmittel zu nutzen, die für alle Bewohner der Gemeinde gedacht sind. Besonders unter den ethnischen Minderheiten wird jede Hinwendung zu einem anderen Glauben als Schwächung der Gruppe und als Bedrohung des Kampfes gesehen, in dem sich viele ethnische Gruppen befinden. Die Anführer üben daher starken Druck gegen einen Glaubenswechsel und auf christliche Konvertiten aus.

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gruppen wie die bereits erwähnte Ma Ba Tha rufen nicht nur dazu auf, die buddhistische Dominanz zu schützen und zu erhalten, sie zetteln auch Gewalt an. Während die muslimische Minderheit das Hauptziel darstellt, sind auch Christen von ihrem „Aufruf zum Handeln“ betroffen. Aufständische werden ebenfalls manchmal zu Verfolgern, wenn sie der Meinung sind, dass Kirchen sie nicht genug unterstützen, oder wenn Pastoren jungen Menschen raten, nicht an den Kämpfen teilzunehmen. Kämpferische Gruppen wie die muslimische „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA) gehen gewaltsam gegen alle Konvertiten unter der muslimischen Minderheit vor.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder in animistischen Stammesreligionen verankert sind, verfolgen aktiv Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat gesehen wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** Wenn jemand in einem Dorf den christlichen Glauben annimmt, wird dies als Störung der Harmonie angesehen und stark abgelehnt. Die Gemeinschaften üben Druck auf die Konvertiten aus, damit diese ihren christlichen Glauben aufgeben. Mobs lassen sich leicht aufhetzen und die Dorfbewohner schließen Christen häufig von staatlicher Unterstützung oder jeglicher Hilfe aus.
- **Politische Parteien:** Alle politischen Parteien, die keine Minderheiten sind, stehen auf die eine oder andere Weise für die buddhistische Vorherrschaft ein. Die aktuell regierende NLD hat sich als Enttäuschung für die christliche Minderheit erwiesen. Die oppositionelle Partei „Union Solidarity and Development Party“ (USDP) ist eng mit der Armee Myanmars verbunden und hat das Gesetz zum Schutz von Rasse und Religion von 2015 erlassen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Armee ist die Hauptkraft hinter dieser Triebkraft der Verfolgung. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 hat die Armee noch mehr Kämpfe geführt und genoss die öffentliche und starke Unterstützung der buddhistischen Religionsführer, die „Schutz“ für die Verfassung und das Land fordern.
- **Regierungsbeamte:** Die Armee wird weiterhin die privilegierte Position verteidigen, die ihr die Verfassung zugesteht, die sie selbst im Jahr 2008 entworfen hatte, bevor Teile der Macht an eine zivile Regierung abgegeben wurden. Trotz des internationalen Aufschreis aufgrund der Gräueltaten an der Minderheit der Rohingya klammert sich die Regierung um Aung San Suu Kyi an die Macht und zeigt in der Nichtbeachtung jeglicher Kritik Zeichen von diktatorischer Paranoia.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Gruppen wie Ma Ba Tha stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, den verfassungsmäßigen Status der Armee und die Vorherrschaft der Bumar zu unterstützen. Sie wollen dieses Gleichgewicht um jeden Preis erhalten.
- **Politische Parteien:** Was oben über den religiösen Nationalismus gesagt wurde, gilt auch hier.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Wo sie an der Macht sind, neigen die Führer von ethnischen Minderheiten und Aufständischen dazu, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben. Wer als Bedrohung dieser Macht angesehen wird, wird bekämpft, auch wenn es ein Mitchrist ist.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Die meisten natürlichen Ressourcen Myanmars kommen in Staaten vor, die eine überwiegend christliche Bevölkerung haben oder in denen Christen zumindest eine große Minderheit darstellen. Die Armee arbeitet mit lokalen Machthabern und Politikern und Aufständischen zusammen, um von diesem Reichtum zu profitieren. Dies geschieht auf Kosten der Bevölkerung. Auch die Kämpfe gehen weiter und wenn Christen oder andere in den Weg geraten, werden sie einfach vertrieben. Wagen sie es, ihre Stimme gegen die vorherrschende Ungerechtigkeit zu erheben oder zu versuchen, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben, werden sie aktiv ins Visier genommen, besonders von denen, die vom illegalen Drogenhandel profitieren.
- **Regierungsbeamte:** Wie bereits erwähnt, sind bestimmte Zweige der Armee in verschiedene Formen des illegalen Handels involviert; dieser wird manchmal von Strohmännern wie den Grenzschutztruppen durchgeführt. Wenn christliche Siedlungen im Weg sind oder sie sich gegen Drogen und illegalen Handel aussprechen, werden sie vertrieben und zu Binnenflüchtlingen gemacht. Dort, wo die Armee die Kontrolle hat, wird mehr Gewalt angewendet.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Der illegale Handel wird oft von gut vernetzten lokalen Machthabern organisiert, die auch zu Verfolgern werden können, wenn sie ihren Profit bedroht sehen.
- **Politische Parteien:** Einige politische Führer sind ebenfalls in den illegalen Handel verwickelt, insbesondere auf lokaler Ebene.

Ausgehend von kommunistischer Unterdrückung

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Revolutionäre und paramilitärische Gruppen wurden 2018 zu sehr sichtbaren Verfolgern, als die UWSA (mit etwa 40.000 Kämpfern die größte Rebellengruppe des Landes) in einer Razzia gegen „neue Kirchen“ Dutzende Kirchen schließen und fast einhundert Christen festnehmen ließ.
- **Internationale Organisationen:** Der Shan-Staat grenzt an China, das angeblich die UWSA unterstützt. Das Vorgehen gegen Christen im Jahr 2018 wurde offenbar von den chinesischen Bemühungen inspiriert, den christlichen Glauben einzudämmen.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Berichten zufolge profitiert auch die UWSA stark vom Drogenhandel. Ihr Durchgreifen gegen Christen 2018 könnte also gemischte Motive gehabt haben.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Myanmar ist wohl die Nation, die unter dem längsten Bürgerkrieg der Welt leidet, der unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien im Jahr 1948 begann. Der Kern des Konflikts besteht darin, dass die Zentralregierung versuchte, ihre Kontrolle über Regionen durchzusetzen, denen ein gewisses Maß an Autonomie versprochen worden war. Wenn es um Schwierigkeiten für Christen geht, muss der Kachin-Staat im Norden des Landes genannt werden. Die Kämpfe dort gehen weiter. Mehr als 100.000 Menschen – meist Christen – leben in Lagern für Binnenflüchtlinge, die meisten von ihnen seit Jahren. Der Zugang für humanitäre Hilfe ist blockiert. Auch im benachbarten Shan-Staat, in dem es vor allem im Norden eine große Minderheit von Christen gibt, gehen die Kämpfe weiter. Ebenso sind Christen im Chin-Staat von den Kämpfen zwischen der Armee Myanmars und der Arakan Army

betroffen. Obwohl der Konflikt mit den ethnischen Gruppen der Karen und Karenni nicht im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit steht, schwelt er noch immer und viele sind zu Binnenflüchtlingen oder Flüchtlingen in Thailand geworden. Über die Chin, die überwiegend christlich sind, ließe sich eine ähnliche Geschichte erzählen, nur dass ihr Zufluchtsort der Wahl Indien ist.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, aber auch traditionelle Kirchen unter den christlichen Minderheiten wie die Kachin Baptist Church. Diese Christen erleben Verfolgung in Form täglichen Drucks, gelegentlich aber auch gewalttätige Angriffe, sei es vom Militär, extremistischen buddhistischen Mönchen oder aufständischen Gruppen. Extremistische buddhistische Mönche errichten in manchen Gegenden Tempel auf Grundstücken von Kirchen.

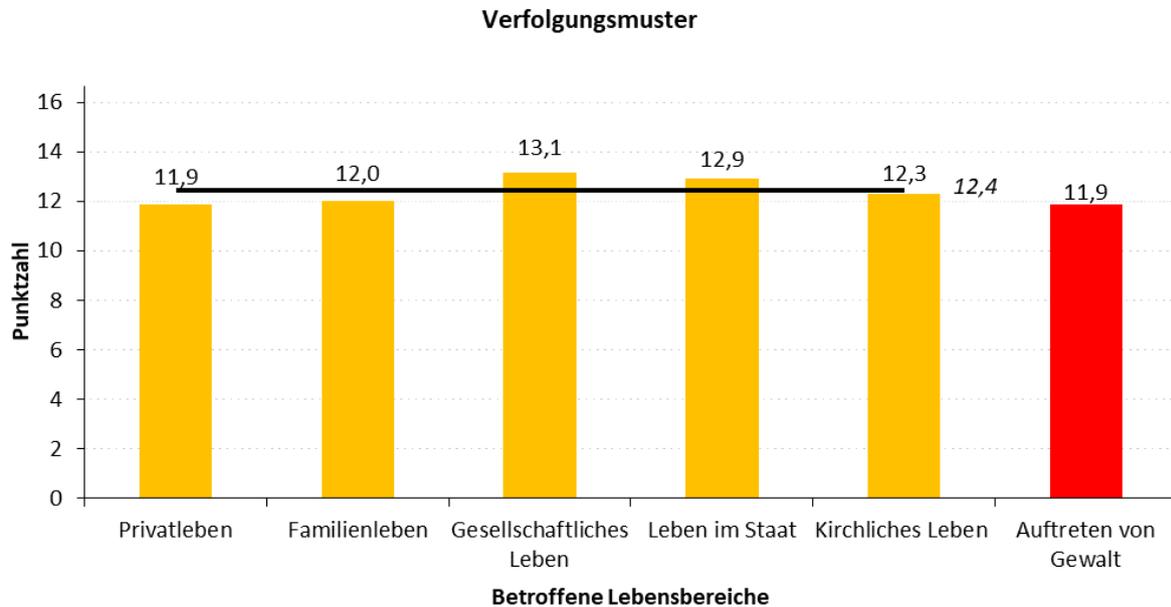
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer animistischen Stammesreligion erfahren die stärkste Verfolgung, sowohl vonseiten der Behörden als auch von Familie, Freunden und Nachbarn. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Mitglieder der Bamar nicht akzeptabel. Obwohl viel über die Rohingya und ihre Vertreibung nach Bangladesch berichtet wurde, ist weithin unbekannt, dass es eine kleine Gruppe von Christen mit muslimischem Hintergrund unter den Rohingya gibt. Was diesen Christen dort geschieht, die nach Bangladesch geflohen sind, wird auch nur für Bangladesch gewertet. Sie sind nicht nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit Verfolgung ausgesetzt, sondern auch, weil ihre muslimischen Familien und ihr Umfeld sie unter enormen Druck setzen, zum Islam zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Viele evangelikale und Pfingstgemeinden werden vor allem in ländlichen Gebieten von dem sozialen Umfeld, in dem sie leben, verfolgt. Sie werden überwacht und es kommt manchmal vor, dass Zusammenkünfte oder das Abhalten der Sonntagsschule verhindert werden. Aufgrund der vorherrschenden Auffassung, dass ein Bamar auch ein Buddhist sein muss, ist es eine besondere Herausforderung, die Menschen mit dem Evangelium zu erreichen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Myanmar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen hat weiterhin das gleiche sehr hohe Ausmaß wie im Weltverfolgungsindex 2020 (12,4 Punkte).
- Besonders christliche Konvertiten sind durch den sehr hohen Druck im gesellschaftlichen Leben, Familienleben und Privatleben beeinträchtigt. Alle Christen sind sehr hohem Druck im kirchlichen Leben und Leben im Staat ausgesetzt. Der Druck geht einerseits von einer Betonung des Buddhismus aus, der alle Minderheiten des Landes ausgrenzt. Dazu kommt auf der anderen Seite der anhaltende Krieg gegen Aufständische, der unter anderem die christlich geprägten Staaten Kachin, Chin, Shan und Karen betrifft. Dieser Krieg wird von der Weltöffentlichkeit unter anderem aufgrund der prekären Lage der Rohingya und dem damit verbundenen Medieninteresse kaum wahrgenommen.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen stieg an (von 10,7 Punkten im Vorjahr auf 11,9 im Weltverfolgungsindex 2021) und wird nun als „extrem“ eingestuft. Es wurden vermehrt Vorfälle gemeldet, bei denen es zu Verhaftungen, Angriffen auf Häuser, in denen Christen leben, und zu Vergewaltigungen oder sexuellen Übergriffen kam. Aufgrund von anhaltenden Kämpfen, insbesondere in den Staaten Kachin, Chin und Shan, ist es sehr schwer geworden, genaue Berichte von Angriffen auf Christen wegen ihres Glaubens und auf Kirchen in diesen vom Krieg zerrissenen Gebieten zu erhalten, auch wenn die Kämpfe im Staat Kachin im Jahr 2020 zurückgegangen sind. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Myanmars derzeitige Gesetze machen es dem Einzelnen schwer, seinen Glauben zu wechseln. Das Konversionsgesetz, Teil der Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion, verlangt, dass Bürger Myanmars, die ihre Religion wechseln wollen, die Genehmigung einer neu gegründeten Registrierungsbehörde für Konversionen einholen müssen, die in allen Kommunen eingerichtet wird. Der potenzielle Konvertit muss sich außerdem einem Verhör unterziehen und sich für einen Zeitraum von höchstens 90 Tagen ab dem Datum der Antragstellung (auf Wunsch des Antragstellers auf 180 Tage verlängerbar) mit religiösen Studien beschäftigen. Wenn der Antragsteller nach diesem Zeitraum immer noch konvertieren möchte, stellt der Registrierungsausschuss eine Bescheinigung über den Glaubenswechsel aus. Während dieser Zeit wird der Antrag auf einem Schwarzen Brett veröffentlicht und die Konvertiten werden höchstwahrscheinlich von allen um sie herum stark unter Druck gesetzt, ihren Antrag zurückzuziehen. Aus diesem Grund erfolgt der Glaubenswechsel in der Regel im Geheimen ohne das Antragsverfahren. Konvertiten sind außerdem der Verfolgung durch ihre Familie und Gemeinschaft ausgesetzt und werden manchmal verstoßen und aus dem Haus der Familie vertrieben.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Sobald der Verdacht besteht, dass ein Christ in einem Gespräch das Evangelium weitergeben möchte, ist es riskant. Dies gilt für Angehörige der christlichen Minderheiten, die mit Angehörigen der buddhistischen Mehrheit Glaubensfragen diskutieren. Sie riskieren auch, an buddhistische extremistische Gruppen und/oder (lokale) Behörden gemeldet zu werden. Dies gilt auch für Christen muslimischer Herkunft, die in ihrem sozialen Umfeld von ihrem neuen Glauben erzählen wollen. Sie müssen besonders vorsichtig sein.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Je nachdem, wo ein Christ lebt, und – für Konvertiten – je nach der Familie, in der er oder sie lebt, kann es riskant sein, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen. Während dies natürlich nicht für die überwiegend christlichen Staaten wie z. B. Kachin gilt, ist es für einen Konvertiten an anderen Orten gefährlich, entdeckt zu werden. Deshalb haben sie selten christliche Bilder zu Hause oder tragen selten Schmuck, der zum Beispiel ein Kreuz zeigt. Letzteres könnte auch als Verhöhnung buddhistischer Symbole aufgefasst werden, weshalb Christen in der Regel davon absehen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

In einigen buddhistischen Dörfern, besonders im Rakhine-Staat und im zentralen Teil Myanmars, ist es Christen nicht erlaubt, Teil der Dorfgemeinschaft zu sein. An solchen Orten müssen christliche Konvertiten sehr vorsichtig sein, um nicht entdeckt zu werden, besonders wenn sie die einzigen

Christen in der Familie sind. Wenn sie entdeckt werden, sind sie gezwungen, das Dorf zu verlassen. Aber selbst an anderen Orten ziehen es Konvertiten vor, vorsichtig zu sein, da der Glaubenswechsel zum christlichen Glauben als schändlich angesehen wird und jeder sichtbare Akt der christlichen Anbetung auf harten Widerstand von Familien und sozialem Umfeld stoßen würde.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In den meisten Schulen müssen die Schüler vor Unterrichtsbeginn einen Teil der Lehren Buddhas aufsagen. „Dhama“-Schulen werden von buddhistischen Mönchen geleitet, die den Kindern buddhistische Prinzipien beibringen. Diese Schulen breiten sich immer mehr im Land aus. Von Kindern wird erwartet, dass sie an den buddhistischen Festen des Wassers und des Lichts teilnehmen und auch finanziell dazu beitragen. In Na-Ta-La-Schulen werden Kindern buddhistische Gebete beigebracht, ihr Kopf wird geschoren und sie müssen jeden Morgen in ihren Dörfern um Essen betteln. In diesen Schulen sind alle Mitarbeiter, vom Lehrpersonal über die Verwaltung bis hin zu den Straßenkehrern, Buddhisten.

Wurden christliche Taufen behindert?

Wegen der Konversionsgesetze kann es gefährlich sein, Taufen öffentlich durchzuführen. Daher führen die Kirchen die Taufe in der Regel diskret durch. Für Christen mit buddhistischem oder muslimischem Hintergrund gibt es keine andere Wahl, es muss heimlich geschehen. Taufscheine können nicht ausgestellt werden und nur wenige Mitchristen können und dürfen den Taufen beiwohnen. In Regionen, in denen Christen die Mehrheit bilden, ist die Taufe weniger problematisch, allerdings gilt dies nur für Nichtbuddhisten.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Christliche Kinder werden in der Schule regelmäßig von buddhistischen Kindern schikaniert. Gerade in Dorfschulen ist es normal, dass christlichen Kindern für alles die Schuld gegeben wird. Kinder von Christen erhalten in der Schule zudem weniger Möglichkeiten und werden weder für höhere Schulen noch besondere Ehrungen ausgewählt. Auch wird ihnen oft nicht die Möglichkeit gegeben, reine Verwaltungsfehler zu korrigieren, wie die falsche Schreibweise eines Namens oder – wie im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 geschehen – ein falsches Geburtsdatum. Infolgedessen wurden sie für die Teilnahme an Prüfungen gesperrt.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, weil sie sich dem Druck des buddhistischen Umfelds in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt sehen. Den Eltern wird ständig gesagt, dass ihr Kind, wenn es am christlichen Glauben festhalte, eine härtere Zukunft habe; durch die Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit werden ihnen weniger Möglichkeiten geboten. In Familien, deren Mitglieder buddhistischer oder muslimischer Herkunft sind, sind es oft die Großeltern, die einen großen Einfluss ausüben und dafür sorgen, dass die Enkelkinder in ihrer ursprünglichen Religion erzogen werden.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet, von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Dies wirkt sich auch auf das tägliche Leben aus, wenn ihnen etwa Hilfe beim Sammeln von Bambus für die Reparatur ihres Hauses verweigert oder ihnen der Zugang zu Wasserquellen untersagt wird. Konvertiten werden oft so sehr ausgegrenzt, dass die Dorfbewohner es sogar unterlassen, mit ihnen zu sprechen. Es gab Fälle, in denen buddhistische Mönche Dörfer zu diesem Verhalten aufgerufen haben.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Es ist sehr üblich, dass Christen unter diese Art von Druck gesetzt werden, da der Sinn vieler Regierungs- und Gemeindeveranstaltungen darin besteht, die buddhistische Vorherrschaft zu zeigen. Dieser Druck beinhaltet tägliche Gebete, Beiträge zu und Teilnahme an buddhistischen Zeremonien und das Reinigen buddhistischer Altäre. Diesem Druck kann man sich nur schwer entziehen, da er tief in der Kultur verwurzelt und in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Regierung allgegenwärtig ist. Wenn Christen aufhören, buddhistischen Mönchen Almosen zu geben, sich weigern, zur Renovierung oder zum Bau buddhistischer Tempel beizutragen, oder von der Teilnahme an buddhistischen Festen absehen, erfahren sie Schikane, werden zu Spenden gezwungen und mit der Vertreibung aus dem Dorf bedroht.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Christen haben weniger Chancen, von Firmen angestellt zu werden, wenn es buddhistische Bewerber gibt. Christen werden auch regelmäßig bei Beförderungen übergangen, besonders im öffentlichen Dienst. An Sonntagen wird den Christen kein Urlaub gewährt, um einen Gottesdienst zu besuchen. Im parlamentarischen Bereich gab es eine Verbesserung, da unter der noch amtierenden Regierung einer der Vizepräsidenten ein ethnischer Chin-Christ und der Sprecher des Unterhauses ein Christ ist. Christen sind in der Regierung, im öffentlichen Dienst und in der Armee jedoch selten anzutreffen und werden in der Regel nicht über ein bestimmtes Niveau hinaus befördert.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Christliche Konvertiten stehen in diesem Aspekt am stärksten unter Druck. Aus Angst vor Verfolgung machen sie ihren Glaubenswechsel normalerweise nicht bekannt. Werden christliche Konvertiten entdeckt, beginnt der Druck meist subtil, andere Dorfbewohner werden z. B. an Hilfeleistungen gehindert. Doch es wurden auch Fälle berichtet, in denen christliche Konvertiten zusätzliche Hilfe geleistet wurde, um sie wieder zu ihrem alten Glauben zu locken. Letztendlich können christliche Konvertiten aus dem Dorf vertrieben werden, wenn solche Bemühungen erfolglos bleiben. Es gibt sogar Druck auf andere Christen (Nichtkonvertiten), zum Buddhismus zu konvertieren. In dem Versuch, den Buddhismus zu verbreiten, werden Gemeinschaftsressourcen zum Bau von Pagoden in christlichen Gebieten verwendet und buddhistische Mönche in christliche Dörfer geschickt. Der Unterricht – der

von buddhistischen Mönchen geleitet wird – wird manchmal kostenlos für Familien religiöser Minderheiten angeboten.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt: „Die Union erkennt an, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt.“ In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wird von extremistischen Buddhisten missbraucht. Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der ethnischen Mehrheit der Bamar zu erlangen, hat die frühere Regierung im August 2015 vier Konversionsgesetze verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch die Einschränkung von Glaubenswechseln und interreligiösen Ehen, einem Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut der Gesetze müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis ihrer Eltern und der Behörden vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; der nichtbuddhistische Mann muss zunächst zum Buddhismus konvertieren.

Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der lokalen Registrierungsbehörde für Konversionen die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungs- sowie einem Verwaltungsbeamten, der Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Bildung. So weiß die Gemeinschaft, wenn eine Person konvertieren will und gibt ihr drei bis sechs Monate „Bedenkzeit“, um sie davon zu überzeugen, den offiziellen Antrag wieder zurückzuziehen. Das Gesetz zielt in erster Linie auf die muslimische Minderheit ab, aber auch alle anderen Minderheiten sind davon betroffen. Es soll sowohl Bürger davon abbringen, einen Glaubenswechsel in Betracht zu ziehen, als auch Konvertiten daran hindern, ihren neuen Glauben zu bekennen. Einige Stämme besitzen zusätzliche traditionelle Gesetze, die von einigen Gemeinschaften dazu genutzt werden, Christen aus ihren Dörfern zu vertreiben.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Die Armee und die buddhistisch-nationalistische Bewegung sind völlig ungestraft geblieben und operieren in einer Kultur der Straflosigkeit. Das deutlichste Beispiel dafür ist die strikte Ablehnung aller Völkermordanschuldigungen im Zusammenhang mit den Rohingya und der christlichen Minderheit der Kachin (wo die Situation auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinauslaufen könnte). Es zeigt auch, dass Christen weder eine faire Behandlung vor Gericht noch eine internationale Überwachung ihrer schlimmen Situation erwarten können. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es einen Fall, in dem Dorfbewohner ein Haus, in dem sich Christen versammelt hatten, mit Steinen beworfen haben. Die Behörden brachten die Täter vor ein Gericht, aber der Fall wurde so oft vertagt, dass es sich die Christen schließlich nicht mehr leisten konnten, allen Gerichtsvorladungen Folge zu leisten. Infolgedessen wurden die Dorfbewohner ungestraft gelassen.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Die Armee Myanmars und pro-militärische Regierungsbeamte sind sehr von buddhistisch-nationalistischen Einstellungen beeinflusst und betrachten Christen oft als Bürger zweiter Klasse. Christen sehen sich bei der Bewerbung um staatliche Dienste härteren Anforderungen gegenüber. So müssen sie beispielsweise zusätzliche Unterlagen einreichen, oder ihr Antrag wird sich – manchmal auf unbestimmte Zeit – verzögern. Beschwerden, die von Christen an die Polizei herangetragen werden, werden in den meisten Fällen ignoriert. Christen haben außerdem einen schlechteren Zugang zu Krediten oder Zuschüssen als nichtchristliche Geschäftspartner oder Kunden. Selbst in Regionen mit christlicher Mehrheit sind die Behördenvertreter häufig Buddhisten.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Christen werden normalerweise nur dann von Firmen eingestellt, wenn keine Buddhisten zur Verfügung stehen. Wenn sie eingestellt werden, werden sie häufig bei einer Beförderung übergangen. Es gibt einige wenige Christen im öffentlichen Dienst, aber sie werden selten in leitende Positionen befördert. Es gibt ein paar christliche Politiker, sogar in recht hohen Positionen, wie oben erwähnt; dies ist jedoch eine Ausnahme von der Regel und hat Christen bei ihren Bewerbungen anderswo nicht geholfen.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Dissens, insbesondere jede Kritik an der Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten, wird hart angegangen. Eine Beschwerde ist vergeblich und kann zu einer Anklage führen, wie in den folgenden beiden Fällen sichtbar: 1) Zwei Christen wurden im Oktober 2017 ins Gefängnis gesteckt, weil sie Journalisten geholfen hatten, Informationen über die Zerstörung einer Kirche im Kachin-Staat zu sammeln. 2) Zwei Reuters-Journalisten, die über Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Rohingya-Muslime berichteten, erhielten im September 2018 Gefängnisstrafen. Sie wurden später begnadigt. Wenn die Armee involviert ist, ist es ein noch größeres Risiko, sich zu äußern. Das gilt auch, wenn es um Aktionen buddhistisch-extremistischer Gruppen geht.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Lokale Gemeinschaften und Behörden überwachen regelmäßig kirchliche Aktivitäten und greifen ein und behindern sie, wenn sie sie als zu gewagt ansehen. In den Grenzgebieten werden Kirchen von der Regierung und der Armee besonders streng überwacht. Auch buddhistische Mönche, die mit Ma Ba Tha verbunden sind, überwachen christliche Aktivitäten. Für Christen buddhistischer Herkunft ist dieser Druck noch höher, da eine Entdeckung schwerwiegendere Folgen haben kann, nicht nur vonseiten des sozialen Umfelds, sondern auch von der eigenen Familie.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Genehmigungen für den Bau oder die Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist sehr schwierig und wird oft unmöglich gemacht. Obwohl es in verschiedenen Teilen Myanmars

Kirchengebäude gibt, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Es gibt bis zu acht verschiedene Genehmigungen, die eingeholt werden müssen, um eine Kirche legal bauen zu dürfen. Die Anträge müssen verschiedene vom Militär geführte Abteilungen durchlaufen und von Behörden auf Bezirks- oder Kommunalebene genehmigt werden, die häufig von ehemaligen Armeeeoffizieren geleitet werden. Die Folge ist, dass Genehmigungen für den Landbesitz von Kirchen fast nie erteilt werden. Anträge werden von den zuständigen Beamten nicht bearbeitet. Manchmal wird von den Christen Schmiergeld verlangt, um den Prozess zu beschleunigen, ohne Garantie, dass am Ende eine Genehmigung erteilt wird. In christlichen Mehrheitsgebieten wie Kachin, Chin und im Gebiet der Nagain der Sagaing-Region sind die notwendigen Dokumente noch schwieriger zu beschaffen und eine Nichterteilung wird als gutes Mittel zur Schwächung der christlichen Minderheiten angesehen, da es sie entmutigt, neue Kirchengebäude zu errichten. Folglich treffen sich im ganzen Land viele Christen entweder in Privathäusern oder in angemieteten Büros oder Geschäften. Dies passiert hauptsächlich in den Städten.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Kirchen brauchen eine Genehmigung der Dorfältesten, wann immer sie eine Aktion außerhalb ihres Gebäudes durchführen wollen. Da Christen dafür bekannt sind, das Evangelium weiterzugeben, selbst wenn ihnen dies verboten wurde, wird alles, was sie tun, mit Argwohn beobachtet. Meistens wird die Genehmigung mit der Begründung verweigert, dass solche Aktivitäten gegen das Konversionsgesetz verstoßen könnten. Zumindest in den Großstädten ist es jedoch kein Problem, eine Halle oder ein Hotel zu mieten, um Schulungen durchzuführen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Drei Christen wurden von ihren Familien getötet, weil diese ihren Glaubenswechsel nicht akzeptierten. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden. Im März und April 2020 fanden über der Kommune Paletwa Luftangriffe der Arakan-Army statt, bei denen Berichte zufolge 25 Menschen getötet wurden, darunter 23 Christen. Da es jedoch keine Klarheit darüber gibt, dass diese 23 Christen absichtlich wegen ihres Glaubens angegriffen wurden, wurden diese Toten bei der Analyse für den Weltverfolgungsindex 2021 nicht berücksichtigt.
- **Angriffe auf Christen:** Es gab Dutzende von Christen, die wegen ihres Glaubens angegriffen wurden, in vielen Fällen Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft. Diese Angriffe geschahen durch Familienmitglieder, aber auch durch ethnische aufständische Gruppen. Die Armee Myanmars kämpft ohne Rücksicht in einigen überwiegend christlichen Staaten.
- **Verhaftungen von Christen:** Immer wieder werden Christen von der Armee Myanmars oder von ethnischen aufständischen Gruppen wie der UWSA festgenommen. Im Februar 2020 wurden zwei Pastoren aus Kachin freigelassen, die angeklagt worden waren, einer nicht genehmigten Vereinigung anzugehören.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mehr als 50 Kirchen- und Schulgebäude bleiben in dem von der UWSA kontrollierten Gebiet im Shan-Staat geschlossen, darunter alle katholischen Kirchen und Schulen. Da diese aber bereits im Berichtszeitraum der Weltverfolgungsindex 2020 gewertet wurden, sind sie nicht in die Wertung des aktuellen Berichtszeitraums eingeflossen.

Es gibt jedoch Berichte über Angriffe auf neun weitere Kirchen im ganzen Land. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden.

- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Es gab mehrere Berichte über Angriffe, bei denen Häuser und Geschäfte zerstört wurden. Auch Solarmodule, Batterien und Fahrräder sind bei diesen Angriffen zerstört worden. Die Angreifer waren Dorfbewohner, die einen Mob bildeten und von einem buddhistischen Mönch angestiftet wurden. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums verlautet für das Jahr 2019 für Myanmar:

„Untersuchungen der ethnischen Säuberungen im nördlichen Rakhine-Staat, die im Laufe des Jahres veröffentlicht wurden, einschließlich der detaillierten Ergebnisse der UN-Untersuchungsmission, die am 16. September veröffentlicht wurden, bestätigten frühere Berichte über systematische Misshandlungen und eine Kampagne gegen Rohingya-Zivilisten, die außergerichtliche Tötungen, Vergewaltigungen und Folter beinhaltete. Die vom UN-Menschenrechtsrat 2017 eingerichtete UN-Untersuchungsmission, deren Mandat im September ausläuft, stellte in ihrem Bericht fest, dass ‚die Situation der Rohingya im Rakhine-Staat seit dem letzten Jahr weitgehend unverändert geblieben ist‘ und ‚die Gesetze, Programme und Praktiken, die die Grundlage für die Verfolgung der Rohingya durch die Regierung bildeten, beibehalten wurden‘. Der Bericht beschrieb Gräueltaten, die vom Militär in den Staaten Rakhine, Kachin, Chin und Shan sowie in anderen Gebieten begangen wurden, und stellte fest, dass weitere Untersuchungen den Befund erhärtet hätten, dass die Umstände und der Kontext der ‚Säuberungsaktionen‘ gegen die Rohingya, die am 25. August 2017 begannen, den Schluss auf eine Völkermord-Absicht zuließen, diese Angriffe im Voraus geplant waren und eine gut entwickelte und vom Staat unterstützte Politik widerspiegelten, die auf die Rohingya abzielte. Die Regierung verweigerte der Untersuchungsmission die Erlaubnis, das Land zu betreten und dementierte den Bericht öffentlich. Der Bericht stellte ebenso fest, dass die Militäraktionen in den Staaten Kachin (der überwiegend christlich ist) und Shan (der überwiegend buddhistisch ist) seit 2011 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfasst.“

Auf die Verfolgung der muslimischen Minderheit der Rohingya wurde in diesem Länderprofil bereits mehrfach eingegangen. Ihre Notlage wird nun vor internationalem Publikum im Gericht in Den Haag diskutiert. Dies wird weder den in Flüchtlingslagern in Bangladesch festsitzenden Flüchtlingen noch der in Myanmar, hauptsächlich im Rakhine-Staat, zurückgelassenen muslimischen Minderheit sofortige Erleichterung bringen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Länderprofils scheint es sehr unwahrscheinlich, dass sie freiwillig aus Bangladesch, wohin sie geflohen sind, um ihr Leben zu retten, nach Myanmar zurückkehren werden. Diese Politik passt zu dem zunehmenden religiös motivierten Nationalismus, der von der Armee und religiösen Leitern gefördert und von vielen Einwohnern unterstützt wird. Nicht-Rohingya-Muslime in anderen Teilen des Landes sind ebenfalls mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert. Abgesehen davon sind keine anderen religiösen Gruppen bekannt, die verfolgt werden.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Vietnam: Platz 19

Kurze Zusammenfassung

Christen aus traditionellen Kirchen, wie die Römisch-Katholische Kirche, haben ein gewisses Maß an Freiheit, es sei denn sie engagieren sich politisch, was zu Gefängnisstrafen führen kann. Wo katholische Kirchengemeinden große Grundstücke besitzen (z. B. in der Umgebung von Klöstern, Schulen oder Krankenhäusern), werden diese manchmal vom Staat für Bauzwecke beschlagnahmt. Sowohl nichttraditionelle Protestanten als auch Christen, die zuvor einer indigenen Religion angehörten, sind aufgrund ihres Glaubens vor allem in den abgelegenen Gebieten Zentral- und Nordvietnams intensivem Druck und Gewalt ausgesetzt. Die meisten gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes, wie den Hmong. Sie sind von sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Übergriffen betroffen. Ihre Wohnstätten werden manchmal zerstört, wodurch sie gezwungen sind, ihre Dörfer zu verlassen. In mehreren Fällen flohen Christen ins Ausland und beantragten Asyl, z. B. im benachbarten Kambodscha. Sie wurden aber aufgrund des Drucks der vietnamesischen Regierung zurückgeschickt.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	72	19
2020	72	21
2019	70	20
2018	69	18
2017	71	17

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Wert für Gewalt im Weltverfolgungsindex 2021 stieg um 1,2 Punkte. Der Wert für den Druck in den betroffenen Lebensbereichen blieb im Großen und Ganzen stabil; mit geringen Rückgängen im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben. Die Verordnungen zum Thema Religion, die seit dem 1. Januar 2018 in Kraft getreten sind, haben zu keinen wesentlichen Änderungen geführt, sondern nur einen weiteren Unsicherheitsfaktor hinzugefügt (obwohl sie auf dem Papier wie eine Verbesserung aussahen). Dies hat auch keinen Beitrag dazu geleistet, die Bürokratie zu vermindern oder Befürchtungen zu zerstreuen, dass der Erhalt von Regierungsgenehmigungen unter dem Druck erfolgt, sich der kommunistischen Ideologie anzupassen. Strengere Vorschriften für die Online-Kommunikation trugen dazu bei, den Freiraum der Christen noch weiter einzuschränken und zu begrenzen. Druck und Gewalt gegen Christen, die zu den ethnischen Minderheiten gehören, setzten sich unverändert fort und nahmen sogar zu – es gab viele Berichte über ihren Ausschluss von der Verteilung von Covid-19-Hilfen. Doch insgesamt war die Erfassung von Berichten aus den Regionen der ethnischen Minderheiten durch Covid-19-Beschränkungen zusätzlich erschwert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Kommunistische Partei bleibt dominant, obwohl sie vor größeren Herausforderungen steht

Kommunisten betrachten die Kirche als einen gefährlichen Faktor in der Gesellschaft, der problemlos in der Lage sei, Massen von Menschen zu mobilisieren. Die Modernisierer in den Führungskreisen möchten die Prinzipien von „Doi Moi“ (d. h. die Einführung einer zumindest teilweise privaten Wirtschaft, um Wachstum zu fördern) auf mehrere Bereiche des nationalen Lebens und der Politik übertragen sehen. Ein Beobachter bezeichnete die „M-L-H“-Ideologie (Marx-Lenin-Ho Chi Minh) sogar als religiöses Dogma. Niemand wagt es, offen an der Dominanz der Kommunistischen Partei zu zweifeln, aber einige wünschen sich eine weitere Öffnung des Landes – ein Wunsch, der unerfüllt bleiben wird, soweit es die kommunistische Führung betrifft. Eine weitere Herausforderung, vor der die Kommunistische Partei stehen könnte, ist – etwas kontraintuitiv – ihr erfolgreicher Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Die Bürger könnten anfangen, sich zu fragen, warum die in dieser Richtlinie erzwungene und angewandte Transparenz nicht auch auf andere Bereiche übertragen werden kann.

Neben den Konservativen und Modernisierern gibt es eine dritte Gruppe, die den Status quo einfach akzeptiert und darauf abzielt, möglichst viel Nutzen aus der wirtschaftlichen Entwicklung für ihre eigenen Zwecke zu ziehen. Christen oder andere Minderheiten, die sich ihnen in den Weg stellen, werden willkürlich behandelt oder sogar offen verfolgt.

Vietnam wird weiterhin in seinen territorialen und wirtschaftlichen Ansprüchen im Südchinesischen Meer (auf Vietnamesisch: Östliches Meer) durch das immer selbstbewusstere Nachbarland China herausgefordert. Dies zeigt sich in der Versenkung eines weiteren vietnamesischen Fischerbootes im April 2020 und belästigender Ölbohrungen in Vietnams ausschließlicher Wirtschaftszone. Da Vietnam im Jahr 2020 den rotierenden ASEAN-Vorsitz (Der Vereinigung Südostasiatischer Nationen) innehatte, konnte das Land, eine scharf formulierte Stellungnahme zum Südchinesischen Meer abgeben. ASEAN bekräftigte zum ersten Mal, dass die UN-Seerechtskonvention der Rahmen ist, in dem Lösungen gefunden werden müssen. Wenn China weiter Druck macht, könnte dies dazu führen, dass Vietnam eine Art Bündnis mit den USA eingeht, die im Juli 2020 ihr Handeln in Bezug auf das Südchinesische Meer verstärkten, indem sie Chinas Ansprüche öffentlich zurückwiesen.

Während das oben Gesagte auf einen härteren militärischen Ansatz hinweisen mag, erstreckt sich der Konflikt auch auf den kulturellen Bereich: Im Oktober 2019 beschlossen Vietnam und Malaysia, den von DreamWorks koproduzierten Animationsfilm „Abominable“ wegen einer Anspielung auf Chinas territoriale Ansprüche zu verbieten. Ein weiteres Zeichen der Annäherung zwischen den USA und Vietnam ist die Unterzeichnung des so genannten „Fischereiabkommens gegen Bedrohungen im Ostmeer“ am 22. Juli 2020.

2) Handelsabkommen ignorieren weiterhin die Menschenrechte

Die wirtschaftliche Doi-Moi-Politik hat nicht auf den sozialen und politischen Bereich der Gesellschaft übergegriffen, und es ist auch nicht zu erwarten, dass dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Im Gegenteil, die Behörden verlassen sich zunehmend auf kommunistische Rhetorik und Ideologie und gehen entschlossen gegen Dissidenten und alle Bewegungen vor, die als Bedrohung ihrer Herrschaft wahrgenommen werden. Träume von einer offenen Zivilgesellschaft in Vietnam mit öffentlichen Debatten über politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Fragen (wie sie in demokratischen Gesellschaften üblich sind) liegen noch in weiter Ferne.

Obwohl es stimmt, dass Vietnam ein modernes und aufstrebendes Land ist, vor allem in den belebten Städten, verpassten die internationalen Medien die Gelegenheit, über die etwas dunkleren Seiten des Lebens in Vietnam zu berichten, als der US-Nordkorea-Gipfel im März 2019 in Vietnam stattfand. Als die Europäische Union (EU) dann im Mai 2019 trotz aller menschenrechtlichen Bedenken ein Freihandelsabkommen mit Vietnam unterzeichnete, zeigte dies der kommunistischen Führung, dass westliche wirtschaftliche Interessen alle anderen Fragen in den Schatten stellen.

Das Abkommen wird nach der Ratifizierung durch die vietnamesische Nationalversammlung im Juni 2020 in Kraft treten, und die Zeit wird zeigen, ob und wie die darin verankerten Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte die Situation – z. B. die explizit erwähnte Religionsfreiheit – verbessern werden. Es bleibt abzuwarten, ob das Auftreten von Covid-19 und die damit verbundene wirtschaftliche Störung diese Einschätzung langfristig verändern werden. Wie groß die Herausforderung ist, hat der vietnamesische Premierminister in seiner Eröffnungsrede zum ASEAN-Gipfel im Juni 2020 treffend verdeutlicht: „Es hat die Erfolge der letzten Jahre zunichte gemacht ... und bedroht das Leben von Millionen von Menschen.“

Der Nationalkongress der Kommunistischen Partei wird im Januar 2021 stattfinden. Wenn die Partei beschließt, die Positionen des Präsidenten und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei in einer Hand zu halten, könnte dies als Annäherung Vietnams an das demokratische System anderer Länder interpretiert werden. Allerdings sollte man in solche Entscheidungen nicht zu viel hineinlesen.

Wie auch immer sich Vietnam entwickelt, solange die Kommunistische Partei das Land regiert, werden Christen mit Argwohn betrachtet und mit ausländischen Kräften in Verbindung gebracht werden. Unbeständige Zeiten sind für ethnische und religiöse Minderheiten im Allgemeinen schwieriger, und da diese stärker von Armut betroffen sind, werden sie weiterhin Diskriminierung und Ausgrenzung durch die Regierung und zuweilen noch viel schlimmer durch ortsansässige Machthaber und das soziale Umfeld erfahren, insbesondere während der Covid-19-Pandemie und in deren Nachwirkungen.

3. Religiöse Situation im Land

In der neuen offiziellen Volkszählung der Regierung von 2019 wird bezüglich Religion Folgendes angegeben: „Mit Stand vom 1. April 2019 gibt es 16 Religionen, die in Vietnam praktiziert werden. Insgesamt bezeichneten sich 13,2 Millionen Menschen als religiös, das sind 13,7 % der Gesamtbevölkerung. Der katholische Glaube war mit 5,9 Millionen Menschen die am häufigsten praktizierte Religion, was 44,6 % der Gesamtzahl der Religionsanhänger und 6,1 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht. Die zweithäufigste Religion war der Buddhismus mit 4,6 Millionen Menschen, das sind 35,0 % der Religionsanhänger und 4,8 % der Bevölkerung des Landes. Die übrigen Religionen hatten alle einen relativ geringen Anteil an Anhängern.“

Aber welche Zahlen auch immer von der Regierung veröffentlicht werden, es gibt eine starke Voreingenommenheit gegenüber Christen, und es ist wahrscheinlich, dass viele Menschen ohnehin vorsichtig sind, ihre wahre Religionszugehörigkeit preiszugeben. Dies gilt insbesondere für Protestanten, da viele von ihnen zu den ethnischen Minderheiten gehören (die bei der Volkszählung 2009 ohnehin nur teilweise erfasst wurden).

Während die „World Christian Database“ (WCD) 2020 schätzt, dass die Hälfte der Bevölkerung dem Buddhismus und nur 10,2 % ethnischen Religionen folgt, kommt das Pew Forum in seinem Bericht „Global Religious Landscape 2010“ („Globale religiöse Vielfalt“) zu folgenden Schätzungen: 45,3 %

Volksreligion, 16,4 % Buddhisten und 8,2 % Christen. Unabhängig davon, welche Zahlen die Realität am besten widerspiegeln, überschneiden sich Buddhismus und ethnische Religionen, und letztere haben einen stärkeren Einfluss, als es die Zahlen vermuten lassen. Christen können damit rechnen, geduldet zu werden, solange sie die bestehende Ordnung nicht in Frage stellen. Da viele der protestantischen Christen jedoch ethnischen Minderheiten angehören, die historisch gesehen auf der amerikanischen Seite im Vietnamkrieg gekämpft haben, werden sie gern als Unruhestifter angesehen.

In geringerem Maße gilt dies auch für die weitaus größere Gruppe der katholischen Christen, da sie einen kolonialen Hintergrund haben und als mit einer fremden Macht, dem Vatikan, verbunden angesehen werden. So sind Christen immer auf dem Radar der örtlichen und staatlichen Behörden. Fast 81% aller Christen sind laut WCD 2020 katholisch.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung in Verbindung mit diktatorischer Paranoia

Vietnam – oder wie der offizielle Name lautet: die „Sozialistische Republik Vietnam“ – ist eines der fünf verbliebenen Länder der Welt, das noch von einer kommunistischen Partei regiert wird. Der vietnamesische Kommunismus ist mehr als nur ein Schein, wie ein Beobachter des Landes anmerkte, als er feststellte, dass die marxistisch-leninistische Ho-Chi-Minh-Ideologie „quasi-religiös“ befolgt werde. Die Regierung überwacht christliche Aktivitäten und übt einen hohen Druck auf alle Christen aus. Die Katholische Kirche ist die mit Abstand größte christliche Gemeinschaft im Land. Aber die staatlichen Behörden bleiben grundsätzlich misstrauisch, da Katholiken mit einer fremden Macht, dem Vatikan, verbunden sind und zudem oft als ein Überbleibsel aus der französischen Kolonialzeit gesehen werden. Klischees wie „Katholiken sind Franzosen und Protestanten sind Amerikaner“ herrschen immer noch vor, besonders in ländlichen Gegenden. Die Enteignung von kircheneigenem Land und die Tatsache, dass vor allem Katholiken aktiv auf soziale Ungerechtigkeiten hinweisen, unterstreichen das gespaltene Verhältnis der kommunistischen Führung zur Katholischen Kirche. Die Regierung ist besonders misstrauisch gegenüber den ethnischen Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben und unter dem Namen „Montagnards“ bekannt sind. Viele von ihnen sind protestantische Christen und Berichten zufolge wächst ihre Anzahl weiter. Anzumerken ist, dass sich alle nichtkatholischen Christen in Vietnam als „evangelikal“ bezeichnen, von denen viele zu den Pfingstkirchen oder charismatischen Gemeinden gehören.

Es wird geschätzt, dass zwei Drittel aller protestantischen Christen Angehörige ethnischer Minderheiten sind, einschließlich der Minderheiten im nordwestlichen Hochland (Hmong, Dzao, Thai und andere) und im zentralen Hochland (unter anderem Ede, Jarai, Sedang und Mnong). In einer Rede vom Februar 2012, in der er die religionspolitischen Ziele der Regierung zusammenfasste, forderte der zu der Zeit stellvertretende Premierminister Nguyen Xuan Phuc eine stärkere Überwachung in Bezug auf Land- und Eigentumsrechte und drängte auf ein fortgesetztes „Managen“ des Protestantismus durch die Regierung, um dessen ungewöhnliches Wachstum einzudämmen. Insgesamt betonte er die Notwendigkeit, die Bildung religiöser „Brennpunkte“ zu vermeiden und „feindlichen Kräften“ entgegenzuwirken, die die Religion benutzten, um „unsere Nation zu zerstören“. Diese Worte bestimmen seither die Politik, und Gegenmaßnahmen können die Anwendung von Gewalt einschließen, entweder direkt durch polizeiliche Razzien oder indirekt durch die (stille) Billigung von Gewalt gegen religiöse Gemeinschaften und Versammlungsorte (einschließlich des Einsatzes von gewalttätigen kriminellen Gruppen).

Obwohl das neue Religionsgesetz, das am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist, auf dem Papier einige Verbesserungen mit sich brachte, hat seine Umsetzung vor Ort bisher keine Erleichterung erzielt. Da das vorrangige Ziel der kommunistischen Behörden darin besteht, alle Gruppen und Organisationen in Schach zu halten, um die eigene Macht zu sichern, sind keine wirklichen Veränderungen zu erwarten. Das Unterhalten von christlichen Kirchen und deren Registrierung wird mindestens so umständlich sein wie bisher. Auch wird das Reden über den eigenen Glauben weiterhin gefährlich sein, besonders für die Christen aus den ethnischen Minderheiten, die weiterhin unter strenger Beobachtung der Behörden stehen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Wenn neue christliche Gläubige mit Stammeshintergrund dort, wo ethnische Religionen noch stark vertreten sind, von anderen Dorfbewohnern oder Dorfleitern entdeckt werden, werden sie von Familie und Freunden gezwungen, weiterhin den uralten Normen und Werten ihrer Gemeinschaft zu folgen. Um die Kultur des Stammes zu erhalten, schließen Stammesführer Christen oft aus der Gemeinschaft aus, da sie sie als Verräter ihrer Kultur und Identität ansehen. Die Gemeinschaft selbst reagiert ebenfalls oft gewalttätig auf diese Christen und schließt sie aus den Dörfern aus. Örtliche Behörden kooperieren oft mit Stammesführern zum Nachteil der Christen anderer religiöser Herkunft.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Es gab und gibt immer wieder Vorfälle von Landraub, die sich besonders gegen die Katholische Kirche richten. Dazu kommt es vor allem in den Städten. Wie ein Länderexperte es formuliert hat: „Korrumpierte Beamte sind immer auf der Suche nach Land und anderem Eigentum, das sie konfiszieren und an private Bauherren verkaufen können. Kirchengrundstücke – typischerweise katholisch – sowie örtliche Grundstücke von Christen, die einer ethnischen Minderheit angehören, waren häufig Ziel dieser Korruption.“ Die Räumung wurde oft mit Hilfe von kriminellen Gruppen und „Rote-Flagge-Truppen“ durchgeführt.

5. Verfolger

Ausgehend von kommunistischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Die Regierung verletzt die Rechte der christlichen Minderheit auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene. Dies geschieht oft dadurch, dass die Kommunistische Partei ihre Ideologie strikt umsetzt und diejenigen fördert, die den Kommunismus hochhalten. Die Regierung vollzieht die Kontrolle der Religion, indem sie von allen religiösen Einrichtungen verlangt, sich der Aufsicht des Regierungsausschusses für religiöse Angelegenheiten zu unterstellen. Gesetze werden verabschiedet und dann an der Basis umgesetzt, wobei es oft zu falschen Auslegungen und noch strengerer Umsetzung kommt. Falls Gewaltanwendung nötig ist, zieht es die Regierung vor, lokale Schläger anzuheuern, die nicht in direkter Verbindung mit ihr stehen, aber lokal als „Rote-Flagge-Gruppen“ bekannt sind, oft um Enteignungen und Beschlagnahmungen vorzubereiten und durchzuführen.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Gelegentlich können Anführer ethnischer Gruppen, gewöhnliche Bürger und sogar die eigene Familie zu zusätzlichen Verfolgern werden. Dies ist jedoch in der Regel mit Unterdrückung durch den Clan/Stamm verbunden, nicht mit kommunistischer Unterdrückung. Aber die kommunistischen Obrigkeiten können die Anführer der ethnischen Gruppen mit einbeziehen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Da die Tradition der Ahnenverehrung in Vietnam sehr stark ist und der Beginn der Nachfolge von Jesus Christus die Beendigung dieser Verehrungspraxis bedeutet, wird dies in ländlichen Gegenden von den meisten Familien als Verstoß gegen die moralische Norm angesehen. Nichtchristliche Verwandte von Christen treiben die Verfolgung voran, indem sie die Familienbeziehungen abbrechen und das Erbe verweigern; in einigen Fällen bedeutet dies, einen christlichen Ehepartner zur Scheidung zu zwingen und ihm das Sorgerecht für die Kinder vorzuenthalten. All dies wird in der Regel zuerst angedroht, um Christen anderer religiöser Herkunft zurück in die Familie zu bringen, aber wenn dies fehlschlägt, kann er oder sie aus der Familie und dem Dorf vertrieben werden. Dorfbewohner verfolgen Christen – auch im Einvernehmen mit den lokalen Behörden – indem sie sie verprügeln, aus ihrem Dorf vertreiben oder die christliche Gemeinde stören, indem sie Steine auf ihre Versammlungsorte werfen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Da sie die Kultur ihres Stammes schützen, sehen die Anführer der ethnischen Gruppen Christen als Verräter ihrer Stammesidentität an. In der Regel schneiden sie sie von der Versorgung mit Gütern ab oder vertreiben sie ganz aus ihren Dörfern, zerstören ihre Felder usw., um diese Christen zu ihrem alten Glauben zurückzubewegen.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Korruption ist in Vietnam weit verbreitet, und obwohl die Regierung mit Programmen und hartem Durchgreifen gegen korrupte Beamte vorgeht, ist sie immer noch allgegenwärtig. Eine Form, wie die christliche Minderheit davon betroffen ist, sind Regierungsbeamte, die kircheneigene Grundstücke oder kommunales Land von Christen der ethnischen Minderheit verkaufen, um daraus Profit zu schlagen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Normalerweise agieren gewöhnliche Bürger nicht als Verfolger, außer wenn sie mit der Kommunistischen Partei in Verbindung stehen oder gemeinsam mit der Familie gegen Christen anderer religiöser Herkunft vorgehen. Eine wichtige Ausnahme wird von einem Experten für das Land wie folgt beschrieben: „Ein prominentes Beispiel aus jüngster Zeit sind die ‚Rote-Flagge-Vereinigungen‘, ein offen regierungsnahes Netzwerk von Bürgerwehren. Sie griffen katholische Priester und einfache geistliche Leiter in Zentralvietnam an, die gegen die Beschlagnahmung von Kircheneigentum oder die Zerstörung der Existenzgrundlagen von Gemeindemitgliedern als Folge der Umweltkatastrophe vom Stahlwerk „Formosa Ha Tinh Steel“ protestiert hatten.“

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Druck und Gewalt, die sich gegen Christen unter den ethnischen Minderheiten richten, sind besonders stark im zentralen und nordwestlichen Hochland in den folgenden Provinzen: Bac Giang, Bac Ninh, Bin Phuoc, Dak Lak, Dak Nong, Dien Bien, Gia Lai, Ha Giang, Ha Nam, Hoa Binh, Kon Tum, Lai Chau, Lam Dong, Lao Cai, Nghe An, Ninh Thuan, Phu Yen, Quang Binh, Quang Ngai, Son La, Thanh Hoa, Tra Vinh und Yen Bai.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sie sich in den ländlichen Gebieten, die den größten Teil Vietnams ausmachen, nicht mit den einheimischen Gemeinden zusammenschließen können, sind die ausländischen Christen unfreiwillig isoliert. Zu dieser Kategorie gehören ausländische Arbeiter aus Taiwan, Korea und den Philippinen. Sie erleben Druck in Form von Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind insbesondere die Römisch-Katholische Kirche und die Evangelische Kirche Vietnams. Während erstere im Jahr 2016 eine katholische Universität eröffnen konnte, haben Probleme mit Landraub durch die Behörden zugenommen, und die Verhaftung von katholischen Aktivisten zeigt, dass die traditionellen christlichen Kirchengemeinden weiterhin mit großen Problemen zu kämpfen haben.

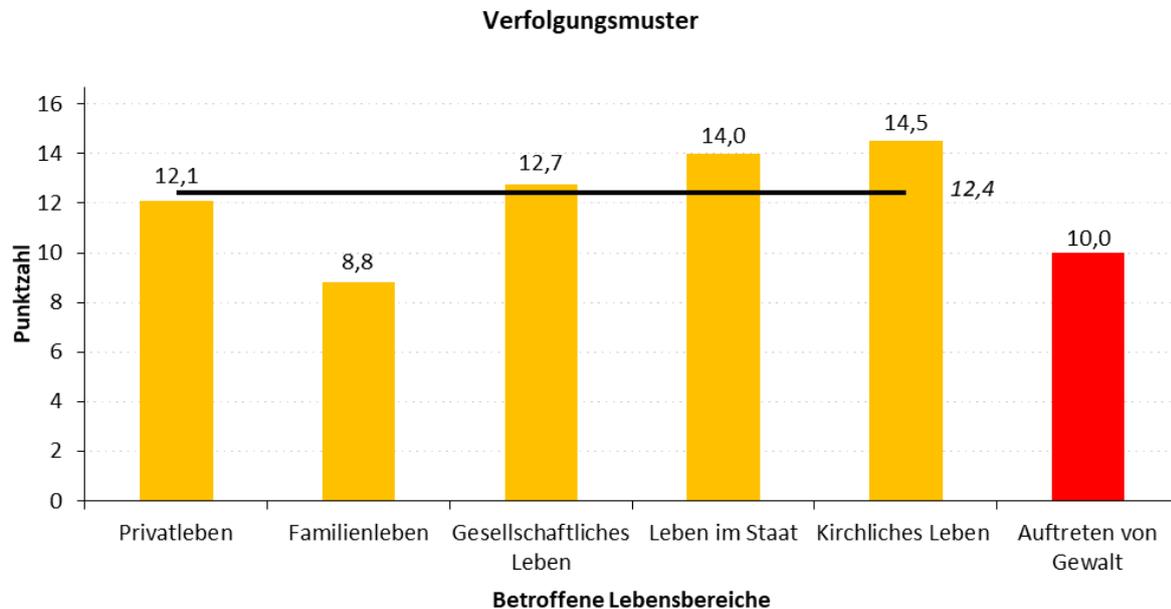
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen anderer religiöser Herkunft, die entweder einen buddhistischen oder einen ethnisch-animistischen Hintergrund haben, erleben die stärkste Verfolgung, nicht nur durch die Behörden, sondern auch von ihren Familien, Freunden und Nachbarn. Da die meisten von ihnen ethnischen Minderheiten angehören, sind die kommunistischen Behörden ihnen gegenüber besonders misstrauisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie besteht größtenteils aus evangelikalen Gemeinden und Pfingstgemeinden. Baptisten, Mennoniten, Churches of Christ und viele andere treffen sich in Hauskirchen. Sie werden streng überwacht und sind auf verschiedenen Ebenen der Regierung und der Gesellschaft mit Diskriminierung konfrontiert.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen in Vietnam blieb in fast allen Lebensbereichen sehr hoch, was dazu führte, dass der durchschnittliche Druck auf dem gleichen Niveau von 12,4 Punkten blieb.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich des kirchlichen Lebens (extremes Niveau), gefolgt vom Leben im Staat und dem gesellschaftlichen Leben. Der Druck auf Christen anderer religiöser Herkunft ist im Privat- und Familienleben besonders ausgeprägt, aber alle Christen stehen im Bereich Leben im Staat und kirchliches Leben unter starkem Druck. Dieser Druck wird durch die zunehmende kommunistische Rhetorik, die anhaltende Enteignung von Land der Katholischen Kirche, das neue Religionsgesetz mit seinen aufwändigen Anforderungen und Umsetzungen und ein anhaltendes Misstrauen gegenüber Christen anderer religiöser Herkunft sowie gegenüber allen ethnischen und religiösen Minderheiten angeheizt.
- Das Auftreten von Gewalt gegen Christen stieg nur geringfügig von 9,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 10 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Es wurde von zwei Morden berichtet und mehrere Kirchen wurden angegriffen. Die Regierung verhaftete auch weiterhin bekannte christliche Regimekritiker. Aufgrund der Coronakrise war es schwieriger als sonst, Informationen aus allen Teilen des Landes zu erhalten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In ländlichen Gegenden ist es gefährlich, über den Glauben zu sprechen, weil dies als Aufwiegelung der Dorfgemeinschaft angesehen werden kann. So kann das Reden über den Glauben zu Inhaftierung oder Gewalt führen. In der Stadt gibt es etwas mehr Freiheit, aber es kann immer noch vorkommen, dass man von der Polizei vorgeladen und verhört wird. Ein Länderexperte erklärt: „Wenn eine Person zu einer christlichen Gemeinschaft gehört, die die Regierung als verdächtig einstuft – zum Beispiel ein Montagnard, der Mitglied einer nichtregistrierten evangelikalen Kirche ist, die die Regierung als ‚Degaprottestantisch‘ und damit als ‚separatistisch‘ oder ‚terroristisch‘ einstuft – sollte er oder sie besser nicht zu viel darüber reden. Denn die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass einige seiner oder ihrer Nachbarn oder erweiterten Familienmitglieder mit der Regierung sympathisieren und/oder es zu ihrem Vorteil nutzen könnten, diese Information den Behörden zu melden.“

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Zwar ist der Wechsel zum christlichen Glauben nicht per Gesetz verboten, aber er wird scharf bekämpft. Der christliche Glaube wird von Familienmitgliedern, die dem Ahnenkult folgen, als Bedrohung empfunden, da sie befürchten, dass sich im Jenseits niemand um sie kümmern würde. In einigen Fällen wurden neue Christen von ihren Familienangehörigen vertrieben und ihre christlichen Verwandten wurden geächtet. Auch in streng kommunistischen Familien wird der christliche Glaube als Bedrohung gesehen. Diese Maßnahmen werden oft von den lokalen Behörden unterstützt.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

In Stammesgemeinschaften möchten einige Nachbarn keine „fremdartigen“ Symbole in ihrem Dorf haben, da dies die Geister, die über ihre Gemeinschaft wachen, beleidigen könnte. Die Dorfvorsteher werden daher tätig, um jeglichen „Schaden“ für die Gemeinschaft zu verhindern. Ausländische Christen (die z. B. als Lehrer oder Sozialarbeiter einer Nichtregierungsorganisation arbeiten) verzichten in ländlichen Gebieten ebenfalls auf das Aufstellen christlicher Symbole, da dies auch die Menschen aus ihrer Umgebung beleidigen könnte.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

In Fällen, in denen nicht die ganze Familie anfängt, Jesus Christus nachzufolgen, können Familienmitglieder die Bekehrung strikt ablehnen. Dies hängt in der Regel mit der Weigerung zusammen, an den Ritualen der Ahnenverehrung teilzunehmen, denn dies wird als Abkehr von der Familienfrömmigkeit angesehen und gilt als schweres Vergehen. Daher werden diese Christen sehr zurückhaltend sein, mit ihren Familien über ihren neu gewonnenen Glauben zu sprechen, besonders wenn sie sich in einer schutzlosen Position befinden (z. B. junge Teenager oder Frauen).

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Christlichen Kindern wird in der Schule der Kommunismus beigebracht und schon im Kindergarten wird ihnen beigebracht, wie man Onkel Ho ein Loblied singt. In einigen Regionen des südlichen Teils

Vietnam wird den Kindern der Buddhismus beigebracht. Anderswo werden christliche Familien in Dörfern oft unter Druck gesetzt, sich der Ahnenkult anzuschließen. Im zentralen Hochland wurden erwachsene Pastorenkinder unter Druck gesetzt, ihre Eltern dazu zu bringen, mit dem Predigen und Lehren aufzuhören. Ihnen wurde mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht, wenn sie ihre Eltern nicht davon überzeugen könnten, ihren Dienst zu unterlassen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Christliche Kinder werden manchmal wegen ihres Glaubens oder dem ihrer Eltern am Schulbesuch gehindert. Ein Länderexperte erklärt: „Kinder, deren Familien keine ‚Haushaltsregistrierung‘ haben, dürfen nicht zur Schule gehen, obwohl sie in der Praxis eigentlich bis zur sechsten Klasse gehen dürfen. Zu den Familien, die keine Haushaltsregistrierung haben, gehören Tausende von protestantischen Hmong- und Montagnard-Christen, denen diese Dokumente verweigert wurden. Sie weigern sich, ihrem Glauben abzuschwören und/oder wollen der offiziellen regierungsnahen protestantischen Konfession nicht beitreten.“ Doch selbst wenn es ihnen erlaubt ist, bis zur sechsten Klasse die Schule zu besuchen, werden sie von den Lehrern strenger behandelt, und sie sind ein leichtes Ziel für Mobbing durch Gleichaltrige. In einem Fall im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021, setzte die Bevölkerung in der nördlichen Zentralregion eine Familie von Christen anderer Glaubensherkunft unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Als sie sich weigerten, wurden ihre beiden Kinder von der Schule verwiesen, und der Vertrag der Mutter, die als Schulköchin arbeitete, wurde gekündigt.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Es wird erwartet, dass Bestattungen nach traditionellen Riten durchgeführt werden, was besonders für Christen aus den ethnischen Minderheiten ein Problem darstellt. Die Ahnenverehrung hat einen hohen Stellenwert, vor allem in ländlichen Gegenden, und es besteht eine große Angst, die Geister zu verärgern. Bestattungen können auch in Ehen zwischen Buddhisten und Christen zu einem Problem werden.

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Dies ist eine der häufigeren Folgen, mit denen Christen konfrontiert werden, wenn sie ihren angestammten Glauben verlassen. Der Glaubenswechsel bedeutet nicht nur, einen traditionellen Glauben aufzugeben, sondern unterstellt auch, dass sich der Christ nicht um seine Familie und Vorfahren in der „anderen Welt“ schert. Darüber hinaus kann verheirateten Christen anderer religiöser Herkunft mit Scheidung gedroht werden. Es ist üblich, dass Familienmitglieder, die anfangen, Jesus Christus nachzufolgen, von ihrer Verwandtschaft verleugnet und vertrieben werden und sie deren Unterstützung verlieren.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die örtliche Bevölkerung hilft häufig bei der Überwachung christlicher Aktivitäten, und die Behörden fördern den Einsatz von Nachbarschaftswachen. Örtliche Behörden bestärken die Bevölkerung, christliche Gruppen einzuschränken, da diese als fremd und potenziell gefährlich angesehen werden.

Lokale Polizeibeamte schließen sich der Überwachung an, und es gibt auch private Gruppen wie die „Rote-Flagge-Vereinigungen“, die Christen beobachten und, wenn die Behörden es für nötig halten, gegen sie aktiv werden. Online-Aktivitäten werden ebenfalls stark überwacht, ebenso wie die Telefonleitungen einiger Kirchenleiter.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Der Arbeitsplatz ist einer der Orte, an dem Christen am häufigsten diskriminiert werden. Dies ist nicht auf öffentliche Arbeitgeber beschränkt, sondern gilt auch für private Arbeitgeber. Christen, die sich um eine Stelle bewerben, und solche, die befördert werden sollen, werden oft ausgegrenzt und eingeschränkt. Christen können zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden, aber wenn der potenzielle Arbeitgeber von ihrem religiösen Hintergrund erfährt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie nicht eingestellt werden. Im öffentlichen Dienst, zu dem auch die Armee und die Polizei gehören, können Christen einfache Dienstnehmer werden, kommen aber nicht als Offiziere oder für eine Beförderung in Frage.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Es kommt sehr häufig vor, dass Pastoren und Gemeindeleiter von der Polizei vorgeladen und verhört werden. Da Christen eine der Gruppen sind, die Anlass zur Beunruhigung geben, versucht die Polizei oft, Christen zu überreden oder ihnen Anreize zu bieten, mit ihr zu kooperieren und über ihre Aktivitäten zu berichten. Diese Treffen werden manchmal als „Arbeitssitzungen“ bezeichnet. In Nordvietnam ist die Polizei dafür bekannt, Christen mit der Streichung ihrer Gesundheitsleistungen zu drohen, wenn sie sich weiterhin als Gemeinde treffen. In den Dörfern werden Christen normalerweise von den Dorfältesten aufgefordert, über ihre Aktivitäten zu berichten. Sie werden auch von den Anwohnern des Ortes befragt. Wenn diese etwas Verdächtiges bemerken, melden sie es der Polizei oder der Dorfleitung.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

In den Schulen wird von den Schülern verlangt, dass sie vor einem Foto von Ho Chi Minh Ehrerbietung zeigen. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Schulleiter Christen anderer religiöser Herkunft mit einem Schulverweis drohten. Häufig wird christlichen Schülern gesagt, sie sollten eine weitere Ausbildung vergessen, mit dem Argument, dass sie als Christen nach ihrem Abschluss wahrscheinlich von niemandem eingestellt würden. Ein Experte des Landes fügt hinzu: „Es ist auch bekannt (wenn auch schwer zu beweisen), dass der Zugang zu ausländischen Stipendien auf Universitätsebene jedem verwehrt wird, der als illoyal gegenüber der Regierung wahrgenommen wird. Diese Stipendien werden oft von ausländischen Regierungen, auch von denen liberaler Demokratien, finanziert. Sie werden aber, wie so ziemlich alles in Vietnam, in enger Zusammenarbeit mit den vietnamesischen Behörden verwaltet. Dies schließt ausdrücklich sowohl Mitglieder nichtregistrierter Kirchen als auch Mitglieder registrierter Kirchen ein, deren religiöse Überzeugungen sie veranlasst hatten, Regierungsprogramme oder -politik zu kritisieren.“

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Vietnam folgt zwar streng seiner kommunistischen Ideologie und verehrt den Staatsgründer Ho Chi Minh, oder „Onkel Ho“, wie er liebevoll genannt wird, aber das ist nicht vergleichbar mit der Huldigung, die den Führern in Nordkorea entgegengebracht werden muss. Alle anderen Überzeugungen außerhalb der kommunistischen Ideologie werden bekämpft. Religion wird durch Gesetze unterdrückt, die unter dem Titel „Dekret 92“ bekannt sind. Am 1. Januar 2018 trat das neue umfassende „Gesetz über Religion und Weltanschauung“ in Kraft.

In der Bewertung der Anwendung des neuen Gesetzes heißt es auf Seite 14 im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) von 2019: „Registrierte und nichtregistrierte religiöse Gruppen gaben weiterhin an, dass die Regierungsbehörden manchmal nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeitspanne, wenn überhaupt, auf Registrierungs- oder Genehmigungsanträge für religiöse Aktivitäten reagierten und oft keine Gründe für Ablehnungen angaben, wie es das Gesetz verlangt. Einige örtliche Behörden haben Berichten zufolge Dokumente oder Informationen angefordert, die über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehen. Mehrere religiöse Leiter sagten, dass Behörden manchmal Bestechungsgelder verlangten, um Genehmigungen zu erleichtern. Die Behörden führten die Verzögerungen und Ablehnungen darauf zurück, dass die Antragsteller die Formulare nicht korrekt ausgefüllt oder keine vollständigen Angaben gemacht hatten. Religiöse Gruppen sagten, dass der Prozess der Registrierung von Gruppen oder die Benachrichtigung der Behörden über Aktivitäten an neuen oder abgelegenen Orten besonders schwierig war.“

Obwohl es einige Abschnitte gibt, in denen das neue Gesetz als eine Verbesserung für Christen angesehen werden könnte, zeigt die praktische Umsetzung bisher keine Erleichterung für die Kirchen. Insbesondere die Registrierungsvorschriften bereiten den Kirchen weiterhin große bürokratische Schwierigkeiten. Ein Experte für das Land fasst das neue Gesetz wie folgt zusammen: „Das neue Religionsgesetz gibt zwar vor, es gebe Religionsfreiheit, liefert dann aber eine breite Palette von Gründen, aus denen sie eingeschränkt werden kann, darunter zum Beispiel „nationale Einheit“ und „Solidarität“. Im Wesentlichen bestimmen die Verfassung und das Religionsgesetz, dass es Religionsfreiheit nur in dem Maße gibt, wie die Behörden es gerade für richtig halten.“

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Christen werden weithin als unpatriotische Bürger angesehen, die gegen die Regierung und ihre kommunistischen Ziele und Ideologie arbeiten. Deshalb müssen sie kontrolliert und diskriminiert werden. Mitglieder der Kommunistischen Partei dürfen sich zu keiner Religion bekennen. Wie der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) 2019 auf Seite 18 feststellt: „Nach Angaben von religiösen Leitern verschiedener Glaubensrichtungen erlaubte die Regierung den Angehörigen des Militärs zu keiner Zeit, während des aktiven Dienstes religiöse Handlungen zu vollziehen; die Militärangehörigen waren verpflichtet, dafür privaten Urlaub zu nehmen. Es gab keine klaren Vorschriften für religiöse Ausdrucksformen im Militär, so dass die Kommandanten der einzelnen Einheiten einen großen Ermessensspielraum haben. Während religiöse Gläubige in der Armee dienen durften (auch während der befristeten Wehrpflicht), war es Offizieren nicht erlaubt, religiös zu sein. Religiöse Glaubensanhänger wurden bei der Rekrutierung von ständigem Militärpersonal weiterhin üblicherweise ausgeschlossen.“

Einer der sichtbarsten Bereiche, in denen sich Diskriminierung bemerkbar macht, ist die Verweigerung der Haushaltsregistrierung für Christen, die einer ethnischen Minderheit angehören (bereits oben erläutert). Es gab Fälle, in denen die Behörden ihnen sagten, dass sie selbst für die einfachsten Anträge (wie z. B. für die Ausstellung eines Ausweises) ihrer „amerikanischen Religion“ abschwören müssten.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Die Medienberichterstattung über Christen ist voreingenommen und Verleumdungen gegen sie sind häufig. So werden Christen zum Beispiel als Instrument zur Wiederherstellung der kolonialen Ideologie hingestellt, entweder die französisch-katholische Variante oder der US-Protestantismus. Christliche Aktivisten sind auch Opfer von Verleumdungskampagnen in den lokalen Medien geworden (in Bezug auf Menschenrechts- oder Umweltfragen) und werden ebenfalls störender und regierungsfeindlicher Aktivitäten beschuldigt. In einem Dokumentarfilm, der im August 2020 ausgestrahlt wurde, wurde ein Benediktinermönch diffamiert, indem er als Landräuber dargestellt wurde. Im Jahr 2020 wurde auf der Website des Verteidigungsministeriums ein Video veröffentlicht, das einen jungen Montagnard-Christen – ein vom UNHCR (UN-Flüchtlingskommissariat) anerkannter Flüchtling außerhalb des Landes – diskreditieren sollte, der auf die fehlende Religionsfreiheit in Vietnam aufmerksam gemacht hatte. Websites, die von den regierungsnahen „Rote-Flagge-Vereinigungen“ betrieben werden, griffen auch zwei katholische Priester heftig an. Sie führten Proteste an, die den Umgang der Regierung mit der durch die Formosa Stahlwerke verursachten Umweltkatastrophe kritisierten.

Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?

Täter, die gegen Christen gewalttätig sind, werden fast nie vor Gericht gestellt. Örtliche Behörden heuern oft Schläger für Gewalttaten an, die dann nie zur Rechenschaft gezogen werden. Jene Christen, die vor Gericht gehen mussten, haben keinen fairen Prozess erhalten. Ein Experte für das Land erklärte treffend: „In gewisser Weise ist das eine Fangfrage, denn niemand bekommt in Vietnam ein ordentliches Gerichtsverfahren, also sind Christen wohl nicht schlechter dran als alle anderen. Christen und andere, die wegen politischer Straftaten wie „Propaganda gegen den Staat“ oder „Verletzung der nationalen Einheit“ angeklagt werden, sind jedoch Isolationshaft, Verweigerung von Familienbesuchen, besonders harten Strafen, Inhaftierung an abgelegenen Orten in Teilen des Landes, die weit von ihrem Zuhause entfernt sind, und anderen groben Verstößen gegen ein ordentliches Verfahren ausgesetzt. Dies geschieht bei ihnen häufiger als bei Angeklagten, die wegen gewöhnlicher Verbrechen wie Raub oder Trunkenheit am Steuer angeklagt sind.“ Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Verurteilung eines katholischen Musiklehrers zu 11 Jahren Haft wegen „staatsfeindlicher Propaganda“.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Die Kirchen werden genau überwacht und gelegentlich werden Versammlungen behindert oder gestört. Das Ausmaß der Überwachung wird allein durch die begrenzten personellen Ressourcen der Regierung bestimmt. Laut Gesetz müssen die Kirchen ihre Aktivitäten bei den Behörden anmelden. Für Kirchen in ländlichen Gebieten ist die Überwachung noch stärker, da auch Nachbarn und Dorfleiter die Kirche kontrollieren. Registrierte Kirchen unterliegen den Regeln des Komitees für religiöse Angelegenheiten, welches sich bekanntlich aus Atheisten und den lokalen und regionalen Volkskomitees der Kommunistischen Partei zusammensetzt. Die Regierung versucht, die Aktivitäten der Katholischen Kirche durch ein „Komitee patriotischer Priester“ zu lenken.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Alle veröffentlichten Schriften müssen von der Regierung genehmigt werden. Da Importe stark eingeschränkt sind, müssen die Schriften in Vietnam (nach-)gedruckt werden. Übersetzte Schriften müssen geprüft werden; die Genehmigung hängt davon ab, für wie sensibel und gefährlich die Behörden den Inhalt halten. Es gibt keine eindeutigen Kriterien für die „Schädlichkeit“ einer Schrift. Ein Beispiel: Die Erstellung einer Bibel in der Hmong-Sprache wird wahrscheinlich auf weitaus mehr Hindernisse stoßen als eine Bibel in vietnamesischer Sprache.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Die Registrierung einer Gemeinde verlangt einen enormen administrativen Aufwand, und es gibt keine Garantie dafür, tatsächlich eine Genehmigung zu erhalten. Dies ist nur eine Art, wie die Regierung das Wachstum der Kirche kontrolliert und sie unter kommunistischer Kontrolle hält. Selbst Partnergemeinden registrierter Kirchen haben Schwierigkeiten durch die Regierung und lokale Behörden anerkannt zu werden. Nach dem neuen Religionsgesetz von 2018 müssen Kirchen nur noch 5 Jahre (statt 20 Jahre) bestanden haben, bevor ein Registrierungsantrag gestellt werden kann, vorausgesetzt, dass die Behörden in dieser Zeit keine negativen Berichte erhalten haben. Das Gesetz von 2018 legt auch Fristen fest, innerhalb derer der Registrierungsprozess abgeschlossen werden sollte. Dennoch fehlt es vielen Gemeinden, die einen Antrag gestellt haben, an Informationen über den Stand der Dinge.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Es gibt viele Beispiele dafür, bei denen Äußerungen gegen örtliche oder staatliche Behörden dazu geführt haben, dass katholische und protestantische Kirchenführer und Aktivisten inhaftiert oder ins Exil gezwungen wurden. Dorfoberhäupter und Familien greifen auch zu Sanktionen, wenn Christen anderer religiöser Herkunft es wagen, ihre Meinung zu sagen, sei es durch noch mehr Druck oder indem sie ganz aus dem Dorf vertrieben werden.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Im Berichtszeitraum wurden Meldungen zufolge zwei Christen aus ethnischen Stämmen getötet. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Angaben gemacht werden.
- **Angriffe auf Christen:** Bei mehreren Vorfällen wurden mindestens 29 Christen angegriffen, manchmal im Zusammenhang mit Polizeirazzien in Kirchen und auf Kirchengelände. Aufgrund der Covid-19-Reisebeschränkungen konnten nicht alle Regionen für Informationen erreicht werden, so dass die tatsächliche Anzahl möglicherweise eher bei 100 liegt.
- **Verhaftungen von Christen:** Mehrere Pastoren und Gemeindeleiter wurden verhaftet, ein katholischer Musiklehrer wurde zu 11 Jahren Haft verurteilt. Aus Sicherheitsgründen können keine Details zu anderen Fällen veröffentlicht werden.
- **Angriffe auf Kirchen:** Bei mehr als zehn Vorfällen wurden Kirchengebäude angegriffen und/oder zerstört, hauptsächlich Hauskirchen. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Angaben gemacht werden.

- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Es gab mehrere Angriffe auf Häuser, in denen Christen leben, aber keine Angriffe auf Geschäfte, die von Christen betrieben werden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums), Seite 132-138: „Es gibt Berichte von unabhängigen Hoa Hao-Anhängern in An Giang, dass lokale Behörden und staatlich anerkannte Gruppen von Hoa Hao-Buddhisten im Bezirk Phu Tan in der Provinz An Giang dafür plädierten, die 100 Jahre alte An Hoa-Pagode abzureißen, um angeblich eine neue Pagode zu bauen. Sie ist eine der ersten unabhängigen Hoa Hao-Pagodens, die vom Propheten Huynh Phu So gegründet wurde. Unabhängige Hoa Hao-Anhänger lehnten den Abriss der Pagode aufgrund ihrer religiösen Bedeutung ab und schlugen vor, sie stattdessen zu renovieren. Berichten zufolge griffen Polizisten in Zivil unabhängige Hoa Hao-Buddhisten an, die versuchten, den Abriss der Pagode zu verhindern. Die Regierung stoppte vorübergehend den Abriss der Pagode, und zum Jahresende war sie noch intakt.“ (Seite 17)

Da die Regierung kommunistisch ist, geht sie gegen alle Religionen vor, die nicht unter ihrem Dach sind, einschließlich Buddhisten, Cao Dai, Hoa Hao-Buddhisten und Muslime. Dies beginnt mit Schikanen und kann bis zur Inhaftierung oder Vertreibung aus Häusern, Dörfern oder Land führen. Besonders Angehörige der ethnischen Minderheiten des Landes stehen im Visier der Behörden. Wie es für alle kommunistischen Regierungen typisch ist, versuchen die vietnamesischen Behörden, alle religiösen Gruppen unter ihrer Kontrolle zu halten. Solange sie unter staatlich kontrollierten Gremien organisiert sind und dadurch mit Kenntnis der Regierung zusammenkommen, wird die Regierung sie in Ruhe lassen, außer dass die Predigten kontrolliert werden. Unabhängige Gruppen, insbesondere deren Leiter, geraten jedoch unter erheblichen Druck durch die Regierung. Dies kann ernste gesundheitliche Probleme zur Folge haben. Es kam außerdem zu einer Inhaftierung von widerspenstigen Mönchen aus einer der vielen buddhistischen Sekten.

So heißt es in dem Bericht von Human Rights Watch 2020: „Nichtanerkannte religiöse Gruppen, einschließlich Cao Dai, Hoa Hao, christliche und buddhistische Gruppen, sind ständiger Überwachung, Schikanen und Einschüchterungen ausgesetzt. Anhänger unabhängiger religiöser Gruppen sind öffentlicher Kritik, erzwungenem Abschwören des Glaubens, Verhaftung, Verhören, Folter und Inhaftierung ausgesetzt.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Mauretanien: Platz 20

Kurze Zusammenfassung

Gemeinsame Gottesdienste sind besonders schwierig. Das restriktive Umfeld macht es Christen unmöglich, sich offen zu treffen oder Gottesdienste abzuhalten – insbesondere solchen mit muslimischem Hintergrund. Jede Glaubensbekundung von nichtmauretanischen Christen, wie beispielsweise Migranten aus Subsahara-Afrika oder Mitarbeitern von Hilfsorganisationen, birgt zudem die Gefahr, als versuchte Missionierung von Muslimen verstanden zu werden. Dies kann zu strafrechtlicher Verfolgung führen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	71	20
2020	68	24
2019	67	25
2018	57	47
2017	55	47

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mauretaniens um drei Punkte gestiegene Wertung im Weltverfolgungsindex 2021 liegt vor allem in der Zunahme von Gewalt begründet. Eine ganze Reihe von Vorfällen hat auch dazu geführt, dass der Druck in einigen Lebensbereichen als stärker empfunden wurde.

2. Trends und Entwicklungen

1) Der Einfluss des extremistischen Islam im Land nimmt zu

Die allgemeine, politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Mauretanien bietet dem extremistischen Islam einen Nährboden, auf dem er gut gedeihen kann. Der mauretanische Staat hat es nicht geschafft, die Praxis der Sklaverei zu bekämpfen, die wirtschaftliche Situation der Mehrheit seiner Bürger zu verbessern und ein reaktionsschnelleres und verantwortungsvolleres Regierungssystem zu etablieren. Dadurch wurde ein Umfeld geschaffen, das die Ausbreitung religiöser Intoleranz fördert. Trotz der Zusammenarbeit der Regierung mit dem Westen und trotz ihres Rufes als Verbündete im Kampf gegen Terrorismus und islamische Militanz, ist die Situation im Land komplex und macht Mauretanien zu einem für Christen gefährlichen Land.

2) Politische Instabilität und Armut sind weiterhin die größten Probleme

Der Mangel an starken Institutionen und einer demokratischen Kultur, die die Rechte der Bürger respektiert, bedeutet, dass die Chancen auf eine Verbesserung der Situation für Christen sehr gering sind. Die Turbulenzen und politische Instabilität, die die Geschichte des Landes kennzeichnen,

verheißen für die Zukunft nichts Gutes. Die Armut des Landes sowie die wachsende Polarisierung in der Frage der Sklaverei könnten die Situation ebenfalls verschärfen. Die Instabilität in der Region, vor allem in den Nachbarländern wie Mali, die durch den Aufstieg islamischer militanter Gruppen wie „Al Kaida im Maghreb“ (AQIM) angeheizt wird, gibt auch Anlass zur Sorge um die Zukunft der Christen in Mauretanien.

3) Die Zahl der Christen bleibt gering

Insgesamt sieht es danach aus, dass die Christen in naher Zukunft weiter unter Druck stehen werden. Die Situation für Christen muslimischer Herkunft wird sich wahrscheinlich nicht verbessern, während Migranten aus Subsahara-Ländern aufgrund der Arabisierung der Arbeiterschaft aus dem Land gedrängt werden könnten. Die kleine Zahl der Christen wird höchstwahrscheinlich auch in den nächsten Jahren gering bleiben.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der World Christian Database 2020 sind 99,3 Prozent der Mauretanier Muslime (die Mehrheit sind Sunniten). Das wird durch die offizielle Bezeichnung des Landes als Islamische Republik Mauretanien unterstrichen. Christen machen mit 0,2 Prozent nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung aus. Obwohl der Islam in Mauretanien traditionell stark vom Sufismus geprägt ist, hat der Einfluss extremistischer islamischer Gruppen in den letzten Jahrzehnten spürbar zugenommen, so dass sie mittlerweile zunehmend sichtbar sind. Die Aktivität der arabischen Länder aus der Golfregion, einschließlich der Bereitstellung von Entwicklungshilfe, war in diesem Prozess von großer Bedeutung. Auch die Muslimbruderschaft soll bis vor kurzem in Mauretanien sehr präsent gewesen sein. Der christliche Glaube wird als verwerflicher westlicher Einfluss angesehen, und die Feindseligkeit der Regierung gegenüber Christen, insbesondere gegenüber Christen muslimischer Herkunft, ist groß.

Die Organisation „Middle East Concern“ berichtet: „Christen sind in der Praxis starken Einschränkungen ausgesetzt. Während ausländische Christen ihre Gottesdienste abhalten dürfen, sind christliche Aktivitäten auf bestimmte Gebiete beschränkt. Christen und christliche Nichtregierungsorganisationen müssen sicherstellen, dass sie jede Interaktion mit Muslimen vermeiden, die als Evangelisation ausgelegt werden könnte. Mauretanischen Staatsangehörigen, die sich dafür entscheiden, den Islam zu verlassen, würde nach den Bestimmungen für den Glaubensabfall des Strafgesetzbuches grundsätzlich die Todesstrafe drohen. Allerdings sind aus den letzten Jahren keine Beispiele bekannt, bei denen eine gerichtliche Todesstrafe wegen Glaubensabfalls verhängt wurde. In jedem Fall drohen jedem, der den Islam verlässt, mit hoher Wahrscheinlichkeit gewalttätige Reaktionen von Familien- oder Gemeindemitgliedern.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Mauretanien. Das Land ist eine selbsternannte islamische Republik, und der Islamismus ist die dominierende politische Ideologie im Land. Nichtmuslime erleben Einschüchterung und Verfolgung insbesondere durch islamistische Gruppen. Eine große Anzahl von Mauretanern hat sich islamisch militanten Gruppen sowohl in der nordafrikanischen Region als auch in Syrien und im Irak angeschlossen. Während die Regierung auf der einen Seite versucht, islamische Militanz zu bekämpfen, finanziert sie gleichzeitig wahhabitische und

andere extremistische-islamische Bewegungen wie die Muslimbruderschaft. Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, tragen die Hauptlast der Verfolgung: Ihr neuer Glaube wird weder von ihren Familien noch von der Gesellschaft geduldet.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm / ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Stammes- und Rassenkonflikte sind in diesem sehr konservativen und traditionellen Land, in dem die Urbanisierung ein relativ junges Phänomen ist, eng miteinander verwoben. Wenn ein Muslim Christ wird, hat er nicht nur familiären und staatlichen Druck zu fürchten, sondern auch die Reaktion seines Stammes oder seiner ethnischen Gruppe; von ihnen wird ein solcher Schritt als unsägliche Schande empfunden, was zu weiterer Verfolgung führt. Das Problem der Sklaverei im Land, das mit der ethnischen Zugehörigkeit verbunden ist, hat ebenfalls zur Verfolgung beigetragen. Die Befürworter der Sklaverei argumentieren, dass sie vom Islam gebilligt wird. Deshalb hat die Kampagne gegen Sklaverei eine feindselige Reaktion von Islamisten im Lande ausgelöst. Christen aus Subsahara-Afrika, die im Land leben, sind einer Mischung aus religiöser und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Stammeszugehörigkeit, religiöse und persönliche Beziehungen sind in der mauretanischen Gesellschaft sehr wichtig. Vetternwirtschaft, Klientelismus und andere Formen der Korruption sind weit verbreitet, auch innerhalb der Regierung. Anti-Korruptions-Kampagnen haben sich nur auf Nebenschauplätze konzentriert. Journalisten, die konkrete Korruptionsfälle bei staatlichen Behörden oder staatseigenen Unternehmen aufdecken wollten, wurden eingeschüchert, inhaftiert und der Verleumdung beschuldigt. Mächtige Leute mit Verbindungen zur Armee und zum Umfeld des Präsidenten können sich selbst bereichern, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung ist in teils übersteigertem Maß um ihren Machterhalt besorgt. Wenn irgendein „den christlichen Glauben fördernder“ Einfluss die Regierungsmacht entweder zu bedrohen oder zu beschämen scheint, kann dies zusätzliche Verfolgung auslösen. Darüber hinaus versucht die Regierung, ihre Legitimität gegenüber den islamischen Gruppen durch die Unterdrückung des Christentums zu festigen. Dies ist verstärkt seit den Präsidentschaftswahlen 2019 sichtbar geworden und hält weiter an. Der christliche Glaube wird oft mit Verwestlichung gleichgesetzt und als solcher von der Regierung als (ausländische) Bedrohung gesehen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte:** Die Behörden auf allen Ebenen sind ein Hauptverfolger, da der Staat den Islam als Grundideologie vertritt.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische Imame und islamische Lehrer schüren Vorurteile und Hass gegenüber Christen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Das Stammessystem ist in Mauretanien immer noch stark ausgeprägt, und Stammesführer werden keine Konvertiten in ihren Gruppen dulden.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamische Kämpfer, etwa von AQIM, sind besonders im Osten des Landes aktiv und stellen eine Bedrohung für alle Christen dar.

- **Die eigene Familie:** Das starke Stammessystem und die familiären Bindungen unter den Mauretaniern lassen nicht viel Raum für abweichende Ansichten und Haltungen. Christen muslimischer Herkunft sind sehr wahrscheinlich einem starken Druck ausgesetzt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Beeinflusst von der Lehre konservativer Imame, erlaubt die mauretanische Gesellschaft ihren Mitbürgern nicht, den christlichen Glauben anzunehmen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm / ethnisch-religiöse Feindseligkeit

- **Regierungsbeamte:** Mauretanier wollen ihre eigenen ethnischen Gruppen erhalten. Auch Regierungsbeamte unterliegen dieser Tendenz und werden versuchen, ihre Gruppen vor westlichen/christlichen Einflüssen zu schützen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Praxis der Sklaverei und eine Art Kastensystem, das in Mauretanien herrscht, werden durch die religiösen Bezüge zusätzlich aufgeladen und verstärken die damit verbundenen Spannungen weiter. Konservative Stammesführer sind darauf bedacht, die ethnische Hierarchie und die soziale Ordnung zu bewahren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Stammesbräuche und islamische Praktiken werden miteinander vermischt. Islamische Prediger unterstützen das Kastensystem und ihre Volksgruppen sind entschlossen, ihre islamische Identität zu erhalten.
- **Die eigene Familie:** Die familiären Bindungen sind sehr stark; die Abkehr eines Familienmitglieds vom Islam und seine Hinwendung zum christlichen Glauben wird als unerträgliche Schande für die Familienehre angesehen. Daher vertreiben Familienmitglieder christliche Konvertiten aus ihren Wohnungen oder zwingen sie dazu, ihren neuen Glauben zu widerrufen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Diese Gruppen sind oft nach Stammeszugehörigkeit organisiert. Sie versuchen, die islamische und ethnische Reinheit des Stammes aufrechtzuerhalten und lassen keinen Raum für christliche Konvertiten, die dem Islam den Rücken kehren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die Bindung an den Stamm und die ethnische Gruppe wird in der mauretanischen Gesellschaft als sehr wichtig angesehen. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben gilt als Bruch dieser Bindungen und wird daher von der Gesellschaft abgelehnt.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung versucht, ihre Macht um jeden Preis zu erhalten, auch wenn das bedeutet, islamische Extremisten durch die Verfolgung von Christen zu beschwichtigen. Das verschärfte Gesetz gegen Apostasie ist dafür ein gutes Beispiel.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Regierungsbeamte:** Die Behörden und die Machthaber nutzen das System zur Selbstbereicherung.

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kriminelle Netzwerke und die Rolle der Regierung sind manchmal schwer zu unterscheiden. Sie kontrollieren einen Großteil der Wirtschaft, verbreiten im Land ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und halten ein hohes Maß an Armut aufrecht. Diese Armut und die vorherrschende Korruption tragen insofern zur Verfolgung bei, als dass die Durchsetzung des Rechts lückenhaft bleibt und Christen nur wenig Hoffnung haben, stabile Anstellungsverhältnisse zu finden, um ein ehrliches Einkommen zu erwirtschaften.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamisch-extremistische Gruppen finanzieren sich auch durch kriminelle Aktivitäten wie Menschenhandel und Waffenschmuggel. Christen, insbesondere ausländische Christen, sind ein leichtes Ziel für Entführungen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Stammes- und Familienbeziehungen sind im ländlichen Teil des Landes besonders eng, aber selbst in der Hauptstadt und größten Stadt des Landes, Nouakchott, kann der Druck auf Christen hoch sein. Gewaltbereite islamisch-extremistische Gruppen wie AQIM und die „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO) sind besonders in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv.

7. Betroffene Christen

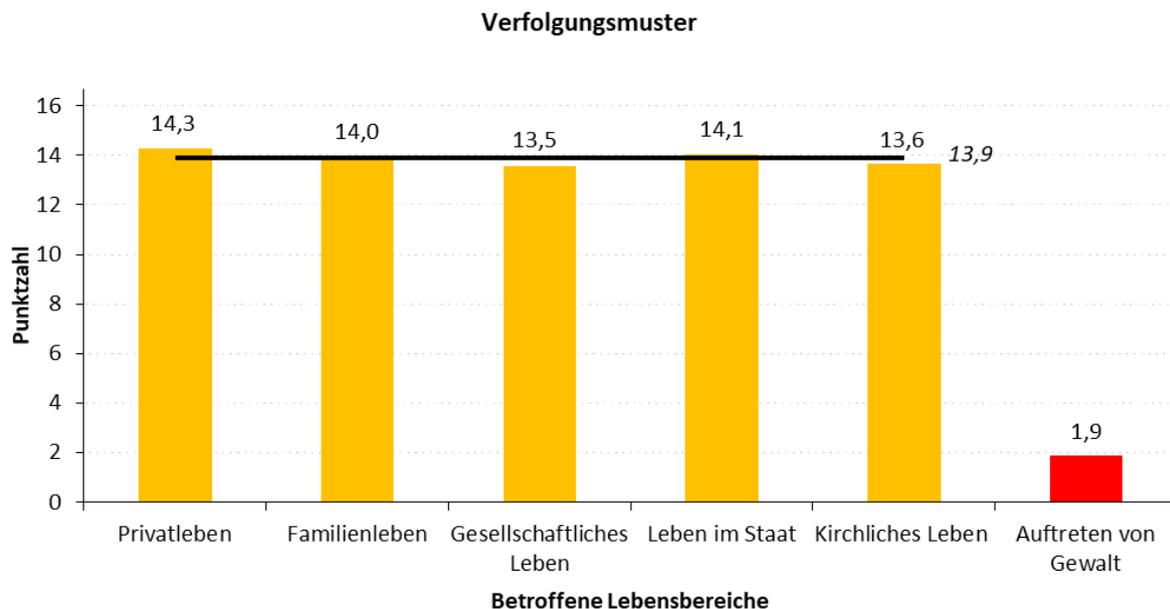
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die größte Gruppe bilden römisch-katholische Arbeitsmigranten aus Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Protestanten und Evangelikalen, ebenfalls aus Ländern südlich von Mauretanien. Es gibt auch eine geringe Zahl von Christen aus westlichen Ländern, doch sie machen nur einen sehr kleinen Prozentsatz der christlichen Bevölkerung des Landes aus. Ethnisch-afrikanische Christen, die als Arbeitsmigranten ins Land gekommen sind, führen ein unsicheres Dasein in Mauretanien. Sie sind gefährdet aufgrund der Verbreitung rassistischer Vorurteile gegen sie und auch wegen des zunehmenden Islamismus im Land, der zu einer Intensivierung der Verfolgung geführt hat.

Christen anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer Herkunft sind am stärksten der Verfolgung ausgesetzt und stehen unter enormem Druck durch ihre unmittelbare und erweiterte Familie. In dieser nomadischen Gesellschaft sind gemeinschaftlicher Zusammenhalt und die Großfamilie überlebensnotwendig. Dadurch stellt es für christliche Konvertiten eine enorme Herausforderung dar, ihren christlichen Glauben vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. Der Hass und die Vorurteile, die von islamischen Gruppen gegen Christen gerichtet werden, beeinträchtigen die meisten Konvertiten. Wenn ihr christlicher Glaube öffentlich bekannt wird, verlieren sie nicht nur ihren gesellschaftlichen Status, sondern auch ihre Staatsbürgerschaft.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mauretaniens

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist extrem hoch (13,9 Punkte), er ist gegenüber dem Vorjahreswert von 13,6 nochmals leicht gestiegen. Verantwortlich dafür ist die allgemeine Zunahme von Druck in allen Lebensbereichen, der durch mehrere Vorfälle während des Berichtszeitraums ausgelöst wurde.
- Auch wenn alle Lebensbereiche sehr hohen oder extremen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen Privatleben, Familienleben und Leben im Staat am höchsten. Dies wirft ein Licht auf die enorme Belastung, mit der Christen muslimischer Herkunft leben müssen. In der Stammeskultur Mauretaniens ist das Verlassen des Islam nicht nur religiöser Verrat, sondern auch Verrat an Stamm und Familie. Verständlicherweise gibt es in einer solchen Kultur keinen Platz für (öffentliche) Taufen, christliche Eheschließungen oder Beerdigungen. Es gibt auch keinen Raum, öffentlich über den christlichen Glauben zu sprechen, oder die Möglichkeit, seinen Glaubenswechsel offiziell anerkennen zu lassen.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt stieg von 0,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 1,9 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Das ist auf eine Reihe an Vorfällen zurückzuführen, die sowohl ausländische als auch einheimische Christen betrafen. Dennoch bleibt der Wert niedrig, was damit zu tun haben könnte, dass nicht alle Vorfälle öffentlich gemacht werden.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Ausländische Christen haben in dieser Hinsicht mehr Freiheit als Christen muslimischer Herkunft, aber die Offenlegung ihres Glaubens kann für alle Christen zu Verfolgung führen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Mit Mitgliedern der Gesellschaft über den eigenen Glauben zu sprechen, ist für alle Christen gefährlich. Christen muslimischer Herkunft würden in diesem Fall wahrscheinlich der Apostasie beschuldigt, während man ausländische Christen der Missionierung bezichtigen würde. Ausländische Christen können über ihren Glauben nur mit anderen ausländischen Christen zu Hause oder bei kirchlichen Treffen sprechen.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Glaubenswechsel weg vom Islam ist gesetzlich verboten, und jede als kritisch empfundene Haltung gegenüber dem Islam kann von Rechts wegen die Todesstrafe nach sich ziehen. Obwohl dieses Gesetz weitgehend als symbolisch angesehen wird, bleibt es dennoch eine bedeutende Bedrohung für Christen mit muslimischem Hintergrund.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Dies ist hochgefährlich für Christen muslimischer Herkunft, da es als deutliches Zeichen der Apostasie verstanden wird. Ausländische Christen, insbesondere aus Afrika südlich der Sahara, werden wahrscheinlich diskriminiert und beschimpft, wenn sie öffentlich als Christen erkennbar sind.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Alle Mauretanier gelten als Muslime.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Kinder christlicher Eltern müssen in der Schule islamischen Unterricht besuchen. Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr schwierig, wichtige Meilensteine in ihrem Leben mit christlichen Zeremonien zu begehen. Sie werden oft unter Druck gesetzt, an islamischen Riten teilzunehmen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder christlicher Eltern stehen in großer Gefahr, durch Gleichaltrige diskriminiert und belästigt zu werden. Diese Belästigungen haben auch rassistische und ethnische Aspekte.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

In Mauretanien lassen sich Männer häufig von ihren Frauen scheiden, und eine Hinwendung zum christlichen Glauben ist mehr als Grund genug, sich scheiden zu lassen. Doch auch wenn der Ehemann den christlichen Glauben annimmt, werden Familienmitglieder ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit zwingen, die Scheidung einzureichen. Da Glaubenswechsel normalerweise jedoch geheim gehalten werden, kommt dies eher selten vor.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dies erleben sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch ausländische Christen. Es gibt ein hohes Maß an sozialer Feindseligkeit gegenüber Christen.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Da Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben oft im Verborgenen leben müssen, sind sie verpflichtet, an islamischen oder lokalen religiösen Praktiken teilzunehmen (wie beispielsweise dem Ramadan).

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Wenn der Glaube eines Christen muslimischer Herkunft bekannt ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass er oder sie von ihrem sozialen Umfeld geächtet wird, wenn er oder sie den neuen Glauben nicht widerruft.

Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z. B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?

Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt wurde, müssen mit starker Diskriminierung rechnen und werden kaum in der Lage sein, ein Unternehmen zu führen; dies wird zusätzlich dadurch erschwert, dass die mauretanische Gesellschaft von Korruption und Klientelismus durchdrungen ist. Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden sowohl wegen ihrer Hautfarbe als auch wegen ihres Glaubens diskriminiert.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Mauretanien ist eine islamische Republik und obwohl das Land wichtige internationale Menschenrechtsverträge ratifiziert hat, welche die Religionsfreiheit garantieren, ist in dem geltenden Strafrecht weiterhin die Todesstrafe für Apostasie vorgesehen.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Christen müssen in der mauretanischen Gesellschaft vorsichtig agieren. Kritik an der Regierung oder am Islam bleibt niemals straffrei.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Es gibt nur wenige (katholische) Kirchengebäude in dem Land, und nur einige zeigen ein Kreuz am Gebäude. Da Kirchen und christliche Organisationen so vorsichtig vorgehen müssen, versuchen sie, keine negative Aufmerksamkeit zu erregen.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Der Staat erkennt Christen muslimischer Herkunft, die es wagen, ihren Glaubenswechsel öffentlich zu machen, nicht an, und toleriert sie kaum.

Kirchliches Leben

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Nur die Römisch-Katholische Kirche hat als solche erkennbare Kirchengebäude. Auch einige nicht-katholische Gemeinden dürfen sich dort treffen; andere treffen sich in Wohnhäusern oder Sälen. Eine neue Kirche zu bauen ist nahezu unmöglich.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Als Teil der Hinterlassenschaft französischer Kolonialherrschaft hat nur die Römisch-Katholische Kirche einen Rechtsstatus. Keiner anderen christlichen Gemeinschaft wird ein solcher Status gewährt. Doch die Katholische Kirche in der Diözese Nouakchott erlaubt es evangelikalen Gemeinden, einzelne Räume auf dem Kirchengelände für ihre Gottesdienste zu nutzen.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Alle Christen wissen, dass keine öffentlichen christlichen Aktivitäten außerhalb der sehr begrenzten Kirchengebäude erlaubt sind. Mit Ausnahme einiger weniger Veranstaltungen, wie etwa einem Ostermorgengottesdienst außerhalb der Stadt, sind keine kirchlichen Veranstaltungen außerhalb ihrer Mauern bekannt. Daher ist die Kirche in Mauretania gezwungen, unsichtbar zu sein und im Schatten zu operieren.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Da Missionstätigkeit strengstens verboten ist, ist es den Kirchen ausländischer Christen nicht erlaubt, einen Muslim in ihren Räumlichkeiten zu empfangen, geschweige denn einen christlichen Konvertiten in ihre Gemeinden zu integrieren.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt gegen Christen ist auf einem niedrigen Niveau geblieben. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens sind sich alle Christen muslimischer Herkunft der Folgen bewusst, die eine Entdeckung ihres Glaubens hätte; ähnliches gilt auch für andere Christen, die bewusst sehr vorsichtig agieren – und deshalb mitunter darauf verzichten, das Evangelium weiterzugeben. Durch diese Art der Zurückhaltung vermeiden Christen Gewalt gegen sich. Zweitens ist Mauretanien ein verschlossenes Land. Es wird zwar vermutet, dass christliche Konvertiten in Mauretanien unter gewaltsamer Verfolgung durch die Mitglieder ihrer (Groß-)Familien, Nachbarn und Gesellschaft leiden, aber es ist schwierig, von außerhalb des Landes an bestätigte Berichte über solche Vorfälle zu gelangen.

Dennoch gab es mehrere Vorfälle während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2021: Einige ausländische Christen wurden aus dem Land vertrieben, und eine Anzahl mauretanischer Christen wurde wegen ihres Glaubens vor Gericht verurteilt. Da es nach dem Urteil zu gewaltsamen Ausschreitungen durch einen Mob kam, mussten die letztgenannten aus dem Land fliehen. Laut Berichten suchen Dutzende Christen – sowohl ausländische als auch einheimische – jedes Jahr Zuflucht in Nachbarländern.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben der christlichen Minderheit gibt es in Mauretanien auch eine sehr kleine, aber wachsende Minderheit schiitischer Muslime. Die Regierung hat zwar gute Verbindungen zu Iran und diese Religionsgruppe in der Vergangenheit nicht ins Visier genommen, doch 2018 wurde ein schiitisches Religionszentrum geschlossen. Sunnitische religiöse Leiter verurteilen diese Minderheit und rufen zu restriktiven Maßnahmen gegen schiitische Muslime auf. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019 „wiederholte während des jährlichen Opferfestes Imam Ahmedou Ould Lemrabott Ould Habibou Rahman, der Imam der Großen Moschee von Nouakchott, seine Warnung vor dem wachsenden Einfluss des schiitischen Islam im Land. Rahman erklärte zum vierten Jahr in Folge, dass die Regierungsbehörden die Beziehungen zu Iran abbrechen sollten, um die Ausbreitung des von Iran unterstützten schiitischen Islam zu stoppen.“

Es gibt keinen Platz in der mauretanischen Gesellschaft für andere religiöse Gruppen oder Atheisten, wie der Fall des mauretanischen Bloggers Mohamed Cheikh Ould Mohamed M, khaitir gezeigt hat. Der Bericht „Freedom of Thought“ von Humanists International führt aus: „Im Februar 2020 wurden 14 Menschenrechtsverteidiger willkürlich festgenommen, nachdem sie ein ‚nicht genehmigtes Treffen‘ in einem Gästehaus veranstaltet hatten. Zehn Aktivisten wurden daraufhin beschuldigt, ‚einer Gruppe anzugehören, die den Säkularismus fördert‘, und drei der Aktivisten wurden gemäß Artikel 306 des Strafgesetzbuches wegen ‚Blasphemie‘ angeklagt und bleiben in Haft.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Usbekistan: Platz 21

Kurze Zusammenfassung

Christliche Gemeinschaften aller Hintergründe erfahren auf die eine oder andere Art Druck und Gewalt wegen ihres Glaubens. Russisch-Orthodoxe Kirchengemeinden bekommen vonseiten der Regierung am wenigsten Probleme, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte zur usbekischen Bevölkerung aufzubauen. Einheimische Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl vonseiten des Staates als auch durch Familie, Freunde und die Gesellschaft. In nichtregistrierten Kirchengemeinden sind Christen regelmäßig Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	71	21
2020	73	18
2019	74	17
2018	73	16
2017	71	16

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl liegt zwei Punkte niedriger als im Weltverfolgungsindex 2020. Dies ist hauptsächlich auf einen Rückgang des Wertes für das Auftreten von Gewalt von 3,0 im Jahr 2020 auf 1,3 für 2021 zurückzuführen. Die Situation für Christen in Usbekistan bleibt angespannt. Extrem hohes Niveau erreicht der Druck in den Bereichen Privatleben, gesellschaftliches Leben und kirchliches Leben. Es ist weiterhin nicht abzusehen, ob es unter Präsident Mirziyoyev eine Kursänderung in der Politik geben wird, die sich positiv auf Christen auswirken könnte.

2. Trends und Entwicklungen

1) Usbekistan bleibt ein autoritäres Regime, aber Verbesserungen sind zu erkennen

Trotz des Machtwechsels durch den Tod von Präsident Islam Karimov am 2. September 2016 hat sich für die Christen in Usbekistan nur wenig geändert. Es ist immer noch schwierig für die Kirchen, eine offizielle Registrierung zu erhalten. Nichtregistrierte Kirchengemeinden können ihren Glauben nicht praktizieren, ohne Gefahr zu laufen, strafrechtlich verfolgt zu werden. Die Zahl der Durchsuchungen von Kirchengebäuden ist seit 2018 rückläufig.

2) Die Außenpolitik Usbekistans verändert sich

Nach dem Tod von Präsident Karimov hat Usbekistan viel investiert, um die Beziehungen zu den Nachbarländern zu verbessern. Präsident Mirziyoyev hat praktisch allen anderen zentralasiatischen Staaten sowie Russland Besuche abgestattet. Da zwischenzeitlich immer wieder Grenzkonflikte mit Kasachstan und Kirgisistan aufflackerten, sind die Erfolge dieser Bemühungen bislang allerdings überschaubar. Auch im Blick auf westliche Länder wie zum Beispiel die USA hat Usbekistan große Anstrengungen unternommen, um seine internationalen Beziehungen zu verbessern. So wurde unter anderem der Druck auf die registrierten Kirchen verringert. Dies führte wiederum zu positiven Reaktionen sowohl von Seiten des US-Außenministeriums als auch der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF).

3. Religiöse Situation im Land

Obwohl die Hauptreligion in Usbekistan der Islam ist – überwiegend sunnitischer Prägung – wäre es falsch, Usbekistan als ein muslimisches Land zu bezeichnen. 70 Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben einen tiefen Einfluss hinterlassen. Die Regierung, gewissermaßen die Erben des atheistischen Sowjetregimes, behält einen strikt säkularen Kurs bei und versucht, den Islam unter strenger Kontrolle zu halten. Die Bevölkerung folgt unterdessen eher islamischen Traditionen anstelle reinen muslimischen Lehren.

Die Bevölkerung Usbekistans verehrt immer noch ihre glorreiche islamische Vergangenheit, als die Universitäten und Koranschulen in Samarkand und Buchara für ihre wissenschaftliche Forschung bekannt waren und Menschen aus der ganzen Welt anzogen. Die hier beheimateten drei muslimischen Königreiche (Khanate) kontrollierten einst riesige Bereiche Zentralasiens (ein viel größeres geographisches Gebiet als das heutige Usbekistan).

Der Anteil der Agnostiker und Atheisten in der Bevölkerung liegt bei 2,6 Prozent ist auf die 70-jährige atheistische Propaganda der sowjetischen Behörden zurückzuführen.

Evangelistische Aktionen protestantischer Christen werden in Usbekistan nicht gern gesehen und ziehen sofort die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich. Auch Muslime sind gegen solche Aktivitäten. Christen muslimischer Herkunft sind starkem Widerstand von Seiten ihrer Familien, Freunde und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Der stärkste Druck herrscht in der Region Usbekistans, die für ihre sehr konservative muslimische Bevölkerung bekannt ist: das Ferghanatal.

Durch Spaltungen und kaum vorhandene Zusammenarbeit der verschiedenen Denominationen ist die kleine christliche Minderheit schwach. Es gibt hier nur wenige Ausnahmen und dies spielt der Regierung in die Hände.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Protestantische Christen werden oft als „Extremisten“ bezeichnet, da sie ihren Glauben nicht innerhalb staatlich sanktionierter Strukturen ausüben. Sie werden üblicherweise als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die nur ein Ziel hat, nämlich das derzeitige politische System auszuspionieren und zu

zerstören. Aus dieser Perspektive heraus müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn erforderlich, auch ausgelöscht werden. Die Sicherheitsbehörden haben ihre Überwachungsmaßnahmen verschärft, um „Extremisten“ zu entdecken. Davon sind auch Christen und Kirchengemeinden betroffen.

Islamische Unterdrückung

Wenn einheimische muslimische Bürger sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck und vereinzelt auch körperliche Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und erhöhen so den Druck auf sie. Daher setzen die meisten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „heimlichen Christen“.

5. Verfolger

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Das Gesetz verbietet jegliche nichtregistrierte religiöse Aktivität und Weitergabe religiöser Inhalte jeder Form. Religiöse Literatur kann nur von staatlich registrierten religiösen Vereinigungen auf deren dafür registriertem Gelände verwendet werden. Protestantische Gruppen gelten als verdächtig. Sie werden schikaniert und ihnen wird untersagt, christliche Literatur zu verbreiten. Viele Christen wurden unter dem Vorwurf verhaftet, sie hätten versucht, einheimische Muslime zu bekehren. Christen außerhalb der orthodoxen Kirchen werden inhaftiert, mit Geldstrafen belegt und geschlagen – einfach deshalb, weil sie christliches Material besitzen oder an illegalen Versammlungen (zu denen alle nichtorthodoxen Versammlungen gezählt werden) teilgenommen haben. Behörden konfiszieren (oder stehlen) regelmäßig das Eigentum von Christen. Eine Maßnahme, um die Ausbreitung des Evangeliums zu verhindern, ist das Verbot, in usbekischer Sprache zu predigen; nur Predigten in Russisch sind erlaubt. Russisch wird jedoch nur von der älteren Generation gesprochen. So wird es der christlichen Kirche erschwert zu wachsen.
- **Politische Parteien:** Eine kleine Anzahl politischer Parteien ist erlaubt, doch die Regierungspartei, von Präsident Mirziyoyev zählt naturgemäß auch zu den Verfolgern von Christen. Der Großteil des Drucks und der Gewalt, die sich gegen Christen richtet, wird durch die Regierung gebilligt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Besonders auf lokaler Ebene haben Mobs mit Unterstützung der Beamten vor Ort immer wieder christliche Feiern und Feiertage gestört.

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Vor allem in ländlichen Gebieten stehen christliche Konvertiten unter extrem hohem Druck vonseiten der Großfamilie, Freunden und Nachbarn. Dazu gehören Drohungen, Schläge, Hausarrest und Ausgrenzung.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Unterstützt durch lokale Behörden haben die Leiter der „Mahalla“ (ortsteilbasierte Nachbarschaftswachen) die Genehmigung der Regierung erhalten, missionarische Aktivitäten von Christen zu unterbinden.

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die meisten muslimischen Geistlichen äußern offen ihre Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören und besonders gegen Christen, die sich vom Islam abgewandt haben.
- **Gewöhnliche Bürger:** Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihrem sozialen Umfeld äußerst schlecht behandelt.
- **Regierungsbeamte:** Auf kommunaler Ebene gibt es eine Verbindung zwischen dem Druck durch lokale Beamte und dem durch Muslime. Oft kennen sich aktive Muslime und örtliche Behördenvertreter. Damit stehen Christen muslimischer Herkunft stärker auf örtlicher Ebene unter Druck als auf staatlicher Ebene, wo Beamte für sich in Anspruch nehmen, säkular zu sein.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Verfolgung, die von Regierungsbeamten ausgeht, liegt überall im Land auf dem selben Niveau. Dagegen ist der Druck, den Familie, Freunde und Nachbarn auf Christen muslimischer Herkunft ausüben, außerhalb der städtischen Gebiete stärker, insbesondere im Ferghanatal.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Usbekistan werden nicht in die Isolation gedrängt. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich an die Einschränkungen vonseiten der Regierung angepasst und bleibt deshalb mehr oder weniger ungestört. Ihre Gottesdienste werden gelegentlich überwacht, können aber ungehindert abgehalten werden. Ihre Mitglieder können sich treffen, ohne Angst vor einer Verhaftung haben zu müssen. Das Drucken oder Importieren von christlichem Material ist jedoch eingeschränkt.

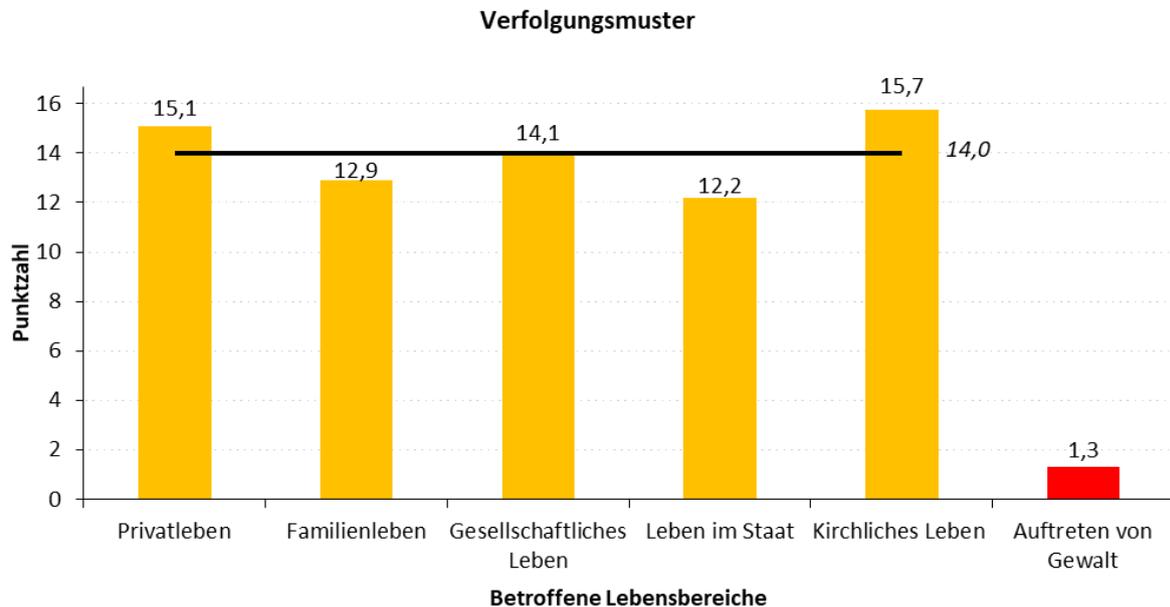
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer Herkunft tragen in Usbekistan die Hauptlast der Verfolgung. Neben dem Leid, das sie vonseiten des Staates erfahren, werden sie auch durch ihre Familien, Freunde und das soziale Umfeld stark unter Druck gesetzt. Die letztgenannten wiegen hierbei für sie am schwersten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Konvertiten ist diese Gruppe von Christen die am zweitstärksten verfolgte – ganz besonders dann, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (14,0 Punkte) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass sich im letzten Jahr an der Situation in Usbekistan nur sehr wenig verändert hat.
- Drei Lebensbereiche weisen sehr hohe Werte auf (gesellschaftliches Leben, privates Leben und kirchliches Leben – in aufsteigender Reihenfolge). Die Tatsache, dass sich die höchste Wertung immer noch im Bereich kirchliches Leben findet, macht deutlich, wie der Staat auch weiterhin durch eine Vielzahl von Restriktionen extrem hohen Druck ausübt.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist von 3,0 Punkten im Vorjahr auf 1,3 im Weltverfolgungsindex 2021 gesunken.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Es ist bereits äußerst riskant für einen Christen muslimischer Herkunft, seinen Familienmitgliedern von seinem neu gewonnenen Glauben zu erzählen. Dies im Beisein von Nichtfamilienmitgliedern zu tun, ist praktisch unmöglich. Die herrschende Schamkultur und der hohe Stellenwert der Familienehre tragen dazu bei, dass die Familie dies um jeden Preis zu verhindern sucht. Hinzu kommt, dass der Staat solches Verhalten als Versuch der Evangelisation erachtet, was zu Inhaftierungen führen kann.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Bei Christen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der (Groß-)Familie oder dem sozialen Umfeld, wenn diese christliche Materialien finden. Der Besitz christlicher Materialien wird als eindeutiger Beweis für eine Hinwendung zum christlichen Glauben gewertet. Werden sie entdeckt, kann dies heftige Reaktionen nach sich ziehen. Auch die Regierung übt in diesem Bereich großen Druck aus, da der Besitz religiöser Materialien illegal ist. Sogar Bibeln müssen einen Stempel aufweisen, der sie als in Usbekistan veröffentlicht kennzeichnet. Niemand darf mehr als eine Bibel besitzen. Auch wer eine Bibel außerhalb des eigenen Wohnsitzes bei sich trägt oder die Bibel oder andere religiöse Schriften in der Öffentlichkeit liest, macht sich strafbar. Eine Familie wurde mit einem Bußgeld belegt, weil im Bett ihres Sohnes ein christliches Gedicht gefunden wurde, das er für den Kindergottesdienst auswendig gelernt hatte.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Christen muslimischer Herkunft, die ihren neuen Glauben preisgeben, ziehen sofort den Zorn von Familie, Freunden und Ortsgemeinschaft auf sich. Alle anderen Christen, die über ihren Glauben sprechen, werden umgehend des Evangelisationsversuchs bezichtigt. Da der Staat jede Form der Evangelisation bestraft, müssen Christen in dieser Hinsicht sehr vorsichtig sein.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, die unerwünschte Aufmerksamkeit des sozialen Umfelds auf sich zu ziehen, wenn sie sich mit anderen Christen treffen. Viele einheimische usbekische Christen treffen sich, um die Gefahr zu verringern, nur unter vier Augen und wechseln häufig ihren Treffpunkt. Gebet und Lobpreis müssen sehr leise oder komplett still vonstattengehen. Aufgrund der Überwachung in Usbekistan, sind alle Christen, die nicht zur Russisch-Orthodoxen Kirche gehören, in dieser Hinsicht sehr vorsichtig. Offiziell dürfen christliche Aktivitäten nur in Gebäuden registrierter Kirchen und nicht etwa in (nichtoffiziellen) Hauskirchen stattfinden.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, soziales Umfeld) setzt die Kinder von Christen muslimischer Herkunft unter Druck, islamische Unterweisung zu erhalten – mitunter sogar gegen den ausdrücklichen Wunsch der christlichen Eltern. Antireligiöse Propaganda ist gang und gäbe an Schulen und Universitäten, zum Beispiel in Form von Vorträgen, bei denen Anwesenheitspflicht gilt.

Wurden christliche Taufen behindert?

Auf christliche Konvertiten wird immenser Druck ausgeübt, um zu verhindern, dass sie sich taufen lassen. Dahinter steht die Wahrnehmung, dass mit der Taufe die endgültige Abkehr vom Islam besiegelt wird. Um dies zu verhindern, geht das muslimische Umfeld bis zum Äußersten. Auch der Staat verhindert Taufen, weil man befürchtet, dass es anderenfalls zu Spannungen und Problemen in den Ortsgemeinschaften kommen könnte. Zudem schränkt der Staat nichtregistrierte Gruppen in allen ihren Aktivitäten ein, einschließlich Taufen. Sie sind jedoch nicht gesetzlich verboten.

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Muslimische Familien und Ortsgemeinschaften verhindern die Adoption eines ethnisch zentralasiatischen Kindes, wenn bekannt ist, dass der Antragsteller Christ ist. Die Regierung verhängt zwar keine Einschränkungen bezüglich Adoption; in einem Fall wurde ein Junge jedoch zurück ins Waisenhaus gebracht, nachdem er einem Sozialarbeiter berichtet hatte, seine Adoptiveltern hätten ihm vom christlichen Glauben erzählt.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Die Großfamilie von Christen muslimischer Herkunft versucht, deren Kinder zum Islam zurückzubringen und sie dementsprechend zu erziehen. Dazu trägt auch das Schulsystem bei, das keinerlei Religionsunterricht vorsieht, da Usbekistan offiziell ein säkularer Staat ist. Und weil Kirchen jede Arbeit unter Kindern und Jugendlichen gesetzlich verboten bleibt, ist der einzige Ort, an dem Eltern ihren Kindern christliche Lehre vermitteln können, ihr Zuhause. Dabei müssen Eltern äußerste Vorsicht walten lassen, um nicht allzu große Aufmerksamkeit der Großfamilie oder örtlichen Behörden zu erregen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen muslimischer Herkunft stehen unter ständiger Beobachtung durch ihre Ortsgemeinschaft. Auf dieser Ebene überwachen Muslime genaustens die Aktivitäten protestantischer Gruppen und erstatten den lokalen Polizeibehörden darüber Bericht. Von lokaler bis nationaler Ebene überwachen Regierungsbeamte ständig die christlichen Aktivitäten; hiervon ausgenommen ist nur die Russisch-Orthodoxe Kirche.

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Staatliche Behörden verhängen Geldbußen für eine Vielzahl möglicher Verstöße. Dazu zählen etwa illegale Versammlungen, der Besitz christlicher Literatur oder die Speicherung christlicher Lieder auf dem Handy. Selbst eigentlich legale Gruppen (wie etwa Baptisten) sehen sich solcher Verfolgung ausgesetzt.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel entdeckt wird, werden von ihrer Familie und Ortsgemeinschaft schikaniert und (manchmal in harter Weise) verhört. Wenn eine Razzia bei Versammlungen oder in Privathäusern durchgeführt wird, was häufig geschieht, werden alle Anwesenden verhört. Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel entdeckt wird, müssen sich immer wieder auf der örtlichen Polizeistation melden. Damit will man sie einschüchtern. Sie müssen außerdem damit rechnen, auf der Straße angehalten, durchsucht und verhört zu werden.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Freunden und ihrer Familie und dem sozialen Umfeld (einschließlich dem örtlichen Imam) bedroht. Örtliche muslimische Gemeinschaften schikanieren außerdem protestantische Christen, die man der Evangelisierung bezichtigt. Evangelikale Christen werden von den Behörden u. a. schikaniert, bedroht oder diskriminiert.

Leben im Staat**Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?**

Religiöse Gruppen sind gesetzlich dazu verpflichtet, sich bei der Regierung zu registrieren; gleichzeitig werden alle religiösen Aktivitäten nichtregistrierter Gruppen für illegal erklärt. Das Gesetz schränkt die öffentliche Redefreiheit sowie Evangelisation ein, zensiert religiöse Literatur und begrenzt den Besitz religiösen Materials aller Art und Formate. Razzien in privaten Wohnungen von Christen haben entweder zu Bußgeldern, Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen oder einer Kombination davon geführt.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

In Usbekistan gibt es weder christliche politische Parteien noch christliche zivilgesellschaftliche Organisationen. Allein ein Registrierungsantrag dafür wird bereits als Straftatbestand interpretiert, als Versuch, eine extremistische Organisation zu gründen. Der Antragsteller riskiert, verhaftet zu werden. Jeder christlichen Organisation wird das Bestreben unterstellt, Menschen zum christlichen Glauben bekehren zu wollen.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Für alle Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, kann die öffentliche Meinungsäußerung zu Androhungen von Repressalien sowohl von der Regierung als auch von der örtlichen Bevölkerung führen. Die Verfolgung ist derart stark, dass Konvertiten und Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, praktisch dazu gezwungen werden, ihren Glauben geheim zu halten. Jede öffentliche Äußerung ihres Glaubens wird von der Regierung als Verkündigung des Evangeliums wahrgenommen. Russisch-Orthodoxe Christen sprechen für gewöhnlich nicht öffentlich über ihren Glauben. Muslime erachten christliche Predigten oder die Weitergabe des Evangeliums als nicht wünschenswert und setzen alles daran, dieses zu unterbinden.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Behörden, die gegen Christen vorgehen, tun dies mit Rückendeckung des Gesetzes und wenden dies bei ihrem Vorgehen nach eigenem Ermessen an. Die Behörden können damit rechnen, in völliger Straffreiheit zu handeln. Auch wer Christen muslimischer Herkunft und evangelistisch tätigen Christen schadet, geht straffrei aus. Dies geschieht zumeist seitens der muslimischen Kommune auf örtlicher oder regionaler Ebene.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Alle christlichen Aktivitäten außerhalb der Gebäude registrierter Kirchen sind verboten. Unabhängig davon würde das muslimische Umfeld solchen Aktivitäten umgehend mit Widerstand begegnen und diese den Behörden melden.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Christliche Arbeit unter Kindern und Jugendlichen ist verboten, einschließlich Sonntagsschulen und Jugendcamps. Das muslimische Umfeld würde jedes Anzeichen von Jugendveranstaltungen oder Sommercamps bei den Behörden zur Anzeige bringen.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Das Gesetz stellt Evangelisation unter Strafe. D. h. jeder Versuch, eine Person in ihrem Glaubenswechsel zu begleiten, wird geahndet – mit bis zu drei Jahren Haft. Es ist daher gefährlich für Gemeinden, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren. Ein Glaubenswechsel erfährt heftigen Widerspruch, vor allem von Muslimen in ländlichen Gebieten.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Alle religiösen Materialien müssen von der Regierung genehmigt werden. Nur wenige überwinden diese Hürde. Selbst die „Vereinigten Bibelgesellschaften“ haben damit Schwierigkeiten. Muslime erstatten den Behörden Bericht, falls sie entdecken, dass Christen christliches Material auf illegalem Wege ins Land schmuggeln.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Quellen zufolge wurden mindestens 21 Christen muslimischer Herkunft von ihren Familien und dem sozialen Umfeld angefeindet und geschlagen.
- **Festgenommene Christen:** Im November 2019 wurde eine Gruppe von sechs Christen bei ihrer Rückkehr aus Kasachstan an der Grenze angehalten. Die Zollbeamten befragten sie vier Stunden lang, wer ihnen die zehn Exemplare des Buches „Lerne die Bibel“ gegeben habe, die sie bei sich trugen. Nachdem die Bücher beschlagnahmt worden waren, wurden sie wieder freigelassen.

- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Eine Christin wurde von ihrem muslimischen Ehemann wiederholt geschlagen und von ihm aus der Ehe verstoßen. Um zu verhindern, dass sie sich mit anderen Christen trifft, kommt er immer wieder zu Besuch und schlägt sowohl sie als auch ihre beiden Söhne. Ein Pastor und seine Familie wurden von muslimischen Verwandten aus ihrem Haus vertrieben und unter Morddrohungen dazu aufgefordert, sowohl ihre Gemeindegarbeit einzustellen als auch ihrem Glauben abzuschwören.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019“ des US-Außenministeriums stellt fest:

- Mitglieder religiöser Gruppen, deren Anträge zur Registrierung von den Behörden abgelehnt wurden, können ihren Glauben nicht praktizieren, ohne Gefahr zu laufen, strafrechtlich verfolgt zu werden. Laut Medienberichten dauerten die öffentlichen Debatten über die Regierungspolitik bezüglich des Tragens von Bärten und Hijabs an; hierzu gab es auch Berichte, dass die Polizei Männern in Taschkent zwangsweise die Bärte abrasierte. Das Bildungsministerium hielt Kleidungs Vorschriften aufrecht, die das Tragen religiöser Kleidung und Symbole, wie zum Beispiel Kippas, Kreuze und Hijabs, in Schulen verbieten. Als Reaktion auf einen Sturm der Entrüstung in sozialen Medien wegen des Ausschlusses zweier weiblicher Studenten von der Universität, die Hijabs getragen hatten, erlaubte die Regierung im April 2019 weiblichen Studenten das Tragen von Kopftüchern im traditionellen Ikat-Stil Usbekistans mit einem am Hinterkopf gebundenen Knoten. Die Polizei verhaftete zwei Blogger, die von der Regierung forderten, dass Mädchen das Tragen von Hijabs erlaubt werden sollte, Männer Bärte haben dürften und Kinder Moscheen besuchen dürften, obwohl es gegen andere Blogger, die die Regierung kritisiert hatten, keine Reaktion der Behörden gab. Presseberichten zufolge wies die Bildungsbehörde des Distrikts Taschkent weiterhin Pädagogen an, Schulaktivitäten auf Freitage zu legen, um zu verhindern, dass Schüler zum Gebet befreit würden. Medien berichteten, dass die Regierung auch weiterhin den Zugang zu Webseiten mit religiösen Inhalten, einschließlich Nachrichten mit christlichem oder muslimischem Bezug, blockiert. Eine Liste illegaler Webseiten, die laut Regierung mit islamisch-extremistischen Aktivitäten in Verbindung stehen, wurde veröffentlicht. Laut der internationalen Nichtregierungsorganisation für Religionsfreiheit, Forum 18, war es weiterhin schwierig für Einzelne, am Hadj teilzunehmen, ohne auf die Vorteilsnahme persönlicher Beziehungen oder Bestechungsgeld zurückzugreifen. Die Behörden begrenzten die Teilnahme am Hadj im Allgemeinen weiterhin auf Personen, die älter als 45 Jahre sind.

Alle religiösen Gruppen, einschließlich Muslimen, Zeugen Jehovas, Juden und Bahais usw., leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung. Der Rat für religiöse Angelegenheiten spielt hierbei eine entscheidende Rolle.

Beispiele von Verfolgung anderer religiöser Gruppen:

- Hadj-Pilgerfahrten werden in Usbekistan strenge Beschränkungen auferlegt; dazu gehört die Verwendung von „schwarzen Listen“, um strenggläubige Muslime davon auszuschließen und willkürlich einzuschränken, wer die Pilgerfahrt machen darf. Die Kontrollen sind kompliziert und vielschichtig und involvieren den Staatssicherheitsdienst, die Muftiate und den Rat für religiöse Angelegenheiten. Die Komplexität des Systems erleichtert Korruption. Das Strafgericht in Taschkent verurteilte drei Muslime zu Strafen zwischen fünf und sechs Jahren, nachdem verdeckte Ermittler sie wegen der Unterstützung terroristischer Aktivitäten aufgesucht hatten. Obwohl sie bei Gericht aussagten, dass ihre „Geständnisse“ durch Folter herbeigeführt worden waren, „wurde dies vor Gericht komplett ignoriert“. Ein weiteres Gerichtsverfahren mit ähnlichen Anklagepunkten gegenüber acht Männern soll am gleichen Strafgericht durchgeführt werden.

Ein Muslim, der seine Schwester bat, ihn „noch ein letztes Mal“ zu besuchen, sitzt eine 16-jährige Haftstrafe ab, weil er Koranstudien betrieb und ohne Erlaubnis islamische Gebete sprach.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Laos: Platz 22

Kurze Zusammenfassung

Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten, auch die der registrierten Kirchen. Da alle Treffen den Behörden gemeldet werden müssen, sind Hauskirchen gezwungen, im Geheimen zu agieren, da sie als „illegale Versammlungen“ betrachtet werden. Sogar 75 Prozent der Kirchen der offiziell anerkannten „Lao Evangelical Church“ (LEC) haben keine dauerhaften Kirchengebäude und führen ihre Gottesdienste in Wohnungen durch. Christliche Konvertiten tragen die Hauptlast der Verletzungen von Menschenrechten. Man beschuldigt sie, sie würden sich von der (buddhistisch-animistischen) Gesellschaft isolieren. Lokale Behörden und ihre eigene Familie setzen sie deshalb unter Druck (hier ist ihre erweiterte Familie gemeint, da der laotische Haushalt meist aus drei Generationen unter einem Dach besteht). Beide, Familien und Behörden, hetzen die örtliche Gemeinschaft auf oder suchen dazu die Unterstützung örtlicher religiöser Leiter.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	71	22
2020	72	20
2019	71	19
2018	67	20
2017	64	24

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Rückgang um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2021 im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 ist auf eine etwas offenere Haltung der nationalen Regierung gegenüber Christen und Kirchen zurückzuführen. Dies hat dazu geführt, dass die Punktzahlen in den Bereichen Leben im Staat und kirchliches Leben gesunken sind. Der Druck, den die (zumeist lokalen) staatlichen Behörden auf Christen ausüben und der sehr hohe Druck auf Konvertiten vonseiten der Familie, Freunde, Nachbarn und lokalen Behörden ist in etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Indem es hohen Druck auf Christen ausübt, folgt Laos dem Beispiel anderer Länder, die immer noch von kommunistischen Parteien regiert werden – besonders seinem großen Nachbarn China.

2. Trends und Entwicklungen

1) Covid-19 hat den Aufwärtstrend der Wirtschaft beschädigt

Jahrelang genoss Laos eine der höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten in Asien, obwohl man dies als „geliehenes Wachstum“ sehen kann, das von China und seinen großen Infrastrukturprojekten angetrieben wurde. Als Binnenland ist und bleibt Laos von seinen größeren Nachbarn Vietnam und China abhängig, da es für den Handel Zugang zum Meer benötigt. Der soziale Fortschritt hat nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten, aber in den letzten Jahren hat es trotz aller noch verbleibenden Herausforderungen einige Verbesserungen gegeben. All diese hoffnungsvollen Entwicklungen – einschließlich des erwarteten Abschieds aus dem Kreis der „am wenigsten entwickelten“ Länder (gemäß der Definition der Weltbank) bis 2024 – könnten jedoch durch die Folgen der Covid-19-Krise zunichte gemacht werden. Auch wenn Laos von der Pandemie selbst weniger betroffen zu sein scheint, wird der weltweite wirtschaftliche Abschwung das Land schwer treffen. Ländliche Gebiete und die Armen in der Gesellschaft werden die Folgen zuerst zu spüren bekommen.

2) Die Abhängigkeit von China hat ernste Folgen

Laos hat sich durch Kredite und in Anspruch genommene Hilfen stark von seinem großen Nachbarn China abhängig gemacht. Dies birgt nicht nur das Risiko, in eine Schuldenfalle zu geraten – ein Risiko, in dem sich andere Länder bereits befinden –, sondern hat auch viel unmittelbarere ökologische und soziale Folgen. Doch nicht nur China baut Dämme im Land, auch andere Länder sind beteiligt. Es gibt ausgedehnte Plantagen, die von ausländischen Unternehmen (viele davon chinesische) für den Export von Obst betrieben werden. Solche Projekte berücksichtigen in der Regel nicht die längerfristigen (ökologischen) Kosten.

In der gegenwärtigen Wirtschaftslage sieht Laos kaum eine andere Möglichkeit, als sich noch stärker auf China zu verlassen. Dies wiederum würde bedeuten, dass Fragen der Religionsfreiheit oder die Situation religiöser Minderheiten vermutlich noch weiter in den Hintergrund rücken werden. Sowohl die chinesische als auch die laotische Führung verfolgen eine Politik, bei der die kommunistische Ideologie zunehmende Betonung erlangt. Dies könnte dazu führen, dass die allmählich fortschreitende Öffnung der Regierung gestoppt würde. Ein Experte für das Land formulierte kürzlich: „Transparenz und Rechenschaftspflicht sind keine Worte, mit denen ich Laos beschreiben würde“ (ASEAN Today, 13. August 2020). Christen können dies auch im Alltag spüren, umso mehr, wenn der Einfluss Chinas wächst.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der World Christian Database 2020 sind 53,2 Prozent der Bevölkerung Buddhisten, die hauptsächlich den Lehren des Theravada-Buddhismus folgen. 41,9 Prozent gehören ethnischen Religionen an (Chinesen nicht eingeschlossen), die eng mit ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer Stammeszugehörigkeit verknüpft sind und den in Thailand praktizierten Religionen ähneln. Mehrere Volkstraditionen sind in den Buddhismus eingeflossen, so dass sich die oben genannten Zahlen stark überschneiden. Volkstraditionen beinhalten zum Beispiel die Verehrung von Flüssen, Bäumen oder Naturphänomenen und schließen den Ahnenkult ein.

Das Land befindet sich immer noch im festen Griff der Kommunistischen Partei. Daher betrachten die Behörden Religion als etwas Feindliches, das kontrolliert werden muss. Während der Buddhismus bis zu einem gewissen Grad als Teil des Erbes des Landes akzeptiert wird und die animistischen Religionen als unausrottbarer Aberglaube angesehen werden, gilt der christliche Glaube als fremd, mit westlichen Werten verbunden und wird insbesondere in den Dörfern als Feind des Kommunismus wahrgenommen. Gleichzeitig erkennt die Regierung das Christentum als eine der vier offiziellen Religionen in Laos an. Während auf nationaler Ebene eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der registrierten Lao Evangelical Church (LEC) stattfindet, fehlt eine solche Anerkennung auf der lokalen Ebene noch immer, und noch mehr für Christen, die nicht unter dem Dach der LEC stehen. Der „International Religious Freedom Report 2019“ des US-Außenministeriums verlautet auf Seite 11: „Die LEC berichtete, dass sie etwa 600 Kirchen im ganzen Land betreibt und in vielen weiteren ‚inoffiziellen‘ Hauskirchen Gottesdienste durchführt. Sie führten die große Zahl von Hauskirchen auf die Schwierigkeiten bei der Erlangung von Baugenehmigungen bei den lokalen Behörden zurück.“

Laos ist eines der wenigen theravada-buddhistischen Länder der Welt und folgt der ältesten bestehenden buddhistischen Tradition. Aber wie passt dieses alte Glaubenssystem in die kommunistische Ideologie der nationalen Führung? Es besteht eine enge Verbindung zwischen der Gesellschaft und dem Einfluss des Buddhismus, der Tempel und Mönche. Buddhistische Tempel sind nicht nur religiöse Zentren; sie dienen auch als Treffpunkte des Gemeinschaftslebens, insbesondere in ländlichen Gegenden, und die meisten buddhistischen Männer verbringen einige Zeit ihres Lebens in einem Tempel – von einigen Tagen bis hin zu längeren Zeiträumen. Von den Männern wird erwartet, dass sie dieser Tradition folgen, und sie führt zu einer natürlichen Verbindung mit dem Buddhismus, den Klöstern und der Autorität der Mönche. Die religiösen Ziele einiger buddhistischer Mönche überschneiden sich mit den politischen Zielen der Kommunistischen Partei, nämlich die Kontrolle über das Land zu behalten. Das Hauptziel der Kommunisten ist die Erhaltung der Stabilität im Land und die Sicherheit der Regierung. Das vorrangige Ziel vieler buddhistischer Mönche ist es, ihre respektierte Rolle in der Gesellschaft beizubehalten und ihr Monopol in religiösen Angelegenheiten und ihren politischen Einfluss zu wahren. Dieser Wunsch nach Macht- und Positionserhalt stellt eine große Gemeinsamkeit der beiden Seiten dar.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung, vermischt mit diktatorischer Paranoia

Laos ist eines der fünf letzten marxistisch-leninistischen Länder der Welt. Es hält auch standhaft an seiner kommunistischen Ideologie fest und widersetzt sich folglich jedem Einfluss, der als fremd oder westlich angesehen wird. Um die Kontrolle zu behalten, baut die kommunistische Regierung einen enormen Druck auf die Gesellschaft auf, einschließlich der kleinen christlichen Minderheit. Per definitionem hat sie eine negative Sicht auf Christen. Die laotische Regierung kontrolliert alle Informationsquellen, inklusive Zeitungen und Radio. Am stärksten ist der staatliche Druck vonseiten der jeweils Verantwortlichen auf Provinz- und Dorfebene zu spüren. Die Kommunistische Partei wird alles tun, was sie für notwendig erachtet, um an der Macht zu bleiben – eher noch als ein einzelne politische Führer. Christen müssen daher immer stillschweigend vereinbarte Regeln beachten, und es gibt Grenzen, die sie nicht überschreiten sollten, um negative Reaktionen der Behörden zu vermeiden. Lokale Beamte nutzen die oft feindselige Einstellung der Gesellschaft gegenüber Christen, um eine Überwachung zu rechtfertigen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Animistische und andere Stammesriten werden in den Stammesgebieten befolgt, besonders in den ländlichen Gebieten (die mindestens 60 Prozent des Landes ausmachen). Sich von diesen Riten abzuwenden, wird als Verrat betrachtet. Dorfälteste und Familienmitglieder in einigen Landesteilen sehen es als notwendig an, Christen des Dorfes zu verweisen, da sie fürchten, dass dieser fremde Glaube die Schutzgeister des Dorfes verärgern könnte.

Dies geschieht zum Beispiel, wenn Christen sich weigern, ihre Toten einzuäschern. Immer wieder zwingen lokale Beamte Christen dazu, ihrem Glauben abzuschwören. Dorfälteste drängen gelegentlich die lokalen Behörden dazu, Christen zu verhaften. Die Beamten dürften dabei weniger um die Aufrechterhaltung alter Normen und Regeln besorgt sein, als vielmehr darum, im Dorf den Frieden zu wahren.

5. Verfolger

Ausgehend von kommunistischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Rechte von Christen werden oft von den kommunistischen Regierungsbehörden verletzt – größtenteils auf der regionalen und lokalen Ebene – da der christliche Glaube als Störung des dörflichen Friedens angesehen wird.
- **Politische Parteien:** Aus Sicht vieler Mitglieder der Kommunistischen Partei – wiederum vor allem auf lokaler Ebene – verstoßen Christen gegen die Doktrin, wonach Religion Opium fürs Volk ist, und sind mit dem Westen verbunden. Deshalb gehen sie gegen Christen vor.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Zumindest auf dem Papier beachten diese Anführer und Leiter die kommunistische Doktrin. Wenn sie also Druck auf Christen ausüben, werden die Behörden sie wahrscheinlich nicht aufhalten, besonders dann nicht, wenn sie dadurch den Frieden im Dorf bewahren wollen. Gelegentlich haben sich buddhistische Mönche gegen Christen ausgesprochen, aber ihre Rolle ist bei weitem nicht so bedeutend wie die vieler Mönche in Myanmar oder Sri Lanka.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Sehr häufig erleben christliche Konvertiten Verfolgung durch ihre eigene Familie. Die Entscheidung, nicht mehr den üblichen, animistischen Riten zu folgen, hat weitreichende Folgen. Sie führt für viele Konvertiten zur Verbannung aus der eng verbundenen Gemeinschaft, wie sie vor allem im überwiegend ländlichen Teil von Laos zu finden ist.
- **Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter:** Meist wird Verfolgung gegen Konvertiten von lokalen Anführern ethnischer Gruppen geschürt, zum Teil auch zusammen mit Dorfältesten. Christen gelten als Unruhestifter und Gefahr für den Dorffrieden und damit als Bedrohung für die ganze Gemeinschaft. Daher werden sie unter Druck gesetzt, ihren „fremden“ Glauben aufzugeben, und werden unter Umständen, falls diese Vorgehensweise keinen Erfolg bringt, aus dem Dorf ausgeschlossen. Dies geschieht zur Erhaltung der Stammeskultur und dient letztlich dem Erhalt der Autorität der Ältesten in ihrem Stamm.

- **Gewöhnliche Bürger:** Der Entschluss eines Konvertiten, die Geister nicht mehr zu verehren, beeinflusst das ganze soziale Umfeld; man glaubt, die Geister könnten sich gegen die Dorfgemeinschaft wenden. Daher beobachten gewöhnliche Bürger, besonders in den ländlichen Gegenden, die Christen misstrauisch und vertreiben sie teilweise sogar aus ihren Dörfern.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte machen sich bei dem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen Christen oft mitschuldig, indem sie dies verschweigen oder unterstützen, manchmal sogar entgegen den Befehlen von höherer Ebene.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsaly und Houphan im Norden (wo auch die Hmong-Minderheit konzentriert ist), Khammuane und Savannakhet im Süden sind traditionell schwierige Orte für Christen. Die örtlichen Behörden in diesen Gebieten scheinen immer noch sehr entschlossen zu sein, das christliche Zeugnis zum Schweigen zu bringen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Gemeinden vermischen sich nicht mit den lokalen Gemeinden, außer in seltenen Fällen in den Städten. Zu ihnen gehören Gemeinschaften von Mitarbeitern im diplomatischen Dienst, die zum Beispiel Druck durch das Überwachungssystem der Polizei erleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dabei handelt es sich um Gemeinschaften wie die Römisch-Katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten: Obwohl diese Kirchen offiziell von den Behörden anerkannt sind, werden sie überwacht und im Falle der LEC werden sie bei der Auswahl ihrer Leiter und beim Drucken christlicher Literatur eingeschränkt. Berichten zufolge hat die Regierung historische Kirchen gezwungen, nicht registrierte Gemeinden vor Ort zu überwachen, aber das Ausmaß dieser Überwachung ist unbekannt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

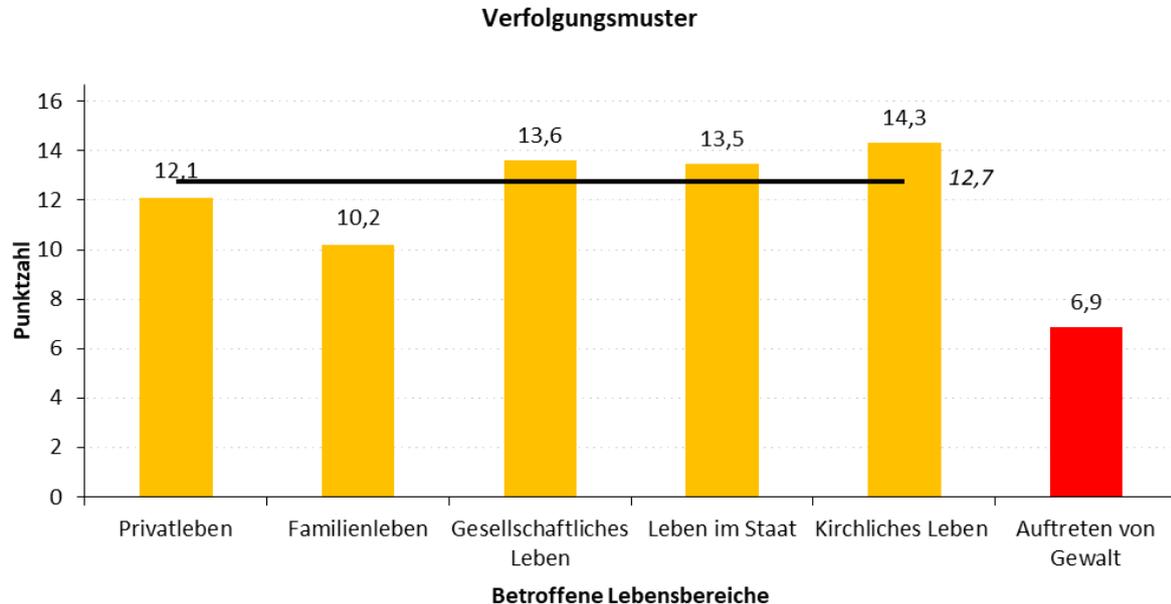
Konvertiten stammen aus einem buddhistischen oder ethnisch-animistischen Hintergrund und sind am stärksten von Druck und Gewalt betroffen, sowohl vonseiten lokaler Behörden als auch durch Familie, Freunde und Nachbarn. Da jede Bekehrung ein Anzeichen dafür ist, dass der christliche Glaube wächst, geht die Regierung – wiederum stärker auf der lokalen Ebene – hart gegen die Christen vor, wenn über Bekehrungen berichtet wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Laos existieren baptistische, pfingstkirchliche, methodistische sowie andere evangelikale Gemeinden, außerdem Lutheraner, Assemblies of God und viele andere Denominationen. Da die Regierung keine „illegalen“ Versammlungen erlaubt, müssen die zuvor genannten Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten Kirchen registrieren. Gemeinden, die dies nicht tun, müssen sich heimlich treffen. Mitglieder dieser Gemeinden erleben Diskriminierungen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Gesellschaft. Einige der oben genannten Konfessionen haben

vergeblich versucht, sich registrieren zu lassen. Wie ein Länderexperte es ausdrückte: „Sie werden normalerweise nicht belästigt, es sei denn, sie beginnen, in neuen Gebieten zu wachsen.“

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Laos

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ist mit 12,7 Punkten sehr hoch, das bedeutet einen Anstieg um 0,5 Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020.
- Der Druck ist in den Bereichen kirchliches Leben, gesellschaftliches Leben und Leben im Staat am stärksten (nämlich extrem hoch). Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders intensiv in den Bereichen Privatleben und Gesellschaftliches Leben während alle Christen hohem Druck in den Bereichen Leben im Staat und Kirchliches Leben ausgesetzt sind. Der Druck in den beiden letztgenannten Bereichen hat abgenommen, weil die Zentralregierung ein Schulungsprogramm zur Gewährleistung der Religions- und Glaubensfreiheit für die lokalen Behörden einführte. Obwohl noch weitere Folgen vor Ort abzuwarten sind, hat dieses Programm bereits einige positive Auswirkungen gehabt.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt stieg von 5,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 6,9 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Im Weltverfolgungsindex 2021 gab es mehr Berichte über Angriffe und Zerstörungen von Kirchen und Häusern von Christen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Jede Diskussion über den Glauben kann als (Zwangs-)Bekehrungsversuch interpretiert werden, welche in Laos verboten ist. Vor allem in den Dörfern sind Christen daher sehr zurückhaltend, sich über ihren Glauben zu unterhalten – selbst mit ihren Familienangehörigen, sofern diese keine Christen sind. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Fälle, in denen Christen den Dorfbehörden gemeldet wurden, so dass die meisten von ihnen sehr vorsichtig sind, mit wem sie ihren Glauben teilen.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Da alle Versammlungen von der Regierung als potenziell gefährlich angesehen werden, muss jedes Treffen von den lokalen Behörden genehmigt werden. Dadurch werden derartige Treffen in der Regel verhindert oder für illegal erklärt. Die meisten Dörfer werden durch einen Dorfvorsteher geleitet („pho ban“ oder „nai ban“). Ihm zur Seite stehen ein oder zwei von den Dorfbewohnern gewählte Assistenten, die alle Aktivitäten im Dorf überwachen und den Frieden bzw. die Kultur wahren sollen. Distrikt- und Provinzvorsteher nutzen manchmal ihre Position und bedrohen Christen mit dem Ausschluss aus dem Dorf wegen ihrer christlichen Aktivitäten wie Lobpreis, Gebet und Bibellesen. Da die Christen genau beobachtet werden, werden Begegnungen mit anderen immer notiert, und Besuche von Christen, die von außerhalb des Dorfes kommen, sind noch schwieriger. Viele Laoten glauben, dass sie von „phi“ (Geistern) beschützt werden. Die Angst davor, diese Geister zu beleidigen, führt dazu, dass sich Familienmitglieder gegen Christen wenden. Sie hindern oft Christen daran, sich mit anderen Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Konvertiten, die zumeist aus einem animistischen Hintergrund kommen, erfahren bei ihrer Bekehrung fast immer starken Widerstand von ihren Familien und ihrem Dorf. Sie werden verspottet, weil sie einem „fremden“ Glauben folgen und laufen Gefahr, enteignet und zum Verlassen ihres Dorfes aufgefordert zu werden. Widerstand kommt von der Familie und der Gemeinschaft, die oft Angst haben, dass ein neuer Christ die Geister erzürnt. Oftmals üben darüber hinaus lokale Behörden Druck aus, manchmal mit Unterstützung der Polizei, die sicherstellen wollen, dass der Frieden im Dorf erhalten bleibt. In einem Beispiel aus dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 kam eine ganze Familie zum Glauben an Jesus, nachdem ein Mann durch Gebet geheilt worden war. Der Dorfvorsteher missbilligte dies und begann, das Eigentum des Mannes zu beschlagnahmen und unterbrach die Wasser- und Stromversorgung der Familie. Dies löste bei dem Christen psychischen Problemen aus. Daraufhin wies der Dorfvorsteher die Familie des Mannes an, ihn in einen Käfig zu sperren, um zu verhindern, dass der Mann andere Menschen im Dorf gefährdete.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Obwohl es von der einzelnen Familie und manchmal sogar von einzelnen Familienmitgliedern abhängt, stellt eine Hinwendung zum christlichen Glauben im Allgemeinen eine große Herausforderung für den traditionellen und animistischen Glauben dar. Darüber hinaus ist es auch eine Frage von Scham und Ehre, so dass Konvertiten, die offen über ihren Glauben sprechen, Gefahr laufen, unter Druck gesetzt zu werden, wieder zu konvertieren. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden in

einigen Fällen Konvertiten bedroht und, nachdem sie darauf bestanden, dem christlichen Glauben treu zu bleiben, aus ihren Häusern und sogar aus dem Dorf vertrieben.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Buddhistische Lehren werden oftmals als Teil der laotischen Kultur betrachtet und sind daher Teil des Lehrplans in den Schulen. Von christlichen Studenten kann verlangt werden, dass sie an buddhistischen Tempelritualen teilnehmen oder in animistischen Praktiken unterrichtet werden. Kindern aus christlichen Familien wurde sogar wegen ihres Glaubens die Aufnahme in bestimmte Schulen verweigert. Einigen wurde vom Lernen abgeraten, da sie ohnehin keine Aussicht hätten, in Zukunft eine Arbeit zu finden, falls sie Christen blieben. Folglich wurde einigen von ihnen die Möglichkeit verwehrt, ein Gymnasium zu besuchen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Taufen sind eines der sichtbarsten Zeichen einer lebendigen und wachsenden Kirche und müssen daher mit äußerster Vorsicht durchgeführt werden, besonders wenn sie in ländlichen Gebieten stattfinden. Selbst die LEC ist nicht in der Lage, frei Taufen im ganzen Land durchzuführen.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Bei den dörflichen Beerdigungen werden immer noch animistische Praktiken befolgt. Um nicht die Geister zu erzürnen und dadurch Krankheit und Unfälle über das Dorf zu bringen, müssen die Verstorbenen „auf die richtige Art“ beerdigt, nämlich eingeäschert werden. Dies schließt Christen mit ein. Zudem ist es für Christen buddhistischer Herkunft schwierig, buddhistische Praktiken bei den Beerdigungszeremonien zu umgehen. In einigen Fällen wurde Christen die Nutzung von Gemeinschaftsfriedhöfen für ihre Verstorbenen gänzlich verweigert. In einem Fall mussten die Christen eine zusätzliche Gebühr entrichten und erhielten schließlich Zugang. In anderen Fällen müssen die Christen einen Platz außerhalb der Dorfgrenzen finden.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Manchmal werden christliche Kinder durch Druck zum Schulabbruch gezwungen. Wenn sie den Unterricht weiterhin besuchen, sind sie häufig dem Mobbing von Mitschülern ausgesetzt, weil man sie als anders wahrnimmt. Es gab auch Berichte über christliche Schüler, die bei der Verteilung von Schulmahlzeiten übersehen wurden, wobei Lehrer ihnen sagten, dass „ihr Jesus sich um sie kümmern sollte“. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 erhielten christliche Kinder zumindest in einer Schule Essen wie alle anderen auch.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsaly und Houphan im Norden und Savannakhet im Süden sind für Christen in der Vergangenheit schwierige Orte gewesen. Hier scheinen die lokalen Behörden (besonders Dorfälteste) fest entschlossen zu sein, das christliche Zeugnis zum Schweigen zu bringen,

indem sie Christen belästigen, verhaften und aus ihren Häusern vertreiben. Der christliche Glaube wird als westlich angesehen, als eine Gefahr für die kommunistische Ideologie und den Staat. Lokale Gemeinschaften helfen häufig bei der Überwachung christlicher Aktivitäten. Viele Christen glauben, dass ihre Telefone abgehört werden, obwohl dies schwer zu beweisen ist. In einer Provinz jedoch bat die Polizei die Kirchenführer (die intensiver überwacht werden), Fotos, Telefonnummern und andere Angaben zu Pfarrern und Leitern zu machen, um die Überwachung zu erleichtern.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

In einigen Fällen wurde Christen auf Grund ihres Glaubens eine Arbeitsstelle verweigert, christliche Geschäftsleute erlebten Diskriminierung. Die Einstellung von Mitarbeitern geschieht normalerweise auf Empfehlungsbasis, und Laoten empfehlen für gewöhnlich jemand aus ihrer eigenen Familie. Auf diese Weise bleiben Christen von den meisten Arbeitsstellen ausgeschlossen. Falls sie doch eingestellt werden, halten sie ihren Glauben aus Angst vor Diskriminierung und Missbrauch meistens geheim. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Berichte über Konvertiten, die ihre vom Dorfoberhaupt zugeteilten Arbeitsplätze verloren, als ihre Konversion bekannt wurde. Ein laotischer Christ erklärte: „Wenn Sie für die Regierung arbeiten, werden alle Beamten an Ihrem Arbeitsplatz versuchen, Sie mit Argumenten oder Drohungen davon zu überzeugen, vom Christentum zum Buddhismus zu konvertieren“. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es viele Fälle, in denen Christen, sobald sie entdeckt wurden, entweder entlassen wurden (in der Armee), die Chance auf eine Beförderung verpassten (wenn sie im Staatsdienst standen), ihnen mit dem Verlust der staatlichen Leistungen gedroht wurde oder ihnen und ihren Verwandten die Kündigung ihres Arbeitsvertrags drohte.

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

Christen zögern normalerweise, an kommunalen Einrichtungen und Dorfversammlungen teilzunehmen, da diese oft mit religiösen Elementen gespickt sind. Auf der anderen Seite werden Christen auch oft daran gehindert, an solchen Treffen teilzunehmen, da Dorfbewohner und lokale Behörden glauben, dass ihre bloße Anwesenheit die Geister verärgert und der Gemeinschaft Unglück bringt. Bei einem Vorfall wurde ein Christ, der gerade vorbeikam, von Dorfbewohnern festgehalten und beschuldigt, ein „amerikanischer Spion“ zu sein.

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Lokale Behörden verhängen Geldstrafen gegen Christen für illegale Treffen. In einigen Fällen wurden die Besitztümer von Christen (z. B. Autos und technische Ausrüstung) beschlagnahmt. Christen werden häufig Opfer von Erpressung. Pastoren sehen sich veranlasst, zu Weihnachten den Behörden ungefragt Geschenke zu geben, um sich bei ihnen einzuschmeicheln. Wenn ein Christ ein amtliches Dokument beantragt, muss er oft zusätzliche Zahlungen leisten. Derartige Zahlungen (oder Bestechungsgelder) sind zwar allgemein üblich, können für einen Christen aber leicht die zehnfache Höhe erreichen. Manchmal werden Christen auch gezwungen, die Polizei für ihre eigene Überwachung zu bezahlen und somit dafür, dass sie sich treffen und anbeten können.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Artikel 9 der geänderten Verfassung von 2003 betont die Pflicht des Staates, alle Religionen zu respektieren und zu schützen, insbesondere Buddhisten und Mönche, während Artikel 43 besagt, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, an eine Religion ihrer Wahl zu glauben oder auch nicht. Dennoch wurden seit der Veröffentlichung des Dekrets 92 im Jahr 2002 diese Zugeständnisse zur Religionsausübung missbraucht, um die tatsächliche Ausübung von Religionsfreiheit zu erschweren. Das Dekret verlangt eine vorherige Zustimmung der Regierung zu jeder Form religiöser Aktivität. Ohne diese Zustimmung gilt jegliche Aktivität als illegal. Der Übertritt zu einem neuen Glauben, christliche Verkündigung und kirchliche Aktivitäten erfordern alle die Zustimmung der Regierung. Basierend auf den Erfahrungen von christlichen Leitern erteilt die Regierung diese Zustimmung äußerst selten. Das Dekret 92 wurde im August 2016 durch das Dekret 315 ersetzt, welches der Regierung die finale Entscheidungsgewalt bezüglich der Zulässigkeit von religiösen Aktivitäten gibt. Als positive Entwicklung ist jedoch zu verzeichnen, dass das Innen- und Außenministerium begonnen haben, sich intensiv um die Aufklärung der Beamten auf Provinz- und Kommunalebene über die Verpflichtung von Laos zur Einhaltung von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu bemühen. Sobald diese Bemühungen Früchte tragen, dürfte die Situation sich in diesem Bereich verbessern.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Die offene Äußerung religiöser oder anderer Ansichten, die vom Denken der Regierung abweichen, hat einen hohen Preis. Die sozialen Medien lassen zwar mehr Raum, um Gedanken auszudrücken, werden jedoch streng überwacht. Ein Länderexperte kommentierte: „In der laotischen Kultur äußern die meisten Menschen ihre Ansichten oder Meinungen nicht in der Öffentlichkeit. Die meisten Erklärungen sind indirekt und kommen über eine dritte Partei. Christen folgen auch den kulturellen Normen und zensieren oft selbst ihre Ansichten zur Politik und zu Fragen, die die Regierung betreffen.“

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Es gibt in Laos keine unabhängige Zivilgesellschaft. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) müssen bei der Regierung registriert sein und können sich nicht offen zu ihrer religiösen Basis und ihrem Glauben bekennen. Der Assoziationserlass, der im Januar 2018 in Kraft trat, schaffte die Freiheit der NGOs grundlegend ab, ihre Aktivitäten zu entwickeln und umzusetzen. Sie verlangte auch, dass alle Vereinigungen (einschließlich religiöser Konfessionen oder Gruppen) gesetzlich registriert und von der Regierung reguliert werden, einschließlich der Berichterstattung über und der Genehmigung der Regierung von Finanzierungsquellen. Der Erlass gab der Regierung die Befugnis, Mitglieder oder Personen, die nicht eingetragenen Vereinigungen angehören, strafrechtlich zu verfolgen. Die Aktivitäten von NGOs müssen vorab von den Regierungsministerien genehmigt werden und sind auf bestimmte Bereiche der Sozialarbeit beschränkt. Artikel 31 des Erlasses legt die Verbote von Vereinigungen fest; diese Verbote umfassen Aktivitäten, die lokale und ethnische Traditionen bedrohen (die leicht gegen Christen und kirchliche Arbeit in Stammesgemeinschaften missbraucht werden können). Die Regierung verbietet alle politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Es wird von vielen Fällen berichtet, in denen Konvertiten mit den Behörden in Schwierigkeiten geraten, wenn sie versuchen, Familienbücher, Ausweisdokumente oder irgendeine Art von Genehmigung zu erhalten, wenn sie mit der Polizei zu tun haben, wenn sie sich für die Schule anmelden usw.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Alle kirchlichen Aktivitäten werden überwacht. Die Geheimpolizei besucht Gottesdienste, hält Besucherzahlen fest, verfasst Notizen zu den Predigten und protokolliert alle Vorgänge. Selbst Polizeibeamte in Uniform überwachen Kirchen hin und wieder ganz offen. Gottesdienste in staatlich anerkannten Kirchen werden nur selten behindert, unterbrochen oder blockiert. Die Regierung ist gegenüber religiösen Praktiken in städtischen Gebieten etwas toleranter als in ländliche. Hier greifen örtliche Beamte und die Polizei oft streng durch und verletzen das Recht auf Gottesdienst an einer Reihe von Orten; durch die enge Überwachung wissen die Behörden von allen Gruppen, die sich zum Gottesdienst treffen. In einem Beispiel aus dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 besuchten sieben Polizeibeamte den Gottesdienst einer LEC-Mitgliedskirche. Einer der Offiziere kannte sogar einige der Lieder, die während des Gottesdienstes gesungen wurden. Die Offiziere machten Fotos und Videos vom Gottesdienst. Danach beschlagnahmten sie die Bibeln, Liederbücher und eine SD-Karte aus dem Mobiltelefon eines Christen. Sie verhörten auch die anwesenden Christen und stellten Fragen darüber, wie viel einem Pastor bezahlt wird und wie viel Geld jeden Sonntag in der Kollekte ist.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Von der Hinwendung zum christlichen Glauben wird auf vielerlei Arten dringend abgeraten. Neue Christen, die entschlossen an ihrem Glauben festhalten, schaffen es in der Regel irgendwann eine Kirche zu besuchen. Gleichzeitig, gibt es Berichte wonach die Polizei und das Innenministerium manche Gemeinden nachdrücklich daran erinnert haben, in benachbarten Dörfern keine Evangelisation durchzuführen. In einigen Orten, vor allem in den nördlichen Provinzen, zwingen die Bezirksbehörden die Kirchen fast wöchentlich, die Namen der Gottesdienstbesucher zu nennen.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Jegliche christliche Predigt und Lehre wird genau überwacht. Alle verwendeten Materialien müssen den örtlichen Behörden zur Überprüfung gemeldet werden. Prediger und Lehrer müssen offiziell als solche anerkannt sein und einen von der LEC ausgestellten Ausweis bei sich tragen.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Die Kirchen dürfen keine christlichen Materialien aus dem Ausland einführen. Die Regierung muss alle christlichen Bücher und andere Materialien, die im Land verwendet und verkauft werden sollen, genehmigen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Es gab mehrere Fälle, in denen Konvertiten aus ihren Gemeinschaften vertrieben wurden.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens 17 Christen wurden im März, Juli und September 2020 verhaftet. Es gab auch Berichte über die Festnahme weiterer Hmong-Christen.
- **Angriffe auf Kirchen:** Es wurde berichtet, dass mindestens acht Kirchengebäude in den Provinzen Salavan, Sekong und Luang Namtha angegriffen und teilweise zerstört wurden. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** In einigen Fällen wurden Christen ihre Felder weggenommen, wodurch sie und ihre Familien faktisch von jeder Unterhaltsquelle abgeschnitten wurden. In einem Fall wurde das Reislager eines Christen absichtlich in Brand gesteckt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das von der laotischen Regierung ratifizierte Dekret 315 (siehe Leben im Staat), hat für viele religiöse Gruppen wie Buddhisten oder Animisten Konsequenzen. Buddhisten haben teilweise Schwierigkeiten bei der Registrierung von Mönchen, besonders wenn sie sich außerhalb der regulären Lehre des Buddhismus bewegen. Unter den ethnischen Gemeinschaften sind es die Hmong (welche entweder Christen oder Animisten sind), die von der Regierung am stärksten unter Druck gesetzt werden. Muslime, Hindus und Bahai stellen winzig kleine Minderheiten in dem Land dar. Es waren keine Berichte zur Verfolgung dieser Religionen verfügbar.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Turkmenistan: Platz 23

Kurze Zusammenfassung

Selbst in russisch-orthodoxen und armenisch-apostolischen Kirchen kommt es vor, dass die Sonntagsgottesdienste überwacht werden. Der Druck und Import christlicher Materialien unterliegt Einschränkungen. Christen mit muslimischem Hintergrund sind am stärksten von der Verfolgung betroffen, die sowohl vom Staat als auch von Familie, Freunden und der Gesellschaft ausgeht. Christen aus nichtregistrierten Gemeinden leiden immer wieder unter Polizeirazzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	70	23
2020	70	22
2019	69	23
2018	68	19
2017	67	19

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl für Turkmenistan im Weltverfolgungsindex 2021 liegt weiterhin bei 70 Punkten, genau wie im Jahr 2020. Die Situation ist stabil, mit nur geringfügigen Veränderungen beim Druck auf Christen und Auftreten von Gewalt im Land.

Der Druck ist im Privatleben und kirchlichen Leben am stärksten, was den starken Einfluss der beiden Haupttriebkräfte der Verfolgung für Turkmenistan widerspiegelt: islamische Unterdrückung im Privatleben und diktatorische Paranoia im kirchlichen Leben. Muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner üben besonders Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund aus, während die Regierung die Aktivitäten christlicher Kirchen besonders stark einschränkt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Politik: Keine großen Veränderungen zu erwarten

Das Schlüsselwort hier ist Stabilität. In den letzten Jahrzehnten hat sich in Turkmenistan kaum etwas verändert. Die diktatorische Regierung erlaubt keine wirklichen Oppositionsparteien (einschließlich Demonstrationen jeglicher Art) und hat in nahezu allen Lebensbereichen konsequent strenge Überwachung eingeführt. Jedes Jahr werden Tausende von Menschen in Gefängnis- oder Arbeitslager geschickt. Turkmenistan wurde als das „Nordkorea Zentralasiens“ bezeichnet.

2) Wirtschaft: Schwere Zeiten sind eingetroffen

Die Zeiten, in denen Turkmenistan sich auf ein stetiges Einkommen aus Öl und Erdgas verlassen konnte, sind vorbei. Dies verursacht große Unsicherheit in der turkmenischen Bevölkerung, zumal sie weder Hilfe noch Schutz von der Regierung erhält. Das Regime behauptet weiterhin, dass es im Land keine Covid-19-Infektionen gebe.

3. Religiöse Situation im Land

Obwohl der Islam – überwiegend der sunnitische – die Hauptreligion Turkmenistans ist, wäre es falsch, Turkmenistan als muslimisches Land zu bezeichnen. 70 Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben einen spürbaren Einfluss hinterlassen. Die Regierung (die Erben der atheistischen Sowjets) ist streng säkular und hat den Islam im Land fest unter Kontrolle. Muslimische Bürger folgen eher der grundlegenden islamischen Kultur als strengen muslimischen Lehren.

Laut der World Christian Database sind Agnostiker und Atheisten die zweitgrößte religiöse Bewegung im Land, insbesondere in der Hauptstadt Aschgabat und anderen Großstädten. Dies ist das Ergebnis von 70 Jahren erzwungenem Atheismus durch die Regierung der UdSSR von 1917 bis 1991 und durch die Regimes der turkmenischen Präsidenten Nyýazow und Berdimuhamedow seitdem.

Nur 1,1 % der Bevölkerung in Turkmenistan sind Christen. Die kleine christliche Minderheit ist aufgrund von Spaltungen und der geringen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen geschwächt. Davon gibt es nur wenige Ausnahmen, und genau das spielt der Regierung in die Hände.

In der Verfassung des Landes ist trotz gegenteiliger Behauptungen keine Religionsfreiheit verankert. Die diktatorische Regierung Turkmenistans setzt eine große Anzahl staatlicher Spitzel (Polizei, Geheimdienste, lokale Imame) ein, um alle religiösen Aktivitäten genau überwachen zu können. Sie hat der Religionsfreiheit so viele Einschränkungen auferlegt, dass man sagen kann, dass es Religionsfreiheit in Turkmenistan einfach nicht gibt. Dies gilt für alle Religionen, nicht nur für den christlichen Glauben.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Es sind keine religiösen Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen erlaubt. Protestantische Christen werden aufgrund ihrer religiösen Aktivitäten außerhalb der eben genannten Institutionen häufig als „Extremisten“ bezeichnet. Mitglieder protestantischer Kirchen werden häufig als Anhänger einer fremden Sekte angesehen, die nur zum Ziel hat, das derzeitige politische System Turkmenistans auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Sicht müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern wenn nötig sogar vernichtet werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn sich einheimische muslimische Bürger zu Jesus Christus bekehren, sehen sie sich häufig dem Druck und vereinzelt auch körperlicher Gewalt von ihrer Familie, ihren Freunden und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, die auf diese Weise versuchen, sie zur Rückkehr zu ihrem vorherigen Glauben zu zwingen. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und eventuell sogar von der Gesellschaft ausgestoßen. Mullahs vor Ort predigen gegen sie

und erhöhen somit den Druck. Daher tun diese Christen muslimischer Herkunft alles, um ihren Glauben zu verbergen und leben ihn nur heimlich.

5. Verfolger

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Beamte auf allen Ebenen sind religiösen Gruppen gegenüber sehr feindselig eingestellt. Alle religiösen Aktivitäten werden genau überwacht, um festzustellen, ob sie die von der Regierung vorgegebenen Bestimmungen einhalten. Wenn dies nicht der Fall ist, sind Razzien, Festnahmen, Beschlagnahmungen und Geldstrafen üblich.
- **Politische Parteien:** Nur wenige politische Parteien sind zugelassen. Die Partei, welche die Regierung von Präsident Berdimuhamedow stellt, beteiligt sich insofern an der Verfolgung von Christen, als dass ein großer Teil der Verfolgung von der Regierung gebilligt wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** Vor allem auf lokaler Ebene beobachten Bürger alle religiösen Aktivitäten und erstatten den Behörden Bericht.

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene Großfamilie:** Besonders in ländlichen Regionen üben muslimische Familienmitglieder hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus. Dies kann zu Drohungen, Schlägen, Hausarrest oder Ächtung führen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Ethnisch turkmenische Stammesführer fördern mit Unterstützung der Behörden alle genannten Formen der Verfolgung. „Mahalla“-Versammlungen (lokale Selbstverwaltung eines Stadtviertels) erhalten in vielen Fällen die behördliche Befugnis, im Namen des Staates Christen zu verfolgen, insbesondere um missionarische Aktivitäten zu unterbinden.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche sind offen in ihrer Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der orthodoxen Kirche angehören, insbesondere gegenüber Christen muslimischer Herkunft.
- **Gewöhnliche Bürger:** Sie üben auf der gesellschaftlichen Ebene zusätzlichen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren. Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, werden von ihrem sozialen Umfeld und religiösen Anführern hart verfolgt.
- **Regierungsbeamte:** Auf kommunaler Ebene besteht eine Verbindung zwischen lokalen Behörden und durch den Islam motivierter Verfolgung. Häufig kennen sich Muslime, die Druck auf Christen ausüben, und örtliche Beamte. Deshalb ist die Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft auf kommunaler Ebene stärker als auf der nationalen Ebene, da die Regierungsbeamten behaupten, säkular zu sein.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Ausmaß der Verfolgung durch Regierungsbeamte ist in Turkmenistan landesweit vergleichbar. Der Druck von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld auf Christen muslimischer Herkunft ist außerhalb der städtischen Gebiete stärker.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich mit den durch die Regierung auferlegten Einschränkungen arrangiert und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Sonntagsgottesdienste mögen zwar überwacht werden, doch sie können ungehindert stattfinden und die Gemeindemitglieder können sich treffen. Der Druck und Import christlicher Literatur ist eingeschränkt.

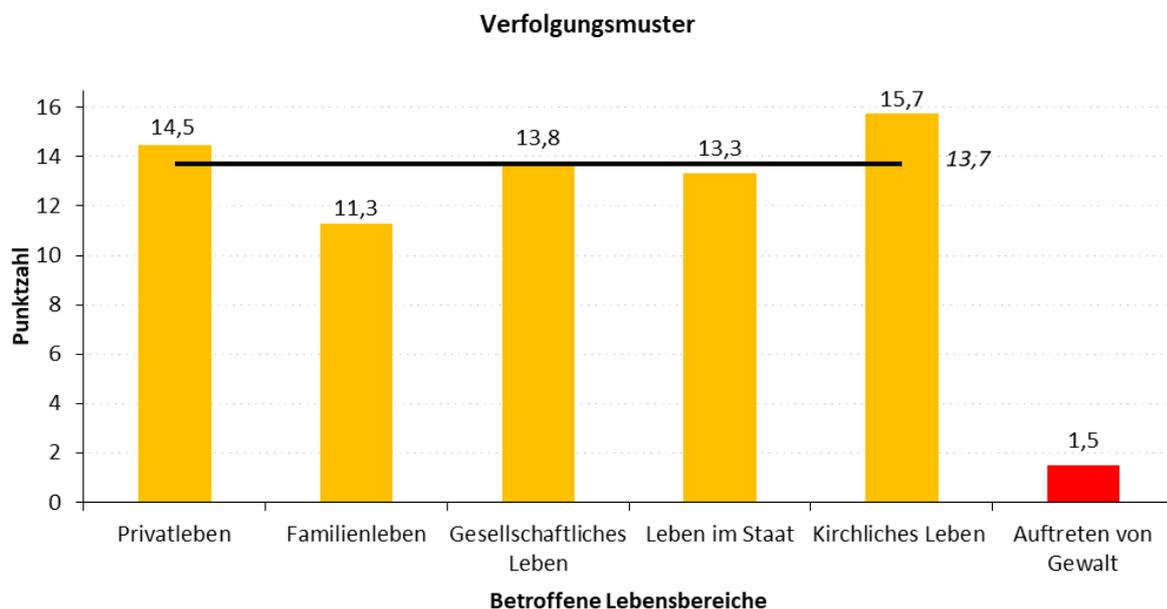
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in Turkmenistan die Hauptlast der Verfolgung. Außer vom Staat werden sie auch von ihren eigenen Familien, ihren Freunden und ihrem sozialen Umfeld stark unter Druck gesetzt. Der vom sozialen Umfeld ausgehende Druck ist am weitaus schwerwiegendsten, weil er das alltägliche Leben stark beeinflusst.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Christen muslimischer Herkunft ist diese Gruppe von Christen die am stärksten verfolgte – vor allem, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, evangelikale und pfingstlerische Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Turkmenistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist genau wie im Jahr 2020 sehr hoch (13,7 Punkte). Der Druck erhöhte sich in den Bereichen Familienleben und Leben im Staat, während er in den Bereichen Privatleben, gesellschaftliches Leben und kirchliches Leben gleichblieb.
- Extrem hoch sind die Bewertungen für die Bereiche kirchliches Leben (15,7), Privatleben (14,5) und gesellschaftliches Leben (13,8). Die Tatsache, dass der Bereich kirchliches Leben am höchsten eingestuft wurde, spiegelt die vielen Restriktionen wider, die den Christen vom Staat auferlegt werden.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist niedrig und sank von 1,9 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 1,5 im Weltverfolgungsindex 2021. Es wurden nur sehr wenige gewaltsame Vorfälle gemeldet.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Bei Christen muslimischer Herkunft geht die Verfolgung von der Familie oder ihrem sozialen Umfeld aus, wenn diese christliche Materialien bei ihnen finden. Christliche Materialien werden als eindeutiger Beweis für einen Glaubenswechsel angesehen. Wenn solche Materialien gefunden werden, werden sie zerstört und gegen die betroffene Person wird hart vorgegangen. Die Regierung fordert strikt, dass jegliche religiöse Literatur – unabhängig davon, ob sie ins Land eingeführt oder vor Ort gedruckt wird – von den staatlichen Behörden überprüft werden muss. Andernfalls gelten die Materialien als illegal und sind verboten. Auf der Suche nach illegalen religiösen Materialien führt die Polizei regelmäßig Razzien in Häusern und Kirchen durch. Ein Gemeindeleiter sagte: „Alle elektronischen Geräte, Computer, Mobiltelefone etc. werden beschlagnahmt und auf ihren Inhalt hin überprüft.“

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen muslimischer Herkunft wissen, dass ein Kreuz oder andere christliche Symbole unerwünschte Aufmerksamkeit von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld erregen. Auch für Christen aus protestantischen Freikirchen ist dies riskant, weil sie damit rechnen müssen, dass die muslimische Gemeinschaft ihnen versuchte Evangelisation vorwirft. Christen muslimischer Herkunft und protestantische Christen ziehen auch unerwünschte Aufmerksamkeit von Beamten auf sich, wenn sie offen christliche Symbole tragen.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

Christen muslimischer Herkunft müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie von zu Hause aus auf christliche Sendungen oder Webseiten zugreifen. Werden sie entdeckt, sind heftige Reaktionen seitens der anderen Familienmitglieder zu befürchten. Der Zugriff auf ausländische christliche Medien ist für alle Christen in Turkmenistan schwierig. Der Zugang zum Internet erfolgt über staatliche Internetanbieter und wird daher überwacht.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Eine Konversion zum christlichen Glauben wird als Verrat an der Familie und der Kultur sowie am Islam angesehen. Dies kann auch zu körperlicher Gewalt führen. Offiziell gibt es kein Hindernis für einen Glaubenswechsel, da die Gesetze säkular sind. Die Regierung missbilligt jedoch alles, was zu Spannungen innerhalb der Bevölkerung führen könnte.

Familienleben

Wurden christliche Taufen behindert?

Für die Familie, Freunde und das soziale Umfeld von Christen muslimischer Herkunft gilt die Taufe als endgültiger Abschied vom Glauben der Vorfahren und stößt deshalb auf Widerstand. Taufen in nicht registrierten Kirchen sind untersagt. Sollte der Staat davon erfahren, führen die Behörden eine Razzia durch, und die anwesenden Christen werden verhört und mit einer Geldstrafe belegt.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Muslimische Angehörige versuchen, die Kinder von Christen muslimischer Herkunft beim Islam zu halten und sie nach traditionellen Bräuchen zu erziehen. Es gibt keinen offiziellen Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen; der private Religionsunterricht wird von der Regierung eingeschränkt.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, Gesellschaft) drängt besonders Kinder von Christen muslimischer Herkunft dazu, den Islamunterricht zu besuchen – manchmal sogar gegen den Willen der Eltern. Die Teilnahme an allen Aktivitäten, die von Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen organisiert werden, ist für die Schüler verpflichtend.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Freikirchen werden in der Regel von der Gemeinschaft mit anderen Kindern ausgeschlossen. Oft werden sie in den Schulen vor den anderen Kindern gedemütigt und verleumdet.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen muslimischer Herkunft werden von der Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld (einschließlich der lokalen muslimischen Anführer) bedroht, um sie dazu zu bewegen, ihren neuen Glauben aufzugeben. Lokale muslimische Gemeinschaften schikanieren auch protestantische Christen, die sie der Evangelisation beschuldigen. (Nicht registrierte) Protestantische Gemeinden werden von den Behörden schikaniert, bedroht, diskriminiert und bei ihren Aktivitäten behindert.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen muslimischer Herkunft werden von Mitgliedern ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld überwacht. Auch Christen aus protestantischen Gemeinden werden von ihren muslimischen Nachbarn überwacht, da ihnen grundsätzlich unterstellt wird, sie würden evangelisieren. Der Staat überwacht fortwährend alle religiösen Aktivitäten, sogar indem er Spitzel in religiöse Gemeinschaften einschleust.

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Die Erhebung von muslimischen Steuern (Dschizya) ist in Turkmenistan nicht erlaubt. Von staatlicher Stelle werden häufig Bußgelder verhängt. Christen werden für eine schier endlose Liste von Vergehen bestraft, wie z. B. illegale Treffen, Besitz von religiöser Literatur, christliche Lieder auf ihren Smartphones etc.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Christen muslimischer Herkunft, deren neuer Glaube bekannt geworden ist, werden von ihrer Familie und den Menschen in ihrem sozialen Umfeld schikaniert und streng verhört. Der Staat führt regelmäßig Razzien bei christlichen Versammlungen durch, auch bei denen von registrierten Gruppen. Alle Anwesenden werden verhört, und viele von ihnen verhaftet und mit einer Geldstrafe belegt. Alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Das turkmenische Religionsgesetz (aus dem Jahr 2016) enthält viele Einschränkungen der Religionsfreiheit, darunter ein Verbot nicht registrierter religiöser Organisationen (obwohl es für eine Gemeinde praktisch unmöglich ist, eine offizielle Registrierung zu erhalten). Außerdem verbietet das Gesetz privaten Religionsunterricht, fordert die Überprüfung religiöser Literatur durch die Behörden etc.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Der Militärdienst ist obligatorisch und Christen können den Dienst in der Armee nicht aus Gewissensgründen verweigern.

Wurden die Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Alle Medien werden staatlich kontrolliert, was es für Christen unmöglich macht, ihre Ansichten in der Öffentlichkeit kundzutun. Auch der Internetzugang wird kontrolliert und christliche Meinungsäußerungen werden blockiert. Muslime betrachten christliches Predigen/Evangelisieren als nicht wünschenswert und verhindern es deshalb mit allen verfügbaren Mitteln.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Der Staat lässt christliche Organisationen oder christliche politische Parteien nicht zu. Muslime würden christliche Organisationen außerdem als Versuch der Missionierung betrachten und ihnen daher Widerstand entgegenbringen.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Im Jahr 2016 wurde ein neues Religionsgesetz eingeführt, das die Anzahl der Mitglieder, die für die Registrierung einer Gemeinde notwendig sind, von 5 auf 50 erhöht hat. Allerdings war es schon vorher praktisch unmöglich, eine Registrierung zu erhalten. Gleichzeitig sind nicht registrierte Kirchen und Hauskreise verboten. Alle registrierten Kirchen mussten bzw. müssen nach dem neuen Gesetz den Prozess der Neuregistrierung durchlaufen. Die Neuregistrierung ist für die vormals registrierten Kirchen alles andere als einfach. Ein großes Hindernis ist der Mangel an Gebäuden. Die Gemeinden müssen einen Nachweis vorlegen, dass sie Räumlichkeiten zum Gottesdienst entweder besitzen oder mieten. Es ist praktisch unmöglich, Räumlichkeiten zur Miete zu finden, zumal die Eigentümer möglicher Gebäude vom Staat davor gewarnt werden, an protestantische Gemeinden zu vermieten. Auch russisch-orthodoxe Gemeinden und andere traditionelle Kirchen müssen bzw. mussten sich neu registrieren lassen.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Nur registrierten Kirchen sind Angebote für Jugendliche erlaubt – und auch nur dann, wenn sie das schriftliche Einverständnis beider Elternteile der jeweiligen Kinder vorweisen können. Allerdings werden alle Treffen, bei denen Kinder und Jugendliche anwesend sind (insbesondere Sommerlager), regelmäßig kontrolliert und es werden Razzien durchgeführt. Das muslimische Umfeld bringt christlichen Aktivitäten, die sich an Jugendliche richten, Widerstand entgegen. Es ist üblich, dass Jugendveranstaltungen und Sommerlager vom muslimischen Umfeld blockiert wird.

Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?

Offiziell sollte die Ausbildung von Gemeindeleitern in speziellen religiösen Einrichtungen erfolgen, die eine staatliche Lizenz besitzen und die nur von den Behörden überprüfte Bildungsmittel verwenden. Allerdings gibt es in Turkmenistan keine einzige christliche Bildungseinrichtung – nicht einmal die Russisch-Orthodoxe Kirche hat ein Priesterseminar. Die religiöse Ausbildung auf privatem Weg ist ebenfalls verboten.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Alle importierten religiösen Materialien müssen die offizielle Prüfung durchlaufen. In den meisten Fällen werden die Artikel beschlagnahmt und vernichtet. Aus diesem Grund versuchen Christen aus protestantischen Gemeinden erst gar nicht, gedruckte Materialien nach Turkmenistan hineinzubringen. Wenn Muslime mitbekommen, dass Christen religiöse Materialien illegal importieren, melden sie es sofort den Behörden.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021:

- **Angriffe auf Christen:** Quellen berichten, dass mindestens 47 Christen körperlich misshandelt und geschlagen wurden. Die meisten dieser Opfer waren Frauen.
- **Inhaftierung von Christen:** Quellen berichten, dass mindestens 31 Christen inhaftiert wurden. Dies geschah im Dezember 2019. Die Polizei stürmte ein Haus, in dem einige Frauen eine geheime Weihnachtsfeier abhielten.
- **Beschädigung von Häusern und Eigentum von Christen:** Es wurden drei Razzien in den Häusern von protestantischen Christen gemeldet.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“ für das Jahr 2019, erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums, sagt für Turkmenistan Folgendes:

Die Sicherheitskräfte der Regierung in Turkmenistan überwachen weiterhin religiöse Organisationen. Die Einfuhr religiöser Literatur ist untersagt. Es bleibt weiterhin schwierig, Kirchen zu registrieren. Nach Angaben der Zeugen Jehovas waren Ende des Jahres 2019 zehn Personen, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert hatten, inhaftiert. Einige von ihnen sind schon länger im Gefängnis, einige wurden im Laufe des letzten Jahres inhaftiert und zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und vier Jahren verurteilt. Die Regierung bietet weiterhin keinen Zivildienst als Alternative für diejenigen an, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern. Forum 18 berichtete davon, dass die Polizei in Aschgabat und der Provinz Lebap Männer unter 40 Jahren dazu zwang, sich Bärte und Schnurrbärte zu rasieren. Die Regierung hat im Laufe des Jahres keine neuen, zuvor nicht registrierten religiösen Gruppen registrieren lassen.

Die Regierung konzentriert sich nicht auf eine bestimmte religiöse Gruppierung – Muslime, Christen, Juden, Bahais usw. erfahren alle ein hohes Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung:

- Am 29. Oktober 2019 lehnte das Gericht in Aschgabad die Berufung zweier 18-jährigen Zeugen Jehovas gegen deren einjährige Haftstrafe ab. Sie hatten diese erhalten, da sie aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigert hatten.
- Anfang Dezember 2019 verstärkten die Behörden, insbesondere in der Region Mary östlich von Aschgabad, ihren Kampf gegen den Hijab. In der Folge wurde fast keine Frau mehr auf der Straße oder auf Märkten mit einem Hijab gesehen.

Am 3. September 2020 sperrte ein Gericht in der Region Mary einen weiteren 18-jährigen Anhänger der Zeugen Jehovas für ein Jahr ein. Er ist insgesamt der 24. Zeuge Jehovas, der wegen der Verweigerung des Militärdienstes aufgrund von Gewissensgründen seit Januar 2018 inhaftiert wurde. Acht der elf sich derzeit im Gefängnis befindlichen Zeugen Jehovas wurden in das Seydi-Arbeitslager gebracht. Ein ehemaliger politischer Gefangener beschrieb die Bedingungen dort als „unmenschlich“. Alle 24 jungen Männer erklärten sich dazu bereit, statt des Wehrdienstes Zivildienst zu leisten, doch diese Alternative existiert nicht.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Algerien: Platz 24

Kurze Zusammenfassung

Wie in den meisten Ländern dieser Region sind die Hauptverfolger in Algerien die Gesellschaft, extremistische islamische Lehrer und Regierungsbeamte, die den Sichtweisen dieser Lehrer anhängen. Algerische Christen, von denen die meisten christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind, erfahren vor allem von Familienmitgliedern und der erweiterten Verwandtschaft Verletzungen ihrer Religionsfreiheit. So sind vor allem die Familie und das soziale Umfeld einschließlich Anführern ethnischer Gruppen und Ältesten maßgeblich für die Verfolgung verantwortlich. Regierungsbeamte auf verschiedenen Ebenen der Verwaltungshierarchie üben ebenfalls Druck auf Christen aus, ihren Glauben aufzugeben. Sie schränken die Freiheit der Christen ein, ihre Meinung zu äußern und ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu praktizieren.



Es gibt Gesetze, die Gottesdienste von Nichtmuslimen regeln. Dazu gehören auch Vorschriften, die es gesetzlich verbieten, „den Glauben eines Muslims zu erschüttern“ oder zu versuchen, ihn zu „verführen, eine andere Religion anzunehmen“. Christen leiden im Alltag des Weiteren unter Schikane und Diskriminierung. Mitglieder der erweiterten Verwandtschaft und Nachbarn versuchen Christen muslimischer Herkunft dazu zu zwingen, islamische Verhaltensnormen und Riten zu befolgen. Der Druck und die Gefahr, denen Christen ausgesetzt sind, sind in ländlichen und religiös konservativeren Regionen des Landes besonders hoch. Diese Regionen waren in den 1990er-Jahren eine Hochburg für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	70	24
2020	73	17
2019	70	22
2018	58	42
2017	58	36

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl für Algerien sank im Weltverfolgungsindex 2021 um drei Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020. Trotz wachsender staatlicher Restriktionen und zunehmendem Druck auf die Kirche sank die Punktzahl, da im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 weniger Kirchen geschlossen wurden. Allerdings bleiben 13 Kirchen, die während des letzten Berichtszeitraums geschlossen wurden, trotz der Appelle der algerischen Kirche geschlossen. Der Druck hat in allen Lebensbereichen weiterhin ein mindestens sehr hohes Ausmaß.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die „Hirak“-Bewegung (Protestbewegung für Demokratisierung und Reformen) wird wohl weitergehen

Obwohl die algerische Regierung die Covid-19-Pandemie erfolgreich dazu genutzt hat, die Demonstrationen zu stoppen, ist es unwahrscheinlich, dass es der Regierung gelingt, die Proteste langfristig einzudämmen. Algeriens junge Bevölkerung will wirtschaftliche Chancen und politische Veränderungen. Da die Öl- und Gaspreise niedrig sind und die Covid-19-Krise die wirtschaftliche Lage verschlechtert hat, ist es unwahrscheinlich, dass die algerische Regierung in der Lage sein wird, den Ruf nach Reformen durch die Bereitstellung ausreichender wirtschaftlicher Möglichkeiten zu ersticken.

2) Algeriens Stabilität ist zerbrechlich

Monate nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Bouteflika (ausgelöst durch die Hirak-Proteste) gibt der anhaltende politische Konflikt und das Fehlen eines klaren Plans für den Machtwechsel Anlass zu großer Sorge. Außerdem muss Algerien, ebenso wie andere Länder im Nahen Osten und in Nordafrika, mit dem „Doppelschock“ der Covid-19-Pandemie fertig werden: Zum einen ist die Binnennachfrage zurückgegangen, da das Leben der Menschen durch Lockdowns und Reisebeschränkungen unterbrochen wird. Zum anderen ist auch die weltweite Nachfrage nach Erdgas und Erdöl gesunken. Dies wird das Wirtschaftswachstum Algeriens und jegliche Hoffnung, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, stark einschränken, insbesondere angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit.

3) Die Gesetzlosigkeit im Nachbarland Libyen ist eine Bedrohung

Die Gesetzlosigkeit in Libyen könnte die Stabilität in Algerien untergraben, da die beiden Länder eine lange gemeinsame Grenze haben. Da Algeriens Engagement in Libyen jedoch marginal ist, wird dies derzeit nicht als große Bedrohung angesehen.

4) Die Situation der Christen verbessert sich nicht

Jegliche Instabilität, die sich aus den oben genannten Faktoren ergibt, wird die Situation der Christen wahrscheinlich verschlechtern. Die Proteste haben nichts daran geändert, dass die Regierung die Verordnung 06-03 benutzt (diese regelt den Gottesdienst von Nichtmuslimen), um die Christen in Algerien zu unterdrücken. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation verbessert, solange sich die Regierung durch die Proteste und die (wirtschaftlichen) Unruhen bedroht fühlt. Es ist derzeit wahrscheinlicher, dass die Regierung den Druck auf die Christen aufrechterhalten wird, um die Islamisten im Land zu beschwichtigen.

3. Religiöse Situation im Land

Laut der Statistik der World Christian Database sind über 98,2 % der Bevölkerung Algeriens Muslime. Fast alle sind sunnitische Muslime, aber es gibt auch eine kleine Gemeinschaft von Ibaditen (islamische Sondergemeinschaft, die weder sunnitisch noch schiitisch ist). Die Präsenz des schiitischen Islam beträgt weniger als ein Prozent. Die Verfassung verbietet es Nichtmuslimen, hochrangige Regierungsämter zu bekleiden. Nichtmuslimische und nichtreligiöse Gruppen müssen sich bedeckt halten, um Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung zu vermeiden. Der „Freedom of Thought Report“ 2019 der Nichtregierungsorganisation „Humanists International“ stellt fest, dass die

Verfassung und die Regierung Algeriens Aktivitäten verbieten, „die gegen die ‚Werte oder die öffentliche Moral‘ des Landes verstoßen“.

Die meisten Christen in Algerien haben einen muslimischen Hintergrund. Die meisten von ihnen leben in der Kabylei im Norden des Landes. Die Bewohner der Kabylei sind Berber, die auch ihre eigene Sprache sprechen.

Im Jahr 2011 erhielt die Algerische Protestantische Kirche (EPA) nach jahrelangen Versuchen eine offizielle Anerkennung, aber die lokalen Kirchen mussten sich immer noch gesondert registrieren lassen. Obwohl die Hoffnungen groß waren, gelang es keiner der der EPA angehörenden Ortsgemeinden, die Registrierung zu erhalten. Im Laufe des Jahres 2013 musste die EPA dann erneut die offizielle Anerkennung beantragen, nachdem ein neues Gesetz zu Nichtregierungsorganisationen eingeführt worden war. Die Regierung hat jedoch immer noch nicht auf diesen Antrag geantwortet, so dass sich die EPA in einem rechtlichen Schwebезustand befindet.

Algerische Christen (mit muslimischem Hintergrund) werden vom Staat in Fragen des Personenstands rechtlich diskriminiert, und diejenigen, die in muslimischen Familien leben, erfahren häufig Feindseligkeiten seitens ihrer eigenen Großfamilien.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Je mehr Einfluss der Islam in den vergangenen Jahren auf die Regierung Algeriens gewann, desto stärker wurde die Freiheit der Christen eingeschränkt. Druck von islamistischen Bewegungen auf die Regierung und die Gesellschaft hat in Verbindung mit Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischer Herkunft zu andauernden Schwierigkeiten für Christen geführt. Angespornt durch den „Arabischen Frühling“ in anderen nordafrikanischen Ländern üben islamistische Gruppierungen Druck auf eine Regierung aus, die gezwungen ist, mit islamischen Parteien zusammenzuarbeiten. Trotz dieser Zusammenarbeit ist die Partei „Islamische Heilsfront“ (FIS) jedoch noch immer verboten. Islamisten treten immer offensichtlicher in Erscheinung und überwachen die Aktivitäten von Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten (wie die kleinen jüdischen oder Bahai-Gemeinden).

Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich in der autokratischen Regierung Algeriens, die Christen Restriktionen auferlegt. Mit einer weiter steigenden Anzahl geschlossener Kirchen und der Nutzung von körperlicher Gewalt gegen christliche Demonstranten scheint es, dass die Regierung ihren Druck auf die Kirche weiter verstärkt. Die Gründe für diese neue Welle der Gewalt sind nicht bekannt, aber einige Maßnahmen der Regierung können als Versuch betrachtet werden, die islamistischen Teile der Bevölkerung zu beschwichtigen. Des Weiteren bieten die anti-kolonialistischen und revolutionären Wurzeln der regierenden Partei, die seit der Unabhängigkeit an der Macht ist, einen ideologischen Blickwinkel, von dem aus sie christliche Missionstätigkeiten misstrauisch beäugt – insbesondere dann, wenn diese in Verbindung mit Kirchen und christlichen Gruppen aus dem Westen durchgeführt werden.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die meisten algerischen Christen leben in der Kabylei, einer Region im Norden des Landes. Zwischen dieser Region und der Zentralregierung gibt es seit der Unabhängigkeit Algeriens politische Spannungen. In der schwierigen Beziehung zwischen der algerischen Regierung und den Bewohnern der Kabylei spielen unter anderem ethnische Identität, Kultur und Sprache eine bedeutende Rolle. Die meisten Bewohner der Kabylei gehören zum Volk der Berber, wohingegen die vorherrschende ethnische Identität des Landes arabisch ist. Die ethnisch begründeten Spannungen und Anfeindungen weiten sich auch auf das religiöse Leben aus und tragen so zur Verletzung der Religionsfreiheit von Christen in der Kabylei bei.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Familienmitglieder sind die treibende Kraft hinter der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft. Dazu gehören unter anderem körperlicher Missbrauch, Vertreibungen, Hausarrest (vor allem für Frauen), erzwungene Scheidungen und der Verlust von Erbsprüchen und Sorgerecht.
- **Regierungsbeamte:** Die algerische Regierung geht entschieden gegen die Christen im Land vor. Abgesehen davon, dass seit 2019 mehr als 13 Kirchen geschlossen wurden, ist die Rhetorik der Regierung gegenüber Christen oft feindselig und besagt im Wesentlichen, dass Christen nicht nach Algerien gehören.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Dorfälteste stellen sich oft aktiv gegen die sichtbare Präsenz der Kirche. Auch setzen sie Familien unter Druck, gegen Konvertiten in ihrem Haushalt vorzugehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Extremistische Auslegungen des Islam sind in Algerien allgegenwärtig. Salafistische Leiter predigen Intoleranz gegenüber Nichtmuslimen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Im arabischen Teil der Gesellschaft ist Feindseligkeit gegen Christen tief verwurzelt. In der Kabylei und anderen berberischen Regionen ist sie nur geringfügig schwächer.
- **Politische Parteien:** Auch wenn die Macht der nichtregierenden politischen Parteien begrenzt ist, können islamistische Parteien dennoch Druck auf die Regierung ausüben, gegen nichtsunnitische religiöse Gruppen vorzugehen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Obwohl es in den vergangenen Jahren keine größeren Vorfälle gab, ist die Bedrohung von Gewalt durch islamisch-extremistische Gruppen jederzeit präsent.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Stammesdenken wie das der „Familienehre“ wird aktiv geschützt. Christliche Konvertiten, besonders Frauen, haben mit harten Konsequenzen zu rechnen, da ihr Glaubenswechsel im Denken ihrer Angehörigen Schande über die Familie bringt und andere Stammesregeln verletzt.

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesbeziehungen spielen eine wichtige Rolle im täglichen Leben. Mit ihrem Glaubenswechsel widersetzen sich Christen muslimischer Herkunft der Stammestradiation und erfahren deshalb die Einschränkung ihrer grundlegenden Rechte. Anführer ethnischer Gruppen wie Dorfälteste setzen Familienangehörige und das soziale Umfeld unter Druck, gegen solche Konvertiten vorzugehen.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Stammesdenken, -werte und -normen stammen aus uralten Traditionen und werden in der islamischen Gesellschaft des Landes am Leben erhalten. Wer den christlichen Glauben annimmt, bricht mit diesen Traditionen und kann von der Gesellschaft deswegen unter Druck gesetzt werden, etwa indem er seine Arbeitsstelle verliert.
- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Regierungsbeamte und die regierende Partei spielen als Verfolger eine bedeutende Rolle. Ihre Feindseligkeit gegenüber den kulturellen, sprachlichen und politischen Forderungen nichtarabischer ethnischer Gruppen und ihre daraus resultierenden Bemühungen, diese Forderungen zu unterdrücken, bedeuten auch für christliche Gemeinden in der Kabylei, dass sie Einschränkungen und Verfolgung ausgesetzt sind. Das Wachstum der Kirche, speziell in dieser Region, wird als Bedrohung gegenüber der überwiegend arabischen und islamischen Identität des Landes wahrgenommen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Algerien ist eines der wenigen Länder Nordafrikas, in dem sich das Regime dauerhaft an der Macht halten und weitreichende demokratische Reformen vermeiden konnte, auch wenn das Land nun nach einer neuen Balance sucht. Seit der Unabhängigkeit ist die Partei „Nationale Befreiungsfront“ (FLN) trotz mehrerer Präsidentenwechsel an der Macht geblieben. Die FLN wurde oft durch politische Islamistenbewegungen herausgefordert. Um Befürworter aus den Reihen der Islamistenbewegungen für sich zu gewinnen und ihre eigene Legitimität zu unterstreichen, schränkt die Regierung die Freiheit von Christen ein.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die meisten Christen in Algerien haben einen muslimischen Hintergrund. Der Großteil von ihnen lebt in der Kabylei im Norden des Landes. Die Bewohner der Kabylei sind Berber, die auch ihre eigene Sprache sprechen, und stehen damit im Gegensatz zu dem Rest des Landes, der von Algeriern mit arabischem Hintergrund bewohnt wird. Viele Jahre lang wurden die Bewohner der Kabylei von der algerischen Regierung diskriminiert und vernachlässigt. Dies schuf eine Umgebung, in der sich eine christliche Gemeinschaft entwickeln konnte, auch wenn der Druck von Regierung und Gesellschaft stark bleibt.

Im arabischen Teil des Landes, besonders im Süden, sind die Umstände für Christen sehr schwierig, und es gibt nur wenige Kirchen. Gewalttätige islamische Gruppen genießen keine große Unterstützung in der Bevölkerung, aber der Islam hat sehr große Macht im Land, auch weil die salafistische Bewegung wächst.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Neben einigen westlichen ausländischen Christen gehören zu dieser Kategorie hauptsächlich christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Sie gehören einer Reihe von

Kirchen an, darunter Anglikaner, Lutheraner, Mitglieder der reformierten Kirche und der Koptisch-Orthodoxen Kirche. Eine kleine Anzahl an Studenten aus Afrika südlich der Sahara erfährt Diskriminierung an Universitäten und im städtischen Alltagsleben.

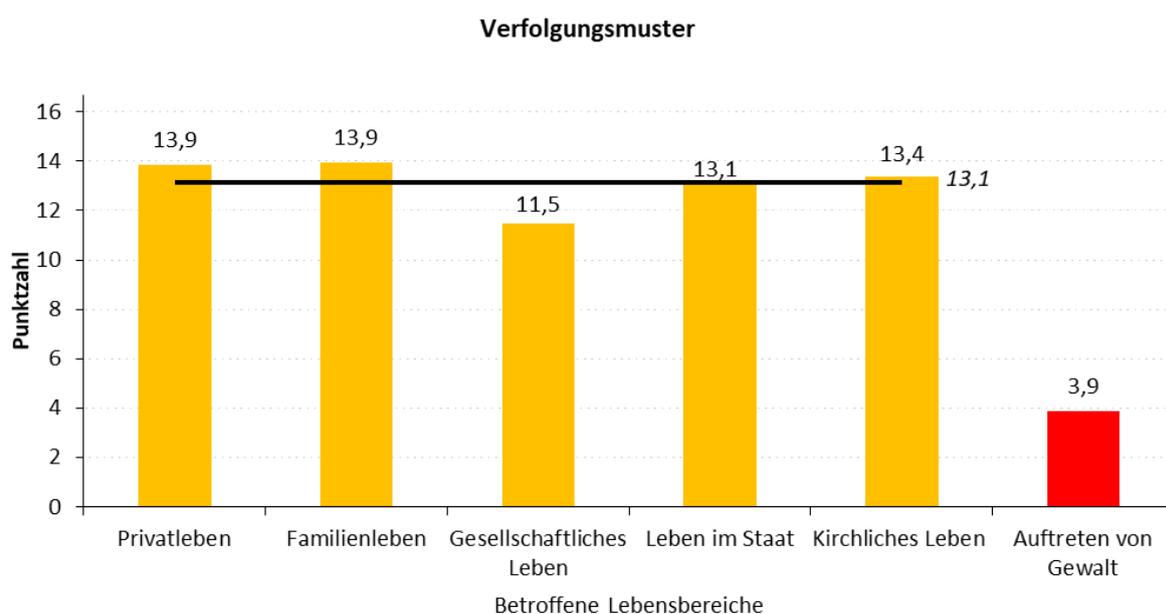
Christen aus traditionellen Kirchen

Die einzige Kirche, die zu dieser Kategorie gezählt werden kann, ist die Römisch-Katholische Kirche. Protestantische Kirchen bestehen heutzutage fast vollständig aus Christen mit muslimischem Hintergrund (siehe nächster Abschnitt). Katholische Gemeinden sehen sich außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert, sind aber zugelassen, sofern sie registriert sind. In katholischen Kirchen (einschließlich der Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs) werden Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Die große Mehrheit der Christen in Algerien sind Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie stehen unter anhaltendem Druck. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, bei denen ein anderer Glaube als der Islam praktiziert wird; davon ausgenommen sind die registrierten Kirchen. Eine solche Registrierung wird unabhängigen christlichen Gemeinden jedoch häufig verwehrt. In der Berber-Region gibt es eine große Zahl inoffizieller Gruppen, die sich regelmäßig treffen; Nichtmuslime versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Die sehr junge algerische Kirche (sie besteht zumeist aus Christen der ersten Generation) ist in vielfältiger Form Diskriminierungen durch den Staat und Familienmitglieder ausgesetzt. Obwohl einige protestantische Kirchen unter dem Dachverband der Protestantischen Kirche Algeriens (EPA) bereits zur Kolonialzeit entstanden, bestehen sie heute vorwiegend aus Christen muslimischer Herkunft.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Algerien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen blieb sehr hoch und stieg von 12,8 Punkten im vergangenen Jahr auf 13,1 Punkte an. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck vonseiten der Regierung zurückzuführen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen des Familienlebens (13,9 Punkte), des Privatlebens (13,9) und des kirchlichen Lebens (13,4). Dies zeigt, unter welchem hohem Druck Christen muslimischer Herkunft stehen: Sie leben in ständiger Gefahr, von ihren Familien als Christen entdeckt und ausgegrenzt zu werden und sehen sich Widerstand vonseiten der Gesellschaft und der Regierung gegenüber.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ging von 9,3 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 3,9 im Weltverfolgungsindex 2021 zurück, nachdem sie zunächst aufgrund der Schließung von Kirchengebäuden um fast 2,0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 angestiegen war. Der Rückgang im Weltverfolgungsindex 2021 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass weniger Kirchen geschlossen wurden, obwohl alle 13 geschlossenen Kirchen aus dem vorherigen Berichtszeitraum geschlossen blieben.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Einige algerische Christen haben öffentlich auf Social Media über ihren Glauben gesprochen. Doch in mehreren Fällen kam es daraufhin zu Anklagen wegen Blasphemie und zu (körperlicher) Gewalt durch extremistische Muslime. Das hat die algerischen Christen sehr vorsichtig gemacht. Für Christen muslimischer Herkunft ist es besonders riskant, über ihren Glauben zu sprechen, da ihre Familie sie aus ihrem Zuhause verbannen oder sie zur Scheidung zwingen könnte, was auch den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bedeuten würde.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Alle Christen im Land achten darauf, keine christlichen Symbole wie Kreuze öffentlich zu zeigen, da Feindseligkeit gegen Christen weitverbreitet ist. Für Christen muslimischer Herkunft kann das Tragen solcher Symbole zur Entdeckung ihres Glaubenswechsels durch ihre Familie führen und Fragen und Belästigungen zur Folge haben.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Die Gesetze des Landes gegen Missionierung und Blasphemie wirken sich auf die Freiheit von Christen aus, auch nur privat über ihren Glauben mit engsten Familienangehörigen zu sprechen. Nach der

Verordnung 06-03, die den nichtmuslimischen Gottesdienst regelt und von der algerischen Regierung streng durchgesetzt wird, ist Missionierung eine kriminelle Handlung. Sie ist mit einer Gefängnisstrafe von 3–5 Jahren für religiöse Leiter und 1–3 Jahren für andere Personen verbunden. Außerdem wird der christliche Glaube in der algerischen Gesellschaft sehr negativ betrachtet, sodass selbst ein Gespräch über den Glauben zu Belästigungen oder Schlimmerem führen kann.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara und andere Christen müssen in dieser Hinsicht sehr vorsichtig sein. Eine Bibel zu besitzen und zu lesen, kann zu Druck von der Familie oder Belästigungen vonseiten des sozialen Umfelds führen. Aus diesem Grund nutzen viele Christen (Bibel-)Apps auf ihren Smartphones.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Adoption ist in Algerien nur für Muslime möglich.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Religiöse Bildung, die auf islamischen Prinzipien basiert, ist in allen Grund- und weiterführenden Schulen Pflicht. Privatschulen (wenn Eltern sie bezahlen können) können etwas flexibler sein und ein christliches Kind von diesem Unterricht befreien; der gesamte Lehrplan ist dennoch vom Islam durchdrungen.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Ist der Vater eines Kindes Muslim, gilt das Kind in Algerien automatisch ebenfalls als Muslim. Da Christen muslimischer Herkunft von der Regierung weiterhin als Muslime angesehen werden, gelten auch ihre Kinder als Muslime. In seltenen Fällen kann das Kind einen christlichen Namen bekommen. Das hängt jedoch vom Beamten ab, der den Fall bearbeitet.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

In vielen Fällen will ein muslimischer Ehemann oder eine muslimische Ehefrau sich scheiden lassen, wenn ihr Partner den christlichen Glauben annimmt, oder er oder sie wird von Familienangehörigen gezwungen, sich scheiden zu lassen. Die Kinder werden vom christlichen Elternteil ferngehalten. Diese Praxis wird häufig durch Gerichte oder Beamte unterstützt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Einzelpersonen werden häufig überwacht. Die Polizei und andere Teile des Sicherheitsapparats setzen die Verordnung 06-03 streng durch. Diese Verordnung regelt nichtmuslimische Gottesdienste und andere nichtmuslimische religiöse Aktivitäten. Wer sich in christliche Aktivitäten einbringt, wird aktiv beobachtet. Christliche Leiter wissen, dass sie sehr vorsichtig kommunizieren müssen, da ihre Telefone

wahrscheinlich abgehört und ihre E-Mails mitgelesen werden. Wenn sich Christen außerhalb von Kirchengebäuden treffen, müssen sie sehr diskret vorgehen, da offensichtlich christliche Aktivitäten der Polizei gemeldet werden.

In der Kabylei ist dieser Druck weniger stark, aber der christliche Glaube erhält in allen Teilen des Landes Gegenwind.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Dies betrifft insbesondere Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt ist, doch auch christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara erleben diese Probleme, verbunden mit Rassismus. Auch andere Christen können Diskriminierungen und Benachteiligungen im Bildungsbereich ausgesetzt sein. Kinder von Christen, die in konservativeren islamisch geprägten Gebieten leben, müssen ihren Glauben geheim halten, weil sie sonst von Lehrern diskriminiert werden könnten und möglicherweise keinen Zugang zu Universitäten erhalten.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Eine der vielen negativen Konsequenzen eines Glaubenswechsels für christliche Konvertiten ist der Verlust der Arbeitsstelle. Viele Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben verstecken, wenn sie sich für einen Job bewerben, oder sie erfahren Diskriminierung. Christen haben keinen Zugang zu höheren Positionen in der Regierung, egal ob sie einen muslimischen Hintergrund haben oder nicht.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Einzelne Christen werden aktiv überwacht und befragt.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung Algeriens bestimmt den Islam als Staatsreligion, und Regierungsbehörden müssen in Übereinstimmung mit islamischen Werten handeln. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist offiziell nicht gesetzlich verboten, aber Missionierung ist ein kriminelles Vergehen. Verordnung 06-03 schränkt die Religions- und Glaubensfreiheit für Kirchen und einzelne Christen massiv ein.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Christen muslimischer Herkunft oder christliche Migranten aus Afrika südlich der Sahara stehen stark in der Gefahr, diskriminiert zu werden, wenn sie in Kontakt mit den Behörden treten. Laut Berichten hat sich diese Haltung jedoch in einigen Orten in der Kabylei verbessert, wo beispielsweise einige Kinder mit christlichem Namen registriert werden konnten.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Alles, was „den Glauben eines Muslims erschüttern“ könnte, ist gemäß der Verordnung 06-03 verboten. Kirchen und christliche Organisationen erlegen sich deshalb eine Selbstzensur auf.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Christen muslimischer Herkunft können von ihren Familienangehörigen missbraucht und misshandelt werden, ohne dass diese dafür eine Strafe fürchten müssen. Der Großteil dieses Missbrauchs gerät nicht in den Blick der Öffentlichkeit, da Regierungsbeamte es als Privatangelegenheit betrachten.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Die Regierung überwacht kontinuierlich alle kirchlichen Aktivitäten, und mehrere Kirchen wurden im Berichtszeitraum geschlossen. Dies hat sich trotz der Veränderungen in der Regierungsspitze fortgesetzt.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Kirchengemeinden dürfen keine Aktivitäten mit muslimischen Jugendlichen durchführen. Die Strafen dafür wären für jeden Beteiligten beträchtlich. Minderjährige dürfen nicht eigenständig eine Kirche besuchen, es muss immer ein Erwachsener anwesend sein.

Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?

Der Druck von christlichen Materialien ist gemäß der Verordnung 06-03 verboten. Die Regierung überwacht Kirchen und setzt die Verordnung in dieser Hinsicht streng durch.

Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?

Es ist aufgrund der ständigen Überwachung von Kirchen schwierig für ausländische Christen, ein Visum zu erhalten und algerische Kirchen zu besuchen. Algerische Christen wissen, dass sie befragt werden können, wenn sie planen, in ein anderes Land zu reisen.

Auftreten von Gewalt

- **Angriffe auf Christen:** Christen muslimischer Herkunft erfuhren vonseiten ihrer Familien Belästigung und Missbrauch. Außerdem wurden viele Christen während eines Protests gegen Kirchenschließungen im Oktober 2019 von der Polizei aggressiv angegangen. Diese Art von Gewalt gab es in den vorherigen Jahren nicht.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mehrere christliche Gemeinschaften mussten ihre Treffen einstellen. Außerdem wurden im Oktober 2019 zwei Kirchen geschlossen.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens 97 Christen wurden beim Protest gegen die Kirchenschließungen in Tizi Ouzou im Oktober 2019 verhaftet.

- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Aufgrund der Einschränkungen im Zusammenhang mit der Coronakrise wurde es für Christen muslimischer Herkunft sehr schwierig, an einen anderen Ort umzuziehen. Es wird vermutet, dass christliche Konvertiten, die bei ihren muslimischen Familien leben, aufgrund der Lockdownmaßnahmen einem erhöhten Druck ausgesetzt waren.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind in Algerien auch Juden, Ahmadiyya- und schiitische Muslime unterschiedlich starkem Druck und Gewalt ausgesetzt. Algerische Juden müssen aufgrund von Gewaltandrohungen extremistischer Muslime um ihre Sicherheit fürchten, und es gab Vorfälle von Grabschändung auf jüdischen Friedhöfen. Ahmadiyya-Muslime sehen sich mit stärkeren Verletzungen ihrer Religionsfreiheit konfrontiert, einschließlich Strafanzeigen wegen „Verunglimpfung von Dogmen und Grundsätzen des Islam“. Regierungsbeamte begegnen ihnen mit Feindseligkeit und ihnen wird das Recht verwehrt, Vereinigungen zu bilden. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) „erklärten Ahmadiyya-Leiter, dass Ende des Jahres 286 Verfahren gegen Gemeindemitglieder vor dem Obersten Gerichtshof anhängig waren. Zu den Anklagepunkten gehörten das Betreiben einer nicht registrierten religiösen Vereinigung, das Sammeln von Geldern ohne Genehmigung und das Abhalten von Gebeten an nicht genehmigten Orten.“

Auch Atheisten sowie Personen, die die sunnitischen Lehren öffentlich in Frage stellen, können Feindseligkeiten ausgesetzt sein. Obwohl es wahrscheinlich mehr mit seinen Aktivitäten während der Anti-Regierungsdemonstrationen zu tun hatte, wurde Yacine Mebarki im Oktober 2020 unter dem Vorwurf der „Anstiftung zum Atheismus“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Türkei: Platz 25

Kurze Zusammenfassung

Der sehr starke religiöse Nationalismus in der Gesellschaft sorgt für starken Druck auf Christen. Im Gegensatz zu früheren Berichtszeiträumen des Weltverfolgungsindex hat die Regierung nun nicht nur ausländische (westliche) Christen ins Visier genommen, sondern auch ausländische Christen mit türkischen Ehepartnern und Kindern aus dem Land verbannt. Hinzu kommt, dass der Nationalismus in der Gesellschaft Christen fast keinen



Raum lässt, ein alternatives Narrativ zu vermitteln. Zwar ist der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht gesetzlich verboten, christliche Konvertiten werden jedoch von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Daher führen Christen manchmal ein Doppelleben und halten ihren Glaubenswechsel geheim. Obwohl ehemalige Muslime ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und belastender Prozess sein, und unter Umständen sind sie der Diskriminierung einzelner Regierungsbeamter ausgesetzt. Einmal entdeckt, können Christen mit muslimischem Hintergrund von Familienmitgliedern mit Scheidung und dem Entzug von Erbrechten bedroht werden.

Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben. Diese gehören meist ethnischen Minderheiten an (z. B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Christen aller unten genannten Kategorien haben nur begrenzten Zugang zu einer Anstellung im öffentlichen Dienst; und in der privaten Wirtschaft erfahren sie Diskriminierung, insbesondere wenn Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung unterhalten. Da die Religionszugehörigkeit weiterhin in den Personalausweisen (heutzutage auf einem elektronischen Chip) vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu diskriminieren.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	69	25
2020	63	36
2019	66	26
2018	62	31
2017	57	37

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl stieg im Weltverfolgungsindex 2021 um 6 Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020. Der Wert des durchschnittlichen Drucks auf Christen blieb zwar gleich (bei 11,9 Punkten), der Grund für den Anstieg der gesamten Punktzahl liegt jedoch im stark erhöhten Wert der Gewalt gegen Christen (von 3,7 auf 9,3 Punkte). Erstens wurden im Gegensatz zum Weltverfolgungsindex 2020 im diesjährigen Berichtszeitraum zwei Christen getötet. Zweitens gab es im aktuellen Berichtszeitraum mehr gemeldete Angriffe und Übergriffe auf Kirchengebäude. Dazu gehört auch die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee, was eine tiefgreifende Wirkung auf die traditionellen christlichen Kirchen in der Türkei entfaltete. Und drittens wurden im diesjährigen Berichtszeitraum mehr Christen verhaftet oder angegriffen.

In der Türkei ist der Islam gänzlich mit einem starken Nationalismus vermischt. Die scharfe Rhetorik aufseiten der Regierung lässt weniger Raum für andere Stimmen, einschließlich der christlichen. Das Misstrauen gegenüber Christen ist gewachsen, was ein Engagement von Christen in der Öffentlichkeit erschwert; die Folge ist ein hohes Maß an gesellschaftlichem Widerstand.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Sicherheitsdienste gehen weiterhin gegen jede Opposition vor

Zwar ist der Ausnahmezustand, der nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 ausgerufen wurde, offiziell beendet, doch die Sicherheitsdienste gehen weiterhin gegen jede Form von Opposition vor. Menschenrechtsorganisationen behaupten, dass mit neuerabschiedeten Gesetzen der Ausnahmezustand zum Dauerzustand gemacht wurde. Auch vier Jahre später gibt es immer noch Verhaftungen angeblicher Anhänger von Fethullah Gülen. Im September 2020 wurden beispielsweise 132 Haftbefehle gegen (Ex-)Soldaten erlassen, die Verbindungen zur Gülen-Bewegung haben sollen. Häufig werden Anti-Terrorismus-Gesetze auch dazu eingesetzt, um Regierungskritiker und die letzten verbliebenen unabhängigen Journalisten in der Türkei ins Visier zu nehmen.

2) Die Wirtschaft und die geopolitischen Aktivitäten der Türkei deuten auf eine ungewisse Zukunft hin

Obwohl die Türkei seit dem Jahr 2000 ein enormes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, herrscht nun große Unsicherheit über die (wirtschaftliche) Zukunft. Der Wert der türkischen Lira befindet sich seit fast zwei Jahren in einer Abwärtsspirale, und die Jugendarbeitslosigkeit bleibt hoch; die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie werden zusätzlichen Schaden anrichten. Eine weitere große Herausforderung ist die instabile politische Situation auf geopolitischer Ebene: Innerhalb des Landes kämpft die Türkei gegen die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und in Syrien gegen die kurdisch geführten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF); weiterhin unterstützt die Türkei die „Streitkräfte Libyens“ (GNA) und half Aserbaidschan im Bergkarabach-Krieg. Damit spielt Präsident Erdogan an mehreren Fronten ein unsicheres (geopolitisches) Spiel, das die Türkei in den kommenden Jahren schwer beeinträchtigen könnte.

3) Alle nichtsunnitischen Bürger werden zunehmend unter Druck gesetzt

Infolge der rigorosen Regierungspolitik ist das Maß der Intoleranz gestiegen; alle, die nicht auf der Seite von Präsident Erdogan stehen, sehen sich mit Unterdrückung konfrontiert. Nichtsunnitische Bürger, einschließlich der winzigen christlichen Minderheit, sind einem wachsenden Druck ausgesetzt. Dieser schlägt sich zunehmend in gewalttätigen Zwischenfällen nieder. Christen scheinen zwar nicht im direkten Fokus staatlicher Verfolgung zu stehen, aber die allgemeine Situation für sie verschlechtert

sich. Besonders besorgniserregend ist die Situation für Christen traditioneller Kirchen im Südosten der Türkei. Ein Großteil ihres Besitzes wurde in den letzten Jahren von der türkischen Regierung beschlagnahmt und ihre traditionsreiche Kultur verschwindet allmählich. Außerdem zeigt die Verhaftung und strafrechtliche Verfolgung des US-amerikanischen Pastors Andrew Brunson, der von 2016 bis 2018 als politische Geisel festgehalten wurde, deutlich, dass sich die türkische Regierung unter Präsident Erdogan zu einem skrupellosen Regime entwickelt hat. Insgesamt werden sich Christen vorsichtig verhalten müssen, besonders im öffentlichen Raum.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der „World Christian Database“ (WCD) sind 98,3 Prozent der türkischen Bevölkerung Muslime. Ein Drittel davon sind Aleviten oder Schiiten, aber die meisten Türken sind sunnitische Muslime. Nur 0,2 Prozent der Bevölkerung sind Christen.

In der Türkei vollzieht sich derzeit ein allmählicher Wandel – weg von einem streng säkularen Land und hin zu einem Land, das auf islamischen Normen und Werten basiert. Als der Säkularismus noch herrschte, erfuhren die Christen in der Türkei viele Einschränkungen; Grund dafür war das Verständnis des Staates, wonach Säkularismus weitreichende staatliche Kontrollen bedeutete und keine Religion ermutigt werden sollte, sich zu entfalten. Unter dem gegenwärtigen Regime von Präsident Erdogan hat der Säkularismus stetig abgenommen und das Land nimmt eine stärkere islamische Prägung an.

Nichtmuslime werden von Arbeitsstellen in der staatlichen Verwaltung und den Sicherheitskräften stillschweigend ausgeschlossen. Nichtmuslime geben an, dass, wenn sie sich zum Militärdienst melden, ihre Religionszugehörigkeit von ihren Vorgesetzten vermerkt wird und sie sich zudem einer „Sicherheitsüberprüfung“ unterziehen müssen. Es gibt keine Nichtmuslime unter den türkischen Militäroffizieren, Provinzgouverneuren oder Bürgermeistern. Bei den Wahlen im Juni 2011 wurde jedoch zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei ein syrisch-orthodoxer Bürger ins Parlament gewählt.

Im Mai 2010 wurde ein Regierungserlass für alle Regierungsorgane veröffentlicht, wonach die Rechte der christlichen und jüdischen Minderheiten zu respektieren seien und auch ihre Leiter mit Respekt behandelt werden sollten. Im August 2011 veröffentlichte die Regierung ein Dekret zur Rückgabe von staatlich konfisziertem Vermögen, das einst griechischen, armenischen oder jüdischen Stiftungen gehörte. Dazu muss jedoch angemerkt werden, dass es für eine Rückgabe von Grundstücken notwendig ist, eine registrierte Organisation zu sein, und dass eine solche Registrierung in der Türkei sehr schwierig ist. Zudem wird die wachsende türkische evangelische Kirche in den Erlassen mit keinem Wort erwähnt. Selbige hat die Regierung auch nicht daran gehindert, seit 2014 über 100 Besitzurkunden der Syrischen Kirche zu beschlagnahmen. 55 davon wurden im Mai 2018 zurückgegeben, nachdem sich auch das EU-Parlament mit dem Thema befasst hatte.

Berichte anderer Quellen:

- In ihrem jährlichen „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“ setzte die „United States Commission on International Religious Freedom“ (USCIRF) im Jahr 2020 die Türkei auf ihre besondere Beobachtungsliste, nachdem ein starker Anstieg der Gewalt festgestellt wurde. Verschiedene religiöse und ethnische Minderheiten waren sowohl mit Gewaltandrohungen als auch mit tatsächlicher Gewaltausübung konfrontiert; dazu zählen mindestens zwei Morde.

- Die Organisation „Middle East Concern“ berichtet: „Seit 2018 ist eine erhebliche Anzahl von ausländischen Christen, die in der Türkei leben, aus dem Land verbannt worden. Im Jahr 2018 versuchte die Armenische Apostolische Kirche in der Türkei, einen neuen Patriarchen zu wählen, da der Amtsinhaber an Demenz litt und nicht mehr in der Lage war, sein Amt auszuüben. Die Wahl wurde jedoch vom Staat verhindert – eine staatliche Einmischung, die vom Verfassungsgericht verurteilt wurde. Erst der Tod des Patriarchen im Jahr 2019 machte den Weg frei für Wahlen. Im selben Jahr legte Präsident Erdogan den Grundstein für eine neue syrische Kirche in Istanbul – die erste derartige Kirche, die seit der Gründung der Republik im Jahr 1923 gebaut wird.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung vermischt mit religiösem Nationalismus

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle Christen in der Türkei. Dem größten Druck sind ehemalige Muslime ausgesetzt. Familie, Freunde und soziales Umfeld üben oft starken Druck auf sie aus, damit sie zum Islam, dem Glauben der Väter, zurückkehren. Allgemein herrscht zudem die Meinung, dass ein wahrer Türke Muslim ist. Eine Hinwendung zu Jesus Christus verletzt nicht nur die Familienehre, sie wird als Beleidigung des Türkentums verstanden. Dies kann Gerichtsverfahren und Haftstrafen nach sich ziehen. Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch andere Christen, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören (z. B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft der Verfolgung hat sich im vorherigen Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex im Zusammenhang mit dem Konflikt mit den Kurden weiter verstärkt. Syrische Christen in der südöstlichen Region spüren besonders den Druck des syrischen Bürgerkriegs; sie werden von allen Seiten bedrängt – von kurdischen Clans, der Regierung und der kurdischen militanten Gruppe PKK. Stammesführer nutzen ihre Macht, um Syrer aus ihrer Heimat im Südosten der Türkei zu vertreiben. Dies betrifft insbesondere Christen, die auf dem Land leben. Viele Christen leben in den großen urbanen Zentren im Westen der Türkei und sind davon nicht stark betroffen. Eine gesellschaftliche Feindseligkeit gegenüber ethnischen christlichen Minderheiten ist jedoch im ganzen Land vorhanden.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Stammesrecht und -bräuche spielen nach wie vor eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Christen muslimischer Herkunft droht dort noch härtere Verfolgung, da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 hat Präsident Erdogans Regierung die Maske der Demokratieförderung fallen gelassen und schränkt nun unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein. Die Medien wurden eingeschränkt und alle Formen der Opposition werden verfolgt. Erdogan hat außerdem erklärt, dass „Demokratie und freie Presse unvereinbar sind“, was angesichts der vielen inhaftierten Journalisten nicht verwundert. Obwohl Christen derzeit nicht direkt

von der Regierung angegriffen werden, hat das Regime den sunnitischen Islam offen zur religiösen Norm im Land erklärt und damit Christen klar ausgegrenzt.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus

- **Regierungsbeamte:** Präsident Erdogan scheint entschlossen zu sein, die Türkei von einem säkularen in einen sunnitisch-muslimischen Staat umzuwandeln. Die Änderungen dahingehend wurden schrittweise umgesetzt. Einer dieser Schritte war die Verfassungsänderung nach dem Referendum im April 2017, die dem Präsidenten mehr Macht gab und ihm den Weg für zwei weitere Wahlkandidaturen ebnete. Im Gegensatz zu den Vorjahren hat die Regierung nun auch damit begonnen, türkischstämmige Christen so ins Visier zu nehmen, dass man in einigen Fällen nichttürkische Ehepartner solcher türkischstämmiger Christen aus dem Land verbannt hat. Dazu kommt, dass viele ausländische Christen, die wichtige Funktionen innerhalb der evangelischen Kirchen innehatten, aus dem Land verbannt wurden. In jüngster Vergangenheit gab es Probleme mit kirchlichem Eigentum, insbesondere in der unruhigen südöstlichen Region. Dort schloss und beschlagnahmte die Regierung aus verschiedenen Gründen Kirchengebäude. In einigen Fällen sagte die Regierung, dass dies wegen des reformierten Grundbuchrechts und der Reorganisation der Stadtverwaltung geschehen sei, in anderen Fällen habe man aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über die Kirchen ergriffen. Obwohl es schwierig zu beweisen ist, ob die Regierung absichtlich christliche Gemeinschaften behindert oder nicht, ist ein Experte für das Land überzeugt, dass die Regierung versucht, die bereits geschwächten traditionellen christlichen Gemeinschaften aus der Türkei zu vertreiben.
- **(Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger:** Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Einmal entdeckt, kann einem Christen mit muslimischem Hintergrund mit Scheidung und dem Verlust von Erbrechten gedroht werden.
- **Politische Parteien:** Im Juli 2017 organisierte die Opposition, die Cumhuriyet Halk Partisi (türkisch für „Republikanische Volkspartei“, CHP), einen „Marsch für die Gerechtigkeit“ gegen die Regierung, an dem Hunderttausende teilnahmen. Nichtsdestotrotz sieht es so aus, als ob keine der Oppositionsparteien wirklich die Stimme für die traditionellen und anderen christlichen Gemeinden erhebt, womit diese dem Druck der Regierung ausgeliefert sind. Dagegen fördern Koalitionsparteien das islamisch-nationalistische Narrativ.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die „Grauen Wölfe“ sind eine Gruppe, deren Einfluss in der Türkei gewachsen ist, unter anderem bedingt durch die nationalistische Rhetorik von Präsident Erdogan. Bei ihrem ausgeprägten Nationalismus vermischen sie türkische Identität mit dem Islam. Die Grauen Wölfe schrecken nicht davor zurück, Gewalt anzuwenden und es wird vermutet, dass ihre Mitglieder hinter mehreren Angriffen auf Christen stehen, insbesondere auf christliche Flüchtlingsgemeinden. Gleichwohl scheinen sie bei ihren Angriffen nicht sehr gut organisiert zu sein.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Die türkische Gesellschaft steht den ethnisch-religiösen Minderheiten im Allgemeinen feindselig gegenüber. Besonders Flüchtlingskinder werden in den Schulen schikaniert; und während des Bergkarabach-Krieges 2020 fuhr ein rechter einschüchternder Mob durch armenische Stadtteile in Istanbul.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** In den ländlicheren Gebieten werden konservative Normen und Werte von Anführern ethnischer Gruppen aufrechterhalten. Im Südosten scheint es, dass kurdische Oberhäupter versuchen, die historisch verwurzelte syrische Gemeinschaft aus dem traditionell christlich geprägten Gebiet zu verdrängen. Die kurdische PKK versucht zudem, die Syrer aus nationalistischen Gründen bewusst in ihren Konflikt mit der türkischen Regierung hineinzuziehen.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte haben oftmals eine negative Einstellung gegenüber den Christen traditioneller (armenischer, syrischer und griechischer) Kirchen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie:** Familienbande in der Türkei können sehr eng sein und die Gesellschaft ist der Meinung, dass ein wahrer Türke ein sunnitischer Muslim sein muss. Christen, selbst solche aus den traditionellen christlichen Kirchen, werden als Fremde angesehen und ein Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben wird oft als Schande für die Ehre der Familie erachtet.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Gegenreaktion auf den Putschversuch vom Juli 2016 hat zu einer verstärkten Polarisierung geführt. Jeder, der (angeblich) die Türkei oder Erdogans Vision für die Türkei nicht unterstützt, wurde öffentlich zum Sündenbock gemacht. Die Tatsache, dass der angebliche Urheber des Putschs, Fethullah Gülen, in Pennsylvania ansässig ist und dass die USA ihn bisher nicht ausgeliefert haben (mangels Beweisen, den besagten Staatsstreich in die Wege geleitet zu haben), hat die Spannungen zwischen der Türkei und den USA verstärkt. Vor allem evangelische Christen haben die Verschlechterung der Beziehungen zu spüren bekommen. Da die USA als christlich betrachtet werden, werden Christen in der Türkei als Spione des Westens dargestellt. Hassreden und Drohungen gegen evangelische Kirchen haben zugenommen. Im Allgemeinen ist die Atmosphäre angespannt; der Mord an dem südkoreanischen Evangelisten Jinwook Kim im November 2019 hat Ängste geschürt.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Traditionelle christliche Gruppen wie die der armenischen und der assyrischen (syrischen) Kirche stehen im Südosten der Türkei hohem Druck und Feindseligkeiten gegenüber. Seit Jahrzehnten stehen sie zwischen den rivalisierenden Frontlinien der türkischen Armee und der kurdischen Widerstandsgruppen. Die meisten dieser Christen leben nicht mehr in den Gebieten ihrer Vorfahren und sind in den Westen der Türkei umgezogen.

Die meisten türkischen evangelischen Gemeinden gibt es in den westlichen Küstenstädten, einschließlich Istanbul. Diese Städte sind tendenziell liberaler und säkularer, während die Gebiete im Landesinneren eher konservativ, islamisch und gesellschaftlich feindlich gesinnt gegenüber Christen

sind. Allerdings gibt es auch innerhalb der größeren Städte diesbezüglich Unterschiede, und einige Stadtgebiete sind ebenso konservativ.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt ausländische Christen im Land, aber sie sind nicht unfreiwillig von anderen Christen isoliert. Weil sie frei mit anderen christlichen Gemeinden in Kontakt treten können, werden sie bei der Analyse des Weltverfolgungsindex nicht als separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören Gemeinden der Armenisch-Apostolischen und der Griechisch-Orthodoxen Kirche (die einzigen Kirchen, die 1923 im Vertrag von Lausanne „anerkannt“ wurden). Hinzu kommen die Assyrische Kirche, die Syrisch-Orthodoxe Kirche und die Syrisch-Katholische Kirche, die alle regelmäßig überwacht und von der Regierung kontrolliert und eingeschränkt werden. Ihre Mitglieder gelten in vielen offiziellen Angelegenheiten sowie in der Öffentlichkeit als „fremd“. Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. So benötigen zum Beispiel die Armenische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, neue Kirchenleiter zu bestimmen.

Es gibt auch ausländische Christen, die traditionellen Kirchen angehören. So gibt es russisch-orthodoxe Christen, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben, und auch römisch-katholische Christen, hauptsächlich Einwanderer aus Afrika und den Philippinen. In den letzten Jahren ist ihre Zahl mit der Ankunft Zehntausender christlicher Flüchtlinge gewachsen, die aus Syrien und dem Irak kamen, um dem Krieg in ihren Heimatländern zu entkommen.

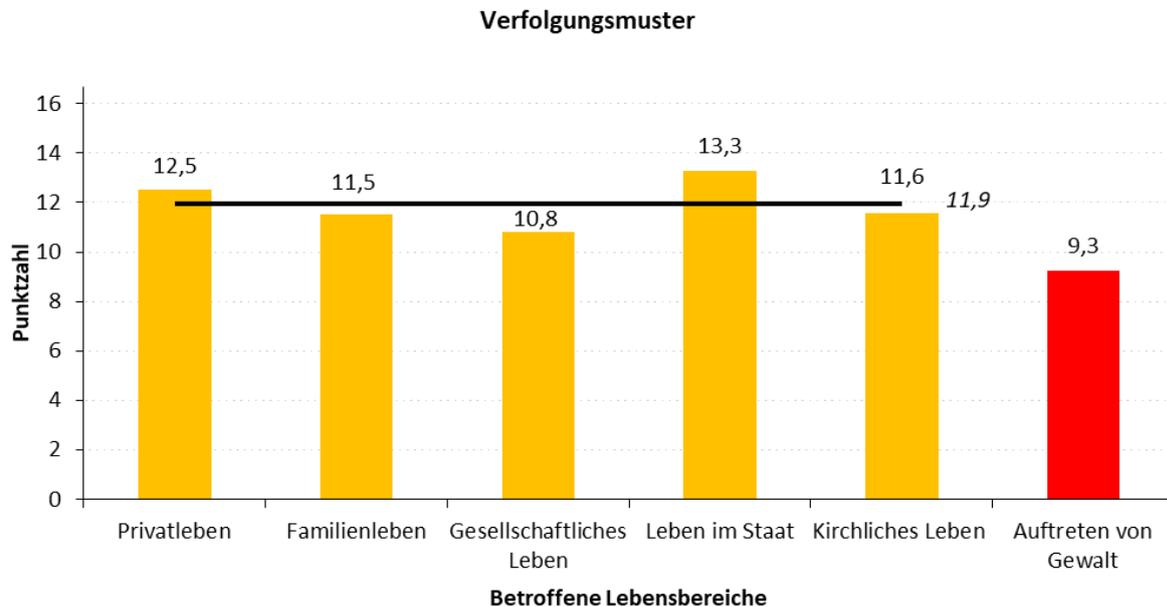
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in der Türkei die Hauptlast der Verfolgung. Der Druck kommt von Familie, Freunden, dem sozialen Umfeld und sogar von den lokalen Behörden. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität. Neben Christen muslimischer Herkunft, die aus der Türkei stammen, gibt es auch Gemeinden von ehemaligen Muslimen, die aus anderen Ländern, wie Iran, stammen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistengemeinden, evangelikale und Pfingstgemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen, von denen einige es sich nicht leisten können, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu mieten. Viele von ihnen treffen sich in Privathäusern, was zu Widerstand der Nachbarn führen kann.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Türkei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt sehr hoch (11,9 Punkte) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Vor allem im Bereich des Lebens im Staat verharret der Druck auf sehr hohem Niveau. Dies steht in direktem Zusammenhang mit der wachsenden Feindseligkeit gegen Christen (verursacht sowohl durch nationalistische Gefühle als auch den wachsenden Widerstand der Gesellschaft gegen Christen).
- Obwohl alle Lebensbereiche sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck im Leben im Staat und im Privatleben am größten. Die Punktzahl für das Privatleben spiegelt sowohl die Schwierigkeit für Christen muslimischer Herkunft wider, ihren Glauben unter ihren Familienmitgliedern offen zu leben, als auch den wachsenden Druck auf alle Christen, vorsichtig zu sein, wie und mit wem sie – in einem dem christlichen Glauben gegenüber feindlichen Klima – über ihren Glauben sprechen können. Die sehr hohe Punktzahl für das Leben im Staat zeigt nicht nur, wie schwer es Christen als Privatpersonen haben, sondern auch christliche Organisationen, die in der Türkei arbeiten. Die Medienberichterstattung über Christen ist stark voreingenommen und Christen erfahren regelmäßig Diskriminierung, wenn sie mit den Behörden zu tun haben.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt stieg von 3,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 9,3 im Weltverfolgungsindex 2021. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden zwei Morde gemeldet und die Anzahl der Angriffe auf Kirchen war höher als im Vorjahr. Hinzu kam die erzwungene Deportation von mindestens 25 Ausländern und ihren Familien (wovon über 100 Christen betroffen waren), die mit verschiedenen kirchlichen Gruppen zusammengearbeitet hatten. Dies erhöhte die Punktzahl im Bereich Gewalt deutlich.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Wechsel zum christlichen Glauben ist nicht gesetzlich verboten. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass ein Übertritt vom muslimischen zum christlichen Glauben (oder sogar von einer christlichen Denomination zu einer anderen) familiär und gesellschaftlich Auswirkungen hat. Das Ausmaß und die Art der Unterdrückung können sich je nach Hintergrund der Familie erheblich unterscheiden, allgemein wird die Hinwendung zum christlichen Glauben aber weithin als unannehmbar angesehen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Der öffentliche Ausdruck des Glaubens in schriftlicher Form kann in gewissem Maß Verfolgung nach sich ziehen. Besonders Christen muslimischer Herkunft können unter Umständen ihre Arbeit verlieren, Belästigungen von Familie und Freunden ausgesetzt sein oder bedroht werden, nachdem ihr neuer Glauben offenbart wurde.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Das Maß der gesellschaftlichen Feindseligkeit gegen den christlichen Glauben ist in der Türkei hoch und ein Übertritt zum christlichen Glauben gilt weithin als inakzeptabel. Über den eigenen christlichen Glauben mit Mitbürgern zu diskutieren, kann zu Schikane und sozialer Ausgrenzung führen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Die Schikane von Christen ist in der Türkei weitverbreitet und das Zeigen von christlichen Symbolen kann Feindseligkeit und (körperliche) Gewalt hervorrufen.

Familienleben

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Es gab in den letzten Jahren mehrere Berichte, dass Kinder christlicher Eltern Mobbing ausgesetzt waren. Kinder von Christen, insbesondere von Christen muslimischer Herkunft, erfahren oft Schikane, entweder wegen der religiösen Intoleranz der Gesellschaft oder aus nationalistischem Eifer.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Wenn in ihrem Ausweis „Muslim“ eingetragen ist, sind die Kinder von Christen muslimischer Herkunft verpflichtet, in der Schule Islamunterricht zu besuchen. Es ist zwar in letzter Zeit einfacher geworden, eine Freistellung vom Islamunterricht zu erwirken, doch viele Christen muslimischer Herkunft lassen ihre religiöse Zugehörigkeit nicht ändern, da dies für sie und ihre Kinder ein soziales Stigma darstellt. Zudem ist der Lehrplan generell vom türkischen Nationalismus und der Idee beeinflusst, dass der christliche Glaube etwas der türkischen Gesellschaft Fremdes ist.

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Adoption ist in der Türkei nicht weitverbreitet und für Christen ist es noch schwieriger, ein Kind zu adoptieren. Präsident Erdogan sagte 2013, dass türkische Kinder, die von christlichen (oder homosexuellen) Paaren im Ausland adoptiert wurden, wiedergefunden und in die Türkei zurückgebracht werden sollten. Daher ist es für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Die feindlich gesinnte Umgebung erschwert es Christen, ihre Kinder auf christliche Weise großzuziehen, besonders da es diesbezüglich auch Druck durch die eigenen (Groß-)Familien gibt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Christen haben keinen Zugang zu staatlichen Arbeitsstellen und erfahren Diskriminierung in der Privatwirtschaft, insbesondere wenn Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung unterhalten.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Viele Christen in der Türkei erleben Beschimpfungen, Todesdrohungen oder andere Schikane.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Im Schulsystem gibt es verbindlichen Islamunterricht, allerdings können nichtmuslimische Kinder sich davon freistellen lassen. Es gibt jedoch Berichte über Diskriminierung der Kinder, die abgemeldet wurden, seitens der Gesellschaft und der Lehrer. Christliche Schulkinder werden im Unterricht regelmäßig diskriminiert, sowohl von Lehrern als auch von anderen Schülern. Es gibt Christen, die an türkischen Universitäten studieren, ihnen ist es aber nicht möglich, höhere Positionen oder Professuren auf Universitätsniveau zu erreichen. Zudem wurden in den letzten Jahren Hunderte neuer Imam-Hatip-Schulen eröffnet, was die Zahl dieser islamischen Schulen auf über 5.000 anhebt. Hatip-Schulen spielen eine immer wichtiger werdende Rolle im türkischen Bildungssystem und sind für Christen nicht zugänglich.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Christen werden sowohl durch die Regierung als auch durch die Gesellschaft beobachtet. Türkische Christen wissen, dass all ihre Kommunikation von der Regierung überwacht wird und dass eine Unterwanderung nicht selten ist. Selbst Zeitungen stellen dabei eine Gefahr dar, da einige Medien negative Artikel (inklusive Namen und Bilder) über mehrere Christen veröffentlicht haben.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die türkische Verfassung ist in ihrer Haltung in Bezug auf religiöse Minderheitenrechte sehr restriktiv. Die Verfassung schränkt die Religionsfreiheit zwar nicht ein, aber sie begünstigt das „Türkentum“ eindeutig gegenüber allen anderen Ideologien.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Der Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, dem Sicherheitsapparat des Staates und den Ordnungskräften wird Christen verwehrt, ebenso wie Beförderungen in der Armee – obwohl auch für Christen Wehrpflicht gilt. Die Religionszugehörigkeit ist auf den neuen Personalausweisen nicht mehr sichtbar vermerkt, aber sie ist immer noch auf dem Chip in der Karte registriert.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Vor allem lokale Medien und Kolumnisten sind gegenüber Christen voreingenommen. Es wurde mehrfach von Fällen von Intoleranz und Vorurteilen gegen Christen berichtet.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Christen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äußern. Gesellschaftliche Vorurteile machen es schwierig, die eigene Meinung offen auszusprechen und die türkische Regierung akzeptiert keine Kritik.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als „Verein“ registrieren können, ist dies ein komplizierter Prozess und einige Anträge wurden abgelehnt. Auch die Gründung von Stiftungen zur Unterstützung einer neuen Religionsgemeinschaft ist verboten.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Behördliche Genehmigungen für die Reparatur oder Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist schwierig. Viele Kirchengebäude, Seminare oder Schulen, die in der Vergangenheit beschlagnahmt wurden, wurden nicht zurückgegeben. Eine neue Kirche zu bauen, ist nahezu unmöglich. Es ist eine absolute Ausnahme – das erste Mal seit hundert Jahren – dass sich nun eine neue Kirche in Istanbul im Bau befindet. Der Grundstein für diese syrisch-orthodoxe Kirche wurde im August 2019 von Präsident Erdogan selbst gelegt.

Wurden Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?

Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich. Die Ausbildungsstätten der traditionellen Kirchen wurden in den 1970ern geschlossen und seitdem nicht mehr geöffnet, trotz einer Kampagne der Griechisch-Orthodoxen Kirche zur Wiedereröffnung ihres Seminars in Halki. Es

kann nur eine inoffizielle Ausbildung stattfinden. Viele Kirchenleiter werden für ihre Ausbildung ins Ausland geschickt.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Es bleibt sehr schwierig, einen Verein mit einem klar christlichen Profil zu gründen und zu betreiben. Alle Aktivitäten in dieser Richtung werden überwacht und Christen leiden im Vereinsbereich sogar noch mehr, da dieser oft durch ausländische Kirchen unterstützt wird, was mit Argwohn beobachtet wird.

Auftreten von Gewalt

- **Getötete Christen:** Zwei Christen wurden aufgrund ihres Glaubens getötet. Im November 2019 wurde der südkoreanische christliche Evangelist Jinwook Kim in Diyarbakir erstochen. Im Januar 2020 wurde das chaldäische Ehepaar Hormuz und Şimoni Diril aus ihrem Dorf im Südosten der Türkei entführt. Während Hormuz weiterhin vermisst wird, wurde Şimoni im März 2020 tot aufgefunden.
- **Angriffe auf Christen:** Mehrere Christen wurden belästigt und tyrannisiert.
- **Verhaftungen von Christen:** Der assyrische Priester Pater Sefer Bileçen wurde festgenommen und inhaftiert, da ihm die Unterstützung der verbotenen PKK vorgeworfen wurde. Sein Fall ist ein Paradebeispiel dafür, wie Christen traditioneller Kirchen zu Opfern der anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Separatisten und den türkischen Behörden werden.
- **Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen:** Mindestens 25 ausländische Christen wurden mit Einreiseverboten belegt oder wurden auf andere Weise gezwungen, das Land mit ihren Familien zu verlassen, wovon insgesamt mehr als 100 Personen betroffen waren.
- **Angriffe auf Kirchen:** Die Umwandlung der Hagia Sophia und der byzantinischen Chora-Kirche in Moscheen entfaltete eine tiefgreifende Wirkung auf die traditionellen christlichen Kirchen in der Türkei. Darüber hinaus wurden mehrere andere Kirchengebäude angegriffen und christliche Gräber und Friedhöfe vandalisiert. Hinzu kommt, dass viele historische Kirchengebäude stark renovierungsbedürftig sind. Diese Vernachlässigung führt zu einem langsamen, aber kontinuierlichen Verschwinden des christlichen Erbes im Land.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Es kam zu mehreren Vorfällen, bei denen Eigentum einzelner Christen und christlicher Gemeinden beschädigt wurde.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sowohl Regierung als auch Gesellschaft greifen religiöse Minderheiten wie Aleviten und Juden sowie ethnische Minderheiten wie Kurden verbal an. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Die Türkei ist ein Unterstützer von Organisationen der Muslimbruderschaft wie der Hamas und ist daher zum Gegner Israels geworden. Die gesamtgesellschaftliche Haltung ist infolgedessen zunehmend antiisraelisch und antisemitisch geprägt. Dies hat natürlich Ängste bei der kleinen jüdischen Gemeinschaft in der Türkei geschürt und einige Hundert von ihnen sind vor Kurzem nach Israel ausgewandert, was die Verbleibenden noch verwundbarer macht.

In der Türkei lassen sich junge nationalistische Türken schnell von Hassreden und Propaganda überzeugen; die Folge sind Gewalttaten, die in der Überzeugung geschehen, die Zustimmung des Staates und der Gesellschaft zu haben. Darüber hinaus wird die Gülen-Bewegung seit dem Putschversuch 2016 schwer verfolgt. Die Jesiden im Südosten der Türkei stehen vor ähnlichen Problemen wie die syrischen Christen. Flüchtlinge der Nusayri (Alawiten) aus Syrien stehen unter enormem Druck, das Land zu verlassen. Auch allgemein werden Kurden diskriminiert sowie die Aleviten, die offiziell nicht als eigene Gruppe existieren und keine Gotteshäuser betreiben können.

Das US-Außenministerium stellt in seinem „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019“ für die Türkei fest: „Die Regierung hat die Rechte nichtmuslimischer Minderheiten weiter eingeschränkt, besonders derjenigen, die sie nicht im Lausanner Vertrag von 1923 anerkannt hat, welcher nur armenisch-apostolische Christen, Juden und griechisch-orthodoxe Christen umfasst. Sie bezeichnet das Alevitentum weiterhin als eine heterodoxe muslimische ‚Sekte‘ und erkennt weiterhin keine alevitischen Gotteshäuser (Cemevis) an, trotz eines Richterspruchs durch das oberste Berufungsgericht, das Cemevis als Gotteshäuser anerkennt. Im März 2018 sagte der Leiter von Diyanet (des Präsidiums für Religionsangelegenheiten), Moscheen seien der angemessene Anbetungsort sowohl für Aleviten als auch für Sunniten.“

Der Bericht legt ferner dar, dass nichtsunnitische religiöse Minderheiten auch im Bildungssystem benachteiligt werden: „Nichtsunnitische und säkulare Muslime gaben an, dass sie Schwierigkeiten hatten, eine Befreiung vom obligatorischen Religionsunterricht in Grund- und weiterführenden Schulen zu erhalten, und dass sie oft Wahlfächer belegen mussten, die sich mit verschiedenen Aspekten des sunnitischen Islam befassten. Die Regierung behauptete zwar, der Pflichtunterricht decke eine Reihe von Weltreligionen ab, doch einige religiöse Gruppen, darunter Aleviten und Mitglieder christlicher Kirchen, erklärten, die Kurse spiegelten größtenteils die hanafitisch-sunnitische islamische Doktrin wider und enthielten negative und falsche Informationen über andere religiöse Gruppen.“

Im November 2018 entschied das Berufungsgericht, dass die Regierung die Stromkosten für Cemevis übernehmen sollte, wie sie es auch für Moscheen tut. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte jedoch bereits 2016 ein ähnliches Urteil gefällt, das aber von der Regierung ignoriert wurde. Wenn die Regierung diesem Urteil nun folgt, könnte das Kirchen die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls Gleichbehandlung zu fordern.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Tunesien: Platz 26

Kurze Zusammenfassung

Ein Journalist, der die Situation der tunesischen Christen eingehend untersucht hat, erklärt: „Tunesische Christen sind mit Diskriminierungen und Angriffen konfrontiert, die oft verdeckt stattfinden und der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Dies beeinflusst ihr tägliches Leben. Aufgrund ihrer christlichen Identität erleben viele von ihnen Arbeitsplatzunsicherheit, werden von ihren Familien, Freunden und sogar Verlobten aufgegeben; sie sind Opfer von verbalem, psychischem und physischem Missbrauch.“



Die meisten Tunesier, die den christlichen Glauben angenommen haben, können ihr Christsein nicht offen praktizieren und ziehen es vor, ihren Glauben zu verbergen. Die Feindseligkeit und der Druck, denen sie von der Gesellschaft insgesamt ausgesetzt sind, machen es für sie gefährlich, ihren Glauben mit ihren Familienmitgliedern, Verwandten, Nachbarn, Freunden oder Kollegen zu teilen. Sie finden es auch schwierig, sich zu Gottesdiensten und anderen christlichen Aktivitäten zu treffen, aufgrund der Risiken, die jede mögliche Aufdeckung mit sich bringen würde, weil sie von den tunesischen Sicherheitsdiensten überwacht werden.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	26
2020	64	34
2019	63	37
2018	62	30
2017	61	29

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Hauptgrund für den Anstieg des Wertes um drei Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 war, dass der Wert für Gewalt von 5,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 7,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 gestiegen ist. Dies lag vor allem daran, dass eine größere Anzahl christlicher Gebäude angegriffen wurde. Darüber hinaus stieg der durchschnittliche Druck auf Christen auf 12,0 Punkte (von 11,6), was auf einen Anstieg des Drucks sowohl im Bereich Leben im Staat als auch im Bereich des kirchlichen Lebens zurückzuführen ist.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die tunesische Demokratie bleibt sehr anfällig

Tunesien ist ein Land, das in Bezug auf die sozioökonomische Entwicklung, die bürgerlichen Freiheitsrechte und die demokratische Regierungsführung weiter fortgeschritten ist als die meisten nordafrikanischen Länder. Das Land hat aufgrund seines friedlichen Übergangs zur Demokratie das

Potenzial, als Vorbild für andere arabische Länder zu dienen. Die regionale Instabilität, die Präsenz gewalttätiger islamischer Kämpfer sowie die hohe Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der für das Wirtschaftswachstum notwendigen Wirtschaftsreformen führen jedoch dazu, dass sich die tunesische Demokratie noch immer in einem fragilen Zustand befindet. Die Covid-19-Pandemie wird wahrscheinlich zu einer weiteren Verschlechterung der Situation führen. Zum Teil aufgrund dieser Krise hat Tunesien bereits die dritte Regierung innerhalb eines Jahres, wobei der neueste Versuch Anfang September 2020 startete.

2) Islamistische und liberale Ideale liegen im Widerstreit um Einfluss in Politik und Gesellschaft

Obwohl sich die politische Situation in Tunesien seit 2011 bis zu einem gewissen Grad stabilisiert hat, bedeutet dies nicht, dass der Druck auf Christen abgenommen hat oder in Zukunft abnehmen wird. Sowohl in der tunesischen Gesellschaft als auch auf politischer Ebene findet ein Kampf zwischen Islamisten und gemäßigten Liberalen statt. Es bestand die Hoffnung, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019 die künftige Richtung Tunesiens bestimmen würden, doch weder die Islamisten noch die Liberalen erlangten eine klare Mehrheit im Parlament, und Präsident Kais Saied hat kein klares politisches Profil. Es scheint, dass Tunesien ohne eine klare Richtung weitergeht und beide Seiten sich mit Kompromissen auf halbem Weg treffen.

3) Die Gesellschaft als Ganzes bleibt konservativ

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation für Christen im Land in den nächsten Jahren verbessern wird, da die islamische Gesellschaft Tunesiens nach wie vor überwiegend konservativ ist und es keine Anzeichen dafür gibt, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Angelegenheiten der Religions- und Glaubensfreiheit verbessern will.

3. Religiöse Situation im Land

Laut der World Christian Database sind 99,5 Prozent der Tunesier Muslime, fast alle sind Anhänger des sunnitischen Islam, wobei die meisten der malikitischen Rechtsschule folgen. Dies ist eine der größten Gruppen innerhalb der sunnitischen Tradition. Ein wichtiges Zentrum der malikitischen Lehre vom 9. bis 11. Jahrhundert war die Große Moschee von Kairouan in Tunesien. Es gibt auch sehr kleine Bahai- und jüdische Minderheiten in Tunesien.

Trotz des französischen Erbes des Laizismus unter der städtischen und gebildeten Elite ist der Islam sehr einflussreich und die Verfassung erkennt den Islam als Staatsreligion an. Christentum und Judentum sind die bedeutendsten Minderheitenreligionen, obwohl die Zahl der Agnostiker/Atheisten größer ist als beide zusammengenommen. Die Zahl der Christen mit muslimischem Hintergrund in Tunesien wächst. Dieses allmähliche Wachstum der Kirche ist seit den 1990er Jahren zu erkennen.

Der „Freedom of Thought Report“ 2020 der Nichtregierungsorganisation „Humanists International“ besagt Folgendes:

- „Die Regierung subventioniert Moscheen und zahlt die Gehälter der Imame. Örtliche religiöse Kommissionen und Imame müssen vom Direktorat für religiöse Angelegenheiten genehmigt werden. Der Präsident ernennt den Großmufti des Staates. Die Regierung erlaubt der jüdischen Gemeinde die freie Religionsausübung und zahlt das Gehalt des Großrabbiners.“

Sie bietet auch eine gewisse Sicherheit für alle Synagogen und subventioniert teilweise einige Restaurierungen und Wartungen. Die Regierung erkennt alle christlichen und jüdischen religiösen Organisationen an, die vor der Unabhängigkeit im Jahr 1956 gegründet wurden. Die Regierung erlaubt Kirchen mit im Ausland lebenden Christen frei zusammenzuarbeiten, und erkennt die Römisch-Katholische Kirche durch ein Konkordat von 1964 formell an.“

Nach Angaben der christlichen Hilfsorganisation Middle East Concern gilt Folgendes:

- „Sowohl Gemeinschaften von ausländischen als auch von einheimischen Christen genießen in Tunesien relative Freiheit, vorausgesetzt, sie vermeiden Aktivitäten, die als Verkündigung des Evangeliums ausgelegt werden könnten. Eine potenzielle Bedrohung geht von salafistischen Organisationen aus, wenngleich sich die jüngsten Angriffe hauptsächlich gegen kulturelle und wirtschaftliche Ziele und weniger gegen nichtislamische religiöse Gruppen richteten. Die größte Herausforderung für einheimische Christen ist der familiäre und gesellschaftliche Druck, dem diejenigen, die sich dazu entscheiden, den Islam zu verlassen, oft ausgesetzt sind, obwohl dieser nur in extremen Fällen gewalttätige Formen annimmt.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung geschieht auf verschiedenen Ebenen: Auf familiärer Ebene erfahren Christen muslimischer Herkunft oft Widerstand von Familienmitgliedern aufgrund ihrer Entscheidung, den christlichen Glauben anzunehmen, unterstützt. Es gibt Fälle von Christen muslimischer Herkunft, die von ihren eigenen Familien in ihren Häusern eingesperrt wurden. Auf gesellschaftlicher Ebene verbreiten islamistische Kämpfer Angst im ganzen Land. Auf politischer Ebene sind die islamistischen Parteien immer noch einflussreich. Die Verbindungen zwischen einigen islamistischen Bewegungen und der organisierten Kriminalität sollten nicht unterschätzt werden. Sie sorgen für Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und tragen dazu bei, dass die ohnehin schon große Angst unter den Christen weiter zunimmt.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Stammesstrukturen der Gesellschaft, vor allem außerhalb der Großstädte, stellen besonders Christen mit muslimischer Herkunft vor Schwierigkeiten. Die Abkehr vom Islam wird nicht nur als religiöser Verrat gesehen, sondern auch als Verrat an der (Groß-)Familie. Dennoch ist das Stammessystem in Tunesien weniger stark als in den Nachbarländern, was auf eine Regierungskampagne in den 1950er und 1960er Jahren zurückzuführen ist, die direkt darauf abzielte, diesen Einfluss zu bekämpfen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Bei tunesischen Christen mit muslimischem Hintergrund geht die Verfolgung hauptsächlich von ihren eigenen (Groß-)Familien aus. Diese üben Druck auf christliche Konvertiten aus, seinen oder ihren neuen Glauben zu widerrufen, oder misshandeln ihn oder sie sogar. Ehepartner werden unter Druck gesetzt, sich von dem Christen scheiden zu lassen, und gemeinsame Kinder werden ihm oder ihr weggenommen.

- **Gewöhnliche Bürger:** Auch von der Gesellschaft geht Verfolgung für Christen muslimischer Herkunft aus. Dies ist insbesondere außerhalb der großen Ballungszentren der Fall. Nachbarn schließen Christen muslimischer Herkunft z. B. oft von gesellschaftlichen Zusammenkünften aus oder sorgen möglicherweise dafür, dass Christen ihren Arbeitsplatz verlieren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Obwohl das Land den Ruf hat, die größte Erfolgsgeschichte der Aufstände des Arabischen Frühlings zu sein, sind islamisch-extremistische Lehren und Gewaltbereitschaft weit verbreitet.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die Bedrohung durch Aktivitäten gewaltbereiter islamischer Gruppen betrifft alle Kategorien christlicher Gemeinschaften im Land. Extremistische Gruppen stellen nach wie vor eine erhebliche Bedrohung dar, da sich in den letzten Jahren Tausende von Tunesiern islamisch-extremistischen Gruppen, einschließlich dem „Islamischen Staat“ (IS), angeschlossen haben.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung und der Staatsapparat können ebenfalls als Verfolger angesehen werden, da sie Gemeinden von Christen mit muslimischem Hintergrund die Registrierung und offizielle Anerkennung verweigern.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familienoberhäupter und andere wichtige Familienmitglieder üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren Glauben zu widerrufen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die (Groß-)Familie ist der Hauptverfolger. Katia Boissevain, eine Expertin für die Region, beobachtete: „Wenn eine Hinwendung zum christlichen Glauben angekündigt oder entdeckt wird, fühlen sich die Familien betrogen und im Stich gelassen ... Die Entscheidung für die christliche Religion ist nicht nur ein Bruch mit dem sozialen Umfeld, sondern auch ein Bruch mit dem gesellschaftlichen Leben (das durch islamische Traditionen definiert ist). Christ zu werden, wird von den anderen als eine Entscheidung interpretiert, die gegen alles steht, in dem sie erzogen wurden.“
- **Normale Bürger / nichtchristliche religiöse Leiter:** Vor allem in ländlichen Gebieten fördert die Gesellschaft das Festhalten an traditionellen Werten und Bräuchen, die es Christen muslimischer Herkunft schwer machen, sich vom Islam abzuwenden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familienoberhäupter und andere wichtige Mitglieder der Familie üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren, um die Familienehre wiederherzustellen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen muslimischer Herkunft haben am meisten von Mitgliedern ihrer eigenen Familie und ihrem sozialen Umfeld zu befürchten. Das gilt besonders für den Süden des Landes, wo die muslimische Bevölkerung konservativer ist. Städtische Gebiete, insbesondere die Hauptstadt Tunis selbst, bieten Christen muslimischer Herkunft die Möglichkeit, dem Druck der Familie zu entkommen und ihren Glauben in der Anonymität der Großstadt zu leben.

Vor allem in den südlichen Grenzgebieten sind gewaltbereite islamistische Kämpfer aktiv. Sie nehmen jeden Christen ins Visier, egal ob Ausländer oder Einheimischer, wenn sich die Gelegenheit ergibt.

7. Betroffene Christen

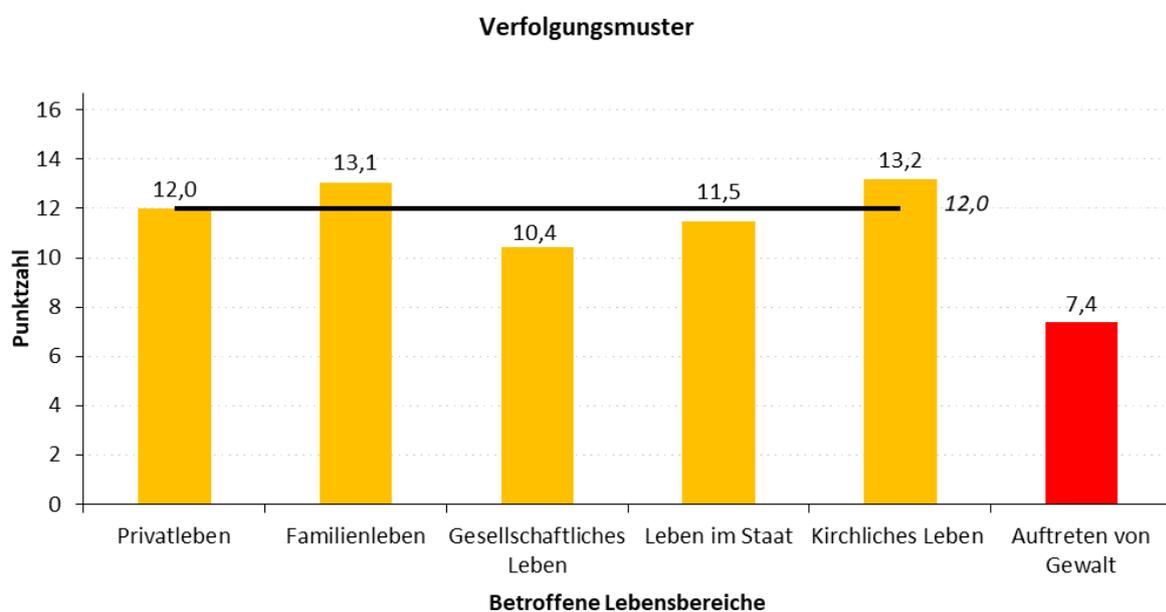
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christen aus dem Ausland erleben ein relatives Maß an Freiheit, obwohl die öffentliche Weitergabe des Evangeliums nicht geduldet wird. Ausländische Christen der wenigen internationalen Kirchen haben kaum Probleme.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund sind mit verschiedenen Formen der Verfolgung konfrontiert, z. B. durch Mitglieder ihrer Familie. Sie (und andere) haben jedoch mehr oder weniger die Freiheit, Informationen über den christlichen Glauben zu suchen und zu erhalten, insbesondere im Internet.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tunesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen hat ein sehr hohes Ausmaß (12,0 Punkte) und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 (11,6 Punkte) gestiegen.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen sehr hohen Druck aufweisen, ist er in den Bereichen Familienleben und kirchliches Leben am höchsten. Dies spiegelt die Schwierigkeiten wider, mit denen Christen muslimischer Herkunft konfrontiert sind, sowohl innerhalb ihrer eigenen Familien als auch im öffentlichen Raum, z.B. wenn sie sich taufen lassen oder Kirchen eintragen lassen wollen.

- Der Wertung für das Auftreten von Gewalt stieg von 5,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 7,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Der Hauptgrund für diesen Anstieg war eine Zunahme der gemeldeten Gewalttaten, wobei eine höhere Zahl von Christen festgenommen und verhört wurde. Außerdem wurden mehr (Haus-)Kirchen angegriffen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Insbesondere Christen muslimischer Herkunft erfahren Druck von ihren Familien, wenn ihr Glaubenswechsel auf privater Ebene bekannt wird. Dabei gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen ländlichen Gebieten und der Hauptstadt des Landes, Tunis, wo die Situation vergleichsweise besser ist.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Die Tatsache, dass viele tunesische Christen es für sicherer halten, ein Pseudonym zu verwenden, wenn sie christliche Mitteilungen in sozialen Medien posten, ist ein Hinweis auf den Druck, dem sie ausgesetzt sind.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Die meisten Christen muslimischer Herkunft (besonders junge Menschen) sehen sich wegen ihres Glaubenswechsels auf verschiedene Weise mit Widerstand oder Ablehnung konfrontiert. Besonders für junge Christen muslimischer Herkunft ist es riskant, beim Bibellesen gesehen zu werden, und es ist schwierig, allein einen Platz zum Beten zu finden, geschweige denn, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu sprechen.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Besonders problematisch ist dies außerhalb der Hauptstadt Tunis und anderer städtischer Gebiete. Sich mit anderen Christen zu treffen, könnte unerwünschte Aufmerksamkeit auf Christen muslimischer Herkunft ziehen. Wenn sie bei solchen Treffen entdeckt werden, kann dies zu Druck vonseiten ihrer Familien führen.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

In Tunesien können nur Muslime ein Kind adoptieren.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben haben mehrere Christen muslimischer Herkunft das Sorgerecht für ihre Kinder verloren.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Bei der Geburtenregistrierung gibt es keine Kategorie für „christliche Tunesier“. Die tunesische Verfassung trennt die tunesische Staatsbürgerschaft von der Religionszugehörigkeit, aber tatsächlich wird bei der Registrierung von Geburt, Heirat, Tod usw. davon ausgegangen, dass alle Tunesier Muslime sind. Christen muslimischer Herkunft müssen akzeptieren, dass in offiziellen Dokumenten angegeben wird, dass sie Muslime sind. Wenn sie versuchen, dies zu ändern, erweist sich das als unmöglich und kann negative Konsequenzen haben.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Kinder von Christen muslimischer Herkunft müssen am islamischen Unterricht teilnehmen, wenn sie zur Schule gehen, und sie müssen mit Belästigungen rechnen, wenn der Glaube ihrer Eltern bekannt wird.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Obwohl der stärkste Druck von der Familie ausgeht, sind Belästigungen und Isolation durch das soziale Umfeld bekannte Folgen eines Glaubenswechsels vom Islam zum Christentum.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Überwachung findet häufig statt; und die tunesischen Christen sind sich bewusst, dass ihre Mitteilungen und Anrufe abgefangen werden. Polizeibeamte befragen tunesische Christen regelmäßig über ihre Aktivitäten und selbst ein einfacher Antrag für einen neuen Reisepass kann zu einem ausführlichen Verhör führen.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Christen muslimischer Herkunft erhalten Drohungen von ihren Familien oder ihrem sozialen Umfeld, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Vor allem in ländlichen Teilen des Landes haben junge Christinnen muslimischer Herkunft Angst davor, zu einer Ehe mit einem Muslim gezwungen zu werden. Es sind auch Fälle bekannt, in denen Christen muslimischer Herkunft von der Universität verwiesen wurden oder nicht zur Schule gehen können, weil sie aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Manchmal werden Kunden aufgefordert, nicht in Geschäften zu kaufen, die von einem Christen geführt werden. Daher ist der Druck des sozialen Umfelds auf Christen muslimischer Herkunft hoch, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Die Erwerbstätigkeit ist für die meisten tunesischen Christen ein großer Kampf. Als Christen muslimischer Herkunft verlieren sie entweder ihre Arbeit oder werden nicht eingestellt, weil sie durch ihren Glaubenswechsel alle sozialen Verbindungen verlieren und Familie und Freunde ihnen nicht mehr bei der Arbeitssuche helfen. Tunesische Christen neigen daher dazu, eine Beschäftigung bei ausländischen Institutionen zu suchen, um solche Diskriminierungen zu vermeiden.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Scharia ist nicht die „Hauptquelle der Gesetzgebung“, wie in vielen anderen arabischen Ländern, aber der Islam ist immer noch die Staatsreligion und der Staat ist der Hüter der Religion. Das bedeutet, dass andere Glaubensrichtungen (und deren Anhänger) nicht den gleichen Status haben wie der Islam und die Muslime.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Die Behörden erwarten im Allgemeinen, dass alle Tunesier Muslime sind, und es gibt keine offizielle Anerkennung einer Hinwendung zum christlichen Glauben.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Christen versuchen es zu vermeiden, unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Daher zeigen nur anerkannte (ausländische) Kirchen christliche Symbole.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Die Medien (Zeitungen und Fernsehsendungen) haben falsche Informationen über Christen verbreitet und ein falsches Bild von der christlichen Gemeinschaft gezeichnet. Christen werden beschuldigt, den Glaubenswechsel aus finanziellen Gründen zu vollziehen, da reiche ausländische Christen den Tunesiern aus schwächeren Schichten Reichtum und die Möglichkeit, in ein westliches Land auszuwandern, versprechen würden. Christen wird auch vorgeworfen, minderjährige Jugendliche zu beeinflussen und für den christlichen Glauben zu begeistern.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Tunesische Christen muslimischer Herkunft können ihre Kirchen nicht registrieren lassen. Seit der Unabhängigkeit Tunesiens im Jahr 1956 hat keine neue Kirche eine offizielle Registrierung erhalten. Dies steht in krassem Gegensatz zu dem Gesetz, das Moscheen reguliert. Registrierte Kirchen dürfen frei tätig sein, sehen sich aber mit praktischen Schwierigkeiten konfrontiert, insbesondere bei der Instandhaltung ihres Eigentums, der Einstellung von Mitarbeitern und der Erlaubnis, christliche Texte in arabischer Sprache zu veröffentlichen und zu verbreiten.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Aufgrund gesellschaftlicher Widerstände sind ausländische Kirchen (wie z. B. römisch-katholische Kirchengemeinden) sehr zurückhaltend, Christen muslimischer Herkunft in ihrer Mitte aufzunehmen.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Der Verkauf von christlichen Materialien ist nicht verboten und Bibeln können in säkularen Buchläden gekauft werden. (Es gibt keine christlichen Buchläden in Tunesien.) Das kostenlose Verteilen von christlichen Materialien wird jedoch als Verkündigung des Evangeliums angesehen und ist verboten.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Eingetragene Kirchen wollen nicht, dass sich ihre ohnehin schon zerbrechliche Beziehung zur Regierung verschlechtert. Daher halten sie sich lieber bedeckt, wenn es um Verletzungen ihrer Religions- und Glaubensfreiheit geht.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Mehrere Christen waren von Vorfällen von (körperlicher) Misshandlung, Zwangsheirat, Vergewaltigung und sexueller Belästigung betroffen. Darüber hinaus mussten mehrere Christen innerhalb des Landes umziehen, nachdem sie (von ihren Familien) unter Druck gesetzt worden waren.
- **Verhaftungen von Christen:** Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden festgenommen und über ihre Aktivitäten und den Besitz christlicher Literatur verhört. Ihnen wurde die Verbreitung des Evangeliums und Verbindungen zu ausländischen Organisationen vorgeworfen.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens ein Kirchengrundstück wurde mutwillig zerstört, während mehrere andere kirchliche Gruppen Angriffe durch einzelne islamische Extremisten erlebten.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden in ihren Häusern angegriffen, oft von Familienmitgliedern. In anderen Fällen wurden Ladenbesitzer gezwungen, ihr Geschäft aufzugeben, oder ihre Läden wurden beschädigt, nachdem das soziale Umfeld entdeckt hatte, dass sie den christlichen Glauben angenommen hatten.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019, erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums, berichteten Anhänger der Bahai über Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Glaubens, da sie nicht offiziell anerkannt sind und keinen eigenen Ort zur Ausübung ihres Glaubens haben dürfen. Allerdings haben sie in der jüngsten Vergangenheit einige konstruktive Dialoge mit Regierungsvertretern geführt. Von der jüdischen Gemeinde wurden keine derartigen Schwierigkeiten gemeldet: „Jüdische Gruppen sagten, dass sie weiterhin frei ihre Gottesdienste abhalten konnten, und die Regierung sorgte weiterhin für die Sicherheit der Synagogen und bezuschusste teilweise die

Restaurierungs- und Instandhaltungskosten. Regierungsangestellte unterhielten den jüdischen Friedhof in Tunis. ... In Übereinstimmung mit den staatlichen Genehmigungen betrieb die jüdische Gemeinde private religiöse Schulen. Jüdischen Kindern war es erlaubt, ihren Schultag entweder zwischen öffentlichen Schulen und privaten religiösen Schulen aufzuteilen oder einen der beiden Schultypen ganztags zu besuchen.“

In Bezug auf die Atheisten im Land besagt der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit: „Einige Atheisten berichteten, dass sie sich gesellschaftlichem Druck ausgesetzt sahen, ihren Atheismus zu verbergen, auch durch die Teilnahme an islamischen religiösen Traditionen.“ Obwohl die tunesische Gesellschaft eine der liberalsten in der Region ist, listet der Freedom of Thought Report mehrere aktuelle Vorfälle in Bezug auf angeblich blasphemische Posts auf, darunter die Verurteilung von Emna Chargui zu sechs Monaten Gefängnis, weil sie „einen Facebook-Post teilte, der Versmaß und Format einiger Verse des Koran imitierte, um die Menschen dazu aufzufordern, die Covid-19-Hygienevorschriften zu befolgen“. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden keine Probleme im Zusammenhang mit der sunnitisch-schiitischen Spaltung gemeldet, obwohl schiitische Muslime generell diskriminiert werden und sich in der Vergangenheit Personen des öffentlichen Lebens gegen den schiitischen Islam ausgesprochen haben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Marokko: Platz 27

Kurze Zusammenfassung

Ein wiederkehrendes Problem für Christen, die offen über ihren Glauben sprechen, ergibt sich aus Artikel 220 des Strafgesetzbuches, der die „Erschütterung des Glaubens eines Muslims“ unter Strafe stellt. Dies setzt viele Christen, die mit anderen über ihren Glauben sprechen, der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung und Verhaftung aus. Befürworter der Rechte von Christen sind auch Opfer von gewalttätigen Angriffen militanter Islamisten geworden. Während das Gesetz nur die Verkündigung des Evangeliums unter Strafe stellt, können Christen muslimischer Herkunft auf andere Weise bestraft werden, zum Beispiel durch den Verlust des Erbrechts und des Sorgerechts für die Kinder.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	27
2020	66	26
2019	63	35
2018	51	0
2017	49	0

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Hauptgrund für den Anstieg um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2021 war ein leichter Anstieg des durchschnittlichen Drucks um 0,3 Punkte auf 12,6 Punkte. Dies wurde vor allem durch eine Zunahme des gemeldeten Drucks im Bereich Leben im Staat verursacht. Die Punktzahl für Gewalt sank von 4,1 auf 3,7 Punkte; hauptsächlich, weil im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 keine Kirchengebäude angegriffen wurden.

2. Trends und Entwicklungen

1) Das Image des Landes gilt als fortschrittlich, solange es nicht um religiöse Minderheiten geht

Marokko ist sowohl politisch als auch wirtschaftlich ein recht stabiles Land in einer Region, die von politischer Instabilität und Wirtschaftskrisen geprägt ist. Der schrittweise und entwicklungsorientierte Ansatz für politische Reformen hat sich bisher als recht erfolgreich erwiesen. Der internationale Ruf Marokkos ist der eines fortschrittlichen, toleranten und wirtschaftlich dynamischen Landes. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich eine gewisse Selbstzufriedenheit einstellt, zumal dieses Bild nicht ganz die Situation im Land widerspiegelt, wenn es um die Rechte religiöser Minderheiten geht. Außerdem könnte die Lage, wenn die Unruhen in der Rif-Region nicht ernsthaft angegangen werden, islamischen Extremisten die Möglichkeit geben, das Land zu destabilisieren.

2) Die Monarchie und die regierende islamistische Partei wetteifern um mehr Kontrolle

Wie sich die Zukunft in Marokko entwickelt, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Zu diesen Faktoren gehört der Ausgang des Ringens um mehr Einfluss und Kontrolle zwischen der Monarchie und der islamistischen Partei, die die Regierung in den letzten Jahren angeführt hat. Das Ausmaß, in dem die wirtschaftliche Marginalisierung und die politische Unzufriedenheit einiger Gruppen fortbestehen, mag ebenfalls ein relevanter Faktor sein, der eine Öffnung für Islamisten begünstigen könnte, die diese auch nutzen würden. Wenn sich jedoch die aktuelle Gesamtentwicklung fortsetzt, wird Marokko wahrscheinlich stabil bleiben.

3) Marokkanische Christen bleiben ohne Anerkennung

Selbst der Papst der Römisch-Katholischen Kirche erhob bei seinem Besuch 2019 nicht seine Stimme, um zu mehr Akzeptanz gegenüber marokkanischen Christen aufzurufen, da dieses Thema in Marokko nach wie vor hoch sensibel ist. Der Besuch des Papstes unterstreicht das Bestreben des marokkanischen Staates, sein Image als toleranter und fortschrittlicher moderner Staat aufrechtzuerhalten; es ist daher unwahrscheinlich, dass der Staat die Religionsfreiheit stärker einschränken wird. Dennoch wird der christliche Glaube in Marokko wohl eine fremde Religion bleiben. In Artikel 4 der Verfassung heißt es: „Das Motto des Königreichs lautet: Dieu, La Patrie, Le Roi [Gott, das Land, der König].“ Viele Marokkaner empfinden das auch so. Solange „Gott“ als der Gott des Islam interpretiert wird, werden Christen Außenseiter bleiben, auch wenn sie marokkanischer Abstammung sind.

3. Religiöse Situation im Land

Über 99 Prozent der Bevölkerung sind Muslime (mehrheitlich Sunniten), der Rest besteht überwiegend aus Agnostikern, Bahai oder Christen. Die offizielle Staatsreligion ist der Islam. Nichtmuslimische ausländische Glaubensgemeinschaften können ihren Glauben offen praktizieren. Die Mehrheit der Christen in Marokko ist römisch-katholisch. Im Vergleich zu anderen Ländern der arabischen Welt kann Marokko als ein religiös toleranter Staat beschrieben werden. Dennoch gilt es nach wie vor als illegal, Muslime zu missionieren, in der Absicht, sie vom Islam zu einer anderen Religion zu bekehren.

Die christliche Hilfsorganisation Middle East Concern berichtet:

- „Registrierte ausländische christliche Gemeinden genießen in Marokko beträchtliche Freiheiten, vorausgesetzt, dass sie den Umgang mit Muslimen vermeiden, der als Missionierung ausgelegt werden könnte. In den letzten Jahren (und besonders im Jahr 2010) hat die Regierung eine beträchtliche Anzahl von ausländischen Christen mit der Begründung ausgewiesen, dass sie gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches in Bezug auf Missionierung verstoßen haben, oder mit der vagen Begründung der ‚Gefährdung der öffentlichen Ordnung‘.“
- „Marokkanische Christen, die sich hauptsächlich in kleinen Hausgemeinden treffen, sind sich der engen Überwachung ihrer Aktivitäten durch die Behörden besonders bewusst.“
- „Anfang 2017 gab die höchste religiöse Instanz Marokkos eine Erklärung zum Thema Abfall vom Glauben heraus, die diesen in engen politischen Begriffen definierte. Ein umfassender Beschluss derselben Behörde aus dem Jahr 2002 hatte darauf gedrängt, dass Glaubensabtrünnige zum Tode verurteilt werden sollten.“

Die überarbeitete Entscheidung wurde weithin begrüßt, auch von Christen in Marokko. In ähnlicher Weise begrüßten Christen eine kürzlich ergangene Entscheidung, wonach ein Christ, der einem Freund eine Bibel anbot, den Glauben dieses Freundes nicht ‚erschütterte‘, da die Bibel ein Buch ist, das Muslime lesen sollten. Allerdings gibt es weiterhin familiären und gesellschaftlichen Druck gegen diejenigen, die sich entscheiden, den Islam zu verlassen. Einige, die als vom Glauben Abtrünnige gelten, werden den Gerichten übergeben (und müssen mit Sanktionen wie Zwangsscheidung, Verlust des Erbes und Entzug des Sorgerechts für die Kinder rechnen), und in extremen Fällen können sie von Familienmitgliedern mit Gewalt bedroht werden.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Marokko zeigt im Vergleich zu anderen Ländern der Region eine moderatere Variante von islamischer Unterdrückung. Zu den von den islamischen Behörden auferlegten Einschränkungen gehören die Konfiszierung christlicher Literatur in arabischer Sprache (einschließlich Bibeln) bei Entdeckung, Verbote der Zusammenarbeit mit Christen aus dem Ausland – vor allem, wenn diese planen, aktiv das Evangelium weiterzugeben – und ernsthafte Hindernisse bei der Anerkennung von Gottesdienststätten für Christen muslimischer Herkunft. Diese werden aufgrund ihres neuen Glaubens von Familie und Freunden sowie von der Dorfgemeinschaft unter Druck gesetzt, wenn das Bekenntnis ihres neuen Glaubens als Missionierungsversuch empfunden wird.

Diktatorische Paranoia

Die marokkanische Regierung betrachtet die Kirche, insbesondere Aktivitäten im Zusammenhang mit Christen muslimischer Herkunft, mit Misstrauen. Von Marokkanern wird erwartet, dass sie dem Islam, dem König und dem Land gegenüber loyal sind; der christliche Glaube könnte diese Vormachtstellung bedrohen. In den vergangenen Jahren haben die marokkanischen Behörden Christen beschuldigt, dem König gegenüber nicht treu zu sein, und haben viele ausländische Christen ohne ein ordentliches Verfahren abgeschoben. Einer der Gründe für diese Art staatlicher Maßnahmen könnte die Angst vor islamisch-extremistischen Gruppen sein: Indem die Regierung sie beschwichtigt, versucht sie, jegliche Unruhen zu verhindern. In der Praxis bedeutet dies, dass Christen muslimischer Herkunft regelmäßig festgehalten und zu ihren Motiven und Kontakten verhört werden.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Zu den stärksten Verfolgern ausgehend von islamischer Unterdrückung in Marokko gehören Regierungsbeamte und Führungspersonen der politischen Parteien. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) ist neben der Monarchie der wohl wichtigste politische Akteur im Land. Obwohl sie nicht für ein Verbot des christlichen Glaubens eintritt, haben sich ihre Leiter intolerant gegenüber dem christlichen Glauben gezeigt und erkennen das Recht auf freie Religionsausübung für Christen nicht vollständig an. Die staatlichen Behörden sind auch nicht bereit, Christen muslimischer Herkunft als Christen zu registrieren und ihnen zu erlauben, sich frei zu versammeln, anerkannt zu werden und das Evangelium weiterzugeben.

- **Gewöhnliche Bürger:** In der marokkanischen Gesellschaft wird der christliche Glaube meist negativ gesehen und ehemalige Muslime, die Jesus Christus nachfolgen, werden als Schande für Familie und Gesellschaft angesehen.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Großfamilie von Christen muslimischer Herkunft – vor allem in ländlichen Gebieten – übt Druck auf diese Christen aus, ihren Glauben an Christus zu widerrufen.
- **Nichtreligiöse Leiter:** Islamisch-extremistisches Gedankengut ist in Marokko verbreitet und wird gepredigt, was den Druck auf die Christen noch erhöht.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Der Mord an zwei Skandinavierinnen im Dezember 2018 hat gezeigt, dass der Einfluss des „Islamischen Staates“ (IS) auch in Marokko eine Bedrohung darstellen kann. Berichten zufolge wächst der salafistische Einfluss in Marokko.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die marokkanischen Behörden und Sicherheitsdienste überwachen das gesamte kirchliche Leben. Christen muslimischer Herkunft werden aktiv beobachtet und manchmal verhört. Außerdem besteht die Furcht, dass die Sicherheitsdienste Treffen ehemaliger Muslime infiltrieren.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die muslimische Bevölkerung in den ländlichen Gebieten ist als konservativ bekannt; die meisten Fälle von Verfolgung ereignen sich im überwiegend von Berbern bewohnten Nordosten des Landes, im Atlasgebirge im Osten des Landes und im südöstlichen Wüstengebiet. Die meisten Christen muslimischer Herkunft leben in den Städten, wo es leichter ist, dem Druck der Familie und ihres sozialen Umfelds zu entkommen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen, die eine Vielfalt beruflicher Tätigkeiten ausüben, stehen oft unter Beobachtung und riskieren ihre Abschiebung, wenn sie vermeintlich evangelisierend tätig sind. Allerdings genießen ausländische Christen aus dem Westen im Vergleich zu anderen Gruppen – insbesondere zu marokkanischen Christen muslimischer Herkunft – relative Religionsfreiheit. Anerkannte Kirchen für ausländische Staatsbürger (d. h. solche, die bereits bei der Unabhängigkeit 1956 bestanden) gibt es nur in größeren Städten. Die meisten Gemeinden besitzen die Kirchengebäude, aber die Regierung ist Eigentümer des Grundstücks. Solange das Gebäude regelmäßig für Gottesdienste genutzt wird, behält die Kirche die Kontrolle über das Gebäude. Wenn es nicht mehr genutzt wird, übernimmt die Regierung das Gebäude und nutzt es für andere Zwecke. Angesichts der Schwierigkeit für diese Kirchen, neue Mitglieder zu gewinnen, und der Tatsache, dass es für marokkanische Christen mit muslimischem Hintergrund unmöglich ist, diese Kirchen zu besuchen, ist es für die traditionellen christlichen Gemeinschaften eine Herausforderung, im Land aktiv und präsent zu bleiben.

Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die oft aus Pfingstgemeinden stammen, werden meist ausgegrenzt und diskriminiert.

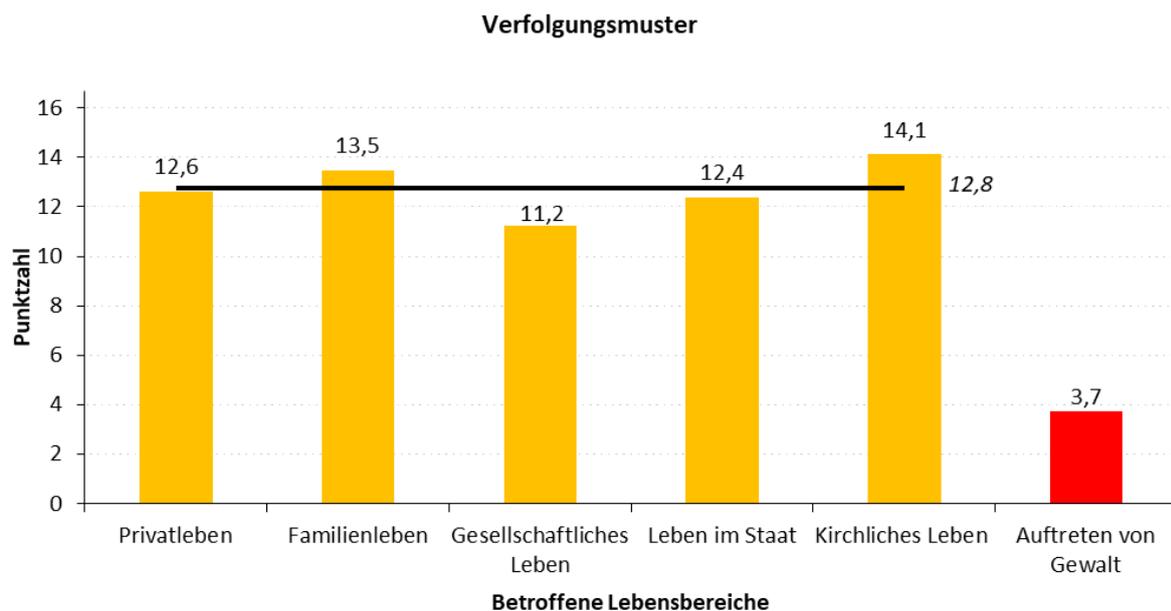
Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften werden in der Analyse des Weltverfolgungsindex für Marokko nicht als eigene Kategorie betrachtet, da sie hauptsächlich aus ausländischen Christen bestehen und in die oben genannte Kategorie einbezogen wurden.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Marokkanische Christen muslimischer Herkunft treffen sich in Hauskirchen, weil sie keine Erlaubnis und offizielle Genehmigung erhalten, sich öffentlich zu versammeln. Sie wechseln regelmäßig den Ort und haben nicht die Geschichte oder Struktur, aufgrund welcher man sie als eigenständige Denomination bezeichnen könnte. Auch wenn die Gesellschaft und die öffentlichen Behörden in den Städten Christen muslimischer Herkunft allgemein toleranter gegenüberstehen als in den meisten anderen Ländern der Region, sind diese Christen doch dem Druck der Gesellschaft und ihrer Familie ausgesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Sie stehen zudem häufig unter Überwachung und riskieren Verfolgung, besonders wenn sie aktiv das Evangelium weitergeben.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Marokko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen hat ein sehr hohes Ausmaß (12,8 Punkte) und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 (12,5 Punkte) gestiegen.

- Der Druck im kirchlichen Leben ist extrem hoch (14,1 Punkte). Dies verdeutlicht die Einschränkungen, mit denen die ausländischen Glaubensgemeinschaften konfrontiert sind, wenn sie versuchen, ihren Glauben mit anderen zu teilen, und wie die Regierung Treffen von Christen muslimischer Herkunft effektiv unterdrückt hat. Die zweithöchste Punktzahl findet sich im Bereich Familienleben (13,5 Punkte), was den Druck aufzeigt, dem Christen muslimischer Herkunft ausgesetzt sind, wenn sie ihren neuen Glauben öffentlich ausleben wollen: Es ist schwierig, christlich getauft, verheiratet oder sogar beerdigt zu werden, und Christen muslimischer Herkunft sind dem Druck der Familie, der Gesellschaft und sogar der Regierung ausgesetzt, besonders in ländlichen Gebieten.
- Die Wertung für Auftreten von Gewalt sank von 4,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 3,7 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Obwohl im Weltverfolgungsindex 2021 eine höhere Anzahl von Christen eingesperrt und mehr christliche Häuser und Geschäfte angegriffen wurden, kam es in diesem Jahr zu keinem Angriff auf Kirchengebäude.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Sowohl einheimische als auch ausländische Christen können nach marokkanischem Recht wegen „Erschütterung des Glaubens eines Muslims“ angeklagt werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Mitglieder der Familie und des sozialen Umfelds können harsch oder sogar gewalttätig reagieren, wenn sie einen Christen muslimischer Herkunft sehen, der ein Kreuz oder ein anderes christliches Symbol trägt. Einige Christen muslimischer Herkunft berichten über ihren neuen Glauben auf Social Media, wobei sie falsche Identitäten verwenden, um ihren echten Namen geheim zu halten

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Viele Christen muslimischer Herkunft haben Angst, ihren Familien von ihrem neuen Glauben zu erzählen. Es sind viele Fälle von Christen muslimischer Herkunft bekannt, die verstoßen oder misshandelt wurden, weil sie über ihren Glauben gesprochen haben. Deshalb sprechen Christen muslimischer Herkunft oft erst im Laufe der Zeit mit ihrer Familie über ihren Glauben. Nichtsdestotrotz kann die erste Reaktion heftig sein, und nur wenige Familien lassen sich auf einen Dialog mit den Christen ein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Obwohl der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben nach marokkanischem Recht strafbar ist (und marokkanische islamische Religionsführer oft darüber gestritten haben, ob auf den Glaubenswechsel die Todesstrafe steht), ist die Durchsetzung dieses Gesetzes sehr lasch und fast nicht existent. Im Allgemeinen sehen sich Christen muslimischer Herkunft jedoch dem Druck von Verwandten, Familienmitgliedern und des sozialen Umfelds insgesamt ausgesetzt, insbesondere in

ländlichen Gebieten. Daher ist es für sie riskant, ihren neuen Glauben zu offenbaren. Auch private Glaubenshandlungen (etwa Bibellese und Andacht), die die Hinwendung zum christlichen Glauben offenbaren könnten, bergen ein Risiko.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Um in Marokko ein Kind zu adoptieren, muss man Muslim sein. Teil des Adoptionsverfahrens ist ein Treffen mit einem Imam, der die Adoptiveltern über die Lehren des sunnitischen Islam befragt.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Mit Ausnahme der jüdischen Bevölkerungsgruppe gelten alle Marokkaner von Geburt an als Muslime.

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

Dies ist vor allem für Christinnen muslimischer Herkunft problematisch, da sie keine christlichen Männer heiraten dürfen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Die Taufe von Christen muslimischer Herkunft findet im Verborgenen statt, da eine Taufe ein sehr deutliches Zeichen sowohl für den Glaubenswechsel als auch für die Weitergabe des Evangeliums ist.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Sowohl einheimische als auch ausländische Christen werden von marokkanischen Sicherheitsbehörden überwacht. Ortsansässige Bürger informieren regelmäßig die Polizei, wenn sie Kenntnis darüber haben, dass jemand aktiv das Evangelium weitergibt.

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

Der christliche Glaube wird als eine fremde Religion angesehen, und Christen werden nicht als Teil der marokkanischen Gesellschaft betrachtet. Daher gibt es für sie keinen Platz innerhalb der örtlichen Gemeinschaft.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Christen, insbesondere solche muslimischer Herkunft, empfinden einen großen gesellschaftlichen Druck, an islamischen religiösen Aktivitäten und Ritualen teilzunehmen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Christen muslimischer Herkunft, insbesondere diejenigen, die sich aktiv in ihre (Haus-)Gemeinden einbringen, werden überwacht und häufig zu Befragungen vorgeladen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Obwohl sie allen Bürgern die „freie Ausübung des Glaubens“ garantiert, bedeutet dies in der Praxis, dass ein Muslim nur den Islam praktizieren und nicht den christlichen Glauben annehmen darf.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Zivilgesellschaftliche Vereine mit klarer christlicher Überzeugung oder solche, die sich für die Rechte der marokkanischen Christen muslimischer Herkunft einsetzen, werden von der Regierung aktiv bekämpft.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Dies ist bei Christen mit muslimischem Hintergrund der Fall. Ihnen wird auch die Anerkennung durch den Staat verweigert.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Christliche Evangelisation ist verboten. Es ist illegal, christliche Literatur an Muslime zu verteilen und ihnen das Evangelium zu predigen. Christen, die das Evangelium verkünden, könnten beschuldigt werden, „den Glauben des Islam zu erschüttern“, was strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Die Kirchen werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren, da diese als Evangelisation ausgelegt werden könnten. Dies gilt sowohl für Christen mit muslimischem Hintergrund als auch für andere Christen.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die Kirchen der ausländischen Glaubensgemeinschaften werden ständig überwacht, um sicherzustellen, dass keine marokkanischen Staatsangehörigen ihre Gottesdienste besuchen. Die Beschränkung des Kontakts und der Gemeinschaft zwischen den ausländischen Glaubensgemeinschaften und anderen kirchlichen Gruppen wirkt sich negativ auf beide aus.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Nur die Römisch-Katholische, Russisch-Orthodoxe, Griechisch-Orthodoxe und Anglikanische Kirche sind anerkannt. Andere Kirchen müssen sich als Verein registrieren und dürfen keine Aktivitäten ausüben, die den Islam untergraben. Daher können marokkanische Christen vor Ort keine eigenen Kirchen gründen, sie können aber auch nicht Teil ausländischer Kirchen werden.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Die Regierung erlaubt zwar weiterhin die Ausstellung und den Verkauf von Bibeln in Französisch, Englisch und Spanisch, auch ist eine begrenzte Anzahl von arabischen Bibelübersetzungen in einigen wenigen Buchläden für den Gebrauch in universitären Religionskursen erhältlich, die Behörden konfiszieren jedoch Bibeln, von denen sie glauben, sie dienen zu Evangelisationszwecken.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Mehrere Christen wurden misshandelt, wobei insbesondere Christinnen muslimischer Herkunft Opfer sexueller Belästigungen sind. Diese Misshandlungen fanden meist im Bereich des Familienlebens statt, obwohl es auch Berichte über Misshandlungen durch Polizisten gab. Zusätzlich zu den gemeldeten Fällen bleiben viele andere Vorfälle unbekannt, da sie sich oft im häuslichen Bereich ereignen und mit großer Scham und dem Gefühl von Schande verknüpft sind.
- **Verhaftungen von Christen:** Mehrere Christen wurden festgenommen und verhört, weil sie eine Bibel oder christliche Schriften besaßen oder das Evangelium weitergegeben hatten.
- **Angegriffene Häuser und Geschäfte in christlichem Besitz:** Mehrere christliche Geschäfte wurden boykottiert und mit Hassparolen beschmiert.
- **Gewalt gegen Christinnen:** Es wurden mehrere Vorfälle von Zwangsheirat, sexuellem Missbrauch und Entführung von Christinnen muslimischer Herkunft gemeldet. Diese Vorfälle fanden alle im Bereich des Familienlebens statt.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Mehrere marokkanische Christen mussten anderswo im Land Zuflucht finden, um dem Druck ihrer Familien zu entkommen.
- **Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen:** In den vergangenen Jahren wurden ausländische Christen ausgewiesen oder ihnen wurde die Einreise in das Land verweigert, wenn sie unter Verdacht standen, Muslimen das Evangelium weiterzugeben. Wahrscheinlich aufgrund der Covid-19-Reisebeschränkungen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 keine solcher Vorfälle erfasst.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das Judentum ist die einzige offiziell in der Verfassung anerkannte Minderheitenreligion, und die jüdische Bevölkerung hat ihre eigenen religiösen Gerichte für Familienangelegenheiten. Obwohl der Islam die offizielle Staatsreligion ist, ist de facto nur der sunnitische Islam (der Rechtsschule der Malikiten) gesellschaftlich anerkannt. Schiitische Muslime, Ahmadiyya-Muslime und Anhänger der Bahai sind religiöse Minderheiten in Marokko, die mit staatlichen Einschränkungen konfrontiert sind, wodurch es für sie fast unmöglich ist, öffentliche Gottesdienste zu feiern.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019, erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums, heißt es:

- Zu den schiitischen Muslimen: „[...] die Weigerung der Regierung, schiitische muslimische Gruppen als Verband registrieren zu lassen, hinderte diese Gruppen weiterhin daran, sich legal zur öffentlichen Religionsausübung zu versammeln. Es waren keine schiitischen Moscheen bekannt. Vertreter der Schiiten berichteten, dass sie im Laufe des Jahres keine Versuche unternommen hätten, sich registrieren zu lassen, weil sie befürchteten, von den Sicherheitskräften schikaniert zu werden, wie es in den Vorjahren der Fall gewesen war. [...] es gab in der Presse und bei Freitagspredigten weiterhin gesellschaftliche Anfeindungen gegen Schiiten und den schiitischen Glauben. Schiiten berichteten, dass sie das Aschura-Fest im Privaten feierten, um gesellschaftliche Schikanen zu vermeiden. Schiitische Muslime sagten, dass viele es vermieden, ihre Religionszugehörigkeit in Gegenden preiszugeben, in denen sie zahlenmäßig unterlegen seien.“
- Zu den Bahai: „Im Gegensatz zu den Vorjahren gaben die Leiter der Bahai an, dass sie im Laufe des Jahres keine Schikanen erlebt hätten. Angehörige des Bahai-Glaubens sagten, dass sie mit Familie, Freunden und Nachbarn offen über ihren Glauben sprechen würden.“ Ein einheimischer Menschenrechtsaktivist berichtete jedoch, dass mehrere Anhänger der Bahai von der Polizei verhört worden seien, ihre Leiter sich jedoch nicht für sie einsetzten und ihnen keine Unterstützung anbieten würden.
- Zum Judentum: „Jüdische Bürger gaben an, dass sie nach wie vor in Sicherheit lebten und die Gottesdienste in den Synagogen besuchen könnten. Sie sagten, dass sie in der Lage seien, regelmäßig religiöse Einrichtungen zu besuchen und jährliche Gedenkfeiern abzuhalten. Mehrere jüdische Bürger berichteten jedoch von einer gefühlten Zunahme gesellschaftlicher Intoleranz, insbesondere wenn die Nachrichtenmedien ausführlich über israelisch-palästinensische Themen berichteten.“

Atheisten und Atheismus werden sowohl von der Gesellschaft als auch von der Regierung verdrängt. Mehrere bekennende Atheisten haben in der jüngsten Vergangenheit Todesdrohungen erhalten und wurden von der Regierung schikaniert. Im Mai 2020 wurde ein marokkanischer Schauspieler unter dem Vorwurf der Blasphemie verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem er den Islam in einem Beitrag auf Social Media verspottet hatte. Der „Freedom of Thought Report“ der Nichtregierungsorganisation „Humanists International“ gibt an, dass ein marokkanisches Gericht im Juli 2020 eine 6-monatige Gefängnisstrafe für Mohammad Awatif Kachchach wegen „Beleidigung des Islam“ bestätigt hat, nachdem er eine satirische Karikatur verbreitet hatte.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Mali: Platz 28

Kurze Zusammenfassung

Als islamisch-extremistische Gruppen 2012 den Norden des Landes unter ihre Kontrolle brachten, wurden Kirchen niedergebrannt und Christen waren gezwungen zu fliehen. Diese Vertreibung damals wirkt sich heute immer noch auf die Christen aus, die ihre Häuser verloren haben und deren Kirchen zerstört wurden. Obwohl einige Christen und Gemeinden unter Polizeischutz in den Norden zurückgekehrt sind, leben sie weiter mit der Gefahr, von Islamisten angegriffen zu werden. Das Evangelium weiterzugeben ist im Norden besonders riskant – es könnte zu Angriffen durch extremistische Muslime führen. Auch christliche Missionare, die in Mali tätig sind, leben unter der permanenten Bedrohung, entführt zu werden; tatsächlich wurden einige von Dschihadisten gekidnappt. Christen mit muslimischem Hintergrund droht Gewalt (vor allem im Norden) und Druck von ihren Verwandten und Familienmitgliedern, sollte ihre Hinwendung zum christlichen Glauben entdeckt werden. Der Norden des Landes ist auch für Nichtregierungsorganisationen unsicher.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	28
2020	66	29
2019	68	24
2018	59	37
2017	59	32

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die um einen Punkt gestiegene Wertung im Weltverfolgungsindex 2021 ist auf den Anstieg von Gewalt zurückzuführen. Die Situation ist mittlerweile jedoch so komplex, dass es schwierig ist, klar zwischen religiös und ethnisch begründeter Gewalt zu unterscheiden. Der Druck im gesellschaftlichen und kirchlichen Leben bleibt sehr hoch, da Dschihadisten das Sicherheitsdefizit ausnutzen, das dadurch ausgelöst wurde, dass sich die Regierung momentan auf die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und ihre Folgen konzentriert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Der militante Islam ist eine der wesentlichen Herausforderungen

Die stärkste Entwicklung in Mali ist der wachsende Einfluss des militanten Islam und des Wahhabismus. Es wird lange dauern, bis es im Norden von Mali wieder christliche Gemeinschaften geben wird. Islamische Kämpfer sind trotz des 2015 unterzeichneten Friedensabkommens weiterhin in Mali aktiv und werden auch in den kommenden Jahren eine Bedrohung darstellen. Das Friedensabkommen ist

sehr instabil, und sowohl die Regierung als auch die UN-Friedenstruppen sind immer noch nicht in der Lage, die Regierungsgewalt in einigen Teilen des Landes durchzusetzen. Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen das Land in den letzten fünf Jahren konfrontiert war, konnte es 2018 eine relativ friedliche und erfolgreiche Präsidentschaftswahl abhalten.

2) Die Gesetzlosigkeit schwappt aus den Nachbarländern nach Mali über

Die Gesetzlosigkeit in den Nachbarländern hat Mali stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem Sturz von al-Gaddafi in Libyen wurde die Region von Rebellengruppen überschwemmt und Mali zahlte mit einem Bürgerkrieg und einem Putsch den höchsten Preis. So berichtete „BBC News“ am 22. März 2012: „Die Probleme begannen, als hunderte malische Kämpfer, die zur Verteidigung des verstorbenen libyschen Führers Muammar al-Gaddafi gekämpft hatten, Ende letzten Jahres mit ihren Waffen nach Hause flohen und sich zur mächtigsten Tuareg-geführten Rebellengruppe zusammenschlossen, die die Region je gesehen hat – der ‚Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad‘.“ Die Region ist immer noch in Aufruhr und die Covid-19-Krise verschlimmert das Problem nur noch; dies alles schwappt aus den Nachbarländern nach Mali über.

3) Die Serie von Regierungskrisen geht weiter

Im letzten Jahrzehnt hat Mali eine Reihe von Regierungskrisen erlebt. Ein Land, das einst als Inbegriff der afrikanischen Demokratie gepriesen wurde, wurde von einem Putsch heimgesucht und eine militante dschihadistische Gruppe kontrolliert den größten Teil des Landes. Die anhaltenden Proteste, die den Rücktritt des Staatsoberhauptes Ibrahim Boubacar Keïta forderten, führten im August 2020 zu einem weiteren Militärputsch. Während die Putschisten versprochen haben, einen achtzehnmonatigen Übergang zu einer zivilen Regierung zu beaufsichtigen, behalten sie einen starken Einfluss, der alles andere als demokratisch ist.

3. Religiöse Situation im Land

Mali ist, wie für andere westafrikanische Staaten üblich, seit Jahrhunderten vom Islam (in einer überwiegend gemäßigten Form) geprägt. Das Land verfügt über ein konstitutionell säkulares politisches System, in dem religiöse politische Parteien verboten sind. Abgesehen vom nördlichen Teil des Landes, wo die christliche Minderheit schon immer von der muslimischen Mehrheit diskriminiert wurde, genossen die Christen in der malischen Gesellschaft früher ein bedeutendes Maß an Freiheit. Auch die Anwesenheit ausländischer christlicher Missionare war möglich. Die Muslime Malis standen in dem Ruf, anderen religiösen Überzeugungen gemäßigt und tolerant zu begegnen. Auch Christen muslimischer Herkunft genossen in der Kolonialzeit ein hohes Maß an Toleranz. Diese Toleranz verblasste jedoch im Laufe der Zeit, und es ist heute höchst gefährlich, als Christ muslimischer Herkunft bekannt zu sein. Sowohl die malischen Christen (die Mehrheit ist römisch-katholisch) als auch die Muslime vermischen ihren Glauben oft mit dem traditionellen animistischen Glauben, weil es im Land eine bedeutende Präsenz von Anhängern traditioneller afrikanischer animistischer Religionen gibt. Auch wenn die meisten malischen Christen im Süden des Landes leben, sind sie durch die Bedrohung von islamisch-extremistischen Aktivitäten im Norden zunehmend unter Druck geraten.

Laut Schätzungen von der „World Christian Database“ aus dem Jahr 2020 sind 88,7 Prozent der Bevölkerung Muslime; die meisten davon sind Anhänger des malikitischen sunnitischen Islam, einer vom Sufismus beeinflussten Rechtsschule. Diese Art von Islam ist moderat und tolerant gegenüber anderen Glaubensrichtungen. Im Norden Malis, vor allem unter den arabischen und Tuareg-Stämmen,

ist der Einfluss extremistischerer Auslegungen des Islam in den letzten Jahren gewachsen. Sie haben wenig Respekt vor religiösen Praktiken, die von den Sufis beeinflusst sind. Das zeigt die Zerstörung von Sufi-Schreinen aus dem 13. Jahrhundert in Timbuktu, als islamisch-extremistische Gruppen die Stadt im Jahr 2012 unter ihre Kontrolle brachten.

Die Situation in Mali änderte sich schlagartig im April 2012, als die Gründung des unabhängigen Staates Azawad im Norden Malis ausgerufen wurde. Die Islamisten, die mehrheitlich den Wahhabiten zuzuordnen sind, errichteten im Norden bald ein islamisches Staatssystem mit einem strengen Scharia-Regime. Die meisten Christen flohen noch bevor die Islamisten die Macht übernahmen. Unterdessen zerstörten diese Kirchen und andere christliche Gebäude. Auch im Süden Malis ist die christliche Gemeinde negativ von der zunehmenden Sichtbarkeit verschiedener wahhabitischer Gruppen betroffen. Obwohl die Rebellen und die Regierung im Jahr 2015 ein Friedensabkommen geschlossen haben und internationale Friedenstruppen eingesetzt wurden, hat sich die islamische Extremisierung in der malischen Gesellschaft fortgesetzt.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Mali wird seit Jahrhunderten vom Islam (in einer meist gemäßigten Form) dominiert. Doch im April 2012 setzten Islamisten (überwiegend Wahhabiten) im Norden ein strenges Scharia-Regime ein und zerstörten Kirchen und andere christliche Gebäude. Auch im Süden Malis ist die christliche Gemeinde mit einem zunehmenden Einfluss wahhabitischer Gruppen konfrontiert, was zu einer islamischen Extremisierung und Feindseligkeit gegenüber Christen führt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Land liegt in der Sahel-Region Westafrikas, wo es riesige Wüsten- und Trockengebiete gibt, die schwer zu kontrollieren sind. Kriminelle Banden nutzen dies als Gelegenheit, ihre Aktivitäten zum Transport von Drogen nach Westeuropa auszuweiten. Die meisten kriminellen Organisationen haben sich mit islamisch-extremistischen Gruppen verbündet und verfolgen Christen. Die ehemaligen Tuareg-Rebellen sind nun im Grunde zu Kriminellen geworden.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Obwohl die Mehrheit der malischen Bevölkerung Muslime ist, vermischen sie ihren islamischen Glauben mit verschiedenen Formen von Hexenkult und Zauberei. Die gegenwärtige wahhabitische Bewegung versucht, den Islam von solchen traditionellen Praktiken zu „reinigen“. Auch viele malische Christen verbinden Stammespraktiken mit dem christlichen Glauben. Die meisten Stammes- oder ethnischen Anführer in den abgelegenen Teilen des Landes stehen Muslimen oder Christen, die sich solchen Praktiken widersetzen, feindselig gegenüber; in einigen Fällen ist es zu Auseinandersetzungen zwischen Stammesführern und Christen gekommen.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die größte Gruppe von Verfolgern ausgehend von islamischer Unterdrückung in Mali sind islamisch-extremistische Gruppen wie „al Kaida im Maghreb“ (AQIM). Diese Gruppen sind vor allem im Norden des Landes aktiv, verüben aber auch in südlichen Regionen Anschläge und Entführungen. Von der extremistischen und intoleranten Lehre des Wahhabismus beeinflusste Teile der Bevölkerung gehören ebenfalls zu den Verfolgern von Christen. Sie haben es besonders auf Christen mit muslimischem Hintergrund abgesehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In einigen Gebieten, in denen Dschihadisten aktiv sind, lehren muslimische Anführer das gleiche extremistische Gedankengut. Diese religiösen Leiter bieten den Dschihadisten eine Plattform, um in der Gesellschaft stark präsent zu sein.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die islamische Unterdrückung in Mali ist auch ethnisch motiviert, und die Anführer der Tuareg und von Fulani-Gruppen zählen ebenfalls zu den Verfolgern. Arabische Gruppen und Fulani-Hirten bekämpfen jede Ausbreitung des christlichen Glaubens in Mali. Ein Experte für das Land erklärt: „Indigene ethnische Bevölkerungsgruppen, die einer christlichen Minderheit angehören, haben sich über die Verfolgung durch Fulani- und Tuareg-Hirten beschwert, denen sie vorwerfen, ihre Farmen und Lebensgrundlagen zu zerstören, Lebensmittellager zu plündern, sie zu verletzen und zu töten und ihre Häuser niederzubrennen.“
- **Gewöhnliche Bürger:** Die Gesellschaft im Allgemeinen sieht den christlichen Glauben nicht positiv. Dies gilt insbesondere für den Glauben von Christen muslimischer Herkunft.
- **Die eigene Familie:** Hier ist es von Familie zu Familie unterschiedlich. Es ist jedoch üblich, dass Mitglieder der Großfamilie gegen solche Familienmitglieder Druck ausüben und Gewalt anwenden, die sich entscheiden, Jesus Christus nachzufolgen (oder allgemein den Islam zu verlassen).
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Dadurch haben die Dschihadisten die Mittel und Methoden, ihre Existenz zu sichern. Über diese Triebkraft der Verfolgung finanzieren sie ihr Geschäft.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt mehrere kriminelle Organisationen, die in Mali aktiv sind. Die geografischen Gegebenheiten des Landes mit der weitläufigen Wüste und den Trockenzonen haben die Ausbreitung dieser Organisationen begünstigt. Diese kriminellen Netzwerke sind mit islamisch-extremistischen Gruppen wie AQIM verbündet und sie verfolgen Christen. Korrupte Regierungsbeamte, die bei Übergriffen auf Christen wegsehen, tragen ebenfalls zur Verfolgung von Christen bei.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Islamisch-extremistische Gruppen wie AQIM sind vor allem im nördlichen Teil des Landes aktiv. Diese Dschihadisten haben kriminelle Netzwerke aufgebaut oder sich bereits bestehenden angeschlossen. Durch diese Syndikate können sie Waffen kaufen, Entführungen begehen und agieren, ohne Strafverfolgung fürchten zu müssen.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die meisten Anführer ethnischer Gruppen, wie etwa die Stammesführer der Tuareg, sind an der Verfolgung von Christen beteiligt. Traditionelle animistische Stammesführer im Süden stehen den Christen ebenfalls feindlich gegenüber und versuchen, die Ausbreitung des christlichen Glaubens zu verhindern. Sie haben es besonders auf christliche Gruppen abgesehen, die versuchen, Elemente des traditionellen afrikanischen Glaubens vom christlichen Glauben zu lösen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die meisten Schwierigkeiten wegen ihres Glaubens erfahren Christen in den Gebieten, wo Dschihadisten und Fulani-Hirten aktiv sind: im Norden und im Nordosten des Landes. Auch im Süden gibt es bis zu einem gewissen Grad kleinere Gebiete mit starker Verfolgung.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Von den weniger als drei Prozent der Malier, die Christen sind, gehören die meisten zu traditionellen christlichen Kirchen. Dazu gehören römisch-katholische Kirchen und eine erhebliche Anzahl unterschiedlicher protestantischer Gemeinden. Die Christen, die im Süden des Landes leben, haben im Vergleich zu denen im Norden verhältnismäßig viel Religionsfreiheit. Die Schwere und Intensität der Bedrohung durch Angriffe auf Christen ist im Norden wesentlich höher, doch auch im Süden sind Christen der Gefahr von Angriffen und Entführungen ausgesetzt.

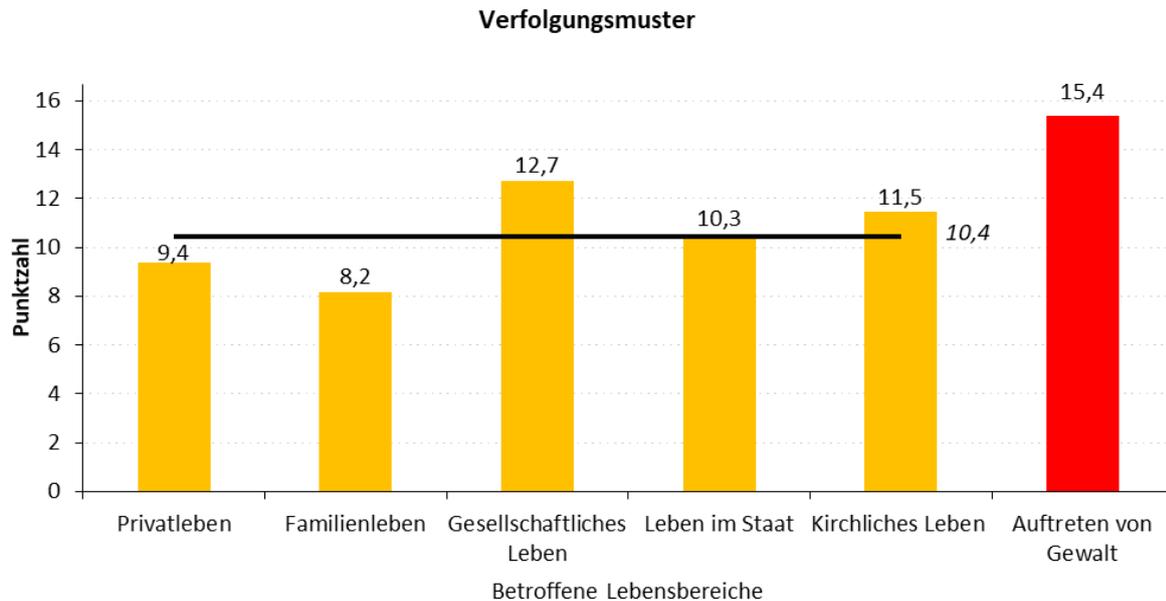
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer Herkunft sind vor allem unter den ethnischen Gruppen der Bozo und der Dogon zu finden, aber es gibt auch Christen muslimischer Herkunft, die anderswo im Land leben. Neben der Bedrohung durch Islamisten, der die meisten malischen Christen ausgesetzt sind, sind es die Christen muslimischer Herkunft, die zusätzlich in unterschiedlich starkem Maß von ihren Familienmitgliedern, Verwandten und Nachbarn unter Druck gesetzt werden, den christlichen Glauben aufzugeben.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Mali gibt es eine kleine Anzahl charismatischer und pfingstkirchlicher Gemeinden, die hauptsächlich im südlichen Teil des Landes zu finden sind. Wegen ihrer Art, Gottesdienst zu feiern, und weil sie häufig aktiv das Evangelium weitergeben, ziehen diese Gemeinschaften leicht den Zorn und die Feindseligkeit der Gesellschaft auf sich.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mali

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Mali ist mit 10,4 Punkten genauso hoch wie im Weltverfolgungsindex 2020.
- Alle Lebensbereiche weisen ein hohes oder sehr hohes Ausmaß an Druck auf. Am stärksten ist der Druck im gesellschaftlichen Leben (12,7 Punkte), gefolgt vom kirchlichen Leben und dem Leben im Staat.
- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen ist mit einem Wert von 15,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2021 extrem hoch; im Weltverfolgungsindex 2020 lag der Wert noch bei 13,7 Punkten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Christen muslimischer Herkunft haben im Vergleich zu anderen Christen in diesem Bereich die meisten Schwierigkeiten. Die Familie und das soziale Umfeld üben Druck auf sie aus, den Glauben an Jesus Christus zu widerrufen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Im Norden Malis werden auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben, auf verschiedene Art und Weise im Alltag eingeschränkt. Sie stehen immer mehr in Gefahr, angegriffen zu werden, selbst wenn sie ihren Glauben nur im Privaten offen zum Ausdruck bringen. Ein Experte für das Land berichtete, dass der Hass auf Christen besonders in Dohara und Bodwall zunimmt. Dort wurden bereits in der Vergangenheit katholische Kirchen angegriffen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Im Norden Malis ist es für Christen sehr riskant, christliche Motive und Symbole zur Schau zu stellen. Im Süden wurde den Christen Land für den Bau neuer Kirchen verweigert und sie bekamen keine Erlaubnis, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu mieten. Dies war vor allem in Gegenden der Fall, in denen Christen Bilder und Symbole wie das Kreuz oder religiöse Statuen offen zur Schau gestellt hatten.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Im nördlichen Teil des Landes stehen die Christen vor massiven Problemen bei der Durchführung jeglicher Art von Gottesdienst. Insbesondere Christen muslimischer Herkunft können ihren christlichen Glauben aufgrund der gängigen Lebensverhältnisse nicht offen äußern oder im Privaten praktizieren; jede Abweichung von islamischen Riten wird schnell entdeckt und führt zu Verfolgung.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Dies ist eher eine Sicherheitsfrage als ein formales Verbot. Im nördlichen Teil des Landes würde eine offene Äußerung des christlichen Glaubens in Form einer christlichen Hochzeit bedeuten, sich den Dschihadisten der Region anzuliefern.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Angesichts der anhaltenden Krise des Landes werden Christen in Schulen, in der Öffentlichkeit und bei anderen gesellschaftlichen Zusammenkünften zur Zielscheibe. Kinder von Christen sind oft die Hauptleidtragenden von Schikanen und Mobbing: Vor allem im Norden Malis werden Kinder von Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt und oft als „Ungläubige“ bezeichnet.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Lehrer wurden eingeschüchtert und Kinder wurden zur Teilnahme am Koranunterricht gezwungen. In vielen Teilen Malis haben islamistische Kämpfer zu unterbinden versucht, dass Französisch als Hauptunterrichtssprache verwendet wird – sie wollten es durch Arabisch ersetzen. Sie forderten außerdem, dass diese Schulen, von denen viele von christlichen Organisationen betrieben werden, in islamische Schulen umgewandelt werden.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Muslimische Familien tolerieren keinen Glaubenswechsel eines Angehörigen, auch nicht eines angeheirateten. Aus Gründen der Familienehre könnte ein Familienmitglied, das den Islam verlässt, die ganze Familie in die Gefahr bringen, von der Gesellschaft geächtet zu werden. Besonders in der nördlichen Region ist es wahrscheinlich, dass die Großfamilie eines jeden Christen mit muslimischem Hintergrund Druck ausübt, um ihn oder sie zur Abkehr vom christlichen Glauben zu bewegen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Das Ausmaß hängt davon ab, wo man wohnt: Der Norden ist am stärksten betroffen, aber auch in Zentralmali nehmen die Schikanen zu: Obwohl die Regierung religiöse Propaganda verbietet, werden Radiobeiträge und Predigten in Moscheen in ihrer Ablehnung des christlichen Glaubens und seiner Ausübung zunehmend extremistisch. In Zentralmali werden Dorfgemeinschaften unter Druck gesetzt, die Scharia zu übernehmen, obwohl dies gegen das staatliche Recht verstößt. Obwohl Christen in Orten wie der Hauptstadt Bamako insgesamt viel freier sind, berichten auch sie von Diskriminierung.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

In einigen Gebieten (besonders im Norden) überwachen islamische Gruppen Kirchen und Christen. Lokale Bürger und Ortsvorsteher möchten gerne wissen, wo christliche Gruppen möglicherweise die Gründung neuer Kirchen oder den Bau von Schulen und Krankenhäusern planen. Außerdem wollen sie über Glaubenswechsel unterrichtet werden.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Ein Experte für das Land berichtet: „Die Christen in Mali werden ständig bedroht, damit sie ihren Glauben widerrufen. Solche Drohungen entstehen vor dem Hintergrund eines nationalen Narratives, das die Christen als Anhänger der falschen Religion ansieht. Fehlende Toleranz, Respekt und Rücksicht auf christliche Überzeugungen machen Christen das Leben schwer. Auch hier gilt, dass die Regierung in ihrer Politik dem Islam wohlwollender gegenübersteht.“

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Christen gegen Lösegeldforderungen entführt und einige befinden sich vermutlich immer noch in Gefangenschaft. Aufgrund der Zunahme des extremistischen Islam und fehlender Sicherheit ist die Zahl der Zwangsverheiratung von christlichen Mädchen mit muslimischen Männern in vielen Gebieten hoch.

Leben im Staat

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Im anhaltenden Konflikt sehen sich Christen schweren Repressalien ausgesetzt, wenn sie öffentlich islamistische Aktivitäten und die Gräueltaten der Kämpfer kritisieren.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

In Mali gibt es keine einzige politische Partei, die auf der Grundlage des christlichen Glaubens gegründet wurde. Die wenigen christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen werden unter dem Verdacht, aktiv die Abkehr vom Islam zu fördern, streng überwacht.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Recht häufig werden Christen unter Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren und in bestimmten beruflichen Tätigkeiten gegen ihr Gewissen zu handeln. Dieser Druck herrscht vor allem in der malischen Armee und anderen Sicherheitsbehörden sowie im öffentlichen Gesundheitswesen oder Bankensektor.

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Dies ist eines der schwierigsten Probleme, mit denen Christen im Land konfrontiert sind; es ist nicht ein Gesetz, das Reisen behindert, sondern die Gefahr. Vor allem Missionare brauchen ein hohes Maß an Sicherheitsmaßnahmen, wenn sie in den Norden reisen. Das Reisen ist hier sehr gefährlich. So wurde beispielsweise eine Schweizer Missionarin, die 2016 im Norden Malis entführt wurde, im September 2020 hingerichtet.

Kirchliches Leben

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Die Christen im Norden haben große Probleme, ihre Gotteshäuser zu reparieren oder solche zu bauen. Im Mai 2018 etwa wurde eine Gruppe christlicher Flüchtender angegriffen, als sie eine provisorische Kirche in einem Flüchtlingscamp nahe der Grenze zum Niger errichten wollten.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

In Teilen des Landes, wo es sehr gefährlich ist, sich als Christ zu bekennen oder das Evangelium weiterzugeben, werden Aktivitäten im Freien durch mangelnde Sicherheit verhindert.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Im Norden werden Christen und Kirchen von islamistischen Gruppen überwacht. Westliche Nichtregierungsorganisationen und sogar UN-Friedenstruppen werden der „Evangelisierung“ beschuldigt, weil Kontakt mit der westlichen Kultur gleichgesetzt wird mit Kontakt zum christlichen Glauben. Im Rest des Landes benötigen die Kirchen eine Erlaubnis der Regierung, um Aktivitäten im Freien, wie z. B. Aktivitäten zur Weitergabe des Evangeliums, durchzuführen. In vielen Gegenden ist dies aber kein Problem und es kann beispielsweise der Jesus-Film öffentlich und ungehindert gezeigt werden.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Islamistische Gruppen kontrollieren oft christliche Lehren und christliche Materialien. Dies geschieht auch in den Schulen, die von islamistischen Kämpfern aufgesucht werden, in denen sie dann Lehrer einschüchtern, damit sie nichts unterrichten, was mit dem christlichen Glauben oder mit Säkularismus zu tun hat. Die Regierung ist auch bestrebt, jegliche „Hassrede“ aufzudecken, die an Schulen und in Kirchen vorkommen soll.

Auftreten von Gewalt

Mali ist eines der am stärksten betroffenen Länder, wenn es um dschihadistische Aktivitäten geht. Christen bezahlten im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 einen hohen Preis für ihren Glauben:

- **Getötete Christen:** Mindestens 33 Christen wurden getötet. Beispiele: Im September 2020 wurde eine Schweizer Missionarin, die 2016 entführt wurde, getötet. Bei Angriffen auf christliche Dörfer im Juli 2020 wurden ebenfalls dutzende Christen getötet.
- **Verhaftungen von Christen:** Keine.
- **Angriffe auf Kirchen:** Oft werden Kirchen angegriffen – mindestens zehn im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021. Als die Covid-19-Krise die Regierung zwang, ihre Prioritäten zu ändern, konnten die Dschihadisten ihre Angriffe intensivieren.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mindestens 110. Die Angriffe waren so häufig, dass viele Christen gezwungen waren, umzusiedeln, einige von ihnen in Lager für Binnenvertriebene.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen zählen in Mali auch Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen zu den religiösen Minderheiten. Obwohl solche Glaubensrichtungen historisch gesehen mit dem Islam koexistierten, wurde dieses Nebeneinander mit dem Aufkommen militanterer und intoleranterer Versionen des Islam in Mali ernsthaft in Frage gestellt. Die Dschihadisten veranstalteten sogar Massenvorträge für die Bevölkerung. Die Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ berichtete 2019 in ihrem jährlichen Bericht „Freedom in the World“, der die Freiheiten und Rechte der Menschen in allen Staaten der Erde untersucht: „Islamistische bewaffnete Gruppen haben Berichten zufolge Zivilisten gezwungen, an Vorträgen in Moscheen teilzunehmen, bei denen sie für ihre Auslegung des Islam warben und die Bewohner vom Kontakt zur Regierung und den UN- und französischen Friedenstruppen abhalten wollten. Es gab eine Reihe von Berichten über bewaffnete Angriffe auf Moscheen sowie über Verhaftungen und Morde, die dort verübt wurden.“ Für diese militanten Islamisten sind Muslime, die nicht ihrer strengen Auslegung des Islam folgen, keine richtigen Muslime.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Katar: Platz 29

Kurze Zusammenfassung

Es gibt zwei Gruppen von Christen in Katar. Sie sind unabhängig voneinander und müssen im Umgang miteinander vorsichtig sein. Die größere Gruppe stellen die christlichen Arbeitsmigranten dar. Muslimen das Evangelium weiterzugeben, ist streng verboten und kann zu Strafverfolgung und Ausweisung aus dem Land führen. Es wurde ihnen jedoch in der jüngeren Vergangenheit erlaubt, Gottesdienste mit vielen Teilnehmern zu feiern. Viele dieser Gastarbeiter leben und arbeiten unter ärmlichen Bedingungen. Ihr christlicher Glaube macht sie zusätzlich verletzlich. Trotz dieser Lebensbedingungen wachsen diese christlichen Gemeinschaften.



Die andere Gruppe besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund. Diese christlichen Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung, egal, ob sie aus Katar stammen oder als Arbeitsmigranten im Land leben. Einheimische Christen muslimischer Herkunft sind sehr hohem Druck von ihren muslimischen Familien ausgesetzt. Christliche Arbeitsmigranten muslimischer Herkunft werden hauptsächlich von ihrem sozialen Umfeld kontrolliert. Oftmals gelten für sie eher die gesellschaftlichen Normen ihrer Heimatländer als die Normen der katarischen Kultur. In manchen Fällen können sie dem Druck entgehen, indem sie in einem internationalen Umfeld leben anstatt unter ihren Landsleuten. Dennoch können selbst ihre Arbeitgeber als Verfolger auftreten. Sowohl einheimische als auch ausländische Christen muslimischer Herkunft riskieren Diskriminierung, Belästigung und polizeiliche Überwachung. Ein Religionswechsel weg vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstands- und Eigentumsfragen.

Es gibt kaum Berichte darüber, dass Christen wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden, weil die Zahl christlicher Konvertiten gering ist und sie ihren Glauben geheim halten.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	29
2020	66	27
2019	62	38
2018	63	27
2017	66	20

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Hauptgrund für den Anstieg um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2021 ist auf einen leichten Anstieg des durchschnittlichen Drucks um 0,4 Punkte auf 13,2 Punkte zurückzuführen. Dies wurde vor allem durch eine Zunahme des gemeldeten Drucks im Bereich Leben im Staat verursacht. Der Druck auf Christen, besonders auf Christen muslimischer Herkunft, vonseiten der katarischen Regierung und

Gesellschaft hat weiterhin ein hohes Ausmaß. Der Wert für Gewalt sank von 2,2 auf 1,5 Punkte, da weniger gewalttätige Vorfälle gemeldet wurden.

2. Trends und Entwicklungen

1) Katar ist ein stabiles Land, allerdings könnte die bislang von Saudi-Arabien geführte Blockade langfristig zu finanziellen Verlusten führen

Trotz der politischen Krise mit Saudi-Arabien und verbündeten Ländern schien die politische, soziale und wirtschaftliche Lage Katars stabil zu sein, was auch an den ausreichenden Finanzpolstern lag. In gewisser Weise schien die Krise eher ein Machtspiel zu sein, ohne die Absicht, dass sie jemals zu einem bewaffneten Konflikt führe. Andererseits könnte die Blockade der katarischen Wirtschaft auch noch langfristig schaden, was zu finanziellen Einbußen für die Gastarbeiter, einschließlich der Christen unter ihnen, führen könnte. Nach Aufhebung der Blockade Anfang Januar 2021 bleiben diese Entwicklungen zu beobachten.

2) Die rapide Modernisierung ist eine Herausforderung für die derzeitigen kulturellen Normen

Eine weitere große Herausforderung für das Land ist es, seine kulturellen und religiösen Standards inmitten der schnellen Modernisierung und Entwicklung aufrechtzuerhalten.

Während der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 hat die beklagenswerte Behandlung von Arbeitsmigranten in Katar mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Durch Druck aus dem Westen setzt Katar kleine – nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen: kosmetische – Reformen bei den Arbeitsbedingungen für Gastarbeiter um. Trotz des Drucks, die Menschenrechte in Katar zu verbessern, sind keine bedeutenden Verbesserungen in dem streng islamischen Land zu erwarten, das für die umfassende Kontrolle seiner Gesellschaft bekannt ist. Demnach können in naher Zukunft auch keine bedeutenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen erwartet werden.

3) Verstärkte Verbindungen zu Iran und zur Türkei könnten die Christen langfristig beeinträchtigen

Sollte die Zahl der katarischen Christen muslimischer Herkunft tatsächlich wachsen, wenn auch langsam, könnte dies in Zukunft zu einer erhöhten Anzahl von Verfolgungsfällen gegen Christen muslimischer Herkunft führen. Es gibt keine anderen Anzeichen dafür, dass die Verfolgung in Zukunft zunehmen könnte. Im regionalen Kontext sieht die politische Situation Katars jedoch weniger stabil aus; die von 2017 bis Anfang 2021 andauernde Blockade durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten, die zum Teil wegen der vermeintlich engen Beziehungen Katars zu Iran verhängt wurde, hat ironischerweise dazu beigetragen, die Beziehungen zu Iran, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht, sowie zur Türkei zu stärken. Die anhaltend harte Haltung gegen Christen in Iran und die sich scheinbar verschlechternde Situation für Christen in der Türkei könnten darauf hindeuten, dass Katar unter verstärktem Druck durch seine neuen Verbündeten geraten könnte, christliche Aktivitäten weiter einzuschränken. Kurzfristig dürfte dies jedoch keine ernsthafte Bedrohung darstellen.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Angaben der christlichen Hilfsorganisation „Middle East Concern“ (MEC) ist die Mehrheit der Katarer zu 90 Prozent sunnitisch und nur 10 Prozent schiitisch. Katar ist eines der beiden einzigen wahhabitischen Länder der Welt. Diese beiden Länder folgen einer sehr puristischen Version des Islam. Das andere wahhabitische Land ist Saudi-Arabien, aber seit den 1990er Jahren hat Katar seine eigene Version des Wahhabismus übernommen, die weniger streng ist als in seinem Nachbarland. Dieser Unterschied wird auch als „Wahhabismus des Meeres“ versus „Wahhabismus des Landes“ bezeichnet. Daher war Katar im Gegensatz zu Saudi-Arabien relativ nachsichtig gegenüber der wachsenden Gemeinschaft christlicher Arbeitsmigranten und hat Land zum Bau von Kirchen zur Verfügung gestellt. Obwohl die meisten christlichen Arbeitsmigranten dies begrüßen, gibt es eine Kehrseite, da die Konzentration von Kirchen in einem Gebiet zu einer „Ghettoisierung“ führen kann. Somit können Christen auch leicht überwacht und kontrolliert werden, was meist unter dem Vorwand geschieht, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Katar ist bekannt dafür, den Wahhabismus und seine ultrakonservative Form des Islam ausbreiten zu wollen. Auch wenn das Land versucht, offen und modern zu sein, hat diese strikte Interpretation des Islam Katar fest im Griff. Sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung setzen die Lehren des Wahhabismus in der Öffentlichkeit durch, indem beispielsweise Kleiderordnungen festgelegt werden, der Konsum von Alkohol verboten ist, die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird (um Kritik am Islam zu verhindern) und andere Religionsgemeinschaften dazu gezwungen werden, ihren Glauben nur im Privaten auszuüben.

Berichte anderer Quellen:

Der „Freedom of Thought Report“ der Nichtregierungsorganisation „Humanists International“ von 2020 besagt:

„Traditionen überwiegen die staatliche Durchsetzung von Gesetzen, die religiöse Diskriminierung verbieten, und rechtliche, kulturelle und institutionelle Diskriminierung ist weit verbreitet. Während Katars Verfassung und andere Gesetze die Freiheit der [...] Religionsausübung vorsehen, werden diese Freiheiten innerhalb von Grenzen eingerahmt, die auf der Scharia und ‚moralischen Bedenken‘ basieren. In Katar gilt der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion als Glaubensabfall und ist ein schweres Verbrechen. Eine Blasphemie-Anklage könnte als Beweis für Apostasie gewertet werden. Seit 1971 ist jedoch keine für Apostasie verhängte Strafe mehr belegt. Evangelisation im Namen einer Organisation, eines Vereins oder einer Stiftung einer anderen Religion als dem Islam kann mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Missionierung einer anderen Religion als dem Islam im eigenen Namen kann mit einer Strafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden. Die Antwort der Regierung auf solche Bekehrungsversuche ist jedoch in der Regel die Abschiebung und nicht die Einleitung rechtlicher Schritte.“

Nach Angaben von MEC gilt Folgendes:

- „Ausländische Christen genießen in Katar eine vergleichsweise große Freiheit, vorausgesetzt, dass ihre Aktivitäten auf ausgewiesene Gelände beschränkt sind und dass sie insbesondere den Umgang mit Muslimen vermeiden, der als Bekehrungsversuch ausgelegt werden könnte. In den letzten Jahren gab es mehrere Fälle, in denen ausländische Christen des Landes verwiesen wurden, vermutlich aufgrund von Aktivitäten, die als Missionierung angesehen wurden (obwohl für die meisten Ausweisungen keine Gründe angegeben werden). Die anerkannten Kirchen finden ihre derzeitigen Anlagen unzureichend, und die ‚Kirchenkomplexe‘ sind typischerweise an den Gottesdiensttagen überfüllt, da sie versuchen, mehrere Gemeinden mit verschiedenen Nationalitäten und Sprachen unterzubringen. Stabile Sicherheitsvorkehrungen im religiösen Komplex erleichtern die Durchsetzung eines strikten Eintrittsverbots für Muslime. Muslimen ist das Betreten nur erlaubt, wenn eine vorherige Genehmigung erteilt wurde. Katarische Staatsbürger oder andere Muslime, die sich dafür entscheiden, den Islam zu verlassen, sind häufig einem starken familiären und gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. In extremen Fällen sind diejenigen, die den Islam verlassen, gewalttätigen Reaktionen von Familienmitgliedern ausgesetzt. Grundsätzlich drohen denjenigen, die als Abtrünnige gelten, nach islamischem Recht schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Staatsreligion ist der strikt konservative wahhabitische Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich zu leben, dürfen nichtmuslimische Gruppen – wie Christen – ihren Glauben nur in Privathäusern oder auf einem dafür ausgewiesenen Grundstück ausüben. Evangelisation ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Abwendung vom Islam zu einem anderen Glauben wird als Abfall vom Islam verstanden, was verboten und gesellschaftlich nicht akzeptabel ist. Das Familienrecht wird durch die Scharia, das islamische Gesetz, bestimmt. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind per Definition entweder sunnitische oder schiitische Muslime.

Abhängig von der Herkunft der Christen muslimischen Hintergrunds nimmt die Verfolgung unterschiedliche Ausmaße an. Diejenigen mit katarischem Hintergrund erleben den größten Druck. Bei anderen Christen muslimischer Herkunft, wie zum Beispiel aus Pakistan oder der Levante (Jordanien, Libanon, Palästinensergebiete, Syrien und andere Länder), hängt der Druck, den sie erfahren, von ihrem Umfeld in Katar ab. Solange sie keine Unruhe stiften, müssen sie wenig von der katarischen Regierung befürchten, obwohl die Gefahr besteht, dass ihre katarischen Arbeitgeber sie entlassen, was zu Ausweisung führen kann, wenn sie keine andere Arbeit finden. In diesen Gemeinschaften von Arbeitsmigranten hängen die Konsequenzen für Christen muslimischer Herkunft mehr von den kulturellen Normen ihrer Heimatländer ab als von den kulturellen Bräuchen Katars. Für Arbeitsmigranten ist die Hinwendung zum christlichen Glauben manchmal leichter als in ihrem Heimatland, denn Familie und Verwandtschaft sind oft weit weg und der soziale Druck ist weniger stark.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft trotz moderner Technologien (und Architektur) noch immer eine sehr große Rolle. Alte Normen und Werte haben weiterhin großen Einfluss und werden strikt durchgesetzt. Diese Stammeskultur ist stark mit dem Islam vermischt und Anfeindungen betreffen besonders Christen mit muslimischem Hintergrund. Wie im gesamten Nahen Osten ist die Religion stark mit der Familienidentität verknüpft. Daher wird es als Verrat an der Familie betrachtet, wenn jemand den Islam verlässt. Generell üben Familien starken sozialen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. In vielen Fällen entfremden sich Christen muslimischer Herkunft durch ihren neuen Glauben von ihrer Familie.

Diktatorische Paranoia

Katar ist eine absolute Monarchie und wird von einem Emir regiert. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Im Gegenzug erwartet sie Gehorsam und duldet keinen Widerspruch. Außerdem macht die Regierung es wegen der geringen Zahl von Katarern im Vergleich zu einer sehr hohen Zahl von ausländischen Gastarbeitern zur Priorität, das Land streng islamisch zu halten. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten. Das Land wird streng kontrolliert; die vielen Gastarbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, da sie leicht des Landes verwiesen werden können.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Zusammen mit dem Aspekt der Familienehre sind die streng aufrecht erhaltenen islamischen Überzeugungen ein signifikanter Grund für Familienmitglieder, gegen Verwandte vorzugehen, die sich zum christlichen Glauben hinwenden. Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben gilt in der Gesellschaft Katars als inakzeptabel.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, mit Muslimen über den christlichen Glauben zu sprechen, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordentliches Verfahren des Landes verwiesen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Konservative islamische Prediger wie Yusuf al-Qaradawi haben über den in Katar ansässigen Nachrichtensender Al Jazeera ein Millionenpublikum. Auch wenn al-Qaradawi nicht den Wahhabismus vertritt, wird er als wichtige intellektuelle Stimme der Muslimbruderschaft angesehen und er hat klar ausgedrückt, dass Apostasie (der Abfall vom Islam) seiner Meinung nach mit dem Tod bestraft werden sollte.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass der Islam in ihrem Stamm oder in der Sippe respektiert wird. Sie beeinflussen Familienmitglieder, Druck auf christliche Konvertiten auszuüben, damit diese wieder zum Islam zurückkehren.

- **Gewöhnliche Bürger:** Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Gefahr für Christen in Katar. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können ausländische Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen, insbesondere die armen und nicht gut ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem in manchen Fällen Diskriminierungen und Misshandlungen durch ihre muslimischen Kollegen ausgesetzt.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl klar ist, dass die islamische Strafe für den Glaubensabfall – die Todesstrafe – ein Hauptgrund für die Verfolgung eines Familienmitgliedes ist, das sich zum christlichen Glauben hingewandt hat, kann dies nicht separat vom Konzept der Familienehre betrachtet werden. Uralte Normen (wie der Schutz der Familienehre) sind immer noch intakt und die Abwendung vom Islam hin zum christlichen Glauben ist ein Verrat all dessen, wofür eine muslimische Familie steht, und bringt Schande auf die Familie. Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, von ihren Familien verbannt oder sogar getötet zu werden.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass die Ehre ihrer Gruppe nicht durch ein Mitglied beschmutzt wird, das sich vom Islam abwendet und den christlichen Glauben annimmt. Ein Glaubenswechsel ist eine wirkliche Schande für sie, da es ihnen vorrangig darum geht, das Ansehen und die Ehre der Familie aufrechtzuerhalten.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung trägt zum Einfluss von Unterdrückung durch den Clan/Stamm bei, indem sie den Status quo in der Gesellschaft beibehält und an ihren kulturellen Praktiken festhält. Das heißt, die Regierung wird einen Christen mit muslimischem Hintergrund nicht vor seiner eigenen Familie beschützen, sondern dies als eine ‚Familienangelegenheit‘ ansehen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale Imame und andere ermutigen ihre Gemeinden, die kulturellen Normen aufrechtzuerhalten, die fest mit den islamischen Prinzipien verwoben sind.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die gesellschaftliche Stellung ist für Katarer sehr wichtig. Es besteht also ein ausgeprägter Druck, die gesellschaftlichen Normen zu wahren, um keine Schande über den guten Namen der Familie zu bringen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung Katars erlaubt keine Kritik an den staatlichen Angelegenheiten, auch nicht daran, wie sie religiöse Angelegenheiten regelt. Das Land ist gut überwacht; Sicherheitskräfte kontrollieren alle Aktivitäten im Land. Gastarbeiter, die sich negativ gegenüber der Regierung äußern, müssen damit rechnen, abgeschoben zu werden.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Katar ist ein sehr kleines Land, die Hauptstadt Doha bildet hier das Zentrum aller Aktivitäten. Die Risiken, mit denen Christen – und vor allem Christen muslimischer Herkunft – rechnen müssen, sind vom jeweiligen sozialen Umfeld der Christen abhängig.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

In dieser Kategorie variiert das Maß der Verfolgung. Weniger gebildete Arbeiter (z. B. Bauarbeiter) aus Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen haben einen geringen sozialen Status und werden generell schlechter behandelt als Arbeitsmigranten aus der westlichen Welt, die in qualifizierteren Berufen arbeiten. Deshalb werden Arbeiter aus Asien und Afrika – unabhängig von ihrer Religion – schlecht behandelt. Wenn solche Arbeiter Christen sind, trägt dies dazu bei, dass sie noch verletzlicher sind; sie sind einem starken Druck ausgesetzt, Muslime zu werden.

Sie sind nicht frei, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren. Viele von ihnen haben kaum die Möglichkeit, Gottesdienste zu besuchen. Diese werden in dem Gebäudekomplex auf dem Areal, das die Behörden ihnen außerhalb der Hauptstadt Doha zugewiesen hat, abgehalten. Es gibt Verkehrs- und Parkplatzprobleme bei dem Kirchenkomplex und viele Christen denken, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen Katars, die sich zum Gottesdienst versammeln, aufzunehmen. Eine positive Entwicklung im Jahr 2015 war die Zuteilung von Land für die kurz zuvor registrierte libanesische maronitische Kirche und eine philippinische evangelische Gemeinde, damit sie Kirchen bauen konnten. Es wird erwartet, dass die maronitische Kirche ihre Türen öffnen kann.

Im Oktober 2020 wurde den Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, mitgeteilt, dass sie sich in Zukunft nur noch auf dem Gelände des Kirchenkomplexes treffen dürfen, obwohl den Behörden durchaus bewusst ist, dass der Kirchenkomplex überfüllt ist. Daher ist zu erwarten, dass es für Christen noch schwieriger sein wird, sich zum Gottesdienst zu versammeln.

Christen aus traditionellen Kirchen

Alle Christen, die traditionellen Kirchen angehören, fallen bereits in die Kategorie der ausländischen Christen und Arbeitsmigranten. Daher werden Christen aus traditionellen Kirchen bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine eigene Kategorie betrachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund werden in Katar stark verfolgt. Sie gelten als vom Islam Abgefallene, sind Diskriminierungen und Belästigungen vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt und riskieren sogar, für ihren Glauben von ihrer Familie getötet zu werden. Apostasie ist zudem laut Strafgesetz ein Verbrechen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 sind allerdings keine offiziellen Exekutionen oder andere offiziellen Strafen für die Abkehr vom islamischen Glauben mehr belegt. Fast alle katarischen Christen haben sich im Ausland für den christlichen Glauben entschieden. Die meisten kehren aus Furcht vor Konsequenzen nicht in ihr Land zurück. Katarische Christen muslimischer Herkunft sind sowohl dem Druck von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld ausgesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Den Großteil der Christen mit muslimischem Hintergrund bilden jedoch Arbeitsmigranten. Der Druck auf beide Gruppen (katarische und ausländische Christen muslimischer Herkunft) ist sehr hoch. Ausländische Christen muslimischer Herkunft sind hohem Druck und hoher Kontrolle von ihrem sozialen Umfeld in den Unterkünften für Gastarbeiter ausgesetzt. Auch ihre muslimischen Arbeitgeber können als Verfolger auftreten.

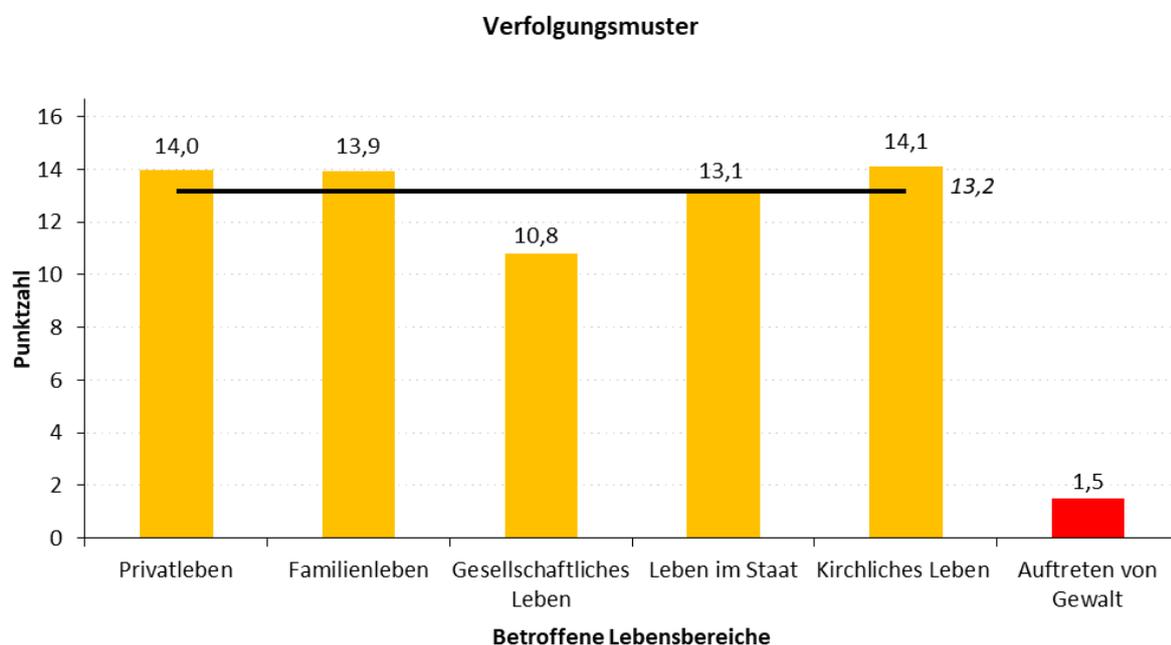
Diese harte Reaktion auf Christen muslimischer Herkunft muss im Kontext der Stammeskultur gesehen werden. Der Zusammenhalt von Familie und Stamm ist sehr stark. Religion ist dabei keine Privatsache.

Sie ist Teil der Identität der (Groß-)Familie und des Stammes. Den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen, ist damit nicht nur ein Glaubenswechsel, sondern bedeutet auch, die Familie zu verlassen. Das stellt eine Bedrohung für die Loyalität der Gruppe dar. Als schwach angesehen zu werden, ist eine große Schande für die Familie. Das erklärt die Strenge, mit der Familien mit christlichen Konvertiten umgehen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gemeinschaften werden bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine separate Kategorie betrachtet, da alle Christen hier zur Kategorie der ausländischen Christen und Arbeitsmigranten gehören.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Katar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist mit einer Wertung von 13,2 Punkten sehr hoch.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein sehr hohes oder extremes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung im Bereich kirchliches Leben, Privatleben und Familienleben am höchsten. Das spiegelt die Schwierigkeiten wider, die Christen muslimischer Herkunft dabei erleben, ihren Glauben zu praktizieren und mit ihren Familienmitgliedern zu teilen. Der extrem hohe Wert für das kirchliche Leben zeigt, wie schwierig es für Kirchen ist, etwa ein neues Gebäude zu bauen, und wie sie darin eingeschränkt sind, Muslimen das Evangelium weiterzugeben.
- Die Wertung für Gewalt sank von 2,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 1,5 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Katarische und ausländische Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht offen ausüben. Jeder Hinweis darauf, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Folgen haben.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Hier sehen sich Christen muslimischer Herkunft dem höchsten Risiko ausgesetzt, da sie durch glaubensbezogene Posts entdeckt werden könnten. Außerdem dürfen auch ausländische Christen nicht öffentlich das Evangelium weitergeben oder den Islam kritisieren.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen muslimischer Herkunft können keine christlichen Symbole tragen, denn auch das könnte zur Entdeckung ihres Glaubens führen. Ausländische Christen sind ebenfalls vorsichtig, denn ein Kreuz öffentlich zu zeigen, kann zu negativen Bemerkungen und anderen Belästigungen führen, vor allem wenn die Christen in einem katarischen Haushalt arbeiten (z. B. als Hausangestellte).

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Das Risiko ist für katarische Christen mit muslimischem Hintergrund am höchsten, während es bei nichtkatarischen Christen mit muslimischem Hintergrund auf die speziellen Normen ihrer eigenen Gemeinschaft ankommt. Ausländische Christen können der Evangelisation beschuldigt werden, was zur Ausweisung führt.

Familienleben

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

Ein Glaubenswechsel wird nicht anerkannt, folglich ist es unmöglich für Christen muslimischer Herkunft, eine christliche Ehe zu registrieren (eine kirchliche Trauung zu haben) oder ihre Kinder als Christen registrieren zu lassen.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben meist verbergen. In dem unwahrscheinlichen Fall, dass ihre Familie von ihrem Glaubenswechsel weiß, werden sie wahrscheinlich trotzdem gemäß den islamischen Riten beerdigt.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

In einer zutiefst vom Islam geprägten Gesellschaft ist es für Christen muslimischer Herkunft sehr schwer, ihre Kinder christlich zu erziehen.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Dies gilt vor allem für Christen muslimischer Herkunft. Da ihr neuer Glaube keine Anerkennung erfährt, können ihre Kinder nicht vom Islamunterricht freigestellt werden. Islamunterricht ist sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen verpflichtend; die Bereitstellung nichtislamischer religiöser Unterweisung ist verboten.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Jede Form der Kommunikation wird in Katar überwacht, doch vor allem einzelne Christen, die der Evangelisation verdächtigt werden, stehen in der Gefahr, gezielt beobachtet zu werden.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dies gilt vor allem für Christen muslimischer Herkunft. Sowohl katarische als auch ausländische christliche Konvertiten sind Belästigungen ausgesetzt, wenn ihre Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt wird. Ausländische Christen können ebenfalls Belästigungen und Diskriminierung erfahren, wobei es oft auf ihre Herkunft ankommt (westliche ausländische Christen werden weit weniger belästigt als afrikanische Christen).

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Alle Menschen in Katar müssen den Ramadan in der Öffentlichkeit einhalten, ausgenommen sind ausgewählte Orte (wie manche Einkaufszentren oder Restaurants). Christen muslimischer Herkunft müssen alle islamischen Riten einhalten, aus Angst als Christen entdeckt zu werden.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Die gesamte Gesellschaft übt einen hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren Glauben zu widerrufen, während ausländische Christen gelegentlich dazu Druck erfahren, zum Islam zu konvertieren. Manche haben äußerlich einen islamischen Kleidungsstil, um Diskriminierung aus dem Weg zu gehen, vor allem, wenn sie eng mit Katarern zusammenarbeiten (z. B. als Hausangestellte).

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Das Rechtssystem basiert auf der Scharia und der Glaubenswechsel zu einer anderen Religion als dem Islam ist illegal.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Die katarische Regierung erlaubt keiner Nichtregierungsorganisation mit klaren christlichen Überzeugungen, in Katar tätig zu sein.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Christliche Symbole dürfen in der Öffentlichkeit nur auf dem Kirchenkomplex gezeigt werden, der sich außerhalb von Doha befindet und wo alle Gemeinden angesiedelt sind.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Es ist unmöglich, die Regierung oder den Islam zu kritisieren. Bei ausländischen Christen führt dies zur Ausweisung. In einer Gesellschaft, die durch und durch vom Islam geprägt ist, müssen Christen sehr vorsichtig sprechen, wenn sie christliche Ansichten äußern.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Der Kirchenkomplex verfügt über ein Sicherheitssystem nach Art eines Flughafens und kann von Nichtchristen nicht besucht werden. Alle Kirchen und ihre Aktivitäten werden überwacht und es ist schwer, irgendwelche (christlichen) Aktivitäten außerhalb des Geländes zu organisieren.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Es ist unmöglich, Christen muslimischer Herkunft zu integrieren, da sie den Kirchenkomplex nicht betreten, geschweige denn, Teil einer christlichen Gemeinschaft sein dürfen.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Veröffentlichung, Import und Verbreitung religiösen Materials ist strikt reguliert. Kirchen ist es nicht länger erlaubt, ihre eigenen Möglichkeiten zu nutzen, um Bibeln zu importieren, und sie sind gezwungen, säkulare Buchhandlungen dafür zu nutzen.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Die Kirchen sind sehr darauf bedacht, nicht die Gunst ihrer katarischen Gastgeber zu verlieren. Kritik an der Regierung wird nicht geschätzt und die meisten Kirchen betreiben diesbezüglich Selbstzensur. Kirchen sprechen allenfalls ganz vorsichtig bestimmte Punkte an (z. B. Missbrauch am Arbeitsplatz), wenn sie eine gute Beziehung zu einer machthabenden Person haben.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen:** Mehrere ausländische Christen wurden gezwungen das Land zu verlassen, nachdem sie angeblich missioniert hatten.

- **Angriffe auf Christen:** Es ist weithin bekannt, dass weibliche Hausangestellte in Katar leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. In einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2019 hieß es: „Hausangestellte werden nicht durch das Arbeitsrecht geschützt. Weibliche Hausangestellte werden oft spät oder gar nicht bezahlt, müssen sehr viele Stunden arbeiten, ohne freie Tage, und erhalten nur unzureichende Unterkünfte. Außerdem berichtete Amnesty International bereits 2014, dass Hausangestellte in Katar unter Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Kommunikation, demütigender Behandlung und Zwangsarbeit leiden.“

Es sind jedoch kaum Statistiken verfügbar, da keine der involvierten Personen, Organisationen und Staaten Interesse daran haben, die Realität offenzulegen: Katar braucht die Hausangestellten, hat aber eine Schamkultur und will keinen schlechten Ruf riskieren. Die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den Tausenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten kommt, und sie wollen ihre ökonomischen Interessen nicht gefährden, obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hat, nachdem die Leiche eines philippinischen Hausmädchens im Februar 2018 in einer Gefriertruhe in Kuwait entdeckt worden war. Die Arbeitgeber missbrauchter Hausmädchen sind entweder selbst die Täter oder haben kein wahres Interesse an dem Wohlergehen der Hausmädchen. Die Hausmädchen schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig“ angesehen werden, weder in Katar noch von ihrer Familie in der Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien im Heimatland mit dringend benötigtem Einkommen. Ihre Familien in der Heimat sind stolz auf ihre Beschäftigung in Katar und die Hausmädchen wollen ihre Familien nicht enttäuschen.

Aus den oben genannten Gründen wurde nur eine symbolische Zahl von zehn christlichen Hausmädchen bestimmt, die im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 wegen ihres Glaubens (sexuell) missbraucht wurden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nur der Islam, das Christentum und das Judentum sind in Katar als Religionen anerkannt. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums sind nur sunnitische und schiitische Muslime und acht christliche Denominationen als religiöse Gruppen offiziell registriert. Obwohl andere religiöse Gemeinschaften, wie die zahlenmäßig beträchtliche hinduistische und buddhistische Gemeinschaft, keine offizielle Anerkennung haben, werden ihre Treffen im Allgemeinen toleriert und es gibt zumindest mehrere inoffizielle Hindutempel im Land. Es kann angenommen werden, dass die kleine schiitische Gemeinde im Alltag ebenfalls mit Diskriminierungen konfrontiert ist.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Kolumbien: Platz 30

Kurze Zusammenfassung

Gemeindeleiter werden bedroht, belästigt, erpresst und sogar ermordet – dies ist ein Resultat der Gewalt der Guerillas oder anderer krimineller Gruppen, besonders in den am meisten vernachlässigten Regionen des Landes. Diese Gewalt ist in den meisten Fällen eine unmittelbare Folge davon, dass Christen Korruption und Gewalt anprangern, im Bereich des Schutzes der Menschenrechte oder der Natur arbeiten, in der Jugendarbeit aktiv sind, die Wiederherstellung des Friedens fördern, sich in Predigten gegen die Kriminalität wenden und so auf die eine oder andere Weise die illegalen Aktivitäten örtlicher krimineller Gruppen bedrohen. In indigenen Gemeinschaften gibt es einen signifikanten Widerstand gegen christliche Missionare und Christen mit indigener Herkunft. Diese müssen in Folge mit Haft, körperlichem Missbrauch, Verweigerung von Grundrechten, Behinderung der Nutzung ihres angestammten Gebiets und anderen Formen der Strafe rechnen. Zusätzlich führt die Zunahme eines extremistischen Säkularismus zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber christlichen Standpunkten im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen, die den Lebensschutz, die Familie, Ehe und Religionsfreiheit betreffen. In diesem Zusammenhang wird Christen vorgeworfen, andere zu diskriminieren und Hass zu verbreiten.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	30
2020	62	41
2019	58	47
2018	56	49
2017	53	50

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Weltverfolgungsindex 2021 stieg Kolumbien um fünf Punkte und setzte damit den Aufwärtstrend der vorangegangenen vier Berichtsperioden fort. Auch wenn der Wert für das Auftreten von Gewalt leicht zurückging (von 15,0 auf 13,9 Punkte), ist der Durchschnittswert des Drucks auf Christen von 9,4 auf 10,7 gestiegen. Christen wurde von kriminellen Anführern eine größere Kontrolle auferlegt, um sie einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Diese Entwicklung ist eine Folge des Kampfes um die territoriale Kontrolle, der in vielen ländlichen Gebieten zwischen kriminellen Gruppen herrscht. Beteiligte Gruppen sind zum Beispiel die ELN (spanisch „Ejército de Liberación Nacional“), die FARC (spanisch „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“), abtrünnige FARC-Kämpfer, Guerillagruppen, Drogenbanden und andere kriminelle oder paramilitärische Gruppen. Sie kämpfen vor allem dort, wo es kürzlich politische Wahlen gegeben hat. Kriminelle Gruppen haben sich auch die durch die Covid-19-Pandemie bedingten Beschränkungen zunutze gemacht.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Coronakrise hat bestimmte soziale Bereiche stärker verwundbar gemacht

Die Instabilität des Gesundheitswesens und der Gesellschaft im Allgemeinen (hervorgerufen durch den Umgang der Regierung mit der Covid-19-Pandemie) hat insbesondere Gruppen und Personen getroffen, die ohnehin bereits gefährdet waren, wie etwa indigene Völker, Menschenrechtsaktivisten, Leiter (zivil-)gesellschaftlicher Gruppen, Migranten und Bürger mit niedrigem Einkommen. Infolgedessen sahen sie sich oftmals Kriminellen, die in einigen Gebieten des Landes die Kontrolle innehatten, schutzlos ausgeliefert. Wenn Christen zu Opfern von Verbrechen werden, erkennen die Behörden ihren Glauben meist nicht als Hauptgrund ihrer Verwundbarkeit an.

2) Die Realisierung des Friedensabkommens scheint keine Priorität zu haben – trotz der Zunahme von Gewalt

Ungeachtet des Lockdowns im Rahmen der Coronamaßnahmen haben Gewalt und Unsicherheit im Land zugenommen. Weil die Gesundheitsversorgung für die Regierung an oberster Stelle steht, wurde eine weitere Umsetzung des Friedensabkommens vernachlässigt. Gleichzeitig steigt die Dringlichkeit des Umsetzungsprozesses, denn kriminelle Gruppen können zunehmend ungestraft walten; sie vermochten ihre territoriale Kontrolle auszubauen und haben sich dabei die Coronakrise zunutze gemacht. Dies hat das Risiko erhöht, dass christliche Aktivitäten behindert werden, wo Guerillas und andere kriminelle Gruppen als einzige Autorität agieren.

3) Es gibt wenig Toleranz für öffentliche Äußerungen christlichen Glaubens

Auch wenn die Gesellschaft jegliche Art von öffentlichem Engagement kritisch beäugt, so erfahren doch vor allem christliche Gruppen Ablehnung – vor allem wenn gemeint wird, diese Gruppen stünden mit Regierungskreisen in Verbindung oder suchten eine bessere politische Repräsentation. Das hat sich auch in der Coronakrise nicht geändert, obwohl die Kirchen dabei einen großen Teil der humanitären Hilfe geleistet haben.

3. Religiöse Situation im Land

Die Verfassung aus dem Jahr 1991 garantiert die Religionsfreiheit. Sie besagt, dass jede Person das Recht hat, ihren eigenen Glauben individuell oder kollektiv zum Ausdruck zu bringen (Artikel 19). Es gibt keine offizielle Staatsreligion. Alle religiösen Bekenntnisse sind vor dem Gesetz gleich. Dennoch unterhält der Staat einen Staatskirchenvertrag mit der Katholischen Kirche (Konkordat). Außerdem wurde mit dreizehn nichtkatholischen Gruppen ein Rechtsabkommen geschlossen (Dekret 354). Dieses Rechtsabkommen sieht unter anderem vor, dass Eheschließungen rechtsverbindlich anerkannt werden, und garantiert, dass für den Gottesdienst genutztes Eigentum nicht vom Staat beschlagnahmt werden kann.

Kirchen, die sich nicht den durch das Rechtsabkommen abgedeckten Kirchen anschließen, können die Anerkennung ihrer Rechtsstellung beantragen und sich in das öffentliche Register des Innenministeriums eintragen lassen. Dies ermöglicht ihnen, Gelder zu sammeln, Spenden zu erhalten, religiöse Bildungseinrichtungen zu gründen, geistliche Amtshandlungen auszuführen (mit Ausnahme gesetzlich eingetragener Eheschließungen) und Verträge zur Entwicklung von Sozial- und Bildungsprojekten zu schließen, zum Beispiel mit öffentlichen oder privaten Einrichtungen, Stiftungen

oder nationalen beziehungsweise internationalen Organisationen. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019, der im Auftrag des US-Außenministeriums erstellt wird, können in Kolumbien jedoch auch nichteingetragene Einrichtungen religiösen Aktivitäten nachgehen, ohne dafür unter Strafe gestellt zu werden; sie dürfen allerdings keine Gelder sammeln oder Spenden entgegennehmen. Dies bedeutet, dass solche nichteingetragenen Kirchen benachteiligt werden – sie kommen nicht in den Genuss derselben Vorteile, die anerkannten Kirchen gewährt werden.

Eine der herausragendsten Initiativen auf nationaler Ebene ist die „Umfassende Öffentliche Politik zur Religionsfreiheit und Ausübung von Religion“ von 2018. Sie nennt religiöse Einrichtungen strategische Verbündete bei der Mitgestaltung der Gesellschaft. Diese Initiative soll zudem garantieren, dass die individuellen und kollektiven Rechte religiöser Einrichtungen (einschließlich kirchlicher Organisationen und Christen) bei der Ausübung ihrer Aktivitäten geschützt werden.

Der Staat hat weiterhin anerkannt, dass der religiöse Bereich ein wichtiges Glied bei der Befriedung des Landes darstellt – er hat daher die aktive Beteiligung der Kirchen und religiösen Organisationen gefordert. Jedoch hat die bedeutende Rolle, die die Kirchen spielen, sie auch zusätzlich in Gefahr gebracht. Religiöse Leiter, die sich politisch oder sozial engagieren, werden häufig zur Zielscheibe von Angriffen. Trotz dieser öffentlichen Anerkennung des religiösen Bereichs gibt es nach wie vor eine allgemeine Ablehnungshaltung öffentlichen religiösen Äußerungen gegenüber, vor allem wenn diese von Amtsträger kommen, einschließlich des Präsidenten. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 haben Gerichte versucht, es Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen zu verbieten, persönliche Glaubensäußerungen in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Die Gerichte waren der Überzeugung, dass dies für die Einhaltung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat notwendig sei. Es wurde auch ein Fall eines christlichen Richters bekannt, der der Tatsachenverdrehung beschuldigt wurde, weil er sich unter Berufung auf seine Überzeugungen geweigert hatte, zwei Frauen miteinander zu verheiraten.

Von Mitte März bis zum 15. Juli 2020 wurden im ganzen Land Kontaktbeschränkungen verhängt, um der Ausbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken. Während der gesamten Zeit wurden kirchliche Aktivitäten ausgesetzt, obwohl verschiedene Wirtschaftszweige ab Mitte April ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten. Obwohl es die Regierung religiösen Leitern erlaubte hatte, sich frei zu bewegen, schränkten illegale bewaffnete Gruppen in ländlichen Gebieten diese staatlich erlaubte Bewegungsfreiheit wieder ein. Im September 2020 wurden als Reaktion auf das Gesetzesdekret 1168 alle katholischen Kirchen für Gottesdienste wiedereröffnet, ungeachtet des Corona-Infektionsgeschehens in den jeweiligen Verwaltungsbezirken. Aufgrund des Lockdowns waren viele Christen nicht in der Lage, seelsorgerische Betreuung zu erhalten. Angehörige konnten zeitweise ihre Toten nicht nach christlichem Ritus bestatten. Es sei erwähnt, dass einige Kirchen (hauptsächlich protestantische Freikirchen) sich weigerten, die verhängten Beschränkungen einzuhalten, und daher mit einer Geldstrafe belegt wurden.

In indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie die religiösen Praktiken und Bräuche ihrer ethnischen Gruppe ablehnen. Infolgedessen sehen indigene Anführer den christlichen Glauben als Unsicherheitsfaktor. Da es sich bei diesen Anführern aber um diejenigen handelt, die in ihren Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit indigener Völker von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht gebührend garantiert, wenn es sich um eine Religion handelt, die von der Religion der indigenen Gemeinschaft abweicht. Wenn in einer indigenen Gemeinschaft synkretistische religiöse Bräuche praktiziert werden (wenn also römisch-katholische Riten mit

angestammten und die Natur anbetenden Bräuchen verbunden werden) und wenn nun Christen indigener Herkunft sich weigern, an solchen Riten teilzunehmen, erfahren sie infolgedessen Feindseligkeit und Ablehnung.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2019 platziert Kolumbien auf dem 96. Rang von 180, mit einer Punktzahl von 37/100 (0 = maximal korrupt und 100 = absolut integer). Trotz eines gewissen Fortschritts bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC, kämpfen abtrünnige FARC-Rebellen, Mitglieder der ELN und andere Guerillagruppen um die Kontrolle ganzer Landesteile, um dort ihre illegalen Aktivitäten fortzuführen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 geschah das vor allem in Regionen, in denen kürzlich Wahlen abgehalten worden waren. Diese Umstände haben dazu geführt, dass christliche Leiter und Gruppen zu Opfern von systematischer Überwachung, von Entführungen, Drohungen, Erpressungen, Vertreibung und Morden werden; zudem werden christliche Gebäude angegriffen. Derartige Maßnahmen richten sich besonders gegen Personen, die sich gegen die Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen wenden, die Menschenrechte einfordern, zu Kämpfern und Zivilisten predigen, Gebetstage in besonders gewalttätigen Regionen durchführen und Jugendliche davon abhalten, den kriminellen Gruppen beizutreten.

Solche Gruppen rächen sich auch an früheren Mitgliedern, die aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben das kriminelle Leben hinter sich gelassen haben. All das wird durch die herrschende Korruption und die Straffreiheit begünstigt, die aufgrund von Allianzen zwischen den Guerillaführern und Behörden entstehen. Die Effektivität der Behörden wurde während des Lockdowns in der Covid-19-Pandemie weiter eingeschränkt, weil es in vielen Gebieten praktisch keine Polizei- oder Militärpräsenz gab. In einigen Gebieten haben Kriminelle vor Ort die Kontrolle übernommen. Sie zwangen christliche Leiter unter dem Vorwand der Infektionseindämmung dazu, Ein- und Ausgangspunkte ihres Gebiets zu bewachen. Kriminelle Gruppen verstärkten auch die Überwachung der Kirchen, um sicherzustellen, dass alles verboten wurde, was ihren Interessen schaden könnte; sie verstärkten zudem ihre Schikanen gegen Christen, die in ihren Augen Informanten der Polizei oder anderer rivalisierender krimineller Gruppen sind.

Während indigene Völker oft am stärksten vom organisierten Verbrechen betroffen sind, weil Drogenschmuggler und Guerillakämpfer häufig deren Gebiete für ihre Aktivitäten nutzen, schließen sich manche indigenen Anführer mit Gangmitgliedern zusammen, um Christen aus ihrer Gemeinschaft einzuschüchtern und dazu zu bringen, zu den synkretistischen Praktiken ihrer Gemeinschaft zurückkehren. Darüber hinaus ist das Ausmaß der Gewalt an solchen Orten sehr hoch, auch bedingt durch Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und kriminellen Gruppen oder aufgrund von Kämpfen krimineller Gruppen untereinander.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

In den indigenen Gemeinschaften ist Religion eine wichtige Komponente ihrer Kultur und ihrer Identität und bestimmt ihre Beziehungen zu anderen Menschen und selbst den Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wie in den meisten indigenen Gemeinschaften Lateinamerikas besteht ihr Glauben zumeist aus synkretistischen Praktiken, die sie aus römisch-katholischen Riten entlehnt haben. Deshalb bezeichnen sie sich auch manchmal selbst als Katholiken. Indigene Anführer neigen

zudem dazu, römisch-katholische Mitglieder eher zu dulden als Mitglieder, die einer anderen christlichen Denomination angehören. Gleichwohl bedarf es einer Erlaubnis der Anführer für jede Art von Predigt oder religiöser Aktivität. Alles, was den Bräuchen der ethnischen Gruppe entgegenläuft, wird bestraft.

Die Religion ist in diesen Gemeinschaften sehr präsent, bedingt durch den Einfluss der indigenen Weltanschauung auf das tägliche Leben, sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich. Deshalb wird die Einführung einer Idee oder eines Brauchs, der diesen uralten Glaubensvorstellungen widerspricht, als Bedrohung aufgefasst. Jeder, der diese Glaubensvorstellungen aufgibt und dies bekannt gibt, wird von den örtlichen Behörden und dem größten Teil der Gemeinschaft bestraft. Besonders bestraft werden diejenigen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Unter Umständen werden auch ihre Familien bestraft. Die Strafen reichen von Inhaftierung, körperlicher Misshandlung oder Ausschluss von der Grundversorgung bis zu Beschlagnahmung von Besitz. In dieser Situation Schutz von der Regierung zu erhalten, ist durch die Coronakrise weiter erschwert worden. Die Pandemie hat die Autonomie und Macht lokaler indigener Anführer noch gestärkt. Christen indigener Herkunft sehen sich aufgrund ihres Glaubens heftigem Widerstand ausgesetzt und hatten nicht die Möglichkeit, ihre Gemeinschaft zu verlassen, ohne ihre Landrechte zu verlieren.

Säkulare Intoleranz

Der religiöse Bereich wird als wichtiges unterstützendes Element bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC gesehen; dieser Bereich leistete zudem soziale und humanitäre Hilfe während der Coronakrise. Und trotzdem gibt es Gründe, warum Christen verbalen Angriffen, gesellschaftlichen Feindseligkeiten und Diskriminierung ausgesetzt sind. Wenn es um Themen wie Abtreibung, Gender-Orientierung, gleichgeschlechtliche Ehe oder Adoption, Gewissensfreiheit oder die Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben geht, werden christliche oder auf dem Glauben basierende Meinungen angefeindet. Angriffe erfolgen besonders dann, wenn die Meinungen von Christen den Forderungen von Interessenverbänden wie der LGBTI-Bewegung und radikalen feministischen Bewegungen widersprechen.

Zudem gibt es Versuche, religiöse Intoleranz zu legitimieren, wenn sie sich gegen diejenigen wendet, die in der Ausübung ihrer Funktion in privaten oder staatlichen Institutionen ihren Glauben öffentlich zum Ausdruck bringen. Dieser Widerstand beruht auf einem sehr strengen Verständnis des staatlichen Säkularismus und des Rechts auf Antidiskriminierung. Zum Beispiel wurden Christen, die bei einer Gemeinde oder Kirche angestellt sind, unter beträchtlichen Druck gesetzt, weil sie von ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen wollten. Es gibt außerdem das Bestreben, alle Beamten aus öffentlichen Ämtern zu entfernen, die offen für ihren Glauben oder ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche eintreten. Infolgedessen hat die Teilhabe von Christen am politischen Leben des Landes abgenommen. Christen, die nicht für Abtreibung sind oder nicht den Forderungen von LGTBI-Gruppen entsprechen wollen, werden der Intoleranz bezichtigt.

5. Verfolger

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt eine starke Verbindung zwischen kriminellen Kartellen und revolutionären beziehungsweise paramilitärischen Gruppen: Sie agieren größtenteils in ländlichen Gegenden, wo der Staat kaum präsent ist, und ihre Gründe, Christen ins Visier zu nehmen, sind sehr ähnlich. Gruppen wie „Los Rastrojos“, „Los Paisas“, „Los Urabeños“ oder „Clan del Golfo“, „Caparrapos“, „Los Costeños“, „Black Eagles“, „Comandos de la Frontera“, „La Constru“ und viele andere kämpfen gegeneinander um die Gebietskontrolle. Sie greifen Christen und christliche Organisationen an wegen deren Aktivitäten zur Förderung des Friedens und der Menschenrechte indigener Völker sowie wegen ihrer Hilfe gegen Drogenabhängigkeit. In jüngster Zeit sind Christen zur Zielscheibe geworden, wenn sie versuchen, humanitäre Hilfe für die schwächsten Teile der Gesellschaft zu leisten. Christen stellen eine Bedrohung für die Interessen krimineller Netzwerke dar, insbesondere wenn sie sich den Befehlen der kriminellen Gruppen widersetzen.
- **Regierungsbeamte:** Einige Behörden erlauben direkt oder indirekt kriminelle Aktivitäten gegen christliche Leiter und Kirchen in Gegenden unter der Kontrolle der Gangs. Sowohl die Behörden als auch die Kriminellen können in diesen Fällen straffrei agieren, insbesondere weil einige Behörden mit den Drogenkartellen und anderen Gruppen des organisierten Verbrechens zusammenarbeiten. Die Gleichgültigkeit der Behörden gegenüber den Feindseligkeiten, denen Christen in diesem Zusammenhang ausgesetzt sind, wird von den christlichen Leitern oft angeprangert. Doch die Angst vor Repressalien ist wegen der hohen Korruption im Land allgegenwärtig.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Diese Gruppen, wie etwa abtrünnige Kämpfer der FARC, die ELN oder die AUC (spanisch „Autodefensas Unidas de Colombia“), beobachten die kirchlichen Aktivitäten genau und legen ihnen Beschränkungen auf. Sie bedrohen, vertreiben und greifen Christen an, weil sie das FARC-Friedensabkommen befürworten, sich für Menschenrechte oder gegen Gewalt einsetzen, Vertriebene und Landrückgabeansprüche unterstützen, den Kokaanbau zu verhindern suchen und materielle und geistliche Hilfe während der Coronakrise leisten. Sie beschuldigen Christen des Verrats, sofern man sie mit der Regierung oder anderen kriminellen Gruppen in Verbindung bringt; und sie sind sehr daran interessiert, das Wachstum der örtlichen Gemeinden zu verhindern.
- **Politische Parteien:** Die Vertuschung von Aktivitäten krimineller Gruppen wird durch Korruption in den Reihen der Politiker gefördert. Ihre Entscheidungen begünstigen die Straffreiheit, die es Kartellen des organisierten Verbrechens ermöglicht, mit ihren illegalen Aktivitäten fortzufahren und Gewalt gegen Christen in den am meisten vernachlässigten Gegenden des Landes auszuüben. Bei den letzten Kommunalwahlen war die Korruption offensichtlich so hoch, dass es kriminellen Gruppen gelang, ihre gewalttätigen Aktionen als eine Form der Unterstützung einer politischen Partei zu rechtfertigen – sie setzten Gewalt und Einschüchterung ein, um christliche Wähler umzustimmen und Parteiziele zu erreichen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diese Anführer bleiben meist dem Glauben ihrer Ahnen treu und bekämpfen jeden, der den christlichen Glauben in ihren Stämmen verbreitet. Sie schränken zudem jeden Einfluss christlicher Denominationen ein, die sie als für ihre Gemeinschaft nicht annehmbar empfinden. Solche Einschränkungen erfolgen in Form von ständiger Überwachung, Kürzung der Grundversorgung, Verhaftungen, Drohungen, Gewalt oder Denunzierung von Christen bei den örtlichen Behörden der ethnischen Gruppe (die nationalen Behörden tun hier nichts, da die indigenen Völker im Land weitgehend Autonomie besitzen).
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Schamanismus, ethnisch-religiöse und ähnliche Kulte sind zwar nicht strikt als Religionen zu verstehen, doch sind sie Ausdruck einer bestimmten Art von „Spiritualität“, welche den christlichen Glauben ablehnt. Ihre Anhänger versuchen in den indigenen Gemeinschaften, christliche Aktivitäten zu behindern und die Christen zu zwingen, an den angestammten Zeremonien ihrer Vorfahren teilzunehmen. Der Druck nahm während der Coronakrise und des Lockdowns noch zu, da dadurch viele Christen indigener Herkunft von der Außenwelt abgeschnitten und so den indigenen Behörden fast schutzlos ausgeliefert waren.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Auch vonseiten der Familie wird erwartet, dass der Zugehörigkeit zur indigenen Gemeinschaft die höchste Priorität eingeräumt wird. Daher kann jede Person, die den christlichen Glauben annimmt und sich deshalb von den religiösen Praktiken der Gemeinschaft abwendet, als Verräter gebrandmarkt werden und der Ablehnung der Großfamilie gegenüberstehen. Das brachte viele Konvertiten, Christen indigener Herkunft, während der Coronamaßnahmen in eine besondere Notlage.
- **Gewöhnliche Bürger:** Mitglieder indigener Gemeinschaften müssen ihrem Stamm und den Gebräuchen treu sein. Daher sind sie verpflichtet, alle Praktiken abzulehnen, die die Stabilität der Gemeinschaft gefährden, Aktivitäten von christlichen Konvertiten eingeschlossen.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden haben Anteil an der Verfolgung, indem sie Diskriminierung und Gewalt gegen Christen, die sich weigern, den synkretistischen Praktiken ihrer indigenen Gemeinschaft zu folgen, erlauben oder ignorieren. Die Behörden betrachten christliche Leiter als Feinde der kulturellen Identität der jeweiligen ethnischen Gruppe und infolgedessen als Bedrohung für die Erhaltung der indigenen Bräuche.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Obwohl ethnische Gruppen zuweilen auch Opfer paramilitärischer Gruppen sind, gibt es dennoch Situationen, in denen sich Guerillas mit indigenen Anführern zusammengetan haben, um die zu schikanieren, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Diese Allianz zielt darauf ab, die Interessen der Anführer ethnischer Gruppen zu verteidigen – und darauf, meist mit gewaltsamen Mitteln, Christen indigener Herkunft zu zwingen, ihren neuen Glauben nicht mehr in der Gemeinschaft auszuüben.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kartelle des organisierten Verbrechens handeln gelegentlich als Komplizen der indigenen Führer, um Christen indigener Herkunft in ihren Gemeinschaften einzuschüchtern. Die Zusammenarbeit hat das Ziel, die Interessen der Anführer ethnischer Gruppen zu verteidigen und Christen indigener Herkunft daran zu hindern, ihren neuen Glauben in der Gemeinschaft zu verbreiten.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

- **Ideologische Interessengruppen:** Durch den Einfluss von (radikalen) feministischen und LGBTI-Gruppen werden, anstatt Pluralität zuzulassen, christliche Meinungen in der Öffentlichkeit entweder nicht akzeptiert oder auf ein absolutes Minimum beschränkt. Diese Gruppen belästigen, zensieren und verhöhnen Christen, wenn sie öffentlich christliche Standpunkte vertreten, die den Interessen dieser Gruppen widersprechen. Dies geschieht vor allem dann, wenn es Amtsträger sind, die ihre christlichen Überzeugungen öffentlich verteidigen oder sich weigern, Handlungen in Bezug auf Gender-Fragen oder Abtreibung vorzunehmen, und sich dabei auf Gewissensgründe berufen. Außerdem gab es gewaltsame Demonstrationen vor Kirchen, mit denen sie ihre Ablehnung dem christlichen Standpunkt gegenüber, das ungeborene Leben zu schützen, zum Ausdruck gebracht haben. Diese Gruppen drängen mit Nachdruck auf eine Politik, welche die Rolle der Kirche im öffentlichen Raum schmälert und welche Inhalte in den Schullehrplänen verankert, die die Rechte christlicher Eltern hinsichtlich der Erziehung ihrer eigenen Kinder außer Kraft setzen.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden sind dafür bekannt, sich für die Verbreitung der Standpunkte von radikalen Gruppen einzusetzen (z. B. radikaler feministischer, säkularistischer oder LGBTI-Gruppen), sich aber gegen die Ansichten von christlichen Leitern, Eltern und denjenigen zu wehren, die ihrer Meinung widersprechen. Christen sind im Nachteil, wenn sie ihre glaubensbedingten Ansichten zum Ausdruck bringen, da die Justizbehörden dazu tendieren, im Bereich der Meinungsfreiheit Christen weniger Schutz zu gewähren als anderen Gruppen.
- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie die PDA (deutsch „Demokratische Alternative Achse“), die PCC (deutsch „Kolumbianische Liberale Partei“), „Alianza Verde“ (deutsch „Grünes Bündnis“) oder „Colombia Humana“ (deutsch „Menschliches Kolumbien“) behindern Initiativen von christlichen Politikern oder solchen, die durch christliche Gruppen unterstützt werden. Sie kritisieren die persönlichen Glaubensäußerungen von Politikern heftig und fordern einen Staat ohne Beteiligung der Christen im politischen Bereich. Sie fördern Antidiskriminierung und Anti-Hass-Initiativen, was jedoch die freie Meinungsäußerung von christlichen Bürgern untergraben könnte.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die Intoleranz gegenüber christlichen Werten und Ansichten scheint in der Öffentlichkeit zu wachsen. Viele Bürger lehnen eine Beteiligung von Christen in der Öffentlichkeit ab. Viele machen sie lächerlich, beleidigen und diskreditieren Christen, vor allem am Arbeitsplatz.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Brennpunkte für organisiertes Verbrechen und Korruption

Gemäß den Daten von Organisationen wie PARES (deutsch „Stiftung für Frieden und Versöhnung“) oder JUSTAPAZ und den Berichten von Forschern von Open Doors erleben Christen in den folgenden Verwaltungsbezirken ein hohes Maß an Druck und Gewalt durch kriminelle Organisationen und illegale bewaffnete Gruppen: Antioquia, Arauca, Caquetá, Casanare, Cauca, Chocó, Córdoba, Guaviare, Meta, Nariño, Norte de Santander, Putumayo und Valle del Cauca.

Brennpunkte für Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Vor allem in den indigenen Gemeinschaften, die sehr streng ihren angestammten Bräuchen folgen und in denen es folglich eine geringere Akzeptanz gegenüber anderen (christlichen beziehungsweise von den Bräuchen ihrer Ethnie abweichende) Riten gibt, erfahren diejenigen Verfolgung, die die religiösen Praktiken des Stammes aufgeben. In Kolumbien gibt es 115 indigene Gruppen, von denen 22 erst bei der jüngsten Volkszählung im Jahr 2018 erfasst wurden. Diese indigenen Völker sind in allen 32 Verwaltungsbezirken im Land beheimatet. Nach Angaben von Forschern von Open Doors erfahren Christen indigener Herkunft am stärksten Diskriminierung, Ablehnung und Gewalt in den Verwaltungsbezirken Cauca, Cesar, Chocó, Magdalena und Norte de Santander.

Brennpunkte für säkulare Intoleranz

Diese Art der Verfolgung hängt mit der Umsetzung öffentlicher Vorschriften der Regierung und mit gesellschaftlichen Einstellungen zusammen, die durch intolerante Gruppierungen mit extremen antireligiösen Ideologien gefördert werden. So ist sie überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Verwaltungsbezirken wie Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in die Isolation gedrängt, daher werden sie bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Unter diese Kategorie fallen zumeist römisch-katholische Kirchen und kleine orthodoxe sowie evangelische Gemeinschaften. In Regionen, die von Drogenkartellen und anderen organisierten Kriminellen kontrolliert werden, stehen sie in der Gefahr angegriffen zu werden. Sie haben außerdem mit dem wachsenden Säkularismus und der religiösen Intoleranz der Gesellschaft zu kämpfen. Hinzu kommen die Risiken und Hindernisse, die mit der Gemeindefarbeit in indigenen Gemeinschaften einhergehen (von denen besonders evangelische Christen betroffen sind). In Einzelfällen erfahren evangelische Christen auch die Zurückweisung anderer traditioneller Kirchen, wie etwa der Katholischen Kirche.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

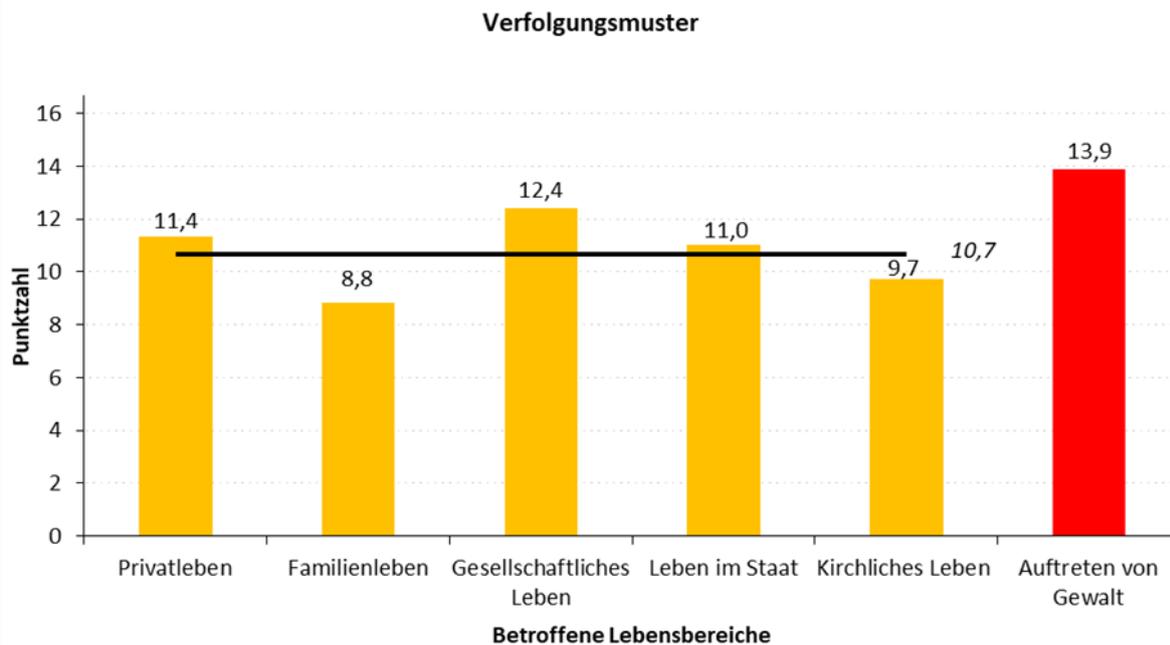
Dazu gehören Christen, die sich von einer Denomination ab- und einer anderen zuwenden, Christen, die einer indigenen Gemeinschaft entstammen, oder Christen, die früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehörten. Besonders Christen indigener Herkunft werden belästigt, vertrieben, erhalten Todesdrohungen und erleiden körperliche und seelische Formen von Gewalt, weil sie das Glaubenssystem ihres Stammes verlassen haben. Die Aktivitäten krimineller Netzwerke betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen oder protestantischen Freikirchen, vor allem wenn sie ehemalige Mitglieder krimineller Gruppierungen sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören zumeist Christen aus evangelikalen, baptistischen und Pfingstgemeinden. Der Druck, den Guerillakämpfer und kriminelle Netzwerke ausüben, bekommen sie ebenso zu spüren wie Christen

aus den traditionellen Kirchen. Obwohl die Regierung erkannt hat, dass diese Christen in den benachteiligten Regionen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens spielen, gewährt sie den protestantischen Freikirchen nicht die gleichen Vergünstigungen wie den traditionellen Kirchen des Landes und solchen, die ein Rechtsabkommen mit dem Staat geschlossen haben. Darüber hinaus sehen sich diese Christen mit heftigem Widerstand radikaler feministischer und säkularistischer Gruppen konfrontiert, wenn sie politisch aktiv sind.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kolumbien bleibt hoch und stieg von 9,4 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2020 auf 10,7 Punkte im Jahr 2021. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck zurückzuführen, der vonseiten krimineller und ethnischer Gruppen auf Christen in weiten Teilen der ländlichen Gebiete Kolumbiens ausgeübt wird.
- Die Wertung zeigt in allen Lebensbereichen ein hohes Ausmaß von Verfolgung. Sie liegt in jedem Bereich bei 8,8 oder mehr Punkten (von maximal erreichbaren 16,7 Punkten). Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (12,4 Punkte).
- Der Wert für Auftreten von Gewalt hat extremes Ausmaß, auch wenn er gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2020 von damals 15,0 auf nun 13,9 Punkte gesunken ist. Zum Weltverfolgungsindex 2020 wurde noch in großer Zahl berichtet, dass Christen gezwungen wurden, ihr Land wegen ihres Glaubens zu verlassen. Aufgrund der Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie gab es darüber keine entsprechenden Berichte.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Die Gefahren für Christen nehmen ganz unterschiedliche Gestalt an. Im Kontext des organisierten Verbrechens ist es für jeden im höchsten Maße gefährlich, zum Frieden aufzurufen oder sich nicht an kriminellen Aktivitäten zu beteiligen. Jede Art von öffentlicher Kommunikation oder Publikation wird von kriminellen Gruppen überwacht und leicht auffindig gemacht. Diese Überwachung wurde im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 noch verschärft, da während des coronabedingten Lockdowns mehr Menschen soziale Netzwerke genutzt haben – und dabei ihre Meinungen zur Gewalt im Land beziehungsweise ihre Ablehnung den kriminellen Gruppen gegenüber kundtaten.

Im Berichtszeitraum war die Nutzung des Internets die effektivste Art, mit der Außenwelt in Kontakt zu treten. Es war nicht ungewöhnlich, dass diejenigen, die ihren christlichen Glauben zum Ausdruck brachten – sei es durch Facebook oder andere soziale Medien – heftig kritisiert und angegriffen wurden: insbesondere in Bezug auf Fragen der Ehe und Familie, des ungeborenen Lebens und der Religionsfreiheit.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Sich mit Glaubensgeschwistern zu treffen, ist für Christen besonders in den indigenen Gemeinschaften und in Gebieten gefährlich, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden. Wenn sich Christen doch treffen, wird ihnen schnell vorgeworfen, sich gegen ethnische oder kriminelle Anführer zu verschwören oder nicht den Normen der Gemeinschaft zu entsprechen, zum Beispiel aufgrund ihrer Abkehr von synkretistischen Praktiken oder der Nichteinhaltung von Ausgangssperren oder anderen Regeln der Gangs. Das gilt für alle Treffen mit anderen Christen, selbst wenn es sich nicht um gottesdienstliche Treffen handelt.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie haben die Kontrolle und Überwachung in ländlichen Gebieten zugenommen (insbesondere in den Verwaltungsbezirken Antioquia, Chocó, Córdoba, Santander, Nariño, Cauca, Arauca, Valle del Cauca, Sucre, Meta, Putumayo, Boyacá, Bolívar, Atlántico, Casanare, Caquetá und Guaviare). Dadurch wurde der Kontakt zwischen Christen noch erschwert.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

In indigenen Gemeinschaften ist es schwierig, Zugang zu christlichen Medien zu erhalten. Sollte dies doch möglich sein, und ein Christ indigener Herkunft nutzt die Gelegenheit, um den christlichen Glauben weiterzugeben, folgen Strafen, da er andere Mitglieder der indigenen Gemeinschaft beeinflussen könnte, sich ebenfalls dem christlichen Glauben zuzuwenden.

In von kriminellen Gruppen kontrollierten Gegenden wird der Zugriff auf christliches Material und seine Benutzung bestraft. Es wird befürchtet, dass durch das christliche Material die Interessen dieser Gruppen tangiert werden, etwa weil es ihre illegalen Aktivitäten anprangert oder sich

Gruppenmitglieder aufgrund des Materials zum christlichen Glauben wenden. Christliche Inhalte werden oftmals als für kriminelle Gruppen gefährlich angesehen, insbesondere Bücher, die Jesus als Lösung für das Gewaltproblem darstellen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In der Weltanschauung indigener Gemeinschaften steht das Konzept der Treue zur Volkszugehörigkeit über den familiären Bindungen. Daher wird ein Familienmitglied, das sich dem christlichen Glauben zuwendet oder einer Kirche von Christen indigener Herkunft angehört, von der Großfamilie abgelehnt. Das geschieht auch in Gebieten, die von kriminellen Gruppen dominiert werden, insbesondere wenn sich der Glaube eines Familienmitglieds eindeutig gegen die kriminellen Machenschaften von örtlichen Gruppen richtet.

Außerdem gab es im Berichtszeitraum Fälle, bei denen die römisch-katholische Großfamilie den neuen protestantischen Glauben eines Familienmitglieds nicht akzeptiert hat. Diese Ablehnung zeigte sich sogar dann, als einige Familienmitglieder nur zu einem virtuellen Gottesdienst eingeladen wurden. In einigen Fällen polarisierte sich die Situation so sehr, dass es zu Gewaltandrohungen kam.

Familienleben

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Um jeglicher „Destabilisierung der indigenen Identität“ vorzubeugen, setzen Stammesführer Christen indigener Herkunft mit Drohungen unter Druck, ihren Glauben nicht an ihre Kinder weiterzugeben. Hin und wieder veranlassen sie, dass Kinder christlicher Eltern von anderen Familienangehörigen oder Stammesmitgliedern aufgezogen werden, die die Bräuche des Stammes (einschließlich Hexerei, Zauberei oder Schamanismus) befolgen. So soll sichergestellt werden, dass die Traditionen der Vorfahren beibehalten werden. In den Gegenden, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, können christliche Eltern kaum verhindern, dass ihre Kinder von der ELN und Abtrünnigen der FARC indoktriniert werden, da jedwede Gegenwehr zu ihrer Ermordung oder zur Vertreibung von ihrem Land und ihrer Heimat führen würde. Das Ziel dieser Gruppen ist es, die Jugend zu beeinflussen, sodass eine kriminelle Einstellung fest in der Gesellschaft verankert wird. Die Zwangsrekrutierung von Kindern nahm während der Coronakrise merklich zu.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In indigenen Stämmen ist die Schulbildung ein Bereich, in dem Christen indigener Herkunft Druck erfahren. Seit der Bildungsgesetzgebung von 1994 wurde den lokalen indigenen Autoritäten die autonome Verwaltung ihrer Bildungseinrichtungen gewährt. Diese legen einen Schwerpunkt auf die ethnische Bildung, die nun offen und rechtens ihre animistische Weltanschauung fördert. Indigene Bildung zielt darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren. In diesem Kontext wird der Glaube der Gemeinschaft unterrichtet, auch wenn dieser klar christenfeindlich ist und den religiösen Überzeugungen der christlichen Kinder und ihrer Eltern widerspricht. Christliche Familien indigener Herkunft leiden unter dieser Situation und entscheiden sich häufig, ihre Kinder von der Schule zu nehmen; die Zukunftsperspektiven der Kinder schränkt dies deutlich ein. Solche Eltern könnten außerdem gerichtlich belangt werden, was zur Folge haben könnte, dass sie vorübergehend oder dauerhaft das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

In anderen Teilen Kolumbiens steht der öffentliche Lehrplan unter beträchtlichem säkularistischem Einfluss und vermittelt Einstellungen, die religiöse Ansichten als diskriminierend und intolerant betrachten. Zudem bieten staatliche Schulen nicht immer alternativen Religionsunterricht für diejenigen Christen an, die nicht katholisch sind.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen indigener Herkunft werden unter Druck gesetzt, nicht dem Glauben ihrer Eltern zu folgen. Manchmal werden diese Kinder von den Aktivitäten der Gemeinschaft ausgeschlossen, sie werden verspottet oder misshandelt, um zu verhindern, dass sie ihren christlichen Einfluss verbreiten. Das verhindert einerseits weitere mögliche Glaubenswechsel, andererseits setzt es die Eltern unter Druck, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. In Gegenden, in denen kriminelle Netzwerke agieren, ist es üblich, dass Kinder schon früh von den Guerillas rekrutiert werden, besonders Kinder christlicher Familien. Dies geschieht, um Familien dazu zu zwingen, ihre christlichen Aktivitäten und ihren Widerstand gegen die lokalen kriminellen „Autoritäten“ aufzugeben.

Anderorts in Kolumbien (besonders in den städtischen Regionen) werden durch die wachsende Intoleranz der Gesellschaft gegenüber dem christlichen Glauben manche Kinder christlicher Eltern kritisiert oder verspottet. Der christliche Glaube gilt als radikal. Für Unverständnis sorgt auch, wenn christliche Kinder es ablehnen, an säkularen Feierlichkeiten oder an Aktivitäten zur Unterstützung von ideologischen Interessengruppen teilzunehmen. Manche Kinder aus christlichen Familien, die zu bestimmten Denominationen gehören, erfahren Mobbing wegen der Kleidung, die sie tragen. In ländlichen Gebieten (beispielsweise in Nariño) gibt es Fälle, in denen nichtkatholische Kinder diskriminiert werden; sie erhalten schlechtere Noten, als sie verdienen, weil sie einer anderen christlichen Konfession als der katholischen angehören.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Christen indigener Herkunft, die aus ihrer Stammesgemeinschaften ausgeschlossen wurden, werden zur Trennung von ihren Familien gezwungen (das heißt von ihren Frauen und Kindern). Dies ist eine Bestrafung dafür, dass sie sich geweigert haben, ihren Glauben aufzugeben. Wie oben erwähnt gibt es auch Fälle, in denen Kinder von ihren eigenen Familien getrennt werden, um zu verhindern, dass sie als Christen erzogen werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Fälle, bei denen es Anführer ethnischer Gruppen einigen Christen indigener Herkunft untersagten, in ihre Gemeinschaften zurückzukehren, obwohl der durch Corona bedingte Lockdown beendet worden war. Sie argumentierten, Christen könnten die Covid-19-Krankheit verbreiten. So begründeten sie die gewaltsame Trennung christlicher Familien.

Gleichzeitig nimmt insgesamt die Zahl der Binnenflüchtlinge zu, bedingt durch die Gewalt in den Gegenden, die von kriminellen Gruppen und Guerillakämpfern kontrolliert werden. In den Gebieten, die von kriminellen Gruppen dominiert werden, entscheiden die Autoritäten, wer in ihrer Zone leben darf; infolgedessen wurden viele Christen gezwungen, ihre Häuser und Familien zu verlassen. Auch mussten einige Christen ihre Häuser verlassen, um einer Zwangsrekrutierung ihrer Kinder durch die kriminellen Gruppen zu entgehen. Dies war besonders während der Reisebeschränkungen schwierig, die während der Coronakrise verhängt wurden. Außerdem hat der Druck, christenfeindlichen Aktivitäten und Ritualen nachzukommen, einige christliche Eltern dazu veranlasst, sich von ihren Kindern zu trennen und sie zu Verwandten zu schicken, bei denen es mehr Freiheiten für Christen gibt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Indigene Gemeinschaften nutzen oft ein System von Strafzahlungen (entweder Geld oder Ernteprodukte). Diese legen sie protestantischen Christen auf, wenn sie sich aufgrund ihres Glaubens weigern, an Riten oder Feierlichkeiten der Gemeinschaft mitzuwirken – zum Beispiel Ahnentraditionen oder bestimmte katholische Feste, die ihrem Glauben widersprechen. Manchmal, wenn ethnische Gruppen mit Kriminellen zusammenarbeiten, fallen die Strafen oder Schutzgelder für Christen indigener Herkunft wesentlich höher aus. Allgemeiner gesprochen, fordern kriminelle Gruppen ein Schutzgeld von Pastoren, Priestern und anderen Christen, damit sie im Gegenzug auf Gewalt gegen sie verzichten und ihnen erlauben, einige ihrer religiösen Aktivitäten fortzusetzen. Dieses Problem verschlimmert sich, wenn das Territorium von verschiedenen Gruppen umkämpft wird und die von kriminellen Gruppen verlangten Gebühren gelegentlich auch die Rekrutierung ihrer Kinder einschließen. Besonders betroffen sind die Regionen Cauca, Chocó, Antioquia, Meta, Putumayo, Huila, Caqueta, Magdalena, Tolima, Norte de Santander, Guaviare, Nariño, Valle del Cauca und Bolívar.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 verschärfte sich diese Situation aufgrund der im Land verhängten Coronamaßnahmen und der von kriminellen Gruppen ausgeübten Gewalt. Christen mussten hohe Gebühren zahlen, um Hilfspakete in der Gemeinde verteilen, Gottesdienste feiern und andere kirchliche Aktivitäten abhalten zu dürfen.

Dies war wiederum in Gebieten schwieriger, um die es territoriale Streitigkeiten zwischen rivalisierenden kriminellen Gruppen gibt; dort erheben alle Gruppen Gebühren zur Finanzierung ihrer illegalen Aktivitäten oder sie waren sich einig darin, dass überhaupt keine Art der Verteilung von Hilfsgütern zuzulassen wäre.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Um christliche Aktivitäten einzuschränken, bedienen sich Anführer ethnischer Gruppen Überwachungs- und Kontrollmechanismen innerhalb der indigenen Gemeinschaften. Daher sehen sich Christen indigener Herkunft ständigen Verhören ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, seien dies Zahlungen oder Rituale. Diese Art von Einschüchterung nahm während des coronabedingten Lockdowns zu.

Oft funktionieren kriminelle Gruppen als De-facto-Behörden in Gegenden, in denen der Staat kaum präsent ist. In dieser Funktion führten diese kriminellen Gruppen Verhöre durch; sie versuchten Christen zu zwingen, sie über ihre christlichen Aktivitäten zu informieren, mögliche Bündnisse mit ihnen zu schmieden und Informationen über Bewegungen anderer Gruppen einzuholen, einschließlich der Sicherheitskräfte.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

In einigen indigenen Gemeinschaften werden Christen indigener Herkunft von der Grundversorgung wie dem Zugang zu Frischwasser oder der Gesundheitsfürsorge oder finanzieller Unterstützung ausgeschlossen. Damit sollen sie dazu gebracht werden, ihre Aktivitäten einzustellen. Der mangelnde Zugang zu Trinkwasser ist für mehrere indigene christliche Gemeinschaften der Volksgruppe der Paez

(auch genannt „Nasa“) in den Verwaltungsbezirken Cauca und Huila nach wie vor ein Problem. Vier Gemeinschaften in El Tablón, Eden, Sanaan und La Guinea teilen dieses Problem. Die Situation verschärfte sich, weil sie im Zusammenhang mit dem Lockdown nicht mehr zu den Nachbargemeinschaften gehen und um Trinkwasser bitten konnten.

In anderen Gebieten Kolumbiens verhindern kriminelle Gruppen, dass Christen staatliche oder humanitäre Hilfen erlangen, die andere Akteure der Zivilgesellschaft bereitstellen. Christen werden zudem bezichtigt, Informanten zu sein: In dem weitläufigen Gebiet von Darién in den Verwaltungsbezirken Chocó und Antioquia machten kriminelle Gruppen Christen direkt dafür verantwortlich, bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln (wie Fisch oder Getreide) Informationen an andere Gruppen preiszugeben. Kriminelle Gruppen wollen sicherstellen, dass christliche Leiter oder die christlichen Gemeinden selbst ihrer Autorität ergeben bleiben und drohen ihnen mit Angriff, Entführung oder Tod, sollten sie sich nicht gefügig zeigen.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Angesichts der Bedeutung des Gemeinschaftslebens innerhalb der ethnischen Gruppe wird von den Christen erwartet, dass sie an den gemeinschaftlichen Veranstaltungen und religiösen Festen in den indigenen Gemeinschaften teilnehmen. Falls sie dies nicht tun, werden sie als Verräter gebrandmarkt und erhalten Strafen wie Inhaftierung, Zwangsarbeit, Isolation oder Vertreibung. Sie werden zudem auch für Unglücksereignisse in der Gemeinschaft verantwortlich gemacht, weil sie nicht an den Ritualen teilnehmen. Es gibt Hinweise darauf, dass in einigen Stammesgebieten indigene Behörden sich mit illegalen bewaffneten Gruppen verbünden, um die volle Teilnahme an zeremoniellen Aktivitäten sicherzustellen. Wer sich zum Zeitpunkt des Lockdowns, als die inländischen Grenzen geschlossen wurden, außerhalb der indigenen Gemeinschaft befand, wurde an der Wiedereinreise gehindert; es sei denn, er unterzog sich einem animistischen Reinigungsritual, ganz gleich, ob dies seinem (christlichen) Glauben zuwiderlief oder nicht.

Kriminelle Gruppen halten zwar keine religiösen Zeremonien ab oder organisieren gemeinschaftliche Veranstaltungen, jedoch haben die Anführer solcher Gruppen während des Lockdowns die Gemeinschaften aufgefordert, immer wieder „neue Regeln“ durchzusetzen, um die Isolation aufrechtzuerhalten. Sie forderten außerdem die Gemeinschaften auf, Ankündigungen zu machen, mit denen sie Gewalt, Korruption und Drogenhandel fördern und gegen christliche Werte angehen wollten. An anderen Orten in Kolumbien wurden christliche Arbeitnehmer dazu gezwungen, an Aktivitäten ihrer Firmen teilzunehmen, die einen Bezug zu Geschlechts- und Diskriminierungsfragen hatten, selbst wenn sie angaben, dass diese Aktivitäten ihrem Glauben widersprechen.

Leben im Staat

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

In indigenen Gemeinschaften bleiben die Diskriminierung und Misshandlung von Christen indigener Herkunft ungestraft, da die Stammesführer und religiösen Leiter sowohl die Anstifter als auch die Gerichtsbarkeit sind, die eigentlich für Gerechtigkeit sorgen sollte. Die betroffenen Christen können aufgrund der autonomen indigenen Rechtsprechung keine anderen Gerichte anrufen.

Anderorts ist Straffreiheit ein weitverbreitetes Phänomen, weil kriminelle Anführer und korrupte Beamte miteinander vernetzt agieren. Falls eine Ermittlung eingeleitet wird, berücksichtigen die Behörden in der Regel nicht, dass Christen für kriminelle Angriffe viel anfälliger sind, da ihre religiösen Überzeugungen von den kriminellen Gruppen als eine Bedrohung angesehen werden. Im Kontext des extremen Säkularismus wird Hinweisen auf Intoleranz als Ursache für Angriffe gegen Christen und Kirchen nicht ernsthaft nachgegangen oder diese werden nicht angemessen untersucht. In einigen Fällen werden die christlichen Opfer sogar noch bestraft. Die Behörden verweigern Gemeindeleitern Schutz, weil sie diese als Personen des öffentlichen Lebens einstufen und daher meinen, das Recht eines Kritikers zur freien Meinungsäußerung sei maßgebend. Misshandlung und Diskriminierung von Christen wurden so normalisiert; es wird davon ausgegangen, dass es keine strafbaren Handlungen gegeben habe.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Gemäß indigenen Bräuchen hat jeder, dessen Glaube von dem der Gemeinschaft abweicht, kein Recht, sich vor der Gemeinschaft zu äußern. Denn diese Menschen könnten andere Mitglieder der indigenen Gemeinschaft dazu ermutigen, ihren religiösen Überzeugungen zu folgen. Ihrer Stimme gegenüber wird Widerspruch erhoben, da man meint, ihre Meinung sei immer religiös motiviert, auch wenn es in der Sache nicht um Kirche oder den Glauben geht. Auch Christen in Gegenden, in denen kriminelle Gruppen oder Guerillakämpfer agieren, können nicht frei ihre christlichen Überzeugungen äußern, sofern diese der Philosophie der jeweiligen Gruppe widersprechen, die Umsetzung des Friedensabkommens betreffen oder Menschenrechte und Umweltschutz verteidigen. In den letzten regionalen Wahlen im Oktober 2019 wurden Christen als Gefahr betrachtet, die andere Kandidaten unterstützen als die jeweilige örtliche kriminelle Gruppe. Gegen diese Christen wurden Repressalien verübt. Christen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen und die Gräueltaten und die Gesetzlosigkeit der bewaffneten Gruppen öffentlich anprangern, haben in diesem Zusammenhang über Flugblätter Morddrohungen erhalten.

Auf nationaler Ebene sind Christen in den Medien und in den sozialen Netzwerken unter Druck gesetzt worden, wenn sie sich zu Themen wie christlicher Teilhabe in der Politik, Schutz des ungeborenen Lebens, Ehe oder Rechte von Eltern geäußert haben. Sie werden schnell als Fanatiker abgestempelt und beschuldigt, die Trennung von Kirche und Staat aufzuheben und den Fortschritt in der Gesellschaft aufzuhalten. Infolge der Coronakrise wurden christliche Politiker der „Lobbyarbeit“ (eine in Kolumbien abwertende Bezeichnung) bezichtigt. Ihnen wurde vorgeworfen, sie versuchten die Wiedereröffnung von Kirchen zu erreichen, um für Pfarrer und Priester einen wirtschaftlichen Vorteil herauszuschlagen. Kritiker bezeichnen die Praxis des Zehntengebens und der Geldspenden verächtlich als rückschrittlich und Diebstahl. Selbst der Präsident musste vor Gericht erscheinen, nachdem er im Juli 2020 über seinen privaten Twitter-Account seinen Respekt gegenüber der Jungfrau Maria zum Ausdruck gebracht hatte.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Kriminelle Gruppen funktionieren als De-facto-Behörden in einigen ländlichen Gebieten, wo sie entweder die staatlichen Behörden ersetzen oder in Absprache mit ihnen handeln. Diese Gruppen behindern die Aktivitäten von christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Jugendarbeit oder gegen den Drogenmissbrauch engagieren, da sie als eine Bedrohung für die Rekrutierung junger Menschen gesehen werden. Wenn christliche politische Parteien versuchen, neue

Anhänger in von kriminellen Gruppen kontrollierten Gebieten zu gewinnen, riskieren sie umfassende Gegenwehr. Das Risiko hat sich im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 erhöht, nachdem die Wahlergebnisse einiger Verwaltungsbezirke bekannt wurden. Die Gewalt ist in einigen Gegenden eskaliert, wo Parteien oder Kandidaten, die nicht von kriminellen Gruppen unterstützt werden, zum „militärischen Ziel“ erklärt wurden.

Soziale oder politische Vertreter, die Christen sind, sehen sich seit den Wahlen von Oktober 2019 stärkerem Druck ausgesetzt, weil dabei die politische Linke an Boden gewonnen hat. Die Feindseligkeit ihnen gegenüber hat zugenommen; sie werden daran gehindert, ihre Ansichten und Werte in der Öffentlichkeit frei zu äußern.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Da der Staat den indigenen Gemeinschaften Autonomie und Selbstbestimmung verliehen hat, regeln die indigenen Volksgruppen ihr Zusammenleben eigenverantwortlich. Dabei versuchen die Anführer ethnischer Gruppen, die als Autorität in diesen Landesteilen agieren, einen Lebensstil zu etablieren, der durch die Bräuche ihrer Vorfahren bestimmt ist. Vor diesem Hintergrund propagieren diese die Verstoßung aller Personen, die die Hinwendung zum christlichen Glauben und die Abwendung von den Stammesbräuchen fördern. Christen indigener Herkunft werden für negative Ereignisse, die in der Gemeinschaft geschehen, verantwortlich gemacht, einschließlich der Verbreitung des Coronavirus; Von illegalen Gruppen werden sie beschuldigt, als Informanten für rivalisierende Gruppen oder die Polizei zu arbeiten.

Andernorts in Kolumbien kommt es immer wieder zu sozialer Stigmatisierung und Diffamierung von Christen durch die Medien oder die Zivilgesellschaft, besonders dann, wenn christliche Leiter es wagen, sich zu Fragen des Lebensschutzes, der Familie, der Wahlverfahren oder der Friedensabkommen zu äußern. Das Ziel scheint zu sein, Spaltungen innerhalb der Kirche herbeizuführen, damit sie in den Augen der Gesellschaft an Glaubwürdigkeit verliert. Im jüngsten Wahlkampf kritisierten Bürger harsch die Verbindungen einiger christlicher Gruppen zu politischen Kandidaten. Dies hat eine Zunahme der religiösen Intoleranz begünstigt und die Missachtung des religiösen Pluralismus im Land gefördert. Es hat auch dazu geführt, dass die Medien nur minimal über Angriffe krimineller Gruppen auf die Kirche und religiöse Leiter berichtet haben. Darüber hinaus leiden Christen in ländlichen Gebieten, insbesondere Christen mit pfingstlerischem Hintergrund, unter einer weit verbreiteten Diffamierung durch gewöhnliche Bürger und Gemeindeleiter anderer Konfessionen.

Kirchliches Leben

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Christliche Leiter und ihre Familien geraten besonders ins Fadenkreuz, wenn sie in indigenen Gemeinschaften oder Gebieten leben und arbeiten. Sie werden oft von ihrer Gemeinschaft gemieden und müssen in sehr armseligen Verhältnissen leben. In urbanen Gebieten sind verbale Angriffe gegen christliche Leiter an der Tagesordnung, wenn sie für Themen eintreten wie Ehe, Familie, Unantastbarkeit des Lebens oder Sichtbarkeit der Kirche in der Öffentlichkeit. Nach der Wiedereröffnung der Kirchen und während des coronabedingten Lockdowns wurden viele christliche Leiter angeprangert, sie handelten unverantwortlich und förderten die Verbreitung des Coronavirus.

In Gebieten, die von kriminellen Gruppen vereinnahmt werden, wird niemand sonst so häufig mit Strafzahlungen und Bewegungseinschränkungen belangt wie christliche Leiter und ihre Familien. Dies gilt besonders dann, wenn ihre Aktivitäten im Zusammenhang stehen mit Menschenrechten, dem Umweltschutz, der Jugendarbeit, der Umsetzung des Friedensabkommens, der Hilfe für Binnenvertriebene, der Unterstützung bei Landrückgabeforderungen, der Verhinderung des Kokaanbaus und wenn sie sich weigern, mit den kriminellen Gruppen zusammenzuarbeiten. Da christliche Leiter als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angesehen werden, wirken Angriffe auf sie als Einschüchterung der gesamten, in einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Die Kinder von Pastoren sind in besonderem Maße Ziel von Menschenhandel, Zwangsrekrutierung oder Vergewaltigung. So sollen Pastoren von der Fortsetzung ihres Gemeindedienstes abgehalten werden.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Aktivitäten christlicher Organisationen sind in indigenen Gemeinschaften nicht gestattet. Christliche indigene Schulen oder Gesundheitszentren zu betreiben, ist sowohl von den indigenen Behörden als auch der kolumbianischen Regierung verboten. Organisationen, die christlichen Kirchen nahestehen und dabei helfen, junge Drogensüchtige wieder zu integrieren, werden regelmäßig von kriminellen Gruppen ins Visier genommen (da sie solche Jugendarbeit als „Angriff“ auf ihre wirtschaftlichen Interessen sehen). Außerdem können manche christlichen Organisationen, bedingt durch die schlechte Sicherheitslage in den Grenzregionen, keine Flüchtlingshilfe leisten (besonders wenn die Flüchtenden aus Venezuela kommen).

Anderorts wurden Organisationen, die das ungeborene Leben oder die Ehe verteidigen, von radikalen feministischen Gruppen und LGBTI-Gruppen schikaniert – bis hin zu dem Punkt, dass sie vor Gericht der Diskriminierung beschuldigt wurden und zu Gewalt gegen sie aufgerufen wurde. Dies zeigte seine abschreckende Wirkung: Heutzutage ziehen es die Organisationen, die im Bildungsbereich arbeiten wollen, vor, nicht mit Kirchen verbunden zu sein.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Aufgrund des unmittelbaren Widerstands gegen den christlichen Glauben in den meisten indigenen Gebieten müssen die kirchlichen Aktivitäten von Christen indigener Herkunft in völliger Geheimhaltung geschehen; Versammlungen finden in kleinen, geheimen Gebetshäusern und bei geringer Lautstärke statt. An Orten, die von kriminellen Gruppen beherrscht werden, unterliegen kirchliche Aktivitäten der Genehmigung, Kontrolle und Überwachung durch kriminelle Gruppen; der Gesprächsinhalt der Gemeindemitglieder oder der Zweck der Aktivität darf selbst innerhalb der Kirchengebäude diese Gruppen nicht kritisieren. Kriminelle legen zudem auch die Zeiten der Aktivitäten nach ihrem Gutdünken fest.

In den Städten kommt es immer häufiger zu Behinderungen der kirchlichen Aktivitäten: Beschwerden über Lärm und das Eindringen in den öffentlichen Raum sind eindeutig diskriminierend – denn gegen andere Unterhaltungseinrichtungen wie Bars und Diskotheken im gleichen Stadtgebiet gibt es keine Beschwerden. Auch wenn es noch keine Einschränkungen von offizieller Seite gab, so wurden doch „Verwarnungen“ ausgesprochen, welche die Weiterentwicklung einiger kirchlicher Aktivitäten bremsen.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

In ländlichen Gebieten überwachen illegale Gruppen in strengem Maße die Predigten, Aktivitäten und verwendeten christlichen Materialien. Es ist üblich, Beobachter in die Gemeinden einzuschleusen; sie sollen alles melden, was sich den kriminellen Aktivitäten der Gruppen widersetzt oder ihnen widerspricht. Pastoren müssen äußerst vorsichtig sein, welche Informationen sie auf ihren Mobiltelefonen haben, da kriminelle Gruppen für gewöhnlich Mobiltelefone an ihren Checkpoints kontrollieren, wenn Pastoren auf ihren Reisen diese passieren. In Gebieten, die von einer oder mehreren kriminellen Gruppen beherrscht werden, wird es zunehmend schwieriger für die Gemeinden, da die Verbote ständig verschärft werden. Jegliche Erwähnung von sozialen Fragen in einer Predigt ist gefährlich.

Im Zusammenhang mit ethnischen Gruppen ist es mit Risiko behaftet, den christlichen Glauben zu verbreiten; jede Art von christlicher Predigt wird angezeigt und gemäß den Bräuchen der Vorfahren bestraft.

In Städten wie Bogotá, Cali und Cartagena wird das, was in den Kirchen über Sexualität und ähnliche Themen gelehrt wird, von weltanschaulichen Gruppierungen überwacht, die mit extremen feministischen und LGBTI-Gruppen verbunden sind und gemeinsam Druck ausüben. Dabei suchen sie nach möglichen Vorwürfen der Diskriminierung. Gottesdienste zu überwachen und anzugehen, wurde im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 noch einfacher, weil Gottesdienste während der Zeit der Coronamaßnahmen über mehrere Monate hinweg ausschließlich online stattgefunden haben.

Auftreten von Gewalt

Gewaltsame Übergriffe auf Christen im Zusammenhang mit ihrem Glauben haben weiterhin extremes Ausmaß. Kriminelle Gruppen sind dabei die Haupttäter. Die Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie erhöhten die Verwundbarkeit der Christen, die in den von solchen Gruppen beherrschten Gebieten leben.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Gemäß dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 heißt es: „Die jüdische Gemeinschaft berichtet von einem Aufleben des Antisemitismus in den sozialen Medien; dazu gehört auch das aggressive Vorgehen der BDS-Bewegung, einer antiisraelischen Protestbewegung, die antisemitische Slogans wie ‚Juden kontrollieren die Medien‘ benutzt.“

Es wurde zudem berichtet, dass das Denkmal des Staates Israel in Bogotá mit einem Hakenkreuz und dem durchgestrichenen Wort „Israel“ beschmiert wurde. Der israelische Botschafter in Kolumbien, Christian Cantor, verbreitete über soziale Netzwerke Fotos der Schmierereien und brachte seine Abscheu darüber zum Ausdruck.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Bangladesch: Platz 31

Kurze Zusammenfassung

Christen muslimischer, hinduistischer, buddhistischer oder ethnischer Herkunft erleiden in Bangladesch schwerste Verfolgung. Aus Angst vor Angriffen versammeln sie sich oft in kleinen Hausgemeinden oder in geheimen Gruppen. Evangelistisch tätige Gemeinden – darunter viele Pfingstgemeinden – die unter der muslimischen Mehrheit aktiv sind, erleben Verfolgung. Aber auch traditionelle Kirchen wie die Römisch-Katholische Kirche sind zunehmend mit Angriffen und Morddrohungen konfrontiert. Christen aus indigenen Volksgruppen wie den Santal sind doppelt verwundbar, da sie sowohl zu einer ethnischen als auch zu einer religiösen Minderheit gehören. Sie leiden unter Landraub und Gewalt. Auch die Christen innerhalb der muslimischen Rohingya, die aus Myanmar nach Bangladesch geflohen sind, sind Schikanen und starkem Druck seitens ihrer Gemeinschaft ausgesetzt. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden sie zum Ziel eines gewaltsamen Angriffs extremistisch-islamischer Gruppen in den Flüchtlingslagern.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	31
2020	63	38
2019	58	48
2018	58	41
2017	63	26

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 hat sich im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 die Wertung nochmals um 3,7 Punkte erhöht. Dieser Anstieg hat drei Ursachen: Ein Drittel rührt von der Zunahme an Gewalt her, weil eine christliche Mutter und ihre Tochter getötet wurden, und Christen unter den Rohingya-Flüchtlings aus Myanmar innerhalb der Lager sowohl von Mitflüchtlings als auch von Aufständischen wie der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) tötlich angegriffen worden sind. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Punktzahl ist die verbesserte Berichterstattung aus den Stammesgebieten. Der Zugang dorthin ist zwar weiterhin eingeschränkt, aber im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 konnten mehr Berichte von Christen innerhalb der Gebiete eingeholt werden, was unter anderem zu einem Anstieg von 1,2 Punkten im Bereich des kirchlichen Lebens führte. Alle anderen Bereiche verzeichneten einen leichten Anstieg und trugen zum letzten Drittel des Gesamtanstiegs bei. Die christliche Minderheit im Allgemeinen ist weiterhin mit Diskriminierung, Benachteiligung und Gewalt konfrontiert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Parteipolitik hat zu einer Zunahme von diktatorischer Paranoia und islamischer Unterdrückung geführt

Die Awami-Liga festigte ihre Ein-Parteien-Herrschaft nicht zuletzt dadurch, dass sie die Meinungs- und Pressefreiheit einschränkte und massiv gegen jede abweichende Meinung vorging. Ein Beispiel war die Verhaftung eines 15-jährigen Jugendlichen, der Premierministerin Sheikh Hasina in einem Facebook-Beitrag kritisiert hatte. Sie hatte es vor den Wahlen im Dezember 2018 für notwendig erachtet zu erklären: „Jeder, der beleidigende Kommentare gegen den Islam oder gegen den Propheten Muhammad ausspricht, wird nach dem Gesetz verfolgt“ (wobei betont wird, dass die Religion des Landes der Islam ist). Dies war eine belastende Botschaft für die Zukunft der christlichen Minderheit in Bangladesch. Im Oktober 2019 wurden bei Zusammenstößen mit gewalttätigen Demonstranten wegen angeblich gotteslästerlicher Facebook-Beiträge vier Menschen getötet. Daran zeigt sich, dass extreme Ansichten immer noch weit verbreitet sind und die Schwelle zur Gewalt niedrig ist. Da die neue Führung der konservativ-islamischen Hefazat-e-Islam der oppositionellen BNP nahesteht, wäre denkbar, dass sich die Bewegung spaltet. Aber selbst dann wird sie weiterhin eine gewichtige Kraft sein, mit der die Regierung fertig werden muss.

2) Die Folge für die christliche Minderheit ist ein sehr hohes Ausmaß an Verfolgung

Die Verfolgung von Christen in Bangladesch befindet sich auf einem sehr hohen Niveau (sehr hoch wird in der Methodik des Weltverfolgungsindex definiert, wenn ein Land 61-80 Punkte erreicht). Daran ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt, während die Betroffenen hauptsächlich neu bekehrte Christen aus einem anderen religiösen Hintergrund sind. Besonders schwierig ist die Situation für ehemalige Muslime. Seit dem Großangriff auf die Artisan Bakery im Juli 2016 hat die Gruppe „Islamischer Staat“ (IS) über ihre Medienpartner eine Reihe von Anschlägen für sich reklamiert; allerdings hat die Regierung konsequent jegliche IS-Präsenz im Land bestritten. Zu weiteren Anschlägen haben sich örtliche islamistische Gruppen bekannt.

Die Christen leben weiterhin in Angst vor möglichen Anschlägen, obwohl die unmittelbare Bedrohung nach einem harten Durchgreifen der Behörden gegen islamisch-extremistische Gruppen etwas abgenommen hat. Gegen Pastoren werden weiterhin Morddrohungen ausgesprochen, allerdings nicht mehr so häufig wie früher. Zwangsverheiratung, Vergewaltigung, Diskriminierung bei der Verteilung öffentlicher Mittel und Mob-Attacken gegen Christen sind immer öfter zu beobachten. Eine zusätzliche Belastung ist die Situation in den Flüchtlingslagern der Rohingya, in denen extremistische Gruppen entstanden sind.

Die Regierung hat nur wenige Fortschritte bei der Bekämpfung extremistisch-islamischer Gruppen gemacht. Sie verliert nicht nur den Rückhalt in Teilen der Gesellschaft, sondern steht durch den internationalen Zustrom von extremistischen Muslimen auch vor neuen Herausforderungen; dazu zählt unter anderem die Auseinandersetzung mit deren lokalen Anhängern. Solange die Regierungspartei weiterhin alle islamische Militanz mit der Oppositionspartei in Verbindung bringt und gleichzeitig islamisch-extremistische Gruppen umwirbt, um Stimmen zu gewinnen, wird es schwierig sein, eine Lösung zu finden. Die Aussage eines Beobachters von Ende 2019 kann für 2020 wiederholt werden: „Es war ein (weiteres) verlorenes Jahr, was Menschenrechte und Gerechtigkeit betrifft.“ Berichten zufolge nimmt die Regierung nach wie vor Rücksicht auf die Befindlichkeiten von Islamisten, wie etwa das Verbot eines Romans zeigt, der über sexuellen Missbrauch an einer Qawmi-Madrassa

berichtet. Im vergangenen Jahr starb der Gründer von Hefazat-e-Islam, Ahmad Shafi, der auch die Qawmi-Madrassa-Bewegung ins Leben gerufen hat. Die Tatsache, dass zu seiner Beerdigung Zehntausende von Anhängern erschienen, ist ein Beleg dafür, dass die extremistische Auslegung des Islam in Bangladesch weit verbreitet ist.

3. Religiöse Situation im Land

Bangladesch ist Heimat von über 150 Millionen Muslimen, die meisten davon Sunniten. Bis vor kurzem gelang es dem Land, sich von der Art von Extremismus fernzuhalten, der andere Teile der Welt und Südasiens geplagt hat. Es gibt jedoch eindeutige Anzeichen dafür, dass sich diese Situation ändert. Die Entscheidung der Regierung im Januar 2017, die Schulbücher im Sinne konservativer islamischer Gruppen anzupassen, ist ein Zeichen in diese Richtung. Dass der Buchstabe „o“ nun durch die Darstellung der „Orna“ (ein Tuch, das zu Beginn der Pubertät getragen wird) eines frommen muslimischen Mädchens erklärt wird, ist nur ein Beispiel für einen schleichenden islamischen Einfluss, der in den Schulbüchern für Erstklässler beginnt. In einem Schulbuch für Sechstklässler wurde ein Reisebericht in den Norden Indiens (ein Nachbarland) durch einen Bericht über den Nil in Ägypten ersetzt. Auch andere Bücher wurden verändert, indem zum Beispiel keine hinduistisch oder christlich klingenden Vornamen mehr verwendet werden. Dieser neue Vorstoß geht jedoch nicht so weit, Gewaltanwendung zu unterstützen: Die Regierung beschloss, Kapitel über den Dschihad in Schulbüchern der Sekundarstufe zu verbieten.

Im Mai 2018 nahm die regierende Awami-League ein Finanzpaket in Höhe von 1 Milliarde USD aus Saudi-Arabien für den Bau von 560 Moscheen im ganzen Land an.

Etwas mehr als neun Prozent der Bevölkerung sind Hindus, und auch sie leiden unter Angriffen extremistischer Muslime. Christen werden als Teil einer winzigen Minderheit ausgegrenzt und sind, wenn sie ethnischen Minderheiten angehören, doppelt bedroht. Christen muslimischer Herkunft geraten schnell unter Druck, entweder von extremistisch-islamischen Gruppen oder der islamischen Kultur in ihrer Nachbarschaft. Sie sind stark von Gewalt betroffen. Die Kirchen und alle Minderheitsreligionen halten sich möglichst aus der Politik heraus, obwohl sie einen wachsenden islamischen Konservatismus und eine Radikalisierung im Lande beobachten. Christen und andere Minderheiten haben mehrere Lobbygruppen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia, vermischt mit islamischer Unterdrückung

Politik ist in Bangladesch ein Familiengeschäft und im Moment ein Konkurrenzkampf zwischen zwei Frauen. Premierministerin Sheikh Hasina von der Awami-Liga machte deutlich, dass sie alles tun wird, um an der Macht zu bleiben. Dazu gehört auch, ihre Rivalin, Khaleda Zia von der Bangladesh National Party (BNP), wegen Korruption verurteilen zu lassen. Die Opposition entschloss sich zur Bildung eines Bündnisses, in dem die Vorsitzende der (überwiegend säkularen) BNP ihre islamischen Bindungen gestärkt hat und nun die islamischen Grundlagen des Landes betont. Letztlich hat aber diese Koalition bei den Wahlen im Dezember 2018 zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt und eine parlamentarische Opposition ist in Bangladesch vorerst so gut wie nicht existent. Obwohl Christen und andere religiöse Minderheiten mehr Freiheit genießen als in vielen anderen muslimischen Ländern,

können sie leicht zum Sündenbock gemacht werden. Das trifft besonders in der angespannten Situation zu, in der sich das Land gegenwärtig befindet.

Die islamische Unterdrückung betrifft alle Christen in Bangladesch, obwohl das Land laut Verfassung offiziell sowohl ein säkulares als auch ein islamisches Land ist. Es wird immer schwieriger zu erkennen, wie dieses Dualsystem in der Praxis funktionieren kann. Das liegt unter anderem daran, dass die Regierung mehr und mehr den Forderungen lokaler islamischer Gruppen nachgibt, die nicht mit der Opposition verbunden sind, um sich deren Unterstützung zu sichern. Diese Gruppen überwachen die Minderheiten, ganz besonders die Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie verbreiten Angst, und viele von ihnen sind von internationalen islamistischen Gruppen wie dem IS inspiriert, obwohl die Behörden solche Verbindungen weiterhin abstreiten. Ungeachtet der Regierungsrhetorik werden diese Verbindungen weithin als Tatsache wahrgenommen. Familien und Dorfgemeinschaften treten als Verfolger auf und überwachen die Aktivitäten ehemaliger Muslime (vor allem in ländlichen Gebieten), was deren Alltag stärker einschränkt als extremistische Gruppen. Der Umstand, dass die Regierung islamistische Gruppen mit Verbindungen zur Oppositionspartei bekämpft, trägt nicht zur Beruhigung der brisanten politischen Situation bei.

Die Grenzregion zwischen Myanmar und Bangladesch ist nach dem plötzlichen Zustrom von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen im Jahr 2017 unruhig geworden. Schätzungen zufolge haben mehr als 700.000 die Grenze von Myanmar aus überquert. Da bereits im Vorfeld ca. 300.000 Rohingya in Bangladesch lebten, wird ihre Zahl nun auf über eine Million geschätzt. Sie leben in erbärmlichen Verhältnissen mit wenig Hoffnung auf eine baldige Rückkehr und stellen eine große Belastung für Bangladesch dar, das immer noch eines der ärmsten Länder der Welt ist. Die aufständische Gruppe ARSA, die Grenzposten in Myanmar angegriffen hat, ist auch in den Flüchtlingslagern von Bangladesch aktiv. Folglich könnte dieses Flüchtlingsproblem zu einem wachsenden islamischen Extremismus in Bangladesch führen. Die Perspektive eines solchen möglichen „Spillover-Effekts“ verstärkt die Nervosität der Regierung noch zusätzlich. Trotz aller Versprechungen scheint es unwahrscheinlich, dass Myanmar die Flüchtlinge in den nächsten Monaten zurücknimmt; zumal die Kämpfe im Rakhine-Staat in Myanmar weitergehen (auch wenn die Regierungstruppen jetzt mehr mit der Bekämpfung eines buddhistischen Aufstands der ethnischen Minderheit beschäftigt sind) und weder die Diskriminierung noch die Kämpfe gegen die muslimische Minderheit aufgehört haben (siehe Länderprofil Myanmar).

Religiös motivierter Nationalismus – buddhistisch und hinduistisch, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan/Stamm

In Bangladesch gibt es fast doppelt so viele Buddhisten und mehr als zehnmals so viele Hindus wie Christen. Buddhisten sind vor allem unter den indigenen Volksgruppen zu finden, die sich in Chittagong und den Chittagong Hill Tracts an der Grenze zu Indien und Myanmar befinden. Unter diesen Volksgruppen ist das Stammesvolk der Chakma am bekanntesten. In den letzten Jahren haben immer mehr Chakma angefangen, Jesus Christus nachzufolgen. Aus diesem Grund haben buddhistische Leiter und Stammesführer begonnen, verstärkt Druck auf diese neuen Christen auszuüben. Dies geschieht nicht nur durch Familie, Freunde und die Dorfgemeinschaft, sondern auch vonseiten extremistischer Buddhisten. Sie streben damit an, ortsansässige buddhistische und indigene Gruppen im Widerstand gegen den christlichen Glauben zu stärken. In mehrheitlich hinduistischen Ortschaften üben Vorsteher und Familien Druck auf ehemalige Hindus aus, zum Hinduismus zurückzukehren.

Mit den ethnischen Völkern Bangladeschs sind die ethnischen Minderheiten in den Gebieten Chittagong Hill Tracts (Südosten), Sylhet Division (Nordosten), Rajshahi Division (Nordwesten) und Mymensingh District (Nord-Mitte) gemeint. Die ethnischen Minderheiten Bangladeschs haben ihre eigenen kulturellen Traditionen und Sprachen. Da die Chakma, Tripura und Marma Stammesgruppen sind, vermischt sich religiös motivierter Nationalismus mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm. Das bedeutet, dass neue christliche Gläubige mit Stammeshintergrund gezwungen sind, den uralten Normen und Werten ihrer Gemeinschaft zu folgen, ob diese nun religiöser Natur sind oder nicht.

5. Verfolger

Verfolger ausgehend von islamischer Unterdrückung, gemischt mit diktatorischer Paranoia

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In Bangladesch sind muslimische Leiter oft die Verfolger von Christen, besonders wenn christliche Gemeinden als evangelistisch gelten oder ehemalige Muslime offen aufnehmen. Dies wird oft als Bedrohung der muslimischen Mehrheit empfunden.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Für Familien ist es häufig schwer zu akzeptieren, dass ihre Verwandten – oft Kinder – den Islam verlassen haben, um Jesus Christus nachzufolgen. In ihren Augen entehrt dies die Familie in der Öffentlichkeit, und deshalb kappen die Familien in vielen Fällen alle Verbindungen zu ehemaligen Muslimen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Ortsansässige extremistisch-islamische Gruppen, insbesondere Jamaatul Mujahedin Bangladesh (JMB), Jamaat-e-Islami, Hefazat-e-Islami und Ahle Sunnat, bekämpfen aktiv die christliche Minderheit und konzentrieren sich auf ehemalige Muslime. Ein spürbarer Trend ist die Zunahme von Anschlägen des IS im Land, die sich vor allem gegen Freidenker und religiöse Minderheiten richten, darunter Christen (insbesondere Leiter und Evangelisten) und ehemalige Muslime. Es bleibt abzuwarten, ob der jüngste Führungswechsel innerhalb der Hefazat-e-Islami zu mehr Gewalt führen oder neue Gruppen hervorbringen wird.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte sind Verfolger ausgehend von islamischer Unterdrückung, oft in Kombination mit diktatorischer Paranoia, da sie im Dienste der amtierenden Regierung stehen. Besonders in den Chittagong Hill Tracts gehen Regierungsbeamte hart gegen Christen vor und behandeln sie ungerecht, zum Beispiel wenn es um Grundstücksangelegenheiten geht. Auch die Armee behandelt ethnische Minderheiten in dieser Region mit großem Argwohn. Wie bereits erwähnt, hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Regierung von Premierministerin Sheikh Hasina ihre Macht fest im Griff hat. Wen sie als Bedrohung wahrnimmt, der wird zur Zielscheibe. Dies gilt auch für die Minderheit der Christen, obwohl sie weithin als Unterstützer der Regierung gelten; sie werden immer wieder zu Sündenböcken gemacht.
- **Gewöhnliche Bürger:** In den letzten Monaten ist die Zahl der gewaltsamen Übergriffe gegen Christen durch Mobs zurückgegangen – auch aufgrund der COVID-19-Pandemie. Dennoch nehmen normale Bürger die Hinwendung zu Jesus Christus immer noch als etwas wahr, das gesellschaftlich unerwünscht ist und den Betroffenen aus der Gesellschaft ausgrenzt. Deshalb werden Christen mit einer anderen religiösen Herkunft vor allem in ländlichen Gebieten von ihrem Umfeld ausgegrenzt. Auch Angehörige ethnischer Minderheiten, viele von ihnen Christen, werden mit Argwohn beäugt.

- **Politische Parteien:** Politischen Parteien haben in dem Bemühen, ihre Macht zu festigen und wenn möglich auszubauen, islamische-extremistische Gruppen umworben. Zu diesem Zweck übten sie Druck auf die Christen aus und betonten den besonderen Status des Islam. Örtliche politische Verantwortliche sind oft in Grundstücksfragen involviert, die die christliche Minderheit betreffen. Einige politische Parteien kooperieren mit extremistischen islamischen Gruppen, z.B. mit Jamaat-e-Islami. Außerdem übt die oppositionelle BNP, obwohl sie geschwächt ist, Druck auf religiöse Minderheiten (einschließlich der Christen) aus, da man sie als dem Lager der Regierungspartei zugehörig betrachtet. In diesem angespannten politischen Klima gehen die Parteien zwar nicht selbst gegen Christen vor, aber sie billigen stillschweigend die Übergriffe gewalttätiger Gruppen oder unterstützen sie sogar dabei.

Verfolger ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus (buddhistisch und hinduistisch), gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische und hinduistische Religionsführer forcieren die Verfolgung von christlichen Konvertiten, die früher auch zu ihrer religiösen Gruppierung gehörten. Als Angehörige einer religiösen Minderheit in einem zunehmend extremistisch geprägten islamischen Umfeld, empfinden sie die Abkehr von Menschen aus ihrer Gruppe als eine weitere Schwächung. So fordern sie, dass ehemalige Buddhisten oder Hindus unter erheblichen Druck gesetzt werden sollen, damit sie ihren neuen Glauben an Jesus Christus wieder aufgeben
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Was soeben für Religionsführer festgestellt wurde, gilt in noch stärkerem Maße für die Familie eines Konvertiten. Hier wird die Hinwendung zum christlichen Glauben oft mit der Beschmutzung von Ansehen und Würde der Familie in der jeweiligen Dorfgemeinschaft gleichgesetzt. Daher üben Familien viel Druck auf die neuen Christen aus, um sie zurückzuholen, und vertreiben sie, wenn dies ohne Erfolg bleibt, sogar aus dem Dorf.
- **Gewöhnliche Bürger:** In den eingeschworenen Minderheitsgesellschaften der Chittagong Hill Tracts ist es nicht nur die Familie, die Druck auf Christen aus einem anderen religiösen Hintergrund ausübt. Schon der bloße Schritt zur Nachfolge Jesus Christi gilt als Austritt aus der Gesellschaft und als Schwächung der gesamten religiösen Gruppe. Bestärkt durch religiöse Leiter setzen Nachbarn und Freunde diese neuen Christen unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** In den Chittagong Hill Tracts gibt es gewalttätige religiöse Gruppen wie Jana Sanghati Samity (JSS). Sie bedrohen regelmäßig Pastoren und Kirchenleiter, die in ihrem Gebiet aktiv sind.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Oft üben die Leiter der ethnischen Gruppen Druck auf diejenigen aus, die sich von der Gesellschaft abgrenzen, damit sie zurückkommen und sich dem Überlebenskampf der Minderheit wieder anschließen. Eine entscheidende Voraussetzung für diesen Kampf ist die gemeinsame Identität, bei der Religion eine wichtige Rolle spielt.
- **Politische Parteien:** Die Leiter der ethnischen Gruppen sind oft auch politische Leiter, also werden sie auch die (lokale) Politik einsetzen, um Druck auf die Christen auszuüben.
- **Regierungsbeamte:** Zusätzlich zu den unter islamische Unterdrückung genannten Punkten, machen ortsansässige Regierungsbeamte den Christen das Leben schwer, indem sie sich aktiv in Grundstücksstreitigkeiten einmischen oder untätig bleiben, wenn es um die Untersuchung von Angriffen gegen Christen geht. Die schwächt die christliche Minderheit weiter.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Kirchen und Häuser von Christen, vor allem der ethnischen Minderheiten, wurden angegriffen und zerstört. Dahinter stecken oftmals Kräfte, die mit der Landraub-Mafia in Verbindung stehen. Dies sind in der Regel örtliche Machthaber, oft mit guten Verbindungen zu kommunalen und manchmal sogar zu nationalen Politikern.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die nördliche Region Bangladeschs mit den Chittagong Hill Tracts und ihren vielen ethnischen Minderheiten ist ein oft übersehener Schauplatz von Rechtsverstößen gegen Christen, sowohl durch die muslimische Mehrheit als auch durch die buddhistische Minderheit. In den letzten drei Jahren entwickelte sich ein weiterer Hotspot, als Bangladesch mehr als 700.000 muslimische Flüchtlinge aus dem benachbarten Myanmar aufnahm. Die meisten von ihnen befinden sich im Distrikt Cox Bazar, an der südöstlichen Spitze von Bangladesch. Das Land hat selbst mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft Mühe, sie zu versorgen. Die Rückführungsbemühungen sind immer wieder ins Stocken geraten und je länger die Flüchtlinge in den Lagern bleiben müssen, umso höher ist das Risiko, dass sich einige von ihnen islamistisch radikalieren und damit auch Bangladesch in Mitleidenschaft ziehen. In den Flüchtlingslagern lebt auch eine winzige Minderheit ehemaliger Muslime der Rohingya. Sie stehen unter zunehmendem Druck, haben aber keine Möglichkeit zu entkommen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören Botschaftsangehörige und ausländische Arbeiter der wichtigen Textilbranche. Sie werden beobachtet und von militanten Islamisten bedroht.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche von Bangladesch. Sie werden häufig bedroht und beobachtet.

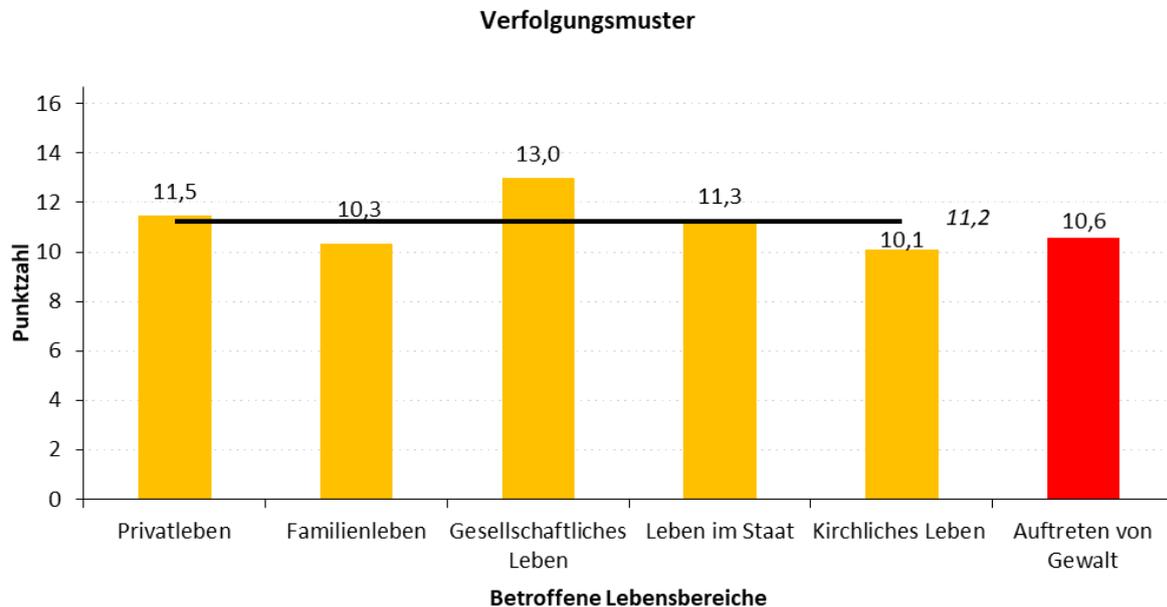
Christen anderer religiöser Herkunft

Zu dieser Kategorie gehören Christen mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund: Muslime, Hindus, Buddhisten und Stammesangehörige. Sie sind stärkster Verfolgung ausgesetzt, nicht zuletzt durch ihre eigenen Familien und ihr soziales Umfeld. Sie versammeln sich oft heimlich in Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe gehören Evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden. Ein Beispiel dafür sind die „Assemblies of God“, deren Mitglieder sich für Gottesdienste hauptsächlich in Hauskirchen versammeln. Sie werden häufig bedroht und zuweilen gewaltsam angegriffen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bangladesch

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf Christen in Bangladesch hat in allen Lebensbereichen zugenommen, so dass der durchschnittliche Druck von 10,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 11,2 Punkte 2021 gestiegen ist. Dies spiegelt den Druck auf alle Christen wider, aber ganz besonders auf Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund. Die zunehmend schwierige Situation der ehemaligen Muslime unter den Rohingya-Flüchtlingen, die 2017 aus Myanmar geflohen sind, hat zu einem Anstieg der Werte im Weltverfolgungsindex 2021 beigetragen (und auch zu einem Anstieg der Werte für Gewalt, da sie Angriffe erlebt haben). Ein weiterer Grund für den Anstieg in allen Bereichen ist, dass mehr Informationen über christliche Konvertiten gewonnen wurde, die aus einer religiösen Minderheit stammen.
- Der stärkste Druck herrscht im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben, wo Christen anderer religiöser Herkunft besonders betroffen sind. Generell sind jedoch alle Christen in den Bereichen Leben im Staat und kirchliches Leben Verfolgung ausgesetzt. Letzteres ist auch der Bereich, in dem der Druck am stärksten zugenommen hat.
- Das Auftreten von Gewalt gegen Christen stieg von 9,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 10,6 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es zwei Morde, außerdem waren die Rohingya-Christen gewalttätigen Angriffen von extremistisch-islamischen Gruppen innerhalb der Flüchtlingslager ausgesetzt.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie

Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Christliche Konvertiten leben in Angst und halten ihren Glaubensübertritt vor der Familie oft geheim. Wer sich dafür entscheidet, sich zu seinem neuen Glauben zu bekennen, wird regelmäßig belästigt, schikaniert, bedroht und gezwungen, seine Blogs und Facebook-Profil zu löschen. Nach dem im Oktober 2018 verabschiedeten Gesetz „Digital Security Act“ können Verleumdung, Verletzung religiöser Gefühle, Herbeiführung einer Verschlechterung von Recht und Ordnung und Aufwiegelung gegen eine Person oder Organisation durch Veröffentlichung oder Übermittlung von Inhalten auf Websites oder in elektronischer Form zu einer Freiheitsstrafe von bis zu 14 Jahren führen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Angesichts des Drucks auf Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund sowie auf diejenigen, die andere aktiv zum christlichen Glauben einladen, ziehen es die meisten Betroffenen vor, so unsichtbar wie möglich zu bleiben. Da extremistische Tendenzen wachsenden Einfluss in ihrem islamischen Umfeld gewinnen, halten sich Christen in der Öffentlichkeit zurück und vermeiden den Kontakt zu Personen außerhalb ihrer eigenen Gruppe. Immer mehr Anhänger der Mehrheitsreligion betrachten den Glaubenswechsel als schwere Sünde, die Strafe verdient, und manche befürworten sogar den Tod.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Artikel 41(1)(a) der Verfassung von Bangladesch schützt das Grundrecht des Bürgers, seine Religion frei zu bekennen, zu praktizieren und zu verbreiten. Die in diesem Artikel garantierte Freiheit ist das Recht des Menschen, jegliche religiösen Ansichten zu vertreten, die seinem individuellen Gewissen zusagen – ohne Einmischung durch irgendeine Person oder Macht, sei sie zivil oder kirchlich. Dies ist in einem freien Staat ebenso grundlegend wie das Recht auf Leben und Freiheit. Aus rechtlicher Sicht scheint der Prozess des Glaubenswechsels also sehr einfach zu sein: Das Gesetz sieht vor, dass der Konvertit zu einem Anwalt geht und ein handschriftlich unterschriebenes Dokument vorlegt, das besagt, dass er oder sie die Religion aus persönlichen Gründen, ohne Druck und aus freiem Willen gewechselt hat. Für jeden Christen, Buddhisten oder Hindu, der Muslim werden möchte, ist diese Prozedur nicht viel mehr als eine Formalität. Im Gegensatz dazu ist es für einen Muslim, der Christ werden will, normal, dem Druck des Anwalts ausgesetzt zu sein, der sich manchmal sogar (rechtswidrig) weigert, den Glaubenswechsel zu erfassen. Da der Islam die Staatsreligion und die Religion der überwiegenden Mehrheit ist, sehen sich ehemalige Muslime, die zum Christentum konvertieren, zusätzlich zu solchen rechtlichen Fragen einem starken gesellschaftlichen und familiären Druck ausgesetzt.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Besonders für Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund war es sehr riskant, sich mit anderen Christen zu treffen. Erst recht, wenn sie von außerhalb kommen, etwa aus einem anderen Dorf oder

der Stadt. Die meisten dieser Christen halten ihren Glauben aus Angst vor ihrem Umfeld und ihrer Familie lieber geheim. Wenn Christen sich mit ihnen treffen, beginnen die Dorfbewohner, Fragen zu stellen und ihre Aktivitäten zu überwachen. Dies gilt nicht nur für ehemalige Muslime, sondern auch für Christen mit buddhistischem oder hinduistischem Hintergrund.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das Bildungssystem in Bangladesch gibt jedem Schüler die Möglichkeit, seine eigene Religion zu studieren, sei es Islam, Buddhismus oder der christliche Glaube. Das Fach „Religion“ gehört zu den Pflichtfächern in den zentralen Prüfungen der Grundschule und weiterführender Schulen. Viele christliche Schüler haben jedoch Probleme in der Schule, wenn sie Unterricht in ihrer eigenen Religion anstreben. An staatlichen Schulen herrscht eine Tendenz zu islamischem Religionsunterricht, die sich nicht nur im Gesetz, sondern auch in der Praxis zeigt. Das liegt auch daran, dass es viel mehr Möglichkeiten für islamischen Religionsunterricht gibt als zu nichtislamischem Religionsunterricht. In vielen Fällen unterrichten Lehrer schlicht den christlichen Glauben nicht, so dass die Eltern dies zu Hause übernehmen müssen. In einem Fall im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden Christen von den Lehrern verspottet, als sie sich weigerten, an einem anderen Religionsunterricht teilzunehmen. In einem anderen Fall musste eine Christin ihre Prüfung für das Fach Christlicher Glaube außerhalb der Schule ablegen und durfte den Prüfungssaal nicht benutzen. Kinder von Christen anderer religiöser Herkunft erleben manchmal, dass der Glaubenswechsel ihrer Eltern nicht anerkannt wird und sie am Islamunterricht teilnehmen müssen. In vielen Fällen müssen christliche Kinder in der Schule nichtchristliche Lehrinhalte lernen und islamische Schulbücher verwenden.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen anderer Herkunft werden oft von Lehrern und sogar von den Schulleitern beschimpft, die Druck auf Kinder und Eltern ausüben, zum Islam zurückzukehren. Viele Kinder versuchen daher, die Schule zu meiden, da sie den Druck nur schwer aushalten können. Manchmal werden die Kinder bedroht; oft werden ihnen aber auch materielle und andere Annehmlichkeiten für sie und ihre Familie versprochen, wenn sie zum Islam zurückkehren. Da sie ihre Lehrer als Vorbild sehen, machen sich Mitschüler häufig über christliche Schüler lustig, was so weit gehen kann, dass diese sich weigern, zur Schule zu gehen oder überhaupt das Haus zu verlassen. Für viele Klassen gibt es die Möglichkeit, Stipendien für gute Schüler und Hilfe bei der Finanzierung der Gebühren für bedürftige Schüler und für Schülerinnen zu erhalten. Sehr häufig wurden christliche Kinder jedoch von diesen Angeboten ausgeschlossen. Dafür gibt es hauptsächlich zwei Gründe: Zum einen denken die Behörden, dass die Christen Geld von Ausländern erhalten und zum anderen scheinen sie den christlichen Kindern und vor allem Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund das Leben absichtlich schwer machen zu wollen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Für die traditionellen Kirchen ist es normalerweise kein Problem, Taufen durchzuführen, solange sie auf dem Kirchengelände stattfinden und nicht zu viel Aufmerksamkeit erregen. Dorfbewohner sind dafür bekannt, Taufen anderer Kirchen zu stören und zu behindern, und einige Kirchenleiter weigern sich aus Angst vor Repressalien, Christen mit hinduistischem, buddhistischem oder muslimischem Hintergrund in örtlichen Kirchen zu taufen. Solche Christen werden normalerweise in andere Städte

oder Gebiete geschickt, um sich dort taufen zu lassen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Fälle, in denen geplante Taufen abgesagt werden mussten, und in einem Fall musste ein Pastor untertauchen, nachdem ein Mob versucht hatte, eine Taufe zu verhindern und er nur knapp entkam.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Dies ist vor allem ein Problem von christlichen Eltern, die einen anderen religiösen Hintergrund haben. Wenn die Kinder weiterhin den Islamunterricht besuchen und islamische Lehrbücher verwenden müssen, greift dies in die Rechte der Eltern ein, ihre Kinder gemäß ihrem Glauben zu erziehen. Aber häufig sind der Druck und die Einmischung vonseiten der Großfamilie noch stärker. Onkel, Tanten oder Großeltern versuchen, die Bemühungen der Eltern zu beeinflussen und zu durchkreuzen. Auch für Christen mit buddhistischem Hintergrund gibt es Berichte dazu.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Im Allgemeinen sind die Menschen sehr wissbegierig, was die Christen betrifft. Wenn die traditionellen Kirchen Programme innerhalb oder außerhalb der Kirche organisieren, stößt dies bei den Nachbarn auf große Neugier. Sie möchten gerne mehr über den Lebensstil und die Aktivitäten dieser Minderheit erfahren. Dies hat jedoch den Nachteil, dass die Überwachung christlicher Aktivitäten gerade durch die örtliche Bevölkerung stark fördert. Besonders davon betroffen sind Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund, die unter genauer Beobachtung durch Ortsvorsteher, Bürgerwehren und gewalttätige Gruppen stehen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden christliche Versammlungen von Gruppen dieser Art aufgesucht, die überprüfen, welche Unterlagen verwendet werden, und damit drohen, die Versammlungen zu schließen, und auch verlangen, dass die Anwesenden in Zukunft nicht mehr kommen. Außerdem haben einige Imame während der Freitagsgebete vor Christen gewarnt und die Menge aufgehetzt. Darüber hinaus haben Anwohner in Fällen, in denen christliche Versammlungen als zu groß erachtet oder als Missionierung angesehen wurden, die Polizei eingeschaltet, die die betreffenden christlichen Leiter verhört hat.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Christliche Männer und Frauen werden oft unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Islamisten haben es auf bedürftige Familien abgesehen und bieten ihnen Anreize wie Essen, Geld und Bildung für ihre Kinder, wenn sie zum Islam konvertieren. Der Druck, den christlichen Glauben zu widerrufen, ist in ärmeren Gegenden groß. Es gibt auch Berichte über ganze Mobs, die Gruppen von ehemaligen Muslimen, Buddhisten oder Hindus bedrohen und sie zwingen, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Artikel 28 (1) der Verfassung von Bangladesch aus dem Jahr 1972 besagt: „Der Staat darf keinen Bürger aus Gründen der Religion, der Rasse, der Kaste, des Geschlechts oder des Geburtsortes diskriminieren“, und Artikel 29 gewährleistet die Chancengleichheit im öffentlichen Dienst, aber die Minderheiten und insbesondere die Christen haben in dieser Hinsicht viele Probleme. Aufgrund ihres

geringen sozialen Status ist es für Christen ohnehin schwieriger als für Muslime, Arbeit zu finden. Wenn sie es endlich schaffen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, stellen sie häufig fest, dass die Fragen sich weniger um ihre Fähigkeiten, als um ihren Glauben drehen. Dies erleben besonders Christen anderer religiöser Herkunft. Und wenn Christen eine Anstellung finden, werden sie häufig nicht befördert oder sie bekommen keine Zusatzleistungen, die mit dem Job zusammenhängen. Obwohl einige Christen hohe Positionen im Land erreicht haben, werden sie im Allgemeinen durch das Quotensystem im öffentlichen Dienst des Landes benachteiligt.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

In Fällen von (vermutetem) Glaubenswechsel, wurden Christen von der Polizei oder Bürgerwehrgruppen verhört und bedroht. Ehemalige Muslime, Buddhisten oder Hindus werden oft von einer ganzen Gruppe von Menschen über ihren Glauben ausgefragt, die versuchen, sie zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben zu bewegen. Dahinter steht oft die weit verbreitete Vorstellung, dass Menschen wegen finanzieller Anreize den christlichen Glauben annehmen würden. Die örtliche Polizei ist vor allem an der Wahrung des Friedens interessiert und neigt daher dazu, den Forderungen der muslimischen Mehrheit nachzugeben.

Leben im Staat

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Alle Besucher (einschließlich Bürger von Bangladesch), die ein Dorf in den Chittagong Hill Tracts besuchen wollen, müssen sich bei den Militärbehörden anmelden. Bei der Anmeldung müssen sie den Grund ihres Besuches angeben. Wenn es sich um religiöse Zwecke handelt, wird die Genehmigung nicht erteilt. Dies betrifft alle Christen in dieser Region. Das Gleiche trifft auf die Rohingya-Flüchtlingslager zu.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Nichtmuslimische religiöse Organisationen müssen sich nicht bei der Regierung registrieren; alle Nichtregierungsorganisationen (NGOs), einschließlich der religiösen, müssen sich jedoch beim NGO Affairs Bureau der Regierung anmelden, wenn sie ausländische finanzielle Unterstützung für soziale Entwicklungsprojekte erhalten. Im November 2017 wies Premierministerin Sheikh Hasina die Behörden an, die Aktivitäten von NGOs zu überwachen. Das NGO Affairs Bureau überwacht regelmäßig Aktivitäten von aus dem Ausland finanzierten NGOs. Die Foreign Donations (Voluntarily Donations) Regulation Bill hat viele christliche NGOs, vor allem kleinere, de facto geschlossen. Dadurch wurde auch die Arbeit der verbleibenden NGOs erschwert. NGOs, die sich vor allem mit Bürgerrechten und politischen Rechten befassen, werden von den Behörden ständig behindert, unter anderem wird ihnen der Zugang zu Geldern verwehrt. Diesen NGOs wird vom NGO Affairs Bureau (unter dem Amt des Premierministers) von Zeit zu Zeit die Genehmigung für ihre beantragten Projekte verweigert, und sie sind zunehmenden Schikanen und Überwachungen ausgesetzt.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

In fast allen Fällen, bei denen Christen zu Schaden kommen, werden keine Täter gefunden oder bestraft. Das gilt selbst dann, wenn es sich um gewalttätige Angriffe handelt und ein hohes Maß an

Unwillen auf Seiten der Behörden besteht, überhaupt ordentliche Ermittlungen einzuleiten. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es einen Vorfall, bei dem ein Mob eine Gruppe von Christen muslimischer Herkunft angriff und sie aufforderte, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Als sich diese Christen an die Polizei wandten, wurde ihnen gesagt, sie sollten zum Islam zurückkehren, sonst könne die Polizei nichts für sie tun.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

In Bangladesch wird angenommen, dass religiöse Bilder und Symbole – auch Statuen – die Anbetung von Götzen fördern. Viele Missionsschulen haben das Kreuz und andere christliche Symbole entfernt, um die Gefühle der örtlichen Muslime nicht zu verletzen; auch Kirchen in bestimmten Gegenden vermeiden es, diese Symbole sichtbar darzustellen. Christen anderer religiöser Herkunft verwenden in ihren Gemeinden keine sichtbaren christlichen Symbole. Traditionelle Kirchen sind in dieser Hinsicht freier, ebenso wie die Christen, die in städtischen Gebieten leben.

Kirchliches Leben

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Die Überwachung erfolgt in der Regel nicht durch den Staat, sondern durch lokale extremistisch-islamische Gruppen oder die breitere Gesellschaft, die das Gesetz möglicherweise auch selbst in die Hand nehmen, indem sie Christen verhören und bestrafen. Da Christen ständig verdächtigt werden, missionarisch tätig zu sein, ist die Überwachung weit verbreitet, wobei ihre Intensität davon abhängt, wie aktiv die Kirchen sind. Islamisch-extremistische Gruppen (und manchmal auch Nachbarn) rechtfertigen ihr Vorgehen oft mit einer Rede von Premierministerin Hazina, in der sie sagte, dass jeder, der religiöse Gefühle verletze, sich nach dem Gesetz strafbar mache.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Wie bereits erwähnt, lehnen viele Pastoren und Kirchenleiter es aus Angst vor Racheakten ab, Christen muslimischer Herkunft zu taufen. Diesen Personen wird geraten, in andere Teile des Landes zu reisen, um sich taufen zu lassen. Aber selbst dann können sie nicht einfach in die Kirche integriert werden. Sobald ihr Status bekannt ist, drohen ihnen und der Kirche Probleme; im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurde von Angriffen berichtet.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Besonders in den Chittagong Hill Tracts und in Gegenden, in denen Gemeinden der Evangelisation unter Muslimen, Hindus und Buddhisten verdächtigt werden, berichten Christen häufig von Überwachung. In diesen Gebieten erhalten die Bürgerwehren und die Behörden offenbar durch Informanten Namen und Angaben zu allen Teilnehmern und wichtigen Leitern der Kirchen. Aufgrund der Maßnahmen, die zur Bekämpfung von COVID-19 verhängt wurden, mussten viele kirchliche Aktivitäten online durchgeführt werden, was in ländlichen Gebieten mit schlechtem oder fehlendem Internetzugang nicht immer möglich war.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

In den letzten Jahren sind im ganzen Land einheimische militante islamische Gruppen gewachsen. Die christliche Minderheit wird oft von solchen Gruppen verfolgt, da ihr missionarischer Eifer als bedrohlich wahrgenommen wird. Pastoren und Kirchenleiter sind die Hauptziele von Schikanen und Einschüchterungen, insbesondere in der Gemeinschaft der Christen anderer religiöser Herkunft; sie sind innerhalb der Kirchengemeinden am sichtbarsten und werden mehr als andere für die „Irreführung“ und Bekehrung der Menschen verantwortlich gemacht.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** 27. Januar 2020: Bei einem Angriff islamischer Kämpfer wurden ein Behelfsgebäude, das als Versammlungsraum für Rohingya-Christen diente, und 25 ihrer Häuser in einem der Flüchtlingslager in Cox's Bazar zerstört und mehrere Christen verletzt. Am nächsten Tag kehrten die Militanten zurück und entführten mindestens drei Christen, darunter einen Vater und eine Tochter.
31. Mai 2020: In dem Dorf Savar, nordwestlich von Dhaka, wurde nachts ein Haus mit einer Bombe angegriffen, in dem drei Christen lebten. Das anschließende Feuer verursachte schwere Verbrennungen bei einer 30-jährigen Frau und ihrer fünfjährigen Tochter, die beide einige Tage später im Krankenhaus starben. Der Ehemann überlebte den Angriff, da er in der Nachtschicht in einer Bekleidungsfabrik arbeitete.
- **Angriffe auf Christen:** Christen, vor allem Christen anderer religiöser Herkunft, wurden von der Bevölkerung angegriffen. Solche Angriffe werden oft von extremistischen religiösen Gruppen organisiert, die als Mob auftreten. Auch die Familien ehemaliger Muslime, Hindus oder Buddhisten wenden gelegentlich Gewalt an, um sie zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben zu bewegen. Im Flüchtlingslager Kutupalong kam es im Januar 2020 zu einem Angriff auf die christliche Minderheit, woraufhin zwölf Christen ins Krankenhaus gebracht werden mussten.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens 56 Christen wurden Berichten zufolge festgesetzt oder verhaftet und inhaftiert. Aus Sicherheitsgründen können hierüber keine weiteren Details genannt werden.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens 90 Kirchen (oder Orte, an denen sich Christen versammeln) wurden angegriffen, hauptsächlich von Menschen aus dem unmittelbaren Umfeld.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Christliche Häuser wurden an verschiedenen Orten angegriffen, viele von Mitbürgern, einige von Landräubern. Einige Berichte betrafen das Flüchtlingslager Kutupalong. Aus Sicherheitsgründen können jedoch keine detaillierteren Angaben gemacht werden.
- **Verschleppte Christen:** Am 27. Januar 2020 wurden ein christlicher Pastor der Rohingya und seine 14-jährige Tochter aus ihrer Behausung in einem Flüchtlingslager entführt. Sein Aufenthaltsort war bei Redaktionsschluss noch immer unbekannt, seine Tochter wurde Berichten zufolge mit einem ARSA-Kämpfer zwangsverheiratet.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der „International Religious Freedom Report 2019“ des US-Außenministeriums verlautet:

„Angehörige religiöser Minderheiten, einschließlich Hindus, Buddhisten und Christen, die manchmal auch zu ethnischen Minderheiten gehörten, gaben an, dass die Regierung nach wie vor unzureichend in der Lage sei, Zwangsräumungen und Landbeschlagnahmen im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten zu verhindern. Die Regierung stellte weiterhin Sicherheitskräfte an religiösen Stätten, bei Festen und Veranstaltungen ab, die als mögliche Ziele für Gewalt gelten. Im Oktober kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und Angriffen auf einen Hindu-Tempel als Reaktion auf die Verhaftung von zwei Muslimen in Bholra am 20. Oktober, denen vorgeworfen wurde, das Facebook-Konto eines Hindu-Studenten in erpresserischer Absicht gehackt zu haben. Bei den Zusammenstößen gab es mehr als 100 Verletzte, und die Polizei tötete vier Personen, nach eigenen Angaben in Selbstverteidigung. Im August fand die Polizei nach mehreren Presseberichten die Leiche des buddhistischen Mönchs Amrita Nanda, stellvertretender Leiter des buddhistischen Klosters Gyanaratna, unter einer Eisenbahnbrücke in Comilla, etwa 100 Kilometer von Dhaka entfernt. Medienberichten zufolge wurde Nanda die Kehle durchgeschnitten. Mitglieder der buddhistischen Gemeinde sagten, Nanda sei auf dem Rückweg von Dhaka in seine Heimatstadt gewesen.“

Alle religiösen Minderheiten sind von Diskriminierung und Gewalt bedroht, dazu gehören islamische Minderheiten wie Schiiten und Ahmadis ebenso wie hinduistische und buddhistische Minderheiten. Es wurden – noch ungehörte – Forderungen laut, die Ahmadi-Minderheit zu Nichtmuslimen zu erklären. Die gesellschaftliche Feindseligkeit gegen Ahmadis ist weit verbreitet. Im Juli 2020 gruben extremistische Muslime die Leiche eines drei Tage alten Ahmadi Mädchens auf einem Friedhof in der östlichen Stadt Brahmanbaria aus, weil sie keine Sunnitin war. Nach den sunnitischen Muslimen sind Hindus die zweitgrößte religiöse Gruppe im Land. Hindus sind Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt; einige Frauen und Mädchen wurden gezwungen, zum Islam zu konvertieren. In mehreren Fällen haben Muslime das Land von Hindu-Familien beschlagnahmt und diese vertrieben. Indigene Völker und religiöse Minderheiten sind unverhältnismäßig stark von Gewalt infolge von Landraub und der daraus resultierenden Vertreibung betroffen.

Ein Experte für das Land erläuterte die Situation der Hindus im Detail: Viele Hindus haben ihren Landbesitz aufgrund des inzwischen außer Kraft gesetzten Vested Property Act verloren, konnten ihn bislang jedoch nicht wiedererlangen. Obwohl eine Regierung der Awami League das Gesetz im Jahr 2001 aufhob, hat die neue Regierung keine konkreten Maßnahmen ergriffen, um die Beschlagnahmungen von Eigentum, die unter diesem Gesetz stattfanden, rückgängig zu machen. Der Vested Property Act war ein Gesetz aus der Zeit Ostpakistans, das der Regierung erlaubte, „feindliches“ (in der Praxis hinduistisches) Land zu enteignen. Im Rahmen des Gesetzes beschlagnahmte die Regierung etwa 2,6 Millionen Hektar Land, wovon fast alle Hindus im Land betroffen waren. Laut einer Studie eines Professors der Universität Dhaka haben fast 200.000 Hindu-Familien seit 2001 etwa 40.667 Hektar Land verloren, obwohl das Gesetz im selben Jahr aufgehoben wurde. Als eine Hindu-Aktivistin während des Ministertreffens für Religionsfreiheit im Juli 2019 in Washington US-Präsident Donald Trump auf die Situation religiöser Minderheiten ansprach und von „Verfolgung“ sprach, löste sie zu Hause Empörung aus, und man sah in ihr eine Person, die das Ansehen Bangladeschs schädigte.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Burkina Faso: Platz 32

Kurze Zusammenfassung

Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2021 wurden Christen angegriffen und getötet, und Kirchen wurden zerstört. Christen muslimischer Herkunft erleben die stärkste Verfolgung im Land. Ihre eigenen Familien und ihr soziales Umfeld lehnen sie ab und versuchen, sie dazu zu zwingen, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Aufgrund solcher Drohungen haben sie Angst, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren. Hunderte von Kirchen wurden aufgrund von dschihadistischen Aktivitäten geschlossen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	32
2020	66	28
2019	48	61
2018	-	-
2017	-	-

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Wenngleich der Wert für das Auftreten von Gewalt leicht zurückging, ist er aber immer noch als „extrem hoch“ einzuordnen. Die Gesamtwertung stieg um einen Punkt – dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens um fast zwei Punkte zugenommen hat. Der Grund dafür ist die Zunahme der dschihadistischen Aktivitäten im Land. Die gezielte Tötung von Christen hat ein Klima der Angst geschaffen, in dem sich viele Christen zu sehr fürchten, um an Gottesdiensten teilzunehmen oder ihre Kinder zur Schule zu schicken. Schulen und christliche Nichtregierungsorganisationen werden besonders ins Visier genommen und haben es schwer, im Land tätig zu sein. Einige Menschen, besonders in ländlichen Gegenden, werden zudem intoleranter und zu Informanten über ihre Nachbarn für die Dschihadisten. Eine Gesellschaft, die in der Vergangenheit sehr tolerant war, ist Nichtmuslimen gegenüber nun sehr intolerant geworden. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass es im Land ethnische Konflikte gibt, die auch eine religiöse Dimension haben. Das Ergebnis ist, dass christliche Konvertiten und andere Christen hohen Druck erleben.

2. Trends und Entwicklungen

1) Es gibt Fortschritte im Demokratieprozess

Burkina Faso hat seit dem Sturz der Diktatur von Blaise Compaoré große Sprünge in Richtung Demokratie gemacht. Der Wahlprozess ist offener und glaubwürdiger geworden, und die Regierung hat außerdem zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechte ergriffen. Trotz extremer Armut, Korruption und islamischer Militanz versucht das Land, Fortschritte bei der Förderung

von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen. Diese Entwicklung könnte möglicherweise umgekehrt werden – die Auswirkungen von der Coronakrise und die dadurch geschaffenen Möglichkeiten für die Dschihadisten könnten die Erfolge zunichtemachen. Außerdem könnte der Putsch in Mali ein destabilisierender Faktor für Burkina Faso und die Region sein.

2) Die Ausbreitung des militanten Islam ist auf dem Vormarsch

Burkina Faso verliert die religiöse Toleranz, die es in seiner früheren Geschichte praktiziert hat. Nun findet eine Radikalisierung der islamischen Bevölkerung statt. Die jüngste Ausbreitung der islamischen Militanz in der Sahelzone bedroht den fortschreitenden Demokratieprozess. Islamisch-extremistische Gruppen wie „Al Kaida im Maghreb“ und Boko Haram sind eindeutig auf dem Vormarsch. Obwohl die Regierung verschiedene Vorsichtsmaßnahmen ergreift, um die Ausbreitung solcher Gruppen zu verhindern, wird sie auch nach Lösungen an der Basis suchen müssen, um den wachsenden islamistischen Einfluss in der Gesellschaft zu bekämpfen, der sich oft gegen Christen richtet. Es gab zudem Zusammenstöße zwischen Ortsgemeinschaften, die teilweise zum Tod und zur Vertreibung von Zivilisten geführt haben. Dass die Regierung aktuell mit der Covid-19-Pandemie beschäftigt ist, haben die Dschihadisten schnell ausgenutzt.

Die Regierung von Burkina Faso muss die Sicherheit des Landes erhöhen, indem sie den Kampf gegen islamische Milizen in der Region aufnimmt; und sie muss ein toleranteres Umfeld aktiv fördern, in dem verschiedene religiöse Traditionen ohne größere Spannungen nebeneinander leben können. Es ist zu hoffen, dass mit der Wiederwahl von Präsident Roch Marc Kaboré im November 2020 die Fortschritte bei der Demokratisierung und die politische Stabilität gestärkt werden.

3. Religiöse Situation im Land

Burkina Faso ist ein mehrheitlich muslimisches Land in der Sahelzone Afrikas. Die nördlichen und östlichen Landesteile sind vor allem muslimisch geprägt, während christliche Gemeinden sich in den zentralen und südlichen Teilen verdichten und Anhänger einheimischer traditioneller afrikanischer Religionen vor allem im Süden leben. Geschichtlich betrachtet lebten die verschiedenen religiösen Gruppen im Land harmonisch zusammen.

Die Verfassung aus dem Jahr 2012 garantiert die Religionsfreiheit und das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat. Die Regierung verlangt von allen religiösen Gruppen, dass sie sich beim „Ministère de l'Administration territoriale et de la Décentralisation“ (übersetzt: Ministerium für territoriale Verwaltung und Dezentralisierung) registrieren lassen, um im Land tätig sein zu können. Außerdem finanziert die Regierung keine religiösen Schulen, die somit unabhängig arbeiten. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 hatte es jedoch Kampagnen zur Verbreitung christenfeindlicher Ansichten gegeben, die von militanten Islamisten propagiert wurden.

Nach Schätzungen der „World Christian Database“ (WCD) folgten im Jahr 2020 über 20 Prozent der Bevölkerung traditionellen afrikanischen Religionen. Auch viele Christen und Muslime im Land vermischen ihren Glauben mit verschiedenen traditionell geprägten Überzeugungen und Praktiken. Zum Beispiel halten einige Christen weiterhin an der Polygamie fest. Allerdings ist die Zahl der Anhänger traditioneller Religionen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren mehrere islamistische Angriffe erlebt, vor allem im Norden des Landes und gelegentlich auch in der Hauptstadt Ouagadougou. Diese können als gewalttätige Versuche gesehen werden, das Land zu „islamisieren“. Die militante Gruppe „Ansar ul Islam“ wurde 2016 unter der Führung von Ibrahim Malam Dicko gegründet und versucht, ihre eigenen Gesetze im Norden des Landes einzuführen – unter anderem mit gewaltsamen Mitteln. Auch die Gruppe „Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin“ (übersetzt „Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime“) agiert im Land und hat Verbindungen zu lokalen militanten Gruppen. Derzeit scheinen sie sich jedoch mehr auf den Kampf gegen die französischen Truppen und ihre Verbündeten zu fokussieren. Ihre Prediger beeinflussen die Jugendlichen, sodass diese die Franzosen und den moralischen Verfall durch westlichen Einfluss für ihre schlechten Lebensumstände verantwortlich machen. Islamisch-extremistische Gruppierungen haben Kirchen und einzelne Christen angegriffen, und einige Kirchen haben aus Sorge vor weiteren Angriffen ihre Sicherheitsbemühungen verstärkt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In vielen Ländern der Sahelregion wird es Dschihadisten durch das organisierte Verbrechen ermöglicht, Rekruten anzuwerben, Waffen zu kaufen und ohne Furcht vor Strafverfolgung agieren zu können. Ein Experte für das Land weist auf Folgendes hin: „In der Regierung gibt es viel Korruption. Raubüberfälle und Entführungen sind in verschiedenen Regionen des Landes ein Problem. Doch die Regierung tut wenig oder nichts, um solcher Verbrechen Herr zu werden, selbst in der Hauptstadt Ouagadougou.“

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft der Verfolgung ist eng verbunden mit der islamischen Unterdrückung. Es hat ethnisch begründete Gewalt gegeben, bei der sowohl der Glaube als auch die ethnische Zugehörigkeit eine Rolle gespielt haben. Ein Experte für das Land schreibt: „Allgemein sind die ethnischen Gruppen in Burkina Faso tolerant, aber mit dem steigenden Einfluss des Islamismus werden muslimische Leiter verschiedener Stämme zu Verfolgern, genauso wie religiöse Leiter traditioneller Religionen inzwischen auch zu Verfolgern der Kirche werden. Die teilweise Überschneidung von Religion und ethnischer Zugehörigkeit ist eine für einige Christen tödliche Kombination.“

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Mehrere islamisch-extremistische Gruppen operieren im Land. Einige von ihnen haben Verbindungen zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), Al Kaida oder Boko Haram. Diese Gruppen sind für verschiedene Angriffe verantwortlich.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger in Dorfgemeinschaften und Mobs üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus. Aus diesem Grund üben diese christlichen Konvertiten ihren Glauben nicht in der Öffentlichkeit aus.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck vonseiten ihrer Familien, zum Islam zurückzukehren.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** In abgelegenen Regionen haben Prediger aktiv zu Gewalt gegen Christen aufgerufen und Hass gegen Christen verbreitet.

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kriminelle Netzwerke schaffen ein Umfeld, in dem Dschihadisten aufblühen können, da diese in der Lage sein müssen, in Straffreiheit zu handeln. So wächst die Rolle des organisierten Verbrechens im Land, was die Anwendung der Gesetze schwächt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** In Regionen, in denen die meisten Menschen traditionellen afrikanischen Religionen angehören, agieren Anführer ethnischer Gruppen als Verfolger. Sie stellen sich besonders gegen christliche Gruppen, die aktiv auf Menschen mit anderem Glauben zugehen. Viele Anführer ethnischer Gruppen in muslimisch geprägten Regionen bedrängen ebenfalls Christen, wenn diese an der Hinwendung eines Muslims zum christlichen Glauben beteiligt sind.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Militante Gruppen haben in der Vergangenheit Gräueltaten an ausländischen Christen begangen und werden dies voraussichtlich weiterhin tun, wenn sich Gelegenheiten bieten. Angriffe dieser Gruppen haben eine hohe Zahl an Toten und Vertriebenen gefordert.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Verbrechen dieser Netzwerke reichen von Diebstahl bis zu Entführungen und werden von den verschiedensten Gruppen in verschiedenen Landesteilen begangen. Dies wird immer mehr zu einem Problem, besonders da ausländische Hilfsarbeiter ein beliebtes Ziel sind. Es scheint, als hätte sich eine Parallelstruktur außerhalb des Staatsapparats entwickelt.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Im Kontext der aktuellen Krise im Land gab es Vorfälle, bei denen ethnische christliche Gruppen von ethnischen muslimischen Gruppen angegriffen wurden.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die nördlichen und östlichen Teile des Landes sind die Brennpunkte, wo Christen den höchsten Druck und die meiste Gewalt erfahren, vor allem außerhalb der größeren Städte. Im westlichen Landesteil setzen ethnisch-religiöse Gruppen die Christen unter Druck.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Römisch-Katholische Kirche ist die am stärksten vertretene christliche Denomination im Land. Die meisten politischen Anführer des Landes, einschließlich Staatsoberhäupter, waren Katholiken. Katholiken sind aufgrund ihrer großen Zahl im Vergleich zu anderen christlichen Gruppen weniger Verfolgung ausgesetzt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

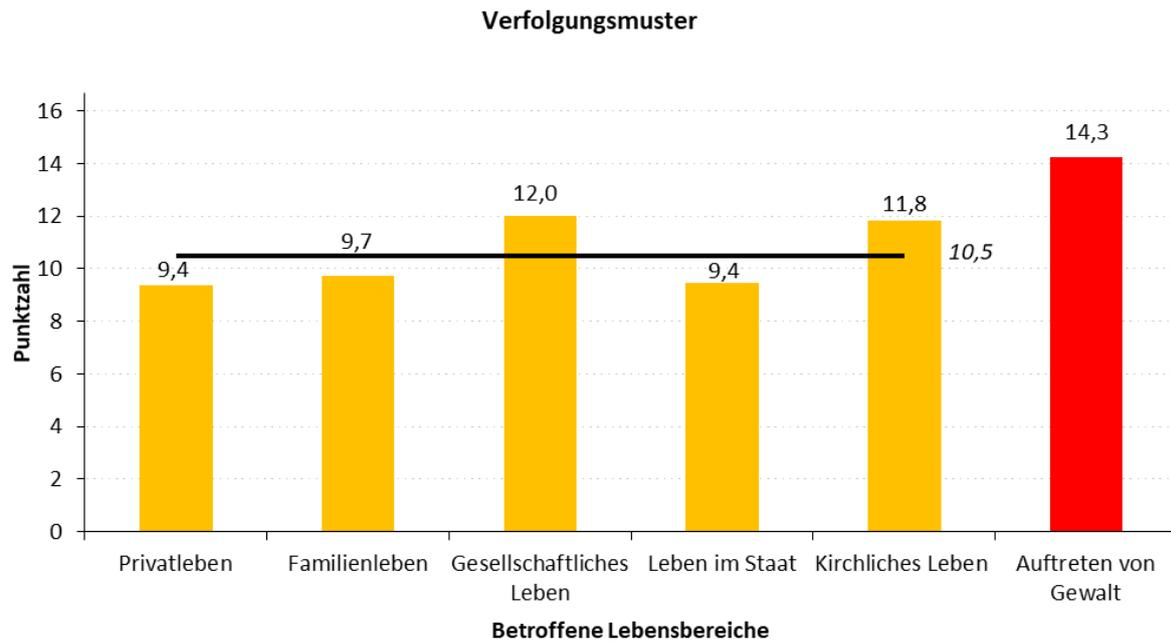
In diese Kategorie fallen sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch Christen mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion. Auch Christen, die zu einer anderen Denomination

übergetreten sind, werden hier erfasst. Christen muslimischer Herkunft erleben durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld die stärkste Verfolgung.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden gibt es vor allem in den größeren Städten des Landes. Sie sind häufiger als traditionelle Kirchen Ziel der Angriffe von Islamisten.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Burkina Faso

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck liegt bei 10,5 Punkten und ist damit gleich hoch wie im Weltverfolgungsindex 2020.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (12,0 Punkte), gefolgt vom Bereich des kirchlichen Lebens (11,8 Punkte) – darin spiegelt sich der Druck auf Kirchen und Christen in ihrem sozialen Umfeld aufgrund der Aktivitäten von Islamisten.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt hat ein extremes Ausmaß, sinkt aber leicht von 15,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 14,3 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Christen, insbesondere mit muslimischem Hintergrund, erleben feindselige Reaktionen, wenn sie mit anderen über ihren Glauben reden. In einigen abgelegenen Regionen können Christen nicht einmal christliches Material zu Hause aufbewahren, da islamistische Kämpfer einfach kommen und das Haus durchsuchen könnten. Den Glauben zu wechseln, ist nicht gesetzlich verboten, doch viele Muslime lehnen einen Glaubenswechsel ab; und es ist für Christen muslimischer Herkunft riskant, mit Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen, da sie Angst haben, stigmatisiert und ausgestoßen zu werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Einige Christen muslimischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion vermeiden es, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen, um nicht verspottet, abgelehnt oder angegriffen zu werden.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

In muslimischen Familien verbergen junge Erwachsene meist ihre Überlegungen, den christlichen Glauben anzunehmen, weil sie Angst haben, ihre Eltern zu enttäuschen und möglicherweise enterbt zu werden. Entscheidet sich jemand, den christlichen Glauben anzunehmen, vermeidet er es zumeist, mit Angehörigen darüber zu reden.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Für Christen muslimischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion ist es sehr häufig gefährlich, sich mit anderen Christen zu treffen. Ihre Familien könnten mit Gewalt darauf reagieren, dass sie mit Menschen eines anderen Glaubens zu tun haben.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Alle Christen müssen aufpassen, dass sie christliche Hochzeiten oder Feiertage nicht in Regionen begehen, die anfällig für Angriffe von Dschihadisten sind. Deswegen werden christliche Hochzeiten häufig heimlich gefeiert. Viele muslimische Eltern, deren Kinder Christen geworden sind und planen, einen anderen Christen zu heiraten, sind gegen deren Ehe, da sie Schande über die Familie bringen würde.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Dies ist besonders ernst für Christen anderer religiöser Herkunft. Sie werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben aufzuziehen. Christliche Konvertiten können zudem ihre Erbrechte verlieren. Christen müssen gut aufpassen, dass sie nicht die Aufmerksamkeit von lokalen Anführern oder Dschihadisten auf sich ziehen, die in vielen Regionen des Landes (und sogar außerhalb des Landes) agieren. Dazu gehört, den Kindern so vom christlichen Glauben zu erzählen, dass sie nicht entlarvt werden.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In einigen Schulen, in denen die Gründer oder Schulleiter überwiegend Muslime sind, werden alle Schüler dazu gedrängt, islamischen Unterricht zu erhalten – auch die christlichen Kinder. Dies passiert selbst in Ouagadougou, Bobo-Dioulasso und anderen Städten. Für Eltern aus protestantischen Freikirchen ist es zudem schwierig, ihre Kinder gemäß ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen. Berichten zufolge haben Islamisten Lehrer getötet, die nicht den Islam gelehrt hatten, und gedroht, weitere Lehrer zu töten, sollte der Islamunterricht nicht für alle Schüler eingeführt werden, einschließlich christlicher Schüler.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In den nördlichen, östlichen und westlichen Grenzregionen des Landes werden Christen oft in vielen Aspekten ihres Lebens diskriminiert. Auch Kinder werden Ziel dieser Diskriminierungen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In vielen Teilen des Landes (außer in der Hauptstadt, in der es viele Christen gibt) werden Christen immer wieder Ziel von Angriffen, besonders im Norden des Landes an der Grenze zu Mali. In dieser Region, besonders in der Provinz Soum, die das Epizentrum der islamistischen Aktivitäten zu sein scheint, entführen Islamisten Christen, führen Angriffe gegen Sicherheitskräfte durch und verbreiten so immer mehr Angst. Die Bewegung Ansar ul Islam operiert von ihren Stützpunkten im Foularé-Wald entlang der Landesgrenze aus; diese Gruppe verübte Angriffe und setzte Lehrer unter Druck, Französisch als Unterrichtssprache durch Arabisch zu ersetzen. Schulen, die keinen Islamunterricht anbieten, sind niedergebrannt worden. Viele Christen sind geflohen.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Dies geschieht sowohl in muslimischen Familien als auch in solchen, die einer traditionellen afrikanischen Religion folgen. Auch aufgrund der hohen Armutsrate sind Mädchen häufig Opfer von Kinder- und Zwangsehen. Entführungen durch Islamisten kommen vor allem im Norden des Landes vor. Zwangsehen werden zudem auch als Waffe benutzt, um Christinnen muslimischer Herkunft dazu zu zwingen, zum Islam zurückzukehren.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Durch die sich verschlechternde Sicherheitssituation und Angriffe auf soziale Dienste und Einrichtungen, städtische Einrichtungen und religiöse Leiter wurde das Land destabilisiert. Soziale Dienste und Bildung können nicht mehr ohne Probleme zur Verfügung gestellt werden. Sind Christen in der Minderheit, werden sie häufig daran gehindert, gemeinschaftliche Ressourcen zu nutzen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

In Regionen mit vielen Anhängern traditioneller afrikanischer Religionen wird von Christen erwartet, an kulturellen Praktiken wie Initiationsritualen und Beschneidungszeremonien teilzunehmen. Sie

haben kein Recht, in kommunalen Institutionen mitzuwirken, und werden bei der Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen häufig ausgegrenzt. Diese Ausgrenzung aus dem sozialen Leben betrifft besonders christliche Konvertiten. Christen muslimischer Herkunft haben in diesem Bereich des gesellschaftlichen Lebens mehr Probleme als andere Christen.

Leben im Staat

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Teilweise ist es für Christen gefährlich, in stark muslimisch geprägten Regionen in der Öffentlichkeit christliche Symbole zu zeigen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Auch wenn die Regierung die Religionsfreiheit anerkennt, werden die meisten Christen muslimischer Herkunft und Christen aus protestantischen Freikirchen von muslimischen Beamten diskriminiert.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Es ist für Kirchen schwer, Bewilligungen zum Kauf von Land oder Genehmigungen für andere Angelegenheiten von den Verwaltungsbehörden zu erhalten.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Die Regierung kämpft seit Jahren dagegen an. Die Verbreitung von christenfeindlichen Ansichten hat dazu beigetragen, bei einigen Bürgern eine dschihadistische Denkweise zu schaffen, die Christen als Feinde betrachtet. Dies geschieht insbesondere im Norden, Osten und Westen des Landes, wo der Islam stark verbreitet ist.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Obwohl das Land offiziell säkular ist und über 25 Prozent der Bevölkerung Christen sind, leben Kirchen in vielen Landesteilen in Angst vor unberechenbaren Angriffen und sozialen Restriktionen. Sie werden von militanten Gruppierungen und lokalen Anführern im Norden, Osten und Westen des Landes genau beobachtet.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Einige evangelistische Aktivitäten in der Öffentlichkeit wurden verboten. Lokale Behörden, die dem christlichen Glauben feindselig gegenüberstehen, tun alles, was in ihrer Macht steht, um solche Aktivitäten von Kirchen in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Christliche Leiter werden zum Ziel von Belästigungen, besonders wenn protestantische Freikirchen nicht unter dem Dach der protestantischen Vereinigung arbeiten.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

In vielen überwiegend muslimischen Gemeinschaften, vor allem in ländlichen Gebieten, ist die kirchliche Arbeit unter den Jugendlichen stark eingeschränkt. Diese Gemeinschaften sehen einen

christlichen Einfluss auf die Jugend als Bedrohung ihrer Lebensweise; das kann zu zusätzlicher Verfolgung führen.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Der Verkauf oder die Verteilung von Bibeln oder christlichen Materialien wird vom Staat zwar nicht verhindert, aber Christen muslimischer Herkunft oder Christen mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion riskieren dabei ernsthafte Schwierigkeiten. Dies betrifft besonders Christen in Gegenden, in denen militante Gruppen aktiv sind, und könnte zu ihrer Ermordung führen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Mindestens 38 Christen wurden getötet. Am 17. Februar 2020 töteten Bewaffnete 24 Personen bei einem protestantischen Gottesdienst in der Region Yagha, einschließlich des Pastors. Außerdem brannten sie die Kirche nieder. Im Dezember 2019 wurden 14 Menschen bei einem Angriff auf eine protestantische Kirche während des Sonntagsgottesdienstes im Osten des Landes getötet.
- **Verhaftungen von Christen:** Keine.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens drei Kirchen wurden von Dschihadisten angegriffen. Zum Beispiel haben Dschihadisten bei zwei Gelegenheiten Kirchen angegriffen, wobei sie mehr als 38 Menschen töteten.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mehr als zwanzig christliche Häuser und Geschäfte wurden angegriffen oder zerstört. Dies hat dazu geführt, dass viele Christen ihre Häuser verlassen haben und nun in Lagern für Binnenflüchtlinge Schutz suchen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Burkina Faso nimmt die islamische Extremisierung zu. Die Grenzgebiete des Landes stehen unter dem Einfluss militanter Islamisten, und Moscheen und Koranschulen lehren extremistische Formen des sunnitischen Islam. Davon werden selbst Sufis bedroht. In diesen Regionen gibt es keinen Platz für religiöse Minderheiten. Es wurde sogar berichtet, dass Lehrer an Schulen gezwungen wurden, Koranstunden zu halten oder, so hat man ihnen gedroht, sie hätten mit Konsequenzen zu rechnen. Das erschwert das Leben auch für moderate Muslime. Im Oktober 2019 gab es einen bewaffneten Angriff auf eine Moschee im Dorf Salmossi in der nördlich gelegenen Provinz Oudalan.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Tadschikistan: Platz 33

Kurze Zusammenfassung

Die Regierung übt starken Druck auf alle „von der Norm abweichenden“ - Gruppen aus, indem sie existierende Gesetze verschärft und kategorisch durchsetzt. Einheimische Christen muslimischer Herkunft erleiden die stärkste Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch ihre Familie, Freunde und ihr soziales Umfeld. Russisch-Orthodoxe Kirchen bleiben von der Regierung meist unbehelligt, da sie kaum Versuche unternehmen, Kontakte zur tadschikischen Bevölkerung aufzubauen. Vor allem das Jugendgesetz hat Christen (und andere religiöse Minderheiten) mit seinen unklaren Formulierungen in eine rechtliche Grauzone gedrängt, da nicht klar ist, welche Formen von Arbeit unter Jugendlichen noch erlaubt sind.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	66	33
2020	65	31
2019	65	29
2018	65	22
2017	58	35

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Wertung für Tadschikistan stieg im Weltverfolgungsindex 2021 von 65 auf 66 Punkte an, was einem Anstieg von einem Punkt im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Punktzahl in allen Lebensbereichen sowie die Anzahl der Gewalttaten stiegen im Berichtszeitraum an – ein klarer Hinweis auf eine Verschärfung der Situation. Der Druck auf Christen in Tadschikistan ist – wie in den meisten anderen Ländern Zentralasiens – im Privatleben und Bereich des kirchlichen Lebens am höchsten. Dies spiegelt den Einfluss der beiden dominierenden Triebkräfte der Verfolgung im Land wider: Islamische Unterdrückung im Privatleben und diktatorische Paranoia im Bereich des kirchlichen Lebens. Muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner üben vor allem auf Christen muslimischer Herkunft Druck aus, während die Regierung den christlichen Kirchen viele Einschränkungen auferlegt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Tadschikistan ist sowohl wirtschaftlich als auch militärisch weiterhin von Russland abhängig

Tadschikistan besitzt nahezu keine natürlichen Ressourcen, um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Viele erwerbstätige Tadschiken fahren ins Ausland, um ihre Familien zu ernähren – insbesondere die jüngere Generation. Die meisten von ihnen leben und arbeiten als Gastarbeiter in Russland. Für Russland ist Tadschikistan von besonderem Interesse, da das Land strategisch günstig an der Grenze zu China und Afghanistan liegt.

2) Die Regierung Tadschikistans nimmt zunehmend diktatorische Züge an

Dies ist auch in den meisten anderen Ländern Zentralasiens der Fall. Seit 2015 hat das Regime von Präsident Emomalij Rahmon seine Kontrolle über das Land ausgebaut. Jegliche politische Opposition wurde im Keim erstickt – vor allem die „Islamische Partei der Wiedergeburt Tadschikistans“. Politische Veränderungen in Tadschikistan sind damit kaum zu erwarten. Der Präsident konnte mehr oder weniger erfolgreich eine Dynastie errichten.

3) Christen sind weiterhin einem erheblichen Maß an Überwachung ausgesetzt

Seit der Einführung des neuen Gesetzes im Januar 2018 gab es keine Änderungen in der Regierungspolitik in Bezug auf die Religionsfreiheit. Razzien bei Versammlungen, Festnahmen und Verhöre von Christen, Geldstrafen und die Beschlagnahmung von religiösem Material werden damit weiterhin stattfinden. Angesichts der ungebrochenen Massivität der beiden stärksten Triebkräfte der Verfolgung in Tadschikistan (diktatorische Paranoia und islamische Unterdrückung) wird dieser Druck wahrscheinlich unvermindert anhalten.

3. Religiöse Situation im Land

Die tadschikische Kultur wird vom Islam (hauptsächlich dem sunnitischen Islam) dominiert, seit arabische Händler die Religion im 7. Jahrhundert ins Land brachten. Unter der Sowjetunion (1917-1991) förderte die kommunistische Ideologie den Atheismus, doch seit 1991 gab es wieder deutlich mehr religiöse Aktivitäten in Tadschikistan. Seit 2009 ist die hanafitische Rechtsschule des sunnitischen Islam die offizielle Religion in Tadschikistan. Tadschikistan ist der einzige ehemalige Sowjetstaat mit einer Staatsreligion.

Tadschikistan weist den höchsten Anteil an Muslimen in Zentralasien auf: Laut der World Christian Database sind 97,8 % der Bevölkerung Tadschikistans Muslime. Es wäre jedoch falsch, Tadschikistan als muslimisches Land zu bezeichnen. 70 Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben einen beträchtlichen Einfluss hinterlassen. Die Regierung, die von den atheistischen Sowjets beeinflusst ist, bleibt streng säkular und hält den Islam eisern unter Kontrolle. Die Bevölkerung folgt vor allem der islamischen Kultur und nicht den rigorosen islamischen Lehren. Tadschikistan hat jedoch Schwierigkeiten mit islamistischen Extremisten-Gruppierungen wie der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und Hizb ut-Tahrir: Hunderte von Tadschiken haben sich diesen Gruppen angeschlossen und sind auch in den Kampf für den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien und im Irak gezogen.

Laut der World Christian Database ist die zweitgrößte religiöse Gruppe in Tadschikistan nichtreligiös/agnostisch. Sie leben vor allem in der Hauptstadt Duschanbe und anderen Großstädten. Diese Glaubenseinstellung resultiert aus dem über 70 Jahre durch die Regierung der UDSSR erzwungenen Atheismus von 1917 bis 1991.

Mit nur 0,7 % der Gesamtbevölkerung bilden Christen eine sehr kleine Gruppe. Die überwältigende Mehrheit von ihnen ist mit über 76 % russisch-orthodox (dazu gehören vor allem ethnische Russen). Wie in vielen anderen Ländern Zentralasiens sinkt die Zahl der Christen infolge der Auswanderung der Russen. Dies wird nicht damit kompensiert, dass Menschen den christlichen Glauben annehmen. Die Anzahl der Konvertiten beträgt etwa 3.000. Christen muslimischer Herkunft werden durch Familie, Freunde und ihr soziales Umfeld enorm unter Druck gesetzt, zum Glauben ihrer Vorfahren

zurückzukehren. Denn deren Meinung nach kann ein wahrer Tadschike nur Muslim sein. Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlich geführter und kontrollierter Einrichtungen sind nicht gestattet. Insbesondere Protestanten, die im Gegensatz zu orthodoxen Christen als Extremisten angesehen werden, werden in erheblichem Maße verfolgt. Gottesdienste werden oftmals gestört und Gemeindemitglieder schikaniert und verhaftet, weil sie private Gebetstreffen abhalten oder „illegales“ religiöses Material besitzen. Die Registrierung von nichtorthodoxen oder nichtkatholischen christlichen Gruppen ist schlicht unmöglich – alle religiösen Aktivitäten dieser Gruppen sind tatsächlich illegal. Selbst offiziell „legale“ religiöse Gruppen (beispielsweise Baptisten) sehen sich solcher Verfolgung ausgesetzt. Anfang des Jahres 2019 verbrannten Regierungsbeamte 5.000 Kalender von Baptisten, die am internationalen Flughafen von Duschanbe beschlagnahmt worden waren, weil sie als „Propaganda einer fremden Religion“ eingestuft wurden.

Eines der Hauptprobleme für Christen in Tadschikistan (und den anderen Ländern Zentralasiens) ist die Tatsache, dass es unter den verschiedenen Konfessionen kaum Zusammenarbeit und viele Spaltungen gibt, was der Regierung in die Hände spielt.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Der Druck der Behörden hat seit 2015 zugenommen, wodurch die Anzahl der Razzien bei Versammlungen und die Zahl der Verhöre von Christen angestiegen sind. Christen werden üblicherweise als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die nur ein Ziel hat, nämlich das derzeitige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Daher gelten sie als Gefahr und müssen kontrolliert und gegebenenfalls beseitigt werden. Ein weiterer Bereich, in dem energisch durchgegriffen wird, ist der Religionsunterricht, ganz gleich, um welche Religion es sich handelt.

Islamische Unterdrückung

Wenn einheimische muslimische Bürger sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck und vereinzelt auch körperliche Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und erhöhen so den Druck auf sie. Daher setzen die meisten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „heimlichen Christen“.

5. Verfolger

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Polizei führt Razzien in Wohnungen und Kirchen durch und beschlagnahmt christliche Bücher, DVDs und Computer. Es folgen Verhaftungen, Verhöre und Geldstrafen für Christen. Gemeindeleiter werden regelmäßig zu Verhören einbestellt und unter Druck gesetzt, damit sie zu Informanten werden. Am stärksten ist dieser Druck auf tadschikische Gemeindeleiter.

- **Politische Parteien:** In Tadschikistan sind nur wenige politische Parteien zugelassen. Die Regierung unter der Führung von Präsident Rahmon beteiligt sich naturgemäß an der Verfolgung von Christen, indem sie den Großteil der Verfolgung billigt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger gehören der muslimischen Mehrheit an. Auch sie melden den Behörden christliche Aktivitäten.

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene Familie:** Muslimische Familienmitglieder üben besonders in ländlichen Gebieten hohen Druck auf Familienmitglieder aus, die den christlichen Glauben angenommen haben. Das geht oft mit Drohungen, Schlägen, Hausarrest und Ausgrenzung einher.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Tadschikische Anführer ethnischer Gruppen sehen die Hinwendung zum Christentum als einen Angriff auf die tadschikische Identität und reagieren mit Feindseligkeit.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche dürfen auf physische Gewalt zurückgreifen, um Christen muslimischer Herkunft dazu zu bringen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Im Falle eines Glaubenswechsels reagieren das soziale Umfeld und die religiösen Leiter mit heftiger Verfolgung. Gewöhnliche Bürger üben in ihrem Umfeld Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus mit dem Ziel, sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen.
- **Regierungsbeamte:** Die Mitarbeiter lokaler Behörden haben Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft. Daraus ergeben sich Probleme für Christen muslimischer Herkunft und Protestanten.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Der Druck aus dem muslimischen Umfeld auf Christen muslimischer Herkunft ist außerhalb der Großstädte stärker.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppen, von denen die größte die Russisch-Orthodoxe Kirche ist, sind nicht an der Evangelisation unter Tadschiken beteiligt. Sie können ohne Störungen wirken, da das tadschikische Regime sie nicht als Bedrohung ansieht. Außerdem hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland durch einen Angriff auf die Russisch-Orthodoxe Kirche zu provozieren.

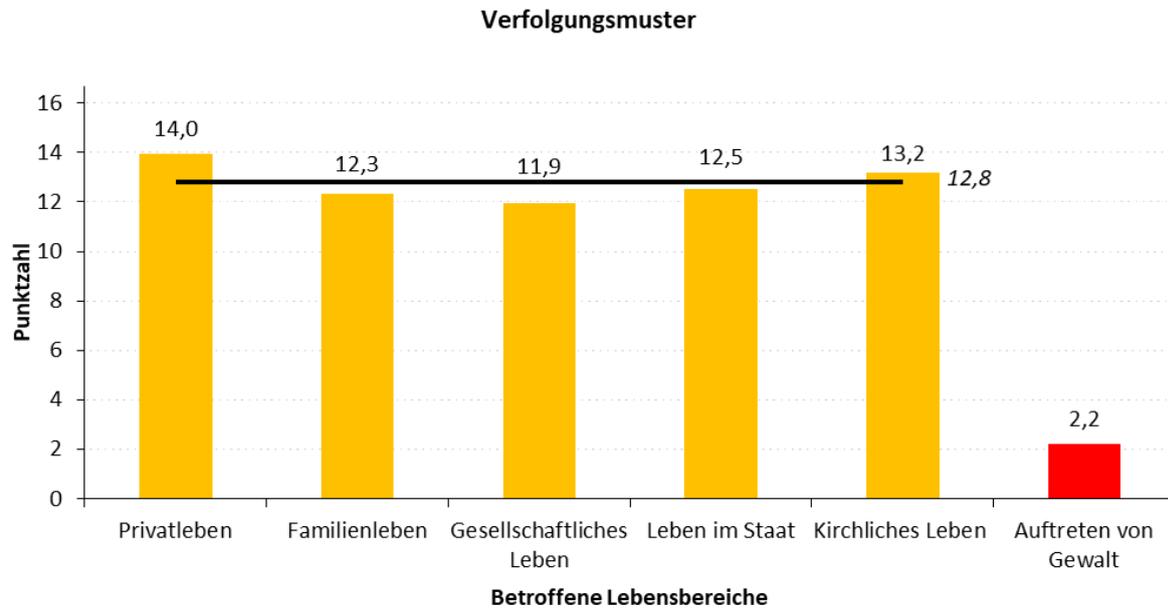
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in Tadschikistan die Hauptlast der Verfolgung. Neben den Einschränkungen, die sie vonseiten des Staates erfahren, werden sie auch durch ihre Familien und Freunde stark unter Druck gesetzt – am meisten jedoch von ihrem sozialen Umfeld. Ein Glaubenswechsel wird als Abfall vom Islam betrachtet und bringt Schande über die Familie.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Konvertiten ist diese Gruppe von Christen am zweitstärksten verfolgt – vor allem infolge aktiver Evangelisation. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen, die von Behörden verhängt werden.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tadschikistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 12,7 Punkten im Vorjahr auf 12,8 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Der Druck in Privatleben, Familienleben und im Bereich des kirchlichen Lebens verzeichnet den größten Zuwachs.
- Im Privatleben ist der Druck extrem, doch auch in allen anderen Lebensbereichen ist er sehr hoch. Die hohen Werte im Privatleben und im Bereich des kirchlichen Lebens liefern einen Hinweis darauf, dass der Druck auf die Christen in Tadschikistan von zwei Hauptquellen ausgeht: Islamische Unterdrückung im Privatleben und diktatorische Paranoia im Bereich des kirchlichen Lebens.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist niedrig und im Vergleich zum Vorjahr von 1,1 auf nun 2,2 Punkte gestiegen. Wie in allen anderen Ländern Zentralasiens gibt es auch in Tadschikistan nur wenige Berichte über gewalttätige Vorfälle.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Christen muslimischer Herkunft vermeiden es, ihren neuen Glauben mit Menschen ihres sozialen Umfelds zu teilen. Es ist für Christen riskant, mit Muslimen über den christlichen Glauben zu reden. Dies wird als Aufruf zu religiösem Hass interpretiert, was ein Einschalten staatlicher Behörden zur Folge hat.

Wurde ein Religionswechsel (auch der Wechsel innerhalb christlicher Denominationen) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat an Familie und Kultur sowie dem Islam gesehen. Wer den christlichen Glauben annimmt, schließt sich automatisch von seinem sozialen Umfeld aus. Familie, Freunde und Umfeld werden versuchen, Christen muslimischer Herkunft dazu zu bringen, ihren Glauben zu widerrufen. Dies kann zu körperlicher Gewalt führen. Offiziell wird niemand daran gehindert, den Glauben zu wechseln – die Gesetzgebung ist säkular. Dennoch sieht die tadschikische Regierung Glaubenswechsel nicht gern, da sie zu Spannungen in der Bevölkerung führen können.

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Das ist besonders für Christen muslimischer Herkunft riskant. Selbst auf sehr privater Ebene kann das Ausmaß der Feindseligkeit stark sein, wenn Christen beispielsweise allein beim Gebet entdeckt werden. Es gab Berichte, wonach Familien Christen muslimischer Herkunft schlugen, um sie zur Abkehr vom christlichen Glauben zu zwingen. Obwohl der Staat versucht, religiöse Aktivitäten so weit wie möglich zu regulieren, hat er auf diesen privaten Bereich keinen Einfluss.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Christen muslimischer Herkunft werden von ihrer Familie stark in der Ausübung ihrer Religion unterdrückt, so dass sie sich sehr davor fürchten, mit ihnen darüber zu sprechen. Dies kann auch russische Protestanten betreffen.

Familienleben

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihres christlichen Glaubens zu erziehen?

Familienmitglieder wehren sich dagegen, dass Christen muslimischer Herkunft ihre Kinder im christlichen Glauben und mit christlichen Werten erziehen. Sie versuchen, das Sorgerecht für die Kinder zu übernehmen, um sie nach islamischen Prinzipien zu erziehen. Die Gesetzgebung schränkt die religiöse Erziehung von Kindern sehr ein. Sie erlaubt den Eltern, ihre Kinder nach ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen, doch gleichzeitig sollen Eltern ihren Kindern (bis zum Alter von 18 Jahren) nicht erlauben, an den Aktivitäten religiöser Organisationen (z.B. von Kirchen und Moscheen) teilzunehmen.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, soziales Umfeld) setzt die Kinder von Christen muslimischer Herkunft unter Druck, islamische Unterweisung zu erhalten – sogar gegen den ausdrücklichen Wunsch der christlichen Eltern. „Geschichte der Religionen“ ist ein Fach an weiterführenden Schulen, an dem alle Kinder teilnehmen müssen. Es wird aus einer sunnitisch-muslimischen Perspektive unterrichtet.

Wurden christliche Taufen behindert?

Die Taufe gilt als das endgültige Anzeichen dafür, den Islam für den christlichen Glauben aufgegeben zu haben. Familie, Freunde und das soziale Umfeld lehnen die Taufe daher ab. Taufen werden vom Staat mit Feindseligkeit betrachtet. Sie werden automatisch mit Evangelisation und Glaubenswechsel in Verbindung gebracht – beides lehnt der Staat ab.

Wurden Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert?

Christliche Kinder werden verleumdet. Muslimische Kinder werden oft vom Kontakt mit christlichen Kindern abgehalten. Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden häufig als Außenseiter betrachtet und in der Folge schikaniert oder diskriminiert. Der Staat bleibt daran unbeteiligt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Wenn bekannt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, wird er von seinen Familienmitgliedern und seinem Umfeld überwacht. Auch lokale Beamte überwachen alle Aktivitäten von nichtorthodoxen Christen akribisch. Die engmaschige Überwachung von nichtorthodoxen Christen ist eine der stärksten Formen der Verfolgung im Land und beinhaltet auch das Abhören von Telefonen. Auch Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und sozialem Umfeld genauestens observiert.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Der Druck des sozialen Umfelds auf Christen muslimischer Herkunft, ihren neuen Glauben zu widerrufen, ist meist sehr stark. Dabei werden verschiedene Taktiken angewandt – Drohungen, Schläge, Hausarrest, Zwangsverheiratung und Ächtung. Mitglieder protestantischer Kirchen werden als Anhänger einer gefährlichen Sekte betrachtet und daher durch ihr Umfeld unter Druck gesetzt. Dies geschieht durch ihr muslimisches Umfeld und nicht durch den Staat.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien, Freunden und ihrem Umfeld schikaniert und bedroht (etwa auch vom örtlichen Imam). Christen, die zu nichtregistrierten kirchlichen Gruppen gehören, werden durch lokale Beamte belästigt.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Wenn bekannt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, wird er von seiner Familie und seinem Umfeld schikaniert und intensiv befragt. Immer wieder unterbricht die Polizei kirchliche Versammlungen und verhört die anwesenden Christen.

Leben im Staat

Sind christliche Zivilgesellschaftsorganisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Es ist für Christen unmöglich, solche Organisationen oder Parteien in Tadschikistan zu gründen; dies untersagt die tadschikische Verfassung eindeutig. Muslime betrachten christliche Organisationen von vorneherein als Versuch, Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren. Dies soll mit allen möglichen Mitteln verhindert werden.

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Offiziell schützt die tadschikische Verfassung die Religionsfreiheit. Gleichzeitig führen andere Gesetze und Vorschriften jedoch zu Einschränkungen der Religionsfreiheit. Das Religionsgesetz von 2009/2011 (mit seinen Ergänzungen vom Januar 2018) schreibt die Registrierung aller religiöser Organisationen vor. Jegliche kirchlichen Aktivitäten von nichtregistrierten Gruppen sind illegal. Gleichzeitig ist es sehr schwer, eine staatliche Registrierung zu erhalten. Nichtlizenzierte religiöse Bildung ist verboten, und alles religiöse Material unterliegt der staatlichen Zensur. Das Gesetz über elterliche Verantwortung verbietet Menschen unter 18 Jahren die Teilnahme an Aktivitäten religiöser Organisationen.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Christen muslimischer Herkunft und Protestanten sind am stärksten davon betroffen. Sie haben keine Möglichkeit, eine Arbeit im öffentlichen Bereich zu bekommen oder befördert zu werden, wenn ihr christlicher Glaube den Behörden bekannt wird. Wird ihr Glaube bekannt, ist ihre Entlassung beinahe vorprogrammiert. In ihrem lokalen Umfeld liegt der Fokus von Muslimen auf Christen muslimischer Herkunft.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst vor Strafverfolgung verschont?

Behörden, die Christen diskriminieren und verfolgen, tun dies mit Rückendeckung des Gesetzes und nach eigenem Ermessen. Dabei können sie sich in Sicherheit wiegen, dass ihnen auch dann keine Konsequenzen drohen, wenn sie über das vorgesehene Maß hinausgehen. Die Regierung macht bislang keine Anstalten, den Täter in einem derartigen Fall zu bestrafen, um die Verfolgung von Christen einzudämmen. Im Gegenteil, Christenverfolgung wird meist sogar von der Regierung unterstützt. Erschwerend kommt hinzu, dass jegliches Vorgehen gegen Konvertiten die volle Zustimmung des muslimischen Umfeldes hat.

Kirchliches Leben

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Im August 2011 wurde jegliche Art von christlicher Arbeit unter Jugendlichen verboten. Beamte führen regelmäßig Razzien in Kirchen durch und nutzen dabei dieses „Jugendschutzgesetz“ als Vorwand. Da ca. 50 % aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat das Gesetz und seine Durchsetzung weitreichende Konsequenzen. Muslime lehnen christliche Arbeit unter Jugendlichen ab, blockieren vorsätzlich Veranstaltungen und Sommercamps und berichten jede Auffälligkeit der Polizei.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder von karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Die Regierung verbietet es Christen, solche Institutionen oder Vereine zu gründen. Zudem würden Muslime diese Art von Aktivitäten mit Evangelisation in Verbindung bringen und sie blockieren.

Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?

Die Regierung muss der Produktion, dem Import und Export, dem Verkauf und der Verteilung von religiösem Material von registrierten religiösen Gruppen zustimmen. Damit sind faktisch alle Materialien verboten, die nichtregistrierte religiöse Gruppen benutzen. Auch registrierte Gruppen erhalten selten eine Erlaubnis hierzu. Das muslimische Umfeld lehnt die Produktion und die öffentliche Verteilung von jeglichem christlichen (besonders landessprachlichen) Material ab, da die Vermutung besteht, dass es für evangelistische Zwecke genutzt wird.

Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche von Tadschiken bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?

Besuche von Christen aus dem Ausland werden stark eingeschränkt. Man benötigt ein besonderes Visum, das nur sehr schwer erhältlich ist. Tadschikische Christen können nur mit offizieller Erlaubnis andere Länder besuchen und an Konferenzen teilnehmen. Der Staat überwacht genau, wer solche Reisen beantragt. Die muslimische Gemeinschaft lehnt das Auftreten ausländischer christlicher Prediger in Tadschikistan ab, besonders, wenn die Sprache von Muslimen verstanden werden kann.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Beschlagnahmte Kirchen:** Die Behörden einer Großstadt beschlagnahmten ein Kirchengebäude und das umliegende Gelände. Sie vertrieben die dort versammelte Gemeinde.
- **Festgenommene Christen:** Berichten zufolge wurden zwei Pastoren und ein Bischof vom Sicherheitsdienst vorgeladen, mehrere Stunden festgehalten, bedroht und verhört.
- **Verurteilte Christen:** Pastor Bakhrom Kholmatov wurde am 18. Dezember 2019 aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er im Juli 2017 zu drei Jahren Haft wegen „Anstiftung zu religiösem Hass“ verurteilt worden war.
- **Belästigungen von Christen:** Berichten zufolge wurde das Recht von 18 Christinnen und Christen muslimischer Herkunft durch ihre muslimischen Verwandten und das muslimische Umfeld verletzt. Die meisten von ihnen lebten in ländlichen Gebieten.

- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Im Berichtszeitraum wurden 13 Christinnen und Christen muslimischer Herkunft von ihren muslimischen Verwandten und dem Umfeld gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Die meisten von ihnen lebten in ländlichen Gebieten.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die gesellschaftliche Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten hat weiter abgenommen. Die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas gilt seit 2007 als illegal. Am 10. September 2019 verurteilte ein Gericht der Stadt Chudschand einen Zeugen Jehovas, Schamil Chakimow, wegen „Anstiftung zu religiösem Hass“ zu siebeneinhalb Jahren Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis – gefolgt von drei Jahren Verbot, in einer religiösen Organisation zu arbeiten. Zoroastrier und schiitische Muslime berichteten über einen Anstieg von Druck und Feindseligkeit vonseiten der Familie und ihrem Umfeld.

Der Jahresbericht 2019 (Seiten 100 – 115) zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums verlautet:

- Das Gesetz beschränkt das islamische Gebet auf bestimmte Orte, regelt die Registrierung und den Standort von Moscheen und verbietet Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an öffentlichen religiösen Aktivitäten.
- Die Regierung hat weiterhin etwa 20 Imame in der Region Sughd wegen Mitgliedschaft in verbotenen extremistischen Organisationen verhaftet. Die Behörden setzten Schikane gegen Frauen mit Hijab und Männer mit Bärten fort. Regierungsbeamte gaben erneut Erklärungen heraus, in denen sie Frauen davon abrieten, „nichttraditionelle oder fremde“ Kleidung, einschließlich Hijab, zu tragen.
- Die Menschenrechtsorganisation Forum 18 berichtete davon, dass es in den nördlichen Städten Chudschand und Konibodom zu Polizeirazzien bei Zeugen Jehovas kam und dass Polizeibeamte Laptops, Mobiltelefone und Pässe beschlagnahmten. Die Zeugen Jehovas sagten aus, dass die Behörden Erwachsene wegen des Besitzes von religiösem Material und der Teilnahme an religiösen Aktivitäten festnahmen und verhörten.

Tadschikistan ist seit langem für Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit und damit verbundener Menschenrechte wie der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit bekannt. Es gibt keinen Fokus auf eine bestimmte religiöse Gruppe – alle (Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahais usw.) leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Beispiele:

Eine tadschikische Frau hat die Polizei in Duschanbe beschuldigt, sie beleidigt und bedroht zu haben, nachdem sie zusammen mit etwa zwei Dutzend anderen Frauen bei einer Razzia gegen Frauen mit islamischer Kopfbedeckung festgenommen wurde. Rund 20 muslimische Frauen wurden in einer Straße in Duschanbe festgenommen, weil sie einen Hijab trugen. Einige von ihnen erhielten eine Geldstrafe. Eine Frau gab an, auf einer Polizeistation gefoltert worden zu sein. Ein Militärgericht in Tadschikistan verurteilte einen Zeugen Jehovas zu zwei Jahren Gefängnis, nachdem es ihn für schuldig befunden hatte, den vorgeschriebenen Militärdienst verweigert zu haben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Nepal: Platz 34

Kurze Zusammenfassung

Christen hinduistischer Herkunft stehen unter dem größten Druck, da ihnen vorgeworfen wird, vom Glauben ihrer Vorfahren abzuweichen. Konvertiten (und Mitglieder protestantischer Kirchen) stehen dem Druck von Familie, Freunden, dem sozialen Umfeld und den Behörden gegenüber. Römisch-katholische Kirchengemeinden und Kirchen, in denen sich Ausländer versammeln, erleben die wenigsten Schwierigkeiten. Hin und wieder nutzen extremistische Hindus die anhaltende politische Instabilität, um Christen anzugreifen – meistens ungestraft. Es gab Berichte von Angriffen auf Kirchen sowie von Christen, die geschlagen, verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Zudem mussten einige Christen ihre Häuser und Dörfer fluchtartig verlassen, da sie bedroht wurden. Es gibt zudem einige rechtliche Einschränkungen auf der nationalen Ebene.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	66	34
2020	64	32
2019	64	32
2018	64	25
2017	53	-

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl Nepals von 66 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2021 – zwei Punkte mehr als im Weltverfolgungsindex 2020 – zeigt, dass sich die Situation der Christen verschlechtert hat. Der größte Druck kommt von extremistischen Hindus und ist im privaten, staatlichen und kirchlichen Bereich am höchsten. Das Auftreten von Gewalt extremistischer Hindus gegen Christen nahm ebenfalls zu, wobei eine große Anzahl von Kirchen beschädigt, Christen verhaftet, körperlich bedrängt und gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Der christliche Glaube ist schnell gewachsen

Nepal ist ein armes Land, eingeklemt zwischen Indien und China, und seine Politik ist tief gespalten. Trotz aller Probleme macht Nepal jedoch langsam Fortschritte; die Wirtschaft verbessert sich und die hohe Armut wird nach und nach reduziert. Der christliche Glaube wächst schnell, was extremistische Hindus beunruhigt, da die meisten Konvertiten zum christlichen Glauben einen hinduistischen Hintergrund haben.

2) Extremistische Hindus konnten ungestraft Nichthindus angreifen

Verglichen mit dem Nachbarland Indien ist die Zahl der gemeldeten gewalttätigen Vorfälle gegen Christen in Nepal relativ gering, aber sie nimmt zu. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Drohungen, Verhaftungen und körperliche Belästigungen. Kirchen und Häuser von Christen wurden beschädigt und ausländische Christen wurden vertrieben. Unter den gegebenen Umständen sind extremistische Hindus in der Lage, ihre Angriffe gegen Nichthindus ungestraft fortzusetzen und auszuweiten. Bis jetzt hat die Regierung Nepals fast nichts unternommen, um sie aufzuhalten. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass Christen mit zunehmender Unterdrückung konfrontiert sein werden.

3) Die politische Situation ist weiterhin instabil

Es wird erwartet, dass der Grad der politischen Instabilität weiter anhält. Die Regierung von Premierminister Khadga Prasad Oli regiert das Land, seit sie am 15. Februar 2018 an die Macht kam. Unter dieser Regierung trat das Antibekehrungsgesetz in Kraft. Im Jahr 2020 zeichnete sich eine Spaltung innerhalb der Kommunistischen Partei ab.

3. Religiöse Situation im Land

Der Hinduismus ist die vorherrschende Religion in Nepal, und es gibt überwiegend buddhistische ethnische Gruppen. Ein Überbleibsel der Zeiten, in denen der Hinduismus die Staatsreligion war, ist das Kastensystem – eine jahrhundertealte hierarchische Einteilung der Gesellschaft. Gemäß der „Varna“-Tradition gibt es vier Kasten (Brahmanen, Kshatriyas, Vaishyas und Shudras) und eine Anzahl von Gruppen, die heute als Dalits bekannt sind, die historisch aus dem „Varna“-System ausgeschlossen waren und immer noch als Unberührbare geächtet sind. Viele Christen in Nepal sind ehemalige Dalits. Die meisten Christen in Nepal gehören zu den niederen sozialen Schichten und haben geringe Einkommen.

Seit Jahrhunderten werden die Dalits sozial und wirtschaftlich ausgebeutet, und viele haben sich in den letzten Jahren zum christlichen Glauben hingezogen gefühlt. Kampagnen zur Rekonversion (wie die Ghar-Wapsi-Bewegung in Indien) waren nicht besonders erfolgreich, und so finden Hindu-Extremisten – die darauf abzielen, Nepal zu einer Hindu-Nation zu machen – andere Wege, um Druck auf Christen auszuüben.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Der Großteil der Verfolgung von Christen in Nepal geht von extremistischen Hindugruppen aus, die Nepal wieder in einen hinduistischen Staat verwandeln wollen. Diese Gruppierungen haben enge Verbindungen zu Hindutva-Gruppen im benachbarten Indien. Die Verfolgung ging bisher nicht von der Regierung aus, aber seit 2015 gilt eine neue Verfassung, welche die Religionsfreiheit einschränkt. Am 8. August 2017 verabschiedete das nepalesische Parlament zudem ein Anti-Bekehrungsgesetz, das am 16. Oktober 2017 vom Präsidenten unterzeichnet wurde – ein weiteres Zeichen einer sich verschlechternden Situation für Christen.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Im Kontext Nepals sind die meisten Christen hinduistischer Herkunft. So ist es für einzelne Christen, die aus einer extremistischen Hindu-Familie oder -Gemeinschaft stammen, äußerst schwierig, den christlichen Glauben zu praktizieren. Wenn ein Konvertit aus einer extremistischen Hindu-Familie dabei ertappt wird, dass er den christlichen Glauben praktiziert, wird er wahrscheinlich mit Druck und Gewalt konfrontiert und aus seinem Haus vertrieben. Außerdem dürfen sie keinen Besitz erben. In den meisten Fällen wird die Unterdrückung durch den Clan oder Stamm mit religiösem Nationalismus vermischt.

5. Verfolger

Ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus

- **Regierungsbeamte:** Verfolgung durch Regierungsbeamte findet weniger auf nationaler Ebene, sondern auf lokaler (und vielleicht auch auf Provinzebene) statt. Dort haben Regierungsbeamte Verbindungen zur hinduistischen Gemeinschaft. Sie können die Religionsfreiheit einschränken, was zur Verhaftung und Schikanierung von Christen führen kann.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Hinduistische Anführer versuchen auf allen Ebenen (lokal, provinziell und national), Einfluss auszuüben und andere Religionen einzuschränken. Als eine Folge davon hat die Gewalt in Nepal in den letzten Jahren zugenommen.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt mehrere extremistische Hindugruppen und -parteien, die durch die Taktiken von Gleichgesinnten in Indien beeinflusst werden. Ihre Aktivitäten und ihr Einfluss nehmen zu.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen hinduistischer Herkunft stehen oft unter enormem Druck vonseiten ihrer eigenen Familien, zum Glauben ihrer Vorfahren zurückzukehren.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Besonders in den nördlichen und extrem südlichen Regionen Nepals haben diese Anführer religiöse Intoleranz an den Tag gelegt. Dies führte zu mehreren Vorfällen, die darauf abzielten, christliche Evangelisten, Pastoren und neu gegründete Gemeinden zu verfolgen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Besonders auf lokaler Ebene üben Hindus Druck auf Christen hinduistischer Herkunft und andere Christen aus.
- **Politische Parteien:** Es gibt mindestens zwei hinduistische Parteien im Parlament, die befürworten, Nepal wieder zu einer Hindu-Nation zu machen.

Ausgehend von der Unterdrückung durch den Clan/Stamm, oft vermischt mit religiös motiviertem Nationalismus

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer hinduistischer Gruppen, besonders in den nördlichen und den extrem südlichen Regionen Nepals, zeigen religiöse Intoleranz. Dies führte zu mehreren Vorfällen, die darauf abzielten, christliche Evangelisten, Pastoren und neu gegründete Gemeinden zu verfolgen. Dies ist stark mit religiös motiviertem Nationalismus verbunden.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt mehrere extremistische Hindugruppen und -parteien, die durch die Taktiken ihrer Kollegen in Indien beeinflusst werden. In ihren Augen ist der christliche Glaube eine Religion, die in Nepal nicht existieren sollte.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen hinduistischer Herkunft stehen oft unter enormem Druck vonseiten ihrer eigenen Familien, zum Glauben ihrer Vorfahren zurückzukehren.
- **Regierungsbeamte:** Lokale Regierungsvertreter (auf Ortsebene) stellen sich gegen christliche Aktivitäten in ihren Gebieten.
- **Gewöhnliche Bürger:** Auf lokaler Ebene üben Hindus Druck auf Christen hinduistischer Herkunft und andere Christen aus.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt keine Verfolgungsbrennpunkte von Christen in Nepal, aber der Druck auf christliche Konvertiten ist auf dem Land stärker als in den städtischen Gebieten.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Nepal halten überwiegend ihre eigenen, isolierten Versammlungen ab. Sie sind kaum darin aktiv, das Evangelium zu verbreiten. Die nepalesische Verfassung hat Schwierigkeiten für ausländische Christen geschaffen. Es ist ausländischen Missionaren nicht erlaubt, zu religiösen Zwecken nach Nepal einzureisen. Wenn ausländische Besucher bei evangelistischen Aktivitäten ertappt werden, werden sie sofort in ihr jeweiliges Land zurückgeschickt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die bei weitem größte und wichtigste traditionelle Kirche ist die Römisch-Katholische Kirche; dazu kommen einige wenige orthodoxe Gemeinschaften. Sie neigen dazu, sich nicht an evangelistischen Aktivitäten zu beteiligen. Daher werden diese Gemeinschaften auch selten von extremistischen Hindus angefeindet.

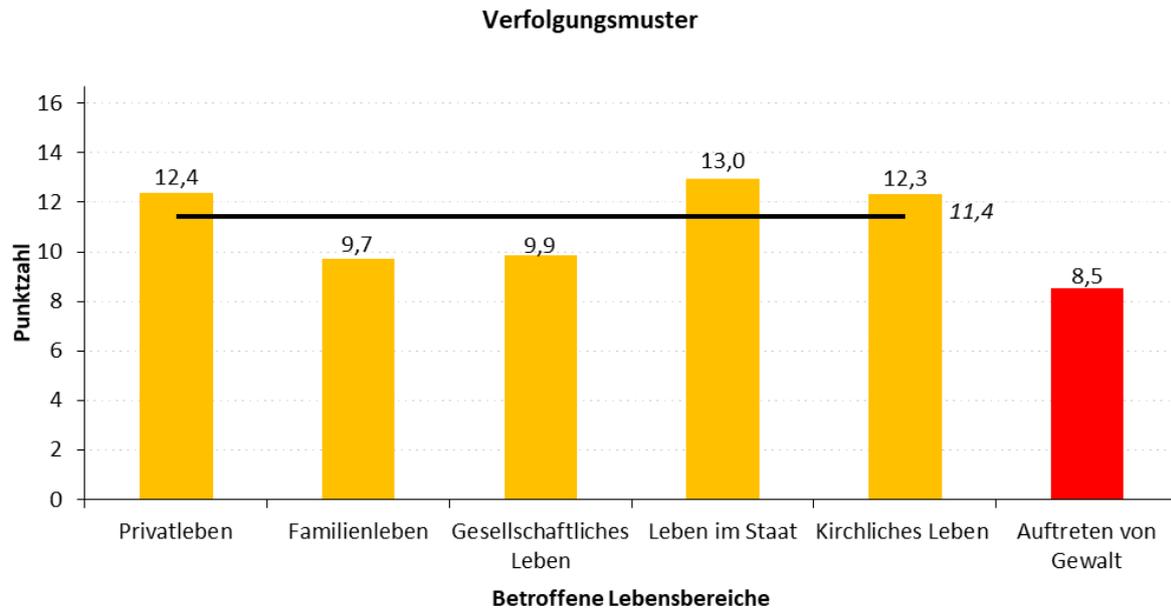
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen hinduistischer Herkunft sind die größte Gruppe der Christen in Nepal, und ihre Anzahl ist in den letzten Jahren weiterhin stark gestiegen. Sie sind von allen Christen in Nepal mit der stärksten Verfolgung konfrontiert, wobei viel Druck von lokalen Regierungsbeamten, Hindu-Priestern, der eigenen Familie und dem sozialen Umfeld ausgeht.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gemeinden sind meist konfessionell unabhängig. Christen hinduistischer Herkunft besuchen in der Regel Gemeinden, die zu dieser Kategorie gehören. Da solche Gemeinden auch am aktivsten in der Evangelisation sind, erleben sie ein hohes Maß an Verfolgung.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nepal

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,4 Punkte), leicht niedriger als im Weltverfolgungsindex 2020 (11,5 Punkte). Die Unterdrückung von Christen (insbesondere hinduistischer Herkunft) durch Hindus ist auf allen Ebenen der Gesellschaft zu spüren, von der persönlichen bis hin zur staatlichen und kirchlichen Ebene. Christen erfahren ständigen Widerstand gegen ihren Glaubenswechsel und Taufen. Die Anti-Konversions-Gesetzgebung ist seit 2017 in Kraft.
- Die drei Lebensbereiche mit den höchsten Punktzahlen sind Leben im Staat, Privatleben und kirchliches Leben. Dies sind die Bereiche, in denen der Druck durch Hindus am deutlichsten sichtbar wird. Der Druck im Bereich Familienleben sank um 1,2 Punkte und der Druck im gesellschaftlichen Leben blieb auf dem gleichen Niveau wie im vorherigen Berichtszeitraum.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist von 7,0 Punkten auf 8,5 Punkte gestiegen. Hinduistische Gewalt gegen Christen führte dazu, dass Kirchen beschädigt, Christen verhaftet, körperlich bedrängt und gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Sich zum christlichen Glauben zu bekennen kommt in den Augen von hinduistischen Extremisten Evangelisation gleich. Dagegen wird vorgegangen, manchmal auch heftig. Zunächst war dies auf die Familien auf dem Land beschränkt, aber heute haben die sozialen Medien das Thema in alle Winkel Nepals getragen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Über den christlichen Glauben außerhalb der eigenen Familie zu sprechen, wird allgemein von Hindus als eine Form der Evangelisation angesehen. Mitglieder der Großfamilie, Freunde und die Gemeinschaft werden sich gegen Christen stellen, die dies tun; daher müssen sie sehr vorsichtig sein.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Die Abneigung der Hindus gegen den Glaubenswechsel zum christlichen Glauben wächst in Nepal. Unter dem Einfluss der extremistischen Hindus in Indien werden die Hindus in Nepal immer gewalttätiger gegen Konvertiten und alle Christen, die in der Evangelisation aktiv sind. Aufgrund dieser wachsenden Abneigung wurde die Verfassung Nepals 2015 mit Artikel 26 angepasst, der den Glaubenswechsel per Gesetz verbietet.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Wenn nur ein Mitglied einer Familie zum christlichen Glauben wechselt, während andere ihren ursprünglichen Glauben beibehalten, kann das zu allen möglichen Konfrontationen und Konflikten führen. Die meisten christlichen Konvertiten, die nicht in der Nähe ihrer Familien leben, ziehen es vor, dieser nichts von ihrem Glauben zu erzählen, aus Angst, sie zu beleidigen.

Familienleben

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Die hinduistische und buddhistische Tradition in Nepal ist es, Menschen einzuäschern, wenn sie verstorben sind. Es gibt keine gemeinsamen Begräbnisstätten, so dass die einzigen Orte, an denen Christen begraben werden können, einige wenige private Grundstücke sind – aber selbst dann wird es Widerstand von Einheimischen geben. Einige Familien reisten nach Indien, um Beerdigungen von Katholiken durchzuführen, die in Nepal gestorben waren.

Wurden christliche Taufen behindert?

Die Taufe gilt als das endgültige Zeichen dafür, den Hinduismus für den christlichen Glauben aufzugeben zu haben. Viele Christen sind sich bewusst, dass Taufen zu starken Reaktionen der Familie

und des Umfeldes führen können, und sie werden sich entweder nicht taufen lassen oder dies heimlich tun. Der Druck auf die Christen ist so groß geworden, dass Taufgottesdienste im Geheimen in Kirchen abgehalten werden.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Auch wenn das Land nun offiziell säkular ist, sind hinduistische Praktiken und Bräuche tief in das Bildungssystem eingebettet. Kinder nichthinduistischer Glaubensrichtungen werden routinemäßig an hinduistischen Bräuchen als Teil der Schulaktivitäten teilnehmen. Zum Beispiel werden die täglichen Gebete in den Schulen zur hinduistischen Göttin des Lernens, Saraswati, rezitiert. Der Lehrplan der Schule lehrt über hinduistische Feste und kulturelle Praktiken. Es gibt keinen Druck, an diesen Aktivitäten teilzunehmen, und es gibt keine Regierungsagenda als solche, durch diese Aktivitäten ein hinduistisches Monopol zu etablieren. Die allgegenwärtige Präsenz einer Mehrheitsreligion oder Kultur im Alltag und die Unfähigkeit der Schulen, eine integrative Haltung zu entwickeln, kann jedoch dazu führen, dass sich Kinder aus religiösen Minderheiten entfremdet fühlen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Manche Kinder christlicher Eltern haben Schwierigkeiten oder werden von ihren Freunden schikaniert. Andere Kinder, deren Eltern ihnen gesagt haben, dass sie nicht mit christlichen Kindern verkehren sollen, weigern sich, mit christlichen Kindern zu spielen. Verwandte und Nachbarn können sie ebenfalls diskriminieren, indem sie ihnen nicht so viel Zuneigung entgegenbringen, wie sie es taten, bevor die Familie christlich wurde.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Vom sozialen Umfeld werden Christen (insbesondere christliche Konvertiten) oft von ihrer Familie oder Mitgliedern der Gemeinschaft bedroht. Christliche Hausversammlungen werden regelmäßig gestört und behindert. Einzelne Christen werden oft schikaniert, weil sie die hinduistischen Traditionen und Rituale nicht befolgen.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Alle christlichen Aktivitäten werden durch das soziale Umfeld überwacht. Meistens geschieht dies durch Mitglieder der Gemeinschaft, aber manchmal sind auch hinduistische oder buddhistische Extremisten in dieser Hinsicht aktiv. Sogar lokale Regierungsbeamte überwachen kirchliche Aktivitäten, wobei die Polizei in die Kirchen geschickt wird, um Informationen zu sammeln.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Die örtliche Polizei und die Stadtverwaltungen zwingen Christen oft, zu Befragungen in ihre Büros zu kommen. Sie werden gebeten, über ihre kirchlichen Aktivitäten zu berichten.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Christen im Staatsdienst und vor allem im Militär werden diskriminiert. Christen in öffentlichen Ämtern haben im Allgemeinen keine faire Chancen in ihrem Beruf, geschweige denn auf eine Beförderung. Auch private, nichtchristliche Organisationen diskriminieren Christen bei der Einstellung und Beförderung. Stattdessen erhalten weniger qualifizierte Hindus (oder Menschen einer anderen Religion) die sich bietenden Chancen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Nepal ist ein säkularer Staat und die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, was bedeutet, dass die Menschen ihre Religion und Kultur frei ausüben können. Der Übertritt von einer Religion zur anderen ist jedoch verboten. Das neue Strafgesetzbuch von Nepal, das im August 2017 in Kraft getreten ist, verbietet religiöses Verhalten, das die öffentliche Ordnung stört oder gegen die öffentliche Moral verstößt. Während das Gesetz also im Allgemeinen positiv ist, besteht die Möglichkeit, dass diese neuen Bestimmungen dazu verwendet werden können, Mitglieder von Minderheitengruppen ins Visier zu nehmen und zu bestrafen.

War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?

Die meisten nationalen Medien in Nepal sind voreingenommen gegen Christen. Es gibt jedoch keine eklatante Medienpropaganda oder das Aufpeitschen von Hass und Paranoia gegen Christen wie in einigen anderen Ländern. Es gibt allerdings eine Tendenz, evangelikale Gruppen so darzustellen, dass sie Geld und falsche Versprechungen verwenden, um unschuldige Dorfbewohner in die Irre zu führen. Ein Glaubenswechsel wird in einem sehr negativen Licht dargestellt. Eine solche unvorteilhafte Darstellung trägt dazu bei, Christen einseitig darzustellen und eine negative Einstellung ihnen gegenüber hervorzurufen. (Diese negativen Darstellungen haben auch ihren Weg in die internationalen Medien gefunden. Solche Einzelgeschichten mögen zwar auf Fakten beruhen, aber eine so selektive Berichterstattung vermittelt ein stark verzerrtes Bild.)

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Christliche Nichtregierungsorganisationen sind Schikanen seitens der lokalen Behörden ausgesetzt, die oft behaupten, dass diese an Zwangsbekehrungen beteiligt seien. Außerdem wurden neue Vorschriften für Nichtregierungsorganisationen eingeführt. Nach diesen Vorschriften benötigen sie für jedes Projekt, das sie durchführen, eine Genehmigung. Die lokalen Behörden werden aufgefordert, alle Projekte zu verbieten, die den Anschein erwecken, dass sie Missionscharakter haben könnten. Zum Beispiel wurden christliche Organisationen gezwungen, alle biblischen oder christlichen Wörter aus ihren Unterlagen zu entfernen, bevor sie sich bewerben. Diejenigen, die dies nicht taten, erhielten keine Registrierung.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Christlichen Sozialarbeitern wird oft vorgeworfen, durch ihre Arbeit eine unethische Bekehrung herbeizuführen. Auch Pastoren werden in Hassreden ins Visier genommen, weil sie christliche Aktivitäten durchführen, die als Versuche angesehen werden, Menschen zu bekehren.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Die Überwachung der christlichen Aktivitäten erfolgt meist durch lokale Räte und durch hinduistische Mitglieder des sozialen Umfeldes und extremistische Hindus. Seit der Verabschiedung der Anti-Bekehrungsgesetze hat die Überwachung christlicher Aktivitäten zugenommen. Die Aktivitäten aller Arten von Kirchen, christlich geführten Unternehmen und Organisationen werden nun offiziell vom Staat und inoffiziell von hinduistischen Extremistengruppen überwacht. Die örtliche Polizei wird aktiv, um Christen zu verhören, nachdem sie von Nachbarn alarmiert wurde.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Es gibt keine rechtliche Anerkennung von Kirchen in Nepal. Kircheneigentum wird unter dem Namen von Privatpersonen oder Nichtregierungsorganisationen registriert. Es gibt kein Verfahren, um Kirchen zu registrieren.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

In den letzten Jahren hat das zunehmend feindselige hinduistische Umfeld viele Kirchen und Gruppen daran gehindert, Aktivitäten unter freiem Himmel zu organisieren, die noch vor einigen Jahren möglich waren. Die Polizei empfiehlt den Kirchen aus Sicherheitsgründen, keine Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Christlichen Nichtregierungsorganisationen und anderen sozialen Einrichtungen wurden starke Einschränkungen auferlegt. Der Druck konzentriert sich besonders auf Wohltätigkeitsarbeit, da immer der Verdacht besteht, dass Missionierungsaktivitäten stattfinden. Es gibt Beispiele von Organisationen, die aufgefordert wurden, christliche Bezüge in ihren Dokumenten zu entfernen, einschließlich Vorworten, die angeben, welche christlichen Gemeinschaften die Wohltätigkeitsorganisation ursprünglich gegründet haben.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Kirchen und religiöse Besitztümer:** Mindestens zehn.
- **Festgenommene Christen:** Mindestens 17.
- **Verurteilte Christen:** Zwei.
- **Sexuell belästigte Christen:** Eine Christin wurde von ihrem Schwiegervater unter Druck gesetzt, mit ihm eine sexuelle Beziehungen zu haben.
- **Zur Heirat gezwungene Christen:** Eine Christin wurde von ihren Eltern gezwungen, einen Hindu zu heiraten.
- **Angriffe auf Christen:** Es gab 60 Fälle von körperlicher Misshandlung (einschließlich Todesdrohungen).
- **Beschädigung von Häusern und/oder Eigentum von Christen:** Zwei.

- **Beschädigung von Geschäften/Betrieben:** Zwei.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Es wurden 16 Vorfälle festgestellt, bei denen Menschen gezwungen wurden, ihre Häuser oder Dörfer zu verlassen. Dies ist ein bemerkenswerter Anstieg im Vergleich zum vorherigen Weltverfolgungsindex, als keine Fälle gemeldet wurden.
- **Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen:** Ein Pastor aus dem Distrikt Chitwan musste sich verstecken und für eine Zeit nach Afrika auswandern, weil er sich in einem Interview gegen hinduistische Götter ausgesprochen hatte.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums stellt fest:

- Die Verfassung sieht das Recht vor, die eigene Religion zu bekennen und auszuüben. Das Gesetz sieht keine Registrierung oder offizielle Anerkennung von religiösen Organisationen als religiöse Institutionen vor, mit Ausnahme von buddhistischen Klöstern. Alle anderen religiösen Gruppen müssen sich als Nichtregierungsorganisationen oder gemeinnützige Organisationen registrieren lassen, um Eigentum zu besitzen oder legal zu arbeiten.
- Die Polizei verhaftete im Laufe des Jahres 2019 fünf Zeugen Jehovas wegen Missionierung, schob schließlich zwei ab und ließ zwei gegen Kautionsfreibrief frei, welche am Jahresende noch auf ihren Prozess warteten.
- Muslimische Gruppen sagten, sie hätten weiterhin Schwierigkeiten, Land für Bestattungen zu kaufen oder zu nutzen.

Im September 2019 löste die Polizei einen Zusammenstoß zwischen schiitischen Muslimen, die das Muharram-Fest feierten, und örtlichen Hindus in Rajpur auf.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Zentralafrikanische Republik: Platz 35

Kurze Zusammenfassung

Die Zentralafrikanische Republik ist seit 2013 in Konflikte verwickelt, und der größte Teil des Landes ist von bewaffneten Milizen besetzt, die für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Christliche Leiter, die die Gewalt öffentlich angeprangert haben, wurden bedroht. Kirchengebäude wurden verbrannt und geplündert. Der Konflikt hat zur Vertreibung von Tausenden von Christen geführt, die ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben und nun gezwungen sind, in Lagern zu leben. Neben der Unsicherheit und der Gewalt, unter der alle Christen leiden, sehen sich Christen muslimischer Herkunft zusätzlich der Verfolgung durch ihre unmittelbaren Familienmitglieder ausgesetzt; und auch das soziale Umfeld grenzt sie häufig aus und versucht, unter Umständen mit Gewalt, sie dazu zu zwingen, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	66	35
2020	68	25
2019	70	21
2018	61	35
2017	58	34

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Rückgang in der Wertung um zwei Punkte gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Konflikt im Land sich immer wieder wandelt. In einigen Fällen haben die Verfolger der Christen angefangen, sich gegenseitig zu bekämpfen (es gibt mehr als fünfzehn Gruppierungen, die gegen die Regierung und gegeneinander kämpfen). Noch wichtiger ist aber, dass einige dschihadistische Gruppen damit begonnen haben, sich aus Gebieten zurückzuziehen, in den Christen leben. Diese komplexen Umstände haben jedoch auch die Beobachtung von Verfolgung erschwert. Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist extrem hoch geblieben (bei 15,6 Punkten); diese Gewalt hat sich auf den Druck in allen Lebensbereichen ausgewirkt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen hat sich polarisiert

Der Konflikt der letzten Jahre hat das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen im Lande grundlegend verändert. Es besteht sogar die ernste Gefahr, dass sich die Polarisierung zwischen Muslimen und Christen weiter fortsetzt und den religiösen Konflikt weiter verschärft, wenn es nicht gelingt, den Versöhnungsprozess voranzutreiben und den Kreislauf der Straflosigkeit in der

Zentralafrikanischen Republik zu beenden. Viele hatten sich von den Wahlen 2015 und 2016 eine neue Chance auf Versöhnung erhofft. Doch Ex-Séléka-Kämpfer scheinen nicht bereit zu sein, ihre Waffen niederzulegen, und es besteht nach wie vor das große Risiko eines Rückfalls in einen gewaltsamen, religiös gefärbten Konflikt. Kirchenführer und Gemeindeleiter der wichtigsten Denominationen haben die Gewalt verurteilt, die von den Anti-Balaka verübt wurde. Obwohl Präsident Faustin Archange Touadéra seit seinem Amtsantritt 2016 Frieden und Versöhnung zu seiner Priorität gemacht hat, sind verschiedene militante Gruppen weiterhin aktiv.

2) Das Aufkommen krimineller Splittergruppen hat das Leben für Christen unsicher gemacht

Die Instabilität im Land hält an, doch die Situation wird immer komplexer, da mehrere kriminelle Splittergruppen aus den Gruppen der Séléka und Anti-Balaka hervorgegangen sind – und sich mancherorts sogar zusammengeschlossen haben. Diese Gruppen greifen Christen an, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die Folge davon ist ein enormer Druck auf Christen in allen Lebensbereichen. Morde und die Zerstörung von Eigentum und Kirchen sind alltäglich geworden. Wenn die Situation sich nicht grundlegend verbessert, gibt es keine Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Im Februar 2019 unterzeichneten die Regierung und vierzehn bewaffnete Gruppen einen Friedensvertrag, doch dessen Auswirkungen sind noch nicht erkennbar, da die Kämpfe bisher weitergehen. In einem UN-Bericht vom Juli 2020 hieß es, der Zustrom ausländischer Kämpfer habe zu einer „Reihe von Zusammenstößen“ geführt und sei „durch die Ankunft hauptsächlich aus dem Sudan kommender Kämpfer und Waffen genährt worden.“

3. Religiöse Situation im Land

Die Zentralafrikanische Republik ist ein überwiegend christlich geprägtes Land. Obwohl die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen in den vergangenen Jahren unproblematisch erschienen, wuchsen unter der Oberfläche Spannungen. Vor allem Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben waren schon immer mit Verfolgung konfrontiert. Christen, die in muslimisch dominierten Gebieten in den nördlichen, östlichen und westlichen Regionen leben, berichteten von Diskriminierung und anderen Formen des sozialen Drucks. Viele Christen (und Muslime) vermischen ihren Glauben mit verschiedenen ethnisch-religiösen Praktiken, einschließlich Zauberei und Hexerei.

Nach Schätzungen der „World Christian Database“ für das Jahr 2020 machen Christen 75,0 Prozent und Muslime 13,2 Prozent der Bevölkerung aus. Der islamische Bevölkerungsanteil hat in den letzten zehn Jahren ein deutliches Wachstum verzeichnet (von 5 Prozent auf weit über 13 Prozent) und hat sich durch Gruppen, die sich aus dem Tschad und dem Sudan ansiedelten, erhöht. Eine der Hauptursachen für den Putsch im März 2013 war die Unzufriedenheit der Muslime im Norden, die sich an den Rand gedrängt fühlten. Es folgte ein tödlicher Kampf entlang religiöser und ethnischer Konfliktlinien. Die Christen sind sehr besorgt über das Erstarken des Islam in das Land; Kirchenführer und Gemeindeleiter haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Rebellion, die zum Putsch führte, eine religiöse Agenda zugrunde lag.

Das normale kirchliche Leben gestaltet sich sehr schwierig, da Versammlungen von Christen vielerorts unter der Gefahr möglicher Angriffe stattfinden. Ex-Séléka-Gruppen greifen Kirchen in den muslimisch dominierten Gebieten des Landes an. Sie haben es besonders auf Gemeinden abgesehen, die sich dafür einsetzen, dass christliche Konvertiten in ihren Gemeinden öffentlich aufgenommen werden können. Auch Rebellengruppen der Anti-Balaka greifen Kirchen und alle Christen an, die sich ihren Aktivitäten

widersetzen. Beide Gruppierungen sind in kriminelle Aktivitäten verwickelt. Auch in den Großstädten werden Christen häufig belästigt, vor allem in Bangui und in Städten der nordöstlichen Gebiete.

Im „Bericht zur internationalen Religionsfreiheit“, der vom US-Außenministerium erstellt wird, steht für 2019:

„In den zentralen und südlichen Regionen des Landes sind das katholische und das protestantische Christentum die dominierenden Religionen, während im Nordosten der Islam vorherrscht. In Bangui ist die Mehrheit der Bewohner in den Stadtteilen PK5 und PK3 muslimisch, während andere Stadtteile in der Hauptstadt überwiegend christlich geprägt sind.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Neben der Gewalt gegen Christen, die vor allem durch die Ableger der Séléka-Miliz verübt wird, zeigt sich die islamische Unterdrückung auch in der Verfolgung von Christen durch die allgemeine Bevölkerung in den überwiegend muslimischen Landesteilen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich besonders dort, wo Anti-Balaka-Kämpfer Kirchen und Christen angreifen. Obwohl die Anti-Balaka als ein Zusammenschluss von Bürgerwehren begannen, sind daraus im Laufe der Zeit kriminelle Banden geworden. In ihr Visier geraten besonders in Bangui diejenigen Christen und Kirchenführer, die nicht ihren Vorstellungen folgen oder sich ihren gewalttätigen Aktivitäten widersetzen. Während die Anti-Balaka behaupten, Christen zu beschützen, hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass dies nicht stimmt, da sie Muslime und Christen gleichermaßen angreifen.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft hat in der Zentralafrikanischen Republik zwei Dimensionen: Zum einen den Animismus beziehungsweise die traditionellen afrikanischen Religionen (religiös und/oder kulturell) und zum anderen die Stammeskämpfe. Ein Experte für das Land schreibt dazu: „Beide Dimensionen sind in der Zentralafrikanischen Republik weit verbreitet, wobei ethnische und religiöse Motive häufig Hand in Hand gehen. Es wird Druck ausgeübt, an kulturellen religiösen Praktiken teilzunehmen, wie etwa an Initiationsriten sowie an Riten und Bräuchen zu Geburt, Heirat und Tod, aber auch zum Schutzzauber (wofür Anti-Balaka bekannt sind). Einige ethnische Minderheiten werden besonders ins Visier genommen, etwa die Baka-Pygmäen, die zur Zwangsarbeit rekrutiert werden. Die Anti-Balaka bestehen zum Großteil aus Animisten; sie greifen Muslime an, häufig aber auch Christen. Manchmal zwingen sie Christen dazu, sich ihnen anzuschließen.“

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Muslimische Milizen und paramilitärische Gruppen (die man auch als Ex-Séléka-Gruppen bezeichnen könnte) sind wesentliche Verfolger. Zwei von ihnen sind die „Volksfront für die Renaissance der Zentralafrikanischen Republik“ (FPRC) und die „Union für den Frieden in der Zentralafrikanischen Republik“ (UPC). Obwohl viele dieser Gruppen als gewalttätige religiöse Gruppen kategorisiert werden können, ist es auch möglich, sie als politische Parteien und paramilitärische Organisationen zu betrachten. Diese Rebellengruppen haben zahlreiche Angriffe auf christliche Kirchen und christliches Privateigentum verübt.
- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Einige Fraktionen der oben genannten militanten Gruppen agieren als organisierte kriminelle Banden, die häufig Plünderungen durchführen und vielfach Kirchen und zur Kirche gehörende Einrichtungen ins Visier nehmen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Islamische Anführer belegen und kontrollieren alle Marktplätze sowie den Handel und verlangen hohe Steuern von christlichen Geschäften. Darüber hinaus haben nationale Persönlichkeiten die Verfolgung von Christen angeführt, zum Beispiel Ex-Präsident Michel Djotodia, Nouredine Adam, Vizepräsident unter Michel Djotodia, und Ali Darassa, ein muslimischer Führer der UPC aus dem Volk der Fulanis und Ex-Séléka-Führer.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** In den überwiegend muslimischen Teilen des Landes spielen auch Stammesälteste oder Anführer ethnischer Gruppen bei der Verfolgung von Christen eine Rolle, da sie den Druck auf Christen muslimischer Herkunft verstärken.
- **Familienmitglieder:** Im nördlichen Teil des Landes und in den Grenzgebieten zum Sudan werden Christen muslimischer Herkunft von ihren Familienangehörigen verfolgt.
- **Gewöhnliche Bürger:** Im nördlichen Teil des Landes und in den Grenzgebieten zum Sudan werden Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist, von ihrem muslimischen Umfeld verfolgt.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle des organisierten Verbrechens:** Einige Fraktionen der oben genannten militanten Gruppen agieren als organisierte kriminelle Banden, die häufig Plünderungen durchführen und vielfach Kirchen und zur Kirche gehörende Einrichtungen ins Visier nehmen. Neben ehemaligen Séléka-Kämpfern sind auch Anti-Balaka-Kämpfer an solchen Aktionen beteiligt. Die herrschende Gesetzlosigkeit und die Unfähigkeit des Staates, Recht und Ordnung durchzusetzen, bedeuten, dass die Christen und die allgemeine Bevölkerung vor den kriminellen Handlungen dieser Gruppen kaum geschützt sind.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Diese Gruppen betreiben auch kriminelle Organisationen und Syndikate zur Finanzierung ihrer Aktivitäten.
- **Paramilitärische Gruppen:** Im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik werden Christen auch von paramilitärischen Gruppen wie den Anti-Balaka verfolgt.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Hauptverfolger in diesem Bereich sind Anführer ethnischer Gruppen und einige Vorsteher und Mitglieder der örtlichen Gemeinschaften. Im Stammeskontext existiert vor allem deshalb Druck auf Christen, weil muslimische Führer aus bestimmten Stämmen kommen, die Christen gezielt verfolgen – so zum Beispiel dem Stamm der Fulbe bzw. Fulani. Bei dieser Triebkraft der Verfolgung gibt es also eine Überschneidung zwischen Anführern ethnischer Gruppen und nichtchristlichen religiösen Leitern. Manche islamische Leiter werden auch als Anführer ethnischer Gruppen angesehen und können eine Atmosphäre von Hass und Gewalt schaffen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Am stärksten werden die Rechte von Christen in den nördlichen und östlichen Teilen des Landes verletzt, wo die muslimische Bevölkerung dominiert und in denen Séléka-Splittergruppen operieren. Besondere Schwierigkeiten haben Christen auch im östlichen Teil des Landes, der an den Sudan grenzt.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe umfasst Christen aus der Römisch-Katholischen Kirche und aus älteren protestantischen Kirchen. Die Römisch-Katholische Kirche ist die größte Denomination des Landes mit dem größten Netzwerk von Kirchen, Kliniken und Schulen. Während der Herrschaft der Séléka-Kämpfer wurden Autos, Computer und andere Wertgegenstände aus Kirchen und anderen kirchlichen Gebäuden geplündert. Die Katholische Kirche und ihre Leitung in der Zentralafrikanischen Republik bilden zusammen mit anderen religiösen Leitern eine starke Stimme, die zu Frieden und Versöhnung aufruft; außerdem stellen sie auch Zufluchtsorte für Zivilisten zur Verfügung, sowohl für Muslime als auch Christen, die vor Angriffen geflohen sind. Infolgedessen werden katholische Kirchen häufig zum Ziel von Angriffen.

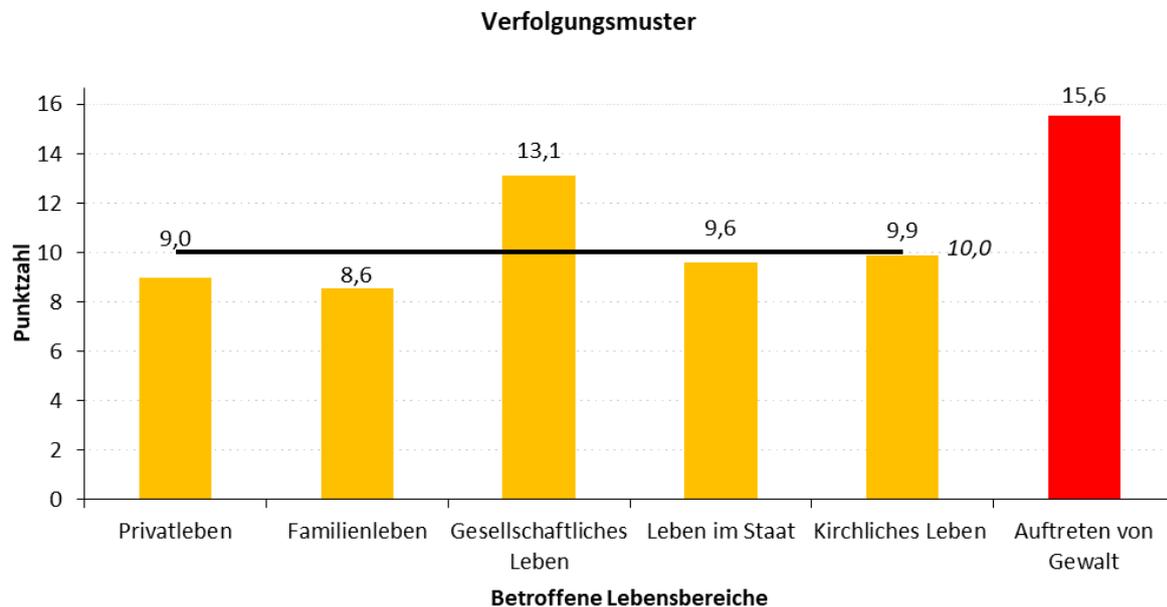
Christen anderer religiöser Herkunft

Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, erleben Christen mit muslimischem Hintergrund Widerstand und Druck vonseiten ihrer Familienmitglieder, dem christlichen Glauben wieder abzuschwören. Sie haben außerdem nur sehr begrenzte Möglichkeiten, mit anderen Christen Gemeinschaft zu pflegen und Gottesdienst zu feiern. Tatsächlich beten die meisten Christen muslimischer Herkunft überhaupt nicht in der Öffentlichkeit, aus Angst vor Angriffen muslimischer Aufrührer. Dies ist besonders in den nördlichen, muslimisch dominierten Gebieten des Landes der Fall.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten sowie evangelikale und pfingstkirchliche Christen sind den Angriffen von Ex-Séléka-Kämpfern ausgesetzt, in gleicher Weise wie auch Christen, aus den traditionellen Kirchen. In letzter Zeit haben diese christlichen Gemeinden starken Zuwachs erlebt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in der Zentralafrikanischen Republik ist mit 10 Punkten als „hoch“ einzustufen; diese Punktzahl bedeutet eine Verringerung gegenüber dem Wert von 10,5 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2020.
- Der Bereich des gesellschaftlichen Lebens erreichte mit 13,1 Punkten den höchsten Wert; dagegen war der Druck in anderen Lebensbereichen deutlich geringer und rangierte zwischen 8,6 und 9,9 Punkten.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist mit 15,6 Punkten weiterhin als „extrem hoch“ einzustufen und bleibt auf dem Niveau des Weltverfolgungsindex 2020.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Christen muslimischer Herkunft erleben von allen Christen die stärkste Verfolgung. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, müssen sie mit heftigen Konsequenzen vonseiten ihrer Familienmitglieder rechnen. Die muslimischen Angehörigen stellen in der Regel jede finanzielle

Unterstützung ein. Es gibt viele Familien, in denen die Frau Christin ist und der Mann nicht; und für gewöhnlich hindert dieser Frau und Kinder daran, an kirchlichen Aktivitäten teilzunehmen.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Im nördlichen Teil des Landes, wo die muslimische Bevölkerung dominiert und Séléka-Splittergruppen operieren, riskieren Christen muslimischer Herkunft wahrscheinlich ihr Leben, wenn sie christliche Materialien besitzen. Wenn Ex-Séléka-Kämpfer in ein Haus kommen und dort jemand finden, der in der Bibel liest, töten sie ihn bekanntermaßen sofort.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

In den von Séléka-Kräften kontrollierten Gebieten betrifft dies sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch alle anderen oben genannten Gruppen von Christen. Ein Experte für das Land stellt fest: „Christen muslimischer Herkunft werden nichts tun, was sie als Christen erkennbar machen könnte; sie hören nicht einmal christliche Radiosender. In den Familien agieren Familienmitglieder als Spione; manchmal spionieren die Kinder ihre Eltern aus, um herauszufinden, ob diese konvertiert sind. Dadurch ist schon der Zugriff auf christliche Medien für Christen mit einem Risiko verbunden, sollten sie dabei beobachtet werden.“

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Das Land ist gespalten, und die Trennlinien verlaufen zwischen den Religionen. So kann ein christlicher Gastgeber in Schwierigkeiten geraten, wenn er mit einem muslimischen Gast über den christlichen Glauben spricht.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Da die Situation im Land bei weitem nicht sicher ist, ist es für Christen (insbesondere muslimischer Herkunft) in den nordöstlichen Provinzen sehr schwierig, Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle amtlich eintragen zu lassen; all dies würde unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Wurden christliche Taufen behindert?

In einem Land, in dem sich Gruppen aufgrund der Religion gegenseitig angreifen, ist es auch problematisch, Christen in der Öffentlichkeit zu taufen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In von Rebellengruppen kontrollierten Gebieten sind Kinder, deren Eltern getötet oder zur Flucht gezwungen wurden, den Angreifern ausgeliefert. Einige wurden brutal getötet. Außerdem ist bekannt, dass aufgrund der Uneinigkeit zwischen einigen Kirchen Kinder wegen der konfessionellen Orientierung ihrer Eltern schikaniert wurden.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Dies geschieht häufig, nachdem sich ein Ehepartner dem christlichen Glauben zugewandt hat. Die Großfamilien und die örtliche Gemeinschaft üben in solchen Fällen oft Druck auf die muslimischen

Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Außerdem verlieren konvertierte Christen fast zwangsläufig ihr Erbrecht.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Die Zentralafrikanische Republik wird von Kriegsparteien dominiert. Die Regierung hat effektiv die Kontrolle über viele Landesteile verloren. Christen werden oft direkt oder indirekt (d. h. als vermeintlich den Anti-Balaka zugehörig) ins Visier genommen. In muslimisch dominierten Gebieten werden Christen oft diskriminiert, insbesondere dort, wo die Scharia mehr oder weniger offiziell angewandt wird.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die Überwachung durch einige Rebellengruppen und ihre Unterstützer ist weit verbreitet. In einigen Fällen geschieht diese Überwachung auch durch Bürgerwehren, die nach Dschihadisten Ausschau halten.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Im Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt leiden Christen unter Übergriffen und Entführungen. Beispielsweise wurden junge Mädchen bei Angriffen der Ex-Séléka auf Dörfer oftmals entführt. Christen mit muslimischem Hintergrund leiden am meisten unter solchen Übergriffen.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z.B. sauberes Trinkwasser)?

Muslimische Bürger wollen in der Regel die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (wie z. B. die Gesundheitsversorgung) nicht mit Christen muslimischer Herkunft teilen, insbesondere im abgelegenen Norden des Landes.

Leben im Staat

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

In Gebieten, die von Ex-Séléka-Kämpfern kontrolliert werden, stehen alle Verkehrsmittel unter muslimischer Kontrolle, was die Fortbewegung der Christen erschwert. Pastoren sind besonders gefährdet, wenn Gewalt aufflammt, während sie für ihren Dienst zwischen den Gemeinden hin und her reisen.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Das Zugehörigkeitsgefühl wird durch die Religionen bestimmt, und das Land ist dementsprechend gespalten. Christen sind mit diesem Problem vor allem in Gebieten konfrontiert, in denen die muslimische Bevölkerung die Mehrheit bildet oder in denen Ex-Séléka-Kämpfer die Kontrolle haben. Besonders schwierig ist es dort, wo Christen als Unterstützer der Anti-Balaka angesehen werden.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Weder Friedensverhandlungen noch Versöhnungsinitiativen helfen dem Land derzeit bei der Rückkehr zur Stabilität. Christen im muslimisch geprägten Norden des Landes haben weder das Recht noch die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern. Würden sie dies dennoch tun, sähe man sie als Unterstützer der Anti-Balaka-Truppen an, und sie würden vermutlich von Ex-Séléka-Kämpfern getötet.

Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z.B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?

Es gibt keine effektive Kontrolle mehr durch die Regierung, und in mehreren Landesteilen üben Rebellengruppen die Macht aus. Diese Gruppen diskriminieren häufig Christen und greifen sie manchmal an, was die Christen zur Flucht aus ihren Häusern und aus dem Land zwingt.

Kirchliches Leben**Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?**

Die Durchführung religiöser Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden ist sehr riskant, da dies unnötige Aufmerksamkeit erregen kann. Ein Experte für das Land stellt fest: „Vor allem in Gebieten mit muslimischer Mehrheit, die von Rebellengruppen kontrolliert werden, neigen die Kirchen dazu, sich in Zurückhaltung zu üben. Selbst in Gebieten, in denen es keine direkte Krise gibt, werden Kirchen manchmal behindert, zum Beispiel in Regionen, in denen es viele Muslime oder Animisten gibt.“

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Zwar gibt es keine behördliche Überwachung durch staatliche Sicherheitsbeamte, doch werden Zivilisten von verschiedenen Rebellengruppen beobachtet, um mögliche Sympathien für andere Gruppen oder Verbindungen zu diesen aufzudecken. Es wurden viele Angriffe gemeldet, bei denen Gottesdienste gestört und Kirchen niedergebrannt wurden.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Die Lage im Land ist instabil, und dort, wo Kirchen schwer beschädigt wurden und wiederaufgebaut oder renoviert werden mussten, stoßen die christlichen Gemeinden auf Schwierigkeiten – vor allem dort, wo muslimische Rebellen das Sagen haben.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Die Religions-, Bewegungs- und Meinungsfreiheit und sogar das Recht auf Leben wird in der Zentralafrikanische Republik häufig grundlegend in Frage gestellt. Was die Behinderung kirchlicher Veranstaltungen innerhalb eines Kirchengeländes angeht, stellt ein Experte für das Land fest: „Dies geschieht in von Rebellen kontrollierten Gebieten auf indirekte Weise: Es herrscht große Angst und die Unsicherheit, was passieren könnte, würde die Veranstaltung gestört oder zerschlagen. An Orten wie Ndele sind Gebetsabende verboten mit der Begründung, sie würden Lärm machen. Auf dem Höhepunkt der Krise besetzten Séléka-Kämpfer sogar Kirchen, sodass dort keine Aktivitäten stattfinden konnten.“

Auftreten von Gewalt

Seit Beginn des Bürgerkriegs sind die Christen mit einem extremen Maß an Gewalt konfrontiert. Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Mindestens 35 Christen wurden getötet. Zum Beispiel wurden im November 2019 in Dekoa (Norrh-Ost) 3 Christen von Anti-Balaka-Kämpfern getötet. In den Dörfern kam es zu Tötungen. Einige von ihnen fanden bei Angriffen auf Kirchen statt.
- **Verhaftungen von Christen:** Keine.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens 56 Kirchen wurden entweder vollständig zerstört oder durch Angriffe beschädigt. Zum Beispiel wurden am 8. November 2019 zwei Gebäude, die der Katholischen Kirche gehören, niedergebrannt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Über 512 christliche Häuser/Läden wurden angegriffen oder vollständig zerstört. 20 Häuser wurden im März 2020 im Stadtteil Togbo durch UPC-Kämpfer niedergebrannt. Im Gbagra-Viertel wurden im März 2020 15 Häuser durch UPC-Kämpfer niedergebrannt.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 verlautet: Muslimische Zivilisten in den südlichen Teilen des Landes (wo sie eine Minderheit sind) wurden von den überwiegend animistischen Anti-Balaka-Gruppen ins Visier genommen und angegriffen. Diese Milizen haben Gräueltaten begangen, welche die internationale Gemeinschaft erschüttert haben. Der Internationale Strafgerichtshof stellt derzeit zwei Kriegsverbrecher vor Gericht, beide Anführer der Anti-Balaka-Truppen.

Im Kontext des anhaltenden Konflikts sind religiöse Minderheiten nicht die Hauptzielgruppe. Die Anhänger kleiner religiöser Minderheiten stehen jedoch in den Regionen, in denen sie leben, vor Herausforderungen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Äthiopien: Platz 36

Kurze Zusammenfassung

In Äthiopien erfahren alle christlichen Gemeinschaften Verfolgung, einige sind jedoch stärker davon betroffen als andere. Christen aus protestantischen Freikirchen erleben die stärksten Verletzungen ihrer Religionsfreiheit sowohl vonseiten der Regierung als auch durch die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (ÄOK). Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund (besonders im Osten und Südosten des Landes) als auch Christen, die die ÄOK verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, werden von ihren Familien und ihrem Umfeld misshandelt. In einigen Gegenden wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verweigert und/oder sie werden von der Gesellschaft ausgeschlossen. In Ogaden und einigen Teilen von Oroia griffen beispielsweise islamische Mobs Kirchen an. Die politische Gewalt belastet die christlichen Gemeinschaften ebenfalls stark, da viele Kirchen zerstört und Christen getötet wurden.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	65	36
2020	63	39
2019	65	28
2018	62	29
2017	64	22

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um zwei Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 wird größtenteils durch einen Anstieg der Wertung im Bereich Gewalt verursacht, die um mehr als zwei Punkte gestiegen ist. Der Druck auf Christen ist dagegen sehr leicht um 0,2 Punkte zurückgegangen, was mit einer Vielzahl an Faktoren zu tun hat. Unter anderem ging die Regierung nicht so restriktiv wie zuvor gegen Kirchen vor. Die politische Gewalt, die ungezügelt im Land wütet, hat die Kirche und Christen Leben und Besitz gekostet.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (ÄOK) verliert ihre exklusive Stellung

Äthiopien ist einer der ältesten Staaten Afrikas und war eines der ersten Länder, das den christlichen Glauben als Staatsreligion annahm. In den letzten Jahrzehnten sind verschiedene christliche Konfessionen entstanden, wodurch die ÄOK ihre exklusive Stellung als einzige christliche Konfession im Land (und damit auch ihre Privilegien in den Beziehungen zu Staat und Gesellschaft) verloren hat. Die neue Regierung unter der Führung von Dr. Abiy Ahmed dürfte dazu beitragen, einige Probleme zu entschärfen, mit denen sich protestantische Christen konfrontiert sehen, vor allem durch die ÄOK.

2) Äthiopien ist weiterhin mit schwerer kommunaler Gewalt konfrontiert

Das Tempo, mit dem das Land politische Reformen durchgeführt hat, hat weltweit Aufmerksamkeit erregt. Diese Reformen wurden jedoch mit anderen Herausforderungen konfrontiert, die zu Tötungen und der Zerstörung von Eigentum geführt haben. Kommunale Gewalt hat die Vertreibung von Millionen verursacht. Die Sicherheitskräfte der Regierung waren in grobe Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Es wird immer schwierig sein, sich in den komplexen Realitäten des Landes zurechtzufinden. Die politischen Akteure haben sehr unterschiedliche Ansichten und es gibt auch Nachbarländer, die sich einmischen könnten. Diese unterschiedlichen politischen Ansichten haben bereits bei den Gewalttaten im Oktober/November 2019 und Juni/Juli 2020 nach der Ermordung eines Oromo-Aktivistin und -Sängers gezeigt, welche Spannungen sie erzeugen können.

3) Islamistischer Einfluss aus dem Ausland nimmt zu

Viele Länder des Nahen Ostens wollen in Äthiopien investieren: Einige finanzieren den Bau von großen Einkaufszentren und Dörfern, andere sponsern die Renovierung historischer Gebäude im Land, wieder andere dienen als alternative diplomatische Unterstützung und Hilfe für das Land. Außerdem versuchen militante Islamisten, im Land und der gesamten Region größeren Einfluss zu erlangen – mindestens durch die Veröffentlichung von Propagandavideos. Wie VOA News 2019 berichtete, hat der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) sogar geschworen, einen Ableger in Äthiopien zu gründen. Vor dem Hintergrund des fragilen Charakters Äthiopiens und der Unbeständigkeit in der Region wird die islamistische Herausforderung in Zukunft wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen.

4) Christen werden wahrscheinlich weiterhin mit Verstößen gegen die Religionsfreiheit konfrontiert sein

Es ist zu erwarten, dass die Verletzungen der Religionsfreiheit gegen Christen im Allgemeinen (und insbesondere gegen Konvertiten und Protestanten) weitergehen werden, insbesondere durch ultrakonservative islamische Gruppen und ÄOK-Kreise.

3. Religiöse Situation im Land

Historisch gesehen hat Äthiopien schon immer tiefe christliche Wurzeln gehabt. Die wichtigsten christlichen Gruppen in Äthiopien sind die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche und die verschiedenen protestantischen Konfessionen. Letztere kamen ab dem 19. Jahrhundert ins Land. Nach islamischer Überlieferung hat der Islam in Äthiopien eine lange Geschichte, die bis zur Hidschra (Flucht der Muslime nach Aksum in Nordäthiopien im Jahr 615 n. Chr.) zurückreicht. Die Römisch-Katholische Kirche, die im 16. Jahrhundert eingeführt wurde, prägte jedoch die Identität Äthiopiens in hohem Maße. In der Tat präsentiert sich Äthiopien als Bollwerk des Christentums, umgeben von islamischen Nachbarn. Im Kontext des „globalen Krieges gegen den Terror“ wird dieses Narrativ oft von Äthiopiern verwendet.

Nichtsdestoweniger hat Äthiopien eine bedeutende muslimische Minderheit. Der Sufismus hat eine lange Tradition, und die konservativeren salafistischen Strömungen sind seit den 1930er-Jahren präsent und expandierten ab den 1960er-Jahren. Diese islamischen Strömungen konzentrierten sich ursprünglich an den östlichen Rändern Äthiopiens, haben aber in allen Gebieten an Einfluss in der äthiopischen Bevölkerung gewonnen und bereiten der derzeitigen Regierung große Sorgen. Die muslimische Gemeinschaft, insbesondere die Führung, ist sehr selbstbewusst geworden. Es wurde behauptet, dass die Politik der Marginalisierung, die die muslimische Gemeinschaft unter früheren

Regimen ohne jeden politischen oder wirtschaftlichen Einfluss im Land ließ, unter der aktuellen Regierung fortgesetzt wird. Die Regierung weist solche Behauptungen jedoch zurück. Der neue Premierminister hat alle muslimischen Anführer freigelassen, die unter dem vorherigen Premierminister verhaftet wurden. Er vermittelte zudem zwischen den beiden Fraktionen der ÄOK, so dass der ehemalige Patriarch, der im Exil war, nun nach Äthiopien zurückgekehrt ist.

Frühere und gegenwärtige Regierungen haben versucht, Unterstützung zu mobilisieren, indem sie religiöse Gruppen kontrollierten und das religiöse Leben im Land beeinflussten. Zum Beispiel ersetzte die Partei EPRDF nach ihrer Machtübernahme 1991 den Patriarchen der Orthodoxen Kirche – eine Position, die normalerweise auf Lebenszeit besetzt ist. Dies impliziert, dass die Rolle der Regierung in der Religion stärker ist als der Einfluss religiöser Gruppen auf die Regierung. Ferner erzeugt die Einmischung der äthiopischen Regierung oft Unmut in der Bevölkerung, da die religiösen Institutionen als vereinnahmt wahrgenommen werden. Darüber hinaus ist eine formale politische Organisation auf religiöser Basis in Äthiopien technisch verboten. In diesem Kontext werden protestantische Kirchen als größtenteils (unpolitische) Agenten westlicher Ideologie und Interessen betrachtet. Es gibt zwar verschiedene informelle, politisch organisierte religiöse Gruppen, vor allem in der äthiopischen Diaspora, aber das dominante Narrativ innerhalb des politischen Systems Äthiopiens bleibt an die Ethnizität gebunden. Vor diesem Hintergrund sind muslimische Gruppen aktiver geworden, was zur Entwicklung spezifischer religionsbezogener Publikationen wie YeMuslimoch Guday (Muslimische Angelegenheiten) und Sewtul Islam geführt hat.

Der unpolitische Charakter der protestantischen Bewegung, einschließlich der Konvertiten aus dem Islam oder der ÄOK, hat diese Christen zunehmend in Konflikt mit der äthiopischen Regierung und den beiden wichtigsten religiösen Körperschaften im Land gebracht. Experten glauben, dass die aktuelle politische Dynamik die Beziehungen zwischen orthodoxen und protestantischen Christen verbessern könnte. Andere glauben dagegen, dass das Hauptproblem mit der ÄOK von ultrakonservativen Gruppen ausgeht und nicht von der Führung. Es ist unwahrscheinlich, dass der Wechsel in der Führung der äthiopischen Regierung die Ansicht dieser ultrakonservativen Gruppen ändern wird. In der Tat werden diese Gruppen in den Reihen der ÄOK in vielerlei Hinsicht immer lauter.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung stellt für Christen eine echte Gefahr dar, besonders in Gebieten, die stark muslimisch geprägt sind. Ein Experte für das Land berichtet, dass der extremistische Islam „weiterhin ein Problem in Äthiopien bleibt. Da islamische Länder um die Vorherrschaft in Afrika kämpfen, fließen weiterhin beträchtliche Mittel in die Verbreitung des Islam durch die Einrichtung von Schulen für religiöses Lernen sowie durch direkte Hilfe für Bedürftige, die an die Bedingung geknüpft ist, zum Islam überzutreten.“ Mit dem Aufstieg des Extremismus in der Region und darüber hinaus wächst ein extremistischer (oder politischer) Islam auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Dabei sind die verschiedenen Kategorien von Christen in fast allen Lebensbereichen zunehmend unter Druck geraten. Besonders in ländlichen Gegenden, in der sie die Mehrheit darstellen, belästigen Muslime Christen und verweigern ihnen oft den Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen.

Christen werden zudem zum Opfer von Gewalt. Christen muslimischer Herkunft werden verbannt und oft ihrer Familienrechte beraubt, etwa dem Erb- oder dem Sorgerecht für ihre Kinder. Es ist zudem wichtig, festzuhalten, dass der wachsende extremistische Islam aus den benachbarten Ländern

Somalia und dem Sudan nach Äthiopien gelangt. Ein Experte für das Land stellte fest: „Die Präsenz der Triebkraft variiert von einem Gebiet zum anderen, hauptsächlich abhängig von der Anzahl der Muslime in einer bestimmten Region. Der nordöstliche Teil des Landes, der hauptsächlich aus der Region Afar besteht, die östlichen Regionen, einschließlich Somali, Dire Dawa und Harar, sowie bestimmte Teile der Region Oromia werden überwiegend von Muslimen bewohnt, und der zentral-urbane Teil des Landes (einschließlich, aber nicht beschränkt auf) Addis Abeba sind Teile des Landes, in denen das Ausmaß dieser Triebkraft im Vergleich zu anderen Teilen des Landes stärker ausgeprägt ist. Aufgrund von Konflikten, die durch die Taten extremistisch-islamischer Gruppen in bestimmten Teilen des Landes entstanden, wurden Christen getötet, erlitten Körperverletzungen, waren gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen und erlitten andere Ungerechtigkeiten. In den letzten Jahren gibt es einen wachsenden Trend in der Verbreitung von extremistischen islamischen Ansichten im Land und die Verhaftung einiger Anführer der muslimischen Gemeinschaft durch die Regierung macht die Dinge noch schlimmer.“

Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft der Verfolgung geht größtenteils von der ÄOK aus. Ein Experte für das Land berichtet: „Die ÄOK sieht sich als die einzig ‚wahre‘ christliche Konfession. Sie stellt sich insbesondere gegen evangelikale Christen, da sie diese als Anhänger einer westlichen Religion betrachtet, die eine Bedrohung für den äthiopischen Nationalismus und die äthiopische Kultur darstellt. Beides zu bewahren, sieht die ÄOK seit langer Zeit als wichtige Aufgabe. Predigten und Lieder, in denen evangelikale Christen stark kritisiert werden, sind weit verbreitet. Priester und andere Lehrer in der ÄOK verurteilen offen jeden, der Kontakt mit Evangelikalen pflegt. Sie gehen manchmal so weit, ihren Mitgliedern zu verbieten, mit ‚den Heiden‘ auch nur zu sprechen. Auf der anderen Seite nehmen die Anfeindungen vonseiten einiger evangelikaler Kirchen gegen die ÄOK ebenfalls zu. So findet zwischen beiden ein hasserfüllter Schlagabtausch statt.“ Die ÄOK verfolgt ernsthaft Christen, die ihre Reihen verlassen, um sich (meistens) protestantischen Kirchen anzuschließen, oder um einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der ÄOK beizutreten.

Diese Verfolgung hat unterschiedliche Gesichter. Beispielsweise greifen Mitglieder der ÄOK Christen anderer Konfessionen manchmal tätlich an. Mitglieder der ÄOK nutzen zudem ihre Beziehungen in der Regierung, um das Wachstum nichtorthodoxer Kirchen zu behindern. Außerdem nehmen sie Einfluss auf die Regierung, damit Gesetze gegen die Ausbreitung des protestantischen christlichen Glaubens verabschiedet werden. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz zur Registrierung aller Kirchen außerhalb der ÄOK. Ein anderes Mittel ist die Nutzung der einflussreichen ÄOK-eigenen Medien, um Protestanten und Unterstützer der Erneuerungsbewegung zu verteufeln. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Wieder einmal kommt Verfolgung von der christlichen Mehrheitskonfession des Landes, der Orthodoxen Kirche. Dazu muss man jedoch auch erwähnen, dass nicht alle orthodoxen Gläubigen diese Meinung teilen. Von der Verfolgung betroffen sind hauptsächlich Anhänger christlicher Konfessionen, die erst seit relativ kurzer Zeit im Land existieren und vorwiegend protestantisch sind. Diese Form der Verfolgung ist am stärksten im Norden und Zentrum des Landes verbreitet, wo die Mehrheit der Bevölkerung zur Orthodoxen Kirche gehört. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass diese Verfolgung extremer wird, je weiter man sich aus städtischen in ländlichere Gebiete des Landes bewegt.“

Diktatorische Paranoia

In den Jahren vor der Wahl hatte die äthiopische Regierung immer stärkere autoritäre Züge entwickelt und dabei die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen zunehmend eingeschränkt. Die ehemalige äthiopische Regierung hatte sich gegenüber Religion im Allgemeinen und Christen im Besonderen misstrauisch gezeigt.

- Dahinter stand zum einen die Überzeugung, dass religiöse Gruppen Menschen äußerst wirksam organisieren und sammeln können. Dies führte zur Sorge, derartige Aktivitäten könnten theoretisch auch für einen Umsturz genutzt werden.
- Zum anderen hielt die Regierung Protestanten (besonders aus Freikirchen) für ausländische Agenten, die einen Regimewechsel anstrebten. Es existieren allerdings keinerlei Beweise, um diesen Verdacht zu stützen.
- Drittens glaubte die vorherige Regierung, dass eine beträchtliche Anzahl von ÄOK-Leitern Unterstützer von Oppositionsgruppen seien. Deswegen verabschiedete sie diverse Gesetze, um die Betätigungsmöglichkeiten für religiöse Gruppen spürbar einzuschränken. Dazu zählen etwa das Verbot, Sendeanstalten für religiöse Zwecke zu betreiben, und das Verbot, Religionsunterricht oder andere Aktivitäten an Schulen anzubieten. Solche Verbote schränken die Freiheit der Christen ein, Gott anzubeten, zu predigen und zu unterrichten. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ stufte das Land in seinem Bericht von 2018 daher als „nicht frei“ ein.

Unter der neuen Führung seit 2018 scheint zumindest bisher eine echte Bereitschaft zu bestehen, das Land in Richtung Demokratie zu reformieren. Die meisten Gesetze, die zur Beschneidung der Religionsfreiheit verwendet wurden, wurden überarbeitet oder zur Überarbeitung vorgelegt. Die Maßnahmen des Landes veranlassten die US-Regierung sogar, Äthiopien für das Schwellenwertprogramm der Millennium Challenge Corporation (MCC) auszuwählen. So ist die Bewertung für diese Triebkraft in der Analyse des Weltverfolgungsindex 2020 von „stark“ auf „durchschnittlich“ gesunken und im Weltverfolgungsindex 2021 auf diesem Level verblieben.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Im letzten Vierteljahrhundert hat ethnisch orientierte Politik das gesamte öffentliche Leben im Land dominiert. Dieser politische Diskurs hat zur Suche nach „Wurzeln und Identität“ geführt und eine feindselige Haltung Einzelner wie auch ganzer Gruppierungen gegenüber Christen begünstigt. Bis 1974 repräsentierte die ÄOK die Staatsreligion. Von 1974 bis 1991 befand sich Äthiopien unter kommunistischer Herrschaft, die nach einem 17-jährigen Bürgerkrieg schließlich von einem Bündnis mehrerer Rebellengruppen aus verschiedenen ethnischen Gruppen beendet wurde. Damals wurde den ethnischen Gruppen Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Dies geschah im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung, einer Reihe von Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes 1991 verabschiedet wurden. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete darin, dass die Regierung unter einigen ethnischen Gruppen Ressentiments gegen Christen schürte. In Regionen wie Afar oder Somali (Ogaden) sind Islam und Stammeszugehörigkeit miteinander verbunden. Manche Stämme verlangen zudem, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen und rächen sich, falls sie dies nicht tun. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich einer der beiden Hauptreligionen (Christentum oder Islam) angehört, werden in manchen Landesteilen noch immer traditionelle Religionen praktiziert. Von hier lebenden Menschen wird erwartet, sich an allen religiösen und kulturellen Riten der Gemeinschaft

zu beteiligen. Wer dem nicht nachkommt, wird vertrieben. Doch auch unter Christen und Muslimen sind okkulte Praktiken weit verbreitet. So ist es etwa nicht unüblich, dass Neugeborene dem örtlichen Zauberer geweiht werden.“

5. Verfolger

Verfolger ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische religiöse Leiter stimmen stillschweigend oder ausdrücklich, etwa durch ihre Predigten, der Diskriminierung von Christen zu und rufen sogar zur Gewalt gegen Christen auf.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Familien von Christen muslimischer Herkunft nehmen es nicht hin, dass ein Familienmitglied den Islam verlässt und den christlichen Glauben annimmt. Deshalb meiden sie Konvertiten, schikanieren und verleugnen sie.
- **Gewöhnliche Bürger:** In einigen muslimisch dominierten Teilen des Landes lehnen normale Bürger den christlichen Glauben und jegliche Weitergabe des Evangeliums ab, besonders aber den Glaubenswechsel zum christlichen Glauben.

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Leiter anderer Kirchen:** Die wichtigsten Verfolger sind Priester und ultrakonservative Gruppen innerhalb der ÄOK, die auch Familien und gewöhnliche Bürger beeinflussen. In Bezug auf die Rolle von Kirchenleitern der ÄOK und deren Mitgliedern berichtet ein Länderexperte: „Die religiöse Zusammensetzung des Landes erfährt aufgrund des rapiden Wachstums neuer christlicher Glaubensrichtungen, besonders der protestantischen Gemeinden, einen deutlichen Wandel. Dieses starke Wachstum wird von den Leitern und Anhängern der Orthodoxen Kirche nicht gutgeheißen. Widerstand gegen diese neuen Formen des christlichen Glaubens zeigt sich auf verschiedenen Ebenen durch die Reaktionen sowohl von Leitern als auch von Mitgliedern der ÄOK. Die Vereinigung mit dem Namen ‚Mahibere Kidusan‘ veröffentlicht seit Jahren Brandschriften und abfällige Artikel gegen protestantische Christen. In der Hauptstadt und in anderen wichtigen Städten und Gebieten wie im Süden und Südwesten des Landes, wo die neuen Formen der christlichen Kirchen gefestigter werden, hat sich die Situation gebessert.“
- **Gewöhnliche Bürger:** Auch gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Verfolgung anderer kirchlicher Gruppen, insbesondere protestantischer Kirchen, beteiligt. Ein Experte für das Land fasst zusammen: „Trotz des Anspruchs auf ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Religionen im Land sprechen die Fakten vor Ort eine andere Sprache. Aus einer Reihe von Gründen, unter anderem – aber nicht nur – wegen der Lehren von religiösen Leitern und der mangelnden Auseinandersetzung mit religiöser Vielfalt, ist es sehr üblich, dass sich Privatpersonen an Gewalt gegen Christen beteiligen. Angriffe von Teenagern auf protestantische Kirchen; die Weigerung, Gebäude zur Nutzung als Kirche zu vermieten; die Misshandlung von Christen, die versuchten, das Evangelium an öffentlichen Orten zu predigen (sowohl verbale als auch körperliche Misshandlungen) und viele andere Formen der Verfolgung werden von Einzelpersonen und Mobs verübt.“
- **Die eigene Familie:** Familienmitglieder, die konvertieren oder vom orthodoxen zum evangelischen Glauben übertreten, werden von anderen Familienmitgliedern unter Hausarrest gestellt, gemieden, verleugnet und vom Erbe ausgeschlossen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Das Ausmaß der Verletzungen der Religionsfreiheit variiert stark von Region zu Region. Besonders Beamte der mittleren und niedrigeren Ebenen gehen aktiv gegen die sogenannten neuen Formen des christlichen Glaubens vor. Örtliche Amtsträger haben besonders viel Einfluss auf Alltagsaktivitäten und sind somit für die meisten Verletzungen der Rechte von Christen verantwortlich. Dazu gehört unter anderem auch das Verweigern von Genehmigungen für Gottesdienste und andere christliche Treffen.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Verfolgung geht hier von den Anführern der Gemeinschaften aus. Diese Triebkraft der Verfolgung entfaltet ihre Wirkung vor allem in abgelegenen Gebieten und verbindet sich in einigen Gegenden mit der islamischen Unterdrückung – einige Verfolger lassen sich daher beiden Triebkräften zuordnen. So ist in der Afar- oder Somali-Region beispielsweise der islamische Glaube Voraussetzung, um der Gemeinschaft anzugehören. Ein Experte für das Land stellte fest: „Dies ist vor allem in relativ abgelegenen Teilen des Landes der Fall, wo die Anführer ethnischer Gruppen großen Einfluss haben. In einigen mehrheitlich muslimischen Gebieten gibt es Fälle, in denen die Anführer der ethnischen Gruppen aktiv für die Verfolgung der Christen in dem Gebiet eintreten. Dies führte in solchen Gebieten zu Vertreibungen, sowie Verletzungen und Ermordungen von Christen. Die Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes haben negative Auswirkungen auf das Leben von Christen, die allein aufgrund ihres ethnischen und religiösen Hintergrunds von Angriffen bedroht sind. Es ist nicht abzusehen, dass sich daran bald etwas ändern wird.“

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die geografische Verteilung der Verfolgung von Christen in Äthiopien hängt davon ab, welche Triebkräfte der Verfolgung jeweils vorherrschen. So liegt der Brennpunkt der Verfolgung als Folge von konfessionellem Protektionismus in der Region Amhara, in Tigray und in einigen Teilen von Oromia. Islamische Unterdrückung ist in einigen Teilen des Ostens und Westens von Oromia sehr ausgeprägt, wie auch in Afar und Somali. Gurage, Silte und Alaba sind ebenfalls Gegenden, die von der schwersten Verfolgung betroffen sind.

7. Betroffene Christen

Alle Christen, die in Äthiopien leben, sind von Verfolgung betroffen. Doch das Ausmaß der Verfolgung und ihre Quellen variieren von Gruppe zu Gruppe.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie werden nicht unfreiwillig isoliert und werden daher bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die ÄOK ist ein typisches Beispiel für diese Kategorie und ist überall im Land stark präsent. Sie ist einer der Faktoren, die zur Komplexität der Verfolgungsdynamik in Äthiopien beitragen; einerseits wird die

ÄOK selbst verfolgt, andererseits spielt sie aber auch eine zentrale Rolle als Verfolger. Orthodoxe Christen werden vor allem von der Regierung und extremistischen Muslimen verfolgt. Auch in Gebieten, in denen das Stammessystem dominiert, herrscht Druck auf die ÄOK. Orthodoxe Christen leben vor allem in Nord- und Zentraläthiopien. Auch Christen, die in muslimisch dominierten Regionalstaaten (Harrari, Somalia, Afar) sowie in lokalen Gemeinschaften (beispielsweise unter den Silte) leben, haben mit Problemen zu kämpfen, wenn es darum geht, ihren christlichen Glauben zu leben.

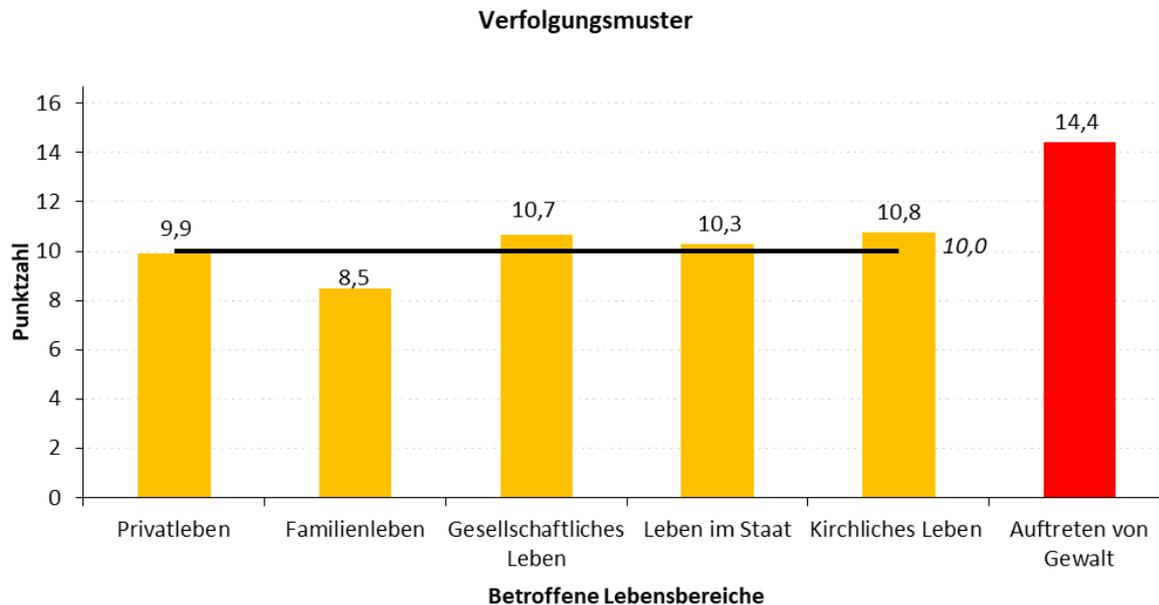
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Dazu gehören 1) Christen muslimischer Herkunft, 2) Christen, die sich von einer christlichen Konfession ab- und einer anderen zugewandt haben und 3) Menschen, die früher einer Stammesreligion angehörten und jetzt Jesus Christus nachfolgen. Diese Christen sind unterschiedlichen Triebkräften der Verfolgung ausgesetzt. In muslimisch dominierten Gebieten erleben ehemalige Muslime Druck und Gewalt besonders von Familie, Großfamilie, Leitern der örtlichen Gemeinschaft und nichtchristlichen religiösen Leitern. In Gebieten, die stark von der ÄOK geprägt sind, geht die Verfolgung hauptsächlich von den Anhängern der ÄOK aus. Christen anderer religiöser Herkunft erfahren auch Verfolgung durch die Regierung, und zwar in allen Teilen des Landes. In Gebieten, in denen es verstärkt zu ethnisch-religiöser Feindseligkeit kommt, droht christlichen Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger traditioneller Glaubenssysteme; hinzu kommen Muslime, die versuchen, Konvertiten zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören die in Äthiopien stark vertretenen baptistischen, evangelikalen und Pfingstgemeinden. Solche Gemeinden sind starker Verfolgung ausgesetzt, vor allem durch die Regierung, die ÄOK und islamische Gruppen. Im Vergleich zu den anderen Kategorien von Christen wachsen diese Gemeinden sehr schnell. Ein Experte für das Land stellt fest: „Viele Gebiete des südlichen Äthopiens sowie Teile von Oromia werden von Evangelikalen/Protestanten dominiert. Als die Mehrheit in diesen Gemeinschaften sind sie keiner (starken) Verfolgung ausgesetzt. Aber Protestanten, die in Landesteilen leben, die vor allem von Muslimen und orthodoxen Christen bewohnt werden, haben mit verschiedenen Formen der Verfolgung zu kämpfen.“ Diese christlichen Denominationen werden von vielen als Bedrohung angesehen, da ihre Zahl und ihr Einfluss ständig wachsen. Infolgedessen erleben sie Druck und Gewalt von vielen verschiedenen Seiten.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Äthiopien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Äthiopien ist mit 10,0 Punkten auf einem hohen Niveau und nur leicht unter dem im vergangenen Jahr, als das Land 10,2 Punkte erreichte.
- Mit Ausnahme des Familienlebens und Privatlebens gibt es keinen Lebensbereich, in dem der Druck auf Christen bei weniger als 10 Punkten lag. Das zeigt, dass äthiopische Christen starke Verletzungen ihrer Religionsfreiheit erleben – obwohl Äthiopien ein mehrheitlich christliches Land ist.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen stieg auf ein extremes Niveau an und erreichte 14,4 Punkte. Das ist darauf zurückzuführen, dass Christen aufgrund ihres Glaubens getötet und Kirchen zerstört wurden.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Christliche Konvertiten erfahren den stärksten Druck für ihren Glauben, angefangen in ihrem Elternhaus. Familienmitglieder und das soziale Umfeld sehen den Glaubenswechsel oft als Verrat am traditionellen Glauben oder an den Vorfahren. Der traditionelle und familienorientierte Charakter des

Landes spielt eine wichtige Rolle, wenn man verstehen will, warum ein solcher Glaubenswechsel zutiefst abgelehnt wird. Wenn es um die Anhänger der ältesten Religionen der Nation geht, sind Religion und Kultur infolge der jahrtausendealten Praxis sehr stark miteinander verflochten. In einigen Fällen ist es sehr schwierig zu unterscheiden, was was ist. Gibt jemand seine Religion auf und wendet sich einer anderen Religion zu, sieht er sich daher einem immensen Druck vonseiten seiner Kernfamilie ausgesetzt. Der Glaubenswechsel wird als Ablehnung der eigenen Identität und der Verbindung mit den Vorfahren angesehen. Auch die Familienmitglieder wollen ihren Ruf innerhalb ihres sozialen Umfelds schützen und nicht als Familie eines Abtrünnigen bezeichnet werden.

Dies beschreibt nur die normale Reaktion von Familienmitgliedern. Außerhalb ihres Familienverbandes wird es für Konvertiten oft dramatischer, wenn sie mit den Reaktionen der Anhänger der Religion konfrontiert werden, von der sie sich losgesagt haben. Es gibt viele Faktoren, die die Schwere der Verfolgung von christlichen Konvertiten bestimmen: Der erste ist die Frage, ob es sich um ein städtisches oder ländliches Gebiet handelt. In den wenigen (relativ) großen Städten zieht der Wechsel von einer christlichen Konfession zur anderen weniger gravierende Folgen nach sich; häufig gibt es nur Widerstand von einigen Familienmitgliedern. Doch in ländlichen Gebieten ist die soziale Bindung so stark, dass ein Konfessionswechsel sehr wahrscheinlich große Empörung und unverhohlene Feindseligkeit auslöst. Die Situation unterscheidet sich zudem je nach Region. Der Norden Äthiopiens beispielsweise ist die Hochburg der ÄOK. Wenn dort jemand von der orthodoxen Konfession zu einer protestantischen übertritt, wird diese Person oft vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt oder gar gezwungen, die Ortsgemeinschaft ganz zu verlassen. Wo aber der Protestantismus die Norm ist, wie in einigen Gegenden in Südäthiopien und in Teilen von Oromia, müssen Konvertiten keine Verfolgung in diesem Ausmaß befürchten.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Für Menschen, die die ÄOK oder den Islam verlassen haben, ist der Besitz von christlichem Material besonders gefährlich, da sie oft bei ihren Familien oder innerhalb ihres sozialen Umfeldes leben. Wenn solches Material entdeckt wird, werden Christen in einigen Fällen angegriffen und auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sie zum Beispiel versuchen, ein Haus zu mieten. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Es gibt keine gesetzliche Beschränkung für Christen, christliche Materialien privat zu besitzen. Es gibt jedoch Vorfälle, bei denen Christen angegriffen wurden, weil sie ‚Versionen‘ der Bibel besaßen, die gemäß der Lehre der christlichen Mehrheitskirche unzulässig sind oder weil bei ihnen Kopien von modernen christlichen Liedern gefunden wurden.“

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Seinen Glauben schriftlich zu offenbaren, führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Problemen, insbesondere im Zeitalter der sozialen Medien. Ein Experte für das Land erklärt: „Cyber-Mobbing gegen Christen, die sich über ihren Glauben äußern, nimmt zu. Die wachsende Zahl der Internetnutzer hat zur Verbreitung der christlichen Lehre beigetragen. Sie hat allerdings auch dazu geführt, dass die Fälle sich häufen, in denen Christen, die religiöse Inhalte einstellen, anonym beschimpft werden.“

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Das Zeigen von christlichen Symbolen (wie beispielsweise einem Kreuz) kann von einigen als Provokation angesehen werden. In Gebieten mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung ist dies unproblematisch. Allerdings kann es in bestimmten abgelegenen, muslimisch dominierten Regionen

gefährlich werden. In bestimmten Teilen des Landes ist kaum damit zu rechnen, dass die Regierung die christliche Minderheit schützt, und es kann sehr gefährlich sein, christliches Material zu zeigen. Abgesehen von anderen Formen von Angriffen auf Christen wurden schon Autos verbrannt, Windschutzscheiben zertrümmert und Fenster und Türen von Häusern zerbrochen und beschädigt – nur aufgrund der Tatsache, dass Christen christliche Symbole gezeigt oder getragen haben.

Familienleben

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In muslimisch geprägten Gebieten sind die Kinder verpflichtet, islamische Schulen zu besuchen. Kinder aus christlichen Familien erleben wahrscheinlich Diskriminierung. In einigen Gegenden werden christliche Kinder oft ausgesondert und schikaniert, eingeschüchtert und manchmal angegriffen.

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Wenn ein Christ mit orthodoxem Hintergrund die ÄOK verlässt und sich einer protestantischen Gruppe (örtlich „Pentay“ genannt) anschließt, üben Familienmitglieder, Priester und fanatische Gruppen innerhalb der ÄOK Druck auf diese Person aus, damit sie zu ihrem früheren Glauben zurückkehrt. Manchmal wurden Menschen, die die orthodoxe Kirche verlassen hatten, um einer protestantischen Gemeinde beizutreten, gezwungen, sogenanntes „heiliges Wasser“ zu trinken, in der Annahme, dass der Konvertit von einem Dämon besessen sei.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Es ist für Christen, die nicht aus der ÄOK stammen, sowohl in muslimisch als auch in von der ÄOK dominierten Gebieten sehr schwierig, Bestattungsplätze zu erhalten. Es gibt Fälle, in denen Anhängern der so genannten „neuen Formen des Christentums“ die Bestattung ihrer Angehörigen auf christlich-orthodoxen Friedhöfen verweigert wurde, nur weil sie zu einer anderen Konfession gehörten.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Wenn ein Christ jemanden aus einer muslimischen Familie heiraten möchte, oder die Brautleute aus unterschiedlichen christlichen Konfessionen stammen und die Hochzeit in seiner/ihrer Kirche stattfinden soll, kann es zu Protesten durch die Familie des Partners kommen. Ein weiteres Problem ist das Vortragen nichtchristlicher Musik auf Hochzeiten: Da die meisten Protestanten in Äthiopien nichtchristliche Musik für Sünde halten, kann es auch in diesem Bereich zu Konflikten zwischen den Familienmitgliedern kommen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dieser Lebensbereich ist für Christen aufgrund von konfessionellem Protektionismus und islamischer Unterdrückung mit besonders schwerwiegenden Problemen behaftet. In einer sehr kommunal geprägten Gesellschaft wie Äthiopien spielen religiöse Unterschiede in vielerlei Hinsicht eine entscheidende Rolle. In von der ÄOK geprägten Regionen üben Familie, Ortsgemeinschaft und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen aus, die

die ÄOK verlassen haben. Belästigung ist eine der geläufigsten Herausforderungen, mit der viele Christen zu kämpfen haben. Es ist zudem nicht neu, dass in abgelegenen Teilen des Landes, die mehrheitlich muslimisch geprägt sind (dazu zählen unter anderem Somali, Afar und Oromia), Christen, die einer Minderheit angehören, Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt sind.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

In einigen Gebieten werden Christen von Menschen in ihrem sozialen Umfeld überwacht, die manchmal sogar Kinder zur Überwachung in Kirchen und in die Privathäuser von Christen schicken. Besonders Protestanten haben damit zu kämpfen. Ein Experte für das Land erklärt: „Das Misstrauen gegenüber ‚neuen Formen des Christentums‘ ist immer noch weit verbreitet. Dieses Misstrauen führt oft dazu, dass das soziale Umfeld die Aktivitäten von christlichen Gemeinden und ihren Mitgliedern überwacht. Dazu gehört auch der Einsatz von verdeckten Beobachtern, die die Aktivitäten von Kirchen vor allem während der Gebetszeiten und Gottesdienste ausspionieren. Obwohl die Mittel der Überwachung nicht sehr komplex sind, gelingt es Mitgliedern und Anführern örtlicher Gemeinschaften immer wieder, christliche Gemeinden zu überwachen – besonders diejenigen, die als Neuankömmlinge betrachtet werden.“

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

Die Teilnahme an gemeinschaftlichen Ereignissen setzt mitunter informelle Anforderungen voraus. In mehrheitlich orthodoxen Gebieten sind evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Sie dürfen nicht an gesellschaftlichen Ereignissen oder Zusammenkünften teilnehmen. Sie haben Probleme, Schulen für ihre Kinder zu finden, in denen sie vor Diskriminierung und Mobbing sicher sind. Es kann auch zu weiteren Behinderungen des Alltags kommen, etwa bei Marktbesuchen. Besonders während der großen Fastenzeit der ÄOK in den Wochen vor Ostern ist es in einigen Gebieten nahezu unmöglich, von den Fastenregeln ausgenommene Lebensmittel zu finden. In extremen Fällen bleibt Christen, die nicht der ÄOK angehören, nur die Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Äthiopien ist ein Land, in dem Brautentführung und Zwangsverheiratung üblich sind. Dies gewinnt noch an Brisanz, wenn zusätzlich religiöse Fragen eine Rolle spielen. Ein Forscher über das Land berichtet: „Entführung und Zwangsheirat sind große Probleme im ganzen Land. Die Zwangsverheiratung von Kindern, die teilweise erst elf Jahre alt sind, war und ist in ländlichen Gebieten des Landes weit verbreitet.“ Das betrifft besonders Konvertiten mit orthodoxem christlichem Hintergrund und Christen muslimischer Herkunft.

Leben im Staat

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Die Diskriminierung durch Behörden ist offensichtlich, besonders auf lokaler Ebene. In den von der ÄOK dominierten Gebieten gibt es Belege für konfessionelle Diskriminierung, da nichtorthodoxe Christen oft an den Rand gedrängt werden. In mehrheitlich muslimischen Regionen ist dies ebenfalls

häufig der Fall. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Dies ist vor allem im Bereich der Kommunalverwaltungen der Fall, insbesondere in Regionen mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung. In solchen Gebieten gibt es eine Tendenz, muslimische Einwohner auf Kosten der Christen zu bevorzugen. Die ethnischen Spannungen, die in Äthiopien in letzter Zeit überhandgenommen haben, machen Christen in muslimisch dominierten Landesteilen wie der Somali-Region das Leben schwer.“

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Obwohl Premierminister Abiy Ahmed im November 2019 die Gründung der „Wohlstandspartei“ ankündigte, wurden seit vielen Jahren keine neuen politischen Parteien in Äthiopien gegründet. Die Gefahr einer christlichen Partei ist, dass sie unweigerlich sehr kontrovers und spaltend wäre. Zivilgesellschaftliche christliche Organisationen stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie in bestimmten Bereichen tätig werden wollen, da es sehr restriktive Gesetze gibt, die bereits viele Organisationen gezwungen haben, zu schließen. Nun gibt es jedoch einen Gesetzesentwurf, der die meisten Beschränkungen des aktuellen Gesetzes aufheben wird.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Nationale Gesetze schränken die Einrichtung von Rundfunkstationen für religiöse Zwecke ein. Auch ein Verbot religiöser Aktivitäten (einschließlich des gemeinschaftlichen Gottesdienstes) innerhalb von Bildungseinrichtungen wurde eingeführt. Auch wenn es seit den Reformen der neuen Regierung Verbesserungen gegeben hat, stellt freie Meinungsäußerung immer noch eine Herausforderung dar. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „Konvertiten und Anhänger christlicher Minderheitengruppen haben es besonders schwer, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Das trifft sowohl auf traditionell-christliche als auch auf muslimisch geprägte Teile des Landes zu. Verantwortlich für die Schikanen gegen Christen aufgrund solcher öffentlichen Meinungsäußerungen sind gewöhnliche Bürger, andere religiöse Gruppen und Strafverfolgungsbehörden.“ Angesichts des veränderten politischen Umfelds erwarten viele, dass alle christlichen Konfessionen (und andere Glaubensrichtungen) künftig dazu ermutigt werden, einander mehr Toleranz entgegenzubringen.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Dieses Problem ist in Äthiopien stark verbreitet. Ein Experte für das Land berichtet: „Dies ist gängige Praxis, vor allem unter religiösen Leitern. Es wurden Lehren und Videos von einigen muslimischen Predigern in Umlauf gebracht, die Hassreden gegen Christen halten. Auch unter Christen ist es üblich, dass Priester der ÄOK Verleumdungskampagnen gegen Pfingstler/Evangelikale durchführen, indem sie diese mit abfälligen Begriffen bezeichnen und sie als Menschen darstellen, die ihren Glauben nur vortäuschen, um ausländische Hilfe zu erhalten. Einige Pfingstprediger machen ebenfalls Aussagen gegen orthodoxe Christen und stellen sie als rückständig dar.“

Kirchliches Leben

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Dies ist in Äthiopien sehr verbreitet, besonders in Gebieten, die von islamischer Unterdrückung und konfessionellem Protektionismus dominiert sind. Andere können ihren Glauben verbergen, aber Pastoren können dies aufgrund der Art ihrer Arbeit nicht. Pastoren und andere religiöse Leiter werden

regelmäßig sowohl verbal in den sozialen Medien als auch körperlich von extremistischen Gruppen angegriffen. Leiter der ÄOK sind davon weniger stark betroffen.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In der Vergangenheit war die Regierung die Hauptakteurin bei der Überwachung der Aktivitäten von Kirchen. Seit dem Führungswechsel auf Bundesebene sind es vor allem die regionalen Regierungen, von denen solche Aktionen ausgehen. Die Überwachung und Behinderung erfolgt auch durch andere nichtstaatliche Akteure, darunter auch islamisch-extremistische Gruppen, andere Kirchen und Mobs. An einigen Orten wurden Kirchen während der Gottesdienste angegriffen und Eigentum zerstört.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Wenn der Anstifter der Verfolgung die Regierung ist oder jemand, der eine starke Verbindung zur Regierung hat, ist es sehr riskant, sich gegen diese Person auszusprechen. Auch in muslimischen Mehrheitsgebieten ist es riskant, sich gegen Anstifter von Verfolgung zu äußern; daher sehen viele Gemeindeleiter davon ab.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Für einige Gruppen von Pfingstlern und Evangelikalen sind die Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude eingeschränkt. Darüber hinaus ist es in muslimisch dominierten Gebieten wahrscheinlich, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben verbergen und Aktivitäten außerhalb ihrer Kirche aus Angst vor Angriffen vermeiden. Ein Experte für das Land fügt hinzu: „In Gegenden, in denen Christen (besonders Pfingstler) in der Minderheit sind, werden die jeweiligen Leiter als Hauptverantwortliche für das ‚Verderben‘ gesellschaftlicher Werte angesehen und oft noch stärker verfolgt als die Konvertiten selbst. Die Mitglieder des sozialen Umfelds greifen zu verschiedenen Mitteln, um solche Leiter dazu zu bringen das Gebiet zu verlassen, bevor mehr Schaden angerichtet wird. Sie müssen oft im Verborgenen leben.“ Die neue Regierung unter der Führung von Dr. Abiy Ahmed versucht, einige der Einschränkungen aufzuheben, die von der vorherigen Regierung auferlegt wurden.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** In Äthiopien wurden im November 2019 und im Juni/Juli 2020 viele Christen getötet. Da die Morde sowohl ethnische als auch religiöse Elemente haben, war es eine schwierige Aufgabe, zu identifizieren, wer wegen seines Glaubens und wer wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit getötet wurde. Es ist sicher, dass mindestens zehn Menschen getötet wurden, weil sie Christen waren.
- **Verhaftungen von Christen:** Die örtlichen Behörden nahmen mindestens zehn Christen fest.

- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens 100 Kirchen wurden angegriffen oder zerstört. So berichtete der Addis Standard am 21. Dezember 2019, dass Unbekannte die orthodoxe Kirche Saint George in der Stadt Motta im Osten Gojams in Brand setzten. Orthodoxe Christen übten Vergeltung, indem sie Moscheen und muslimisches Eigentum in der Gegend in Brand setzten. Am 10. März 2020 wurde in der Stadt Enewai im Bundesstaat Amhara die Full Gospel Church in Brand gesetzt und christliche medizinische Helfer wurden von einem wütenden Mob angegriffen. Das christliche medizinische Personal versorgte die Bevölkerung kostenlos, als der Vorwurf aufkam, sie seien in Evangelisation verwickelt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mindestens 200 Häuser/Geschäfte von Christen wurden zerstört. Die meisten Christen waren gezwungen, in Kirchen Schutz zu suchen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt einige wenige religiöse Minderheiten im Land. Auch sie betrifft die Gesetzgebung bezüglich des Rundfunks, der Rolle des Glaubens in der Bildung und dem Gesetz der Zivilgesellschaft. Im Allgemeinen verlangen die Regelungen zur Zivilgesellschaft einen Antrag auf Registrierung von jeder religiösen Gruppe mit Ausnahme orthodoxer, katholischer, muslimischer und jüdischer Gemeinschaften. Darüber hinaus sieht das Registrierungsgesetz eine Mindestzahl von 50 Personen für die Registrierung als Religionsgemeinschaft vor und mindestens 15 Personen für die Registrierung eines Dienstes oder Vereins. Dies hat starke Auswirkungen auf neuere religiöse Minderheiten: Mormonen und Zeugen Jehovas ringen in einigen Gegenden, in denen ihre Zahl unter 50 bleibt, um einen eigenen Versammlungsort. Dies gilt insbesondere dort, wo Mehrheitsgruppen dafür bekannt sind, religiösen Minderheiten gegenüber feindselig zu sein. Das ist der Grund, warum die im August 2011 veröffentlichte Studie des „Pew Forums“ Äthiopien in die Kategorie der Länder mit einem hohen Indexwert für soziale Feindseligkeit einordnete: Äthiopien erreichte dort eine Wertung von 4,2 und 4,1 für die Zeiträume bis Mitte 2008 beziehungsweise Mitte 2009.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Mexiko: Platz 37

Kurze Zusammenfassung

Die zunehmende Präsenz krimineller Gruppen verschiedener Zugehörigkeiten und der Kampf um territoriale Kontrolle führen dazu, dass Christen und kirchliche Leiter, die in diesen Gebieten leben, ständig in der Gefahr stehen, ins Visier genommen zu werden – überall dort, wo sie als Bedrohung für kriminelle Operationen wahrgenommen werden und den Forderungen der Gruppen nicht gehorchen. In indigenen Gemeinschaften müssen diejenigen, die sich entschließen, die religiösen Überzeugungen oder synkretistischen Praktiken der Gemeinschaft (die gemeinhin mit dem Katholizismus in Verbindung gebracht werden) aufzugeben, mit Ablehnung und Strafen wie Geldstrafen, Inhaftierung und Zwangsumsiedlung rechnen. Auch sonst steigt die Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben, besonders wenn Christen ihre Überzeugungen zu Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Elternrechte und Religionsfreiheit kundtun, die auf ihrem Glauben beruhen. Gleichstellungsgesetze, die von ideologischen Interessengruppen und den Regierungsbeamten, die sie unterstützen, vorangetrieben werden, bedeuten, dass jede Verbindung zwischen dem christlichen Glauben und der Politik unter strenger rechtlicher Überprüfung steht.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	37
2020	60	52
2019	61	39
2018	59	39
2017	57	41

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mexikos Bewertung hat im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 um 4 Punkte zugenommen. Für diesen Anstieg ist in erster Linie das organisierte Verbrechen verantwortlich. Kriminelle Vereinigungen konnten von der soziopolitischen Instabilität infolge der Covid-19-Pandemie profitieren und ihre territoriale Dominanz verstärken. Das führte zu größerer Angreifbarkeit für und verstärkter Gewalt gegen Christen. Die Pandemie bestärkte zudem lokale Behörden in indigenen Gemeinschaften darin, strenger gegen Christen vorzugehen, die sich weigerten, traditionellen Bräuchen zu folgen. In anderen Teilen des Landes war die säkulare Intoleranz ein Faktor, da radikale Interessengruppen sich gegen Christen und kirchliche Aktivitäten stellten.

2. Trends und Entwicklungen

1) Das Ausmaß der illegalen Aktivitäten krimineller Gruppen nimmt weiter zu

Durch die Umstände der Covid-19-Pandemie konnten diese Gruppen die Gebiete, die sie kontrollieren, vergrößern. Besonders Christen, die sich aktiv gegen kriminelle Aktivitäten aussprechen, leiden unter Vergeltungsmaßnahmen wie Drohungen und Gewalt. Es wird zunehmend schwierig für kirchliche Gruppen, ihre humanitäre und geistliche Arbeit fortzuführen.

2) Die Zunahme der Macht indigener Anführer kommt christlichen Konvertiten nicht zugute

Die Autonomie dieser indigenen Gemeinschaften hat schon immer ernsthafte Probleme für Christen mit indigenem Hintergrund verursacht. Doch die gegenwärtige Pandemie hat die Situation weiter verschlechtert, da die Befugnisse der Anführer dieser Gemeinschaften in indigenen Gebieten noch einmal gestärkt wurden. Wer nicht am Ahnenkult der Gemeinschaft und den synkretistischen Praktiken (die teilweise mit dem Katholizismus verbunden sind) teilnimmt, sieht sich Widerstand, Ablehnung, Arrest und Zwangsumsiedlung ausgesetzt.

3) Der Einfluss radikaler säkularistischer Gruppen steigt

Über die vergangenen Jahre hat sich in der Gesellschaft eine Tendenz zur Säkularisierung gezeigt, die Christen verstärkt zur Selbstzensur führt. Unter den Antidiskriminierungsbestimmungen wurden Christen angezeigt, weil sie ihre Meinung ausgedrückt hatten, die auf ihrem Glauben beruht.

3. Religiöse Situation im Land

Christen machen 95,8 % der Bevölkerung des Landes aus. Geschätzte 3 % der Bevölkerung bezeichnen sich als agnostisch oder atheistisch. Das ist das Ergebnis starker säkularer Tendenzen, die durch die Politik der früheren Regierung gefördert wurden. Es gibt keine offizielle Religion in Mexiko und in staatlichen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht. Der Staat ist strikt säkular und bis 1992 hatte die Regierung keinerlei Beziehungen zu einer Kirche und erkannte keine Kirche offiziell an. 1992 wurde die Verfassung durch die Regierung des damaligen Präsidenten Salinas geändert, um den verschiedenen Religionen, die in Mexiko existieren, Anerkennung zu verschaffen.

Heute haben mexikanische Bürger das Recht, jede Religion auszuüben. Die Regierung koordiniert religiöse Angelegenheiten über das Sekretariat für Regierungsführung (SEGOB), das (zusammen mit der Generaldirektion für religiöse Vereinigungen, DGAR) religiöse Toleranz fördert, Konfliktvermittlung betreibt und Fälle von religiöser Intoleranz untersucht. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019 hat jeder der 32 Staaten Mexikos Büros, die sich um religiöse Angelegenheiten kümmern. Laut dem Gesetz zur Regulierung religiöser Organisationen dürfen Kirchenvertreter nicht öffentlich ihre politische Meinung kundtun oder ein politisches Amt besetzen. Staatliche Behörden dürfen wiederum nicht in interne Angelegenheiten religiöser Gemeinschaften eingreifen.

Der Präsident nutzt regelmäßig religiöse Sprache und Symbole in seinen Ansprachen. Besonders im Kontext der Covid-19-Pandemie hat Präsident Andrés Manuel López Obrador (in der Öffentlichkeit bekannt als „AMLO“) darauf hingewiesen, welche Hilfe der Glaube in Zeiten einer solchen Krise sein kann. Kritiker sagen jedoch, dass diese religiösen Anspielungen in erster Linie eine Strategie sind, um eine Verbindung mit der christlichen Mehrheit in Mexiko zu schaffen und sich ihre Unterstützung zu

sichern. Obwohl Präsident AMLO anfangs enge Beziehungen zu verschiedenen christlichen Gruppen wie etwa CONFRATERNICE, einem Zusammenschluss evangelischer Kirchen, unterhalten und sie für ihre Zusammenarbeit in sozialen Projekten mit der Regierung gelobt hat, hat er sich seitdem von bestimmten Aktionen und Aussagen von CONFRATERNICE distanziert, um die Trennung von Staat und Kirche „zu respektieren“. So bleibt die Position des Präsidenten zur Kirche trotz seiner Reden und des Gebrauchs religiöser Sprache unklar.

Als die Covid-19-Pandemie Mexiko erreichte, ordneten die Behörden den sofortigen Stopp aller nicht systemrelevanten Aktivitäten auf nationaler Ebene an und hielten die Bürger zudem zu einem freiwilligen Lockdown zuhause an, sollten sie nicht in systemrelevanten Berufen arbeiten. Davon waren auch religiöse Aktivitäten betroffen. Bis August 2020 wurde ein regionales Ampelsystem eingeführt, um Aktivitäten wiederaufzunehmen. So wurde es für religiöse Gruppen möglich, Aktivitäten in geschlossenen öffentlichen Räumen in eingeschränkter Weise wieder zu starten, je nach Staat, in dem sie sich befinden. Aktivitäten aus dem wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Bereich mussten weniger Einschränkungen hinnehmen.

Christliche Werte und Ansichten werden von LGBTI- und radikalen feministischen Gruppen verurteilt. Diese ideologischen Interessengruppen kritisieren bestimmte Ansichten, die auf dem christlichen Glauben basieren, und verlangen, dass kirchliche Leiter sich nicht zu gesellschaftlichen Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe oder Sexualerziehung äußern. In einigen Fällen wurde sogar versucht, Politiker zu zensieren, die Ansichten äußerten, die auf ihrem christlichen Glauben basieren oder die in der Öffentlichkeit christliche Werte verteidigten. Aktionen von ideologischen Interessengruppen werden zunehmend aggressiv, wie sich an Vorfällen zeigt, bei denen Besitz von Christen mutwillig beschädigt wurde. Deshalb sahen sich christliche Leiter gezwungen, Klagen bei Behörden einzureichen. Christliche Leiter wurden auch dafür kritisiert, die Wiedereröffnung von Kirchen für Gottesdienste nach dem Covid-19-Lockdown zu unterstützen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 hat Mexiko-Stadt einem Gesetz zugestimmt, das Aktivitäten kriminalisiert, die der freien Selbstbestimmung in Geschlechterfragen entgegenstehen. Das bedeutet, dass christliche Leiter oder christliche Gruppen rechtliche Konsequenzen befürchten müssen, wenn sie Menschen Unterstützung anbieten, die aus eigenem Antrieb mit homosexuellen Neigungen aus einer christlichen Perspektive umgehen wollen.

In einem Umfeld steigender Gewalt und Unsicherheit werden christliche Leiter regelmäßig von kriminellen Gruppen ins Visier genommen. Morde, Erpressungen, Todesdrohungen und Zerstörung von Eigentum sind alltäglich.

In indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie die religiösen Praktiken und Bräuche ihrer ethnischen Gruppe ablehnen. Infolgedessen sehen indigene Anführer den christlichen Glauben als Unsicherheitsfaktor. Da es sich bei diesen Anführern um diejenigen handelt, die in ihren Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit indigener Völker von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht gebührend garantiert, wenn es sich um eine Religion handelt, die sich von der Religion der indigenen Gemeinschaft unterscheidet. Wenn in einer indigenen Gemeinschaft synkretistische religiöse Bräuche praktiziert werden, wenn römisch-katholische Riten mit angestammten und die Natur anbetenden Bräuchen verbunden werden, und wenn nun Christen indigener Herkunft sich weigern, an solchen Riten teilzunehmen, erfahren sie infolgedessen Feindseligkeit und Ablehnung.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2019 führt Mexiko auf Rang 130 von 180 mit einer Wertung von 29/100 (0 = sehr korrupt, 100 = sehr sauber). 2020 stellte eines der gewalttätigsten Jahre für Mexiko dar. In den ersten sechs Monaten wurden 20.494 Menschen getötet. Damit wurde die Zahl für 2019 bereits zur Jahreshälfte übertroffen. Angriffe von Drogenkartellen auf Strafverfolgungsbehörden sind gleichbleibend.

Der Plan der Regierung, militärische Kräfte zu nutzen, um die Gewalt einzudämmen, hat sich im Berichtszeitraum als ineffektiv erwiesen. Das große Ausmaß an Straffreiheit und Korruption hat dazu geführt, dass Kommentatoren Mexiko einen „Narco-Staat“ getauft haben. Viele kriminelle Gruppen sind nicht nur in den Gebieten aktiv, die sie kontrollieren, sondern haben auch Netzwerke in verschiedenen anderen Bundesstaaten aufgebaut und so eine aktive Präsenz im gesamten Land geschaffen. Die wichtigsten kriminellen Gruppen haben sich zudem diversifiziert, um ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Diese Faktoren führen dazu, dass ein anhaltender Krieg zwischen verschiedenen Gruppen besteht, der eine Spirale der Gewalt verursacht. Einige Nachbarschaften haben Bürgerwehren gebildet, um die kriminellen Gruppen und korrupten Polizisten zu verjagen. Viele sehen diese jedoch selbst als kriminelle Gruppen an.

Während der Pandemie haben kriminelle Gruppen die entstandene Sicherheitslücke ausgenutzt, um ihre Kontrolle über den Drogenhandel zu stärken und gleichzeitig als „Wächter und Beschützer“ der Ärmsten aufzutreten, um sie gefügig zu machen, ihre Gebietskontrolle zu erweitern und ihre illegalen Aktivitäten zu legitimieren. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen kriminelle Gruppen aktiv sind, nutzen auch die Gruppen in Mexiko einfallsreiche Methoden, um ihre Geschäfte am Laufen zu halten. Dabei werden Gesichtsmasken, Avocados, Kinderspielzeug, Perücken und Tiere für die Verteilung der Drogen genutzt. Viele haben auch begonnen, Cyber-Technologien und Drohnen zur Überwachung zu nutzen.

Christen, welche die Behörden über illegale Operationen informieren, als Verteidiger von Menschenrechten auftreten oder sich daran beteiligen, von der Pandemie betroffenen Personen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, werden von den kriminellen Gruppen als Bedrohung ihrer Interessen gesehen. Dies gilt besonders für Programme von Kirchen, die dazu geschaffen wurden, junge Leute davon abzuhalten, selbst Drogendealer zu werden, sowie für christliche Leiter, die Projekte gestartet haben, um Einwanderer zu unterstützen. Sie können schnell zum Ziel von Überwachung, Todesdrohungen, Vergeltungsmaßnahmen, Entführungen und sogar Morden werden. Während der Pandemie wurden Kirchen zum Ziel von Einbrüchen und teilweise wurden dabei auch Mitarbeiter der Kirchen verletzt und/oder erpresst. Aufgrund solcher Einschüchterungen hörten viele Gemeindemitglieder auf, zur Kirche zu gehen, schon bevor Covid-19 in Mexiko auftrat.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Vom Staat wird die Autonomie der indigenen Völker als Gruppenrecht anerkannt, weshalb die staatliche Intervention in diesen Gemeinschaften minimal ist. Innerhalb dieser Gemeinschaften versuchen Anführer ethnischer Gruppen einen Lebensstil durchzusetzen, der von ihrem Ahnenkult oder ihren synkretistischen Praktiken (die oft mit katholischen Riten verbunden sind) geregelt ist. Werden diese ethnischen Bräuche abgelehnt (etwa von protestantischen Christen), wird dies als

ernsthafter Angriff auf die Lebensweise der indigenen Gemeinschaft empfunden. Besonders Christen, die aus indigenen Religionen stammen, sehen sich Druck ausgesetzt, ihren neugewonnenen christlichen Glauben aufzugeben, indem sie vertrieben werden, Strafen zahlen sollen, isoliert werden, ihnen die Nutzung von Gemeingütern (z. B. Brunnennutzung) verweigert wird, sie geschlagen oder inhaftiert werden und ihr Besitz zerstört wird.

Im Kontext der Pandemie hat sich diese Situation weiter verschlimmert, da Christen aus indigenen Völkern ohne Zugang zu Grundversorgungsleistungen (wie Wasser und Strom) riskieren, sich zu infizieren, da sie die grundlegenden hygienischen Maßnahmen nicht umsetzen können. Einige Christen aus indigenen Gemeinschaften erhielten keine staatlichen Hilfen, da sie nicht weiter als Mitglieder ihrer Gemeinschaften angesehen wurden und bei der Verteilung der Hilfe ausgeschlossen wurden. Einige wurden auch unter Druck gesetzt, an traditionellen Heilungsritualen teilzunehmen, die dem christlichen Glauben entgegenstehen. Teilweise wurden solche Christen indigener Herkunft für die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht, weil sie bei religiösen Veranstaltungen Kontakt mit Menschen außerhalb der Gemeinschaft hatten. Das Risiko für Vergeltungsmaßnahmen gegen Christen indigener Herkunft ist hoch und es gab aufgrund der Schließung der innerstaatlichen Grenzen während der Pandemie keine Möglichkeit für sie, zu entkommen. Sie wurden auch dazu gezwungen, traditionelle Medizin zu nutzen und ihre Toten nach indigenen Ritualen zu begraben.

Die staatliche Kommission für Menschenrechte hat Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass solche Christen indigener Herkunft körperlich unversehrt bleiben und sicher leben können. Nicht alle Fälle wurden jedoch zufriedenstellend weiterverfolgt. Obwohl in einigen Fällen Vereinbarungen getroffen wurden, um Menschen aus indigenen Gemeinschaften zu unterstützen, die aus religiösen Gründen vertrieben wurden, oder um Gespräche zwischen Anführern ethnischer Gruppen und Christen indigener Herkunft zu vermitteln, waren die Maßnahmen in vielen Fällen nicht ausreichend. Viel zu oft werden sie nur als kleine interne Konflikte über politische oder persönliche Differenzen gesehen und nicht als Verstoß gegen die Religionsfreiheit von Einzelpersonen.

Unterdrückung durch den Stamm ist oft mit konfessionellem Protektionismus verbunden, wenn die Anführer indigener Gemeinschaften versuchen, eine synkretistische Form des Katholizismus zu verteidigen und allen Mitgliedern ihrer Gemeinschaft aufzuzwingen.

Säkulare Intoleranz

Ideologische Interessengruppen und einige Regierungsbehörden wollen eine säkularistische Agenda verbreiten, welche die Teilhabe von Christen in der Öffentlichkeit einschränkt, besonders, wenn sie ein öffentliches Amt innehaben. Im aktuellen Berichtszeitraum war aggressive Intoleranz gegen Christen besonders dann zu beobachten, wenn christliche Werte zu Themen, die Ehe, Leben und Familie betreffen, geäußert wurden. Säkulare Gruppen, Mitglieder politischer Parteien, einige Bürger und einige Regierungsbehörden neigen dazu, das Engagement von Christen in der Politik als Hindernis für die Rechte von Frauen und Minderheiten zu sehen. Auf lokaler Ebene werden Christen, die sich für die oben genannten Themen aussprechen, regelmäßig als „homophob“ beschimpft und stehen in Gefahr, für angebliche Diskriminierung und Hassreden angeklagt zu werden.

Christen, die ihre Überzeugungen bei der Arbeit oder in der Schule verteidigen, werden oft verbal angegangen und diffamiert. Zudem ist es immer häufiger der Fall, dass kirchlicher Besitz von feministischen Gruppen als Zeichen ihrer Ablehnung der kirchlichen Haltung zu Abtreibung verwüstet wird. In solchen Fällen untersuchen die Behörden den Fall fast nie. Das liegt nicht nur an den

Problemen, welche die Covid-19-Pandemie mit sich bringt, sondern auch daran, dass solche Angriffe auf Christen und Kirchen nicht als wirkliches Problem betrachtet werden. Zu einem gewissen Grad trägt diese Einstellung der Regierung zu einer Gleichgültigkeit in der Gesellschaft bei und normalisiert eine Situation, die die Kirche verwundbar werden lässt.

5. Verfolger

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** In Mexiko gibt es eine Vielzahl an gewalttätigen kriminellen Organisationen. Solche Gangs greifen Kirchenleiter an, die sich gegen ihre illegalen Aktivitäten stellen oder Menschen beeinflussen, sich ihnen nicht anzuschließen. Sie bedrohen die persönliche Sicherheit von Gemeindeleitern und brechen in Kirchen ein und rauben sie aus. Indigene Gemeinschaften sind eines der am stärksten betroffenen Ziele, da ihre Gebiete üblicherweise der ideale Standort für den Drogenhandel sind.
- **Regierungsbeamte:** Korrupte Beamte auf verschiedenen Ebenen lassen es zu, dass kriminelle Aktivitäten ohne Strafe vorstattgehen. Das ermutigt die Gruppen dazu, ihre Operationen auszuweiten und noch mehr Gewalt auszuüben. Christen, die den Behörden über die Aktivitäten krimineller Gruppen berichten oder Schutz suchen, werden teilweise unverzüglich Opfer von Vergeltungsmaßnahmen, was zeigt, dass Christen doppelt verletzlich sind. Auch vor der Pandemie schützten die meisten Behörden Christen, Gemeindeleiter und Kirchengebäude nicht effizient genug, da viele Beamte sie nicht als besonders gefährdet durch das organisierte Verbrechen sehen.
- **Politische Parteien:** Die Korruption unter Mitgliedern der politischen Klasse hilft der Vertuschung der Aktivitäten krimineller Gruppen. Ihre Entscheidungen begünstigen die Straffreiheit, die es Kartellen des organisierten Verbrechens ermöglicht, mit ihren illegalen Aktivitäten fortzufahren und Druck auf und Gewalt gegen Christen in den am meisten vernachlässigten Gegenden des Landes auszuüben. Zudem beginnt eine Praxis sich auszubreiten, die mit „Narco-Finanzierung“ beschrieben werden kann: Drogenkartelle finanzieren bestimmte politische Parteien und Kandidaten. Auch deswegen kann sich das organisierte Verbrechen ausbreiten.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen und religiöse Behörden indigener Völker stellen sich gegen jede religiöse Aktivität, die den religiösen Riten der Gemeinschaft entgegensteht. Diese sind teilweise eine Art des Katholizismus, der mit Ahnenkult vermischt ist. Der Glaubenswechsel zu und die Ausübung eines christlichen Glaubens, der von den anderen Stammesmitgliedern nicht akzeptiert wird, wird deswegen als Verrat angesehen und stellt eine Beleidigung der gesamten indigenen Kultur dar, gegen die hart vorgegangen werden muss. Während der Covid-19-Pandemie wurden Christen indigener Herkunft bestimmte Hilfen in der Gemeinschaft verweigert. Dafür waren Anführer der Gemeinschaften verantwortlich, die sie als Verräter ohne Rechte in der Gemeinschaft ansehen.

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Er wird erwartet, dass die Loyalität zur indigenen Gemeinschaft höher ist als die Loyalität zur Familie. Wer den christlichen Glauben annimmt und sich deshalb von den religiösen Praktiken der Gemeinschaft abwendet, läuft deshalb Gefahr, von der Großfamilie abgelehnt zu werden, entweder aus Angst oder aus Loyalität zur Gemeinschaft und Kultur des Stammes.
- **Gewöhnliche Bürger und Mobs:** Mitglieder indigener Gemeinschaften melden christliche Aktivitäten und belästigen Christen indigener Herkunft, weil sie ihrer Gemeinschaft gegenüber loyal sind. Sie fühlen sich dazu verpflichtet, die Stabilität der Gemeinschaft zu bewahren, da dies für sie im besten Interesse des Stammes ist.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte auf kommunaler und staatlicher Ebene greifen gewöhnlich nicht ein, wenn Christen in autonomen indigenen Gemeinschaften misshandelt werden. Ihr Ziel ist es, die indigene Autonomie zu stärken, anstatt ihre Entwicklung innerhalb des Rahmens zu fördern, den internationale Abkommen fordern, zu denen Mexiko sich verpflichtet hat, insbesondere mit Blick auf die Religionsfreiheit. Wenn Beamte doch aktiv werden, sind die Maßnahmen, die sie ergreifen, meist ungenügend, um das Recht von Christen auf Religionsfreiheit zu schützen. Meist versuchen sie, die indigenen Behörden zu unterstützen, um zu signalisieren, dass sie die Rechte indigener Gruppen respektieren und politisches Mitgefühl zu erzeugen.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

- **Ideologische Interessengruppen:** LGBTI-Gruppen, radikale feministische Gruppen und andere Interessengruppen versuchen, biblische Werte und Ansichten zu bestimmten Themen aus der öffentlichen Diskussion auszuschließen. Diese Gruppen belästigen Christen, kritisieren sie auf aggressive Weise und beschuldigen sie der Diskriminierung und Hassrede, wenn Christen öffentlich über christliche Ansichten zu Familie, Ehe und religiöser Freiheit sprechen. Sie versuchen, Gemeindeleiter und Eltern vor Gericht zu bringen, wenn sie Kindern und jungen Menschen biblische Werte über Sexualität vermitteln. Die Beschädigung von Kirchen ist ebenfalls zu einer gängigen Taktik für Interessengruppen geworden.
- **Regierungsbeamte:** Einige Behörden auf kommunaler, staatlicher und Bundesebene arbeiten mit ideologischen Interessengruppen zusammen und versuchen, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der Christen und christliche Organisationen einschränkt und zensiert. Damit soll die Trennung von Staat und Kirche gewährleistet werden. Petitionen von christlichen Gruppen, die die Religionsfreiheit schützen wollen, werden oftmals von Behörden ignoriert, wenn sie Verordnungen im Sinne von säkularistischen Gruppen erlassen.
- **Politische Parteien:** Einige Angehörige politischer Parteien, inklusive der Regierungspartei MORENA, haben Initiativen unterstützt, die Christen in der Öffentlichkeit zensieren wollen. Das geschah gemeinsam mit ideologischen Interessengruppen und betraf Themen wie das ungeborene Leben, Familie, Ehe und sexuelle Ethik. Einige versuchten sogar, Christen innerhalb der eigenen Partei zu sanktionieren.
- **Gewöhnliche Bürger:** Durch die verstärkt säkularisierte Gesellschaft in Mexiko gab es koordinierte Angriffe auf Christen in sozialen Medien und Beschädigungen von Kirchen, die zumeist von Hass auf die katholische Lehre motiviert waren. Bürger sehen Kirchen immer mehr als Hindernis zum Fortschritt in der Gesellschaft an und kommen zu dem Schluss, dass alles, was mit ihnen zu tun hat, keinen Respekt verdient.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Brennpunkte für organisiertes Verbrechen und Korruption

Kriminelle Netzwerke haben sich im gesamten Staatsgebiet Mexikos ausgebreitet und sind nicht länger auf die sogenannten „Narco-Staaten“ beschränkt. Die am weitest verbreiteten Organisationen sind das Jalisco Nueve Generación Cartel (CJNG), das in 27 von 32 Staaten operiert, und das Sinaloa / Pacifico Cartel, das in 21 Staaten arbeitet. Es gibt jedoch mindestens 17 andere kriminelle Gruppen mit großer Präsenz im Land. Dabei werden viele kleinere, neue Ableger unberücksichtigt gelassen. Sie alle treten als Verfolger auf, wenn sie die Kirche als Bedrohung ihrer Interessen wahrnehmen.

Brennpunkte für Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Die Verfolgung von Christen indigener Herkunft tritt insbesondere im südlichen Teil Mexikos auf, etwa in Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Jalisco und Oaxaca.

Brennpunkte für säkulare Intoleranz

Das Ausmaß an Intoleranz gegenüber Christen, die eine biblische Sicht zu Abtreibung, Elternrechten und gleichgeschlechtlicher Ehe äußern, ist jedoch in Staaten wie Colima, Jalisco, Guanajuato, Mexico City, Mexico State und Veracruz besonders hoch. In diesen Staaten werden auch am häufigsten Kirchengebäude angegriffen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in die Isolation gedrängt. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie besteht aus der Römisch-Katholischen Kirche, die die größte Denomination darstellt, und kleineren orthodoxen, presbyterianischen und anglikanischen Gemeinschaften. Katholische Kirchen sind besonders von den Aktivitäten krimineller Gangs und der Korruption lokaler Behörden betroffen. Durch die Einschränkungen während der Covid-19-Pandemie haben sich die Schwierigkeiten für sie noch verstärkt. Besonders Protestanten in dieser Kategorie leiden unter der Unterdrückung durch den Stamm, wenn sie in indigenen Gemeinschaften leben. Kirchen dieser Kategorie haben in ganz Mexiko mit dem Wachstum säkularer Intoleranz zu kämpfen, besonders, wenn versucht wird, zu verhindern, dass ihre auf dem Glauben basierenden Meinungen in der Öffentlichkeit Gehör finden.

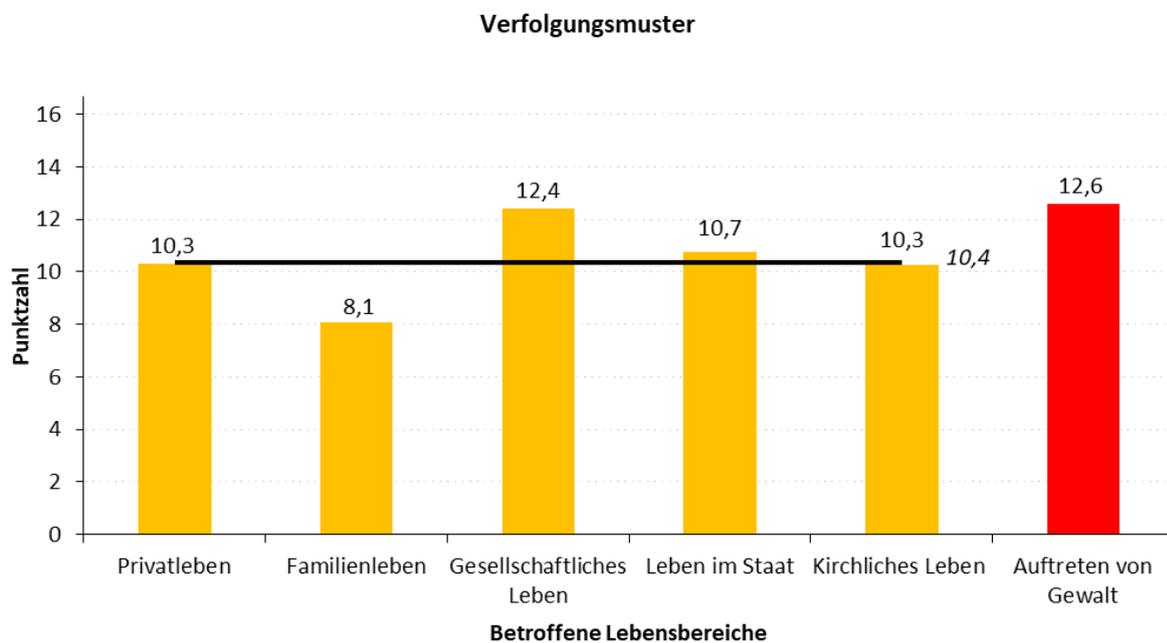
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Kategorie beinhaltet Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind; Christen, die einen kriminellen Hintergrund haben; und Christen indigener Herkunft, die früher der Religion ihres Stammes angehörten. Christen indigener Herkunft werden unter starken Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben, und sehen sich Gewaltandrohungen, Arrest und sogar dem Ausschluss aus ihrer Gemeinschaft ausgesetzt. Wie die anderen Kategorien sind christliche Konvertiten ebenfalls der wachsenden Ablehnung von christlichen Äußerungen in einer zunehmend säkularistischen Gesellschaft ausgesetzt, selbst wenn sie nicht wegen ihres Glaubenswechsels Feindseligkeit erfahren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale Christen, Pfingstgemeinden und Erneuerungsbewegungen (vor allem, wenn sie sich für die Religionsfreiheit und sonstige Rechte einzelner Stammesmitglieder einsetzen) leiden unter Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedern indigener Gemeinschaften, die keine anderen religiösen Gruppen in ihrer Gemeinschaft akzeptieren wollen. In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, sind sie der Gefahr ausgesetzt, angegriffen zu werden, wenn sie das Wort Gottes weitergeben. Diese Christen sind besonders vom fehlenden Respekt der mexikanischen Gesellschaft für religiöse Diversität betroffen, was zu einer noch größeren Verwundbarkeit führt. Sie sind zudem das Ziel ständiger Kritik vonseiten säkularistischer Bewegungen und werden antimoderner Lehren beschuldigt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mexiko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mexiko bleibt hoch und stieg von 9,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 10,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Das liegt vor allem an dem steigenden Druck, der von wachsender Kontrolle durch kriminelle Gruppen und indigene Stämme verursacht wird.
- Alle Lebensbereiche erreichten mindestens eine Wertung von 8,2 Punkten und so hat der Druck in allen Bereichen ein hohes Maß. Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (12,4 Punkte).

- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist extrem hoch. Er hat sich von 11,5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 12,6 Punkte erhöht. Es gab mehr Vorfälle, bei denen Christen getötet wurden, Kirchen angegriffen wurden, Christen entführt wurden, sexuell belästigt wurden und Vorfälle, bei denen Christen aufgrund ihres Glaubens körperlich oder psychisch misshandelt wurden.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Obwohl in indigenen Gemeinschaften, vor allem im Süden des Landes, mündliche Zeugnisse für die Weitergabe des Glaubens unerlässlich sind, werden Christen indigener Herkunft, die versuchen, ihren Glauben auf schriftlichem Wege mit anderen Mitgliedern der Gemeinschaft zu teilen, bestraft. Während der Covid-19-Krise spielten Onlineplattformen eine wichtigere Rolle als je zuvor. Dadurch wurde es auch für kriminelle Gruppen einfacher, Christen ins Visier zu nehmen, die Material veröffentlichten, das sich gegen Gewalt und illegale Aktivitäten ausspricht. Wenn Christen soziale Medien nutzen, um ihre auf ihrem Glauben basierte Meinung zu Themen wie Leben, Familie und Ehe kundzutun, werden sie zum Ziel verbaler Angriffe von LGBTI- und feministischen Gruppen. Dies betrifft auch Christen, die Unterstützung für den Präsidenten und seine dem Schein nach enge Beziehung zu bestimmten christlichen Denominationen zeigen. Politiker können zudem schnell aus ihren Parteien ausgeschlossen werden, wenn sie ihre christlichen Überzeugungen in sozialen Medien ausdrücken.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In einigen indigenen Gemeinschaften ist die Loyalität dem Stamm gegenüber wichtiger als die Loyalität der Familie gegenüber. Die Großfamilie wird gegen jedes Familienmitglied vorgehen, das nicht den angestammten oder synkretistischen Bräuchen folgt und es vor die Anführer der Gemeinschaft bringen, damit es bestraft wird. Verwandte, die Beziehungen zu kriminellen Gruppen unterhalten, können mit Gewalt reagieren, wenn jemand beginnt, Jesus nachzufolgen und sein kriminelles Leben hinter sich zu lassen.

Da die religiöse Intoleranz im Land steigt, können Verwandte, die christlichen Werten ablehnend gegenüberstehen oder einer anderen christlichen Denomination angehören, versuchen, Familienmitglieder davon abzubringen, über ihren Glauben zu reden, teilweise sogar mit Gewalt.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Gibt es in indigenen Gemeinschaften Gruppen von Christen, die nicht den religiösen Praktiken der Gemeinschaft folgen, versuchen sie, sich im Geheimen oder außerhalb des Dorfes zu treffen. Ihre Treffen werden als Evangelisation angesehen und können zu Verhaftungen oder Vertreibung führen, wenn sie entdeckt werden. Diese Gefahr hat sich während der Pandemie noch verstärkt, als die indigenen Behörden die Kontrolle in ihren Gemeinschaften verstärkten. Die Maßnahmen des Lockdowns verstärkten zudem die Macht krimineller Gruppen, das soziale Leben in den Gebieten unter

ihrer Kontrolle zu regulieren. Sie beobachten mit Misstrauen jedes nichtreligiöse Treffen von christlichen Aktivisten, da dies ihre Macht in Frage stellen könnte.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Die verstärkte Kontrolle, die durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus entstand, erhöhte den Druck auf Christen indigener Herkunft in indigenen Gemeinschaften. Wurden christliche Symbole gefunden, wurden diese häufig zerstört und die Christen, denen sie gehörten, bestraft. Aufgrund der Loyalität zu ihrer Gemeinschaft verraten selbst enge Familienmitglieder ihre Angehörigen an die Anführer der Gemeinschaft.

Familienleben

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In indigenen Gemeinschaften zielt die Bildung darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren und deshalb sind ethnische und andere nichtchristliche Rituale verpflichtender Teil des Lehrplans auch für Kinder christlicher Familien.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Wenn Christen indigener Herkunft aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen oder inhaftiert werden, werden sie automatisch von ihrer Familie, ihrem Ehepartner und ihren Kindern getrennt. Es gibt auch Fälle, in denen Kinder von ihren Familien getrennt werden, damit sie nicht als Christen aufgezogen werden. Auch das organisierte Verbrechen sorgt für die Trennung von Familien. Wenn die Gefahr durch Angriffe solcher Gruppen sehr hoch ist, sind manche Familienmitglieder christlicher Familien gezwungen, sich einen anderen Ort zum Leben zu suchen, der sicher ist, und müssen dabei teilweise ihre Familien zurücklassen. Die Reisebeschränkungen im Zuge der Covid-19-Pandemie verhinderten, dass Christen ins Ausland vertrieben wurden. Das bedeutet, dass Christen, die durch das organisierte Verbrechen bedroht waren, nicht weit fliehen konnten.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

In indigenen Gemeinschaften ist es Eltern verboten, ihren christlichen Glauben an ihre Kinder weiterzugeben, da dies angeblich der indigenen Identität des Kindes schaden und die spirituelle Balance der Gemeinschaft beeinträchtigen würde. Anführer ethnischer Gruppen üben Druck auf Christen indigener Herkunft aus, damit sie einwilligen. Während der Zeit des Lockdowns ist die Anzahl von Kindern, die von kriminellen Gruppen rekrutiert wurden, sprunghaft angestiegen. Sie wurden benutzt, um Drogen in Lebensmitteln und Medizin zu schmuggeln und in bewaffneten Einheiten zu kämpfen. Wenn kriminelle Gruppen christliche Kinder und junge Erwachsene für ihre illegalen Aktivitäten rekrutieren, werden ihre Eltern eingeschüchtert, sollten sie es wagen, sich dem entgegenzustellen. Sie haben keine Möglichkeit, das Geschehen aufzuhalten.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In indigenen Gemeinschaften werden Kinder von Christen indigener Herkunft unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Manchmal werden sie dazu gezwungen, ihre christliche Familie zu verlassen und mit Verwandten zu leben, die den religiösen Ritualen der Gemeinschaft anhängen. Diese Kinder können auch von gemeinschaftlichen Aktivitäten und Dienstleistungen ausgeschlossen werden,

damit so die christlichen Eltern bestraft werden. Kriminelle Gruppen belästigen die Kinder von Christen, um sie zu rekrutieren oder ihre Eltern unter Druck zu setzen, ihre christlichen Aktivitäten in der Gegend zu stoppen.

In Schulen sind Kinder aus christlichen Familien Feindseligkeit und Mobbing ausgesetzt. Dies hat sich durch die verstärkte Nutzung von sozialen Medien während der Lockdown-Maßnahmen online fortgesetzt und betrifft Kinder dann, wenn sie ihren christlichen Glauben ansprechen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen indigener Herkunft werden in ihren Gemeinschaften ständig beobachtet, um sicherzustellen, dass sie ihren christlichen Glauben nicht mit anderen teilen. In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, werden Christen als diejenigen gesehen, die die Macht der Gangs hinterfragen und werden von selbigen eng überwacht, um herauszufinden, ob sie die Behörden oder Medien über kriminelle Operationen informieren. Dies gilt besonders für ehemalige Gangmitglieder, die Christen geworden sind. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 verstärkte sich die Überwachung während der Lockdown-Maßnahmen. Dort, wo Regierungsbehörden fehlten, waren Christen noch viel stärker der Überwachung durch Anführer ethnischer Gruppen und krimineller Gruppen ausgesetzt.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In indigenen Gemeinschaften werden christliche Konvertiten beständig bedroht, ihre christlichen Aktivitäten zu stoppen. Andauernde Belästigung kann zur Vertreibung von Christen und ihren Familien führen. In Gegenden, die von Kriminellen kontrolliert werden, werden Christen zum Ziel, wenn sie illegalen Aktivitäten im Weg stehen. Während der Covid-19-Pandemie verteilten viele kriminelle Gruppen finanzielle Hilfe und Notversorgung an die Ärmsten in den von ihnen kontrollierten Gebieten und Christen wurden bedroht, wenn sie sich weigerten, die Hilfe anzunehmen. Mit der verstärkten Polarisierung gegen Christen in der Gesellschaft sehen sich viele Christen Spott und Feindseligkeit gegenüber, wenn sie religiöse Symbole oder Kleidung tragen (wie etwa Kreuze oder Rosenkränze).

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Anführer ethnischer Gruppen erlegen Christen, die sich weigern, an den religiösen Praktiken ihrer Gemeinschaft teilzunehmen, Strafen auf oder verbieten ihnen, in ihre Häuser zurückzukehren, wenn sie vertrieben wurden. Diese Strafen können auch mehrfach über die gleiche Person oder Familie verhängt werden und sie übersteigen oft den Betrag, den ein Christen indigener Herkunft zahlen könnte. Kriminelle Gangs erpressen Schutzgeld von Kirchenleitern und anderen Christen, damit sie ihre christlichen Aktivitäten ohne Störung durchführen können. Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2021 wurden diese Erpressungen immer häufiger, da einige Gegenden nun fast komplett von kriminellen Gruppen kontrolliert werden.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Anführer ethnischer Gruppen nutzen die autonome Rechtsprechung der Gemeinschaft und Kontrollmechanismen, um den Überblick über christliche Aktivitäten in ihrer Gemeinschaft zu behalten. In anderen Gebieten verpflichten Drogenkartelle Christen dazu, sich regelmäßig bei ihnen zu melden, um herauszufinden, ob kirchliche Aktivitäten eine Gefahr für ihre Operationen darstellen. Sie sind auch an den Aktivitäten der Kirchen interessiert, um zu sehen, ob sie Kapital aus ihnen schlagen können. Während der Pandemie schüchtern kriminelle Gruppen Menschen ein, um Informationen über Spenden und andere Güter zu bekommen, die Kirchen oder christliche Gruppen erhalten hatten.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Artikel 24 der Verfassung folgt mehr oder weniger den Bestimmungen von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dem die Religionsfreiheit verankert ist. Beschränkungen der Norm und die unverhältnismäßige Regulierung der Weitergabe des Glaubens haben allerdings dazu geführt, dass immer wieder in die Religionsfreiheit eingegriffen wird. Davon sind besonders Geistliche betroffen.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Innerhalb indigener Gemeinschaften wird die Auffassung vertreten, dass christliche Konvertiten mit ihrem Glaubenswechsel oder ihrer Weigerung, der traditionellen Religion zu folgen, das Recht verloren haben, sich an die Gemeinschaft zu wenden oder sich vor ihr zu äußern, auch wenn es dabei nicht um kirchliche Angelegenheiten geht. Christen, die kriminelle Aktivitäten in der Öffentlichkeit anprangern, werden häufig Opfer von Drohungen oder Angriffen. Fast jede Äußerung des christlichen Glaubens von Kirchenleitern in öffentlichen Debatten wird als Angriff auf die säkularen Prinzipien des Staates gesehen. Christliche Leiter und Christen in öffentlichen Ämtern, die ihre auf dem Glauben basierende Meinung zu Themen wie Familie und Ehe in der Öffentlichkeit äußern, sehen sich Feindseligkeit ausgesetzt.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Christliche Parteien sind in Mexiko verboten. Wegen der allgegenwärtigen Korruption lassen die staatlichen Behörden zu, dass kriminelle Gruppen die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen behindern, insbesondere derjenigen, die mit Jugendlichen in Drogen- und Kriminalitätspräventionsprogrammen oder mit Migranten arbeiten. Christliche Wohltätigkeitsorganisationen werden zudem ständig von Aktivisten unter die Lupe genommen und riskieren Klagen, wenn ihre Projekte, Stellungnahmen und Veröffentlichungen der vorherrschenden Meinung zu Gender-Fragen entgegenstehen.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Da der Staat den indigenen Gemeinschaften Autonomie und Selbstbestimmung verliehen hat, regeln die indigenen Volksgruppen ihr Zusammenleben eigenverantwortlich. So erlauben Anführer ethnischer Gruppen als die wichtigste Autorität in indigenen Gemeinschaften, dass Druck und sogar

Gewalt gegen Christen indigener Herkunft ausgeübt werden. Werden die staatlichen Behörden über solche Vorfälle unterrichtet, wird der Konflikt zumeist als privater oder kultureller Streit abgetan und nicht als Einschränkung der Religionsfreiheit behandelt. In anderen Zusammenhängen ziehen sich Ermittlungen in Kriminalfällen, in denen Christen Opfer sind oder christliches Eigentum beschädigt wurde, oftmals lange hin. Das liegt an der weitverbreiteten Korruption und den Verbindungen zwischen den Behörden und kriminellen Netzwerken. Wurden christliche Leiter in der Öffentlichkeit diskriminiert oder beleidigt, hat die Justiz nichts unternommen, selbst wenn die Würde und der Ruf der Christen beschädigt wurden.

Kirchliches Leben

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

In indigenen Gemeinschaften wurden diejenigen Christen indigener Herkunft, die als Leiter betrachtet werden, zusammen mit ihren Familien besonders angegriffen. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind christliche Leiter und ihre Familienmitglieder die häufigsten Opfer von Strafen und Erpressung. Christen wurden bedroht und ermordet, besonders, wenn sie Leiterschaft im sozialen Bereich übernommen haben, Menschenrechte verteidigt haben oder in indigenen Gemeinschaften oder Anti-Korruptions-Programmen aktiv waren. Einschüchterungsversuche und Belästigungen treffen sowohl protestantische als auch katholische Gemeindeleiter und Nonnen. Trotz des Lockdowns zwangen einige kriminelle Gruppen Priester dazu, Gottesdienste abzuhalten. Zudem sehen sich christliche Leiter Belästigung und der Anschuldigung von Diskriminierung und Hassrede ausgesetzt, wenn sie ihre Meinung zu Themen wie Leben, Familie und Ehe äußern, die auf ihrem Glauben beruht.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

In indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen indigener Herkunft, die ihre Stimme gegen ihre Unterdrückung erheben, unter anderem Drohungen, Zwangsvertreibung und Inhaftierung ausgesetzt. Die Möglichkeit, Vorfälle anzuzeigen, ist sehr eingeschränkt. Dort, wo es möglich ist, tun die Regierungsbehörden religiöse Verfolgung als persönliche oder politische Konflikte ab. In Gebieten, in denen das organisierte Verbrechen dominiert, reagieren kriminelle Gruppen oft mit gewaltsamen Repressalien, wenn Christen sie anzeigen. Wenn Christen sich anderswo in der Gesellschaft bei den Behörden über die Verleumdungen beschwerten, denen sie von bestimmten Gruppen ausgesetzt sind, richten die Behörden ihre Aufmerksamkeit in der Regel auf die Gewährleistung der Meinungsfreiheit der Täter und nicht auf die Tatsache, dass die Religionsfreiheit für die Betroffenen eingeschränkt wird. Auch das Eigentum von Christen wird zeitweise von Anhängern ideologischer Interessengruppen angegriffen.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Christen indigener Herkunft können in ihren Gemeinschaften keine Gottesdienste abhalten; das ist verboten. Entdecken die Mitglieder der Gemeinschaft oder die Behörden die Aktivitäten der Hauskirche, werden die Christen bestraft und teilweise sogar inhaftiert.

Aufgrund der Unsicherheit in Gegenden, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind Kirchen oft dazu gezwungen, ihre Gottesdienste mehrfach zu verlegen. Selbst während des Lockdowns wurden Kirchen weiterhin regelmäßig Opfer von Drohungen und Einbrüchen. Ideologische Interessengruppen

haben ebenfalls von Zeit zu Zeit Gottesdienste unterbrochen, Gemeindemitglieder angegriffen und beleidigende Parolen gerufen.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

In indigenen Gemeinschaften sind jegliche Predigten oder Lehren verboten, die den traditionellen oder synkretistischen Praktiken der ethnischen Gruppe widersprechen. Während der Einschränkungen in der Covid-19-Krise wurde die Überwachung von Christen indigener Herkunft einfacher und strenger. Andernorts bedrohten kriminelle Gruppen Gemeindeleiter, wenn sie in ihren Predigten Korruption, Gewalt und Verbrechen anprangerten. Während des Lockdowns, in dem viele Kirchen ihre Gottesdienste online abhielten, wurden solche Drohungen gegen Prediger ausgesprochen, um sie davon abzuhalten, kriminelle Aktivitäten oder die Tatsache, dass Kriminelle häufig straffrei davonkommen, öffentlich zu machen. Gemeindeleiter erfahren zudem viele Einschränkungen in der politischen Debatte. Stellungnahmen und Kommentare von Amtsträgern werden ständig überprüft, ob sie den Nichtdiskriminierungsbestimmungen entsprechen.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen aufgrund ihres Glaubens ist trotz des Lockdowns und der Reisebeschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie extrem hoch. Kriminelle Gruppen und indigene Völker gehören hier zu den stärksten Verfolgern. Sie sind dafür verantwortlich, dass Christen getötet, inhaftiert, entführt oder sexuell belästigt wurden, körperliche Misshandlung erlitten, Todesdrohungen bekamen, innerhalb des Landes zwangsvertrieben wurden und vieles mehr.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 schreibt:

- „Alexandra Haas Pacuic, Präsidentin des CONAPRED (Nationaler Rat zur Verhütung von Diskriminierung), räumte ein, dass religiöse Minderheiten im Land mit Vorbehalten und Barrieren zu kämpfen haben, auch auf institutioneller Ebene.
- Vertreter der jüdischen Gemeinde gaben an, dass sie von Januar bis Juni [2019] eine Bewertung der antisemitischen Online-Botschaften, -Symbole und -Sprache durchgeführt und dabei festgestellt haben, dass diese zu 87,1 % auf Twitter, zu 8,5 % in Nachrichtenquellen, zu 3,5 % in Online-Foren und zu 0,9 % in Blogs auftraten. Die Vertreter sagten, dass die Anzahl solcher Angriffe ungefähr auf dem Niveau von 2018 lag. Antisemitische Tweets bezogen sich in der Regel auf den Holocaust und auf Hitler, in Verbindung mit abwertenden Formulierungen.“

Laut dem Guardian überfielen und töteten Anfang November 2019 im Norden Mexikos bewaffnete Männer drei Frauen und sechs Kinder, die zu der bekannten mormonischen LeBarón-Familie gehörten, während diese auf einer Straße unterwegs waren, die die Staaten Chihuahua und Sonora verbindet. Sowohl die mexikanischen Behörden als auch Verwandte der Getöteten gaben jedoch an, zu glauben, dass die Angreifer den Konvoi mit drei Fahrzeugen mit Mitgliedern einer rivalisierenden Bande verwechselten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Jordanien: Platz 38

Kurze Zusammenfassung

Die meisten Christen in Jordanien gehören der Orthodoxen und Römisch-Katholischen Kirche an. Sie genießen ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, allerdings erleben sie auch Diskriminierung im Berufsleben, sowie Einschränkungen bei öffentlichen Predigten. Das offene Glaubenszeugnis eines Christen mit muslimischem Hintergrund kann zu Prügel, Verhaftung und seinem Tod führen. Missionarisch aktive Christen, sowie Christen, die Konvertiten helfen, können im täglichen Leben Bedrohungen und Unterdrückung ausgesetzt sein.



Im Vergleich zu den Christen in anderen Ländern des Nahen Ostens, leben die meisten Christen in Jordanien ein sicheres und stabiles Leben. König Abdallahs Führung und seine Regierung scheinen anerkannte Kirchen zu tolerieren und bis zu einem gewissen Grad zu unterstützen. Der Staat übt jedoch Druck auf alle christlichen Gemeinschaften aus, insbesondere durch Überwachung. Nichtanerkannte Kirchen können Schikanen durch öffentliche Behörden ausgesetzt sein, insbesondere solche, die aktiv evangelisieren. Obwohl Jordanien sich gerne als Leuchtturm der Toleranz und des interreligiösen Dialogs präsentiert, stellen radikalisierte Sunniten und zurückkehrende Dschihadisten aus Syrien und dem Irak weiterhin eine Bedrohung für die christliche Gemeinschaft dar.

Jordanien hat eine unverhältnismäßig hohe Zahl salafistischer Muslime, die eine potenzielle Gefahr für Christen und andere nichtkonforme Gruppen im Land darstellen. Der Staat kontrolliert weiterhin die Predigten in den Moscheen und verlangt von den Predigern, nicht über Politik zu sprechen, um soziale und politische Unruhen zu vermeiden und so den Radikalismus einzudämmen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	38
2020	64	33
2019	65	31
2018	66	21
2017	63	27

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl ist im Vergleich zum Vorjahr 2020 gleichgeblieben. Der Anstieg von Druck und Gewalt waren sehr gering und führten nicht zu einer Veränderung der Gesamtpunktzahl. Der durchschnittliche Druck auf Christen in Jordanien stieg sehr leicht von 12,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 12,5 Punkte und der Wert für Gewalt stieg von 1,7 Punkten im Jahr 2020 auf 2,0 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021. Gewalttaten ereigneten sich vor allem gegen Christen muslimischer Herkunft, aber auch andere, evangelistisch aktive Christen waren betroffen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die jordanische Gesellschaft wird zunehmend polarisiert

Diese Polarisierung ermutigt Liberale und Christen, sich gegen extremistisch-islamische Entwicklungen im Land auszusprechen. Dies hatte schwerwiegende Folgen, wie die außergerichtliche Tötung eines prominenten Autors im Jahr 2016 zeigt und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch extremistisch-islamische Elemente. Dies führt zu einem zunehmenden Druck auf Christen und andere Personen mit Ansichten, die nicht mit dem extremistischen Islam übereinstimmen, eine Entwicklung, die in nächster Zeit nicht abnehmen dürfte. Im Gegensatz zu den Bemühungen des Königs verfolgt die Regierung, Berichten zufolge, eine Agenda zur Förderung des Wachstums des Islam auf Kosten anderer Religionen, wie z.B. des Christentums. Die Polizei verhaftet immer wieder Menschen, wenn ihre Aktivitäten als gegen die islamischen Werte verstoßend wahrgenommen werden, wie z. B. eine Poolparty, um die Bevölkerung zu beruhigen. Auch das soziale Umfeld ist mit der Zeit weniger tolerant geworden, und Berichten zufolge gibt es in der öffentlichen Meinung negative Gefühle gegenüber der Präsenz von Christen im Land.

2) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jordaniens könnten zu ernsthaften sozialen und politischen Unruhen führen

Laut der Economist Intelligence Unit (EIU) (Zugriff am 14. Dezember 2020) wird erwartet, dass König Abdullah II. für die nächsten Jahre an der Macht bleibt, „unterstützt von seinen loyalen Streitkräften. Die Behörden werden die Wirtschaftsreformen fortsetzen, unterstützt durch ein IWF-Programm in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar, aber nur nachdem sie es geschafft haben, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzumildern.“ Die EIU prognostizierte einen Rückgang des realen BIP und einen deutlichen Anstieg des Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2020, was Jordanien in den nächsten Jahren stark von externer Hilfe abhängig machen wird.

Die politische Stabilität des Landes hängt von seinem wirtschaftlichen Wohlstand ab und davon, ob es gelingt, die Bevölkerung am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Die Covid-19-Pandemie stellt somit eine große Gefahr für die Wirtschaft und damit für die Stabilität des Landes dar. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jordaniens könnten zu mehr sozialen und politischen Unruhen führen, die sich negativ auf Christen und andere Minderheiten auswirken. Kurzfristig sind Massendemonstrationen aufgrund des anhaltenden Ausnahmezustands (als Teil der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus) und aufgrund der Verhaftung führender Aktivisten weniger wahrscheinlich.

3) Jordaniens Image des Schutzes religiöser Minderheiten

Im Allgemeinen sind viele Christen in Jordanien überzeugt, dass ihre Sicherheit vom haschemitischen König abhängt, der bekräftigt hat, dass er „die Existenz und Identität der arabischen Christen“ im Königreich schützen will. Für Jordanien ist es wichtig, das Land als eines darzustellen, das die Gesellschaft Schritt für Schritt modernisieren will und versucht, Maßnahmen umzusetzen, die den religiösen Minderheiten zugutekommen, einschließlich der Überwachung islamischer Predigten und der allgemeinen Aktivitäten von Salafisten, die eine erhebliche Bedrohung für die zukünftige Stabilität darstellen.

3. Religiöse Situation im Land

Etwa 95 % der Bevölkerung sind Muslime, von denen die Mehrheit Sunniten sind, und Open Doors schätzt, dass 1,8 % der Bevölkerung Christen sind. Jordanien beherbergt eine große Anzahl von Flüchtlingen, vor allem aus dem Irak und Syrien, von denen mehrere tausend Christen sind. In Jordanien gibt es für ein Land des Nahen Ostens eine relativ große Anzahl von Agnostikern und Atheisten.

Die Spannungen zwischen gemäßigten und extremistischen islamischen Elementen in der jordanischen Gesellschaft haben zugenommen. In der Zwischenzeit will König Abdullah II. die Gesellschaft reformieren und führt Maßnahmen durch, die für religiöse Minderheiten, einschließlich Christen, von Vorteil sind, wie z. B. die Einführung von Änderungen in den Literaturplänen der Universitäten zu Beginn des akademischen Jahres 2017. Dabei wurden Passagen gestrichen, die nichtmuslimische Religionen diskriminieren und salafistisch-islamistische Ansichten fördern könnten. Solche Maßnahmen sorgen jedoch für Unruhe – vor allem unter konservativen Muslimen – und spalten so die Gesellschaft.

Im September 2016 kam es zu einer außergerichtlichen Tötung eines prominenten Autors (ein Atheist aus einer orthodoxen christlichen Familie), weil er eine Karikatur gepostet hatte, die den „Gott des Daesh“ (d. h. des Islamischen Staates) verspottete. Diese Tötung zeigt, wie die freie Meinungsäußerung von islamisch-extremistischen Elementen unterdrückt wird und hat zu einem erhöhten Druck auf Christen und andere Personen mit Ansichten, die nicht mit dem extremistischen Islam übereinstimmen, geführt.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung in Jordanien, verläuft aber größtenteils gewaltfrei. Die Regierung hat der Gesellschaft zwar verstärkt islamische Werte und Gesetze auferlegt, fördert jedoch noch immer Toleranz und das friedliche Zusammenleben mit anderen Religionen. Hinsichtlich ihres Privatlebens sind Christen muslimischer Herkunft mit der stärksten Verfolgung konfrontiert. Ihre Familien und ihr soziales Umfeld grenzen sie unter Umständen aus oder begehen sogar Gewalttaten gegen sie.

Christen aus allen Kategorien der christlichen Gemeinschaft können der staatlichen Überwachung unterliegen – oder sogar der Scharia, wenn ein Christ mit einem Muslim verheiratet ist oder sich in einem Gerichtsstreit mit einem Muslim befindet. Die islamische Unterdrückung funktioniert auch durch gewalttätige Aktionen, die von islamischen Kämpfern ausgeführt werden. Die Unterdrückung durch extremistische Muslime ist dabei viel schwerwiegender als Unterdrückung durch den Staat. Immer mehr Jordanier werden durch die Ideologie des „Islamischen Staates“ (IS) radikalisiert, was die Christen einem größeren Risiko aussetzt.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Diese Triebkraft zeigt, wie die innerhalb einer Stammesgesellschaft geformten uralten Normen und Werte durchgesetzt werden und in Form der traditionellen Religion daherkommen. Im Falle Jordaniens ist dies der Islam, und dies betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Die Gesellschaft Jordaniens ist von Stammesstrukturen geprägt. Diese sind vor allem außerhalb der Großstädte zu finden und in den jordanischen Nationalismus integriert. Nach dem Massenzustrom von Palästinensern nach dem Israel-Krieg 1967 unterteilte sich Jordanien in eigentliche Jordanier („Eastbanker“), die aus der Region östlich des Jordan stammen und palästinensische Jordanier („Westbanker“), die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben. Diese ethnische Spaltung tritt durch das Stammesdenken deutlicher hervor und fungiert als sozioökonomisches Sicherheitsnetz. Familien-, Clan- und Stammesverbindungen ermöglichen es den „Eastbankern“ weiterhin, erfolgreich in Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialbereichen zu agieren, wozu automatisch auch Erwerbstätigkeit und die politische sowie die soziale Stellung gehören. Durch diesen gesellschaftlichen Vorteil der eigentlichen oder „reinen“ Jordanier hat das Stammesdenken einen noch größeren Stellenwert im jordanischen Konzept des Nationalismus erlangt. So hat ein Christ palästinensischer Herkunft in der Regel nicht so viele Vorteile wie ein jordanischer Christ, der zu den „Eastbankern“ gezählt wird. Dieses Thema erfordert weitere detailliertere Recherche.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammesführer werden meist Druck auf die Mitglieder ihres Stammes ausüben, von denen bekannt ist, dass sie ihren Glauben gewechselt haben und treten in der Folge oft als Richter auf, um die Ehre des Stammes zu retten.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Christen mit muslimischem Hintergrund fürchten feindselige Äußerungen oder Handlungen islamischer Leiter. Diese Angst trägt zu dem Gefühl der Unterdrückung und Ausgrenzung bei, das von jordanischen Christen empfunden wird, wodurch sich wiederum Christen muslimischer Herkunft zu einem hohen Maß an Vorsicht gezwungen sehen. Angriffe auf als unislamisch geltende Ziele, wie Kirchen und Alkoholgeschäfte werden Berichten zufolge von lokalen und regionalen extremistischen muslimischen Lehrern gefördert. In dieser Hinsicht stellen unabhängige salafistische und wahhabitische Personen eine Bedrohung für die Christen in Jordanien dar: Diese sind nicht unbedingt Anführer, aber sie sind einflussreich, entweder persönlich oder in den sozialen Medien. Führende des islamischen Mainstream tragen zur Entfremdung zwischen Muslimen und Christen in der Praxis und in der Kleiderordnung bei (z.B. der Hijab, keine gemeinsamen Treffen oder Schwimmen usw.).
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Feindschaft vonseiten ihrer Familie ist die Hauptquelle, von der auf Christen muslimischer Herkunft Druck ausgeübt wird. Die Angst vor einer gewalttätigen Reaktion der (Groß-)Familie spielt hierbei eine bedeutsame Rolle. Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, mit Ächtung und Diskriminierung durch ihre Familien konfrontiert zu werden – und eventuell sogar mit Gewalt, einschließlich Mord. In einigen Fällen informierten die Familien der Konvertiten Regierungsbeamte, die dann Druck auf die Konvertiten ausübten, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen.

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung scheint aufrichtig zu sein, wenn sie die traditionellen Kirchen Jordaniens anerkennt und versucht, die Sicherheit aller Kirchen zu gewährleisten, um soziale Unruhen zu vermeiden. Dennoch sind die Vorschriften und das Personal der Regierung die Ursache für den großen Druck auf die Christen aller Kategorien der christlichen Gemeinschaft, insbesondere aber auf die Christen muslimischer Herkunft und alle, die im geistlichen Dienst involviert sind. Dieser Druck wird formell durch das Personenstandsgericht ausgeübt. Bei der Überwachung der Christen und ihrer Aktivitäten durch die Regierung spielt der Nachrichtendienst eine wichtige Rolle, ebenso wie die örtlichen Gouverneure und die Flughafenpolizei (Ausreiseverweigerung für bekannte Konvertiten).
- **Gewöhnliche Bürger:** Gewöhnliche Bürger agieren, um das christliche Zeugnis gegenüber Nichtchristen zu unterdrücken (was vor allem Christen muslimischer Herkunft betrifft), insbesondere in islamisch konservativeren Gebieten wie im Süden. Die sozialen Medien bieten eine zusätzliche Plattform, um Christen mit Hassreden zu schaden.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Unterdrückung durch den Clan oder Stamm umfasst die Auferlegung jahrhundertealter Normen und Werte, die im Stammeskontext entstanden sind; diese Anfeindungen vermischen sich häufig mit islamischer Unterdrückung. In diesem Fall sind die Verfolger vor allem Familien von Konvertiten und Stammesführer. Der massive Druck der Familie kann sogar zu schwerer Gewalt und Mord führen. Das Stammesdenken ist in Jordanien sehr ausgeprägt; auch die Anführer der ethnischen Gruppen tendieren dazu, Christen muslimischer Herkunft dazu zu beeinflussen, ihren neuen Glauben zu widerrufen, um die Ehre des Stammes zu schützen. Dasselbe gilt für islamische Anführer, die diese Christen immer noch als Muslime betrachten.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Verfolgungsniveau in Jordanien ist im Allgemeinen landesweit gleich, obwohl die soziale Kontrolle in ländlichen Gebieten stärker zu sein scheint. Der Süden des Landes ist dafür bekannt, eher noch islamisch konservativer zu sein.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt in Jordanien christliche Arbeitsmigranten, aber nicht als Gruppe, die unfreiwillig von anderen Kategorien christlicher Gemeinschaften isoliert ist. Diese Kategorie ist daher nicht in der Bewertung und Analyse des Weltverfolgungsindex enthalten.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie bildet die größte Gruppe von Christen in Jordanien, von denen die meisten den orthodoxen und römisch-katholischen Konfessionen angehören. Es gibt aber auch anglikanische und lutherische Kirchen. Insgesamt genießen sie ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, können aber diskriminiert werden, zum Beispiel im Berufsleben. Ein gewisser Druck besteht nach wie vor, vor allem von extremistischen gesellschaftlichen Elementen, obwohl diese von den Geheimdiensten und Sicherheitskräften einigermaßen gut in Schach gehalten werden. Die langjährige Benachteiligung gibt

diesen Gemeinschaften das Gefühl, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, und Auswanderung ist ein Dauerthema.

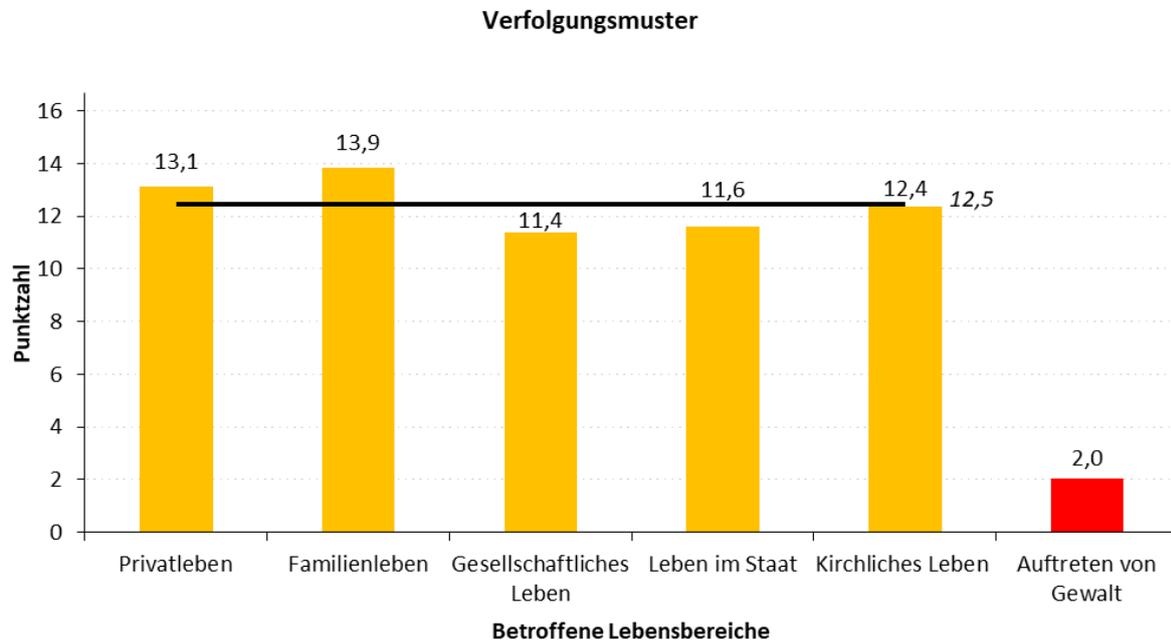
Christen anderer religiöser Herkunft

Von allen Christen in Jordanien werden Christen muslimischer Herkunft am meisten für ihren Glauben verfolgt. Wenn ihr neuer Glaube bekannt ist, werden sie häufig mit Unterdrückung aus einer ganzen Reihe von Quellen zu kämpfen haben: Regierungsbeamte, Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche religiöse Anführer, gewalttätige religiöse Gruppen, gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie. Konvertiten sind vor allem dem Druck der Familie oder der Gemeinschaft ausgesetzt, für die die Wiederherstellung der Familien-/Stammes-/Gemeinschaftsehre ein Gebot ist, das oft zur Ächtung führt und manchmal gewalttätige Reaktionen oder die Einleitung einer rechtlichen Entmündigung durch Personenstandsgerichte zur Folge hat. Staatliche Behörden sind manchmal mitschuldig, entweder aktiv durch Gerichtsverfahren oder durch Geheimdienstagenten, die Familien alarmieren, oder passiv durch die Ermöglichung der Ausübung von Gewalt mit effektiver Straffreiheit. Kinder von Eltern, die konvertiert sind, sind zusätzlich gefährdet: Als Muslime registriert, sollen sie außerhalb ihres Zuhauses ein muslimisches Leben führen, einschließlich des Besuchs von Islamunterricht – und zu Hause ein christliches Leben, was zu Identitätskonflikten und emotionalem Stress führen kann. Die Situation für Christen muslimischer Herkunft, deren Zahl nur gering ist, aber wächst, hat sich in den letzten Jahren verschärft, vor allem aufgrund des Drucks durch ihre Familien und der zunehmenden Aktivität extremistisch-islamischer Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Konvertiten stoßen Christen aus evangelikalen, baptistischen und pfingstkirchlichen Gemeinden auf den größten Widerstand, besonders diejenigen, die aktiv darin sind, ihren Glauben zu verbreiten. Sie stehen unter besonderer Beobachtung des Geheimdienstes und haben Berichten zufolge unter dem Druck der Regierung und Jobblockaden zu leiden. Angeblich bleibt Gewalt gegen diese Christen meist straffrei. Nichttraditionelle christliche Gemeinschaften sind nicht als Kirchen, sondern als Gesellschaften anerkannt und haben als solche Rechtspersönlichkeit, obwohl sie nicht im Anhang zum Kirchengesetz aufgeführt sind, in dem die Kirchen verzeichnet sind, die Personenstandsgerichte betreiben können. Versuche, einen gleichwertigen Status wie andere kirchliche Denominationen zu erlangen, sind immer wieder auf Widerstand gestoßen, insbesondere von Seiten der traditionellen Kirchen, die diese Kirchen des „Schäfchen Stehlens“ und der Störung der interreligiösen Stabilität beschuldigt haben.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jordanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf die Christen in Jordanien, vor allem auf Christen muslimischer Herkunft, auf einem sehr hohen Niveau; der Durchschnittswert (12,5) stieg gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2020 mit 12,4 leicht an.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen auf einem sehr hohen Niveau, mit Ausnahme des Familienlebens, wo er ein extremes Ausmaß erreichte und besonders Christen muslimischer Herkunft betrifft. Abgesehen vom Familienleben sind die Werte in den Lebensbereichen Privatleben und kirchliches Leben am höchsten. Dies ist typisch für eine Situation in der die islamische Unterdrückung die Haupttriebkräfte für Verfolgung ist, kombiniert mit der Unterdrückung durch den Clan.
- Der Wert für Auftreten von Gewalt stieg von 1,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 2,0 Punkte in Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Obwohl nicht kriminalisiert, ist es nicht erlaubt, den Islam zu verlassen. Jeder, der den Islam verlässt und sich dazu äußert, kann vor das islamische Scharia-Gericht gestellt werden, wo man ihn „ohne Religion“ findet und als entmündigt betrachtet. Alle seine Verträge würden dann annulliert (einschließlich der Ehe), und er/sie wäre schlechter dran als jemand, der geistig unfähig ist. Konvertiten werden häufig zum Ziel von Überwachung und können von der Geheimpolizei schikaniert und auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Sie werden dann daran gehindert, eine Beschäftigung bei den Streitkräften oder Stellen in der Regierung oder beispielsweise in Bauunternehmen anzunehmen. Auf gesellschaftlicher Ebene werden Konvertiten geächtet und sehen sich Feindseligkeiten von Familien- oder Stammesmitgliedern gegenüber; sie können auch mit Gewalt und Polizeiverhören konfrontiert werden. Vor allem Frauen müssen mit Hausarrest, Zwangsverheiratungen und anderen Maßnahmen zur Wiederherstellung der „Familienehre“ rechnen. Auch Christen, die vom Besuch einer historischen Kirche zu einer nichttraditionellen evangelikalen Kirche wechseln, sind häufig einem erheblichen Druck von Familie und Umfeld ausgesetzt.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Davon sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Da ihre Hauptquelle des Drucks von der Familie und der Gemeinschaft ausgeht, üben die meisten Konvertiten äußerste Vorsicht, wenn sie mit Familienmitgliedern und Menschen in ihrem Umfeld über Glaubensfragen diskutieren, da dies zu gewalttätigen Reaktionen führen kann. Auch wenn traditionelle Christen mit Muslimen oder Anhängern anderer Religionen über den christlichen Glauben sprechen, kann dies leicht als ein Versuch der Missionierung (die in Jordanien verboten ist) und als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden werden. Sie können dem Geheimdienst gemeldet und auf eine schwarze Liste gesetzt werden.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Wenn ein Christ muslimischer Herkunft z.B. beim Zugriff auf christliche Online-Inhalte von einem missbilligenden Familien- oder Gemeinschaftsmitglied ertappt wird, kann dies negative Folgen haben. Negative Auswirkungen sind vor allem dann zu erwarten, wenn ein Konvertit über seine Entscheidung, Christ zu werden, schreibt oder sie anderweitig bestätigt. Dies wäre in der Tat eine Selbstbeschuldigung, die den Beweis für den eigenen Abfall vom Islam liefert. Ihr Glaubenswechsel könnte auch von Familie, Gesellschaft und Beamten als Beweis gegen sie verwendet werden.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Dies gilt vor allem für Christen muslimischer Herkunft, deren Familien ihren Umgang mit anderen aufgrund von Misstrauen oder Missbilligung einschränken. Eine solche Interaktion könnte als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem Glauben der Vorväter verstanden werden.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Die Adoption bleibt nach islamischer Lehre illegal. Es ist für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Kind als Pflegekind aufzunehmen. Vor einigen Jahren versuchte ein christlicher Dienst, ein christliches Waisenhaus zu eröffnen, ihnen wurde aber eine Lizenz verweigert.

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gelten von Geburt an als Muslime. Kinder, die einer christlichen Mutter und einem muslimischen Vater geboren werden, gelten von Geburt an als muslimisch. Da Konvertiten ihre Religion in ihren amtlichen Dokumenten nicht wechseln können, werden ihre Kinder als Muslime registriert. Dies bringt eine Reihe von Schwierigkeiten für das Kind im täglichen Leben mit sich (einschließlich der Teilnahme am Islamunterricht in der Schule usw.). Das zwingt diese Kinder, ein Doppelleben zu führen – ein islamisches in der Öffentlichkeit und ein christliches zu Hause. Dies kann zu Identitätskonflikten und emotionalem Stress führen, was sich nachteilig auf ihre Entwicklung auswirkt. Das setzt auch die Eltern unter Druck.

Wurden christliche Taufen behindert?

Für einen Christen muslimischer Herkunft würde die Taufe normalerweise im Geheimen durchgeführt werden, um eine Aufdeckung und mögliche Gegenreaktionen zu vermeiden.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Dieser Druck ist nicht ungewöhnlich für Christen muslimischer Herkunft, die einen nichtchristlichen Ehepartner haben und/oder deren (Groß-)Familienmitglieder eine bedeutende Kontrolle ausüben. Da diejenigen, die den Islam verlassen, nach islamischem Recht das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren, wird einigen Personen das Sorgerecht durch die Scharia-Personenstandsgerichte zwangsweise entzogen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Besonders intensiv ist die Überwachung bei bekannten Konvertiten aus dem Islam. Für traditionelle Christen wird routinemäßig eine informelle Überwachung durchgeführt (oft unter Einsatz von Informanten der Gemeinschaft), die besonders diejenigen betrifft, die evangelistisch aktiv sind. Allerdings führt die jordanische Abteilung für allgemeine Nachrichtendienste Überwachungsoperationen mit einem breiten Spektrum von Zielen durch, was bedeutet, dass die Überwachung keineswegs ausschließlich auf christliche Gemeinschaften angewandt wird. Die Überwachung umfasst auch die Telefonanrufe und die Nutzung von sozialen Medien.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Dies gilt vor allem für Konvertiten aus dem Islam, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist. Es wurden Fälle berichtet, in denen Christen aufgrund ihres Glaubenswechsels wiederholt die Möglichkeit einer Beschäftigung verloren haben oder ihnen diese verweigert wurde. In einigen Bereichen kann dieser Druck auch auf traditionelle Christen ausgeübt werden, insbesondere im Hinblick auf die Beförderung in leitende Positionen. Auch die Sicherheitsüberprüfung kann problematisch sein. Es gab Berichte über Christen, denen Praktika, Arbeit und sogar Praktika an der medizinischen Fakultät in Militärkrankenhäusern verweigert wurden. Die Beförderung in der Regierung und den Streitkräften ist pro-muslimisch ausgerichtet, obwohl neun Parlamentssitze für Christen reserviert sind und Christen ausgewählt wurden, um regelmäßig als Minister zu arbeiten.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Dies gilt vor allem für Konvertiten aus dem Islam, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist. Obwohl traditionelle christliche Gemeinschaften im Allgemeinen Respekt und ein gutes Ansehen genießen, werden sie von Zeit zu Zeit von konservativeren Elementen innerhalb der jordanischen Gesellschaft, insbesondere in den ländlichen Gebieten, belästigt, wenn auch in geringem Maße. Da die meisten jordanischen Frauen den Hidschab tragen, sind christliche Frauen in der Öffentlichkeit offen erkennbar und werden oft als unangemessen gekleidet angesehen und können so Belästigungen ausgesetzt sein. In der Gesellschaft gibt es generell weniger Toleranz gegenüber Christen, und in der Geschäftswelt könnten sich die Lieferanten dafür entscheiden, nicht mehr an jemanden zu verkaufen, der als Christ bekannt ist. Außerdem bevorzugen muslimische Kunden den Kauf bei muslimischen Ladenbesitzern.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Es ist mit Druck auf Konvertiten aus dem Islam zu rechnen, deren christlicher Glaube bekannt geworden ist, insbesondere wenn die lokale Gemeinschaft aus konservativen muslimischen Familien besteht. Sie setzen dadurch die Bestimmungen des islamischen Rechts um, die bezüglich Apostasie besagen, dass jemand, der sich vom Islam lossagt, die Möglichkeit bekommen soll, umzukehren. Auch für andere Christen gibt es einen „gut gemeinten“ Aufruf, zum Islam zu kommen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung Jordaniens erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. In diesem Zusammenhang ist es illegal, den Islam offiziell zu verlassen, um zu einer anderen Religion zu konvertieren (ebenso wie die nichtislamische Missionierung). Dies verstößt gegen Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Verfassung bekräftigt zwar den Grundsatz der Nichtdiskriminierung (einschließlich der Diskriminierung aufgrund der Religion) und legt fest, dass die freie Ausübung des Gottesdienstes und der religiösen Riten zu gewährleisten ist, doch müssen diese mit der „öffentlichen Ordnung und Moral“ in Einklang stehen. Anerkannte nichtmuslimische Gemeinschaften haben die Freiheit, die meisten Personenstandsangelegenheiten nach ihren eigenen Riten durch ein religiöses Gerichtssystem zu regeln, obwohl einige

Gemeinschaften, viele von ihnen nichttraditionelle kirchliche Gruppen, derzeit nicht den erforderlichen rechtlichen Status haben, um ihre eigenen Gerichte zu betreiben.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Es gibt keinen rechtlichen Mechanismus für den Wechsel der offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam zu einer anderen (oder keiner) Religion, begründet durch die Apostasiebestimmungen des islamischen Rechts. Obwohl Apostasie nicht kriminalisiert wird, können Personenstandsgerichte schwere Sanktionen verhängen. Es ist zu beachten, dass die Religionszugehörigkeit zwar nicht mehr in den nationalen Ausweisen erscheint, diese aber in den offiziellen Akten verbleibt, da die Zuständigkeit des Personenstandsgerichts durch die Religionszugehörigkeit bestimmt wird. Es ist von keinem Christen muslimischer Herkunft bekannt, im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 versucht zu haben, den Wechsel seiner offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam weg zu beantragen. Einen solchen Antrag zu stellen würde sie den Behörden aussetzen und wäre daher potenziell gefährlich. Einige haben dies über den Rechtsweg versucht und sind gescheitert.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

In Anbetracht der aktuellen Gesetze zur Internetkriminalität und der Geschichte der Verhaftungen durch die Regierung ist die Redefreiheit sehr eingeschränkt. Die Christen im Land wissen, wie wichtig es ist, provokative Aussagen zu vermeiden. Dazu gehören besonders Aussagen, die den Islam, die Krone oder das Militär kritisieren oder als Weitergabe des Evangeliums verstanden werden könnten. In Jordanien ist es eine Straftat, den Islam zu beleidigen. Darüber hinaus müssen Christen muslimischer Herkunft vorsichtig sein, ihre Meinung offen zu äußern, da sie von der Gemeinschaft verstoßen und geächtet werden könnten. So kommt es häufig zu einer Selbstzensur, die den Ausdruck christlicher Standpunkte einschränkt.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Wenn Konvertiten aus dem Islam aufgrund ihres Glaubens Opfer von Verbrechen werden (einschließlich der so genannten „Ehrenverbrechen“), ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter ein hohes Maß an Straffreiheit genießen. Innerhalb der traditionellen christlichen Gemeinschaften wurde auch Frustration über den Grad der Straflosigkeit von Gewalttätern oder Hasspredigern geäußert.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Es gibt ein gewisses Maß an routinemäßiger Überwachung kirchlicher Aktivitäten, angeblich zum Schutz der Kirchen – obwohl eine solche Überwachung gegen Kirchen eingesetzt werden könnte, wenn provokative Botschaften oder Aktivitäten entdeckt werden oder wenn Muslime bei der Teilnahme an Gottesdiensten beobachtet werden. Die Regierung kontrolliert kirchliche Aktivitäten u.a. durch Verhöre und kann Druck auf Kirchen ausüben, die nicht offiziell anerkannt sind oder aktiv Missionierung betreiben. Bekannte Treffen von Christen muslimischer Herkunft werden mit großer Wahrscheinlichkeit genau überwacht und oft eingeschränkt.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die Eingliederung von Konvertiten in anerkannte Kirchengemeinden ist ein äußerst sensibles Thema. Die routinemäßige Überwachung durch staatliche Geheimdienstbeamte bedeutet, dass die meisten Kirchenleiter sich davor hüten würden, Konvertiten muslimischer Herkunft offen zu empfangen und zu akzeptieren, da sie negative Auswirkungen, einschließlich einer möglichen Schließung der Kirche, befürchten müssen. Außerdem wären sie misstrauisch gegenüber Personen, die sich offen als Konvertiten ausgeben, da dies eine Falle sein könnte.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Jede Form von Gottesdienst oder christlicher Dienstätigkeit außerhalb des ausgewiesenen Kircheneigentums muss mit Diskretion durchgeführt werden, um feindliche Reaktionen und den Vorwurf der Missionierung zu vermeiden.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Der Verkauf von Bibeln und die Verteilung von christlichen Materialien ist nur an dafür vorgesehenen Orten erlaubt, wie z.B. in anerkannten Kirchen und angrenzenden Kirchenbuchläden, nicht aber auf gewöhnlichen Märkten oder in Buchhandlungen. Die Verteilung von christlichem Material darf nicht als Missionierung wahrgenommen werden, und die meisten Christen üben in dieser Hinsicht eine Selbstzensur aus. Viele historische Kirchen neigen dazu, von der öffentlichen Verteilung von Bibeln abzusehen, aus Angst, soziale Unruhen zu schüren und Feindseligkeiten gegenüber zu stehen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes: Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben zu Orten und Daten gemacht werden.

- **Festgenommene Christen:** Die gemeldeten fünf Fälle sind eine sehr konservative Schätzung. Christliche Laien und Leiter, die im Gemeindedienst tätig sind, können regelmäßig zur Befragung vorgeladen werden. Es ist vorher nicht bekannt, wie lange dies dauern wird, eine Befragung kann zwischen 20 Minuten und 12 Tagen dauern.
- **Angriffe auf Christen:** Nicht wie eine Muslima gekleidet zu sein – also keinen Hijab zu tragen – macht eine Frau verletzlich. Mindestens 100 christliche Frauen wurden aus diesem Grund sexuell belästigt. Aus diesem Grund verzichteten viele christliche Frauen vor allem nachts auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder Taxis. Das Thema ist stark tabuisiert, was es schwer macht, konkrete Zahlen zu bekommen. Die 100 ist eine sehr konservative Schätzung. Es gab mehrere Fälle, in denen sowohl weibliche als auch männliche Konvertiten von ihrer Familie (Ehemann, Brüder) geschlagen wurden und Todesdrohungen wegen ihres Glaubens erhielten. Es ist bekannt, dass dies geschieht, wenn der neue Glaube eines Konvertiten entdeckt wird. Aufgrund der sensiblen Situation von Konvertiten ist es schwierig, darüber Informationen zu sammeln.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Es gab mindestens sechs Konvertiten aus dem Islam, die ihre Häuser verlassen und anderswo Unterschlupf finden mussten, weil sich eine bedrohliche Situation entwickelt hatte, nachdem ihr christlicher Glaube in ihren Familien bekannt geworden war.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Generell ist das jordanische System tendenziell „repressiv“ gegenüber Gruppen und Gemeinschaften, die einer nichtsunnitischen Denomination angehören, z. B. Schiiten, Bahai, Drusen, Buddhisten, Hindus, irakische Mandäer und Zeugen Jehovas. Diese Gruppen sind nicht anerkannt und leiden daher unter Formen der Diskriminierung aufgrund dieser fehlenden Anerkennung.

Es ist Berichten zufolge schwieriger für einen Sunniten, sich zum schiitischen Islam zu bekehren, als zum christlichen Glauben. Die meisten Bahai-Anhänger dürfen zwar ihre Religion ausüben, die Bahai-Religion ist jedoch nicht offiziell anerkannt, und daher können Aktivitäten ihrer Anhänger verboten werden. Heiratsurkunden der Bahai werden von der Behörde für Familienstand und Passwesen nicht anerkannt. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten, mit denen die Bahai konfrontiert sind, wurde im Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit für 2017 beschrieben: Der Gouverneur von Amman sagte im Oktober 2017 eine von den Bahai ausgerichtete Veranstaltung ab, weil er befürchtete, dass die Veranstaltung zu Ehren der „Harmonie unter den Religionen“ einen extremistisch-islamischen Anschlag provozieren könnte.

Drusen erleben soziale Ausgrenzung und leben nur in bestimmten Gebieten. Wie die Bahai-Religion, ist auch der drusische Glaube nicht offiziell von der jordanischen Regierung anerkannt, und da sie keine eigenen religiösen Gebäude haben, beten sie weiterhin in den Moscheen der Sunniten. Laut dem Internationalen Bericht über Religionsfreiheit für 2019 „fuhr die Regierung fort, Drusen als Muslime auf offiziellen Dokumenten zu vermerken, die die Religionszugehörigkeit des Inhabers angeben, ohne dass die Drusen öffentlich Einspruch erhoben.“ Der Bericht konstatierte eine fortgesetzte Diskriminierung von Drusen, die sie daran hindere, hohe Positionen in der Regierung und in offiziellen Ämtern zu bekleiden.

Die Religion einiger Nichtmuslime und nichtchristlicher Migranten, meist Buddhisten und Hindus, werden ebenfalls nicht anerkannt, ebenso wie Mandäer, die unter den irakischen Flüchtlingen zu finden sind, die ins Land kamen. Sie führen ihre Bräuche ohne offizielle Genehmigung durch, was ihnen zum Teil deshalb untersagt wird.

Schließlich sehen sich Muslime, die sich entschließen, den Islam zu verlassen und Atheisten zu werden, oder andere Glaubensrichtungen angenommen haben, einem ähnlichen Druck von Familie und Gemeinschaft ausgesetzt, wie Christen muslimischer Herkunft.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Brunei: Platz 39

Kurze Zusammenfassung

Christen muslimischer Herkunft geraten unter Druck, da der Glaubenswechsel weg vom Islam durch das Strafgesetzbuch verboten ist und alles unternommen wird, um diese Personen zurück zu ihrem ursprünglichen Glauben zu bringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen registriert werden, sondern müssen als Firmen, Gesellschaften oder Familienzentren angemeldet werden. Daher werden sie auch wie säkulare Organisationen behandelt und müssen jedes Jahr Finanz- und Geschäftsberichte an die Regierung übermitteln. Die gesamte Gesellschaft (Christen eingeschlossen) ist von der schrittweisen Einführung der Scharia betroffen. Auch wird die Gesellschaft von der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt, auch bedingt durch die Covid-19-Pandemie, da sie die Behörden darin einschränkt, großzügig mit Zuwendungen zu sein, die die Unzufriedenheit in der Bevölkerung klein halten sollen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	39
2020	63	37
2019	63	36
2018	64	26
2017	64	25

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung des Landes stieg im Weltverfolgungsindex 2021 um einen Punkt, was eine stabile, aber schwierige Situation für Christen im Land widerspiegelt. Die Einführung des Scharia-Strafgesetzes hat sich noch nicht in der Punktzahl niedergeschlagen. Es bleibt abzuwarten, was diese Entwicklung für die Christen in Brunei bedeuten wird, abgesehen von Verunsicherung und Sorge. Der durchschnittliche Druck ist sehr hoch und die Punktzahlen sind in allen Lebensbereichen leicht angestiegen – so auch der Wert für Gewalt, allerdings hat diese weiterhin sehr niedriges Ausmaß. Die Kontrolle, Überwachung und das Ausspionieren von Christen werden als wichtiger angesehen als das Verüben von Gewalt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Kirchen sehen sich anhaltenden Einschränkungen gegenüber

Aus Angst, dass Muslime in die Irre geführt werden könnten, wurden Weihnachtsfeiern ab 2015 in ganz Brunei verboten, mit Ausnahme von Weihnachtsfeiern innerhalb von Kirchengebäuden. Das Verbot umfasst die Verwendung von religiösen Symbolen wie Kreuzen, das Anzünden von Kerzen, das

Aufstellen von Weihnachtsbäumen, das Singen religiöser Lieder in der Öffentlichkeit und das Versenden von Weihnachtsgrüßen. Als Strafe für einen Verstoß ist eine fünfjährige Gefängnisstrafe möglich. Die Einschränkungen machen den Kirchen deutlich, dass gerade die junge Generation mit einem starken christlichen Glauben aufwachsen muss. Eine besondere Herausforderung für die Kirchen ist, dass junge Menschen zunehmend das Land verlassen, um im Ausland bessere Chancen zu suchen. Dass Papst Franziskus kurz nach Ende des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2021 erstmals einen bruneiischen Bischof zum Kardinal ernannte, kam für viele überraschend. Es wird sicherlich weltweit Aufmerksamkeit auf die Situation der (katholischen) Christen in Brunei lenken, aber es bleibt abzuwarten, ob dies auch Konsequenzen für das tägliche Leben der Christen haben wird.

2) Bruneis starke Abhängigkeit von chinesischen Investitionen hat ihren Preis

Die Tatsache, dass der Sultan im November 2016 entschied, die beliebte englischsprachige Zeitung „Brunei Times“ schließen zu lassen, zeigt, dass er (erfolgreich) versucht, seine Kontrolle über die Medien und die öffentliche Berichterstattung auszuweiten. Es könnte sein, dass er diese Anstrengungen noch verstärkt, denn der Sultan verlässt sich immer stärker auf chinesische Investitionen bei der Verbesserung der Infrastruktur und Diversifizierung der Wirtschaft. Dies hat jedoch seinen Preis. Brunei ist im Jahr 2018 das erste Mitgliedsland des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) gewesen, das seine Ansprüche im Südchinesischen Meer aufgab, damit die Investitionen aus China weiter fließen. Ein weiteres starkes Zeichen für die wachsenden Beziehungen zwischen Brunei und China war die Eröffnung der längsten Brücke Südostasiens am 17. März 2020, der 30 Kilometer langen Tamburong-Brücke.

3) Junge Christen verlassen das Land in großer Zahl

In Zukunft werden die Christen mit einer veränderten Kirchensituation konfrontiert sein, da die jungen Christen in großer Zahl das Land verlassen. Es gibt ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit über die Umsetzung des Scharia-Strafgesetzbuches. Die Ungewissheit über das Scharia-Strafgesetzbuch betrifft das ganze Land, aber insbesondere die religiösen Minderheiten, obwohl bisher keine Fälle im Zusammenhang mit dem Scharia-Strafgesetz gemeldet wurden. Ein ermutigendes Zeichen ist, dass junge Menschen Online-Foren nutzen, um auch heikle Fragen freier zu diskutieren; solange dies jedoch nicht zu mehr Freiheit führt, dies auch „offline“ zu tun, werden junge Menschen noch weniger Anreiz haben zu bleiben.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der World Christian Database 2020 machen Muslime (größtenteils Sunniten) 58,7 % der Bevölkerung aus. Der regierende Sultan ist Oberhaupt der Religion: Was er will, wird Gesetz, und wenn er beschließt, dass der Islam einen konservativeren Weg einschlagen wird, müssen alle (auch die Kirchen) das akzeptieren. Christen haben die Freiheit, Gottesdienste zu feiern, aber sie wurden gewarnt, dies nicht „exzessiv und offen“ zu tun. Das Scharia-Strafgesetzbuch enthält mehrere Bestimmungen, die die Religionsfreiheit einschränken, nicht nur für Konvertiten, sondern auch für die christliche Minderheit. Die Zeit wird zeigen, wie die Bestimmungen umgesetzt werden.

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums hält fest: „Es gibt signifikante Unterschiede in der religiösen Selbstzuordnung zwischen ethnischen Gruppen. Laut offizieller Statistik von 2016 machen ethnisch malaiische Bruneier 66 % der Bevölkerung aus und gelten als muslimisch im Sinne eines ererbten Status. Die chinesische Bevölkerung, die etwa 10 % der

Gesamtbevölkerung ausmacht und sowohl bruneiische Staatsbürger als auch Einwohner mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung umfasst, ist zu 65 % buddhistisch und zu 20 % christlich. Indigene Völker wie Dusun, Bisaya und Murut machen etwa 4 % der Bevölkerung aus und sind schätzungsweise zu 50 % muslimisch, zu 15 % christlich und der Rest sind Anhänger anderer Religionen, einschließlich der Anhänger traditioneller Praktiken. Das verbleibende Fünftel der Bevölkerung umfasst im Ausland geborene Arbeiter, vor allem aus Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Südasiens, oder sie sind staatenlos. Nach offiziellen Statistiken sind etwa die Hälfte dieser temporären und permanenten Bewohner Muslime, mehr als ein Viertel Christen und 15 % Buddhisten.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung, vermischt mit diktatorischer Paranoia

Brunei ist eine islamische Nation, die auf der Ideologie der „Malaiisch-Islamischen Monarchie“ („Melayu Islam Beraja“ bzw. MIB) basiert. Diese Regierungsform wird im Land als die gerechteste für alle Menschen bezeichnet, ob diese Muslime sind oder nicht. Der Sultan hat eine gewisse Demokratisierung gefördert (wobei Brunei von einer wirklichen Demokratie noch weit entfernt ist) und ernannte sich selbst zum Premierminister und Präsidenten.

Brunei will ein Vorbild und Zentrum des Islam sein: Das Scharia-Recht wurde für zivile und religiöse Angelegenheiten schon vor der Unabhängigkeit 1984 für alle Muslime eingeführt; die Regierung verfolgt außerdem eine Strategie der Islamisierung unter der teils christlichen, teils animistischen Stammesbevölkerung, indem sie die sogenannte „Dawa“-Bewegung (eine islamische Missionsbewegung) unterstützt. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2018 hält auf Seite 11 fest: „Die Regierung bot Menschen, die sich für eine Konversion zum Islam (zur schafiitischen Rechtsschule) interessierten, Anreize – besonders, wenn diese Personen aus den indigenen Stammesgemeinschaften in ländlichen Gegenden stammten. Zu den Anreizen gehörten Hilfen in Bezug auf Wohnraum, Sozialleistungen oder Hilfe bei der Durchführung des Hadsch, der Pilgerfahrt nach Mekka. In den staatlich beeinflussten Medien gab es eine umfangreiche Berichterstattung über die Vorteile einer Konversion zum Islam, die von der Regierung präsentiert wurden. Laut Regierungsstatistik konvertierten im Laufe des Jahres 292 Personen zum Islam; weniger als in den Vorjahren. Unter den Konvertiten befanden sich Bürger Bruneis, Personen mit Bleiberecht, aber auch Ausländer.“

Seit über 600 Jahren liegt die absolute Macht im Land bei den Sultanen. Alle wichtigen politischen Posten werden vom regierenden Sultan selbst bekleidet. Da die Bürger Bruneis ihn sehr schätzen, wird er für die momentan schwierige wirtschaftliche Lage nicht verantwortlich gemacht, auch nicht in der anhaltenden Coronakrise. Seine Regentschaft hat bisher keine Gefahr für die Christen dargestellt. Doch seine konservative islamische Einstellung zeigte sich 2016, als er die Behörden kritisierte, die zweite Phase der Einführung der Scharia, etwa der Strafprozessordnung, immer noch nicht umgesetzt zu haben. Die Umsetzung erfolgte erst im Jahr 2019. Daher dient der konservative Islam als eine Art Staatsideologie, die vom Herrscher gestützt wird, und als Mittel, um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Das lässt Christen bestenfalls als Bürger zweiter Klasse und mit Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft zurück.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Ein Glaubenswechsel entehrt die Familie. Da es für gewöhnlich die Familie ist, die den Glaubenswechsel zuerst bemerkt, ist es auch die Familie, die großen Druck auf die betreffende Person ausübt, wieder zum Glauben der Familie zurückzukehren, unter anderem um Strafen durch die Regierung zu entgehen. Familienmitglieder und Nachbarn können Christen muslimischer Herkunft und Kirchen leicht in Schwierigkeiten bringen, indem sie dem staatlichen Geheimdienst KDN beziehungsweise der Abteilung für innere Sicherheit über sie Meldung erstatten. Meldungen dieser Art kommen häufig vor.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte sind die Hauptverfolger. Denn es sind die Behörden, welche die MIB-Grundsätze in allen Bereichen des Landes umsetzen und so Muslime gegenüber Angehörigen anderer Religionen bevorzugen. MIB ist ein Pflichtfach für alle Schüler sowohl an öffentlichen als auch an privaten Schulen sowie für Studenten an den Universitäten.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Islamische religiöse Leiter sind durch den Prozess der fortschreitenden Islamisierung eine indirekte Quelle für den Druck auf die Christen in Brunei. Durch diese Leiter geschieht ein Großteil der „Dawa“, der islamischen Mission, und ihre Bemühungen erweisen sich als zum Teil erfolgreich. Dies hat zu Spaltungen in Familien von Christen geführt. Dawa erfolgt, indem islamische Behörden eine Reihe von Missionierungsaktivitäten organisieren und sie finanzielle Anreize bieten, um den Islam zu verbreiten. Sowohl Muslime als auch Nichtmuslime stehen unter großem sozialem Druck, sich entsprechend islamischer Regeln zu verhalten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Das „M“ in der Nationalideologie MIB steht für „Malaiisch“. Darauf aufbauend betonen die Anführer ethnischer Gruppen die privilegierte Stellung der Malaien in Brunei. Die islamische Mission nimmt speziell die ethnischen Minderheiten in Brunei ins Visier.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte und nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Regierung gibt als offizielle nationale Philosophie MIB an. Diese ist, so definiert die Regierung, „ein System, das solide malaiische Kultureinflüsse in sich begreift, den Stellenwert des Islam für das tägliche Leben und die Herrschaft betont und gegenüber der Monarchie und ihrem Repräsentanten, Seiner Majestät dem Sultan, Respekt erweist“. Ein Regierungsorgan, der „MIB Supreme Council“ (Oberster Rat der Malaiisch-Islamischen Monarchie), sucht die MIB-Philosophie zu verbreiten und zu festigen und stellt sicher, dass sie in Politik und Gesetzgebung verankert ist. Religiöse muslimische und malaiische Leiter üben einen großen Einfluss auf den Sultan aus, der als der Beschützer des Islam und des malaiischen Volkes gesehen wird, und setzen die christliche Minderheit so unter Druck.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Anführer ethnischer Gruppen haben ein großes Interesse daran, die Regierung an der Macht zu halten und den dominierenden Status der Malaien sicherzustellen. Daher setzen sie alles daran, den Herrscher zu unterstützen bzw. wenn nötig Druck auf Minderheiten auszuüben, einschließlich Christen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Das Land ist geografisch gesehen klein, weshalb keine besonderen lokalen Brennpunkte der Verfolgung zu nennen sind.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften wie etwa die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche stehen zunehmenden Anfeindungen gegenüber und müssen mehr und mehr Vorsicht walten lassen, da sie streng überwacht werden. Dennoch sind sie immer noch weniger von Verfolgung betroffen als die neueren protestantischen Gemeinden und Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft.

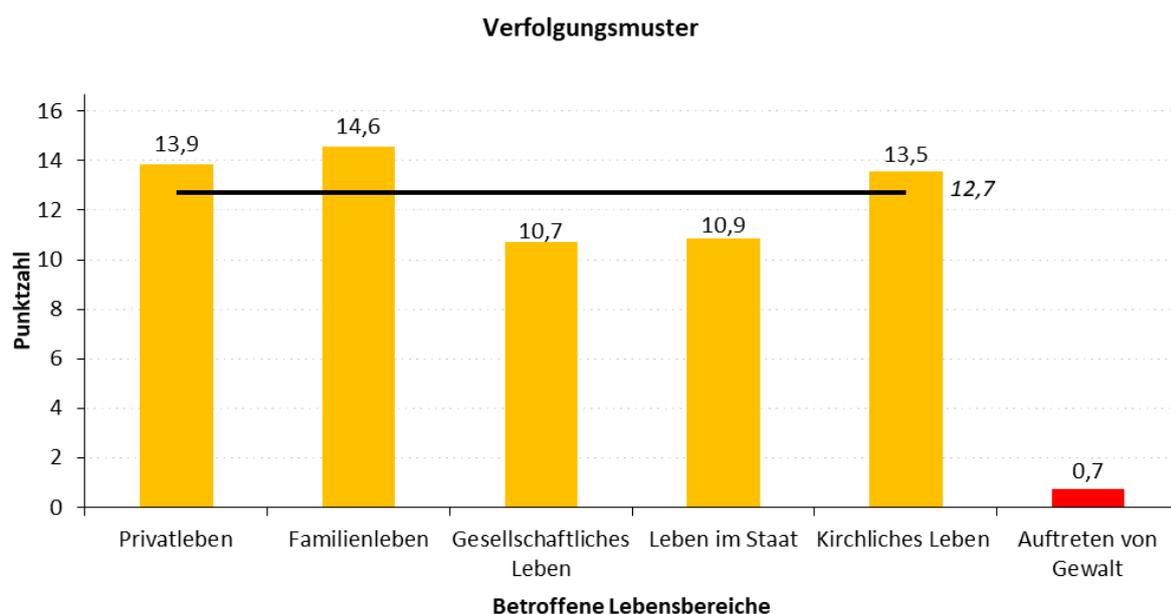
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird. Sollte ihr Glaubenswechsel bekannt werden, würden auch die Behörden einschreiten, um sie zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzubringen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Mitglieder evangelikaler und Pfingstgemeinden wissen, dass sie sowohl in ihrem Privatleben als auch bei ihren Treffen und im kirchlichen Leben von den Behörden und ihrem Umfeld genau beobachtet werden. Dementsprechend sehen sie sich gezwungen, ihren christlichen Glauben sehr vorsichtig zu leben.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Brunei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Brunei hat weiterhin ein sehr hohes Ausmaß. Im Weltverfolgungsindex 2021 erreicht er 12,7 Punkte.
- Im Familienleben ist der Druck extrem und am stärksten, aber auch im Privatleben und im kirchlichen Leben ist er sehr hoch. Christliche Konvertiten bekommen den Druck besonders im Privat- und Familienleben zu spüren, während der Druck sich auf alle Christen im Bereich Leben im Staat und kirchliches Leben auswirkt. Dieser Druck wird verschärft durch die Einführung der Scharia. Da nun die rechtlichen Voraussetzungen für eine umfassende Umsetzung geschaffen wurden, spitzt sich die Problematik zu.
- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen bleibt weiterhin sehr niedrig. Die Verfolgung von Christen war in Brunei nie besonders gewalttätig.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Für einen Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, christliche Literatur und Materialien zu besitzen, da dies seine christliche Identität offenlegen könnte. Das Scharia-Strafgesetzbuch enthält eine Liste von Worten und Ausdrücken, darunter das Wort „Allah“, deren Gebrauch nur Muslimen und dem Bezug auf den Islam vorbehalten ist. Außerdem verbietet es den Gebrauch der indonesischen Bibelübersetzung, die unter Christen dieser Region sehr verbreitet ist. Malaysische Bibelübersetzungen, die von malaysisch sprechenden Christen bevorzugt werden, sind ebenfalls nicht leicht zu bekommen, und es ist riskant, eine zu besitzen.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Alle Medien in Brunei werden überwacht und zensiert, wenn die Behörden es für nötig halten. Daher ist es für Christen sehr riskant, in sozialen Medien unter ihrem echten Namen aktiv über ihren Glauben zu sprechen. Und selbst unter einem Pseudonym wären die meisten immer noch sehr vorsichtig, da sie leicht der „Propagierung einer anderen Religion als des Islam“ (Scharia-Strafgesetzbuch, Abschnitt 209) beschuldigt werden könnten. Für Christen muslimischer Herkunft kommt das erst recht nicht in Frage und würde ernsthafte Gefahren mit sich bringen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Jedwede private Aussage über den christlichen Glauben kann als christliche Missionierung ausgelegt werden. Aufgrund dieser Gesetzeslage wird inzwischen selbst das Tragen eines Kreuzes um den Hals viel vorsichtiger gehandhabt als früher. Berichten zufolge vermeiden es Christen, an ihren Autos christliche Aufkleber oder Kreuze anzubringen und so ihren Glauben zu offenbaren. Man versucht,

möglichst keine Aufmerksamkeit zu erregen. Jeder Bezug zu Weihnachten, ob christlich verstanden oder nicht, ist in der Öffentlichkeit verboten.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Für Christen muslimischer Herkunft ist es sogar gefährlich, mit den engsten Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen, geschweige denn mit entfernten Verwandten oder anderen Personen. Da die Gesetze Bruneis es malaiischen Muslimen nicht gestatten, sich vom Islam abzuwenden, und da diejenigen streng bestraft werden, die es dennoch tun, kann jedes Gespräch über den christlichen Glauben als Missionierung und damit als Verstoß gegen die Scharia verstanden werden. Abschnitt 112(1) des Scharia-Strafgesetzbuchs Bruneis besagt, dass ein Muslim, der dem Islam den Rücken kehrt, mit dem Tode bestraft werden kann oder mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 30 Jahren oder einer Prügelstrafe, abhängig von der Art der Beweise. Wenn das Scharia-Gericht überzeugt ist, dass der Beschuldigte sein „Vergehen“ bereut, muss das Gericht eine Freilassung anordnen. Es bleibt abzuwarten, wie das Scharia-Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung umgesetzt werden und inwieweit dies die Rechtspraxis verändern wird. Nichtsdestoweniger müssen Christen äußerst vorsichtig sein, mit wem sie sich über bestimmte Themen unterhalten. Unter Nichtchristen oder Stammesangehörigen, die meist einer traditionellen Stammesreligion folgen, sogenannte „christliche Propaganda“ zu verbreiten, ist verboten und kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 20.000 Brunei-Dollar oder beidem geahndet werden. Christen und besonders Gemeindeleiter stehen unter der permanenten Überwachung der Behörden.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegeeltern aufzunehmen?

Das Gesetz verbietet es einem Muslim, sein Sorgerecht für ein minderjähriges Kind oder seine Vormundschaft für eine von ihm abhängige Person an einen Nichtmuslim abzugeben. Daher können Nichtmuslime keine muslimischen, wohl aber nichtmuslimische Kinder adoptieren. Sie können auch keine Kinder adoptieren, deren Eltern unbekannt sind.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Keine Schule, weder privat noch öffentlich, darf christliche Themen unterrichten, und alle Schüler in Primär- und Sekundarschulen müssen per Gesetz den Islam (oder genauer die MIB-Philosophie) lernen. Ein Pastor merkte an, dass einige Schüler besser die MIB-Prinzipien wiedergeben können als die Zehn Gebote. Das Bildungsministerium und das Ministerium für religiöse Angelegenheiten verwalten die meisten der staatlichen und privaten Schulen des Landes. Der Sultan erklärte in einer Ansprache im Juli 2018, islamische Geschichte solle zu einem Pflichtfach in allen Schulen und Bildungszentren werden, zusätzlich zum bereits bestehenden MIB- und Religionsunterricht. Weiter sagte er: „Das Bildungssystem darf die Religion nicht außer Acht lassen und Religion muss die Achse des Bildungssystems sein. Verstehe unsere Religion gut, so dass du sie lieben lernst. Der Weg zum Verständnis der Religion ist natürlich das Studium der Religion, insbesondere ihrer Geschichte.“ In Schulen und Berufsbildungsstätten sind Mädchen dazu angehalten, ein Kopftuch zu tragen.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Der Druck ist besonders hoch auf Kinder von christlichen Konvertiten, sobald aufgedeckt wird, dass ihre Eltern „Abtrünnige“ sind. Mädchen aus christlichen Familien müssen das Kopftuch zur Arbeit oder Schule tragen, wie auch alle anderen nichtmuslimischen Frauen und Mädchen. Lehrer setzen Kinder unter Druck, zum Islam zu konvertieren und Muslime zu werden. Der Druck auf Christen ist sogar in Privatschulen zu spüren.

Wurden christliche Taufen behindert?

Christen muslimischer Herkunft können nicht in der Öffentlichkeit getauft werden. Daher finden Taufen generell selten bzw. nur im Ausland statt. Da Taufen das stärkste Zeichen dafür sind, dass eine Gemeinde lebendig ist und wächst, werden Taufgottesdienste auch bei den anderen Christen sehr unauffällig gehandhabt, um nicht zu viel Aufmerksamkeit zu erregen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Mithilfe der nationalen MIB-Philosophie hat der Islam jeden Aspekt des gesellschaftlichen Lebens durchdrungen. MIB ist ein System, das solide malaiische Kultureinflüsse in sich begreift, den Stellenwert des Islam für das tägliche Leben und die Regentschaft betont und Respekt gegenüber der Monarchie des Sultans umfasst. Somit stehen Christen unter Druck, an islamischen Riten und Zeremonien teilzunehmen. Eine Weigerung wird als Ablehnung der Kultur und der Werte der Gesellschaft gesehen. Zudem gibt es strikte Vorgaben für das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Christen mit muslimischem Hintergrund stehen immer unter dem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Doch der Druck ist aufgrund der Islamisierungsbemühungen der Regierung auch für andere Christen ähnlich stark spürbar. Die Kirchen erleben einen allmählichen Schwund ihrer Mitgliederzahlen. Ein Mitglied nach dem anderen ergibt sich dem Islam, vor allem um dem sozialen Druck zu entkommen, aber auch um die finanziellen Begünstigungen von jährlich 1.000 Brunei-Dollar für die nächsten zehn Jahre zu erhalten. Da in Brunei viele Gemeinden sehr klein sind, kann es ernsthafte Auswirkungen auf die verbleibende Versammlung haben, wenn „nur“ zwei oder drei die Kirche verlassen. Die Erfolge der Mission (oder „Dawa“) werden weithin bekannt gemacht und in den nationalen Zeitungen gefeiert, wo die Konvertiten mit ihren neuen Namen bekannt gegeben werden.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Besonders die Malaysisch sprechenden Gemeinden sind ernsthaft bedroht und werden unablässig überwacht, was zu einem hohen Maß an Furcht und Vorsicht unter den Gemeindeleitern führt. Jeder weiß von der stattfindenden Überwachung. Berichten zufolge gibt es in vielen Gemeinden Informanten (manchmal andere Christen), die von den Behörden geschickt werden. Die Behörden besorgen sich zudem von Einwohnern Informationen über die Aktivitäten der Kirchen.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Der Islam- und MIB-Unterricht ist verpflichtend an allen Schulen. Obwohl Nichtmuslime von einigen religiösen Pflichten befreit sind, hätten sich viele nichtmuslimische Kinder dazu entschlossen, Islamkurse zu belegen, so die Aussage der Regierung. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums glaubten diejenigen, die sich für staatlich geförderte Stipendien bewarben, dass das Belegen der Islamkurse ihnen Vorteile verschaffen könnte. Aufgrund wirtschaftlicher Einschränkungen hat sich die Anzahl der Stipendien für Universitäten verringert. Dieser Rückgang der Stipendienplätze bewirkt, dass viele Christen den Eindruck gewinnen, nun noch weniger Chancen auf einen Studienplatz an einer Universität in Brunei zu haben. Diese Entwicklung könnte sich aufgrund der Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie beschleunigen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Brunei führte im Mai 2014 das Scharia-Strafgesetzbuch ein. Dieser Rechtskodex reglementiert nicht nur Straftaten wie Mord und Diebstahl, sondern auch u. a. das öffentliche Zeigen christlicher Symbole, Angelegenheiten der Missionierung oder der Apostasie. Die Einführung einer neuen Strafprozessordnung wurde im April 2019 etwas verstohlen angekündigt, was zu einem internationalen Aufschrei und zu einer, sonst äußerst seltenen, öffentlichen Stellungnahme des Sultans führte. Unabhängig davon, wie die Scharia am Ende umgesetzt wird – und bisher scheint dies eher moderat zu erfolgen –, die Religionsfreiheit ist in Brunei stark eingeschränkt.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Das Gesetz gegen Volksverhetzung sowie die MIB und das Scharia-Strafgesetzbuch als Prüfstein für öffentliche Äußerungen, schränken die Art und Weise, wie Christen ihre Ansichten und ihren Glauben in der Öffentlichkeit ausdrücken können, ein. Christen in Brunei halten sich sorgfältig an die Gesetze. Sie betreiben Selbstzensur, um Ärger zu vermeiden, aber vor allem, weil es nicht völlig ersichtlich ist, welche Glaubensaussagen als Volksverhetzung gelten können.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Obwohl es in Brunei einige politische Parteien gibt, folgen sie doch ganz dem Willen des Sultans, der alle Macht innehat. Es gibt weder christliche politische Parteien noch christliche zivilgesellschaftliche Organisationen, da diese im Land verboten sind. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten nicht als solche, sondern als gewerbliche Unternehmen. Sie müssen so alle gesetzlichen Vorgaben für klassische Unternehmen erfüllen, etwa in Bezug auf das Berichts- oder Steuerwesen.

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Christen sind nicht völlig von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, aber es gibt eine Obergrenze dafür, wie weit sie aufsteigen können. Dies und damit einhergehende Begünstigungen bleiben Malaien und Konvertiten zum Islam vorbehalten, wenn sie Bürger des Landes sind. Der Druck auf Christen, zum Islam zu konvertieren, wird in dieser Weise erhöht, indem man ihnen Aufstiegschancen und berufliche Vorteile in Aussicht stellt.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Die Kirchen, die bereits während der Kolonialzeit registriert wurden, besitzen auch heute noch einen offiziellen Status. Dies betrifft landesweit sechs Kirchen. Die Regierung erlaubt es jedoch nicht, dass weitere Kirchen registriert werden. Und selbst registrierte Kirchen stehen Problemen gegenüber: In der Hauptstadt Bandar Seri Begawan setzt die Regierung an Sonntagen Zugangsbeschränkungen um; alle Straßen, die zu der katholischen und der anglikanischen Kirche führen, werden zu „Erholungszwecken“ zwischen 6 Uhr morgens und 13 Uhr gesperrt. Nur Besitzer einer gültigen Bescheinigung dürfen das Gebiet um die beiden großen Kirchen betreten.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Alle Aktivitäten von Kirchen und besonders die Predigten werden überwacht. Vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, dass sie von Informanten der Regierung bespitzelt werden. Diese Informanten sind teilweise selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wurde. Da die Sonntagsgottesdienste genau überwacht werden, sind die Pastoren (besonders diejenigen, die auf Malaysisch predigen) sehr vorsichtig. Sie sagen in ihrer Predigt nichts, was als Kritik oder Beleidigung der Regierung oder der königlichen Familie ausgelegt werden könnte. Veröffentlichte Materialien unterliegen ebenso der Überprüfung der Behörden.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Es gibt ein dauerhaftes Verbot für die Einfuhr gedruckten religiösen Materials. Allerdings sind digitale Ausgaben der Bibel und anderer religiöser Materialien verfügbar, aber Konvertiten müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie online auf diese zugreifen.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Die christlichen Schulen in Brunei unterliegen den Vorschriften der bruneiischen Behörden und müssen daher muslimische Lehrer einstellen und auch Islamunterricht für muslimische Schüler anbieten. Andere christliche Organisationen können nicht von Kirchengemeinden geleitet werden und müssen als unabhängige Einheiten funktionieren, die als Berufs- oder Firmengruppen arbeiten. Alle Gruppen, einschließlich Schulen und Wohltätigkeitsorganisationen, sind verpflichtet, sich bei der Regierung zu registrieren. Die Registrierung kann aus beliebigen Gründen verweigert werden, und registrierte Gruppen können jederzeit ohne vorherige Warnung oder Begründung geschlossen werden.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Brunei war niemals sehr gewalttätig; und so wurden auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 keine Kirchengebäude beschädigt und keine Christen angegriffen. Dennoch ist die Verfolgung so groß, dass einige Christen das Land verlassen und christliche Konvertiten sich verstecken. Das zeigt auch ein Vorfall von Februar 2020: Ein amerikanischer Christ, der in den Straßen von Bandar Seri Begawan das Evangelium weitergab, wurde festgenommen, verhört – und dann überraschend schnell abgeschoben. Ein bruneiischer Staatsbürger, insbesondere ein Christ muslimischer Herkunft, wäre damit nicht davongekommen und viel härter bestraft worden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 steht:

„Die Regierung verbot Nichtmuslimen weiterhin, unter Muslimen oder Personen ohne Religionszugehörigkeit zu missionieren. Im Oktober klagten Scharia-Gerichte nichtmuslimische Angeklagte in zwei Strafverfahren an. Die Regierung erlaubte schafiitischen Muslimen und Mitgliedern nichtmuslimischer religiöser Minderheiten, ihren Glauben zu praktizieren, verbot aber weiterhin mehrere religiöse Gruppen, die sie als ‚abweichend‘ betrachtet. Der Sultan warnte die Regierung öffentlich, ihren Kurs gegen Abweichungen von dem, was er als authentische islamische Lehren bezeichnete, zu verstärken.“ Und weiter: „Wie in den vergangenen Jahren beschränkte die Regierung die traditionellen Löwentanzvorführungen zum Neujahrsfest auf einen Zeitraum von drei Tagen und auf chinesische Tempel, chinesische Schulhallen und private Wohnsitze von Mitgliedern der chinesischen Vereinigung. Mitglieder der königlichen Familie nahmen während der erlaubten Zeit öffentlich an Neujahrsfeiern und Löwentanzaufführungen teil, worüber die staatlich beeinflussten Medien auf den Titelseiten berichteten.“

Nichtsunnitenn, die als Abweichler gesehen werden, wie Schiiten und Ahmadiyya-Muslime, werden verfolgt, da ihre Form des Islam verboten ist. Atheismus ist ebenfalls verboten. Die Tätigkeiten von Hindus werden eingeschränkt. Der einzige hinduistische Tempel im Land steht auf dem Gelände der britischen Kaserne des Gurkha-Regiments. Auch Sikhs und buddhistische Gemeinschaften besuchen diesen Tempel, um dort zu beten. Chinesischen Staatsangehörigen wurde untersagt, ihr Neujahrsfest mit dem Drachentanz zu feiern.

In einem anscheinend ersten Urteil seiner Art wurde am 15. Oktober 2019 ein Nichtmuslim nach der Scharia wegen Diebstahl bestraft. Beiträge in den sozialen Medien in Brunei brachten den Schock darüber zum Ausdruck, dass die Scharia nun offenbar auch für Nichtmuslime gilt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Demokratische Republik Kongo: Platz 40

Kurze Zusammenfassung

Die islamistische Gruppe „Vereinte Demokratische Streitkräfte“ („Allied Democratic Forces“/ADF) verfolgt Christen im östlichen Teil des Landes, indem sie Christen und Kirchen angreift. Im Bereich des Familienlebens werden Konvertiten, die sich vom Islam oder von indigenen Religionen abgewandt haben und Christen geworden sind, unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Aktivitäten und Zeremonien teilzunehmen. Vertreter der katholischen Kirche, welche die Regierung öffentlich zur Einhaltung der in der Verfassung vorgeschriebenen Wahltermine gedrängt hatten, berichteten, dass sie aufgrund ihres Eintretens verbale Schikanen und Einmischungen erlebt hätten.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	40
2020	56	57
2019	55	54
2018	-	-
2017	-	-

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um 8 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex 2021 gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die Schwere der Gewalt im Osten des Landes den Druck auf die Kirche erhöht hat. In weiten Teilen des Landes herrscht völlige Gesetzlosigkeit, in Verbindung mit einem Versagen der Institutionen. Während die herrschende Gewalt bereits im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2020 ein extremes Maß erreichte, hat sich nun durch einen Welleneffekt der Druck weiter verstärkt. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 verursachten dschihadistische und andere bewaffnete Gruppen (wie die ADF) viel Leid unter der Bevölkerung und insbesondere den Christen. Die bewaffneten Gruppen nehmen auch Einfluss darauf, was in den Kirchen gepredigt wird. In einem Fall wurde ein Gemeindeleiter entführt und die Kidnapper erklärten ihm unter Drohungen, was er in seiner Kirche sagen könne und was nicht. Christen sind in vielerlei Hinsicht mit Einschränkungen durch die Regierung konfrontiert. Dies betrifft die freie Meinungsäußerung, die Erteilung von Genehmigungen und die freie Tätigkeit im Land. Eine Kombination all dieser Faktoren hat zu dem Anstieg der Punktzahl geführt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die neue Regierung hat kaum Veränderungen gebracht

In der Vergangenheit verweigerte die Regierung von Präsident Joseph Kabila den Bürgern Grundrechte wie freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit und andere grundlegende Menschenrechte. Der Wechsel des Präsidenten und die neue Regierung (seit Dezember 2018) haben keine wesentlichen Veränderungen gebracht. Nach wie vor mangelt es an Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit. Korruption ist nach wie vor allgegenwärtig. Die Gesamtsituation in der DR Kongo ist nach wie vor sehr unsicher.

2) Der große Reichtum an für die internationale Elektronikindustrie wichtigen Bodenschätzen wirkt sich negativ auf die Stabilität des Landes aus

Rebellengruppen finanzieren ihre Kriegshandlungen, indem sie auf dem Schwarzmarkt Minerale verkaufen, die für internationale Elektronikunternehmen wichtig sind.

3) Die fragile Sicherheitslage könnte die Situation der Christen ernsthaft beeinträchtigen

Die prekäre Sicherheitslage und die instabile politische Situation könnten dazu führen, dass die gewaltsame Verfolgung von Christen weiter zunimmt, und der ADF eine Gelegenheit zur Expansion bieten. Voraussichtlich werden die Kämpfe zwischen den verschiedenen bewaffneten Gruppen sich fortsetzen und weiter zunehmen.

4) Der wachsende Einfluss der ADF wirkt sich auf die Christen aus

Der Einfluss der ADF ist größer geworden, während die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft anderen Gruppen gilt. Die islamistische Miliz war an vielen Gräueltaten beteiligt, die durch Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden. Ein Bericht der Vereinten Nationen deutet darauf hin, dass einige der Verbrechen, die die Gruppe begangen hat, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden können. Diese problematische Lage wird wahrscheinlich andauern und Christen in der Region werden davon besonders betroffen sein.

3. Religiöse Situation im Land

Etwa 95 Prozent der Bevölkerung des Landes sind Christen. Anhänger traditioneller Religionen machen 2,5 Prozent der Bevölkerung aus, Muslime 1,5 Prozent. Zudem gibt es kleine Minderheiten an Bahai, Agnostikern oder Atheisten und Hindus.

Es muss jedoch beachtet werden, dass eine beträchtliche Anzahl von Menschen den christlichen Glauben mit einem traditionellen Glaubenssystem vermischt. Dies stellt oftmals ein Problem für einige evangelikale Gruppen dar, wenn sie diese Praxis ablehnen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung ist insbesondere in der Provinz Nord-Kivu präsent und zeigt sich vor allem in den Aktivitäten islamisch-extremistischer Gruppen, besonders der ADF. Der ideologische Einfluss dieser Gruppe wirkt sich auf die Gesellschaft und die gewöhnlichen Bürger in diesen Teilen des

Landes aus. Da diese überwiegend muslimisch sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Christen verfolgt werden, insbesondere wenn sie einen muslimischen Hintergrund haben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der von Transparency International veröffentlichte Korruptionswahrnehmungsindex 2019 sieht das Land auf Platz 168 (von 198 Ländern) mit einem Wert von 18 von 100. Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor ist Korruption weit verbreitet (und ebenso Straflosigkeit im Blick auf korrupte Handlungen). Sie betrifft vor allem die christliche Gemeinschaft, die Korruption ablehnt, da sie als eine Form der Ungerechtigkeit den von ihnen gelebten christlichen Glaubensgrundsätzen widerspricht.

Diktatorische Paranoia

Die Demokratische Republik Kongo hat unter verschiedenen Regierungen enorm gelitten. Joseph Kabila hat die Wahlen ohne rechtliche Grundlage zwei Jahre lang verschoben. Seine Unterstützer und der Sicherheitsapparat nahmen Christen ins Visier, die ihre Unzufriedenheit mit seiner Regierung zum Ausdruck brachten. Der amtierende Präsident Félix Tshisekedi kam im Dezember 2018 mit dem Versprechen an die Macht, das Chaos zu beseitigen und das Land voranzubringen. Bislang finden jedoch keine greifbaren Reformen statt, welche die Bevölkerung vor den grausamen Angriffen der Rebellengruppen im Land retten und das Ausmaß der Verfolgung von Christen verringern könnten. Korruption ist nach wie vor weit verbreitet und Beamte des Sicherheitsapparats müssen für ihr Handeln keine Rechenschaft ablegen.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Ein Großteil der Gewalt in Nord-Kivu, Kisangani und Kasai hat auch eine ethnische Dimension. Dies ist nach wie vor der Fall, wurde aber besonders im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2018 deutlich, als die Bana-Mura-Miliz gut geplante Angriffe durchführte (zeitweise angeführt von Offizieren der nationalen Armee), welche auf die Auslöschung der Luba- und Lula-Bevölkerung abzielten. Einige der Angriffe zielten auf Kirchen und Christen ab. Dies hat sich in allen folgenden Berichtszeiträumen fortgesetzt, einschließlich des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2021.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die Hauptakteure der islamischen Unterdrückung sind gewalttätige religiöse Gruppen sowie gewöhnliche Bürger, die von einer islamisch-extremistischen Ideologie beeinflusst sind. Die ADF verfolgt Christen in Nord-Kivu, im östlichen Teil des Landes. Die Gruppe hat gewalttätige Angriffe auf Einzelpersonen und Kirchen verübt. Gewöhnliche Bürger verfolgen unter dem Einfluss militanter Ausprägungen des Islams insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Jedoch ist es wichtig festzuhalten, dass dies nur auf einen kleinen Teil der Demokratischen Republik Kongo zutrifft. In den meisten Teilen des Landes ist islamische Unterdrückung als Triebkraft der Verfolgung nicht präsent.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Es gibt in der Demokratischen Republik Kongo mehrere durch diktatorische Paranoia motivierte Verfolger. Zu diesen Verfolgern gehören vor allem der (nunmehrige Ex-) Präsident Joseph Kabila und seine Verbündeten, die um jeden Preis an der Macht bleiben wollten, aber auch Unterstützer, politische Parteien und militante Gruppen, die direkt oder indirekt mit Kabila verbunden sind. Die Römisch-Katholische Kirche hat sich aktiv um eine Lösung der politischen und verfassungsrechtlichen Krise bemüht, die durch die Verzögerung der Präsidentschaftswahlen durch den Ex-Präsidenten ausgelöst wurde. Aufgrund dieser kirchlichen Bemühungen haben einige die Christen als mit der Opposition verbündet wahrgenommen. Infolgedessen wurden Kirchen von den Anhängern und Verbündeten des (Ex-)Präsidenten unter Druck gesetzt.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

Da die Demokratische Republik Kongo eine der korruptesten Nationen Afrikas ist, gehören zu dieser Triebkraft der Verfolgung viele bedeutsame Verfolger:

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Auch islamistische Milizen beteiligen sich am illegalen Bergbau. Eine Untersuchung des Instituts für Sicherheitsstudien („Institute for Security Studies“, ISS) aus dem Jahr 2016 kam zu dem Ergebnis, dass der Schmuggel der natürlichen Ressourcen der DR Kongo mit dem Konflikt in der Region zusammenhänge, und verband damit die Warnung, dass die Al-Shabaab-Miliz weiterhin ausreichend Mittel zur Finanzierung ihrer Aktivitäten habe, trotz des Einsatzes der Afrikanischen Union in Somalia und der Bemühungen der Vereinten Nationen, die Finanzierungskanäle der Gruppe trocken zu legen.
- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die Kriminalität und Korruption im Zusammenhang mit der Bergbauindustrie in der DR Kongo sind schwerwiegend. Als eine der reichsten Nationen Afrikas mit enormen natürlichen Ressourcen war die DR Kongo bereits Schauplatz zahlreicher gewaltsamer Konflikte und Menschenrechtsverletzungen. Netzwerke des organisierten Verbrechens haben effektive Möglichkeiten gefunden, Minerale über eine Vielzahl von Routen außer Landes zu schmuggeln.
- **Paramilitärische Gruppen:** In der DR Kongo gibt es zahlreiche paramilitärische Gruppen und Rebellen, die keinerlei Rücksicht auf das Leben der Zivilbevölkerung nehmen. Dazu gehören M27, Mai-Mai, National Forces of Liberation, RUD-Urunana, Nyatura, FDLR, Mai Mai Sheka, Mai Mai Yakutumba, Raia Mutomboki, FNI, FRPI, FPJC, Mai-Mai Simba, UPC, Forces for Renewal, Mai Mai Kata Katanga, Mai Mai Gédéon, CORAK und CPK. Diese und andere Gruppen schaffen ein Umfeld der Gesetzlosigkeit; sie handeln illegal mit Bodenschätzen und kennen keine Gnade gegenüber denen, die sich ihnen widersetzen. Christen in der DR Kongo, die sich gegen dieses Vorgehen aussprechen, erfahren schwere Vergeltungsmaßnahmen.
- **Regierungsbeamte:** Oftmals veruntreuen Regierungsvertreter öffentliche Gelder und schützen Zivilisten nicht vor Verfolgung. Diejenigen, die Christen angreifen, gehen aufgrund von Korruption oft straffrei aus.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Christen werden aus verschiedenen Gründen zur Zielscheibe in Konflikten, bei denen ethnische Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und bei denen Milizen mit einer ethnischen oder regionalen Grundlage beteiligt sind. Einige Stammesführer und Anführer von Milizen gehören beispielsweise Sekten an oder halten sich an einheimische traditionelle Glaubenssysteme, welche Feindseligkeit gegenüber Christen fördern.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Christen werden von islamistischen Milizen bedrängt, die vor allem in Nord-Kivu, im östlichen Teil des Landes, aktiv sind.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in die Isolation gedrängt. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Kategorie gehören römisch-katholische Kirchen und verschiedene protestantische Denominationen. Sie sind im ganzen Land präsent und der Verfolgung durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt. In Zeiten politischer Unruhen sind Angriffe auf kirchliches Eigentum und die Einschüchterung von Kirchenführern an der Tagesordnung. Von der Hauptstadt Kinshasa bis zur zentralen Provinz Kasai und seit Kurzem auch in der östlichen Provinz Nord-Kivu wurden Kirchen, Klöster und katholische Schulen von bewaffneten Gruppen von Jugendlichen oder Milizionären zerstört und geplündert. Die islamistische Miliz ADF greift seit mehreren Jahren Christen im Nordosten des Landes an, nachdem ihr Versuch, die ugandische Regierung zu stürzen, gescheitert ist.

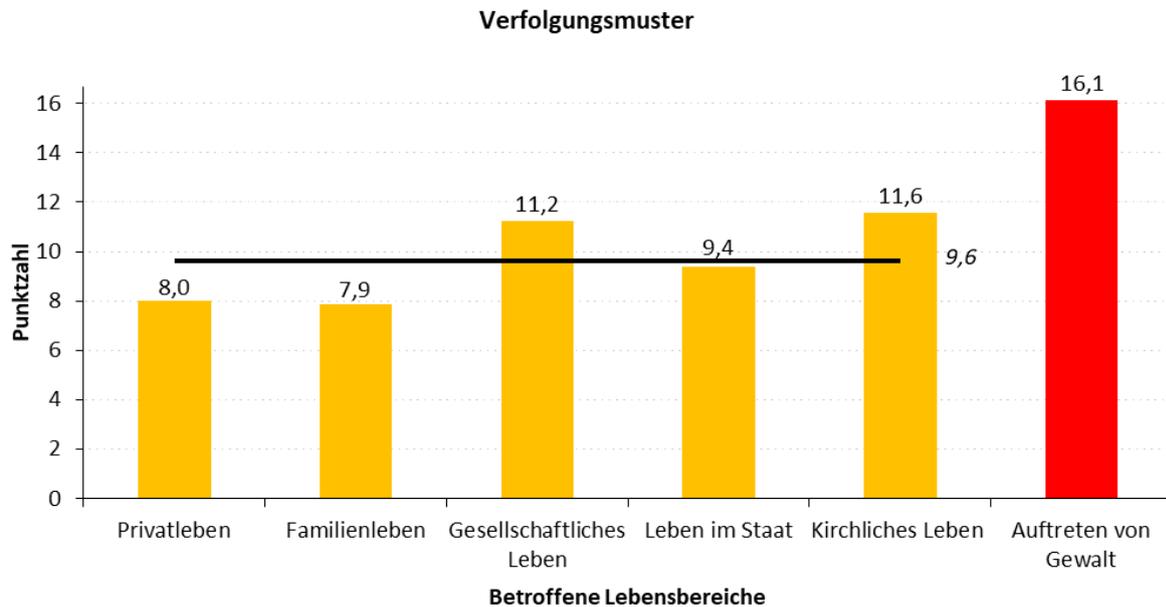
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten zum christlichen Glauben (insbesondere aus dem Islam) gibt es besonders in der Provinz Nord-Kivu. Zwar gibt es auch in anderen Teilen des Landes Christen mit muslimischem Hintergrund, jedoch sind diese dort im Vergleich weniger Druck und Verfolgung durch Familie und soziales Umfeld ausgesetzt. In geringerem Maß erfahren auch solche Christen Druck, die von der Katholischen Kirche zu einer protestantischen Denomination übergetreten sind oder die sich von einer traditionellen afrikanischen Religion ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, Pfingstkirchen und ähnliche Gruppen werden vor allem durch die islamistische Miliz ADF verfolgt. Obwohl diese nicht-traditionellen christlichen Gruppen in der Minderheit sind, wachsen sie im Vergleich zu anderen christlichen Kirchen schnell. Sie sind durch Mitglieder der dominanten traditionellen christlichen Gruppen und im muslimisch dominierten Teil des Landes durch islamistische Gruppen mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert. Wie alle Bürger des Landes ist auch diese Gruppe von Christen vom anhaltenden Konflikt betroffen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Demokratische Republik Kongo

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in der Demokratischen Republik Kongo ist mit 9,6 Punkten hoch. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Durchschnittswert um 1,5 Punkte gestiegen.
- Im Bereich des kirchlichen Lebens ist der Druck mit 11,6 Punkten am höchsten, gefolgt vom gesellschaftlichen Leben (11,2 Punkte). Darin spiegelt sich die Tatsache wider, dass die größte Gefahr für Christen von den islamistischen Milizen ausgeht, insbesondere im Osten des Landes, wo immer wieder Kirchen angegriffen werden.
- Die Wertung für Gewalt zeigt mit 16,1 Punkten ein extremes Ausmaß an. Dies ist ein Anstieg um 0,5 Punkte gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2020. Er ist größtenteils auf Morde durch islamistische Milizen und andere militante Gruppen zurückzuführen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens angeführt, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

In den von der ADF kontrollierten Gebieten ist es praktisch unmöglich, seinen Glauben zu bekunden, da die dschihadistischen Gruppen dafür bekannt sind, in den Dörfern von Haus zu Haus zu gehen, um

herauszufinden, wer was gesagt hat, vor allem, wenn eine Glaubensbekundung mit einer Verurteilung der Handlungen islamistischer Milizen einhergeht. Darüber hinaus werden auch Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, von ihrer Familie oder ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Dies gilt etwa für Christen, die die Katholische Kirche verlassen und sich einer evangelikalen Gemeinde anschließen: Sie werden diskriminiert und unter Druck gesetzt. Jeder Christ, der seinen Glauben in einer Weise zum Ausdruck bringt, die als Widerstand gegen das Handeln der Regierung gesehen werden könnte, muss befürchten, von der Regierung unter Druck gesetzt zu werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Einigen Berichten zufolge hat die ADF Menschen, die christliche Symbole trugen, herausgegriffen und getötet. Die Ermordung anglikanischer Priester im Frühjahr 2020 ist hierfür ein Beispiel.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Insbesondere Christen muslimischer Herkunft, aber auch Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, sind mit diesem Thema konfrontiert. Sie können aus ihren Häusern vertrieben werden.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Treffen in Gebieten, die von den bewaffneten Gruppen kontrolliert werden, sind extrem gefährlich und können zu Entführung oder Tötung führen.

Familienleben

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Aufgrund der Präsenz von Dschihadisten im östlichen Teil des Landes droht bei jeder Art von christlicher Feier Gefahr. Darüber hinaus wird auch von christlichen Paaren erwartet, bestimmte kulturelle Rituale und Bräuche durchzuführen, die den alten Traditionen entsprechen – selbst, wenn diese ihrem Glauben widersprechen. Familienangehörige können Hochzeiten zwischen Partnern aus verschiedenen Denominationen verhindern, wenn sie den jeweiligen Ehepartner oder dessen Familie nicht als echte Christen betrachten.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In den Gebieten, die von der ADF-Miliz kontrolliert werden, stehen Christen unter Druck, den Schulbesuch aufzugeben, weil Kämpfer der ADF in der Schule auftauchen und die Schüler entführen oder zwingen könnten, islamische Schriften zu lernen.

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

In folgenden Zusammenhängen wird Druck auf Christen ausgeübt, sich scheiden zu lassen:

1. Wenn in katholischen Familien ein Ehepartner evangelisch wird und sich einer protestantischen Kirche anschließt, wird die Familie wahrscheinlich auf eine Scheidung drängen. Dies geschieht in dem Bestreben, interkonfessionelle Konversionen zu verhindern. Es ist eine Form der Bestrafung für die Familie des Konvertiten und gleichzeitig ein warnendes Beispiel für andere.

2. Im Norden des Landes, wo viele Muslime leben, wird ebenfalls Druck ausgeübt, sich von einem zum christlichen Glauben konvertierten Ehepartner scheiden zu lassen. Dies geschieht insbesondere auf Betreiben muslimischer Anführer hin, welche behaupten, dass „christliche Leiter sie bewusst vom nationalen religiösen Dialog ausschließen“. In den von der ADF kontrollierten Gebieten ist das Drängen zur Scheidung von der Angst getrieben, dass Dschihadisten der ADF von dem Glaubenswechsel des Konvertiten erfahren und deshalb die Dorfgemeinschaft angreifen könnten.

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, sowie Christen muslimischer Herkunft verlieren oftmals ihr Erbe. Indem sie die Religion ihrer Familie verlassen haben, haben sie gleichsam ihr Erbrecht verwirkt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Es gibt Orte, an denen Christen regelmäßig und in konzertierter Weise in ihrer Lebensweise behindert werden. Zum Beispiel wurden von revolutionären Gruppen und der ADF gezielt christliche Geschäfte in den Ruin getrieben. In manchen Gebieten wird es für Christen schwieriger, Zugang zu Bildung zu erhalten. Zudem wird überwacht, was Lehrer unterrichten. Auch Reisen kann für Christen sehr schwierig sein.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Im östlichen Teil des Landes werden recht häufig Mädchen durch bewaffnete Gruppen entführt. Dies gilt besonders für christliche Mädchen. Viele werden mit Mitgliedern der Gruppe zwangsverheiratet.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

In den Einflussgebieten der Milizen (einschließlich der ADF) müssen Christen darauf achten, dass sie nichts gegen Ungerechtigkeit, Gewalt oder islamische Milizen sagen. Tun sie es doch, werden sie ernsthafte Probleme bekommen. Wenn ein Pastor seine Gemeinde zum Beispiel dazu auffordert, die Zusammenarbeit mit bewaffneten Gruppen abzulehnen, kommt dies einer Einladung zum Angriff gleich. Im Juni 2019 entführten Mitglieder einer Miliz einen katholischen Priester in der Ituri-Provinz. Die Kämpfer sollen ihm vorgeworfen haben, dass er Gewalt angeprangert hatte (nach dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums).

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

In den östlichen Teilen des Landes sind Christen wegen der Gewalt, die sich oft gegen ihresgleichen richtet, im Nachteil. Vertreibungen und Unsicherheit machen es für Schüler und Studenten schwierig, eine gute Ausbildung zu erlangen.

Leben im Staat

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Nach gewaltsamen Übergriffen auf Christen werden in vielen Fällen keinerlei Versuche unternommen, die Täter vor Gericht zu bringen. Dies kann auf Korruption, Mitschuld oder mangelnde Bereitschaft seitens der Behörden zurückzuführen sein.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Das Gesetz gewährt Rede- und Pressefreiheit. Die Übergangsregierung schränkte diese Rechte in der Praxis jedoch ein und verletzte zudem die Pressefreiheit. Außerdem riskieren Christen, entführt oder auf andere Weise angegriffen zu werden, wenn sie sich gegen Korruption, Gier und Ungerechtigkeit aussprechen.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Aufgrund des Ausmaßes der Gewalt und der Unsicherheit in bestimmten Regionen wurden christliche zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Tätigkeit behindert. Die Regierung hat zudem Organisationen, die für ihre regierungskritische Haltung bekannt sind, überwacht und ihre Aktivitäten behindert.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

In einigen Gebieten, in denen Dschihadisten und Milizen operieren, ist es riskant, öffentlich christliche Symbole, wie beispielsweise ein Kreuz, zu zeigen, da dies Angriffe provozieren kann. Dies betrifft vor allem Kirchenleiter, die ein besonderes Ziel für Angriffe sind, insbesondere wenn bekannt ist, dass sie Gewalt und die Aktivitäten bewaffneter Gruppen ablehnen.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In den Konfliktgebieten wurden die Aktivitäten der Kirchen durch zahllose gewaltsame Übergriffe bewaffneter Gruppen gestört und behindert. Als Folge davon stehen viele Dörfer und Kirchen leer. Auch die Regierung überwacht Kirchen, insbesondere solche, die als „unfreundlich“ gegenüber dem Präsidenten angesehen werden. Es ist ein gut dokumentiertes Problem, dass die Kirchen ins Visier genommen werden. Wie das US-Außenministerium in seinem Bericht für 2019 berichtet, „griffen regierungsfeindliche Milizionäre Kirchen und kirchliches Eigentum in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri an, wo bewaffnete Gruppen weiterhin aktiv sind“.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Das Justizministerium hat es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 erneut versäumt, Registrierungen für kirchliche Gruppen auszustellen. Im Bericht des US-Außenministeriums für 2019 heißt es: „Das Justizministerium erteilte erneut keine endgültigen Registrierungen für religiöse Gruppen und hat dies seit 2014 nicht mehr getan.“

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

In einigen Teilen des Landes steht die Regierung kirchlichen Aktivitäten feindselig gegenüber, weil sie behauptet, dass diese Aktivitäten zu öffentlichen Unruhen führen könnten. Die Realität ist, dass die Regierung der Versammlungs- und Pressefreiheit sowie der Religionsfreiheit kritisch gegenübersteht. Die Regierung will auch sicherstellen, dass diese Aktivitäten nicht zu einer Form von regierungsfeindlichem Protest werden.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

In den Gebieten, in denen religiöse Milizen aktiv sind, werden die Kirchen überwacht. Auch die Regierung überwacht, was in Kirchen gelehrt wird. Dies ist ein Teil eines umfassenderen Themas in Bezug auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Berichten zufolge wurden mindestens 460 Christen durch die ADF getötet. Zum Beispiel wurde ein anglikanischer Pfarrer in dem Dorf Eringeti durch Mitglieder der ADF ermordet, Pastor Batsemire Ngulongo Yese. Er wurde ebenso wie 35 weitere Christen aus vier Dörfern im Bezirk West des Beni-Territoriums getötet. Wie ein Bericht der Vereinten Nationen zeigt, könnte die ADF in der Region Kriegsverbrechen begangen haben.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens 100 Kirchen wurden von ADF-Kämpfern zerstört.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Im Rahmen der mutwilligen Zerstörungen der ADF-Miliz wurden über 1.000 Grundstücke, Läden und Häuser von Christen angegriffen. Dies führte zur Vertreibung Tausender Christen. Wie der Fernsehsender France 24 berichtete, ist dies in den vergangenen sechs Jahren ein andauerndes Problem, und „die Behörden sind außerstande, die tödliche Gewalt zu beenden“.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 steht:

- „Leiter der Zeugen Jehovas berichteten über im Allgemeinen positive Beziehungen zu Personen anderer religiöser Gruppen, merkten jedoch an, dass 27 Fälle von Angriffen auf oder mutmaßlichen Tötungen von Zeugen Jehovas, die bereits aus dem Jahr 2015 stammen, sich immer noch zur Bearbeitung im Gerichtssystem befinden oder nach der Verhaftung von Verdächtigen nie zur strafrechtlichen Verfolgung vor Gericht gebracht wurden.“
- Sie meldeten des Weiteren fünf Übergriffe im Laufe des Jahres in ländlichen Regionen der Provinzen Kwilu, Süd-Kivu und Sankuru, die nach ihren Angaben durch die Religionszugehörigkeit der Opfer motiviert waren.
- Muslimische Anführer erklärten, dass christliche Gruppen es manchmal versäumten, sie in interkommunale Gespräche einzubeziehen.“

Wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet, ging die Regierung auch mit exzessiver Gewalt gegen die religiöse Gruppe Bundú dia Kongo vor, was im April 2020 zum Tod von über 55 Menschen in der westlichen Provinz Zentralkongo führte. [zurück zur Länderübersicht](#)

Kasachstan: Platz 41

Kurze Zusammenfassung

Die Religionsfreiheit wird bereits durch Gesetze aus dem September 2011 beschnitten, und die Regierung in Kasachstan arbeitet beständig daran, noch mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Dies äußert sich in einer Zunahme der Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch islamische Extremisten als Vorwand, um immer mehr Freiheiten einzuschränken. Mitglieder der Russisch-Orthodoxen Kirche erfahren vonseiten der Regierung die wenigsten Schwierigkeiten, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakt mit der ethnisch kasachischen Bevölkerung aufzunehmen. Einheimische Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl vonseiten des Staates als auch durch Familie, Freunde und die Gesellschaft. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	41
2020	64	35
2019	63	34
2018	63	28
2017	56	43

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mit 64 Punkten erzielt Kasachstan die gleiche Punktzahl wie im Vorjahr 2020. An der Verfolgungssituation für Christen hat sich so gut wie nichts geändert. Am stärksten ist der Druck in den Bereichen des Privat- und kirchlichen Lebens. Dies sind Hinweise auf die beiden dominierenden Triebkräfte der Verfolgung in Kasachstan: Islamische Unterdrückung im Privatleben und diktatorische Paranoia im Bereich des kirchlichen Lebens. Muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner üben vor allem auf Christen muslimischer Herkunft Druck aus, während die Regierung den christlichen Kirchen viele Einschränkungen auferlegt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Der Wechsel des Präsidenten hat wenig an der Führung des Landes geändert

Als Präsident Nasarbajew im März 2019 abrupt seinen Rücktritt ankündigte, hatte er nicht die Absicht, von der politischen Bühne zu verschwinden. Er übergab seine öffentlichen Aufgaben an seinen auserwählten Kandidaten (der dann im Juni 2019 gewählt wurde), aber hinter den Kulissen übte

Nasarbajew weiterhin seinen Einfluss aus. Seitdem sind in Kasachstan keine größeren Veränderungen eingetreten, mit einer Ausnahme – der Absetzung von Nasarbajews Tochter als Sprecherin des Senats.

2) Die Situation der Christen hat sich seit 2011 verschlechtert

Seit der Verabschiedung eines neuen Religionsgesetzes im Oktober 2011 sind die Christen einem intensiven Druck ausgesetzt. Im Januar 2019 wurden jedoch geplante zusätzliche Einschränkungen auf Eis gelegt. Es ist noch zu früh, um daraus zu schließen, dass sich die Situation für Christen in Kasachstan verbessert hat.

3. Religiöse Situation im Land

Der Islam ist die Hauptreligion in Kasachstan (überwiegend sunnitisch). Es wäre jedoch falsch, Kasachstan als ein muslimisches Land zu bezeichnen. 70 Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben einen tiefen Einfluss hinterlassen. Die Regierung, Erbe der atheistischen Sowjets, bleibt streng säkular und versucht, den Islam unter Kontrolle zu halten, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung lediglich islamischen Traditionen und nicht den strengen muslimischen Lehren folgt. Nichtsdestoweniger glauben viele Kasachen: Ein Kasache zu sein, bedeutet Muslim zu sein. Infolgedessen erfahren ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben annehmen, viel Druck von Familie, Freunden und ihrem sozialen Umfeld. Dieser Druck ist auf dem Lande viel stärker als in den Großstädten. Christliche Konvertiten werden von ihrer eigenen Verwandtschaft unterdrückt, manchmal auch körperlich misshandelt, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Manchmal geschieht dies auch vonseiten der örtlichen Polizei.

Kasachstan hat die mit Abstand am meisten Christen in Zentralasien. Der Grund dafür ist nicht, dass Kasachen in großer Zahl zum christlichen Glauben konvertiert sind, sondern liegt der großen russischen Minderheit in den nördlichen Provinzen des Landes. Folglich gehören mehr als 90 % aller Christen in Kasachstan der Russisch-Orthodoxen Kirche an. Im Gegensatz zu anderen Ländern in Zentralasien hat Kasachstan keine Massenauswanderung von ethnischen Russen erlebt.

Obwohl das Regime viele Beschränkungen für die Produktion, den Import und den Vertrieb von religiösem Material auferlegt hat, bedeutet die sehr lange und offene Grenze zu Russland, dass der Zugang weniger problematisch ist als in andere zentralasiatische Länder.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Der Druck der Behörden hat seit 2015 zugenommen und Razzien und Verhaftungen wurden fortgesetzt. Besonders Mitglieder der protestantischen Kirchen werden ins Visier genommen, da sie als fremder Einfluss betrachtet werden, der darauf abzielt, das aktuelle politische System zu zerstören. Daher müssen sie streng kontrolliert werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn einheimische muslimische Bürger sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck und vereinzelt auch körperliche Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.

Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und erhöhen so den Druck auf sie. Daher setzen die meisten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „heimlichen Christen“.

5. Verfolger

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung unterdrückt alle religiösen Aktivitäten, die nicht staatlicher Kontrolle unterliegen. Mitglieder protestantischer Kirchen wurden mit Geldstrafen belegt und verhaftet; und in ihren Kirchen wurden Razzien durchgeführt. Seit Jahren wird einigen christlichen Gruppen die Registrierung verweigert, jedoch ist es nicht registrierten Kirchen verboten, Versammlungen abzuhalten. Dies führt dazu, dass sie sich im Geheimen treffen und dass während ihrer Gottesdienste Razzien stattfinden. Religiöse Literatur muss von der Regierung genehmigt werden. Nicht genehmigte Treffen religiöser Art können zu Geldstrafen, Verhaftungen und Verhören führen.
- **Politische Parteien:** Die Regierungspartei treibt die Christenverfolgung voran, indem die Verfolgung zum großen Teil von der Regierung zugelassen wird.
- **Gewöhnliche Bürger:** 71 % der Bewohner Kasachstans sind muslimischen Glaubens. Sie protestieren gegen Konversionen zum christlichen Glauben und melden den Behörden vor Ort christliche Aktivitäten.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte vor Ort haben Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft; das beeinflusst ihr Verhalten gegenüber Christen.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Leiter kasachischer Gruppen betrachten eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Angriff auf die kasachische Identität; die Behörden unterstützen diese Sichtweise.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Geistliche äußern offen ihre Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, und besonders gegen Christen, die einen muslimischen Hintergrund haben.
- **Gewöhnliche Bürger:** In ländlichen Gebieten sind die meisten Menschen Muslime. Sie lehnen die Hinwendung zu einem anderen Glauben ab und haben eine negative Einstellung gegenüber christlichen Aktivitäten.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Der Druck aus dem muslimischen Umfeld auf Christen muslimischer Herkunft ist außerhalb der Großstädte größer.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppen, von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche mit Abstand die größte Gruppe darstellt, sind nicht daran beteiligt, Kasachen das Evangelium weiterzugeben. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend ungestört agieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

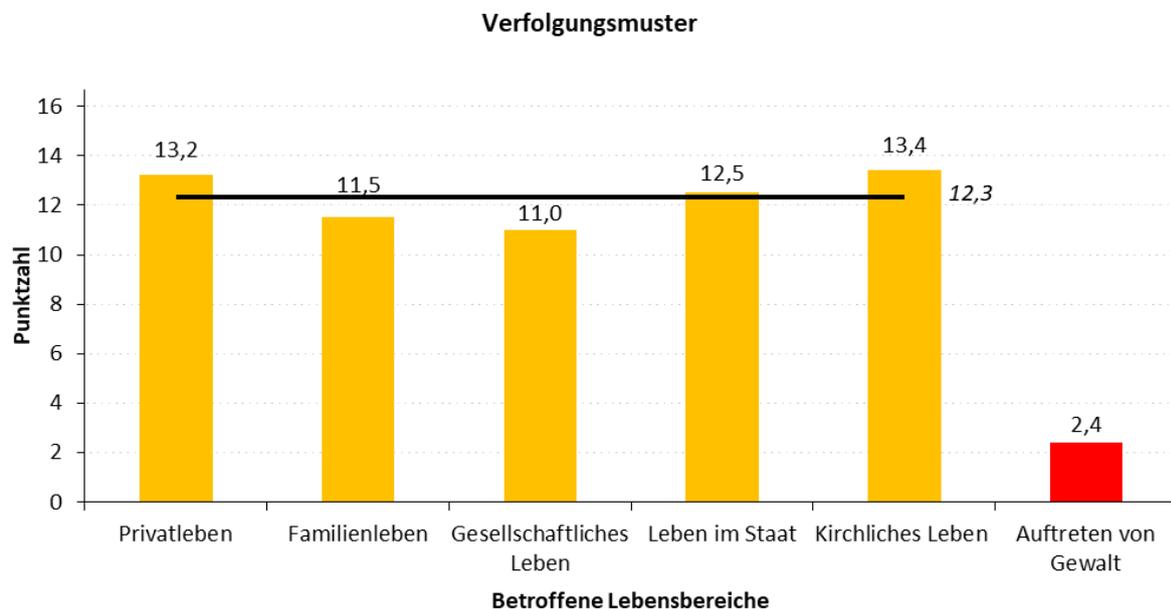
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Kasachstan. Abgesehen von Beeinträchtigungen seitens des Staates werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter starken Druck gesetzt, was für sie bei Weitem das Schlimmere ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Besonders Mitglieder protestantischer Freikirchen (beispielsweise Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden) erleben eine stärker werdende Verfolgung. Vor allem die nicht registrierten Gruppen, die aktiv das Evangelium verbreiten, sind betroffen; doch alle Christen aus dieser Kategorie leiden unter Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kasachstan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist mit 12,3 Punkten sehr hoch, sank jedoch gegenüber dem Vorjahr im Weltverfolgungsindex 2020 (12,4) um 0,1 Punkte. In den Bereichen gesellschaftliches Leben und kirchliches Leben ist der größte Rückgang zu verzeichnen.
- Im Bereich kirchliches Leben ist der Druck extrem und in allen anderen Bereichen sehr hoch. Nach dem kirchlichen Leben ist der Druck am höchsten in den Bereichen Privatleben und Leben im Staat. Dies deutet darauf hin, dass der Druck auf Christen in Kasachstan im Wesentlichen zwei Hauptquellen hat: Im Privatleben ist es die islamische Unterdrückung und in den Bereichen Leben im Staat und kirchliches Leben sind die Gründe für den Druck diktatorische Paranoia.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist niedrig und im Vergleich zum Vorjahr von 1,7 auf nun 2,4 Punkte gestiegen. So wie in allen anderen Ländern Zentralasiens gibt es nur wenige Berichte über gewaltsame Zwischenfälle.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Der Besitz christlicher Materialien wird als eindeutiger Beweis für eine Hinwendung zum christlichen Glauben gewertet. Für Christen in ländlichen Gegenden resultiert die Entdeckung christlicher Materialien in Verfolgung durch die eigene Familie und die örtliche Gemeinschaft. Die Regierung Kasachstans unterscheidet zwischen genehmigten und nicht genehmigten Materialien sowie zwischen registrierten und nicht registrierten Christen. Die Russisch-Orthodoxe Kirche scheint in dieser Hinsicht keine Probleme zu haben.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst in Kasachstan oft heftige Reaktionen von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld aus. Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat an der Familie und der Kultur sowie dem Islam gesehen. Dies kann zu körperlicher Gewalt führen. Hiervon sind nur Christen mit muslimischer Herkunft in ländlichen Gegenden betroffen. Offiziell gibt es keine Hinderungsgründe für eine Hinwendung zum christlichen Glauben – das Rechtswesen ist säkular. Allerdings ist die Regierung besorgt, dass die Konversion zum christlichen Glauben von Menschen mit muslimischem Hintergrund zu Spannungen unter der Bevölkerung führen könnte.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen muslimischer Herkunft in ländlichen Gegenden haben in dieser Hinsicht Schwierigkeiten. Wenn sie ihren Glauben oder christliche Symbole öffentlich zeigen, reagieren ihre Familien, Freunde und das Umfeld vor Ort negativ. Jeder Christ, der nicht der orthodoxen Kirche angehört, aber christliche Symbole trägt, zieht zudem die Aufmerksamkeit des Staates auf sich.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In ländlichen Gegenden vermeiden Christen mit muslimischem Hintergrund Gespräche über ihren neuen Glauben mit Menschen aus ihrem sozialen Umfeld, da solche Gespräche als eine Form der Evangelisation angesehen werden könnten. Christen aus protestantischen Freikirchen könnten auch schnell von den staatlichen Behörden beschuldigt werden, Evangelisation zu betreiben.

Familienleben

Wurden christliche Taufen behindert?

Die Taufe wird als letzter Schritt der Abkehr vom Glauben der Väter angesehen, als endgültiges Zeichen der Hinwendung zum christlichen Glauben. Die Familie, Freunde und das soziale Umfeld lehnen das ab. Auch der Staat betrachtet Taufen mit Feindseligkeit, denn sie werden automatisch mit Evangelisation und Konversion zum christlichen Glauben in Verbindung gebracht.

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegeeltern aufzunehmen?

Muslimische Familien und Gemeinschaften blockieren die bürokratischen Abläufe für Adoptions- oder Pflegefamilien, wenn bekannt ist, dass es sich um Christen handelt. Die Adoption von kasachischen Kindern ist für christliche Familien verboten.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das muslimische Umfeld (Familie, Freunde, soziales Umfeld) übt insbesondere Druck auf Kinder von Christen muslimischer Herkunft aus. Sie werden dazu gedrängt, Islamunterricht zu besuchen – manchmal auch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Eltern. In regelmäßigen Abständen verwenden Schulen und Institutionen staatliche Gelder für die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten“. Dort wird negative Propaganda über religiöse Minderheiten einschließlich evangelikaler Gemeinden verbreitet. Offiziell ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Christliche Kinder werden diskriminiert und muslimische Kinder werden daran gehindert, engen Kontakt mit ihnen zu haben. Kinder von Christen muslimischer Herkunft werden als Außenseiter angesehen und aufgrund dessen oftmals von muslimischen Gleichaltrigen belästigt oder diskriminiert.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familien und den Menschen aus ihrer Umgebung beobachtet. Die Behörden vor Ort überwachen die nicht registrierten christlichen Kirchen.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Drohungen sind weit verbreitet. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld (einschließlich des Imams vor Ort) bedroht. Nicht registrierte christliche Gruppen werden regelmäßig von lokalen Staatsbeamten bedroht.

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Dies geschieht häufig und landesweit. Aufgrund illegaler religiöser Aktivitäten, wie z. B. der Teilnahme am Gottesdienst einer nicht registrierten Kirche, dem Verteilen christlicher Literatur oder Gesprächen über ihren Glauben, werden Christen mit Geldstrafen belegt. Am stärksten betroffen sind Christen muslimischer Herkunft und nicht registrierte Kirchen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Im Umfeld bekannte Christen mit muslimischem Hintergrund werden schikaniert und streng von ihren Familien und dem sozialen Umfeld befragt. Wenn während eines Treffens eine Razzia stattfindet, werden die anwesenden Personen befragt und erhalten eine Geldstrafe, manchmal werden sie auch festgenommen. Alle Materialien, die vor Ort gefunden werden, werden konfisziert. Wenn Christen einmal im Polizeibericht aufgetaucht sind, müssen sie sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Ein Zusatzartikel zur bestehenden Verfassung erkennt zwei religiöse Organisationen an, bei denen nicht vorgeschrieben ist, dass sie sich nochmals registrieren lassen müssen: Zum einen das vom Staat unterstützte „Muslim Board“ und damit verbundene religiöse Gemeinschaften, und zum anderen die Russisch-Orthodoxe Kirche als kultureller Vertreter der Russischen Föderation. Andere religiöse Organisationen und Gemeinschaften müssen sich wiederholt registrieren lassen. Die Prozedur zur Registrierung ist kompliziert und schränkt die Möglichkeiten, auf einer offiziellen Grundlage zu arbeiten, für nicht traditionelle religiöse Organisationen ein. Der Islam hat keine Auswirkungen auf die Gesetzgebung in Kasachstan. Die Rolle der muslimischen Gemeinschaft reicht nicht bis auf diese Ebene

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Der Militärdienst ist verpflichtend und Christen, die aus religiösen Gründen keinen Dienst an der Waffe leisten wollen, werden trotzdem gezwungen, der Armee beizutreten.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Gemäß der Gesetzgebung, die das religiöse Leben regelt, ist es verboten, ohne offizielle Autorisierung religiöse Ansichten in der Öffentlichkeit zu äußern. In der Praxis wird eine solche offizielle Genehmigung nur an vom Staat unterstützte religiöse Organisationen vergeben.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

In Kasachstan gibt es keine christlichen politischen Parteien. Es gibt keine christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, da sie unter die Kategorie „religiös“ fallen würden (Kasachstan ist ein säkularer Staat). Es gibt Wohltätigkeitsorganisationen und Rehabilitationszentren, die von Christen geleitet werden, aber Muslime betrachten solche Aktivitäten als eine Form der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit und widersetzen sich ihnen oft.

Kirchliches Leben

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

Die Religionsgesetze sind sehr strikt in Bezug auf Literatur, denn die Verteilung von Literatur darf nur in registrierten Kirchengebäuden, in anerkannten religiösen Bildungseinrichtungen oder an ausdrücklich vom Staat festgesetzten Orten erfolgen. Im Dezember 2016 unterschrieb Präsident Nasarbajew Gesetzesänderungen hinsichtlich neuer Rechtsvorschriften gegen Terrorismus. Diese betreffen die Produktion und Verteilung von religiöser Literatur und ordnen die verpflichtende Zensur aller religiösen Literatur an, die in Kasachstan hergestellt oder verteilt wird. Momentan stehen im Parlament weitere einschränkende Änderungen zur Diskussion. Muslime betrachten die meisten christlichen Materialien als Hilfsmittel zur Evangelisation.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Die muslimische Gemeinschaft sieht jegliche soziale Arbeit von Christen als Missionierung und blockiert diese.

Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?

Das Religionsgesetz schränkt das Drucken und Verteilen von religiöser Literatur ein. Seit Januar 2017 traten im Zusammenhang mit dem Gesetz gegen terroristische Aktivitäten weitere Einschränkungen in Kraft.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Wenn die Anstifter der Verfolgung Repräsentanten des Staates sind – gleich auf welcher Ebene –, ist es gefährlich, sich gegen sie auszusprechen, denn sie können mehr oder weniger straffrei agieren. Da das Rechtswesen in Kasachstan nicht unabhängig ist, führen Beschwerden stets zu Geldstrafen oder Festnahmen. Auch Äußerungen gegen Verfolgung, die von traditionellen Muslimen in ländlichen Gegenden ausgeht, sind riskant und vergeblich.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Beschlagnahmte Kirchen:** Im Februar 2020 gab es zwei Beschlagnahmungen von Kirchengebäuden in Nur-Sultan: die „Grace Presbyterian Church“ und die „Agape Pentecostal Church“.
- **Verhaftungen von Christen:** Zehn Christen wurden überwiegend wegen Verteilung christlicher Literatur oder der Leitung von Versammlungen während der Covid-19-Beschränkungsmaßnahmen inhaftiert.
- **Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen:** Drei Pastoren der „New Life Church“ wurden in Abwesenheit zu 4–5 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein kasachisches Gericht hat die Berufung am 1. November 2019 abgelehnt, womit das Urteil am 11. November 2019 in Kraft trat. Die Pastoren leben derzeit in den USA, wohin sie fliehen mussten, um einer Festnahme zu entgehen. Eine Rückkehr nach Kasachstan ist ausgeschlossen, da dies zu einer sofortigen Inhaftierung führen würde.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2019, erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums, heißt es:

- „Die Verfassung definiert Kasachstan als einen säkularen Staat und gewährt Religionsfreiheit. Das Komitee für religiöse Angelegenheiten (CRA), Teil des Ministeriums für Information und soziale Entwicklung (MISD), ist für religiöse Fragen zuständig. Lokalen und internationalen Beobachtern zufolge ordneten die Behörden weiterhin Beschränkungen und zusätzliche Kontrollen an gegen das, was die Regierung als ‚nicht traditionelle‘ religiöse Gruppen betrachtet, einschließlich der Muslime, die eine andere Version des Islam als die offiziell anerkannte hanafitische Rechtsschule des sunnitischen Islam praktizieren.“
- „Im August verurteilte ein Gericht in Almaty zehn Muslime wegen Propaganda von Terrorismus und Anstiftung zum Unfrieden zu Haftstrafen zwischen fünfeinhalb und acht Jahren. Mehrere Anhänger von Hizb ut-Tahrir standen vor Gericht, weil sie sich an Aktivitäten der Organisation beteiligt hatten, die im Land verboten ist.“

Der Fokus der kasachischen Regierung auf nicht traditionelle Gruppen bedeutet, dass alle Religionen gleichermaßen ins Visier genommen werden. Kasachstan hat die Zeugen Jehovas nicht verboten.

Weitere Beispiele, über die die christliche Menschenrechtsorganisation Forum 18 berichtete:

- „Nachdem die Berufung gegen die Verurteilung des sunnitischen Muslims Zhuldyzbek Taurbekov am 9. April [2020] abgelehnt wurde, verbüßen bekanntermaßen 24 Personen Haftstrafen von bis zu acht Jahren, weil sie ihr Recht auf Religions- oder Glaubensfreiheit wahrgenommen haben (eine der Personen steht bereits zum zweiten Mal deswegen vor Gericht). Alle von ihnen sind sunnitische Muslime. Darüber hinaus ist bekannt, dass weitere 6 Personen Haftstrafen mit eingeschränkter Freiheit verbüßen, weil sie ihr Recht auf Religions- oder Glaubensfreiheit ausgeübt haben. Alle bis auf einen sind sunnitische Muslime.“

„Im Jahr 2020 ordneten die Gerichte die Vernichtung einer muslimischen und 196 christlicher Publikationen an. Die Eigentümer wurden zu einer Geldstrafe von je einem durchschnittlichen Monatslohn verurteilt. Die Bestrafung einer Person für den Import eines religiösen Buches (,Ausgewählte Hadithe‘) für den persönlichen Gebrauch ist ein ‚klarer Verstoß‘ des Gerichts, so ein Rechtsexperte. ‚Normalerweise beseitigt die Polizei die Bücher, indem sie sie in einen Ofen steckt, aber ich kann nicht sagen, ob sie das Buch bereits zerstört haben‘, sagte der Richter gegenüber Forum 18.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Kamerun: Platz 42

Kurze Zusammenfassung

Muslime werden in Kamerun massiv daran gehindert, den christlichen Glauben anzunehmen. In stark muslimisch geprägten Teilen des Landes vollzieht sich ein Prozess der Radikalisierung der Bevölkerung. Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten) werden bedroht, wenn eine Bibel oder andere christliche Literatur bei ihnen gefunden wird. Sie sind nicht frei darin, ihrem christlichen Glauben oder christlichen Meinungen Ausdruck zu verleihen, egal ob gegenüber engen Familienmitgliedern oder Anderen. Dies würde sie großen Risiken aussetzen. In den ländlichen Gebieten der nördlichen Regionen haben Christen muslimischer Herkunft Schwierigkeiten mit den örtlichen Dorfgemeinschaften. Dort gab es Fälle, in denen Kinder von Christen von ihren nichtchristlichen Verwandten dazu gezwungen wurden, an islamischem Unterricht teilzunehmen. Christinnen muslimischer Herkunft werden zu Ehen mit Nichtchristen gezwungen. Christinnen sind außerdem der Gefahr einer Entführung durch die islamistische Gruppe Boko Haram ausgesetzt. In Gegenden, in denen Boko Haram aktiv ist, wurden kirchliche Aktivitäten behindert oder zum Erliegen gebracht. Durch die Vertreibung der Bevölkerung können Kirchen in diesen Teilen des Landes nicht normal funktionieren. In anderen Gegenden sind kirchliche Aktivitäten durch Sicherheitsverfügungen stark eingeschränkt.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	42
2020	60	48
2019	54	56
2018	-	-
2017	-	-

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Steigerung um vier Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 ist auf einen Anstieg des Drucks (im Durchschnitt um 0,7 Punkte) und beim Auftreten der Gewalt (um 0,7 Punkte) zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch ein Zusammenspiel verschiedener Triebkräfte der Verfolgung verursacht. Boko Haram verstärkte seine Angriffe sowie die Unterwanderung des Landes und rekrutierte mehr Kämpfer im Land. Die Krise in den englischsprachigen Regionen des Landes hat Christen einer Vielzahl von Gruppen gegenüber wehrlos gemacht. Christen sind Einschüchterungen und Angriffen ausgesetzt, wenn sie sich gegen die Gräueltaten aussprechen, die im Land verübt werden (sowohl durch die Regierung als auch durch separatistische Kräfte). Die Regierung hat zudem einigen Christen verboten, im Land zu arbeiten. Außerdem verfolgen etablierte Kirchen die Christen anderer Denominationen, weil die steigende Zahl protestantischer Freikirchen als Bedrohung angesehen wird. Die Korruption im Land nimmt überhand und sorgt dafür, dass Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in vielen Landesteilen

quasi nicht mehr existieren. Die Covid-19-Pandemie hat dazu beigetragen, die Kräfte der Verfolgung zu stärken und die Position der Betroffenen zu schwächen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Der Kampf gegen Boko Haram beeinträchtigt die ganze Region

Ein bedeutender Teil Westafrikas ist zu einem Schlachtfeld zwischen Regierungstruppen und islamistischen Kämpfern geworden. Dabei verübt Boko Haram aktiv Angriffe in Nigeria, Tschad, Kamerun und Niger. Gepaart mit der Tatsache, dass die kamerunische Regierung die Rechte ihrer Bürger nicht respektiert oder schützt, sieht die Zukunft des Landes nicht rosig aus.

2) Die islamisch-extremistische Ideologie hat sich tief eingegraben

Im nördlichen Teil des Landes, wo die Radikalisierung und Angriffe militanter Kämpfer stattfinden, ist das Leben für Christen besonders hart. Selbst wenn Boko Haram besiegt würde, bleibt es unwahrscheinlich, dass es zu sozialem Frieden kommt; bereits zu tief verwurzelt ist die islamistische Ideologie unter der muslimischen Jugend in der Region. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, könnte es zu religiös motivierter Gewalt in einem Ausmaß kommen, wie es in den letzten Jahren in der Zentralafrikanischen Republik der Fall war. Dass die Covid-19-Pandemie die Region getroffen hat, bedeutet, dass die Dschihadisten mehr Möglichkeiten zur Organisation und zum Handeln hatten. Sie könnten in Zeiten nach der Pandemie noch gefährlicher werden.

3) Die Regierung handelt zunehmend repressiv

Was als Protestbewegung von englischsprachigen Kamerunern begann, hat zum Bürgerkrieg geführt. Die Regierung hat darauf zunehmend repressiv reagiert und wurde schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. Da sie sich mehr und mehr auf die Unterdrückung von politischem Widerspruch und Widerstand konzentriert, ist die Regierung von ihrem Kampf gegen Boko Haram abgelenkt worden. Im Juli 2020 wurde berichtet, dass Regierung und Separatisten begonnen haben, Friedensgespräche zu führen. Wenn diese Verhandlungen scheitern, wird das Land auf Jahre hinaus in einer tiefen Krise stecken.

Im Kontext dieser oben erwähnten Krisen im Land werden Christen für Angriffe immer verletzbarer.

3. Religiöse Situation im Land

Die muslimische Bevölkerung sammelt sich im Norden von Kamerun. Christlichen Gemeinden sind am häufigsten in den südlichen und westlichen Regionen des Landes zu finden.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung ist besonders im Norden, in Adamaoua, anzutreffen, sowie in einigen Regionen im Osten. Sie betrifft hauptsächlich Christen muslimischer Herkunft, die Verfolgung durch ihre eigene Familie erleben. Der durch Boko Haram hervorgerufene islamische Aufstand stellt zudem eine konstante Bedrohung für Leben und Sicherheit von Christen dar und hat zur Vertreibung vieler Christen aus den Regionen Adamaoua, Nord und Extrême-Nord geführt. In den entlegenen Gebieten

dieser Regionen gibt es einige muslimische Leiter, die meinen, der Islam sollte der einzige Glaube in ihrem Gebiet sein. Auch wenn Kamerun allgemein ein Land ist, in dem religiöse Toleranz gelebt wird, sind die Folgen des von Fulani geführten Dschihads in den vergangenen Jahrhunderten noch immer in den nördlichen Regionen zu spüren. Durch diesen Dschihad wurde die einheimische Bevölkerung gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Die Gewalt von Boko Haram hat diese Erinnerungen wieder wachgerufen und untergräbt die Geschichte friedvoller Beziehungen zwischen Christen und Muslimen im modernen Kamerun.

Diktatorische Paranoia

Während der vergangenen drei Jahrzehnte unter der Herrschaft von Paul Biya war das Regime für eine Serie von politischen Verhaftungen, Morden und der Verfolgung von Christen verantwortlich. Die englischsprachigen Regionen des Landes waren davon aufgrund ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen besonders betroffen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kamerun ist eines der korruptesten Länder der Welt. Das diktatorische Regime von Paul Biya ist dafür verantwortlich, dass ungezügelter Korruption die politische Struktur des Landes schwächt. Das Land ist, obwohl es Ölvorkommen besitzt, weit abgeschlagen hinter den meisten afrikanischen Ländern, was die ökonomische Entwicklung angeht. Korrupte Beamte im Norden sind ebenfalls für Verfolgung verantwortlich, da sie nicht die notwendigen Schritte unternehmen, um Christen vor Angriffen islamisch-extremistischer Gruppen zu schützen. Sie verfolgen zudem Christen, die Meinungen vertreten, die der Regierung widersprechen.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Ein bedeutender Teil der Bevölkerung hängt traditionellen Religionen an. Es gibt auch Christen, die traditionelle Religionen mit dem christlichen Glauben vermischen. Wenn Christen sich aufgrund ihres Glaubens gegen solche Praktiken stellen, erleben sie Verfolgung.

Konfessioneller Protektionismus

Etablierte Kirchen heißen die Aktivitäten neuerer Gemeinden im Land nicht willkommen. So riefen etwa 2018 die protestantischen, baptistischen und katholischen Kirchen des Landes die Regierung dazu auf, mehrere Pfingstgemeinden zu verbieten.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Dies sind militante Gruppierungen wie Boko Haram, die gewalttätige Angriffe auf Christen ausüben, genauso wie auf Muslime, die nicht der gleichen Interpretation des Islam folgen wie sie. Zudem tragen auch Regierungsbeamte auf lokaler Ebene, die mit diesen Gruppen sympathisieren, zur Verfolgung von Christen bei.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Einige islamische Prediger unterstützen die Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch ihre Lehren. Dadurch werden auch die Aktivitäten von Boko Haram gefördert.
- **Familienmitglieder:** Familienmitglieder und Nachbarn üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren.

- **Gewöhnliche Bürger:** Im Norden des Landes üben auch Bürger aus der Gesellschaft Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens haben ebenfalls eine wichtige Rolle dabei gespielt, Boko Haram im Land zu stärken. Diese Netzwerke sind nicht auf Kamerun selbst beschränkt, sie sind ein Problem für die ganze Region.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Das diktatorische Regime von Paul Biya regiert das Land seit 1982. Seit Kurzem gibt es eine wachsende Oppositionsbewegung im Land gegen das Regime. Da Kamerun ein mehrheitlich christliches Land ist, sind die meisten Oppositionellen Christen. Mehrere christliche Leiter wurden von Regierungsbeamten verhaftet, gefoltert und getötet, weil sie die unmenschliche Behandlung politischer Gegner durch die Regierung angeprangert haben.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Regierungsbeamte beteiligen sich auch an Netzwerken des organisierten Verbrechens. So wurde die Rechtsstaatlichkeit zu einem Luxusgut. Sogar gewalttätige religiöse Gruppen und andere Gruppen haben von dieser Rolle der Regierungsbeamten profitiert.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Boko Haram hat Verbindungen zu kriminellen Netzwerken, um Beamte zu bestechen und Menschen und Waffen zu schmuggeln.
- **Regierungsbeamte:** Paul Biyas Regime unterstützt korrupte Beamte, um an der Macht zu bleiben. Diese haben in den muslimisch geprägten Teilen des Landes Anteil an der Verfolgung. Es gibt zudem zahlreiche Fälle, in denen korrupte Beamte christliche politische Gegner der Regierung verhaftet und getötet haben.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Zu dieser Kategorie gehören Anführer ethnischer Gruppen, Anhänger traditioneller Religionen und sogar einige Christen, die traditionelle Religionen mit dem christlichen Glauben vermischen.

Ausgehend von konfessionellem Protektionismus

- **Christliche Leiter:** Die Leiter etablierter Kirchen versuchen manchmal, die Behörden zu beeinflussen, hart gegen kleinere Kirchenverbände vorzugehen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Staatsführung und Sicherheit sind große Probleme in Kamerun. In drei Regionen des Landes sind die Menschen mit Gewalt konfrontiert: In Extrême-Nord, wo Boko Haram seine Angriffe ausweitet, und in Nord-Ouest und Sud-Ouest, den beiden englischsprachigen Regionen, wo der Aufstand zunimmt.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht als eigene Kategorie gewertet, da sie frei mit anderen christlichen Gruppen interagieren können.

Christen aus traditionellen Kirchen

Laut „World Christian Database“ besteht der christliche Teil der Bevölkerung zu 42,2 Prozent aus römisch-katholischen Christen. Es gibt zudem mehrere evangelische Denominationen wie Presbyterianer, die auch in diese Kategorie fallen. Diese Gruppen leiden nicht so stark unter Verfolgung wie Christen muslimischer Herkunft, aber einige Gemeinden sind durch die von Boko Haram verübte Gewalt betroffen. Dazu kommt, dass die diktatorische Paranoia der Regierung die Selbstständigkeit der traditionellen Kirchen untergräbt.

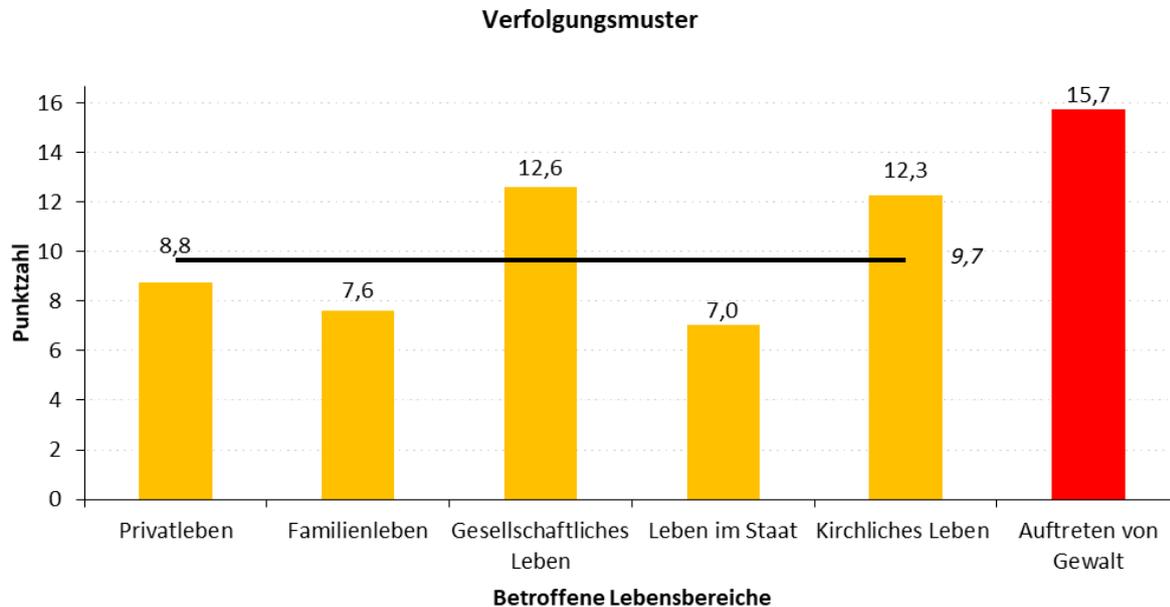
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer Herkunft sind die am stärksten verfolgte Gruppe von Christen im Land, egal, ob sie sich im Geheimen treffen oder es riskieren, offen Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Christliche Konvertiten in protestantischen Gemeinden werden in den nördlichen Regionen, Adamaoua und in den östlichen und westlichen Regionen häufig durch ihre Familie und ihr soziales Umfeld verfolgt. Einige Christen muslimischer Herkunft wurden Berichten zufolge während Angriffen von Boko Haram bedroht und aufgefordert, zum Islam zurückzukehren. Diese Christen sind Druck, Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt. Das führt häufig dazu, dass sie in sicherere Teile des Landes fliehen müssen. Wer von einer traditionellen Religion zum christlichen Glauben konvertiert, ist ebenfalls Druck von seinem sozialen Umfeld und seiner Familie ausgesetzt, seinen neuen Glauben wieder aufzugeben. Der Druck ist jedoch weniger stark.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören etwa Baptisten und Pfingstgemeinden. Diese Gruppen wachsen in Kamerun. Während einige Pfingstgemeinden die Regierung kritisiert haben und dafür mit Schließung bedroht wurden, versuchen andere, sich mit der Regierung zu arrangieren, machen Wahlkampf für die Regierungspartei und sammeln Spenden für sie. Der Druck, der von der Regierung ausgeübt wird, untergräbt die Freiheit dieser Kirchen. Im Norden sind sie zudem Drohungen und Gewalt von Gruppen wie Boko Haram ausgesetzt. Islamische Unterdrückung hat im Norden zudem evangelistische Bemühungen dieser Gemeinden riskant gemacht, ebenso wie die Integration von Christen muslimischer Herkunft.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kamerun

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kamerun weist mit 9,7 Punkten ein hohes Ausmaß auf. Er ist von durchschnittlich 9 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 angestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (12,6 Punkte), gefolgt vom Bereich des kirchlichen Lebens (12,3).
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist mit 15,7 Punkten extrem hoch und im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 um 0,7 Punkte angestiegen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Christen stoßen oft auf Widerstand vonseiten der erweiterten Familie, sollten sie über ihren Glauben reden. Sie werden beleidigt und zurückgewiesen. Dies betrifft vor allem den Norden des Landes, wo die erweiterte Familie üblicherweise Muslime sind. Deshalb ist es unter Christen muslimischer Herkunft sehr üblich, den Glaubenswechsel geheim zu halten.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Es ist für Christen generell sehr riskant, sich mit anderen Christen zu treffen, besonders aber für Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes. Versuchen sie dennoch, sich zu treffen, interpretiert ihr örtliches soziales Umfeld es sehr wahrscheinlich als Versuch, andere ebenfalls zum Glaubenswechsel zu bewegen. Die Präsenz von Boko Haram bringt zusätzliche Schwierigkeiten mit sich.

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Christen muslimischer Herkunft sind gefährdet, wenn eine Bibel oder andere christliche Literatur bei ihnen gefunden wird. In den Gebieten, in denen Boko Haram aktiv ist, gilt das sogar für fast alle Christen – dort gibt es Christen, die ihre Bibeln nicht mit nach Hause nehmen, sondern sie in der Kirche lassen. Am stärksten ist die Gefahr aber dennoch für Christen muslimischer Herkunft.

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Christen muslimischer Herkunft können ihrem Glauben nicht frei Ausdruck verleihen, egal ob engen Familienmitgliedern oder Anderen gegenüber. In einigen Fällen, besonders im Norden Kameruns, wo die erweiterte Familie aus Muslimen bestehen kann, erleben Christen Schikanen, wenn sie mit ihnen über ihren Glauben sprechen.

Familienleben

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Für die meisten Christen im Land gibt es in dieser Hinsicht nur wenig oder gar keine Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes haben damit jedoch Probleme. Ein Experte für das Land stellt fest: „In einigen Teilen des Landes, besonders im Norden, wie in Touboro, wurde christlichen Ehepartnern das Sorgerecht für ihre Kinder von ihren nichtchristlichen Ehepartnern entzogen. Eine offizielle Scheidung ist selten, aber die Paare trennen sich. Besonders im Norden wird christlichen Ehepartnern verweigert, ihre Kinder aufzuziehen oder gar das Sorgerecht für sie zu bekommen. Das betrifft vor allem Frauen. Auch kulturelle Elemente spielen hierbei eine Rolle.“

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Dies betrifft vor allem christliche Konvertiten. Ein Experte für das Land fasst zusammen: „In einigen Teilen des Landes, besonders im Norden, gab es Fälle, bei denen Christen muslimischer Herkunft ihr Land und ihr Haus verloren haben. Laut islamischem Recht verliert man das Recht auf das Erbe seiner Eltern, wenn man Christ wird. Der Koran wird so verstanden, dass er es nicht erlaubt, dass ein Muslim sein Vermögen einem Christen vermacht. Wenn also jemand Muslim ist und sein Kind wendet sich dem christlichen Glauben zu, bekommt es nichts.“

Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?

Auch diese Schwierigkeit betrifft Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes. Es gab mehrere Fälle, in denen dort christliche Konvertitinnen sich zwischen ihrem Ehemann und ihrem christlichen Glauben entscheiden mussten. Ein Festhalten an ihrem Glauben würde zur Scheidung führen. Der Druck, den Glauben aufzugeben, ist zudem ein Teil der Strategie der Gesellschaft und

extremistischer Gruppen, um potenziellen Konvertiten zu zeigen, was sie erwartet, falls sie den christlichen Glauben annehmen sollten.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Für die meisten Christen im Land gibt es in dieser Hinsicht nur wenig Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft im Norden des Landes haben damit jedoch Probleme. Einige christliche Konvertiten halten ihren Glauben geheim, damit sie nicht gezwungen werden, ihre Familien zu verlassen. Würde ihr Glaubenswechsel der Familien oder dem sozialen Umfeld bekannt, wäre die Konsequenz die Trennung von ihrer Familie.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In den abgelegenen Gebieten im Norden des Landes bekommen viele Christen mit muslimischem Hintergrund Probleme durch ihr soziales Umfeld. Wenn sie als Christen erkannt werden, werden sie allein wegen ihres Glaubens diskriminiert und verachtet. Auch Bildungsmöglichkeiten sind für Christen beschränkt. Viele christliche Schulleiter in der Region um Bamenda sahen sich dazu gezwungen, ihre Schulen zu schließen, da sie Angriffe von Boko Haram befürchteten.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Dies geschieht häufig in staatlichen Institutionen und in Firmen, in denen die Mehrheit der Angestellten Muslime sind. Es kann jedoch auch in öffentlichen oder privaten Einrichtungen geschehen, wo konfessionell motivierte Bevorzugung und Diskriminierung stattfindet.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Bestimmte Pastoren, Kirchen und Missionsgruppen werden teilweise von Mitarbeitern des Geheimdienstes beobachtet, da sie als regierungskritisch eingestuft werden. In den ländlichen Gebieten im Norden des Landes bekommen viele Christen mit muslimischem Hintergrund Probleme durch ihr örtliches soziales Umfeld. Aus Angst vor Vergeltung üben Christen zudem Selbstzensur aus, besonders bei Zusammenkünften oder bei der Nutzung sozialer Medien. Dies gilt vor allem im Norden des Landes.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Dies gilt für alle Christen im Norden des Landes. Christen muslimischer Herkunft sind jedoch am stärksten betroffen. Wird der Glaubenswechsel eines Christen muslimischer Herkunft bekannt, muss er damit rechnen, seine Arbeit zu verlieren oder keine Möglichkeiten zur Weiterbildung zu erhalten, sollte er seinen christlichen Glauben nicht widerrufen.

Leben im Staat

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Die Regierung ist aufgrund ihrer diktatorischen Natur sehr empfindlich und feindselig gegenüber tatsächlicher oder vermeintlicher Kritik. Deswegen müssen Kirchen und Christen sehr vorsichtig sein, wenn sie ihre Meinung über öffentliche Angelegenheiten aus Sicht ihres Glaubens zum Ausdruck bringen. Ein Experte für das Land schreibt dazu: „Insbesondere in den englischsprachigen Regionen wurde die Meinungs- und Religionsfreiheit noch weiter bedroht. Das Internet wurde mehrfach abgeschaltet und Menschen wurden verhaftet. In Extrême-Nord sind die Menschen durch die Präsenz von Boko Haram eingeschränkt.“

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Dies ist besonders im Norden an der Tagesordnung. Ein Experte für das Land stellt fest: „Sicherheitskräfte oder das Militär blieben straffrei, wenn sie Bürger willkürlich verhafteten, sie missbrauchten, folterten oder töteten (etwa vermutete Unterstützer von Boko Haram im Norden oder angebliche Separatisten in den englischsprachigen Regionen).“ Da Muslime in den meisten nördlichen Provinzen die Rechtsprechung dominieren, enden Fälle vor unteren Gerichten meist zugunsten der muslimischen Partei.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Es gibt kein Gesetz, das nur auf Christen abzielt oder nur Christen dazu zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Es bereitet einigen Christen jedoch Schwierigkeiten, wenn das Gesetz die Menschen verpflichtet, einen Eid zu leisten. Die Korruption betrifft alle Bürger, einschließlich Christen, die dazu gezwungen werden, sich in öffentlichen oder gesellschaftlichen Institutionen und Geschäften an unethischen Praktiken zu beteiligen.

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Es gibt keine Gesetze, die Christen davon abhalten, sich frei im Land zu bewegen. Sie erleben jedoch systematische Diskriminierung, die sie beim Reisen hindert. Zudem haben Angriffe von Boko Haram im Norden des Landes eine so unsichere Situation entstehen lassen, dass Reisen ohnehin gefährlich sind.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In Gegenden, in denen Boko Haram aktiv ist, werden kirchliche Aktivitäten behindert und manchmal auch angegriffen. Aufgrund der Vertreibung tausender Menschen sind viele Kirchen nicht in der Lage, normal zu operieren. Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen haben christliche Aktivitäten in den englischsprachigen Provinzen zum Erliegen gebracht.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Dies ist zu einem der größten Probleme für Christen in Kamerun geworden. Die Regierung hat seit 2010 keine neuen religiösen Gruppen genehmigt. Obwohl viele Kirchen ohne Registrierung agieren und dafür nur selten bestraft werden, kann die fehlende Registrierung jederzeit als Drohmittel gegen eine

Kirche eingesetzt werden. Die Regierung kann diese Kirchen somit jederzeit schließen, wenn sie politisch nicht auf ihrer Seite stehen.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

In muslimisch geprägten Gebieten werden Aktivitäten im Freien oft nicht genehmigt. Mit solchen Aktivitäten würde man einen Angriff von Boko Haram riskieren.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

In Extrême-Nord, wo Boko Haram aktiv ist, würden Christen einen Angriff provozieren, wenn sie eine Kirche bauen würden. Zudem erteilt die Regierung einigen christlichen Gruppen keine Lizenz, um im Land tätig zu werden, und so werden sie dadurch auch daran gehindert, neue Kirchen zu bauen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Die Christen in Kamerun haben einen der schlimmsten Berichtszeiträume in Bezug auf die von Boko Haram verübten Angriffe erlebt. Mindestens 53 Christen wurden getötet. So verübte Boko Haram im Dezember 2019 mehrere Angriffe auf hauptsächlich christliche Dörfer im Bezirk Mayo-Sava in der Region Extrême-Nord, bei denen sieben Menschen getötet wurden. Am 1. Dezember 2019 eröffneten Bewaffnete das Feuer auf Trauernde, die sich bei einer Beerdigung in Kotserehé versammelt hatten, wobei vier Menschen getötet wurden. Am 2. Dezember 2019 wurden drei Menschen ermordet und eine weitere Person verwundet, als eine große Anzahl bewaffneter Kämpfer das Dorf Zangola überfiel. Am 6. November 2019 töteten Boko-Haram-Kämpfer einen Pastor und ein Kind, als sie einen nächtlichen Angriff auf eine Kirche in der Stadt Moskota im nördlichen Bezirk Mayo-Tsanaga durchführten.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens 32 Christen wurden von der Regierung oder von englischsprachigen Separatisten festgenommen. Wie schon immer duldet die Regierung keine abweichenden Meinungen. Als Maßnahme der Einschüchterung werden Pastoren, die sich gegen die Regierung äußern, oft schikaniert, inhaftiert und dann wieder freigelassen.
- **Angriffe auf Kirchen:** In Nordkamerun wurden Kirchen angegriffen. Am 7. Februar 2020 zum Beispiel setzten Boko-Haram-Kämpfer bei Überfällen auf das Dorf Guedjele in Extrême-Nord zwei Kirchen in Brand. Es gab auch Berichte über Angriffe auf die Kirche im englischsprachigen Gebiet, wo es zu Kämpfen zwischen der Regierung und den separatistischen Kräften kam.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mindestens 200 Häuser/Geschäfte von Christen wurden zerstört. Dies geschah sowohl im Norden, wo Boko Haram aktiv ist, als auch in den Gebieten, die von den englischsprachigen Kräften kontrolliert werden. Christen wurden entweder ins Visier genommen, weil sie die bewaffneten Gruppen nicht unterstützten, oder einfach, weil sie Christen sind.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Gruppen, die die Regierung nicht offen unterstützen, sind gefährdet. In Gebieten, in denen Christen die Mehrheit bilden, werden Muslime ausgegrenzt, weil die örtliche Gemeinschaft sie als wahrscheinliche Unterstützer oder Sympathisanten von Boko Haram betrachtet.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Bhutan: Platz 43

Kurze Zusammenfassung

Es wird von allen Bhutanern erwartet, dem Buddhismus zu folgen. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird mit Misstrauen beobachtet; in den meisten Fällen wird versucht, die Person dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Religiöse Anführer, das soziale Umfeld und Familienangehörige wirken hier häufig zusammen. Abgesehen von Christen anderer religiöser Herkunft, kommen viele Christen aus der nepalesischen Minderheit. Es gibt keine Kirche, die offiziell vom Staat anerkannt ist. Das bedeutet, dass Christen sich eigentlich im Bereich der Illegalität bewegen, wenn sie sich zum Gottesdienst versammeln. Lokale Behörden weigern sich oft, Christen eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ auszustellen, die für Kreditanträge, die Registrierung von Eigentum, die Bewerbung um einen Arbeitsplatz und die Erneuerung von Personalausweisen benötigt wird.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	64	43
2020	61	45
2019	64	33
2018	62	33
2017	61	30

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um 2,6 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex 2021 (zurück auf das Niveau des Weltverfolgungsindex 2019) ist vor allem in einem Anstieg des Drucks in den Bereichen des Familienlebens und des Lebens im Staat begründet. Der Druck ist in allen Lebensbereichen nach wie vor sehr hoch, was insbesondere die anhaltenden Schwierigkeiten widerspiegelt, denen sich christliche Konvertiten aus dem Buddhismus oder ethnisch-animistischen Religionen gegenübersehen. Sie werden in der Gesellschaft nicht anerkannt und daher abgelehnt, oft von Mitbürgern gemieden, und von den Behörden werden ihnen offizielle Dokumente vorenthalten. Kinder von Christen werden oft in der Schule diskriminiert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Regierung ist vorsichtig bei der Einführung größerer Freiheiten

Die bhutanische Regierung befürchtet, dass größere bürgerliche Freiheiten zu Veränderungen, Spaltungen und Unruhen innerhalb des Landes führen könnten. Aufgrund der geostrategischen Verwundbarkeit des Landes könnten solche Unruhen von ausländischen Kräften ausgenutzt werden. Solche Ängste können in einem sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeld schnell wachsen.

Bisher hat die Erklärung der Regierung zur Registrierung religiöser Gruppen (die im September 2019 vor dem UN-Menschenrechtsrat abgegeben wurde) nicht zu einer Verringerung des Drucks auf die Christen vor Ort geführt.

2) Der Balanceakt zwischen Indien und China geht weiter

Bhutan ist ein winziges Land, das zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt liegt: China und Indien. Während China in den letzten Jahren versucht hat, in Bhutan Fuß zu fassen, um seinen Einfluss zu vergrößern, hat Indien viel traditionellere Bindungen zu dem Land. Die Gratwanderung, ein gutes Verhältnis zu beiden Giganten zu pflegen und von ihrer Hilfe zu profitieren, ohne von ihnen verschluckt zu werden, geht weiter. Und Bhutan wird seine Anstrengungen erhöhen müssen, da das Land droht, nur ein Bauer auf dem Schachbrett zu werden, während China und Indien sich bekämpfen.

3) Es gibt Anzeichen dafür, dass der Buddhismus an Bedeutung verlieren könnte

Bhutans größte Angst ist wohl, dass es seine traditionell starke buddhistische Kultur an einen zunehmenden westlichen Einfluss verliert. Es gibt bereits einen bemerkenswerten Rückgang der Einschreibungen in klösterliche Einrichtungen, was darauf hinweisen könnte, dass der Buddhismus an Bedeutung verliert. Dies wäre eine ernsthafte Bedrohung für die Kultur und Tradition des Landes. Ein solcher Trend könnte sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Religionsfreiheit im Land haben und ist eng mit Trend 1 verbunden.

Auf der negativen Seite: Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte der Staat Maßnahmen ergreifen, um die Dominanz kultureller und traditioneller Normen wieder durchzusetzen und das buddhistische Erbe des Landes zu schützen. Eine solche Reaktion würde sich nachteilig auf alle Bemühungen der Christen im Lande auswirken, die eine offizielle Anerkennung anstreben.

Auf der positiven Seite: Wenn der Buddhismus in der bhutanischen Gesellschaft an Bedeutung verliert, könnte dies schließlich dazu führen, dass sowohl Staat als auch Gesellschaft eine tolerantere Haltung gegenüber anderen religiösen Gruppen im Land einnehmen.

In naher Zukunft scheint es jedoch unwahrscheinlich, dass die christliche Gemeinschaft in Bhutan den Schutz und die Freiheit erhält, die sie sich erhofft. Die Zukunft der christlichen Minderheit wird weiterhin davon abhängen, wie sich der religiöse Nationalismus entwickelt (die Haupttriebkraft der Verfolgung im Land). Auch die wirtschaftlichen Nöte, die die Menschen aufgrund der Covid-19-Pandemie erleben, könnten eine erneute Betonung der Religion, also des Buddhismus, bewirken.

3. Religiöse Situation im Land

Die meisten Christen haben einen nepalesischen Hintergrund, viele davon leben im Süden. Nach Schätzungen praktizieren 81,6 Prozent der Bevölkerung verschiedene Formen des Buddhismus. Der verbleibende Teil der Bevölkerung praktiziert hauptsächlich den Hinduismus (wiederum meist nepalesischer Herkunft), darunter viele Arbeitsmigranten aus Indien.

Bhutan war schon immer ein buddhistisches Königreich und ist einer der letzten Orte, an denen der Vajrayana-Buddhismus noch ausgeübt wird, obwohl die Beziehungen zum benachbarten Indien schon immer stark waren und es auch eine bedeutende hinduistische Minderheit im Land gibt. Gemäß der Verfassung ist der Buddhismus nicht nur das kulturelle, sondern sogar das spirituelle Erbe des Landes.

Obwohl es normalerweise keinen offiziellen Druck gibt, an buddhistischen Festen teilzunehmen oder nach traditionellen Bräuchen zu leben, wird von den Bürgern erwartet, dass sie dies tun. Das bedeutet, dass allen Abweichlern mit Misstrauen begegnet wird, zum Beispiel Christen. (Es bedeutet nicht, dass sie aus ihren Häusern vertrieben werden oder den Zugang zu den Ressourcen der Gemeinschaft verlieren, aber sie werden zu sozial Ausgestoßenen). Da die Identität des Landes mit seinem kulturellen Erbe, dem Buddhismus, verbunden ist, veranlasst dies den Staat zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber nichtbuddhistischen Elementen in der bhutanischen Gesellschaft und zu starken Bemühungen, die Dominanz des Buddhismus im Land durchzusetzen.

Die im Süden lebenden Christen sind hauptsächlich nepalesischer Abstammung. Viele von ihnen gehören zu denen, die im frühen 20. Jahrhundert nach Bhutan strömten. In den 1990er-Jahren flohen mehr als 100.000 Flüchtlinge aus Bhutan nach Nepal (die sogenannte „Südfrage“ bezüglich der Lhotshampa-Flüchtlinge). Es gibt Bemühungen, Rückführungsvereinbarungen zu treffen, aber inzwischen hat sich die Situation geändert. Nach Berichten sind bereits 90.000 Flüchtlinge in Drittländer, vor allem in die USA, gezogen, so dass Anfang 2019 „nur“ noch 8.500 Flüchtlinge in Nepal verblieben sind. All dies mag dazu beitragen, dass die Regierung zögert, Christen offiziell als Rechtspersönlichkeit in Bhutan anzuerkennen, trotz informeller Versprechen, die von Beamten gemacht wurden, ihren Status zu gegebener Zeit zu legalisieren. Bislang hat die Regierung christlichen Einrichtungen die Registrierung oder den rechtlichen Status verweigert, und Kirchen, die eine Registrierung beantragt haben, warten weiterhin auf die Genehmigung der Regierungskommission für religiöse Organisationen (CRO).

4. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die beständige Betonung des Buddhismus in der Form des Mahayana als geistliches Erbe des Landes macht der christlichen Minderheit das Leben schwer. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Einführung der konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008, wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das spirituelle Erbe Bhutans“, das unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Zusätzlich ist es „die Verantwortung aller religiösen Institutionen und Persönlichkeiten, das spirituelle Erbe des Landes zu fördern“.

Folglich ist der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion definiert. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Dies sieht in der Realität jedoch oft anders aus. Der Buddhismus ist stark in den Alltag der Menschen eingeflochten und in politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sogar wirtschaftlichen Dynamiken des Landes deutlich sichtbar. Dies wird beispielsweise an den sogenannten „Dzongs“ deutlich. Diese sind administrative Zentren mit einer Abteilung für politische Verwaltung und einer weiteren für religiöse Autoritäten, zu der häufig auch buddhistische Tempel und Unterkünfte für Mönche gehören.

Und es sind nicht nur staatliche Behörden, die den Buddhismus betonen: Für christliche Konvertiten können Nachbarn, Freunde und die eigene Familie zu einer weiteren Quelle des Drucks werden. Bis heute wurde es keiner einzigen Kirche erlaubt, eine ortsgemeindliche Struktur aufzubauen. Alle christlichen Gemeinschaften müssen im Verborgenen arbeiten. Besonders in ländlichen Gegenden

stellen sich buddhistische Mönche gegen die Anwesenheit von Christen, während die Behörden nichts unternehmen, um Christen zu schützen. Stattdessen stehen sie meist eher auf der Seite der Mönche.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten an bestimmten Riten und Traditionen fest. Dies bezieht sich beispielsweise auf Feste oder herausragende Ereignisse im Familienleben (etwa eine Geburt oder einen Todesfall). Christliche Konvertiten, die sich weigern, daran teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Auch die Vermischung von Stammesglauben und Buddhismus führt besonders in den zentralen und östlichen Teilen des Landes zur Verfolgung von Christen.

5. Verfolger

Ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Christen mit buddhistischem oder hinduistischem Hintergrund werden von Familienangehörigen bei weitem am stärksten verfolgt. Ein Glaubenswechsel ist inakzeptabel und bringt Schande über die Familie. Die Familie wird ihr Bestes tun, um den Konvertiten zu seinem ursprünglichen Glauben zurückzubringen. Wenn nichts mehr hilft, werden Konvertiten durch ihre Familien enteignet. Da das Leben in Bhutan immer noch sehr gemeinschaftlich ist und die Nähe und der Schutz der Familie wichtig ist, hat der Ausschluss von der Familie für Konvertiten sehr starke Auswirkungen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Buddhistische und sogar hinduistische Anführer treten ebenfalls als Verfolger auf. Sie sehen sich in erster Linie als Bewahrer der buddhistischen Kultur und des buddhistischen Erbes Bhutans (oder der hinduistischen Minderheit). Sie üben starken Druck auf christliche Konvertiten aus, wieder zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Christen werden allgemein als „Neulinge“ und als Störung betrachtet.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Die Religion ist eng mit der ethnischen Identität verbunden, so dass der Glaubenswechsel eines Einzelnen die Gruppe schwächt. Deshalb stellen sich die Anführer ethnischer Gruppen gegen christliche Einflüsse und sprechen sich so stark wie möglich gegen sie aus.
- **Regierungsbeamte und politische Parteien:** Regierungsbeamte werden alles tun, was sie für die Erhaltung des buddhistischen Erbes des Landes für notwendig erachten. Viele Beamte sind stark von Mönchen beeinflusst, und es ist üblich, dass Mönche für sie und in der Regierung arbeiten. In ländlichen Gegenden haben selbst pensionierte Regierungsbeamte einen großen Einfluss, den sie gegen Christen einsetzen können. Christen haben Schwierigkeiten, überhaupt Gehör zu finden, wenn sie Anträge an die Behörden stellen. Ebenso unterstützen alle politischen Parteien die Regierungspolitik zum Erhalt und Schutz des Buddhismus.
- **Gewöhnliche Bürger:** Besonders in den ländlichen Gebieten ist die Gesellschaft eng miteinander verbunden und jede Abweichung wird als falsch und als störend für die Harmonie empfunden. Daher übt nicht nur die Familie Druck auf Christen buddhistischer Herkunft aus, sondern auch Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus kann zu weiterer Verfolgung führen. Christen, die sich sowohl dem buddhistischen Glauben als auch traditionellen Riten verweigern, geraten noch leichter in Schwierigkeiten. Dies gilt besonders für die Familie eines christlichen Konvertiten, die alles versuchen wird, um ihn zum Glauben der Familie zurückzubringen und, wenn dies nicht funktioniert, ihn vertreibt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Der Animismus ist besonders stark in den zentralen und östlichen Teilen des Landes vertreten und wie die Hauptreligion eng mit der Ethnie verbunden. Jemand, der aufhört, an animistischen Ritualen teilzunehmen (etwa ein neuer Christ), schließt sich nicht nur von der lokalen Gemeinschaft aus, sondern wird auch als potenzielle Gefahr für das ganze Dorf gesehen (weil die Geister verärgert werden).
- **Gewöhnliche Bürger:** Nicht nur Familienmitglieder üben Druck auf christliche Konvertiten aus, um sie zum Widerruf ihres neuen Glaubens zu bewegen; dies geschieht auch durch Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

In Bhutan gibt es keine spezifischen geographischen Brennpunkte der Verfolgung.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die sehr wenigen ausländischen Christen können nur ein begrenztes Visum erhalten und können sich nicht den bestehenden Hauskirchen anschließen. Sie sind daher unfreiwillig isoliert und werden als eigene Kategorie im Weltverfolgungsindex bewertet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Im 19. Jahrhundert existierte eine kleine Gemeinschaft der Römisch-Katholischen Kirche in Bhutan unter der indischen Diözese von Darjeeling, die es auch heute noch gibt. Diese Christen werden zu einem gewissen Grad toleriert, da sie eher unter sich bleiben. Doch auch sie haben keine offizielle Anerkennung und sind Diskriminierungen ausgesetzt, wie alle anderen christlichen Denominationen. Die Gemeinde ist klein und erhielt ihren ersten einheimischen Priester während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2021.

Christen anderer religiöser Herkunft

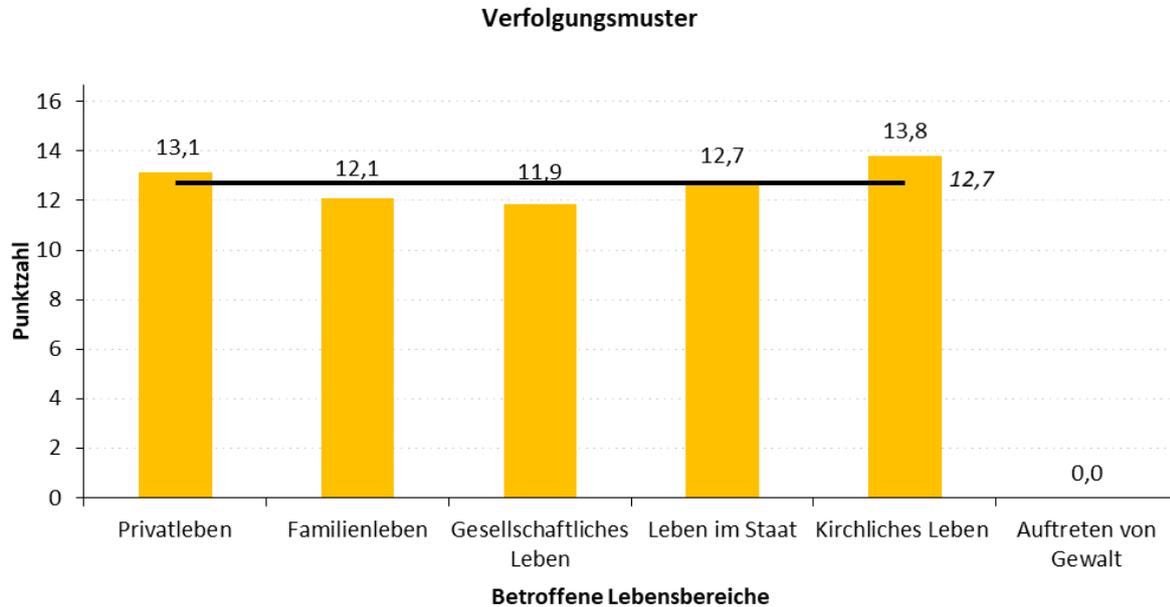
Christen mit buddhistischem, hinduistischem oder ethnischem Hintergrund erleben starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, zu ihrem jeweiligen alten Glauben zurückzukehren. Sie sind nicht nur der gleichen Diskriminierung ausgesetzt wie alle Christen im Land, sondern müssen zudem mit dem konstanten Druck umgehen, der auf sie ausgeübt wird, damit sie zu dem Glauben ihrer Familie zurückkehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe gehören evangelikale Kirchen und Pfingstgemeinden. Es gibt Gemeinschaften wie Brüdergemeinden und „El Shaddai“. Sie sind jedoch nicht anerkannt und können daher von den

Behörden unter Druck gesetzt werden. Dies kann sich in Überwachung, Durchsuchungen oder sogar Festnahmen und Inhaftierungen äußern.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bhutan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf Christen in Bhutan befindet sich auf einem sehr hohen Niveau. Der durchschnittliche Wert stieg von 12,2 Punkten im Vorjahr auf 12,7 Punkte an.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Privatlebens, doch auch in den anderen drei Lebensbereichen ist er auf einem sehr hohen Niveau. Christliche Konvertiten bekommen den Druck besonders im Privat- und Familienleben zu spüren, während er sich in den Bereichen des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens auf alle Christen auswirkt. Das rührt daher, dass die christliche Minderheit weiterhin im alltäglichen Leben ausgegrenzt und nicht offiziell anerkannt wird.
- Der Wert für Auftreten von Gewalt gegen Christen blieb im Weltverfolgungsindex 2021 bei 0 Punkten. Obwohl keine Berichte über Vorfälle an Beobachter außerhalb des Landes weitergeleitet wurden, sollte dies nicht mit der Aussage gleichgesetzt werden, dass es überhaupt keine Gewalt gegeben hat. Die Covid-19-Pandemie erhöhte die Schwierigkeiten, Berichte aus Bhutan zu erhalten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Der Glaubenswechsel ist nach § 463 (A) des Strafgesetzbuches des Landes verboten, der besagt, dass ein Glaubenswechsel durch Nötigung oder andere Anreize eine strafbare Handlung darstellt. Bemerkenswerterweise sind die Begriffe „Nötigung“ und „andere Anreize“ nicht klar definiert; dies gibt den Behörden und ethnischen und religiösen Anführern ein Mittel, um Druck auf Konvertiten auszuüben. Für Konvertiten ist der Druck von Familie und Gemeinschaft deutlich stärker; der Glaubenswechsel ist verpönt und ein christlicher Konvertit kann an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – oder sogar aus der Gemeinschaft heraus.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen vermeiden es, christliche Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen. Selbst Kirchen zeigen keine christlichen Symbole in der Öffentlichkeit, da dies eine negative Reaktion von Nationalisten und extremistischen Buddhisten provozieren könnte. Christen zeigen nur selten christliche Symbole in ihren Häusern oder tragen sie, da dies das Risiko erhöht, identifiziert und überwacht zu werden.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Der bereits erwähnte § 463 (A) des Strafgesetzbuches des Landes gilt auch für diese Situation. Da jeder Glaubenswechsel von der Familie, der Gemeinschaft, den religiösen Autoritäten und dem Staat strikt abgelehnt wird, kann schon das Verteilen eines einfachen Traktats (ohne ein Gespräch über den christlichen Glauben zu führen oder eine Person zu einer Gemeindeversammlung einzuladen) ein Grund für eine Verhaftung sein. Aufgrund des Anti-Konversions-Gesetzes neigen Christen dazu, über ihren Glauben nur innerhalb der Kirche oder zu Hause und nur mit Menschen, die sie gut kennen und denen sie vertrauen, zu sprechen. Wenn jemand den christlichen Glauben annimmt, versucht er normalerweise, dies in der Öffentlichkeit zu verbergen und sich diskret mit christlichen Freunden zu treffen, um Gemeinschaft zu haben und zu lernen.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Es wurde berichtet, dass bekannt ist, dass Mitglieder des Geheimdienstes Christen überwachen und notieren, wer an den Treffen teilnimmt. Da der Druck jederzeit hoch ist und bekannte Christen überwacht werden, üben Christen ein gewisses Maß an Selbstbeschränkung aus. Wenn sie sich treffen, tun sie dies diskret und ohne christliche Symbole zu zeigen. Wenn sie dies täten, könnte das dazu führen, dass der Eigentümer des gemieteten Hauses den Mietvertrag kündigt.

Familienleben

Wurden christliche Taufen behindert?

Das Anti-Konversions-Gesetz kann so verstanden werden, dass die Taufe der ultimative Beweis für die „Beeinflussung“ ist. Taufen werden daher immer im Geheimen durchgeführt, fern von den Augen der Obrigkeit und der nichtchristlichen religiösen Leiter, nur mit einigen wenigen Zeugen und zumeist in der Nacht in abgelegenen Gebieten.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Christliche Beerdigungen sind sehr schwierig zu organisieren und oft unmöglich durchzuführen, da sie von nichtchristlichen Familienmitgliedern, Verwandten, der Gesellschaft und den Behörden behindert werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurde eine christliche Bestattung verboten und zwangsweise mit nichtchristlichen Ritualen durchgeführt. Selbst ein Begräbnis auf dem eigenen Land ist nicht möglich; es wird von den religiösen Leitern und dem sozialen Umfeld stark abgelehnt, und in vielen Fällen müssen die Verstorbenen an abgelegenen Orten fernab des Dorfes bestattet werden. Wenn sie es sich leisten können, begraben viele Christen ihre Verstorbenen im Nachbarland Indiens. Und selbst wenn eine Beerdigung auf einem privaten Grundstück stattfinden dürfte, würde jede Krise oder jede Katastrophe, die über das Dorf kommt, dann den Christen angelastet werden.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Kinder von Christen werden in der Schule von Lehrern und Schülern angefeindet und häufig gemobbt. Sie sind verpflichtet, über den Buddhismus zu lernen und ihn zu praktizieren, da er ein Pflichtfach in der Sekundarstufe ist. Sie werden sogar dazu gezwungen, unter strenger Aufsicht morgens und abends an den täglichen buddhistischen Gebeten und an bestimmten jährlichen Ritualen teilzunehmen. Oft wird ihnen Essen gegeben, das zuvor Götzenbildern geopfert wurde. Jede Schule und jede Universität in Bhutan hat einen buddhistischen Schrein, eine Gebetsmühle und einen Ort zum Gebet und Schulkinder können dazu gezwungen werden, den Schrein und alle seine Statuen zu säubern und sich vor ihnen zu verneigen. Viele Schulen haben buddhistische Lehren und spezielle Klassen zu diesem Thema während der Ferien oder in den Pausen eingeführt, um die Kinder für buddhistische Werte zu begeistern. Buddhistische Lamas besuchen alle Schulen und andere Bildungseinrichtungen regelmäßig und alle Schüler müssen anwesend sein. Sie sollen jedes Kind segnen, indem sie es am Kopf berühren, eine Zeremonie, der sich niemand entziehen kann.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen wollen dem Glauben ihrer Eltern oft nicht folgen, weil sie von Gleichaltrigen unter Druck gesetzt und von Lehrern diskriminiert werden. Aus Angst vor den Konsequenzen, die ihnen drohen, versuchen sie, Kompromisse zu finden. Kinder von Christen sind laut Berichten oft verwirrt und traumatisiert, weil die Werte, die zu Hause gelehrt werden, sich so sehr von denen unterscheiden, die in den Schulen und in der Gesellschaft vermittelt werden. Da Christen ihren Glauben nicht offen äußern können, glauben Kindern oft, dass es illegal oder moralisch falsch ist, Christ zu sein.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Besonders in Dörfern wird von Christen erwartet, dass sie wie jeder andere zu buddhistischen Aktivitäten beitragen. Die Dorfbewohner machen den Christen das Leben oft sehr schwer: Wenn sie nicht an den Festen teilnehmen und zu ihnen beitragen, wird dies weitere Belästigungen durch die Gemeinschaft auslösen. Selbst in städtischen Gebieten werden Christen zu Spenden oder der Teilnahme aufgefordert, wenn das Umfeld Zeremonien durchführt. Der Buddhismus spielt eine integrale Rolle in der nationalen Identität und in jedem Aspekt des bhutanischen Lebens. Auch am

Arbeitsplatz gibt es buddhistische Rituale und buddhistische Gebete, und es wird von jedem erwartet, dass er daran teilnimmt.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Besonders Christen, die im christlichen Dienst aktiv sind, werden überwacht. Das kann sogar bedeuten, dass ihr Telefon angezapft wird und die Nutzung von sozialen Medien unter Beobachtung steht. Es gibt viele Vorfälle, in denen christliche Aktivitäten den Behörden der lokalen Gemeinschaft gemeldet werden. Es gibt Gerüchte, dass die Regierung Menschen in der Nachbarschaft rekrutiert und bezahlt, um Christen auszuspionieren. Bezirke, die im Verdacht stehen, eine wachsende Zahl von Christen zu haben, kamen Berichten zufolge im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 unter besondere Beobachtung.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Die meisten Arbeitgeber sind gegen Christen voreingenommen und werden sie nicht einstellen beziehungsweise übergehen, wenn sie sich um eine Beförderung bewerben. Da viele Arbeitsplätze staatliche Lizenzen oder eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ (NOC) benötigen, verstecken Christen oft ihren Glauben, um ihre Bewerbung nicht zu gefährden. Christen werden auch von den Subventionsprogrammen der Regierung ausgeschlossen, wenn ihr Glaube bekannt ist. Es gibt auch Berichte von Christen, die entlassen wurden, weil sie am Arbeitsplatz Zeugnis über ihren Glauben abgelegt hatten oder einfach, weil ihr christlicher Glaube bekannt wurde.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Besonders wenn Christen wegen des Anti-Konversions-Gesetzes bei den Behörden angezeigt werden, werden sie auf die Polizeiwache gerufen und verhört. Selbst wenn sie danach freigesprochen werden, werden sie von der Polizei und von misstrauischen Nachbarn genau beobachtet. Laut Gesetz müssen alle Versammlungen vorher bei den Behörden angemeldet werden, und es muss eine Genehmigung eingeholt werden, damit sie stattfinden können. Daher können alle Hauskirchentreffen als illegale Versammlungen betrachtet werden, und die Organisatoren wurden oft zu Gesprächen mit der Polizei und manchmal auch mit Geheimdienstbeamten, die Kirchen besuchten, vorgeladen.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als „spirituelles Erbe“ der Nation. So wird der Buddhismus als Staatsreligion behandelt und alle religiösen Institutionen haben die Pflicht, dieses spirituelle Erbe Bhutans zu fördern. Am 24. Mai 2011 verabschiedete die Regierung einen Gesetzesnachtrag und fügte eine Anti-Konversions-Klausel ins Strafgesetzbuch ein, um Artikel 7(4) der Verfassung des Königreichs Bhutan zu erfüllen. Dieser besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ haben soll. „Niemand soll durch Nötigung oder Anreize dazu gezwungen werden, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan 2011 besagt: „Ein Angeklagter ist schuldig des Vergehens,

andere zu einem anderen Glauben bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer anderen Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu zwingen, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt.“ Das kann in Bhutan mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?

Da der Buddhismus in jedem Aspekt des gesellschaftlichen Lebens so tief verwurzelt ist, ist es für Christen praktisch unmöglich, in Bhutan zu leben, ohne gegen ihren Glauben und ihr Gewissen zu handeln, sei es in der Schule, an ihrem Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft. Alles ist verwoben mit buddhistischen Ritualen, Gebeten und Zeremonien.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Die „Kommission für religiöse Angelegenheiten“ (CRO), die staatliche Behörde, die für die Registrierung religiöser Organisationen zuständig ist, erkennt nichtbuddhistische Organisationen nicht ohne weiteres an. Bislang wurden keine christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen oder politischen Parteien zugelassen. Nicht nur die Regierung, sondern auch die Gesellschaft im Allgemeinen würde jeden Versuch, sie zu etablieren, blockieren.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Eine Kirche zu sein, bedeutet in Bhutan fast ausschließlich, eine Hauskirche zu sein. Als solche können sie keine christlichen Symbole aufstellen, die in der Öffentlichkeit gesehen werden können. Wie bereits erwähnt, treffen sich Christen in den meisten Fällen in gemieteten Häusern, was ein zusätzlicher Grund dafür ist, dass keine religiösen Symbole aufgestellt werden können. Zudem ist zu bedenken, dass Bhutan in seinem Baurecht Standards für den architektonischen Stil festgelegt hat, um Tradition und Tourismus zu schützen.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Das Thema Registrierung bleibt für die Kirchen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Landesregierung, dass Christen sich treffen dürfen, ihre Versammlungen werden jedoch zum Teil von Dorfbewohnern gestört und ihre Legalität wird auf Dorf- oder Bezirksebene infrage gestellt. Christen, die sich in religiösen Angelegenheiten mit den Behörden in Verbindung setzen, werden regelmäßig diskriminiert. Christliche Gemeinschaften, die sich bei der CRO registrieren lassen wollen, bekommen einfach keine Antwort. Bis heute wird keine christliche Gemeinschaft im Land offiziell anerkannt. Die Regierung erklärte im September 2019 (im Rahmen der Universal Periodic Review des Landes beim UN-Menschenrechtsrat), dass „religiöse Gruppen die Freiheit haben, ohne Registrierung zu praktizieren“. Diese Aussage hat sich jedoch nicht in mehr Freiheit für Christen oder andere Minderheiten niedergeschlagen.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die Familie und die Verwandten von christlichen Konvertiten sowie die örtliche Gemeinde und das Gesetz (hier gilt der oft zitierte Abschnitt 463(A) des Strafgesetzbuches) machen es Konvertiten schwer, in eine Gemeinde integriert zu werden. Dies kann nicht offen geschehen.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?

Bibeln und anderes christliches Material können nicht in Bhutan produziert werden. Der Import ist nicht erlaubt, außer er geschieht in kleinen Mengen und nur für den privaten Gebrauch.

War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Die bhutanischen Bürger und die Regierung sehen es als ihre Pflicht an, die buddhistische Geschichte und Identität des Landes zu schützen. Aus ihrer Sicht lehnen Christen diese Identität bewusst ab. Daher wird es nicht akzeptiert, wenn sie sich gegen Verfolgung wehren. Der Hauptvorwurf gegen Christen ist, dass sie ihre Seelen für ausländische Dollars verkaufen. Jede Verbindung mit ausländischen oder internationalen Kirchen ist daher höchst gefährlich, da sie dazu benutzt werden kann, Christen fälschlicherweise zu beschuldigen.

Auftreten von Gewalt

Es wurden keine gewalttätigen Vorfälle registriert. Die Verfolgung war in Bhutan nie besonders gewalttätig, da die Behörden lieber andere, weniger sichtbare Mittel einsetzen. Darüber hinaus hat die Covid-19-Pandemie dazu geführt, dass es viel schwieriger war, Berichte aus dem Land zu erhalten.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 steht: „Kirchen, die eine Registrierung beantragt hatten, warteten weiterhin auf die Genehmigung der Regierungskommission für religiöse Organisationen (CRO). Infolgedessen gab es nur zwei registrierte nichtbuddhistische religiöse Gruppen im Land, während die Zahl der registrierten buddhistischen Gruppen von 110 auf 125 anstieg. Hinduistische Leiter nannten die fortgesetzte Unterstützung für den Bau von Hindu-Tempeln, darunter ein großes Projekt in der Hauptstadt.“

Die Lhotshampas, die in Bhutan leben, aber nepalesischer Abstammung sind, sind eine mehrheitlich hinduistische Gruppe, die vorwiegend im südlichen Tiefland des Landes ansässig ist. Sie machen schätzungsweise 33 Prozent der Bevölkerung Bhutans aus. Sie wurden in den letzten Jahrzehnten Opfer von schwerer Diskriminierung und Verfolgung von staatlicher Seite, und zwar nicht nur in Bhutan.

Ein Länderexperte erklärt: „Die nepalesische Regierung verabschiedete Staatsbürgerschaftsgesetze, die eine rechtliche Grundlage dafür schufen, viele Lhotshampa zu ‚Nicht-Staatsbürgern‘ zu erklären. Darüber hinaus litten die in Nepal verbliebenen Lhotshampa weiterhin unter routinemäßiger Diskriminierung, willkürlicher Inhaftierung und eingeschränktem Zugang zu Bildung und Beschäftigung. Die nepalesische Regierung betrachtet bhutanische Flüchtlinge in den Städten als illegale Bewohner, die mit Geldstrafen oder Inhaftierung als ‚Overstayer‘ belegt werden“. Zahlreiche andere ethnische Gruppen sind in Bhutan in viel kleinerem Umfang ebenfalls vertreten, darunter Adivasi, Birmi, Brokpa,

Doya, Lepcha, Tibeter und Toktop. Als Ergebnis der „Eine Nation, ein Volk“-Politik, die allen Mitgliedern der bhutanischen Bevölkerung die Traditionen der dominanten buddhistischen Drukpa-Elite aufzwang, wurden vielen dieser Minderheiten die Bürgerrechte entzogen, so dass sie keinen Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung oder Wohnraum hatten. Diese Politik betraf auch ihre Rechte als religiöse Minderheiten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Oman: Platz 44

Kurze Zusammenfassung

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Sie können aus dem Elternhaus und vom Arbeitsplatz vertrieben werden und haben mit Problemen wegen des Sorgerechts für die Kinder und des Erbes zu kämpfen. Ausländische ehemalige Muslime, die nun Jesus nachfolgen, sind einem ähnlichen Druck ausgesetzt wie in ihren Heimatländern, da sie häufig in ihren eigenen nationalen oder ethnischen Gemeinschaften leben. Gemeinden von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten werden toleriert, aber ihre Versammlungsmöglichkeiten sind begrenzt und christliche Versammlungen werden überwacht, um zum einen politische Äußerungen zu erfassen und zum anderen festzustellen, ob omanische Staatsangehörige daran teilnehmen. Alle religiösen Organisationen müssen von der Regierung genehmigt werden.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	63	44
2020	62	42
2019	59	44
2018	57	46
2017	53	49

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Punktzahl um einen Punkt in Weltverfolgungsindex 2021 wurde hauptsächlich durch einen Anstieg des Drucks auf die Kirche verursacht. Die Christen gerieten stärker unter Druck, nachdem die omanische Regierung die Überwachung der Christen und ihrer Aktivitäten intensiviert hatte, was zu einem Anstieg der durchschnittlichen Punktzahl von 12,0 auf 12,5 Punkte führte. Der Wert für Gewalt sank von 2,0 auf 0,9 Punkte. Das ist hauptsächlich auf Covid-19-Maßnahmen zurückzuführen, durch die omanische Christen weniger in der Lage waren, innerhalb des Landes umzuziehen oder ins Ausland zu gehen.

2. Trends und Entwicklungen

1) Regierung und Gesellschaft üben Druck auf Christen aus

Der christliche Glaube wird durch die Regierung von oben herab eingeschränkt, was dem Wunsch der Bürger nach einem islamischen Land entspricht. Andererseits übt die Gesellschaft sowohl auf einheimische als auch auf ausländische Christen Druck aus, sich an die islamischen Regeln zu halten. Dadurch hat die Regierung keinen Grund, mit Gewalt gegen Christen vorzugehen und kann ein

freundliches Gesicht gegenüber der Welt, insbesondere dem Westen, wahren. Es gibt jedoch auch den positiven Trend, dass die Regierung versucht, eine Kultur der religiösen Harmonie zu entwickeln. Das ist an der Unterstützung des al-Amana-Zentrums zu sehen, das sich für den Dialog und das Verständnis zwischen Muslimen und Christen einsetzt.

2) Der neue Sultan muss sich erst noch beweisen

Die Zukunft für Christen in Oman wird von sozialen, politischen und regionalen Faktoren geprägt. Wenn man sich die Situation vieler Länder im Nahen Osten und der Golfregion ansieht, sind positive Entwicklungen schwer vorstellbar – und Oman bildet da keine Ausnahme. Sollte es in Zukunft zu sozialen Unruhen kommen, könnte das Regime geschwächt werden, was durchaus zu einer weiteren Islamisierung der politischen Institutionen des Landes und einer strikteren Anwendung der Scharia-Gesetze führen könnte. Der neue Sultan gilt als Hauptverantwortlicher für die Sicherheit und Stabilität des Landes, jedoch hat er noch nicht den gleichen Status wie sein Vorgänger. Wenn er nicht in der Lage ist, das Land zusammenzuhalten, könnte das Land in einem Bürgerkrieg und letztlich in den Händen extremistischer muslimischer Anführer enden.

3) Die Situation im Jemen ist eine Bedrohung

Der Jemen ist nach wie vor instabil und sowohl Flüchtlinge als auch militante Islamisten könnten versuchen, nach Oman einzureisen, wenn sich die Situation nicht verbessert. Dies würde Omans Ruf schaden, ein neutraler, sicherer Hafen zu sein. Hinzu kommt, dass Oman in der Katar-Krise zwar noch keine Partei ergriffen hat, aber von Saudi-Arabien dazu gezwungen werden könnte, was ebenfalls Auswirkungen auf die Regierungspolitik und die Wirtschaft haben könnte.

4) Covid-19 und wirtschaftliche Herausforderungen

Die Covid-19-Pandemie kam zu einer bereits schwierigen wirtschaftlichen Situation hinzu: Oman hat Mühe, seine Wirtschaft zu reformieren und die Abhängigkeit von den Öl- und Gaseinnahmen zu reduzieren. Die Preise für fossile Brennstoffe sind seit Jahren niedrig, und es besteht wenig Aussicht auf eine Erholung nach der Pandemie. Daher wird Oman in den kommenden Jahren ausländische Investitionen benötigen, und seine wirtschaftliche Abhängigkeit könnte das Land zum Knecht des Meistbietenden machen. So hat beispielsweise China bereits Millionen in Projekte im Zusammenhang mit der „Neue-Seidenstraße-Initiative“ investiert, während dem reichen Nachbarn, den Vereinigten Arabischen Emiraten, die verhältnismäßige Neutralität Omans gegenüber Iran, Katar und der Türkei nicht gefällt.

3. Religiöse Situation im Land

Nach Schätzungen der World Christian Database 2020 sind über 90 % der Einwohner Omans Muslime, wobei die meisten Omanis (etwa 75 %) der konservativen islamischen Strömung der Ibaditen angehören. Die nächstgrößte Religionsgemeinschaft im Land ist der Hinduismus mit 4,8 % der Gesamtbevölkerung.

Der Islam ist die Staatsreligion. Nach islamischer Überlieferung war Oman eines der Länder, das der Islam noch zu Lebzeiten Mohammeds erreichte. Die Omanis praktizieren eine einzigartige Form des Islam, den Ibadismus, der nur in Oman von der Bevölkerungsmehrheit ausgeübt wird. Der Ibadismus wird als „gemäßigter Konservatismus“ bezeichnet, mit Lehren, die eine Mischung aus Strenge und Toleranz sind. Experten zufolge ist der Ibadismus weniger gewaltbereit als der sunnitische oder

schiitische Islam. Er setzt nicht auf die Anwendung von Gewalt, auch nicht gegenüber denjenigen, die den Islam verlassen oder die keine Muslime sind. Er setzt stattdessen auf „Absonderung“, was in der Regel eine innere Haltung beschreibt, Freundschaft vorzuenthalten. Obwohl also der Islam das Leben der Omanis dominiert, gibt es auch eine Tendenz zur Toleranz gegenüber Christen – eine Toleranz, die man in einigen der Nachbarländer nicht findet. Diese Toleranz wurde durch Sultan Qabus gefördert, der das Land international gerne als Vorbild an Toleranz und Diplomatie darstellte, insbesondere durch den Versuch, in internationalen Gesprächen zwischen einigen der militanten Gruppen in der Region zu vermitteln. Dennoch ist der Druck auf omanische Christen muslimischer Herkunft (und auf ausländische Christen, die aktiv das Evangelium weitergeben) nach wie vor sehr hoch.

Die Organisation „Middle East Concern“ berichtet:

„Ausländische Christen genießen in Oman beträchtliche Freiheiten, vorausgesetzt, dass ihre Aktivitäten auf ausgewiesene Gelände beschränkt sind und dass sie den Umgang mit Muslimen vermeiden, der als Missionierung ausgelegt werden könnte. Kirchen sind typischerweise an Gottesdiensttagen überfüllt, da sie versuchen, mehrere Gemeinden verschiedener Nationalitäten und Sprachen unterzubringen. Omanische Staatsbürger oder andere Muslime, die sich dafür entscheiden, den Islam zu verlassen, sind wahrscheinlich einem starken familiären und gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. In extremen Fällen können diejenigen, die den Islam verlassen, gewalttätigen Reaktionen von Familienmitgliedern ausgesetzt sein. Wer als vom Glauben abgefallen gilt, kann auch mit Sanktionen wie Zwangsscheidung und Entzug des Sorgerechts für seine Kinder unter den Ibadī-Personenstandsgesetzen rechnen, die von Scharia-Gerichten überwacht werden.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist die Staatsreligion, und die Gesetzgebung basiert hauptsächlich auf dem islamischen Recht. Alle staatlichen Schullehrpläne beinhalten Islamunterricht. Der Abfall vom Islam ist zwar kein Straftatbestand, wird aber vom Rechtssystem auch nicht geduldet, das davon ausgeht, dass alle Bürger Muslime sind. Christen mit muslimischem Hintergrund haben mit Problemen aufgrund des Personenstands- und Familiengesetzes zu kämpfen, das z.B. einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder verwehrt, wenn er den Islam verlässt.

Der Grad der Verfolgung ist für Christen muslimischer Herkunft unterschiedlich. Diejenigen omanischer Herkunft sind mit dem höchsten Druck konfrontiert. Für ausländische Christen muslimischer Herkunft, wie solche aus Pakistan oder der Levante (z.B. Jordanien, Libanon, den Palästinensischen Gebieten und Syrien u.a.) hängt viel von der Reaktion innerhalb ihres Lebensumfelds in Oman ab. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie von der omanischen Regierung wenig zu befürchten. Jedoch können ihre omanischen Arbeitgeber sie entlassen, was eine Abschiebung zur Folge hätte, wenn sie keine andere Arbeit finden. Innerhalb dieser ausländischen Gemeinschaften hängen die Folgen für die Konvertiten mehr von den kulturellen Normen der Heimatländer als von den kulturellen Praktiken Omans ab. Für Ausländer ist die Hinwendung zum christlichen Glauben manchmal leichter als in ihrem Heimatland, weil Familie und Verwandte oft weit entfernt sind und der soziale Druck weniger stark ist.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Stammeswerte, bei denen die Familienehre eine sehr wichtige Rolle spielt, werden mit islamischen Werten vermischt. Omani zu sein, bedeutet Muslim zu sein. Man ist sehr stolz darauf, Omani zu sein und oft wird das Feiern von Traditionen höher geschätzt als die Bedeutung hinter der Tradition. Mit der Tradition zu brechen oder die Gründe dahinter zu hinterfragen, ist für die breite Bevölkerung unvorstellbar. Die Gesellschaft meidet diejenigen, die den Islam verlassen, auch wenn Gewalt nicht gefördert wird.

Diktatorische Paranoia

Oman wird von einer Dynastie regiert, die den Willen des Volkes nicht respektiert. Es herrscht Unzufriedenheit unter den Omanis, die im Allgemeinen glauben, dass die Regierung autoritär ist, auch wenn sie anerkennen, dass die jüngsten Wirtschaftsreformen von Vorteil waren. In ihrem Bericht 2019 stuft die Nichtregierungsorganisation Freedom House das Land als „nicht frei“ ein. In dem Bericht steht: „Das Regime schränkt praktisch alle politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten ein, indem es strafrechtliche Sanktionen für Kritik und Widerspruch verhängt.“ Auch die Medien sind Schikanen und Einschüchterungen ausgesetzt.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl eindeutig mit Fragen der Familienehre vermischt, sind stark vertretene islamische Überzeugungen ein wesentlicher Grund für Familien, Familienmitglieder ins Visier zu nehmen, die den christlichen Glauben annehmen. Als Muslim den christlichen Glauben anzunehmen, ist in Oman gesellschaftlich nicht akzeptabel. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird höchstwahrscheinlich durch Familienmitglieder aus dem Haus vertrieben, da diese den Glaubenswechsel nicht nur als Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre betrachten.
- **Regierungsbeamte:** Auch wenn es keine strafrechtliche Sanktion für einen Glaubenswechsel gibt, ist er gesellschaftlich inakzeptabel, und ein Glaubenswechsel weg vom Islam wird offiziell nicht anerkannt. Omanische Christen (zumeist Christen muslimischer Herkunft) wurden von Regierungsbeamten verhört; sie wurden angewiesen, sich nicht mehr zu versammeln und wurden damit bedroht, ihre Arbeit und ihr Zuhause zu verlieren. Ein Glaubenswechsel wird wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstandsangelegenheiten führen. Zum Beispiel werden Väter, die den Islam verlassen, wahrscheinlich das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Ausländische Christen müssen ihren Glauben vorsichtig praktizieren, da die Regierung gegen jeden Christen vorgehen wird, der den Versuch unternimmt, öffentlich über den christlichen Glauben zu sprechen; Evangelisation ist illegal und wird nach dem Gesetz bestraft. Christliche Arbeitsmigranten wurden verhört und angewiesen, nicht über ihren Glauben zu sprechen, wenn sie ihre Visa behalten wollten. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordnungsgemäßes Verfahren des Landes verwiesen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Angst vor feindlichen Äußerungen oder Handlungen islamischer Leiter trägt dazu bei, dass sich Christen muslimischer Herkunft zu großer Vorsicht gezwungen sehen.

- **Gewöhnliche Bürger:** Die omanische Gesellschaft ist konservativ und stolz darauf, islamisch zu sein. Die Gesellschaft übt sowohl auf die Regierung als auch auf die Familienmitglieder Druck aus, die islamischen religiösen Normen aufrechtzuerhalten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter werden dafür sorgen, dass der Islam innerhalb ihres Stammes oder ihrer Großfamilie respektiert wird. Sie werden Familienmitglieder dahingehend beeinflussen, Konvertiten unter Druck zu setzen, ihren Glauben zu widerrufen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl es klar ist, dass die islamische Strafe für den Glaubensabfall – die Todesstrafe – ein zentraler Grund für die Verfolgung eines konvertierten Familienmitglieds ist, kann dies nicht getrennt von dem Konzept der Familienehre betrachtet werden. Alte Normen wie der Schutz der Familienehre sind noch immer intakt. Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist Verrat an allem, wofür eine konservative muslimische Familie steht, und bringt Schande über den Familiennamen. Wer als Muslim dennoch den christlichen Glauben annimmt, läuft Gefahr, von der Familie ausgestoßen zu werden, weil er Schande über sie gebracht hat.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammes- und Familienoberhäupter werden sicherstellen, dass die Ehre ihrer Gruppe nicht durch ein Mitglied beschmutzt wird, das vom Islam zum christlichen Glauben wechselt, was als große Beleidigung empfunden wird. Omani zu sein ist ihre Nationalität, aber ihr Stamm ist die wahre Identität der Omanis. In einer Stammesgesellschaft bringt ein Glaubenswechsel zum christlichen Glauben große Schande über den gesamten Stamm. Die Leiter des Stammes und der Familie tragen dann die Verantwortung, die Ehre des Stammes wiederherzustellen. Dies kann nur geschehen, wenn die Person zum Islam zurückkehrt, die Gemeinschaft verlässt oder stirbt. Am häufigsten werden Christen muslimischer Herkunft verfolgt durch den unerbittlichen Druck, zum Islam zurückzukehren, oder den völligen Ausschluss durch ihr soziales Umfeld.
- **Gewöhnliche Bürger:** Das Stammessystem hat immer noch einen weit verbreiteten Einfluss innerhalb der omanischen Gesellschaft und die soziale Stellung von Stamm und Familie ist für Omanis sehr wichtig. Es besteht also ein sozialer Druck, die gesellschaftlichen Normen aufrechtzuerhalten, um den guten Namen des Stammes und der Familie nicht zu beschämen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lokale Imame werden die Einhaltung kultureller Normen fördern, die mit islamischen Prinzipien verflochten sind.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Während der neue Sultan noch zeigen muss, wer er wirklich ist, wird er wahrscheinlich ähnlich wie sein Vorgänger herrschen und die Entscheidungsgewalt für sich behalten. Die omanische Regierung lässt keine Kritik an den staatlichen Angelegenheiten zu, auch nicht daran, wie sie religiöse Angelegenheiten regelt. Ausländer, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden höchstwahrscheinlich abgeschoben. Während viele Christen die Überwachung ihrer Telefone und sozialen Medien fürchten, ist diese Technologie meist auf Omanis ausgerichtet und wird eingesetzt, um jede Spur von Differenzen oder Kritik an der Regierung zu unterdrücken.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die omanische Gesellschaft ist immer noch sehr stammesorientiert, allerdings ist das Ausmaß des Drucks zwischen städtischen Gebieten wie Maskat und ländlichen Gebieten unterschiedlich. Die soziale und familiäre Kontrolle und damit der Druck ist im Allgemeinen in ländlichen Gebieten höher, während städtische Gebiete den Konvertiten die Möglichkeit bieten, ein anonymeres Leben zu führen.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt eine Reihe von ausländischen Gemeinden in Oman, die sich hauptsächlich in den großen Stadtgebieten von Maskat und Sohar im Norden und Salala im Süden befinden. Dazu gehören römisch-katholische, orientalisch-orthodoxe und evangelische Gemeinden. Alle religiösen Organisationen müssen sich registrieren und christliche Versammlungen werden überwacht. Ausländischen Christen ist es erlaubt, diskret in Privathäusern oder auf Werksgeländen Gottesdienste zu feiern. Ihre Einrichtungen sind eingeschränkt, um omanischen Staatsangehörigen keinen Anstoß zu geben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Es gibt keine traditionellen Gemeinden, abgesehen von den ausländischen, die in der ersten Kategorie oben aufgeführt sind.

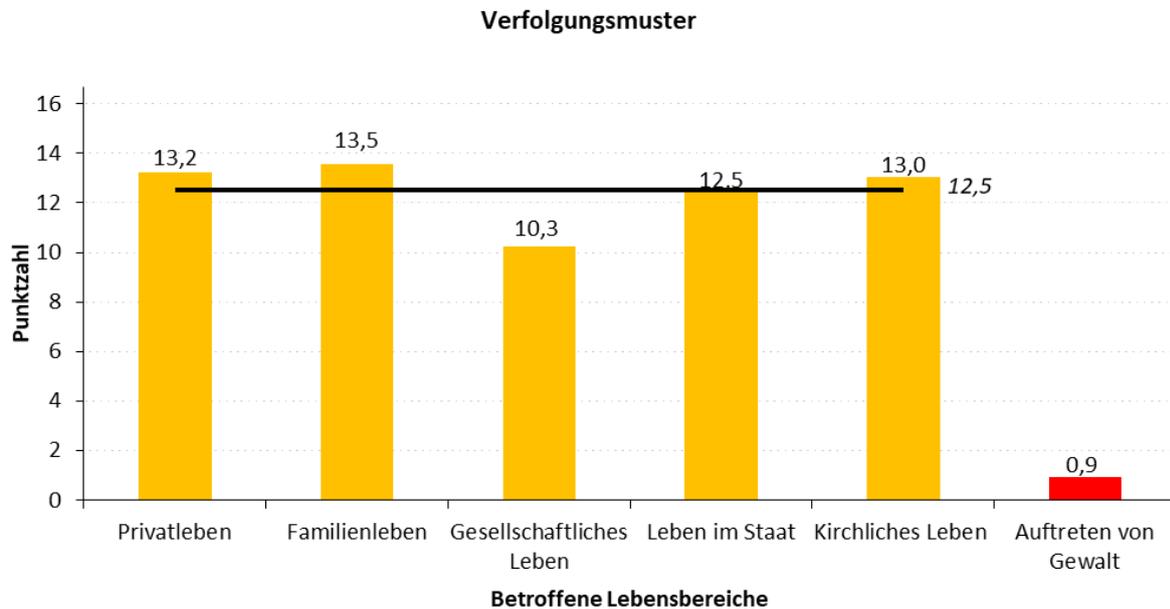
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer Herkunft droht Verfolgung durch Familie und Gesellschaft, meist in Form von Druck, ihrem Glauben abzuschwören, und von Isolation. Konvertiten können ihre Familie verlieren, da das Gesetz einem Vater, der den Islam verlässt, verwehrt, das Sorgerecht für seine Kinder zu behalten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt keine protestantischen Freikirchen im Land, abgesehen von den ausländischen, die in der ersten Kategorie oben aufgeführt sind.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Oman

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist beträchtlich (12,5 Punkte) und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 (12,0 Punkte) gestiegen.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen hohen oder sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen Privatleben, Familienleben und kirchliches Leben am größten. Dies spiegelt zum einen die schwierige Situation für Christen muslimischer Herkunft wider, die einem sehr hohen Druck seitens ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind. Zum anderen ist es sowohl für solche Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, kirchliches Leben zu gestalten, da Missionstätigkeiten und Integration von Christen mit muslimischem Hintergrund gesellschaftlich nicht akzeptiert sind.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt war sehr niedrig und sank von 2,0 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 0,9 im Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Die Risiken sind für omanische Konvertiten am höchsten, während für nichtomanische Konvertiten das Ausmaß des Risikos von den Normen der eigenen Gemeinschaft abhängt. Ausländische Christen, die öffentlich über den christlichen Glauben sprechen, können der Missionierung beschuldigt werden, was zur Abschiebung führen kann.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Oman ist eines der wenigen Länder mit dem Islam als Staatsreligion, in denen der Glaubenswechsel kein Verbrechen ist, solange er nicht öffentlich sichtbar gemacht wird. Dennoch gibt es Konsequenzen, vor allem in Familienangelegenheiten. So sind insbesondere Konvertiten in ihrem Privatleben Verfolgung ausgesetzt. Im „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit 2019“ (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) heißt es: „Angehörige religiöser Minderheiten berichteten, dass der Glaubenswechsel vom Islam zu einem anderen Glauben innerhalb der muslimischen Gemeinschaft extrem negativ gesehen wird“, was erklärt, warum ein Konvertit von seiner Familie ausgestoßen wird. In der Stammeskultur bedeutet die Ausgrenzung, dass ein Konvertit alle sozialen Sicherheiten verliert, die normalerweise von der Familie geboten werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen muslimischer Herkunft können kein christliches Symbol tragen, da dabei ihr neuer Glaube entdeckt werden könnte. Ausländische Christen sind auch manchmal vorsichtig, da das öffentliche Zeigen eines Kreuzes zu negativen Bemerkungen oder anderen Arten von Belästigungen führen kann, besonders wenn sie in einem omanischen Haus arbeiten (z.B. als Hausangestellte).

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Dies gilt vor allem für omanische Christen muslimischer Herkunft, da die Familien von ausländischen Konvertiten in der Regel im Heimatland geblieben und deshalb nicht anwesend sind. Omanis lehnen einen Glaubenswechsel stark ab, daher gehen omanische Konvertiten hohe Risiken ein, wenn sie mit Familienmitgliedern über ihren neuen Glauben sprechen.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Alle Kinder von omanischen Eltern gelten als muslimisch. Dieser Grundsatz gilt auch für die Kinder omanischer Konvertiten.

Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?

Ein Glaubenswechsel wird nicht anerkannt. Daher ist es für Konvertiten unmöglich, eine christliche Ehe nach der kirchlichen Hochzeit zu registrieren, ebenso wenig können ihre Kinder als Christen registriert werden.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Das gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft. Da es keinerlei Anerkennung ihres neuen Glaubens gibt, können ihre Kinder nicht vom Islamunterricht befreit werden wie die Kinder von nichtmuslimischen Ausländern. Der Islamunterricht ist an staatlichen Schulen obligatorisch. Privatschulen können alternative Religionskurse anbieten.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Nach omanischem Recht verliert ein zum christlichen Glauben konvertierter Ehemann bei einer Scheidung seinen Sorgerechtsanspruch. Bei einer konvertierten Ehefrau wäre dies nicht anders, aber Frauen haben im Allgemeinen kein Sorgerecht.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen werden im Allgemeinen nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Gesellschaft überwacht, die die Sicherheitsdienste informiert, wenn sie „verdächtige Umstände“ bemerkt. Vor allem einheimische Omanis und Ausländer, die der Missionierung verdächtigt werden, werden von den Sicherheitsdiensten streng überwacht.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Zusätzlich zur Überwachung werden Christen, die der Missionierung sowohl von Einheimischen als auch Ausländern verdächtigt werden, regelmäßig von der Polizei verhört. Verhöre finden in der Regel ohne Anwendung von körperlicher Gewalt statt, halten aber den Druck auf die Kirche hoch.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Omanische Konvertiten müssen oft an islamischen Zeremonien teilnehmen, um zu vermeiden, dass ihr neuer Glaube entdeckt wird oder um sicherzustellen, dass sie durch ihre Abwesenheit keine Schande auf ihre Familie bringen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

In einer Stammesgesellschaft wie in Oman wird eine Anstellung oft über (familiäre) Beziehungen vermittelt. Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel entdeckt wird, werden geächtet und können daher keine Arbeit mehr finden. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass christliche Gastarbeiter Diskriminierung am Arbeitsplatz erfahren können. Ihr christlicher Glaube macht sie in dieser Hinsicht besonders verletzlich, obwohl auch Rassismus oft eine negative Rolle spielt.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

In Oman ist der Islam Staatsreligion und die Scharia ist die Grundlage für die Gesetzgebung (Verfassung von 2011, Artikel 2). Die Verfassung (Artikel 28) garantiert die „Freiheit zur Ausübung religiöser Riten“ nur unter der Bedingung, dass sie „nicht ... den Sitten widersprechen“. Daher gibt es keine Freiheit, den christlichen Glauben anzunehmen.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Kirchen zeigen keine Kreuze oder andere christliche Symbole, die außerhalb ihrer Grundstücke für die Öffentlichkeit sichtbar sein könnten. Diejenigen, die sich außerhalb der Kirchengebäude treffen, und insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, sind sich einer noch größeren Notwendigkeit zur Zurückhaltung bewusst, um Provokationen zu vermeiden.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Alle Christen versuchen nicht aufzufallen, um keine feindliche Reaktion zu hervorzurufen. Kritik an der omanischen Regierung oder am Islam ist unmöglich und würde wahrscheinlich zu einer Abschiebung von ausländischen Migranten führen. Daher kann man über soziale Gerechtigkeit in Oman aus einer christlichen Perspektive nur mit Vorsicht sprechen.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die omanische Gesellschaft, wie z. B. Betreiber eines Krankenhauses, sind willkommen. Es ist unmöglich, eine christliche Organisation mit der Absicht der Missionierung zu gründen. Organisationen mit einem klaren christlichen Profil werden der Missionierung verdächtigt und beobachtet.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Da das Abhalten öffentlicher christlicher Aktivitäten oft als Evangelisation interpretiert wird, wird es den Kirchen nicht erlaubt, diese zu organisieren. Die meisten Kirchen betreiben in dieser Hinsicht Selbstzensur, um Probleme mit der Regierung oder der Gesellschaft zu vermeiden.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Aufgrund des gesellschaftlichen Drucks werden die Kirchen bei der Integration von Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein. Darüber hinaus würde die Regierung höchstwahrscheinlich gegen jede Kirche vorgehen, die aktiv Konvertiten in ihre Gemeinde integriert.

Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?

Kirchen können Materialien für ihren eigenen Gebrauch drucken, aber das Drucken großer Mengen christlicher Materialien würde als Missionierung angesehen werden. Einen christlichen Verlag zu gründen, wäre in Oman nicht möglich.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Die Veröffentlichung, der Import und der Vertrieb von religiösen Materialien sind stark reglementiert. Kirchen dürfen nicht mehr ihre eigenen Importwege von Bibeln verwenden und sind gezwungen, säkulare Buchhandlungen zu nutzen.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Es ist weithin bekannt, dass vor allem weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Allerdings gibt es kaum Statistiken, da fast alle beteiligten Personen, Organisationen und Staaten kein Interesse daran haben, die Realität abzubilden: Oman braucht die Hausangestellten, hat aber eine Schamkultur und will keinen schlechten Ruf haben. Auch die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den tausenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten kommt und wollen ihre wirtschaftlichen Interessen nicht gefährden (obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hat, nachdem die Leiche eines philippinischen Hausmädchens in der Gefriertruhe eines kuwaitischen Hauses im Februar 2018 entdeckt worden war, wie World Asia am 16. Februar 2018 berichtet hat).

Die Arbeitgeber der missbrauchten Hausangestellten sind entweder die Täter oder haben kein wahres Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Hausangestellten schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig“ angesehen werden, sowohl in Oman als auch von ihrer Familie in ihrer Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien im Heimatland mit dringend benötigtem Einkommen. Die Familien sind stolz auf ihre Arbeit in Oman und die Hausangestellten wollen ihre Familien nicht enttäuschen. Daher ist es sehr schwer, Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch zu erhalten. Es ist zudem schwierig zu beweisen, ob der sexuelle Missbrauch aufgrund der Religion des Opfers geschieht.

Angesichts der hohen Zahl christlicher Gastarbeiter im Land gehen konservative Schätzungen dennoch davon aus, dass im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 mindestens zehn christliche Hausangestellte wegen ihres Glaubens (sexuell) missbraucht wurden.

Abgesehen von dem oben beschriebenen Missbrauch wird berichtet, dass mindestens ein omanischer Christ mit muslimischem Hintergrund schweren Anfeindungen von Familienmitgliedern ausgesetzt war.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hindus, Buddhisten und nichtibaditische Muslime sind relativ frei, ihren eigenen Glauben zu praktizieren. Der Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit für das Jahr 2019 stellte fest, dass sich andere nichtmuslimische Gruppen relativ frei an festgelegten Orten versammeln können, wobei es ein Problem bleibt, dass diese Orte überfüllt sind. Sie treffen sich auch weiterhin in privaten Räumlichkeiten, obwohl dies offiziell verboten ist. Außerdem haben sie Schwierigkeiten, sich bei der Regierung zu registrieren, da die Verfahren nicht klar sind. Dem Bericht zufolge müssen alle Imame von der Regierung lizenziert werden und Moscheen dürfen keine unlizenziierten Imame predigen lassen. Außerdem müssen alle lizenzierten Imame sich an die von der Regierung genehmigten Predigten halten. Die Regierung führte diese Maßnahmen ein, um zu verhindern, dass politische Unzufriedenheit in den Moscheen zum Ausdruck kommt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Mosambik: Platz 45

Kurze Zusammenfassung

Die Verfolgung von Christen in Mosambik hat verschiedene Gründe: Islamisch-extremistische Angriffe haben das Leben vieler Christen gefordert. Hinzu kommt, dass die Präsenz von Drogenkartellen in einigen Gebieten das Leben von Christen – insbesondere von kirchlichen Jugendarbeitern – schwer macht. Außerdem schränkt die Regierung die Religionsfreiheit ein.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	63	45
2020	43	66
2019	43	65
2018	-	-
2017	-	-

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl für Mosambik verzeichnet auf dem Weltverfolgungsindex 2021 eine Zunahme um 20 Punkte im Vergleich zum Vorjahr. Damit stieg das Land in die Liste der 50 Länder auf, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. In den letzten Jahren haben islamisch-extremistische Angriffe das Leben vieler Christen gefordert. Die dem „Islamischen Staat“ (IS) nahestehende Islamistengruppe „Ahlu Sunna wa Jama“ (ASWJ) will in Mosambik ein islamisches Kalifat errichten und hat zahlreiche Gräueltaten begangen. Sie hat Kirchen und Schulen niedergebrannt, Zehntausende sind in andere Teile des Landes geflohen. Die Armee des Landes zog sich aus wichtigen strategischen Orten zurück, unter anderem aus einem Hafen. Damit hat sich die Verfolgung, die bisher auf einen kleineren Teil des Landes beschränkt gewesen war, im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 nun ausgeweitet. Darüber hinaus wird das Leben von Christen, insbesondere von Mitarbeitern kirchlicher Jugendarbeit, durch die Präsenz von Drogenkartellen erschwert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die regierende Partei FRELIMO bleibt weiter an der Macht

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie sehr Mosambik mit Korruption und Drogenkartellen zu kämpfen hat. Zudem hat das Land Schwierigkeiten damit, einen friedlichen politischen Betrieb zwischen Regierung und der Opposition RENAMO sicherzustellen und seinen Verpflichtungen gegenüber den internationalen Menschenrechten nachzukommen. Bei den landesweiten Parlamentswahlen im Oktober 2019 errang die Partei „Befreiungsfront von Mosambik“ (FRELIMO) einen Erdrutschsieg, einschließlich der Präsidentschaft, der Mehrheit der Parlamentssitze und zehn Gouverneursposten. Die Parlamentswahl war eine von nun sechs aufeinanderfolgenden Wahlen mit Beteiligung von

Oppositionsparteien. Das zeigt, dass sich das Land – trotz gewisser Einschränkungen – von seiner vom Bürgerkrieg geprägten Geschichte wegbewegt und seine politischen Anführer die Wählerschaft ernst nehmen. Dies ist ein positives Zeichen, auch wenn die Einschränkungen zu verstehen geben, dass es noch weiterer Verbesserungen bedarf.

2) Die islamische Aufstandsbewegung wächst

Die Angst unter Christen steigt aufgrund des wachsenden Einflusses der islamistischen Gruppe ASWJ, besonders im Norden des Landes. Es besteht die Gefahr, dass der Einfluss dieser Miliz zunimmt und sich auf andere Teile Mosambiks ausbreitet. Im Kampf gegen die Aufständischen muss die Regierung von Mosambik möglicherweise andere Länder um Hilfe bitten – bevor der Aufstand ein Ausmaß wie in Somalia (bedingt durch Al Shabaab) oder Nigeria (durch Boko Haram) erreicht. Das Nachbarland Südafrika wurde vom IS bereits gewarnt, sich nicht in die Politik Mosambiks einzumischen, insbesondere im Hinblick auf den anhaltenden islamischen Aufstand im Land. In den Jahren 2019 und 2020 ist die dschihadistische Gruppe immer stärker geworden und hat es sogar geschafft, einen Hafen unter ihre Kontrolle zu bringen. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, kann dies auch für das nördliche Nachbarland Tansania zu Problemen führen. Es gab bereits Berichte über bewaffnete Gruppen, die die Grenze nach Tansania überschritten und dort Menschen getötet haben.

3. Religiöse Situation im Land

Die südasiatische Einwandererbevolkerung ist überwiegend muslimisch. Ebenso muslimisch geprägt sind die nördlichen Provinzen, vor allem entlang der Küste, wohingegen dort einige Gebiete im Landesinneren eine höhere Konzentration von christlichen Gemeinschaften aufweisen. In den südlichen und zentralen Regionen sind Christen zahlreicher vertreten, aber auch Muslime leben in diesen Gebieten.

Was das US-Außenministerium 2010 in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit schrieb, gilt auch heute noch: „Muslimische Journalisten berichteten, dass die Unterscheidung zwischen Sunniten und Schiiten für viele einheimische Muslime nicht sonderlich wichtig sei. Muslime identifizierten sich eher mit dem lokalen religiösen Anführer, dem sie folgen, als mit Sunniten oder Schiiten. Signifikante Unterschiede gab es zwischen den Praktiken von Muslimen afrikanischer Herkunft und jenen mit südasiatischem Hintergrund. Außerdem haben sich muslimische Geistliche afrikanischer Herkunft eher in Ägypten, Kuwait, Südafrika und Saudi-Arabien ausbilden lassen – sie kehren mit einem fundamentaleren Ansatz zurück, der sich von dem des Suaheli-Islam unterscheidet. Dieser ist vom Sufismus inspiriert und vor allem im Norden verbreitet.“

Mosambik rangiert derzeit auf Platz 26 der Liste von „Operation World“ mit den Ländern mit der am schnellsten wachsenden evangelikalen Bevölkerung. Gleichzeitig haben viele kleine Kirchen, die sich von den etablierten Kirchen abgespalten haben, afrikanische indigene Glaubensvorstellungen und Praktiken mit dem christlichen Glauben vermischt. Auch einige muslimische Gemeinschaften führen weiterhin indigene Rituale durch.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist in Mosambik eine Minderheitenreligion mit seinen wichtigsten Zentren im Norden. Seit Oktober 2017 kam es immer wieder zu Angriffen auf Christen durch militante Islamisten, wodurch Tausende Bewohner aus ihren Häusern fliehen mussten. Auch in den Jahren 2019 und 2020 haben solche dschihadistische Gruppen Christen und Kirchen angegriffen, aber auch Regierungseinrichtungen und andere Zivilisten. Die Fähigkeiten und Einflussbereiche dieser Kämpfer werden täglich größer. Wenn sich dies fortsetzt, wird sich die islamische Unterdrückung wahrscheinlich nach Süden und auch nach Norden ins benachbarte Tansania ausbreiten.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

In einigen abgelegenen Gebieten sehen es Anhänger eines indigenen Glaubenssystems als Bedrohung an, dass christliche evangelistische Aktivitäten zunehmen. Infolgedessen beschwerten sich Leiter lokaler Gemeinschaften oft über solche Aktivitäten.

Diktatorische Paranoia

Die Verfassung legt einerseits einen säkularen Staat fest, andererseits schützt sie auch das Recht, Religion zu praktizieren oder nicht zu praktizieren. Politischen Parteien ist es untersagt, Namen zu verwenden, die Ausdrücke enthalten, welche in direktem Zusammenhang mit jedweden religiösen Konfessionen oder Kirchen stehen. Auch die Verwendung von Emblemen, die mit nationalen oder religiösen Symbolen verwechselt werden könnten, ist untersagt. Außerdem verbietet die Verfassung jegliche religiöse Beeinflussung in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Einige Behörden verhängen außerdem umständliche Registrierungsanforderungen für religiöse Gruppen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Mosambik hat ein schwerwiegendes Problem mit dem organisierten Verbrechen. Drogen, illegale Wildtierprodukte wie Elfenbein und illegale Waffen werden in großem Umfang in den Häfen gehandelt. Die islamistische Gruppe ASWJ hat sich an diesem illegalen Handel beteiligt, um ihre eigenen Aktivitäten zu finanzieren. Das florierende Drogengeschäft wirkt sich auf christliche Gemeinden aus: Ihnen gegenüber werden Drohungen ausgesprochen und Gewalttaten verübt – besonders dort, wo christliche Missionare unter Jugendlichen und unter Gruppen, die in die Lieferung oder den Konsum von Drogen verwickelt sind, das Evangelium verbreiten.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Von gewalttätigen islamischen Kämpfern geht die stärkste Verfolgung aus. Es wird angenommen, dass sie enge Verbindungen zu Al Shabaab in Somalia unterhalten und Anhänger einer strengen wahhabitischen Ausrichtung des Islam sind.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Die militanten Islamisten erhalten ihre finanzielle Unterstützung durch die Zusammenarbeit mit Drogenkartellen und durch Korruption, in die einige Beamte des Landes verwickelt sind.

- **Die eigene Familie:** In muslimisch dominierten Gebieten und in muslimischen Familien sehen sich diejenigen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert.
- **Gewöhnliche Bürger:** In Gebieten mit muslimischer Mehrheit können alle christlichen Gruppen Verfolgung durch gewöhnliche Bürger und Mobs erfahren. Dies gilt insbesondere für den nördlichen Teil des Landes.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** In Mosambik gibt es immer noch bestimmte Gruppen, die dem traditionellen Glaubenssystem folgen oder es mit dem christlichen Glauben oder dem Islam vermischen. Verfolger in diesem Kontext sind Clanführer, deren Interessen sich manchmal mit denen nichtchristlicher religiöser Leiter überschneiden.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung von Mosambik stellt keine echte Demokratie dar. Sie ist immer noch in vielerlei Hinsicht repressiv. So übt sie Druck auf einige Gemeindeleiter und Gemeinden aus, die Regierungspolitik zu unterstützen; und sie schränkt die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung ein.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Diese Gruppen bedrohen Gemeinden, sofern sie sich in der Arbeit unter Jugendlichen und kriminellen Banden engagieren. Insgesamt müht sich das Land ab, mit den Drogennetzwerken im Land fertig zu werden.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Je stärker die islamistischen Gruppen werden, desto mehr werden Christen in Mosambik verfolgt – so wie es in den Fällen von Boko Haram und Al Shabaab in anderen Ländern zu beobachten ist.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die schwerste Verfolgung erleiden Christen in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, da dort dem IS nahestehende Kämpfer gewalttätige Angriffe verüben.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören Christen aus römisch-katholischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen. Sie sind häufig das Ziel von Kämpfern der ASWJ.

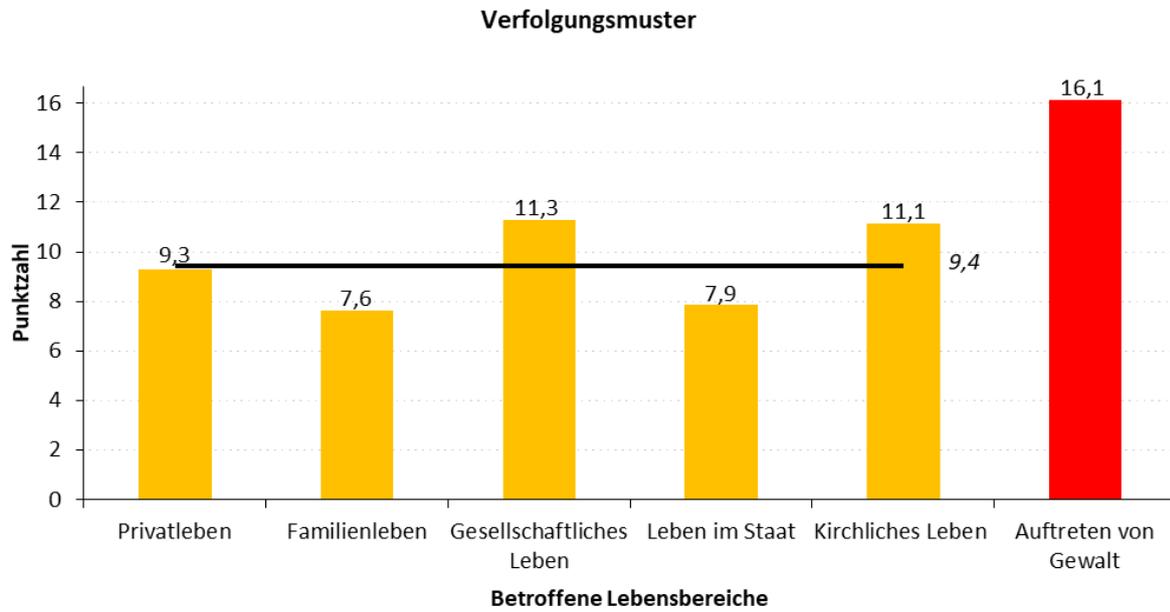
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In diese Kategorie fallen sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch Christen mit Hintergrund in einer traditionellen afrikanischen Religion. Auch Christen, die ihre Konfession gewechselt haben, werden hier erfasst. Dabei ist die Verfolgung besonders schwerwiegend, wenn ein Konvertit einen muslimischen Hintergrund hat und im muslimisch dominierten nördlichen Teil des Landes lebt. Solche Christen müssen damit rechnen, zum Ziel von Angriffen durch extremistische Muslime zu werden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören Christen aus Baptistengemeinden, Pfingstgemeinden und verschiedenen Freikirchen. Weil sie einen Schwerpunkt darauf legen, als Christen in ihrem Umfeld tätig zu sein und das Evangelium weiterzusagen, werden sie immer wieder bedroht und angegriffen.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mosambik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mosambik stieg von 6,4 Punkten im Vorjahr auf 9,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021.
- Von allen fünf Lebensbereichen ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens mit 11,3 Punkten am höchsten, gefolgt vom Bereich des kirchlichen Lebens mit 11,1 Punkten. Dies zeigt, dass das kirchliche und gesellschaftliche Leben im Norden des Landes stark von der dschihadistischen Bewegung beeinträchtigt wird.
- Die Punktzahl für Gewalt ist von 11,7 Punkte im Vorjahr auf 16,1 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 gestiegen, und erreicht damit extremes Ausmaß. In diesem Anstieg spiegelt sich die hohe Zahl von Morden und Zerstörungen von Kirchen und Häusern von Christen wider.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?

Christen in Gebieten, die unter dem Einfluss von Islamisten stehen, müssen darauf achten, dass ihr Glaube nicht bekannt wird. Das gilt insbesondere für Christen muslimischer Herkunft.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Im nördlichen Teil des Landes müssen sich Christen davor hüten, ihren Glauben durch das Aufstellen von Kreuzen oder ähnlichen christlichen Symbolen öffentlich kundzutun. Angriffe könnten die Folge sein. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 sind Dschihadisten durch die Dörfer gezogen und haben gezielt Häuser von Christen sowie Schulen und Kirchen niedergebrannt.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Im nördlichen Teil des Landes müssen Christen diesbezüglich sehr vorsichtig sein. Christen können in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, wenn sie christliche Bildinhalte online teilen, über den Glauben auf Internetblogs schreiben oder sich darüber etwa mit Familienmitgliedern unterhalten.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

In den nördlichen Gebieten hat es brutale Morde gegeben, und es besteht ein hohes Risiko, wenn sich Christen treffen.

Familienleben

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Im Zusammenhang mit der anhaltenden dschihadistischen Expansion im Land werden Eltern und ihre Kinder Opfer von Schikanen und Diskriminierung in den Gemeinschaften und den Schulen im Norden des Landes. In einigen Gebieten, die von katholischen Christen dominiert sind, stehen Kinder evangelikaler Christen vor ähnlichen Herausforderungen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Dies ist sowohl in muslimisch dominierten Gebieten der Fall, wo alle christlichen Gruppen betroffen sind, als auch in katholisch dominierten Gebieten, wo Nichtkatholiken diesbezüglich beeinträchtigt werden. Jede Taufe muss unauffällig durchgeführt werden.

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Für Christen im nördlichen Teil des Landes könnte die Feier einer christlichen Hochzeit einen Angriff von islamistischen Gruppen zur Folge haben.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Wo dschihadistische Gruppen in der Gesellschaft einflussreich geworden sind, ist es für christliche Eltern gefährlich, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen. Dies gilt besonders für Gebiete, aus denen sich Regierungstruppen zurückziehen mussten.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?

Wo Dschihadisten und ihre Zellen Einfluss haben, hat dies eine Atmosphäre der Angst unter Christen geschaffen, die sich daher zurückhalten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. In anderen Gebieten Mosambiks, in denen die Römisch-Katholische Kirche dominiert, werden Christen anderer Kirchen häufig diskriminiert.

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Christliche Frauen und Mädchen stehen im Norden Mosambiks in der Gefahr, von islamistischen Aufständischen entführt zu werden. Es gab eine Reihe von Fällen, in denen Mädchen entführt wurden, nachdem die Aufständischen Dörfer überfallen hatten. Beispiele dafür sind:

Im Mai 2020 wurde eine unbekannte Anzahl von Mädchen entführt. Zwei von ihnen, die aus Ulo, einem Dorf im Distrikt Mocímboa da Praia in der Provinz Cabo Delgado, verschleppt worden waren, schafften es, aus dem Lager der Aufständischen zu entkommen. Sie berichteten, dass Frauen und Mädchen gezwungen wurden, nackt zu schlafen, um sie an der Flucht zu hindern.

Am 11. Juni 2020 wurden zehn Mädchen auf der Flucht vor dschihadistischen Angriffen im Distrikt Mocímboa da Praia entführt. Und zwischen dem 23. und 25. Juli 2020 wurden elf Frauen und Mädchen aus dem Dorf Manica, im Bereich des Verwaltungsamts (einem der sogenannten „Postos administrativos“) Mucojo im Distrikt Macomia, entführt. Eine Frau wurde sogar gezwungen, ihren neugeborenen Sohn zurückzulassen.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Die Bedrohung von Christen nimmt in der Provinz Cabo Delgado zu. Ein Länderexperte merkt an: „Christen in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks sind Schikanen ausgesetzt, wenn sie nach Ansicht der islamistischen Aufständischen nicht den Anforderungen der muslimischen Religion entsprechen. Die Gewalt der islamistischen Aufständischen hat zudem eine neue Form angenommen, nämlich die der direkten Angriffe auf Christen und Kirchen. Christen werden als Gruppe ausgesondert und sogar gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören. Diese Taten stellen eine Bedrohung für Christen dar; sie haben viele Menschen gezwungen, ihre Häuser in verschiedenen Dörfern in der Provinz Cabo Delgado zu verlassen und zu fliehen.“

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Dies betrifft Christen in Gebieten, in denen Dschihadisten aktiv oder durch ihre Zellen präsent sind.

Leben im Staat

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Dieses Thema ist eine heikle Angelegenheit. Es gibt zwar keine allgemeine Tendenz, politische Parteien aufgrund christlicher Überzeugungen in ihrer Arbeit zu behindern, doch wo sich Kirchenführer oder prominente Christen gegen die Regierung aussprechen, stellt man sich ihnen in den Weg. Ein Beispiel dafür findet sich im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 2017: „Bei einem Besuch im Ministerium für Justiz, Verfassung und religiöse Angelegenheiten im Juli erörterte Präsident Filipe Nyusi die Grenze zwischen Religion und Politik, indem er sagte: ‚Ich möchte nicht, dass die Religion meines Landes mit der Politik verwechselt wird ... Wenn das die neue Art von Religion wäre, würden wir Schwierigkeiten haben, als Land zu einem Ergebnis zu kommen.‘ Journalisten sagten, diese Bemerkungen sollten eine Botschaft an die Kirchen senden, die zu politischen Fragen Stellung bezogen hatten, als katholische Bischöfe ihren Standpunkt zu den ‚versteckten‘ Schulden des Landes klarmachten – wobei sie sich auf einen Schuldenskandal bezogen, bei dem es um große, nicht deklarierte Kredite an staatliche Unternehmen ging.“

Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?

Im Norden des Landes, wo Dschihadisten viele Entführungen durchgeführt haben, gibt es eine Bedrohung der Sicherheit. Diese Bedrohung weitet sich in andere Landesteile aus.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Die Regierung verhindert die Äußerung unliebsamer Ansichten der Kirche zu gesellschaftlichen Themen. Ein Länderexperte merkt an: „In der postkolonialen Ära Mosambiks spielte die Kirche eine bedeutende Rolle im Demokratisierungsprozess, und auch weiterhin kommt ihr eine dringend benötigte Schlüsselrolle bei der Vermittlung von Friedensabkommen in dem Land zu. Es ist jedoch nun offensichtlich, dass die Regierung eine Einmischung der Kirchen nicht begrüßt, wenn es darum geht, Bedenken über Menschenrechtsverletzungen zu äußern. Das zeigt sich in dem Versuch der Regierung, eine strengere Kontrolle von Religion und Gottesdienst durchzusetzen und darin, ein neues Gesetz verabschieden zu wollen, über das seit Mitte des Jahres 2020 verhandelt wird.“

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Dies wird für viele Christen im nördlichen Teil des Landes zu einer Herausforderung. Viele Kirchen und kirchliche Symbole wurden zerstört.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Erstens werden meistens christliche Predigten von den Behörden auf irgendein Anzeichen von Kritik an der Regierung hin überprüft; zweitens überwachen Dschihadisten alle kirchlichen Aktivitäten im nördlichen Teil des Landes.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Die Regierung hat den Prozess zur Erteilung von Lizenzen bewusst verlangsamt. Außerdem hat sie im Jahr 2020 ein neues Gesetz zur Regulierung religiöser Angelegenheiten entworfen – es scheint der Praxis in Ruanda zu ähneln, wo die Regierung offiziell ausgebildete Gemeindeleiter möchte und die Ausbreitung kleinerer Gemeinden vermeiden will.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Die Organisation von Aktivitäten in der Kirche war im Norden des Landes heikel, weil Angriffe durch militante Islamisten dort wahrscheinlich sind. Zum Beispiel koordinierte eine islamistische Gruppe am 7. April 2020 einen Angriff in Meangalewa, im Bereich des Verwaltungsamts Chitunda, im Distrikt Muidumbe, wo sie eine Kirche zerstörte.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Ein Länderexperte erklärt: „Die Organisation von kirchlichen Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden wurde in der Provinz Cabo Delgado gehemmt und behindert, da in der Gegend die Angst herrscht, dass Christen angegriffen werden könnten.“

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Mindestens einhundert Christen wurden im nördlichen Teil Mosambiks infolge der dortigen gewalttätigen Aktivitäten der Dschihadisten getötet. So kam beispielsweise am 8. Juni 2020 eine Gruppe von Aufständischen in das Dorf Tapara im Westen des Distrikts Quissanga. Sie riefen alle Dorfbewohner heraus und forderten alle Christen auf, sich zu erkennen zu geben. Eine Person wurde an Ort und Stelle und vor den Augen aller anderen Bewohner getötet. Dann brannten sie das Dorf nieder und forderten die Dorfbewohner auf, sich den Bewohnern von Bilibiza anzuschließen. Am 17. Juli 2020 wurde in der Nähe von Muagamula im Distrikt Macomia ein Mann tot aufgefunden. Einheimische vermuten, er sei in einen Hinterhalt von Aufständischen geraten. Er war Wachmann bei einem christlichen Radiosender.
- **Festgenommene Christen:** Mindestens zehn Christen wurden festgenommen, einige von Dschihadisten, andere von lokalen Regierungsbeamten. Einige gerieten ins Visier, weil sie sich gegen Korruption und Missstände in der Verwaltung ausgesprochen hatten. Oft wurden diese Christen kurz inhaftiert und dann wieder freigelassen.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens zehn Kirchen wurden angegriffen oder zerstört. Beispiele dafür sind:
 - a) Am 12. Mai 2020 griffen islamistische Aufständische das neugegründete Kloster Sankt Pachomius der Benediktinerkongregation von Sankt Ottilien an. Dieses neue Klostergebäude in N'nango – in der Nähe der Stadt Mocímboa da Praia in der nördlichen Provinz Cabo Delgado – wurde erst 2019 als Ableger der Abtei Ndanda im benachbarten Tansania eröffnet. Es wurde geplündert und Nebengebäude wurde in Brand gesetzt. Beim Angriff wurde auch das Krankenhaus zerstört, das die Mönche im Dorf aufgebaut hatten.

- b) Am 9. April 2020 griff eine islamistische Miliz den Ort Muambula (Distrikt Muidumbe, Provinz Cabo Delgado) an. Die katholische Mission in Nangololo wurde dabei beschädigt und die Häuser von Missionaren wurden in Brand gesetzt.
 - c) Am 16. Dezember 2019 griff ASWJ das Dorf Chitunda (Distrikt Muidumbe, Provinz Cabo Delgado) an. Geschäfte, Häuser und zwei Kirchen wurden niedergebrannt, zwei Menschen starben.
 - d) Aufständische der ASWJ griffen am 8. November 2019 das Dorf Mungue (Distrikt Muidumbe, Provinz Cabo Delgado) an. Eine Kirche und einige Häuser wurden in Brand gesetzt.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Über 1.100 Häuser oder Läden von Christen wurden zerstört. Das führte dazu, dass Tausende flohen und nun als Binnenflüchtlinge in Lagern beherbergt werden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für das Jahr 2019 des US-Außenministeriums stellt fest:

„Zivilgesellschaftliche und religiöse Organisationen haben im Laufe des Jahres Aufklärungsarbeit zur Förderung religiöser Toleranz geleistet. Im August veranstaltete COREM („Council of Religions in Mozambique“) ihren zweiten jährlichen nationalen Gipfel für Frieden und Versöhnung. Die Nichtregierungsorganisation, die aus verschiedenen religiösen Gruppen besteht, hat das Ziel, den konstruktiven Dialog und die Interaktion zwischen den Religionen fördern. Im Mittelpunkt des Gipfels standen die jüngsten Friedensabkommen und die Rolle von Frauen und religiösen Gruppen im Friedensprozess.“

Andere religiöse Minderheiten (wie Hindus, Buddhisten und Juden) sind in nur sehr geringer Zahl im Land vertreten und ihre Anhänger sind zumeist Ausländer. Es gibt keine spezifische Form der Verfolgung, die diese Gruppen trifft. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung folgt noch traditionellen afrikanischen Religionen. Deren Anhänger leben zumeist in abgelegenen Teilen des Landes, und es gibt keine Berichte über ihre Verfolgung. Viele von ihnen wenden sich dem christlichen Glauben zu.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Malaysia: Platz 46

Kurze Zusammenfassung

Christen muslimischer Herkunft erleben am meisten Druck und Anfeindungen, da von jedem ethnischen Malaien erwartet wird, muslimisch zu sein. Wer davon abweicht, richtet sich nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen die Gesellschaft insgesamt und natürlich gegen Familie und Nachbarschaft. Katholiken und Methodisten sowie Nichtregierungsorganisationen werden von den Behörden beobachtet. Aber noch häufiger werden protestantische Freikirchen ins Visier genommen, da diese dazu neigen, ihren Glauben aktiver zu bezeugen. Die jüngsten politischen Umwälzungen in der malaysischen Politik im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 haben streng islamische Parteien wie die „Islamische Partei Malaysias“ (PAS), die jetzt Mitglied der Regierung ist, gestärkt. PAS-Mitglieder äußern sich regelmäßig gegen religiöse und ethnische Minderheiten, darunter auch Christen.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	63	46
2020	62	40
2019	60	42
2018	65	23
2017	60	31

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl Malaysias stieg im Weltverfolgungsindex 2021 nur um 0,8 Punkte. Dabei muss daran erinnert werden, was vor einem Jahr in diesem Abschnitt gesagt wurde:

„Um den Zuwachs von 2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 zu verstehen, muss man auf den Rückgang von 5 Punkten im Weltverfolgungsindex 2019 (im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2018) zurückblicken, der das überraschende Ergebnis der politischen Wahlen im Jahr 2018 widerspiegelt. Am deutlichsten sanken die Werte in dieser Zeit beim Druck im staatlichen und kirchlichen Lebensbereich, aber auch bei der Gewalt. Vor allem Minderheiten wie Christen, Hindus und Buddhisten setzten Hoffnung in die neue Regierung, die jedoch bei vielen ihrer Initiativen einen Rückzieher machen musste und an der „Affirmative-Action-Politik“ gegenüber muslimischen Malaien festhielt. Diese zum Teil enttäuschten Hoffnungen spiegeln sich in der Erhöhung um zwei Punkte im Weltverfolgungsindex 2020 wider. Christen und andere Minderheiten sind besonders enttäuscht und fühlen sich immer noch unsicher, seit drei christliche Mitarbeiter (und ein muslimischer Sozialaktivist) im November 2016 und Februar 2017 trotz aller staatlichen Ermittlungen spurlos verschwunden sind. Hinzu kommt, dass Gesetze schneller geändert werden als Mentalitäten, so dass eine wirkliche Veränderung für Christen in der Gesellschaft, wenn überhaupt, nur langsam zu sehen sein wird. Die bereits bestehende Kluft

zwischen Ost- und Westmalaysia wurde vertieft, besonders im Fall des Staates Sarawak, der immer noch eine christliche Mehrheit hat.“

Die mit der Regierung der Pakatan Harapan (PH) verbundenen Hoffnungen haben sich vorerst zerschlagen. Während die Werte der Lebensbereiche im Großen und Ganzen gleich geblieben sind, stieg der Wert für Gewalt um fast einen Punkt.

2. Trends und Entwicklungen

1) Politische Unruhen bringen neue Unsicherheiten für Christen und andere religiöse Minderheiten

Laut einer Umfrage sind 84,3 % der Malaysier der Meinung, dass die Beziehung zwischen der Regierung und dem Volk der zwischen Eltern und Kind ähnelt. Es ist also keineswegs sicher, dass die malaiischen Bürger für eine wachsende Offenheit statt für Bevormundung stimmen woll(t)en. Dieser Wunsch nach Schutz und Sicherheit spiegelte sich auch in der Wahl des ehemaligen langjährigen Premierministers Mohamed Mahathir (auch bekannt als Dr. M) wider, der mit 93 Jahren zum ältesten gewählten Regierungschef weltweit wurde. Dieser Wunsch spiegelte sich auch in der Serie von Nachwahlen wider, die die PH-Regierung verlor, und schließlich in der Machtübernahme durch die neue Regierung der Perikatan Nasional (PN) im März 2020, die nicht möglich gewesen wäre, wenn die malaiisch-muslimische Mittelschicht nicht eine tiefe Angst vor dem Verlust ihrer vorteilhaften Position gehabt hätte. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese Angst von verschiedenen Gruppen in den sozialen Medien und darüber hinaus geschürt wurde.

Was im Länderprofil 2020 stand, wurde schneller Realität, als irgendjemand erwartet hatte: „Wenn die Regierung jedoch ihre Versprechen nicht einhält und es nicht schafft, den Wählern Erleichterung von den steigenden Lebenshaltungskosten zu verschaffen, ist es gut möglich, dass die Opposition (UMNO und die islamistische PAS-Partei) die Macht zurückerobert wird, trotz aller früheren Korruptionsskandale.“ Natürlich spielten auch die politischen Machtkämpfe zwischen und innerhalb der Parteien der PH-Koalition eine große Rolle. Die Tatsache, dass Oppositionsführer Anwar Ibrahim behaupten konnte, er verfüge über die Mehrheit im Parlament, ohne dass er aufgefordert wurde, dies zu beweisen, zeigt, wie instabil die momentane politische Situation ist.

Während 2018 immer als das Jahr in Erinnerung bleiben wird, in dem die Wählerschaft ihre Macht in Malaysia entdeckte und gegen Korruption und für einen Neuanfang stimmte, ist noch offen, wie 2020 in Erinnerung bleiben wird. Abgesehen von der Möglichkeit von vorgezogenen Neuwahlen ist es sehr wahrscheinlich, dass Malaysia zu seinen alten Regierungsmustern zurückkehren wird, nicht nur in Bezug auf Kleptokratie und Kuhhandel (wo Regierungsführer ihre Autorität nutzen, um öffentliche Gelder zum eigenen Vorteil zu veruntreuen), sondern auch in Bezug auf das Ignorieren und Vernachlässigen der Notlage ethnischer und religiöser Minderheiten. Während die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie eingeführt wurden, für die Regierung nützlich waren (die die gesundheitliche Seite der Krise viel besser bewältigte als viele von Malaysias Nachbarn), bleibt abzuwarten, ob die PN-Regierung die Erwartung der Bevölkerung nach anhaltendem wirtschaftlichem Wohlstand für die Mehrheit erfüllen kann, und zu wessen Kosten dies geschehen wird. Es gibt bereits Stimmen, die darauf hinweisen, dass die ethnischen und religiösen Minderheiten im Land um ihre Zukunft fürchten.

2) Verurteilung eines ehemaligen Premierministers

Die Verurteilung des ehemaligen Premierministers Najib Razak im Juli 2020 zu zwölf Jahren Haft in sieben Anklagepunkten, darunter Korruption, könnte das Potenzial haben, ein „Game-Changer“ zu sein. Als Sohn von Malaysias zweitem Premierminister gehört Razak zum politischen Adel des Landes, der weitgehend unantastbar ist. Nur eine Woche zuvor, am 22. Juli 2020, befand ein anderes Gericht, dass er 400 Millionen US-Dollar an ausstehenden Steuern zahlen muss, was zeigt, dass die Zeit der Unantastbarkeit vorbei sein könnte. Andererseits ist es eine offene Frage, ob das Berufungsgericht das Urteil aufrechterhalten wird und ob es eine politische Einmischung geben wird. Vorerst bleibt Najib Razak ein freier Mann, angefeuert von seinen Anhängern, die ihn „Bossku“ („mein Boss“) nennen. Dieser Fall hat das Potenzial, den Malaysiern als Weckruf zu dienen, Dinge anders anzugehen. Aber es hat auch das Potenzial, die alten Methoden der UMNO-Herrschaft zurückzubringen, sollte Razak sich der Justiz entziehen können. Die Tatsache, dass UMNO keine hundertprozentige Unterstützung für die neue PN-Regierung geäußert hat, zeigt bestenfalls, dass die Parteipolitik eine große Rolle in der neuen Regierung spielt. Man sollte bedenken, dass die Mehrheit der Regierung sehr dünn ist, vielleicht sogar bis auf eine Stimme, so dass diese Mehrheit von der Stimme des Abgeordneten (und ehemaligen Premierministers) Najib Razak abhängt.

Aus der Perspektive der ethnischen und religiösen Minderheiten, einschließlich der Christen, ist dies eine kritische Zeit. Das Zeitfenster für echte Veränderungen zum Wohle aller mag noch offen sein, aber es schließt sich schnell und die erste Chance wurde bereits vertan. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass die islamisch-konservative PAS in mehreren Staaten regiert und nie wirklich geschwächt wurde. Im Dezember 2019 erhielten vier Muslime im Bundesstaat Terengganu eine einmonatige Gefängnisstrafe, weil sie das Freitagsgebet versäumt hatten. Christen und andere Minderheiten scheinen somit in eine besorgniserregende Zukunft zu blicken.

3. Religiöse Situation im Land

Die malaysische Verfassung definiert den „Malaien“ als einen Anhänger des Islam. Jeder Bürger malaiischer Abstammung wird daher als Muslim verstanden.

Ein Streitpunkt für religiöse Minderheiten ist die Frage des Sorgerechts bei Scheidungsfällen in religiös gemischten Ehen. Um das Sorgerecht erfolgreich zu beanspruchen, kann der Partner, der das Sorgerecht am ehesten verlieren wird (fast immer der Ehemann), schnell zum Islam konvertieren und einen Antrag bei den Scharia-Gerichten stellen, die dann dem nun muslimischen Ehepartner das Sorgerecht zusprechen. Theoretisch stehen die Zivilgerichte zwar über den Scharia-Gerichten, aber in der Praxis werden Scheidungsfälle häufig nicht von den Zivilgerichten, sondern von Scharia-Gerichten entschieden (wenn ein Elternteil zum Islam konvertiert), da die Polizei die einfachere Umsetzung einer Scharia-Entscheidung bevorzugt. Die vorherige Regierung hat versprochen, eine Lösung für dieses Problem zu finden, konnte aber nicht liefern. Die Gerichtsverfahren zur Frage des Sorgerechts dauern an. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019 hält fest: „Das Verhältnis zwischen Scharia und Zivilrecht ist im Rechtssystem nach wie vor ungelöst.“

Die Islamisierung der Gesellschaft nimmt zu, was aber nicht zwangsläufig bedeutet, dass dies auch direkt auf die Politik übertragen wird. Die Wahlen im Jahr 2018 haben gezeigt, dass die Wähler eher an einer wirtschaftlichen Verbesserung interessiert waren und sich über das Ausmaß der Korruption in UMNO-Kreisen empörten. Die Entwicklungen im Jahr 2020 haben jedoch gezeigt, dass die Angst der malaiischen Muslime, Privilegien zu verlieren, weiterhin eine hervorragende Plattform ist, um

Menschen zu mobilisieren und Politik zu betreiben. Im Alltag werden jedoch immer mehr Einschränkungen eingeführt, die auch Nichtmuslime betreffen. Gleichzeitig gibt es immer wieder Warnungen von muslimisch-malaiischen Organisationen und Politikern vor einer vermeintlichen Agenda der Christianisierung.

Zwar gibt es eine Bundesbehörde, die die Aufgabe hat, die religiöse Harmonie zu fördern und die Rechte religiöser Minderheiten zu schützen, doch ein Vergleich der verschiedenen Budgets ist aufschlussreich. Wie das US-Außenministerium in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2019 feststellt: „Das Jahresbudget des Ministeriums für Nationale Einheit und Integration betrug etwa 275 Millionen Ringgit (67,3 Millionen Dollar), während allein für die Entwicklung des Islam durch die Behörde JAKIM 1,3 Milliarden Ringgit (317,9 Millionen Dollar) vorgesehen waren.“

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Lange Zeit hatte Malaysia den Ruf, das wahrscheinlich beste Vorbild für ein liberales und tolerantes islamisches Land zu sein. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren jedoch verflüchtigt. Ein Beispiel dafür sind die fortgesetzten Versuche der Regierung, das Scharia-Strafrecht (Hudud) im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Die konservative muslimische PAS-Partei, die Kelantan regiert, forderte erneut die sofortige Einsetzung des Scharia-Strafrechts unmittelbar nach den Wahlen im Mai 2018 und übernahm auch die Macht in Terengganu. Nach dem Regierungswechsel trat die PAS der nationalen Regierungskoalition bei und führt drei Ministerien (allerdings nicht das für religiöse Angelegenheiten).

Laut Verfassung ist das Scharia-Recht nicht mit dem Zivilrecht gleichgestellt, aber in der Praxis ist diese Regelung nicht so klar. Dies sieht man insbesondere in Fällen von Scheidung und Sorgerechtsstreitigkeiten. Zivilgerichte entscheiden häufig zugunsten der nichtmuslimischen Mutter des Kindes, weshalb Väter manchmal zum Islam übertreten. Dann kann er das Sorgerecht vor Scharia-Gerichten einfordern, welches dem muslimischen Vater das Sorgerecht zusprechen wird. Die Polizei zieht es vor, die Entscheidungen der Scharia-Gerichte umzusetzen, da dies weniger Probleme verursacht.

Es gibt ein Verbot der Verwendung des Wortes „Allah“ für Christen, des normalen Wortes für „Gott“ auf Malaiisch, nachdem das Oberste Gericht im Januar 2015 das Urteil gegen eine katholische Zeitung bestätigt hat. Dem folgen nun weitere Gerichtsverfahren, beispielsweise im Bundesstaat Sabah. Dieser Fall ist noch anhängig, da die Frage hochsensibel und politisch ist. Das Gericht hat zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Länderprofils noch nicht entschieden.

Diktatorische Paranoia

Obwohl die diktatorische Paranoia in Malaysia sicherlich nur eine sekundäre Triebkraft der Verfolgung ist, ist sie dennoch relevant, um die Situation des Landes zu verstehen. Das traf auf jeden Fall zu, solange die Barisan-Nasional-Koalition das Land bis zu den Wahlen 2018 regierte. Diese Koalition bestand aus der großen muslimischen UMNO-Partei im Bündnis mit kleineren chinesischen und indischen Parteien und musste sich jahrelang mit keiner Opposition auseinandersetzen. So betonte die UMNO erneut ihre Politik der Bevorzugung des malaiischen Volkes (anstatt einer Politik der Gleichberechtigung) und spielte zunehmend religiöse und rassistische Karten aus, um die Macht zu behalten. Jetzt, wo UMNO und PAS wieder in der Regierung sind, wurde schneller als erwartet wahr,

was im letzten Jahr in diesem Länderprofil geschrieben wurde: „Wenn seine [d. h. des jetzigen ehemaligen Premierministers Mahathir] derzeitige Politik nicht schnell genug die von den Wählern gewünschten Ergebnisse bringt, könnte die diktatorische Paranoia ein Wiederaufleben erleben, vor allem nachdem UMNO und PAS, beides Parteien, die für eine Dominanz der malaiischen Muslime und eine Vorzugsbehandlung eintreten, ihre Zusammenarbeit angekündigt haben.“ Diese Triebkraft der Verfolgung ist wieder stärker geworden, seit beide Parteien das Land wieder regieren (wenn auch mit hauchdünner Mehrheit) und bereits die geplante Rückkehr zur alten Vorzugsbehandlungspolitik angekündigt haben.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen:** Verschiedene muslimische Nichtregierungsorganisationen verstehen sich als „Meister und Verteidiger des Islam“ und haben die Unterstützung der Regierung. Manchmal schüren sie mit ihren Aussagen und Handlungen ethnische Konflikte und religiöse Diskriminierung. Sie erinnern die Bürger immer wieder daran, dass ein Malaie zu sein, bedeutet, Muslim zu sein und warnen immer wieder vor angeblichen christlichen Missionierungs- und Bekehrungsversuchen. Gleichzeitig können Anführer ethnischer Minderheitengruppen ihre Rechte kompromittieren, um materielle Vorteile zu erhalten.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Für Konvertiten sind Familienangehörige nach wie vor die stärkste Triebkraft der Verfolgung, da das Verlassen des ursprünglichen Glaubens als Schande angesehen wird und sie außerhalb der ethnischen und religiösen Gemeinschaft stellt. Der soziale Druck auf die Familie, den Konvertiten wieder in den Schoß der Gemeinschaft zu holen, ist ebenfalls hoch. Dies kann auch bedeuten, dass ein christlicher Konvertit an die Behörden übergeben wird.
- **Regierungsbeamte:** Die Verfassung verbietet Malaien den Wechsel zu anderen Religionen und schränkt die Verbreitung nichtmuslimischer Religionen ein. Regierungsbeamte sind daher bestrebt, islamische Standards aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, zum Nachteil von nichtmuslimischen Minderheiten. Die neue Regierung kündigte an, die Vorzugsbehandlung der malaiischen Bevölkerung und der Bumiputra (Stammesbevölkerung, wörtlich „Söhne der Erde“) beizubehalten.
- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie UMNO und PAS verteidigen und schützen den Islam. Es war zum Beispiel die PAS, die die Einführung des Hudud-Gesetzes in Kelantan vorschlug. UMNO und PAS säen Zwietracht und Hass gegen Christen und benutzen die Religion, um die Unterstützung der Malaien zu gewinnen, und da Premierminister Muhyiddin und seine „Parti Pribumi Bersatu Malaysia“ deren Stimmen brauchen, werden sie sich nicht gegen sie aussprechen (und teilen ohnehin die Ausrichtung auf die malaiisch-muslimische Vorherrschaft).
- **Ideologische Interessengruppen:** Die meisten Interessengruppen konzentrieren sich darauf, die ethnische Dominanz der Malaien zu bewahren. Aber auch islamische Gruppen wie „Malaysian Muslim Solidarity“ (ISMA) sind sehr aktiv und fordern den Schutz des Islam. Ein Beispiel dafür ist das einer chinesischen ethnischen Bildungsgruppe, die sich gegen den verpflichtenden Unterricht der (arabischen) Jawi-Schrift ausgesprochen hatte und sofort als „islamophob“ beschuldigt wurde.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die islamistische Partei PAS hat in zwei Bundesstaaten Malaysias die Mehrheit und ist nach mehr als vier Jahrzehnten wieder in der Bundesregierung vertreten. Hinzu kommt, dass Beamte in der Verwaltung nicht schnell umdenken. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsbehörden für religiöse Angelegenheiten.
- **Politische Parteien:** Was oben über die Verfolger im Rahmen der islamischen Unterdrückung gesagt wurde, gilt auch hier.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Es gibt keine Brennpunkte der Verfolgung von Christen in Malaysia. Die islamische Missionsarbeit unter Christen („dawah“) – vor allem unter den Bumiputra – konzentriert sich jedoch auf Ostmalaysia. Begünstigt durch die vielen einwandernden Muslime ist die Religionszugehörigkeit im Bundesstaat Sabah schon seit einigen Jahren nicht mehr mehrheitlich christlich, und Sarawak ist nur noch auf dem Papier ein christlicher Mehrheitsstaat.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt viele Nationalitäten, die ihre eigenen christlichen Gemeinschaften haben und selbsttragend sind (beispielsweise koreanische und japanische Kirchen). Sie kämpfen manchmal um ihre rechtliche Anerkennung, sind aber grundsätzlich frei, ihren Glauben zu leben, solange sie innerhalb ihrer Mauern bleiben. Nepalesische und vietnamesische Christen schließen sich in den meisten Fällen den traditionellen Kirchen an.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele sind römisch-katholische, anglikanische, methodistische oder lutherische Kirchen und die evangelische Kirche in Sabah. Diese sind weniger von Verfolgung betroffen als protestantische Freikirchen oder Christen muslimischer Herkunft, aber sie erleiden Diskriminierung.

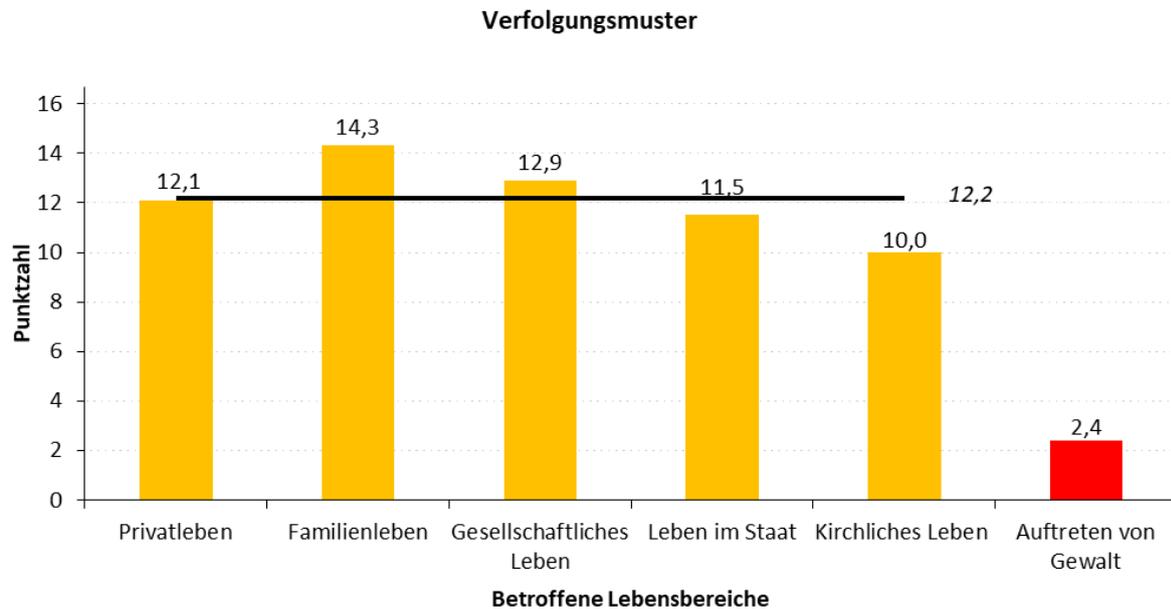
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In Malaysia wird das Verlassen des Islam per Gesetz mit dem Tod bestraft. Malaysia ist eines von nur elf Ländern der Welt, in denen Apostasie mit dem Tod bestraft wird, obwohl dies nie umgesetzt wurde. Je nachdem, wo sie sich im Land befinden, können sich Christen muslimischer Herkunft treffen. Aber alle stoßen in unterschiedlichem Maße auf Widerstand, nämlich von Familie, Freunden, Nachbarn und den Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Beispiele sind evangelikale, baptistische und pfingstlerische Gemeinden, Assemblies of God, die Heilsarmee, Sabah Injil Borneo und andere. Sie sind oft mit Überwachung, Diskriminierung, Einschüchterung und Schikanen konfrontiert.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malaysia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Malaysia blieb mit 12,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2021 sehr hoch.
- Der Druck ist im Bereich Familienleben extrem hoch und am stärksten, im gesellschaftlichen Leben und im Privatleben steht er auf einem sehr hohen Niveau. Der Druck im Familienleben, gesellschaftlichen Leben und Privatleben verdeutlicht die Probleme der christlichen Konvertiten aus dem Islam und anderen Religionen, die auch von der Islamisierungspolitik des Landes ausgehen. Der Druck durch die Triebkraft der islamischen Unterdrückung ist in allen Bereichen präsent. Konservative islamische Gruppen und Parteien haben in Malaysia an Stärke und Einfluss gewonnen.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen lag bei 2,4 Punkten und damit höher als im Weltverfolgungsindex 2020 (1,5 Punkte). Abgesehen von der Entführung einiger Christen in den letzten Jahren war die Verfolgung in Malaysia selten gewalttätig. Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth werden seit mehr als zwei Jahren vermisst, nachdem sie aus ihrem Haus im Bundesstaat Selangor verschwunden sind; die Ermittlungen dauern an. Pastor Raymond Koh wurde während der Fahrt auf einer belebten Straße in Petaling Jaya entführt und wird seit Februar 2017 vermisst. Sein Verbleib ist immer noch unbekannt und nach den Erkenntnissen der Menschenrechtskommission des Landes war eine Spezialeinheit der Polizei an der Entführung beteiligt.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie

Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Nach dem Gesetz dürfen sich malaiische Muslime in keinem Staat außer in Sarawak vom Islam abwenden, um einen anderen Glauben anzunehmen. Aber selbst dort ist der Prozess langwierig und schwierig. Die PAS will, dass die Todesstrafe durchgesetzt wird, war aber bisher bei ihren Bemühungen nicht erfolgreich. Im Februar 2018 gab es in Sarawak ein Gerichtsverfahren zur Apostasie, aber das Gericht entschied, dass Apostasie-Fälle nur vor Scharia-Gerichten verhandelt werden können, nicht vor Zivilgerichten. Dieses Urteil war für Christen und Konvertiten eine Enttäuschung.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Im Berichtszeitraum gab es mehrere Fälle von Untersuchungen, inwieweit Posts in sozialen Medien den Islam beleidigt haben. Dies veranlasste die Abteilung für islamische Entwicklung in Malaysia (JAKIM), mögliche Beleidigungen gegen den Islam weiterhin genau zu beobachten. Der Glaubenswechsel kann leicht als Beleidigung oder als gegen den Islam gerichtet angesehen werden. Aber es hat auch andere Folgen, wenn ein Christ muslimischer Herkunft seinen Glauben in einem Blog oder auf Facebook offenbart: Die Familie ist in der Regel die erste, die handelt, indem sie alle familiären Bindungen kappt. Manchmal nehmen religiöse Beamte den Konvertiten in Gewahrsam, um ihn umzusiedeln und umzuerziehen.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Da ehemalige Muslime, die Jesus Christus nachfolgen, als Abtrünnige gelten, ist es für sie sehr riskant, ihren Glauben zu offenbaren, da sie bestraft werden oder in ein islamisches Läuterungszentrum geschickt werden können, wo sie unter Druck gesetzt werden, zum Islam zurückzukehren. Von einigen Christen muslimischer Herkunft ist bekannt, dass sie von einem Tag auf den anderen verschwunden sind, ohne dass jemand weiß, wo sie sich aufhalten. Nach einer Richtlinie der Fatwa-Abteilung dürfen Weihnachtsbäume und andere Dekorationen, die als Symbol für Weihnachten gelten, nicht verwendet werden, wenn ein Muslim plant, an einer Weihnachtsveranstaltung teilzunehmen. Sie verbietet Muslimen auch, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen, die religiöse Lieder oder die Verwendung des Kreuzes oder „Sprache oder Gesten in Form eines Lobes für die nichtmuslimische Religion“ enthalten. Es ist jedoch nicht klar, welche Konsequenzen es hätte, dies zu ignorieren.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Da es keinem Malaien erlaubt ist, vom Islam weg zu konvertieren, ist jede Diskussion über den Glauben mit dem Risiko behaftet, als Bekehrungsversuch wahrgenommen zu werden. Es ist auch möglich, dass Christen – oder sogar Atheisten – wegen eines solchen Themas der „Beleidigung des Islam“ bezichtigt werden. Für Christen muslimischer Herkunft sind Gespräche über den Glauben natürlich mit einem viel höheren Risiko verbunden, da sie dazu führen können, dass der eigene Glaubenswechsel entdeckt wird.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Nach dem Gesetz werden Kinder von Paaren mit einem muslimischen Elternteil (entweder durch Geburt oder Glaubenswechsel) automatisch als Muslime registriert. Da Christen muslimischer Herkunft ihre Religion nicht offiziell zum christlichen Glauben wechseln können, werden ihre Kinder als Muslime registriert.

Das Problem mit der Registrierung von Kindern ist ein ständiges Problem für Bumiputras. Nach dem Gesetz hat das Oberste Bundesgericht nun festgestellt, dass der einseitige Glaubenswechsel eines Kindes durch ein Elternteil nicht rechtens ist, sondern dass für einen solchen die Zustimmung beider Eltern erforderlich ist. Die offizielle Praxis ist, dass die Religion des Kindes in der Geburtsurkunde, MyKID (Personalausweis unter 12 Jahren) und MyKAD (Personalausweis ab 12 Jahren) eingetragen wird. Es gab jedoch Fehler, bei denen das Register die Religion des Kindes als „Islam“ angab, insbesondere bei Orang Asli (indigene Bevölkerung). Einheimische in Sabah und Sarawak haben die Zusätze „bin“ (Sohn von) oder „binti“ (Tochter von) in ihren Namen, obwohl sie keine Muslime sind, was die Beamten dazu veranlasst, sie für Muslime zu halten und den Islam als ihre Religion in den MyKAD einzutragen. Dies war eines der Hauptprobleme, mit denen Bumiputra-Christen konfrontiert waren, aber einige von ihnen entschieden sich, nicht darüber zu „streiten“, da der Prozess lang und mühsam ist und es nur sehr wenige positive Ergebnisse gegeben hat. Und da immer mehr von ihnen zum Islam konvertieren, entweder absichtlich oder durch Täuschung, werden die Kinder der Eltern automatisch der „neuen“ religiösen Identität folgen, die der Islam ist. Da die „Religion“ nicht im physischen Personalausweis, sondern in den digitalen Informationen, die nur über das Kartenlesegerät abrufbar sind, angezeigt wird, ist es für die Regierung ein Leichtes, viele Kinder indigener Volksgruppen und Stammesgruppen dem Islam zuzuordnen, ohne dass die Eltern davon wissen oder es überprüfen können.

Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?

Da die Meldebehörde auch Sterbeurkunden ausstellt, sind Bestattungen ein Problem für Konvertiten und auch für viele indigene Christen. Wenn Unterlagen zeigen, dass die verstorbene Person als Muslim registriert wurde, werden die Behörden die islamische Religionsbehörde informieren. Wenn die Bestattungsrituale nicht gemäß dem Islam gefeiert werden, hat diese islamische Behörde das Recht, der nichtmuslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, damit islamische Riten für den Verstorbenen durchgeführt werden können.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Es ist sehr üblich, dass an staatlichen Gymnasien Pflichtfächer wie „Tamadun Islam“, Islamische Zivilisation, „Sejarah Islam“, Geschichte des Islam, und „Sastera Melayu“, Malaiische Literatur, unterrichtet werden. Zum Beispiel geht es im Geschichtsunterricht in Jahrgangsstufe 11 (Sekundarstufe 4) hauptsächlich um islamische Geschichte und sie nimmt 80 % des Lehrplans ein. Nichtmuslimische Kinder müssen diese Fächer belegen, da sie Pflichtfächer sind. Es ist auch üblich, dass Kinder der indigenen Stämme in Malaysia unter Druck gesetzt werden, religiöse bzw. Arabisch-Kurse zu besuchen. Pläne, malaiisch-arabische Kalligraphie-Kurse namens „Khat“ – und damit das Schreiben von Koranversen – in allen Schulen verpflichtend zu machen, sorgten für Unruhe in den

Minderheiten. Nach Protest wurden diese in optionale Kurse umgewandelt. Dennoch zeigt die Tatsache, wie hoch der Druck ist, dass Bildung zu einer Quelle islamischer Indoktrination geworden ist.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen muslimischer Herkunft müssen an Schulen islamischen Unterricht besuchen, und es gibt Berichte, dass christliche Kinder unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren. Manchmal müssen Eltern, die zum christlichen Glauben übergetreten sind, ihr Kind von der Schule nehmen, da es unbeabsichtigt über den Glauben seiner Eltern sprechen könnte. Kinder protestantischer Christen werden aufgrund des christlichen Glaubens ihrer Eltern oftmals belästigt oder diskriminiert. Abfällige Kommentare von Mitschülern sind an der Tagesordnung, und sogar Lehrer haben christliche Schüler bloßgestellt, oft aus einer Mischung aus religiösen und ethnischen Gründen.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Ein Teil der Politik der Bevorzugung von Malaien ist, dass ethnische Malaien einen Preisnachlass von 10 % erhalten, wenn sie Immobilien kaufen, während andere den vollen Preis zahlen müssen. Dies kann als indirekte Dschizya-Steuer (muslimische Steuer für Nichtgläubige) angesehen werden, soweit chinesische und indische Christen betroffen sind, da sie keinen Anspruch auf solche Leistungen haben. Muslime sind auch von bestimmten Steuern befreit, weil sie die Zakat (Almosensteuer, dritte Säule des Islam) zahlen, und zahlen eine reduzierte Einkommenssteuer, während andere die volle Einkommenssteuer zahlen.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Dieser Druck ist akut für die indigene Bevölkerung in Ostmalaysia, aber auch für die Orang Asli in Westmalaysia. Die staatlich gelenkte und finanzierte muslimische Mission (Dawah) nutzt oft die wirtschaftlichen und sozialen Schwächen der christlichen und animistischen Einheimischen und lockt sie mit finanziellen Vorteilen zum Übertritt in den Islam. Ein solcher und noch stärkerer Druck wird auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt, da sie mit Aufgehalten in Umerziehungslagern rechnen müssen.

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Für Nichtmalaien ist der Zugang zu einer Reihe von Universitäten eingeschränkt. An den öffentlichen Universitäten gilt immer noch das Quotensystem, bei dem Bumiputra-Studenten (Malaien und Indigene) einen höheren Anteil haben, während Nichtbumiputra-Studenten weniger Zugang zu den öffentlichen Universitäten haben. Dies gilt für die Aufnahme an öffentlichen Universitäten und für staatliche Stipendien. In einem Presseartikel vom Februar 2018 unterstützte nur ein einziger Student der UiTM (eine staatliche Universität, die Bumiputras vorbehalten ist) in einer Umfrage offen die Idee, die Universitäten für Nichtbumiputras zu öffnen. Er äußerte die Meinung, dass auch Nichtbumiputras ein Recht auf Bildung hätten, wurde aber von seinen Klassenkameraden mit wütenden und rassistischen Bemerkungen konfrontiert. Der Leiter der Klasse sagte sogar: „Glaubst du, dass du hier sein würdest, wenn die UiTM ihre Türen für die Nichtbumiputras öffnet? Wenn die Inder und Chinesen in die UiTM einsteigen, werdet ihr euer Studium nie abschließen können.“ Um sich für eine

Hochschulausbildung und Stipendien zu qualifizieren, müssen Christen aufgrund der Politik der Bevorzugung von Malaien weitaus höhere Hürden überwinden als Muslime.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Es gab schon immer eine Diskriminierung von Nichtmalaien und eine Bevorzugung von Malaien im öffentlichen Dienst, aber die PH-Regierung hatte Hoffnungen auf eine mögliche Änderung geweckt, indem sie einige Christen wegen ihrer Verdienste in höhere staatliche Positionen berief, trotz des heftigen Widerstands der islamisch-malaiischen Parteien und Organisationen. Beispiele für diesen Ansatz waren die Berufung von Nichtmalaien und Nichtmuslimen in das Amt des Justizministers, des Generalstaatsanwalts und des Obersten Richters. Diese Politik führte zu Anschuldigungen, dass die muslimische Sache verloren sei und Malaysia nun „christianisiert“ werde, und wurde mit der Machtübernahme der PN-Regierung sofort wieder zurückgenommen. Was private Unternehmen betrifft (zum Beispiel im Besitz von chinesischen Christen, aber auch generell für alle nichtmalaiischen Geschäftsinhaber), ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass die Inhaber Bumiputra-Partner haben müssen, um Regierungsaufträge zu erhalten. Um das zu umgehen, haben einige Unternehmen „Bumiputra-Partner“ nur auf dem Papier.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Deshalb haben Malaien nicht die Freiheit, den Islam zu verlassen und eine andere Religion anzunehmen. Wie bereits erwähnt, entschied das Oberste Bundesgericht, dass die Zuständigkeit für die Gültigkeit eines Glaubensübertritts bei den Scharia-Gerichten und nicht bei den Zivilgerichten liegt, so dass Christen muslimischer Herkunft bis auf Weiteres praktisch ohne rechtliche Vertretung dastehen. Die Verfassung verbietet auch den Anhängern anderer Religionen, ihre Religion unter malaiischen Muslimen zu propagieren. Demgegenüber ist es Muslimen gestattet, den Islam im ganzen Land zu verbreiten. Darüber hinaus gilt die Scharia in Verbindung mit dem Zivilrecht. Das vorgeschlagene Hudud-Gesetz, das die islamische Körperstrafe im Bundesstaat Kelantan erlauben soll, ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Länderprofils noch im Parlament anhängig, obwohl es wohl eher als politische Drohung denn zur tatsächlichen Umsetzung genutzt wird.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Die Behörden weigern sich, das Recht des Einzelnen auf Glaubenswechsel anzuerkennen, insbesondere für Muslime, egal ob sie Malaien oder Nichtmalaien sind. Muslime, die dem Islam den Rücken kehren wollen, müssen einen langen und schmerzhaften juristischen Prozess durchlaufen und werden oft der Apostasie angeklagt. Es ist für ethnische Malaien praktisch unmöglich, legal zum christlichen Glauben zu konvertieren, da sogar die Verfassung dem entgegensteht. Der religiöse Status eines Bürgers ist im Personalausweis vermerkt, und es ist ein harter Kampf, ihn entfernen zu lassen, sollte jemand den Islam verlassen wollen. Infolgedessen werden viele Bumiputra auf ihren Personalausweisen fälschlicherweise als Muslime eingestuft. Die Behörden leisten zudem finanzielle Hilfe für diejenigen, die zum Islam konvertieren wollen.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Religion ist in Malaysia Teil jedes Lebensbereiches. Die Diskriminierung von Christen (und allen Nichtmalaien und Nichtmuslimen) findet auf allen Ebenen der Gesellschaft statt, einschließlich der lokalen Verwaltung und Regierung. Die Behörden gewähren den Malaien eine Sonderbehandlung. So müssen beispielsweise Unternehmen, die sich in nichtmalaiischem Besitz befinden, mindestens einen Malaien als Vorstandsmitglied haben. Es gab Berichte, dass die Covid-19-Nothilfe ungerecht verteilt wurde. Wie so oft in Malaysia kann dies aus einer ganzen Reihe von religiösen, ethnischen oder politischen Gründen geschehen sein.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Auf Websites malaiischer islamischer Rechtsverbände und in staatlichen Medien werden Christen häufig verleumdet, indem beispielsweise Gerüchte verbreitet werden, dass Christen und Juden Malaysia übernehmen wollten. Die prominente christliche Politikerin Hannah Yeoh ist nach wie vor eine bevorzugte Zielscheibe. Gegen sie wurde ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, weil ihr ein Twitter-Posting über Kinderheirat fälschlicherweise zugeschrieben wurde. Im Wahlkampf 2018 wurde ihr öffentlich vorgeworfen, für das Christentum zu missionieren. Im Parlament bezeichnete ein PAS-Abgeordneter die Bibel öffentlich als „verdorbenes Buch“, ohne dass er mit Ermittlungen konfrontiert wurde oder sich anschließend für seine Bemerkung entschuldigte.

Kirchliches Leben

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die meisten Kirchen – selbst die großen und etablierten – sind sehr vorsichtig, wenn es darum geht, Konvertiten willkommen zu heißen. Für die Kirchen ist es sehr riskant, malaiische Konvertiten zu integrieren. Deshalb treffen diese sich im Geheimen, getrennt von anderen christlichen Gruppen. Aus Sicherheitsgründen können die Kirchen malaiische Konvertiten nicht offen integrieren, da sie sonst Ärger mit den Behörden bekommen. Manchmal haben Gemeinden sogar Christen muslimischer Herkunft abgewiesen oder sogar bei den Behörden angezeigt, weil sie nicht in Schwierigkeiten geraten wollten. Das Risiko, dass Konvertiten beim Kirchgang erwischt werden, ist in Westmalaysia deutlich höher.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Artikel 11(3) der Verfassung besagt: „Jede religiöse Gruppe hat das Recht dazu: ihre eigenen religiösen Angelegenheiten zu verwalten; Einrichtungen für religiöse oder karitative Zwecke zu errichten und zu unterhalten; und Eigentum zu erwerben und zu besitzen und es in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu halten und zu verwalten.“ Die meisten nicht traditionellen Kirchen können sich nicht als religiöse Körperschaft registrieren lassen, sondern lassen sich als Gesellschaft registrieren, was mit Vorteilen (wie der Möglichkeit, ein Bankkonto zu eröffnen und Eigentum zu mieten oder zu kaufen), aber auch mit der Pflicht zur Berichterstattung an die Behörden verbunden ist.

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Pastoren und Kirchenleiter sind natürliche Zielscheiben für Anfeindungen seitens religiöser oder ethnischer Gruppen, vor allem wenn sie oder ihre Kirche als evangelistisch tätig wahrgenommen werden, und noch mehr, wenn dies unter Muslimen geschieht. Die Entführung von Pastor Raymond Koh am helllichten Tag im Februar 2017 sandte Schockwellen durch die christliche Gemeinschaft und deren Leitungen, die bis heute zu spüren sind. Besonders beunruhigend ist, dass sein Verbleib mehr als 1.000 Tage nach dem Vorfall immer noch unbekannt ist, die Täter nicht gefunden (geschweige denn bestraft) wurden und dass Erkenntnisse auf eine Beteiligung einer Spezialeinheit der Polizei hindeuten.

Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z. B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?

In Malaysia gibt es einen christlichen Radiosender, aber abgesehen davon verzichten die Kirchen aus verschiedenen Gründen auf die Nutzung der Massenmedien, unter anderem wegen des Risikos, einer unethischen Bekehrung bezichtigt zu werden.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 können aus Sicherheitsgründen nur wenige Angaben gemacht werden:

- **Angriffe auf und Verhaftungen von Christen:** Mindestens ein Christ wurde angegriffen und zwei verhaftet.
- **Angriffe auf Kirchen:** Im Dezember 2019 gab es mindestens einen Fall von Vandalismus gegen eine katholische Kirche in Penang.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 wird festgehalten:

„Religiöse Behörden haben im September in zwei Bundesstaaten mindestens 30 Personen verhaftet, weil sie an Ashura-Feiern teilgenommen und gegen eine staatliche Fatwa verstoßen haben, die den schiitischen Islam als ‚abweichend‘ erklärt. Im November verhängten die religiösen Autoritäten gegen vier Männer Rohrstock-Schläge, weil sie ‚Geschlechtsverkehr gegen die Ordnung der Natur‘ praktiziert hatten.“

Die Denunziation von Schiiten durch die Religionsbehörde des Bundesstaates Selangor im September 2019 zeigt, dass sie weiterhin als Bedrohung angesehen werden. Hindus, Anhänger traditioneller chinesischer Religionen und Buddhisten sind ebenfalls von der Vorzugsbehandlung der Regierung gegenüber ethnischen Malaien betroffen. Die hinduistische Minderheit erlebte einen Angriff auf einen ihrer Tempel. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für das Jahr 2019 berichtete über die Folgen: „Im Mai verhaftete die Polizei vier Männer aus einer mutmaßlichen IS-Terrorzelle, weil sie angeblich Anschläge auf Gotteshäuser und ein Unterhaltungsgeschäft geplant hatten. Die Polizei sagte, dass die Angeklagten den Tod eines muslimischen Feuerwehrmannes ‚rächen‘ wollten, der beim Einsatz bei einem Aufruhr in einem Hindu-Tempel im Jahr 2018 getötet wurde. Medienberichten zufolge wurde der Anführer der vier im Mai wegen terrorismusbezogener Straftaten angeklagt.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Indonesien: Platz 47

Kurze Zusammenfassung

Viele Christen muslimischer Herkunft erleben Druck durch ihre Familie. Die Intensität des Drucks variiert jedoch je nach Familiensituation und Ort und besteht meist aus Isolation, verbalen Angriffen wie Beschimpfungen usw. Nur ein kleiner Teil der christlichen Konvertiten muss körperliche Gewalt für seinen christlichen Glauben erleiden. Außerdem hängt der Grad der Verfolgung davon ab, in welcher Region Indonesiens sich all dieses abspielt. Es gibt bestimmte Brennpunkte wie West-Java oder Aceh, in denen extremistisch-islamische Gruppen stark sind und einen großen Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben.



Sobald entdeckt wird, dass eine Kirche das Evangelium verkündigt, wie es viele evangelikale und Pfingstgemeinden tun, bekommt diese Probleme mit extremistischen islamischen Gruppen. Ebenfalls von der Region abhängig haben protestantische Freikirchen Schwierigkeiten, eine Erlaubnis zu erhalten, um Kirchengebäude zu bauen. Selbst wenn sie es schaffen, alle rechtlichen Vorgaben zu erfüllen (inklusive gewonnener Gerichtsprozesse), ignorieren lokale Behörden sie oft. Es gab auch Berichte von katholischen Kirchen, die ebenfalls Schwierigkeiten hatten, Baugenehmigungen zu erhalten. Auch wenn die Wertung auf dem Weltverfolgungsindex 2021 und 2020 niedriger ist als 2019, geht der Trend nur in eine Richtung: Die Situation der Christen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert; die indonesische Gesellschaft ist hinsichtlich des Islam konservativer geworden. Während der Covid-19-Krise gab es mehrere Vorfälle, die zeigten, dass eine stärker werdende, intolerante Haltung gegenüber Religionsfreiheit für Minderheiten existiert, insbesondere für Christen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	63	47
2020	60	49
2019	65	30
2018	59	38
2017	55	46

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Wertung um 3,3 Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 ist darauf zurückzuführen, dass über mehr Druck auf Christen berichtet wurde. Dadurch stieg die Punktzahl in allen Lebensbereichen bis auf das kirchliche Leben an; hier ging der Druck leicht zurück. Im zweiten Berichtszeitraum in Folge gab es keine Bombenangriffe auf Kirchen. Einige Kirchen wurden jedoch bei ihren Treffen behindert. Ein Pastor in Papua wurde getötet, vermutlich von einem Soldaten der Regierung. Mehr als 50 Christen wurden von ihrem Land in Ost-Nusa-Tenggara vertrieben. Dutzende extremistischer Muslime wurden von den Behörden festgenommen und Anschläge so verhindert.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Regierung kämpft damit, das Land zu einen, während sich immer mehr Menschen radikalieren

Indonesien stehen schwierige Zeiten bevor. Die Tatsache, dass ethnische und religiöse Zugehörigkeit ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für politische Zwecke missbraucht wurden, hat viele Indonesier schockiert und dem internationalen Image des Landes als Förderer eines toleranten Islam erheblich geschadet. Die Radikalisierung geht weiter und findet zunehmend online statt; Schulen, Universitäten und Behörden tun sich schwer, ein Gegenmittel dafür zu finden. Bezüglich des Islamismus in Indonesien müssen in den kommenden Monaten und Jahren eine Reihe von Entwicklungen beobachtet werden:

- Die größte islamische Organisation Indonesiens, Nahdlatul Ulama (NU), ist in einen Kampf um ihre theologische Ausrichtung verwickelt. Viele junge Geistliche sehen die relativ liberale Ausrichtung des Islam Nusantara (auch „Inselislam“ genannt) als nicht vereinbar mit klassischer islamischer Theologie und den zugehörigen Werten. Mehrere junge Geistliche haben innerhalb der NU eine Gruppe gebildet, die sich „Wahrer Pfad“ nennt. Jahrzehntlang verfolgte die NU einen gemäßigten Kurs, verbunden mit politischer Neutralität, doch in den letzten Jahren ist sie zunehmend islamistisch und politisch aktiv geworden. Es bleibt abzuwarten, ob die Tatsache, dass der Vizepräsident ein hoher Würdenträger der NU ist, zu einer konservativeren Politik führen wird. Ebenso sind viele Mitglieder der Muhammadiyah-Organisation nicht mit ihrem Leiter einverstanden und haben entschieden, sich ebenfalls radikaleren Gruppen anzuschließen. Die Tatsache, dass junge Mitglieder der Muhammadiyah eher an einem radikalen Islamverständnis interessiert sind, wird Konsequenzen für alle zukünftigen Wahlen haben. Beide Organisationen kämpfen darum, ihre Vision eines gemäßigten Islam in einer pluralistischen Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen und junge Menschen einzubinden.
- Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch das Wiedererstarken extremistischer und gewalttätiger islamischer Gruppen bleibt abzuwarten, wie erfolgreich die Behörden bei der Eindämmung dieser Bedrohung sind und ob sich die Angriffe auf die Sicherheitsorgane beschränken oder wieder religiöse Minderheiten zum Ziel haben werden. Gleichzeitig muss die Regierung Wege finden, die Unterstützung der Gesellschaft für solche Gruppen in bestimmten Regionen des Landes zu verringern. Dass diese Radikalisierung mehr und mehr online stattfindet, macht diese Aufgabe nicht einfacher. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass bis Ende 2021 etwa 270 wegen terrorismusbezogener Anklagen verurteilte Gefängnisinsassen zur Entlassung anstehen, wobei diejenigen, die sich in Polizeigewahrsam befinden, nicht berücksichtigt sind. Auch wenn die Rückfallquote nur etwa 10 Prozent beträgt, stellt dies eine große Herausforderung für die Behörden und die Gesellschaft insgesamt dar. Eine wachsende Zahl von indonesischen Anhängern der Ideologie des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS) greift auf Heimunterricht zurück, um eine Generation von militanten „IS-Kindern“ aufzuziehen.

- Eine weitere Frage, die es zu beobachten gilt, ist, ob Indonesien seine Blasphemiegesetze erweitern wird und wie die mögliche Umsetzung aussehen könnte. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) haben eindringlich vor einem solchen Schritt gewarnt, aber der Präsident könnte ihn als eine hervorragende Möglichkeit sehen, dem wachsenden Konservatismus in der Gesellschaft entgegenzukommen. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass die Stimmabgabe für extremistische Parteien auf lokaler Ebene nicht unbedingt das Ausmaß der Gewalt erhöht, aber dennoch die Mehrheitsbevölkerung ermutigt, radikalere und intolerantere Ansichten zu übernehmen.

2) Wachsender Autoritarismus und Polarisierung

Die Tatsache, dass Indonesien Gefahr läuft, seinen Ruf als Vertreter eines toleranten Islam zu verlieren, bedeutet auch, dass die Regierung sich verpflichtet fühlt, das Motto des Landes „Einheit in der Vielfalt“ noch offener zu verteidigen, um der Gründungsideologie der Nation, der Pancasila, treu zu bleiben. Es wird jedoch eine enorme Herausforderung sein alle Bürger zu berücksichtigen, einschließlich aller ethnischen und religiösen Minderheiten. Es wurden Anstrengungen unternommen, ein Gesetz zur Umsetzung der Pancasila zu entwerfen. Aber dies würde die Gefahr bergen, dass die Auslegung der Pancasila monopolisiert und als politische Waffe missbraucht werden könnte, was sowohl dem inklusiven Ansatz der Pancasila, als auch der Stellung der religiösen Minderheiten schaden würde. Diesem Thema wurde sogar das Potenzial zugeschrieben, verschiedene islamistische Gruppen wieder zusammenzubringen, die sich für ein gemeinsames Anliegen einsetzen. Die Rückkehr des Anführers der militanten „Front Pembela Islam“ („Islamische Verteidigerfront“, FPI), Rizieq, nach Indonesien könnte sich als Katalysator für die islamisch-extremistischen Gruppen erweisen. Eine seiner ersten Predigten nach seiner Ankunft gab den Ton an, der in Zukunft zu erwarten ist: In dieser Predigt forderte er die Hinrichtung derjenigen, die Blasphemie gegen den Islam begehen. Es ist beruhigend, dass das Oberste Verwaltungsgericht entschieden hat, dass die flächendeckende Internetsperre in Papua rechtswidrig war, so dass es noch Korrekturen gibt. Dennoch sind weitere Herausforderungen zu erwarten.

Das zweite Kabinett von Präsident Joko Widodo (weithin bekannt als „Jokowi“) umfasst sechs Minister mit militärischem Hintergrund (einschließlich des Ministers für Religion) und einen mit polizeilichem Hintergrund, was zeigt, wie sehr Indonesien immer noch auf die Streitkräfte zählt und wie wichtig Sicherheitsfragen sind. Es wäre jedoch eine Übertreibung, von einer „Remilitarisierung“ der indonesischen Politik zu sprechen. Autoritarismus und Majoritarismus werden auch in dem Bemühen eingesetzt, das Land zusammenzuhalten und Schwierigkeiten und Spannungen auszugleichen. Eine weitere Facette des wachsenden Autoritarismus ist die Fortführung und tatsächliche Zunahme dynastischer Politik. Indonesien war dafür schon immer anfällig, aber die Regionalwahlen im Dezember 2020 (die nach Ende des Berichtszeitraums stattfanden) zeigten einen neuen Höhepunkt: Der älteste Sohn von Präsident Jokowi kandidierte für den Bürgermeisterposten in Surakarta und in Tangerang Selatan trat die Nichte des Verteidigungsministers Prabowo Subianto gegen die Tochter des Vizepräsidenten Ma'ruf Amin an. Dies verdeutlicht, wie schwierig es für Minderheiten ist, sich eine Stimme gegen die persönlichen Interessen der Mächtigen zu verschaffen.

Schließlich zeigte sich der weithin anerkannte demokratische Niedergang Indonesiens in seiner Reaktion auf die Covid-19-Krise. Während wachsender religiöser Konservatismus und Populismus eine starke Rolle spielten, wurde die zunehmende politische Polarisierung des Landes zwischen Islamisten und sogenannten Pluralisten als entscheidend angesehen. Diese Polarisierung wird auch weiterhin die indonesische Politik bestimmen.

3) Covid, China und andere Herausforderungen

Die inkonsequente und schwache Reaktion der Regierung auf die Covid-19-Krise wird längerfristige Folgen weit über die soziale und wirtschaftliche Landschaft des Landes hinaus haben. Eine zusätzliche Herausforderung ist die Frage, wie sich Indonesien als aufstrebende politische und wirtschaftliche Kraft als viertgrößtes Land der Welt und größtes muslimisches Land positioniert.

Eine der größten Herausforderungen ist, eine funktionierende Beziehung mit China zu finden. Obwohl Indonesien behauptet, keine territorialen Streitigkeiten mit China und chinesischen Ansprüchen im Südchinesischen Meer zu haben, ist dies nur halb wahr, wie das Gegenüberstehen einer chinesischen Flottille und indonesischen Streitkräften im Dezember 2019 / Januar 2020 im indonesischen Natuna-Meer zeigte. Die Installation einer militärischen Kommandozentrale in der Region war bereits ein deutliches Signal, aber die Übersendung einer diplomatischen Mitteilung an den UN-Generalsekretär, die sich gegen Chinas Ansprüche aussprach, war eine seltene öffentliche Positionierung der indonesischen Politik, die die Position der ASEAN in dieser Frage unterstützte.

Die kontinuierliche Finanzierung durch Saudi-Arabien hat Indonesien in den letzten drei Jahrzehnten verändert. In den letzten Jahren hat sich der tolerante und integrative Islam in Indonesien in einen sehr viel konservativeren verwandelt, da das Land ein Hauptempfänger des gesamten Spektrums der saudischen Missionierung wurde. Es bleibt abzuwarten, wie sich Indonesien auch in dieser Hinsicht positioniert und inwieweit sich die Gesellschaft und die muslimischen Organisationen, die die Pancasila verteidigen (wie NU und Muhammadiyah), gegenüber diesen Bemühungen als widerstandsfähig oder sogar als kontraproduktiv erweisen. Der Grad der Freiheit, den religiöse Minderheiten wie Christen genießen, hängt zum Teil von diesen Faktoren ab.

3. Religiöse Situation im Land

Laut der Schätzung der World Christian Database (WCD) sind 79,5 Prozent der Bevölkerung Muslime. Zudem gibt es Millionen von Atheisten/Agnostikern und Anhänger ethnischer Religionen, des Hinduismus (hauptsächlich auf Bali), des chinesischen Volksglaubens und des Buddhismus.

Während der christliche Glaube eine wichtige Religion im Osten Indonesiens wurde, wurde der Islam in den westlichen und zentralen Teilen des Landes stark, besonders auf der bevölkerungsreichsten Insel: Java. Die besondere Interpretation des Islam in Indonesien, die von seiner größten Organisation Nahdlatul Ulama „Islam Nusantara“ genannt wurde, ist relativ moderat und tolerant gegenüber anderen Religionen. Sie erhielt jedoch mit der erfolgreichen Blasphemie-Kampagne während der Wahl des Gouverneurs von Jakarta Anfang 2017 einen schweren Schlag. Gouverneur „Ahok“ war der erste christliche Gouverneur in Jakarta seit mehr als fünf Jahrzehnten, so dass sich seine Gefängnisstrafe wegen Blasphemie und der emotional aufgeladene (und religiös motivierte) Wahlkampf als einschneidende Veränderung für die Christen im Land erweisen könnte. Ein weiterer Schock waren die Bombenanschläge auf drei Kirchen in Surabaya im Mai 2018. Umfragen zeigen, dass eine wachsende Zahl von Muslimen negative Ansichten über religiöse Minderheiten wie Christen hat.

Der Einfluss extremistischer islamischer Organisationen wächst. Weder die nationale noch Lokalregierungen wagen es, ihre Forderungen zu ignorieren, da sie öffentliche Unruhen fürchten. Solche Organisationen, von denen eine der radikalsten und lautstärksten die „Front Pembela Islam“ („Islamische Verteidigerfront“, FPI) ist, spielten eine prominente Rolle bei den Präsidentschaftswahlen und unterstützten Jokowi Rivalen, Prabowo Subianto, einen ehemaligen Armeegeneral. Allerdings hat

die FPI ihren Status als offizielle Massenorganisation („Ormas“) nicht erneuert, so dass sie ohne rechtliche Anerkennung bleibt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bewegung illegal ist oder einfach verschwindet. Im November 2019 erklärte der Minister für religiöse Angelegenheiten öffentlich, dass er eine Erneuerung des Status unterstützt und sagte sogar, dass die FPI daran beteiligt sei, „das Land voranzubringen“. Die FPI braucht den Ormas-Status jedoch gar nicht, um Anhänger zu mobilisieren, vor allem jetzt, da ihr Anführer im November 2020 nach Indonesien zurückgekehrt ist. Bei seiner Ankunft begrüßten ihn große Menschenmengen auf den Straßen vor dem Flughafen. Die indonesische Regierung hat 2017 Maßnahmen ergriffen, um die islamisch-extremistische Gruppe „Hizb-ut-Tahrir Indonesia“ zu verbieten, aber dies ist nur eine der kleineren Gruppen, die in Indonesien aktiv sind.

Indonesien war und ist – zusammen mit den Philippinen – das religiöseste Land der Welt. Eine im Juli 2020 veröffentlichte Umfrage zeigt dies: 98 Prozent der Befragten gaben an, dass Religion in ihrem Leben sehr wichtig ist. Die weitaus größere Herausforderung ist, dass die Gesellschaft als Ganzes zunehmend konservative Ansichten in Bezug auf Religion vertritt. Eine im Mai 2018 veröffentlichte Studie ergab, dass eine wachsende Zahl von Studenten islamistische Ansichten vertritt und 39 Prozent der Befragten mit extremistischer islamischer Ideologie in Berührung gekommen waren. Die lokale Nichtregierungsorganisation „Setara Institute“ veröffentlichte im Juni 2019 eine Studie über zehn staatliche Universitäten in Indonesien, die zeigt, wie islamische Extremisten universitäre Strukturen nutzen, um Anhänger zu gewinnen. So wird die nächste Generation zu sehr konservativen oder sogar extremistischen islamischen Ansichten erzogen. Dies wird in Zukunft wahrscheinlich zu einer Zunahme der gesellschaftlichen Diskriminierung und sogar zu Gewalt gegen Christen führen – nicht nur in Aceh und anderen Brennpunkten.

Eine der großen Unbekannten im Moment ist, wie die größten muslimischen Organisationen des Landes (die NU und die Muhammadiyah) der wachsenden Radikalisierung im Land begegnen werden. Traditionell galten sie als moderat und tolerant gegenüber anderen religiösen Gruppen, aber besonders die Jugendorganisation der NU hat sich lautstark für ein konservativeres Verständnis des Islam eingesetzt. Während Vizepräsident Amin eine hochrangige Figur in der NU ist, setzt sich der Generalsekretär der NU, Yahya Staquf, weiterhin stark gegen extremistische Interpretationen des Islam ein, ein Kampf, von dem er zugibt, dass er nicht optimistisch ist, ihn zu gewinnen.

Religiöse Minderheiten wie die Ahmadiyya (eine muslimische Minderheit) und Christen sind häufig Ziel von Diskriminierung und Gewalttaten, aber Indonesien ist immer noch eine sehr vielfältige Nation: Eine Provinz, Aceh, an der Westspitze Sumatras, wird von der Scharia regiert und verschärft ihre Regeln sogar noch. Mehrere andere Provinzen haben ebenfalls durch die Scharia inspirierte Gesetze eingeführt, was insbesondere Christen in eine schwierige Situation bringt. Gleichzeitig gibt es aber auch Provinzen mit christlicher Mehrheit und mit Hindu-Mehrheit. Dennoch haben die massiven Demonstrationen gegen Jakartas Ex-Gouverneur Ahok und die Anschläge auf drei Kirchen im Mai 2018 Christen und andere religiöse Minderheiten in Indonesien nervös gemacht, da islamisch-extremistische Gruppen immer offener auftreten und offensichtlich immer mehr Einfluss im öffentlichen Raum gewinnen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt sowohl gesegnet als auch herausgefordert ist. Es beheimatet die größte muslimische Bevölkerung der Welt, deren vorherrschende Ausprägung des Glaubens traditionell eher tolerant ist, was Minderheiten gewisse Freiheiten einräumt. Oft wird der Glaube als „Islam Nusantara“ oder „Inselislam“ bezeichnet, ein Begriff, der von der größten muslimischen Organisation (NU) geprägt wurde und sich auf die einmalige Topographie des Archipels mit seinen mehr als 17.000 Inseln und seine Vielfalt bezieht. Sowohl hinsichtlich Geografie als auch Religion ist Indonesien eines der am stärksten dezentralisierten und vielfältigsten Länder der Erde. Obwohl die Verfassung Indonesiens Religionsfreiheit zusichert, gelten in verschiedenen Regionen und Territorien des Landes unterschiedlichste islamische Gesetzesergänzungen, inklusive der Scharia in der Provinz Aceh. Obwohl einige extremistische und sogar gewalttätige islamische Gruppen offiziell verboten wurden, üben sie weiterhin einen erheblichen Einfluss aus. Die Behörden lernen eine Lektion, die Regierungen auf der ganzen Welt gerade lernen: Ein einfaches Verbot islamisch-extremistischer Gruppen lässt sie nicht verschwinden. Oft tauchen sie einfach unter einem anderen Namen wieder auf. Die Rückkehr des Brandpredigers Rizieq, Anführer der FPI, am 10. November 2020 wird nicht nur radikale Rhetorik (auch gegen Minderheiten) mit sich bringen, sondern auch ein stark erhöhtes Potenzial, Anhänger zu mobilisieren, auf die Straße zu gehen. So steigt der Druck auf die Regierung, ihren Forderungen nachzugeben.

Indonesiens Universitäten sind bekanntermaßen Brutstätten der islamischen Radikalisierung, und so ist es nicht verwunderlich, dass eine im Mai 2018 von der indonesischen Regierung veröffentlichte Studie ergab, dass eine wachsende Zahl von Studenten islamistische Ansichten vertritt. Geld aus Saudi-Arabien fließt zu Bildungszwecken nach Indonesien und bewirkt, dass die wahhabitische Ideologie ins Land gebracht wird. Die schwere Aufgabe, intoleranten und manchmal absolut christenfeindlichen Einstellungen zu begegnen, wurde zuletzt durch ein Forschungspapier deutlich, das am 1. Juni 2018 auf der Online-Plattform „New Mandala“ vorgestellt wurde. In dem Papier werden Unterschiede der 34 Provinzen Indonesiens diskutiert. In der Studie wurden Stellungnahmen zu fünf Aussagen erfragt wie

1. „Christen sind oft unehrlich und selbstsüchtig.“
2. „Indonesien wäre ein besserer Ort, wenn es keine Christen im Land gäbe.“
3. „Christen haben das Recht, als Verwaltungschef, Bürgermeister oder Gouverneur gewählt zu werden, auch in Regionen, in denen Muslime die Mehrheit bilden.“
4. „Ich wäre dagegen, wenn in meiner Nachbarschaft eine Kirche gebaut werden würde.“
5. „Christen muss es erlaubt sein, Demonstrationen gegen die Diskriminierung ihrer Religion zu organisieren.“

Trotz einiger Bedenken hinsichtlich der verwendeten Methodik sind die Resultate deutlich genug: Generell gesprochen, ist Aceh am wenigsten tolerant, am tolerantesten ist Nordkalimantan. Unter den Provinzen auf Java ist Banten die am wenigsten tolerante, gefolgt von Jakarta, West-Java Ost-Java und Yogyakarta. Die radikale Ideologie breitet ihre Wurzeln aus, und nicht nur Christen sind davon betroffen; auch muslimische Minderheiten wie die Ahmadiyya leiden darunter.

Die großen Proteste gegen Ahok haben zu einer vermehrt intoleranten Einstellung in der Gesellschaft geführt, wie ein Forschungspapier zeigte. Während 2016 in einer Umfrage des „Indonesia Survey

Institute“ noch 48 Prozent der Befragten angaben, sie wären gegen einen nichtmuslimischen Präsidenten, stieg diese Zahl 2018 auf 59 Prozent. Ein ähnlicher Anstieg macht sich bemerkbar, wenn die Frage hinsichtlich des Vizepräsidenten, der Gouverneure und der Bürgermeister gestellt wird. Auf der anderen Seite zeigt die Befragung, dass die Anzahl der Personen, die den Bau eines nichtmuslimischen Gotteshauses in ihrer Nachbarschaft ablehnen, von 64 Prozent auf 52 Prozent gefallen ist. Das stellt jedoch immer noch mehr als die Hälfte der Befragten dar.

Eine im Oktober 2018 veröffentlichte Studie ergab, dass 57 Prozent aller Lehrer anderer Religionen intolerant gegenüberstehen. Das Zentrum für Studien des Islam und der Gesellschaft an der staatlichen islamischen Universität „Syarif Hidayatullah“ fand in seiner Studie heraus, dass mehr als 37 Prozent seiner Lehrer angaben, dass sie „Intoleranz ausgeübt haben oder dies planen“. 56 Prozent von ihnen missfiel die Errichtung von Gotteshäusern durch Nichtmuslime in ihrer Nachbarschaft und 21 Prozent lehnten religiöse Feste andersgläubiger Nachbarn ab. Angesichts der Tatsache, dass diese Personengruppe den Auftrag hat, Indonesiens nächste Generation zu unterrichten und auszubilden, sieht dies für die Zukunft des Landes nicht sehr vielversprechend aus und die Triebkraft islamische Unterdrückung wird mit sehr großer Wahrscheinlichkeit weiterhin an Kraft gewinnen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Ansichten in den vergangenen zwei Jahren seit den Umfragen stark verändert haben.

Religiös motivierter Nationalismus

Auch wenn der Einfluss dieser Triebkraft von Verfolgung als gering eingestuft wird, wird er hier aufgeführt – schon als Zeugnis der Diversität Indonesiens, da diese Triebkraft von der hinduistischen Minderheit ausgeht. Wie bereits erwähnt, ist Indonesien eines der vielfältigsten Länder der Erde, was Sprache, Ethnie oder Religion betrifft. Ein Beispiel dafür ist die vorwiegend hinduistische Insel Bali. Wenn ein Hindu Christ wird, steht er oder sie einem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn gegenüber, zum Glauben der Vorväter zurückzukehren.

5. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen und ideologische Interessengruppen:** Es gibt eine Vielzahl von gewalttätigen und teilweise terroristischen Gruppen, von denen zwei von der Regierung verboten wurden: Hizb-ut Tahrir Indonesien im Mai 2017 und Jemaah Anshorut Daulah im Juli 2018. Im Alltag wirken Gruppen wie die FPI, das „Islamic Community Forum“ (FUI), die „Islamic Jihad Front“ (FJI) und der „Indonesische Mudschahedin-Rat“ (MMI) viel stärker auf die christlichen Gemeinden ein und stehen beispielsweise hinter Aktionen gegen Kirchen. Diese Organisationen üben einen zunehmenden Einfluss auf Gesellschaft und Politik aus. Sie verwenden öffentlich strenge religiöse Interpretationen, um die Umsetzung der Scharia und die Verletzung der Rechte religiöser Minderheiten zu rechtfertigen. Sie sind in der Lage, hunderttausende Menschen für Demonstrationen auf die Straßen zu bringen, zudem werden sie von manchen Politikern und Parteien benutzt, um einen Vorteil in den Wahlen zu erlangen. In letzter Zeit haben einige von ihnen begonnen, selbst islamische politische Parteien aufzubauen. Die Grenze zu ideologischen Interessengruppen ist sehr schmal und schwer zu ziehen. Aber nicht alle extremistischen islamischen Gruppen greifen zu Gewalt.

- **Gewöhnliche Bürger:** Lokale Gemeinschaften werden immer aktiver darin, Kirchengemeinden daran zu hindern, sich zu treffen. Sie beschwerten sich über ihre Präsenz, manchmal mit dem Argument, dass sie ihren islamischen Glauben reinhalten müssten und die Präsenz einer christlichen Kirche dies erschwere. Auch die steigende Popularität sehr konservativer islamischer Prediger im Internet trägt zu dieser Haltung bei. Dies kann manchmal zu Mobgewalt und zur erzwungenen Schließung von Kirchen und Gemeinden führen, oft vorangetrieben durch die genannten gewalttätigen religiösen Gruppen.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung an sich ist auf der nationalen Ebene weniger ein Verfolger, obwohl sie sich auch nicht zu sehr um die Situation der religiösen Minderheiten bemüht. Alle Regierungsbeamten haben geschworen, der nationalen Ideologie des Landes, Pancasila, zu folgen und sie zu verteidigen. In der Praxis jedoch machen es Regierungsbeamte (vor allem auf lokaler Ebene) Christen schwer, Genehmigungen für Kirchen zu erhalten und versäumen es absichtlich, Täter, die Straftaten gegen Christen verübt haben, vor Gericht zu bringen. In vielen Fällen sind die Beamten mehr darauf bedacht, die Harmonie in einer Gemeinschaft zu bewahren, als die Rechte der Minderheit zu schützen. Dies ist von Region zu Region unterschiedlich, aber im Allgemeinen gilt auch hier die Liste der Provinzen, die oben im Abschnitt Triebkräfte der Verfolgung genannt wurden.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Verfolgung geht von extremistischen islamischen Leitern aus, die durch ihre Predigten in Moscheen und auch in Massenmedien Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten schüren, besonders im Internet und in den sozialen Medien. Ein Beispiel dafür ist Abdul Somad. Manche haben in der Vergangenheit auch schon Anschläge mit geplant. Wenn gewöhnliche Bürger aufgewiegelt werden, um gegen eine Minderheit vorzugehen, werden sie oft von (ihren) religiösen Leitern angeführt. Dies können Leiter aus der örtlichen Moschee sein, aber es können auch Anführer von außerhalb der Ortschaft sein. Ein Beispiel hierfür ist die FPI, die mit der Rückkehr ihres Anführers aus dem selbstgewählten Exil an Stärke und organisatorischer Kraft gewinnt.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** In vielen Fällen werden Christen muslimischer Herkunft von ihren eigenen Familien dazu gedrängt, zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzukehren. Manchmal kappt die Familie einfach alle Verbindungen. Im Allgemeinen ist soziale Ächtung und verbale Gewalt eine alltägliche Erfahrung für christliche Konvertiten. Obwohl körperliche Gewalt selten ist, ziehen viele Christen muslimischer Herkunft es vor, wenn möglich, in größere Städte zu ziehen, was manchmal durch die starke Arbeitsmigration erleichtert wird.
- **Politische Parteien:** Einige politische Parteien haben eine islamistische Agenda. Mehrere konservative muslimische Parteien, wie z.B. die PKS, sind dafür bekannt, ihr Ziel einer rein islamischen Nation voranzutreiben. Oft sind es ihre Vertreter, die hinter den Entwürfen und der Verabschiedung Scharia-inspirierter Vorschriften, auch im Bereich der Bildung, stehen, obwohl nur relativ wenige Wähler auf nationaler Ebene hinter ihnen stehen. Sie stehen im Verdacht, Verbindungen zu einigen der gewalttätigen Selbstschutzgruppen zu haben, vermeiden aber sorgfältig jede sichtbare Verbindung. Auf nationaler Ebene ist die PKS im Moment die einzige Oppositionspartei, was es vielleicht leichter macht, für ihre Positionen einzutreten. Es bleibt abzuwarten, ob die neu gegründeten islamischen Parteien (Ummah-Partei, New Masyumi etc.) politische Zugkraft gewinnen.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Der stärkste Druck für Christen hinduistischer Herkunft kommt von ihrer eigenen Familie. Sie versuchen konstant, den Konvertiten zu überzeugen, zu seinem traditionellen Glauben zurückzukehren. Die Höhe des Drucks variiert von Familie zu Familie.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Christen mit hinduistischem Hintergrund stehen unter dem Druck ihrer religiösen Anführer, die das Verlassen des Hinduismus als eine ernsthafte Schwächung ihrer Gemeinschaft sehen, die sich bereits in einer Minderheitsposition befindet. Sie werden ihren Einfluss in der Gemeinschaft nutzen, um Glaubensübertritte zu bekämpfen und, wenn möglich, die Konvertiten wieder zum Hinduismus zurückzubringen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Zusätzlich zu dem bereits oben erwähnten Druck zeigen Freunde, Nachbarn und das soziale Umfeld den christlichen Konvertiten oft, dass sie sich selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben. Das gilt besonders für ländliche Gegenden.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Der hauptsächliche Brennpunkt der Verfolgung in Indonesien ist die Provinz Aceh an der Nordwestspitze von Sumatra, die einzige Provinz, die der Scharia unterliegt. Dort wurden im Oktober 2015 in großem Stil Kirchen geschlossen und der Bau neuer Kirchen ist dort viel schwieriger als in anderen Provinzen – ja fast unmöglich. Christen muslimischer Herkunft laufen in vielen Teilen Indonesiens Gefahr, auf heftigen Widerstand zu stoßen, aber in Aceh sehen sie sich wahrscheinlich dem stärksten Druck ausgesetzt.

Weitere Hotspots sind Regionen innerhalb der Provinzen West-Sumatra (Sumatera Barat), Banten und West-Java (Jawa Barat), zudem in Ost- und Zentraljava (Jawa Timur und Jawa Tengah). Die Anti-Terror-Polizei, Densus 88, geht wirkungsvoll gegen potenziell gewalttätige extremistisch-islamische Aktivitäten im ganzen Land vor.

7. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gruppen wie die Römisch-Katholische Kirche, aber auch Kirchen, die in Verbindung mit verschiedenen Ethnien stehen (wie die „Batak Christian Protestant Church“). Sie werden überwacht und erleben Verfolgung, wenn festgestellt wird, dass sie wachsen. Die traditionellen Kirchen in ärmeren Regionen wie Papua, Ost-Nusa-Tenggara und Mentawai erleben aggressive Islamisierungsversuche, besonders unter Kindern.

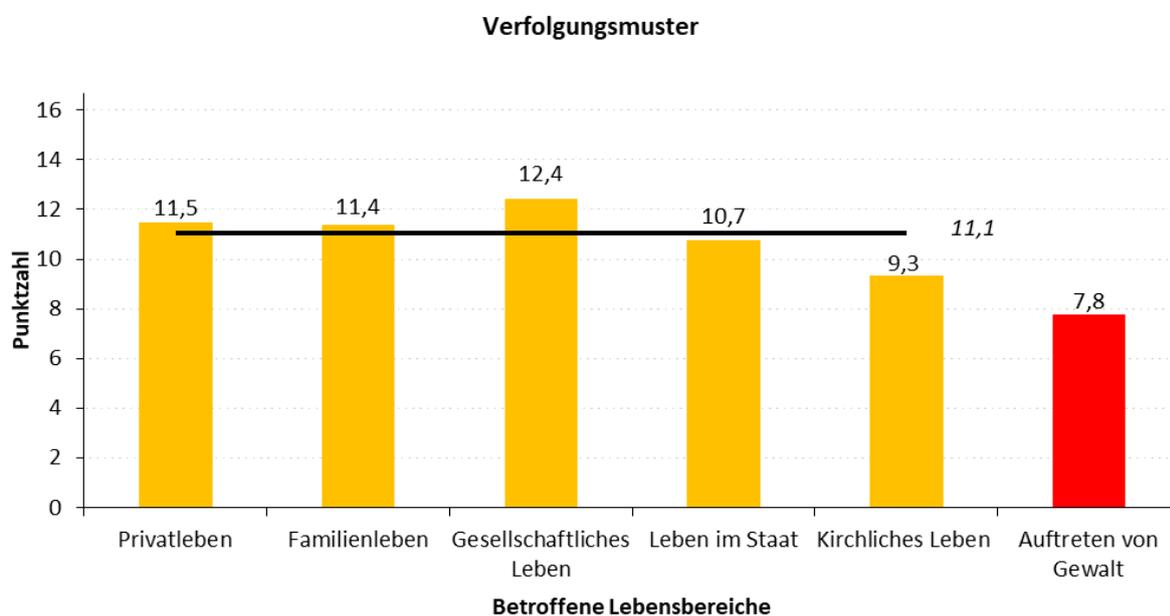
Christen anderer religiöser Herkunft

Die meisten christlichen Konvertiten haben einen muslimischen Hintergrund und stehen der schwersten Verfolgung gegenüber, besonders in den Brennpunkten. Dort werden sie streng überwacht und versuchen, in ihrem Umfeld nicht aufzufallen. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, werden sie unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ähnlich verhält es sich auf der überwiegend hinduistischen Insel Bali: Wenn ein Hindu Christ wird, steht er/sie unter starkem Druck. Der Druck auf die Konvertiten kommt hauptsächlich von der Familie, von Freunden, dem Umfeld und den lokalen Behörden. Im Allgemeinen ist der Druck auf Christen anderer religiöser Herkunft in Städten geringer als in ländlichen Gebieten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Hauptgemeinden in dieser Kategorie sind baptistische, evangelikale und Pfingstgemeinden. Sie fallen zumeist durch ihre oft leidenschaftliche Verkündigung der christlichen Botschaft auf, was dazu führt, dass sie sowohl ins Fadenkreuz des sozialen Umfelds als auch extremistisch-islamischer Gruppierungen geraten. Eine Kirche zu bauen oder zu renovieren, kann sehr kompliziert sein: Die Behörden müssen eine Genehmigung erteilen und islamische Gruppen und Nachbarn versuchen oft, den eigentlichen Bauprozess zu behindern. Dies kann alle Konfessionen betreffen, wie sich in Jambi zeigte, wo 2019 eine Methodisten-, eine Pfingst- und eine Huria-Kristen-Kirche geschlossen wurden. Auch katholische Kirchen können von diesem Problem betroffen sein.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indonesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Indonesien beträgt ein hohes Maß und stieg von 10,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 11,1 im Weltverfolgungsindex 2021.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Privatlebens, dicht gefolgt vom Familienleben. Dieses Muster ist typisch für eine Situation, in der Christen muslimischer Herkunft die stärkste Verfolgung erleben.
- Im aktuellen Berichtszeitraum stieg der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen um 1,3 Punkte. Der Wert hatte im Weltverfolgungsindex 2019 aufgrund des dreifachen Selbstmordanschlags auf Kirchen in Surabaya im Mai 2018 12,0 Punkte betragen. Zwei Jahre lang hat es nun keine großen Anschläge auf Kirchen gegeben, aber im September 2020 wurde ein Pastor in Papua gefoltert und getötet.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Während es legal ist, von einer Religion zur anderen zu konvertieren, zumindest was die sechs offiziell anerkannten Religionen betrifft, wird die Hinwendung zum christlichen Glauben von vielen Familien verachtet und sogar strikt abgelehnt. Es gibt Fälle, in denen Konvertiten aus ihren Familien geworfen wurden oder ihnen ihre Kinder weggenommen wurden. Sie müssen zudem mit weiteren Problemen rechnen, beispielsweise wenn sie versuchen, die Religion auf ihrem Ausweis ändern zu lassen. Mit diesem Wissen ziehen es die meisten Konvertiten vor, nicht aufzufallen und ihren neu gewonnenen Glauben für sich zu behalten.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht als Privatsache angesehen wird, werden Familie und Gesellschaft normalerweise nicht stillschweigend zuhören, wenn die neuen Christen ihren Glauben mitteilen. Aber auch andere Christen müssen weise sein in dem, was sie sagen und zu wem, da das Reden über den eigenen Glauben als Versuch der Missionierung angesehen werden kann. Dies gilt insbesondere in den Brennpunkten wie Aceh, Ost-Java, Banten, West-Java und West-Sumatra, aber auch zunehmend an anderen Orten.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Viele Christen in Indonesien sind sehr aktiv in sozialen Medien und können dort auch offen über ihren Glauben sprechen. Für Christen, die aus einem muslimischen oder hinduistischen Hintergrund kommen, ist es jedoch gefährlich, ihre Identität auf diese Weise zu offenbaren, und deshalb drücken sie ihren Glauben selten in schriftlicher Form aus. Besonders seit dem Fall des Ex-Gouverneurs Ahok sind Christen zunehmend vorsichtig, um nicht den Zorn der Öffentlichkeit zu provozieren. Sie wägen ihre Worte sorgfältig ab, sodass sie nicht als Verleumdung eines anderen Glaubens oder Evangelisation ausgelegt werden können.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Während es normalerweise kein Problem ist, christliche Symbole zu Hause zu tragen oder zu zeigen, ist dies bei Konvertiten oft anders, da es auf ihren neuen Glauben hinweist und daher unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zieht. In Regionen, in denen der Islam strenger wird, ziehen es selbst Christen aus traditionellen Kirchen und protestantischen Freikirchen oft vor, kein sichtbares christliches Symbol in der Öffentlichkeit zu tragen, um keinen Ärger in ihrem sozialen Umfeld zu provozieren.

Familienleben

Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?

Basierend auf dem Gesetz der Republik Indonesien Nr. 23 aus dem Jahr 2002 zum Schutz von Kindern und unterstützt durch die Regierungsverordnung Nr. 54 aus dem Jahr 2007 müssen Ehepartner, die ein Kind adoptieren, demselben Glauben oder derselben Religion angehören wie die biologischen Eltern des Kindes. Wenn die Religion der biologischen Eltern des Kindes nicht bekannt ist, wird die Religion der Mehrheit der Bevölkerung in der Region zugrunde gelegt.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der die Schulen christliche Lehrer für den Religionsunterricht bereitstellen müssen. Viele Schulen auf der Regierungs-/Provinzebene wie in Aceh, Madura, West-Nusa-Tenggara und West-Sumatra haben jedoch Schwierigkeiten, christliche Lehrer zu finden. Das bedeutet, dass viele christliche Kinder den Islamunterricht besuchen müssen. In einigen Fällen ist es auch möglich, dass sie in eine Kirche außerhalb der Schule geschickt werden, um christlichen Unterricht zu erhalten. Obwohl die Christen, die den islamischen Unterricht besuchen, in der Regel die Prüfungen bestehen, ist es sehr schwer für sie, gute Noten zu bekommen. Um solchen Druck zu vermeiden, schicken christliche Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf eine Privatschule.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Viele christliche Kinder werden wegen ihres Glaubens in der Schule schikaniert; sie werden manchmal „kafir“ (Ungläubige) genannt, ihnen wird gesagt, dass Gott nur den Islam anerkennt und dass Christen in die Hölle kommen werden. Manchmal tragen selbst die Lehrer dazu bei, indem sie der Klasse beispielsweise erzählen, dass Christen drei Götter hätten. Es gibt Berichte, dass Mobbing aus Glaubensgründen auch auf höheren Bildungsebenen vorkommen kann, wie etwa an der Universität, wo sogar einige Dozenten Studenten, die Christen sind, offen verspotten. In einigen Regionen kann sich das Mobbing zu Einschüchterung oder Druck entwickeln, den christlichen Glauben zu verleugnen. Viele muslimische Familien verbieten ihren Kindern, mit christlichen Kindern zu spielen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Die Taufe war schon immer ein Problem für Christen anderer religiöser Herkunft. Oft müssen sie aus Sicherheitsgründen weit weg von ihrer Heimat getauft werden. Ist ein Taufgottesdienst möglich, wird versucht, ihn ohne viel Aufhebens durchzuführen, und nicht viele Menschen können daran teilnehmen. Behinderungen von Taufen wurden aus Aceh, West- und Ost-Java und Süd- und Nord-Kalimantan berichtet, wo Christen ihre Nachbarschaft verlassen mussten, um sich taufen zu lassen, und trotzdem unter Druck gesetzt wurden, wenn ihre Taufe bekannt wurde. Einige Konvertiten bekommen Angst, wenn ihre Mentoren oder Leiter sie ermutigen, sich taufen zu lassen.

Gesellschaftliches Leben

Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?

Bildung ist der größte Bereich, in dem die Diskriminierung von Christen in Indonesien stattfindet. Es gibt Berichte aus vielen Provinzen wie Aceh, West-Sumatra, West-Java, Ost-Java, West-Nusa-Tenggara und Gorontalo, die darauf hinweisen, dass Diskriminierung häufig vorkommt und die Zahl der Christen, die an angesehenen öffentlichen Universitäten studieren dürfen, sehr begrenzt ist. Viele christliche Studenten, die begabt sind, entscheiden sich für ein Studium im Ausland, wenn ihre Eltern wohlhabend genug sind, oder für ein Studium an christlichen Universitäten, die ebenfalls teuer sind und deren Qualität im Vergleich zu staatlichen Universitäten oft schlechter ist. Es gibt einige Stipendien, die von der Regierung für indonesische Studenten bereitgestellt werden, um an angesehenen Universitäten im In- und Ausland zu studieren, aber sie werden hauptsächlich an muslimische Studenten vergeben. In der Schule kommt es vor, dass Christen trotz bester Noten nicht auf dem ersten Platz ihrer Klasse landeten. Es wurde von einem Fall berichtet, in dem ein Kind keine Schuluniform erhielt, während seine muslimischen Altersgenossen sie kostenlos bekamen.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Ein sichtbares Beispiel dafür sind die in Aceh durchgesetzten Kleidervorschriften. Auch in anderen Teilen Indonesiens sieht man immer häufiger islamische Schleier und sogar komplette Verhüllungen für Frauen. Ein anderes Beispiel ist, dass Christen in manchen Gegenden schikaniert und geächtet werden, weil sie als unrein gelten, da sie Schweinefleisch essen. Im November 2019 warnte der indonesische Ulema-Rat (MUI) Muslime sogar davor, Grüße aus anderen Religionen zu verwenden, da dies auf Ketzerei hinauslaufen könnte. In ganz Indonesien gibt es einen wachsenden Trend zu ausschließlich muslimischen Nachbarschaften („Scharia-Wohnkomplexe“), in denen einige Bauträger Wohnkomplexe nur für muslimische Bewohner bauen und es Nichtmuslimen verboten ist, dort ein Haus zu mieten/zu kaufen. Die ausschließlich von Muslimen bewohnten Komplexe in und um Jakarta schießen wie Pilze aus dem Boden. 81 solcher Gebiete wurden in den letzten Jahren eröffnet und weitere sind geplant, um die steigende Nachfrage zu befriedigen. Dieser Trend wird es Regierungspolitikern erschweren, Indonesien als eine multikulturelle, mehrsprachige und multireligiöse Gesellschaft zu bewahren, die auch die Rechte von Minderheiten respektiert.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Dieser Druck wird stark auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt und kann sogar dazu führen, dass sie dem Druck nicht mehr standhalten und zum Islam zurückkehren. Dieser Druck kann aber auch auf Christen ohne Konversionshintergrund ausgeübt werden, besonders an Orten wie Aceh, West-Sumatra, Bima (West-Nusa Tenggara), Madura (Ost-Java), Padang, Banten und West-Java. Dieser Druck ist normalerweise nicht gewaltsam und kommt in subtilen Formen vor wie „Witzen“ oder „hilfreichen Ratschlägen, um in der beruflichen oder akademischen Welt voranzukommen“. An anderen Orten wie Mentawai (West-Sumatra), Papua, Ost-Nusa-Tenggara Timur oder Jambi (beim Stamm der Anak Dalam) geht der Druck, zum Islam zu konvertieren, mit der Verpflichtung einher, etwas über den Islam zu lernen, wenn sie finanzielle und pädagogische Unterstützung und medizinische Versorgung erhalten wollen.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Die Diskriminierung von Christen auf der Arbeit ist normal, besonders in öffentlichen Ämtern auf der lokalen und regionalen Ebene. Auf der nationalen Ebene ist sie weniger stark ausgeprägt. Natürlich ist es schwer zu beweisen, dass Diskriminierung religiöse Motive hat, aber es gibt viele Berichte. Zum Beispiel: In Zentral- und Ost-Java, West-Nusa Tenggara und Aceh ist es für viele Christen schwer (oder sogar unmöglich), befördert zu werden. Christen muslimischer Herkunft sehen sich mit diskriminierendem Verhalten ihrer Arbeitgeber und Kollegen konfrontiert, wenn diese von ihrem christlichen Glauben erfahren. Schülern schlechte Noten im Religionsunterricht zu geben, soll verhindern, dass die Schüler die Mindestvoraussetzungen für eine Beamtenenschaft erfüllen. Folglich schaffen es nur wenige Christen in den öffentlichen Dienst. Im Juni 2019 bezog sich der indonesische Verteidigungsminister öffentlich auf eine unveröffentlichte Studie, die zeigte, dass 3 Prozent der Soldaten – rund 12.000 Angehörige der Streitkräfte – extremistischen islamischen Ansichten gegenüber positiv eingestellt sind. Ebenfalls im Juni 2019 zeigte ein Bericht, dass sich eine extremistisch-islamische Ideologie im öffentlichen Dienst und in verschiedenen Ministerien ausbreitet. Aus diesem Grund sollen hochrangige Beamte in Zukunft überprüft werden.

Leben im Staat

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

In den letzten drei Jahren sind Christen sehr vorsichtig geworden ihre Ansichten in der Öffentlichkeit mitzuteilen, besonders wenn es um Religion geht. Ein Auslöser dafür war der Fall Ahok. Selbst viele gemäßigte Muslime werden immer vorsichtiger. Aussagen, die als gegen den Islam gerichtet wahrgenommen werden, enden schnell mit einer Anklage wegen Blasphemie. Der jüngste prominente Vorfall betraf 2018 die Politikerin Grace Natalie.

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Verfassung schränkt die Freiheit von Christen nicht direkt ein, aber sie erkennt nur sechs Glaubensrichtungen an: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Das Verfassungsgericht machte in einem Urteil vom 7. November 2017 deutlich, dass alle Religionen gleich zu behandeln sind, auch indigene Religionen. Die Umsetzung ist jedoch noch lückenhaft und nur wenige Gemeinschaften wenden sie tatsächlich an. Angesichts des Widerstandes, mit dem sie konfrontiert ist, ist es unwahrscheinlich, dass diese Entscheidung in naher Zukunft landesweit umgesetzt wird. Die Gesetzgebung auf lokaler Ebene schränkt die Religionsfreiheit oft weiter ein. Auch wird die Freiheit für Christen, ihre Religion auszuleben, durch den „Präsidentialerlass über religiöse Harmonie, die Förderung von Foren für religiöse Harmonie und den Bau von Gotteshäusern“ aus dem Jahr 2006 behindert, was es schwierig macht, Baugenehmigungen für Kirchengebäude zu erhalten. Mehrere Provinzen haben Zusatzgesetze aus der Scharia eingeführt, die Christen ebenfalls betreffen.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Hassreden gegen Christen und christliche Leiter sind fast überall in Indonesien zu finden, sogar in den sogenannten christlichen Gebieten wie Nord-Sumatra. In vielen Predigten und Vorträgen in Moscheen und anderen Orten werden Christen oft verleumdet und als Sündenböcke dargestellt. Verleumdungskampagnen finden aber auch in schriftlicher Form statt, zum Beispiel als Plakate und

Transparente, die Anschuldigungen gegen Christen erheben oder die Präsenz von Kirchen ablehnen. Ein Beispiel aus dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 war eine Behauptung des bekannten Predigers Abdul Somad, der in einer Videopredigt, die in sozialen Medien zirkulierte, sagte, ein „Ungläubigen-Geist“ (infidel genie) lebe im christlichen Kreuz.

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

Ein Vorfall, der dies veranschaulicht, war die Störung des Gottesdienstes im Haus eines Christen während der Covid-19-Krise durch einen von einem muslimischen Geistlichen angeführten Mob. Die Polizei unternahm nichts gegen die Täter.

Kirchliches Leben

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Kirchen kämpfen mit massiven Problemen bei der Registrierung von Kirchengemeinden und beim Bau von Kirchengebäuden. Auf der Grundlage des revidierten Gemeinsamen Ministerialerlasses von 2006 kann eine Kirche nur dann tätig werden, wenn: 1) ihre Gemeinde mindestens 90 Mitglieder hat, 2) sie die Zustimmung von 60 Nachbarn eines anderen Glaubens erhält und 3) sie die Zustimmung sowohl des Verwaltungschefs einer Provinz als auch des interreligiösen Harmonieforums hat. Viele Kirchen haben Schwierigkeiten, diese Genehmigung zu bekommen, selbst wenn sie alle Auflagen erfüllen. Und selbst wenn sie es schaffen, eine Genehmigung zu erhalten, haben sie keine Garantie, dass die Regierung oder die lokale Polizei sie schützen wird.

In einem Fall übermittelte eine Gemeinde ihren Antrag auf Anerkennung bereits vor fünf Jahren und hat seitdem nie wieder etwas von den Behörden gehört. In anderen Fällen blockieren extremistische Gruppierungen einfach die Eingänge der Kirchengebäude: Die Behörden scheitern dann daran, das Gesetz durchzusetzen, selbst wenn die Gerichte im Sinne der Kirchen entschieden haben. Wegen all dieser Schwierigkeiten, mit denen sie zu rechnen haben, versuchen viele Kirchen gar nicht erst, eine Genehmigung zu erhalten. Basierend auf einer Studie der Nationalen Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM) haben 85 Prozent aller für Religionszwecke genutzten Gebäude in Indonesien keine korrekte Genehmigung, besonders in ländlichen Gebieten. Das beinhaltet Moscheen, Kirchen und die Gebäude anderer Religionen. Bevor eine Kirche gebaut werden darf, verlangt die Lokalregierung von Aceh, dass die Gemeinde 150 Unterschriften von Nachbarn eines anderen Glaubens einsammelt. In der Provinz Banten gibt es eine vom Gouverneur erlassene Landesverordnung, die die Präsenz von Kirchen auf bestimmte Städte beschränkt.

Die Regeln des Dekrets aus dem Jahr 2006 wurden nun vor den Obersten Gerichtshof gebracht und es bleibt abzuwarten, ob sie unverändert bleiben. Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt 2014 hat sich Präsident Jokowi vorsichtig kritisch zu den Schwierigkeiten geäußert, mit denen Gläubige von Minderheitenreligionen konfrontiert sind, wenn sie ein Gotteshaus einrichten wollen.

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

An vielen Orten werden Gemeinden überwacht, besonders wenn sie aktiv das Evangelium weitergeben oder im Verdacht stehen, Konvertiten zu integrieren. Dies gilt für ländliche Gebiete, aber auch in den Städten beobachten extremistische Gruppen christliche Gottesdienste und schüchtern die Gemeinden gegebenenfalls ein. Sie sind dafür bekannt, Protestkundgebungen gegen Kirchen anzustiften und die

Einheimischen zu mobilisieren. In anderen Fällen werden Transparente aufgestellt, die vor Kirchen warnen und falsche und beleidigende Behauptungen aufstellen. Manchmal werden Kirchengebäude einfach von extremistisch-islamischen Gruppen, die auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken, blockiert oder geschlossen. Selbst zu einer Zeit, als Covid-19 Restriktionen auferlegt wurden, gab es Berichte aus mehreren Orten wie Riau, West-Java und Aceh, dass kirchliche Versammlungen von Mobs gestört wurden.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Aufgrund der Covid-19-Einschränkungen waren Treffen im Freien nicht möglich. Aber zu anderen Zeiten waren Versammlungen im Freien oft nicht erlaubt, weil man befürchtete, dass sie den Verdacht der versuchten Missionierung hervorrufen könnten. Im Jahr 2017 musste eine geplante Veranstaltung im Stadion von Yogyakarta zur Feier von 500 Jahren protestantischer Reformation aufgrund von Protesten der lokalen Bevölkerung und des radikalen MUI abgesagt werden.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Wie bereits oben erwähnt, verbietet die Verfassung den Wechsel der Religionszugehörigkeit nicht, sofern er innerhalb der sechs anerkannten Religionen stattfindet. Folglich gibt es in Indonesien keine schriftliche Regelung, die Kirchen die Aufnahme von Konvertiten verbietet. Deshalb sind viele Kirchen in den größten Städten selbstbewusst genug, neue Christen mit muslimischer oder anderer Herkunft aufzunehmen. Manchmal sind dies sogar (Social-Media-)Prominente, deren Glaubenswechsel viel Aufmerksamkeit erregt. Dies lässt jedoch die Tatsache außen vor, dass es in Dörfern und ländlichen Gebieten ganz anders zugeht, da Kirchen dort schnell der Missionierung und der „Christianisierung“ bezichtigt werden können. Deshalb sind viele Kirchen vorsichtig und werden davon absehen, Konvertiten aufzunehmen und zu integrieren.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen / Angriffe auf Christen:** Am 19. September 2020 wurde Pastor Yeremia Zanambani in der Nähe von Bomba, im Bezirk Intan Jaya, in der unruhigen Provinz Papua getötet. Unabhängige Untersuchungen, von denen eine von der Regierung unterstützt wurde, ergaben, dass indonesische Soldaten vermutlich für den Mord verantwortlich waren.
- **Verhaftungen von Christen:** Mindestens zwei Christen wurden aufgrund ihres Glaubens verhaftet. Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.
- **Angriffe auf Kirchen / Häuser und Geschäfte von Christen:** Mehrere Kirchen in Yogyakarta, Jakarta, West-Java, Aceh und Sumatra mussten aufgrund von Protesten extremistischer Gruppen, die die Nachbarschaft aufhetzten, geschlossen werden.
- **Christen, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurden:** Im August 2020 wurden mindestens 50 katholische Christen von einem Grundstück in Ost-Nusa-Tenggara vertrieben.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2019 steht:

- „Religiöse Gruppen außerhalb der sechs staatlich anerkannten Religionen (Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus, Konfuzianismus und Islam, wobei letzterer von der Regierung und der Gesellschaft weithin als sunnitischer Islam interpretiert wird) berichteten erneut über Probleme bei der Angabe ihrer Religion auf ihren Ausweisen (KTPs), obwohl ein Urteil des Verfassungsgerichts von 2017 dies erlaubt. Anhänger einheimischer Glaubensrichtungen können ihre spezifischen Namen jedoch nicht eingeben, weil es zu viele sind. Verschiedene Gerichtsbarkeiten einigten sich darauf, einen gemeinsamen Begriff zu verwenden, nämlich ‚Glaube an den einen Gott‘. Drei Jurisdiktionen begannen mit der Ausgabe von KTPs, die als Glaubenskategorie ‚Glaube an einen Gott‘ aufführen konnten, aber diese Praxis wurde nicht auf breiter Basis umgesetzt.
- Die Regierung unterstützte weiterhin eine Smartphone-App namens Smart Pakem, die es Bürgern erlaubt, Ketzerei- oder Blasphemie-Berichte gegen Einzelpersonen oder Gruppen einzureichen, die, nach Ansicht der Regierung, inoffiziellen oder unorthodoxen religiösen Praktiken nachgehen. Jakartas Staatsanwaltschaft startete die App im Dezember 2018 mit dem erklärten Ziel, das Meldesystem für Ketzerei und Blasphemie zu vereinfachen“. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen kritisieren die App und befürchten, sie könnte Toleranz und Religionsfreiheit untergraben. Laut Human Rights Watch identifiziert die App mehrere religiöse Gruppen und ihre Leiter (einschließlich Ahmadiyya, Schiiten und Gafatar), beschreibt ihre ‚abweichenden Lehren‘ und stellt die Adressen ihrer lokalen Büros zu Verfügung.“

Ahmadis und Schiiten stehen unter genauer Überwachung, sowohl der Behörden als auch extremistischer sunnitischer Gruppen. Anhänger traditioneller einheimischer Religionen wurden bisher von den Behörden nicht anerkannt. Das Urteil des Verfassungsgerichts vom November 2017 wurde immer noch nicht umgesetzt, da Gruppen wie der „Indonesische Ulama Council“ nicht wollen, dass die traditionellen Religionen auf die gleiche Stufe gestellt werden wie der Islam, etwa wenn es um den Vermerk der Religion auf dem Ausweis geht. Die Stadt Bandung war landesweit die sechste Kommune, die beschlossen hat, neue Ausweise und Familienausweise für Anhänger der einheimischen Religionen auszustellen.

Auch wenn es noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden gilt (und die Anhänger der einheimischen Religionen – ebenso wie die anderer Minderheitsreligionen – immer noch beträchtlich diskriminiert werden), ist dies ein bedeutender Schritt nach dem Urteil des Verfassungsgerichts vom November 2017.

Laut einer am 11. November 2019 veröffentlichten Studie des Setara-Instituts wurden in den letzten zwölf Jahren 554 Vorfälle gegen die Ahmadiyya und 324 gegen die „Aliran Keagamaan“ (lokale traditionelle Religionen) gezählt. Bei 379 Vorfällen waren Christen betroffen (Protestanten bei 328 und Katholiken bei 51). Von allen in dieser Zeitspanne betroffenen religiösen Gebäuden waren die Hälfte (199) christliche Kirchen.

Auch die hinduistische Minderheit wird marginalisiert. Dutzende von Muslimen protestierten gegen den geplanten Bau des ersten Hindu-Tempels in der Stadt Bekasi, West-Java. Ohne einen Tempel in ihrer Nähe müssen mindestens 6.000 Hindus zu den großen religiösen Feiertagen zum Tempel Pura

Agung Tirta Buana im Landkreis Bekasi gehen. Bei ähnlichen Vorfällen kamen die Demonstranten auch von „außen“, was darauf schließen lässt, dass selbst wenn unter den Bewohnern alles friedlich ist, Unruhestifter absichtlich versuchen, Minderheiten zu schikanieren. Solche Vorfälle haben dazu geführt, dass West-Java und Jakarta in unabhängigen Indizes zur Intoleranz an der Spitze stehen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Kuwait: Platz 48

Kurze Zusammenfassung

Ausländische Christen können relativ frei und ungezwungen Gottesdienst feiern. Allerdings sind die vorhandenen Orte, die für Gottesdienste registriert sind, für die Anzahl der versammelten Menschen sehr begrenzt, was zu Spannungen zwischen den verschiedenen christlichen Gruppen führen kann. Es ist extrem schwierig, ein Grundstück zu bekommen, auf dem man sich zum Gottesdienst treffen kann. Darüber hinaus ist jegliche Weitergabe des Evangeliums strengstens verboten und führt zur Ausweisung aus dem Land.



Einheimische Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Sie riskieren Diskriminierung, Belästigung, Überwachung ihrer Aktivitäten durch die Polizei und alle Arten von Einschüchterungen durch Bürgerwehren. Außerdem wird der Übertritt vom Islam zu einem anderen Glauben nicht offiziell anerkannt und kann zu rechtlichen Problemen in Personenstands- und Eigentumsfragen führen. Ausländische ehemalige Muslime, die nun Jesus Christus nachfolgen, erleben einen ähnlichen Druck wie in ihren Heimatländern, da sie häufig weiterhin in ihrer eigenen nationalen oder ethnischen Gemeinschaft leben. Trotzdem gibt es kaum Berichte über Christen, die wegen ihres Glaubens getötet, inhaftiert oder anderweitig zu Schaden gekommen sind.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	63	48
2020	62	43
2019	60	43
2018	61	34
2017	57	38

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2021 ist vor allem auf einen leichten Anstieg des durchschnittlichen Drucks zurückzuführen, der von 12,2 auf 12,4 Punkte stieg. Der Druck bleibt auf einem sehr hohen Niveau, wobei Christen muslimischer Herkunft die Hauptlast der Verfolgung tragen, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld angefeindet werden.

2. Trends und Entwicklungen

1) Obwohl die kuwaitische Gesellschaft islamisch-konservativ ist, gibt es liberale Einflüsse

Die konservative Ausrichtung der Gesellschaft hat ein Umfeld geschaffen, das Christen gegenüber grundsätzlich feindlich eingestellt ist. Die Regierung wird dies wahrscheinlich weiterhin zulassen, um

die extremistischen islamischen Gruppen in der Gesellschaft zu beschwichtigen. Es gibt jedoch auch einen wachsenden Einfluss liberalerer junger Menschen, vor allem durch die große Zahl von Kuwaitern, die im Ausland studiert haben. Dies ist ermutigend für die ausländischen christlichen Glaubensgemeinschaften, die hoffen, dass die Akzeptanz sich fortsetzen und verstärken wird – aber es ist noch ein langer Weg, bis das Recht, den Glauben zu wechseln, gewährt oder respektiert wird. Christen muslimischer Herkunft werden weiterhin unter Druck stehen.

2) Ausländische christliche Arbeiter werden wahrscheinlich weiterhin in das Land kommen, ungeachtet des bestehenden Drucks

Solange das Land seine Offenheit zur Weltwirtschaft beibehält, werden weiterhin christliche Arbeitskräfte in das Land kommen. Trotz der regionalen Unruhen (wie der Katar-Krise und dem anhaltenden Bürgerkrieg im Jemen) war Kuwait im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 politisch stabil und es gab keinen signifikanten Anstieg der Verfolgung. Die Angst unter den Christen (insbesondere Christen muslimischer Herkunft) wird jedoch anhalten, da das allgemeine Umfeld grundsätzlich feindselig eingestellt ist. Islamisch-extremistische Gruppen werden weiterhin versuchen, der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken, und es sieht so aus, als ob die Regierung dies zulassen wird, solange ihre Autorität nicht offen von diesen Gruppen in Frage gestellt wird. Dies wird christliche Arbeitskräfte aus dem Ausland jedoch wohl nicht davon abhalten, weiterhin auf der Suche nach Arbeit ins Land zu kommen.

3. Religiöse Situation im Land

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 des US-Außenministeriums sind die meisten der 1,4 Millionen Kuwaiter Sunniten (70 %). Eine bedeutende Mehrheit (30 %) gehört jedoch dem schiitischen Islam an, was die sunnitische Regierung Kuwaits in ihrem Umgang mit Iran vorsichtig sein lässt. Neben einer kleinen Anzahl kuwaitischer Christen muslimischer Herkunft gibt es in Kuwait auch eine kleine Gemeinschaft traditioneller, einheimischer Christen (ca. 290 Personen). Insgesamt kommt die Mehrheit der Christen jedoch aus dem Ausland.

Die christliche Hilfsorganisation „Middle East Concern“ berichtet:

- „Die ausländischen Christen genießen in Kuwait eine vergleichsweise große Freiheit, vorausgesetzt, dass ihre Aktivitäten auf ausgewiesene Gelände beschränkt sind und dass sie insbesondere den Umgang mit Muslimen vermeiden, der als Bekehrungsversuch ausgelegt werden könnte. Die meisten Kirchen finden ihre derzeitigen Einrichtungen unzureichend, und die Kirchengebäude sind typischerweise an den Gottesdiensttagen überfüllt, da sie versuchen, mehrere Gemeinden mit verschiedenen Nationalitäten und Sprachen unterzubringen. Die in den letzten Jahren gestellten Anträge auf zusätzliche Gebäude oder Grundstücke wurden abgelehnt. Einige Kirchen sind angesichts der begrenzten Anzahl von Visa, die für Geistliche und Mitarbeiter zur Verfügung stehen, unzufrieden.“
- „Die kleine Zahl der einheimischen kuwaitischen Christen mit christlichem Hintergrund genießt im Allgemeinen ein gutes Ansehen in der Gesellschaft. Im Jahr 2018 schlug ein parlamentarischer Ausschuss eine Gesetzesänderung vor, die es Nichtmuslimen ermöglichen sollte, die kuwaitische Staatsbürgerschaft zu erhalten, aber dieser Vorschlag wurde nicht weiter verfolgt.“

- „Kuwaitische Staatsangehörige oder andere Muslime, die den Islam verlassen wollen, sind in der Regel einem starken Druck von Familie und Gesellschaft ausgesetzt. In extremen Fällen können diejenigen, die den Islam verlassen, gewalttätigen Reaktionen von Familienmitgliedern ausgesetzt sein. Diejenigen, die als Abtrünnige betrachtet werden, können nach den Bestimmungen zur Diffamierung auch mit Gefängnisstrafen und nach den Personenstandsgesetzen, die von Scharia-Gerichten überwacht werden, mit Sanktionen wie Zwangsscheidung und Entzug des Sorgerechts für die Kinder rechnen.“

Der Bericht zur Gedankenfreiheit von „Humanist International“ (aktualisiert am 30. November 2020) stuft Kuwait als Land mit „schweren Verstößen“ ein und stellt fest, dass die Verfassung Religions- und Glaubensfreiheit einschränkt:

- „Die Verfassung garantiert die Freiheit der Religionsausübung, legt jedoch fest, dass diese Ausübung nicht gegen die öffentliche Ordnung oder die Sitten verstoßen darf und im Einklang mit den bestehenden Bräuchen erfolgen muss (Artikel 35). Die Regierung erkennt keine Bahai-, Buddhisten-, Hindu- oder Sikh-Gruppen an, die nicht in das islamische Prinzip der Glaubensrichtungen Abrahams (ahl el-kitab: Muslime, Juden, Christen) einbezogen sind. Sie verwehrt auch mehreren christlichen Gruppen die Anerkennung. Eine staatliche Anerkennung dauert oft Jahre bis zur Bewilligung und ist nicht transparent.“
- „In den letzten Jahren wurden Menschenrechtsaktivisten und andere wegen der Verbreitung von Atheismus und Säkularismus verurteilt.“

Obwohl Kuwait einige der wichtigsten Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen akzeptiert hat (beispielsweise den Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), stoßen nichtislamische Religionen auf großen Widerstand. Im Jahr 2012 kündigte ein Parlamentsabgeordneter einen Gesetzentwurf an, der den Bau von nichtislamischen Gebetsstätten stoppen soll. Der Gesetzentwurf wurde nicht verabschiedet, aber Kirchen müssen dennoch vorsichtig agieren. Die Weitergabe des Evangeliums an Muslime ist sowohl illegal als auch gesellschaftlich inakzeptabel. Um dies zu vermeiden, üben sich die Kirchen in Selbstzensur. Kritik am Islam oder am Propheten Mohammed führt zu öffentlicher Strafverfolgung; selbst die Andeutung, die kuwaitische Verfassung sollte in Staatsangelegenheiten Vorrang vor dem Koran haben, kann zu Anklagen und öffentlichem Hass führen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Wie in vielen Ländern der Region ist islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Kuwait. Sie ist sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene stark vertreten. Die gesamte Region befindet sich in einer unbeständigen Situation; die Gesellschaft ist allgemein sehr konservativ geworden – in diesem Kontext ist auch die Situation in Kuwait zu sehen, wo die Gesetze und die Verfassung ebenfalls den konservativen Charakter der Gesellschaft bestätigen. Gemäß der Verfassung ist der Islam Staatsreligion und das islamische Recht (Scharia) eine wichtige Quelle für die Gesetzgebung. Die Regierung schreibt islamischen Religionsunterricht für alle Schüler an staatlichen und privaten Schulen vor. Das Unterrichten des christlichen Glaubens in staatlichen weiterführenden Schulen ist verboten, selbst für offiziell anerkannte christliche Gruppen. In der Vergangenheit war eine beträchtliche Anzahl von Kuwaitis tolerant gegenüber nichtmuslimischen Einwohnern; dies hat sich

jedoch aufgrund des wachsenden Einflusses extremistischer islamischer Gruppen, die keine Christen im Land sehen wollen, zu ändern begonnen. Auch wenn der „Islamische Staat“ (IS) militärisch geschwächt wurde, ist sein Einfluss immer noch vorhanden und findet bei einer beträchtlichen Anzahl von sunnitischen Extremisten großen Anklang. Es ist bekannt, dass kuwaitische Staatsbürger im Irak und in Syrien für den IS gekämpft haben.

Christen muslimischer Herkunft, insbesondere Personen mit kuwaitischem Hintergrund, sind dem Druck am stärksten ausgesetzt. Für Christen muslimischer Herkunft, die aus Pakistan oder den Levante-Ländern (wie unter anderem Jordanien, Libanon, den Palästinensergebieten und Syrien) stammen, hängt viel von der Reaktion innerhalb ihres Lebensumfelds in Kuwait ab. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie weniger von der kuwaitischen Regierung zu befürchten, ihre kuwaitischen Arbeitgeber könnten jedoch ihren Arbeitsvertrag beenden. Dies könnte, wenn sie keine andere Arbeit finden, zur Ausweisung führen. Innerhalb dieser Gemeinschaften ausländischer Arbeitskräfte hängen die Konsequenzen für Christen muslimischer Herkunft mehr von den kulturellen Normen ihres Heimatlandes ab als von den kulturellen Praktiken Kuwaits. Für ausländische Arbeitskräfte ist die Hinwendung zum christlichen Glauben manchmal leichter als in ihrem Heimatland, weil Familie und Verwandte oft weit entfernt sind und der soziale Druck weniger stark ist.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Typisch für diese Triebkraft der Verfolgung sind Situationen, in denen uralte, in einem Stammeskontext geprägte Normen und Werte (wie die Familienehre) Christen aufgezwungen werden. Im Fall von Kuwait ist die Unterdrückung durch den Clan oder Stamm eindeutig mit dem Islam vermischt. Dies betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft, insbesondere kuwaitische Christen, weil sie starke familiäre Bindungen haben. Die Abkehr vom Islam wird nicht nur als religiöser Verrat angesehen, sondern auch als Verrat an Familie und Stamm. Christen muslimischer Herkunft gelten als respektlos gegenüber ihren eigenen Vätern und Großvätern, eine Illoyalität, die gesellschaftlich nicht hinnehmbar ist. Im Allgemeinen üben Familien starken sozialen Druck auf ehemalige Muslime aus, damit sie zum Islam zurückkehren, die Region verlassen oder den neuen Glauben geheim halten. In vielen Fällen entfremden sich christliche Konvertiten durch ihren neuen Glauben von ihren Familien.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung von Kuwait ist in vielerlei Hinsicht restriktiv. Die Registrierung einer Kirche ist beispielsweise ein sehr kompliziertes und langwieriges Verfahren. Diktatorische Paranoia steckt hinter den meisten staatlichen Einschränkungen, da der Herrscher des Landes nicht will, dass seine Vormachtstellung in irgendeiner Weise bedroht wird. Auch die Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit sind eingeschränkt. Obwohl das Land eines der stärksten Parlamente der Region hat, diktiert die regierende sunnitische Königsfamilie immer noch den Alltag. 2016 wurden zwei ehemalige Abgeordnete, die sich kritisch über die Regierung und ihre Verbündeten äußerten, zu Haftstrafen verurteilt.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl eindeutig mit Fragen der Familienehre vermischt, sind stark vertretene islamische Überzeugungen ein wesentlicher Grund für Familien, Familienmitglieder ins Visier zu nehmen, die den christlichen Glauben annehmen. Der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist in Kuwait gesellschaftlich nicht akzeptiert. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird höchstwahrscheinlich durch Familienmitglieder aus dem Haus vertrieben, da diese den Glaubenswechsel nicht nur als Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre betrachten.
- **Regierungsbeamte:** Auch wenn es keine strafrechtliche Sanktion für einen Glaubenswechsel gibt, ist er gesellschaftlich inakzeptabel und ein Glaubenswechsel weg vom Islam wird offiziell nicht anerkannt. Einige kuwaitische Christen (zumeist Christen muslimischer Herkunft) wurden von Regierungsbeamten verhört, sie wurden angewiesen, sich nicht mehr zu treffen und ihnen wurde gedroht, dass sie ihre Arbeit und ihr Zuhause verlieren würden. Ein Glaubenswechsel wird wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstandsangelegenheiten führen. Zum Beispiel können Väter, die den Islam verlassen, das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Ausländische Christen müssen ihren Glauben vorsichtig praktizieren, da die Regierung gegen jeden Christen vorgehen wird, der den Versuch unternimmt, öffentlich über den christlichen Glauben zu sprechen. Evangelisation ist illegal und wird nach dem Gesetz bestraft. Ausländische Arbeitskräfte, die Jesus Christus nachfolgen, wurden verhört und angewiesen, nicht über ihren Glauben zu sprechen, da sie sonst Gefahr liefen, ihr Visum zu verlieren. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordnungsgemäßes Verfahren des Landes verwiesen.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Die Angst vor feindseligen Äußerungen oder Handlungen islamischer Leiter trägt dazu bei, dass sich Christen muslimischer Herkunft zu großer Vorsicht gezwungen sehen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die konservative islamische Gesellschaft ist ein wichtiger Verfolger von Christen in Kuwait. Arbeitnehmer sind vertraglich an ihre Arbeitgeber gebunden und damit den Forderungen ihrer Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert. Letztere können ausländische Arbeitskräfte mit christlichem Glauben leicht diskriminieren, demütigen oder misshandeln, insbesondere die armen und schlecht ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem in manchen Fällen Diskriminierungen und Misshandlungen durch muslimische Gastarbeiter ausgesetzt.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Familien- und Stammesoberhäupter sorgen dafür, dass der Islam innerhalb ihres Stammes oder ihrer Großfamilie respektiert wird. Sie setzen Familienmitglieder unter Druck, um dafür zu sorgen, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben widerrufen.
- **Politische Parteien:** Kuwait hat eines der stärksten Parlamente des Nahen Ostens. Einige der gewählten Politiker sind Hardliner-Islamisten und ermutigen die Regierung offen dazu, gegen Christen, insbesondere Christen muslimischer Herkunft, vorzugehen.

Während das Land versucht, offen und modern zu sein, wird die Gesellschaft weiterhin von einer strengen Auslegung des Islam beherrscht. Gesellschaft und Regierung setzen konservative islamische Bräuche in der Öffentlichkeit durch, beispielsweise öffentliche Kleidervorschriften, Verbot von

Alkoholkonsum, Einschränkung der Meinungsfreiheit (nämlich Kritik am Islam). Es gibt Einschränkungen, andere Religionen nur im privaten Bereich zu praktizieren.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Die eigene (Groß-)Familie:** Obwohl klar ist, dass die islamische Strafe für Glaubensabfall – die Todesstrafe – ein zentrales Element bei den Ursachen für die Verfolgung eines konvertierten Familienmitglieds ist, kann dies nicht unabhängig vom Konzept der „Familienehre“ betrachtet werden. Alte Normen wie der Schutz der Familienehre sind noch immer intakt. Der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist der Verrat an allem, wofür eine konservative muslimische Familie steht, und das bringt Schande über den Familiennamen. Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, von ihren Familien geächtet zu werden und könnten sogar getötet werden, weil sie ihren Familien Schande bereiten.
- **Anführer ethnischer Gruppen:** Stammes- und Familienoberhäupter achten darauf, dass die Ehre ihrer Gemeinschaft nicht durch ein Mitglied „beschmutzt“ wird, das den Islam für den christlichen Glauben verlässt, was als große Schande empfunden wird.
- **Regierungsbeamte:** Die Regierung verstärkt den Einfluss der Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, indem sie sich für die Aufrechterhaltung des Status quo in der Gesellschaft und ihrer kulturellen Praktiken einsetzt. Die Regierung wird einen Christen muslimischer Herkunft nicht vor der eigenen Familie schützen, sondern betrachtet jede Bestrafung als „Familienangelegenheit“.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Ortsansässige Imame fördern die Aufrechterhaltung kultureller Normen, die mit islamischen Prinzipien verflochten sind.
- **Gewöhnliche Bürger:** Das Stammessystem ist in der kuwaitischen Gesellschaft immer noch weit verbreitet, und die soziale Stellung des Stammes und der Familie ist den Kuwaitern sehr wichtig. Es besteht also ein sozialer Druck, die gesellschaftlichen Normen aufrechtzuerhalten, um den guten Namen des Stammes und der Familie nicht zu beschämen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die kuwaitische Regierung erlaubt keine Kritik an staatlichen Angelegenheiten, auch nicht an der Art und Weise, wie sie religiöse Angelegenheiten regelt. Das Land ist polizeilich gut überwacht und die Sicherheitskräfte beobachten die Aktivitäten im Land genau. Ausländer, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden höchstwahrscheinlich deportiert. Der Bericht „Freedom in the World 2020“ von Freedom House stellt fest, dass Journalisten und Nutzer sozialer Medien, deren Artikel den Emir beleidigen, oft mit Strafverfolgung rechnen müssen und die Regierung weiterhin Kritik an der Politik unterdrückt.

Trotz ihrer einschränkenden Politik geht der starke Druck auf Christen nicht in erster Linie von der Regierung aus. Christen haben am meisten von Mitgliedern der konservativen Gesellschaft Kuwaits zu befürchten. Es gibt eine klare Trennung im Land zwischen Kuwaitern, die per Definition Muslime sind, und den vielen ausländischen Arbeitskräften, umso mehr, wenn letztere Christen sind. Infolgedessen üben sich Christen aufgrund des bereits bestehenden Missbrauchs und der Diskriminierung durch die Gesellschaft häufig aus Sicherheitsgründen in Zurückhaltung.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Kuwait ist ein sehr kleines Land, in dem die Hauptstadt Kuwait-Stadt das Zentrum aller Aktivitäten ist. Die Risiken, denen Christen ausgesetzt sind – insbesondere Christen muslimischer Herkunft – hängen eher von der Art der Gemeinschaft ab, der Christen angehören, als von dem geografischen Gebiet, in dem sie leben. Für einheimische Christen muslimischer Herkunft ist das Risiko am höchsten, da die Kuwaiter konservativ sind und eine enge familiäre Bindung haben. Christliche Arbeitskräfte, die aus einem nichtwestlichen Land stammen und über geringere Qualifikationen verfügen, werden eher diskriminiert und misshandelt, insbesondere weibliche Hausangestellte. Viele von ihnen kommen von den Philippinen. Es wird viel debattiert, inwieweit ihr nichtmuslimischer Glaube ihr Risiko, misshandelt zu werden, erhöht.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die meisten Christen in Kuwait sind ausländische Arbeitskräfte. Sie haben gewisse Freiheiten, Gottesdienste zu feiern. Die vorhandenen Räumlichkeiten sind jedoch sehr klein für die Anzahl der Menschen, die sich dort versammeln. Es ist äußerst schwierig, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu erhalten.

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019 gibt es sieben offiziell anerkannte christliche Kirchen: Die Nationale Evangelische Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, die Griechisch-Katholische (Malikitische) Kirche, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Armenisch-Orthodoxe Kirche, die Griechisch-Orthodoxe Kirche und die Anglikanische Kirche. Einige religiöse Gruppen können Gottesdienste ohne Einmischung der Regierung abhalten, sofern sie die Nachbarn nicht stören oder keine Gesetze bezüglich Versammlung und Evangelisation verletzen. Die Regierung erlaubt solchen Gruppen, sich in gemieteten Villen, Privathäusern oder in den Einrichtungen von lizenzierten Kirchen zu versammeln.

Christen aus traditionellen Kirchen

Es gibt eine kleine Anzahl von traditionellen, einheimischen kuwaitischen Christen, die im Land leben. Berichten zufolge gibt es zwölf christliche Familien und insgesamt weniger als 300 Christen. Diese existieren nicht als eigene Kategorie für die Wertung in der Analyse des Weltverfolgungsindex; sie sind in der Kategorie für ausländische Arbeitskräfte enthalten.

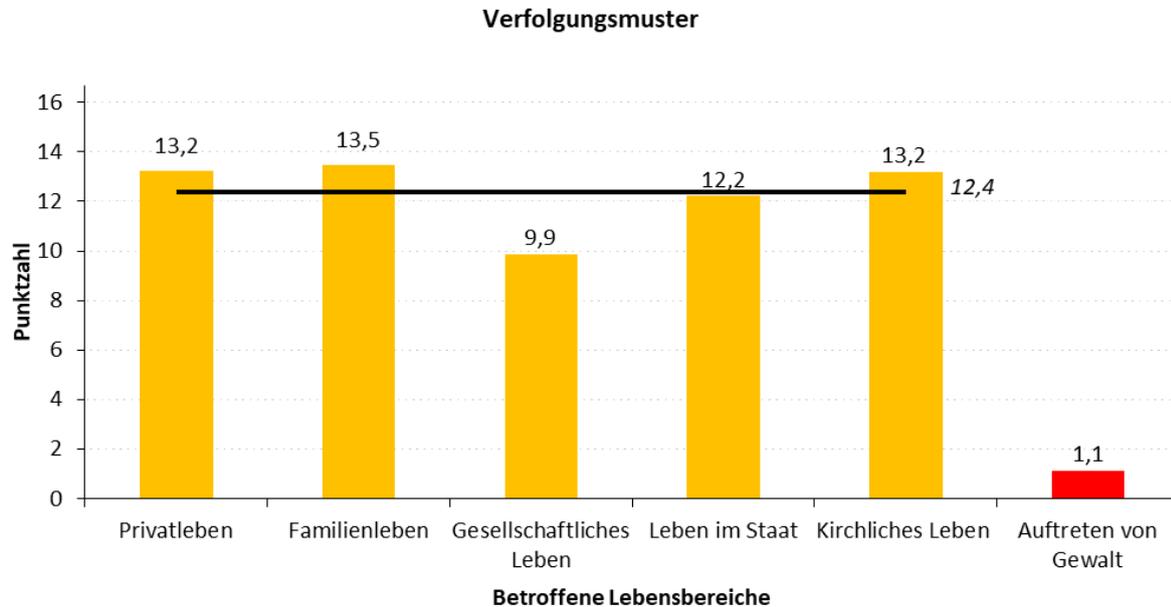
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft stehen in vielerlei Hinsicht vor erheblichen Herausforderungen. Die größten Verfolger sind Familie, Menschen aus dem sozialen Umfeld, extremistische Muslime und, in geringerem Maße, die Behörden. Sie laufen Gefahr, diskriminiert, belästigt, polizeilich überwacht und auf alle möglichen Arten eingeschüchert zu werden. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Standes und Besitzes.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese existieren nicht als separate Kategorie für die Bewertung in der Analyse des Weltverfolgungsindex; sie sind in der Kategorie für ausländische Arbeitskräfte enthalten.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kuwait

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen ist auf einem sehr hohen Niveau (12,4 Punkte) und von 12,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 angestiegen.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen hohen oder sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen Privatleben, Familienleben und kirchliches Leben am größten. Dies spiegelt zum einen die schwierige Situation für Christen muslimischer Herkunft wider, die einem sehr hohen Druck seitens ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind und weder eine offizielle christliche Trauung noch eine christliche Beerdigung ausrichten können. Zum anderen ist das kirchliche Leben sowohl für Christen muslimischer Herkunft als auch für ausländische Christen schwierig, da die Weitergabe des Evangeliums und die Integration von Christen mit muslimischem Hintergrund in Gemeinden gesellschaftlich inakzeptabel sind.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt stieg von 0,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 1,1 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021 an. Grund dafür ist eine Neubewertung der Situation von Hausangestellten.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden die jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Das Risiko ist bei einheimischen Christen muslimischer Herkunft am höchsten; bei nichtkuwaitischen christlichen Konvertiten hängt das Ausmaß des Risikos von den spezifischen Normen der eigenen Gemeinschaft der Arbeitsmigranten ab. Ausländische Christen können der Missionierung beschuldigt werden, wenn sie mit Muslimen über ihren Glauben sprechen, was zur Ausweisung führt.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

In einer sehr konservativen und stammesorientierten Gesellschaft, die das Verlassen des Islam als Verrat an den Familienwerten betrachtet, bringt der Wechsel zum christlichen Glauben immer Schwierigkeiten mit sich. Infolgedessen legen sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung Menschen, die den Glauben an Jesus Christus annehmen, Hürden in den Weg, auch wenn das Gesetz den Glaubenswechsel nicht offiziell verbietet. Sie bekommen zum Beispiel kein offizielles Dokument, auf dem ihr neuer Glaube vermerkt ist.

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Christen muslimischer Herkunft sind dem höchsten Risiko ausgesetzt, da das Veröffentlichen von Beiträgen über ihren Glauben dazu führen könnte, dass ihr Glaubenswechsel entdeckt wird. Allerdings können auch ausländische Christen nicht offen das Evangelium weitergeben oder den Islam kritisieren.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Christen muslimischer Herkunft können keine christlichen Symbole tragen, da dies zu einer Entdeckung ihres Glaubens führen könnte. Ausländische Christen sind manchmal vorsichtig, da das öffentliche Zeigen eines Kreuzes zu negativen Bemerkungen oder anderen Belästigungen führen kann, besonders wenn sie in einem kuwaitischen Haushalt arbeiten (etwa als Hausangestellte).

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Alle Kinder, die von Kuwaitern geboren werden, gelten als Muslime. Dieser Grundsatz gilt auch für die Kinder kuwaitischer Christen muslimischer Herkunft.

Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?

Eine kuwaitische Christin mit muslimischem Hintergrund darf laut Gesetz nur einen ebenfalls muslimisch geborenen Mann heiraten, während ein Mann die Freiheit hätte, eine Nichtmuslima zu heiraten – in beiden Fällen gelten aber islamische Verfahren. Daher wäre es unmöglich, die Ehe zwischen einem Christen und einem kuwaitischen Christen muslimischer Herkunft in einer Kirche zu schließen.

Wurden christliche Taufen behindert?

Taufen von Christen muslimischer Herkunft müssen diskret durchgeführt werden, da eine offene Taufe schwere Beschimpfungen und Schikanen von Familienmitgliedern und der Öffentlichkeit nach sich ziehen kann.

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Christen muslimischer Herkunft erhalten oft kein Erbe von ihren verstorbenen Eltern, da ihr Abfall vom Islam die Familie entehrt hat.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Christen werden im Allgemeinen nicht nur von der Regierung überwacht, sondern auch von der Gesellschaft, die die Sicherheitsdienste informiert, wenn sie Kenntnis von „verdächtigen Vorgängen“ hat. Insbesondere ausländische Arbeitskräfte, die im Verdacht stehen, das Evangelium weiterzugeben, werden von den Sicherheitsdiensten verfolgt.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Während des Fastenmonats Ramadan kämpfen Christen mit der von der Regierung und dem sozialen Umfeld de facto auferlegten Fastenpflicht. Darüber hinaus müssen Christen muslimischer Herkunft an allen islamischen religiösen Zeremonien teilnehmen, um ihren neuen Glauben geheim zu halten.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Es gibt immer Druck auf Christen muslimischer Herkunft, dem christlichen Glauben abzuschwören, auch im sozialen Umfeld. Christen muslimischer Herkunft werden geächtet, verlieren wahrscheinlich ihren Job und werden nicht mehr als Teil der örtlichen Gemeinschaft angesehen, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird.

Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?

Kuwaitische Christen muslimischer Herkunft würden definitiv diskriminiert werden und hätten große Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden, wenn ihr Glaube gekannt werden würde. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass christliche Gastarbeiter Diskriminierung am Arbeitsplatz erfahren können. Ihr christlicher Glaube ist in dieser Hinsicht eine zusätzliche Angriffsfläche, obwohl auch Rassismus oft eine sehr negative Rolle spielt.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit entspricht nicht ganz internationalen Standards, da sie sich lediglich auf die Durchführung religiöser

Riten konzentriert, die nicht mit der kuwaitischen (also islamischen) Sittenordnung in Konflikt geraten dürfen – siehe Artikel 35. Die Verfassung garantiert also nicht die Freiheit, vom Islam zum christlichen Glauben überzutreten.

Sind christliche zivilgesellschaftliche Organisationen oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die kuwaitische Gesellschaft, wie beispielsweise Krankenhäuser, werden begrüßt. Es ist unmöglich, eine christliche Organisation mit der Absicht zu gründen, das Evangelium weiterzugeben. Organisationen mit einem klaren christlichen Profil werden unter ständigem Misstrauen stehen und bekämpft werden.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Kein Christ muslimischer Herkunft würde einen Antrag auf offizielle Anerkennung seines Glaubenswechsels stellen, weil er weiß, dass ihm dies nicht gewährt werden kann (aufgrund der Vorschriften des islamischen Rechts zur Abkehr vom Glauben). Ein solcher Antrag würde sie den Behörden preisgeben und damit extrem gefährlich sein.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Alle Christen versuchen, sich unauffällig zu verhalten, um Druck zu entgehen. Kritik an der kuwaitischen Regierung oder am Islam ist nicht möglich und führt bei ausländischen Arbeitskräften wahrscheinlich zur Ausweisung. So kann zum Beispiel ein Gespräch über soziale Gerechtigkeit aus christlicher Perspektive nur mit großer Feinfühligkeit geführt werden.

Kirchliches Leben

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Es ist möglich, Aktivitäten für christliche Jugendliche zu organisieren, aber es ist unmöglich, Aktivitäten zu organisieren, die sich an muslimische Jugendliche richten, da diese als Missionierung interpretiert werden würden.

Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?

Die Regierung hat nichtmuslimischen Missionaren verboten, im Land zu arbeiten und das Evangelium an Muslime weiterzugeben. Die offene Integration von Christen muslimischer Herkunft in Kirchengemeinden würde als deutliches Zeichen für Missionierung gewertet werden.

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

Der Verkauf von christlichen Schriften ist nur an Verkaufsstellen auf dem Kirchengelände erlaubt. Das kostenlose Verteilen von christlichen Schriften ist außerhalb des Kirchengeländes nicht erlaubt, da dies als Missionierung angesehen werden würde. In der Praxis würden die meisten Christen bei der Verbreitung von christlichen Schriften extreme Vorsicht walten lassen und im Endeffekt Selbstzensur üben. In den vergangenen Jahren hat die Verteilung von christlichen Schriften zur Ausweisung des betroffenen ausländischen „Schuldigen“ geführt.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Da die Durchführung öffentlicher christlicher Aktivitäten oft als Evangelisation ausgelegt wird, ist es den Kirchen nicht erlaubt, diese zu organisieren. Die meisten Kirchen betreiben in dieser Hinsicht Selbstzensur, um Probleme mit der Regierung oder der Gesellschaft zu vermeiden. Viele Gemeinden müssen sich in Häusern versammeln, da es an Kirchenräumen mangelt; aber diese Gemeinden achten darauf, sich unauffällig zu verhalten.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Angriffe auf Christen:** Es ist weithin bekannt, dass weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Allerdings gibt es kaum Statistiken, da fast alle beteiligten Personen, Organisationen und Staaten kein Interesse daran haben, die Realität abzubilden: Kuwait braucht die Hausangestellten für die Arbeit in den Haushalten, hat aber eine Schamkultur und will keinen schlechten Ruf haben. Auch die Heimatländer der Hausmädchen brauchen das Geld, das von den Tausenden von Migranten, die in den Golfstaaten arbeiten, hereinkommt, und wollen ihre wirtschaftlichen Interessen nicht aufs Spiel setzen. Allerdings hat der philippinische Präsident Duterte ein vorübergehendes Reiseverbot nach Kuwait verhängt, nachdem im Februar 2018 die Leiche eines philippinischen Hausmädchens in der Gefriertruhe eines kuwaitischen Hauses gefunden wurde. Die Arbeitgeber der missbrauchten Hausangestellten sind entweder selbst die Täter oder haben kein wahres Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Hausmädchen selbst schämen sich oft wegen des Missbrauchs und wollen nicht als „schmutzig“ angesehen werden, weder in Kuwait selbst noch von ihrer Familie zu Hause. Zudem versorgen viele ihre Familien im Heimatland mit dringend benötigtem Einkommen. Die heimischen Familien sind stolz auf die Arbeit in Kuwait, und das Hausmädchen will ihre Familie nicht enttäuschen. Daher ist es sehr schwer, Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch zu erhalten. Es ist zudem schwierig, zu beweisen, ob der sexuelle Missbrauch aufgrund der Religion des Opfers geschieht. Angesichts der hohen Zahl christlicher Gastarbeiter im Land gehen konservative Schätzungen dennoch davon aus, dass im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 mindestens zehn christliche Hausangestellte wegen ihres Glaubens (sexuell) missbraucht wurden.
- **Christen, die gezwungen wurden, das Land zu verlassen:** Mindestens eine Christin muslimischer Herkunft ist aus Angst vor Verfolgung durch Familie, Gesellschaft und Regierung aus dem Land geflohen.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nicht nur Christen müssen sich der manchmal unterdrückenden Hand der Regierung stellen, auch andere Minderheiten (wie die schiitische Gemeinschaft) erleben Diskriminierung und müssen sich vorsichtig verhalten. Obwohl die große schiitische Gemeinde in Kuwait traditionell eine höhere Akzeptanz genießt als in anderen Ländern der Region, haben die Einschränkungen der Religionsfreiheit auch für sie zugenommen. Dies lässt sich vor allem auf die politisch veränderten Beziehungen zwischen Kuwait und Saudi-Arabien beziehungsweise Iran zurückführen. Allerdings war diese Entwicklung bisher nicht sehr ausgeprägt, da Kuwait versucht, auf internationaler Ebene ein neutrales Profil zu wahren.

Religiöse Gruppen wie Hindus, Buddhisten und Sikhs können ihren Glauben relativ frei im Privaten praktizieren, es fehlt ihnen jedoch an Gottesdiensträumen. Konservative Gruppen im Parlament betrachten alle nichtmuslimischen religiösen Aktivitäten mit Misstrauen und stellen sich regelmäßig dagegen.

Laut dem Bericht zu internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2019:

„Mitglieder von nichtabrahamitischen Glaubensgemeinschaften und nichtregistrierten Kirchen erklärten weiterhin, dass sie frei seien, ihre Religion privat zu praktizieren, aber mit Schikanen und potenzieller Strafverfolgung rechnen müssten, wenn sie ihre Nachbarn störten oder gegen Gesetze bezüglich Versammlungen und Missionierung verstießen. Sie (...) vermeiden Konflikte mit Behörden, indem sie weder evangelisieren noch die Regierung oder andere Glaubensrichtungen verunglimpfen. (...) Sie kündigten religiöse Veranstaltungen oder Versammlungen nicht öffentlich an, um zu vermeiden, dass ihre Organisationen unerwünschte Aufmerksamkeit sowohl von der Öffentlichkeit als auch von Regierungsbehörden auf sich zogen. (...) In diesen Gemeinschaften gaben die Mitglieder fast einheitlich an, dass es ihnen an ausreichenden religiösen Einrichtungen und religiösen Leitern oder Geistlichen fehle, um Gebete zu leiten, Geburten und Eheschließungen zu segnen und angemessene Begräbnisrituale durchzuführen.“

[zurück zur Länderübersicht](#)

Kenia: Platz 49

Kurze Zusammenfassung

In Kenia sind alle Kategorien von christlichen Gemeinschaften von Verletzungen ihrer Rechte betroffen. Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund im Nordosten und den Küstenregionen leben in der ständigen Gefahr, sogar von ihren engsten Verwandten angegriffen zu werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 wurden Christen angegriffen und zur Flucht aus ihren Dörfern gezwungen. Es wurde berichtet, dass Al Shabaab die heimische Bevölkerung infiltriert habe, um die Aktivitäten der Christen in diesen Gegenden zu überwachen. Aber auch organisiertes Verbrechen und Korruption ist ein ernstes Problem. Die Verantwortlichen ergreifen keine Maßnahmen gegen Menschen, die Christen wegen ihres Glaubens angreifen, und das wiederum ermutigt zu weiteren Arten von Verfolgung.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	62	49
2020	61	44
2019	61	40
2018	62	32
2017	68	18

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um einen Punkt ist auf einen Anstieg des Wertes für Gewalt von 9,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf das sehr hohe Niveau von 12,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2021 zurückzuführen. Der durchschnittliche Druck hingegen sank von 10,5 auf 9,9 Punkte. Das sehr hohe Ausmaß der Verfolgung ist in den letzten vier Berichtszeiträumen des Weltverfolgungsindex mehr oder weniger konstant geblieben.

2. Trends und Entwicklungen

1) Kenia kann nicht mehr als ein regionales Vorbild für Stabilität angesehen werden

Viele Jahrzehnte lang galt Kenia als stabiles Land und Vorbild in der Region. Ab Mitte 2005 verschlechterte sich die Situation jedoch. Die Gewaltausbrüche nach den Wahlen 2007/2008 haben Kenia zu einem Beispiel dafür gemacht, wie viele Menschenleben Gewalt nach den Wahlen kosten kann. Die allgemeine politische Lage im Land bleibt unbeständig, obwohl die Wahlen 2017 friedlich verlaufen sind.

2) Christen werden regelmäßig Opfer tödlicher Angriffe

Die innerstaatliche Situation wird durch die Ausbreitung des militanten Islam in der Region weiter verschärft. Hinzu kommt das zunehmende Auftreten von extremistischen Gruppen im Land, die Al Shabaab durch die Rekrutierung von Kämpfern aus Kenia unterstützen. Die Aktivitäten militanter Gruppen haben Kenia zu einem Land gemacht, in dem Christen aufgrund ihres Glaubens regelmäßig mit tödlichen Angriffen rechnen müssen. Dies hat die kenianische Regierung dazu gezwungen, Truppen nach Somalia zu entsenden, um Al Shabaab zu bekämpfen, was Al Shabaab jedoch nicht davon abgehalten hat, regelmäßig weitere Anschläge zu verüben.

3) Systemische Korruption bleibt eine ernste Herausforderung

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 war Al Shabaab weiterhin aktiv und es besteht wenig Hoffnung, dass die kenianische Regierung die kenianischen Christen schützen kann. Dies liegt vor allem daran, dass die Korruption im Land stark ausgeprägt ist und sich die Situation in Somalia nicht verbessert. Ermittlungen zu Gewalttaten, die sich gegen Christen richten, wurden von der Polizei nicht korrekt durchgeführt. Aufgrund der überwältigenden christlichen Mehrheit in der Bevölkerung werden die Christen jedoch wahrscheinlich politisch und wirtschaftlich dominant bleiben.

Die Tatsache, dass einige Fälle von Korruption auf hoher Ebene aufgedeckt wurden und dass innerhalb der Führung die Bereitschaft zur Transparenz besteht, zeigt in geringem Maße eine Verbesserung der Korruptionssituation. Diese Verbesserung könnte ausländische Organisationen dazu veranlassen, einer großen Anzahl von Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, Hilfe zukommen zu lassen (denn die Korruption hat auch das Vertrauen der Spender erschüttert).

4) Die Angriffe auf Christen führen zu einer humanitären Katastrophe im Nordosten

Im Laufe der Jahre waren die Christen in den Bezirken Garissa, Mandera und Wajir ständigen Bedrohungen und Angriffen von Al Shabaab und deren Anhängern ausgesetzt. Dies hat viele christliche Lehrer, Krankenschwestern und andere humanitäre Helfer veranlasst, diese Bezirke zu verlassen. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht der Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ vom 4. April 2019: „Grundschulen und weiterführenden Schulen sind am stärksten betroffen. Im Februar 2018 haben die Behörden nach der Ermordung von zwei Lehrern durch Al Shabaab Berichten zufolge 250 Schulen in der Region geschlossen. Einige haben inzwischen wieder geöffnet, aber fast einhundert Schulen in den drei nordöstlichen Bezirken an der Grenze zu Somalia arbeiten nur mit dem Schulleiter und ohne weiteres Lehrpersonal. Unter dem Druck von beunruhigten Lehrern hat der Staat etwa 2.000 von ihnen aus dem Gebiet versetzt.“ Dieser Trend hat sich im Weltverfolgungsindex 2021 fortgesetzt und wird wahrscheinlich weitergehen, bis wieder für Sicherheit gesorgt ist.

3. Religiöse Situation im Land

Die kenianische Verfassung garantiert die Religionsfreiheit.

Christen haben das moderne Kenia maßgeblich mitgestaltet. Kenia ist eine mehrheitlich christliche Nation, in der Christen schätzungsweise 82,2 % der Bevölkerung ausmachen (Schätzung der World Christian Database (WCD) aus dem Jahr 2020). Die Christen sind hauptsächlich im Westen und in der Mitte des Landes zu finden, während die muslimische Bevölkerung vor allem in den östlichen Küstenregionen angesiedelt ist. Viele Kenianer beziehen traditionelle Glaubensformen in ihre religiösen Praktiken ein.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Obwohl Kenia ein Land mit christlicher Bevölkerungsmehrheit ist (82,2 % der Bevölkerung sind Christen laut einer Schätzung der WCD), ist islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung. Schätzungsweise 7,9 % der kenianischen Bevölkerung sind laut WCD-Statistiken Muslime, von denen die Mehrheit sunnitisch ist. Die muslimische Bevölkerung lebt im Nordosten und in den Küstengebieten Kenias, hat sich aber auch in anderen Teilen des Landes ausgebreitet und begonnen, auf die empfundene Benachteiligung in der kenianischen Gesellschaft zu reagieren. Inspiriert von extremistischen islamischen Einflüssen, die von Somalia ausgehen, folgen muslimische Politiker, die muslimisch dominierte Wahlkreise in Kenia repräsentieren, einer Agenda, die Kirche aus ihren Wahlkreisen zu eliminieren. Auch der Nordosten des Landes ist stark von islamischer Unterdrückung betroffen. Extremistische Muslime, die in Kenia leben, sowie Militante, die die Grenze von Somalia aus überqueren, verfolgen Christen massiv und waren in den letzten Jahren für die Ermordung von Hunderten von Christen verantwortlich. Um die Problematik der Christen im Nordosten und in den Küstengebieten zu verdeutlichen, berichtete ein Experte für das Land: „Die Bezirke im Osten und an der Küste sind aus historischen Gründen seit langer Zeit unter starkem islamischem Einfluss – hier kamen die Muslime zuerst an (lange vor den christlichen Missionaren in Kenia), wie generell entlang der Ostküste Afrikas. Zu den Bezirken, in denen mittlere bis sehr schwere durch diese Triebkraft der Verfolgung [islamische Unterdrückung] motivierte Übergriffe verübt werden, gehören Mandera, Wajir, Garissa, Lamu, Kilifi und Kwale.“

Auch wenn das Problem der islamischen Unterdrückung und des militanten Islam in Kenia eine neuere Entwicklung darstellt, so hat es doch bereits seit den 1990er-Jahren zugenommen. Im Jahr 1992 wurde die ‚Islamic Party of Kenya‘ (IPK) gegründet, aber 1994 wurde ihr die Zulassung verweigert. In einem Bericht des US-amerikanischen Combating Terrorism Center (CTC) vom Juli 2019 heißt es: „Das Verbot der IPK führte zu einer Phase des Protests und der politischen Unruhen, gefolgt von einer Zersplitterung des islamistischen Aktivismus an der Küste. Neue islamistische Vereinigungen und Organisationen wuchsen, einige versuchten, den neuen politischen Raum für Aktivismus zu nutzen, während andere sich statt an eine offizielle politische Plattform an Moscheen, inoffizielle Gruppierungen und Medien wandten, um militantere, populistische Botschaften zu verbreiten.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist in Kenia weit verbreitet und wirkt sich sowohl auf das öffentliche als auch auf das private Leben aus. Laut Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2019 von Transparency International liegt Kenia auf Platz 137 von 180 Ländern, das ist Platz 43 auf der Liste der korruptesten Länder. Aufgrund der in Kenia herrschenden Korruption werden Täter nur unzureichend strafrechtlich verfolgt. Davon sind viele Institutionen, darunter das Parlament, die Justiz und vor allem die Exekutive, betroffen. Dies wiederum erschwert den Christen die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln und den Schutz durch die Polizei, wenn er erforderlich ist. Berichte deuten auch darauf hin, dass Al Shabaab tödliche Angriffe durchführen konnte, indem sie Bestechungsgelder an Sicherheitsbeamte für die Einfuhr von Waffen und Munition zahlte. Vor diesem Hintergrund muss die Verfolgung von Christen gesehen werden. Die Verantwortlichen ergreifen keine Maßnahmen gegen Menschen, die Christen wegen ihres Glaubens angreifen, und das wiederum gibt weiteren Verfolgungshandlungen Auftrieb.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Im Nordosten Kenias wird eine Abkehr vom Islam gleichgesetzt mit dem Verlassen des Clans/der ethnischen Gruppe der Somali. Darüber hinaus haben einige der Stammes- und Dorfoberhäupter in der nordöstlichen Region die gleiche christenfeindliche Haltung wie die Dschihadisten.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Die islamistische Miliz Al Shabaab ist der Hauptakteur der Verfolgung in Kenia. Die Gruppe stammt aus Somalia; ihr Hauptziel ist die Errichtung eines islamischen Staates in Somalia. Ihre Anwesenheit in Kenia ist die Folge einer Vergeltungsmaßnahme gegen eine bewaffnete Intervention Kenias, als Kenia die Afrikanische Union mit Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes in Somalia unterstützte. Die Gruppe verübt Selbstmordattentate und andere brutale Taten gegen alle, die sie für Feinde des Islam hält. Es wird der Gruppe nachgesagt, Verbindungen zu militanten Gruppen in Algerien und Nigeria zu haben.
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Lehrer in Medressen und Moscheen sind dafür bekannt, Hassbotschaften gegen Christen zu verbreiten. Ein Experte für das Land stellte fest: „Islamische Anführer haben die Verfolgung hauptsächlich vorangetrieben. Sie haben das Ausmaß der Verfolgung, insbesondere gegen Christen muslimischer Herkunft, angeheizt. Dies zeigt sich in verschiedenen Fällen, in denen Christen muslimischer Herkunft gezielt von ihnen dazu gezwungen wurden, ihrem Glauben abzuschwören, und sie mit dem Tod bedroht wurden, falls dies nicht geschehen würde. Das ist in den Küstengebieten und im nordöstlichen Teil Kenias weitverbreitet.“
- **Gewöhnliche Bürger:** In muslimisch dominierten Gebieten sieht die einheimische Bevölkerung Christen als Fremde und sogar als Eindringlinge an. Ein Experte für das Land stellte fest: „Die Verfolgung von Christen durch Bürger aus der breiteren Gesellschaft erfolgte hauptsächlich aufgrund der Verfolgungstriebkraft islamische Unterdrückung. Das Gleiche gilt in den Gebieten mit muslimischer Mehrheit wie im Nordosten Kenias und in den Küstenregionen des Landes. Dies zeigt sich in diesen Gebieten insbesondere für Christen muslimischer Herkunft, die der extremen Gefahr von Tod oder Verletzung ausgesetzt sind, da sie ständig von Personen aus ihrer eigenen Gemeinschaft bedroht werden. Auch andere Christen in diesen Gebieten sind von Angriffen bedroht, da sich die von gewalttätigen religiösen Gruppen wie Al Shabaab geschaffene Rhetorik über die Minderwertigkeit und Vernichtung der Christen auch auf die breitere Bevölkerung in diesen Gebieten ausgeweitet hat.“
- **Familienmitglieder:** Die Vorstellung, den Islam zu verlassen, wird als eine Bedrohung für Familie, Gesellschaft und den größeren Clan/die ethnische Gruppe gesehen. Ein Experte für das Land stellt fest: „Die Großfamilie ist für Christen in Kenia eine Ursache der Verfolgung. Dies gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft. Die Situation ist so schlimm, dass Familienmitglieder sogar bereit sind, ihren Angehörigen Gewalt anzutun.“
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Die gewalttätigen religiösen Gruppen machen sich auch kriminelle Organisationen und Syndikate zunutze, um ihre Taten zu finanzieren. Außerdem gelingt es ihnen so, sich polizeilichen Maßnahmen zu entziehen.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Durch die systemische Korruption im Land ist auch das Durchsetzen der Rechtsstaatlichkeit nicht einfach. Und so werden Christen Opfer von Verfolgung, ohne Aussicht auf Abhilfe.
- **Regierungsbeamte:** Regierungsbeamte werden bestochen, um gegen die Interessen der Christen zu handeln. Dies geschieht vor allem im Bereich der Strafverfolgung, wo gegen Christen erfundene Anklagen erhoben werden, nur weil sie Christen sind. Beamte verschließen auch die Augen vor den Aktivitäten der Verfolger, was dann weitere Verfolgungshandlungen begünstigt.
- **Gewalttätige religiöse Gruppen:** Es gibt Anzeichen dafür, dass Al Shabaab die tödlichen Anschläge an der Universität von Garissa im April 2015 durch die Zahlung von Bestechungsgeldern an Sicherheitsbeamte für die Einfuhr von Waffen und Munition durchführen konnte. Darüber hinaus gibt es Berichte aus dem Nordosten des Landes, dass die Gruppe Al Shabaab und ihre Unterstützer Einnahmen für Aktionen erzielen, indem sie hohe Bestechungsgelder an Beamte zahlen, um den illegalen Handel über den Hafen von Kismaayo zu ermöglichen.

Ausgehend von ethnisch-religiöser Feindseligkeit

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diese agieren in „Zusammenarbeit“ mit Verfolgern ausgehend von islamischer Unterdrückung. So ist im Nordosten Kenias die Abkehr vom Islam gleichbedeutend mit dem Verlassen des Clans und der ethnischen Gruppe der Somali. Außerdem vertreten einige Anführer ethnischer Gruppen in diesen Gebieten die gleichen christenfeindlichen Ansichten wie Al Shabaab.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Die Christen, die im und um den Nordosten des Landes leben, müssen mit der Angst leben, dass sie jederzeit angegriffen werden können. Brennpunkte für Angriffe von Al Shabaab sind die Bezirke Mombasa, Mandera, Garissa, Wajir, Lamu und Tana River. In diesen Gebieten gibt es viele ortsansässige Informanten, die bei der Organisation von Angriffen auf Kirchen und Christen helfen. Daher haben viele Christen beschlossen, aus diesen Gebieten in die Mitte des Landes umzuziehen.

7. Betroffene Christen

Drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften im Land werden verfolgt, aber das Ausmaß der Verfolgung hängt davon ab, wo sie leben und welchen christlichen Gruppen sie angehören.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen sind in Kenia nicht von anderen christlichen Gruppen isoliert und werden daher bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen dieser Kategorie sind in vielen Teilen des Landes zu finden. Die Art und Intensität der Verfolgung, der sie ausgesetzt sind, variieren von Region zu Region. In islamisch dominierten Gebieten

ist die vorherrschende Triebkraft der Verfolgung Islamische Unterdrückung und die Intensität der Verfolgung ist sehr hoch.

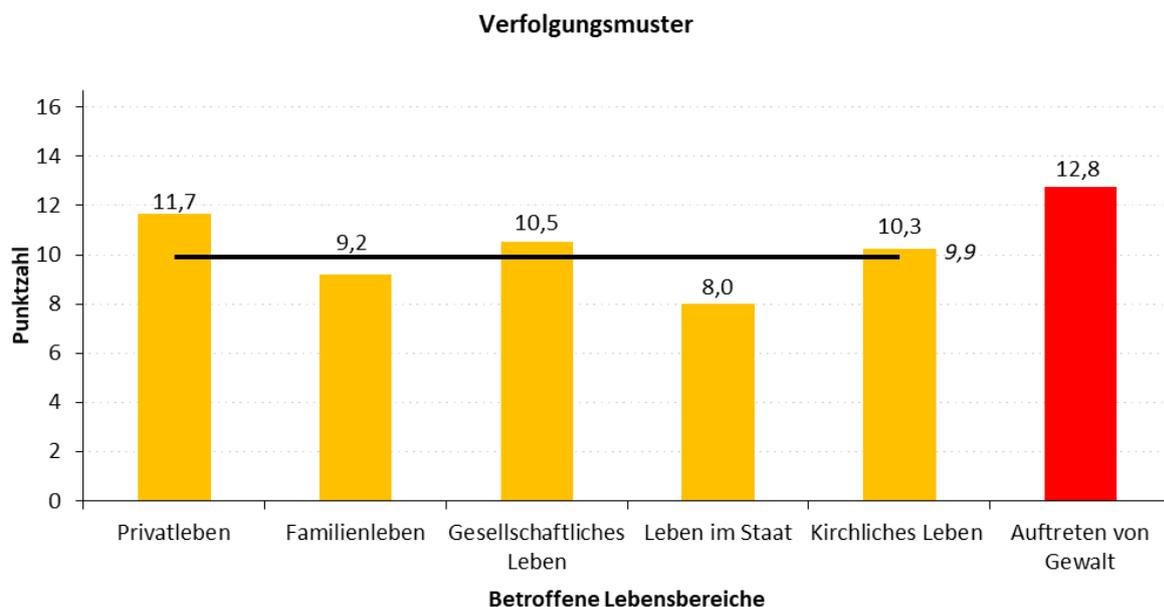
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund finden sich vor allem in den muslimisch dominierten Gebieten im Nordosten und entlang der Küste (einschließlich Mombasa). Im Allgemeinen sind Christen muslimischer Herkunft mit einer anderen Verfolgungsdynamik konfrontiert als Christen ohne muslimischen Hintergrund. Sie stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Familie und Freunde und können, wenn sie von Gruppen wie Al Shabaab entdeckt werden, auch getötet werden. Christen muslimischer Herkunft werden auch von Mobs oder kleineren Gruppen aus den lokalen islamischen Gemeinschaften ins Visier genommen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Gruppen wie Baptisten, Evangelikale, Pfingstgemeinden und charismatische Gemeinden. Sie sind überall im Land zu finden. Christen aus protestantischen Freikirchen leben ihren christlichen Glauben am aktivsten und sind daher starker Verfolgung ausgesetzt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kenia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Kenia hat weiterhin ein hohes Ausmaß von 9,9 Punkten, ist aber im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2020 gesunken (10,5 Punkte).

- Mit Ausnahme der Bereiche Leben im Staat und Familienleben liegt der Druck auf Christen in allen Bereichen über 10 Punkten, am höchsten ist er im Bereich Privatleben (11,7 Punkte), was den sehr hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft in der nordöstlichen Region widerspiegelt. Der zweithöchste Druck findet sich im gesellschaftlichen und kirchlichen Leben, ein Hinweis darauf, dass das kirchliche und gesellschaftliche Leben im Nordosten aufgrund der Bedrohung durch die Al Shabaab und ihre Anhänger sehr schwierig ist.
- Der Wert für Gewalt ist sehr hoch und steigt von 9,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 12,8 Punkte im Weltverfolgungsindex 2021.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

In den mehrheitlich muslimischen Nordost- und Küstenregionen Kenias besteht für Christen muslimischer Herkunft die Gefahr eines tödlichen Angriffs, wenn sie ihren Glauben offenbaren. Diese Angriffe können von Familienmitgliedern oder von Mitgliedern ihres jeweiligen sozialen Umfelds initiiert werden. Ein Experte für das Land stellte fest: „Der Glaubenswechsel ist von muslimischen Anführern und der muslimischen Bevölkerung im nordöstlichen Teil Kenias sowie in den Küstenregionen massiv bekämpft worden. Christen muslimischer Herkunft sind in großer Gefahr, entweder getötet oder verprügelt zu werden. Es gibt Berichte darüber, dass Christen muslimischer Herkunft verprügelt werden oder Todesdrohungen erhalten und gezwungen sind, aus ihren Häusern zu fliehen, wo sie in Gefahr sind. Dies wird durch die Präsenz von Al Shabaab in diesen Gebieten stark angeheizt, wo die Gruppe versucht, durch die von ihr verbreitete Propaganda gegen Christen Unterstützung unter der muslimischen Bevölkerung zu gewinnen.“

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

In muslimisch dominierten Gebieten sehen sich Christen muslimischer Herkunft heftigen Gegenreaktionen ausgesetzt, wenn sie über Glaubensthemen sprechen. Ein Experte für das Land verglich die Situation der Christen muslimischer Herkunft mit der anderer christlicher Gruppen und sagte: „Es ist für Christen im Allgemeinen nicht riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu offenbaren, da die Mehrheit der christlichen Bevölkerung sich in öffentlichen Foren frei äußert. Für Christen muslimischer Herkunft in muslimischen Mehrheitsgebieten ist es jedoch riskant, ihren Glauben zu offenbaren, aus Angst vor Gegenreaktionen ihrer ehemaligen Leiter und Mitglieder ihres sozialen Umfelds.“

War es für Christen riskant, mit ihren engsten Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?

Ein Experte für das Land stellte fest: „Im Allgemeinen ist es für Christen nicht riskant, mit direkten Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen, gefährlich wird es jedoch in Gebieten mit extremistisch-muslimischem Einfluss, und dies gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft. Christen muslimischer Herkunft begeben sich in ernsthafte Gefahr, wenn sie mit ihren muslimischen Familienmitgliedern über ihren Glauben sprechen.“

War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Für Christen muslimischer Herkunft ist der Besitz von christlichen Materialien sehr riskant. Für andere Christen ist der Besitz von christlichen Materialien in manchen Gegenden riskant, weil Al-Shabaab-Kämpfer manchmal von Haus zu Haus gehen, um Christen ausfindig zu machen.

Familienleben

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

In muslimisch dominierten Gebieten sind christliche Kinder mit Schikanen, Mobbing und anderen Formen der Verfolgung konfrontiert. In Schulen werden sie oft dazu gezwungen, sich wie muslimische Schüler zu kleiden. Dieses Problem hat in christlichen Familien Ängste ausgelöst.

Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?

Dies ist ein weiterer Bereich, in dem Christen Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Christen muslimischer Herkunft droht nicht nur der Ausschluss aus der Gesellschaft, sondern im Falle einer Scheidung auch der Verlust des Sorgerechts für die Kinder.

Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Christen muslimischer Herkunft wird oft ihr Erbrecht in der Familie aberkannt. Da die meisten Erbschaftsangelegenheiten von den Ältesten der Gemeinschaft geregelt werden, gibt es für Menschen, die den Islam verlassen, keine Verhandlungsmöglichkeiten. Dies gilt als Warnung für andere, die vielleicht darüber nachdenken, den Islam zu verlassen und einer anderen Religion, zum Beispiel dem christlichen Glauben, zu folgen.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Christen muslimischer Herkunft wird oft der Kontakt zu ihren Kindern verweigert, um sie zur Rückkehr zum Islam zu drängen. Ein Experte für das Land stellte fest: „Christliche Familien, am meisten die von Christen muslimischer Herkunft, sind gezwungen, sich aus Sicherheitsgründen von Familienmitgliedern zu trennen. Eine dieser Familien ist die von Abu-Bakr, eine vierköpfige, ehemals muslimische Familie (eine Ehefrau und zwei Kinder im Alter von vier und fünf Jahren). Abu-Bakr und seine Familie entschieden sich im November 2018, Christen zu werden. Als die örtliche Moschee von ihrem Glaubenswechsel erfuhr, wurde das Leben der vier bedroht und sie waren gezwungen zu fliehen, zogen von einem christlichen Haus zum anderen und mussten ihr gemietetes Haus und das zwei Hektar große Land zurücklassen, auf dem sie Feldfrüchte angebaut hatten. Unterwegs war die Familie gezwungen, ihre Kinder zu ihrer Sicherheit bei ‚Guten Samaritern‘ zu lassen.“

Gesellschaftliches Leben

Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?

Im Nordosten und in der Küstenregion sind Christen von Entführungen durch Al Shabaab bedroht. Auch ein italienischer Entwicklungshelfer wurde im November 2018 entführt und erst im Mai 2020 wieder freigelassen.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Für Christen muslimischer Herkunft ist dieses Problem sehr schwerwiegend. Jeder bekannte Christ muslimischer Herkunft wird unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören oder die Konsequenzen zu tragen, die bis hin zu Angriffen von Mobs und Ermordung reichen können.

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

In Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit stehen Christen vor vielen Problemen: Es ist zum Beispiel sehr üblich, dass das Weideland oder Trinkwasser gemeinschaftlich geteilt werden. Aber in Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wird dies den Christen besonders schwer gemacht. Hauptverantwortliche für diese Verfolgung sind in erster Linie direkte Familienmitglieder oder Mitglieder der Großfamilie (bei Christen muslimischer Herkunft), aber auch nichtchristliche religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Einige Beobachter glauben, dass Informanten von Al Shabaab in den Dörfern jede einzelne christliche Bewegung überwachen. Ein Experte für das Land stellte fest: „Christen mit muslimischem Hintergrund werden entweder von engen Familienangehörigen oder von ihrem sozialen Umfeld überwacht. Dies ist auf den Einfluss von Al Shabaab zurückzuführen, deren eines von vielen Zielen die Ausrottung des christlichen Glaubens ist. Sie haben die Bevölkerung indoktriniert, dass das Christentum böse sei und ausgerottet werden müsse, um eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erhalten. Die Christen werden in ihren täglichen Bewegungen beobachtet, was unter den Christen muslimischer Herkunft in den nordöstlichen Gebieten Kenias Angst auslöst.“

Leben im Staat**Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?**

Christen, die im Nordosten sowie in den Bezirken Tana River und Lamu unterwegs sind, sind nach wie vor der ständigen Gefahr von Angriffen ausgesetzt. Bei früheren Angriffen wurden Christen ausgesondert (von Muslimen getrennt) und ermordet. Dies hat die Reisemöglichkeiten für Christen stark eingeschränkt, besonders für diejenigen, die aktiv das Evangelium verkünden.

Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?

Korruption, ethnische Zugehörigkeit und Glaubenszugehörigkeit spielen im Umgang mit den Behörden eine maßgebende Rolle. Im Nordosten und in den Küstengebieten spielt die Religion eine Schlüsselrolle, und die Christen werden in diesen Gebieten auf vielen Ebenen diskriminiert.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Auch wenn die Religions- und Meinungsfreiheit auf nationaler Ebene respektiert wird, ist dieses Thema auf Bezirksebene problematisch. Ein Länderexperte berichtet: „Eine Befragte sagte: ‚Es ist einfache Logik. Man spricht nicht über Religion oder über die Kirche in Gegenwart von Muslimen, wenn man in Sicherheit bleiben will. Das lernt man sehr schnell, wenn man an der Küste angekommen ist. Das wird

einem hier zuallererst beigebracht. Aber ihnen ist es erlaubt, über Mohammed und so weiter zu sprechen. Damit muss man leben.' Die Befragte war eine Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation und sprach über ihre Erfahrungen in den Bezirken Mombasa, Kwale, Tana River und Lamu.“

Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?

Eine Beförderung, ein Wahlsieg und andere Privilegien und Vergünstigungen in Kenia gehen Hand in Hand mit der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit. In Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist es für Christen schwieriger, eine Anstellung zu bekommen, befördert oder in ein öffentliches Amt gewählt zu werden. Ein Experte für das Land stellt fest: „Christen oder solche, die nicht als einheimisch/muslimisch gelten, können in diesen Regionen nicht gewählt werden; jeder, der es versucht, wird automatisch ausgeschlossen, verunglimpft und verfolgt, weil er nicht der ‚richtigen‘ Religion und dem ‚richtigen‘ Stamm angehört. Die Muslime in diesen Gebieten sind nicht damit einverstanden, von jemandem angeführt zu werden, den sie für einen ‚Kafir‘ halten.“

Kirchliches Leben

Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?

In Gebieten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung ist es wahrscheinlich, dass solche Aktivitäten einen Angriff durch einen lokalen Mob provozieren oder die Namen der beteiligten Christen an Al Shabaab und ihre Unterstützer weitergegeben werden. Ein Länderexperte merkt an: „Offenes Verkaufen oder Verteilen von Bibeln und anderen christlichen Materialien in den Bezirken Garissa, Wajir und Lamu wird die falsche Art von Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist nicht offiziell verboten oder verhindert worden, aber die Brutalität von Al Shabaab hat die Christen davon abgeschreckt.“

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

In den nordöstlichen und küstennahen Gebieten ist dieses Problem schon seit Jahren bekannt, hat sich aber jetzt durch das Vordringen von Al Shabaab noch verschärft. Viele Christen vermeiden es aus Angst vor Angriffen, in die Kirche zu gehen, und es besteht wenig Vertrauen in die Regierung, dass diese für Schutz sorgt. Infolgedessen ist es üblich, dass Kirchengemeinden in der Region, die früher sonntags Hunderte von Gottesdienstbesuchern hatten, jetzt nur noch wenige Zusammenkünfte abhalten. Ein Experte für das Land stellte fest: „Die Tatsache, dass fast alle Kirchen in Kenia aufgrund der anhaltenden Bedrohung durch Terroranschläge nun bewaffnete Sicherheitskräfte brauchen, schränkt sie in ihrer Arbeit ein. In einigen Gebieten, vor allem in den muslimisch dominierten Bezirken Wajir, Marsabit, Mandera, Garissa und Lamu, können die Kirchen keine Abendgottesdienste abhalten und in vielen Fällen werden ihnen Genehmigungen für Evangelisationsveranstaltungen unter freiem Himmel verweigert. Muslime müssen keine vergleichbaren Einschränkungen erdulden und gehen frei ihren religiösen Aktivitäten nach.“

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Jede Form von Zusammenkünften außerhalb von Kirchen kann im Nordosten und in der Küstenregion zu Angriffen führen, besonders in Wajir, Mandera und Lamu.

Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?

Im Nordosten und in den Küstengebieten renovieren die Christen ihre Kirchen nicht mehr und sie bauen auch keine neuen, vor allem weil sie von Angriffen lokaler extremistischer Muslime und Al Shabaab bedroht sind.

Auftreten von Gewalt

Für den Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 gilt Folgendes:

- **Getötete Christen:** Christen haben besonders im Nordosten Kenias unter der dschihadistischen Gruppe Al Shabaab schwer gelitten. Mindestens 17 Christen wurden getötet. Beispiele:
 - a) Dezember 2019: Mutmaßliche Al-Shabaab-Kämpfer fingen im Norden Kenias einen Bus ab und wählten gezielt alle aus, die keine muslimischen ethnischen Somalis waren. 9 Christen wurden getötet und 2 werden vermisst.
 - b) Januar 2020: 4 Schulkinder wurden getötet, als Al-Shabaab-Kämpfer aus Somalia einen Telekommunikationsmast angriffen; 3 christliche Grundschullehrer im Dorf Kamuthe (im Bezirk Garissa) wurden nachts von Al-Shabaab-Kämpfern getötet.
 - c) Februar 2020: Zwei Christen waren unter den drei Menschen, die getötet wurden, nachdem mutmaßliche Al-Shabaab-Kämpfer einen Bus angegriffen hatten, der von Mandera nach Nairobi unterwegs war. Sie wurden hingerichtet, weil sie das islamische Glaubensbekenntnis nicht sprachen.
- **Verhaftungen von Christen:** Zwei Christen wurden aufgrund ihres Glaubens festgehalten. Einer wurde fälschlicherweise beschuldigt, auf einen Koran getreten zu sein.
- **Angriffe auf Kirchen:** Mindestens sieben Kirchen wurden angegriffen, einige von Al Shabaab und andere von Bürgerwehrgruppen.
- **Angriffe auf Häuser und Geschäfte von Christen:** Mindestens 110 Häuser oder Geschäfte wurden entweder angegriffen oder zerstört, so dass viele Christen gezwungen waren, aus dem Nordosten nach Nairobi und an andere sicherere Orte umzusiedeln.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hinsichtlich anderer religiöser Gruppen im Land gibt es keine Berichte, die auf deren Verfolgung schließen lassen. Einige Analysten sagen, dass Al Shabaab zwar in erster Linie Christen angreife, aber alle Gruppen mit Ausnahme der sunnitischen Muslime im Visier habe.

In einigen Teilen Kenias werden Muslime – insbesondere Angehörige der ethnischen Gruppe der Somali – in christlich dominierten Gebieten diskriminiert.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Komoren: Platz 50

Kurze Zusammenfassung

Von Christen im Land wird erwartet, dass sie Inhalte ihres Glaubens nicht in der Öffentlichkeit besprechen und diskutieren. Falls sie das doch tun, müssen sie mit rechtlichen Konsequenzen rechnen. In einigen Teilen des Landes bedrohen extremistische Gruppen Christen mit Gewalt. Mit Ausnahme des Islam ist es für alle Religionen illegal, zu missionieren. Konvertiten zum christlichen Glauben können strafrechtlich verfolgt werden, und es sind jene mit muslimischem Hintergrund, die mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert sind. Sie werden unter Druck gesetzt, ihren Glauben nicht zu praktizieren, so dass ihnen kaum eine andere Möglichkeit bleibt, als ihren Glauben im Verborgenen zu leben.



1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	62	50
2020	57	54
2019	56	51
2018	56	51
2017	56	42

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Nachdem die Komoren zuletzt nicht mehr auf dem Weltverfolgungsindex vertreten waren, zählen sie 2021 wieder zu den 50 Ländern, in denen Christen am härtesten verfolgt werden. Der Anstieg um fünf Punkte in der Wertung ist auf eine Erhöhung des Drucks seitens der Regierung und des sozialen Umfelds zurückzuführen. Die Regierung hat öffentlich bekanntgegeben, dass es für Komorer keine Religionsfreiheit gibt. Jeder Christ, der beim Predigen entdeckt wird, wird mit einer Geldstrafe belegt und muss mit einer Gefängnisstrafe rechnen, die bis zu einem Jahr dauern kann. Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist ebenfalls um einen Punkt gestiegen. (Es sei daran erinnert, dass die Komoren in den frühen 1990er-Jahren bis 1998 zu den ersten zehn Ländern des Weltverfolgungsindex zählten und danach mehrere Jahre lang unter den ersten zwanzig Ländern rangierten.)

2. Trends und Entwicklungen

1) Das Land hat in den letzten Jahren friedliche und demokratische Wahlen abgehalten

Die Komoren sind eine kleine Inselgruppe mit einer turbulenten politischen Geschichte, die jedoch erhebliche Fortschritte in Bezug auf Stabilität und Demokratie gemacht hat. Der Präsident und seine Verbündeten hielten jedoch 2018 ein Referendum ab, das die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten und die Rotation der Präsidentschaft zwischen den drei Inseln abschaffte – nach den so beschlossenen Verfassungsänderungen ist eine Rotation nicht erforderlich und der amtierende

Präsident kann für weitere Amtszeiten kandidieren. Die Folge: Regierungsfeindliche Gruppierungen entstanden; Menschen verloren ihr Leben. Zwar unterzeichnete die Regierung im Oktober 2018 ein Abkommen mit der Opposition, um weitere Zusammenstöße zu verhindern, doch diese Vereinbarung ist keine Garantie dafür, dass die Situation vollständig geklärt ist. Im Januar 2020 errang die Partei von Präsident Azali Assoumani einen überwältigenden Sieg bei der Parlamentswahl, einer Wahl, die von der Opposition boykottiert worden war.

2) Das Land ist abhängig von ausländischer Hilfe

Wirtschaftlich ist das Land arm und hauptsächlich von ausländischer Hilfe abhängig, vor allem von Hilfe aus dem Nahen Osten.

3) Gesellschaft und Kultur sind islamisch und konservativ

Die Gesellschaft ist konservativ; den Islam zu verlassen, ist sehr riskant. Die Regierung schränkt zudem die Aktivitäten von Christen und christlichen Nichtregierungsorganisationen stark ein.

3. Religiöse Situation im Land

Die Komoren sind ein mehrheitlich muslimisches, überwiegend sunnitische Land. Laut der „World Christian Database“ (WCD) sind nur etwa 0,5 Prozent der Bevölkerung Christen. Die Regierung selbst befolgt die islamischen religiösen Feiertage, wie die Geburt des islamischen Propheten Mohammed, das Fest des Fastenbrechens, das Opferfest und das islamische Neujahr. Diese sind nationale Feiertage auf den Komoren. Obwohl der Islamunterricht an den staatlichen Schulen nicht verpflichtend ist, wird er dort in der ersten Sekundarstufe mit dem Arabischunterricht kombiniert. Aufgrund der schlechten Qualität des staatlichen Bildungssystems und der Tatsache, dass Privatschulen oft unerschwinglich sind, füllen oft islamische Medressen die Bildungslücke. In der Tat besuchen fast alle Kinder zwischen vier und sieben Jahren islamische Schulen, wo sie lernen, den Koran zu lesen und zu rezitieren.

Die Regierung begünstigt den Islam; in der Zivilgesellschaft, im Bildungswesen und in der Staatsführung ist der konservative Islam stark vertreten. Dies spiegelt sich in der Haltung der Komoren gegenüber Nichtregierungsorganisationen wider: Christliche Nichtregierungsorganisationen erfahren einen gewissen Grad an Diskriminierung. Trotz der Demokratisierung der Gesellschaft auf den Komoren scheint es, dass islamische Bewegungen in der Region stärker werden, wie zum Beispiel auf Madagaskar, Mauritius und den Malediven, wo der Islam neu auflebt. Dabei muss man bedenken, dass westliche Länder auf dem Archipel weit weniger aktiv sind als muslimisch geprägte Länder.

Christen muslimischer Herkunft werden in der Gesellschaft stark diskriminiert und sehen sich gezwungen, ihre Kinder in Medressen zu schicken, damit sie den Koran lernen.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist auf den Komoren nicht neu. Ihr jüngstes Erstarken begann mit der Einführung eines Rechtssystems, das Religionsbelange staatlich regelte. Im Jahr 2009 wurde ein Referendum abgehalten, das es der Regierung der Komoren ermöglichte, die Verfassung zu ändern. So wurde der Islam zur Staatsreligion erklärt. Diese Verfassungsänderung schränkt die Existenz anderer Religionen stark ein. Zeitgleich mit der Verfassungsänderung ist in der Bevölkerung zu beobachten,

dass die Unterstützung für islamisch-extremistische Positionen zugenommen hat, besonders auf den Inseln Anjouan und Mohéli. Die wachsende Sympathie für den extremistischen Islam in der breiten Bevölkerung, bei Regierungsbeamten, religiösen Leitern und besonders unter muslimischen Jugendlichen löst Besorgnis bei der christlichen Minderheit aus.

Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft der Verfolgung tritt im Land nun als eigenständige Kraft in Erscheinung – zuvor war diese Triebkraft zwar präsent, allerdings nur vermischt mit islamischer Unterdrückung. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 ist diese Triebkraft jedoch zunehmend sichtbar geworden, nämlich in der Art und Weise, wie die Regierung ihre Macht durch die Förderung des sunnitischen Islam auf Kosten aller anderen Religionen zu festigen versucht. Die Regierung hat die Aktivitäten von Christen und christlichen Nichtregierungsorganisationen stark eingeschränkt.

5. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung

- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Muslimische Anführer und Leiter stehen an der Spitze der islamischen Unterdrückung. Sie verbreiten in Moscheen und Medressen oft christenfeindliche Lehrmeinungen. Dazu zählt eine ultrakonservative Gruppe von extremistischen Gelehrten, vor Ort als „Dschaulas“ bekannt, von denen viele in Pakistan ausgebildet wurden. Sie treiben das Land zu einer strengeren Auslegung der Scharia und richten sich gegen Christen.
- **Gewöhnliche Bürger:** Ähnlich wie in anderen mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern ist es für die meisten Komorer undenkbar, den Islam zu verlassen. Vor allem die Dschaulas belästigen, schikanieren und ächten alle Christen, denen sie begegnen. Besonders schwerwiegend ist dies bei Christen mit muslimischem Hintergrund.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Mitglieder der eigenen Familie und des sozialen Umfelds diskriminieren und schikanieren jeden, der im Verdacht steht, dem Islam den Rücken gekehrt und sich dem christlichen Glauben zugewandt zu haben. Sie verweigern Christen im Allgemeinen auch Räumlichkeiten für ihre Gottesdienste.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden verpflichten Eltern, ihre Kinder in Medressen zu schicken. Sie verbieten Christen auch, sich an öffentlichen Debatten zu religiösen Angelegenheiten zu beteiligen und außerhalb von Kirchen in der Öffentlichkeit zu predigen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- **Regierungsbeamte:** Die Regierung der Komoren hat ihre Absichten offenbart, als sie offiziell erklärte, dass die Religionsfreiheit nicht für Konvertiten und Christen gilt. Wie bereits gesagt, verbieten Regierungsbeamte, dass Christen sich an öffentlichen Debatten zu religiösen Angelegenheiten beteiligen und außerhalb von Kirchen in der Öffentlichkeit predigen.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Jegliche Formen christlicher Gemeinschaft und alle Gemeinden erfahren Verfolgung. Das Ausmaß der Verfolgung, das Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren, ist weitaus gravierender als das Ausmaß, dem andere christliche Gruppen ausgesetzt sind, unabhängig davon, wo sie geografisch verortet sind.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die Christen dieser Gruppe leiden unter vielen Einschränkungen: So dürfen sie keine christlichen Konvertiten aufnehmen, die sich vom Islam abgewandt haben; sie dürfen außerhalb ihrer Kirchen nicht öffentlich predigen und wenn sie es doch tun, werden sie abgeschoben. Die ausländischen Gemeinden werden hauptsächlich von extremistischen Muslimen und nichtchristlichen religiösen Leitern bedrängt und in geringerem Ausmaß auch von Anführern politischer Parteien und deren Anhängern. Aber weil die derzeitige Regierung die Stabilität des Landes erhöht und die Beziehungen zu westlichen Ländern fördert, glauben viele, dass sich die Situation für ausländische Christen deutlich verbessern könnte.

Christen aus traditionellen Kirchen

Auf den Komoren gibt es keine Christen traditioneller Kirchen, es sei denn als Teil der obengenannten Gruppe von ausländischen Christen.

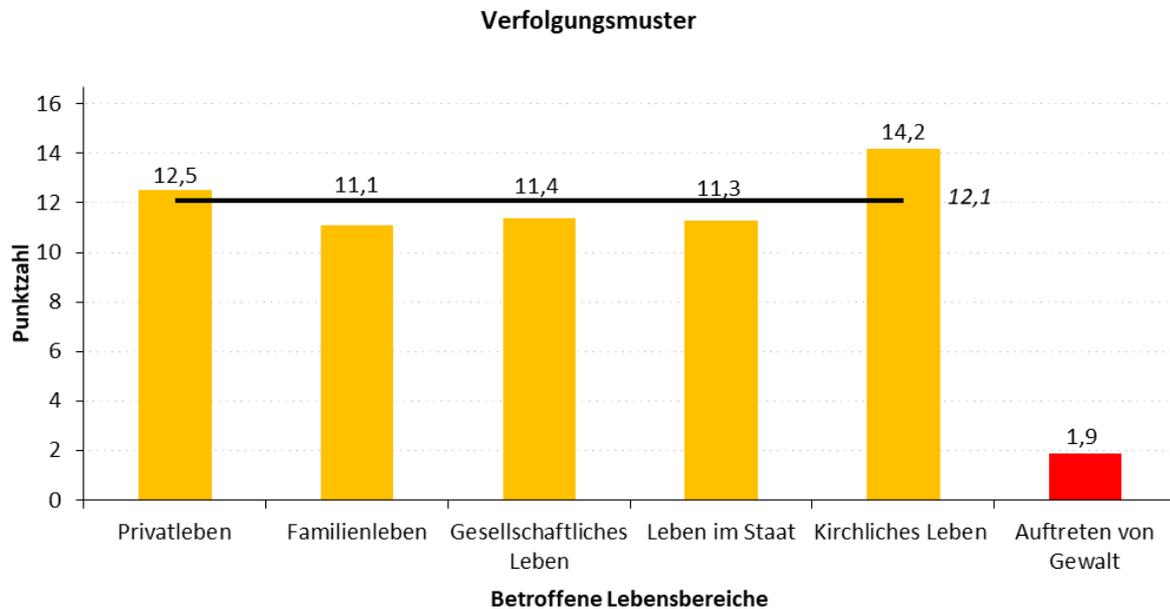
Christen anderer religiöser Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund sind zu Hause der Verfolgung durch Mitglieder ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Diese Konvertiten erleben immer wieder Verfolgung durch Regierungsbeamte, nichtchristliche religiöse Leiter, Anführer politischer Parteien und deren Anhänger sowie durch islamisch-extremistische Gruppen wie die Dschaulas. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, werden sie gemieden und vollständig vom Kontakt zu ihren Familien und Freunden abgeschnitten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen dieser Kategorie sind dafür bekannt, dass sie das Evangelium weitergeben, was auf den Komoren nicht in der Öffentlichkeit geschehen darf. Das Strafgesetzbuch besagt: „Wer eine andere Religion als den Islam bekannt macht, verbreitet und Muslimen lehrt, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe zwischen 50.000 und 500.000 Komoren-Franc bestraft.“ Christen aus baptistischen, evangelikalischen und pfingstkirchlichen Gemeinden sind daher der Verfolgung durch die Regierung und durch extremistische Muslime ausgesetzt.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Komoren

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen auf den Komoren hat mit 12,1 Punkten ein sehr hohes Ausmaß.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich des kirchlichen Lebens, wo er mit 14,2 Punkten extremes Ausmaß hat, gefolgt vom Privatleben und dem gesellschaftlichen Leben mit 12,5 beziehungsweise 11,4 Punkten. Sowohl das Leben im Staat als auch das Familienleben erhielten Wertungen über elf Punkte.
- Der Wert für Gewalt bleibt mit 1,9 Punkten niedrig, ist aber im Vergleich zum Vorjahr um einen Punkt gestiegen.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden die jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Diese Angelegenheit wird zu einem ernstem Problem. Die Regierung ermutigt offen zu Gewalt gegen nichtsunnitische Bürger. Jeder, der seinen christlichen Glauben öffentlich durch irgendein Kommunikationsmittel zum Ausdruck bringt, muss mit wütenden Reaktionen vonseiten der Nachbarn

(oder der Familie) rechnen. Insbesondere Konvertiten können gemobbt, angegriffen oder aus gemeinschaftlichen Einrichtungen ausgeschlossen werden.

War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?

Ein Experte für das Land berichtet: „Symbole wie das Kreuz würden in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregen, da es in den Moscheen als Symbol für Ungläubige (Christen) gebrandmarkt wurde. Christen muslimischer Herkunft, die christliche Symbole tragen, wird befohlen, den Gegenstand zu entfernen oder sie werden in der Öffentlichkeit zurechtgewiesen.“ Christliche Konvertiten werden gemieden und auch gewaltsam angegriffen.

Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?

Die Regierung wendet Gesetze, die sich gegen Nichtsunniten im Land richten, sehr streng an.

- Es ist illegal, einen nichtsunnitischen Glauben zu verbreiten; das Gesetz sieht die Ausweisung derjenigen Ausländer vor, die solche Missionstätigkeit verfolgen.
- Das Gesetz verbietet die Durchführung nichtsunnitischer religiöser Rituale an öffentlichen Orten mit der Begründung, durch sie würde „der Zusammenhalt der Gesellschaft angegriffen und die nationale Einheit gefährdet“.

Außerdem brechen Familien, die den Verdacht haben, dass ein Familienmitglied sich dem christlichen Glauben zugewandt hat, jeglichen Kontakt zu dieser Person komplett ab.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

Dies ist äußerst riskant. Das Gesetz bestraft jeden, der eine andere Religion als den Islam bekannt macht, verbreitet und Muslimen lehrt. Sie werden zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Komoren-Franc (umgerechnet etwa 110 bis 1.010 Euro) verurteilt.

Familienleben

Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?

Aus Sicht der Regierung sind alle Komorer sunnitische Muslime und daher gelten auch die Kinder von Konvertiten automatisch als Muslime.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder die Mehrheitsreligion propagierenden Unterricht teilzunehmen?

Das Studium der islamischen Schriften ist in öffentlichen Schulen verpflichtend, auch für Kinder von Nichtmuslimen. Die Behörden verpflichteten die Eltern, auch christliche Eltern, ihre Kinder in Medressen zu schicken.

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Christliche Eltern werden daran gehindert, ihre Kinder gemäß ihres christlichen Glaubens aufzuziehen. Von Christen muslimischer Herkunft wird erwartet, dass sie ihre Kinder in islamische Koranschulen schicken, wo den Schülern das Lesen des Koran und islamische Prinzipien beigebracht werden.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?

Alle Christen sind in dieser Hinsicht mit Verfolgung konfrontiert, allerdings ist sie für Christen muslimischer Herkunft intensiver – vor allem diese Konvertiten werden ausgegrenzt, schikaniert und bedroht. Sie werden oft als Ausgestoßene gesehen, die keinen Respekt und Schutz verdienen.

Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?

Die offene Ausübung des christlichen Glaubens ist verboten und die Gesellschaft hat ein wachsames Auge auf alle nichtmuslimischen Gruppen.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

Das soziale Umfeld ist konservativ geprägt und toleriert nur den sunnitischen Islam. Christen müssen damit rechnen, dass ihnen der Zugang zu den Ressourcen der Gemeinschaft verwehrt wird – das ist für sie Teil des normalen Lebens.

Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?

Es ist nicht unüblich, dass Konvertiten gezwungen werden, ihren neuen christlichen Glauben zu widerrufen. Deshalb verstecken sie ihren Glaubenswechsel, wenn es irgend möglich ist.

Leben im Staat

Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein?

Die Komoren machen Rückschritte in Bezug auf Religionsfreiheit. Die Regierung fordert die Bürger öffentlich auf, alle religiösen Formen außerhalb des sunnitischen Islam abzulehnen. Christen haben Schwierigkeiten, Orte für ihre Gottesdienste zu finden, da die Regierung ihnen nur erlaubt, an zwei bestimmten Orten im ganzen Land zu beten. Das nationale politische Umfeld ist so angelegt, dass Religionsfreiheit nicht gewährleistet ist. Für die Punktebewertung im Leben im Staat werden die folgenden Aspekte berücksichtigt:

- Die Verfassung legt fest, dass der Islam die Staatsreligion ist, und sie definiert, dass die nationale Identität auf einer einzigen Religion basiert – dem sunnitischen Islam.
- Die Verfassung legt außerdem fest, dass die Prinzipien und Regeln zur Ordnung der Glaubensausübung und des gesellschaftlichen Lebens auf dem sunnitischen Islam nach der schafiitischen Rechtsschule basieren.
- Ein Komorerer wird als sunnitischer Muslim betrachtet; für das Christsein ist kein Platz. Der komorische Innenminister sagte US-Beamten laut des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit 2019, dass „Religionsfreiheit für Komorerer nicht existiert“, obwohl die Verfassung die Religionsfreiheit vorsieht.

Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, den Glaubenswechsel einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?

Auch wenn der Glaubenswechsel kein Verbrechen ist, macht er das Leben eines Konvertiten schwierig. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Berichte, dass örtliche Gemeinschaften Personen stillschweigend mieden, die im Verdacht standen, den Islam verlassen und sich dem christlichen Glauben zugewandt zu haben oder vom sunnitischen zum schiitischen Islam konvertiert zu sein. Dies ist im Sinne der Regierung. Wie ein Regierungsbeamter zu einem US-Diplomaten sagte: „Alle Komorer sind Muslime.“ Das heißt, Konversion wird nicht anerkannt.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Alles, was Christen über ihren Glauben sagen, kann als „Versuch, das Christentum zu verbreiten“ ausgelegt werden. Das kann zu einer Geldstrafe oder sogar zu einer Gefängnisstrafe führen.

Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

Christen mit muslimischem Hintergrund ist es unmöglich, religiöse Symbole offen zu zeigen; für ausländische Christen ist dies nur an zwei bestimmten Orten im ganzen Land möglich – in einer Kirche in der Hauptstadt Moroni und in einer Kirche der zweitgrößten Stadt Mutsamudu.

Kirchliches Leben

Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?

Die kirchlichen Aktivitäten, die es nur in Moroni und Mutsamudu gibt, blieben unter Beobachtung, um sicherzustellen, dass sich ihnen kein komorischer Staatsangehöriger anschließt, und um zu gewährleisten, dass die Christen dort nicht versuchen, die lokale Bevölkerung der beiden Städte mit dem Evangelium zu erreichen. Es gibt darüber hinaus auch Gemeinschaften von Konvertiten und protestantischen Freikirchen, doch diese können sich nicht offen versammeln.

War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?

Die komorische Regierung erlaubt den bestehenden Kirchen ausländischer Christen nicht, neue Standorte zu eröffnen (da dies ein Beweis für eine wachsende Mitgliederzahl wäre). Und so wurde seit Jahrzehnten keine neue Kirche im Land gebaut oder registriert. Gleichzeitig können Christen muslimischer Herkunft keine Kirche gründen, um anerkannt oder registriert zu werden; nach den islamischen Gesetzen des Landes wäre dies ein strafbares Vergehen.

Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?

Die Kirchen auf den Komoren wurden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden zu organisieren, da dies als Missionierung angesehen wird, ein Tatbestand, der nach dem Strafgesetzbuch verboten ist und mit einer Gefängnisstrafe oder Geldstrafe geahndet wird. Von dieser Verordnung wurde jedoch noch nicht häufig Gebrauch gemacht, da die meisten christlichen Gruppen darauf verzichteten, Aktivitäten außerhalb der beiden offiziellen Kirchengebäude zu organisieren, wohl wissend, dass diese Aktivitäten zu einer Inhaftierung führen können.

Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?

Die Jugend wird von der breiten Gesellschaft genau beobachtet und über die Medressen und das Bildungssystem streng in den Wegen des Islam unterwiesen. Das macht es besonders schwer, sie mit dem Evangelium zu erreichen. Auch für zivilgesellschaftliche oder kirchliche Gruppen ist es riskant, mit der Jugend in Kontakt zu treten, da dies als Missionierung interpretiert werden kann.

Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details zu gewalttätigen Übergriffen genannt werden.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

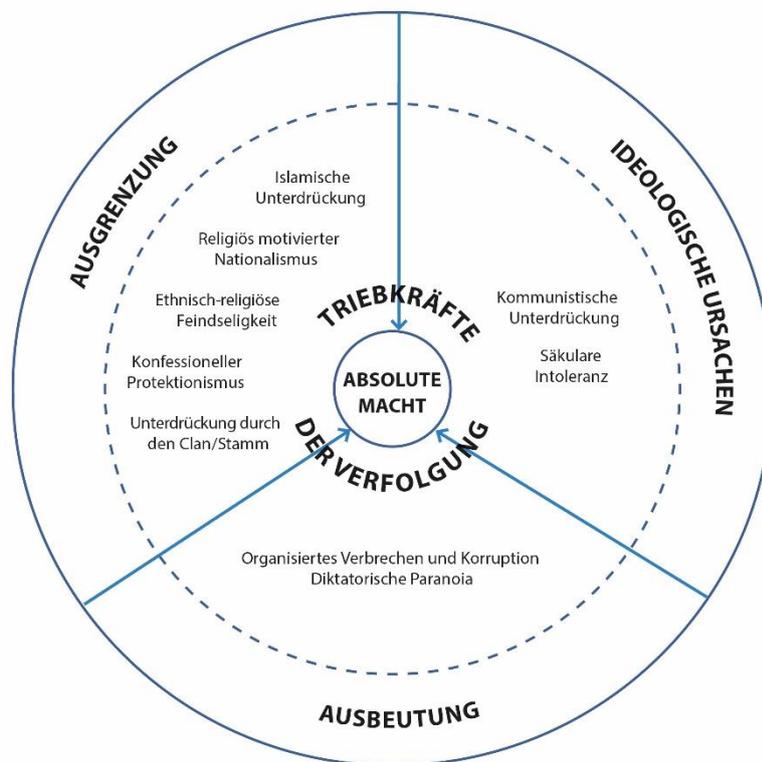
Die Komoren sind ein mehrheitlich sunnitisch-muslimisches Land. Schiitische Muslime, die in Iran studiert haben, offenbaren ihre religiösen Überzeugungen nicht, da sie den Druck der sunnitischen Mehrheit fürchten. Das Gesetz erlaubt nur sunnitischen religiösen Gruppen, Gebetsstätten zu errichten, Geistliche auszubilden und sich zu friedlichen religiösen Aktivitäten zu versammeln. In diesem Zusammenhang sind alle anderen religiösen Gruppen mit Verfolgung konfrontiert.

[zurück zur Länderübersicht](#)

5. Die Methodik hinter dem Index

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die neun verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 5).



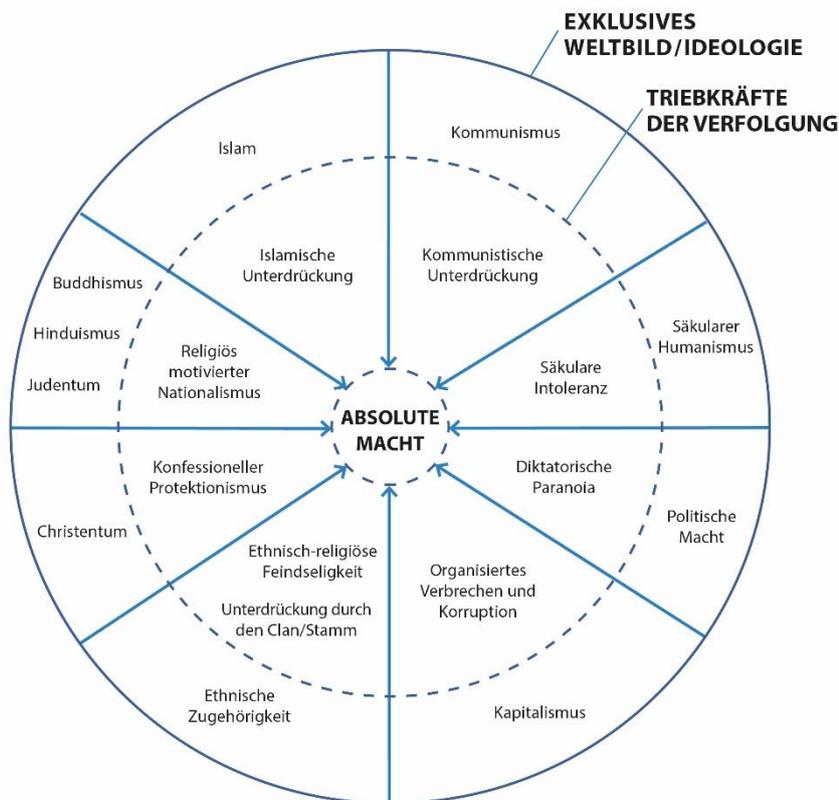
Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht

Die Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) verwendet den Begriff „Triebkräfte der Verfolgung“ zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltansicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR neun verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundeliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik © Open Doors

Grafik 2: Die neun Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“

Diese weit gefasste Definition beinhaltet (ohne darauf begrenzt zu sein) Einschränkungen, Druck, Diskriminierung, Opposition, Desinformation, Ungerechtigkeit, Einschüchterung, Misshandlung, Marginalisierung, Unterdrückung, Intoleranz, Verletzung, Verstoßung, Ächtung, Feindseligkeiten, Belästigung, Missbrauch, Gewalt, ethnische Säuberung und Völkermord.

Die von World Watch Research verwendete Definition von „Christ“ und den „Kategorien von Christen“ sind in Anhang 3 nachzulesen.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

World Watch Research sammelt und veröffentlicht seit 1992 detaillierte Daten über die Christenverfolgung. Die WVI-Methodik wurde während der 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Hapterscheinungsformen von Verfolgung: „squeeze“ (dem konstanten Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash“ (gewaltsame Übergriffe). Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 4). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen von ortsansässigen Forschern und externen Länderexperten über die von Verfolgung betroffenen Länder ausgefüllt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober).

Alle für die verschiedenen Lebensbereiche sowie den Bereich „Auftreten von Gewalt“ verwendeten Fragen (Blöcke 1-6) sind in Anhang 1 zu finden. Weitere 16 Fragen (die durch einen beschreibenden Textabschnitt mit Hintergrundinformationen zu beantworten sind) bilden Block 7 des Fragebogens. Die Antworten auf die Fragen in Block 7 fließen nicht in die Punktwertung ein, sondern dienen zur Analyse der Länderdossiers.

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten¹ abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich unter Berücksichtigung möglicher Abweichungen ermittelt.² So können beispielsweise unterschiedliche Kategorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes existieren, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 5), Verfolger (s. Anhang 6) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 7) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt.

Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)³ für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Aus den so ermittelten Wertungen ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land. Aus allen Ländern mit 41 oder mehr Punkten (d. h. Länder mit hoher, sehr hoher oder extremer Verfolgung) in den wird die Rangfolge der Länder für den jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex gebildet, siehe Grafik 3.



Entwickelt von World Watch Research

Grafik 3: Verfolgungskategorien mit den zugehörigen Bewertungsintervallen

¹ Externe Experten sind unter anderem in oder für das jeweilige Land tätige christliche Journalisten, Anwälte, Menschenrechtler oder auch langjährige Missionare.

² Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 2 beigefügt. Die [ausführliche Version der WVI-Methodik](#) (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

³ International Institute for Religious Freedom (<http://www.iirf.eu>).

Die WVI-Gesamtwertungen ermöglichen einen detaillierten Vergleich der Lage der Christen in den aufgeführten Ländern. Die nachfolgende Tabelle zeigt beispielhaft die Gesamtwertung der Länder mit der stärksten Verfolgung vom WVI 2020.

WVI 2020		Privat- leben	Familien- leben	Gesellschaft- liches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE	SUMME PUNKTE bis zu 3 Dezimalstellen
Platz	Land	(max. Punktzahl pro Bereich liegt bei 16,7)							
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	11,1	94	94,446
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,0	93	93,335
3	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,5	9,4	92	92,253
4	Libyen	15,3	15,5	15,8	16,0	16,4	11,3	90	90,214
5	Pakistan	14,0	13,9	15,0	14,9	13,7	16,7	88	88,158

Grafik 4: Der Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2020 zeigt Wertungen für einzelne Bereiche sowie die Gesamtwertung

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vergleich einzelner Länder anhand ihrer WVI-Platzierung ist jedoch nur innerhalb desselben Erfassungszeitraumes möglich; will man die Situation von Ländern aus unterschiedlichen Zeiträumen vergleichen, so kann dies nur anhand der Punktwertung geschehen. Sowohl die WVI-Platzierungen als auch die Gesamtpunktzahl sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen⁴ zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

⁴ Die Länderprofile sind unter <https://www.opendoors.de/laenderprofile> abrufbar.

Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1-6

Block 1: Privatleben	
1.1	Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt?
1.2	War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)?
1.3	War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?
1.4	War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch Bekundungen auf Blogs oder Facebook etc.)?
1.5	War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen?
1.6	War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?
1.7	War es für Christen riskant, mit ihren <i>engsten</i> Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden?
1.8	War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?
1.9	War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?
1.10	Wurden Christen von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest)?

Block 2: Familienleben	
2.1	Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden?
2.2	Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht?
2.3	Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern?
2.4	Wurden christliche Taufen behindert?
2.5	Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt?
2.6	Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen?
2.7	Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?
2.8	Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?
2.9	Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?
2.10	Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?
2.11	Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?
2.12	Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?
2.13	Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Block 3: Gesellschaftliches Leben	
3.1	Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z.B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?
3.2	Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?
3.3	Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?
3.4	Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z.B. sauberes Trinkwasser)?
3.5	Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?
3.6	Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?
3.7	Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?
3.8	Hatten Christen aufgrund ihres Glaubens schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung?
3.9	Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?
3.10	Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?
3.11	Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z.B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?
3.12	Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z.B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?
3.13	Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Block 4: Leben im Staat	
4.1	Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein? Bitte beachten Sie, dass es durchaus Widersprüche in den Gesetzen geben kann.
4.2	Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?
4.3	Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z.B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?
4.4	Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?
4.5	Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?
4.6	Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?
4.7	Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z.B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?
4.8	Wurden die Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?
4.9	Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?
4.10	War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?
4.11	Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?
4.12	Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?

4.13	Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen?
4.14	Gingen Personen, die Christen absichtlich Schaden zugefügt haben, straffrei aus?
4.15	Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?
4.16	Wurde internationalen Prozessbeobachtern der Zugang zu Verhandlungen gegen Christen erschwert oder verweigert?

Block 5: Kirchliches Leben	
5.1	Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?
5.2	War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?
5.3	Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?
5.4	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?
5.5	Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?
5.6	Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?
5.7	Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?
5.8	Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?
5.9	Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?
5.10	Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?
5.11	Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?
5.12	Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?
5.13	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?
5.14	Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?
5.15	Wurden Bibeln und andere religiöse Materialien im Besitz der Kirchen beschlagnahmt oder ihr Besitz bestraft?
5.16	Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?
5.17	Sind Kirchen, christliche Organisationen oder Institutionen daran gehindert worden, ihre Überzeugungen über Ehe- und Familienordnung zum Ausdruck zu bringen oder in die Tat umzusetzen?
5.18	Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?
5.19	Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?
5.20	War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Block 6: Auftreten von Gewalt

Gewalt ist definiert als der Entzug der physischen Freiheit oder als körperliche Verletzung von Christen oder Beschädigung ihres Eigentums. Dazu gehören auch schwere Bedrohungen (psychischer Missbrauch).

6.1	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen getötet (staatliche Exekutionen eingerechnet)?
6.2	Wie viele Kirchen oder christliche Gebäude (Schulen, Krankenhäuser, Friedhöfe usw.) wurden angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt, geschlossen oder aus religiösen Gründen beschlagnahmt?
6.3	Wie viele Christen wurden aus Glaubensgründen ohne Prozess inhaftiert?
6.4	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen zu Aufhalten im Gefängnis, Arbeitslager, in einer psychiatrischen Einrichtung oder ähnlichem verurteilt worden?
6.5	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen entführt worden?
6.6	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen vergewaltigt oder anderweitig sexuell belästigt worden?
6.7	In wie vielen Fällen sind Christen zur Eheschließung mit Nichtchristen gezwungen worden?
6.8	Wie viele Christen sind in anderer Form aus religiösen Gründen körperlich oder geistig misshandelt worden (einschließlich Schläge und Morddrohungen)?
6.9	Wie viele Häuser oder anderes Eigentum von Christen (ausgenommen Geschäfte) wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt oder beschlagnahmt?
6.10	Wie viele Läden oder Geschäfte von Christen wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, niedergebrannt, geschlossen oder beschlagnahmt?
6.11	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen gezwungen worden, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen oder sich im Land zu verstecken?
6.12	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen gezwungen, ihr Land zu verlassen?

Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

Inhalt

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung
2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung
3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5
4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock
5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)
6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6
7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Mitarbeitern, Kontaktpersonen und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (16 weitere Fragen in Block 7 helfen dabei, Hintergrundinformationen zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

„1.3 Waren der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien gefährlich?“
Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

Ja Nein N/A Nicht bekannt

„Nein“ = 0 Punkte.

„Ja“ = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen⁵. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0% – 25%	26% – 50%	51% - 75%	76% - 100%
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort „Ja“ ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:

„3 von 4 Kategorien betroffen“ = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100%:

“76-100% der christlichen Bevölkerung” = 4 Punkte.

⁵ Ein fünfter Faktor, der geschlechtsspezifische Informationen liefert, wird ebenfalls für jede der 84 Fragen in den Blöcken 1-6 beantwortet. Dies beeinflusst jedoch nicht die Punktzahl. Für jede Frage muss der Forscher angeben, ob es sich um eine bestimmte Situation handelt: Nur Männer / meistens Männer / beide gleich / meistens Frauen / nur Frauen / unbekannt / n. a.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt - gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte - mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte - hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte - sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WVI sind schwerwiegend:

„hohe Intensität“ = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt - sporadisch:	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte - regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich „sporadisch“.
3 Punkte - häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte - permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WVI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen.

„häufig“ = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist $= \frac{13}{4} = 3,250$. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	121	30,250	12,604

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = **30,250** Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30,250}{40,000} \times \frac{100}{6} = 12,604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den 'squeeze'-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WVI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1-5	55,736

Das Maß der Verfolgung in unserem WVI-Musterland im Bereich „squeeze“ (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = **55,736** Punkte

Als nächstes muss der Bereich „smash“ (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. November bis 31. Oktober) vorgefallen sind. Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1-5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2-9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Gesamtzahlen	36	10	1,852

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von **10** Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \cdot \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \times \frac{100}{6} = 1,852.$$

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamtwertung	57,588

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von **58** Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen.

Platz WVI	Land	Privatleben	Familienleben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Gesamtpunktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	Summe Punkte WVI
?	Musterland	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	57,6	58

Anhang 3: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen

Der WVI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen wegen ihres Glaubens erleben. Die WVI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als „jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört“. Auf Basis dieser Definition ordnet die WVI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

- 1. Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten:** In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.
- 2. Traditionelle Kirchen:** Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.
- 3. Gemeinschaften christlicher Konvertiten:** Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt, um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen „Haus-“ oder „Untergrundkirchen“ zusammen. („Interkonfessionelle Konvertiten“ - d. h. Christen, die eine Konfession verlassen, um sich einer anderen anzuschließen – werden ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet).
- 4. Mitglieder von protestantischen Freikirchen:** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von „Christ“), fallen sie unter diese Kategorie.

Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung

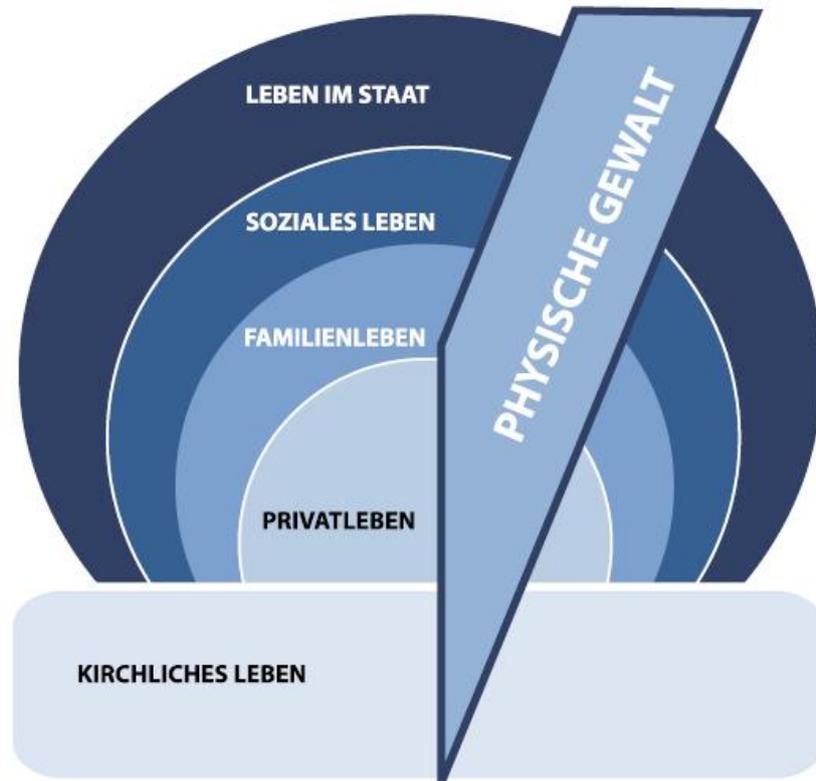
Das „Konzept der fünf Lebensbereiche“ wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich „Auftreten von Gewalt“ beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

<p>1. Privatleben</p>	<p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit, seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.</p>
<p>2. Familienleben</p>	<p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.</p>

<p>3. Gesellschaftliches Leben</p>	<p>Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungs Vorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).</p>
<p>4. Leben im Staat</p>	<p>Das Verhältnis von Christen zu dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt durch Rechte und Gesetze, das Justizwesen, die öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieanschuldigungen, Straflosigkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.</p>

<p>5. Kirchliches Leben</p>	<p>Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung nicht registrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsentziehung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.</p>
-----------------------------	---

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder mentaler Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.



*Verwendung der Grafik mit Genehmigung
von Christof Sauer, IIRF*

*Grafik 5: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche
(© Christof Sauer, IIRF)*

Anhang 5: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik neun verschiedene Triebkräfte identifiziert – siehe die nachfolgenden Erläuterungen. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss jede Triebkraft auf die Gesellschaft des analysierten Landes hat.

Beschreibung der einzelnen Triebkräfte:

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder Al Shabaab.

Diese „islamische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nichtislamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist die Situation in Indien. Hier verüben Mobs aus extremistischen Hindu-Nationalisten immer wieder gewaltsame Angriffe auf Christen, die ihren Glauben öffentlich bezeugen. Parallel dazu werden immer mehr Gesetze eingeführt, die eine Einschränkung der Religionsfreiheit bewirken (z.B. Anti-Bekehrungs-Gesetze).

Die Aktivitäten derartiger „national-religiöser Bewegungen“ sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der innerhalb eines Clans bzw. Stammes oder der erweiterten Familie von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf inter-ethnische Konflikte.) Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, wo Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an nichtchristlichen traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger „ethnischer Bewegungen“ ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Gruppen.

4. Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der eine ethnische Gruppe einer anderen ethnischen Gruppe aufgrund unterschiedlicher religiöser Überzeugungen feindselig begegnet. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf Anfeindungen innerhalb eines Clans oder Stammes, die aus einem Glaubenswechsel herrühren.) Sie führt nicht ausschließlich, aber in den meisten Fällen zu gewaltsamen Übergriffen und vielfältigen Aggressionen.

- Ein Beispiel für derartige gewaltsame Übergriffe ist das Vorgehen von Viehhirten des Fulani-Stammes in Nord- und Zentralnigeria. Sie greifen die zumeist christlichen Siedlungen in der Region an, vergewaltigen Frauen, töten und verstümmeln die Bewohner oder zwingen sie zur Flucht aus ihren Dörfern; darüber hinaus zerstören sie Häuser, Felder und Vorräte, um den Bewohnern eine Rückkehr unmöglich zu machen.

Das Auftreten derartiger „ethnischer Bewegungen“ ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Volksgruppen.

5. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wengleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser „kirchlichen Bewegung“ beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

6. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Dieses System entstammt teilweise der Zeit vor dem historischen Zusammenbruch des Kommunismus, so etwa in einigen Ländern Zentralasiens. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und den Christen kaum Handlungsräume gewährt.

- Ein Beispiel hierfür ist die autoritäre Herrschaft von Präsident Berdimuhamedow in Turkmenistan, wo außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Institutionen keinerlei religiöse Aktivität gestattet ist.
- Ein Extremfall wie Nordkorea mit seinen Konzentrationslagern weist jedoch gleichzeitig ein hohes Maß an physischer Gewalt gegen Christen auf.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

7. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem „hate speech“ (dt.: Hassreden), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualkundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTI-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafandrohungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese „säkularistische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

8. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird kein spezifisches ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist das seit Jahren zunehmende Maß an Kontrolle, das die Regierung von Eritrea über die dortigen Kirchen ausübt. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen in Schiffscontainern), mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Eritreisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch einschränkende Maßnahmen gegen die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt in der Regel auf einzelne Länder beschränkt in Erscheinung.

9. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenspiel aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (Drogen, Menschenhandel etc.) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 65 Jahren in mittlerweile rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt und diskriminiert werden. Dort sind derzeit rund 309 Millionen Christen einem sehr hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl, auch bekannt als „Bruder Andrew“.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So wurden 2019 etwa 3,8 Millionen Christen geschult (teilweise auch online oder per Radio) – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem Tätigkeitsbericht wurden 2019 mehr als 1,8 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 700.000 Personen profitierten von praktischen Hilfsprojekten, darunter Hilfe zur Selbsthilfe und Nothilfe. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. „Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 | 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0 | F 06195 6767-20

E info@opendoors.de | I www.opendoors.de